VOL. #15

R 5.

8C

Inhalt

1. Arbeitssitzung zur Besprechung von Fragen der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement - 15.Januar 1941

1a. Arbeitssitzung am 7.Februar 1941 - Waren und Kapitalverkehr mit dem Reich, Ansprüche der Wehrmacht auf Eigentum im Generalgouvernement, Entschädigungsfragen, Befriedigung von Ansprüchen Reichsdeutscher und Neutraler, Ausgleich von Schulden und Forderungen zwischen Generalgouvernement und Reich, Außenhandelsfrage

2. Arbeitstagung am 25. und 26.Februar 1941 - Reichsleistungsgesetz, Formulierung des Entwurfs eines Erlasses über Quartierleistung im Generalgouvernement

3. Wirtschaftstagung am 22.Juli 1941 - Ernährungs- und Bestellungsplan, Kohlenversorgung, Versorgung der Landwirtschaft mit Industrieerzeugnissen, Währungsfragen, Schleichhandelsbekämpfung, bewirtschaftete Güter

4. Energie- und Wasserwirtschaftssitzung - 29.Okt.1941

(Der Staatssekretär hat eine Abschrift erhalten)

B e s p r e c h u n g

von Fragen der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement.

Mittwoch, den 15.Januar, 11^{00} Regierungsgebäude.

T e i l n e h m e r:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
SS-Obergruppenführer Krüger
Gouverneur Dr. Wächter
Generalleutnant Riege
SS-Brigadeführer Streckenbach
Abteilungspräsident Westerkamp
" Spindler
" Emmerich
" Körner
" Frauendorfer
" Schepers
Oberregierungsrat von Streit
Dr. Föhl.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es in einleitenden Ausführungen als den Zweck der gegenwärtigen Besprechung, die mit der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement zusammenhängenden Fragen in einer eingehenden Aussprache zu behandeln.

In einem Zeitpunkt, in dem das Generalgouvernement unter den ungewöhnlichsten und schwierigsten wirtschaftlichen, transportmäßigen, allgemein politischen und wehrmäßigen Bedingungen sein Leben friste, stelle es eine kaum erträgliche Mehrbelastung da, Hunderttausende eines fremdvölkischen und fremdrassigen Bereiches in das Gebiet des Generalgouvernements aufzunehmen. Diese Menschen werden in Deutschland enteignet und kommen als Enteignete hierher, in ein Gebiet, in dem sie an sich keinerlei Chance sehen können, ihr Leben irgendwie neu aufzubauen. Man dürfe jedoch bei der Betrachtung der ganzen Fragen von keinem anderen Gesichtspunkt ausgehen als von dem reichspolitischen. Alles Kritisieren an solchen Maßnahmen aus irgendwelchen Rudimenten menschlicher Überlegungen oder Zweckmäßigkeitsbetrachtungen habe vollkommen auszuscheiden.

zuscheiden. Die Einsiedlung habe zu erfolgen, das Generalgouvernement müsse die Leute aufnehmen, denn es sei das eine der großen Aufgaben, die der Führer dem Generalgouvernement gestellt habe.

Es handle sich nun darum, die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Ansinnens des Reiches zu erörtern und daraus die nötigen Schlußfolgerungen hinsichtlich der auf dem Gebiete der Verwaltung erforderlichen Maßnahmen zu ziehen. Wichtig sei ferner die Beschäftigung mit der Frage, was muß das Reich dazu tun, um dem Generalgouvernement zu helfen, den Reichsansprüchen zu genügen? Sowohl am 4.November als auch bei einer späteren Besprechung im Dezember habe der Führer dem Generalgouverneur erklärt, daß die Poleneinsiedlung in das Generalgouvernement in seiner Politik liege und daß die zur Durchführung dieser Einsiedlung notwendigen Maßnahmen noch während des Krieges ergriffen werden müssen, weil sie nach dem Kriege mit internationalen Schwierigkeiten verbunden wären. Der Führer habe versichert, daß er alles tun werde, damit dem Generalgouvernement das, was es an Nahrungsmitteln und sonstiger Unterstützung brauche, zur Verfügung gestellt werde.

Obergruppenführer Krüger berichtet über die am 8.Januar 1941+ in Berlin stattgefundene Besprechung im Reichssicherheitshauptamt. An der Besprechung habe von seiten des Generalgouvernements Obergruppenführer Krüger, Präsident Westerkamp, Oberregierungsrat Dr.Schepers und Dr. Föhl teilgenommen.

Der den Vorsitz führende SS-Gruppenführer Heydrich habe ausgeführt, daß für das Reich die Notwendigkeit vorliege, möglichst schnell die Polen und Juden aus den Ostgebieten auszusiedeln, damit nunmehr endgültig die Ansiedlung der Volksdeutschen aus Wolhynien, Litauen usw. durchgeführt werden könne. Nach einer Aufstellung, die Gruppenführer Heydrich gegeben habe, komme man auf eine Gesamtziffer der zu Evakuierenden von 831 000. Unabhängig davon ergebe sich die Notwendigkeit, wegen der zu errichtenden Truppenübungsplätze innerhalb des Generalgouvernements etwa 200 000 Menschen umzusiedeln, sodaß man insgesamt auf eine Bewegung von 1 Million Menschen innerhalb eines Jahres komme. Die Lage sei in-

+ s.Anlage

sofern

sofern schwierig, als die Wehrmacht überraschenderweise mitteile, daß im Generalgouvernement noch eine Verstärkung der Truppen stattfinde und daß die Termine, die seinerzeit für die Räumung der Truppenübungsplätze festgesetzt wurden, vom 1.Mai auf den 1.April vorverlegt werden. Den Bemühungen, eine Verschiebung dieses Termins mit dem Hinweis auf die Witterungsverhältnisse, den schlechten Zustand der Wege, die Schwierigkeit der Transporte usw. zu erreichen, sei leider kein Erfolg beschieden gewesen. Die Wehrmacht habe es abgelehnt, den Termin zu verschieben, da sie ihre Forderungen aus militärischen Gründen stelle.

Die Umsiedlung von einer Million Menschen bedeute praktisch, daß jeden Tag 2 Züge mit je 1 Tausend Personen in das Generalgouvernement kommen. Bei der Besprechung sei von allen Seiten die Frage gestellt worden, ob das Reichsverkehrsministerium in der Lage sei, diesen außergewöhnlichen Anforderungen zu entsprechen. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums habe zwar keine bindende Zusage gemacht, im großen ganzen aber geglaubt, das Projekt durchführen zu können, vorausgesetzt, daß nicht durch irgendwelche Sonderwünsche der Wehrmacht irgendeine Störung eintrete.

Im einzelnen sei festgelegt worden, daß bis zum 1.Mai dieses Jahres auszusiedeln sind: aus Ostpreußen 30 000, aus Schlesien 24 000, aus Danzig-Westpreußen 40 000, aus dem Warthegau 90 000, insgesamt also 184 000 Menschen. Im Rahmen der Evakuierung der Truppenplätze für die Wehrmacht seien auszusiedeln aus Ostpreußen 8500 aus Schlesien 10 000, aus Danzig-Westpreußen 27 000, aus dem Warthegau 19 000, insgesamt 64500 Die Wehrmacht beabsichtige, hiervon 2000 Arbeiter mit ihren Familienangehörigen, zusammen 10 000 Menschen, zurückzubehalten für die Arbeit an den Truppenübungsplätzen. Es müßten also bis zum 1.Mai 1941 im Rahmen des sog. 3.Nahplanes evakuiert werden 184 000 + 54 500, zusammen 238 500 Personen, wozu dann noch 10 000 aus Wien auszusiedelnde Juden kämen.

Auf Grund der Erfahrungen des Vorjahres sei bei der Besprechung darauf hingewiesen worden, daß die geplante Form der Umsiedlung für das Generalgouvernement nicht tragbar sei. Es müsse Wert darauf gelegt werden, daß vor allem die umzu-

siedelnden

siedelnden Familien einigermaßen zureichend gekleidet und für die erste Zeit mit Nahrungsmitteln versehen seien. Es sei zugesagt worden, daß man beabsichtige, den Leuten Verpflegung für 14 Tage mitzugeben.

Auch die Frage der Mitnahme von Geld durch die Umzusiedelnden sei besprochen worden. Dieser Punkt sei jedoch wohl kaum der wichtigste, denn es bestünden von seiten des Generalgouvernements wohl keine Bedenken dagegen, daß etwas mehr Zloty hereinkommen. Viel wichtiger sei es, daß das Generalgouvernement in anderer Beziehung nicht so belastet werde wie im Vorjahr.

Sowohl vom Präsident Westerkamp wie von ihm, Obergruppenführer Krüger, sei in Berlin gebeten worden, die Planung für das ganze Jahr festzulegen und zwar so eingehend, daß die Distriktchefs und die verantwortlichen Kreishauptleute, denen die Durchführung der Aktion obliegt, genau Bescheid wissen, denn in dem Augenblick, wo die Transporte die Reichsgrenze überschritten haben, kümmere sich das Reich nicht mehr darum. Es sei beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit der Reichsbahn Meldeköpfe und Meldestellen an der Grenze einzurichten, um sofort die Zentralstellen zu verständigen, wenn die Züge kommen, damit wilde Transporte unterbunden werden.

Präsident Westerkamp erklärt, daß er dem von Obergruppenführer Krüger erstatteten Bericht nichts hinzuzufügen habe. Bei den Verhandlungen in Berlin sei mit Nachdruck betont worden, daß die Einheitlichkeit der Durchführung der Einsiedlungsaktion gewährleistet sein müsse.

Dr. Föhl macht zunächst einige Mitteilungen über technische Einzelheiten, die bezüglich der Abwicklung der Transportzüge in Berlin besprochen wurden und berichtet dann über die Verhandlungen bezüglich der Mitnahme eines Handgeldes. Am Anfang sei von 100.- Zloty gesprochen worden. Bei der damaligen Währungssituation habe jedoch seitens des Generalgouvernements kein Interesse bestanden, möglichst viel Geld hereinzubekommen und es sei deshalb der Betrag auf 20.- Zloty festgesetzt worden. Heute jedoch sei nicht einzusehen, warum man nicht so viel Geld wie möglich hereinnehmen lassen

solle.

solle. Der Betrag könne ruhig auf 80.- oder 100.- Zloty festgesetzt werden. Es wäre wirklich das mindeste, was das Reich tun könne, nachdem es nicht nur den Boden der Polen bekomme, sondern auch gewisse Vermögensteile der Volksdeutschen, die dort eingesiedelt werden.

Der Herr Generalgouverneur dankt den Herren, insbesondere Obergruppenführer Krüger, für ihre Ausführungen sowie dafür, daß sie in Berlin den Standpunkt des Generalgouvernements vertreten haben. Dieser Standpunkt des Generalgouvernements sei absolut reichstreu, aber es liege im Interesse des Reiches, daß das Generalgouvernement nicht zusammenbreche. Das Generalgouvernement weigere sich nicht, die ihm gestellte Aufgabe zu übernehmen. Die Dinge im Osten könnten sonst überhaupt nicht gelöst werden, wobei immer noch zweifelhaft sei, ob sie überhaupt auf diesem Weg einer Lösung zugeführt werden können.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich sodann, wie im einzelnen die Übernahme der Einzusiedelnden vor sich gehe und welche Maßnahmen hierfür getroffen seien.

Dr. Föhl teilt hierzu mit, daß zunächst in einer Fahrplankonferenz Zahl, Zeitpunkt und Zielbahnhöfe der Transportzüge festgelegt werden. Im ganzen seien es 248 Zielbahnhöfe. Für die Verpflegung des Transportes seien gewisse Standardmengen von Lebensmitteln festgelegt und jeder Zug bekomme ein entsprechendes Quantum mit. Auf sanitärem Gebiet sei zur Verhinderung von Seuchen vorgesehen, daß die Leute zunächst in Auffanglagern gesammelt werden. Schwierig sei natürlich die endgültige Unterbringung.

Präsident Westerkamp erwähnt, daß er an einer Sitzung in Lublin teilgenommen habe, wo die Unterbringung der bisher bereits Eingesiedelten zur Sprache gekommen sei. Es habe sich ein trostloses Bild von den Unterbringungsverhältnissen ergeben. Wenn überall das gleiche zutreffe, müßte eine reguläre Unterbringung der neuen Transporte auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Es sei die Rede davon gewesen, daß 50 000 Evakuierte im Wege der wilden Rückwanderung wieder im Warthegau aufgetaucht seien und daß ein ständiger Völkerwanderungsstrom hin und her gehe.

Obergruppenführer Krüger bemerkt hierzu, daß eine solche wilde Rückwanderung naturgemäß zu weiteren Schwierigkeiten führe, da natürlich die örtlichen Behörden auf der anderen Seite die Leute fassen und wieder zurückschicken. Eine Stelle schiebe die Schuld auf die andere.

Brigadeführer Streckenbach bezweifelt, ob es überhaupt möglich sei, die Rückwanderung wirksam zu bekämpfen. Es gebe keine hermethisch abgeschlossene Grenze und die Besetzung der Straße biete keine Gewähr dafür, daß nicht die Grenze außerhalb der Straße überschritten werde. Typisch sei, daß die Rückwanderer nicht im Warthegau erfaßt werden, sondern im Altreich. Da sie sich im Warthegau nicht genügend sicher fühlen, begeben sie sich weiter in das Reichsgebiet hinein. Die Gefahr der Verschleppung von Seuchen sei dadurch natürlich gegeben.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich darnach, wie sich die Kreishauptleute zu der Einsiedlung stellen.

Präsident Dr.Westerkamp erwidert, daß die Lage für die Kreishauptleute natürlich sehr schwierig sei. Man brauche sich nur die Situation im Augenblick des Eintreffens eines Transportzuges vorzustellen. Es komme darauf an, die Kreishauptleute nicht ohne Hilfe und Rat zu lassen. Die Kreishauptleute müßten dann ihrerseits den Wojts Weisungen geben, wie sie den Strom der Einzusiedelnden unterbringen müssen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, allgemeine Richtlinien hinauszugeben an die Distriktchefs. In diesen Richtlinien müsse mitgeteilt werden, welches Programm für die Abwicklung der ganzen Aktion vorgesehen sei, wie sich die Technik der Einsiedlung gestalte und welche Dienststellen zuständig seien.

Präsident Westerkamp ist der Ansicht, daß man die Einzelheiten der Findigkeit der Kreishauptmänner überlassen müsse, daß aber grundsätzliche Fragen - z.B. ob Errichtung von Baracken oder nicht - in den Richtlinien geklärt werden müssen. Man werde den Kreishauptleuten sagen, daß die Woits für die Unterbringung zu sorgen haben und zwar in der Form, daß pro Quartier noch 1 - 2 Menschen zusätzlich aufgenommen werden.

Dabei

Dabei lasse sich natürlich nicht vermeiden, daß Familien auseinandergerissen werden.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Verteilung distriktsweise vorzunehmen und den Gouverneuren die Möglichkeit zu geben, die ihnen unterstellten Kreise unterschiedlich zu belasten.

Dr.Föhl erklärt hierzu, daß das bereits geschen sei.

Gouverneur Dr.Wächter legt an Hand einer Karte dar, daß über 1/3 des Distrikts Krakau für die Aufnahme von Einzusiedelnden nicht in Frage komme. Es handle sich hierbei um die Grenzzone längs des San, um die Grenzzone gegen die Slowakei, um die Wehrmachtsübungsplätze und um das Ölgebiet. In allen diesen Gebieten dürfe kein Zuzug von Evakuierten stattfinden. Ferner dürfen nach Krakau keine Juden kommen.

Daß die Kreishauptleute in heller Verzweiflung seien, brauche nicht besonders betont zu werden. Er, der Gouverneur, habe sich persönlich von den Schwierigkeiten der Unterbringung in den Kreisen überzeugt. Die Zustände seien schaurig und er könne es sich praktisch nicht vorstellen, wie man die Leute, wenn man sie auch auf die Zielbahnhöfe bringe, halten solle. Die Bevölkerung nehme in handgreiflicher Weise dagegen Stellung, wenn versucht werde, Leute einzusiedeln, die traditionsmäßig in dieser Gegend nicht beliebt seien. Die Schwierigkeiten werden sich naturgemäß steigern, je größer die Zahl der Eingesiedelten werde.

Der Herr Generalgouverneur erkundt sich darnach, welchen Arbeiterbedarf das Reich angemeldet habe.

Präsident Dr.Frauendorfer teilt mit, daß 120 - 150 000 zusätzliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte vom Reich benötigt werden.

Gouverneur Dr.Wächter weist darauf hin, daß sich unter den Einzusiedelnden erfahrungsgemäß in der Hauptsache nur Fürsorgeempfänger, kranke, schwache und überaltete Personen befinden.

Präsident Dr.Frauendorfer schlägt vor, die 120 bis 150 000 von der Gesamtziffer der Evakuierten in Abzug zu

bringen

bringen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, die Gesamtzahl hereinzulassen und dann die 120 - 150 000 wieder mit Sondertransporten zurückzuschicken. Es sei notwendig, daß sich die Abteilung Arbeit rechtzeitig einschalte und die Feststellung treffe, wieviel arbeitsfähige Personen jeder Transport habe.

Obergruppenführer Krüger bezeich net eine solche Feststellung bei den gegebenen Verhältnissen als außerordentlich schwierig. Zu prüfen sei auch die Frage inwieweit man die ausgesprochen ukrainischen Räume mit der Einsiedlung belasten solle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hierzu, daß eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Kreise nicht stattfinden könne. Eine Bevorzugung ukrainischer Kreise würden die Einheitlichkeit des Generalgouvernements zerstören.

Brigadeführer Streckenbach bezeichnet es als illusorisch, zur Frage der Grenzzonen und der ukrainischen Gebiete irgendwelche Erwägungen anzustellen. Praktisch höre jede Einflußnahme auf die Transporte in dem Moment auf, in dem die Leute den Zug verlassen. Wenn ein polnischer Kreis mit Evakuierten stark belastet werde, so sei es klar, daß die in diesem Kreis zusammengedrängten Menschen in einen danebenliegenden weniger belasteten ukrainischen Kreis abzuwandern beginnen.

Gouverneur Dr. Wächter beklagt sich darüber, daß den Evakuierten vom Reichssicherheitshauptamt in offiziöser oder offizieller Weise gesagt werde, daß man sie im Generalgouvernement entschädigen werde. Die Leute kommen zu den Kreishauptmännern und erklären ihnen, daß man ihnen eine Entschädigung versprochen habe.

Brigadeführer Streckenbach bestreitet, daß vom Reichssicherheitshauptamt den Leuten offiziell eine Entschädigung zugesagt worden sei. Man könne sich die Sache nur so erklären, daß einige Unterorgane, die es mit den verzweifelten Evakuierten zu tun hatten, diesen Leuten, um sie los-

zuwerden,

zuwerden, diese Hoffnung auf eine Entschädigung eröffneten.

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine genaue Feststellung, von wem diese Entschädigungsversprechen ausgegangen sind.

Was den Einfluß auf die Evakuierten anbelange, so höre natürlich der unmittelbare Einfluß auf die Leute in dem Augenblick auf, in dem sie den Zug verlassen haben. Der Einfluß der Polizeiorgane jedoch könne sich in den nächsten Tagen, in denen die Leute beschäftigungslos auf den Straßen herumlungern, geltend machen. Ebenso sei auch noch der Einfluß der Stadtverwaltung da, der die Ausgabe der Lebensmittelkarten obliege.

Im allgemeinen könne zweifellos gesagt werden, daß es sich bei der Einsiedlung um eine ganz ungewöhnliche, ungeheure und einmalige Aufgabe handle. Es sei eine gewaltige Aufgabe, deren Bewältigung hier von den deutschen Männern im Generalgouvernement verlangt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, daß er es für unmöglich halte, 1 Million Menshhen in der beabsichtigten Weise auf das Gebiet des Generalgouvernements aufzuteilen. Die Belastung in sicherheitsmäßiger, seuchenpolizeilicher und ernährungspolitischer Beziehung sei derart groß, daß man auf die Dauer ohne Unruhen nicht auskommen werde. Er schlage vor, große Arbeitsvorhaben anzusetzen und die Evakuierten in Arbeitslagern unterzubringen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß gegen Unruhen mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werde. Bei Ernährungsschwierigkeiten müßte das Reich helfen. Auf die Arbeitsvorhaben werde er noch zu sprechen kommen.

Die Distriktchefs bekommen die Richtlinien der Regierung übermittelt und es werde ihnen anheimgestellt, damit fertig zu werden. Es werde sich als notwendig erweisen, außerordentliche Mittel in den Etat einzusetzen. Den Distriktchefs müsse unbedingt in jeder Weise an die Hand gegangen werden.

Dr. Föhl schlägt vor, die Kirche zu veranlassen, die

Räume

Räume von Klöstern und Kirchen für die Zwecke der Unterbringung der Evakuierten zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Dr. Föhl über diese Frage mit Erzbischof Sapiera zu sprechen. Allerdings bestehe das Bedenken, daß eine Unterbringu ng in Kirchen doch zu aufsehenerregend sei und wohl auch an der mangelnden Heizbarkeit dieser Räume scheitern werde.

Gouverneur Dr. Wächter kommt auf den Bau von Baracken zu sprechen. Im allgemeinen werde der Barackenbau wohl unzweckmäßig sein, dagegen könnte man in einzelnen Fällen, nämlich dort, wo Arbeitsvorhaben durchgeführt werden, an den Bau von Baracken denken.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß diese Frage noch gesondert besprochen werde.

Präsident Dr. Emmerich teilt zur Entschädigungsfrage mit, daß die Haupttreuhandstelle Ost die Auffassung vertreten habe, daß die Ausgesiedelten entschädigt werden müssen. Man habe angedeutet, daß das Generalgouvernement hinsichtlich einer solchen Entschädigung zum mindesten Hilfstellung leisten müsse, indem es die Auszahlung in Zloty vornehme.

Der Herr Generalgouverneur stellt hierzu fest, daß der Leiter der Haupttreuhandstelle Ost, in einem Schreiben an den Generalgouverneur verlangt habe, daß das Generalgouvernement die Entschädigung übernehme. Dieses Verlangen sei abgelehnt worden, worauf die Haupttreuhandstelle Ost geschrieben habe, daß ihr Verlangen völlig falsch aufgefaßt worden sei, das Generalgouvernement solle bloß die Zahlstelle sein, die Entschädigung selbst würde vom Reich übernommen. Hierzu habe sich das Generalgouvernement bereit erklärt; die Haupttreuhandstelle Ost habe jedoch in dieser Angelegenheit nichts mehr von sich hören lassen.

Präsident Dr.Schepers erblickt in der Frage der Entschädigung die Gefahr politischer Unstimmigkeiten innerhalb der einzelnen Kreise. Die Wehrmacht habe nämlich sowohl für die Truppenübungsplätze im Reich wie für die Plätze im Generalgouvernement eine Entschädigung für die Evakuierten zugesagt. Das habe zur Folge, daß möglicherweise in einm Ort solche Evakuierte, die eine Entschädigung bekommen, und

solche,

solche, die keine bekommen, nebeneinander angesiedelt werden, was natürlich zu Schwierigkeiten führen könne.

Der Herr Generalgouverneur mißt diesen Bedenken keine Bedeutung bei.

Wichtig sei nunmehr die Frage, was das Generalgouvernement vom Reich verlangen müsse, um die Aktion durchführen zu können. Er müsse ausdrücklich feststellen, daß es dem Generalgouvernement unmöglich sei, ohne Gegenleistung des Reiches eine solche Last auf sich zu nehmen.

Zunächst müsse festgestellt werden, was für die örtliche Sicherstellung der Unterbringung der einzusiedelnden Polen zu geschehen habe. Sollen Barackenlager errichtet werden?

Präsident Westerkamp teilt mit, daß bei den Berliner-Besprechungen Gruppenführer Heydrich Barackenlager für untunlich erklärt habe, weil er der Auffassung sei, daß eine solche Art der Unterbringung eine zu weit gehende Betreuung nach sich ziehe. Gruppenführer Heydrich habe aus diesem Grund sehr entschieden von der Errichtung von Baracken abgeraten. Er habe gemeint, daß man die Sache in der Weise machen könne, daß man jeder Familie einen der Neuankömmlinge zuteile. Dieses System sei aber wohl nicht mehr annehmbar, da man es schon bei früheren Transporten ähnlich gemacht habe.

Der Herr Generalgouverneur zeigt an dem Beispiel der Stadt Reichshof, die gegenwärtig etwa 20 000 Einwohner habe und vielleicht eine gleiche Zahl noch werde aufnehmen müssen, daß der Bau von Barackenlagern durchaus keinen polenfreundlichen oder von Mitleidserwägungen getragenen Charakter besitze, sondern lediglich eine Maßnahme darstelle, die dem Wachstum der Stadt entspreche. Wenn eine Stadt langsam im Laufe der Zeit größer werde, dann trage sie diesem Wachstum ja ebenfalls durch entsprechende Bauten Rechnung. Es sei daher nicht einzusehen, warum nicht auch dann gebaut werden soll, wenn das Wachstum schnell, plötzlich - um einen Ausdruck des Films zu gebrauchen „gerafft" - vor sich gehe. Zum mindesten müsse daran gedacht werden, für den außergewöhnlichen Notbedarf zur Aufnahme von Kranken, Siechen und Seuchenverdächtigen sowie von Kindern und Arbeitsunfähigen Baracken zu erbauen. Selbstverständlich sei es unmöglich,

alle

alle 800 000 in Baracken unterzubringen. Der Barackenbau werde in 2 Abschnitte zu gliedern sein: a) Baracken für den sofortigen Notbedarf, b) Baracken zur dauernden Unterbringung für diejenigen, die anderweitig nicht unterzubringen sind. Natürlich sei das Barackensystem mit sehr hohen Kosten verbunden.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann dem inzwischen eingetroffenen Vertreter der Abteilung Forsten den Auftrag, Holz für 100 Baracken mit einem Fassungsvermögen von je 500 Personen bereitzustellen und, falls es notwendig sei, die erforderliche Holzmenge vom Kontingent der Wehrmacht abzuziehen. Ein solches Vorgehen liege durchaus im Sinne der Anweisungen des Führers, der am 4.November in der Reichskanzlei in Gegenwart des Generalgouverneurs und des Generals Jodel den Befehl erteilt habe, daß gegenüber derartigen Einsiedlungsnotwendigkeiten die Interessen der Wehrmacht zurückzustehen haben.

Neben der Unterbringung sei das wichtigste Problem die Ernährung. Die Arbeitsfähigen, die man ohne weiteres als solche erkennen werde, würden sofort in eine Art Sonderregister aufgenommen und vom Arbeitsamt betreut werden, von wo sie dann auch ihre Lebensmittelkarten bekämen. Schwieriger sei es mit den übrigen, die nicht arbeitsfähig seien.

Präsident Körner weist darauf hin, daß die Leute zunächst ihre Transportverpflegung hätten, die sie allerdings in wenigen Tagen nach der Ankunft aufgezehrt haben werden. Vorübergehend könne man dann an eine Verpflegung aus Feldküchen denken.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als erwägenswert, ob nicht durch die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft jedem Kreishauptmann ein Lager zum Zwecke der Verpflegung der Eingesiedelten zur Verfügung gestellt werden solle. Der Führer habe die feste Zusage gegeben, daß er im Falle des Auftretens von Schwierigkeiten in der Ernährung helfend eingreifen werde. Wie stellt sich das Reichsernährungsministerium dazu?

Präsident Körner erklärt, daß er mit dem Reichsernährungsministerium noch nicht verhandelt habe, daß aber die Ein-

leitung

leitung solcher Verhandlungen unerläßlich sei . Die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft sei nicht in der Lage, ihren ganzen Ernährungsplan umzuschmeißen. Er bitte Herrn Generalgouverneur, einen entsprechenden Brief an den Reichsernährungsminister vorbereiten zu dürfen.

Der Hefr Generalgouverneur ist damit einverstanden; er werde durch Reichsleiter Bormann auch den Führer und durch Staatssekretär Körner den Reichsmarschall informieren.

Präsident Westerkamp erwähnt zur Frage der Unterbringung noch, daß man sich mit dem Gedanken trage, den nötigen Platz dadurch freizumachen, daß man die Juden enger zusammentreibe in Ghettos.

Obergruppenführer Krüger weist in diesem Zusammenhang auf den von Brigadeführer Globocznik ausgearbeiteten Plan hin, der allerdings nur auf Lublin abgestellt sei. Man müsse sich überlegen, ob man nicht diese Sache auf das ganze Generalgouvernement ausdehnen könne.

(Präsident Westerkamp bemerkt, daß ihm der Amtschef des Distrikts Warschau mit großem Ernst auf die Verhältnisse im Ghetto von Warschau hingewiesen habe. Die Nachrichten über die Zustände im Ghetto seien allerdings insofern widersprechend, daß von der einen Seite behauptet werde, es habe jegliche Lebensmittelzufuhr aufgehört, während nach anderen Meldungen noch genügend Lebensmittel vorhanden sein sollen.

Der Herr Generalgouverneur will die Entscheidung darüber, ob das Warschauer Ghetto beibehalten oder wieder aufgelöst werden soll, von dem Ergebnis seiner demnächst dort stattfindenden Besichtigung abhängig machen. Auf keinen Fall könne er es zulassen, daß eine Stadt wie Warschau völlig verpestet werde.)

Sodann kommt der Herr Generalgouverneur auf das große Arbeitsvorhaben der Weichselregulierung zu sprechen. Es handle sich hierbei um eine Strecke von 900 km an der zum Teil überhaupt noch nicht, zum Teil seit etwa 50 Jahren nicht mehr gearbeitet worden sei. Die Weichselregulierung gebe auf lange Zeit hinaus die Möglichkeit, eine gewaltige Zahl von

Arbeitskräften

Arbeitskräften in nutzbringender Weise zu beschäftigen. Insbesondere könne auf diese Weise auch das Problem einer Betätigung der heranwachsenden polnischen Jugend einigermaßen der Lösung zugeführt werden. Es bestehe sonst die Gefahr, daß sich aus den Reihen dieser Jugend das Hauptkontingent der polnischen Widerstandsbewegung rekrutiere.

Brigadeführer Streckenbach stellt fest, daß sich die Widerstandsbewegung sehr stark bemerkbar mache und zahlenmäßig noch mehr in Erscheinung trete als vor einem Jahr. Das gelte auch für die dem Reich eingegliederten Ostgebiete. Die Tätigkeit der Widerstandsbewegung habe sich bisher im wesentlichen auf die Erfassung Gleichgesinnter und auf Propaganda beschränkt. Allerdings seien auch schon einige Fälle aktiver Handlungen, wie z.B. in Lublin, zu verzeichnen.

Der Herr Generalgouverneur warnt dringendst davor, die hierin liegenden Gefahren zu leicht zu nehmen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Polen die erbitterten Feinde des Deutschtums seien. Es wäre völlig falsch, wenn man sich durch die objektive und loyale Haltung einzelner Polen täuschen ließe, denn diese loyalen Polen geben ja nur die Schutzwand ab, hinter der die Widerstandsbewegung ihre gefährliche Arbeit verrichtet. Niemals dürfe man sich durch die entgegenkommende Art und die Ergebenheitsbezeugungen von Polen dazu verleiten lassen, die wirkliche Gefahr zu unterschätzen.

Brigadeführer Streckenbach weist darauf hin, daß bezeichnender Weise meistens die in deutschem Dienst befindlichen Polen die Hauptstützen der Widerstandsorganisation seien. Sobald man einen dieser Leute festnehme, komme der deutsche Dienststellenleiter und erkundige sich darnach, wieso man dazukomme, einen seiner besten Leute festzusetzen. Dieser Vorgang sei auch aus der Bekämpfung der illegalen kommunistischen Bewegung im Reich bekannt.

Der Herr Generalgouverneur richtet an den Leiter der Abteilung Finanzen, Präsidenten Spindler, die Frage, wie sich die Einsiedlung auf den Etat des Generalgouvernements auswirke.

Präsident

Präsident Spindler erwidert, daß sich in den Ausgaben für Fürsorge eine gewisse Steigerung bemerkbar machen würde. Genaue Zahlen lassen sich hierüber allerdings nicht angeben. Die Fürsorgelasten werden von den Gemeinden und Kreisen getragen. Die Etatlage verschiedener Gemeinden habe sich in der abgelaufenen Zeit schon erheblich gebessert, aber viele Gemeinden seien noch stark im Druck.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß in den die Einsiedlung betreffenden Fragen nicht kleinlich verfahren werden dürfe. Es handle sich um eine absolute Reichsnotwendigkeit. Den Kreisen und Gemeinden müsse geholfen werden.

Brigadeführer Streckenbach führt auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs über die Gründe der Umsiedlungsaktion folgendes aus:

Für die Aussiedlung der Polen und Juden aus den eingedeutschten Ostgebieten seien maßgebend die Rücksiedelung der Volksdeutschen aus Litauen, Wolhynien usw. in die dem Reiche eingegliederten Ostgebiete und ferner die Notwendigkeit der Schaffung von Truppenübungsplätzen. Die Errichtung großer Truppenübungsplätze im Osten sei eine aus der Entwicklung der Kriegstechnik sich zwangsläufig ergebende Maßnahme. Die Umsiedlung selbst sei eine schon oft diskutierte Angelegenheit. Es tauche oft die Frage auf, warum in Umsiedlungsabkommen so kurze Fristen festgesetzt und die Aktion in eine so ungünstige Jahreszeit gelegt werde. Die Notwendigkeit zum Abschluß von Umsiedlungsabkommen sei dadurch gegeben, daß das Schicksal der Volksdeutschen in den Gebieten, aus denen sie ausgesiedelt werden sollen, von der Schnelligkeit der Durchführung der Umsiedlung abhänge. Gewiß habe das Reich mit Sowjet-Rußland einen Freundschaftsvertrag und auch formell gute Beziehungen, aber praktisch sei es doch so, daß die Volksdeutschen in den von den Russen besetzten Gebieten außerordentlich schlecht behandelt worden seien. Dasselbe gelte für die Deutschen in Rumänien und auch in Ungarn, wo man allerdings die Deutschen aus bestimmten Gründen noch belasse. Nunmehr sei die Lage die, daß die ausgesiedelten Volksdeutschen seit Monaten sich in Lagern befinden, die über das ganze Reich verteilt sind, und als brachliegende

deutsche

deutsche Arbeitskräfte auf ihre Einsiedlung warten. Begreiflicherweise sei die Stimmung dieser Leute nicht sehr gut; ihre ursprüngliche Gläubigkeit und ihr Vertrauen drohen erschüttert zu werden, wenn ihre Ansiedlung nicht bald erfolgen könnte. Der ursprüngliche Plan der Ansiedlung Zug um Zug, d.h. in der Weise, daß man einen polnischen Hof räumt und einen Deutschen dort ansetzt, habe sich als nicht durchführbar erwiesen. Die Höfe seien zum Teil zu klein und bedürfen einer Abrundung, damit sie die Größe erreichen, die für die Schaffung eines neuen deutschen Bauerntums im Osten erwünscht sei. Wie bereits der Herr Generalgouverneur ausgeführt habe, sei es auch erforderlich, die Aktion noch während des Krieges durchzuführen, weil sich während des Krieges noch die Möglichkeit biete, ohne Rücksicht auf die Stimmung der Weltöffentlichkeit verhältnismäßig rigoros vorzugehen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Aussiedlung der Polen aus den Ostgebieten - wie nebenbei gesagt auch die Evakuierungen aus Elsaß Lothringen - unter Einhaltung der Bedingungen erfolgen, die 1918/19 in beiden Gebieten für die Deutscher vorgesehen waren. Die Deutschen, die damals aus den von Deutschland abgetrennten Gebieten ausgesiedelt wurden, seien zum Teil noch schlechter behandelt worden, wie jetzt die Polen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet den Vergleich insofern als nicht ganz zutreffend, als es ja eine polnische Republik, mit der man die auszusiedelnden Polen belasten könnte, nicht mehr gibt. Im Gebiet des Generalgouvernements leben Hunderttausende deutscher Soldaten und Angehörige der Zivilverwaltung und es sei nicht gleichgültig, wenn hier Seuchen oder Unruhen ausbrechen.

Präsident Schepers schlägt vor, schon jetzt alle Bauvorhaben planmäßig vorzubereiten und zu erfassen, vor allem diejenigen Arbeiten, bei denen viele Handarbeiter sowie Frauen und Kinder eingesetzt werden können. Am geeignetsten hierfür sei die Arbeit in der Forstwirtschaft, wo man bei der Aufforstung Kinder und weibliche Arbeitskräfte im größten Umfang beschäftigen könne.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend die Frage, ob Aussicht bestehe, daß die Aktion der Einsiedlung

bewältigt

bewältigt werden könne.

Präsident Westerkamp hält es für möglich, daß es bei den ersten Zügen, wenn auch mit großen Schwierigkeiten, gelingen werde. Später werde sich allerdings die Notwendigkeit ergeben, zeitweise den Zustrom abzustoppen und eine Pause von einigen Monaten eintreten zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur äußert dagegen Bedenken, denn wenn ein Programm ablaufen soll und es werde dann plötzlich abgestoppt, so ergeben sich natürlich Schwierigkeiten. Jedenfalls müsse man bis an das äußerste der Leistungsfähigkeit gehen, denn erst dann könne man beweisen, daß die Durchführung unmöglich sei.

Der Herr Generalgouverneur dankt allen mit der Durchführung der schwierigen Aufgabe betrauten Mitarbeitern, und ordnet die Abhaltung einer weiteren Besprechung, die nach der Warschauer Reise stattfinden solle, an.

Schluß der Sitzung um 13^{15}.

A N L A G E

B e r i c h t

über die Besprechung betreffend Umsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement im Reichssicherheitshauptamt Berlin am 8. Januar 1941.

I.

In dieser Besprechung waren außer den Vertretern des Generalgouvernements (SS-Obergruppenführer Krüger, Oberregierungsrat Dr. Scheepers, Raumordnung, und dem unterzeichneten Präsident Westerkamp mit Dr. Föhl, Innere Verwaltung,) alle an dieser Frage sonst beteiligten Stellen vertreten: Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, O.K.W., O.K.H., Reichsverkehrsministerium, Reichswirtschaftsministerium, Reichsinnenministerium, die Inspekteure der Sicherheitspolizei der Ostgebiete, der Gaubeauftragte aus Wien. Den Vorsitz führte SS-Gruppenführer Heydrich.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

1. Das Generalgouvernement verhandelt über Fragen der Umsiedlung ausschließlich mit dem Reichssicherheitshauptamt, das seinerseits Verbindung mit sämtlichen beteiligten Stellen im Reich hält. Einzelaktionen nachgeordneter Instanzen in den eingegliederten Ostgebieten gegenüber dem Generalgouvernement sind damit ausgeschlossen.

2. Im Jahre 1941 sind insgesamt 831000 Menschen aus den reichsdeutschen Ostgebieten in das Generalgouvernement umzusiedeln; hierzu kommt die Umsiedlung innerhalb des Generalgouvernement insbesondere für Wehrmachtszwecke mit rund 180000 Menschen.

Die Vertreter des Generalgouvernements haben gegen diese geplanten Umsiedlungen grundsätzlich keinen Einwand geltend gemacht, nachdem auf Grund der allgemeinen Führerrichtlinie und der vorangegangenen grundsätzlichen Ausführungen des Generalgouverneurs die Aufnahme der Menschen aus dem Reich als vordringlichste Aufgabe des Generalgouvernements für das Reich im Jahre 1941 festgelegt war.

3.

3. Die Zahl von 831000 ergibt sich aus
   a) der Notwendigkeit, für die in das Reich zurückkehrenden Volksdeutschen Raum zu schaffen,
   b) aus der Schaffung der Truppenübungsplätze,
   c) aus der Aussiedlung von Juden.

   Im Einzelnen ergibt folgende Übersicht eine Erläuterung:

<u>Für umzusiedelnde Volksdeutsche</u>	
in das Gebiet	
Danzig Westpreußen	100.000
Warthegau	148.000
Ostoberschlesien	150.000
Ost Posen	46.000
	444.000
Zur Besserstellung bereits angesetzter Volksdeutschen	50.000
Kz. Auschwitz	20.000
Wohnung für Beamtenfamilien	50.000
Vor der Evakuierung geflüchtete Polen	5.000
	569.000
<u>Wehrmachtvorhaben</u>	
Konin-Pleschen	80.000
Sieradz	40.000
Warthelager (Oborneg)	20.000
Luft Nord (Ryppin)	22.000
Heer Nord (Mlava)	25.000
Bizia b/Beuthen	10.000
Thorn	5.000
	202.000
<u>Aussiedlung der Wiener Juden</u>	60.000
	831.000

4. Spezifiziert sind die bevorstehenden Umsiedlungen zunächst für den Zeitraum vom 1. Februar bis 30. April 1941 festgelegt worden und zwar in folgender Weise:

	Evakuierung für Volksdeutsche	Evakuierung für Truppenübungsplätze
Ostpreußen	30.000	8.500
Schlesien	24.000	10.000
Danzig-Westpreußen	40.000	27.000
Warthegau	90.000	19.000
	184.000	64.500
Wien	J u d e n	
	10.000	

184
248500

Zusammenfassung (1,II bis 30.4.1941)

Evakuierung für Volksdeutsche	184.000
Evakuierung für Truppenübungsplätze	64.500
Juden aus Wien	10.000
	258.500
Davon sind abzusetzen 2.000 Arbeiter für Truppenübungsplätze einschl. Familien	10.000
verbleiben	248.500

5. Den Vertretern des Generalgouvernements ist zugesagt worden, daß die Umzusiedelnden bestmöglich mit Kleidung und mit Verpflegung für die ersten 14 Tage ausgestattet werden.

6. Offen geblieben ist die Frage des Handgeldes, das den Umzusiedelnden pro Kopf in der Währung des Generalgouvernements mitgegeben werden soll. Anzustreben ist ein Kopfbetrag von mindestens 60,-- Zloty.

7. Zugesagt ist ferner die Festlegung der Transporte nach Fahrplänen, auf die die Dienststellen des Generalgouvernements sich verlassen können; durch ein im einzelnen verabredetes Meldesystem seitens der Dienststellen des Reichssicherheitshauptamtes und der Ostbahn an die Regierung des Generalgouvernements (Innere Verwaltung) soll die Ankunft der Züge im einzelnen jeweils so frühzeitig angekündigt werden, daß alle notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können.

8. Die für das Generalgouvernement durch die bevorstehende Aufgabe entstehenden Schwierigkeiten sind von den Vertretern des Generalgouvernements der Klarstellung halber betont worden. Sie fanden seitens des Reichssicherheitshauptamtes den Einwand, daß trotz der bevorstehenden Umsiedlungen die Besiedlungsdichte im Generalgouvernemt kaum den Reichsdurchschnitt überschreite. Es bedarf keiner Erörterung, daß dieser Vergleich den Tatsachen nicht gerecht wird; denn die Fläche des Generalgouvernements wird durch die Abgabe von 2500 qkm für Wehrmachtsanlagen und durch die Notwendigkeit, den gesamten militärischen Schutzbereich entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San freizumachen, in einer Ausdehnung von schätzungsweise 12.000 qkm so stark verringert, daß für den Restraum des Generalgouvernements eine Bevölkerungsdichte von 170 angenommen werden muß. Außerdem fehlen im Generalgouvernement alle natürlichen Voraussetzungen zur Aufnahme solcher Menschenmassen, die im Reich eher gegeben sind. Ein Vergleich der Bevölkerungsdichten muß daher zu Trugschlüssen führen.

II.

Gemeinschaftliche erste Stellungnahme der Abteilung Innere Verwaltung und der Abteilung Raumordnung zu Vorstehendem:

1. Eine Erfassung der hereinströmenden Menschenmassen und eine Kontrolle über ihren endgültigen Verbleib kann unter den derzeitigen Verhältnissen nicht gewährleistet werden. Schon jetzt wird z.B. aus dem Distrikt Radom gemeldet, daß Umgesiedelte dauern in ost-westlicher Richtung zurückwandern. Diese Tatsache bestätigt eine im Reichssicherheitshauptamt erhaltene Information, wonach von den bisher Evakuierten schätzungsweise 50.000 bereits wieder im Warthegau aufgetaucht seien. Da eine Unterbringung in Barackenlagern und dergl. zurzeit nicht in Frage kommt, wird aber trotzdem auf eine Erfassung verzichtet werden müssen.

2.

2. Zur Vermeidung von Katastrophen, die unter allen Umständen gegen die Interessen des Reiches ausschlagen würden, muß von den Kreis- und Stadthauptleuten für eine Unterbringung der in ihren Bezirk kommenden Evakuierten gesorgt werden. Freie Obdachgelegenheiten sind nach den vorliegenden Berichten aber nicht mehr vorhanden. Diese Schwierigkeiten werden vergrößert dadurch, daß nach einer Äußerung des Vertreters des O.K.W. mit einer verstärkten Belegung des Generalgouvernements zu rechnen ist. Die Obdachbeschaffung wird in der Hauptsache in der Form zu erfolgen haben, daß die neu hinzukommenden Menschen verteilt werden auf die allerdings schon überbelegten Quartiere der ansässigen Familien.

3. Aus der gleichen Erwägung muß unter allen Umständen die notwendigste Verpflegung der neu hinzukommenden Menschen sichergestellt werden.

4. Die arbeitsfähigen Evakuierten müssen sofort an die Arbeit gebracht werden. Während des Winters werden als Arbeitsprojekte in erster Linie nur Schneeräumungsarbeiten und einige vorbereitende Arbeiten für Bauvorhaben in Frage kommen. Zusätzlich müßten, am besten auf Grund eigenen Entschlusses der Kirchenbehörden, Kirchen und Klöster für die Unterbringung der Obdachlosen zur Verfügung gestellt werden. Die polititschen Bedenken (erleichterte Einflußmöglichkeit seitens der feindlichen Geistlichkeit) müßten in Kauf genommen werden.

Die lediglich zwecks Beschäftigung der Evakuierten durchgeführten Arbeitsvorhaben, deren produktiver Wert in vielen Fällen zweifelhaft ist, können nicht im wesentlichen aus Mitteln des Generalgouvernements oder der Gemeinden und Gemeindeverbände bestritten werden. Die Hilfe des Reiches hierfür muß angestrebt werden.

Krakau, den 13.1.1941
W/Pi.

Tgb. Nr. 20/41 geh.

1 a

I

Arbeitssitzung

am Freitag, den 7. Februar 1941, 16 Uhr,
auf der Burg zu Krakau.

Geheim.

Tagesordnung:

1. Stand des Waren- und Kapitalverkehrs mit dem Reich (Verrechnungsabkommen).
2. Ansprüche der Wehrmacht auf Eigentum im Generalgouvernement.
3. Entschädigungsfragen ausgehend von der Verordnung des Reichs vom 17.9.1940.
4. Entschädigung der ausgesiedelten Polen.
5. Befriedigung von Ansprüchen Reichsdeutscher und Neutraler gegenüber dem Vermögen des früheren polnischen Staates.
6. Ausgleich von Schulden und Forderungen zwischen Generalgouvernement und Reich (Altreich und eingegliederte Ostgebiete).
7. Außenhandelsfrage.

Von diesem Protokoll wurden
5 Exemplare gefertigt, und zwar für

a) Staatssekretär Dr. Bühler,
b) Präsident Kehrl, Berlin,
c) Präsident Dr. Emmerich,
d) Präsident Tetzner,
e) die Akten d.Kanzlei d.GG.

Krakau, 12.2.41

T e i l n e h m e r :

Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Präsident K e h r l
Unterstaatssekretär K u n d t
Ministerialdirigent Dr. E m m e r i c h
Finanzpräsident S p i n d l e r
Bankdirigent Dr.Dr. P a e r s c h
Präsident S e n k o w s k i
Direktor b.d. Reichsbank T e t z n e r
Ministerialrat P l o d e c k
Oberlandrat W e s t e r k a m p
Reichsamtsleiter Dr. F r a u e n d o r f e r
Commercialrat H e u r i t z s c h
Oberregierungsrat S c h u l t e - W i s s e r m a n n
Regierungsrat H e y s e
Regierungsrat R o t h e r m u n d
Staatsanwalt Dr. M e i d i n g e r
Regierungsrat G n a u c k als Protokollführer

======

Geheim.

Beginn der Sitzung 16^{10} Uhr.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r heißt zunächst Präsident Kehrl und seine Mitarbeiter auch namens des Herrn Generalgouverneurs in Krakau herzlich willkommen und gibt dabei dem Bedauern des Herrn Generalgouverneurs darüber Ausdruck, daß er angesichts seiner Abwesenheit von Krakau an der heutigen Besprechung nicht teilnehmen kann.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf die Wirtschaftslage im Generalgouvernement ein. Die Wirtschaft des Generalgouvernements, so führt er aus, sei im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß das Leben und das Eigentum der wirtschaftenden Personen gewährleistet sei und sich da und dort bereits ein Vertrauen zur deutschen Führung und Arbeit im Generalgouvernement zeige. Damit seien die Voraussetzungen für den Aufbau einer Wirtschaft geschaffen. Man könne nicht sagen, daß die Herstellung dieses Zustandes durch den Zeitablauf zwangsläufig gegeben gewesen sei. Es habe eines großen Maßes von Kleinarbeit und Arbeit im Großen bedurft, um diese Befriedung herbeizuführen, um von dem Beutetrieb des Eroberers die Menschen auf die Grundlage einer gesunden Wirtschaft zu stellen und andererseits auch das beherrschte Volk von dem Argwohn zu befreien, daß es nur Menschen gegenüberstehe, die seine Interessen völlig außer Acht ließen.

Weiter habe sich aber gezeigt, in welch' erschreckendem Maße die Wirtschaft dieses Gebietes durch den Polenfeldzug, durch die Dreiteilung des ursprünglich einheitlichen Wirtschaftskörpers und durch den Abtransport beinahe sämtlicher Rohstoffe aus diesem Gebiet betroffen worden sei. Hier seien noch schwere Wunden zu verspüren, die in ihrem Ausmaß erst jetzt übersehen werden könnten und dringend einen ernstlichen Eingriff erforderten. Daneben stehe die Wirtschaft dieses

Gebietes

Gebietes noch unter den allgemeinen durch die Kriegslage herbeigeführten Beschränkungen. Die Produktion diene in erster Linie der Rüstung des Reiches, und von der Regierung des Generalgouvernements geschehe alles, um diese Entwicklung zu fördern und dem Reich das zuzuführen, was sein Kriegspotentiell verstärken könne. Dabei sei in diesem Gebiet noch eine besondere militärische Lage in der Betrachtung der Wirtschaft gleichfalls in Rechnung zu setzen. Die zahlreichen im Lande vorhandenen Truppen und die Tatsache, daß im Laufe der vergangenen Wochen viele Fabriken wegen Kohlenmangels hätten geschlossen werden müssen, kennzeichneten die Lage und ließen erkennen, daß die militärischen Belange den wirtschaftlichen Belangen voranzugehen hätten.

Staatssekretär Dr. Bühler dankt dem Präsidenten Kehrl, daß er gekommen sei, um einige dieser Probleme mit den Mitgliedern der Regierung zu besprechen, und bittet ihn, vor Eintritt in die Tagesordnung etwaige Wünsche und Anregungen, die von reichswegen vorgebracht werden könnten, zu äußern.

Präsident K e h r l dankt Staatssekretär Dr. Bühler für die freundlichen Worte der Begrüßung. Bei Besprechungen wie der heutigen könne eine Art Inventuraufnahme gemacht und ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Besprechungen gezogen werden. Angesichts der Entwicklung der letzten Zeit seien die wirtschaftlichen Fragen etwas in den Hintergrund getreten. Die Wirtschaft entwickle sich zu einer Art Technischer Nothilfe für die militärischen und sonstigen Belange und könne seitdem nur so gewertet werden. In den Wintermonaten habe man ja immer mehr oder weniger mit einem Übergangszustand zu rechnen, der aber hoffentlich auch diesmal mit Beginn des Frühjahrs überwunden werde. In den Wintermonaten kehre man immer zu einem Zustand der Unwirtschaftlichkeit zurück.

Er habe eigentlich abgesehen von einigen Punkten keine besonderen allgemeinen Wünsche, die ihn nach Krakau geführt hätten, sondern nur das Bestreben, alle schwebenden Probleme durchzusprechen und eine gewisse Klärung herbeizuführen. Er

sei

sei noch gestern bei Reichswirtschaftsminister Funk gewesen, der seit einigen Tagen seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen und ihn beauftragt habe, seine besten Grüße dem Herrn Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements zu überbringen. Man sei sich im Reiche dessen bewußt, daß es gegenwärtig angesichts der Transportverhältnisse garnicht möglich sei, die Wirtschaft vorteilhaft zu beeinflussen. Aber alles, was im Rahmen des möglichen liege, solle von Seiten des Reiches geschehen, um die Aufgaben des Generalgouvernements zu erleichtern.

Die Besprechung wendet sich nunmehr dem ersten Gegenstand der Tagesordnung zu:

Stand des Waren- und Kapitalverkehrs mit dem Reich (Verrechnungsabkommen).

Abteilungspräsident T e t z n e r gibt einleitend einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Clearing. Auf dem Clearing stehe heute ein Guthaben bei der Emissionsbank von 10 Millionen, dem ein Posten von 20 Millionen gegenüberstehe, der bereits nicht mehr habe ausgezahlt werden können; der Auftrag liege vor, der Posten ruhe aber solange, bis der entsprechende Gegenposten eingezahlt sei. Bei diesen 20 Millionen handele es sich um Überweisungen des Reichsfinanzministers an die Emissionsbank zur Abdeckung der dort aufgenommenen Schulden für Zwecke der Wehrmacht. Die sonstigen Zahlungen habe man immer tätigen können. Die letzten Wochen hätten wohl auch gezeigt, daß die Inanspruchnahme seitens der Wehrmacht nicht mehr in dem erschreckend großen Umfange stattgefunden habe. Es sei etwas weniger, als die vorhergehenden Monate hätten erwarten lassen.

Aus einer Zusammenstellung, die er für die heutige Besprechung habe anfertigen lassen, gehe hervor, daß der Warenverkehr des Generalgouvernements mit dem Reich im großen und ganzen immer günstiger geworden sei. Im September 1940 z.B. habe einer bezahlten Warenausfuhr von 26 Millionen eine bezahlte

zahlte Wareneinfuhr von 56 Millionen gegenübergestanden. Die Verhältniszahlen seien dann folgende gewesen:

Oktober 1940	22 : 84
November "	33 : 64
Dezember "	31 : 57
Januar 1941	23 : 48.

Im ganzen gesehen habe also ungefähr immer die Wareneinfuhr zur Hälfte mit der Warenausfuhr bezahlt werden können. Die einzelnen Differenzen zwischen Wareneinfuhr und Warenausfuhr seien im Laufe der Zeit immer kleiner geworden und zeigten eine dauernd sinkende Tendenz.

Ein weiterer Posten, der dem Generalgouvernement/vom Überschüsse Reiche bringe, liege in den Überweisungen der Nebenkosten. Darunter verstehe man, devisenmäßig gesehen, alle Kosten, die von deutschen Firmen zur Einrichtung hiesiger Betriebe, Zahlung von Gehältern, Ausstattung mit Betriebsmitteln usw. aufgebracht würden. Hierin lägen Überweisungen vom Reich nach hier, und zwar im September in Höhe von 15 Millionen, im Oktober von 18 Millionen, im November von 14 Millionen, im Dezember von 5 Millionen und im Januar 1941 von 12 Millionen, denen nur ganz geringfügige Posten gegenüberständen, die im Höchstfall im Oktober 7,8 Millionen betragen haben, im Dezember aber auf etwa 6 Millionen und im Januar 1941 auf knapp 4 Millionen zurückgesunken sind. Immerhin habe man in dieser Sphäre auch ein Plus von 16 Millionen, von 12 Millionen, von 5 Millionen und 11 Millionen Zloty monatlich.

Im ~~Der~~ Kapitalverkehr überwögen die Überweisungen vom Generalgouvernement nach dem Reich. Einmal habe man die gesamten Wünsche der Umsiedler befriedigen können, und andererseits seien alle Zahlungen, die irgendwie Berechtigung gehabt hätten, ausgeführt worden. Dem Auslands/Zahlungsverkehr, der sich über das reichsdeutsche Clearing erstrecke, komme keine große Bedeutung zu. Immerhin sei es gelungen, auch da die notwendigsten Posten abzuwickeln und manches hereinzubekommen. Das ergebe sich aus einer langen Statistik, die wohl im einzelnen

hier

hier nicht interessiere.

Was die Gesamtlage des Clearings angehe, so rechne er damit, daß diese Unmöglichkeit, voll auszuzahlen, doch noch für einige Monate zu erwarten sein werde. Bis zu dem Zeitpunkt, in welchem sich die Zahlungen durch Verringerung der Truppen, mit denen man schließlich rechnen müsse, ungefähr ausgleichen könnten, schätze er den Betrag auf etwa 200 Millionen. Augenblicklich stehe bei der Emissionsbank ein Posten von 66 Millionen offen. 20 Millionen seien überwiesen worden, und er werde sie demnächst auszahlen können.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h nimmt ebenfalls zu der Frage des Verrechnungsverkehrs Stellung. Hier ergebe sich vor allem das Problem des Ausgleiches der Clearingspitze. Er sei bisher durch den Einsatz des Guthabens des Reiches vorgenommen worden. Da es verbraucht sei, stehe man jetzt vor dem Problem, wie weit dieser Einsatz vorgenommen werden solle. Dies könne so geschehen, daß die Notenbank eine Einzahlung auf ihr Berliner Konto in Höhe des Spitzenbetrages tätige und ausgleiche. Dieses Ergebnis sei aber nicht erwünscht, weil das deutsche Verrechnungsinstitut manche Guthaben auseinanderhalten möchte und nur Auszahlungen wünsche, die effektiv berechtigt seien. Zum anderen spiele hier das Problem der Verzinsung hinein. Es sei in Verhandlungen gelungen, durchzusetzen, durch Überweisungen im Clearing den gleichen Betrag, der der Spitze entspreche, vorweg dem Konto der Emissionsbank in Berlin zuzuschreiben, sodaß auf diese Weise der Ausgleich gefunden werden könne. Die Reichshauptkasse nehme vier Mal im Monat Spitzenbeträge, die mutmaßlich dem Clearingsaldo entsprechen, vorweg und überweise sie, oder das geschehe durch das Verrechnungsinstitut in Berlin. Schwierigkeiten würden sich hier nicht ergeben; es handle sich nur um ein technisches Problem.

Etwas anders liege die Sache im Hinblick auf den Notenumlauf. Der Notenumlauf habe Ende Juli v.J. 950 Millionen Zlo-

ty

ty betragen und sei inzwischen auf 1,3 Millionen Zloty angestiegen, was einer Steigerung um 37 % entspreche. In der gleichen Zeit sei der Notenumlauf der Deutschen Reichsbank nur um 10 % gestiegen, sodaß also das Generalgouvernement auf diesem Gebiete dem Reiche um 27 % voraus sei. Der Herr Generalgouverneur habe im November v.J. ein Schreiben anden Reichswirtschaftsminister gerichtet, in welchem er auf diese Auswirkung hinweise, gleichzeitig aber feststelle, daß irgendwelche Bedenken angesichts dieser Sachlage noch nicht beständen. Diese Bedenken bestänaen auch heute noch nicht. Allerdings liege es auf der Hand, daß eine Steigerung des Notenumlaufes ad infinitum nicht möglich sei. Eine Begrenzung müsse selbstverständlich eintreten. Befürchtungen, daß der Notenumlauf einen zu großen Umfang annehmen würde, seien allerdings einmal aufgetreten, jedoch erkennbar nicht recht von Dauer gewesen. Zunächst werde man die Auswirkungen des Verrechnungsverkehrs, die darin bestehen, daß der Ausgleich der Clearingspitze eine Steigerung des Notenumlaufes mit sich bringt, ohne Schaden für die Gesamtheit weiter auf sich nehmen können, wenngleich es wünschenswert wäre, in dieser Frage die praktischen Möglichkeiten, die von Seiten des Reiches vielleicht besser übersehen werden könnten, zu ergreifen.

Präsident K e h r l geht auf das Schreiben des Herrn Generalgouverneurs vom 11. November 1940 ein, in welchem zu dieser Frage Stellung genommen sei. Im Dezember habe das Reichswirtschaftsministerium auf dieses Schreiben geantwortet, daß man versuchen werde, den für das Otto-Programm und die Forderungen der Wehrmacht maßgebenden Stellen ein Bild von den Dingen zu geben, daß man im Anfang des Jahres 1941 in einer Besprechung auf diese Sachlage zurückkommen und dann bereit sein würde, das Problem in die Hand zu nehmen. Man müsse zunächst von der Voraussetzung ausgehen, daß unter allen Umständen ein ungestörter Zahlungsverkehr nach beiden Seiten durchgeführt werden müsse und man sich nur über die Mittel und Wege unterhalten könne, wie man ihn durchführe. Jedenfalls könne man

aber

aber Stockungen des Zahlungsverkehrs nach der einen oder anderen Richtung oder Verschiebungen der Auszahlung nicht hinnehmen, auch wenn es sich nicht um Wehrmachtszahlungen, sondern Zahlungen anderer Art handele. Man sollte nicht bloß diese Zahlungen, sondern auch die von Präsident Tetzner genannten Zahlungen irgendwie einschließen. Wenn schon die Emissionsbank mit 100 oder 200 Millionen in Vorlage trete, dann könne sie auch die 20 Millionen irgendwie einbeziehen.

Abteilungspräsident Dr. P a e r s c h macht darauf aufmerksam, daß diese Summe selbstverständlich einbezogen sei.

Präsident K e h r l betont, daß selbstverständlich eine weitere wesentliche Steigerung des Notenumlaufes für die Zukunft unbedingt hintangehalten werden müsse. Die bisherige Steigerung könne auch nur unter dem Gesichtspunkt der Kriegsverhältnisse in Kauf genommen werden. Man müsse notgedrungen hier ein Endziel vor Augen haben. Man habe sich früher beim Reichswirtschaftsministerium Gedanken über die Schulden gemacht und sich überlegt, wieviele Schulden man das Generalgouvernement beim Reich machen lassen wolle. Das Generalgouvernement habe 80 Millionen Reichsmark Schulden aufgenommen, und vom Reich sei diese Schuldsumme durch Bevorschussung ausgeglichen worden. Man habe aber nicht erwartet, daß sich so schnell Gegenposten finden würden. Wenn das Generalgouvernement in Vorlage trete, so sei das das Gegenspiel zur Vorlage des Reiches. Man sei sich vollkommen klar darüber, daß irgendeine Änderung des Währungsstatus nicht in Frage komme, daß also die Währung des Generalgouvernements aufrechterhalten werden solle, worüber sich auch d er Führer eindeutig geäußert habe. Daraus ergebe sich weiter, daß dieser Zahlungsverkehr flüssig gehalten werden müsse, weil sonst die militärischen Belange gefährdet würden. Man könne sich nur über technische Wege unterhalten, auf denen man dieses Ziel erreiche. Die Schwierigkeiten, die das Problem biete, hingen im wesentlichen von den in Frage kommenden Größenordnungen ab. Man habe versucht,

sucht, sich einen Überblick über die Größenordnungen zu verschaffen. Sie seien an sich doch nicht so erschütternd, wie man geglaubt habe. Die Aufstellung sei allerdings zu einer Zeit gemacht worden, als die weitere Verstärkung der Wehrmacht noch nicht übersehbar gewesen sei. Immerhin sei die Wehrmacht kein so ausschlaggebender Posten, weil ja vom Wehrsold ein nennenswerter Teil ins Reich zurückfließe., Die Überweisungen im Kapitalverkehr seien ziemlich beträchtlich und müßten auf solche Wehrmachtszahlungen zurückzuführen sein. Es verbleibe wohl höchstens 1/3 des Wehrsoldes im Lande, 2/3 würden nach dem Reiche überwiesen.

Von den einzelnen Stellen seien hinsichtlich des Bedarfs für die kommenden Monate Zahlen genannt worden, auf die er sich hier beziehe, wobei er die in diesem Jahr schon geleisteten Zahlungen außer Betracht lasse. Für das Otto-Programm seien im ganzen 200 Millionen Reichsmark vorgesehen gewesen. Von dieser Summe sollten bis 31. März 1941 135 Millionen verbraucht sein. Überwiesen worden seien aber nur bis Dezember 21 Millionen. In Aussicht genommen seien für Januar bis März 8 Millionen, also verhältnismäßig sehr bescheidene Beträge, sodaß insgesamt bis zum 31. März nur rund 30 Millionen verbraucht sein würden, bei einer ursprünglichen Anforderung von über 135 Millionen. Für das Eisenbahnbauprogramm seien 90 Millionen Reichsmark vorgesehen gewesen. Danach sollten bis 31. März 50 Millionen verbraucht werden. 30 Millionen seien bereits überwiesen, die weiteren 20 Millionen würden bis 1. März überwiesen werden, sodaß also diese Zahl weitgehend innegehalten werde. Die Wehrmachtszahlungen würden nach Angabe der Wehrmacht im Monat etwa 65 Millionen betragen. Die Zahl sei allerdings genannt worden, bevor die Erhöhung der Truppenzahl bekannt war. Es sei also möglich, daß sie sich bis März oder April noch wieder verschiebe. Wenn man diese Zahlen zusammenziehe, so ergebe sich folgendes Bild: Warenzahlungen für das erste Quartal = 3 Monate zu je 18 Millionen gleich 54 Millionen, Wehrmacht 3 X 65 = 195 Millionen,

lionen, Otto-Programm 8 Millionen, Eisenbahn-Bauprogramm 90 Millionen usw. Insgesamt handele es sich um eine Summe von 320 Millionen. Diesen Einzahlungen in Berlin dürften nach den bisherigen Erfahrungen für Warenzahlungen und Kapitalzahlungen insgesamt rund 230 Millionen gegenüberstehen, sodaß im ersten Quartal die gesamte Differenz 90 bis 100 Millionen betragen würde. Aber sie sei vielleicht voraussichtlich noch geringer. Wenn man also unterstelle, daß das Guthaben, das für die Emissionsbank durch Bevorschussung entstehe, 100 Millionen Reichsmark im Quartal ausmache, so sei das eine Größenordnung, die zu Bedenken keinen besonderen Anlaß gebe.

Nun sei ein lebhafter Streit darüber entstanden, wieviel Noten umliefen, und die Schätzungen hätten zwischen 800 Millionen und 2 Milliarden Zloty geschwankt. Jedenfalls habe man es für möglich gehalten, daß damals schon ein Notenumlauf in einer solchen Höhe vorhanden wäre. Einen Notenumlauf von 1,2 Milliarde halte ja wohl auch Dr. Paersch nicht für ausgeschlossen. Wenn man sich also damals schon mit diesem Gedanken vertraut gemacht habe, dann habe man immerhin schon einen gewissen Maßstab. Zur Zeit betrage der Notenumlauf 1,3 Milliarde. Nun entstehe die Frage, wieweit sich die Erhöhung des Guthabens auch im Notenumlauf auswirkedrücke. Das werde nicht in der gleichen Höhe der Fall sein; über 60 bis 70 % werde es nicht hinausgehen. Man könne jedenfalls unterstellen, daß im Quartal mit einer Erhöhung des Notenumlaufs von 120 bis 150 Millionen Zloty zu rechnen sei. Das wäre zunächst für die beiden ersten Quartale zugrunde zu legen. Man würde demnach am 1. Juli bei einem Notenumlauf von etwa 1,75 Milliarde angelangt sein. Aber auch das sei wohl noch keine Größenordnung, mit der man als einem Problem zu rechnen habe, weil dann das "ad infinitum" aller Voraussicht nach in weitem Umfange eingetreten oder zum mindesten in greifbare Nähe gerückt sei. Das Guthaben, das zwischenzeitlich für das Generalgouvernement entstehe, würde 300 Millionen Mark betragen. Es würde irgendwann seine Abdeckung durch Warenlieferungen aus dem Reich finfen,

den, wenn man wieder in der Lage sei, Ware zu liefern. Solange man keine oder nur solche Waren zur Verfügung habe, die man von Seiten des Generalgouvernements auch nicht kaufen wolle, könne eine Abdeckung im Kriege nicht erfolgen. Eine Größenordnung von 300 Millionen Mark abzudecken, sei nach dem Kriege kein Kunststück; denn Salden in dieser Höhe würden dann in einer größeren Reihe von Ländern ebenfalls abzudecken sein, und zwar in einer Größenordnung, die weit darüber hinausgehe. Das treffe z.B. für Norwegen, Holland und ähnliche Länder zu.

An sich bestehe nur die Alternative, daß das Reich mehr Waren liefere. Dazu sei es aber nur imstande, wenn dem Reich neue Einflußmöglichkeiten eröffnet würden. Daß es bis zum 1. Oktober d.J. der Fall sein werde, könne man mit Sicherheit annehmen. Man müsse es zunächst dem Minister überlassen, die Voraussetzungen für solche Erhebungen zu schaffen. Habe man diesen Punkt erreicht, dann werde man sich unschwer über die weitere Entwicklung einigen können. Wenn sich, was man befürchtet habe, die Größenordnungen in Beträgen von 200 oder 250 Millionen Mark in Kapital bewegt hätten, wäre man vielleicht auch bedenklich geworden, und dann hätte etwas geschehen müssen. Wenn zu viel Geld umlaufen würde, dann müsse es eben in anderer Form eingezogen werden, entweder durch Anleihen oder auf dem Wege der Besteuerung. Solche Maßnahmen seien natürlich für die allgemeine Beeinflussung der Wirtschaftslage an sich sehr unerwünscht. Man sollte deshalb mindestens ein Quartal abwarten, ehe man sich über diese Frage unterhalte. Zunächst wolle man es bis Mitte des Jahres laufen lassen.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h erinnert daran, daß der Herr Generalgouverneur gefragt habe, ob es möglich sei, den Umfang der Überweisungen für die Wehrmacht durch technische Momente etwas zu verringern. Wenn das nicht möglich sei, dann bleibe nur die Frage übrig, ob Waren geliefert

werden

werden könnten.

Präsident K e h r l weist darauf hin, daß der Herr Generalgouverneur zur selben Zeit an Generalfeldmarschall Keitel ein Schreiben gerichtet habe, in welchem auf diese Probleme aufmerksam gemacht werde. In diesem Brief sei zum Schluß darauf hingewiesen, daß vielleicht ein probater Weg darin gefunden werden könne, die Truppen im Generalgouvernement zu verringern. Auf diese Anregung sei Generalfeldmarschall Keitel offensichtlich nicht eingegangen. Schließlich sei angeregt worden - und dem habe man wohl auch weitgehend stattgegeben -, daß die Truppe die Möglichkeit erhalten solle, ihren Bedarf zu einem Teil aus Kantinen und Marketendereien zu decken. So sei denn auch ein Teil des Wehrsoldes an Ort und Stelle wieder in Waren umgesetzt worden, die die Wehrmacht mit sich führe.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r bemerkt, daß seines Wissens in einigen Gebieten der Wehrsold nur zu einem Bruchteil ausgezahlt werde.

Präsident K e h r l betont demgegenüber, daß durch dieses Verfahren die Leistungsfähigkeit der Truppe beeinträchtigt werde. Diesen Weg habe man z.B. in Rumänien gewählt, wo zur großen Erbitterung der Truppe nur ein Drittel des Wehrsoldes ausgezahlt werde. Der Führer habe diese Verfügung getroffen, weil nach seiner offen geäußerten Ansicht zwischen einem Lande, das nachbarlich-gastlich unsere Truppen einlade, in seinen Gefilden zu weilen, und einem eroberten Lande ein großer Unterschied bestehe. Es gehe nicht an, daß ein Land wie z.B. Rumänien durch die Truppen leer gekauft werde, weil dann schließlich dieses Land vom Reich mitversorgt werden müßte. Jedenfalls stellten diese umfangreichen Aufkäufe der Truppen ein unerfreuliches Bild dar. Möge auch zur Zeit in Rumänien noch eine ganze Menge von Waren zu kaufen sein, so

würden

würden doch durch solche Aufkäufe unerwünschte Zustände eintreten.

Abschließend könne jedenfalls gesagt werden, daß zunächst e inmal das Frühjahr und der Anfang des Sommers abgewartet werden sollten. Dann könne man sich über das Problem nochmals unterhalten. Bevor man nicht zu einer Summe von 1,5 Milliarden im Notenumlauf gekommen sei, brauche man nichts besonderes zu unternehmen und keine besonderen Besorgnisse zu hegen.

Regierungsrat H e y s e erinnert daran, daß für die Finanzierung der Unternehmungen im Generalgouvernement nicht unerhebliche Beträge zur Verfügung gestellt worden seien. Daher sollte es sich jetzt ermöglichen lassen, die Finanzierung in Bezug auf das Generalgouvernement vorzunehmen, wodurch die Überweisungen aus dem Reich leichter würden. Brauchten solche Überweisungen im Prinzip nicht mehr vorgenommen zu werden, dann würde das eine Entlastung bedeuten. Allerdings würde dies nicht ohne weiteres im Sinne der deutschen Firmen liegen, die eine Selbstfinanzierung vornähmen; aber das könne das Reich nicht interessieren.

Präsident K e h r l weist darauf hin, daß man in Norwegen einen ähnlichen Weg gegangen sei. Dort würden die Wasserkräfte unter Aufwendung erheblicher Geldbeträge zur Ausnutzung gebracht. Ein Teil dieser Aufwendungen solle von Norwegen getragen werden, und zwar geschehe das dadurch, daß die Banken Kredite oder Obligationen gäben.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h teilt in diesem Zusammenhange mit, daß man ähnliche Vorgänge auch im Generalgouvernement habe. So sei z.B. die Forstwirtschaft dazu übergegangen, reichsdeutsche Firmen für die Bearbeitung von Holz einzusetzen. Man habe in dieser Frage mit ihm nicht Fühlung genommen, sondern sich darauf berufen, daß das Reichswirt-

schafts-

schaftsministerium seine Genehmigung dazu erteilt habe.

Regierungsrat H e y s e erklärt, daß hier auch noch andere Fälle in Betracht kämen. Man könne davon ausgehen, daß es sich bei diesen Dingen im Vierteljahr etwa um eine Summe von 35 Millionen handele.

Präsident K e h r l gibt zu bedenken, daß, wenn man einen Betrag von etwa 60 Millionen einsetze und ihn mit 70 % beim Notenumlauf berücksichtige, immerhin eine Summe von 40 Millionen Zloty für den Notenumlauf ausfalle. Schließlich spielten hier auch kleinere Beträge eine gewisse Rolle.

Auf eine Frage des Regierungsrats Heyse erwidert Bankdirigent Dr. P a e r s c h , daß die Finanzierungskosten im Generalgouvernement nicht nennenswert höher seien als im Reich. Es frage sich allerdings, ob man unter gewissen Auswirkungen des Krieges solche Beträge nicht gleichzeitig zu Sanierungen verwende und damit Kreditkosten decke.

Abteilungspräsident T e t z n e r hält angesichts der guten Gewinne, die die Firmen haben, diese Belastung für tragbar, wogegen Präsident K e h r l allerdings einwendet, daß diese guten Gewinne nicht überall vorhanden seien.

Abteilungspräsident T e t z n e r geht sodann auf die Frage der Bezahlung der Truppenbedürfnisse ein, über die er vor kurzem mit einem höheren Beamten der Intendantur des Oberkommandos gesprochen hat. Er habe es dabei vom Standpunkte des Generalgouvernements aus für wünschenswert erklärt, daß die Eigenbedürfnisse der Truppen von den Standortkassen des Heimatheeres befriedigt würden, weil davon die Wirtschaft des Generalgouvernements nicht berührt werde. Dabei sei auch die Frage der Bezahlung derjenigen Lieferungen an die Truppe besprochen worden, die aus dem Generalgouvernement an die Truppe statt-

stattfänden. Er habe seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß von der Truppe, die im Generalgouvernement Waren kaufe, selbstverständlich auch bezahlt werden müsse, es sei denn, daß es sich um Rüstungsgegenstände handle, die auf Grund der Anordnung einer Berliner Stelle angefertigt würden. Die Lieferungen an die Truppe bedeuteten für das Generalgouvernement eine Art Export. Es müßten daher deren Gegenwerte über das Clearing geleitet werden. Präsident Kehrl stimmte dem durchaus zu.

2. Ansprüche der Wehrmacht auf Eigentum im Generalgouvernement.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r führt aus, daß es sich hier um Ansprüche der verschiedensten Art handle, teils um Ansprüche auf Betriebe, teils um Ansprüche auf große Ländereien, die für Truppenlager und sonstige Zwecke hergerichtet werden sollen. In keinem Fall sollten diese Betriebe und Ländereien auch endgültig für militärische Zwecke dienen. Wenn feststünde, daß im Kriege diese Einrichtungen militärisch benutzt werden müßten, so würden an sich seitens des Generalgouvernements keine Bedenken bestehen, dem Militärfiskus das Eigentum zu übertragen. Es sei jedoch sinnwidrig, schon jetzt diese Übertragung vorzunehmen, wo die endgültige Planung noch garnicht abgesehen werden könne. In der Verordnung des Führers sei gesagt, daß über diese Einrichtungen und die erforderlichen Territorien von Seiten des Militärfiskus verfügt werden könne, in der gleichen Verordnung heiße es auch, daß die Wehrmacht über das gesamte Fernmelde- und Verkehrswesen verfügen könne. Das könne aber unmöglich bedeuten, daß nun etwa die Wehrmacht das Eigentum an der Ostbahn erhalte, sondern die ausschließliche Verfügungsgewalt dauere nur so lange an, als die Wehrmacht ein wirkliches Interesse an den Dingen habe. Wenn das militärische Interesse [illegible] ende, dann müßten also diese Einrichtungen usw. wieder in das frühere Eigentum zurückkehren.

Präsident

Präsident K e h r l erinnert daran, daß Ministerialrat Plodeck in der letzten Besprechung diese Frage aufgeworfen habe, weil damals General Schindler erstmals solche Wünsche ziemlich stark erhoben habe. Er habe dem Herrn Generalgouverneur vorgeschlagen, daß er grundsätzlich mit General Thomas über diese Frage spreche. General Thomas habe dann in entgegenkommender Weise einen den Wünschen des Herrn Generalgouverneurs entsprechenden Standpunkt eingenommen, allerdings unter Vorbehalt einer Fühlungnahme mit den Wehrmachtsteilen. Zur selben Zeit sei General Schindler vom Herrn Generalgouverneur empfangen worden, und der Herr Generalgouverneur habe aus dieser Besprechung das Ergebnis ziehen zu können geglaubt, daß von Seiten des A.O.K. eine mehr entgegenkommende Stellung eingenommen werden würde. Gleichwohl sei dann aber General Schindler bei seiner ursprünglichen Ansicht stehen geblieben, und es habe dann nochmals eine Besprechung bei General Thomas stattgefunden, bei der man versucht habe, diese Verschärfung der Situation zu beseitigen. Auch in dieser Besprechung habe man sich von Seiten der Wehrmacht auf den Führererlaß berufen, nach welchem der Wehrmacht an allen Dingen, die sie für sich als notwendig ansähe, das Eigentum zustände. Die Frage, ob die Wehrmacht diese Betriebe und Einrichtungen dauernd behalten wolle, sei verneint worden. Er habe dann die Frage gestellt, auf welche Betriebe die Wehrmacht praktisch Wert lege. Nach seinem Eindruck handle es sich ja hierbei vor allem um das Bestreben einzelner Wehrmachtsteile, ihren industriellen Einfluß zu verstärken. Solche Bestrebungen basierten wohl sehr stark darauf, daß die Wehrmacht im Protektorat etwas zu kurz gekommen sei. Nun habe die Wehrmacht selbst eine Art Konkurrenzunternehmen zu den Hermann-Göring-Werken, das zwar nicht mit Absicht aufgebaut, ihr aber allmählich angefallen sei und zumeist aus Betrieben bestehe, die sich nicht hätten halten können oder so weit hätten finanziert werden müssen, daß es dem Reichsfinanzminister schon zweckmäßig erschien, sie in eigene Regie zu nehmen. Hier handle es sich vor allem um die Werke der Montan-Verwertungs-

Gesellschaft

Gesellschaft. Infolge der Rüstungskonjunktur hätten sich die Betriebe allmählich stark entwickelt. Die Persönlichkeiten, die diese Betriebe betreuten, zeigten gegenwärtig im Reich eine ziemlich große Aktivität in Bezug auf die Anschließung einzelner Rüstungsbetriebe an diesen heereseigenen Rüstungskonzern. Die Luftwaffe habe das Prinzip der luftwaffeneigenen Betriebe sehr stark in den Vordergrund gerückt. Hier handle es sich allerdings um Werke, die nur auf die Bedürfnisse der Luftwaffe eingestellt seien. Die Luftwaffe verfüge denn auch wohl über zwei oder drei solcher Unternehmen.

Nun habe General Schindler in jener Sitzung eindeutig erklärt, daß er nicht nur als Rüstungsinspekteur die Betriebe betreue, sondern Generalunternehmer wäre und in den Betrieben über alles zu bestimmen habe. Er, Präsident Kehrl, habe ihm entgegengehalten, daß ja schließlich die Rüstungsinspektion auch nicht in Anspruch nehme, die Produktion von Krupp zu gestalten oder dieser Firma privatwirtschaftliche Anweisungen zu geben, worauf General Schindler erklärt habe: Krupp sei in dem Falle er, denn er betreue die Werke. General Thomas habe demgegenüber betont, daß dieser Standpunkt seinen Anschauungen vollkommen widerspreche. Dem Wunsche des Ministerialdirgenten Dr. Emmerich, General Schindler solle als Rüstungsinspekteur keine andere Funktion wahrnehmen als die eines Rüstungsinspekteurs im Reiche und im Generalgouvernement sich auf die selben Funktionen beschränken, die dem Reichswirtschaftsministerium im Reiche zuständen, habe General Schindler im Grunde wohl zugestimmt, er habe dann aber den Wehrmachtsteilen aufgegeben, ganz konkret zu sagen, welche vorhandenen Betriebe für die Wehrmacht von solchem Interesse seien, daß an ihnen endgültig Eigentum von der Wehrmacht erworben werden müßte.

Abteilungspräsident Dr. E m m e r i c h geht auf eine Besprechung ein, die vor kurzem mit General Schindler stattgefunden hat. In dieser Besprechung habe General Schindler ein

Schreiben

Schreiben des Generals Thomas vorgelesen, in welchem die Forderungen der Wehrmacht konkretisiert waren. Er habe einen Aktenvermerk vorliegen, der im wesentlichen das wiedergebe, was in dem Schreiben des General Thomas stehe. Darin seien folgende Punkte hervorgehoben:

1) Die Wehrmacht beabsichtige, im Generalgouvernement keine eigene Wirtschaftspolitik oder Planung zu betreiben.

2) Im Interesse der Landesverteidigung hat der Übergang folgender ehemals polnischer Rüstungsbetriebe in das Eigentum des Heeres kostenlos zu erfolgen. .....

3) Die Wehrmacht beabsichtige ferner, das Eigentum am Kabelwerk in Krakau und am Gummiwerk Dębica zu erwerben.

4) Der Reichsminister der Luftfahrt beanspruche das freie Eigentum an dem Motorenwerk ..... und dem Flugzeugwerk Mielec.

5) Die Wehrmacht sei bereit, auf die Federführung einer Anzahl von Betrieben zu verzichten.- Es handle sich insgesamt um 16 Betriebe.

Er habe dann noch Gelegenheit gehabt, Anfang Januar dem Herrn Generalgouverneur über diese Dinge Vortrag zu halten, und dabei folgenden Standpunkt eingenommen. Wenn die Wehrmacht in einem an sich für die Friedenswirtschaft des Generalgouvernements nicht wichtigen Betriebe große Investitionen vornehmen und aus diesem Grunde das Eigentum an einem Werke übernehmen wolle, dann wäre es vom Standpunkt des Generalgouvernements aus gesehen nicht zweckmäßig, sich auf alle Fälle dagegen zu wenden. Das gelte z.B. für die von der Luftwaffe unterhaltenen Betriebe und Werke. Maßgebend müsse für das Interesse des Generalgouvernements die Frage sein, ob man bei einer Aufwärtsentwicklung der Industrie in diesem Raum für die Friedensproduktion auf diese Werke angewiesen sei. Zweifellos spiele dabei auch der Gesichtspunkt eine Rolle, ob die Wehrmacht die Gewähr geben könne, daß sie als Eigentümerin diese Werke mit Wehrmachtsaufträgen über den Krieg

hinaus

hinaus zu beschäftigen in der Lage sei. Man müsse aber unterstellen, daß das nicht der Fall sei. Soweit es sich um eine Produktion von Waffen usw. handle, werde diese Produktion restlos beim Reiche liegen, und man werde sich erst in Ausnahmefällen entschließen, in den Außengebieten Waffen und ähnliches Kriegsgerät zu erzeugen.

Man habe nun die einzelnen Werke auf ihre Brauchbarkeit für die Friedenswirtschaft untersuchen lassen. Diese Aufgabe sei einem Herrn Lange als Bevollmächtigtem für die Maschinenproduktion übertragen worden. Bei Stachanowice könnte darüber diskutiert werden, ob die Geschoß- und Geschützfertigung dort aufgenommen werden könnte. Das gleiche gelte für Stalowa-Wola. Dieses Werk verfüge zwar über eine große Geschützgießerei. Aber auch hier könnte sich die Wehrmacht mit einer solchen Garantie durchaus abfinden, denn das Interesse der Landesverteidigung sei absolut gewahrt. Das Werk "Ursus", eine frühere Kraftwagenfabrik, die keine übermäßige Bedeutung für die Friedensproduktion haben werde, könnte aber bei schneller Umstellung für den allgemeinen Maschinenbau eingesetzt werden. Da sie eine Rolle im Friedensprogramm des Generalgouvernements spielen könnte, sei nicht einzusehen, weshalb das Eigentum auf die Wehrmacht übergehen solle. Die beiden Gewehrfabriken Radom und Warschau seien auf ihre Leistungsfähigkeit in einer Friedensproduktion untersucht worden. Sie böten für die Wirtschaft des Generalgouvernements durchaus die Plattform für die Einrichtung einer Präzisionswerkzeug-Maschinenfabrik. Diese Fabriken seien ferner nach dem Urteil von Sachverständigen für die Ausweitung der deutschen Maschinenfabrikation unentbehrlich. Auch hier könne man den Interessen der Wehrmacht durchaus Rechnung tragen. Das gleiche gelte von der Pulverfabrik Grcziemki. Hinsichtlich des Kabelwerks Krakau werde er die Sachlage noch prüfen lassen. Dieses Kabelwerk arbeite zur Zeit in erster Linie für Eisenbahn und Post, für den Ausbau des Fernsprechnetzes im Generalgouvernement, was unter das Wehrmachtsprogramme falle,

sodaß

sodaß die Lieferungen Wehrmachtslieferungen seien. Offenbar beabsichtige die Wehrmacht, wenn sie das Eigentum erworben habe, das Werk an die AEG zu verpachten.

Es frage sich nun, ob man sich mit dieser Auseinandersetzung auf schriftlichem Wege begnügen wolle oder ob es Präsident Kehrl für richtig halte, direkt mit General Thomas Fühlung zu nehmen, um festzustellen, wie weit diese Wünsche überhaupt ernsthafter Natur seien und wie weit es möglich sei, ohne zu große Schwierigkeiten die entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Abteilungspräsident Dr. F r a u e n d o r f e r ergänzt die Ausführungen des Vorredners durch die Mitteilung, daß noch zwei weitere Betriebe und das Eisenwerk in Tschenstochau von der Wehrmacht in Anspruch genommen würden. Im übrigen habe ihm General Schindler erklärt, daß die Wehrmacht an den genannten 16 Betrieben nicht interessiert sei und daher nichts im Wege stände, für diese Werke entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Er, Präsident Frauendorfer, könne sie aber erst übernehmen, wenn die endgültige Entscheidung über die anderen 11 Werke gefallen sei. Diese Entscheidung scheine aber noch auf sich warten zu lassen, sodaß man an sich auf die 16 Werke angewiesen sei, die an schon von der Wehrmacht als nicht erwünscht bezeichnet worden sei/en. Das seien nicht nur Staatsbetriebe, sondern auch Privatbetriebe. Ein typischer Fall sei die Übernahme des Werkes Sierardow.

Abteilungspräsident P l o d e c k befürchtet die Gefahr, daß in der Frage des Eigentumsüberganges zwischen Wehrmacht und Generalgouvernement eine klare Entscheidung nicht erreicht werden könnte. Die Regierung des Generalgouvernements habe sich auf den Standpunkt der Verordnung vom 24. November 1940 gestellt, und damit sei zum Ausdruck gebracht, daß das frühere polnische Staatseigentum einwandfrei Eigentum des Generalgouvernements sei. Infolgedessen bedeute die Tatsache,

daß

daß jetzt ein Schreiben vorgelegt werde, in welchem die Wehrmacht von sich aus eine Reihe von Betrieben unentgeltlich als ihr Eigentum beanspruche, ein Abgehen von der früheren klaren Linie. Nun gebe er zu, daß mittlerweile die Verhandlungen Kompromißcharakter angenommen hätten, weil eine Liste aufgestellt werden sollte, nach welcher gewisse Betriebe und Werke als im Eigentum der Wehrmacht stehend anerkannt werden könnten. Jedenfalls habe man sich von Seiten des Generalgouvernements bereit erklärt, zusammen mit der Wehrmacht die Frage zu prüfen. Dieser Vereinbarung entspreche das genannte Schreiben. In den Punkten 1) bis 4) seien diejenigen Betriebe aufgeführt, für die die Wehrmacht die unentgeltliche endgültige Überlassung des Eigentums beanspruche. In Punkt 5) seien diejenigen Betriebe ausgesondert, bei denen das bisher von der Wehrmacht beanspruchte Benutzungs- und Eigentumsrecht nicht mehr verfolgt, sondern dem Generalgouvernement uneingeschränkt überlassen werde. Es müsse nun Klarheit darüber geschaffen werden, ob es bei dieser Verhandlungsbasis verbleiben solle. Jedenfalls verträten die drei Wehrmachtsteile Heer, Marine und Luftwaffe eindeutig den Standpunkt, insbesondere das Luftwaffengaukommando, daß alles, was früher von der polnischen Wehrmacht genutzt worden sei, als Eigentum der deutschen Wehrmachtsteile in Anspruch genommen und darüber nicht diskutiert werden solle. Hinter dieser Auffassung, die absolut starr sei und auch nichts an Schärfe verloren habe, stehe nach wie vor die Rüstungsinspektion. Das sei die Auffassung des General Schindler, zu der dieser sich auch bekenne, und in abgemilderter Form die Auffassung des Generals Thomas. General Thomas sei durchaus bereit, im Sinne des genannten Schreibens dem Generalgouvernement entgegenzukommen. General Schindler aber vertrete mit den drei Wehrmachtsteilen den Standpunkt, daß alles frühere wehrmachtmäßig genutzte polnische Eigentum jetzt Eigentum der deutschen Wehrmacht geworden und darüber garnicht zu verhandeln sei.

Unterstaatssekretär K u n d t betont, daß zur Zeit auf Grund der verschiedendsten mit der politischen Lage zusammenhängenden Befehle des Führers gewisse Kreise der Wehrmachtsteile alles das als Eigentum beanspruchten, was sie auf Grund von Befehlen, die mit der Kriegslage zusammenhingen, in Benutzung nehmen müßten. Außerdem handle es sich dabei nicht nur um Ländereien und Truppenübungsplätze, die zudem so bemessen würden, daß auch noch ein größeres Jagdrevier vorbehalten bleibe, - sondern es handle sich auch um viele andere Einrichtungen und Gebäude, die bisher von der polnischen Wehrmacht nicht benutzt worden seien, die man zur Einrichtung von Kasinos oder Heimstätten usw. beanspruche. Solche Anlagen mögen im Kriege für Heil- und Erholungszwecke gebraucht werden, würden aber im Frieden dafür nicht benötigt. In allen diesen Beziehungen würden von Seiten des Heeres immer noch größere Ansprüche gestellt als von Seiten der Luftwaffe.

Wenn man der Grundfrage nähertrete, so müsse man folgende Feststellung treffen: nach dem Erlaß des Führers sei im Generalgouvernement nur ein einziger Fiskus/des Reiches zugelassen, nämlich der Fiskus des Reichsfinanzministeriums, und es sei noch garnicht entschieden, ob der Heeresfiskus oder die Fisken der Wehrmachtsteile in ihrer Stellung auf das Generalgouvernement erweitert werden/ was vielleicht nach dem Kriege geschehe. Ferner sei es während der Kriegsdauer besonders angesichts der politischen Lage im Südostgebiet noch nicht klar, was wirklich gebraucht und wieviel Truppen/hier belassen würden, und in welcher Weise man die Wehrmacht im Generalgouvernement etablieren solle. Er halte es für richtig, die Entscheidung über die Eigentumsfrage bis zum Kriegsende zu vertagen und zunächst im Sinne der Verordnung des Führers der Wehrmacht alles zur Verfügung zu stellen, was sie für Kriegszwecke und für Zwecke der vorbereitenden Sicherung benötige. Wenn die Wehrmacht bezw. die Luftwaffe argumentiere, daß sie in irgendeinem Werk oder auf irgendeinem Flugplatz Investitionen vornehmen

nehmen müsse, so handle es sich da um Investierungen zu Kriegszwecken. Investierungen müßten aber auch später vorgenommen werden, wenn für die normale Friedenswirtschaft Gelände eingeebnet und andere Arbeiten verrichtet würden. Weiter frage es sich, ob nicht letzten Endes das Reichsfinanzministerium vom Generalgouvernement in irgendeiner Form eine Art Kriegsentschädigung verlange. In diesem Falle stände dem Generalgouvernement garnichts mehr zur Verfügung. Wenn heute schon dem Generalgouvernement alle die Werte nicht mehr angerechnet würden, die ins Reich gegangen seien und die nach Millionen zählten, so könne man den einzigen Verrechnungsfaktor, über den man noch verfüge, nicht aus der Hand geben.

Präsident K e h r l hält die Befürchtung des Abteilungspräsidenten Plodeck für unbegründet, daß man etwa im Reiche von seinem grundsätzlichen Standpunkt abgegangen sei. In der Besprechung bei General Thomas sei klar zum Ausdruck gekommen, daß der Herr Generalgouverneur an seinem eindeutigen Standpunkt festhalte, daß alles frühere Staatseigentum vom Generalgouvernement automatisch erworben worden sei. Von Seiten des Heeres werde die Richtigkeit dieses Standpunktes bestritten. Er habe dann vorgeschlagen, den grundsätzlichen Rechtsstandpunkt völlig außer Acht zu lassen. Auf seine Frage, ob man von Seiten des Heeres daran Anstoß nehmen würde, daß ihm das Eigentum vom Generalgouverneur ohne Gegenleistung übertragen werde, habe man erwidert, daß das nicht der Fall sei und es dem Heere auch nicht auf die Durchfechtung eines Rechtsstandpunkts ankomme. Die Frage sei nun ganz verschieden gelagert, je nach dem, um welche Art von Eigentum es sich handle. Man müsse hier von folgendem Standpunkt ausgehen: was die Wehrmacht jetzt oder nach dem Kriege an Übungsplätzen, Kasernen usw. beanspruche, erhalte sie sowieso, da werde keine Grenze gezogen, und sie brauche dafür auch nichts zu bezahlen. Diesen Fragenkomplex könne man also zunächst völlig offen lassen. Aber hinsichtlich der Betriebe könne man nicht den

gleichen

gleichen Standpunkt einnehmen. Für die Wehrmacht sei es von Vorteil, die Frage jetzt nach Möglichkeit zur Erledigung zu bringen, weil sie im Kriege eine Vorrangstellung habe. Sie stütze sich auch mit Recht auf den Grund, daß sie nicht investieren könne, wenn ihr nicht das Eigentum zustehe. Im Zweifel sei also damit zu rechnen, daß im Kriege für die Wehrmacht entschieden werde. Ferner bestehe ein rein wirtschaftliches Interesse des Generalgouvernements daran, schon jetzt zu wissen, was im Frieden mit diesen Betrieben und Werken werde, weil es, wenn man erst das Kriegsende und eine gewisse Zeitspanne danach abwarte, sehr schwer sein werde, für diese Betriebe noch etwas zu finden, nachdem sie so lange von der Wehrmacht benutzt worden seien und der Herr Generalgouverneur keine Möglichkeit gehabt habe, mit etwaigen Interessenten über diese Betriebe zu reden, weil sich jeder Industrielle im Reich schon anderweitige Pläne gemacht habe. Aus all' diesen Gründen würde man wohl taktisch und zweckmäßig so vorgehen, daß man sage: Wir haben davon Kenntnis genommen, daß diese 16 Betriebe für die Wehrmacht uninteressant sind; nachdem diese Erklärung abgegeben worden ist, ergibt sich als Schlußfolgerung, daß sie aus der Rüstungsindustrie ausscheiden. Weiter müßte das Bestreben dahingehen, die Zahl der Gegner zu verringern. Das könne unschwer geschehen, vor allem durch eine Befriedigung der Luftwaffe. Man brauche kein Präjudiz zu schaffen, sondern der Herr Generalgouverneur brauche nur das ihm gehörige Eigentum der Luftwaffe zu übertragen. Dazu würde die Luftwaffe umso eher bereit sein, wenn ihr dafür nichts abgenommen würde. Das Heer befinde sich in einer ungleich schwierigeren Lage, weil von seiner Seite zu 75 % geradezu unsittliche Forderungen gestellt würden. Die Forderung nach Übertragung des Eigentums am Kabelwerk Krakau könne nur als lächerlich bezeichnet werden. Man wolle dieses Werk ja auch vom früheren Eigentümer käuflich erwerben. Daraus gehe wohl klar hervor, daß ein solches Bestreben nur im Sinne einer Konzernpolitik liege. Die Pulverfabrik und das Werk "Ursus" könnte man vielleicht der

Wehrmacht

Wehrmacht anbieten. Im Sinne der Ausführungen des Generals Thomas komme die Übernahme der eisenschaffenden Industrie für die Wehrmacht nicht in Frage. Danach schieden also Stalowa-Wola und Stachanowice aus. Eine Sicherstellung könne nur für die Betriebe gegeben werden, die die Wehrmacht interessierten, und hier werde man auch weitgehendes Entgegenkommen zeigen, sodaß Interessen der Landesverteidigung nicht mehr ins Feld geführt werden könnten. Was die kleinen Fabriken angehe, so würde die Wehrmacht bald in eine schwierige Situation geraten. Er glaube, daß bei dieser Sachlage die Neigung zu einer Einigung vorhanden sein werde. Wenn man aber jetzt erkläre, man könne seinen Standpunkt nicht ändern, dann müsse man damit rechnen, daß General Thomas dem Generalfeldmarschall Keitel und dieser dem Führer über die Dinge Bericht erstatte, und der Führer dann die Entscheidung treffe, daß das Eigentum ohne weitere Verhandlung an die Wehrmacht übergehe.

Abteilungspräsident Dr. E m m e r i c h ist der Auffassung, daß man die Position des Generalgouvernements durch Beibringung eines Gutachtens des Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion noch wesentlich stärken könne, wenn in diesem Gutachten nachgewiesen werde, daß die Umstellung dieser Betriebe auf die Herstellung von Werkzeugmaschinen von großer Wichtigkeit sei.

Präsident K e h r l hebt hervor, daß es im Reichswirtschaftsministerium unangenehm empfunden werde, wenn irgendwelche Fabriken, die für die Privatindustrie geeignet seien, von der Wehrmacht übernommen würden. Es sei ja keineswegs gesagt, daß in diesen Betrieben künftig nur Kriegswerkzeug hergestellt werde. An einer Bereitschaft des Heeres, Friedensgerät zu erzeugen, liege dem Reichswirtschaftsministerium nichts. In den Augen der Wirtschaft seien solche Unternehmungen auch ganz besonders unerwünscht. Von diesem Gesichtspunkte aus halte man deshalb die Regiebetriebe der Wehrmacht nicht für glücklich. - ~~Wenn von Seiten des Heeres in einigen~~

~~Fällen~~

bemerkt: Wenn von Seiten des Heeres in einigen Fällen ~~Fällen~~ darauf hingewiesen werden sollte, daß man die Betriebe ausgebaut und Investierungen vorgenommen habe, daß man daher, wenn man nicht in den Genuß des Eigentums komme, eine Erstattung der investierten Summen beanspruchen müsse, so müßte eben die Frage geprüft werden, wie hoch diese Beträge sein würden, und es müßte unter Umständen eine Übernahme dieser investierten Werte durch die Werke des Generalgouvernements erfolgen. Auch im Reiche werde einem Unternehmer zugemutet, sich von heute auf morgen Geld oder Maschinen zu beschaffen. Für den Unternehmer werde sich vielleicht die Notwendigkeit ergeben, einen Saal freizumachen, damit in ihm neue Maschinen aufgestellt werden können. Im Gegensatz zu dieser Einstellung habe General Schindler auf die Unteilbarkeit der Betriebe hingewiesen und es als unmöglich bezeichnet, militärische und sonstige Belange auseinander zu halten.

Präsident K e h r l gibt zu bedenken, daß die Teilbarkeit bereits räumlich herbeigeführt worden sei. Ein Betrieb könne ja auch gepachtet werden, man könne hier alle möglichen Wege beschreiten. Man müsse überhaupt dem Argument entgegenwirken, daß die Geschoßfabrikation etwa absolut unter Wehrmachtsregie stattfinden müsse. Im Reich würden in zahllosen Fabriken Gewehre hergestellt, ohne daß diese Betriebe im Eigentum der Wehrmacht ständen. Als Parallele dazu könnte man die Geschützfabrikation in Stalowa-Wola anführen. Das gelte ja auch für Krupp. Niemand werde verlangen, daß diese Betriebe in das Wehrmachtseigentum überführt werden.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r ist der Auffassung, daß man die zur Beratung stehende Frage nicht mit Ja oder Nein beantworten kann, sondern daß hier vielmehr ein taktisches Vorgehen am Platze sei. Auf dem vom Präsidenten Kehrl bezeichneten Wege werde man zu guten Ergebnissen gelangen können. Jedenfalls müsse davon ausgegangen werden, daß General Schindler das Bestreben zeige, Werke zu übernehmen, um sie

gegebenenfalls

gegebenenfalls als Austauschobjekt zu benutzen.

3. Entschädigungsfragen ausgehend von der Verordnung des Reichs vom 17.9.1940.

Abteilungspräsident P l o d e c k hält zunächst eine Erörterung der Frage für geboten, welche Entschädigung dem Generalgouvernement für diejenigen Lieferungen zu gewähren sei, die im Zuge des Vierjahresplans getätigt seien. Man sei sich darüber klar, daß das fiktive Zahlen seien. Aber immerhin sei die Frage behandelt worden, und es habe sich herausgestellt, daß man Unterlagen über Lieferungen im Betrage von etwa 75 Millionen Reichsmark in der Hand habe. Die Unterlagen seien dem Leiter der Verwaltungs- und Verwertungs-G.m.b.H. zur Verfügung gestellt worden. Der gegenwärtige Zustand sei dadurch gekennzeichnet, daß es gelungen sei, 5,3 Millionen Reichsmark als erste Quotenzahlung für diesen Anspruch zu erhalten, was natürlich gänzlich unbefriedigend sei. Er würde es sehr begrüßen, wenn Präsident Kehrl in dieser Frage nochmals auf die HTO. einwirken wollte. Es müsse möglich sein, einen wesentlich höheren Betrag als den bisher eingezahlten freizubekommen, auch wieder nur als Abfindungssumme. Über Summen von 500 oder 300 Millionen Reichsmark wolle man ernstlich nicht mehr diskutieren, wohl aber könnte man sich auf den Vorschlag einigen, daß 18 bezw. 28 Millionen Reichsmark gezahlt würden. Hier würde sich leicht eine Verhandlungsbasis ergeben. Im übrigen zögere die H.T.O. ja deshalb so sehr mit der Auszahlung, weil sie sich hinter schwebenden Regressen verstecke. Sie gebe zwar zu, daß Geld erhalten zu haben, befürchte aber angeblich Geldregressansprüche Dritter, für die sie eines Tages geradestehen müsse.

Präsident K e h r l meint, daß sich gegenüber der letzten Besprechung die Lage vielleicht insoweit geändert habe, als das Generalgouvernement über ein Guthaben in Berlin

verfüge

verfüge und deshalb diese Auszahlung nicht so dringend benötige. Insofern halte er auch eine Eilbedürftigkeit nicht für gegeben. Natürlich wäre es erwünscht, wenn dieser Fragenkomplex überhaupt einmal bereinigt werden könnte. Im Rahmen einer Gesamtbereinigung ließe sich vielleicht eine Abfindungssumme feststellen. Man könnte vielleicht davon ausgehen, daß zur Abgeltung aller Ansprüche für im Zuge des Vierjahresplans oder anderweitig vom Generalgouvernement ausgeführte Waren, Maschinen, Güter, deren Menge unbekannt sei, ein Pauschale gezahlt werde. Mit Berechnungen komme man den Dingen nicht näher. Es könne ja auch streitig sein, ob diese Waren überhaupt bezahlt werden sollten. Man habe z.B. aus Frankreich auf diesem Wege sehr beträchtliche Mengen exportiert, und durch diesen Export sei das deutsch-französische Clearing in keiner Weise belastet worden. Die grundsätzliche Frage, ob ein Anspruch des Generalgouvernements bestehe, sollte man jedenfalls nicht zu sehr vertiefen, sondern man sollte sich auf den Standpunkt stellen: Der Generalgouverneur erkläre sich bereit, den Anspruch nicht geltend zu machen, wenn das Pauschale gezahlt werde. Bei größeren Beträgen würde wahrscheinlich die Rechtsfrage wieder eine besondere Bedeutung erlangen, was aber nicht interessant genug sei. Außerdem werde das Generalgouvernement so viel Geld vom Reichsfinanzminister erhalten und erhalten müssen, daß dieser kleine Betrag wohl kaum eine Rolle spielen werde.

Präsident P l o d e c k bittet Präsident Kehrl, im Sinne der bisher geführten Verhandlungen eine gewisse Einwirkung auf die H.T.O. für Zahlung einer Abfindungssumme zu nehmen.

Präsident K e h r l gibt der Erwartung Ausdruck, daß man mit dem Reichsfinanzministerium wahrscheinlich verhältnismäßig schnell einig werden würde. Mit Winkler werde aber eine Einigung kaum möglich sein, wenn auf anderen Gebieten

bieten noch Differenzen beständen.

Abteilungspräsident P l o d e c k nimmt dann zu den Entschädigungsfragen Stellung. Dieses Problem gründe sich auf die Verordnung vom 7. September 1940, in der das Reich statuiert habe, daß alle in den Ostgebieten und im Altreich liegenden Vermögenswerte des Generalgouvernements der Beschlagnahme unterlägen. In diese Vermögenswerte fielen auch sämtliche Forderungen von Angehörigen des Generalgouvernements außerhalb des Gebietes, sodaß jetzt das Reich in den Ostgebieten und im Altreich auf alle diejenigen Schulden, die nach dem Generalgouvernement tendiert seien, die Handgelegt habe und sie für das Generalgouvernement verloren gegangen seien. Infolgedessen habe sich die Notwendigkeit ergeben, zu prüfen, welcher Weg angesichts des so plötzlich eingetretenen Verlustes für das Generalgouvernement taktisch einzuschlagen wäre. Man habe den Fragenkomplex in Berlin eingehend durchgesprochen und habe den Interessenten gesagt, daß man im Begriffe sei, an Hand sehr eingehender Erhebungen eine Rechnung darüber aufzustellen, inwieweit durch diese Verordnung Vermögensverluste für das Generalgouvernement eingetreten seien. Diese Vermögensverluste bezifferten sich nach einer Aufstellung der Finanzabteilung auf rund 2,5 Milliarden.

~~Abtei~~Bankdirigent Dr. P a e r s c h weist darauf hin, daß bei den Schuldverhältnissen die Forderungen nur per Saldo angesetzt seien. Im übrigen müsse die starke Bevölkerungsbewegung berücksichtigt werden. Man habe sich bemüht, die Unterlagen so umfassend wie möglich zu beschaffen. Das habe man vor allem im Sektor der Banken nachprüfen können. Hier habe man schon vorher Feststellungen darüber getroffen, daß per Saldo 750 Millionen zu fordern seien. Diese Feststellung habe die allgemeine Erhebung bestätigt. Bei den Schuldverhältnissen beliefen sich die Forderungen aus den Ostgebieten auf eine Milliarde. Davon entfielen auf die Banken 78 Millionen,

nen, auf die Versicherungsgesellschaften 91 Millionen, große Privatfirmen 58 Millionen, sonstige 45 Millionen. Unter den Vermögenswerten befänden sich Beteiligungen am Grundbesitz; denn die Banken hätten lediglich ihre Grundstücke außerhalb des Generalgouvernements gehabt.

Präsident K e h r l ist der Auffassung, daß Forderungen für Grundbesitz, den Banken etwa in den eingegliederten Ostgebieten gehabt hätten, nicht anerkannt werden würden. Dadurch würde sich selbstverständlich der Betrag sehr erheblich reduzieren. Man gehe grundsätzlich von der Auffassung aus, daß das, was in dem Gebiete liege und ihm diene, ihm gehöre. Wenn aber eine Bank aus Warschau eine Filiale in Graudenz gehabt habe, dann könne sich auf diese Tatsache kein Anspruch des Generalgouvernements stützen.

Abteilungspräsident P l o d e c k bemerkt, daß für alle Sektoren hinsichtlich der durchschnittenen Vermögenswerte bereits eine Einigung erzielt worden sei. Nun erhalte die Verordnung vom 17. September 1940 einen § 9, in dessen Abs. 5 die Entschädigungsfrage berührt sei. Es heiße dort, daß für die auf diese Weise eintretenden Vermögensverluste eine Entschädigung gewährt werden könne. Darüber würden vom Reich noch die erforderlichen Durchführungsbestimmungen erlassen werden. Die Bestimmung des Abs. 5 des § 9 sei bewußt in dieser etwas lockeren Form gegeben worden, bis heute seien auch die Durchführungsbestimmungen nicht erlassen worden. Bei den Erörterungen mit der H.T.O. habe man auch betont, daß es für das Generalgouvernement wichtig sei, in diesen Dingen klar zu sehen. Man habe sich nun überlegt, ob nicht der Herr Generalgouverneur einen persönlichen Brief an den Herrn Reichsmarschall richten und ihm ganz kurz die Lage schildern solle, um so darzulegen, in welcher Form das Generalgouvernement zunächst vermögensrechtlich benachteiligt sei. In einer Anlage zu diesem Briefe könnten dann die Verhältnisse im einzelnen

klargelegt

klargelegt werden. Dieses Schreiben sei von Dr. Paersch ausgearbeitet, werde noch endgültig formuliert und dann dem Herrn Generalgouverneur zur Unterschrift vorgelegt werden. Dieses Schreiben würde dann an Staatssekretär Neumann gehen, der es zunächst an Winkler weitergeben müßte, und Winkler müßte sich dann bereit erklären, die Vorschläge in concrete zu unterstützen. Nach einer Besprechung zwischen den Staatssekretären Körner und Neumann müßte dann die Sache an die Stelle gebracht werden, die letzten Endes die Entscheidung habe. Der Reichsfinanzminister zeige eine verhältnismäßig wohlwollende Haltung, sodaß angenommen werden könne, daß auf diese Weise das Entschädigungsproblem in irgendeiner Form eine für den Herrn Generalgouverneur gerade noch tragbare Erledigung finden könnte. Die Summe von 2,5 Millionen werde natürlich im Zuge der taktischen Handhabung der Dinge, vom Standpunkt des Generalgouvernements aus gesehen, kaum das letzte Wort sein.

Präsident K e h r l gibt seiner Auffassung dahin Ausdruck, die Tatsache, daß alles polnische Privateigentum infolge der Übernahme in Treuhandbetriebe oder Treuhandstellen als erloschen angesehen werde, habe zu dem Problem geführt, was mit den gegenseitigen Forderungen und Schulden geschieht. An der Lösung dieses Problemes in möglichst beschleunigter Form habe das Reichswirtschaftsministerium ein ganz entscheidendes Interesse, weil die ganze Germanisierung dadurch aufgehalten werde, daß man von allen Betrieben, die drüben lägen, die eigentlichen Werte nicht ermitteln könne und Forderungen und Schulden nach dem Generalgouvernement hier eine Rolle spielten. Nicht nur die H.T.O., sondern auch der Herr Reichsmarschall wünschten dieses Problem sehr schnell geregelt zu sehen, weil sie nur dann freie Hand hätten. Winkler habe den allein möglichen Vorschlag gemacht, daß alle Forderungen und Schulden zwischen Treuahandbetrieben als erloschen angesehen werden sollten. Für die Treuhandbetriebe in den Ostgebieten würde sich aus einer solchen Handhabung kein Nachteil ergeben, denn der Käufer würde

weder

weder Aktiven noch Passiven übernehmen. Der dem Herrn Generalgouverneur gemachte Vorschlag sei dahin gegangen, zu erklären: eine individuelle Auseinanderrechnung könne nicht stattfinden, sondern man müsse davon ausgehen, daß individuelle Forderungen und Schuldverhältnisse aufgehoben würden. Hier könne also nur eine Pauschalregelung eintreten. Nach dem von Winkler gemachten Vorschlag solle von der Annahme ausgegangen werden, daß sich Forderungen und Schulden gegenseitig aufheben; die H.T.O. werde die bei ihr entstehenden Forderungen befriedigen, und das gleiche müsse von Seiten des Generalgouvernements geschehen. Diesen Vorschlägen sei entgegengehalten worden, daß die Forderungen des Generalgouvernements gegenüber den eingegliederten Ostgebieten viel grösser seien als die Schulden. Diese Auffassung habe Winkler bestritten. Er, Präsident Kehrl, habe den Vermittlungsvorschlag gemacht, der von beiden Seiten formal stillschweigend anerkannt worden sei. Jetzt solle jeder eine Bestandsaufnahme machen. Ergebe sich, daß ein nennenswerter Saldo nicht bestehe, dann müßte über seine Abgeltung geredet werden. Das würde aber an der Tatsache der Aufhebung der Schulden und Forderungen nichts ändern. Nun werde von Seiten des Generalgouvernements eine Summe von 2,5 Milliarden genannt und geltend gemacht, daß sich nach dieser Aufstellung eine erhebliche Verringerung der Schulden ergeben würde. Es werde also behauptet, daß eine bisher noch unbekannte Summe dem Generalgouvernement zugute komme, und man erkläre: wenn die Summe x gezahlt werde, sei man einverstanden. Was und in welchem Umfange etwas dafür gezahlt worden ist, müßte noch besonders zusammengestellt werden, was naturgemäß verhältnismäßig lange Zeit dauern könnte. Wenn man auf dem Standpunkt stehe, man wolle erst wissen, was man bezahlt erhalte, dann würde bei den Reichsbehörden der unerfreuliche Eindruck entstehen, man wolle die Regelung hinauszögern, um möglichst viel Geld herauszuschlagen. Das sei keine gesunde Basis.
Er würde Wert darauf legen, beim Generalgouvernement die Bereitwilligkeit zu finden, nach einem Pauschale zu berechnen.

nen und Forderungen und Schulden als erloschen zu betrachten, vorbehaltlich des Anspruchs, der sich aus dem Saldo ergebe. Der Reichsfinanzminister stehe auf dem Standpunkt, daß privatrechtliche Schuldverpflichtungen nicht zu den hervorstechenden Motiven gehörten, nach denen der Herr Reichsmarschall seine Entscheidungen treffe. Vielleicht müßte zunächst der Weg gegangen werden, die von Seiten des Generalgouvernements gemachte Aufstellung mit Winkler zu besprechen, um zu sehen, was daran streitig sei und was nicht, und dann gemeinsam mit Winkler zum Reichsfinanzminister zu gehen, um ihm zu sagen: Unserer Ansicht nach haben wir 1,2 Milliarde zu fordern, sind Sie bereit, uns 600 Millionen gutzuschreiben ? Erhalten könne man diese Summe sowieso nicht ganz, da sie nicht transferiert werden könne. Wenn das Generalgouvernement wirklich 600 Millionen zu erhalten hätte, dann würde ihm vielleicht eine Kriegskontribution von 600 Millionen auferlegt werden. Jede Zahlung, die vom Reichsfinanzminister gutwillig an das Generalgouvernement geleistet werde, sei bar verdientes Geld.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r betont, daß auf Seiten des Generalgouvernements ein Interesse daran bestehe, für seine Wirtschaft diese Klarstellung herbeizuführen. Weiter könne der Regierung des Generalgouvernements nicht entgegengehalten werden, sie habe erstmals einen solchen Weg beschritten. Man sei schon einmal den Weg gegangen, die Auseinandersetzung auf die lange Bank zu schieben, nämlich beim Vierjahresplan. Man hätte sich schon zu der Zeit, als Generalmajor Bührmann noch tätig war, einschalten sollen. Später habe sich herausgestellt, daß überhaupt keine Unterlagen vorhanden seien. Die letzte Entscheidung werde wohl beim Herrn Generalgouverneur liegen, dem ja auch der Weg zum Führer offen stehe. Ob er den Weg über den Herrn Reichsmarschall einschlagen werde, sei noch ungewiß.

Präsident

Präsident K e h r l will seine Ausführungen auch unter dem Gesichtspunkt gewertet wissen, daß versucht werde, eine für das Generalgouvernement nicht günstige Stimmung zu schaffen. Da die Gutwilligkeit des Reichsfinanzministers die Voraussetzung für eine günstige Regelung sei, müßte alles geschehen, um möglichst schnell zu Ergebnissen zu gelangen, weil das wahrscheinlich die Höhe der Summe, die in Frage komme, günstig beeinflussen könnte.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h weist darauf hin, daß man von Seiten des Generalgouvernements der Gesetzgebung des Reiches wie bisher, so auch jetzt vorbehaltlos zustimme. Als man damals das Guthaben des Reichsfinanzministeriums übernommen habe, habe man als Bedingung die Unterstützung der Ansprüche des Generalgouvernements gesetzt, und man habe auch eine Zusage in dieser Beziehung erhalten. Nur wegen des Betrages der Entschädigung sei keine Einigkeit zu erzielen gewesen. Man müsse bedenken, daß die Rückwirkungen auf die Wirtschaft ganz erheblich seien und daß die Kriegsverluste hier zum ersten Mal zum Ausdruck kämen. Die Frage der Entschädigung habe schon von vornherein in den Verhandlungen mit der H.T.O. eine gewisse Rolle gespielt. Winkler habe eingesehen, daß ohne eine Entschädigung die Mitwirkung des Herrn Generalgouverneurs schwer zu erreichen sein werde.

Präsident K e h r l gibt zu bedenken, daß sich die Verhältnisse inzwischen verändert hätten. Winkler habe Reichsminister Lammers und der Reichskanzlei von den Dingen Mitteilung gemacht. Es sei zu befürchten, daß der Führer dem Gedanken einer Entschädigung der Polen wahrscheinlich völlig ablehnend gegenüberstehen würde. Winkler habe auch daran gedacht, daß die dort evakuierten oder vertriebenen Polen etwa so entschädigt werden würden, wie die Auslandsdeutschen im Versailler Vertrag entschädigt worden seien, die man auf eine Entschädigung durch das Reich hingewiesen habe. Er schlage daher vor, daß die Besprechung nicht unter dem Motto

der

der Entschädigung geführt würde, sondern daß einfach ein Ausgleich gezahlt werde. Dabei könne die Frage ganz offen bleiben, aus welchen Gründen und in welcher Form diese Zahlung erfolge, damit nicht die grundsätzliche Frage der Entschädigung an sich angeschnitten und von Winkler eingewendet werden könne, er komme mit seiner Entschädigung wieder nicht zu einem Ergebnis. Es würde sich hier praktisch um eine pauschale Auseinandersetzung zwischen zwei Gebieten handeln, die ganz unabhängig davon gewährt werden müßte. Die eigentliche Frage der Entschädigung würde auf beiden Seiten immer noch offen bleiben.

Was die auszusiedelnden Polen angehe, so sei diese Frage auch schon dadurch angeschnitten worden, daß die Polizei an die H.T.O. herangetreten sei und von ihr verlangt habe, sie solle jeden Auszusiedelnden mit 40 Zloty ausstatten. Dazu sei Winkler an sich geneigt gewesen, er habe sich auch die Genehmigung des Reichsfinanzministers einholen wollen. Es bedürfe dazu garkeiner Gesetzgebung, keiner Verwaltungsmaßnahme oder einer ähnlichen Voraussetzung, abgesehen von der Zustimmung des Reichsfinanzministers zur Zahlung durch Winkler. Der Reichsfinanzminister sei der Meinung, daß eine Entschädigung gegeben werden solle, er stimme auch der grundsätzlichen Auffassung Winklers zu.

Abteilungspräsident P l o d e c k hält es angesichts der Tatsache, daß beim Herrn Reichsmarschall die wohlwollende Einstellung nicht mehr bestehe, für praktisch nicht richtig, den Weg zu gehen, den man vorhin in Aussicht genommen habe.

Präsident K e h r l gibt zu, daß die Einstellung sicher nicht wohlwollend geblieben sei. Aber das habe auch mit dieser Frage nichts zu tun gehabt. Wenn man sage, daß ein Ausgleich für die dem Gebiet entstehenden Schäden gewährt werde, dann sei die Frage des Einzelausgleichs nicht geklärt. Man sollte zunächst mit Winkler verhandeln, um zu sehen, inwieweit vorbehaltlich einer vom Reichsfinanzminister zu erteilenden

lenden Genehmigung die Frage des Ausgleichs einer Lösung entgegengeführt werden könnte. Man würde dann an den Reichsfinanzminister persönlich herantreten müssen. Bei diesen Verhandlungen dürfe nur nicht das Wort "Entschädigung" fallen, es dürfe nicht davon gesprochen werden, daß die Zahlungen, die an das Generalgouvernement erfolgen sollten, eine Entschädigung im Sinne der Anordnung darstellten. Gehe man auf das politische Problem der Entschädigung ein, dann werde sich der Reichsfinanzminister auf seine Unzuständigkeit berufen. Schließlich müsse man auch bedenken, daß das Reich keine Verordnung zum Schaden der innerhalb ~~innerhalb~~ seiner Grenzen wohnenden Bevölkerung erlassen werde.

Abteilungspräsident P l o d e c k weist darauf hin, daß sämtliche Gläubiger, die im Generalgouvernement ihren Wohnsitz hätten, ihre Rechte im Reich verlieren würden. Präsident Kehrl wendet ein, daß diesen Gläubigern andererseits auch der Verlust ihrer Schulden angeboten werde. Es handle sich nicht so sehr um das Gebiet, sondern darum, daß das Eigentum der Polen entschädigungslos aufgehoben werde. Nur die Auseinandersetzung von Gebiet zu Gebiet brauche nicht unter allen Umständen davon berührt zu werden. Eine Pauschalregelung könnte unbeschadet der Entschädigungsfrage kommen. Entschädigt könne deshalb nicht werden, weil man nicht transferieren könne, man könne auch die Gläubiger nicht mit Guthaben in Berlin entschädigen.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h ist der Auffassung, daß es sich auch vor allem um eine technische Frage handle. Die 2,5 Milliarden würden ja vom Generalgouvernement nicht gefordert, sondern man lege in erster Linie Wert darauf, vom Reich Sachleistungen zu erhalten in Form der Institute, die man im Generalgouvernement habe. Das habe mit Transferierung nichts zu tun. Im übrigen handle es sich um eine politische Frage. Ob diese Forderungen glatt abgeschrieben werden müß-

ten

ten oder welchen Weg man sonst wähle, - die ganze Finanzierung werde erleichtert, wenn Klarheit geschaffen und auch auf eine gewisse Entwicklung der Wirtschaft Rücksicht genommen werde.

Präsident K e h r l ist der Auffassung, daß es sich bei der Entschädigung jeweils nur um einen kleinen Prozentsatz handeln könnte. Sollte eine Entschädigung endgültig gewährt werden, so werde sie sich in Größenordnungen ähnlich denjenigen des Versailler Vertrages mit 5 % oder noch geringeren Summen bewegen.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h hebt das Interesse des Generalgouvernements hervor, die Dinge in erster Linie rechtlich klargestellt zu sehen, damit der Zustand der Unsicherheit beseitigt werde.

Präsident K e h r l bittet nochmals, seinen Vorschlag für eine Einigung anzunehmen und Forderungen und Schulden auf beiden Seiten zu streichen. Die Frage der Pauschalentschädigung bleibe offen. Dieser Weg biete den Vorteil, daß man reine Bilanzen habe. Im übrigen müsse mit Sicherheit angenommen werden, daß einer wirklich nennenswerten Entschädigung von Seiten des Reiches entschieden widersprochen werde. Es sei untragbar, daß die Gläubiger im Generalgouvernement mit 40 % und die im Reich mit 5 % entschädigt würden. Wenn man von Seiten des Generalgouvernements erklären könne: Wir werden den Ausgleich, den wir im Interesse der Gesamtwirtschaft haben müssen, nicht zur rechtlichen Entschädigung benutzen, sondern in anderer Weise einsetzen, - werde man ihn leichter erhalten, als wenn man den Ausgleich für die Entschädigung beanspruche, weil dann nämlich der Reichsfinanzminister erst die Entschädigungsfrage geklärt wissen wolle.

Abteilungspräsident Dr. E m m e r i c h regt an, hinsichtlich des Einsatzes der Mittel für einen solchen Sanierungsfonds bestimmte Richtlinien aufzustellen.

Abteilungspräsident T e t z n e r hebt hervor, daß es sich hier um eine reine Finanzfrage handle. Wolle man einer Entschädigung geben, so werde man die Interessen beider Teile nie auf einen Nenner bringen können. Man werde vielmehr eine gemeinsame Entschädigungskasse errichten und einen gleichmäßigen Satz zugrunde legen müssen. Infolgedessen brauche man eine gleichmäßige Entschädigungssumme, zu der alle diejenigen beitragen müßten, die die Schulden hätten.

Präsident K e h r l sieht den Sachverhalt anders an. Man habe mit dem Reich praktisch keine Schulden und Forderungen Geschädigter laufen, sondern es handle sich nur um enteignete Polen. Die Treuhandbetriebe stritten nur unter sich über ihre Forderungen gegenüber Polen und Volksdeutschen. Im Reiche entstehe nur die Frage, ob der Pole lediglich für sein Gesamtvermögen entschädigt werde. Vom Reich aus gesehen liege es also anders, weil ja nicht alle Polen ihres Besitztums beraubt worden seien.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß neuerdings die Entschädigungsfrage auf Schwierigkeiten stoße. Wenn das aber der Fall sei - und man werde versuchen, das festzustellen, - dann könnte man vielleicht einen anderen Weg gehen, indem man denjenigen, die große Verluste gehabt hätten, eine Entschädigung in Gestalt einer Unterstützung gewähre.

Abschließend sagt Präsident K e h r l zu, daß er nochmals mit Winkler und mit dem Reichsfinanzminister sprechen werde, um diese Frage einer Gesamtlösung zuzuführen.

4. Entschädigung der ausgesiedelten Polen.

Präsident K e h r l ist der Auffassung, daß die Frage des Zehrgeldes wohl durch die Gewährung einer Summe von 40 Zloty an die Ausgesiedelten entschieden sei. Diese Summe würde auch für jeden ohne Rücksicht auf sein Besitztum gezahlt werden. Die Frage, ob die Ausgesiedelten auch sonst noch entschädigt werden sollten, hänge mit dem allgemeinen Entschädigungsproblem zusammen und werde daher nicht vor einer allgemeinen Regelung geklärt werden können. Man stehe also vor der Tatsache, daß das Generalgouvernement Staatsbürger erhalte, die im Besitz von je 40 Zloty seien, sonst aber über irdische Güter nicht verfügten.

Unterstaatssekretär K u n d t hält es für geboten, daß dem Generalgouvernement angesichts der Fürsorgeaufgaben in Gestalt von Barackenbauten usw. eine Entschädigung gewährt werde.

Präsident K e h r l wirft die Frage auf, ob sich dieses Problem nicht vielleicht mit jener Pauschalregelung verknüpfen lasse, sodaß schon rein psychologisch und rechtlich infolge der Bereitwilligkeit des Reichsfinanzministers, einen allgemeinen Ausgleich zu geben, dieses Moment verstärkt werde. Der einzelne Pole würde dann garnichts zu erhalten brauchen, vom Generalgouvernement würde auf die ihm in gewisser Höhe entstehenden Kosten hingewiesen und auf die Tatsache, daß infolge einer Anordnung des Reiches ihm erhöhte Lasten aufgebürdet werden.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r hat zwar die Tatsache, daß die Ausgesiedelten überhaupt nicht entschädigt werden sollten, als unangenehm empfunden, bekennt sich aber andererseits als Anhänger der Nichtgewährung einer Entschädigung umsomehr, als aus der ganzen Maßnahme dem Generalgouvernement ohnehin große Unkosten erwüchsen.

Unter-

Unterstaatssekretär K u n d t hebt nochmals hervor, daß den Ausgesiedelten Wohnungen gegeben werden müßten, daß man ihnen Arbeit vermitteln und auch in anderer Weise für sie sorgen müsse. Das Generalgouvernement sei an diesen Dingen ganz besonders interessiert. Die Wehrmacht nehme sämtliche Möglichkeiten für die Unterbringung der Ausgesiedelten fort.

Präsident K e h r l gibt zu bedenken, daß die Polen, die nach dem Generalgouvernement ausgesiedelt würden, an sich schon enteignet seien. Die Tatsache, daß sie jetzt ihren Standort wechselten, habe mit der Frage einer eventuellen Entschädigung und der Zurverfügungstellung von Mitteln für diesen Zweck nichts zu tun.

Abteilungspräsident P l o d e c k betont, daß die Frage der Evakuierten eine politische Angelegenheit sei. Von Seiten des Generalgouvernements bestehe keine Interesse daran, auch auf diesem Sektor die Dinge einer befriedigenden Regelung zuzuführen. Bisher habe wohl auch die einheitliche Auffassung bestanden, daß eine Entschädigung vom Reich gewährt werden solle. Es frage sich jetzt nur, ob man dieses Problem an das andere Ausgleichsproblem anhängen oder es zum Gegenstande eines besonderen Petitums machen solle.

Präsident K e h r l meint, daß man doch nicht diejenigen, die, weil sie mißliebig seien, ausgesiedelt würden, besser behandeln dürfe als diejenigen, die dort blieben. Den Lastenausgleich müßte man mit dem anderen Lastenausgleich verbinden, weil man dann schon wieder eine Möglichkeit der Regelung habe. Im Prinzip handle es sich überhaupt garnicht um eine Entschädigung.

Abteilungspräsident Dr. E m m e r i c h hält es für richtig, daß nicht nur über eine bestimmte Summe, sondern gleichzeitig über die Bereitstellung von Mengen an Material,

Eisen,

Eisen, Holz, Zement und anderen Baustoffen gesprochen werde, damit für die Ausgesiedelten Unterkunft gefunden werde. Ferner müsse für die Umschulung dieser Leute etwas getan werden. Auch für kinderreiche Familien müsse eine entsprechende Fürsorge eintreten.

Abteilungspräsident W e s t e r k a m p hält ebenfalls eine Unterbringung der Ausgesiedelten für unmöglich, wenn nicht die nötigen Mengen Holz für Barackenbau usw. zur Verfügung gestellt würden. Für die dringendsten Fälle bedürfe es zunächst nur einfachster Barackenbauten. Man habe versucht, Baracken in Auftrag zu geben, aber immer werde auf den Holzmangel hingewiesen, Zunächst müsse vor allem für die Aufnahme der Leute und ihre notdürftige Unterkunft gesorgt werden, wobei auf Krüppel, schwangere Frauen und Kranke Rücksicht genommen werden müßte. Gebraucht würden etwa 80 bis 100 Baracken für je 300 Menschen, dazu das notwendige Material an primitiven Einrichtungsgegenständen wie Tischen, Bänken usw. Wenn das Holz nicht beschafft werden könne, werde man den ins Generalgouvernement kommenden Leuten keine auch nur einigermaßenxxxxxxxx hinreichende Betreuung zuteil werden lassen können.

Präsident K e h r l ist der Auffassung, daß das Holz wohl zu beschaffen wäre, wenn es nicht in zu großen Mengen verlangt werde. Mit dem Problem hänge auch das andere Problem zusammen, daß die deutschen Siedler aus dem Osten jetzt zur Frühjahrsbestellung Eingang in das Gebiet finden sollten, das die Polen verlassen müßten, und daß unter Umständen ein Teil der Ernte verpaßt werde.

Abteilungspräsident W e s t e r k am p hält es für notwendig, daß über eine Anzahl dringender Maßnahmen noch gesprochen werde.

Abschließend ersucht Staatssekretär Dr. B ü h l e r Abteilungspräsident Dr. Emmerich, eine Zusammenstellung der erforderlichen Materialien beizubringen.

5. Befriedigung von Ansprüchen Reichsdeutscher und Neutraler gegenüber dem Vermögen des früheren polnischen Staates.

Abteilungspräsident P l o d e c k geht von dem Standpunkt aus, daß Forderungen gegenüber dem polnischen Staat grundsätzlich abgelehnt werden. Nun liege das Problem natürlich ganz anders, wenn Forderungen Reichsdeutscher oder Neutraler an den Vermögenskomplex des früheren polnischen Staates geltend gemacht würden. Er teile durchaus die Auffassung des Ministerialdirektors Bergemann, daß man nicht darum herum komme, bei Auftreten von reichsdeutschen Forderungen gegenüber dem Vermögen des früheren polnischen Staates in irgendeiner Form eine Abgeltung vorzunehmen. Das Reichsministerium der Justiz habe kürzlich einen Runderlaß hinausgehen lassen, in welchem die Dinge vom Gesichtspunkt der Ansprüche Neutraler besprochen worden seien. Da habe man sinngemäß den Rat gegeben, es nicht zu einer klageweisen Austragung der Angelegenheit kommen zu lassen, sondern intern durch eine Art von Schiedsgerichtsverfahren im eigenen Hause eine gewisse Befriedigung solcher Ansprüche herbeizuführen, und zwar unter Wahrung des Rechtsstandpunktes der an sich grundsätzlichen Ablehnung. Vom Reiche werde der Fingerzeig gegeben, diese Dinge im Wege der Einschaltung einer gewissen Ausnahmebehandlung zu regeln. Für das Generalgouvernement könne man wohl auch garnicht anders vorgehen. Die Grundeinstellung des Reichsministeriums sei auch dahin gegangen, daß Klarheit darüber geschaffen werde, ob solche reichsdeutschen Firmen etwas erhalten sollten oder nicht. Nach seiner Ansicht müßten sie etwas erhalten. Er habe sich mit Finanzpräsident Spindler in Verbindung gesetzt, und erst vor drei Tagen sei die Entscheidung beim O.K.W. gefallen. Wenn etwas geschehen könnte, dann auf dem Wege, daß die Rüstungsinspektion in Krakau vom O.K.W. eine entsprechende Verständigung erhalte, die den Wünschen des Reichswirtschafts-

schaftsministeriums entgegenkomme. Es sei also die Frage, ob bei Forderungen von reichsdeutschen Firmen die Verwaltungen der Rüstungsbetriebe geneigt seien, in irgendwelcher Form etwas zu geben. Natürlich habe eine klare Herausstellung des Problems im Sinne eines Nachgebens das eine gegen sich, daß das unter Umständen eine politische Vorbelastung des Problems im Hinblick auf das neutrale Ausland bedeuten würde.

Präsident K e h r l bemerkt, daß er mit dem Problem noch nicht befaßt worden sei und deshalb auch noch keine endgültige Stellung nehmen könne.

Präsident S e n k o w s k i ist der Auffassung, daß man keinen Unterschied zwischen den einzelnen Schuldverpflichtungen des polnischen Staates machen könne. Denn schließlich seien das doch alles Forderungen gegen den polnischen Staat, auf deren Höhe es garnicht ankomme.

Präsident K e h r l hält eine nochmalige Klärung der Frage für notwendig. Es handle sich doch darum, daß reichsdeutsche Firmen Forderungen an Betriebe im Generalgouvernement haben. Die Zahlungen an Altreichsdeutsche seien nach Ansicht des Reichswirtschaftsministeriums von Ministerialrat Plodeck mit Recht nicht zugelassen worden. Nun könnten sich unter diesen allgemein bezeichneten Betrieben auch Staatsbetriebe befinden , für die die Sache anders liege als für die übrigen Betriebe. Es frage sich, ob Übereinstimmung darüber bestehe, daß Treuhandbetriebe, die früher nicht Staatsbetriebe gewesen seien, an Altreichsdeutsche automatisch bezahlen müßten.

Regierungsrat H e y s e kennzeichnet die Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums dahin, daß, wenn diese Werke in privatrechtlicher Form geführt worden seien, bezahlt werden müsse, daß aber, wenn es sich um ehemals fiskalische

Betriebe

Betriebe handle, Bezahlung nicht verlangt werden könne.

Präsident S e n k o w s k i weist darauf hin, daß Eisenbahn, Post und Monopolbetriebe noch nicht zu den Staatsbetrieben gehört hätten und daher die Forderungen bezahlt werden müßten. ~~[illegible]~~

Bankdirigent Dr. P a e r s c h wirft die Frage auf, ob man nicht die Verordnung betreffend Reichsdeutsche und Volksdeutsche, die durch den Krieg Schaden erlitten haben oder Kriegsschäden ersetzt bekommen können, sinngemäß auf das vorliegende Problem anwenden könnte.

6. Ausgleich von Schulden und Forderungen zwischen Generalgouvernement und Reich (Altreich und eingegliederte Ostgebiete).

Abteilungspräsident P l o d e c k weist auf die interessante Tatsache hin, daß jetzt sämtliche Forderungen und Schulden im Reich und im Generalgouvernement im Rahmen des Schuldenausgleichs gestrichen werden sollten. Die Regelung des Schuldenproblems könne sich aber sehr günstig entwickeln. Nach seiner Überzeugung könne die Anordnung an die Betriebe ergehen, daß auch die deutschen Forderungen in den Ostgebieten befriedigt werden. Dabei müßten volksdeutsche Forderungen wie reichsdeutsche Forderungen behandelt werden. Die Volksdeutschen müßten sich gegebenenfalls als solche ausweisen.

Präsident K e h r l bittet, ihm eine Zusammenstellung der in Höhe von 2,5 Milliarden geltend gemachten Forderung des Generalgouvernements zu übermitteln. Er glaubt, abschließend die Feststellung treffen zu dürfen, daß alle reichsdeutschen Forderungen bezahlt würden, sodaß eigentlich nur diejenigen nichts erhielten, die Forderungen an den polnischen Staat hätten.

Auf Anregung des Präsidenten K e h r l wird dann noch zu der Frage des

Außenhandels des Generalgouvernements

Stellung genommen.

Präsident K e h r l weist auf ~~gewisse~~ Bestrebungen des Generalgouvernements hin, einen gewissen Außenhandel nach anderen Ländern zu betreiben, der sich nur in kleinem Rahmen bewegen könnte. Er gehe zunächst nach der Tschechoslowakei und nach Ungarn, und zwar sozusagen im Wege eines legalisierten Grenzschmuggels. Dann hätten Verhandlungen mit einzelnen anderen Ländern stattgefunden, die nicht sehr gut verlaufen seien. Bestrebungen nach einer Ausdehnung dieses Außenhandels könnten vom Reichswirtschaftsministerium absolut nicht gutgeheißen werden. Er habe den Gesandten a.D. Rümelin gebeten, ihm eine Liste der für den Außenhandel in Betracht kommenden Waren zu übersenden. In dieser Liste seien die merkwürdigsten Dinge aufgeführt worden, so z.B. Waggons, Lokomotiven, Motoren und ähnliche Güter, an denen man in Deutschland so knapp sei, daß man selbstverständlich einen Außenhandel des Generalgouvernements mit diesen Dingen unter keinen Umständen dulden könne, weil sie vom Reich selbst bezogen werden sollten. Eigentlich dürfte praktisch ein Außenhandel vom Generalgouvernement überhaupt nicht stattfinden, es sei denn, daß es sich um absolute Ausnahmefälle handle. Es kämen hier als Waren, für die das Ausland aufnahmefähig sei, Güter in Betracht, die das Reich in erster Linie beanspruchen müsse. Die Bemühungen um einen solchen Außenhandel des Generalgouvernements ständen nicht im richtigen Verhältnis zu den sehr geringen Möglichkeiten.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r gibt zu, daß selbstverständlich das Generalgouvernement keinen breiten Außenhandel treiben könne. Im übrigen habe man die bescheidenen Möglichkeiten, die zu Gebote ständen, ausnutzen wollen. Es handle

sich

sich nur um ganz wenige Ausfuhrobjekte, vor allem um Salz.

Präsident K e h r l will die Ausfuhr von Salz, über das man in Deutschland zur Genüge verfüge, nicht beanstanden. Die Ausfuhr aller anderen Industriegüter müsse aber praktisch beanstandet werden, weil man ja in Deutschland nur solche Industriewerke laufen lasse, die für die Kriegswirtschaft von Wichtigkeit seien. Daher seien alle Produkte dieser Werke selbstverständlich für den Export ungeeignet. Es könne sich vielleicht um Waren minder wichtiger Art wie Federn, Bürsten usw. handeln,doch frage es sich, ob es sich lohne, angesichts der Geringfügigkeit dieser Ausfuhr Annexe zu den deutschen Handelsverträgen zu machen.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r bemerkt, daß er über die Einzelheiten dieser Verhandlungen nicht orientiert sei.

Präsident K e h r l befürchtet aus einer gewissen Aktivität des Generalgouvernements auf diesem Gebiet eine Konkurrenz für das Reich. In Finnland sei übrigens den Händlern von maßgebender Stelle nahegelegt worden, sich erst mit den Berliner Stellen in Verbindung zu setzen. Für das Reichswirtschaftsministerium sei es immerhin etwas peinlich, wenn Rückfragen gestellt werden müßten.

Präsident S e n k o w s k i bestreitet, daß von Seiten der Monopolverwaltung des Generalgouvernements dem Reich hinsichtlich der Ausfuhr von Salz Konkurrenz gemacht werde. Denn das Reich liefere das Salz viel billiger als die Monopolverwaltung.

Präsident K e h r l will auch nur grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen haben. Jedenfalls gehe es nicht an, daß dem Reich angesichts der doch immerhin geringfügigen Sache Schwierigkeiten erwüchsen. Es dürfe auch nicht die Hoffnung erweckt werden, als könne es vom Reich zugelassen

werden,

werden, daß Waggons ausgeführt würden, damit man Schotter hereinbekomme. Sowohl das Otto-Programm wie die Todt'schen Unternehmungen seien insofern auch nur privater Natur, und private Kompensationsgeschäfte könne man nicht gutheißen, weil dabei meist die törichtesten Dinge ausgehandelt würden.

Regierungsrat H e y s e betont, daß alle Materialien, die ins Generalgouvernement gebracht würden, über das Zentralclearing gehen müßten. Das einzelne Kompensationsgeschäft störe die Bezugsmöglichkeiten des Reiches.

Präsident S e n k o w s k i erklärt, daß ihm von Exportangeboten nichts bekannt geworden sei. Man habe seinerzeit einen Vorstoß unternommen, weil man nicht Export-, sondern Importwünsche habe, insbesondere im Hinblick auf die Rohstoffversorgung. Ministerialdirigent Bergemann habe ihm gegenüber geäußert, daß direktoe Kompensationsgeschäfte zur Beschaffung notwendiger Rohstoffe zulässig seien. Weiter habe ihm Ministerialrat Heinrath erklärt, er könne grundsätzlich keine Rohtabakdevisen in Aussicht nehmen, solange nicht von Seiten des Generalgouvernements durch zusätzlichen Export etwas gezahlt würde.

Präsident K e h r l hält es theoretisch für möglich, daß vom Generalgouvernement ein Export getätigt werden könne, der an sich unschädlich sei. Die Möglichkeiten seien aber ganz gering. Staatssekretär Reinhard habe auch noch keine Veranlassung gehabt, sich mit der Wirtschaft des Generalgouvernements zu befassen, und deshalb auch nur ganz allgemein zu der Frage Stellung genommen.

Dem Hinweise des Präsidenten S e n k o w s k i gegenüber, daß nach Ministerialdirigent Bergemann solche Kompensationsgeschäfte nicht genehmigungspflichtig seien, betont Regierungsrat H e y s e , daß lediglich gesagt worden sei,

sei, das Reichswirtschaftsministerium würde einer Liste zustimmen, die ihm vorgelegt werde und auf Grund deren man prüfen könne, ob die Ausfuhr des Generalgouvernements das Reich auf den Märkten schädige.

Präsident S e n k o w s k i berichtet, daß die Monopolverwaltung seit dem Sommer v.J. aus den verschiedendsten Ländern, so aus Schweden, Finnland, aus der Schweiz und den Südoststaaten, Anfragen und Aufforderungen erhalte, für Exportzwecke Salzproben zu schicken. Man könne solche Anfragen und Anforderungen doch nicht von vornherein zurückweisen. Offerieren könne er natürlich nur auf Grund seiner Gestehungskosten.

Präsident K e h r l betont nochmals ausdrücklich, daß das Reichswirtschaftsministerium überhaupt einen Export des Generalgouvernements für irgendeine Ware nach irgendeinem Lande ohne seine Zustimmung nicht gutheißen könne. Ein eigener Exporthandel könne und dürfe nicht stattfinden. Es sei auch von dem Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium ausgegangen worden, und das schließe aus, daß von Seiten der Monopolverwaltung des Generalgouvernements Salzofferten abgegeben würden, ohne vorher abzustimmen, ob, in welchen Mengen und nach welchen Ländern Salz geschickt werden solle. Man könne die Dinge nur auf Grund einer Liste regeln und feststellen, ob gegen die Ausfuhr irgendeiner Ware Bedenken bestehen. Dann sei immer noch die Frage zu klären, nach welchen Ländern und zu welchem Preise exportiert werde.

Präsident S e n k o w s k i beruft sich darauf, daß der Herr Generalgouverneur ihm persönlich den Auftrag erteilt habe, auf die Forcierung des Salzexports Wert zu legen.

Präsident

Präsident K e h r l will das Problem auch nicht auf die Salzausfuhr abgestellt wissen. Grundsätzlich müsse aber davon ausgegangen werden, daß ein Außenhandel des Generalgouvernements ohne Verständigung im einzelnen nicht möglich sei.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r stimmt im allgemeinen den Ausführungen des Präsidenten Kehrl zu, will allerdings die Konsequenz daraus gezogen wissen, daß die Interessen des Generalgouvernements bei der Außenhandelsregelung entsprechend vertreten werden.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19^{45} Uhr)

=====

2

I

Arbeitstagung

Dienstag, den 25. und Mittwoch den 26. Februar 1941
im Regierungsgebäude

Thema:

Anwendung von Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes im Generalgouvernement.

Formulierung des Entwurfs eines Erlasses über Quartierleistungen im Generalgouvernement.

Es wurden 5 Exemplare dieses Protokolls gefertigt, und zwar für:

a) Unterstaatssekretär Kundt
b) Hauptmann Dr. Hermann
c) Dr. Schepers
d) z.d.A. Kanzlei d. Gen.Gouverneurs
e) Überstück an Staatssekretär Dr. Bühler
am 25.3.41 durch Dr. Keitel (zurückgenommen)

Mcü.

Teilnehmer:

Unterstaatssekretär K u n d t
Präsident G e r t e i s
Präsident S p i n d l e r
Präsident Dr. S e n k o w s k y
Landesbauernführer K ö r n e r
Oberlandforstmeister Dr. E i ß f e l d t
Ministerialdirigent Dr. E m m e r i c h
Abteilungspräsident W e s t e r k a m p
Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Oberregierungsrat von S t r e i t
Reichsbahnrat T h e o b a l d
Regierungsrat S c h u l z e
Ministerialrat Dr. P a b s t (Reichsinnenministerium)
Regierungsrat Dr. P e t z " "
Oberregierungsrat B u r s c h e (Reichsfinanzministerium)
Regierungsrat K u h n " "
Oberstleutnant von Tschammer und Osten
Oberstleutnant von S t e i n w e h r (OKW)
Hauptmann Dr. H e r m a n n (MIG)
Intendanturrat Dr. T ö p f e r (OKW)
Intendanturrat Dr. F r e y (MIG)
Regierungsrat G n a u c k (als Protokollführer)

=======

Dienstag, den 25. Februar 1941.

Beginn der Sitzung: 15^{10} Uhr.

Unterstaatssekretär Kundt führt einleitend aus, daß sich der Herr Generalgouverneur mit seiner Regierung und somit die gesamte Zivilverwaltung des Generalgouvernements durchaus der Aufgabe bewußt seien, die ihnen für die Dauer des Krieges gegenüber der Wehrkraft des Reiches in dem Entscheidungskampf zufalle. Bei der Behandlung des vorliegenden Themas müsse man davon ausgehen, daß es sich beim Generalgouvernement nicht um ein Land handle, für das im Frieden eine Ordnung getroffen werde und das bei dieser Ordnung über Rohstoffe, Materialien und Quartiere friedensmäßiger Art verfüge, die es für die Kriegführung zur Verfügung stellen könne, sondern in diesem Lande habe man eine Ordnung erst einführen müssen. Man habe im früheren Polen Kultur-, Wirtschafts- und Besitzverhältnisse vorgefunden, die mit denen eines deutschen Kultur- und Reichsgebietes im engeren Sinne garnicht zu vergleichen seien. Was an Bedenken oder Darlegungen im Rahmen der Beratungen vorgebracht werde, dürfe nicht so gewertet werden, als richte es sich gegen irgendjemand, etwa gegen die Wehrmacht, sondern es gründe sich immer auf die Aufgaben, die der Führer dem Generalgouverneur gestellt habe, z.B. nach jeder Möglichkeit ohne Zufuhr von Rohstoffen, ohne Ernährungszuschuß, und zwar mit einem ganz geringen Menschenmaterial an Verwaltungsbeamten auszukommen, darüberhinaus sogar auf manchen Gebieten wie z.B. in dem Sektor "Holz" Lieferungen an das Reich zu tätigen.

Die vom Führer der Regierung des Generalgouvernements und der Wehrmacht erteilten Befehle müßten nun so ausgeführt werden, daß beide Teile ihrer Pflicht als Befehlserhalter entsprechen könnten. Daher müsse man auf die Verhältnisse

Rücksicht

Rücksicht nehmen, die man hier vorfinde, und dürfe sich nicht nach idealen Verhältnissen richten, wie man sie vielleicht in einem Lande finde, das erstmalig besetzt werde.

In allen grundsätzlichen Fragen, die hier zu diskutieren, die vielleicht manchmal nicht gerade aktuell seien, sondern später gelöst werden könnten, sei bisher eigentlich über mangelnde Zusammenarbeit zwischen Militär- und Zivilverwaltung keine Klage zu führen. Wenn z.B. ein Truppenteil glaube, im Generalgouvernement ohne weiteres so vorgehen zu können, wie im Reich, so werde in solchen Fällen der Weg der Belehrung zumeist Erfolg haben. Daher werde es auch gelingen, auf allen in Betracht kommenden Gebieten jene Normen zu schaffen oder jene Regelungen zu treffen, die im Hinblick auf das generelle Verhältnis zwischen Wehrmacht und Verwaltung und die besonderen Aufgaben der nächsten Monate erforderlich sein.

In der Aussprache in Berlin sei vereinbart worden, § 5 und einige andere Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes zur Grundlage einer entsprechenden Regelung im Generalgouvernement zu machen.

Oberstleutnant von Steinwehr nimmt zunächst zu der Bestimmung des § 5 des Reichsleistungsgesetzes Stellung. Diese Bestimmung, so führt er aus, sehe die Möglichkeit vor, zwangsweise Militärpersonen in Quartieren unterzubringen. Zu berücksichtigen sei allgemein, daß das ganze Reichsleistungsgesetz speziell auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten sei. § 5 enthalte so viele Einschränkungen, daß er in dieser Fassung wohl kaum im Generalgouvernement werde Anwendung finden können. Allerdings könnten diese Einschränkungen weit und eng ausgelegt werden. Im letzteren Falle wäre die Anwendung des § 5 verhältnismäßig leicht, nicht aber dann, wenn man diese Bestimmung weit auslege. Man habe auch schon in einigen Fällen, besonders im Zusammenhang mit dem Vormarsch im Westen, von diesen Einschränkungen fast keinen Gebrauch gemacht.

Der

Der Entwurf des MIG bringe im wesentlichen mit Ausnahme der Einschränkungen das, was § 5 vorsehe. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß man z.B. bei der Zurverfügungstellung der von den militärischen Dienststellen für notwendig erachteten Einrichtungsgegenständen - Mobiliar, Hauswäsche, Geschirr, Geräten usw. - auf ganz verschiedene Beurteilungen stoßen werde. Hier liege auch zumeist die Quelle von Fehlern, Mißverständnissen und Reibungen: der eine halte etwas für notwendig, was ein anderer für überflüssig halte. Zu solchen Mißverständnissen und Reibungen bestehe umsomehr Anlaß, als ja der Lebensstandard vor allem der polnischen Landbevölkerung wesentlich niedriger sei als derjenige der Bevölkerung Deutschlands. Er selber finde zur Zeit auch noch keine befriedigende Fassung der Bestimmung, mit der man erreichen könnte, daß einerseits der Truppe das zugeteilt werde, was sie unbedingt notwendig brauche, andererseits aber auch von der Bevölkerung nicht Unmögliches verlangt oder bei längerer Belegung eines Quartiers der Lebensstandart dieser Bevölkerung so weit herabgedrückt werde, daß die Arbeitsfähigkeit darunter leide.

Was Einzelheiten wie z.B. die Beleuchtung angehe, so könne er die Verhältnisse im Generalgouvernement nicht beurteilen, er nehme aber an, daß im allgemeinen der polnische Bauer nur über höchst spärliche Beleuchtungsmöglichkeiten verfüge.

Es werde nun schwierig sein, eine Formulierung zu finden, die allen Möglichkeiten gerecht werde, sie auch erschöpfen lasse, ohne daß ein zuviel an Leistung gefordert werde. Im Reiche sei die Formulierung einer solchen Bestimmung vielleicht einfacher gewesen, weil man sich auf gewisse Vorgänge habe stützen können. So sei man auch in der Lage gewesen, vorzuschreiben, was dem einzelnen Offizier, Unteroffizier oder Mann an Einrichtungsgegenständen gewährt werden könne. Wenn man die Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes allgemein auch für das Generalgouvernement zu Grunde lege,

lege, werde man aber immerhin noch am besten vorwärtskommen.

Unterstaatssekretär Kundt geht zunächst auf die Quartierleistung ein und betont, daß zur Zeit im Generalgouvernement überhaupt kein Überfluß an Wohnraum bestehe. Nicht nur die jüdische, sondern auch die polnische Bevölkerung sei bereits hinsichtlich ihres Wohnraumes aufs äußerste zusammengedrängt; zuweilen seien 20 Personen in einem Zimmer untergebracht. Es werde also nicht mehr viele Möglichkeiten auf diesem Gebiete geben, es sei denn, daß man die Bevölkerung aus den Wohnungen überhaupt entferne und ohne Behausung lasse. In einzelnen Gegenden mögen die Verhältnisse besser sein; aber im allgemeinen habe man doch die größten Schwierigkeiten gehabt, das Personal der Verwaltung einigermaßen anständig unterzubringen. Deshalb habe man sich auch bereits im Herbst vorigen Jahres genötigt gesehen, eine Verordnung zu erlassen, nach welcher bei jedem Kreishauptmann, Stadthauptmann und Stadtkommissar ein Wohnungsamt errichtet werden müsse, das allein über die Dinge zu entscheiden habe, die in § 5 des Reichsleistungsgesetzes aufgeführt seien.

Er nehme nun allerdings an, daß von der Inanspruchnahme zur Quartierleistung die Dienstgebäude bezw. Diensträume aller Dienststellen, also auch der polnischen, die der Regierung des Generalgouvernements unterständen, ausgenommen seien. Es dürfe z.B. nicht vorkommen, daß, wie in einzelnen Fällen geschehen, ein Truppenteil die polnische Belegschaft eines Postamtes aus dem Gebäude entferne, was ja letzten Endes einen geregelten Postbetrieb unmöglich machen würde.- Auch das deutsche Personal der Zivilverwaltung sei vielfach auf ganz bescheidene Unterkunftsmöglichkeiten angewiesen. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, greife das Wohnungsamt heute schon mit Zwangsmaßnahmen ein: Wohnungen mit mehreren Zimmern würden registriert und gegebenenfalls für die Unterbringung weiterer Personen herangezogen. Solche Maßnahmen könnten auch nur als durchaus gerechtfertigt angesehen werden; denn man könne z.B. nicht verantworten, daß Beamte der

Eisenbahn

Eisenbahn angesichts ihren schweren Dienstes über keine genügenden Schlaf- und Waschgelegenheiten verfügten.

In diesem Zusammenhange müsse auch die Frage geprüft werden, welche Wirtschaftsräume das Generalgouvernement brauche, um seine Aufgaben auf wirtschaftlichen Gebieten wie denen der Landwirtschaft und Industrie erfüllen zu können. Hier spielten die Monopolbetriebe eine wichtige Rolle, weil sie gewissermaßen das Rückgrat der gesamten Finanzgebarung des Generalgouvernements darstellen. Eine Inanspruchnahme von Tabakfabriken oder großen Lägern der Monopolverwaltung durch die Wehrmacht würde zur Folge haben, daß die Einnahmen der Monopolbetriebe zurückgingen und die dem Reichsfinanzminister gegenüber eingegangenen Verpflichtungen vom Generalgouvernement nicht erfüllt werden können. Ähnliches gelte für Betriebe der Industrie und Landwirtschaft.

Ministerialrat Dr. Pabst will vorweg eine grundsätzliche Frage geklärt wissen. Zweifellos habe die Wehrmacht den Hauptbedarf an solchen Unterkünften aller Art. Aber ebenso wie im Reich würden wohl auch im Generalgouvernement andere Dienststellen Bedarf an Unterkünften haben, so die Behörden der allgemeinen Verwaltung, die Polizei, die Formationen des Arbeitsdienstes, der Organisation Todt usw. Aus dieser Erkenntnis heraus habe man auch das Wehrleistungsgesetz, das ursprünglich für den Einmarsch in Österreich geschaffen worden sei, zu einem Reichsleistungsgesetz ausgebaut. Dieses Gesetz solle zunächst und vornehmlich den Bedürfnissen der Wehrmacht und der Landesverteidigung im engeren Sinne dienen. In den Vorverhandlungen über dieses Gesetz sei insbesondere von Seiten der Wirtschaft mit Recht daraufhingewiesen worden, daß noch andere Ansprüche auf allen Gebieten in Frage kämen und man daher mit der endgültigen Regelung noch warten sollte. Der erste Entwurf habe aber in wenigen Nachtstunden aufgestellt werden müssen, und

so

so sei eine Berücksichtigung dieser Belange damals noch nicht möglich gewesen. Ein besonderes wirtschaftliches Leistungsgesetz habe man nicht schaffen wollen, ausgehend von der Erwägung, daß im Führerstaat alle Materien, die einer einheitlichen Regelung bedürften, auch einheitlich geregelt werden müßten.

Deshalb werfe er die Frage auf, ob die Verhandlungen nur unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse der Wehrmacht geführt oder ob auch gleichzeitig die übrigen Bedürfnisse mit berücksichtigt und, wenn möglich, mit denselben Formulierungen erfaßt werden sollten. Die Notwendigkeit dafür erblicke er gerade in dem Hinweis des Unterstaatssekretärs darauf, daß die Organe der Verwaltung des Generalgouvernements im weitesten Sinne ebenso wie gewisse wirtschaftliche Einrichtungen, die zur Zeit über Räume verfügten und sie auch weiterhin brauchten, irgendeine Berücksichtigung finden müßten. Wenn man alle diese Belange nach Möglichkeit einheitlich und nach praktischen Gesichtspunkten regeln wolle, dann könne es nur von Vorteil sein, wenn die Ansprüche der verschiedenen Bedarfsträger gewissermaßen durch eine Schleuse geleitet würden. Deshalb sehe auch die Bestimmung des § 22 des Reichsleistungsgesetzes vor, daß die Anforderung der Leistung durch bestimmte Stellen gehen solle. Die Richtigkeit dieser Bestimmung habe auch die Wehrmacht anerkannt. Die deutsche Wehrmacht sei schon vor Inkrafttreten des Wehrleistungsgesetzes von 1938 ein so gewaltiger Apparat gewesen, daß, wenn keine solche Schleuse vorhanden wäre, die Interessen der einzelnen Wehrmachtsteile gegeneinander gestanden hätten.

Die beste Schleuse, durch die man diese Unterkunfts- und anderen Bedürfnisse leiten könne, sei auch nach Auffassung der Wehrmacht diejenige örtliche Stelle, die mit ihrem Bezirk aufs engste verwachsen sei, ihn genau kenne und im übrigen auch der ganzen Frage objektiv gegenüberstehe. Deshalb würden im Reich die Dinge durch die untere Verwaltungsbehörde geleitet, die dann die Verantwortung übernehme. Sie

habe

habe Kenntnis davon, ob von einem Wehrmachtsteil dieses oder jenes Gebäude beschlagnahmt worden sei, sodaß es einer anderen Formation nicht gegeben werden könne, weil sonst andere Wehrmachtsinteressen berührt würden. Er sehe deshalb in den Wohnungsämtern des Generalgouvernements eine durchaus zweckmäßige Einrichtung, weil sie praktisch die einzelnen Belange zu prüfen hätten und bei Inanspruchnahme besonders von Unterkünften entgegenstehende Interessen berücksichtigen könnten. Man werde allerdings diese Belange nicht kasuistisch in einer Anweisung aufführung können, abgesehen vielleicht von der Frage der Dienstwohnungen. Im Reich seien die Dienstwohnungen grundsätzlich von der Einquartierung freigestellt, wenn auch manche Dienstwohnungen sehr geräumig und für eine Einquartierung durchaus geeignet wären. Andererseits gäbe es Räume, die aus dienstlichen Gründen durchaus ungeeignet für eine ~~di~~ Belegung seien, wie z.B. die Räume der Eisenbahnverwaltung oder Dienstwohnungen in einem Bahnhofsgebäude, weil durch eine Einquartierung der in erster Linie der Landesverteidigung dienende Eisenbahndienst erheblich gestört werden könnte.

Man müsse sich nach alledem grundsätzlich über die Frage einig werden, ob man nicht vielleicht alle Bedürfnisse, auch die der zivilen Stellen, schon mit in dieser Regelung berücksichtige und ob man den verschiedensten Interessen, ohne sie kasuistisch anzuführen, dadurch Rechnung trage, daß man wie im Altreich eine Schleuse einbaue, durch die abgesehen von besonders dringenden Fällen Anmeldungen und Beanspruchungen von Quartierleistungen geleitet werden müßten. Durch diese Stelle müßten dann nach einer gewissen Rangordnung alle Belange geprüft werden.

Unterstaatssekretär Kundt weist daraufhin, daß Dienstwohnungen ähnlicher Art, wie man sie im Reich sehr zahlreich vorfinde, im Generalgouvernement abgesehen von einzelnen Ausnahmen überhaupt nicht vorhanden seien. Im übrigen kenne man den Begriff der Wohnkultur in Polen jedenfalls auf dem Lande so gut wie gar nicht. Es gebe vielleicht noch einige

Wohnungen

Wohnungen in den Städten, in die man Personen hineinlegen könnte. Solche Maßnahmen zu ergreifen, sei Sache des Wohnungsamtes.

Im Generalgouvernement sei eine Gesetzgebung geschaffen worden, die lediglich den Zweck verfolge, alles das, was die Zivilverwaltung für ihre Tätigkeit notwendig brauche, gesetzlich zu regeln. Es bestehe die Möglichkeit der Enteignung und der Beschlagnahme. Anfangs habe man sogar zum Zwecke der Einrichtung von Diensträumen Möbelstücke und sonstige Wohnungseinrichtungsgegenstände aus Privatwohnungen hinausschaffen können. Man habe auch ganze Straßenzüge von den Einwohnern evakuiert, um den notwendigen Wohnraum zu schaffen. Bisher sei man eigentlich ohne Inanspruchnahme dieser gesetzlichen Regelung ausgekommen; denn im allgemeinen hätten die Kasernen des Generalgouvernements für die Unterbringung ausgereicht. Jetzt aber stehe man vor der Frage, was angesichts des Hereinströmens einer erhöhten Truppenzahl geschehen solle.

Der Kreishauptmann habe auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge ziemlich weitgehende Befugnisse. Nach der Wohnungsverordnung dürfe z.B. ohne seine Genehmigung über Räume überhaupt nicht verfügt werden. Der Kreishauptmann bezw. Stadtkommissar sei auch zumeist in der Lage gewesen, den Anforderungen der Ortskommandanten auf Zurverfügungstellung von Quartieren zu genügen. Heute sei aber die Situation auf diesem Gebiet wesentlich schwieriger geworden. Dasselbe gelte übrigens auch für die Ernährungsfrage, die jetzt im Generalgouvernement total geregelt sei. Der Kreishauptmann oder Kreislandwirt dürfe heute nicht mehr zulassen, daß sich irgendein Militärorgan etwa Butter aus einem Molkereibetrieb oder Hafer verschaffe, wobei allerdings nicht ausgeschlossen sei, daß unter Zustimmung seiner vorgesetzten Dienstbehörde gewisse Vereinbarungen über vorläufige Zurverfügungstellung von Lebensmitteln usw. getroffen würden. Es frage sich nun, wie die Wehrmacht im Rahmen der der Zivilverwaltung gegebenen Vollmachten zu ihrem Rechte komme.

Oberlandesgerichts-

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist auf die zahlreichen Bewirtschaftungsvorschriften hin, die der Zivilverwaltung des Generalgouvernements die Möglichkeit geben, sich gewisse Versorgungsmittel zu verschaffen. Nach ihrer neuen demnächst in Kraft tretenden Fassung könne z.B. die Verordnung über zwangsweise Bewirtschaftung von Wohnräumen auch auf Nutzräume erstreckt werden. Damit sei die Gewähr geboten, sämtliche in § 5 des Reichsleistungsgesetzes aufgeführten Räume und Plätze zu bewirtschaften. - Die Verordnung über die Ernährung und Landwirtschaft unterwerfe die gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der einheitlichen Bewirtschaftung durch die Regierung des Generalgouvernements. Auch bestehe nach der Straßenverkehrsordnung ein Zugriffsrecht auf Landfahrzeuge und Tiere. Ferner seien alle Rohstoffe erfaßt worden: Kohle, Eisen und Stahl, Metalle, Gold und Edelmetalle seien einheitlich bewirtschaftet. Das gleiche gelte für Spinnstoffe und Leder, sowie für die gesamte Kraftfahrwirtschaft hinsichtlich des Treibstoffes, des Mineralöles, der Reifen usw. Danach habe also die Zivilverwaltung praktisch die Möglichkeit, alles zu erfassen, und insofern sei eigentlich das Reichsleistungsgesetz im Generalgouvernement bereits im wesentlichen verwirklicht.

Hauptmann Dr. Hermann gibt gegenüber der Anregung des Unterstaatssekretärs Kundt, gewisse Ausnahmen von der Reichsleistungspflicht z.B. bei den staatlichen Gebäuden des Generalgouvernements zu machen, zu bedenken, daß bezüglich des großen Sektors der Schulen bereits ein gewisses Einvernehmen zwischen der Regierung des Generalgouvernements und dem MIG erzielt worden sei. Der Herr Generalgouverneur vertrete ebenfalls die Auffassung, daß, wenn notwendig, auch der Schulbetrieb hinter den Interessen der Wehrmacht zurückzutreten habe und wie im Reich notfalls Schulen zu Einquartierungszwecken verwendet werden müßten. Auch in Hinsicht auf die Freistellung von Wohnungen, die staatliche Beamte und Angestellte innehätten, sollte man die elastischen Vorschriften des § 5 des Reichsleistungsgesetzes Platz greifen lassen

und

und nicht eine allgemeine Ausnahme statuieren. Wenn § 5 sage, daß jeweils dem Wohnungsbedürfnis des Inhabers einer Wohnung Rechnung zu tragen sei, so sei das eine durchaus glückliche Formulierung, mit der man einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeiführen könne. Es sei durchaus denkbar, daß der eine oder andere Beamte bei der ersten Verteilung der Wohnungen eine viel bessere Unterkunft gefunden habe als ein vielleicht über ihm stehender höherer Beamter.

Was die Monopolbetriebe angehe, so müsse selbstverständlich die Militärverwaltung dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß die Einkünfte des Generalgouvernements im wesentlichen auf den Einnahmen der Monopolverwaltung beruhen und daher diesen Monopolbetrieben unter allen Umständen weitestes Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Aber auch hier habe sich mitunter gezeigt, daß der eine oder andere Monopolbetrieb ohne Schaden für sich dennoch einen Teil seiner Räume für die Wehrmacht habe abgeben können. Er denke beispielsweise an die Halle in Lublin, von der die eine Hälfte für einen Kraftfahrpark, die andere für den Monopolbetrieb in Anspruch genommen werde.

Landesbauernführer Körner weist darauf hin, daß die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Auftrag des Herrn Generalgouverneurs die Fürsorge für die Ernährung der Arbeiter in staatlichen und lebenswichtigen Betrieben des Generalgouvernements übernommen habe. Im Zuge dieser Regelung sei denn auch die Bewirtschaftung der Lebensmittel auf allen Gebieten in Angriff genommen worden. Man habe allerdings zu gewissen scharfen Maßnahmen greifen müssen. So habe man den Dörfern Auflagen gemacht, habe das voraussichtliche Aufbringungssoll berechnet, habe auf Grund eines Kartensystems Lebensmittel für die Bevölkerung festgesetzt usw. Man habe die Bewirtschaftung allerdings nicht lückenlos durchführen können, sondern sei gezwungen gewesen, manche Dinge freizulassen. Weiter habe man, ohne zu wissen, wie

hoch

hoch der Jahresertrag wäre, mit der Wehrmacht e ine Vereinbarung getroffen, nach welcher sie bestimmte Teile des Aufbringungssolls erhalte. So seien auch schon größere Mengen an Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Zucker, Gemüse usw. an die Wehrmacht geliefert und ferner auch 87 500 Pferde zur Verfügung gestellt worden.

Den Wehrmachtsstellen sei es grundsätzlich untersagt, sich draußen im Lande irgendwie selbst zu versorgen. Die Versorgungslage des Generalgouvernements lasse ja auch nur eine genau festgelegte Inanspruchnahme von Erzeugnissen der Ernährung und Landwirtschaft einschließlich Schlachtvieh, Stroh, Brotgetreide zu. Die Meinung gehe dahin, daß zwar bestimmte Mengen und Arten von Erzeugnissen bereitgestellt werden, aber jede weitere Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch einzelne Formationen grundsätzlich untersagt wird. An dieser Auffassung müsse auch festgehalten werden. Soweit in dringenden Ausnahmefällen Nahrungs- und Futtermittel von der Wehrmacht in Anspruch genommen werden mußten, habe man der Wehrmacht in Gestalt von Vorschüssen geholfen, und die Wehrmacht habe andererseits wieder für die Rüstungsbetriebe das gleiche getan. Wenn hier und da Einzelabrufungen bei Betrieben der Ernährung und Landwirtschaft erfolgen mußten, so sei ein besonderer Leistungsbescheid gegeben worden. Jedenfalls werde mehr und mehr darauf hingearbeitet, daß eigenmächtige Ankäufe seitens der Wehrmacht unterbunden würden. Auch bestehe ein sehr enges Einvernehmen mit dem MIG zu dem Zwecke, Disziplinlosigkeiten bei Truppenteilen, die neu ins Generalgouvernement kämen und die hiesigen Verhältnisse nicht kennten, zu verhüten. Auf Anordnung des Generalgouverneurs habe er nochmals einen Befehl an alle landwirtschaftlichen Betriebe hinausgehen lassen, der auch den Truppenteilen zur Kenntnis gegeben worden sei. Dieser Weg müsse auch in Zukunft weiter beschritten werden. Das Reichsleistungsgesetz sehe übrigens eine ähnliche Regelung vor. Bis zur neuen Erne müsse sich die Wehrmacht unter Umständen auf dem Nachschubwege versorgen.

sorgen.

Man habe mit verschiedenen Einheiten im Lande wegen der Unterbringung von Truppenteilen auf großen Gütern Abmachungen getroffen. Gerade in diesen Tagen sei ein Vertreter des MIG bei der zuständigen Dienststelle der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gewesen, um eine einheitliche Zusammenfassung dieser verschiedenen Abmachungen in die Wege zu leiten. Die 2 700 großen Güter des Generalgouvernements teilten sich in 2 Gruppen: die eine Gruppe bestehe aus 700 Gütern, die beschlagnahmt oder eingezogen oder staatliche Betriebe seien und vom Staate selbst bewirtschaftet würden. Die anderen 2 000 großen Güter würden zwar von Polen bewirtschaftet, unterständen aber dem Weisungsrecht der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft. Darüber, welche Leistungen diese Güter in der Zurverfügungstellung von Wohnungen und Ställen zu erfüllen hätten, könnte mit dem MIG im Rahmen der bisherigen Regelung durchaus ein Abkommen abgeschlossen werden. Vor allem dürfe es nicht vorkommen, daß das Milchvieh aus den Ställen entfernt wird, und im übrigen müsse alles geschehen, um eine Behinderung des Betriebes in der Durchführung seiner Aufgaben unbedingt zu vermeiden.

Auch bei der Inanspruchnahme von Räumen der ernährungswirtschaftlichen Betriebe wie Molkereien, Zuckerfabriken, Brennereien usw. müsse Vorsicht walten. Das gelte insbesondere für die großen Speicher. Es bestehe die Gefahr, daß die großen Speicher, die die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Versorgung der Städte gebaut bezw. hergerichtet habe, in einer Zeit, in der sie vor der Ernte leer ständen, von der Wehrmacht in Anspruch genommen würden. Hier müßte für jeden Einzelfall eine genaue Abmachung darüber getroffen werden, wann ein solcher Speicher freizugeben sei bezw. nicht für militärische Zwecke in Benutzung genommen werden dürfe. Ferner dürfen Getreidespeicher nicht als Pferdeställe verwendet werden.

Unterstaatssekretär

Unterstaatssekretär Kundt glaubt, danach feststellen zu können, daß auf dem Sektor Ernährung und Landwirtschaft die notwendige Regelung eigentlich schon getroffen und abgesehen von Ausnahmen grundsätzlich alles in Ordnung sei. Das Verfahren des unmittelbaren Übereinkommens zwischen Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und dem MIG habe sich durchaus bewährt und könne weiter alles Grundlage dienen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich betont, daß die Abteilung Wirtschaft für ihren Sektor zentrale Anordnungen ähnlich denjenigen, die sie von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft herausgegeben worden seien, nur in geringem Umfang getroffen habe. Hinsichtlich der gewerblichen Räume, soweit sie nicht der Rüstungsinspektionen unterständen, seien von Fall zu Fall örtliche Regelungen ohne Eingreifen der Zentralinstanz möglich gewesen.

Von Wichtigkeit seien die Fragen der bewirtschafteten Waren und der Stromentnahme. Die Knappheit an bewirtschafteten Waren sei im Generalgouvernement so groß, daß sie in der Regel an Truppenteile nicht verabfolgt werden könnten. Lediglich ausnahmsweise habe man sich einmal - beispielsweise auf dem Gebiet der Lederwirtschaft - im Einvernehmen mit der Zentralstelle in Berlin veranlaßt gesehen, für Befriedigung von Wehrmachtsbedürfnissen an Reparaturen ein gewisses Kontingent zur Verfügung zu stellen. Das sei dann mit Berlin verrechnet worden, indem man Lieferungen, die sonst an das Reich gegangen wären, eingespart oder vom Reich diese Dinge wieder vergütet erhalten habe. In dieser Weise seien Abreden durchaus möglich. Es wäre so durchzuführen, daß die einzelnen Bewirtschaftungsstellen ein Kontingent zur Verfügung stellen und über die regionale Verteilung eine Kontingentsvereinbarung getroffen wird.

Für Mineralöl sei mit dem Reichswirtschaftsministerium eine zentrale Regelung durchgeführt worden, und zwar, da das Generalgouvernement ein Mineralölerzeugendes Land sei,

zunächst

zunächst unter dem Gesichtspunkt: es habe keinen Sinn, das hier raffinierte Öl ins Reich zu transportieren, um es dann wieder nach dem Generalgouvernement zu bringen. Das Generalgouvernement sei aber angesichts der starken Truppenbelegung schon ein Zuschußgebiet geworden, und die hiesige Produktion gehe nur zu einem sehr geringen Teil, hauptsächlich in Gestalt von Dieselöl, ins Reich, das Reich schiebe schon für die Bedürfnisse des Marktes in grösserem Umfange nach.

5 Was die Stromentnahme angehe, so seien bisher auch nur örtliche Regelungen auf Grund von Abreden mit den einzelnen Elektrizitätswerken z.B. über die Legung von Anschlußleitungen erfolgt. In einem Falle habe im Zusammenhang mit der Errichtung eines Truppenübungsplatzes hinsichtlich eines Verbindungsstückes der Landleitung ohne Schwierigkeit mit der Wehrmacht ein Übereinkommen getroffen werden können. Man werde jedoch in den nächsten Monaten vor solchen Schwierigkeiten in der Kohlenzufuhr stehen, daß kaum irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden könnten, wenn die Wehrmacht nicht auch gleichzeitig ein entsprechendes Kontingent zur Verfügung stelle. Er habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß irgendwelche Lagervorräte an Kohlen nicht mehr vorhanden seien. Andererseits sei die Möglichkeit des Aufenthalts der Truppen im Raume des Generalgouvernements davon abhängig, daß Gas, Wasser und elektrischer Strom geliefert werden könnten. Soweit die Wehrmacht hier Anforderungen an die Wirtschaft stelle, müsse sie auch Vorsorge treffen, daß der Transport der Kohle durchgeführt werde.

Finanzpräsident Spindler regt an, über die einzelnen Betriebe, die von der Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes ausgenommen werden sollten, eine Liste aufzustellen, über deren Inhalt Vereinbarungen getroffen werden müßten. Mit der Wehrmacht seien bereits einzelne Vereinbarungen getroffen worden. Man müsse nun mit der

Möglichkeit

Möglichkeit rechnen, daß angesichts der zunehmenden Belegung des Generalgouvernements mit Truppen weitergehende Ansprüche gestellt würden, und müsse daher die Monopolbetriebe vor einer Stillegung schützen. Hier kämen vor allem die Betriebe des Tabak- und Branntweinmonopols wie des Salzmonopols in Frage. Neben den eigentlichen Monopolbetrieben müßten auch noch die Hilfsbetriebe geschützt werden: die Tabakbetriebe könnten nicht arbeiten, wenn ihnen nicht das notwendige Zigarettenpapier zur Verfügung stehe. Ebenso müsse z.B. die Glashüttenindustrie im Interesse des Branntweinmonopols aufrechterhalten werden.

Regierungsrat Schulze (Monopolverwaltung) fügt ergänzend hinzu, daß bis jetzt die Monopolverwaltung eine allgemeine Verhandlung mit der Wehrmacht über den Schutz ihrer Betriebe noch nicht gepflogen habe. Man habe sich vielmehr nur in einzelnen Fällen, in denen die Wehrmacht Betriebe der Monopolverwaltung zum Teil jedenfalls für ihre Zwecke in Anspruch nehmen wollte, mit den Dienststellen der Wehrmacht in Verbindung gesetzt. Mit dieser Fühlungnahme habe man bisher die besten Erfahrungen gemacht, und es sei eigentlich in allen Fällen geglückt, die Belange der Wehrmacht und der Monopolverwaltung aufeinander abzustimmen. Beispielsweise habe man von der Gesamtfläche des zentralen Rohtabaklagers in Radom der Wehrmacht 60 % zur Verfügung gestellt, während sich die Monopolverwaltung mit 40 % begnüge. Die Monopolverwaltung werde voraussichtlich aus der nächsten Ernte etwa 5 bis 7 Millionen kg hochwertigen Tabaks, der im Generalgouvernement gebaut werde, ans Reich liefern können. Mit der beginnenden Ernte müßten die Lagerräume und Fabrikationsanlagen aufnahmefähig sein. Die Räume würden dann bis zum letzten Quadratmeter benötigt. Auf dem Gebiete der industriellen Erzeugung der Monopolverwaltung liege die Situation noch etwas schwieriger, weil für diese Produktion zahlreiche Hilfsstoffe erforderlich seien, die zum Teil wieder in industriellen Betrieben des Generalgouvernements hergestellt würden. Wenn

die

die vier Tabakfabriken des Generalgouvernements stillgelegt werden müßten, dann würde das einen täglichen Brutto-Einnahmeausfall von 1,2 bis 1,5 Millionen bedeuten. Daher müßte auf dem Wege von Sonderverhandlungen mit den Dienststellen der Wehrmacht erreicht werden, daß diese Betriebe und die erforderlichen Hilfsbetriebe wenigstens einigermaßen vom unmittelbaren Zugriff der Wehrmacht verschont blieben, wenigstens in der Form, daß nicht etwa plötzlich von heute auf morgen irgendeine militärische Stelle den Betrieb stillege und über den Haufen werfe. Jedenfalls müßten sich solche Maßnahmen in geordneteren Bahnen bewegen. In dieses Gebiet gehöre ja auch das Problem der Kohlenversorgurg. Es wäre nur zu begrüßen, wenn es möglich wäre, im Einvernehmen mit der Wehrmacht hier gewisse Vorteile zu erreichen.

Dr. Ebel weist darauf hin, daß die Eigenerzeugung des Generalgouvernements an Mineralöl nicht ausreiche, um den Gesamtbedarf, namentlich den Bedarf der Wehrmacht zu decken. Daher sei eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher sich die Wehrmacht im großen und ganzen im Wege des Nachschubes versorge. Im Erdölgebiet seien von der Wehrmacht Nachschubläger eingerichtet worden, die vom Reich aus verwaltet würden. Aus diesen Nachschublägern würden dann die einzelnen Formationen versorgt. Die Monopolvertriebsgesellschaft, damit das Mineralölmonopol, übernehme aber einen Teil der Versorgung der Wehrmacht in eigene Regie, und zwar den Teil, der nicht durch geschlossene Einheiten versorgt werden könne. Mit dem Reich bezw. dem Oberkommando der Wehrmacht sei eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher durch die Monopolvertriebsgesellschaft Einzelformationen oder Einzelfahrzeuge an Tankstellen versorgt werden. Das Verfahren habe sich durchaus bewährt. Die Monopolverwaltung erhalte einen Zuschuß aus dem Reich durch die Reichsstelle für Mineralöl auf dem Wege über das Reichswirtschaftsministerium,

ministerium, damit der Gesamtbedarf gedeckt werden könne.

In der Bedarfsdeckung habe sich etwa die Reihenfolge ergeben, daß zunächst der Zivilbedarf, dann der Bedarf des Straßenbaues und der Rüstungsindustrie gedeckt werden müsse. Was dann noch übrig bleibe, könne an die Wehrmacht gegeben werden. Die Deckung des Zivilbedarfs sei in den Monaten August/September vorigen Jahres sehr gering gewesen, weil damals das Generalgouvernement stark mit neuen Truppen belegt worden sei, die sich nicht ausreichend hätten versorgen können. Die Truppe habe ~~einfach~~ die Läger, die die Monopolverwaltung im ganzen Generalgouvernement verteilt unterhalte, - es handle sich um zehn größere Verkaufsläger, - einfach leer gekauft. Damals sei z.B. die Stadt Krakau ohne jegliches Benzin gewesen. Dazu seien noch Transportschwierigkeiten getreten. Diese sehr unangenehme Situation habe allerdings nur etwa 8 Tage gedauert.

Zweckmäßigerweise könnte man es vielleicht in Zukunft bei der grundsätzlichen Regelung belassen, nach welcher zunächst der Zivilbedarf, dann der Rüstungsbedarf und der Bedarf des Straßenbauwesens gedeckt werden und der Rest der Wehrmacht verbleiben könne. Über die Menge, die monatlich an die Wehrmacht abgegeben werden könne, habe man mit Major Schwemmers eine Übereinkunft getroffen.

Unterstaatssekretär Kundt hebt hervor, daß unter "Zivilbedarf" der Bedarf der zivilen Dienststellen für die verhältnismäßig geringe Zahl von Dienstwagen zu verstehen sei. Auf einen Bedarf der Zivilbevölkerung werde überhaupt nicht Rücksicht genommen.

Dr. Ebel fügt seinen Darlegungen noch ergänzend hinzu, daß die Erzeugung an Benzin und Vergaserkraftstoff im Generalgouvernement etwa 3 000 t im Monat betrage. Im April v.J. seien der Wehrmacht 525 t geliefert worden. Auf Wunsch des Oberkommandos der Wehrmacht sei dann vom 1. Mai ab die Versorgung des Abschnittes Mitte und Süd übernommen worden. Es

seien

seien im Mai 1 233 t Vergaserkraftstoff geliefert worden, im Juni 1 900 t, im Juli 3 000 t, im August 1 288 t, im September 1 783 t, im Oktober 300 t und im November rund 600 t. Im Oktober sei die Neuregelung in Kraft getreten, nach welcher sich die Wehrmacht im Wege des Nachschubes selbst zu versorgen habe. Auch in Zukunft werde es wohl kaum anders möglich sein, als daß die Wehrmacht den Kraftstoff aus dem Reich geliefert erhalte. Ob die Mengen später über das Monopol geleitet werden sollten, bedürfe noch besonderer Erwägungen. Wichtig sei aber, daß die Einzelläger der Monopolverwaltung im Generalgouvernement möglichst nicht so stark von der Wehrmacht aufgesucht werden. Man habe eine Lagerkapazität von ~~etwa~~ rund 2 200 t, was etwa dem Bedarf eines halben Monats entspreche. Mehr könne dort nicht gelagert werden, man müsse vielmehr laufend nachschieben. Eine motorisierte Truppe würde ein solches Lager mit einem Schlage leertanken. Vom Militärbefehlshaber seien deshalb besondere Befehle herausgegeben worden, nach denen sich die Truppe im wesentlichen im Wege des Nachschubes zu versorgen habe. Die Begrenzung der Standläger für die Deckung des Zivilbedarfs, des Bedarfs des Straßenbaues und der Rüstungsindustrie müsse wohl auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben.

Hauptmann Dr. Hermann ist der Auffassung, daß man im Generalgouvernement im gegenwärtigen Zeitpunkt und noch in allernächster Zeit nicht mit statischen Verhältnissen zu rechnen haben werde. Militärisch betrachtet seien die Verhältnisse vielmehr durchaus dynamisch. Er würde auch empfehlen, bei den Erörterungen die Frage auszuscheiden, wie etwa die nächste Ernte untergebracht werde. Diese Frage könne ruhig für einige Monate zurückgestellt werden, bis man wieder klar übersehen könne, wie sich die Gesamtsituation weiter entwickle.

Oberlandforstmeister

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß in der Forst- und Holzwirtschaft die wesentlichen Grundlagen vorhanden seien, die im Hinblick auf das zur Beratung stehende Thema eigentlich noch größere Möglichkeiten böten, als sie das Reichsleistungsgesetz selbst vorsehe. Die Forstverwaltung sei auf Grund der erlassenen Verordnungen nicht nur imstande, das gesamte Holz zu erfassen, zu verteilen und den Markt zwangsweise zu regeln, sondern sie könne auch den Waldbesitzern bestimmte Auflagen über die Höhe des Einschlages machen, Gespanne in Anspruch nehmen, Sägewerken Anweisungen für den Einschnitt geben usw. Im Jahre 1940 habe die Forstverwaltung der Wehrmacht im Wege der Vereinbarung von Fall zu Fall große Mengen Holz gegeben. Von 2,5 Millionen Festmetern Stammholz sei etwa die Hälfte an die Wehrmacht unmittelbar geliefert worden, von der anderen Hälfte seien große Mengen ins Reich gegangen. Ein Teil sei für das Otto-Programm zur Verfügung gestellt worden, der Rest diene der deutschen Kriegswirtschaft im Generalgouvernement. Der polnischen Zivilbevölkerung sei nur in einigen ganz dringenden Fällen etwas gegeben worden. Nun werde aber der Bedarf der Wehrmacht in diesem Jahre im Generalgouvernement wahrscheinlich so groß werden, daß er aus dem waldarmen Generalgouvernement nicht mehr werde gedeckt werden können. Deshalb müßte eine Vereinbarung getroffen werden, nach welcher sich das Generalgouvernement bereit finde, aus den Beständen seiner Wälder gewisse Mengen zu liefern. Das Reich müßte dann andererseits weitere Zufuhren vorbereiten, wobei dann allerdings wieder die Transportfrage eine wesentliche Rolle spielen werde. Im Interesse einer geordneten Wirtschaft bitte er dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht nicht unmittelbar in die Bestände der Sägewerke eingreife und binnen wenigen Stunden auf diese Weise ganze Sägewerke ihres Inhalts beraube. Es würde sich empfehlen, den neu ins Generalgouvernement hereinkommenden Truppen eine Anweisung zu geben und sie über die Sachlage genau ins Bild zu setzen.

Die Frage der Holzbeschaffung sei nicht so sehr eine

Frage

Frage der Produktion, auch nicht der Bearbeitung, - denn die Kapazität der Sägewerke im Generalgouvernement ~~reicht~~ reiche bei weitem aus -, sondern es handle sich da vornehmlich um ein Transportproblem. Für den Transport kämen lediglich Pferdefuhrwerke und die sogenannten Panjewagen in Betracht. Deshalb dürfe auch nicht in die Beförderungsmittel der deutschen wie polnischen Forstbeamten von Seiten der Wehrmacht eingegriffen werden.

Präsident Gerteis nimmt an, daß ebenso wie im Reich die Reichsbahn auch im Generalgouvernement die Ostbahn von der Leistungspflicht ausgenommen werde. Die Ostbahn arbeite unter den-selben Bedingungen wie die Reichsbahn. Wenn die militärischen Transporte durchgeführt werden sollten, dann müsse die Ostbahn mit ihrem ganzen Zubehör völlig intakt bleiben, ihre Leistungsfähigkeit müsse sogar noch gesteigert werden. Eine Abgabe von Triebstoff, Kohle, Stroh oder Wasser sei unmöglich. Auch sei es ausgeschlossen, daß das Fernmeldenetz benutzt, daß Werkstätten oder Werkstättenteile anderen Stellen zur Verfügung gestellt werden, da sie heute noch nicht dem Bedürfnis entsprächen. Ebensowenig komme eine Kraftwagenabgabe in Frage. Im Gegenteil, die Ostbahn müsse ihren Kraftwagenpark noch erheblich verstärken, um den Transportanforderungen genügen zu können.

Ausgeschlossen sei aber weiter auch die Abgabe von Dienstgebäuden und Diensträumen, die sämtlich zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig seien. Die deutschen Eisenbahner seien zumeist schon recht schlecht untergebracht. Zudem müsse man bedenken, daß die deutschen wie polnischen Eisenbahner bei ihrem angestrengten Dienst, besonders dann, wenn es sich um Nachtdienst handle, eine einigermaßen ruhige Unterkunft unbedingt notwendig haben.

Oberstleutnant

Oberstleutnant von Steinwehr sieht den Zweck der Aussprache darin, daß die gegenseitigen Interessen abgewogen und auf eine vernünftige Basis gebracht werden können. Daß die Verhältnisse im Generalgouvernement besonders schwierig lägen, sei wohl allgemeine Meinung. Er müsse nun aber ganz grundsätzlich für die Leistungen an die Wehrmacht einen Unterschied herausstellen. Bei Leistungen für die Wehrmacht müsse man diejenigen Leistungen unterscheiden, die allein das Land selbst geben könne, und die Leistungen, die das Land sowohl wie aber auch Nachbarländer gewähren könnten. Die Leistung, die nur das Land geben könne, sei in erster Linie die Quartierleistung. Sie sei mit dem Grund und Boden des Landes fest verbunden und daher nicht transportabel. Alle übrigen Leistungen in Gestalt von Verpflegung, Gewährung von Betriebsstoffen, von Kohle zu Heizungs- oder Feurungs- oder Eisenbahnzwecken brauchten nicht aus dem Lande genommen zu werden. Ursprünglich sei ~~die~~ große Zelle ~~Anfangszelle~~ der deutschen Wehrmacht überhaupt nicht in staatlichen Gebäuden und Kasernen untergebracht worden, sondern in Bürgerquartieren. Die Quartierleistungspflicht des Staatsbürgers sei damals genau so eine Pflicht gewesen wie die Pflicht zur Straßenreinigung, zum Inordnunghalten von Grundstücken usw. Er wünsche Klärung der Frage, ob die Truppenteile, abgesehen von Offizieren oder höheren Stäben, im Generalgouvernement grundsätzlich in Kasernen oder Bürgerquartieren untergebracht seien.

Hauptmann Dr. Hermann glaubt nicht, daß zur Zeit eine Übersicht darüber gegeben werden könnte, weil die Verhältnisse im Generalgouvernement zu variabel seien. Angesichts der gegenwärtigen Belegung des Generalgouvernements könnte man wohl nur von einer überwiegenden Unterbringung in Baracken sprechen.

Unterstaatssekretär Kundt stellt fest, daß im Distrikt Krakau die Unterbringung von Truppenteilen in Baracken sehr selten sei. Baracken gebe es nur bei den Truppenübungsplätzen. Im übrigen würden Kasernen, Schulen und sonstige Gebäude herangezogen,

angezogen, auch Privathäuser.

Oberstleutnant von Steinwehr weist darauf hin, daß im Reiche die Truppe im allgemeinen in reichseigenen oder gemieteten Räumen untergebracht sei, zumeist allerdings in Kasernen und Baracken. Ein Eingriff in die Privatsphäre gehöre im Deutschen Reich zu Ausnahmen; ~~xixxfänd~~ solche Eingriffe fänden da statt, wo Truppenansammlungen in einer Gegend seien, die über das normale Maß hinausgehen, wie z.B. im Fall von Manövern oder beim Aufmarsch im Westen. Im Generalgouvernement müsse man doch wohl zwischen der normalen Truppenbelegung und den Fällen unterscheiden, in denen die Truppen, was auch möglich sein könne, zum Zwecke der Abhaltung von Manövern in bestimmten Gegenden konzentriert würden und dann von einer übermäßigen Belegung der Gegend im Verhältnis zur normalen Belegung gesprochen werden müsse. Weiter kämen vor allem die Fälle in Betracht, in denen angesichts einer politischen Lage ein Zustrom von Truppen stattfinde, der weit über den Rahmen der im Generalgouvernement sonst befindlichen Truppen eine Truppenansammlung entstehen lasse. Für solche Fälle müßten Bestimmungen vorhanden sein, die weitergingen als die normalen Friedensbestimmungen. Die Truppe, die mit so und so viel tausend Mann ständig im Generalgouvernement liege, sei zur Zeit in Kasernen und Schulen bezw. Baracken untergebracht. Wenn nun Manöver abgehalten würden, müßten zusätzliche Quartiere geschaffen werden. Es könne aber auch sein, daß über das normale Maß hinaus eine starke Belegung des Generalgouvernements eintrete. Für diese Fälle müßten mehr Möglichkeiten gegeben sein. Wenn z.B. für die Lagerung von Getreide oder Tabak benutzte Räume leer ständen, die im Falle der Ernte sofort zur Verfügung stehen müßten, dann sei es sehr wohl denkbar, daß solche Räume vorübergehend, vielleicht für die Dauer von 14 Tagen, für militärische Zwecke in Anspruch genommen würden, wobei natürlich Schädigungen nach Möglichkeit zu vermeiden wären. Daure aber eine solche Inanspruchnahme länger

als

als 14 Tage, dann entständen überhaupt erst die großen Schwierigkeiten. Im übrigen könne man davon ausgehen, daß eine Anzahl von Landesprodukten wie Tabak, Sprit und Salz von der Monopolverwaltung erfaßt seien und die übrigen Landesprodukte bedeutend straffer als im Deutschen Reich von den Behörden des Generalgouvernements verwaltet würden. Danach dürfe sich also die militärische Stelle mit ihren Forderungen nicht an den einzelnen Produzenten wenden, sondern müsse die staatliche oder berufliche oder fachamtliche Stelle zu Rate ziehen. Naturgemäß werde das Verfahren etwas schwerfällig sein; man könne aber den Schwierigkeiten vielleicht begegnen, wenn man die Ansprüche der militärischen Stelle mit der Leistungsfähigkeit des Produzenten in Einklang bringe

Unterstaatssekretär Kundt weist darauf hin, daß bis zum Herbst vergangenen Jahres die Verhältnisse hinsichtlich der Truppenbelegung des Generalgouvernements einigermaßen normal gewesen seien. Im Herbst sei dann die Überbelegung gekommen, und zu dieser Zeit hätten bereits die letzten Unterbringungsmöglichkeiten, über die die Zivilverwaltung noch verfügte oder neu verfügen konnte, ausgeschöpft werden müssen. Wenn nun in absehbarer Zeit noch mehr Truppen untergebracht werden sollten, dann werde man wohl oder übel an den Bau von Baracken herangehen müssen. Schließlich werde aber auch der Bau von Baracken nicht ausreichen, und dann werde man eben wie im Weltkrieg dazu übergehen müssen, die Truppe wieder in vermehrtem Umfange in Zelten unterzubringen.

Aus der bisherigen Aussprache ergebe sich, daß es wohl zunächst am zweckmäßigsten wäre, wenn die Beauftragten des MIG mit den Leitern der für diese Fragen in Betracht kommenden Abteilungen ständig in Berührung träten. Er wolle dann dem Herrn Generalgouverneur vorschlagen, daß jeder Abteilungsleiter bei seiner Abteilung einen Verbindungsmann habe, der alle Wehrmachtsangelegenheiten im Einvernehmen mit der zuständigen Militärdienststelle bearbeite. Ebenso müßte bei der Regierung des Generalgouvernements eine entsprechende

Stelle

Stelle eingerichtet werden. In so außerordentlichen Zeiten wie den gegenwärtigen brauche man auf beiden Seiten einen beweglichen Apparat, der schnellstens die Fälle regeln und dann gemeinsame Weisungen, soweit es sich um grundsätzliche Dinge handle, den Unterorganen erteilen könne. Die Monopol- bezw. Finanzabteilung müsse mit dem Generalquartiermeister beim OKW Vereinbarungen darüber treffen, welche Dinge freigehalten werden müßten. In dem Zusammenhang möchte er auch vorschlagen, dafür zu sorgen, daß die Dienststelle des Oberleutnants von Tschammer und Osten in ihrer zahlenmäßigen Besetzung etwas besser ausgebaut werde. Weiter müsse geprüft werden, ob nicht die Möglichkeit der Einrichtung einer Flugverbindung zwischen Spala und Krakau bestehe.

Eine Unterbringungsmöglichkeit böten auch die Kirchen. In jeder größeren Stadt könnte jedenfalls eine Kirche für einen solchen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch die Kirchen nicht gerade als Pferdeställe benutzt zu werden brauchten, so eigneten sie sich doch für gewisse Lagerzwecke durchaus. Man brauche natürlich auch einer Gemeinde nicht die einzige Kirche zu nehmen, im übrigen sei es aber nicht einzusehen, weshalb man vor den Kirchen haltmachen sollte, deren es in manchen Orten sehr viele gebe. Man habe ja auch vor den Priesterseminaren nicht haltgemacht.-Die Freihaltung von Lagerräumen für Tabak sei besonders wichtig, da gerade auch im Interesse der Wehrmacht die Tabakproduktion und die Herstellung von Zigaretten unbedingt in vollem Umfang aufrechterhalten werden müsse. Ebenso müßten vom Standpunkt der Ernährungswirtschaft aus Getreidespeicher und ähnliche Lagerräume nach Möglichkeit von einer Belegung freigehalten werden.

Hauptmann Dr. Hermann wirft die Frage auf, ob es psychologisch der Bevölkerung gegenüber nicht richtiger wäre, die Kirchen zur Einlagerung von Getreide, nicht aber von Fleisch, Munition, Kraftfahrzeugen usw. zu benutzen.

Unter-

Unterstaatssekretär Kundt gibt zu bedenken, daß eine einwandfreie Lagerung von Getreide ungleich mehr Fürsorge erheische, als etwa die Aufstellung von Kraftfahrzeugbestandteilen usw. Außerdem sei es psychologisch ganz gleichgültig, ob man die Kirchen für diesen oder jenen Zweck verwende, Abgesehen vielleicht davon, daß man das Unterstellen von Pferden in Kirchen nach Möglichkeit vermeide.

Oberstleutnant von Steinwehr weist darauf hin, daß in Kriegszeiten Kirchen immer z.B. zur Unterbringung von Verwundeten, Kranken usw. benutzt worden seien. Für die Einlagerung von Getreide eigneten sich Kirchen besonders gut, da sie das Umschaufeln des Getreides gestatteten. Als bei den Verhandlungen in Berlin von einer Seite Bedenken gegen die Heranziehung von Kirchen geltend gemacht worden seien, sei mit Recht darauf hingewiesen worden, es sei nicht einzusehen, warum Gottes Segen, das Brot, nicht im Gotteshaus gelagert werden solle. Das psychologische Moment könne hier nicht ausschlaggebend sein, und angesichts der Raumnot, die zur Zeit im Generalgouvernement herrsche, brauche auch das religiöse Gefühl durch solche Maßnahme nicht verletzt zu werden. Die altehrwürdige Garnisonkirche in Berlin sei von den Franzosen jahrelang als Pferdestall benutzt worden.

Landesbauernführer Körner hält es für durchaus möglich, eine entsprechende Aktion schon jetzt einzuleiten. Er sei bereit, die Kirchen, die für einen solchen Zweck gegebenenfalls in Betracht kämen, besichtigen zu lassen, auch den Kreishauptleuten, die für die Durchführung einer solchen Aufgabe zuständig wären, Fachleute zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise könnte dann festgestellt werden, wieviel Lagerraum man in den Kirchen schaffen könnte. Zu bedenken sei allerdings, daß im Generalgouvernement die Kirchen im allgemeinen nicht so groß seien wie im Reich. Auch seien sie vielfach aus Holz gebaut und eigneten sich darum vielleicht doch besser zur Unterbringung von Pferden oder etwa Konserven.

Konserven.

Unterstaatssekretär Kundt hält es für richtig, daß mit dem MIG von den zuständigen Abteilungsleitern in jedem einzelnen Fall über die Zurverfügungstellung von Lagerhäusern usw. Vereinbarungen getroffen werden, die dann jeweils in Form von Befehlen oder Erlassen hinausgehen könnten. Unter Umständen müßten auch solche Vereinbarungen zwischen dem Herrn Generalgouverneur und General von Gienanth getroffen werden.

Hauptmann Dr. Hermann betont, daß genau wie der Unterstaatssekretär auch der Chef des Generalstabs einzelne Sachbearbeiter bei sich habe. Ein einzelner Offizier könne selbstverständlich nicht alle Spezialfragen bearbeiten, und Befehle erteilen könne der Referent, der zur Regierung des Generalgouvernements komme, auch nicht. Da die Oberfeldkommandanten Offiziere im Range eines Divisionskommandeurs seien, könne der Befehl immer nur vom Chef des Stabes ausgehen. Der Oberfeldkommandant unterstehe zwar dem MIG, es gehe aber nicht an, daß der einzelne Abteilungsleiter irgendwelche Befehle an den Oberfeldkommandanten erteile, sondern das sei Sache des Chefs des Stabes.

Oberstleutnant von Tschammer und Osten hebt hervor, daß seine Dienststelle bisher die Verbindung von dem Herrn Generalgouverneur zum MIG aufs beste aufrechterhalten habe und daß es in dieser Zusammenarbeit niemals auch nur zur kleinsten Reibung gekommen sei. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß die Aufgaben eines Verbindungsoffiziers begrenzt seien, ihm also keine größeren Vollmachten gegeben werden könnten.

Intendanturrat Dr. Töpfer (OKW) ist der Auffassung, daß man in der Beratung zu konkreteren Ergebnissen kommen müsse. Wenn man von der Truppe aus das Interesse habe, eine Regelung hier vorzufinden, die allgemein für sämtliche

Truppen-

Truppenteile im Generalgouvernement gelte, dann werde es sich vielleicht empfehlen, jedem Truppenteil, der sich im Generalgouvernement befinde oder künftig einmal für kürzere oder längere Zeit ins Generalgouvernement komme, eine gedruckte Anweisung zu übergeben, nach der er sich richten könne. Er wisse dann, was er in Anspruch nehmen könne und was jedem einzelnen Offizier, Beamten, Unteroffizier oder Mann zustehe. Weiter frage sich, welche Vergütungen und auf welchem Wege sie gezahlt, weiter, welche Listen aufgestellt werden müßten. Alles das, was an sich zu einer Quartierregelung gehöre, sei bis jetzt immer noch nicht vollständig geregelt. Zwar existierten Bestimmungen des Militärbefehlshabers, die aber doch nur einem Teil der Truppe bekannt seien, auch nicht regelmäßig angewendet würden, so daß sich vorläufig immer noch ein weder für das OKW noch für das Generalgouvernement wünschenswerter Zustand ergebe. Eine solche Regelung könnte besser in einem kleineren Kreise besprochen werden. Dort könnte man versuchen, die im Laufe der Beratung aufgetauchten Fragen in eine gewisse Fassung zu bringen und diese dann als Grundlage für eine Regelung der Inanspruchnahme von Quartierleistungen zu nehmen.

Unterstaatssekretär Kundt hält die Ausarbeitung eines Merkblattes für wichtig, in welchem alles enthalten sei, was an Regelungen im Generalgouvernement bestehe und von Seiten der Truppe zu beachten sei. Der Kreis für diese Beratungen könne allerdings wohl kaum enger gezogen werden. Man brauche eine populäre Zusammenfassung der Bestimmungen über Ernährung usw., darüber, wie im Generalgouvernement die Besatzungsfrage geregelt ist, was der Soldat erhalten kann, was er nicht beanspruchen darf usw. Es werde wohl nicht anders möglich sein, als daß sich jede Truppe an den Crtskommandanten wende, der entsprechende Anweisungen darüber vom MIG habe und haben muß. Im übrigen dürfe die einzige Stelle, an die man sich wenden könne, nur der Kreishauptmann sein.

Hauptmann

Hauptmann Dr. Hermann schlägt vor, daß eine Zusammenfassung sämtlicher grundlegenden Anweisungen, die im Bereich des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement ergangen sind, militärischerseits gedruckt wird und dann an sämtliche militärischen Einheiten zur Verteilung gelangt. Es handle sich nur um die Anordnungen, die auf Grund der Vereinbarung mit den einzelnen Abteilungen ergangen seien. Es könnten zwei Hefte herausgegeben werden, von denen das eine geheim, das andere öffentlich sei und jedem Feldwebel in die Hand gegeben werde.

Unterstaatssekretär Kundt macht demgegenüber den Einwand, daß die Kreishauptmänner vielfach die ergangenen Befehle nicht kennten. Ihnen sei nicht bekannt, welche Befehle der Oberfeldkommandant erhalten habe. Zivilverwaltung und Militärverwaltung müßten genauestens über die Dinge unterrichtet sein, die beide angingen.

Hauptmann Dr. Hermann weist darauf hin, daß für die Quartiergestellung die Verordnung über das Wohnungswesen ergangen sei. Man habe seinerzeit von Seiten des MIG lediglich darauf hingewiesen, daß die Ortskommandanturen im Beirat des Wohnungsamtes durch einen Vertreter vertreten sein müßten.

Unterstaatssekretär Kundt gibt zu bedenken, daß durch eine spätere Verordnung die Vollmacht der Kreishauptmänner wieder aufgehoben worden sei. Insofern könne also jeder Ortskommandant jetzt wieder tun, was in seinem Belieben stehe.

Intendanturrat Dr. Frey sieht den Zweck der Beratung darin, daß einheitliche Richtlinien aufgestellt werden. Naturgemäß werde in absehbarer Zeit das militärische Interesse doch immerhin wieder die erste Rolle spielen müssen. Die Anordnungen, die ihm vorlägen, könnten selbstverständlich nicht ohne weiteres eingehalten werden. Wenn in Ausnahmefällen ein besonderes Beschlagnahmerecht notwendig

sei,

sei, dann werde es dem Militärbefehlshaber vorbehalten bleiben müssen.

Unterstaatssekretär Kundt will ebenfalls gewisse Richt- und Grundlinien aufgestellt sehen. Wenn die Wehrmacht die Absicht habe, irgendwelche Schritte zu unternehmen, dann könne sie letzten Endes von der Zivilverwaltung daran nicht gehindert werden. Aber die Zusammenarbeit zwischen den beiden Verwaltungen müsse so eng sein, daß es zu solchen Schritten der Militärverwaltung nur komme, wenn außerordentliche Verteidigungsfälle einträten, bei denen es ganz selbstverständlich sei, daß die Wehrmacht freie Hand haben müsse.

Ministerialrat Dr. Pabst ist der Auffassung, daß die Besprechung insofern schon ein sehr wesentliches Ergebnis gezeitigt habe, als festgestellt worden sei, daß gerade angesichts der besonders gelagerten Verhältnisse im Generalgouvernement ein ganz besonderer Nachdruck auf die Zusammenarbeit zwischen Militär- und Zivildienststellen gelegt werden müsse. Dies gelte insbesondere für die Verbindung zwischen MIG und Generalgouvernement. Er habe den Eindruck gewonnen, daß abgesehen von den Einzelbestimmungen doch auch der gleiche Nachdruck auf eine Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Kreishauptleuten und den militärischen Stellen des Kreises gelegt werden müsse. Wenn in den Dienstvorschriften peinlichst auf eine engste Zusammenarbeit gesehen werde, dann lasse sich vieles überbrücken und erledigen, was man in die einzelnen Bestimmungen nicht hineinbringen könne.

Unterstaatssekretär Kundt stellt fest, daß nach der Struktur der Wehrmachtsseite dem Verbindungsoffizier nicht jene Entscheidungsgewalt gegeben werden könne, die der Unterstaatssekretär habe. Deshalb müsse also zunächst die Gestaltung der Dienststelle des Verbindungsoffiziers so erweitert

weitert werden, daß sie den Ansprüchen der nächsten Zeit gerecht werden könne. Ferner müsse mit den Vertretern des MIG, die gewisse Entscheidungsbefugnisse hätten, ein persönlicher und stärkerer Kontakt hergestellt werden als bisher. Wenn von Seiten der Zivilverwaltung dem MIG eine Verordnung zur Stellungnahme zugesendet werde, so müsse darüber eine Besprechung vereinbart werden. Streiten könne man darüber, ob diese oder jene Frage durch Erlaß geregelt werden müsse. So sei z.B. zur Wohnungsverordnung ein Erlaß ergangen, in welchem verschiedene Punkte sehr genau geregelt worden seien, und zwar im Einvernehmen mit Oberstleutnant von Tschammer und Osten und Oberstleutnant von Kriegsheim. Solche Vereinbarungen würden für manche anderen Verordnungen ebenfalls notwendig sein, wie z.B. für die Verordnungen über die Gespannstellung und die Stromversorgung.

Die Fortsetzung der Beratung werde so erfolgen müssen, daß man zu den einzelnen Punkten bereits konkrete Fassungen formuliere, soweit diese Formulierung möglich sei. Über den ersten Teil des zur Quartierfrage gemachten Vorschlages werde man sich leicht einigen, wenn hier die Zivildienststellen eingeschaltet würden und die in der Beratung geltend gemachten Gesichtspunkte Berücksichtigung fänden. Die zuständigen Abteilungen könnten dann, eventuell auf Zeit, konkrete Vereinbarungen treffen. Zu demselben Ergebnis werde man bei vielen anderen Punkten kommen. Auch werde man sich häufiger vor die Frage gestellt sehen, ob ein Erlaß, der den unteren Organen zur Kenntnis komme, auch der Bevölkerung bekannt gegeben werden müsse. Doch sei er grundsätzlich dafür, eine solche Bekanntgabe nach Möglichkeit zu vermeiden.

Intendanturrat Dr. Frey hat das Interesse, an der Regelung der Quartierfrage beteiligt zu werden, weil er die Quartierregelung schon für das Altreich maßgeblich mit bearbeite und vor allem für alle anderen Gebiete als Sachbearbeiter verantwortlich tätig sei. Es müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß die Truppenteile, die aus Frankreich,

Holland,

Holland, Belgien und Deutschland kommen und an gewisse feste Normen gewöhnt sind, auch im Generalgouvernement eine entsprechende Regelung vorfänden.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird dann noch kurz zur Frage der

Gespannleistungen

Stellung genommen.

Hauptmann Dr. Hermann ist der Auffassung, daß man in dieser Frage zwischen normalen und etwaigen außergewöhnlichen Verhältnissen unterscheiden müsse. Für den Normalfall sei gegen die Regelung, daß die Gespanngestellung beim Kreishauptmann anzufordern sei, nichts einzuwenden. Für außergewöhnliche Verhältnisse sei es aber wohl denkbar, daß andere Forderungen vorübergehend gegenüber den Forderungen der Wehrmacht zurücktreten müßten.

Oberstleutnant von Steinwehr gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der Vorspannleistung. Er erinnert daran, daß ursprünglich auch für die gesamte Artillerie ebenso wie für die Bagagewagen Vorspann geleistet werden mußte. Neuerdings sei die Vorspannleistung stark in den Hintergrund gerückt. Man habe jetzt die sogenannt Transportregimenter und -kolonnen, die im Kriege den Wehrmachtsbedürfnissen hinsichtlich der Heranschaffung von allen möglichen Gütern genügen sollten. Diese Transportregimenter würden nicht etwa durch Einzelbeorderung, sondern durch die MdV zusammengestellt. Es handle sich hier also um die Zwischenschaltung eines Organs zwischen den einzelnen Leistungspflichtigen und die Wehrmachtsdienststellen. Er habe auf Grund seiner Praxis immer die Einschaltung einer Zivildienststelle als Beschränkung der Belange und Forderungen der Wehrmacht betrachtet.

Unterstaatssekretär

Unterstaatssekretär Kundt weist in diesem Zusammenhang auf die starken Belastungen hin, die dem Generalgouvernement aus der Durchführung des Otto-Programms und anderer wichtiger Aufgaben zur Zeit erwüchsen. Die so überaus wichtige Holzabfuhr werde kaum möglich sein, wenn zur gleichen Zeit etwa noch die Truppe das Verlangen stelle, daß ihr für den Abtransport gewisser Güter Bauernfuhrwerke gestellt würden. Zudem bestehe der Befehl des Reiches, daß das Generalgouvernement für seine Ernährung selber aufkommen müsse. Sollten solche Reichsbefehle befolgt werden, dann müsse in allen diesen Fragen der Kreishauptmann die Entscheidung haben. Die Verantwortung trage er, nicht aber der Truppenoffizier, wenn es sich darum handle, daß gewisse kriegswichtige Güter auf anderem Wege als dem der Eisenbahn abgefahren werden müßten. Der Kreishauptmann könne allein übersehen, was an Fuhrwerken gestellt werden könne. Daher bedürfe es eines Übereinkommens, daß solchen Anforderungen nur in außergewöhnlichen Fällen genügt werden könne. Der Truppe ständen ja auch die Lastwagen zur Verfügung, deren sich die Zivilverwaltung im allgemeinen nicht bedienen könne.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der Bezahlung der Quartierleistung zu.

Oberstleutnant von Steinwehr weist darauf hin, daß die Vergütung der Quartierleistung im Interesse der Angehörigen der Wehrmacht liege. Die Bereitwilligkeit, ein gutes Quartier zur Verfügung zu stellen, hänge doch im allgemeinen von der Einstellung des Quartiergebers ab. Auch das einfachste Quartier könne wohnlich gemacht werden und umgekehrt. Die Aufwendungen, die hier in Frage kämen, schlügen nicht all-zu hoch zu Buche, während andererseits die Beschaffung schlechter Quartiere absolut nicht im Interesse der Wehrmacht liege. Von diesem Standpunkt aus habe man auch die Sätze im Deutschen Reich festgesetzt. Wenn die Wehrmacht in die Privatsphäre eingreifen müsse, dann müsse sie auch voraussetzen,

daß

daß die Quartiergeber eine natürlich den örtlichen Verhältnissen angemessene Entschädigung erhalten. Jedenfalls dürfe der Quartiergeber nicht unter der Quartierlast zusammenbrechen, wie es zuweilen bei Hotels der Fall gewesen sei, denen man pro Tag eine Vergütung von insgesamt 30.-RM gegeben habe. Jedenfalls lege die Wehrmacht großes Gewicht darauf, daß dort, wo es berechtigt sei, Einquartierungsgelder bezahlt würden.

Intendanturrat Dr. Frey hebt hervor, daß auch in Belgien, Frankreich, Norwegen angemessene Vergütungen gezahlt werden. Wenn man eine unentgeltliche Quartierleistung von den Feindstaaten nicht verlange, dann dürfte man sie auch nicht vom Generalgouvernement verlangen. Ob diese Aufwendungen von der Wehrmacht oder vom Generalgouvernement getragen würden, sei eine andere Frage, die noch der Regelung bedürfte. Jedenfalls müsse die Vorfrage geklärt werden, nach welchen Richtlinien und nach welchen Sätzen die Vergütung bemessen werden solle. Von der Beantwortung der Frage, ob das Generalgouvernement oder das Deutsche Reich zahle, hänge natürlich auch das Verfahren ab. Gehe man davon aus, daß das Generalgouvernement die Zahlung leiste, dann brauche man sich nur auf eine Verfügung des Inhalts zu beschränken, daß eine Vergütung für die Quartierleistung gezahlt werde. Übernehme die Wehrmacht die Zahlung, dann müßten die genauen Sätze festgelegt werden. Auf diese Weise könne man allerdings zu verschiedenen Regelungen kommen. Wenn man in Erwägung ziehe, den Juden und vielleicht auch den Polen keine Vergütung zu zahlen, so müsse man andererseits bedenken, daß auch wiederum ein Interesse daran bestehe, die Quartiergebefreudigkeit zu erhöhen.

Oberregierungsrat B u r s c h e wirft die Frage auf, ob es nicht möglich sei, über diesen Punkt eine Einigung herbeizuführen, gleichgültig, wer im Endergebnis die Aufwendungen für die Vergütung trage. Das einfachste und bei

der

der Lage im Generalgouvernement zweckmäßigste Verfahren werde sein, daß die Wehrmacht Bescheinigungen ausstelle und diese dann durch die Organe des Generalgouvernements eingelöst würden.

Unterstaatssekretär Kundt und ein Vertreter der Finanzabteilung können vorläufig nicht ihre Zustimmung dazu geben, daß die Zahlung einer solchen Vergütung vom Generalgouvernement übernommen wird. Auch das hierfür vorgeschlagene Verfahren bedürfe noch eingehender Prüfung. Diese Vergütungen könnten sich unter Umständen auf eine Summe von 80 Millionen Zloty belaufen.

Oberregierungsrat Bursche meint, daß man nach den Erfahrungen des letzten Jahres auf eine durchschnittliche Monatssumme von höchstens 3 Millionen Zloty, insgesamt also auf eine Summe von 36 Millionen Zloty kommen würde. Schulen oder Säle seien in diese Summe nicht einbegriffen. Für sie würden aber ebenfalls Vergütungen gezahlt.

Unterstaatssekretär Kundt trifft danach die Feststellung, daß über Fragen, die auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Sektors lägen - z.B. Ernährungs- und Forstwirtschaft- die jeweils notwendigen Vereinbarungen zwischenden Abteilungsleitern und dem MIG getroffen würden. Was bisher festgelegt sei, werde von jedem Abteilungsleiter in verständlicher Form und kurzer Fassung niedergelegt, damit es der Truppe in die Hand gegeben werden könne.

Hauptmann Dr. Hermann hält es für zweckmäßig, daß die getroffenen Anordnungen dem Unterstaatssekretär zugeleitet werden, damit dieser sich selber davon überzeugen könne, daß die von dem MIG getroffenen Anordnungen mit den Vereinbarungen übereinstimmten.

Unterstaatssekretär

Unterstaatssekretär Kundt schlägt vor, daß von Seiten der Zivilverwaltung eine kurze Zusammenstellung gemacht und in soundsoviel Exemplaren jedem Kreishauptmann und Stadthauptmann gegeben wird. Eine solche Zusammenfassung sei für die Organe der Zivilverwaltung von größter Wichtigkeit. Im übrigen müsse dafür gesorgt werden, daß eine Fühlungnahme zwischen den Kreishauptmännern und den Oberfeldkommandanten bezw. Truppenkommandeuren bestehe.

Die Beratungen werden hierauf abgebrochen und ihre Fortsetzung auf Mittwoch, den 26. Februar 1941 vertagt.

Schluß der Sitzung 18^{45} Uhr.

======

Mittwoch, den 26. Februar 1941.

Fortsetzung der Beratung über die
Anwendung von Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes
im Generalgouvernement.

Beginn der Sitzung: 10^{15} Uhr.

Unterstaatssekretär Kundt teilt zunächst mit, daß die Frage der Höhe der Quartierleistungszahlung in einer Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler geklärt worden sei. Danach solle die Zahlung durch das Generalgouvernement erfolgen. Was an Vereinbarungen zwischen Generalgouvernement und Reichsfinanzministerium noch notwendig sei, werde noch formuliert werden. Besprochen werden müsse noch das Verfahren, daß zur Zahlung führe, - das sogenannte Quartierscheinverfahren -, ferner die Zahlungssätze und die Frage, was aus einer Zahlung von vornherein ausfallen könne. Darüber wären dann allenfalls Anweisungen zu geben. Für das Zahlungsverfahren liege ein Vorschlag des MIG vor.

Intendanturrat Dr. Töpfer führt aus, daß das Prinzip sich im wesentlichen darauf stützen werde, daß man von einem bestimmten Zeitpunkt ab die Quartiervergütung nicht mehr bar bezahle,

bezahle, sondern nur Quartierscheine nach einem noch festzulegenden Muster ausgebe. Er schlage vor, das Musterformular des Reichsleistungsgesetzes zu Grunde zu legen, vielleicht etwas auf den Einzelfall abgestellt. Die Quartierbescheinigung werde ausgestellt, wenn der Truppenteil bezw. der einzelne Soldat das Quartier aufgebe, oder in gewissen Zeitabständen: monatlich, vierteljährlich, nach dem Bedürfnis. Im Reiche habe man die monatliche Abrechnung gehabt. Man könnte also grundsätzlich davon ausgehen, daß der Schein allmonatlich oder bei Aufgabe des Quartiers ausgestellt werde. Er habe ein Muster des Quartierscheins in diesem Sinne aufgestellt. Von diesem Quartierschein müßten zwei Ausfertigungen hergestellt werden, von denen die eine dem Bürgermeister oder Kreishauptmann übergeben werde, während die zweite beim Truppenteil bleibe. Das weitere Verfahren interessiere dann die Wehrmacht insoweit nicht.

Festgelegt werden müsse noch die Höhe der Vergütungssätze, die verschieden seien, je nachdem es sich um gewöhnliche Quartiere oder um Hotels handle. Man werde sich an die Regelung des Reichsleistungsgesetzes anlehnen können, müsse sich aber darüber klar sein, in welcher Höhe man diese Vergütungssätze übernehme, ob sie bei Reichsdeutschen, Volksdeutschen, Polen und Juden gleich sein sollten, oder ob man nicht gewisse Stufen vorsehe. Die Quartierleistungssätze des Reichsleistungsgesetzes und der Durchführungsbestimmungen seien auf die Wohnkultur in Deutschland abgestellt. Sie seien im Reich auch deshalb verhältnismäßig hoch, weil vielfach Hotels in Anspruch genommen würden und man in diesen Fällen nicht nur eine angemessene, sondern volle Vergütung geben wolle. Man werde also überlegen müssen, in welchem Prozentverhältnis man diese Sätze im Generalgouvernement einführe. Man könnte vielleicht den Reichs- und Volksdeutschen im Generalgouvernement 75 % der Sätze in Deutschland geben, den Polen 50 %, den Juden 40 %, vielleicht aber auch gar nichts.

Was im einzelnen zur Quartierleistung gehöre - Unterkunft

kunft für Personen, Stallungen, Räume für Tiere und Beförderungsmittel, Stroh, Geschirr und Geräte -, ob Beleuchtung und Heizung gewährt werden müßten, diese Frage müsse noch geklärt werden. Weiter werde man auch den Quartiergeberkreis etwas umreißen müssen, wobei auch von der Regelung des Reichsleistungsgesetzes ausgegangen werden könne, und zwar in dem Sinne, daß auch Schulen, öffentliche Gebäude, Industrie- oder Monopolbetriebe in Anspruch genommen werden könnten. Ob in einzelnen Fällen größere Unternehmungen in Anspruch genommen werden müßten, werde man der Entscheidung des Militärbefehlshabers überlassen. Weiter müsse die Quartiergebühr als solche wohl kurz in Betracht gezogen werden, wobei man auch wieder von den deutschen Sätzen ausgehen könne. Ebenso müsse man zu den Fragen Stellung nehmen, ob ein Truppenteil ein Quartier unmittelbar anfordern könne oder sich deshalb an den Kreishauptmann zu wenden habe, was von militärischer Seite hinsichtlich der Belegung beansprucht werden könne usw. Schwierigkeiten bereite die Frage, wie weit zivile Dienststellen in diesem Rahmen Ansprüche stellen könnten. Die Wehrmacht habe das verständliche Interesse, nicht etwa schlechter gestellt zu werden, soweit die Wehrmacht niedrigere Vergütungssätze zahle und der Zivilsektor höhere, und daraus eine gewisse Wehrmachtfeindlichkeit entstehen könnte. Aber dieses Moment werde im Generalgouvernement nicht so schwerwiegend sein wie etwa in Belgien und Frankreich.

Dann werde man weiter die Frage behandeln müssen, wie weit bei Beschädigungen von Einrichtungen des Quartiers Entschädigung zu gewähren sei. Man habe sich in den besetzten Gebieten auf den Standpunkt gestellt, daß solche Entschädigungen zu den Quartierleistungen gehörten. Ob solche Grundsätze auch im Generalgouvernement angewendet werden könnten, sei zweifelhaft. Man werde wohl den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement als letzte Instanz dort einsetzen müssen. Er könne auch konkrete Vereinbarungen über gewisse Objekte

treffen,

treffen, z.B. darüber, ob ein bestimmtes Quartier in Anspruch genommen werden dürfe oder nicht.

Ministerialrat Dr. Pabst hält die Klärung einiger Punkte in den Vorschlägen des Intendanturrats Dr. Töpfer für notwendig. Im Vordergrunde der Beratung stehe die Frage der Quartiergestellung und ihres Umfanges, weiter die Fragen der Preisgestaltung und der Entschädigung. - Terminologisch habe man im Reichsleistungsgesetz immer zwischen Beschlagnahme und Inanspruchnahme unterschieden. Weil die Bestimmung gerade von der Wehrmacht angewendet werden solle und weil die anderen Berliner Ressorts diese Begriffe häufig verwechselten, schlage er vor, sich bei der schriftlichen Niederlegung von Anweisungen daran zu halten, damit überall das gleiche unter diesen Begriffen verstanden werde. Unter Beschlagnahme verstehe man Sicherstellung ohne sofortige Benutzung für den Fall, daß etwas später gebraucht werde, unter Inanspruchnahme die tatsächliche Benutzung.

Intendanturrat Dr. Töpfer hält es für genügend, wenn man einfach von Inanspruchnahme spreche. Wo der Begriff der Beschlagnahme auftauche, könnte dazu eine Erläuterung gegeben werden, oder man müßte einfach von Sicherstellung sprechen.

Ministerialrat Dr. Pabst weist demgegenüber nochmals darauf hin, daß diese Begriffe häufig verwechselt werden. Deshalb empfehle es sich, mit Begriffen zu arbeiten, die bei der Wehrmacht eingespielt seien.

Hauptmann Dr. Hermann will nur vermieden wissen, daß eine Verwirrung der Begriffe durch eine neue Definition entsteht. Generalgouvernement und Militärbefehlshaber seien sich über den Begriff der Beschlagnahme einig. Die Gefahr liege darin, daß Truppenteile ins Generalgouvernement kämen

und

und von anderen Begriffen ausgingen. Am mißlichsten sei es gewöhnlich dann, wenn z.B. für die spätere Einrichtung von Lazaretten im voraus größere Objekte sichergestellt werden sollten.

Intendanturrat Dr. Töpfer bemerkt, daß der Militärbefehlshaber den Auftrag erhalten habe, mit der Regierung des Generalgouvernements zu verhandeln und die Interessen der Wehrmacht im einzelnen zu vertreten. Er befürchte im übrigen keine großen Schwierigkeiten. Verwirrung habe es auch in Deutschland gegeben, wo mit dem Begriff der Beschlagnahme vielfach falsch umgegangen worden sei. Man werde immer den tatsächlichen Willen zu Grunde legen müssen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh empfiehlt, nicht von Beschlagnahme zu sprechen. Das decke sich übrigens auch mit der Terminologie in der Verordnung des Generalgouvernements über die Wohnungszwangsbewirtschaftung, in der ausdrücklich gesagt sei, daß die Wohnungszwangswirtschaft durch Maßnahmen auf Grund der Beschlagnahmeverordnung nicht durchkreuzt werden dürfe.

Ministerialrat Dr. Pabst hält es für zweckmäßig, anläßlich der Tatsache, daß unter "Beschlagnahme" im Generalgouvernement offenbar etwas weitergehendes verstanden werde, den Ausdruck "Inanspruchnahme" zu verwenden. Sicherstellung und Beschlagnahme seien terminologisch auch nicht dasselbe. Man sollte daher den Begriff der Beschlagnahme nach Möglichkeit vermeiden und von Sicherstellung sprechen.

Unterstaatssekretär Kundt weist darauf hin, daß in dem Augenblick, in welchem die Beschlagnahme ausgesprochen werde, die Verwaltung auf die Treuhandstelle übergehe und diese dann auch der Geldempfänger sei.

Intendanturrat

Intendanturrat Dr. Töpfer betont, daß in den grundlegenden Anweisungen des Militärbefehlshabers sich auch ein Abschnitt über das Beschlagnahmerecht finde. Danach seien Beschlagnahmen grundsätzlich verboten. Diese Bestimmung verfolge den Zweck, wilden Beschlagnahmen seitens der Truppenkommandeure entgegenzutreten, weil die Belange der Zivilverwaltung nicht verletzt werden dürften. Weiter heiße es in diesen Bestimmungen: Das Recht zur Beschlagnahme stehe nach dem Erlaß über die Überleitung der Verwaltung im Generalgouvernement vom 19. Oktober 1939 in Verbindung mit dem Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht nur dem Chef der obersten Kommandobehörde des Heeres zu, die ihrerseits das Beschlagnahmerecht auch weiter übertragen könne. Der Militärbefehlshaber werde aber, wenn ihm dieses Beschlagnahmerecht übertragen werde, bei einer Weiterübertragung dieses Rechtes die größte Vorsicht walten lassen, weil das Interesse bestehe, keinerlei Reibungsflächen auftreten zu lassen, diese Möglichkeit aber erheblich vergrößert würde, wenn das Beschlagnahmerecht einer größeren Anzahl nachgeordneter Stellen gegeben würde.

Oberlandrat Westerkamp gibt zu bedenken, daß es sich ja vorläufig nur um die Terminologie handle.

Unterstaatssekretär Kundt meint, es müsse praktisch möglich sein, daß ein Regimentskommandeur beim Kreishauptmann die Inanspruchnahme von Vorräten verlange, nicht aber die Beschlagnahme. Für alles andere beständen bereits Bestimmungen. Auch in der Beschlagnahmeverordnung des Generalgouvernements sei darauf schon Bezug genommen. Nach § 11 dieser Verordnung seien die vom Oberbefehlshaber Ost oder in seinem Auftrag künftig angeordneten Beschlagnahmen den Beschränkungen dieser Verordnung nicht unterworfen, wenn sie im Interesse der Reichsverteidigung und der Verstärkung der Rüstung liegen. Die Beschlagnahmen seien dem Leiter der Abteilung Treuhandstelle im Generalgouvernement anzuzeigen,

und

und dieser sei berechtigt, die militärischen Maßnahmen auf ihre Zweckbestimmung im Sinne des Abs. 1 nachzuprüfen.

Ministerialrat Dr. Pabst schlägt vor, statt des Satzes: "Zu den vom Generalgouvernement zu erfüllenden Quartierleistungen gehören folgende Leistungen" - die Ausdrucksweise des Reichsleistungsgesetzes zu wählen, die vielleicht bewußt etwas ungenau gefaßt sei: "Zur Unterbringung sind Räume und Plätze zur Verfügung zu stellen".

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hebt hervor, daß die Wohnungsverordnung des Generalgouvernements vom 22. September 1940 an sich noch in Kraft sei. Es sei aber vorgesehen, daß am 3. März 1941 der Entwurf einer neuen Verordnung, die die erste Verordnung weitgehend bereichern solle, dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt werde. Entscheidend sei aber, daß zur zwangsweisen Bewirtschaftung von Wohnungen, Wohnräumen und sonstigen Nutzräumen der Kreishauptmann bezw. Stadthauptmann zuständig sei. Er könne zu diesem Zweck ein Wohnungsamt einrichten. Das Wohnungsamt sei befugt, sämtliche verfügbaren Wohnungen und Nutzräume in Anspruch zu nehmen. Davon könne man ausgehen, und es bedürfe daher keiner Verordnung zur Inanspruchnahme von Wohnungen. Infolgedessen handle es sich für das Generalgouvernement nur darum, einen Erlaß an die Kreishauptmänner darüber herauszugeben, wie sie hinsichtlich des Bedarfs der Wehrmacht vorgehen sollten, was die Wehrmacht verlangen dürfe und in welcher Form diesem Bedarf entsprochen werden könne.

Unterstaatssekretär Kundt zitiert die maßgebende Bestimmung aus der Wohnungsverordnung und nimmt dabei insbesondere auf den Passus Bezug, der von der Einrichtung eines Beirats, der dem Kreishauptmann zur Seite zu stellen ist, spricht. Die Errichtung eines Wohnungsamtes sei nur fakultativer Art. Deshalb müsse die Frage geprüft werden, wie es mit der Inanspruchnahme von Unterkünften für die Wehrmacht

in

in Gebieten gehalten werden solle, in denen der Kreishauptmann kein Wohnungsamt habe errichten können, weil ihm das dafür notwendige Personal fehle. Auch seien die Fälle gar nicht geregelt, in denen lediglich der polnische Bürgermeister oder Wojd die Verwaltung habe. Hier müsse eben der polnische Bürgermeister oder Wojd dem Kreishauptmann Meldung machen.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird dann zu den einzelnen Quartierleistungen Stellung genommen.

Formulierung eines Entwurfs über Quartierleistungen im Generalgouvernement.

Nach längerer Beratung wird zunächst folgender Leitsatz angenommen:

1. Zur Unterbringung sind Räume und Plätze zur Verfügung zu stellen.

Die Unterkunft kann bestehen in:

a) Unterkunft für Personen
b) Stallungen und gedeckten Räumen für Tiere und Beförderungsmittel, Waffen und Gerät
c) notwendigen Werkstätten, Diensträumen, Plätzen und Lagerräumen

unter Mitbenutzung vorhandener Einrichtungen, wie insbesondere Beleuchtung, Beheizung, Geräten, Hauswäsche, Wasserversorgung und Geschirr.

Auf Vorschlag des Intendanturrats Dr. Töpfer wird sodann folgender Leitsatz angenommen:

Die

2. Die Anforderung ist zu richten an den Kreishauptmann (Stadthauptmann) oder Stadtkommissar. In besonderen Fällen kann die Leistung beim Wojd, in besonders dringenden Ausnahmefällen beim Schulzen oder beim Leistungspflichtigen direkt erfolgen. In diesen Fällen ist die Meldung über die erfolgte Inanspruchnahme im Wege über die nächste Ortskommandantur an den zuständigen Kreishaupt mann (Stadthauptmann) zu erstatten.

Reichsbahnrat Theobald wiederholt den Antrag des Präsidenten Gerteis, Gebäude, Werkstatträume, Lagerräume, Güterhallen usw. der Ostbahn von der Inanspruchnahme auszuschliessen. Die Ostbahn müsse ihre ganze Kraft im Ernstfall der Wehrmacht zur Verfügung stellen und ungestört arbeiten können. Daher müßten auch die deutschen und sogar die polnischen Bediensteten ungestört arbeiten können. Sie hätten ausnahmslos einen sehr langen und unregelmäßigen Dienst, der in besonders dringenden Fällen verlängert werden könne. Diese Menschen müßten auch Gelegenheit zum Schlafen haben. Es sei ihnen zu gönnen, wenn die wenigen beengten Räume von militärischer Belegung frei blieben. Er verkenne nicht, daß die Wehrmacht, da sie sich von der Eisenbahn aus entwickeln werde, leicht geneigt sei, auch Eisenbahnerwohnungen in Anspruch zu nehmen. Die Behausungen auch der deutschen Eisenbahner seien behelfsmäßig mit einem Bett, manchmal auch nur einer Kiste ausgestattet. Sie verfügten nur über kümmerliches Kochgerät, wenn sie nicht gemeinsam in einer Kantine äßen. Besonders wichtig sei der ungestörte Betrieb der Bahnhöfe, Werkstätten und des Fernmeldenetzes. Auch die Kraftwagen der Ostbahn müßten von einer Inanspruchnahme völlig freigelassen werden, da sie im Ernstfall im Interesse der Wehrmacht eingesetzt werden müßten. Die Ostbahn sei ein Sondervermögen, und deshalb gingen finanzielle Vereinbarungen zwischen Generalgouvernement, Reichsfinanzministerium und Wehrmacht die Ostbahn nichts an. - Dienstwohnungen im deutschen Sinne gebe es bei der Ostbahn nicht. Die polnischen

schen Bediensteten seien zumeist in kleinen Wohnungen zusammengepfercht. Die deutschen Beamten hätten auf den Bahnhöfen keine Dienstwohnungen vorgefunden, sondern lebten in der Regel entweder in ihren Diensträumen oder zu zwei oder drei Mann in einer Wohnung, die für den Bahnhofsvorsteher vorgesehen war. Von Seiten der Verwaltung der Ostbahn sei der Wohnungsverordnung nur unter der Voraussetzung zugestimmt worden, daß bahneigene Häuser nicht zwangsbewirtschaftet und in Anspruch genommen werden dürften. Auch müsse es ausgeschlossen sein, daß der Kreishauptmann in die Belange der Ostbahn hineinrede.

Zu den von dem Vorredner geltend gemachten Bedenken wird im einzelnen Stellung genommen, und man einigt sich schließlich auf folgenden Satz:

2. Der Inanspruchnahme im Sinne des Punktes 1 unterliegen nicht

a) diejenigen Gebäude und Gebäudeteile, die zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauch verwendet werden mit Ausnahme der Schulen

b) Ostbahn, Deutsche Post Osten, Gemeindeunternehmungen

c) die Unterkünfte der Reichsdeutschen und Personen, die im öffentlichen Dienst stehen.

Bei besonderem Unterkunftsmangel ist jedoch der Kreishauptmann im Einvernehmen mit dem Ortskommandanten, allenfalls mit dem Oberfeldkommandanten berechtigt, auch Einquartierungen bei Reichsdeutschen und Personen des öffentlichen Dienstes vorzunehmen, wobei besondere Rücksicht auf jene Bedienstete zu nehmen ist, die ~~xxxxx~~ wegen Nachtdienstes oder besonders schweren Dienstes einer entsprechenden Ruhe bedürfen.

Ausnahmen von Punkt 2a werden zwischen dem MIG und der Regierung des Generalgouvernements fallweise vereinbart.

Weiter wird folgender Leitsatz angenommen:

Soweit nach Maßgabe besonderer Bestimmungen für Inanspruchnahme im Sinne des Punktes 1 Vergütung gezahlt wird, zahlt sie nicht mehr die Wehrmacht, sondern die Regierung des Generalgouvernements.

Endlich werden noch folgende Sätze angenommen:
Für Sach- und Personenschäden, die infolge von Leistungen im Sinne des Punktes 1 ohne grobes Verschulden des Geschädigten entstehen, und für die ein Ersatz von einer anderen Stelle nicht zu erlangen ist, kann eine angemessene Entschädigung gewährt werden.

Der Stadtkommissar, Bürgermeister oder Wojd hat den Antrag auf Entschädigung mit seiner Stellungnahme dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) zur Entscheidung vorzulegen, der über diesen Antrag entscheidet.

Die Entschädigung wird durch die Regierung des Generalgouvernements geleistet.

Bei Beendigung der Inanspruchnahme von Leistungen im Sinne des Punktes 1, bei längerer Inanspruchnahme nach Ablauf jedes Monats, hat die Dienststelle des Quartiernehmers eine Quartierbescheinigung laut Anlage auszustellen. Der Quartiergeber hat die Bescheinigung unverzüglich dem Stadtkommissar, Bürgermeister oder Wojd einzureichen, der sie dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) vorzulegen hat.

Der Kreishauptmann (Stadthauptmann) setzt die Vergütung fest und überweist die erforderlichen Mittel an den Stadtkommissar, Bürgermeister oder Wojd zur Auszahlung gegen Quittung an den Quartiergeber.

Soweit Vergütungen für Leistungen festzusetzen sind, die nicht durch Tarifsätze geregelt sind, hat der Kreishauptmann (Stadthauptmann) die Genehmigung des Distriktschefs (Abteilung Finanzen) einzuholen.

Intendanturrat Dr. Töpfer legt hierauf das Muster einer Quartierbescheinigung vor.

(Mittagspause)

In der Nachmittagssitzung wird zunächst die Fassung der Leitsätze für einen Erlaß über die Quartierleistung einer nochmaligen Prüfung unterzogen und dann nach einigen redaktionellen Änderungen und Paraphierung der einzelnen Bestimmungen dem Erlaß die gesetzmäßige Form gegeben.

Das von Intendanturrat Dr. Töpfer vorgelegte Muster einer

Quartierbescheinigung

wird ebenfalls ~~wird~~ mit einigen unwesentlichen Änderungen übernommen.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen wird sodann zur Frage der

Vergütungssätze

Stellung genommen.

Oberregierungsrat von Streit schlägt vor, einfach die einschlägigen Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes zu übernehmen, wobei man lediglich von zwei Ortsklassen auszugehen brauchte, den Ortsklassen für Krakau und Warschau und für das übrige Gebiet.Man könnte ~~denn~~ Sätze von 24 bezw. 21 Reichsmark zu Grunde legen, die dann für das Generalgouvernement prozentual zu kürzen wären.

In einer längeren Aussprache wird die Frage der

Gestellung von Fuhrwerken

im Rahmen der Quartierleistung erörtert.

Unterstaatssekretär Kundt schlägt vor, in einem Erlaß zu bestimmen, daß der Kreishauptmann nach Maßgabe der Dringlichkeitsstufe und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Feldbestellung Anordnungen der Wehrmacht zu erfüllen verpflichtet ist, wobei für Ausnahmen von der Regierung besondere Bestimmungen erlassen werden müßten. Als Dringlichkeitsstufen seien Otto-Programm und Holzabfuhr anzusehen. Als dritte Dringlichkeitsstufe würde gegebenenfalls die Feldbestellung in Frage kommen. Über diese Dinge müsse sich jeder

Kreis-

Kreishauptmann selbständig ein Bild machen. Seine Aufgabe sei es, die divergierenden Interessen des Straßenbauwesens, der Forstverwaltung und der Landwirtschaft auszugleichen. Jedenfalls müsse den Kreishauptmännern ein allgemeines Weisungsrecht gegeben werden. Hinsichtlich der Vergütung solcher Leistungen könnte man die Sätze der Forstverwaltung zu Grunde legen.

Oberregierungsrat Wessel weist darauf hin, daß es einheitliche Verkehrspreise im Generalgouvernement noch nicht gebe. Über die Festsetzung solcher Preise berate zur Zeit ein Ausschuß. Die Vorarbeiten für eine allgemeine Verkehrspreisverordnung würden vielleicht erst in 3 Monaten abgeschlossen sein.

Ministerialrat Dr. Pabst schlägt vor, in einer zusätzlichen Bestimmung zu sagen: Bis zum Erlaß einer anderweitigen Regelung bestimmt der Kreishauptmann die angemessene Vergütung.

Mit Unterstaatssekretär Kundt ist auch Oberregierungsrat von Streit der Auffassung, daß man auch bei Inanspruchnahme von Fuhrwerken durch die Wehrmacht die Sätze der Forstverwaltung für das Generalgouvernement übernehmen sollte.

Hauptmann Dr. Hermann gibt zu bedenken, daß die Forstverwaltung Kilometersätze zu Grunde lege. Eine solche Regelung sei für die Wehrmacht unmöglich; sie könne nur mit Tagessätzen oder Halbtagssätzen arbeiten. Über die Zahlung einer solchen Vergütung sei bisher noch keine Vereinbarung getroffen worden; man habe sich nur darauf geeinigt, daß die Zahlung für die Unterkunftsgewährung durch den Kreishauptmann erfolge.

Oberstleutnant von Steinwehr geht davonaus, daß die Wehrmacht dem Kreishauptmann die nötigen Unterlagen gebe.

Solche

Solche Unterlagen in der Form, wie sie die Forstverwaltung zur Verfügung habe, seien für die Wehrmacht sehr schwer zu beschaffen.

Ministerialrat Dr. Pabst bemerkt, daß man nach dem Reichsleistungsgesetz nur einen Tarif für Kraftfahrzeuge kenne. Die Vergütung für Gespanne, vor allem Doppelgespanne schwanke im Reich zwischen 24 und 12 Reichsmark.

Unterstaatssekretär Kundt hält es für zweckmäßig, für das ganze Generalgouvernement eine gleichmäßige Regelung eintreten zu lassen. Es frage sich nur, welche Sätze angemessen seien.

Ein Vertreter der Forstverwaltung teilt mit, daß von ihr für ein Doppelgespann 20 bis 24 Zloty je Tag gezahlt würden. Von der Wehrmacht würden beispielsweise auf den Übungsplätzen Beträge bis zu 40 Zloty gezahlt, die aber wohl viel zu hoch seien.

Oberregierungsrat von Streit hält eine Vergütung von 24 Zloty je Tag für ein Doppelgespann für angemessen.

Hauptmann Dr. Hermann erklärt, daß die Wehrmacht die von der Zivilverwaltung für angemessengehaltenen Sätze übernehmen würde. Die Regierung des Generalgouvernements könnte ja einen Vorschlag über die Höhe der Sätze machen. Diesen Vorschlag würde er dann den Truppenübungsplätzen zuleiten, die ~~dann~~ dazu Stellung nehmen könnten.

Oberregierungsrat von Streit schlägt vor, an Vergütung für einen Einspänner 16 Zloty und für einen Zweispänner 24 Zloty zu zahlen, und zwar als Tagessatz mit Wagen und Fahrer. Im übrigen müßte wohl noch von Seiten des MIG gesagt werden, was er in einer solchen Verordnung geregelt haben wolle.

wolle. Eine Beschränkung der Regelung lediglich auf die Sätze, dürfte nicht genügen.

Hauptmann Dr. Hermann glaubt nicht, daß weitere Regelungen zu treffen sind, wenn in der Verordnung zum Ausdruck gebracht werde, daß die Anforderungen an die Kreishauptmänner zu richten seien.

Oberregierungsrat von Streit will unter anderem festgestellt sehen, welche Ansprüche z.B. hinsichtlich der Fütterung der Pferde gestellt würden. Es werde doch vielfach dem Gespannhalter nicht möglich sein, das notwendige Futter für mehrere Tage mitzubringen. Was die Wehrmacht geregelt haben wolle, müsse im Einvernehmen mit dem Straßenverkehrsamt in einer Verordnung bestimmt werden. Im übrigen sei doch wohl davon auszugehen, daß die Vergütung in diesem Falle die Wehrmacht zahle.

Oberregierungsrat Wessel hält es für notwendig, daß über die Gespannleistung eine besondere neue Verordnung herausgegeben wird, da man, wie er meint, mit den bisherigen Vorschriften doch nicht weiter komme.

Unterstaatssekretär Kundt ist jedoch der Auffassung, daß es nur einer besonderen Bestimmung insofern bedürfe, als Ausnahmen von der Verordnung bei Inanspruchnahme von Fahrzeugen durch Wehrmacht in einem besonderen Erlaß geregelt würden. Für die Wehrmacht müßte eine besondere Preisvorschrift gegeben werden.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh gibt zu bedenken, daß man dann hinsichtlich der Wohnungsfürsorge den gleichen Weg beschreiten müßte. Er wolle vermieden sehen, daß immer wieder neue Bestimmungen herausgegeben würden.

Hauptmann

Hauptmann Dr. Hermann macht den Vorschlag, daß der Leiter der Abteilung Straßenverkehr einen Entwurf vorlegen möge, in welchem enthalten seien: 1) die besonderen Sätze, die von der Wehrmacht zu zahlen wären, und deren Höhe die Regierung des Generalgouvernements viel besser bemessen könne als das MIG; 2) die Beantwortung der Frage, welche Regelung hinsichtlich der Fahrzeuge zu gelten hätte, wobei die Wehrmacht von der Berechnung nach Kilometern ausgehen würde. 3) Sei es von der Wehrmacht darauf abgestellt worden, daß, wenn Kraftfahrzeuge längere Zeit in Anspruch genommen würden, auch der Betriebsstoff geliefert werde. 4) Müßte bestimmt werden, daß der Rechtsweg ausgeschlossen wird. Sonderbefehle müßten vorbehalten bleiben.

Oberregierungsrat Wessel hält eine Bestimmung für zweckmäßig, nach welcher in besonderen Fällen der Kreishauptmann die Vergütung und Entschädigung nach billigem Ermessen festsetzen könne und darüber endgültig entscheide. Eine solche Vorschrift könnte in die Form eines Erlasses gekleidet werden, und man würde dann Feststellungen darüber treffen können, wie sich ein solches Verfahren allmählich in der Praxis bewähre.

Unterstaatssekretär Kundt schließt sich diesem Vorschlage an.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird dann nochmals zur Frage der

Vergütung der Quartierleistung

Stellung genommen.

Oberregierungsrat von Streit ist der Auffassung, daß bei jeder Staffelung gewisse Ungerechtigkeiten Platz griffen. Je weniger gestaffelt werde, um so geringer sei die Ungerechtigkeit. Im Generalgouvernement habe man keine Rücksicht auf irgendwelche besonderen Volksgenossen zu nehmen,

da

da man ja hier nur der polnischen Bevölkerung gegenüberstehe. Auch für die Reichsdeutschen würde eine solche Regelung, wie er sie vorgeschlagen habe, keine großen Nachteile mit sich bringen. Er sei also für die Einführung eines einheitlichen Satzes mit einem 50 %igen Zuschlag für Krakau und Warschau. Zu Grunde legen könne man den niedrigsten Satz der Ortsklasse D, der dann nicht mehr gekürzt werde. Das würde für Mannschaften die Zahlung eines Betrages von 0,30 RM oder 60 Gr. polnischer Währung oder 18 Zloty monatlich bedeuten und würde sich selbstverständlich nur auf Bürgerquartiere beziehen, da bei Unterbringung von Mannschaften z.B. in Scheunen andere Sätze in Frage kämen. Krakau und Warschau würden dann in die Sonderklasse kommen.

Ministerialrat Dr. Pabst will für Bürgerquartiere grundsätzlich die Ortsklasse D maßgebend sein lassen und für Krakau und Warschau einen Zuschlag von einem Drittel gewähren. Das würde also grundsätzlich bedeuten: 24 RM oder 48 Zloty je Monat für Stabsoffiziere, 16,50 RM oder 33 Zloty für die übrigen Offiziere, wobei Heizung extra zu berechnen wäre. Neben den Bürgerquartieren und den Räumen, die normalerweise gewerbsmäßig vermietet würden, spielten auch noch die nicht Erwerbszwecken dienenden Räume und Gebäude der öffentlichen Hand eine gewisse Rolle.-In einem Erlaß sei eine Regelung dahin getroffen, daß dem Quartiergeber nur die nackten Auslagen gezahlt würden.

Intendanturrat Dr. Töpfer wirft die Frage auf, ob es gerechtfertigt sei, grundsätzlich die im Reichsgebiet geltenden Sätze aufs Generalgouvernement zu übertragen, in dem doch nicht eine ähnliche Wohnkultur zu finden sei, wie im Reich. Dieses Bedenken müsse auch besonders gegenüber den Hotels geltend gemacht werden.

Ministerialrat Dr. Pabst hält eine Sonderregelung gegenüber den Hotels für praktisch schwer durchführbar und meint daher, daß man von einer solchen Sonderregelung absehen sollte.

Intendanturrat Dr. Töpfer gibt der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die Zimmerpreise im Generalgouvernement nicht normalisiert seien, den Hotelunternehmungen u.U. mehr gezahlt werde als im Reich.

Oberregierungsrat von Streit glaubt, daß man diesem Bedenken ~~dadurch~~ Rechnung tragen könne, wenn man als zulässigen Höchstbetrag für ein Einzelzimmer 8 Zloty festsetze. Die Ortslage drücke sich bei Hotels im Zimmerpreise aus: in Tarnow werde man nicht den Zimmerpreis zahlen, den man in Warschau zahlen müsse.

Ministerialrat Dr. Pabst weist darauf hin, daß man gerade bei den besseren Hotels im Reiche gewisse Rücksicht darauf genommen habe, daß die besseren Zimmereinrichtungen in Hotels durch Wehrmachtsangehörige stärker abgenutzt würden und daß z.B. Wäsche heute kaum renovierbar sei.

Intendanturrat Dr. Töpfer ist jedoch der Auffassung, daß man solche wirtschaftlichen Fragen hier nicht entscheiden könne. Im Reichsfinanzministerium sei man davon ausgegangen, daß im Generalgouvernement nur ein gewisser Bruchteil der in Deutschland geltenden Sätze gezahlt werde.

Gegenüber dem Vorschlage des Oberregierungsrats von Streit, den Hotels in Krakau, Warschau, Lublin, Radom und vielleicht Tarnow den vollen Preis zuzubilligen und den anderen 60 % der Sätze zu geben, macht Intendanturrat Dr. Frey geltend, daß doch das Generalgouvernement auch ein unmittelbares Interesse daran habe, die Beherbergungswirtschaft auf eine höhere Stufe zu bringen.

Die Beratungen werden darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20^{15} Uhr

=======

3

3 Exemplare gefertigt für
a) Kanzlei des GenGouv.
b) Staatssekretär Dr. Bühler
c) Präsident Dr. Emmerich.

Krakau, 28.Juli 1941 Mch.

W i r t s c h a f t s t a g u n g

Dienstag, den 22. Juli 1941
im großen Saale des Regierungsgebäudes.

======

Beratungsgegenstände:

1. Ernährungs- und Bestellungsplan für das Jahr 1941/42.
2. Kohlenversorgung des Generalgouvernements.
3. Versorgung der Landwirtschaft mit Industrieerzeugnissen.
4. Währungsfragen.
5. Schleichhandelsbekämpfung.
6. Sonstige aktuelle Fragen auf dem Gebiet der bewirtschafteten Güter.

Beginn der Sitzung: 10^{30} Uhr

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren! Ich habe die heutige Sitzung einberufen, um mit Ihnen die brennenden Wirtschaftsprobleme des Generalgouvernements einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Ich nehme an, daß Ihnen die Tagesordnung zugestellt worden ist. Daraus haben Sie entnommen, daß wir uns heute mit Beratungen beschäftigen werden, die den Ernährungs- und Bestellungsplan für das Jahr 1941/42, die Kohlenversorgung des Generalgouvernements, die Versorgung der Landwirtschaft mit Industrieerzeugnissen, Währungsfragen, Schleichhandelsbekämpfung und alle sonstigen aktuellen Fragen der Wirtschaft betreffen. Es ist um so wichtiger, daß wir uns über alle Fragen, die uns auf diesem Lebensgebiet bewegen, restlos aussprechen, weil wir ja in dieser Vollzähligkeit nicht immer und so leicht zusammenkommen können. Das Ergebnis unserer Besprechung soll sein, daß ich eine Normierung für den aufzustellenden Gesamtwirtschaftsplan erhalte.

Die heutige Sitzung steht unter einem günstigen Stern, weil sich auf Grund des Erlasses des Führers, der vor wenigen Tagen ergangen ist, das Generalgouvernement um ein sehr beachtliches Stück vergrößern wird. Das Gesamtgebiet des früheren österreichischen Galizien wird mit dem Generalgouvernement vereinigt. Das bedeutet zunächst, daß wir damit das entscheidende Verbindungsstück zwischen dem Reich und Rumänien in die Verwaltung bekommen, bedeutet aber wirtschaftspolitisch, abgesehen von diesem ungeheuer wichtigen Verkehrsgesichtspunkt der tragenden Mittelstellung zwischen Reich und Rußland, vor allem die endgültige Lösungsmöglichkeit einer autarken Selbstbewirtschaftung des Generalgou-

vernements in allen Sektoren. Wenn Sie bedenken, daß dieses Gebiet von Galizien, das nunmehr zu uns kommt, eins der fruchtbarsten Gebiete ganz Europas ist, daß in diesem Gebiet neben reichen Ölquellen und Kaligruben ungehobene Bodenschätze in Gestalt von starken Zinklägern usw. in reicher Fülle vorhanden sind, daß nach durchaus auch von mir als Realpolitiker anerkannten professoralen Gutachten mit der höchsten Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, daß wir wertvollste Kohle in ausreichender Menge in diesem Gebiet finden werden, so können Sie ermessen, daß durch diese hervorragende, unsere Leistung anerkennende Verfügung des Führers der Entwicklung ein Schlußstein eingefügt ist.

Wir werden die Verwaltung des galizischen Raumes zunächst in voller Einheit übernehmen; das Gebiet wird von Lemberg aus einheitlich verwaltet. Ich habe Gouverneur Dr. Lasch beauftragt, als Chef der Verwaltung in diesem Gebiet seinen Platz zu nehmen. Wie wir später die Distriktseinteilung in diesem neuen Raum gestalten werden, kann ich heute noch nicht sagen. Selbstverständlich wird mit der Einführung der Verwaltungsgrundlagen, der Währungs- und Wirtschaftsgrundsätze in diesem Raum so vorgegangen, daß sowohl der Gesamtnutzen des Reiches wie der Einzelnutzen des Generalgouvernements und der Spezialnutzen der neu eingereihten Gebiete gleichzeitig gewahrt werden. Für jeden einzelnen von Ihnen, meine Herren, wo er auch stehen möge, ob in der allgemeinen Verwaltung, ob in der Polizei oder irgendeinem anderen Bereich, bedeutet diese Verfügung des Führers eine Anerkennung. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen das im ausdrücklichen Auftrag des Führers zu sagen.

Es ist vorbehalten, daß allenfalls noch weitere Zonen zum Generalgouvernement kommen können. Darüber brauche ich jetzt nicht zu sprechen. Das kann plötzlich geschehen, und Sie werden rechtzeitig davon Kenntnis erhalten. Zunächst aber möchte ich heute bitten, daß wir uns, getreu der sachlichen und jeder Phrase abholden Methode der Arbeit in diesem Raum

auf die Erörterung dessen beschränken, was wir jetzt an festen Erfahrungen gesammelt haben, Erfahrungen, für die wir von Seiten der Regierung, für die aber auch die Bevölkerung dieses Gebietes schwere Opfer gebracht haben.

Für mich liegt eine gewisse Genugtuung darin, daß mir der Führer zum ersten Mal, und zwar einen Tag vor dem Einmarsch, als ich bei ihm in der Reichskanzlei weilte, auch eine Anerkennung für die Arbeit der polnischen Arbeiter und Bauern in diesem Gebiet mit auf den Weg gab. Das ist um so beachtlicher, als uns allen, wie Sie wissen, 1939 ein wesentlich anderes Bild vor Augen stand. Der große Weltmachtbereich des Deutschen Reiches kann nur unter steter Festhaltung der nationalsozialistischen weltpolitischen Zielsicherheit, aber doch auch nur unter elastischer Ausnutzung der jeweils sich in irgendeinem Teil dieses Weltreiches ergebenden volks- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten gestaltet werden.

Wenn wir jetzt einen Ernährungs- und Aufbauplan aufstellen, dann ist es klar, daß gewisse Fragen, mit denen wir uns in den fast zwei Jahren ununterbrochen herumzuschlagen hatten, uns nicht mehr in diesem Maße beschäftigen werden. Ich glaube, daß jetzt auch eine Entlastung in den Verhältnissen von Warschau und der anderen großen Städte eintreten wird. Ich nehme ferner an, daß in absehbarer Zeit die gesamten Fragen der Preisentwicklung usw. einer Lösung entgegengehen werden, die uns wieder einen stabilen Boden schaffen.

Der Führer hat mir in einer Besprechung, die ich drei Tage vor dem Einmarsch bei ihm in der Reichskanzlei pflegen konnte, unter anderem auch gesagt, daß die Juden als erste aus dem Generalgouvernement abziehen werden. Ich werde in den nächsten Tagen schon den Befehl zur Vorbereitung der Aussräumung des Warschauer Ghettos geben. Wir müssen unter allen Umständen so schnell wie möglich dafür sorgen, daß wir die Juden aus dem Generalgouvernement entfernen. Denn nach einem eigenen Worte des Führers wird das Generalgouvernement

künftig kein Endaufnahmeplatz mehr sein, sondern ausschließlich Durchgangslager werden. Mit dem fortschreitenden Sieg unser herrlichen Wehrmacht im Osten in einer Zeit großartiger Tapferkeit und hervorragendster Bewährung deutschen Soldatentums verbindet sich für uns, die wir die Ehre haben, vom Führer so ausgezeichnet zu sein, daß wir nunmehr die Brücke zwischen dem gigantischen Ostraum, der sich auftut, und dem geschlossenen Reich unseres Volkes darstellen, die hohe Pflicht, nur an dieses Aufgabenwerk zu denken.

Ich persönlich glaube, daß die schwerste Zeit für das Generalgouvernement hinter uns liegt. Ich möchte das nun nicht etwa mit irgendeinem leichten ~~sich~~ Einlullenlassen der Probleme verbunden wissen, glaube aber doch ganz real Ihnen für die heutige Debatte einen wohlbegründeten Optimismus mit auf den Weg geben zu können. Dieses Land der Polen wird uns niemand wieder abnehmen. Wir werden hier allen Deutschen auf dem Fundament, das wir errichtet haben, einen Aufbau ermöglichen, der ein strahlendes Werk darstellen wird. Ich freue mich schon darauf, daß wir die deutschen Siedler wieder nach Galizien zurückrufen, daß wir den Ausbau der Weichsel mit ganz anderen Perspektiven in Angriff nehmen können; ich freue mich auf den Plan und die Verwirklichung des Planes einer schiffbaren Verbindung zwischen Weichsel, San und Dnjestr, mit deren Hilfe sich dann überall gigantische Verkehrswege erschließen werden. Das Generalgouvernement wird nach Ost und West, nach Süd und Nord ein ausgeglichenes Gebilde sein.

Besonders erfreulich aber ist, daß der Führer in seiner Verordnung dem Generalgouvernement sein totales Vertrauen auch dadurch zum Ausdruck bringt, daß keine der neu geschaffenen Ostzuständigkeiten in unserem Raum zu gelten haben. Zuständig sind allein in diesem Gebiet der Generalgouverneur und seine Regierung, wobei der Generalgouverneur wieder nur ausschließlich dem Führer Adolf Hitler un-

tersteht. Das bedeutet für uns aber auch eine Steigerung der Verantwortung. Die Fortsetzung der klaren autoritären und einheitlichen Führung dieses Gebietes wird uns jedoch die Wirtschaftsprobleme, mit denen wir uns heute zu beschäftigen haben, in einem ganz anderen Maße lösen lassen. Auch für das neue Gebiet bin ich allein der Beauftragte des Reichsmarschalls Göring, wie ich ebenso als Reichsverteidigungskommissar der einzige Inhaber der Vollmachten und der Verwirklicher der Verbindung zwischen Wehrmacht und Generalgouvernement bin. Amtlich ist mir mitgeteilt worden, daß auf Grund einer Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht auch der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement seine Zuständigkeit auf das neue Gebiet erstrecken wird. So sind denn alle Voraussetzungen geschaffen, die uns in wenigen Tagen die Aufnahme der Arbeit in Lemberg ermöglichen werden.

Ich möchte Ihnen aber in diesem Zusammenhang das eine sagen: Sie kennen mich - ich erwarte völlige Disziplin von allen Ihren Dienststellen; denn dass Sie die selber haben, weiß ich. Ich wünsche nicht, daß in diesem Gebiet nun alle Sehnsüchte, die man seit vielen Monaten gesammelt hat, sich austoben dürfen, sondern mit wohlgemessener, dem Generalgouvernement entsprechender Präzision muß drüben die Arbeit aufgenommen werden.

Ich kann jetzt nicht über die Fülle der volkspolitischen Probleme sprechen, die uns in diesem neuen Raum begegnen werden; das wird in der nächsten Regierungssitzung geschehen. Nur soviel will ich sagen: von uns wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß wir das Steuer der Westukrainer, die heute noch von Lemberg nach Kiew schauen, um 180° drehen und sagen: Ihr Lemberger, Ihr von Tarnopol und Stanislau, für Euch ist dieser Traum ausgeträumt; Kiew wird nicht Eure Hauptstadt, Eure Hauptstadt ist Krakau, Eure übernächste und ganz große ist Berlin. Aus dieser Verbindungsnähe geographischer Art erwachsen viele Probleme, das

werden wir auch wirtschaftspolitisch spüren. Hier muß mit einem ganz großen psychologischen Takt vorgegangen werden, um so mehr, als im kommenden Reichskommissariat Ukraine selbstverständlich der ukrainische Gedanke, ja sogar der ukrainische Staatsgedanke wesentlich im Vordergrund stehen wird.

Das ist nur einer der wesentlichen Ausschnitte aus der Fülle der Probleme, die uns erwarten, die mich aber veranlassen, auch hier gleich klare Verhältnisse zu schaffen. Zunächst sind Sie alle, meine Herren, in dem neuen Gebiet nicht zuständig. Ich habe einen Verwaltungsrat mit besonderen Vollmachten geschaffen, dem Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger und Gouverneur Dr. Lasch angehören. Alles, was das neue Gebiet betrifft, ist auch von Ihnen, meine Herren, mit diesem Verwaltungsrat vorher zu besprechen. Das wird nur eine kurze Zeit dauern. Sie selber haben, wie ich weiß, das größte Verständnis für die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller dieser Bereiche. Eine ungeheure Arbeit liegt auf diesen Männern ebenso wie auch auf Ihnen.

Über der heutigen Tagung liegt wahrhaft ein guter Stern, und ich hoffe, daß uns ihre Ergebnisse befriedigen werden. Ich möchte keine Frage unerörtert lassen. Was immer Sie bewegt, und mögen Sie es für noch so fernliegend halten, das bringen Sie heute zu dem Thema zur Sprache.

Ich erteile als erstem Redner das Wort dem geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Parteigenossen Naumann zum Thema:

<u>Ernährungs- und Bestellungsplan für das Jahr 1941/42.</u>

Geschäftsführender Leiter der
Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft
N a u m a n n:

Vor einigen Monaten hat Abteilungspräsident LBF Körner in einer Regierungssitzung den Aufbauplan der Ernährungs- und Landwirtschaft im Generalgouvernement vorgetragen und eine klare Marschroute für die Arbeiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft geschaffen. Die Richtlinien des Aufbauplanes werden nunmehr mit Unterstützung des Herrn Generalgouverneurs und der Hauptabteilungen sowie der Ämter des Generalgouvernements durchgeführt werden müssen, damit das GG so schnell als möglich in die Lage gesetzt wird, die schwierigen Ernährungsprobleme dieses Raumes zu meistern.

Im Aufbauplan stellt LBF Körner fest, daß es möglich ist, nach jahrelangen Anstrengungen in diesem Lande so viel Nahrungsmittel zu schaffen, daß eine autarke Wirtschaftslage auf dem Gebiet Ernährung entsteht.
Der Aufbauplan legt Nahziele und Fernziele eindeutig fest. Meine Ausführungen heute sollen sich in der Hauptsache mit den Nahzielen befassen.

Die Arbeiten und Aufgaben der Hauptabt. E.u.L. für das Wirtschaftsjahr 1941/42 werden bestimmt
1.) durch den Ernährungsplan und
2.) durch den Bestellungsplan.
In Durchführung dieser beiden Pläne ergibt sich eine Reihe von Voraussetzungen und Notwendigkeiten, die nur mit Hilfe der gesamten Regierung und der beteiligten Hauptabteilungen gemeistert werden können.
Ich wende mich zunächst dem Ernährungsplan 1941/42 zu.
Dieser Plan trägt noch die Merkmale der ungeheuren Belastung, die das Gebiet des GGs durch den größten Aufmarsch der Weltgeschichte durchgestanden hat. Er mußte unmittelbar nach dem Abmarsch der deutschen Truppen aufgestellt werden, so daß sich die Größe der wirtschaftlichen Schäden noch nicht voll übersehen läßt. Allein auf legalem Wege mußten der Wehrmacht durch die Hauptabt. E.u.L. riesige Mengen an Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt werden. Zum Verständnis

1/9

der Größe der Lieferungen seien nur einige Zahlen genannt. Es wurden u.a.

40.000 to Hafer,
116.000 to Kartoffeln,
65 Mill. Stück Eier,
338.000 hl Bier,
4.000 to Zucker,
8.800 to Fleisch

zur Verfügung gestellt.

Daneben sind in großem Umfang auf illegalem Wege von der Wehrmacht Nahrungsmittel aufgekauft worden, deren Umfang auch durch annähernde Schätzung niemals festzustellen sein wird./ Obwohl gerade diese illegalen Aufkäufe die Moral der polnischen Bevölkerung erheblich in der Ablieferungswilligkeit verschlechtert haben, ist festzustellen, daß die von der Hauptabt. E.u.L. eingeleiteten und angelaufenen Erfassungsmaßnahmen nicht entscheidend unterbrochen worden sind, und daß die laufenden Verbesserungen in der Erzeugung und Erfassung auch eine laufend steigende Verbesserung in der Gesamtversorgung ermöglichen werden.

Im großen und ganzen muß das bisherige System der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel an bestimmte versorgungsberechtigte Gruppen weiterhin durchgeführt werden. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres lassen keine wesentlichen Änderungen notwendig erscheinen. Dagegen ist eine beträchtliche Erweiterung in der Zahl der Versorgungsberechtigten vorgesehen. Nach meiner Kenntnis wird die Brotgetreideernte in diesem Jahre ca. 20% höher liegen als die Ernte des vergangenen Jahres. Wenn sie ohne große Schäden hereingebracht werden kann, und wenn keine erneute Belastung des Gebietes durch starke Truppenbelegungen erfolgt, dann wird bei dem Hauptnahrungsmittel zu Begin des Winter 41/42 mit einer Erhöhung der Brotrationen gerechnet werden können. Darüber hinaus wird das Gebiet hoffentlich eine gewisse Entlastung durch Abschiebung von Juden und anderen asozialen

Elementen nach dem Osten erfahren. Wünschenswert wäre eine Rückgliederung der ehemaligen ostpolnischen Gebiete in das GG., um damit eine bedeutende Erleichterung der Ernährungslage des gesamten Raumes mit sich zu bringen. Voraussetzung für eine Verbesserung der Versorgung ist

1.) daß keine Lieferungen an die Wehrmacht und an das Reich mehr erfolgen, da durch die erheblichen Vorgriffe während der Aufmarschzeit sonst eine Verbesserung der Versorgungslage nicht möglich ist.
2.) Eine erhebliche Verbesserung und Angleichung der Preise, insbesondere eine weitgehende Schließung der Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Produkten und landwirtschaftlichen Bedarfsgegenständen.
3.) Ein reibungsloses Funktionieren des gesamten Erfassungsapparates, insbesondere hier wieder des Prämienscheinrücklieferungssystems.
4. Eine weitgehende Verbesserung der Transportlage und großzügige Beschaffung von Lastkraftwagen und dem dazugehörigen Treibstoff.

Die Erfahrungen bei der Durchführung des Ernährungsplanes 1940/41 haben gezeigt, daß die Übernahme des deutschen Lebensmittelmarkensystems mit einer totalen Versorgung der einzelnen Verbrauchergruppen in diesem Raum vorläufig noch nicht möglich ist. Dieser Grundsatz muß auch für das neue Versorgungsjahr 1941/42 bestehen bleiben. Im Jahre 1940/41 wurden ca. 5,2 Mill. Menschen mit Lebensmittelkarten ausgestattet und beliefert. Diese Zahl wird im kommenden Jahr etwas ansteigen, da die Erfahrung gezeigt hat, daß es in manchen Gebieten notwendig ist, größere Verbrauchergruppen zu erfassen. Dem Wunsche der Rüstungsinspektionen und anderer Dienststellen des GGs entsprechend wird nach der Ernte geprüft werden, ob die Angehörigen der mit A- und B-Sätzen

belieferten Arbeiter und Angestellten mit in die Zusatzverpflegung hereingenommen werden können. Mein Bestreben wird sein, dies unter allen Umständen durchzuführen.

Bei der Betrachtung der festgelegten Rationssätze darf nicht etwa eine schematische Kalorienberechnung auf Grund der festgesetzten Mengen durchgeführt werden, da es bei den bestehenden Produktionsverhältnissen und der geringen Anzahl deutscher Mitarbeiter in diesem Raum nicht möglich ist, alle Lebensmittel so zu bewirtschaften wie im Reich. Die erhebliche Ausdehnung des Anbaues an Gemüse im Frühjahr 1941 wird bestimmt eine bedeutende Erleichterung der Versorgungslage bis in die Herbst- und Wintermonate hinein mit sich bringen.

Eine der größten Sorgen ist die Erfassung der für eine geregelte Versorgung benötigten Brot- und Futtergetreidemengen. Die Hauptabt. E.u.L. hat ein Kontingent von 600.000 to Brotgetreide auf die vier Distrikte umgelegt. Falls es gelingt, diese 600.000 to zu erfassen, wird es sich ermöglichen lassen, mit Beginn des Winters die jetzt gültigen Rationssätze etwas zu erhöhen und die Ausmahlung wieder auf 75 bis 80% zurückzuschrauben. Als eine der Voraussetzungen für das Gelingen einer ausreichenden Brotgetreideerfassung sieht die Hauptabt. E.u.L. nach wie vor eine Erhöhung des Getreidepreises an und zwar auf die im Aufbauplan geforderten 90% des Getreidepreises der angrenzenden deutschen Ostgebiete. In den gestern stattgefundenen Verhandlungen unter Leitung des Herrn Staatssekretärs sind dazu Vorschläge gemacht worden, die von den unsrigen erheblich abweichen. Es ist gestern jedoch eindeutig von allen Beteiligten die Notwendigkeit der Produktionssteigerung und einer ausreichenden Erfassung anerkannt worden. Herr Staatssekretär Dr. Bühler erteilte den Auftrag, nach Wegen zu suchen, die dieses Ziel

1/12

erreichen lassen, ohne daß eine zusaätzliche Belastung des Verbrauchers eintritt. Ich werde in den nächsten Tagen meine neuen Vorschläge unterbreiten.
Weitere Voraussetzung ist das Zurverfügungstellen von preisgünstigen und qualitativ guten Austauschartikeln, sowie die Vermehrung der den einzelnen Kreishauptmannschaften zugeteilten Sonderdienstmänner und bei Bedarf der Einsatz von Polizeiorganen.
Die Bestände zur Versorgung der polnischen Bevölkerung mit Brot aus alter Ernte reichen im GG bis zum 15.8.41. Es muß deshalb sofort mit Beginn der Ernte in großem Umfange der Abdrusch einsetzen. Seit vielen Wochen ist infolge der schwierigen Transportlage die Anlieferung von Kohle für Drusch- und andere wichtige Zwecke der Ernährungs. und Landwirtschaft völlig unzureichend.
Ich komme damit auf die Versorgung der Landwirtschaft und der be- und verarbeitenden Betriebe im allgemeinen zu sprechen. Die Hauptabt. E.u.L. hatte für die Zeit vom 1.4.41 bis zum 31.3.42 den Kohlenbedarf bei der Hauptabt. Wirtschaft

mit 1,3 Mill. to Kohle

angemeldet und dabei als Katastrophengrenze den Bedarf mit 1 Millionen Tonnen beziffert. Bis Ende Juni 1941 konnten für die gesamte Ernährungs- und Landwirtschaft infolge Transport- und anderer Schwierigkeiten -

nur 50.000 to

geliefert werden.
Um genügend Kohle für die dringend notwendige Druschaktion und andere wichtige Maß nahmen heranzubekommen, hat dankenswerterweise Herr Gouverneur Dr. Lasch mit dem Kohlenbeauftragten der Hauptabt. Wirtschaft in den letzten Wochen eingehende Besprechungen mit den zuständigen Stellen im Reich gehabt, die es hoffentlich ermöglichen, den notwendigsten Bedarf für die Druschaktion zur Verfügung zu stellen. Besonders wichtig ist weiter

die sofortige Bevorratung der 17 Zuckerfabriken des GGs mit Kohle in einem Umfang von

136.000 to.

Diese Bevorratung muß bis Mitte September beendet sein, da die Zuckerfabriken zum großen Teil nur an Kleinbahnen liegen, die während der Anfang Oktober einsetztenden Kampagne ausschließlich mit Zuckerrübentransporten ausgelastet sind.

Des weiteren müssen dringend Betriebskohlen für Marmeladenfabriken, Mühlen, Molkereien, Brauereien und andere be- und verarbeitende Betriebe zur Verfügung stehen, damit eine geordnete Vorratswirtschaft durchgeführt werden kann.

Mit diesen Ausführungen möchte ich das wichtige Gebiet der Brot- und Getreideversorgung verlassen und mich der Kartoffelwirtschaft zuwenden.

Im vergangenen Jahr ist es unser Bestreben gewesen, der städtischen Bevölkerung möglichst viel Kartoffeln zuzzuteilen. Die Winterkartoffelversorgung der großen Städte konnte im allgemeinen auch wie geplant durchgeführt werden. Durch den großen Aufmarsch und das Versagen des Nachschubs an Kartoffeln für die Truppen sind jedoch im Frühjahr 1941 außerordentliche Spannungen aufgetreten, so daß von einer normalen Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln nicht mehr geredet werden konnte. Sonderzuteilungen von Hafer, Zucker, Öl und Fleisch haben das Schlimmste verhindert. Damit ist der Auftrag des Herrn Generalgouverneurs an Landesbauernführer Körner, eine Katastrophe während des Truppenaufmarsches zu verhindern, erfüllt worden. In diesem Jahr plant die Hauptabt. E.u.L., pro Kopf der städtischen Bevölkerung eine Zuteilung von 2 dz Speisekartoffeln vorzunehmen, wobei die Versorgungsberechtigten mit 6 Mill. eingesetzt werden

1/14

Es müssen nach diesem Plan 1,2 Mill.to Speisekar-
toffeln erfaßt werden. Darüber hinaus sollen die
Verarbeitungsbetriebe, insbesondere Brennereien und
Stärkefabriken, voll arbeiten. Der Bedarf hierfür
wird mit 350.000 to geschätzt. Die Verteilung in den
großen Städten muß entsprechend den diesjährigen
Erfahrungen auf Lebensmittelkarten erfolgen. Erheb-
liche Mengen von Kartoffeln werden in Mieten auf den
größeren landwirtschaftlichen Betrieben oder in den
Gemeinden zur Deckung des Frühjahrsbedarfs 1942
sichergestellt werden. Die Ernte läßt sich heute
noch nicht vollständig übersehen, da das polnische
Saatgut sehr abgebaut ist und die beabsichtigte Menge
deutschen Saatgutes infolge des Aufmarsches nicht rest-
los herangeschafft werden konnte. Trotzdem glaube ich,
den vorgesehenen Plan verwirklichen zu können.
Auf dem Gebiet der Zuckerwirtschaft ist die Lage gün-
stiger. Während im vergangenen Jahr 42.700 ha Zucker-
rüben angebaut wurden und die Gesamterzeugung
97.000 to betrug, sind 1941 52.000 ha Zuckerrüben an-
gebaut. Es ist mit einer Steigerung der Zuckerproduktion
von 20% zu rechnen, vorausgesetzt, daß es gelingt,den
Zuckerfabriken die oben erwähnten benötigten Kohlen-
mengen vor Beginn der Kampagne voll zur Verfügung zu
stellen. Schon in diesem Jahr konnten aus den Zucker-
beständen zur Schließung der Versorgungslücke bei
Kartoffeln größere Sonderzuteilungen vorgenommen werden.
Nachdem sich überblicken läßt, welche Zuckermengen tat-
sächlich produziert werden können, ist mit einer Er-
höhung der Rationssätze an die Bevölkerung zu rechnen.
Auch die Eierwirtschaft zeigt trotz des Wehrmachts-
aufmarsches eine gewisse Verbesserung gegenüber dem
vergangenen Jahr. Wir haben zurzeit bereits größere
Mengen an Eiern in den Vorratskammern als im vergangenen
Jahr um diese Zeit.

Die durchgeführte Vorratsbildung ermöglicht eine Versorgung der im deutschen Interesse arbeitenden Polen in erhöhtem Umfange. Auch wird es möglich sein, für die nichtdeutschen Normalverbraucher mehr Eier zuzzteilen als im vergangenen Jahr.

Im Versorgungsjahr 1940/41 wurden aus der Ernte an Ölfrüchten und durch die Erfassung von Butter und Schlachtfetten insgesamt 5.800 to Öle und Fette erfaßt. Diese Mange wurde an die Reichs- und Volksdeutschen sowie an die Versorgungsberechtigten zu den A-Sätzen und B-Sätzen ausgegeben. In den letzten Wochen wurden auch - wie bereits erwähnt - an nichtdeutsche Normalverbraucher in den Großstädten Sonderzuteilungen an Ölen und Fetten durchgeführt. Durch die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft durchgeführte Steigerung der Anbaufläche von Ölfrüchten und durch eine bessere Erfassung der Molkereierzeugnisse werden im kommenden Versorgungsjahr

8.600 to Öle und Fette

schätzungsweise zur Verfügung stehen. Sobald die Rapsernte voll zu übersehen ist, wird zu entscheiden sein, ob nur die Versorgungsberechtigten mit Zusatzkarten etwas mehr Fett erhalten oder ob monatlich eine Sonderzuteilung an die gesamte Bevölkerung erfolgen soll.

Der Anbau von Ölsaaten wird durch besondere Propaganda gegenüber dem diesjährigen Anbau nochmals verdoppelt.

Mit einer wirklichen Verbesserung des Trinkmilchmarktes kann nur an einzelnen Stellen gerechnet werden. Eine großzügige Verbesserung des Molkereiwesens ist im Aufbauplan vorgesehen. Vorläufig sind aber die Materialbeschaffungsschwierigkeiten derartig groß, daß mit einem flotten Fortgang dieser Arbeiten schwerlich zu rechnen ist.

16

Die Fischwirtschaft ist für die gesamte Versorgungswirtschaft nicht von erheblicher Bedeutung. Die Hauptabt. E.u.L. wird sich laufend bemühen, größere Zuteilungen an Seefischen aus dem Reich zu bekommen, um diese in erster Linie an die Rüstungsarbeiter zu verteilen. Auch wird, wie im vergangenen Jahr, eine geringe Ausfuhr an Speise- und Satzkarpfen gegen Austausch von Seefischen aus den angrenzenden Reichsteilen durchgeführt werden, damit Zuteilungen an Seefischen an die städtische Bevölkerung vorgenommen werden können.
Wenn auch noch keine genaueren Unterlagen über die Wehrmachtseingriffe und die noch vorhandenen Viehbestände vorliegen, so lassen sich ungefähre Schätzungen für die Vieh- und Fleischbestände machen. Die wöchentliche Erfassung wird mit 6.000 Stück Rinder,
5.500 Stück Kälber und
3.000 Stück Schweinen,
das sind insgesamt
930 to Fleisch
angenommen. Anhand der Verbrauchergruppenstärken und der im Versorgungsplan 1940/41 vorgesehenen Sätze werden rund 920 to Fleisch
wöchentlich benötigt. Vorläufig werden daher die Fleischrationen nicht erhöhrt werden können. Es hat sich aber herausgestellt, daß die von der Hauptabt. E.u.L. aufgestellte Erfassungsorganisation der Kreisviehschlachtmärkte die Erfassung in starkem Maße in die Hand bekommt. Die Erfassungszahlen haben laufend zugenommen. Bei anhaltender Entwicklung wird der Frage der Erhöhung der Fleischrationen für bestimmte Verbrauchergruppen nähergetreten werden können.
Während im vergangenen Jahr nur ca 15.000 to Braugerste den Brauereien zur Verfügung gestellte werden konnte, aus denen 750.000 hl Bier hergestellt wurden, sollen

im kommenden Jahr 25.000 to Braugerste für die Brauereien sichergestellt werden, damit 1,1 Mill. hl. Bier produziert werden kann. Die Bierversorgung erfährt damit eine beachtliche Verbesserung.

Obst und Gemüse lassen sich im GG außerordentlich schwer durch eine Marktordnung regeln. In erster Linie hat die Hauptabt. E.u.L. einer Steigerung der Erzeugung ihr Augenmerk zugewendet. Auch im Reich sind gerade auf diesem Gebiet währerd der letzten 8 Jahre große Schwierigkeiten bei einer Regelung aufgetaucht, da es sich beim Gemüse um eine leicht verderbliche und schlecht zu transportierende Ware handelt, die in vielen Sorten täglich anfällt. Die Anbauflächen haben sich fast verdoppelt, so daß auch hier eine erhebliche Mehrproduktion für die verbrauchende Bevölkerung zur Verfügung stehen wird. Durch erhöhte Sonderzuckerzuteilungen ist der polnischen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben worden, die Gemüse- und Obstkonservierung im eigenen Haushalt in diesem Sommer aktiv zu betreiben. Nach den großen Schäden des Winters 1939/40 ist mit einem großen Obstanfall noch nicht zu rechnen. Südfrüchte werden in kleinerem Umfang ins GG eingeführt und dienen zur Verbesserung der Versorgung der Deutschen.

Für die Erfassung von Getreide, Hülsenfrüchten und allen übrigen bewirtschafteten Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die verarbeitende Industrie werden, wie im vergangenen Jahr, durch Prämienscheinverfahren Bedarfsgegenstände der polnischen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Ein großer Teil dieser Austauschartikel wie Zucker, Öl, Ölkuchen, wird im eigenen Sektor erzeugt und steht deshalb 100%ig zur Verfügung. Einen großen Teil hat die Hauptabt. Wirtschaft der Hauptabt. E.u.L. fest zugesagt. Ebenfalls wird die Monopolverwaltung ausreichende Mengen Trinkbranntwein und Petroleum für die Austauschaktion zur Verfügung stellen.

Indem ich der Hauptabteilung Wirtschaft und der Monopolverwaltung für die im vergangenen Jahr im Interesse der Erfassung geleisteten Mitarbeit herzlichen Dank sage, hoffe ich, daß auch in diesem Jahr die Belieferung der Erfassungsstellen noch besser vonstatten geht, da sich der Apparat eingelaufen hat. Jedoch möchte der Preis für rückgelieferte Waren noch mehr dem Preis für landwirtschaftliche Artikel angegleichen werden. Es werden an Spinnstoffmengen im Werte von 45 Mill. Zloty benötigt, an Eisenwaren Mengen im Werte von 19 Mill.Zl., Petroleum 5.500 to, Trinkbranntwein 3.010.000 Liter, Lederwaren im Werte von 21. Mill. Zl.. Aus dem eigenen Sektor werden für die Austauschaktion 29.000 to Zucker, 500 to Öl, 6.000 to Ölkuchen benötigt. Im Interesse des Ansehens der deutschen Verwaltung ist es unbedingt notwendig, daß die eben erwähnten Mengen im Laufe des Jahres zur Verfügung gestellt werden, damit die umfangreichere Erfassung an Nahrungsmittelmengen eine bessere Versorgung der gesamten verbrauchenden Bevölkerung im kommenden Jahr ermöglicht.

Der Distrikt Lublin, das Hauptproduktionsgebiet des GGs, ist in verkehrsmäßiger Hinsicht am wenigsten erschlossen. Besonders die fruchtbaren südöstlichen Kreise Hrubieszow und Zamosz sind verkehrsmäßig außerordentlich schlecht entwickelt. Unter unendlichen Schwierigkeiten sind im vergangenen Jahr die erfaßten Mengen transportiert worden. Ein erheblicher Teil konnte wegen der Transportschwierigkeiten nicht erfaßt werden. Im Interesse eines reibungsloseren Abtransports und einer besseren Erfassungsmöglichkeit ist es dringend notwendig, daß der Bau von Straßen und Eisenbahnlinien im Distrikt Lublin bevorzugt vorangetrieben wird, damit dieser landwirtschaftlich wertvollste Distrikt verkehrsmäßig schnell erschlossen wird. Besonders dringlich ist der

Ausbau der Strecke Jaroslau, Rawa-Ruska, Sokal, noch vor Beginn der Kartoffelernte. Dort müssen nur 5 km der auf russischem Gebiet liegenden Strecke in Ordnung gebracht werden.

Neben der Durchführung des Ernährungsplans 1941/42 ist es notwendig, daß die Hauptabt. E.u.L. in besonderem Maße ihre Aufmerksamkeit der Durchführung der Herbstbestellung 1941 widmet. Der Stand der Feldfrüchte in diesem Jahr läßt erkennen, daß der Einsatz aller Mitarbeiter der Hauptabt. E.u.L. nicht ohne Erfolg geblieben ist. Während im vergangenen Jahr noch ein deutlicher Unterschied zwischen dem Stand der Feldfrüchte der deutschen Ostgebiete und denen des GGs festzustellen war, konnte dieser Unterschied in diesem Jahr schon weitgehend ausgeglichen werden. Die Durchführung der Herbstbestellung 1941 stößt aus verschiedenen Gründen auf große Schwierigkeiten:

1.) Durch die große Entnahme von Gespannvieh für Wehrmacht und Organisation Todt, insbesondere aus den Ostkreisesn des GGs, ergeben sich Schwierigkeiten, die notwendigen Ernte- und Bestellungsarbeiten rechtzeitig durchzuführen. Es wird zwar versucht, durch Einfuhr von deutschen Zugmaschinen gewisse Erleichterungen zu schaffen. Bei dem Stand der Produktion an solchen Maschinen ist hier keine durchgreifende Hilfe zu erwarten. Die Entlastung muß deshalb anderweitig erfolgen. Während Ernte und Herbstbestellung müssen Anforderungen von Gespannen durch Forstinspektionen, Straßenbauverwaltungen und andere Stellen unterbleiben. Außerdem darf keine weitere Entnahme von Arbeitspferden durch Wehrmacht oder OT durchgeführt werden.

2.) Das ungünstige Preisverhältnis von landwirtschaftlichen Bedarfsgegenständen zu landwirtschaftlichen

Produkten hat insbesondere bei den größeren landwirtschaftlichen Betrieben eine immer schlechter werdende Zahlungsmöglichkeit herbeigeführt. Die großen Betriebe kommen in diesem Herbst in Schwierigkeiteiten, die von der deutschen Verwaltung ihnen zur Verfügung gestellten Mengen an Kunstdünger und anderen Betriebsmitteln, die für die Erstellung der nächstjährigen Ernte dringend erforderlich sind, zu bezahlen. Diese Tatsache läßt sich schon in diesem Jahr bei dem z.T. unterschiedlichen Stand der Feldfrüchte auf den Liegenschaftsbetrieben und den om polnischen Privatbesitz befindlichen Betrieben feststellen. Bei den Liegenschaftsverwaltungs-Betrieben können dank der großen Geldmittel, die der Herr Generalgouverneur als verlorene Zuschüsse zur Erleichterung von rascherer Produktionssteigerung zur Verfügung gestellt hat, große Fortschritte festgestellt werden, während die polnischen Privatbetriebe, die nur auf die Erlöse aus ihren Verkäufen angewiesen sind, in große Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Produktionsmitteln kommen. Da diese polnischen Privatbetriebe besser überwacht werden können und nicht in der Lage sind, zu Schleichhandelspreisen Produkte zu verkaufen, ergibt sich auch aus dieser Tatsache die Notwendigkeit, die Preisschere zwischen Industrie- und Agrarprodukten sofort zu schließen. Nur die kleinen Panjebetriebe, die schwer kontrollierbar sind, verfügen noch durch Schleichhandelsverkäufe über größere Geldmittel.

3.) Durch eingehende Bodenuntersuchungen und durch den Stand der säureempfindlichen Pflanzen ist eindeutig festgestellt, daß fast der gesamte Ackerboden des GGs dringend einer ausreichenden Kalk-

grunddüngung bedarf. Die Landwirtschaft des GGs müßte, um baldigst diesen unerwünschten Zustand zu beseitigen, pro Jahr

zunächst mindestens 150.000 to Düngekalk

zur Verfügung haben. Leider ist die Produktionsfähigfähigkeit der Kalkindustrie im GG außerordentliche gering. Auch auf Einfuhren aus dem Reich ist in großem Umfang nicht zu rechnen, obwohl sich die Hauptabt. E.u.L. bemüht, gewisse Mengen hereinzubekommen. Im vergangenen Jahr konnten deshalb nur

15.000 to

insgesamt zur Verfügung gestellt werden. Durch die schlechte Belieferung der wenigen vorhandenen Kalkwerke des GGs mit Kohle ist damit zu rechnen, daß die im vergangenen Jahr erreichten Kalkmengen in diesem Jahr nicht einmal zur Verfügung gestellt werden können. Es kommt hinzu, daß die Kalkwerke des GGs bessere Qualitäten liefern müssen, was ohne technische Verbesserungen dieser Werke nicht möglich ist. Ich möchte deshalb die Hauptabteilung Wirtschaft bitten, ihr Augenmerk ganz besonders auf die rasche Entwicklung der Kalkwerke zu richten und bemüht zu sein, diese Werke ausreichend mit Kohlen zu beliefern.

Zu jeder Produktionssteigerung gehört eine ausreichende Stickstoffdüngung. Während z.B. in Deutschland pro ha 22 kg Stickstoff aufgewendet werden, konnte bisher im GG der Landwirtschaft nur der 10. Teil je ha gegeben werden. Diese Stickstofflieferung betrug insgesamt für die Landwirtschaft des GGs

16.500 to Reinstickstoff.

Hier könnte das vorhandene Stickstoffwerk Moscice bei Tarnow in großem Umfange mehr Stickstoff produzieren, wenn genügend Kohle für dieses Werk herangeschafft werden könnte. Im Augenblick läuft dieses Werk nur mit etwa 1/4 seiner Kapazität: statt

100 to Reinstickstoff werden pro Arbeitstag nur 23 to hergestellt. Es muß deshalb auch hier versucht werden, beschleunigt das Stickstoffwerk mit Betriebsmitteln zu beliefern, damit für das Frühjahr 1942 einigermaßen ausreichend Stickstoffdünger der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Wir haben darüber hinaus vom Stickstoffsyndikat des Reiches 8.000 to Reinstickstoff angefordert. Das Stickstoffsyndikat hat uns jedoch nur 3.000 to zugesagt. Ich werde bei den weiteren Verhandlungen die Unterstützung des Herrn Generalgouverneurs in Anspruch nehmen. Die Anlieferung von Kalidünger aus Deutschland ist eine reine Transportfrage. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet nennenswerte Schwierigkeiten nicht eintreten werden.- Schwieriger ist die Beschaffung des notwendigen Phosphorsäuredüngers. Rohphosphate, die in der Lysa Gora im Distrikt Radom gefunden werden, harren hier noch ihrer Erschließung.

Das im Distrikt Radom gelegene Superphosphat-Werk liegt zurzeit wegen Kohlenmangels still. Im Hinblick auf den auch im Reich bestehenden Mangel an Phosphordünger muß alles daran gesetzt werden, auch dieses Werk schnellstens zu voller Produktion zu bringen. Wir haben vom Reich 100.000 to Thomasmehl gefordert, bisher jedoch keine bindenden Zusagen erhalten. Auch in dieser Beziehung werden die Verhandlungen mit Nachdruck fortgesetzt. Bisher sind vom Reich 22.000 to Thomasmehl zugesagt.

Die ungeregelten Wasserverhältnisse in vielen Gebieten des GGs lassen hohe Ernten nicht zu. Es muß deshalb Aufgabe der Hauptabt. E.u.L. sein, beschleunigt durch ihre Abteilung Wasserwirtschaft diese Verhältnisse zu bessern. Aufgrund des vor einigen Monaten vorgelegten Zehnjahresplanes zur Verbesserung der Wasserver-

hältnisse im GG ist es deshalb nötig, die großen Geldmittel für die Durchführung dieser wichtigen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Bisher sind im Zuge des im Jahre 1940 genehmigten Vierjahresplanes Geldmittel geflossen. Ich bitte deshalb, Herr Generalgouverneur, die im Interesse der Produktionssteigerung dringend notwendigen Mehraufwendungen für die Bodenverbesserungen der Hauptabt. E.u.L. genehmigen zu wollen.

Bisher sind im Zuge des im Jahre 1940 genehmigten Vierjahresplans erhebliche Mittel aufgewendet worden. Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, den Wasserhaushalt des Bodens schnellstens im Interesse der Produktionssteigerungen in Ordnung zu bringen, wurde von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein Betrag von 110 Mill. Zloty für dieses Jahr angefordert. Herr Staatssekretär Dr. Bühler hat mir in diesen Tagen dazu bereits seine Unterstützung zugesichert.

Durch große Aufträge von Dränageröhren könnte hier wieder ein Zweig der Wirtschaft, die Ziegelei-Industrie, zur Blüte gebracht werden. Auch hier ist es leider infolge Kohlenmangel nicht möglich gewesen, die benötigten Dränagerohre in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Da aber drainierte Flächen pro ha Mehrernten von 20 bis 25% geben, darf die Bedeutung gerade dieser Maßnahme nicht unterschätzt werden. Es muß auch hier versucht werden, den Kohlenbedarf der Ziegeleien für Drainagerohrherstellung zu decken.

Die Richtlinien, nach denen seit Beginn der deutschen Verwaltung und seit Inangriffnahme der Erzeugungsschlacht im GG verfahren worden ist, brauchen auch für dieses Jahr nicht geändert zu werden. Mit dem

Herbst 1941 wird eine Vermehrung des Ölfruchtanbaus um 100% zur Mehrproduktion von Fetten angeordnet. Die Brotgetreidefläche darf auf keinen Fall verringert werden. Dagegen muß durch richtige Sortenwahl und weitgehende Bodenbearbeitung sowie hochwertiges Saatgut der Ertrag pro Flächeneinheit weiter gehoben werden. Alles Saatgut wird in den Kreisgenossenschaften und den Saatgutbetrieben gegen Schneeschimmelbefall und andere Schmarotzer und durch Beizen immun gemacht werden. Die Saatgutstelle hat in erheblich größerem Umfang als im vergangenen Jahre wertvolles deutsches Saatgut, insbesondere Hochzuchten und Eliten aus dem Reich einführen können. Dieses Saatgut wird ausschließlich zur Vermehrung im Generalgouvernement angebaut. Während in der polnischen Zeit im gesamten Gebiet des Generalgouvernements auf nur 723 ha Vermehrungsanbau betrieben wurde, sind es in diesem Jahre beinahe 60.000 ha. Außerdem werden gutstehende Flächen als Saatgut auf dem Halm anerkannt. Im vergangenen Jahr sind auf diese Weise 76.000 ha, in diesem Jahr 140.000 ha als Saatgut anerkannt worden.

Zur <u>Verbesserung der Futtergrundlage</u> der landwirtschaftlichen Betriebemuß dem Winterzwischenfruchtbau mehr Bedeutung beigemessen werden. Soweit Saatgut zur Verfügung gestellt werden kann, wird Landberger Gemenge und Roggen Wicia-Vilosa-Gemisch in größerem Umfang als bisher angebaut werden. Die Betriebe sind angehalten, für die kommenden Jahre Saatgut im eigenen Betrieb zu erzeugen, um für die nächsten Jahre unabhängiger zu werden.

Die Hauptabteilung E.u.L. wird bemüht sein, trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten die Herbstbestellung 1941 weitgehend zu verbessern. Die Parole lautet:

"Ertragssteigerung auf allen Gebieten der Landwirtschaft."

Groß sind dafür die Möglichkeiten , wenn die gesamte Regierung mithilft, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Das GG ist ein Land ohne Rohstoffe. Nur Boden, menschliche Arbeitskräfte und, wenn auch geringes Anlagekapital, sind vorhanden. Deshalb muß dieses Land ein blühender Agrarstaat werden. Alle Maßnahmen der gesamten Regierung müssen sich nach dieser Tatsache ausrichten.

Ich bitte deshalb Sie, Herr Generalgouverneur, zu dem vorgelegten Versorgungsplan ihre Zustimmung zu erteilen und die anderen Hauptabteilungen anweisen zu wollen, ihre Arbeiten auf die Erfordernisse der Landwirtschaft weitgehendst auszurichten.

IX/3
2/1

Der Herr Generalgouverneur erteilt sodann Präsident Dr. Emmerich das Wort.

Der Ablauf des Wirtschaftslebens im gewerblichen Sektor, so führt Dr. Emmerich aus, sei im wesentlichen von der Sicherung der Ernährung für die Arbeiter und ihre Familien bestimmt; denn die Produktionsleistungen der Arbeiten würden nachlassen, wenn die Ernährung nicht sichergestellt sei. Die gewerbliche Wirtschaft leiste sich daher selbst den größten Dienst, wenn sie die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft in die Lage setze, die Ernte zu erfassen. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe sich schon im vergangenen Jahr der Ernteerfassung mit besonderem Eifer gewidmet, und habe die Vorbereitungen für die diesjährige Aktion nach den gesammelten Erfahrungen noch verfeinert. Zwei Sachbearbeiter der Hauptabteilung hätten sich seit Wochen lediglich mit der Vorbereitung der Aktion befaßt, um bei der großen Verknappung an gewerblichen Erzeugnissen verschiedenster Art die nötigen Mengen für die Prämienscheinaktion in diesem Jahr bereitzustellen.

Präsident Dr. Emmerich gibt von einem Schreiben an die Kreis- und Stadthauptmänner der vier Distrikte Kenntnis, in denen diese auf die geplanten Maßnahmen hingewiesen werden, die die Abteilung Wirtschaft auf gewerblichem Sektor zu einer möglichst durchschlagenden Erfassung der Ernte vorbereitet hat.

Präsident Dr. Emmerich weist auf einen Tisch mit verschiedenen Textilmustern hin, über deren vorhandene Mengen der stellv. Leiter für Textilwaren Dr. Krause Auskunft gibt. Nach seinen Ausführungen seien Textilwaren im Einstandswert von 25 Millionen Zloty für die Prämienscheinaktion bereitgestellt worden. Auch das Reich habe Beutewaren aus dem Elsaß zur Verfügung gestellt. Dr. Krause macht Ausführungen über die bereits vorhandenen Mengen und Sorten der Textilien. (s. Anlage I)

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie die Verteilung dieser Waren gedacht sei, erklärt Dr. Krause, daß die Textilwaren von den Grossisten an die amtlich zugelassenen Verteilungsstellen abgegeben würden. Der Bauer erhalte bei der Ablieferung seiner Ernte das Geld und seine Prämienscheine zum Einkauf der ihm zustehenden Textilien.

Präsident Dr. Emmerich erläutert anschließend das Prämienscheinsystem, das in verschiedene Aktionen aufgeteilt sei:

1. Prämienscheinaktion A.

"Getreide, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse"
Gegen die Abgabe dieser Produkte werden bereitgestellt:
a) Spinnstoffwaren - für 20 % des Wertes der abgelieferten Menge - dazu für 1 dz:
b) 1/2 l Trinkbranntwein
c) 1 l Petroleum

2. Prämienscheinaktion K.

"Kartoffeln"
Gegen die Ablieferung von Kartoffeln werden bereitgestellt:
Eisenwaren - für 20 % des Wertes der abgelieferten Menge nach Maßgabe der anliegenden Liste der prämienscheinpflichtigen Waren vom 23. Juni 1941.

3. Prämienscheinaktion Fl. u. H.

"Flachs und Hanf"
Gegen die Ablieferung werden bereitgestellt:
Spinnstoffwaren - für 25 % des Wertes der abgelieferten Menge.

4. Prämienscheinaktion V.

"Schlachtvieh"
Es werden bereitgestellt:
a) Schuhe mit Leder - oder Gummisohlen bezw. Reperaturleder- für rd. 25 % des Wertes des abgelieferten Schlachtviehs.
b) Als Sonderregelung für den Distrikt Krakau mit Ausnahme des Kreises Miechow, und zwar auf Grund besonderer Agrarstruktur, zusätzlich Eisenwaren für 10 % des Wertes des abgelieferten Schlachtviehs.

2/3

5. Prämienscheinaktion M.

"Milch und Butter"

Für 5 kg der von der Molkerei abgelieferten Butter erhält dieselbe zur Weitergabe an die Milchablieferer:

3 kg Kraftfutter

im Wege der Verrechnung ohne Prämienschein.

Als Sonderregelung für die Kreise des Distrikts Krakau mit Ausnahme des Kreises Miechow stehen Spinnstoffwaren für 20 % des Wertes der abgelieferten Milch bezw. Buttermenge zur Verfügung.

6. Prämienscheinaktion (ohne Kennbuchstabe) für die Erfassung von Garten- und Waldbeeren, Kern- und Steinobst usw.

1) für Gartenbeeren (Johannis- Stachel- und Erdbeeren, Himbeeren und Brombeeren)

Bereitgestellt werden:

a) 1 kg Gummisohlenplatten bezw. Absätze -

für netto 100 kg Gartenbeeren

Ferner für je 10 kg:

b) 1 Päckchen Zigaretten á 20 St.

c) 1/2 kg Salz

2) für Waldbeeren - (Heidel-, Preisel-, Himbeeren und Brombeeren, Pilze - Eicheln - Roßkastanien- Hagebutten - Erbereschen, Heil-, Duft-, Gewürz- und Teekräuter)

Bereitgestellt werden für je 10 kg:

a) 1 Päckchen Zigaretten á 20 St.

b) 1/2 kg Salz

für getrocknete Kräuter werden doppelte Mengen ausgefolgt.

3) für alles andere Obst:

a) je 10 kg - 20 St. Zigaretten

b) 1/2 kg Salz

7. Erfassungsaktion Wolle (nicht gegen Prämienabschnitt).

Es werden ausgegeben und zwar auf Grund einer Verrechnung zwischen Landwirtschaftlicher Zentralstelle und Textilhandelsgesellschaft Krakau:

Spinnstoffwaren - für rund 60 % des Wertes der abgelieferten Wolle.

Außerdem erhalten Schafhalter mit weniger als 50 Schafen gleich nach der Schur 25 % der Schweißwolle auf Wunsch zusätzlich zurück.

8. Außer vorstehenden Aktionen laufen noch weitere Erfassungsmaßnahmen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, und zwar:
   1. Prämienscheinaktion Ö (Ölfrüchte: Raps, Mohn, Senf und Lein)
   2. Erfassungsaktion für Zuckerrüben
   3. " für Eier
   4. " für Honig

   Die zur Verteilung gelangenden Prämien stammen aus der Landwirtschaftlichen Produktion.

9. Für die Erfassung besonderer noch festzulegender landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht ein großer Posten:

   <u>Haushaltsseife</u> á 250 g und

   <u>Pakete Waschpulver</u> á 250 g

   zur Verfügung. Lieferbar in drei Raten ab 1.9.1941.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> erklärt abschließend zu diesem Punkt der Tagesordnung, daß man dem in engsten Benehmen aller beteiligten Stellen ausgearbeiteten Plan die Zustimmung erteilen könne. Er hoffe, daß ihm ein voller Erfolg beschieden sei.

IX/3
2/5

Kohlenversorgung des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Emmerich geht von der Tatsache aus, daß sich die Zwangslage des Generalgouvernements am 22. Juni 1941, zu Beginn des Russenfeldzuges, geändert habe und sofort Schritte zu einer Verbesserung der Kohlenlage unternommen worden seien. Gouverneur Dr. Lasch habe in Berlin die Zusage bekommen, daß das tägliche Kohlenkontingent aus dem Reich auf etwa 11 000 t erhöht werden solle. Das sei ein erfreuliches Ergebnis, bringe aber für die Gesamtsituation keine Lösung, die für das Generalgouvernement erträglich sei. Man könne über keinerlei Vorratshaltung verfügen. Durch die großen Truppentransporte und die notwendigen Russenzüge seien die Strecken des Generalgouvernements sehr blockiert.

Der Herr Generalgouverneur stellt dazu fest, daß demnach irgendeiner Dienststelle des Generalgouvernements keine Schuld beigemessen werden könne. --

Nach den Ausführungen von Präsident Dr. Emmerich ist nun ein Weg zu finden, um die Abhängigkeit vom Reich in der Kohlenfrage zu überwinden. Die Kohle läge vor der Grenze des Generalgouvernements, und man habe überlegt, ob man sie mit Feldbahnen, Seilbahnen usw. ins Generalgouvernement transportieren könne. Diese Lösungen beanspruchten aber eine zu lange Zeit, und könnten für diesen Winter keinen Erfolg versprechen. Durch eine direkte Mengen- und Transportbewirtschaftung der Grenzgruben (im wesentlichen des sogen. Krakauer und des Dombrowaer Reviers) durch das Generalgouvernement sei eine weitgehende Verbesserung der Versorgung auf dem Kohlensektor zu erreichen.

Über die Wirtschaftslage auf dem Kohlensektor macht dann Dr. Jehne von der Bewirtschaftungsstelle für Kohle im GG. längere Ausführungen.

Im Kohlenwirtschaftsjahr 1940/41 seien von der Dienststelle für den Vierjahresplan insgesamt 6 222 000 t angefordert worden, von denen tatsächlich 5 1/2 Millionen t geliefert worden seien. Da von dieser Menge der Bedarf der Ostbahn in Höhe von 1,5 bis 1,8 Millionen t abgesetzt werden mußte, seien dem Generalgouvernement kontingentmäßig 3,7- bis 4 Millionen t zur Verfügung gestanden. Die zugeteilten Mengen seien aber zu gering gewesen, sodaß sich längere oder kürzere Betriebsstillegungen bei der zweitwichtigen Industrie nicht hätten vermeiden lassen. Der Bedarf bei der kriegs- und lebenswichtigen Industrie an Kohle habe sich nunmehr noch erhöht.

Für das Kohlenwirtschaftsjahr 1941/42 seien bei der Reichsstelle für Kohle insgesamt 6 240 000 t angefordert worden, eine Zu- oder Absage habe man bisher noch nicht erhalten. Im ersten Vierteljahr seien jedoch statt der angeforderten 1 545 000 t nur 577 270 t geliefert worden, sodaß sich eine Fehlmenge von 962 730 t ergebe. Für den Monat Juli habe sich die Lage etwas gebessert, und man könne mit einer Menge von 240 000 t rechnen. Um den lebenswichtigsten Bedarf zu decken, seien monatlich aber mindestens 270 000 t erforderlich. Dieses Nachhinken in der Lieferung habe die verschiedensten Ursachen, z.B. in den Transportsperren, Wagenverknappung usw. Durch Verhandlung mit der Reichsstelle für Kohle habe sich keine Besserung erreichen lassen.

Was die Beförderung der Kohle auf der Weichsel anlange, so seien in diesem Jahr bessere Ergebnisse erzielt worden. Dies sei durch eine Vermehrung der Schlepper und den Einsatz weiterer Galeeren möglich gewesen. Die Weichselschiffahrt werde überwiegend für die Versorgung der Stadt Krakau eingesetzt, im Monat Juli werde fast ausschließlich Druschkohle herangeschafft.

2/7

Die Versorgungsbetriebe (Elektrizitäs-, Gas- und Wasserwerke) verfügten über einen Vorrat von mindestens 2 bis 3 Wochen, die kriegs- und lebenswichtigen Industriebetriebe über einen solchen von 8 bis 14 Tagen. Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Druschkohlenanlieferung und die Bevorratung der Zuckerfabriken sei die Ernährungswirtschaft besonders berücksichtigt worden. Ab 21.7. liege die tägliche Durchschnittsmenge bei 5 000 t, sodaß zu den bereits vorhandenen 40 000 t noch etwa 50-bis 60 000 t herangeführt werden könnten. Die zweitwichtige Industrie könne weiterhin nicht versorgt werden. Für die lebenswichtigen gewerblichen Betriebe (Bäcker und Schlächter) und öffentlichen Einrichtungen könne eine Bevorratung für den Winter noch nicht vorgenommen werden. Der Tagesbedarf werde im allgemeinen gedeckt.

IV/3
3a/1

Ministerialdirigent Dr. Emmerich betont, daß man für die Frage, wie die Kohlenversorgung des Generalgouvernements gebessert werden könnte, vor allem von verkehrsmäßigen Überlegungen ausgegangen sei. Man wäre entsprechend der Transportlage der Ostbahn auch in Zukunft in der Lage, wesentlich mehr Kohlen zu befördern, als wenn das Generalgouvernement, wie es im Reich der Fall sei, in die allgemeine Waggonrepartierung hineinfiele. Da ein Teil der Gruben ohnehin mit seinem Absatz fast restlos auf das Generalgouvernement angewiesen sei, könne man sich leicht vor Augen führen, wie ein Pendelzugverkehr von diesen Gruben in das Generalgouvernement und vom Generalgouvernement zu bewerkstelligen wäre, ohne daß dadurch die allgemeine Waggonbewirtschaftung des Reiches berührt zu werden brauche. Diese Fragen seien selbstverständlich mit den zuständigen Stellen des Reiches abzustimmen, zu ihnen könne hier im einzelnen nicht Stellung genommen werden. Leider sei die Grenzziehung sehr ungünstig und stehe einer vernünftigen Entwicklung entgegen. Ohne an dieser Grenzziehung etwas zu ändern, könne lediglich auf dem Wege bestimmter Abreden über die Betriebsmodalitäten zwischen Ostbahn und Reichsbahn ein Grenzverkehr durchgeführt werden, bei dem die Aussicht bestehe, die Halden im Krakauer und Dombrowaer Gebiet zu erfassen, an deren Räumung die Gruben das größte Interesse hätten, womit dann auch das Generalgouvernement das Reich weitgehend der Fürsorge für die Kohlenwirtschaft im Raume des Generalgouvernements entlasten könnte. Diese Fragen würden weiter verfolgt. Hier genüge es wohl anzudeuten, daß man eine Lösung auf diesem Gebiete anstrebe und auch einen Ausweg sehe, der das Generalgouvernement vor einer absoluten Katastrophe auf dem Gebiete der Kohlenversorgung bewahre.

3a/2

Präsident Senkowsky nimmt vom Standpunkte der Monopolverwaltung zur Kohlenfrage Stellung und führt aus, daß es nicht gelungen sei, eine ausreichende Kohlenversorgung für die Tabakfabriken sicherzustellen. Dieser Umstand berge die Gefahr in sich, daß ein großer Teil der Tabakernte verloren gehe. Der Bedarf an Kohle für die Trocknung der Tabakernte, die im August beginne und sich bis Ende September hinziehe, sei im Verhältnis nicht sehr groß, müsse aber unter allen Umständen noch bis Anfang August zur Verfügung gestellt werden, um auf die fast 14 000 Pflanzungen in den beiden Distrikten Krakau und Lublin verteilt werden zu können, wenn nicht ein Teil der Ernte überhaupt vernichtet werden und ein weiterer Teil großen Schaden erleiden solle. Der Bedarf an Kohle für die Tabakernte betrage insgesamt 42 000 t. Er sei rechtzeitig angemeldet worden; die maßgebenden Stellen hätten aber erklärt, daß bei der derzeitigen Kohlenlage für diesen Teil der Ernte keine Kohle zur Verfügung gestellt werden könne. Auch im Branntweinmonopol stehe man vor einer äußerst schwierigen Situation. Man habe sich seinerzeit mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft rechtzeitig in Verbindung gesetzt und bei ihr das größte Entgegenkommen gefunden. Die von der Monopolverwaltung angeforderte Menge von Kartoffeln zur Erzeugung von 24 Millionen Liter Sprit sei zur Verfügung gestellt worden. Im Laufe des Herbstes und Winters habe sich dann aber gezeigt, daß eine ausreichende Belieferung der 297 landwirtschaftlichen Brennereien nicht möglich sei, sodaß ein großer Teil der Brennereien schon vor Fertigstellung der Ware ihren Betrieb habe einstellen müssen. Daraus sei der Monopolverwaltung ein Einnahmeausfall von 100 Millionen Zloty entstanden.

Der Gesamtbedarf der Monopolverwaltung sei glücklicherweise in den Sommermonaten größer als in den Wintermonaten, was an sich schon für die Versorgung eine Erleichterung darstelle. Den größten Bedarf habe die Verwaltung von August bis November, er steige von 27 000 t auf 31 000 t, sinke

3a/3

dann wieder ab, um während der eigentlichen Wintermonate auf 20 500 t konstant zu bleiben. Der Gesamtbedarf der Monopolverwaltung an Kohle betrage im Jahre 264 000 t. Beim Tabakmonopol führe die Beschaffung des Verpackungsmaterial, das von der Papierindustrie geliefert werde zu größten Schwierigkeiten, weil die Papierfabriken des Generalgouvernement, die für die Monopolverwaltung arbeiteten, keine Kohle für diesen Zweck zugewiesen erhielten und ihren Betrieb einstellen müßten. Für den Bezug aus dem Reich sei man auf Verhandlungen mit den Reichstellen angewiesen, die aber für das Generalgouvernement keine Rohstoffe freigeben wollten.

Die Monopolverwaltung habe infolge der Waggonsperre mancherlei Schwierigkeiten gehabt, wenngleich anerkannt werden muß, daß von Seiten der Generaldirektion der Ostbahn der Monopolverwaltung gegenüber immer das möglichste in der Zurverfügungstellung von Waggons getan werde. Wenn infolge der verschiedenen Waggonsperre Salzmangel aufgetreten sei, so sei das zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich die Wehrmacht bei den örtlichen Salzlägern eingedeckt habe, ohne sich zentral beliefern zu lassen. Gewiß stelle man der Monopolverwaltung im allgemeinen ausreichenden Transportraum zur Verfügung. Wenn aber eine Verknappung an Waggons eintritt, dann bleibe die Monopolverwaltung sofort unberücksichtigt, weil sie weder bei der Kohlenversorgung noch beim Transport in der ersten Stufe stehe. Mit Rücksicht auf das besondere staatsfinanzielle Interesse der Monopolverwaltung bitte er den Generalgouverneur, dafür zu sorgen, daß die Monopolverwaltung im Hinblick auf Kohlenversorgung und Waggongestellung in die erste Klasse einbegriffen werde.

Finanzpräsident Spindler fügt ergänzend hinzu, daß die bisher vorliegenden Anmeldungen für den Haushalt 1941/42 die Finanzverwaltung zu einer erheblichen Steigerung der Ausgaben zwängen. Den Haushalt annähernd im Gleichgewicht

3a/4

zu halten, sei nur möglich, wenn es gelinge, die Einnahmen auf der Monopolseite zu steigern. Man habe im letzten Jahr aus Monopolabgaben 480 Millionen Zloty erzielt und müsse in diesem Jahre auf eine Einnahme von weiter über 600 Millionen Zloty kommen.

Gouverneur Dr. Lasch kann nach seinen Erfahrungen erklären, daß von Seiten der Abteilung Wirtschaft und insbesondere der Kohlenbewirtschaftungsstelle alles getan worden sei, um die Kohlenfrage einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Zu den von Dr. Emmerich angedeuteten Schwierigkeiten komme noch hinzu, daß im westlichen Kohlengebiet des Reiches angesichts der dauernden Fliegerangriffe und des Abzuges von Arbeitskräften zur Wehrmacht das Kohlenproblem nicht nur ein Transportproblem, sondern auch ein Mengenproblem geworden sei, zumal der Nordwesten und der Süden Europas vom Ruhrgebiet beliefert werden müßten. So komme es, daß das oberschlesische Gebiet nicht nur für den Osten, sondern weitgehend für den Westen eingespannt werden müsse. Die Kohle komme nach dem Generalgouvernement auf dem Schienen- und dem Straßenwege. Alle Stellen des Generalgouvernements, insbesondere die Distrikte und Kreise müßten die mit der Kohlenversorgung befaßten Stellen des Generalgouvernements in ihrem Bestreben unterstützen, auf allen möglichen Wegen Kohle heranzubringen. Er rege deshalb an, die Kreishauptleute im südwestlichen Teil und im südlichen Teil des Generalgouvernements anzuweisen, daß sie mit Unterstützung der Landwirtschaft auch für einen Transport der Kohle mit Panjewagen sorgten. Auch müßten Maßnahmen getroffen werden, damit die Elektrizitätswirtschaft durch den Ausbau der Kraftwerke so schnell wie möglich in Gang gebracht werde. Auch müsse sofort mit dem Bau von Galeeren begonnen werden.

Gouverneur Zoerner regt an, für die Trocknung des Tabaks Torf zu verwenden.

3a/5

Präsident Senkowsky bemerkt, daß die Monopolverwaltung die Verwendung von Torf in Aussicht genommen habe. Man habe aber leider feststellen müssen, daß das angesichts der schlechten Verkehrsverhältnisse im Distrikt Lublin wahrscheinlich nicht möglich sein werde. Auch müsse bedacht werden, daß wegen des geringeren Gewichts von Torf für seinen Transport eine größere Anzahl von Waggons beansprucht werde, als dies bei der Kohle der Fall sei.

Generalleutnant Schindler spricht den beteiligten Stellen seinen Dank für die Unterstützung aus, die er bei der Beförderung von Kohle stets bei ihnen gefunden habe. Über die Verteilung der Kohle habe er sich stets mit Ministerialdirigent Dr. Emmerich einigen können.

Auch er sei der Auffassung, daß das Kohlenproblem in erster Linie ein Transportproblem sei. Auch die Rüstungsbetriebe hätten immer unter Kohlenmangel leiden müssen, abgesehen von der Zeit, da sie noch die polnischen Reserven zur Verfügung gehabt hätten. Diese Reserve sei aber so klein geworden, daß sie im Rüstungssektor nur noch für 8 - 10 Tage ausreiche. Er rechne damit, daß, wenn bis zum Winter eine Bevorratung nicht gelinge, verschiedene Werke stillgelegt werden müßten.

Für den Transport der Kohle müßten mehr als bisher Lastkraftwagen in Anspruch genommen werden. Eine große Zahl von Lastkraftwagen liege still, insbesondere auch im Reich, die Wagen seien aufgebockt und die Reifen heruntergenommen. Wenn es gelingen sollte, einen Teil von diesen Lastkraftwagen nach dem Generalgouvernement zu bringen, werde sich auch die Frage der Beschaffung von Gummi lösen lassen.

Angesichts der Kohlenknappheit müßte mehr als bisher das Erdgas in den Dienst der Betriebe gestellt werden. Wenn auch in einigen Gegenden der Druck des Erdgases nur noch 45 bzw. 43 Atmosphären betrage, so seien doch immer noch große Reserven an Erdgas vorhanden, die auf ungefähr 75 Millionen cbm geschätzt werden könnten.

IX/3
4/1

Präsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß man bei der schwierigen Lage auf dem Kohlensektor gezwungen sei, die Dringlichkeitsskala zu verfeinern. Es bestehe keine Zweifel, daß in dieser Skala die Druschkohle den Vorrang habe. Angesichts der bestehenden Situation müsse er aber auf die einzelnen Stellen, besonders auf die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft einen gewissen Druck ausüben und sie bitten, ihren Haushalt noch einmal genau zu überprüfen. Die Erfahrung lehre, daß die Stellen draußen im Lande an ihre Zentrale Zahlen meldeten, in denen noch große Reserven enthalten seien. Die allerschärfsten Maßstäbe seien bei der Verteilung anzulegen. Was die Kohle für die Tabakkulturen betreffe, so seien die hierfür benötigten Mengen in seinen Dispositionen vorgesehen und würden Anfang August geliefert werden können. Es werde also für die Tabakernte keine Gefahr bestehen. Er müsse aber vor allen Dingen alle Kohlenverteilungsstellen bitten, im Lande noch einmal auch auf den Ernst der Kohlensituation hinzuweisen und dafür Vorsorge zu treffen, daß die Kohle auch dem Verwendungszweck zugeführt würde, für den sie ausgegeben werde. Auch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft müsse mit dem ihr zugeteilten Kontingent auf das sparsamste haushalten, ein Versprechen für Zusatzlieferungen könne er nicht übernehmen.

Auch das Heranziehen von Lastkraftwagen zur Kohlenbeförderung sei von der Abteilung Wirtschaft durchgeprüft worden. Leider aber seien die hierfür zur Verfügung gestellten Treibstoffe sehr gering. Er habe nur ausnahmsweise immer von Fall zu Fall größere Mengen von Treibstoff erhalten können. Die Lastkraftwagen, die im Reich aufgebockt seien und eventuell für einen Einsatz im Generalgouvernement zur Verfügung gestellt werden könnten, seien zum großen Teil Diesel-Kraftwagen. Die Anforderungen an Diesel-Kraftstoff stiegen im Generalgouvernement aber beständig und könnten bald nicht mehr befriedigt werden. Die Inbetriebnahme solcher Wagen müsse also erst mit den zuständigen Stellen für Treibstoffzuteilung abgestimmt werden.

4/2

Auch in Bezug auf das Erdgas werde schnellstens an die Ausarbeitung eines Planes herangegangen, um einen Austausch zwischen Erdgas und Elektrizität im west- und ostgalizischen Revier durchzuführen. Ostgalizien brauche Strom und könne diesen Strom von unserem Erdgas-Kraftwerk Meschinka bekommen, und dafür würden wir aus Ostgalizien Erdgas beziehen. Leider würde die Verwirklichung dieser Pläne eine gewisse Zeit beanspruchen, da erst eine Rohrleitung fertiggestellt werden müsse. Zu diesem Zweck müßten aus dem Reich die noch fehlenden Rohre beschafft werden.

M i t t a g s p a u s e

======

Generalleutnant Schindler (Rüstungsinspektion) behandelt in längeren Ausführungen die Versorgung des polnischen Rüstungsarbeiters. Ihm unterständen 86 000 Arbeiter, die ihre Arbeit zufriedenstellend verrichteten. Seine Versorgung sei aber nicht ausreichend, sodaß zwangsläufig mit einem Rückgang seiner Arbeitsleistung gerechnet werden müsse. Der Gesundheitszustand der polnischen Arbeiter sei sehr schlecht, und man müsse daher an eine sofortige Hebung seiner Versorgung, vor allem auf dem Ernährungsgebiet, denken. Ebenso notwendig sei die Versorgung mit Textilien, da die meisten Arbeiter nurmehr das besäßen, was sie am Leibe trügen. Die Verpflegungssätze seien in solcher Höhe einzurichten, daß es den Rüstungsarbeitern besser ginge als den anderen, da sonstdie Belegschaft der Betriebe ihre Arbeitsstätte nach und nach verlassen würde. Heute wären sie beinahe zum Betteln gezwungen, und es ergäbe sich auchdie Tatsache, daß sie durch Kauf und Verkauf im Schwarzhandel mehr

4/3

verdienen könnten als bei ihrer Arbeit in der Fabrik. Die bisher teilweise durchgeführte Werkverpflegung sei eine halbe Lösung, da die Arbeiter das Essen zum Teil ihren hungernden Angehörigen aufsparten. Daher müsse man auch an eine ausreichende Versorgung der Familien der Arbeiter denken. Da die Rüstungsproduktion noch gewaltig gesteigert werden müßte, sei für diesen ganzen Komplex eine vordringliche Lösung notwendig, und Generalleutnant Schindler ersuche daher den Herrn Generalgouverneur und die Regierung, sich dieser Frage anzunehmen.

Zu diesen Ausführungen des Generalleutnants Schindler nimmt der Herr Generalgouverneur im Namen der Regierung Stellung. Er habe im Oktober 1939 in einer Sitzung, an der sämtliche Vertreter der Rüstungsindustrie teilgenommen hätten, von Reichsmarschall Göring den Auftrag erhalten, aus dem Generalgouvernement die letzten Werte herauszuholen, alle Rohstoffe nach dem Reich schaffen zu lassen und das polnische Volk seinem Schicksal zu überlassen. Ungeheuere Werte seien dadurch der hiesigen Wirtschaft verloren gegangen, und es sei hieran die gewaltige Leistung zu ermessen, die der deutsche Aufbauwille in diesem Lande vollbracht habe. Mit keinem Wort sei davon die Rede gewesen, daß in diesem Gebiet Wehrindustrien errichtet werden sollten. Dieser Umschwung sei erst mit Beginn des Feldzuges im Westen erfolgt. Aufträge seien vom Reich nach dem Generalgouvernement gelegt worden, Befehle zu ihrer Ausführung ergangen, und auch Geld sei zur Verfügung gestellt worden. Lebensmittel und Bekleidung seien aber ausgeblieben. Auf die verschiedensten Hinweise von Seiten des Generalgouvernements habe man im Reich einfach die Achseln gezuckt. Wenn die Wehrmacht also darauf bestehe, daß hier ihre Betriebe in Gang gehalten würden, dann müsse sie auch für die zusätzliche Versorgung ihrer Arbeiter mit den notwendigen Lebensmitteln und Textilien Sorge tragen.

Die Wehrmachtsindustrie in diesem Gebiet sei eine reichseigene und reichsbestimmte Industrie, und man könne daher nicht Forderungen an das Generalgouvernement stellen, die seine Kräfte übersteigen. Das Generalgouvernement habe getan, was es konnte. Er müsse daher den Appell des Generals Schindler, für die Arbeiter der Rüstungsindustrie zusätzliche Lebensmittel und Textilien zur Verfügung zu stellen, zurückweisen. Das Reich dürfe nicht nur Aufträge an die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement geben, sondern müsse auch die notwendigen Voraussetzungen für die praktische Durchführung dieser Aufträge schaffen. Der Führer habe ihm damals ausdrücklich erklärt, daß das Reich in jeder Weise helfen werde.

Der Herr Generalgouverneur streift dabei auch die Tatsache, daß die Versorgungs- und Ernährungslage des Generalgouvernements durch die Vorbereitung des Krieges mit Sowjet-Rußland zusätzlich außerordentlich schwer belastet worden sei, und daß die Ernte des Jahres 1940 weit unter dem Durchschnitt dieses Landes gestanden habe. Solange also die Unmöglichkeit einer ausreichenden Versorgung in diesem Lande bestehe, müsse für eine zusätzliche Hilfe an die für die deutsche Rüstung tätigen Arbeiter das Reich einspringen. Die Regierung des Generalgouvernements habe das menschenmögliche getan.

Generalleutnant Schindler räumt ein, daß von Seiten des Generalgouvernements die größtmöglichen Anstrengungen für eine ausreichende Versorgung gemacht worden seien. Da aber die maßgeblichen Stellen im Reich sich zu einer Unterstützung nicht imstande sähen, müsse er doch die Prüfung des ganzen Problems im Generalgouvernement selbst anregen. Vielleicht sei es möglich, in Besprechungen im kleinen Kreis einen gangbaren Ausweg zu finden.

IV/3
5/1

Währungsfragen.

Bankdirigent Dr. Paersch führt aus, daß die starke Belegung des Gebietes des Generalgouvernements mit Truppen auch Ausstrahlungen auf die Währungslage mit sich gebracht habe. Es sei nötig gewesen, den Geldbedarf für die Löhnung der Truppe sicherzustellen. Daneben habe die Truppe ihren Nahrungsmittelbedarf aus dem Lande genommen und in starkem Umfange die ohnehin zusammengeschmolzenen Vorräte an gewerblichen Erzeugnissen und Erzeugnissen der Landwirtschaft in Anspruch genommen. Weiter sei wahrscheinlich von russischer Seite eine intensive, durch bezahlte Agenten ausgeübte Propagandatätigkeit entwickelt worden, um über die anziehenden Preise das Vertrauen in die Währung systematisch zu untergraben. Bereits im November vorigen Jahres seien Gerüchte aufgetaucht, daß im Generalgouvernement die Einführung einer Ostmark bevorstehe, gegen die der Zloty im Verhältnis von 1 : 4 umgetauscht werden solle. Es sei damals gelungen, diesen Gerüchten in geeigneter Weise entgegenzutreten und sie zu zerstreuen. Mitte April d.J. seien diese Gerüchte wieder vermehrt aufgetaucht, nunmehr begleitet von der Behauptung, daß das Austauschverhältnis von Ostmark zum Zloty nicht mehr 1 : 4, sondern 1 : 6 bis 1 : 20 werden solle.

Diese Propaganda einerseits und die sich aus der sprunghaften Steigerung der Preise für Nahrungsmittel ergebende Beunruhigung der Bevölkerung andererseits hätten eine zunehmende Unsicherheit auf dem Gebiet der Währung geschaffen, die ihren Höhepunkt etwa Anfang des Monats Juni erreicht habe. Es sei aber gelungen, durch eine überlegte, im Zeitpunkt lange zurückgehaltene Bekanntgabe der Emissionsbank diese Gerüchte weitgehend zu zerstreuen. Die Unruhe sei im wesentlichen beseitigt und, wo sie sich noch vereinzelt finde, im abklingen.

5/2

Auf dem Gebiete der Währung bestehe aber immer noch der Tatbestand, daß die Zurückgewinnung des vollen Vertrauens zu ihr entscheidend von der Lösung der Grundprobleme der hiesigen Wirtschaft auf dem Gebiete der Preise und der Ernährung abhänge. Die Note der Emissionsbank verkörpere nur einen Bezugsschein, einen Anspruch auf die Warenmenge. Es müsse nun die nötige Warenmenge zu den möglichen Preisen vorhanden sein, um den in der Zlotynote verkörperten Bezugsanspruch auch einlösen zu können. Diese Einlösungsmöglichkeit habe sich in den letzten Monaten in zunehmendem Umfange verringert. Darum sei es notwendig, auf diesem Gebiet zunächst das Verhältnis zwischen Ware einerseits und Geldumlauf andererseits wieder zu verbessern. Soweit auf dem Gebiete des Geldumlaufs mit den der Notenbank zur Verfügung stehenden Mitteln Fortschritte hätten erzielt werden können, seien diese Fortschrifte erreicht worden. Der Geldumlauf sei inzwischen schon um etwa 100 Millionen Zloty zurückgeführt. Weitere Rückführungen seien zu erwarten. Die Giroeinlagen seien im Zusammenhange hiermit über die bisherige Grenze von 1 Milliarde hinaus auf 1,5 Milliarde gestiegen.

Diese Maßnahmen bedürften natürlich noch der Ergänzung auf Gebieten, die die Emissionsbank selber nicht in der Hand habe. Hier handle es sich zunächst einmal um die Einfuhr von Waren. Gesamtwirtschaftlich sei es erwünscht, die Einfuhr von Waren aller Art in das Gebiet jetzt nach Möglichkeit zu begünstigen. Daneben sei eine Verbesserung des Geldausgleichs zwischen Stadf und Land von Bedeutung. Hier zeigten sich erhebliche Schwierigkeiten, es zeige sich auch, daß die Rückführung des Geldumlaufs gerade in diesem Punkt noch dringend ~~noch~~ der Verbesserung bedürfe. Erfahrungsgemäß verwende der Landwirt, wenn er seine Erzeugnisse in die Stadt bringe, den Erlös dafür, die für seine Familie und für die Wirtschaft benötigten Bedarfsartikel zu erstehen. Auf diese Weise fließe das Geld über die Bankverbindung der Händler, die diese Waren verkaufen, wieder in

5/3

den Geldumlauf zurück. Dieser natürliche Geldausgleich zwischen Stadt und Land sei gegenwärtig gestört, und zwar einmal auf Grund der Tatsache, daß es die starke Belegung des Gebietes mit Truppen dem ländlichen Erzeuger ermöglicht habe, seine Erzeugnisse bereits bei sich auf dem Lande zu lohnenden Preisen abzusetzen. Die sonst normalerweise für den Landwirt gegebene Notwendigkeit, sich aus Gründen der Bargeldbeschaffung einen beschleunigten Warenabsatz zu suchen, werde hierdurch beeinträchtigt. Hinzu komme, daß der Landwirt, wenn er sich in die Stadt begebe, um seine Ware abzusetzen, in den Geschäften nichts zu kaufen finde: in manchen Teilen des Landes fehle es nicht nur an Monopolerzeugnissen wie z.B. Salz, sondern auch an Petroleum, Streichhölzern, Zigaretten, gewerblichen Artikeln, Tellern und Küchengeräten usw. Soweit es sich um die Monopolerzeugnisse handle, komme in erster Linie das Problem der Verteilung in Betracht. Die Verkehrsschwierigkeiten hätten hier erschwerend und hemmend gewirkt. Soweit es sich um die anderen gewerblichen Erzeugnisse handle, liege ein echtes Räumen der Läger vor, das nur ersetzt werden könne entweder durch die Einfuhr aus dem Reich oder durch eine Erzeugung im Gebiet. Die Einfuhr sei durch die lange andauernde Verkehrssperre erschwert worden, ferner durch die auch im Reich langsam zunehmende Schwierigkeit, derartige Erzeugnisse überhaupt abzugeben. Die Erzeugung im Lande sei bisher durch die katastrophale Kohlenlage unmöglich gemacht worden und werde erst langsam mit zunehmender Verbesserung der Kohlenbelieferung größer werden. Dazu komme, daß das Geld, das auf dem Lande noch vorhanden sei, erst allmählich abgezogen werden könne.

Nun sei aber auch für die Zurückgewinnung der vollen Kaufkraft des Geldes noch ein psychologisches Moment von großer Bedeutung. Das Gebiet habe im Anfang vorigen Jahres vor einer sehr ähnlichen Situation gestanden. Nur habe damals ein Unterschied insoweit bestanden, als das Gebiet trotz aller Auskaufbewegungen und ihrer Ausstrahlungen um die

IV/7
2/4

Jahreswende 1939/40 noch immer über ganz beträchtliche Warenlager, vor allem an gewerblichen Erzeugnissen, verfügt habe. Hierin sei eine Änderung eingetreten, und das sähen die Menschen, die gerade vom Lande hereinkämen, und zögen daraus ihre Schlüsse.

Als weiteres beachtliches psychologisches Moment käme hinzu, daß zwar die Regierung den Willen habe, diese Stabilität des Zloty mit allen Kräften und allen Mitteln zurückzugewinnen, und hier auch nach menschlichem Ermessen allmählich Fortschritte machen werde, daß aber die Regierung nicht an allen Stellen in richtiger Weise unterstützt werde. Ihm sei berichtet worden, daß in Gaststätten und Kasinos, in denen Angehörige der Verwaltung verkehrten, auch über die Währungsfrage gesprochen werde. Die Erörterung solle sich nicht immer mit der nötigen Zurückhaltung vollziehen, es solle vorkommen, daß man seiner pessimistischen Auffassung auch vor dem Dienstpersonal und vor jüngeren Kollegen Ausdruck gebe. Bei allem Verständnis hierfür sei zu berücksichtigen, daß gerade auf diesem Gebiet die Haltung alles sei. Das volle Vertrauen in die Währung könne nur zurückgewonnen werden, wenn bei allen Beteiligten auch nach dieser Richtung hin die einhellige Überzeugung, auch notfalls öffentlich, zum Ausdruck gebracht werde.

Was die Kaufkraft der Währung selbst angehe, so seien es vor allem die Preise und die Waren, die die Kaufkraft der Währung darstellten. Die Preisbildung und die Rückführung der Preise seien dadurch zu einem wahrhaft zentralen wirtschaftlichen Problem geworden, da das Ausmaß der Preissteigerung in den letzten Monaten dasjenige der Preissteigerung um die Jahreswende 1939/40 ganz erheblich übersteige. Zudem hätten sich auch die Preisvorstellungen geändert. Zu Beginn des

vorigen Jahres habe die Vorstellung noch die Erinnerung an das verhältnismäßig niedrige Preisniveau der Vorkriegszeit gehabt. Die Entwicklung des vergangenen Jahres habe diese Vorstellungen nicht bestätigt. Die Änderung in den Preisvorstellungen habe dazu geführt, daß gerade die Nahrungsmittel produzierende ländliche Bevölkerung naturgemäß den Wunsch habe, für ihre Erzeugnisse die verhältnismäßig hohen Preise auch möglichst lange beizubehalten. Weiter habe die ländliche Bevölkerung gerade angesichts der Nahrungsmittelschwierigkeiten, die in zunehmendem Umfange eingetreten seien, die Erfahrung gemacht, daß es für sie sehr wertvoll sei, die Nahrungsmittel, in deren Besitz sie seien, möglichst lange festzuhalten. Daraus ergäben sich nun sehr ernste Schwierigkeiten, gegenüber dem Bestreben, mit Erfolg die Preise, deren Rückführung gesamtwirtschaftlich im Hinblick auf die Währung, auf die Löhne und den ungestörten Fortgang der Produktion, wie im Hinblick auf die erfolgreiche Erfassung der neuen Ernte unbedingt nötig sei, zu senken. Die auf diesem Gebiet zu überwindenden Schwierigkeiten seien auch mit Rücksicht darauf besonders bedeutsam, daß ~~die~~ in der Verkehrslage, wenn sie inzwischen auch etwas freier geworden sei, ~~aber~~ durch noch gewisse Reste von früher her bestünden, die erst in der Verteilung der Ware aufgeholt werden müßten, ~~besser würde.~~ So habe sich gegenwärtig der Zustand ergeben, daß in den Betrieben die Sorge um die Nahrung die Leute veranlasse, ihren Platz zu verlassen. Daher sei es unbedingt notwendig, daß im Zusammenhang mit der Erfassung der neuen Ernte auch die Schwierigkeiten in der Ernährungslage, die den Untergrund für die Preissteigerung bildeten, so weit als möglich gemildert würden. Es bestehe ja auch die Absicht, die Zuteilung

an die einheimische Bevölkerung zu verstärken. Er bitte dringend, diese Zusage vor allem für Brot und Kartoffeln einzulösen. Die geringe Zuteilung an diesen beiden Grundnahrungsmitteln sei die wesentliche Ursache für die eintretende starke Preissteigerung.

Der Zloty sei in seinem Bestand von außen her nicht bedroht, sondern nur im Hinblick auf seine Kaufkraft. Er werde stabil bleiben, wenn es gelinge, in den Zloty mehr Kaufkraft hineinzulegen. Dafür sei eine Zurückführung der hohen Preise am freien Markt, ferner eine Verstärkung der Zuteilung von Nahrungsmitteln und eine Verbesserung des Vorhandenseins von gewerblichen Erzeugnissen erforderlich.

Das Generalgouvernement verfüge über ein Guthaben im Reich in Höhe von 800 Mill. Zloty. Diese Summe sei die Unterlage für die ausgegebenen Noten. Das bedeute: der Notenumlauf habe seinen Gegenwert in dem Guthaben im Reich. Die Notendeckung als Hauptmoment des Guthabens setze voraus, daß ein entsprechender Rückstrom an Noten einsetze. Deshalb habe er es auch als gesamtwirtschaftlich für wichtig erklärt, die Einfuhr von Waren in das Generalgouvernement mit allen Mitteln zu fördern, weil auf diese Weise die umfangreichen Notenrückströme zur Notenbank einsetzten und über die Passivität des Verrechnungsverkehrs das Guthaben der Notenbank zum Schwinden gebracht werde. Wenn das Reich Waren in das Generalgouvernement nicht hineinlasse, könne natürlich der Weg der Einfuhr von Waren in dieser Weise nicht beschritten, das Guthaben aber auch nicht verwendet werden. Das sei nur möglich, wenn die Noten zur Emissionsbank zurückgelangten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß dann eigentlich in dem Bestehen eines Guthabens für das Generalgouvernement kein Vorteil liege.

Wenn auch der Reichsbankpräsident dem Generalgouvernement die Anregung gebe, nach Möglichkeit im Reich einzukaufen, so würden doch andererseits diese Einkäufe fast ganz unmöglich gemacht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob das Guthaben nicht im Wege des Klearing zu verwerten sei, erwidert Bankdirigent Dr. Pärsch, daß es nur in dem Umfang verwertet werden könne, wie die Noten zurückströmten. Der gegebene Weg sei also der, die Wareneinfuhr aus dem Reich zu erhöhen. Das bringe den Verrechnungsverkehr zur Passivität und zwinge die Notenbank, dieses Guthaben zum Ausgleich einzusetzen. Dadurch entstehe weder für das Reich noch für das Generalgouvernement eine Belastung. Das Generalgouvernement habe nur Interesse daran, die Warenmangellage nach Möglichkeit durch Einfuhr zu beheben.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob das Generalgouvernement z.B. in Ungarn kaufen könne und s-ich solche Käufe über das Klearing verrechnen ließen, wird von Bankdirigent Dr. Paersch bejaht. Gesandter a.D. Dr. Rümelin bestätigt, daß zahlreiche Käufe in Ungarn gemacht würden. Auch sei das Reich bereit, dem Generalgouvernement bei dieser Einfuhrsteigerung zu helfen.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt weiter, daß mit den einzelnen Ländern Abkommen getroffen worden seien, die das Reich genehmigt habe, nach welchen das Generalgouvernement an diese Länder auch gewisse Warenmengen schicken könne. Von Ungarn erhalte man z.B. Wein und Gemüse, von den Balkanländern Tabak. Alle diese Zahlungen gingen selbstverständlich über das Klearing in Berlin aus dem Guthaben.

Präsident Senkowsky betont, daß von Seiten der Monopolverwaltung mehr Tabak an das Reich geliefert werde, als

es aus dem Orient erhalte. Das Reich sei bestrebt, seinen Ausfall an Überseetabak, insbesondere amerikanischen Tabaken, aus dem Monopoltabak des Generalgouvernements zu ersetzen. Von der Tabakseite her sei also bestimmt keine Entlastung zu erwarten, und auch für das nächste Jahr könne auf eine Besserung dieser Verhältnisse nicht gerechnet werden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß es gelegentlich möglich sei, über die Mengen hinaus, die man mit einzelnen Ländern, beispielsweise mit Ungarn, handelspolitisch vereinbart habe, auf besonderen Antrag Zusatzmengen zu erhalten, so z.B. 160.000 m Kunstseidenkrepp. Das bedeute einen Verzicht des Reiches auf die betreffende Menge. Selbstverständlich sei das Reich auch daran interessiert, seine Läger aufzufüllen. Nur im Wege von Verhandlungen könne das erreicht werden. Für die Möglichkeit, durch Wareneinfuhren in verstärktem Umfange eine Entlastung des hiesigen Marktes herbeizuführen, verweise er als Beispiel auf die Einkäufe von Textilwaren im Reich. Das Generalgouvernement habe ein bestimmtes festes Kontingent in Litzmannstadt. In langen Verhandlungen mit Präsident Kehrl habe man darüber hinaus größere Mengen von Textilwaren zugestanden erhalten. Nur stellten sich jetzt dem Einkauf dieser Mengen Schwierigkeiten in den Weg. Das Kaufsystem im Reich sei sehr schwierig, weil es sich auf der Kleiderkarte aufbaue. Wie der Einzelne 150 Punkte auf seiner Kleiderkarte habe, so erhalte auch der Großhändler eine entsprechende Vielzahl von Punkten. Dem Generalgouvernement seien aufgrund langwieriger Verhandlungen 130 mill. Punkte für den Einkauf im Reich zur Verfügung gestellt worden. Als aber diese Punktschecks im Reiche von den Beauftragten der Abteilung Wirtschaft eingehandelt werden

sollten, hätten sie überall vor verschlossenen Türen gestanden. Es sei nachher gelungen, im Wege des freien Verkehrs 3 mill. Punkte zu sichern. Dazu habe es erst einer neuen Rücksprache mit Präsident Kehrl bedurft, der sich bereit erklärt habe, ein Machtwort zu sprechen und anstelle dieses freien Einkaufs jetzt das Diktat des Reichswirtschaftsministeriums zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß das Generalgouvernement je nach dem Nutzen, den das Reich habe, einmal als Inland und dann wieder als Ausland angesehen werde.
Diese kurzsichtige Politik entspreche nicht mehr der gegenwärtigen Machtposition des Großdeutschen Reiches. Deutschland sei heute kein einheitsmäßig mehr regierbarer Nationalstaat, sondern ein Weltreich, das nach völlig anderen Grundsätzen regiert werden müsse. Im Interesse des Großdeutschen Reiches müßten sich auch die Berliner Zentralstellen dazu verstehen, dem Generalgouvernement ein gewisses eigenwirtschaftliches Leben zu ermöglichen.

Gouverneur Zörner erinnert daran, daß er im vorigen Jahre schon über die Währungsfrage gesprochen und seinen entgegengesetzten Standpunkt zur künstlichen Hochhaltung des Zloty zum Ausdruck gebracht habe. Das Generalgouvernement sei doch z.T. Rechtsnachfolger Polens und habe als solcher den Krieg verloren, gleichwohl aber seine Zlotywährung gehalten. Dieses sei zum ersten Mal in der Geschichte geschehen. Ob es möglich sein wird, auf dem Wege einer Zurückführung der Preise das Vertrauen in den Zloty wieder herzustellen, bezweifele er. Wenn die Ernte die in sie gesetzten Erwartungen erfülle, dann könnten wohl die Preise auf dem landwirtschaftlichen Sektor auf den alten Stand zurückgeführt werden. Seit der größte Teil der Wehrmacht das Gebiet des Generalgouvernements verlassen habe, seien ja auch die Schleich-

5/10

handelspreise wesentlich zurückgegangen. Auf dem gewerblichen Sektor jedoch halte er eine Zurückführung der Preise im Hinblick auf die geringe Produktion und die geringe Einfuhr für ausgeschlossen. Angesichts der Tatsache, daß jetzt das große Gebiet Galizien mit seiner Rubelwährung zum Generalgouvernement geschlagen werde, müsse man sich überlegen, ob jetzt nicht nochmals im Benehmen mit den Reichsstellen die Frage der Zlotywährung einer eingehenden Prüfung unterzogen werden könnte. Der Zloty werde durch die Koppelung mit der Reichsmark künstlich gehalten, und dieser Zustand habe die gewaltigen Unterschiede zwischen Löhnen und Preisen der Erzeugnisse zur Folge. Das Vertrauen, das Dr. Paersch für die Währung verlange, lasse sich nun einmal in Geldsachen nicht kommandieren. Er habe festgestellt, daß auch in reichsdeutschen Kreisen das Vertrauen zum Zloty immer mehr im Schwinden sei.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen jeglichen Versuch, am Bestande der Währung zu rütteln, und spricht in diesem Zusammenhang Dr. Paersch und seinen Mitarbeitern den Dank dafür aus, daß es ihnen gelungen sei, den Zloty zu halten. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Währung würde es nicht einmal möglich sein, die Löhne zu steigern. Er sei entgegen der Auffassung des Gouverneurs Zörner der Meinung, daß das Vertrauen zum Zloty eigentlich noch niemals irgendwie in Zweifel gezogen worden sei. Die Währungen der ganzen Welt würden, abgesehen vielleicht von denjenigen in Amerika und der Schweiz, nicht vom Goldvorrat, sondern von der Autorität einer machtvollen Regierung gehalten.

IX/3
6/1

Schleichhandelsbekämpfung

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann geht in seinem Referat auf die Preisbildung und ihre Entwicklung in den letzten Monaten ein. Besonders erfreulich seien die Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs, daß die schlimmste Zeit für das Generalgouvernement überwunden sei; denn die Anspannung auf dem Gebiete der Preise sei bald unerträglich geworden. Nicht nur die Lebenshaltung für die städtische Bevölkerung, sondern auch die Preise für Roh- und Halbfabrikate wiesen eine ungeheure Steigerung auf. In der letzten Zeit bürgere sich eine Unterscheidung in der Preisentwicklung auf dem amtlichen und dem nichtamtlichen Sektor ein. Im amtlichen Sektor seien die Preise für diejenigen Güter enthalten, die in irgendeiner Form in die amtlichen Bewirtschaftungskanäle geleitet würden, der nichtamtliche Sektor beinhalte etwa die freigehandelten oder gar im Schleichhandel vertriebenen Waren. Die Preissteigerungen im amtlichen Sektor seien erträglich, besonders da im Gebiet des heutigen Generalgouvernements auch früher schon starke Preisschwankungen vorgekommen seien. Bis zu einer Ausschaltung derartiger Schwankungen müsse am Wirtschaftsleben des Generalgouvernements noch sehr gearbeitet werden. Je mehr Waren dem amtlichen Sektor zur Verteilung zur Verfügung gestellt werden könnten, desto geringer werde die Preissteigerung auf dem nichtamtlichen Sektor sein.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann legt an Hand eines praktischen Beispiels dar, wie auch im amtlichen Sektor nicht unbeträchtliche Preissteigerungen auftreten können. Der Grund liege darin, daß z.B. das Generalgouvernement nicht ein Erzeugerland sei, sondern wie z.B. bei den Textilien auf die Einfuhr aus dem Reich angewiesen sei. Durch Zölle, Transportkosten, Einkäuferprovisionen, Aufschläge durch den Importeur, den Groß- und Kleinhändler werde eine Ware, die aus dem Reich herangeholt werde, vielfach um 100 % verteuert.

6/2

Dadurch ergebe sich der große Unterschied zwischen Reichs- und Generalgouvernementspreisen. Um die Verteuerung einer Ware durch den Zoll auszuschalten, müsse beim Zoll ein Ausnahmeantrag eingebracht werden. Bei der heutigen Warenverknappung habe der Importeur aber an einem möglichst billigen Einkauf kein Interesse. Eine Vereinfachung des bisherigen umständlichen Einfuhrsystems, eine eventuelle Aufhebung der Zölle könnten diesen Unterschied zwischen Gouvernements- und Reichspreisen beseitigen.

Nach Ansicht von Dr. Schulte-Wissermann könnten ohne Eingreifen der öffentlichen Hand die Preise im amtlichen Sektor nicht wesentlich gesenkt werden, eine Steigerung dürfe aber auch unter keinen Umständen eintreten. Ein Fallen der Preise im nichtamtlichen Sektor hänge von der Ausweitung der Umsätze im amtlichen Sektor ab.

Finanzpräsident Spindler erklärt sich bereit, die Textilzölle ganz aufzuheben, obwohl sie nach seiner Ansicht keine große Rolle spielten. Die wenigen Einfuhrfirmen erhielten schon seit längerem auf Antrag Zollfreiheit. Er beabsichtige dem Herrn Generalgouverneur in den nächsten Tagen einen neuen Zolltarif vorzulegen.

Auch Präsident Dr. Emmerich erklärt sich für die zollfreie Einführung von Textilien, da bei dem heutigen Mangel im eigenen Land auf einen Schutzzoll verzichtet werden könne und auf der anderen Seite die jetzt bestehenden hohen Zölle zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement als dem Nebenland des Reiches nicht aufrechterhalten werden könnten. Der Zollausschuß des Wirtschaftsrates unter Leitung von Präsident Senkowsky habe sich bereits zu einer Senkung entschlossen, die durchschnittlich auf 20 bis 25 % der polnischen Sätze betrage.

6/3

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs an den geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann, ob für die Versorgung der Bevölkerung genügend Brot und Kartoffeln vorhanden seien, erklärt dieser, daß dies davon abhängig sei ob man den Bauern Produktionsmittel zu vernünftigen Preisen zur Verfügung stellen könne. Wenn also nach den Ausführungen von Dr. Schulte-Wissermann die Preise im amtlichen Sektor nicht gesenkt werden könnten, so sei die Frage zu prüfen ob durch eine Staatssubvention eine Verbilligung der Betriebsmittel erreicht werden könne. Durch Maschinen und neuzeitliche Geräte ließen sich höhere Ernteerträge erzielen. Dadurch könnten dem amtlichen Sektor mehr Waren zur Verteilung zugeführt werden, sodaß die Schleichhandelspreise von selbst absänken. Die entscheidende Frage sei also, mit allen Mitteln die Erzeugung so zu steigern, daß man genug Lebensmittel für die Gesamtbevölkerung zur Verfügung habe. Die Landwirtschaft des Generalgouvernements dürfe daher zur Abgabe von Waren und zur Ausfuhr ins Reich nicht herangezogen werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt hierzu, daß das nicht der Fall sein werde. Auf seine Frage nach der Brotration weist Dr. Naumann darauf hin, daß die heutige Ration von 1050 g ab 15. Oktober 1941 vergrößert werden solle. Man müsse erst den Erfolg der Ernteerfassungsaktion abwarten. Weiter plane er, pro Kopf der Bevölkerung einen Doppelzentner Kartoffeln bereitzustellen.

1

Der Herr Generalgouverneur sieht eine erste Voraussetzung darin, daß Brotpreis und Kartoffelpreis, gemessen an der Lohnhöhe, erschwinglich seien und unter allen Umständen auch die Mengenzuweisung für die Angehörigen der Arbeiter erhöht wird.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann hat gegen Staatssubventionen zur Verbilligung der Produktionsmittel und der Steigerung der Erzeugung das Bedenken, daß die Finanzverwaltung dagegen Einspruch erheben würde. Wolle man die Preise für künstlichen Dünger, Kali usw. mit Hilfe solcher Subventionen herabsetzen, dann würde das Millionenbeträge erfordern, die die Finanzen des Generalgouvernements vielleicht nicht zu tragen imstande wären.

Finanzpräsident Spindler kann noch keine endgültige Stellung zu solchen Staatssubventionen einnehmen.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem die Frage beantwortet wissen, ob man der Landwirtschaft dadurch helfen könne, daß man, da sich die Preise aus eigenwirtschaftlichen Gesetzen heraus nicht sehr senken würden, eine künstliche Preissenkung mit Staatsmitteln vornehmen könne.

Finanzpräsident Spindler erwidert, daß man mit solchen Staatszuschüssen eigentlich immer schlechte Erfahrungen gemacht hätte.

Der Herr Generalgouverneur ist dem gegenüber der Auffassung, daß das Deutsche Reich mit einer solchen Zuschußwirtschaft durchaus gute Erfahrungen gemacht habe. Die große Kunstdünger-Finanzierung des Reiches sei geradezu ein Vorbild für eine solche Subventionspolitik gewesen.

Finanzpräsident Spindler weist darauf hin, daß der Landwirtschaft im allgemeinen schon erhebliche Beträge von insgesamt 150 mill. Zl. zur Verfügung gestellt worden seien. Mit solchen Spezialfragen sei die Finanzverwaltung allerdings noch nicht befaßt worden. Auch müsse bedacht

1/2

werden, daß man für die Liegenschaftsverwaltung, die ja in gewisser Weise die Grundlage der Landwirtschaft darstelle, große Aufwendungen gemacht habe.
Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann gibt zu bedenken, daß man gerade mit der Liegenschaftsverwaltung auf diesem Gebiet die besten Erfahrungen gemacht habe. Hier handele es sich um Schulbeispiele, die zeigten, auf welchem Wege man zu größeren Erträgen in der Landwirtschaft kommen könne. Da die Betriebe der Liegenschaftsverwaltung voll in der Hand der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ständen, sei dort immer restlos abgeliefert worden.
Der Herr Generalgouverneur beauftragt die beteiligten Abteilungen, diese Frage einer nochmaligen genauen Prüfung zu unterziehen. - Er wirft dann die Frage auf, ob das Generalgouvernement mit dem Reich eine Art Handelsvertrag habe und ob nicht zweckmäßigerweise alles, was gegenwärtig von Interesse sei, vertraglich festgelegt werden könnte.
Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist darauf hin, daß ein Handelsvertrag jeweils nur der Rahmen für den Verkehr zwischen befreundeten Nationen sei. Es komme nur in der heutigen Zeit darauf an, einen solchen Handelsvertrag mit praktischem Inhalt zu erfüllen. Dieser praktische Inhalt bestehe in Lieferverpflichtungen oder in "Kontingenten". Das Bestreben müsse sein, in den einzelnen Gebieten Kontingente auszuhandeln. Diese Kontingente habe man beispielsweise auf dem Textilgebiet als einem der wichtigsten Importgebiete, nur daß das Reich infolge Transportschwierigkeiten und Stillegung einzelner Fabriken manchmal mit seinen Lieferungen in Rückstand gerate. Eine Böswilligkeit habe man dem Reich auf diesem Gebiet nicht nachweisen können, wenn dieser Rückstand von Seiten des Generalgouvernements angemahnt worden sei. Man erhalte jeden Monat 40 to Reinbaumwolle, die für die Beimischung gebraucht würden, eine

Ware, die im Reich äußerst begehrt sei. Wern die Abteilung Wirtschaft angemahnt habe, seien die Lieferungen im Rahmen des Möglichen auf Betreiben des Präsidenten Kehrl immer erfüllt worden. Daher werde man durch den Abschluß eines feierlichen Vertrages auch weiter keine großen praktischen Erfolge erzielen.
Ähnlich wie auf dem Textilgebiet sei es auch auf dem Gebiete des Eisens, für das heute im Reich eine gewisse Zentralbewirtschaftung bestehe. Daß etwa die für die Betreuung des Eisens zuständige Stelle im Reichswirtschaftsministerium bei zusätzlichen Anforderungen wissen möchte, wofür das Eisen verwendet werden soll, könne man im Zeitalter der angespanntesten Kriegswirtschaft dem Reich nicht verübeln. Wie die Dinge lägen, werde man sich weiter damit abfinden müssen, daß eine Handelspolitik von der Hand in den Mund getrieben und jeden Monat erneut die Situation überprüft wird. Praktisch sei es zwischen dem Reich und allen anderen Ländern heut genau so. Auch Ungarn oder Schweden oder ein Land, welches handelspolitisch interessiert sei, erhalte vom Reich keine bindende Zusicherung für den Rest des Jahres, sondern in den handelspolitischen Anordnungen, die ständig ergingen, werde die Situation von Monat zu Monat neu überprüft und von Monat zu Monat an den Kontingenten irgendetwas geändert.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß das Reich allmählich zu einer stabileren Wirtschaftsbeziehung mit dem Generalgouvernement kommen müsse; anderenfalls sei es ganz unmöglich, einen Ernährungs- oder Industrieplan für ein ganzes Jahr aufzustellen, oder Zollpolitik für längere Zeit zu treiben.
Gouverneur Dr. Lasch glaubt, daß man, wenn solche Grundsätze aufgestellt würden, erheblich weiter kommen würde. Andererseits müßte zugegeben werden, daß die Schwierigkeiten gegenüber dem Reich in erster Linie darauf beruhten, daß die Austauschobjekte nicht vorhanden wären.

Der Herr Generalgouverneur erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß dem Generalgouvernement zugesagt worden sei, die 40.000 to Kartoffeln, die das Generalgpuvernement abgegeben habe, würden ihm aus Ostpreußen geliefert werden. Infolge Schwierigkeiten, die in Frankreich aufgetreten seien, seien dann die Kartoffeln nach Frankreich geschickt worden. Vor solchen Situationen habe man auch öfter hinsichtlich der Kohle gestanden. Für das Generalgouvernement bestimmte Kohlenzüge seien ohne weiteres umdirigiert worden. Es müsse endlich einmal dahin kommen, daß die letzten Reste jener degradierenden Behandlung vom Herbst 1939 beseitigt würden. Wenn sich das Generalgouvernement bemühe, einen Wirtschafts- und Ernährungsplan aufzustellen, dann müsse das Reich andererseits die Beziehungen zum Generalgouvernement, soweit das angesichts der Kriegslage möglich sei, so festlegen, daß das Generalgouvernement wenigstens über die Situationen in den nächsten Monaten einigermaßen Gewißheit habe. Auf dieser Grundlage müsse demnächst mit Reichswirtschaftsminister Funk und Präsident Kehrl verhandelt werden.

Reichsbahnoberrat Fischer berichtet, daß die Transportlage der Ostbahn zurzeit günstig sei. Es beständen lediglich an der deutsch-russischen Interessengrenze einige Schwierigkeiten, die darin lägen, daß die Nachschubzüge für die Wehrmacht von der Feldeisenbahndirektion nicht so abgenommen worden seien, wie es eigentlich hätte geschehen müssen. Andererseits seien jedoch die Verkehrsbeziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement so günstig, daß sämtliche Sperren jetzt aufgehoben worden seien. - Die schlechte Belieferung des Generalgouvernements mit Kohle beruhe nicht auf der Transportlage, sondern sei lediglich auf die Zuteilung durch die Reichsstelle für Kohle und die Zuteilung des Hauptwagenamtes zurückzuführen. Leider verfüge die Ostbahn

nicht über einen eigenen Wagenpark, sondern habe mit der Reichsbahn eine Güterwagengemeinschaft. Sie sei deshalb in ihren Dispositionen von der Zentralstelle in Berlin abhängig. Wenn auch zurzeit im Generalgouvernement wie im Reich Güterwagen gebaut würden, so sei ihre Zahl doch viel zu gering, als daß damit eine Besserung der allgemeinen Situation herbeigeführt werden könnte. Die für das Generalgouvernement lebenswichtigen Waggons für den Kohlenbezug aus Oberschlesien aus dem allgemeinen Betrieb herauszuhalten, sei leider nicht möglich, da der gesamte Güterwagenpark der Reichsbahn einheitlich vom Hauptwagenamt verwaltet werde. Er habe kürzlich mit Dr. Goebel eingehend diese Fragen erörtert. Er halte es aber für ganz ausgeschlossen, daß das Reichsverkehrsministerium Kontingente zur Verfügung stelle; denn die Lage auf dem Bedarfsmarkt schwanke von Tag zu Tag.

Der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß doch wohl mit 1.000 Waggons mehr die Kohlenmisere beseitigt werden könnte. Diese Zahl von Waggons dürfte bei den Hunderttausenden von Wagen eigentlich keine Rolle spielen. Die Berliner Zentralen müßten allmählich zu der Auffassung gebracht werden, daß sie es nicht mehr mit einem einheitlichen Verteilungsplan zu tun hätten, sondern die Tatsache berücksichtigen müßten, daß das Reich um wichtige Gebiete gewachsen sei.

Reichsbahnoberrat Fischer bemerkt, daß die Zentralbewirtschaftung der Kohlenwagengestellung leider den Verkehr von Pendelzügen zwischen dem Generalgouvernement und den jenseits der Grenze liegenden Bezirken nicht zulasse. Zuständig für diese Frage sei die Generalbetriebsleitung Emmrich. Die Einstellung der Berliner Stellen zum Generalgouvernement habe man an folgendem Beispiel feststellen können: die Ostbahn habe auf gewisse Mengen

Dienstkohle verzichtet in der Absicht, daß diese Verzichtmengen dem Sektor Privatkohle zur Verfügung gestellt würden. Das sei auch zugesagt worden, und nur unter dieser Bedingung habe man sich mit einer Verringerung der Menge an Dienstkohle abgefunden. Diese Dienstkohlenmengen seien aber einfach den Bezirken Danzig und Ostpreußen zugeführt worden mit dem Erfolg, daß die Ostbahn weniger Kohlen erhalten, sich aber die Mengen an Privatkohle auch nicht vergrößert hätten.

Oberforstrat Burg nimmt sodann zu einigen Fragen der Forst- und Holzwirtschaft Stellung. Das Generalgouvernement sei ein Holzzuschußland, könne also seinen Bedarf aus eigener Produktion nicht decken. Wenn dieser Bedarf im abgelaufenen Jahr z.T. gedeckt worden sei, so deswegen, daß man in die Substanz eingegriffen hätte und nicht nur den Zuwachs, sondern auch den Vorrat herangezogen habe. In diesem Jahre seien die Verhältnisse besonders schwierig, weil es angesichts der gewaltigen Wehrmachtsanforderungen notwendig gewesen sei, die gesamten privaten Anforderungen abzustoppen. Man habe die Bautätigkeit und die Belieferung aller privaten Stellen mit Holz verboten. Insgesamt seien an Standholz 2,5 mill. fm eingeschlagen, von denen die Wehrmacht für 2 mill. fm Bezugsscheine erhalten habe. Der Rest der Bezugsscheine für 1/2 mill. fm sei an die öffentlichen Betriebe, in der Hauptsache auch wieder an Wehrmachtsbetriebe, gegangen. So bleibe denn eigentlich für die Zwecke des Generalgouvernements nichts übrig. Die gesamte verfügbare Holzmenge sei bereits in der Form von Bezugsscheinen herausgegeben worden. Vielleicht werde ein Teil der Bezugsscheine durch die Wehrmacht nicht in Anspruch genommen werden, sie würden am 1. Oktober 1941 wieder zurückfließen. Gegenwärtig zeige sich ein besonders trübes Bild, weil man noch nicht wisse,

inwieweit diese Bezugsscheine wieder an die Forstverwaltung zurückkämen.
Besondere Schwierigkeiten biete auch für die Forstverwaltung die Transportlage. Von dem gesamten Einschlag sei in 6 Monaten nur ein Drittel eingebracht. Eine weitere Verstärkung des Holzschlages hätte jeden Sinn verloren, weil das Holz nicht befördert werden könne. Die Wehrmacht habe im vorigen Jahr 100.000 Pferde, in diesem Jahre wieder 30.000 Pferde eingezogen. Was an Pferdematerial übriggeblieben sei, sei unterernährt und für die Holzabfuhr minder brauchbar. Außerdem würden ja auch die Pferde für die Durchführung des Otto-Programms sehr stark in Anspruch genommen. Die Gesamtversorgung aus eigener Produktion sei daher zu einem Transportproblem geworden. Man habe versucht, auf dem Wege der Motorisierung das Pferd so weit als möglich aus dem Betrieb zu ziehen und zu ersetzen. Aber auch dieser Plan scheitere wieder an dem Mangel an Betriebsstoff. Der monatliche Bedarf z.B. für den Distrikt Krakau würde für die vorhandenen motorisierten Fahrzeuge 14.000 l Dieselöl betragen, zugewiesen seien der Forstverwaltung aber nur 2.000 Liter. Motorfahrzeuge, die mit Benzin betrieben würden, ständen der Forstverwaltung nur in sehr bescheidenem Maße zur Verfügung, desgl. Holzgeneratoren. Nach Einverleibung der neuen Ostgebiete in das Generalgpuvernement würde sich die Holzlage allerdings wesentlich bessern, vorausgesetzt, daß die Transportschwierigkeiten behoben würden.

IX/3
8/1

Präsident Dr. Frauendorfer behandelt die Entwicklung des Arbeitseinsatzes von der sozialpolitischen Seite aus. Heute bestehe zwischen den Lebenshaltungskosten und den Löhnen ein derartiger Unterschied, daß die Arbeiter kein großes Interesse an der Gewinnung ihres Lohnes bekundeten. Trotzdem seien in den letzten 6 Monaten über 1 Million Menschen in Arbeit gebracht worden. Bei weiter andauernden Preisen in der jetzigen Höhe werde es aber unmöglich, die bisher bestehenden Vorkriegslöhne beizubehalten. Die arbeitende Bevölkerung leide schwerste Not, auch die Versorgung mit Textilien sei durchaus unzureichend. Dieser Notlage müßte besonders Rechnung getragen werden, da sich sonst die Betriebe leeren würden. Diese Situation werde nicht immer klar erkannt. Seine Abteilung habe zum Beispiel im Reich 100 000 Arbeitsanzüge zum Preise von 20.-Zl. pro Stück zur Verteilung unter die Arbeiter besorgen können. Die Textilhandelsgesellschaft habe jedoch diese Anzüge beschlagnahmt mit der Begründung, für die Einfuhr von Textilien allein zuständig zu sein, und der Erfolg sei eine 50 %ige Verteuerung der Anzüge, die nach seiner Meinung über seine Abteilung den Arbeitern hätten zugeführt werden sollen.

Präsident Dr. Emmerich erklärt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß im Generalgouvernement infolge des Fehlens eines konsollidierten Großhandels sich die Notwendigkeit ergeben habe, eine zentrale Einkaufsgesellschaft, eben die Textilhandelsgesellschaft m.b.H. zu errichten, die im Interesse einer gerechten Verteilung der vorhandenen Textilwaren allein zuständig sei. Diese Bewirtschaftungsstelle habe natürlich gewisse Unkosten; dazu kämen weitere Unkosten, die aus einer Kreditaufnahme von 25 Millionen Zloty bei einer Privatbank erwüchsen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. Emmerich, die ganze Sachlage mit einigen Herren der Regierung genau zu prüfen, denn es sei nicht angängig, daß neben den bestehenden unvermeidlichen Verteuerungen noch weitere durch staatliche Stellen hinzukämen.

8/2

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann äußert sich in seiner Eigenschaft als Beauftragter für die Preisbildung zu den Maßnahmen für die Bekämpfung des Schleichhandels. Es sei klar, daß die Bekämpfung des Schleichthandels mit der Versorgungslage zusammenhänge. Je ausreichender die Versorgung auf gesetzlichem Wege sei, desto weniger wirke sich der Schleichhandel aus und umgekehrt. Der Schleichhandel mache sich also immer nur auf Grund einer Mangellage bemerkbar. Diese Erscheinung trete natürlich besonders stark in den Großstädten wie Krakau und Warschau auf. Bei seinen Überlegungen zur Bekämpfung des Schleichhandels träten drei Fragen in den Vordergrund, und zwar: 1. was soll kontrolliert werden 2. wo soll kontrolliert werden, 3. wann soll kontrolliert werden.

Nach eingehenden Beratungen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und dem Befehlshaber der Ordnungspolizei und seinen Dienststellen habe er sich dafür entschieden, im wesentlichen nur Getreide mit seinen Erzeugnissen und Vieh zu kontrollieren. Bei Kartoffeln, Obst und Gemüse erübrige sich eine Kontrolle, da hier die Versorgung doch einigermaßen ausreichend sei und weil sich ein Teil dieser Erzeugnisse für eine Bewirtschaftung nicht eignete.

IV/7

9/1

Bei der Frage, wo die Kontrollen eingerichtet werden sollten, sei auch zu prüfen, wie die einzelnen Verkehrswege behandelt werden müßten. Bei den Vorarbeiten habe man zwischen den Landstraßenkontrollen, den Eisenbahnkontrollen, den Schiffahrtskontrollen usw. zu unterscheiden. Man denke nicht daran, dieses Kontrollsystem nun etwa lediglich vom grünen Tisch her aufzuziehen. Der Plan, der in den nächsten Tagen zur Genehmigung vorgelegt werden solle, zerfalle in 2 Teile: einen allgemeinen Teil mit gewissen Grundsätzen und einen besonderen Teil, der von und in den Distrikten aufgestellt werden sollte und selbstverständlich alles berücksichtige, was die Distrikte bzw. die Kreishauptmannschaften und die Beauftragten des Distriktchefs für Warschau und Krakau an Erfahrungen gesammelt hätten. Man sei bei den Richtlinien davon ausgegangen, daß diejenigen Personen, die wirklich gröblich gegen die Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften verstießen, auch energisch zur Verantwortung gezogen würden. Man habe deshalb Verhandlungen mit der Abteilung Justiz geführt und werde ähnlich, wie es für Warschau bereits erreicht sei, wohl auch für das ganze Generalgouvernement erreichen können, daß die Justiz im Wege von Sondereinrichtungen eine schnelle Aburteilung der in Frage kommenden Personen mit schweren Strafen festsetzt, die dann wirlich abschreckend wirkten. Die Erfahrung habe gelehrt, daß eine Person, die ein Viertel- oder ein halbes Jahr nach Begehung der strafbaren Handlung der Strafe zugeführt wird, bei weitem nicht so abgeschreckt werde, daß die Strafe auch in der Öffentlichkeit nicht eine solche abschreckende Wirkung habe, wie wenn die Strafe unmittelbar der strafbaren Handlung auf dem Fuße folge.

Die Frage, ob durch eine zeitliche Zusammendrängung der Maßnahmen Personal gespart werde, glaube man insofern bejahen zu können, als man die Kontrollen tunlichst nur

in den Herbstmonaten d.J. durchführen solle. Selbstverständlich käme es darauf an, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bzw. ihre Organe in der in Frage kommenden Zeit nun auch wirklich große Teile der kontrollierten Erzeugnisse erfaßt haben. So sei wohl ein Plan entstanden, der nicht nur durchführbar sein, sondern auch Erfolg haben werde. Gewiß sei man nicht so optimistisch, anzunehmen, daß damit der Schleichhandel restlos beseitigt werde, immerhin aber hoffe man, den Schleichhandel damit weiter zurückzudrängen und die Forderung zu erfüllen, daß der amtliche Sektor zugunsten des nichtamtlichen Sektors immer weiter vergrößert werde. Voraussetzung sei allerdings, daß sich alle anderen Dienststellen, die irgendwie mit diesem Problem in Zusammenhang kämen, auf die Maßnahmen, die der Plan voraussehe, einstellten. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei wie überhaupt sämtliche Dienststellen der Polizei hätten stets das größte Verständnis für diese Maßnahmen gezeigt, und deshalb sei wohl auch anzunehmen, daß dieses Verständnis in Zukunft herrschen werde. Abgesehen davon müßten auch die im Generalgouvernement lebenden Deutschen selber sich zu den Maßnahmen des Staates positiv einstellen und vor allem Disziplin wahren. In den letzten Wochen und Monaten seien bei der Dienststelle der Preisüberwachung überaus zahlreiche Einzelfälle gemeldet worden. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, die Frage der Disziplin der Deutschen auf diesem Gebiet in irgendeiner Form zu behandeln, sei es durch Herausgabe eines entsprechenden Erlasses oder in einer anderen Form. Den Deutschen müsse zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie auch in ihrem Privatleben im Generalgouvernement vor allen anderen die Verpflichtung haben, die Maßnahmen des Staates zu unterstützen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur:

1.) den Plan der Abteilung Preisüberwachung zu genehmigen,
2.) die Dienststellen des Generalgouvernements anzuweisen, sich positiv zu den Maßnahmen des Planes einzustellen und ihre eigenen Anforderungen an die Polizei weitgehend zurückzustellen, da nur dann die Polizei in der Lage ist, eine entsprechend große Zahl von Beamten zur Verfügung zu stellen,
3.) die Deutschen des Generalgouvernements zu einer positiven Einstellung zu diesem Plan anzuhalten.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man durch eine Besserung der allgemeinen Lebenssituation des Gebietes den Schleichhandel am zweckmäßigsten bekämpfen könne. Die anderen Mittel wären mehr vorübergehender Natur. Man müsse eben auch mit der Kaufpsychose der Besucher und Besucherinnen aus dem Reich rechnen. Er erkläre sich jedoch bereit, einen entsprechenden Erlaß herauszugeben.

Reichsbahnoberrat Fischer gibt seinem Befemden darüber Ausdruck, daß die Ostbahn als Hauptträger des Verkehrs im Generalgouvernement zu diesem Plan nicht gehört worden sei. In langen Verhandlungen, teilweise unter Vorsitz des Staatssekretärs, seien mit dem Befehlshaber der Ordnungspolizei, den Vertretern des Preiskommissars, der SS usw. Richtlinien aufgestellt worden, die auch heute noch hinsichtlich der Schleichhandelsbekämpfung, insbesondere bei Benutzung des Transportwesens der Eisenbahn, in Geltung seien. Er bitte, bevor der Plan vorgelegt werde, ihn noch der Verwaltung der Ostbahn zuzuleiten. Sollte der Plan mit irgendwelchen Eingriffen in den Eisenbahnbetrieb oder -verkehr verbunden sein, so müßten von Seiten der Ostbahn alle Stellen, insbesondere auch die militärischen, die hier das größte Interesse daran hätten, daß die Züge planmäßig liefen, um Unterstützung gebeten werden.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann bemerkt demgegenüber, daß die Verhandlungen mit der Ostbahn zunächst hätten zurückgestellt werden können, weil der Plan keine Änderung der bisher geltenden Bestimmungen nach dieser Richtung vorsehe. Selbstverständlich werde er es nicht unterlassen, jede interessierte Stelle noch zu hören.

Ministerialrat Plodeck gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand des

"Treuhandwesens."

Die Aufstellung einer Jahresrechnung für 1940 und die Aufstellung einer Halbjahresbilanz für 1941 habe einen klaren Einblick in die kommissarische Verwaltung der Unternehmungen ermöglicht. Aufgrund eines Berichtes habe man Zahlungsüberweisungen zum Zwecke der Entschuldung der kommissarisch verwalteten Unternehmungen in rund 1.500 Fällen hinausgehen lassen. Es habe sich erwiesen, daß die Vorkriegsverschuldung der kommissarisch verwalteten Unternehmungen bis zu 85% werde abgedeckt werden können. Man glaube, daß diese Vorkriegsentschuldung bis zum 1. Oktober d.J. durchgeführt werden könne. Weiter habe man versucht, , sich einen Überblick über das Arbeiten auf Gewinn der kommissarisch verwalteten Unternehmungen zu verschaffen. Dabei habe man festgestellt, daß im Distrikt Krakau von 300 größeren Unternehmungen 255 Betriebe mit Gewinn arbeiteten. Ferner habe man im Jahre 1940 eine Stichprobe für die anderen Distrikte Warschau, Radom und Lublin gemacht und festgestellt, daß von 250 namhaften Betrieben 180 mit Gewinn gearbeitet hätten. Das Gesamtergebnis könne wohl als durchaus befriedigend angesehen werden. Damit sei auch gleichzeitig die wirtschaftliche Verflechtung befriedigend gelöst, da in den Entschuldungsplan auch die Abdeckung der Schulden

gegenüber Reichs- und Volksdeutschen einbezogen sei. Das Reichswirtschaftsministerium habe großen Wert darauf gelegt, daß die Schulden der kommissarisch verwalteten Unternehmungen an das Reich bzw. an Reichs- und Volksdeutsche abgedeckt werden möchten. Das sei nicht geschehen. Es seien Zahlungsanweisungen herausgegeben worden, die den Gesamtbetrag dieser Verschuldung innerhalb kürzester Frist abdecken.

Was die wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten angehe, so habe man sich bisher darauf beschränkt, den Status festzustellen, der sich aus der Verschuldung des Generalgouvernements gegenüber den anderen Staaten ergeben habe. Dabei habe sich ergeben, daß eine namhafte Verschuldung nur hinsichtlich der Schweiz, England und Holland bestehe. Die Höhe der Verschuldung gegenüber der Schweiz und England sei mit 30 Millionen, diejenige bei Holland mit rund 15 Millionen anzusetzen. Selbstverständlich könne die Abdeckung dieser Verpflichtungen während des Krieges nicht anlaufen, jedoch sei Vorsorge getroffen, daß bei Eintritt normaler Verhältnisse eine Regelung stattfinden werde. Bei den Feindstaaten erübrige sich zurzeit eine Untersuchung. Man habe auch insoweit den notwendigen Einblick in fremde Beteiligungen und glaube, daß man zum gegebenen Zeitpumkt ihnen zusammen die Arbeit erfolgreich abschließen könne.

Nach einer ihm gewordenen Mitteilung entspreche es dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs, daß die Verwaltung des beschlagnahmten und herrenlosen Vermögens mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer im wesentlichen zurückgestellt werden möchte. Die Verwaltung solcher Objekte biete zurzeit ziemlich große Möglichkeiten, und das Interesse des Reiches an diesen Objekten sei, soweit Reichsdeutsche und auch Volksdeutsche in Frage kämen, ziemlich erheblich. Man müsse sich daher in irgendeiner Form darüber

klar werden, ob für bestimmte Objekte Verpachtungs- oder Verkaufsmöglichkeiten aktiv ergriffen werden könnten. Namhafte Unternehmungen des Reiches, die sehr kapitalkräftig seien, interessierten sich nach seinen Beobachtungen in zunehmendem Maße für gesunde, heraufgewirtschaftete Unternehmungen des Generalgouvernements. Man prüfe zurzeit eine Reihe solcher Fälle. Vor der Entscheidung darüber, ob verkauft werden könne, würde also nach dem Erlaß des Herrn Generalgouverneurs von Fall zu Fall eine besondere Genehmigung bei ihm einzuholen sein. Diese Maßnahme werde natürlich durchgeführt werden. Es würde aber eine gewisse Erleichterung bedeuten, wenn für Fälle wirtschaftlich nicht unbedingt führender Art der Abteilung die Ermächtigung an die Hand gegeben würde, diese Objekte nach bestem Wissen zu bewerten. Gewiß müsse die Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer in erster Linie stehen, es gebe aber Objekte, die für die Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer nicht in Frage kommen sollten. Das gelte für handwerkliche Kleinbetriebe, Kleinhandelsbetriebe, wie auch insbesondere für große Objekte. Auch für die Kleinstbetriebe käme es nicht in Frage, weil sie mit den entsprechenden gleichgelagerten polnischen Betrieben in Konkurrenz geraten würden. Andererseits werde das notwendige Kapital und der gesunde kapitalmäßige Untergrund, den man zum Aufbau einer Wirtschaft brauche, in der Regel bei den Kriegsteilnehmern kaum zu finden sein.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er seinen Erlaß auch nur in diesem Sinne ausgelegt wissen wolle. Eine andere Regelung halte er auch im Interesse der Kriegsteilnehmer nicht für vorteilhaft. Im übrigen sei er der Auffassung, daß an die Stelle eines unverantwortlichen Treuhänders ein Mannbder eine Firma gesetzt werde, die auch imstande seien, etwas für das Unternehmen aufzuwenden.

Bei den Kriegsteilnehmern würde es sich hauptsächlich um Bauernsiedler handeln, und die Frage der Bauernsiedlung stehe ja in keinem Zusammenhang mit der eben erörterten Frage.

IX/3
10/1

Von den Distriktschefs, die vom Herrn Generalgouverneur zur Schilderung der Lage in ihren Distrikten aufgefordert werden, ergreift zunächst Gouverneur Dr. Wächter das Wort: Die Lage des Distrikts Krakau entspreche ungefähr derjenigen des Gesamtgeneralgouvernements. Die Distriktsverwaltung könne Einfluß nehmen auf den Straßen- und Wasserstraßenverkehr. Auf der Weichsel seien zur Zeit 13 Dampfer und 240 Galeeren in Betrieb, die die Stadt Krakau restlos versorgten und noch 25 % des Bedarfs des Distrikts herbeischaffen könnten. In Krakau und Warschau seien 75 weitere Galeeren, in Oberschlesien 100 im Bau. Nach Fertigstellung dieser Neubauten könnten die Wasserstraßen zur Beförderung von Gütern noch stärker benutzt werden.

Im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs habe er kürzlich an einer Wirtschaftstagung in Kattowitz mit Vertretern des Generalgouvernements und der oberschlesischen Industrie teilgenommen. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß die oberschlesische Kohlenindustrie wohl in der Lage sei, den täglichen Bedarf des Generalgouvernements zu decken. Offen sei lediglich die Transportfrage.

Der Hinweis des Präsidenten Dr. Emmerich, daß bei der Prämienscheinaktion für den Distrikt Krakau eine Sonderregelung getroffen sei, habe seinen Grund darin, daß im Distrikt Krakau im wesentlichen Vieh produziert werde, während das Prämienscheinsystem auf Getreide abgestellt sei. Ohne Sonderregelung würde daher der Distrikt Krakau benachteiligt sein.

Gouverneur Fischer erklärt, daß die Lage im Distrikt Warschau in den vergangenen Wochen und Monaten bereits sehr schwierig gewesen sei und nach seiner Befürchtung in den kommenden Monaten sich noch verschlechtern werde, wenn die Frage der Kohlenherbeischaffung nicht einer befriedigenden Lösung zugeführt werde. Ohne Kohle könne Warschau diesem Winter nur

mit den allergrößten Sorgen entgegensehen. Die Warschauer Bevölkerung habe bereits mehr als die der anderen Städte Hunger gelitten. Trotzdem habe sie sich sehr ruhig verhalten. Es sei daher notwendig, dieser Haltung psychologisch etwas entgegenzukommen und alles zu vermeiden, was die Bevölkerung als unnötige Terrormaßnahme empfinden könnte. Er denke dabei vor allem an Maßnahmen auf kulturellem Gebiet; so sei z.B. heute noch die Aufführung der Werke Chopins verboten.

Er hoffe, daß die Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels diesmal etwas durchschlagender eingesetzt würden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß das Verbot der Aufführung Chopin'scher Werke aufgehoben wird.

Gouverneur Dr. Lasch erklärt, daß das Lohn- und Preissystem im Distrikt Radom ebenfalls unbefriedigend sei. Im Vordergrunde müßten die Fragen der Kohlenbeschaffung und der Ernteerfassungsaktion stehen. In seinem Distrikt sei alles geschehen, um diese beiden Hauptprobleme zu meistern.

Weiter rege er die Prüfung der Frage an, ob die Textilhandelsgesellschaft ihre Monopolstellung für den Großeinkauf von Textilien beibehalten ~~selle~~, oder ob man im Generalgouvernement weitere Großhandelsfirmen zulassen solle.

Dazu weist Präsident Dr. Emmerich darauf hin, daß die sogen. "Einsatzfirmen" aus dem Reich, die eine Art von Landhandel darstellten, dafür vorgesehen seien. Aber auch diese seien bei der jetzigen Notlage schon aus kapitalmäßigen Gründen nicht in der Lage, Großeinkäufe zu machen. Wenn man für eine Großaktion wie z.B. die Ernteerfassung Waren in Höhe von 25 Millionen Zloty zur Verfügung stellen müsse, so brauche man dazu eine Großhandelsgesellschaft, die solche Warenmengen

10/3

auf Vorrat einkaufen könne. Weiter habe die Textilhandelsgesellschaft die Aufgabe, die eingekauften Textilmengen so zu verteilen, daß gute und schlechte Qualitäten, die darin enthalten seien, prozentual in die einzelnen Distrikte gelangten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs berichtet Präsident Dr. Emmerich, daß vor allem Großfirmen aus Litzmannstadt im Generalgouvernement Niederlassungen hätten. Was die Finanzierung betreffe, so sei das günstigste Angebot für die Aufnahme eines Kredits maßgebend gewesen.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt hierzu, daß die Textilhandelsgesellschaft auch von der Emissionsbank den erforderlichen Kredit hätte erhalten können, wenn ihr daran etwas gelegen gewesen wäre.

Der Herr Generalgouverneur schneidet die Frage an, ob im Rahmen der Textilbewirtschaftung einer Abteilung die Berechtigung zugebilligt werden könne, unter Ausschaltung der Textilhandelsgesellschaft Waren aus dem Reich einzuführen und direkt an ihre Verbrauchergruppe zu verteilen.

Präsident Dr. Emmerich erklärt sich hiermit einverstanden, wenn eine solche Aktion mit seinem Einvernehmen durchgeführt wird.

Gesandter Dr. Rümelin kommt auf die Tatsache zu sprechen, daß bei der Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Textilien die Preisfrage eine große Rolle spielt. Man müsse daher dafür Sorge tragen, Bekleidungsstücke so billig wie möglich abzugeben. Bevorzugt müsse man dabei die Rüstungsarbeiter behandeln.

10/4

Gouverneur Zoerner ist wie Gouverneur Fischer der Auffassung, daß der psychologisch richtige Zeitpunkt für einige Lockerungen in der Behandlung der Polen gegeben sei, da ihr Verhalten in den letzten Monaten sehr loyal sei.

Bezüglich der Ernteerfassung habe er einige Bedenken wegen der mengenmäßigen Erreichung des gesteckten Zieles, da man schon im vorigen Jahr das beabsichtigte Kontingent nicht habe erfassen können und in diesem Jahr dieses Kontingent noch um 20 % erhöht worden sei. Vor allem müsse man den Bauern noch mehr deutsches Saatgut zur Verfügung stellen. Da die Preise hierfür aber sehr hoch seien, würde er eine finanzielle Unterstützung des landwirtschaftlichen Distrikts Lublin begrüßen. Zur vollständigen Durchdringung des Distrikts müßte auch das Verkehrsnetz weiter ausgebaut werden; eine finanzielle Hilfe hierfür sei ebenfalls erforderlich.

Das Problem der Liegenschaftsgüter habe zwei Seiten. Ein Teil von ihnen arbeitete sehr gut, während der andere Teil durch zu schnellen Aufbau seinen Lieferfristen nicht nachkommen könne. Um die Verwalter der Liegenschaftsgüter besser in der Hand zu haben, sei es unbedingt erforderlich, sie den Kreislandwirten zu unterstellen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Tagung mit folgenden Worten:

"Meine Herren!
Ich danke Ihnen allen für Ihre Teilnahme an dieser Tagung, besonders aber den beiden Hauptreferenten, dem geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann und dem Ministerialdirigenten Dr. Emmerich. -
In dem neuen Gebiet, das in Gestalt Galiziens zu uns kommt, treffen sich die alten Zuständigkeiten des Generalgouvernements wieder. Auch ich bin in dem neuen Gebiet selbstverständlich als Generalgouverneur der Bevollmächtigte des Reichsmarschalls für die Angelegenheiten des Vierjahresplanes in den Ostgebieten. Künftighin wird ein Unterschied zwischen dem Generalgouvernement einerseits und den neu besetzten Ostgebieten andererseits eintreten. Für uns aber ist die ganze Angelegenheit der ostpolitischen Regelung mit dem Augenblick erledigt, in dem wir aufgrund des Inkrafttretens des Erlasses des Führers auch zur formalen Inkorporierung Galiziens in das Generalgouvernement kommen werden. Aber in den dann von uns immer so zu bezeichnenden neu besetzten Ostgebieten oder besetzten Ostgebieten ordnet auf Verfügung des Führers ausschließlich der Reichsmarschall als Beauftragter des Vierjahresplanes alle Maßnahmen. Es ist so, daß dort drüben nicht etwa der neu ernannte Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, auch nicht der Reichskommissar irgendeiner zentralen Abteilung etwa im Reichsministerium für die Ostfragen, oder eine Abteilung Wirtschaft führt, sondern daß die gesamte Wirtschaftskapazität der besetzten Ostgebiete ausschließlich von Berlin aus durch dauernde, nicht nur allgemeine, sondern auch konkrete Anweisungen des Reichsmarschalls direkt geregelt wird. Sie können daraus entnehmen, wie wichtig

11/2

es ist, daß wir in dem Gebiet Galizien unsere Verwaltung genau so behalten wie bisher.
Etwa Mitte September werde ich dieses Kollegium wieder zusammenrufen.
Da das Wort weiter nicht gewünscht wird, schließe ich die Tagung.

Schluß der Tagung 19^{05}

Anlage I

S P I N N S T O F F W A R E N

für die Ernte-Erfassungsaktion 1941.

(Änderungen in den Artikeln möglich).

Warenart:	St./Paar/Meter:	Zloty:
Einheitsanzüge	2o.ooo	2.5oo.ooo
Arbeitsanzüge	1oo.ooo	3.ooo.ooo
Manchesterhosen	1o.ooo	165.ooo
Zoganzüge	3o.ooo	7oo.ooo
Männerjoppen	3o.ooo	1.5oo.ooo
Unterhosen	15o.ooo	75o.ooo
Herrensocken	3oo.ooo	9oo.ooo
Wolljacken	1o.ooo	2oo.ooo
Männerhemden	15o.ooo	1.2oo.ooo
Frauenkleider u.Frauenkittel	1oo.ooo	2.75o.ooo
Umschlagtücher u.Kopftücher	1oo.ooo	75o.ooo
Frauenschürzen	2o.ooo	12o.ooo
Frauenpullover	2o.ooo	4oo.ooo
Frauenunterwäsche (Garnit)	5o.ooo	35o.ooo
Frauenstrümpfe	15o.ooo	75o.ooo
Kinderstrümpfe	5o.ooo	125.ooo
Meterware für Frauenkleidung	3oo.ooo	1.2oo.ooo
" " Männerbekl. (inkl. Arbeitsbekleidung)	4oo.ooo	5.5oo.ooo
Geschirrtücher,Handtücher u. dgl.	1oo.ooo	2oo.ooo
Schlafdecken	5o.ooo	1.75o.ooo
Strohsäcke	2o.ooo	2oo.ooo
		rund25.ooo.ooo Zloty.

" 35.ooo.ooo "

EGIERUNG DES GENERALGOUVERNEMENTS
Hauptabteilung Wirtschaft
- Der Leiter -

Krakau, den 16.Juli 1941
Rie/ Beh/ Vp.

Anlage II

die
rren Chefs der Distrikte (Abteilung Wirtschaft)

K r a k a u
W a r s c h a u
R a d o m
L u b l i n

e Herren Kreishauptleute (Abteilung Wirtschaft) und
e Herren Stadthauptleute (Abteilung Wirtschaft).

trifft: Ernteerfassungsaktion; Belieferung der ländlichen Bevölkerung mit gewerblichen Erzeugnissen im Rahmen des Prämienschein-systems zum Zwecke der Ernteerfassung.

In Verbindung mit der Ernteerfassungsaktion 1940/41 ist zum ersten Mal das Prämienscheinsystem angewandt worden. Es beruht auf dem Gedanken, dass der Bauer lebensnotwendige und begehrte Waren auf dem Wege über den Prämienschein bevorzugt zugeteilt erhält und zwar als Belohnung für die Ablieferung seiner Produkte. Es handelt sich also nicht um eine Tauschaktion, sondern um eine auf Zloty lautende Bezugsberechtigung, die es dem Bauern ermöglicht, die Waren zu normalen Preisen einzukaufen. Das Gelingen der Ernteerfassung ist die Voraussetzung für die Sicherung der Ernährung in den Städten und Industriezentren. Die entscheidende Bedeutung der Aktion macht es allen beteiligten amtlichen und privaten Stellen zur Pflicht, sich für ihr volles Gelingen in allen Teilen mit grösster Gewissenhaftigkeit einzusetzen.

Die diesjährige Ernteerfassungsaktion, die auf den Erfahrungen der vorjährigen, stark improvisierten Ernteerfassung aufbaut, soll auf dem gewerblichen Sektor im Verhältnis zum Vorjahr eine straffere Durchführung und Gliederung erfahren. Der Bauer muss einsehen, dass er seinen Bedarf während der Laufzeit der Aktion nur im Prämienscheinsystem zu normalen Preisen decken kann, sodass unbeschadet eines etwa auszuübenden Zwanges ein natürlicher Anreiz für ihn gegeben ist, seine Produkte bei der für ihn zuständigen Erfassungsstelle abzuliefern.

Die Ausstellung von Bezugscheinen oder gar die freie A
von prämienscheinpflichtigen Waren an die bäuerliche Bevölkerung
während der Laufzeit der Aktion zu unterbleiben, da sonst der Wer
des Prämienscheins und der Erfolg der Prämienscheinaktion von vor
herein in Frage gestellt wird.

Trotz der starken Anspannung auf dem Gebiet der Versor
mit gewerblichen Erzeugnissen sind für die Ernteerfassungsaktion
diesem Jahre bedeutende Lagermengen zurückgestellt worden und wei
Mengen werden, aus laufender Produktion und aus Einfuhren, der Akt
zugeleitet. Die Erfahrungen, die im vergangenen Jahr mit der regio
verschiedenen Beanspruchung gemacht wurden, sind berücksichtigt wo
Auch ist der Kreis der prämienbegünstigten Landesprodukte weiter g
zogen worden.

Ich werde dafür sorgen, dass durch Kontrollen, die währ
der Anlaufzeit der Aktion gemeinsam mit den Wirtschaftsabteilungen
der Distriktchefs in allen Kreishauptmannschaften durchgeführt wer
etwa auftretende Unzulänglichkeiten schnellstens behoben werden.
Gleichzeitig bezweckt die Kontrolle, die genaue Innehaltung der
ergangenen Anweisungen durch die mit den Verteilungsaufgaben betra
Firmen sicherzustellen.

Die Einzelheiten der Aktion sind aus den beigefügten
Anlagen ersichtlich.

gez. Dr. E m m e r i c h

Beglaubigt:

Reg.Inspektor.

I. Die Gliederung der Ernteerfassungsaktion

Die Ernteerfassungsaktion gliedert sich in folgende Einzelaktionen:

1.) Prämienscheinaktion A

"Getreide, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse"
Gegen die Abgabe dieser Produkte werden bereitgestellt:
a) Spinnstoffwaren - für 20 % des Wertes der abgelieferten Menge -
dazu für 1 dz:
b) 1/2 l Trinkbranntwein
c) 1 l Petroleum

2.) Prämienscheinaktion K

"Kartoffeln"
Gegen die Ablieferung von Kartoffeln werden bereitgestellt:
Eisenwaren - für 20 % des Wertes der abgelieferten Menge nach Massgabe der anliegenden Liste der prämienscheinpflichtigen Waren vom 23.Juni 1941.

3.) Prämienscheinaktion Fl. u. H.

"Flachs und Hanf"
Gegen die Ablieferung werden bereitgestellt:
Spinnstoffwaren - für 25 % des Wertes der abgelieferten Menge,

4.) Prämienscheinaktion V

"Schlachtvieh"
Es werden bereitgestellt:
a) Schuhe mit Leder - oder Gummisohlen bezw. Reparaturleder - für rd. 25 % des Wertes des abgelieferten Schlachtviehs.
b) Als Sonderregelung für den Distrikt Krakau mit Ausnahme des Kreises Miechow, und zwar auf Grund besonderer Agrarstruktur, zusätzlich Eisenwaren für 10 % des Wertes des abgelieferten Schlachtviehs, ~~nach Massgabe der anliegenden Liste~~.

5.) Prämienscheinaktion M

"Milch und Butter"
Für 5 kg der von der Molkerei abgelieferten Butter erhält dieselbe zur Weitergabe an die Milchablieferer:

3 kg Kraftfutter

im Wege der Verrechnung ohne Prämienschein.

Als Sonderregelung für die Kreise des Distrikts Krakau mit Ausnahme des Kreises Miechow stehen Spinnstoffwaren für 20 % des Wertes der abgelieferten Milch bezw. Buttermenge zur Verfügung.

6.) Prämienscheinaktion (ohne Kennbuchstabe) für die Erfassung von Garten- und Waldbeeren, Kern- und Steinobst usw.

1.) für Gartenbeeren (Johannis- Stachel- und Erdbeeren, Himbeeren und Brombeeren)

Bereitgestellt werden:

a) 1 kg Gummisohlenplatten bezw. Absätze - für netto 100 kg Gartenbeeren

Ferner für je 10 kg:

b) 1 Päckchen Zigaretten à 20 Stück

c) 1/2 kg Salz

2.) für Waldbeeren - (Heidel-, Preisel-, Himbeeren und Brombeeren, Pilze - Eicheln - Rosskastanien Hagebutten - Ebereschen, Heil-, Duft-, Gewürz- und Teekräuter)

Bereitgestellt werden für je 10 kg:

a) 1 Päckchen Zigaretten à 20 Stück

b) 1/2 kg Salz

für getrocknete Kräuter werden doppelte Mengen ausgefolgt.

3.) für alles andere Obst:

a) je 10 kg - 20 Stück Zigaretten

b) 1/2 kg Salz

7.) Erfassungsaktion Wolle (nicht gegen Prämienabschnitt)

Es werden ausgegeben und zwar auf Grund einer Verrechnung zwischen Landwirtschaftlicher Zentralstelle und Textilhandelsgesellschaft Krakau:

Spinnstoffwaren - für rund 60 % des Wertes der abgelieferten Wolle

Ausserdem erhalten Schafhalter mit weniger als 50 Schafen gleich nach der Schur 25 % der Schweisswolle auf Wunsch zusätzlich zurück.

8.) Ausser vorstehenden Aktionen laufen noch weitere Erfassungsmassnahmen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und zwar:

1.) Prämienscheinaktion Ö (Ölfrüchte: Raps, Mohn, Senf und Lein)
2.) Erfassungsaktion für Zuckerrüben
3.) " " Eier
4.) " " Honig

Die zur Verteilung gelangenden Prämien stammen aus der landwirtschaftlichen Produktion und sind aus dem anliegenden Rund-

schreiben der Abteilung E.u.L., wie alles weitere, was die Landwirtschaft angeht, ersichtlich.

9.) Für die Erfassung besonderer noch festzulegender landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht ein grosser Posten:

Haushaltsseife à 250 g und
Pakete Waschpulver à 250 g

zur Verfügung. Lieferbar in drei Raten ab 1.9.1941.

II. Das Prämienscheinsystem und seine Durchführung

1.) Verkauf und Nachbezug prämienscheinpflichtiger Waren.

Der Bauer liefert die Landesprodukte bei den ihm kannten Erfassungsstellen der Landwirtschaftlichen Zentralstelle Er erhält dafür eine Empfangsbescheinigung, die aus zwei Teilen b steht, von denen der Teil 1) den Stammabschnitt und der Teil 2) d eigentlichen Prämienschein darstellt. Nur gegen Hergabe des Prämi scheinabschnittes darf die prämienscheinpflichtige gewerbliche Wa verkauft werden. Der Verkäufer kann seinerseits neue Ware nur nac Massgabe des eigenen Prämienscheinanfalls nachbeziehen. Zur Durch rung dieser Massnahme hat er die von ihm eingenommenen Prämiensch abschnitte dem Grosshändler einzureichen, der seinerseits neue Wa nur gegen Hergabe eines Sammelprämienscheins bekommt, den ihm der Kreishauptmann mindestens einmal monatlich gegen Einreichung der sprechenden Menge von Prämienscheinabschnitten ausstellt. Diese Sammelprämienscheine gehen bei Eisenwaren über die für die Gross- händler bezw. Kreisgenossenschaften zuständige kaufmännische Zent d.h. die Handelsgesellschaft Deutscher Kaufleute oder die Landwir schaftliche Zentralstelle. Der Weg für die anderen Prämienscheine ist von den verschiedenen Bewirtschaftungsstellen besonders vorg schrieben. Die Sammelprämienscheine werden bei den Bewirtschaftun stellen zentral erfasst. Diese führen Prämienscheinkonten, welche eine Übersicht und Überprüfung ermöglichen.

Von dem Grundsatz, dass prämienscheinpflichtige Waren nur gegen Prämienscheinabschnitte ausgehändigt werden dürfe kann bei Eisenwaren und zwar nur in einem Falle abgewichen werden Auf Wunsch der Hauptabteilung E.u.L. ist zugestanden worden, dass der Kreislandwirt in besonders dringenden Fällen Vorschussbeschei zum Bezug von prämienscheinpflichtigen Eisenwaren ausstellen kann. Der Kreislandwirt ist für die spätere Beibringung der Prämienschei abschnitte in entsprechender Höhe der Vorschussbescheinigung verar wortlich. Der Kleinhändler kann nur auf Grund des nachgelieferten Prämienscheinabschnittes , nicht aber mit der Vorschussbescheinig die ausgegebene Ware nachbeziehen.

2.) Der Sammelprämienschein

Die Ausstellung von Sammelprämienscheinen für die Grosshändler durch die Kreis- (Stadt-)hauptleute, erweist sich als notwendig, da die Sichtung der einzelnen Prämienscheinabschnitte bei den obersten Verteilungsstellen nicht möglich ist.

Um die Arbeit bei den Kreis-(Stadt-)hauptmannschaften zu erleichtern, sind die Grosshändler angewiesen, die Scheine zu bündeln und eine entsprechende Aufstellung beizufügen.

Der Sammelprämienschein, für den ein Entwurf beigefügt wird, darf nur in einem Exemplar ausgegeben werden. Eine Durchschrift bleibt bei den Akten des Kreis-(Stadt-)hauptmanns.

Aus Gründen der Einheitlichkeit und der Kontrolle werden die Herren Kreis- (Stadt-)hauptleute gebeten, den Sammelprämienschein selbst zu unterschreiben.

Die vom Grosshändler eingereichten und durch Sammelprämienschein quittierten Einzelprämienabschnitte sind sofort durch Lochung zu entwerten und nach Gattungen getrennt zwecks Kontrolle gebündelt aufzubewahren.

3.) Form, Aussehen und Gebrauch der Prämienscheine

Stammabschnitt und Prämienscheinabschnitt tragen das Kennzeichen der jeweiligen Prämienaktion. Die einzelnen Aktionen unterscheiden sich voneinander durch verschiedene Farbe der Prämienscheine. Jeder Prämienscheinabschnitt enthält deutlich sichtbar die Bezeichnung der betreffenden Prämienware.

Stammabschnitt und Prämienscheinabschnitt enthalten den Namen des jeweiligen Kreises und eine Nummer, angefangen bei der Nummer 000.001. Die Höhe der einzelnen Prämien ist auf dem Stammabschnitt und Prämienscheinabschnitt in Zahlen u.Worten in Zl.angegeben.

Der Stammabschnitt muss vom Leiter der Erfassungs- und Abrechnungsstelle unterzeichnet sein.

Die Gültigkeit erstreckt sich im Gegensatz zur vergangenen Eiercrfassungsaktion auf die ganze Dauer der Aktion, sie ist aber auf die einzelnen Kreise beschränkt. Die Prämienscheine lauten auf den Namen und sind nicht übertragbar.

Der Inhaber des Prämienscheins muss zwecks Einlösung desselben Stammabschnitt und Prämienscheinabschnitt in dem betreffenden, zum Verkauf von Prämienwaren,zugelassenen Einzelhandelsgeschäft vorlegen, damit die Übereinstimmung der Zahlen nachgeprüft und Fälschungen festgestellt werden können. Beim Verkauf von Waren hat der Verkäufer den Prämienscheinabschnitt abzutrennen und einzubehalten, während der Stammabschnitt dem Käufer zurückzugeben ist.

Prämienscheinabschnitte, die ohne Stammschein vorgelegt werden oder die aus anderen Kreisen stammen, dürfen nicht eingel werden.

Die Pflichten des Einzelhändlers und die Handhabung des Warengeschäfts innerhalb des Prämienscheinsystems sind im übrige durch den Verpflichtungsschein 1941/42, der als Anlage beigefügt Anlage 3 im einzelnen festgelegt. Dieser Verpflichtungsschein ist von den für den Einzelhandelsbetrieb verantwortlichen Personen, zu unter- schreiben, sein Inhalt ist strengstens zu befolgen. Der Verpflich schein verbleibt in einer Ausfertigung beim Kleinhändler. In eine weiteren Ausfertigung wird er dem Grosshändler übergeben.

4.) Organisation der Warenverteilung

a) Allgemeines.

Aus Gründen der Übersicht war es erforderlich, eine begre Zahl von Firmen für die Ernteerfassungsaktion auszuwählen und die mit der Verteilung der prämienscheinpflichtigen Waren zu betraue Die für den Einzelverkauf in Frage kommenden Einzelhandelsgesch bestimmt der Kreis-(Stadt-)hauptmann. Die Herren Kreis-(Stadt-)ha leute werden gebeten, diese Bestimmung, soweit es noch nicht ges sein sollte, sofort zu treffen, und zwar unter Anhörung des jewe Kreisgrosshändlers. Die ausgewählten Firmen sind in geeigneter We durch Aushang bekannt zu geben. Diese Firmen selbst sind berecht Anlage4 ihre Zulassung durch einen Aushang nach Anlage 4 im Schaufenster kannt zu geben.

Besondere Aufmerksamkeit ist einer angemessenen Verteilu der prämienscheinpflichtigen Waren auf die Einzelhändler des Kre zuzuwenden.

b) Die Verteilung der Spinnstoffe.

Die Verteilung der gegen Prämienschein zur Ausgabe kommen Spinnstoffe ist durch besondere Anweisungen der Bewirtschaftungss für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren an den beteiligten Handel ge Anlage5 (Anlage 5). Spinnstoffwaren gelangen über die Kreisgrosshändler a Textilgrosshändler zur Verteilung.

c) Verteilung von Eisenwaren.

Die Verteilung der gegen Prämienschein zur Ausgabe gelan Anlage 6 Eisenwaren ist durch besondere Anweisung der Bewirtschaftungsste für Eisen und Stahl geregelt. (Anlage 6). Die Eisenwaren gelange

zum Teil durch den Kreisgrosshändler, zum Teil durch den landwirtschaftlichen Verteilungsapparat zur Ausgabe. Der Verteilungsapparat ist insofern vereinheitlicht worden, als auch die Walzwerkserzeugnisse, soweit sie in die Aktion einbezogen sind, nicht mehr unmittelbar durch die Verbandsgrosshändler, sondern auf dem Wege über die Kreisgrosshändler zur Verteilung gelangen.

d) Verteilung der Schuhwaren.

Gemeinsam mit der Hauptabteilung E.u.L. wurde ein Plan ausgearbeitet, um dem Bauern ab 1.8.1941 zunächst für die Dauer von 3 Monaten im Wege des Prämienscheinsystems Schuhe und Leder zur Verfügung zu stellen. Die Prämie beträgt 25 % des Wertes des abgelieferten Viehes, wobei 9/10 des Prämienbetrages zum Ankauf von Schuhen, 1/10 zum Ankauf von Reparaturleder oder Schuhen berechtigt. Die entsprechenden Prämienscheine werden auf Grund der Abrechnung über abgeliefertes Vieh vom jeweiligen Marktleiter unterzeichnet.

Der Verkauf der Schuhe im Einzelhandel erfolgt durch die vom Kreishauptmann bereits eingesetzten Schuhgeschäfte, der Verkauf von Sohlen und Reparaturleder wird durch die Kreislederhändler vorgenommen. Die eingegangenen Prämienscheine sind von den Schuhgeschäften und Kreislederhändlern zwecks Nachlieferung an die Hauptabteilung E.u.L. Gruppe III einzusenden, die je nach der Menge der eingegangenen Prämienscheine durch Vereinbarung mit der Bewirtschaftungsstelle für Leder und Pelze die weitere Verteilung auf die Distrikte regelt.

e) Verteilung von Gummisohlenplatten und Absätzen.

Die zur Verteilung gestellten Gummisohlenplatten und Absätze stellen ein Sonderkontingent dar, dessen Verteilung über die Distriktshändler bezw. Lederkontore durch die Kreislederhändler vorgenommen wird. Als Prämienschein gilt für die Ausgabe der vorbezeichneten Warengattung ausnahmsweise ein Doppel des Ablieferungsstammscheins in grüner Farbe, der als Beleg genau so weitere Verwendung findet, wie die üblichen Prämienabschnitte.

Der Kreislederhändler übergibt die eingenommenen Ablieferungsbescheinigungen mit einer Zusammenstellung an den Hauptverband der Gartenwirtschaft Krakau. Die Weitere Warenzuteilung erfolgt von dort aus im Auftrage der Hauptabteilung E.u.L. je nach Eingang der Ablieferungsbescheinigungen.

f) Haushaltsseife und Waschpulver.

Die Seifenverteilung erfolgt durch die Kreisgrosshändl bezw. durch die, für die Prämienscheinaktion eingesetzten Kleinhändler. Vorschriften über die Abgabe dieser Waren innerhalb des Prämienscheinsystems werden noch ergehen.

g) Petroleum.

Die Herren Kreis-(Stadt-)hauptleute werden gebeten, da zu achten, dass die erforderlichen Mengen Petroleum für die Ernt erfassung stets zur Verfügung stehen, damit nicht durch irgendwe Ausfälle der Wert der Petroleumprämie herabsinkt.

h) Trinkbranntwein, Zigaretten, Salz usw.

Die Verteilung dieser Artikel erfolgt nach Weisungen der Hauptabteilung E.u.L. Die Waren sind in der Aufstellung der einzelnen Prämienscheinaktionen nur aus Gründen der vollständige Schilderung der Einzelaktionen aufgeführt.

BEWIRTSCHAFTUNGSSTELLE
für Kohle
im Generalgouvernement

Kraka, den 21.Juli 1941.
Dr.J/He.

Anlage III

B e r i c h t

über die Kohlenversorgung des Generalgouvernements.

A. Kohlenwirtschaftsjahr 194o/41 (1.4.194o - 31.3.1941)

I. Bedarf.

Von der damaligen Dienststelle für den Vierjahresplan wurden im Februar/März 194o auf Grund von Schätzungen anhand polnischer Unterlagen beim Reichskohlenkommissar für das Kohlenwirtschaftsjahr 194o/41 zur Deckung des Kohlenbedarfes des Generalgouvernements ohne Berücksichtigung der Mengen der Ostbahn, jedoch einschliesslich des nach der damaligen Truppenbelegung zu erwartenden Bedarfes der Wehrmacht, angefordert:

Krakauer und Dombrowaer Kohle		5,5oo.ooo to
Oberschlesische und Karwiner Gas-und Spezialkohle	36o.ooo "	5,86o.ooo to
Oberschlesischer und Karwiner Koks		36o.ooo "
		6.22o.ooo to

Diese Mengen wurden zur Lieferung zugesagt. Die durch die Kriegsentwicklung bedingte Notwendigkeit, vom Reich aus allmählich immer weitere Teile Europas mit Kohle zu versorgen, zwang den Reichskohlenkommissar, die dem Generalgouvernement zustehenden Mengen aus dem Krakauer und Dombrowaer Revier auf . . . . . 5,5oo.ooo to einschliesslich des Bedarfes der Ostbahn (1,5 bis 1,8 Mill.to) zu senken. Dem Generalgouvernement verblieb demnach kontingentsmässig eine Menge von

3,7 bis 4 Millionen Tonnen

Die vorgenommene Mengenkürzung bedeutet rechnungsmässig den Ausfall der gesamten Hausbrandversorgung für die polnische Bevölkerung (1,8oo.ooo to), für welche in der angegebenen Zahl eine Menge von 1o kg pro Kopf und Monat angesetzt ist.

II. Tatsächliche Lieferungen im Kohlenwirtschaftsjahr 1940/41.
(Kohle und Koks aus allen Revieren ohne Eisenbahndienstkohle und ohne Wehrmacht)

In dem Zeitraum vom 1. 4.bis 30.9.1940	2,310.000 to
" " " " 1.10.40" 31.3.1941	1,287.500 "
	3,597.500 to

Die sehr guten Lieferungen im ersten Halbjahr ergaben sich daraus, dass die vom Reichskohlenkommissar vorgesehenen Kontingente zunächst noch nicht scharf beachtet wurden und die Reviere namentlich in der Zeit vom April bis Juni erhebliche Mengen darüber hinaus geliefert haben. Diese Mengen sind der Grundstock für eine Bevorratung gewesen, welche schon mit den normalen Monatsmengen nicht mehr hätte durchgeführt werden können. Die in dieser Zeit hereingekommene Kohle hat in dem durch die Transportnotstände schwierigen Winterhalbjahr allein ein Durchhalten der lebenswichtigen und kriegsentscheidenden Betriebe ermöglicht.
Ab Januar 1941 wurden die Verladungen durch Massnahmen der Bewirtschaftungsstelle für Kohle auf die wichtigsten Verbrauchergruppen (Versorgungsbetriebe, kriegsentscheidende Industrie, sonstige lebenswichtige Betriebe, Ernährungswirtschaft und öffentliche Einrichtungen) konzentriert. Längere oder kürzere Betriebsstillegungen bei der zweitwichtigen Industrie liessen sich bei dieser Lage nicht vermeiden. Das vom Reich her vorgesehene Soll ist durch die guten Lieferungen des ersten Halbjahres trotz der starken Rückgänge im zweiten Halbjahr knapp erreicht worden. Der bekannte Notstand beweist, dass die zugeteilten Mengen zu gering waren. Es ist nicht nur der Hausbrand mit wenigen Ausnahmen ausgefallen, sondern die Bedarfssteigerung bei der kriegs-und lebenswichtigen Industrie brachte auch die zweitwichtigen Betriebe zum Erliegen.

B. Kohlenwirtschaftsjahr 1941/42 (1.4.1941 - 31.3.1942)

I. Bedarf.

Bei der Reichsstelle für Kohle wurden angefordert:

Krakauer und Dombrowaer Kohle	5,400.000 to	
Oberschlesische und Karwiner Gas-und Spezialkohle	360.000 "	5,760.000 to
Oberschlesischer und Karwiner Koks		480.000 "
		6,240.000 to

In dieser Anforderung ist wiederum die Ostbahn nicht enthalten. Ausserdem wurde diesmal der Bedarf der Wehrmacht nicht mit hereingenommen.

Die Reichsstelle für Kohle hat diese Anforderung zur Kenntnis genommen, ohne bisher eine Zusage oder Absage zu geben. Eine derartige Stellungnahme ist in Anbetracht der gespannten Transportlage zunächst nicht vorgesehen.

II. Tatsächliche Lieferungen für die Zeit vom 1.4.bis 30.6.1941

Die Bahnlieferungen des Krakauer und Dombrowaer Reviers verteilen sich in diesem Zeitraum auf die einzelnen Verbrauchergruppen wie folgt:

Elektrizitätswerke	129.381	to
Rüstungsbetriebe, sonst.kriegsentscheidende und lebenswichtige Betriebe	95.201	"
Ernährungswirtschaft	51.467	"
Verkehr und Strassenbau	17.475	"
sonstige Industrie	8.237	"
Lieferungen an die Distriktsstellen	91.135	"
		392.896 to

Übertrag 392.896 to

(Die Lieferungen an die Distriktsstellen erfolgten aus Transportgründen an diese Sammeladresse. Die Kohle diente der Aufrechterhaltung der öffentlichen Einrichtungen, lebenswichtigen Gewerbe und einzelner wichtiger Zulieferungsindustrien in den Distrikten)

Hierzu kommen folgende Mengen an Gas-und Spezialkohle und Koks aus Oberschlesien und Karwin 150.375 "

Auf dem Wasserwege wurden in dem gleichen Zeitraum verladen rund 57.000 "

Die Gesamtmenge in der Zeit vom 1.4.-30.6.40: 600.271 to
dem gegenüber steht ein Soll von : 1,540.000 "

es verbleibt also eine Fehlmenge von: 939.729 to

In dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden insgesamt in das Generalgouvernement 1,294.000 to ohne Wassermengen verladen.

Die normalen Monatsmengen belaufen sich nach der Bedarfsanforderung auf 520.000 to
Wenn hiervon der Hausbrand für die polnische Bevölkerung einschliesslich der von der Ernährungswirtschaft als Hausbrand gewünschten Menge mit 150.000 "
in Abzug kommt, verbleibt als Durchschnitts-Monats-Soll 370.000 to

Im ersten Vierteljahr sind stattdessen insgesamt nur 200.000 to im Monatsdurchschnitt eingegangen. Für den Monat Juli sind bei Beibehaltung der augenblicklichen Verladungen etwa 240.000 to günstigstenfalls zu erwarten.

Um den dringendsten Bedarf der wichtigsten Verbrauchergruppen unter Ausserachtlassung der zweitwichtigen Industrie und des Hausbrandes der polnischen Bevölkerung zu decken, ist in den kommenden Monaten laufend eine Menge von mindestens 250.000 bis 270.000 to notwendig.

C. L a g e .

I. Seit Beginn der Transportsperren (Oktober 194o) hat die Bewirtschaftungsstelle für Kohle und vor allem die Regierung selbst, in laufenden Verhandlungen und Fernschreiben, bei der Reichsstelle für Kohle die Notlage des Generalgouvernements dargestellt. In Anbetracht der Versorgungsschwierigkeiten in den gesamten Ostgebieten des Reiches ist es bedauerlicherweise nicht möglich gewesen, mehr zu erreichen. Auch die Verhandlungen mit der Generaldirektion der Ostbahn, dem Reichsverkehrsministerium, der Generalbetriebsleitung Ost und der Reichsbahndirektion Oppeln ergaben keine Erleichterungen. Alle Versuche, dem Generalgouvernement durch Sondermassnahmen zusätzliche Verladungen zu verschaffen (Pendelzug Krakauer Revier - Krakau, Bereitstellung von Wagen der Ostbahn usw.) scheiterten an den vom Reichsverkehrsministerium zur Aufrechterhaltung einer flüssigen Betriebslage in den Revieren getroffenen Anordnungen.

Die Weichselschiffahrt wurde in diesem Jahre früher als sonst üblich aufgenommen und hat bisher bessere Ergebnisse als in allen Vorjahren erzielt. Dies ist durch eine Vermehrung der Schlepper und den Einsatz weiterer Galeeren möglich gewesen. Weitere Mehrleistungen dürfen wegen des Mangels an zusätzlichen Schleppern und Galeerenraum nicht möglich sein. Die Weichselschiffahrt wird überwiegend für die Versorgung der Stadt Krakau eingesetzt, um bei der geringen Tragfähigkeit der Galeeren (5o to) durch möglichst schnellen Umlauf grosse Mengen transportieren zu können. Im Monat Juli wird die Weichselschiffahrt fast ausschliesslich für die Heranschaffung von Druschkohle eingesetzt.

Soweit die Treibstofflage es zugelassen hat, haben sich einzelne Verbraucher in den reviernahegelegenen Orten ihren Kohlenbedarf mit Lastkraftwagen herangeschafft.

II. Der augenblickliche Versorgungsstand gestaltet sich wie folgt:

Die Versorgungsbetriebe (Elt-,Gas-und Wasserwerke) sind auf mindestens 2-3 Wochen bevorratet.

Die kriegs-und lebenswichtigen Industriebetriebe sind durchschnittlich auf 8-14 Tage versorgt.

Die Ernährungswirtschaft ist im Monat Juli in Anbetracht der Dringlichkeit der Druschkohlenanlieferung und der Bevorratung der Zuckerfabriken bevorzugt beliefert worden. Die Mengensteigerungen sind ihr fast fast ausschliesslich zugefallen. Bis zum 17.7. wurden für die Ernährungswirtschaft einschließlich der Wassermengen 39.627 to verladen,
gegenüber einer Menge von 5o.363 to
im ganzen vorhergegangenen Vierteljahr.
Ab 21.7. liegt die tägliche Durchschnittsmenge für die Ernährungswirtschaft bei 5.ooo to, sodass bis Ende dieses Monats noch etwa 5o.ooo bis 6o.ooo to herausgebracht werden können. Hierfür ist allerdings Voraussetzung, dass Ansprüche anderer Verbrauchergruppen gegenüber dem augenblicklichen Verladeanteil nicht erhöht werden.

Die zweitwichtige Industrie wird weiterhin micht versorgt werden können.

Für die lebenswichtigen gewerblichen Betriebe (Bäcker und Schlächter) und öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Entlausungsanstalten usw) kann mit der Bevorratung für den Winter noch nicht eingesetzt werden. Der Tagesbedarf wird im Allgemeinen gedeckt. Das gleiche gilt für die Versorgung der deutschen Dienststellen und der reichs-und volksdeutschen Bevölkerung.

III. Seit dem 21.7. werden täglich etwa 9.ooo to Kohle und Koks für die Wirtschaft des Generalgouvernements verladen. Wie bereits erwähnt, erhält hiervon der Ernährungssektor etwa 5.ooo to täglich. Diese 9.ooo to können nicht ausreichen um den Bedarf des Generalgouvernements sicherzustellen.

Die für die Ernährungswirtschaft bereitgestellten Mengen entsprechen noch nicht den Wünschen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Sie werden mindestens in dieser Höhe auf absehbare Zeit beibehalten werden müssen.

Die für die Elt-und Gaswerke erforderlichen Mengen von z.Zt. täglich 2 - 2.5oo.to müssen mit dem kommenden Winter auf mindestens 3-3.5oo to täglich erhöht werden.

Ebenfalls steigt in den Wintermonaten der Bedarf der kriegs- und lebenswichtigen Betriebe von z.Zt. etwa 1.ooo to täglich auf 2.ooo to.

Für die deutschen Dienststellen, öffentlichen Einrichtungen und für die Versorgung der reichs-und volksdeutschen Bevölkerung sind selbst bei knappester Berechnung in den Wintermonaten täglich etwa 1.ooo to erforderlich.

Der dringendste Tagesbedarf für die soeben angeführten Verbrauchergruppen kann mit rund

11.ooo bis 12.ooo to

angenommen werden.

Da eine Winterbevorratung für diese Verbraucher durchwegs fehlt, könnte mit diesen Mengen gerade der laufende Tagesbedarf gedeckt werden. Vorratsansammlungen zur Überbrückung von Transportstockungen usw. wären damit nicht möglich. Bei der Tagesmenge von 12ooo to müssten sämtliche industriellen Betriebe, soweit sie nicht kriegs und lebenswichtig sind, still gelegt werden. Es ist durchaus anzunehmen, dass auch kriegsentscheidende Industriebetriebe der Gefahr der Stillegung ausgesetzt sind. Eine Hausbrandversorgung der polnischen Bevölkerung müsste wiederum restlos ausfallen.

Dr. Jehne

~~Anlage 1 gibt einen Überblick über den Kohlenaingang ab 1.Januar 1941.~~

~~Anlage 2 weist die Verladungen des Krakauer und Dombrowaer Bezirkes ab 1.März 1941 an die einzelnen Verbrauchergruppen nach Dekaden aus.~~

Energiewirtschaftssitzung

am Mittwoch, dem 29. Oktober 1941

im Großen Saal der Burg zu Krakau.

=====

Gefertigt in 2 Exemplaren
1. f.d.A. d.Kanzl.d.GG.
2. f. StS. Dr. Bühler

Meurer

8.11.1941

Wasserwirtschaftssitzung

am Mittwoch, dem 29. Oktober 1941
auf der Burg zu Krakau.

Teilnehmerliste

Name	Dienstgrad	Dienststelle
Bühler		
Frank		
Naumann		
Bauernfeind		
Meyer		
Reinhardt		
Keppler		
Dr. Fischer		
Dr. Fischer		
Dr. Fischer

Namen	Dienstgrad	Dienststelle
Mittendorf	Regier.	Ob. Bürgerm.
Dr. [illegible]	Reg. Dirig.	HA. Wirtsch.
Kirschbaum	Inspektor	Landwirtschaftsamt Aurich Aur.
Kirchhoff		

Beginn der Sitzung: 11^{05} Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß der Herr Generalgouverneur ihn mit seiner Vertretung beauftragt habe.

Der Ausbau des Dunajec wie überhaupt der Wasserkräfte des Generalgouvernements sei eine der grundlegenden Aufgaben der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement überhaupt. Die Erschließung der Wasserkräfte werde ihre Energien in die verschiedensten wirtschaftlichen Sektoren ausstrahlen und in ihrem Endergebnis sowohl landwirtschaftlich, wie auch allgemein gewerblich der Wirtschaft des Reiches großen Nutzen bringen. Auch das Kohlenproblem wie die Abhängigmachung der Wirtschaft von Kohlentransporten usw. würden von einem Ausbau dieser Kräfte profitieren. Angesichts des Umstandes, daß die deutsche Herrschaft in diesem Gebiet nie mehr aufgegeben werde, könne kein Zweifel darüber bestehen, daß diese großen Projekte in Angriff genommen werden müßten und auch die gesamte Finanzkraft des Generalgouvernements in den Dienst dieser Planung zu stellen sei.

Staatssekretär Dr. Bühler begrüßt darauf den Regierungsbaumeister Münch als Gast des Reiches.

Präsident Bauder führt aus, daß auf Grund einer Vereinbarung zwischen Generalgouvernement und Reichsverkehrsministerium vom August v.J. der Weichselausbau als Maßnahme des Reiches und des Generalgouvernements festgelegt worden sei. In Verfolg dieser Vereinbarung habe auch ein Generalplan über die Herstellung von Talsperren aufgestellt werden müssen, weil die Errichtung dieser Talsperren einen wesentlichen Bestandteil für die Erhaltung der notwendigen Wassermenge darstellten. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Regierungsbaumeister München und der Abteilung Wasser-

bau sei nun ein Generalplan über die Errichtung von Talsperren im gesamten Gebiet des Generalgouvernements aufgestellt worden. Dieser Plan sei aus geographischen Gründen auch auf das Gebiet der Slowakei bezogen. Darüber habe man bereits Vorbesprechungen gepflogen.

Oberbaurat Treplin stellt fest, daß es sich bei der Inangriffnahme dieses Generalplans für den Bau von Talsperren um eine einmalige Aufgabe handle. Man müsse bedenken, daß die Weichsel von allen Strömen Deutschlands der unausgeglichenste sei. Das Verhältnis von Niedrigwasser zu Hochwasser sei bei der Weichsel am größten. Die Mittel zur Beseitigung dieses Zustandes müßten ganz außergewöhnlich sein. Bei der Aufstellung dieses Generalplans hätten auch gleichzeitig die Wasserkräfte weitgehend Berücksichtigung gefunden, und so seien auch an die Planung große Anforderungen gestellt. Nach Mitteilung der Hauptabteilung Wirtschaft gebe es da überhaupt keine obere Grenze für die Zurverfügungstellung von Wasserkräften, die in diesem Plan mitberücksichtigt werden müßten. Bei der näheren räumlichen Untersuchung darüber, wo man den Generalplan ansetzen solle, habe sich gezeigt, daß das obere Weichselgebiet zunächst in Angriff genommen werden müßte, da von der Hohen Tatra und den Beskiden die Hochwässer kämen und dort auch die großen Gefälle zur Verfügung ständen.

(An Hand einer Karte erläutert Oberbaurat Treplin den Umfang der Hochwasserschäden).

Er habe Regierungsbaumeister Münch beauftragt, zunächst einen Generalplan für das obere Weichselgebiet aufzustellen. Hier habe sich die Notwendigkeit ergeben, ein Projekt für das Dunajec-Gebiet zu bearbeiten, für das bereits eine Talsperre bei Roschno bestehe. Ein gewisser Festpunkt für die Planung sei also bereits gegeben. Auch geographisch und meteorologisch müsse diese Planung als richtig anerkannt werden, da die größten Niederschläge zumeist aus Nordwesten kämen.

Die Polen hätten den Bau einer Reihe von Talsperren vorgesehen, ohne einen zusammenhängenden Plan aufzustellen. Sie hätten lediglich geographisch die Frage untersucht, ob und wo eine Talsperre vorteilhaft zu bauen sei, ohne zu bedenken, daß Hochwasserschutz, Niedrigwasseranreicherung und Krafterzeugung gleichzeitig berücksichtigt werden müssen. Man sei sich darüber klar gewesen, daß diese verschiedenen Belange nicht unmittelbar parallel liefen. Während der Bearbeitung dieses Planes habe sich nun herausgestellt, daß man an der Grenze des Generalgouvernements nicht stehen bleiben dürfe, sondern auch Gebiete außerhalb der Grenzen, vor allem in der Slowakei, in Betracht ziehen müsse.

Regierungsbaumeister Münch erläutert nun an Hand von Karten den Generalplan und gibt ein eingehendes Bild über die durch den Bau der Talsperren zu gewinnenden Energien.
(Siehe Anlage)

Professor Buch, Generalreferent beim Generalinspekteur Reichsminister Dr. Todt, führt aus, daß das vorgelegte Projekt vom Standpunkt der Stromversorgung aus als den Interessen der Wirtschaft entsprechend angesehen werden könne. In erster Linie handle es sich darum, für das Land eine möglichst totale Ausnutzung der Wasserkräfte zu ermöglichen. Es gelte, dem Bedarf, der voraussichtlich in den nächsten Jahren von zur Zeit etwa 700 Millionen KW-Stunden auf etwa 1,5 Milliarde KW-Stunden ansteigen werde, Rechnung zu tragen. Das sei nur durch eine totale Ausnutzung des Wassers möglich. Von Bedeutung sei vor allem, daß die Sommerlast hier im Lande etwa 3/4 der Winterlast ausmache, also im Winter mehr Wasserkraft zur Verfügung stehen müsse als im Sommer. Zudem müßten möglichst große Stauräume geschaffen werden, mit denen man in der Lage sei, über die Deckung des eigentlichen Bedarfs hinaus noch Spitzenenergien zur Verfügung zu stellen. Das schwierigste Problem sei, wie man diese Spitzenkraft in vollem Umfange decken könne. Angesichts der Bewirtschaftung der Kohlenvorräte werde das Reich mehr

und mehr genötigt sein, Spitzenenergie in größtem Umfange zu erzielen. Das Land, das in der Lage sei, diese Spitzenenergie über die Deckung seines eigenen Bedarfes hinaus, bereitzustellen, sei das Generalgouvernement. Man werde also,über die Deckung des eigenen Bedarfes hinaus, versuchen müssen, Spitzenstrom in der Richtung von Süden nach Norden zu transportieren und zu exportieren, sodaß man damit auch eine weitere große Einnahmequelle für das Generalgouvernement erhalte.

Der Kernpunkt der Ausnutzung der Wasserkräfte sei der, daß die Kohle ersetzt werden solle. Es gebe im Generalgouvernement eine Reihe von Kraftwerken, die auf Kohlenbasis arbeiteten, zu denen also die Kohle transportiert werden müsse. Die Kraftwerke des Generalgouvernements arbeiteten im Verhältnis zu den modernen Kraftwerken des Reiches unwirtschaftlich.

Er halte es für am zweckmäßigsten, zunächst den Kraftausbau von der Sperre Jasocki nach Roschno voranzutreiben. Vor allem sei hier die Inanspruchnahme eines möglichst gleichmäßigen Wasserkraftstromes als ~~absolut~~ Ablösung für die Kohle anzustreben. Je mehr das Generalgouvernement in der Lage sei, sich von den Kohletransporten zu befreien, desto günstiger würden die Verhältnisse.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zum ersten Male von diesem Projekt höre. Angesichts der ungeheuren Bedeutung, die eine geregelte Wasserwirtschaft für die Landwirtschaft des Generalgouvernements habe, sei eine Stellungnahme zu diesem großen Projekt im Augenblick noch nicht möglich. Die Hauptabteilung werde aber, wenn sie die näheren Einzelheiten des Planes erfahre, unverzüglich ihre Stellungnahme festlegen.

Vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus sei die Anlage von Talsperren im Hochgebirge sehr wichtig. Daß landwirtschaftlich genutzte Fläche bei diesem Projekt kaum in Anspruch genommen werde, sei selbstverständlich für die Auf-

gabenstellung der Hauptabteilung von großer Wichtigkeit. Er bitte vor allem, auf die Schonung des Lachslaichgebiets Bedacht zu sein. Schon bei Roschno habe man mit großen Geldmitteln versucht, die Fischtreppen einzubauen. Dort sollten die Lachse durch die Mauer geschleust werden, um im Oberlauf des Dunajec laichen zu können. Nach den Feststellungen, die in Polen früher getroffen worden seien, könnten die Lachse unmöglich anderswo laichen; das sei lediglich in der Gegend von Neumarkt und Neu-Sandez möglich. Es müsse also unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß die Lachsfischerei nicht empfindlich gestört werde.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Oberbaurat Baumgärtl, daß die Arbeiten an der Talsperre in Roschno etwas hätten abgestoppt werden müssen, weil die Stellung von Arbeitskräften sehr schwierig geworden sei. Der Termin der Fertigstellung werde sich also um etwa sechs Wochen verschieben. Man werde vorläufig noch nicht den vollen Strom geben können, weil man angesichts der Schwierigkeiten der Materialbeschaffung den elektrischen Teil nicht in der geplanten Form habe fertigstellen können. Wenn vorläufig auch nur etwa 5 000 KW-Stunden abgegeben werden könnten, so bedeute das doch eine Ersparnis von 52 Kohlezügen, die sonst hätten transportiert werden müssen. Er rechne damit, daß mit dem nächsten Jahr Roschno voll in Betrieb genommen werden könne, aber nur als Laufkraftwerk. Es könne dann 24 Stunden lang gleichmäßig Strom abgegeben werden.

Regierungsbaumeister Münch kann die Kosten des Gesamtausbaus des Dunajec vorläufig nur rund schätzen. Er schätze die Kosten auf etwa 250 Millionen Mark und rechne damit, daß die KW-Stunde im Ausbau 18 bis 20 Pfg Kapitaldienst erfordern werde. Die KW-Stunde werde etwa 1,5 Pfg kosten. Er könne aber nur diese vorläufigen Zahlen geben, weil man noch nicht mit der Dimensionierung der Werke begonnen habe. Man wisse auch noch nicht genau, was die Arbeitsstunde kosten und was in einer Arbeitsstunde geleistet werde.

Oberbaurat Baumgärtl hat für Roschno im Zusammenhang mit Tschuw eine Berechnung über den Strompreis anfertigen lassen. Dabei sei man ungefähr auf die oben genannten Zahlen gekommen, nämlich auf 3,2 gr. je KW-Stunde, vorausgesetzt, daß Roschno als Spitzenwerk und Tschuw als Laufwerk ausgebaut werden. Was die Finanzierung von Roschno angehe, so habe der Reichsverkehrsminister zunächst 15 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Der übrige Teil der Finanzierung komme vom Generalgouvernement und sei in dem Vierjahresplan und im Zehnjahresplan enthalten. In dem Zehnjahresplan der Bauabteilung der landwirtschaftlichen Verwaltung seien die von Regierungsbaumeister Münch erwähnten Talsperren im Oberlauf der Nebenflüsse bereits enthalten. Hierfür seien für die späteren Jahre pauschal 400 Millionen in jedem Jahr vorgesehen.

Nach einer ihm in Berlin gewordenen Mitteilung stehe die Herausgabe eines Erlasses bevor, nach welchem seine Abteilung zu der Abteilung Bauwesen kommen solle. Die Schwierigkeiten, die bisher nach seiner Beurteilung einem erfolgreichen Arbeiten auf diesem Sektor entgegengestanden hätten, würden damit ausgeräumt sein. Er würde es daher sehr begrüßen, grüßt haben, wenn von dieser ganzen Planung auch die Wasserwirtschaftsstellen, die nach dem Vortrag von Ministerialrat Schröder im Januar eingerichtet worden seien, Kenntnis erhalten hätten.

Das sei leider nicht der Fall gewesen, und er bedauere sehr, daß er bezw. seine Abteilung zu dieser Frage nicht gehört worden sei.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß auch er jetzt erst davon höre. Immerhin sei er der Auffassung, daß die Abteilung des Oberbaurats Baumgärtl mit großem Nutzen weiter an dieser Planung beteiligt werden könne, insbesondere, wenn in Kürze die zuständige Abteilung der Landwirtschaftsverwaltung in die Hauptabteilung Bauwesen überführt werde. Es seien nur noch von Interesse, zu erfahren, inwieweit sich der Auf-

trag des Reichsministers Dr. Todt auch auf landwirtschaftliche Meliorationen erstrecke.

Oberbaurat Baumgärtl erklärt, daß die landwirtschaftlichen Meliorationen weiter in seiner Abteilung bearbeitet werden sollten.

Professor Buch kennt aus seiner Tätigkeit als Generalreferent die Gesichtspunkte, die den Generalinspekteur Dr. Todt bei Durchführung solcher Projekte leiten. Im Reiche werde ein solcher Generalplan von einem Fachausschuß hergestellt, der dem Generalinspekteur beigegeben sei. Dann würden die Arbeiten an beratende Ingenieure vergeben. Dabei werde dann zwischen Schiffahrts-, Landwirtschafts- und Strominteressen genau unterschieden. Die Strominteressen würden durch die Genossenschaften vertreten, die für die Versorgungsgebiete zuständig seien, im vorliegenden Falle durch die Ost-Energie-A.-G. und es würde auch die Ost-Energie die Ausführung der Bauten für die Wasserkrafterzeugung in der Hand haben. Für die Schiffahrtsinteressen sei die Abteilung Verkehrswirtschaft beim Generalinspekteur zuständig. Diese Aufgabe würde wahrscheinlich in der Hand der Abteilung Strombau liegen. Für die landwirtschaftlichen Meliorationen sei die von ihm geleitete wasserwirtschaftliche Abteilung zuständig.

Oberbaurat Baumgärtl sieht darin keinen Widerspruch zu seinen Darlegungen. Es handle sich nur darum, daß diese Abteilung Wasserwirtschaft für die Arbeiten und die behördliche Betreuung der Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung nach dem deutschen Wassergesetz zuständig sei, während die Strombauverwaltung für die Wasserläufe erster Ordnung in Betracht komme.

Referent Dr. Zimmermann gibt der Befürchtung Ausdruck, daß man unter Umständen bei Tschuw zu einer Fehlplanung komme. Er bitte daher, diese Arbeiten einzustellen, um festzustellen, ob sich dieses Projekt Tschuw überhaupt in den Gesamtplan des Generalgouvernements einfügen lasse. Daß man die 5 m Gefälle bei Tschuw nicht ausnutze, sei stromwirtschaftlich nicht zu vertreten.

Oberbaurat Baumgärtl weist demgegenüber darauf hin, daß es sich bei Tschuw um eine Planung der wasserwirtschaftlichen Abteilung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft handle. Er habe den Auftrag gegeben, diese Arbeiten weiterzuführen, und könne sich auch darauf berufen, daß er im Frühjahr über die Absichten, die die Abteilung habe, dem Präsidenten Bauder Vortrag gehalten habe. Im übrigen seien eingehende Untersuchungen durchgeführt worden. Dafür, daß die 5 m Gefälle bei Tschuw nicht ausgenutzt würden, lägen triftige Gründe vor. Der Strom, der auf diese Weise gewonnen würde, würde unverhältnismäßig viel teurer werden. Außerdem würde man bei dieser Planung ein großes landwirtschaftliches Gebiet für ein Minimum von Strom, den man mehr gewinnen könne, verlieren. Zudem würde es erheblicher Ausgaben für den Straßenbau, der zur Umgehung notwendig wäre, bedürfen. Endlich neige das dort bestehende Gebirge wie bei Roschno so zu Rutschungen, daß an dieser Stelle tatsächlich ein hoher Stau wirtschaftlich und praktisch nicht zu verantworten sei.

Staatssekretär Dr. Bühler glaubt feststellen zu müssen, daß dieses Projekt offenbar ohne die notwendige Fühlungnahme mit der Abteilung Bauwesen bezw. der Abteilung Wirtschaft aufgestellt worden sei. Es fehle also offensichtlich an der Zusammenarbeit. Daraus ergebe sich auch die Berechtigung für die zentrale Steuerung der gesamten Wasserbauwirtschaft.

Regierungsbaumeister Münch hat von dem Projekt Tschuw nur insoweit gehört, als 5 m Gefälle verlorengingen. Wenn man heute einen Generalplan aufstelle, so müßten dabei alle Möglichkeiten berücksichtigt werden. Diese Forderung habe auch Dr. Todt den Ingenieuren gestellt. Eine ganz andere Frage sei die, ob man nachher die eine oder andere Stelle mit Rücksicht auf landwirtschaftliche Schädigungen liegen lasse oder später baue. Es dürfe aber nicht vorkommen, daß ein Fluß ausgebaut werde, ohne daß man vorher grundsätzlich untersucht habe, wie er ausgebaut werden könne. Es sei im vorliegenden Fall z.B. durchaus möglich, daß man anstelle von Tschuw einen weiter oben liegenden Punkt nehme und dort vielleicht zwei oder drei Werke erbaue. Jedenfalls müsse das Projekt Tschuw so rasch wie möglich daraufhin untersucht werden, ob und wie es sich in den Generalplan einfüge.

Präsident Bauder betont, daß man angesichts der heutigen Lage sich jetzt auf ein Projekt konzentrieren und die materielle, verkehrsmäßige und finanzielle Kraft darauf lenken müsse, damit ein Werk nach dem anderen fertiggestellt werden könne. Er bitte deshalb Regierungsbaumeister Münch, zu sagen, welchen Ausbau er von seinem Standpunkt aus für den notwendigsten halte.

Gouverneur Dr. Wächter hebt hervor, daß das Interesse des Distrikts Krakau ebenso sehr auf die Stromgewinnung und die Verhütung der Hochwasserschäden wie auf die Erleichterung des Schiffahrtsverkehrs und die Erhaltung dieser weitaus schönsten Landschaft des Generalgouvernements gerichtet sei. Wie bei industriellen Bauten, so lasse sich auch bei Wasserbauten vielfach erst nach langen Jahren ~~erst~~ feststellen, ob sie sich positiv oder negativ auswirkten.

Die Hochwassergefahr im Gebiet der Weichsel sei infolge der starken Abholzungen der Forsten, die in den vergangenen Jahrzehnten vorgenommen worden seien, sehr stark vermehrt worden. Auf solche Dinge müsse bei der Planung

solcher Projekte in Zukunft größte Rücksicht genommen werden. Aufgefallen sei ihm, daß gerade im Dunajec Teile berücksichtigt werden sollten, die eine sehr gleichmäßige Wasserführung aufwiesen, auch forstlich so begünstigt seien, daß durch Hochwasser kaum eine erhebliche Erhöhung des Wasserstandes eintreten könne. Große Beachtung müsse auch der Tatsache geschenkt werden, daß der Ausbau des Dunajec sehr starke schädliche Einwirkungen auf die Fischzucht haben könnte. Die Lachszucht habe eine besonders große Bedeutung für den Unterlauf der Weichsel, an dem Fischzucht in bedeutendem Umfange betrieben werde. Bei der Planung der Bauten in Jasocki bitte er zu bedenken, daß es sich um landschaftlich schöne Gebiete handle und in dieser Gegend das schönste Obst des ganzen Distrikts geerntet werde. Hier müsse also ein Ausgleich zwischen den Vorteilen der Energiewirtschaft und den Nachteilen, die sich unter Umständen für die Landschaft ergäben, gefunden werden. Vor allem müsse man die landschaftliche Situation besonders berücksichtigen. Das Gebiet der Tatra sei landschaftlich eines der schönsten europäischen Gebiete und werde sich bestimmt zu einem Fremdenverkehrsgebiet ersten Ranges in Europa entwickeln. Alle solche Gesichtspunkte müßten berücksichtigt werden, um so mehr, als man erst nach vielen Jahren oder Jahrzehnten die Auswirkung dieser grossen Planung werde beurteilen können. Bei so grundsätzlichen einschneidenden Problemen müsse auch ein erstklassiger Biologe gehört werden. Ebenso bedürfe es der Mitarbeit eines für die landschaftliche Gestaltung zuständigen Fachmannes. Man könne ihn vielleicht in der Person des Herrn Seifert finden, der sich beim Ausbau der Reichsautobahnen große Verdienste um die landschaftliche Gestaltung erworben habe.

Finanzpräsident Spindler erklärt: die Finanzverwaltung habe sich von vornherein darauf eingestellt, daß, falls der öffentliche Kredit des Generalgouvernements in Anspruch

genommen werden müsse, die Wasserwirtschaft mit allen ihren Bestandteilen eines der Hauptgebiete sei, für deren Betreuung Geld beschafft werden müsse. Wie sich die Durchführung dieses Projekts finanziell gestalte, sei noch nicht zu übersehen; der Kreditgeber werde zum Teil die Ostenergie-A.-G., zum Teil der Staat sein müssen. Hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit des Kredits trage er keine Bedenken.

Oberbaurat Treplin teilt mit, daß mit den Technikern der Slowakei, die ihre Pläne vorgelegt hätten, zwei Besprechungen stattgefunden haben. In der letzten Besprechung habe man die Bildung eines gemeinsamen technischen Ausschusses für erforderlich gehalten. Die weiteren Vereinbarungen müßten dann mit Hilfe des Auswärtigen Amts in die Wege geleitet werden.

Gesandter von Wühlisch bemerkt, daß das Auswärtige Amt mit dieser Frage schon beschäftigt worden sei. Es seien auch schon mit der Slowakischen Gesandtschaft in Berlin entsprechende Unterhaltungen gepflogen worden.

Regierungsbaumeister Münch nimmt zu der Frage des Baues von Fischtreppen Stellung. Nach seiner Kenntnis der Dinge hätten die Fischtreppen selten versagt. Im übrigen könnten Störungen der Fischerei dadurch verhindert werden, daß Fische in den Oberlauf eines Flusses eingesetzt würden. Man habe damit gute Ergebnisse erzielt und oft nach Quantität und Qualität einen zwei-und dreifach höheren Ertrag erzielt.

Es bestehe die Möglichkeit, die verschiedenen Flüsse gegen Hochwasser zu schützen. Das sei aber keine primäre Forderung, sondern diesem Bedürfnis könne jederzeit Rechnung getragen werden. Die Frage sei, ob man alle Flüsse ausbauen und korrigieren oder irgendwo noch Wildbäche bestehen lassen werde. In allen Fällen störe der jetzt von ihm geplante Ausbau einen späteren Bau von Hochwasserschutzbecken nicht. Was die landwirtschaftlichen bezw. landschaft-

lichen Schädigungen angehe, so sei es seiner Ansicht nach besser, an einer Stelle einen großen Eingriff vorzunehmen als an mehreren Stellen solche Schäden herbeizuführen.

Was die von Gouverneur Dr. Wächter geäußerte Befürchtung einer Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs angehe, so habe er festgestellt, daß gerade der Bau von Talsperren den Fremdenverkehr begünstige. Im übrigen werde ja oben im Gebirge der landschaftlichen Schönheit nichts genommen. Nur ein See werde im Winter abgelassen, im Sommer sei er wieder mit Wasser gefüllt. Landschaftliche Schönheit des Meerauges bei Zakopane werde durch das eine Haus, das sich der Landschaft architektonisch einfüge, keineswegs beeinträchtigt. Damit man wisse, wieviel Baumaterial gebraucht werde, werde schnellstens ein Vorprojekt vorgelegt werden müssen. Es zeige sich übrigens, daß die Werke 5, 6, 7 und 8 unter sehr günstigen Umständen gebaut werden könnten, ohne daß weitere Bauten in Angriff genommen zu werden brauchten. Auch da werde man selbstverständlich wieder von der Möglichkeit der Beschaffung des Baumaterials abhängig sein. Im Interesse der Schiffahrt, des Hochwasserschutzes und der Kraftgewinnung müsse der Bau des Werkes Jasocki so rasch wie möglich in Angriff genommen werden. Eine genaue Übersicht über die Voraussetzungen für den Bau dieses Werkes könne er aber erst geben, wenn der Plan vollkommen durchstudiert sei.

Referent Dr. Zimmermann weist auf den sozialen Gesichtspunkt hin, daß mit dem Bau der Sperre bei Jasocki 10 000 Bergleute aus ihrem schweren Beruf genommen würden.- Er sei durchaus nicht der Meinung, daß die bei diesen Bauten entstehenden großen Wasserflächen abschreckend wirkten, sei im Gegenteil der Ansicht, daß sie einen Anziehungspunkt bildeten. - Für die ~~Tätigk~~ Bearbeitung der Frage der Erhaltung des Landschaftsbildes sollte eine Persönlichkeit aus dem Generalgouvernement betraut werden. Man sei wirklich nicht darauf angewiesen, Experten von auswärts heranzuziehen.

Gouverneur Dr. Wächter legt großen Wert darauf, daß bei diesen Bauten die landschaftliche und biologische Situation entscheidend berücksichtigt werde. Vom Standpunkt der gesamten Wasserwirtschaft aus sei man heute nicht mehr gezwungen, sich auf den einen oder anderen Wasserlauf zu konzentrieren. Deutschland ständen jetzt die gigantischsten Wasserläufe Europas zur Verfügung. Er warne jedenfalls vor einer Übereilung, da man ja doch die Erfahrung gemacht habe, daß jedes großes technische Projekt in kurzer Zeit wieder überholt sei. Ihm liege vor allem daran, daß bei diesem Projekt, das zweifellos eines der schönsten landschaftlichen Gebiete Europas betreffe, die von ihm geltend gemachten Gesichtspunkte berücksichtigt würden.

Professor Buch gibt zu bedenken, daß es sich hier nicht um die Errichtung eines Staudammes, sondern eines Erddammes handle, der mit der Natur gerade bei Jasocki ziemlich stark verschmelze. - In den neu erworbenen Gebieten Rußlands habe man ungeahnte Ausschöpfungsmöglichkeiten in Gestalt von Flußkraftwerken, es gebe aber zur Zeit und jedenfalls in den nächsten 10 Jahren keine Möglichkeit, diese Wasserkräfte durch Leitungen zu transportieren. Dieses Problem werde für die nächsten 10 Jahre als technisch unlösbar angesehen. Es sei auch nicht möglich, die Wasserkraft Norwegens nach Deutschland zu transportieren.

Oberbaurat Baumgärtl wirft die Frage auf, ob bei dieser Planung schon untersucht worden sei, inwieweit etwa die Weichsel selber mit Flußkraftwerken ausgestattet werden könne, um das Wasser der Weichsel für diese Zwecke nutzbar zu machen.

Oberbaurat Treplin erwidert, daß man beabsichtige, die Weichsel zu kanalisieren und mit Flußkraftwerken zu versehen, und zwar von Krakau bis zum Dunajecmündung. Wahr-

scheinlich werde es auch auf der Strecke von der Grenze des Generalgouvernements bis zum Meer möglich sein.

Staatssekretär Dr. Bühler bittet um Auskunft, ob seitens des Reiches die Absicht bestehe, durch Bereitstellung von Materialien, Lieferung von Maschinen und auch sonst diese Bauvorhaben zu unterstützen.

Der Beauftragte des Reichsministers für Waffen und Munition Kobold bemerkt, daß sich das Reich bezw. Generalinspekteur Dr. Todt damit einverstanden erklärt habe, diesen Engerieplan gegenüber dem jetzigen Stand in der Dringlichkeitseinstufung weitervorzurücken. Ein so großes Projekt müsse selbstverständlich in den Gesamtrahmen des europäischen Raumes eingebaut werden. In diesem Zusammenhange werde dann auch die Dringlichkeit für die Maschinenbeschaffung und dgl. gewährleistet sein.

Auch Professor Buch ist der Überzeugung, daß für dieses Projekt beim Generalinspekteur Dr. Todt das größte Interesse vorliegen werde. Das Transportproblem spiele keine Rolle, da die Aufschüttung des Erddammes aus der eigenen Baugrube erfolge.

Präsident Dr. Emmerich meint, daß das Projekt des Dunajecausbaues in dem größeren Gesamtrahmen der Möglichkeiten des Generalgouvernements auch vom Standpunkt der industriellen Standorte absolut den Vorrang beanspruchen könne. Wenn man hier im Westen des Generalgouvernements die Energie erzeuge und damit bis zu einem gewissen Grade an die polnische Planung der großen Süd-Nord-Linie anknüpfe, habe man damit viel bessere Möglichkeiten, als wenn man einen Teil der Energiekraft dem San und seinem Ausbau zuwenden wollte. Hier im Westen liege der Zwee Schwerpunkt der Industrie des Generalgouvernements. Es bestehe die Möglichkeit, das Industriegebiet auf kürzestem Wege mit Energie zu versorgen, eventuell auch Energie nach Ost-

preußen abzugeben. Unter den gegebenen Möglichkeiten verdiene der Ausbau des Dunajec vom industriellen Standpunkt ganz eindeutig den Vorzug. Unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten lägen die Dinge genau so. Vom Standpunkt der Regulierung der Weichsel aber komme es darauf an, zunächst einmal den unregulierten Nebenfluß der Weichsel auszubauen.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt abschließend fest, daß es sich hier um ein in seiner Bedeutung ganz gewaltiges Projekt handle, für dessen Durchführung man alle Kräfte einsetzen müsse. Er danke den Herren, die sich an dieser Arbeit beteiligten, namens des Herrn Generalgouverneurs und könne feststellen, daß der Herr Generalgouverneur selber an diesen Dingen persönlich das größte Interesse nehme. Daß der gesamte Ausbau grundsätzlich in Angriff genommen werden müsse, darüber könne kein Zweifel sein. Die heutige Sitzung habe ergeben, daß die Vorarbeiten im technischen Sektor soweit fortgeschritten seien, daß mit dem Bau nunmehr begonnen werden könne. Präsident Bauder müsse nunmehr die erforderlichen Schritte unternehmen, damit

1. die landwirtschaftlichen Interessen am Ausbau dieser Wasserkräfte gewahrt werden,
2. die Fischerei und insbesondere die Erhaltung der Lachszucht gewährleistet werde,
3. eine Persönlichkeit gefunden werde, die vom Standpunkte des Naturschutzes aus dem Herrn Generalgouverneur ein Gutachten erstattet.

Weiter müßten sofort Schritte unternommen werden, damit das Material und die sonstigen erforderlichen Einrichtungen im Reich beschafft würden. Er ermächtige Präsident Bauder, solche Schritte sofort zu unternehmen.

preußen abzugeben. Unter den gegebenen Möglichkeiten verdiene der Ausbau des Dunajec vom industriellen Standpunkt ganz eindeutig den Vorzug. Unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten lägen die Dinge genau so. Vom Standpunkt der Regulierung der Weichsel aber komme es darauf an, zunächst einmal den unregulierten Nebenfluß der Weichsel auszubauen.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt abschließend fest, daß es sich hier um ein in seiner Bedeutung ganz gewaltiges Projekt handle, für dessen Durchführung man alle Kräfte einsetzen müsse. Er danke den Herren, die sich an dieser Arbeit beteiligten, namens des Herrn Generalgouverneurs und könne feststellen, daß der Herr Generalgouverneur selber an diesen Dingen persönlich das größte Interesse nehme. Daß der gesamte Ausbau grundsätzlich in Angriff genommen werden müsse, darüber könne kein Zweifel sein. Die heutige Sitzung habe ergeben, daß die Vorarbeiten im technischen Sektor soweit fortgeschritten seien, daß mit dem Bau nunmehr begonnen werden könne. Präsident Bauder müsse nunmehr die erforderlichen Schritte unternehmen, damit

1. die landwirtschaftlichen Interessen am Ausbau dieser Wasserkräfte gewahrt werden,
2. die Fischerei und insbesondere die Erhaltung der Lachszucht gewährleistet werde,
3. eine Persönlichkeit gefunden werde, die vom Standpunkte des Naturschutzes aus dem Herrn Generalgouverneur ein Gutachten erstattet.

Weiter müßten sofort Schritte unternommen werden, damit das Material und die sonstigen erforderlichen Einrichtungen im Reich beschafft würden. Er ermächtige Präsident Bauder, solche Schritte sofort zu unternehmen.

Präsident Bauder regt an, das Projekt, das ja für das Gesamtgebiet des Generalgouvernements, insbesondere aber auch für den Distrikt Krakau von entscheidender Bedeutung sei, in einer Besprechung mit den interessierten Abteilungen einer Prüfung zu unterziehen. Jede Abteilung müsse Gelegenheit haben, ihren Standpunkt in positivem oder negativem Sinne darzulegen.

Auf den Hinweis des Oberbaurats Baumgärtl, daß die Abteilung Forsten bereits eine Stelle für Naturschutz habe, ordnet Staatssekretär Dr. Bühler an, daß auch diese Stelle beteiligt werde. Ebenso müsse Gouverneur Dr. Wächter an den Besprechungen teilnehmen. Die Stellungnahme der einzelnen Abteilungen solle, wenn irgend möglich, am 10. Dezember d.J. vorliegen.

Weiter verfügt Staatssekretär Dr. Bühler, daß das Projekt Tschuw nur weiter verfolgt werde, wenn Präsident Bauder seine Zustimmung dazu gebe. - Oberbaurat Baumgärtl wird angewiesen, sich sofort mit der Hauptabteilung Bauwesen in Verbindung zu setzen.

(Schluß der Sitzung: 13^{00} Uhr.)

======

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

END OF

VOL. #15

R 5.

VOL # 16

R. 5

Inhalt

1. Regierungssitzung am 25.Mär

2. Hauptabteilungsleitersi 1941

3. Regierungssitzung am 2

4. Regierungssitzung am

5. Regierungssitzung ober 41

8C

Inhalt

1. Regierungssitzung am 25.März 1941

2. Hauptabteilungsleitersitzung am 2.Mai 1941

3. Regierungssitzung am 20.Mai 1941

4. Regierungssitzung am 5.September 1941

5. Regierungssitzung in Warschau am 15. und 16.Oktober 41

Original mit 2 Durchsclägen gefertigt.
1 Durchschlag erhält StS. Dr. Bühler.
2 Exemplare f.d.Akten d.Kzl.d.GG.

Meurer

P r o t o k o l l

über die Regierungssitzung
am Dienstag, den 25. März 1941,
im großen Sitzungssaal des
Regierungsgebäudes.

=====

Sitzung

der

Abteilungsleiter

im

Amt des Generalgouverneurs

Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 25. März 1941

Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste

Dienststellung	~~Unterschrift~~	Bemerkungen
Der Generalgouverneur		
Der ~~Chef des Amtes des Generalgouverneurs~~ Hauptabteilungsleiter Dr. Frank.		
Der Höhere SS- u. Polizeiführer		
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei		
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei		
Der Beauftragte des Stellvertreters des Führers		
Der Chef des Distrikts Krakau		
Der Chef des Distrikts Lublin		
Der Chef des Distrikts Radom		
Der Chef des Distrikts Warschau		
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin		
Der Leiter der Abteilung Arbeit		
Der Leiter der Bankaufsichtsstelle		
Der Leiter der Abteilung Bauwesen		
Der Leiter der Betriebsabteilung		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
:r Leiter der Abteilung Devisen		
:r Leiter der Abteilung Eisenbahnen		
:r Leiter der Abteilung Ernährung u. Landwirtschaft		
:r Leiter der Abteilung Finanzen		
:r Leiter der Abteilung Forsten		
:r Leiter der Abteilung Gesetzgebung		
:r Leiter der Abt. Gesundheitswesen		
:r Leiter der Abt. Innere Verwaltung		
:r Leiter der Abteilung Justiz		
:r Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs		
:r Leiter des Organisationsamtes		
:r Leiter des Personalamtes		
:r Leiter der Abteilung Post		
:r Leiter der Abteilung Preisbildung		
:r Leiter der Abt. Raumordnung		
:r Leiter der Abt. Treuhandstelle für das Generalgouvernement		
:r Leiter der Abt. Volksaufklärung u. Propaganda		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Leiter der Abteilung Wirtschaft		
Der Leiter der Abteilung Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung		
Der Verbindungsoffizier der Luftwaffe		
Der Verbindungsoffizier des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement		
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes		
Der Beauftragte des Reichsjugendführers		
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes		
Der Verbindungsführer des Reichsarbeitsführers Oberstarbeitsführer Heinkel		
Der Leiter der Dienststelle für Außenhandel		
Der Referent für Straßenverkehr		
Der Pressechef des Generalgouverneurs		
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements		
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben		
Die Baudirektion des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Obersten Rechnungsprüfungsamtes im Gen. Gouv., Ministerialrat Blaurock		

P r o t o k o l l

über die Regierungssitzung am Dienstag, den 25. März 1941
im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes,
Beginn: 10^{30}_{0} Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. **F r a n k** eröffnet die Sitzung:

Wir versammeln uns heute zur zweiten Regierungssitzung im Jahre 1941 in einem, wie wir alle wissen, großartigen geschichtlichen Augenblick. Ich möchte Ihnen im Auftrage des Führers, der mich am 17. März zu einer fast 2stündigen völlig persönlichen Aussprache empfangen hat, die Grüße des Führers übermitteln. Der Führer läßt Ihnen durch mich seine Anerkennung aussprechen für die - so formulierte das der Führer - "hervorragende und vorbildliche Arbeitsleistung des Aufbaues und Ausbaues der deutschen Macht hier im Generalgouvernement". Ich freue mich, Ihnen diese Anerkennung des Führers übermitteln zu können und möchte auch meinerseits als oberster Repräsentant des Führers hier im Generalgouvernement Ihnen meine Anerkennung aussprechen.

In Übereinstimmung mit dem Führer halte ich es für einen hervorragenden Gewinn, daß es hier im Generalgouvernement möglich war, die ideale Form der einheitlichen Geschlossenheit der Verwaltung eines Gebietes durchzuführen. Der Grundsatz von der Einheit der Verwaltung unter dem verantwortlichen politischen Führer ist hier im Generalgouvernement Tatsache geworden. Sie kennen den Inhalt der hierauf bezüglichen Verordnungen und haben an deren Schaffung mitgearbeitet. Die dritte Verordnung fügt nunmehr den Schlußstein in das Gebäude einer einheitlichen Regierung dieses Gebietes. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr diese Arbeit vorbildliche Bedeutung haben wird für die im Reich nach dem Krieg kommende Verwaltungsreform. Ich betrachte die Frage des Ausbaues der staatlichen Verwaltungsorganisation des Generalgouvernements mit der dritten Verordnung im allgemeinen Sektor für beendet. Was noch geschehen wird und noch geschehen soll, ist die klare Umschreibung der Stellung der Polizei im Generalgouvernement in ihrem Verhältnis zu den Dienststellen des Generalgouvernements.

Auch

Auch im Reich ist das Problem der Einfügung der Polizei in den Gesamtaufbau des Reiches in vollem Fluß.

Der Ernst der Lage im Generalgouvernement, der gekennzeichnet ist durch die Notwendigkeit, dem Führer hier im Osten ein starkes Bollwerk der deutschen Führung sicherzustellen in dem bevorstehenden großen Schlußangriff auf England, bringt für jeden von Ihnen ein ungeheures, überhaupt nicht vorausschaubares und berechenbares Maß von Verantwortung mit sich. Gemäß den mir am 17. März übertragenen Vollmachten unterstehen sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements abgesehen von den Dienststellen der Wehrmacht ausschließlich dem Befehl des Generalgouverneurs. Es gibt nur diese zwei Machtpositionen: Wehrmacht und Generalgouvernement. Etwas drittes gibt es nicht. Ich verbiete daher mit sofortiger Wirkung die Befolgung irgendwelcher Anordnungen einer anderen Stelle, ganz gleich woher sie kommen. Ich werde diesbezüglich noch außerordentliche Bestimmungen auf Befehl des Führers erlassen.

Ich brauche Ihnen, meine Herren, die Sie den Osten kennen und über die Grenzen des Generalgouvernementshinaus nach Osten schauen, nichts zu sagen, daß es Pflicht des Führers ist, an alle Möglichkeiten zu denken. Wir müssen den Angriff gegen England mit absolutestem Rückenschutz durchführen können. Zu diesem Zweck müssen vorsorgliche Maßnahmen getroffen werden. Die Bedeutung dieser Maßnahmen wird dadurch unterstrichen, daß der oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht, unser Führer Adolf Hitler, einen unmittelbaren Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht zum Generalgouverneur entsandt hat. Ich begrüße in unserer Mitte den Hauptmann Dissel als Vertreter des Oberbefehlshabers der deutschen Streitkräfte. Er stellt die unmittelbare Verbindung mit dem Führer und Generalfeldmarschall Keitel dar.

Wir haben in den nächsten Wochen ein Übermaß an Arbeit zu leisten. Ich kann mich auf Grund der Kenntnis, die ich von Ihnen habe, darauf verlassen, daß von jetzt ab der bedingungsloseste Einsatz in diesem Sinne stattfindet. Das Generalgouvernement kann stolz darauf sein, daß der Führer ihm diese Aufgabe gestellt hat und auch unter schwierigsten Verhältnissen beläßt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Die Sachbearbeiter

beiter werden uns die wesentlichen Faktoren aus ihren Arbeitsgebieten vortragen und es wird sich die Möglichkeit ergeben, im Anschluß daran noch einzelne andere wichtige Gesichtspunkte zu erörtern.

Als ersten Redner erteile ich das Wort dem Herrn Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen zu seinem Vortrag über den Etat des Generalgouvernements.

Finanzpräsident S p i n d l e r weist im Eingang seiner Ausführungen darauf hin, daß der Etat infolge der schwierigen Umstände erst sehr spät fertig-gestellt werden konnte. Die Abteilung Finanzen werde sich bemühen, im nächsten Jahr den Haushaltplan rechtzeitig fertigzustellen.

Durch die Verordnung des Herrn Generalgouverneurs sei der Haushalt festgesetzt auf etwas über 1 Milliarde Zloty in Ausgaben und etwas weniger als 1 Milliarde Zloty in Einnahmen. Das Defizit belaufe sich auf 30 Millionen Zloty, in Wirklichkeit sei es jedoch etwas höher - etwa 70 Millionen - , weil Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes als Zuschuß zum ordentlichen Haushalt verwendet wurden. Es könne jedoch auch ein Defizit in Höhe von 70 Millionen keineswegs als bedrückend empfunden werden. Allen Dienststellen des Generalgouvernements gebühre der Dank der Finanzverwaltung für das Verständnis, das den Belangen der Finanzverwaltung entgegengebracht wurde. Was von Seiten der Finanzabteilung geschehen konnte, um den Ausgabenwünschen der verschiedenen Dienststellen entgegenzukommen, sei geschehen.

Die Finanzverwaltung des Generalgouvernements könne für sich in Anspruch nehmen, daß die Erwartungen, die an sie gestellt wurden, erfüllt worden sind. Es sei ihr gelungen in eineinhalb Jahren die Verwaltung auf finanziellem Gebiet ohne Hilfe des Reiches aufzubauen. Was das Reich an baren Zahlungen an das Generalgouvernement geleistet habe, sei außerordentlich gering. Es seien lediglich in Aussicht gestellt Zuschüsse zu den Kosten der Weichselregulierung und der Meliorationen und auf Grund längerer Verhandlungen habe sich das Reich auch bereit erklärt, einen Teil der im Generalgouvernement stationierten Polizeibataillone auf seine Kosten zu übernehmen.

Was

Was die Ausgabenseite des Etats anlange, so könne der Finanzverwaltung keinesfalls der Vorwurf gemacht werden, daß sie auf personellem Gebiet Verschwendung getrieben habe. Die Personalausgaben beziffern sich auf 32% der Gesamtausgaben; die übrigen Ausgaben seien sächlicher Art.

Die Einnahmeseite habe im Laufe des Jahres eine recht erfreuliche Entwicklung aufgewiesen. Die wirtschaftliche Beruhigung habe zu einer Steigerung der wichtigsten Einnahmen beigetragen.

Bezüglich des Stellenplanes haben unter der Leitung des Unterstaatssekretärs Kundt eine große Anzahl von Besprechungen stattgefunden. Von allen Dienststellen seien die Stellenplanvorschläge eingegangen und nunmehr zum größten Teil durchgesprochen. Nach Abschluß der Besprechungen - etwa in einer Woche - werde der Stellenplan in Berlin vorgelegt und dort mit tunlicher Beschleunigung im Laufe der Monate April und Mai seine Behandlung erfahren.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k spricht der Abteilung Finanzen, insbesondere den mit der Erstellung des Haushaltplanes beschäftigten Herren - Finanzpräsident Spindler, Oberregierungsrat Freiherr von Streit und Regierungsoberinspektor Süßmann - Dank und Anerkennung aus.

Punkt 2 der Tagesordnung: Umsiedlungsfragen.

Der Höhere SS- und Polizeiführer, SS-Obergruppenführer K r ü g e r teilt hierzu mit, daß die Umsiedlung von Polen und Juden ins Generalgouvernement zunächst unterbunden sei. Die Umsiedlung innerhalb des Generalgouvernements zum Zwecke der Freimachung von Truppenübungsplätzen nehme ihren Fortgang.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k gibt bekannt, daß ihm der Führer bei der Besprechung am 17. März mitgeteilt habe, daß künftig die Einsiedlung ins Generalgouvernement von den Möglichkeiten dieses Gebietes abhängig gemacht werde. Weiterhin habe der Führer zugesagt, daß das Generalgouvernement in Anerkennung seiner Leistungen als erstes Gebiet judenfrei gemacht

gemacht werde. Im übrigen sei zu bedenken, daß die starke Inanspruchnahme des Generalgouvernements bei d er Umsiedlung nicht etwa auf bösem Willen der beteiligten Stellen beruhe, sondern aus der Notwendigkeit der Rückführung deutscher Menschen aus dem Osten sich zwangsläufig ergeben habe.

Punkt 3 der Tagesordnung: Transportlage im Generalgouvernement.

Präsident G e r t e i s führt aus, daß die Ostbahn seit Wochen fast ausschließlich im Zeichen des Wehrmachtsverkehrs stehe. Die Situation sei deshalb besonders ungünstig, weil sich der Wehrmachtsverkehr vom linken Weichselufer völlig auf das rechte verschoben und dadurch jeder noch so kleine Bahnhof auf diesen Strecken eine besondere Bedeutung bekommen habe. Die Forderungen der Wehrmacht seien von Woche zu Woche gestiegen und täglich kämen neue Anforderungen hinzu. Außerdem sei die Ostbahn mit den Transporten für den Ausbau der Straßen und der Eisenbahnen belastet. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, daß sich gewisse Schwierigkeiten nicht vermeiden ließen. Die Ostbahn sei gezwungen, gewisse Güter nur noch nach ihrer Dringlichkeit zu befördern. Zur Zeit werde nur noch gefahren Kohle für Zwecke der Eisenbahn, für Zwecke der Wehrmacht und für Zwecke bestimmter Versorgungsbetriebe. Ferner werde transportiert Saatgut sowie die Materialien für "Otto" und"Askania". Daneben laufen selbstverständlich die Transporte mit Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung im Generalgouvernement.

Der Lokomotivenbestand sei für den augenblicklichen Bedarf ausreichend. Hilfe aus dem Reich sei auf diesem Gebiet im Augenblick nicht zu erwarten; möglich sei jedoch, daß in absehbarer Zeit wieder Maschinen aus dem Reich zur Verfügung gestellt werden könnten. Sehr schwierig sei die Waggonlage; sie habe zu umfangreichen Einschränkungen des Güterverkehrs Anlaß gegeben.

Zur Personalfrage sei zu bemerken, d aß die Ostbahn als erste Verwaltung im Generalgouvernement am 1. April eine Dienstordnung für planmäßige polnische Eisenbahner erlassen werde. Diese Eisenbahner werden gewisse Rechte in Bezug auf Altersversorgung und

Auf-

Aufstiegsmöglichkeiten haben. Dieser Schritt sei gerade jetzt bewußt getan worden, um das polnische Personal fester an die Ostbahn zu binden im Hinblick auf die bevorstehenden großen Aufgaben. Die Ernährung des polnischen Personals sei dank der Bemühungen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zufriedenstellend. Es sei notwendig, daß dieser Ernährungsstand auch in schwierigsten Zeiten aufrechterhalten bleibe, weil sonst die Arbeitsfähigkeit des polnischen Eisenbahnpersonals nicht gewährleistet sei. In absehbarer Zeit sei übrigens eine Vermehrung der Zahl der deutschen Eisenbahner beabsichtigt.

Der Haushalt der Ostbahn, der auf der Einnahmenseite rund 500 Millionen Zloty aufweise, schließe mit einem Defizit von 20- bis 40 Millionen ab. Die Höhe der Einnahmen könne als durchaus erfreuliches Resultat bezeichnet werden.

Der Personenverkehr werde in nächster Zeit erhebliche Einschränkungen erfahren. Auf den einzelnen Strecken werden nur noch zwei oder höchstens drei Personenzugpaare verkehren können. Unter diesen Umständen sei in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Verfügung dahingehend erlassen werden solle, daß nur den Polen die Benutzung der Ostbahn erlaubt sei, die wirklich im Interesse des Generalgouvernements eine Reise vorzunehmen haben. Sonst bestehe die Gefahr, daß die wenigen Reisegelegenheiten von denen ausgenützt werden, die nicht reisen sollen.

Es sei damit zu rechnen, daß die Einschränkungen, sowohl auf dem Gebiete des Personenverkehrs wie auch des Güterverkehrs, lange Zeit hindurch anhalten werden. Es bestehe keine Möglichkeit, während dieser Zeit eine Erleichterung zu schaffen. In den nächsten Monaten seien die Transportverhältnisse entscheiden für die Kriegführung. Das gelte sowohl für die Ostbahn wie für die angrenzenden Bezirke der Reichsbahn.

Oberregierungsrat W e s s e l berichtet über die Lage auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugverkehrs im Generalgouvernement. Die Lage auf diesem Verkehrssektor sei von Anfang an außerordentlich gespannt gewesen. Es existierten im Generalgouvernement insgesamt 1600 Nutzkraftfahrzeuge für Gütertransporte. Der Zustand

dieser

dieser Fahrzeuge sei zum Teil sehr schlecht. Wenn man sich darauf beschränken würde, nur die Wagen fahren zu lassen, die als vollkommen verkehrssicher gelten, würden 30 % der Wagen ausfallen. Es sei nun gelungen, 300 neue Wagen aus dem Reich einzuführen. Ferner habe man durch Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium erreicht, daß 12 00Ø Wagen, die aus dem Reich entliehen waren, weiterhin im Generalgouvernement verbleiben können.

Ein Hauptteil des Verkehrs auf den polnischen Straßen werde von den Panjewagen bewältigt. Auch hier werde man mit erheblichen Verminderungen rechnen müssen, da die Wehrmacht ungefähr 40 000 Pferde für sich beanspruche. Allerdings sei zugesagt worden, daß die Anforderung erst nach Durchführung der notwendigsten Erntearbeiten erfolgen solle.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k führt zum Verkehrsproblem abschließend folgendes aus:

Wir können nach allem, was in den nächsten Monaten an Aufgaben gestellt wird, mit irgendwie gearteten regelmäßigen Verkehrsmöglichkeiten für die nächste Zeit nicht mehr rechnen. Ich schlage daher vor - und bitte Sie, diesen Vorschlag so ernst wie möglich zu nehmen ; ich könnte es ja auch anordnen - , daß die Frauen und Kinder der Beamten und Angestellten im Laufe der ersten Hälfte des April das Generalgouvernement verlassen. Ich darf Sie bitten, zu glauben, daß ich diesen Vorschlag nicht unterbreiten würde, wenn mich nicht die Fürsorge für die Angehörigen und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Nervenruhe dazu veranlassen würde. Es gilt das insbesondere für die großen Städte des Generalgouvernements und es gilt nicht nur für die Beamten und Angestellten, sondern auch für die Frauen und Kinder der nichtbeamteten Deutschen. Ich wäre den Herren Distriktschefs und den Herren Präsidenten der Abteilungen dankbar, wenn sie dafür sorgen würden, daß innerhalb ihrer Dienstbereiche diese Maßnahme so reibungslos und so wenig aufsehenerregend wie nur möglich, durchgeführt würde. Ich habe Mittel zur Verfügung gestellt, über die die Herren Distriktschefs und Abteilungspräsidenten verfügen können, um alle möglichen Härten finanzieller Art für die

von dieser Maßnahme Betroffenen nach Möglichkeit auszuschalten. Herr Präsident Spindler hat Vollmacht, in diesen Fällen den Beamten das Reisegeld, die Kosten für die Beschaffung einer Ersatzwohnung usw. zu erstatten. Ich darf Sie bitten, diesen meinen Vorschlag nunmehr zur Kenntnis genommen zu haben und unmittelbar in Ihren Dienststellen in die Tat umzusetzen.

Auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugverkehrs sind einschneidende Einsparungen notwendig. Ich würde Sie sehr bitten, daß jeder von Ihnen nach Möglichkeit bemüht ist, seinen großen Kraftwagen in ein bescheideneres Fahrzeug umzutauschen. Gerade das Generalgouvernement, das selbst Benzin erzeugt, muß auf dem Gebiete einer sparsamen Kraftstoffwirtschaft vorbildlich sein. Bei einer sparsamen Bewirtschaftung wird es möglich sein, den im Interesse der dienstlichen Bedürfnisse unbedingten notwendigen Kraftfahrzeugverkehr aufrecht zu erhalten. Ich werde auf diesem Gebiete vor keiner Maßnahme zurückscheuen und mich den Notwendigkeiten des Krieges beugen.

/H.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß es sich zunächst nicht um eine Frage der Arbeitsbeschaffung, sondern lediglich der Beschaffung der Arbeitskräfte handele. An die Arbeitseinsatzlage im Generalgouvernement seien steigende Anforderungen gestellt worden. Immerhin sei die Gesamtlage noch um einen guten Teil besser als im Reich. Vier große Sektoren seien insbesondere mit Arbeitskräften zu beliefern: 1. die öffentlichen Bauvorhaben im Generalgouvernement, insbesondere der Straßenbau, 2. die Wehrmachtsbauten mittelbarer und unmittelbarer Art im Generalgouvernement, 3. die Landarbeiteraktion für das Reich, 4. die Beschaffung der gewerblichen und Rüstungsarbeiter.

Landesbauernführer Körner habe den Wunsch, die Landarbeiteraktion für Deutschland absolut in den Vordergrund zu stellen und ihr sogar einen Vorrang vor gewissen militärischen Bedürfnissen einzuräumen. Trotzdem sei es aber klar, daß diese vier Sektoren vom Standpunkt des Generalgouvernements aus auf einer Linie ständen und gleichzeitig und in gleichem Maße berücksichtigt werden müßten. Es sei nichts dabei, was auch nur für kurze Zeit entgegen dem Interesse des Reiches zurückgestellt oder weniger gefördert werden könnte als bisher. Auf Befehl des Reichsmarschalls Göring sei im gesamten Reichsgebiet die sogenannte Herabsetzungskommission gebildet worden, die im Gebiet des Generalgouvernements unter Leitung des Generalleutnants Schindler stehe. Diese Kommission bestehe aus Vertretern der beteiligten Dienststellen, und er als Leiter der Abteilung Arbeit gehöre ihr auch an. Es handele sich darum, festzustellen, welche Arbeiter, insbesondere Facharbeiter aus gewerblichen Betrieben noch herangezogen werden könnten, wenn die Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt werden sollten und die Kräfte hier oder im Reich einzusetzen seien. Die Personalausgestaltung der Arbeitsdienststelle sei auf dem alten Standpunkt geblieben und könne nicht erweitert werden, da von der Reichsstelle keine Kräfte mehr zur Verfügung gestellt werden können. Eine erhebliche Anzahl von Facharbeitern werde laufend im Wege von Umschulungsmaßnahmen, die in Zusammenarbeit mit dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe durchgeführt würden, werde laufend dem Reich zur Verfügung gestellt.

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger sei im Generalgouvernement nunmehr auf 26 000 herabgesunken. Die Zahl der Sonderunterstützungsempfänger in Gestalt der zurückgebliebenen Familienangehörigen betrage zur Zeit 18 000. Man müsse aber berücksichtigen, daß sich diese verhältnismäßig gering erscheinde

Z.

Zahl zum Teil aus der Tendenz der Polen erkläre, sich mit den Dienststellen der Abteilung Arbeit nicht ins Benehmen zu setzen, weil sie die Gefahr der Verschickung ins Reich befürchteten.

Eine große Schwierigkeit biete die Aufrechterhaltung der Tarife. Im großen und ganzen gelinge es selbstverständlich, die Tarife zu halten, aber im Verhältnis zu den Mögdichkeiten des Reiches und der dortigen Organisation in Gestalt der polizeilichen Überwachung seien die dem Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Mittel recht gering. Es sei erstaunlich, festzustellen, wie unwesentlich diese Überschreitungen der Grundsätze im Generalgouvernement seien, insbesondere in Anbetracht der wesentlich übernöhten Lebenshaltungskosten, die noch nicht einmal im Verhältnis zu dem stehen, was dem Arbeiter geboten werden könne. Eine Senkung der Preise könnte nur durch eine Vermehrung der Güter, der aber natürliche Grenzen gesetzt seien, erzielt werden. Man werde aber nach wie vor in der Lage sein, allen Anforderungen aus dem Reiche Rechnung zu tragen. Ob es jedoch gelingen werde, noch 230 000 polnische Landarbeiter neben den bereits im Reiche befindlichen 320 000 aufzubringen, sei fraglich.

Im Generalgouvernement seien heute gewerbliche Arbeitskräfte nur dadurch zu gewinnen, daß man etwas mehr Lohn zahle, als an anderen Stellen gezahlt werde.

Wirtschaftslage des Generalgouvernements -Kohlensituation

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt aus, daß die Industriewirtschaft des Generalgouvernements gegenwärtig ein sehr unausgeglichenes Bild zeige. Tendenzen des Aufschwunges zeigten sich auch noch heute unverkennbar durch eine ständige Steigerung der Rüstungsaufträge, ferner auch durch die Tendenz des Reiches, aus dem zivilen Sektor in sehr erheblichem Umfange Aufträge in die Randgebiete, vor allen auch in das Generalgouvernement, zu verlagern. Man könnte in den nächsten Monaten von einer zusätzlichen Beschäftigung erheblichen Umfanges sprechen, wenn nicht die Kohlensituation der Wirtschaft die stärksten Beschränkungen auferlegen würde. Auf gewissen Sektoren der Industriewirtschaft sei es gerade bei großen Werken, die sehr viel Kohle gebrauchten, zu Stilllegungen gekommen. Andererseits habe sich die mittlere Industrie leidlich durchgeholfen, wenn sie auch gelegentlich einmal ausgesetzt habe.

Auch

Auch regional sei das Bild sehr unausgeglichen. In Tschenstochau beispielsweise habe man immer wieder mit Erfolg versucht, sich durch Lastwagen Kohle aus den nicht allzu weit entfernten Gruben zu holen, und es sei dann zum mindesten den nicht großen Kohleverbrauchern gelungen, leidlich ingang zu halten.

Was die industrielle Situation angene, so gebe es doch wohl eine stärkere Arbeitslosigkeit, als sie nach den Angaben des Präsidenten Dr. Frauendorfer anzunehmen wäre. Daß man die richtige Zahl nicht erfassen könne, sei darin begründet, daß sich die Arbeiter nicht meldeten, aus der Befürchtung heraus, dann ins Reich verschickt zu werden. Wenn es nicht gelinge, eine Stammarbeiterschaft in den Betrieben zu halten, werde die Wiederankurbelung der Wirtschaft nach der Erleichterung der Kohlensituation sehr schwer sein. Demnach werde also eine Verschickung von Facharbeitern ins Reich nur in ganz begrenztem Umfange stattfinden dürfen. In diesem Sinne sei eine Zusammenarbeit der Abteilungen Wirtschaft und Arbeit geboten.

In dem jetzt zu Ende gegangenen Kohlenwirtschaftsjahr sei man von einer Schwierigkeit in die andere gekommen. Nachdem die Schaffung von Vorräten sehr nachgelassen hatte, sei die Wehrmachtsbewegung gekommen, anschließend der Anlauf des Otto-Programms und zusätzliche Anforderungen der Wehrmacht gegenüber dem Kohlenkontingent des Generalgouvernements. Endlich seien noch die Witterungsstörungen dazugekommen, und es habe gewisser Vereinbarungen bedurft, um überhaupt etwas von den Kohlenvorräten frei-zubekommen.

Das Kohlenproblem sei ein Mengen- und Transportproblem. Das Mengenproblem habe solche Beschränkungen im Gefolge gehabt, daß man an eine Hausbrandversorgung mit Kohle im abgelaufenen Kohlewirtschaftsjahr nicht habe denken können. Es wäre aber an sich möglich gewesen, mit den zugestandenen Kohlemengen die Bedürfnisse der Industriewirtschaft zu befriedigen, und wenn hier Störungen eingetreten seien, so seien sie auf der Transportseite zu suchen. Die Abteilung Wirtschaft habe in engster Zusammenarbeit mit der Ostbahn das ihrige getan, um unter Ausnutzung aller Möglichkeiten dieser Situation zu begegnen. Es habe sich einigermaßen zwangsläufig ergeben, daß die Kohlenversorgung nach Kategorien vorgenommen werden mußte, und zwar nach den Kategorien der Versorgungsbetriebe,

Versorgungsbetriebe, Rüstungsbetriebe und Ernährungsbetriebe. Als sich nun die Schwierigkeiten verschärften, habe es die Rüstungsinspektion selbst übernommen, die Beschaffung für die Rüstungsbetriebe durchzuführen. Damit sei die Fürsorge der Wirtschaftsverwaltung im wesentlichen auf die Versorgung der Elektrizitäts-, Kraft-, Wasserwerke beschränkt worden. Um wenigstens im Interesse der öffentlichen Ordnung die Versorgung mit Strom sicherzustellen, um Voraussetzungen für den normalen Weiterlauf der Ernährungswirtschaft zu schaffen, habe man in ständiger Fühlung mit der Wehrmacht gestanden. Die Wehrmacht habe ja das gleiche Interesse daran, daß die Versorgungsbetriebe weiterliefen; denn die Truppe könne sich nicht in einem Raum bewegen, in welchem die Versorgungsbetriebe stillgelegt seien. Dieser Grundsatz sei auch von der Wehrmacht anerkannt worden. Es sei zu hoffen, daß es in Auswirkung der zugesagten Zusammenarbeit gelingen werde, soviel Kohle zu erhalten, daß man vor dem Schlimmsten, nämlich vor der Ausschaltung der Versorgungsbetriebe, bewahrt bleibe. Für die Transporte dieser Kohle bedürfe es täglich 10 Züge, die eben in die Wehrmachtstransporte eingeschaltet werden müßten.

In den letzten Wochen sei es der Rüstungsinspektion gelungen, sich eine ganz bescheidene Vorratshaltung dadurch zu verschaffen, daß einige Kohlenzüge gefahren worden seien. Das werde aber nur auf ganz kurze Zeiten möglich sein. Es werde sich also fragen, ob man auch auf dem Rüstungssektor starke Einschränkungen vorzunehmen haben werde oder nicht. Grundsätzlich solle die Fertigung aufrechterhalten werden, die die sogenannten SS- und S-Stoffe betreffe.

Um die Kohlensituation transportmäßig zu erleichtern, habe man alle Möglichkeiten in Betracht gezogen, so unter anderem auch die, die Weichsel als Verkehrsinstrument einzuschalten. Leider seien die Aussichten, die sich hier eröffneten, nicht allzu groß. An der oberen Weichsel habe man für die Kohlentransporte den vorhandenen Schiffsraum eingesetzt; zur Verfügung ständen zwei Schleppdampfer, ein neuer Motorschlepper; zwei Dampfer seien im Ausbau. An Laderaum ständen zur Zeit zur Verfügung 200 Galeeren von je 50 Tonnen Tragfähigkeit. Im Bau befänden sich 75 weitere Galeeren. In der polnischen Zeit seien 400 Galeeren verfügbar gewesen. Damals seien jährlich mit diesen kleinen Einheiten 160 000 000 Tonnen befördert worden, während man jetzt lediglich im Wege

einer

einer rationellen Ausnutzung dieses Laderaumes und eines Zug-um Zug-Verkehrs bestrebt sei, die Förderung auf 200 000 Tonnen zu bringen. Die Kohlensituation im Krakauer Bezirk könnte daher wesentlich erleichtert werden. Im vergangenen Jahre seien 70 % der Beförderungsmengen dieser Galeeren für Krakau in Anspruch genommen worden. Die Umlaufszeit von Grube zu Grube betrage bei einer Galeere 7 Tage, bei einem Verkehr bis Sandomir 21 Tage.

Auf der unteren Weichsel ständen 6 Schleppdampfer, 10 große Lastkähne, 4 große 80-Tonnen-Galeeren zur Verfügung, außerdem 22 Passagierdampfer. Von diesen Schiffsgefäßen seien im vergangenen Jahre 40 000 Tonnen Kies befördert worden, 4 000 Tonnen Zucker, Mehl, Papier und andere Güter. Alles in allem könne also die Weichsel nur eine ganz geringe transportmäßige Entlastung bringen. Immerhin würde sie dazu führen, daß man in der Kohlenbewirtschaftung individuell vorgehe, daß man z.B. den Krakauer Bezirk als weniger gefährdet ansehen könnte als einen anderen. Es wäre nicht gerechtfertigt, bei diesem unterschiedlichen Transport eine einheitliche Norm für das ganze Generalgouvernement aufzustellen. Man könne nur für jeden einzelnen Bezirk entsprechend den Transportmöglichkeiten die Einschränkungen mehr oder weniger durchgreifend gestalten.

Was die Energielage angehe, so sei man hier bis auf weiteres ~~noch~~ von der Kohle abhängig, da Wasserkräfte zur Zeit noch nicht zur Verfügung ständen. Man gehe auch hier individuell vor und bemühe sich, angesichts der vorhandenen Transportmöglichkeiten die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Er bemühe sich, ein Übereinkommen mit der Rüstungsinspektion zu treffen. Im Wege gewisser kleiner Einschränkungen könnte man gewisse Maßnahmen durchführen. Man könnte daran denken, die Straßenbeleuchtung einzuschränken, dem einzelnen Verbraucher nur für eine begrenzte Anzahl von Kilowattstunden den Normalpreis zu belassen, über eine bestimmte Menge hinaus aber den dreifachen Preis zu erheben, - aber alle diese Maßnahmen schlügen nicht so zu Buch wie eine Einschränkung der Entnahme von Kraftstrom. Über alle diese Fragen werde man sich in der nächsten Zeit mit der Rüstungsinspektion auseinandersetzen.

Hinsichtlich der Textilversorgung sei man jetzt in ein neues Wirtschaftsjahr eingetreten. Die Maßnahmen im Gebiete des Generalgouvernements würden hier auf das engste mit den Tendenzen des Wirtschaftsministeriums in Einklang gebracht. Bis zur Mitte des vergangenen Jahres hätten lediglich bei jüdischem Betrieb erfaßte

schlecht

schlecht sortierte Vorräte zur Verfügung gestanden. Darüberhinaus seien bescheidene Mengen aus dem Reich und aus Tomaschow importiert worden, die zwar in ihrer Auswahl für das Generalgouvernement von einem gewissen Wert gewesen seien, aber den Waren-Hunger nicht hätten beseitigen können. Man sei jetzt mit dem Plan beschäftigt, alle Produktionskapazitäten des Generalgouvernements auszunutzen, für dessen Durchführung es aber einer Einfuhr von Rohstoffen aus dem Reich unbedingt bedürfe. Man erhalte jetzt ein bestimmtes Monatsquantum Baumwolle, auch würden regelmäßig andere Stoffe geliefert, sodaß man sich jetzt auf eine Wirtschaft für ein Jahr einrichten könne. Es sei zu hoffen, daß Ausfälle, die auf Seiten der Kapazität einträten, auf diese Weise wieder ausgeglichen werden könnten. Die Waren würden zumeist im Generalgouvernement konfektioniert. Die eigene Erzeugung des Generalgouvernements werde auf 30 Millionen Zloty für das Jahr 1941 veranschlagt.

Was die Verteilungsgrundsätze für diese Textilien angehe, so habe man zunächst das Gutscheinsystem eingeführt. Aber schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres habe es sich als zweckmäßig erwiesen, den Bezug von Waren an bestimmte Leistungen der Bauern zu knüpfen und so der Ernährungswirtschaft eine Hilfsstellung zu geben. Die Zuteilung erfolge nicht über den Handel, sondern direkt durch die Wirtschaftsstellen. Auch in diesem Jahre werde man die Ernteerfassungsaktion wiederholen müssen, und man habe sich in jeder Weise darauf eingestellt. Auch hinsichtlich der Produktion werde es in diesem Jahre besser gehen als bisher. Man werde nicht mehr zusammengekaufte Partien anbieten, sondern dasjenige fabrizieren lassen, was in erster Linie von der Landwirtschaft verlangt werde, also Hemden, Unterwäsche usw., je nach dem Grade der Dringlichkeit. Daneben habe man an Beutegut manches aus dem Reich hereingenommen. So sei zu erwarten, daß man den Schwierigkeiten auf diesem Gebiet einigermaßen werde begegnen können.

Ernährung und Landwirtschaft

Landesbauernführer K ö r n e r macht zunächst davon Mitteilung, daß 5,2 Millionen Menschen im Generalgouvernement mit Lebensmittelkarten versorgt worden seien. Wenn auch die Rationssätze im allgemeinen noch gering seien, so sei doch andererseits vor allem für diejenigen, die für deutsche Interessen arbeiteten laufend die Ration erhöht worden. Auch habe man immer mehr Betriebe zu A- und B-Betrieben erklärt. Es gebe heute schon fast 1 Million Menschen im Generalgouvernement, die Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen erhielten. Das gelte insbesondere für die Arbeiter des Otto-Programms, bei Eisenbahn und Post, beim Straßenbau und in der Forstwirtschaft. Darüberhinaus habe man den Rüstungsbetrieben und den A- und B-Betrieben in den letzten Wochen mehr Ware zugeteilt, als im Ernährungsplan für 1940/41 vorgesehen war. Insgesamt seien aus den erfaßten Eiervorräten in dieser Zeit ca. 30 000 Stück mehr an die Rüstungs- und die A- und B-Betriebe ausgegeben worden. Desgleichen erhielten die polnischen Normalverbraucher die doppelte Ration. Auch die Fleischportionen seien erhöht worden, und zwar für die B-Betriebe auf 200 g wöchentlich. Wenn auch die Lebensmittelsätze verhältnismäßig gering seien, so könnten sie doch immer noch einen Vergleich mit den in verschiedenen Staaten Europas gegebenen Lebensmittelrationen aushalten, vor allem auch einen Vergleich mit den Sätzen, die dem deutschen Volk im Weltkriege gegeben wurden. Schon heute gebe es etwa 1 Million sonderversorgte Polen im Generalgouvernement, die besser versorgt würden als die deutsche Bevölkerung in den Jahren 1916 bis 1919. Die Fettrationen seien jetzt bei den A- und B-Betrieben auch wieder erhöht; den Eisenbahnbediensteten seien neuerdings Fettzuteilungen gegeben worden. Außerdem habe man sämtlichen Arbeitern der A- und B-Betriebe die Fettration um 30 g erhöht. Man sei zu diesen Maßnahmen imstande gewesen, weil man in den Erfassungsapparat laufend Verbesserungen eingebaut habe und trotz der großen Schwierigkeiten in der Erfassung laufend mehr Ware habe aufnehmen können.

Leider habe man immer noch mit den großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die die hohen Preise auf dem Gebiet der gewerblichen und industriellen Wirtschaft, vor allem auch die hohen Schleich-

Schleichhandelspreise mit sich brächten. Diese Situation reize den Bauer, seine Produkte eben zu höheren Preisen im Schleichhandel abzusetzen. Immerhin sei es gelungen, mit Hilfe der Distrikte und der Verwaltungsstellen der mittleren und unteren Instanzen die Erfassungsmethoden dauernd zu verfeinern, sodaß man heute schon vielerorts ein Herabsinken des Schleichhandels auf 10 oder 20 % feststellen könne.

Die Getreideversorgungslage der Gesamtbevölkerung könne bis zur neuen Ernte durchgehalten werden. Das verdanke man in erster Linie dem Umstande, daß man im vergangenen Winter große Vorräte angelegt habe. Beim Getreide habe man etwas in die Vorräte eingreifen müssen. Das sei auf die Kohlensituation im Januar zurückzuführen, angesichts deren der Austausch nur sehr unvollkommen gewesen sei. Jetzt werde aber restlos das Getreide ausgedroschen, so daß in absehbarer Zeit die gesamte Ernte werde abgeliefert werden können. Bei der Getreidesituation sei zu bedenken, daß man bei weitem nicht so viel Getreide aufgenommen habe, als umgelegt worden sei. Aber man müsse eben das unmögliche verlangen, um das mögliche zu erreichen. Die Versorgungslage sei auf das mögliche kalkuliert, sodaß man den Anschluß an die neue Ernte finden werde. Bis heute seien 430 000 t Getreide abgeliefert worden, etwa die 3 1/2-fache Menge dessen, was man im vergangenen Jahre aus dem Reich als Zuschuß für das Generalgouvernement habe erhalten können. Manrechne mit einer Gesamtablieferung von etwa 550 000 t Getreide.

Die Tatsache der Erhöhung der Lebensmittelrationen für einzelne Verbraucher zeige, daß die Erfassung laufend besser werde. Man beurteile auch für die Zukunft, wenn nicht ganz besondere Umstände einträten, die Lage nicht als schlecht. Voraussetzung sei allerdings, daß der ins Generalgouvernement neu hereinkommenden Truppe ganz genaue und scharfe Anweisungen gegeben werden, schärfer jedenfalls als die vom Militärbefehlshaber im Generalgouvernement gegebene Anordnung. In solchen Anordnungen müßten Ausdrücke wie "grundsätzlich" oder " in der Hauptsache" unbedingt vermieden werden, da aus ihnen gerade entgegengesetzte Schlüsse gezogen würden. Er habe deshalb auch einen

neuen Plan dem MIG über Obeistleutnant von Tschammer und Osten zugeleitet, der demnächst mit den maßgebenden Stellen besprochen werden solle.

Eine weitere Schwierigkeit für die Versorgungslage des Generalgouvernements liege darin, daß die Gaststätten jetzt in vermehrtem Umfange von Soldaten aufgesucht würden. Daher sei geplant, ab 1. Mai eine einheitliche Gaststättenkarte einzuführen. Die Wehrmacht könne dann den einzelnen Formationen diese Karten für die Gaststätten zuteilen, wenn sich Soldaten auf Dienstreise oder Urlaub befinden.

Die zweite große Aufgabe, die die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft z.Zt. beschäftige, sei die Erntebestellung für 1941. Die Frühjahrsbestellung sei gut vorbereitet. Man hoffe, daß das aus dem Reich zugesagte Saatgut und die Düngemittel noch hereinkämen. Allerdings werde die Ostbahn bis gegen Ende April noch mit Transporten belastet, die jetzt im Interesse der Versorgung der Städte vorverlegt werden müßten. Man wolle nämlich alle Distriktsstädte auf 3 bis 4 Monate bevorraten. Ungünstig werde sich für die Frühjahrsbestellung die Tatsache auswirken, daß jetzt wieder von der Wehrmacht 40 000 Pferde zu Transportzwecken in Anspruch genommen werden sollten. Eine besondere Schwierigkeit bedeute auch die willkürliche Inanspruchnahme von Land seitens verschiedener Formationen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß z.B. eine Formation ihre Baracken ausgerechnet in eine Gärtnerei hineinstelle.

Für die Landwirtschaft wirke sich auch die Tatsache sehr ungünstig aus, daß von der Wehrmacht häufig Löhne von 9, 10, 12 und sogar 20 Zloty je Tag gezahlt würden, während nach dem Tarif der Staatsarbeiter der Lohn nur 6,50 Zloty betrage.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k bezeichnet es als das wichtigste, die Lebensbedürfnisse der hier im Interesse des Deutschen Reiches tätigen Menschen unter allen Umständen sicherzustellen. Die Leute, die hier im Dienste des Reiches und der Rüstungsindustrie arbeiten, müßten auch so gestellt werden, daß sie ihre Arbeitskraft behalten. Zu der Anregung bezüglich Einführung einer Gaststättenkarte bemerkt der Generalgouverneur, daß er eine solche Anordnung gerne treffen werde, jedoch nur dann, wenn die Wehrmacht damit einverstanden sei.

Erfreulich sei die Feststellung, daß das Generalgouvernement das einzige unter den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten sei, das keine Anforderungen auf Ernährung aus dem Reich stelle. Es sei dies das Verdienst der zielbewußten Arbeit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Punkt 4 der Tagesordnung: <u>Holzversorgungslage im Generalgouvernement</u>.

Oberlandforstmeister Dr. E i ß f e l d t legt dar, daß die Wälder des Generalgouvernements nicht ausreichten, um den Holzbedarf unter normalen Verhältnissen zu decken. Seit der Besetzung des Gebietes habe sich die Notwendigkeit ergeben, einen Einschlag vorzunehmen in einer Höhe, die nur im Hinblickauf die Kriegslage zu verantworten sei. Durch diesen erhöhten Einschlag sei es bisher gelungen, den Holzbedarf im Generalgouvernement zu decken und im vorigen Jahr sogar noch mehrere Millionen Festmeter Holz dem Reich zur Verfügung zu stellen.

Die Anforderungen, die in den letzten Wochen für kriegswichtige Zwecke gestellt wurden, seien so groß, daß auch dieser starke Mehreinschlag nicht mehr voll ausreiche. So seien beispielsweise an Nadelstammholz für Balken und Bretter in den letzten Wochen Anforderungen gestellt worden, die einem ganzen Jahreseinschlag entsprechen. Diese Menge werde aber nicht etwa im Laufe eines Jahres verlangt, sondern solle in wenigen Monaten geliefert werden. Hierzu müsse man bedenken, daß die Frage der Holzbeschaffung in erster Linie ein Transportproblem sei. Die Sägewerke

im

im Generalgouvernement besäßen eine hinreichende Kapazität, um in kurzer Zeit große Mengen Holz einschneiden zu können; die Schwierigkeit liege jedoch in der Abfuhr des Holzes zum Sägewerk. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verhältnisse bezüglich der Holzabfuhr wesentlich verschlechtert, insbesondere infolge der starken Verminderung der hierfür zur Verfügung stehenden Pferdegespanne. Umso notwendiger sei es, daß alle beteiligten Stellen dieser Frage des Abtransportes von Holz die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Beschaffung des Holzes für kriegsentscheidende Zwecke sei deshalb so wichtig und müsse allem anderen vorangehen, weil die wehrwichtigen Bauten wie Brücken, Unterkünfte usw. bei der gebotenen Eile nur in Holz ausgeführt werden können und von ihrer rechtzeitigen Fertigstellung der weitere Verlauf der militärischen Operationen abhängt. Deshalb müsse das Holz, das auf Vorrat liege und aus dem Wald herausgeholt werden könne, restlos diesem kriegsentscheidenden Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Alle anderen Arbeiten müßten eine wesentliche Zurücksetzung erfahren. Die Abteilung Forsten werde denjenigen Stellen, denen weiterhin Holz zugeteilt werden müsse, nicht mehr den ganzen angeforderten Bedarf auf einmal geben, sondern die Zuteilung ratenweise vornehmen, je nachdem Holz vorhanden sei. Unter allen Umständen müsse von allen zivilen und militärischen Stellen von irgendwelchen wilden Beschlagnahmeaktionen Abstand genommen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: <u>Bauwirtschaft.</u>

Präsident B a u d e r bezeichnet die Bauwirtschaft als ein Problem der Arbeitskräfte, der Baustoffe und des Transportes. Während die Frage der Arbeitskräfte und der Baustoffe im allgemeinen in Ordnung sei, mache die Transportfrage erhebliche Sorge. In den nächsten Monaten werden auf diesem Gebiete noch weitere außerordnetlich große Schwierigkeiten eintreten. Es werde nicht daran zu denken sein, daß irgendwelche Transporte für nicht absolut kriegsentscheidende Dinge mittels Lastwagen noch möglich sein werden. Hierauf müsse bei der Planung für 1941 heute schon Rücksicht genommen werden. Unter keinen Umständen dürfe mit irgendwelchen Neubauten, die noch nicht begonnen sind, jetzt begonnen werden.

werden. Die noch vorhandenen Möglichkeiten müßten dazu benützt werden, um begonnene Bauten soweit fertigzustellen, daß sie gegen Witterungseinflüsse auf längere Zeit geschützt sind. Innenarbeiten aller Art seien als nicht lebensnotwendig zurückzustellen. Diese Maßnahme treffe auch den Wohnungsbau; es sei unmöglich, auf diesem Gebiet jetzt größere Arbeiten zu beginnen und durchzuführen. Es sei unzweckmäßig, im Hinblick auf die bezüglich des Wohnungswesens bestehende Not Hoffnungen zu erwecken, die unter dem Zwang der Verhältnisse nicht verwirklicht werden können.

Der Straßenbau stehe seit dem Beginn seiner Tätigkeit absolut unter dem Einfluß der Anforderungen der Wehrmacht. Wenn es gelungen sei, die ungeheuren von der Wehrmacht verlangten Leistungen zu vollbringen, so sei das nur dem Umstand zu verdanken, daß die Abteilung Bauwesen von allen Dienststellen des Generalgouvernements in vorbildlicher und rückhaltloser Weise unterstützt worden sei. Heute gelte auch für den Straßenbau die Forderung, daß es keinen Zweck habe, irgendwelche neuen Pläne in Angriff zu nehmen, da sie ja doch nicht zu Ende gebracht werden können. Es müßten zur Zeit die gesamten Bauten westlich Weichsel und San liegen bleiben; vielleicht werde es möglich sein, in der zweiten Hälfte des Jahres diese Bauten wieder fortzuführen.

Abschließend berichtet Präsident Bauder an die Distriktschefs die Bitte, die Dienststellen seiner Abteilung in den nächsten Wochen und Monaten bei der Durchführung ihrer schweren Arbeiten nach Möglichkeit zu unterstützen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k weist mit Nachdruck darauf hin, daß nicht daran gedacht werden könne, in den kommenden Wochen einen Bau zu beginnen oder ein großes Bauwerk zu Ende zu führen, wenn nicht das Material in diesem Augenblick bereits restlos an Ort und Stelle vorhanden sei. Präsident Bauder habe Vollmacht erhalten, in allen diesen Fragen grundsätzlich allein und ausschließlich zu entscheiden. Was fertiggestellt werden könne ohne Inanspruchnahme von Transportmitteln für Baumaterial usw. , solle selbstverständlich fertiggestellt werden. Die Distriktschefs und Abteilungspräsidenten seien dafür verant-

wortlich

wortlich, daß in ihren Bereichen nach diesen Grundsätzen gearbeitet werde.

Punkt 6 der Tagesordnung: Währungslage.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h teilt mit, daß auf dem Gebiete der Währung irgendwelche besonderen Ereignisse nicht eingetreten seien. Hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen zum Reich sei das Generalgouvernement stark aktiv; die Zahlungsbilanz weise mehr Zugänge als Belastungen auf. So erfreulich dieses Ergebnis sei, so sei doch für die Notenbank eine gewisse Schwierigkeit aufgetaucht insofern, als die für den Truppenbedarf - Soldzahlung usw. - erforderlichen Beträge im Kreditweg flüssig gemacht werden mußten, wodurch eine gewisse Steigerung des Notenumlaufes eingetreten sei. Bisher habe sich diese Steigerung in mäßigen Grenzen gehalten, weil es möglich gewesen sei, durch geeignete Abschöpfungsmaßnahmen diesen Auswirkungen entgegenzutreten. Der Notenumlauf betrage zur Zeit 1,3 Milliarde Zloty gegenüber 1,2 Milliarde am Ende des abgelaufenen Jahres. Mit der zunehmenden Belegung des Raumes mit Truppen werde auch die Steigerung des Notenumlaufes sich weiter fortsetzen. Irgendwelche Gefahrenmomente haben sich bisher hieraus nicht ergeben und sind auch für die nächste Zeit nicht zu besorgen.

Das Vertrauen in die Zlotywährung sei unerschüttert. Die Nachfrage nach Reichsmarkzahlungsmitteln sei verhältnismäßig gering; im Schwarzverkehr habe die Reichsmark ein ganz geringes Aufgeld.

Im Zusammenhang mit der Währungslage seien die möglichen Auswirkungen des Etats auf die Finanzlage ins Auge zu fassen. Irgendwelche ungünstigen Rückwirkungen auf diesem Gebiet seien bisher nicht zu verzeichnen. Der Bedarf des außerordentlichen Etats konnte im freien Geldmarkt untergebracht werden. Vor kurzem seien Gerüchte aufgetaucht, wonach beabsichtigt sei, im Generalgouvernement eine neue Ostmark auszugeben, worauf der Umtausch der Zlotynoten im Verhältnis 1: 4 erfolgen solle. Es sei gelungen, diese Gerüchte, die gleichzeitig an mehreren Stellen auftauchten,

und

und durch polnische Arbeiter auch im Reich verbreitet wurden, zu zerstreuen.

Ein weiterer Zusammenhang bestehe zwischen der Währung und den Preisverhältnissen und den sich daraus ergebenden Ausstrahlungen. Bekanntlich sei die Spanne zwischen Löhnen und Preisen noch offen. Irgendwelche Besorgnisse für die Währung seien hieraus im Hinblick auf das voll zurückgekehrte Vertrauen zur Währung jedoch nicht abzuleiten. Es empfehle sich, die bisherige Richtung in der Lohnpolitik, wie sie seit dem Entstehen des Generalgouvernements festgelegt worden sei, möglichst unvermindert fortzusetzen.

Im Geschäftsbetrieb der Emissionsbank seien keine Schwierigkeiten aufgetreten. Ungeklärt sei lediglich die Frage der Besoldung für das polnische Personal. Zur Zeit werde die Frage geprüft, ob nicht auf dem Weg einer Sonderregelung diese Angelegenheit geordnet werden könnte.

Was das Bankgeschäft anlange, so sei ein langsames Ansteigen der Einlagebewegung zu verzeichnen. Die Einlagen hätten es ermöglicht, die Beträge des außerordentlichen Haushalts zu finanzieren. Die flüssigen Mittel der Kreditinstitute seien nicht voll ausgenützt. Die Wirtschaft laufe eben noch nicht so normal, daß Kreditgesuche in ausreichendem Umfang vorhanden seien. Für die Einlagen - die überwiegend als täglich fällig eingezahlt werden - sei eine besondere Rechtssicherheit dadurch vorgesehen, daß sie von den alten Einlagen getrennt gehalten werden. Diese Maßnahme habe vertrauenstärkend gewirkt und den Einlagenzufluß verbessert.

Devisenlage

Abteilungspräsident T e t z n e r führt aus, daß die Devisenlage insofern als günstig gekennzeichnet werden könne, als allen berechtigten Forderungen bisher habe entsprochen werden können. Der Apparat der Devisenstelle und der Außenstellen sei den Bedürfnissen soweit angepaßt worden, daß nach Möglichkeit jeder unmötige Schematismus vermieden werde. Einzelnen Firmen, insbesondere reichsdeutschen Einsatzfirmen seien sogar allgemeine Genehmigungen erteilt worden, die ihnen einen gewissen Spielraum in der Anwendung ihrer Konzessionen geben und sie in die Lage versetzen würden, für längere Zeit Dispositionen zu treffen. Bisher sei es so gewesen, daß eine Devisengenehmigung nur einen Monat Geltung haben konnte, weil man sonst nicht den nötigen Überblick am Schlusse des Monats hatte. Aus den erfolgten Überweisungen seien erst die Mengen gewonnen worden, die im Gebiet des Generalgouvernements gefehlt hätten. So habe man eine Art Handelsbilanz statistisch aufbauen können. Die Genehmigung könne mit Wirkung vom 1. April auf 3 Monate erteilt werden. Im allgemeinen seien Schwierigkeiten bei der Erreichung einer Genehmigung nicht mehr zu erwarten. In enger Zusammenarbeit mit den Bewirtschaftungsstellen sei vor kurzem ein Weg gefunden worden, der zwar etwas schwierig sei, weil die Devisengenehmigung nicht nur eine gewisse Zuteilung des Zahlungsmittels bewirke, sondern von den Bewirtschaftungsstellen aus auch eine Zuteilung der Kennziffern stattfinden müsse. Aber auch auf diesem Sektor beständen zur Zeit keine Bedenken. Zur Zeit lägen die Dinge so, daß das Generalgouvernement vom Reiche kaufen könne, was es an Gütern abgeben könne.

Sicherheitslage im Generalgouvernement.

Der Höhere SS- und Polizeiführer SS-Obergruppenführer K r ü g e r führt aus: Wenn es bisher gelungen sei, im Generalgouvernement die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, so sei das in erster Linie der Sicherheitspolizei zu verdanken. Der Einsatz, der von der Polizei gefordert worden sei, sei sehr groß, und auch die Verluste im Einsatz seien noch verhältnismäßig gestiegen. Er hebe das hervor, weil vielleicht noch immer irrige Auffassungen gerade über die Tätigkeit der Sicherheitspolizei in diesem Raume beständen. Es handle sich hier um einen Kampf, der die höchsten Anforderungen an die Männer der Polizei stelle. Nach wie vor müßten deshalb alle Sicherheitsorgane für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einstehen. Es sei unmöglich, in absehbarer Zeit irgendwelche Kompromisse zu schließen oder gar schwach zu werden.

Die Kräfte, die sich gegen das deutsche Regime stellten, seien bekannt. Da sei vornehmlich die Intelligenz, die mit außerordentlichem Geschick arbeite. Sie wisse ganz genau, wie weit sie in ihren einzelnen Handlungen gehen könne. Daß diese Bewegung der Nationalpolen in Verbindung mit dem Ausland stehe und diese Verbindung aufrechterhalte, sei auch mit den schärfsten Sicherheitsmaßnahmen nicht zu umgehen. Gerade diese Kreise wüßten sich ein verhältnismäßig gutes Bild über die gesamten politischen und vor allem außenpolitischen Zusammenhänge zu verschaffen. Wenn Deutschland beispielsweise mit Erfolg irgendwo diplomatisch oder politisch arbeite, dann reagiere sofort diese Bewegung nach der negativen Seite. Wenn diese Kreise erführen, daß Deutschland mit mehr oder minder großem Erfolge etwa in Griechenland, Albanien oder Afrika arbeite, dann werde sich das sofort in einer lebendigeren Tätigkeit der Widerstandsbewegung zeigen. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, daß der Pole schlafe, abgesehen davon, daß er von Hause aus konspiriere; das lehre schon seine ganze Geschichte. Die polnische Widerstandsbewegung sei äußerst rege. Der Polizei sei es gelungen, gerade im Anfang dieses Jahres in die Widerstandsbewegung sehr scharf hineinzufassen. Da hätten sich neue, sehr interessante Wege gezeigt. Man habe bis zur Stunde

die Möglichkeit, immer wieder die Vorgänge innerhalb der polnischen Widerstandsbewegung zu überwachen.

Wenn die polnische Widerstandsbewegung überhaupt positiv arbeiten könne, dann nur deshalb, weil sie mit außerordentlicher Geschicklichkeit vorgehe und vor allem die Deutschen selbst ausnutze. Die Polizei sei gezwungen, angesichts der verhältnismäßig geringen deutschen Kräfte sich sehr stark auf polnische Mitarbeiter zu stützen. Die Widerstandsbewegung ~~xxx~~ bringe in ihren Geheimberichten, die die Polizei selbstverständlich besitze, zum Ausdruck, daß sie die größten Erfolge mit den polnischen Mitarbeitern der deutschen Behörden und Dienststellen erziele. Die Widerstandsbewegung sage ganz klar: Ihr habt Euch als Polen in der loyalsten Form zur Mitarbeit für die deutschen Behörden zur Verfügung zu stellen und habt Euch vor allem durch Fleiß und Ehrlichkeit zu bewähren; wenn Euch gesagt wird, Ihr sollt Euch in diesen Dienststellen loyal verhalten, dann geben wir Euch jede Vollmacht, durch Eure Unterschrift zu bestätigen, daß Ihr bereit seid, für die Deutschen in diesem Sinne zu arbeiten. Hier sei also äußerste Vorsicht geboten. Er bitte vor allem die verantwortlichen Mitarbeiter der Regierung, darauf zu achten, daß nicht unvorsichtigerweise Geheimbefehle, geheime Schriftstücke, Urkunden usw. liegen gelassen bezw. einem Polen anvertraut werden. Es könne sich auch um weibliche Kräfte, zumeist Stenotypistinnen handeln, die Zugang zu irgendwelchen Fächern oder Schränken hätten und so in die Lage versetzt würden, der polnischen Widerstandsbewegung Material auszuhändigen. Solche Dinge seien bereits vorgekommen.

Alle Bewegungen im Generalgouvernement lösten auf der anderen Seite eine ungeheure Spionage- und Agententätigkeit aus. Kein Mittel werde unversucht gelassen, um zu erfahren, was sich im Raume des Generalgouvernements abspielt. Gerade im Hinblick auf diese neuen Aufgaben würden alle Dienststellen mehr oder weniger irgendwie mit Geheimsachen beschäftigt. Deshalb sei es dringend notwendig, daß über alle Dinge Stillschweigen bewahrt werde, und zwar nicht nur in den Diensträumen und in der Zusammenarbeit mit den Polen, sondern auch außerhalb. Die Polen, ob Mann oder

Weib, suchten und fänden immer wieder Einlaß auch in sogen. deutsche Gaststätten. Sie versuchten auch, sich an Angehörige der Wehrmacht, der SS und Polizei heranzumachen. Hier müsse der Deutsche, vielleicht gerade unter dem Einfluß des Alkohles stehe, sehr vorsichtig sein, besonders in Gaststätten mit polnischer Bedienung. Bekanntlich gehörten auch polnische Kellner der Widerstandsbewegung an. Es gebe kaum einen polnischen Offizier - und das sei eigentlich die stärkste Kategorie der Angehörigen der Widerstandsbewegung -, der nicht jeden Beruf wählen würde, um nicht in irgendeiner Form mit den Deutschen Verbindung halten zu können.

Er bitte auch, dafür zu sorgen, daß das polnische Personal einer eingehenden Prüfung unterzogen werde. Er habe sich seiner Zeit bereit erklärt, solche Prüfungen vornehmen zu lassen, um festzustellen, inwieweit diese Menschen geeignet seien, einen bestimmten Beruf zu ergreifen bezw. in eine deutsche Dienststelle aufgenommen zu werden. Dieser Frage müsse besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden, weil sie für die zukünftige Arbeit von größter Wichtigkeit sei.

Auf dem Gebiete der Bekämpfung des Verbrechertums und der Banden habe man außerordantliche Erfolge erzielt. Daß das Vorhandensein dieses Verbrechertums im Generalgouvernement eine Selbstverständlichkeit sei, zeige der Umstand, daß die polnische Polizei unter der früheren polnischen Regierung alles mögliche versucht habe, um dieses Verbrechertums Herr zu werden. Dieses Verbrechertum stelle auch gegen-über den Bauern eine Landplage dar. Es versuche, sich auf jede Weise Vorteile zu verschaffen, und die eingeschüchterte Bevölkerung wage es nicht, irgendeinen Angehörigen einer solchen Bande bei der Polizeistation anzuzeigen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r glaubt feststellen zu müssen, daß viele Behörden des Generalgouvernements in diesem Punkt vielleicht die alte deutsche Vertrauensseligkeit gegenüber dem höflichen Auftreten des Eingeborenen zu sehr

zeigten. Es sei völlig undenkbar, daß eine absolute Abgeschlossenheit der deutschen amtlichen Stellen in diesem Raum aufrechterhalten werden könne, wenn Polen und Polinnen jederzeit Zutritt zu den Räumendieser Dienststellen hätten. Nötigenfalls müßten eben Hilfskräfte aus dem Reich herangezogen werden. Generalfeldmarschall Keitel habe ihm zugesagt, daß er UK-Stellungsanträgen aus dem Generalgouvernement, soweit sie genügend begründet seien, in jeder Form entsprechen werde. Aber auch abgesehen davon müsse gerade in den kommenden Wochen alles das, was besprochen werde und an Befehlen hinausgehe, unter die absoluteste Vertraulichkeit gesetzt werden. Deshalb dürften auch nicht über die Sitzung, die hier stattfinde, über den Kreis der Teilnehmer hinaus, irgendwelche Ausführungen nennenswerter Art gemacht werden.

Es gebe unter den 10- oder 12 Millionen Polen selbstverständlich eine große Anzahl von Menschen,denen das politische Geschehen dieser Zeit an sich völlig gleichgültig sei, die in der Landwirtschaft oder in der Fabrik arbeiteten und keine Neigung hätten, sich irgendwie politisch zu betätigen. Aber es sei immerhin wichtig, festzustellen, daß der intelligente Pole am besten den Weg sehe, den ihm die Deutschen selbst eröffneten. Es sei absolut falsch, irgendwie über das rein amtlich notwendige hinaus auch nur den geringsten gesellschaftlichen Kontakt aufzunehmen. Vor allem dürften auch die Beziehungen zu den Wojds amtlich nicht so gepflegt werden, daß der Wojd gewissermaßen in eine gesellschaftlich gehobene Kategorie komme. Er sei Pole und habe als solcher nur die Befehle entgegenzunehmen, er habe sich nihht in die absolut gehobene Zone des Führermaterials des Generalgouvernements emporgehoben zu fühlen. Freilich könnte man sagen: gerade dadurch komme der Wojd bei den anderen Polen in Mißkredit; aber die anderen seien nicht die dumpfe Masse, sondern würden sehr wohlweise von London her beraten, und sie seien die eigentlichen Führer der Widerstandsbewegung. Jedenfalls hätten sich in letzter Zeit Ereignisse abgespielt, die ganz offensichtlich zeigten, daß diese Widerstandsbewegung von hoher Warte vom Auslande her unterstützt werde. Er bitte die Mitglieder der Regierung

und alle in Frage kommenden Dienststellen, den Anregungen des Höheren SS- und Polizeiführers, der für die Sicherheit im Generalgouvernement verantwortlich sei, die ernsteste Beachtung zu schenken. Daher müsse jeder einzelne Abteilungsleiter in seinem Dienstbereich nachprüfen, was er tun könne, um alle diese Gefahrenmomente sofort auszuschalten. Man dürfe sich nicht einfach darauf berufen, daß in seinem Dienstbereich nichts passiert sei, daß dort alles gut gehe, daß die dort tätigen Polen höchst vertrauenswürdige Menschen seien. Dieses Vertrauen sei durch nichts begründet, und er bitte deshalb, sobald als möglich das polnische Element aus der Führungszone zu entfernen.

Distriktsverwaltung

Gouverneur Dr. **F i s c h e r** berichtet, daß sich die Arbeit im Distrikt Warschau nach den Weisungen der Regierung vollziehe. Die Lage im Distrikt sei, ernährungsmäßig gesehen, gesichert. Im Laufe des vergangenen Winters seien große Lebensmittelvorräte gesammelt worden, und man dürfe hoffen, damit den Anschluß an die neue Ernte zu beginnen. Die Wirtschaft in der Stadt Warschau, die ja fast ausschließlich, die Wirtschaft des Distrikts trage, sei an sich in einer günstigen Entwicklung. Hemmend wirkten natürlich die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Rohstoffe, der Transporte und Kohlenversorgung. Allerdings habe sich die Kohlenversorgung im Februar gegenüber dem Januar beträchtlich gebessert. Auch hier seien Vorräte angesammelt worden; so verfüge das Elektrizitätswerk über einen Vorrat für 32 Tage. Es seien ganz große Einschränkungen durchgeführt worden, und man erspare täglich gegenüber einem Normalverbrauch von ungefähr 1 000 t etwa 270 t.

Die Landarbeiteraktion zeige eine günstige Entwicklung. Was aber die gewerblichen Arbeiter angehe, so würden von der Reichsindustrie dauernd Anforderungen an Arbeitskräften gestellt, die man nach Möglichkeit zu befriedigen suche. Man habe aber in Warschau selbst einen großen Bedarf an Facharbeitern und könne eigentlich keine Kräfte mehr abgeben. Deshalb habe man auch eine

große Umschulungsaktion in Angriff genommen und bilde geeignete Fachkräfte aus.

Die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, vor allem auch mit der Wehrmacht verlaufe reibungslos. Zur Zeit werde eine große Anzahl von Quartieren geschaffen, soweit dies überhaupt nur möglich sei.

Auch die Ghettobildung in Warschau habe sich bis jetzt sehr gut bewährt. Zinsen und Abgaben würden regelmäßig bezahlt. Zur Zeit würden 25 000 Juden in die Meliorationsarbeit gebracht, und täglich ungefähr 15 000 Juden in Betrieben beschäftigt. Der Distrikt Lublin habe 25 000 Juden für Meliorationsarbeiten angefordert. Wenn sich die Entwicklung weiter so vollziehe, brauche man mit besonderen Schwierigkeiten im Ghetto nicht zu rechnen, um so weniger, da die Versorgung auch sichergestellt sei. Die Seuchenlage habe sich gegenüber dem Vorjahr um 50 % gebessert. Es seien auch alle Vorkehrungen getroffen worden, daß Seuchen größeren Ausmaßes nicht auftreten könnten.

Bemerkenswert sei in der letzten Zeit das Auftreten der Widerstandsbewegung. Drei Terrorakte seien zu verzeichnen: die Erschießung eines Volksdeutschen in Warschau, die Verletzung eines Soldaten in Lowicz und eines Soldaten in Kielce. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, mit aller denkbaren Schärfe gegen solche Terrorakte vorgehen zu dürfen. Vor allem müßten auch die Strafmaßnahmen der Bevölkerung öffentlich bekanntgegeben werden. Diese Methode wirke sehr abschreckend und werde gewisse Elemente dazu zwingen, von solchen Terrorakten abzusehen.

Gouverneur Dr. **L a s c h** hat Vorkommnisse von besonderer Bedeutung nicht zu melden.

Gouverneur Dr. **W ä c h t e r** gibt im Zusammenhang mit dem Hauptthema der Tagung die Erklärung ab, daß sich die Distriktsverwaltung Krakau in vollem Umfange auf die hier gestellten Anforderungen einstelle. Die wesentlichen Anforderungen könnten damit erfüllt werden. Er bitte nur die Abteilungsleiter, darauf

Rücksicht zu nehmen, daß ein Ausgleich vielfach bei der Mittelinstanz notwendig sei, bei der praktisch die einzelnen vordringlichen Anforderungen ineinandergriffen. Weiter bitte er darum, für die so notwendigen Verbindungsmittel des Telefons und des Telegraphen zwischen Distrikt und Kreisen, insbesondere auch Kreishauptmannschaften, zu sorgen. Weiter müsse eine gewisse Motorisierung im Interesse der mittleren und unteren Instanzen aufrechterhalten bleiben. Es gehe nicht an, daß in einem Gebiet, das ohnehin über eine geringe Verkehrsentwicklung verfüge, angesichts der schlechten Straßenverhältnisse dem Kreishauptmann die Möglichkeit genommen werde, zu Besuchen der unteren Instanzen sich des Kraftwagens zu bedienen.

Die Ernährungslage habe sich im allgemeinen gut entwickelt. Nur sei die Getreidesituation etwas angespannt. Erhebliche Hilfe habe die dankenswerte Unterstützung des Distrikts Lublin gebracht.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt fest, daß es der Regierung selbstverständlich völlig fern liege, den unbedingt notwendigen Kraftfahrzeugverkehr zu beschränken. Es sei ganz klar, daß der Umstand, daß im Generalgouvernement die Verkehrslage wesentlich günstiger sei als im Reich, zu einer völlig anderen Auslegung der Notwendigkeit von Maßnahmen führen werde und auch schon geführt habe.

Präsident L a u x m a n n betont, daß sich die Maßnahmen der Deutschen Post Osten in den letzten Monaten hauptsächlich auf den militärischen Sektor verlegt hätten. Die notwendigen Verbindungen würden in kurzer Zeit wieder hergestellt werden können, wenn die notwendigen Kräfte in den nächsten Wochen frei würden. Was die Verbindungen zu den polnischen Polizeiposten angehe, so seien sie zu etwa 90 % hergestellt. Die restlichen etwa 8 % seien nur schwer herzustellen, weil dafür Neubauten in großem Umfange erforderlich wären.

Gouverneur Z ö r n e r betont, daß man im Distrikt Lublin im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Lage den Wünschen der Wehrmacht weitgehend nachgekommen sei. Die Judenevakuierung habe auch in Lublin innerhalb dreier Tage durchgeführt werden müssen, und 10 000 Juden seien aus der Stadt Lublin ausgesiedelt worden. In die frei gemachten früheren Judenviertel würden Polen hineingesetzt, doch die Räume müßten allerdings noch entgast und hergerichtet werden. Man habe aus sanitären Gründen ein Interesse daran, daß die Polen, die gegen das Fleckfieber nicht so immun seien wie die Juden, nicht anheimfallen. Von der Stadt Warschau seien dankenswerterweise Entgasungstrupps zur Verfügung gestellt worden. Die freigemachten polnischen Viertel würden dann der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. In den Kreisstädten von besonderer Bedeutung seien ebenfalls die Judenviertel freigemacht worden, und man sei im Begriff, die ausgesiedelten Juden zu konzentrieren. Alles vollziehe sich mit größter Schnelligkeit nach einem bestimmten Plan.

Im Distrikt Lublin sei die Personalfrage immer am schwierigsten gewesen, weil man in diesem Distrikt erst sehr spät an den Aufbau habe herangehen können. So habe er z.B. die wichtige Stellung des Leiters der Abteilung Wirtschaft erst Anfang März 1941 endgültig mit einer wirklich geeigneten Persönlichkeit besetzen können. Besondere Lücken beständen immer noch bei dem Personal der mittleren Beamten, insbesondere der Inspektoren und Oberinspektoren. Über diese Schwierigkeiten hätten auch die Kreishauptmänner zu klagen.

Was die Verwendung von Kraftfahrzeugen angehe, so sei im Distrikt Lublin eine entsprechende Kontrolle eingeführt. Für Reisen außerhalb des Distrikts habe er sich die Genehmigung vorbehalten, und es sei zu hoffen, daß sich gerade im Distrikt Lublin die Sparmaßnahmen leichter durchführen lassen würden. Auch die Rückbeförderung der Ehefrauen der Beamten und Angestellten stelle im Distrikt Lublin kein großes Problem dar. Angesichts der Tatsache, daß es in Lublin nur geringe Wohnungsmöglichkeiten gebe, habe er von vornherein in dieser Beziehung starke Einschränkungen vornehmen lassen.

Gewisse Schwierigkeiten biete immer noch die Frage der Devisenbeschaffung. Manche Anträge auf Beschaffung von Devisen liefen schon seit drei Monaten, und die Folge sei, daß Lieferanten, mit denen man bislang in Verbindung gestanden habe, keine Ware mehr liefern wollten.

Über die Holztransporte habe er bereits mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt gesprochen. Einer der Umstände, weshalb das Holz so schlecht abgefahren werde, liege offenbar darin, daß die Forstverwaltung unter einem gewissen Zwang nur niedrige Abfuhrlöhne zahle. Wenn ein Bauer mit seinem Gespann für den ganzen Tag nur einen Lohn von 4 Zloty erhalte, dann brauche man sich nicht zu wundern, daß die Bauern nicht gewillt seien, das Holz aus den Forsten abzufahren, sondern ihre Gespanne lieber der Wehrmacht bezw. der Verwaltung zur Verfügung stellten.

Oberlandforstmeister Dr. E i ß f e l d t gibt zu bedenken, daß die niedrigen Holzabfuhr- bezw. Tageslöhne dadurch bedingt seien, daß die Holzpreise im Generalgouvernement außerordentlich niedrig gestellt sind. Die Forstverwaltung des Generalgouvernements habe den größten Teil des Einschlages ins Reich liefern müssen. Das Preisgefälle müßte den Verhältnissen des Ostens angeglichen werden. Zur Zeit sei es jedenfalls nicht möglich, die Abfuhr- und auch die Hauerlöhne wesentlich zu erhöhen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k bezeichnet es in abschließenden Ausführungen als erstmalig in der Verwaltungsgeschichte, daß ohne Rücksicht auf allenfalls eintretende wichtige Ereignisse die Geschlossenheit der Verwaltung erhalten bleibt, und fährt fort:

Ich mahhe daher noch einmal mit aller Schärfe auf das zu Anfang dieser Sitzung Gesagte aufmerksam. Das Generalgouvernement ist ein in sich geschlossener Bestandteil des großdeutschen Machtbereiches. Es gibt hier nur zwei Zuständigkeiten: die der Wehrmacht und die des Generalgouverneurs. Ausnahmen hiervon gibt es nicht. Ich betone, daß es unter Umständen notwendig sein könnte, daß ich zum ersten Mal von den mir vom Führer gegebenen disziplinären Möglichkeiten mit aller Härte und Schärfe Gebrauch mache. Ich werde von keinem Beamten und Angestellten die geringste Widersetzlichkeit dulden. Ich möchte Sie auch bitten, angesichts des Ernstes der kommenden Wochen alles Überflüssige und nicht unbedingt Notwendige zu unterlassen. Ich wünsche keine langen Berichte über irgendwelche belanglosen Detailprobleme.

Von unserer Lage hängt ein großer Teil des Schicksals der kommenden Wochen ab. Die Härte des Schicksals liegt jetzt über uns. Wir sind alle Soldaten und wissen, was das heißt. Wir sind alle erfüllt von dem Gedanken der Größe dieser Zeit und stehen bedingungslos zu jedem Einsatz bereit. Das konnte ich auch dem Führer melden und ich hoffe, daß ich in absehbarer Zeit ihm eine weitere entsprechende Meldung machen kann. Was uns auch die Zukunft bringen wird, eines steht fest: unsere Aufgaben werden nicht kleiner, sondern größer werden. Ich hoffe, daß es der Geschlossenheit dieses Gebietes und seiner vorbildlichen Verwaltungs- und Führungsmethode gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu meistern.

Ich schließe damit die Sitzung.

=======

Schluß der Sitzung: 13^{15} Uhr.

2

Protokoll gefertigt in 3 Exemplaren
1 Exempl. erhält StS. Dr. Bühler
2 " für die Akten d. Kanzlei des GG.

8. Mai 1941 Gnauck

IV/3

Burg Krakau

Hauptabteilungsleitersitzung

Freitag, 2. Mai 1941

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Unterstaatssekretär Kundt
SS-Obergruppenführer Krüger
Dienstleiter Schalk
Finanzpräsident Spindler
Ministerialdirigent Dr. Emmerich
Präsident Gerteis
Präsident Lauxmann
Präsident Bauder
Abteilungspräsident Wille
Landesbauernführer Körner
Abteilungspräsident Westerkamp
Abteilungspräsident Watzke
Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt
Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer
Abteilungspräsident Ohlenbusch
Bankdirigent Dr. Paersch
Oberstleutnant Fischer

Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

=====

Beginn der Sitzung 11^{00} Uhr

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich habe Sie heute zusammengebeten, um mit Ihnen nochmals über gewisse Maßnahmen ins klare zu kommen, die zu treffen sind und die wir gemeinschaftlich erörtern wollen. Die bisherigen Regierungssitzungen haben darunter gelitten, daß ein zu großes Gremium an ihnen teilgenommen hat und es daher nicht gut möglich gewesen ist, über Dinge zu sprechen, die vielleicht streng vertraulichen Charakter haben. Ich möchte mich nun in regelmäßigen Abständen in der nächsten Zeit mit Ihnen immer wieder aussprechen. Ich erwarte, daß ich Ihnen bei dieser Gelegenheit alles sagen kann, was mich betrifft, daß aber dann auch sofort hier immediat die Möglichkeit besteht, etwaige zwischen den einzelnen Abteilungen aufsteigende Schwierigkeiten durch eine gemeinschaftliche Aussprache aus der Welt zu schaffen.

Wir kommen jetzt in sehr wichtige Wochen und Monate. Es wird notwendig sein, daß sich auch die Form des gegenseitigen Zusammenarbeitens nicht in der Art des bürokratischen Verkehrs und Briefwechsels ~~xixk~~ vollzieht, sondern daß man über Dinge, die uns alle berühren, gemeinschaftliche Aussprache hält.

Ich wünsche nicht, daß jetzt etwa schon in großem Umfange Vorbereitungen zur Übernahme weiterer Gebiete getroffen werden. Ich spüre eine Art Unruhe in den Bereichen aufsteigen. Man befleißigt sich einer gewissen betonten Interessiertheit an östlichen Ländereien. Man bemüht Bibliotheken und Archive wegen Herausgabe von statistischem, geo-graphischem Material usw. Man sucht leider auch da und dort Kontakt mit den angeblich alles beherrschenden Berliner Zen-

tralen. Seien Sie überzeugt: wir haben das nicht nötig. Seien Sie vollkommen beruhigt. Was alles auch geschehen und eintreten wird, wird so rechtzeitig kundgetan, daß ich nichts zu versäumen gedenke. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie auf Anforderung Ihrer Berliner Zentralstellen, Statistiken über diese Gebiete zu geben oder irgendwie vorzusorgen, daß der Einbruch der Berliner Zentralstellen allenfalls in neue Gebiete möglichst im engsten Kontakt mit der Wehrmacht geschehen könnte, mir persönlich immer die Entscheidung vorbehalten, ob Sie solche Ersuchen beantworten sollen oder nicht. Ich kann nicht dulden, daß etwa durch Regierungshandlungen, und seien sie noch so diskret, der Eindruck entsteht, als ob wir in voller Vorbereitung kriegerischer Ereignisse ständen. Ich sage das vor allem deshalb, um keine Unruhe aufkommen zu lassen, die zweifellos eintreten würde, wenn der eine oder andere enttäuscht hier zurückzubleiben hätte und die anderen Zugvögel den Bereich verließen.

Ein zweites aber ist sehr viel wichtiger: durch diese Pseudoarbeit im luftleeren Raum darf die echte und praktische tagesnützliche Arbeit in unserem Generalgouvernement nicht leiden. Es darf mir also nicht einer sagen: ich komme nicht dazu, die kleinen Fragen der Verkehrsangelegenheiten da und dort z u entscheiden, denn meine Gedanken richten sich jetzt nach Kiew, ich muß die Transportlinien da und dorthin studieren. Ich bitte also, die kälteste Ruhe zu bewahren. Freilich, es gibt viele Umstände, die gegen unsere Arbeit in unserem Gebiet sprechen. Man sieht, daß Transporte hereinkommen, man sieht an allgemeinen Vorgängen, daß sich irgendetwas tut. Aber es tut sich nur etwas, weil der Führer die äußerste Defensivbereitschaft hier im Ostraum gewahrt sehen will. Also jeder Einzelne von Ihnen muß dafür sorgen, daß keine Unruhe in unseren Bereich kommt.

Nun zu den Einzelfragen, die uns im wesentlichen zu beschäftigen haben! Was irgendwie militärisch zu geschehen hat, geht uns gar nichts an. Das wird vom Führer bestimmt,

er bestimmt den Zeitpunkt und auch die Art und Weise der Geschehnisse. Nicht einmal die unmittelbarsten militärischen Mitarbeiter des Führers wissen ganz genau Bescheid. Bescheid weiß nur der Führer. Wenn Ihnen irgendeiner etwas sagt, dann seien Sie skeptisch. Es gibt natürlich einige technische Bereiche, die es noch am ehesten wissen könnten: Waggongestellungen, Straßenfertigungstermine sind wichtige Indizien. Gleichwohl wird Ihnen niemand sagen können, wie lange die Truppenbelegung des Generalgouvernement in Höchststärke dauert - ein ungemein wichtiges Datum für unsere Ernährungs- und Währungslage. Man kann Ihnen sagen, es dauere 3 Monate, 8 Wochen, andere sagen: vielleicht begnügt sich der Führer mit Jugoslawien. Kurz und gut, wir tappen vollkommen ins Unsichere hinein, wie übrigens auch der entscheidende Feldherr. Auch der Führer muß seine Entscheidung erst im allerletzten Augenblick treffen. Er weiß vielleicht 48 Stunden vorher noch nicht, was er anordnen will. Entscheidend ist jedenfalls, daß der Apparat steht und daß alles getan wird, was nur möglich und denkbar ist.

In diesem Zusammenhang kann ich unserer Freude darüber Ausdruck geben, daß wir hier Herrn Oberstleutnant Fischer als Vertreter der Wehrmacht begrüßen können. Er ist mir persönlich als Verbindungsoffizier zur obersten Zentrale der Kriegführung beigegeben und hat vom Chef des OKW. den besonderen Auftrag erhalten, die Verbindung zum Generalgouverneur in allen Punkten, die für uns wichtig sind, aufrecht zu erhalten. Trotz mancher Schwierigkeiten und über diese Schwierigkeiten hinweg muß alles geschehen, um die Dinge so zu gestalten, daß wir möglichst gut dabei fahren. Wir wissen, daß es aus dem Leben der Truppe heraus allerdings zu manchen Überschneidungen kommt, daß z.B. eine Truppe der anderen die Gespanne wegnimmt. Es ist klar, daß wir hier eine übergeordnete Instanz brauchen. Sie soll Oberstleutnant Fischer sein, der sich zur Verfügung hält, um solche Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Teilen der Wehrmacht auszugleichen.

Ich habe Sie, meine Herren, zu mir gebeten, um mit Ihnen einige ganz konkrete, mir besonders wichtig erscheinende Fragen zu besprechen. Dabei will ich aber betonen, daß ich Sie auch künftig berufen werde, wenn ich einen solchen konkreten Anlaß nicht habe. Ich nehme an, daß sich bei Besprechung dieser Punkte die Möglichkeit für die wesentlich an den technischen Vorbereitungen beteiligten Herren ergibt, zu den anderen Fragen Stellung zu nehmen.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Fragen der Ernährung und der Währung. Damit hängt dann auch die dritte Frage der Gespanndienste und Gespannleistung bezw. der Transportlage im Generalgouvernement zusammen.

Landesbauernführer Körner nimmt zur Ernährungsfrage Stellung. Er habe vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt, dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Lage zu geben, wie sie sich neuerdings angesichts der Truppenbelegung gestaltet habe.

Die Erfassung von Lebensmitteln sei durch die Kriegspsychose auf allen Sektoren sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In den Bauerndörfern seien die Bauern im Begriff, Getreide zu vergraben, schwarz zu schlachten und das Fleisch für Kriegszeiten aufzuheben. Diese Erscheinung zeige sich auf allen Gebieten, für die eine Pflichtablieferung ausgeschrieben sei. Bei Getreide habe sich das besonders in dem für die restliche Versorgungszeit so außerordentlich bedeutungsvollen Distrikt Lublin gezeigt. Lublin hätte nach einer neuen Festsetzung vom Februar 1940 noch 166 000 t Getreide zu liefern, habe aber in den letzten Tagen mit etwa 30- bis 40 000 t zurückgehalten. Der dortige Abteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft sei allerdings nach wie vor der Auffassung, daß er davon noch einen Teil erhalten werde. Aber er, Landesbauernführer Körner, habe bei seinen Neuplanungen für den Rest des Getreideversorgungsjahres einkalkuliert, daß die Mengen nicht auf-

kommen werden, die man in Lublin noch für ablieferungsmöglich halte. Man werde aber deshalb noch nicht in große Schwierigkeiten kommen, weil er die Versorgung aus der alten Ernte so langfristig festgelegt habe, daß eine angemessene Überschneidung mit der neuen Ernte möglich sei. Trotzdem werde es recht schwierig werden, am 15. August den Anschluß an die neue Ernte zu finden. Verhältnismäßig günstig lägen die Dinge beim Hafer. Man habe auch der Wehrmacht das Angebot gemacht, Hafer gegen Brotgetreide einzutauschen. Die Wehrmacht habe jedoch von Berlin wohl die Weisung bekommen, diesen Tausch nicht vorzunehmen, weil im Deutschen Reich das Getreide auch knapp sei. Auch der Eintausch von Futtergetreide gegen Brotgetreide werde unter diesen Umständen wohl nicht möglich sein. Daher werde man dazu übergehen müssen, insbesondere für das Gebiet des Gebirges, wo die Menschen Hafer als Brotgetreide benutzt hätten, Hafer anstelle des Brotgetreides auszugeben.

Die Versorgung sei so gesteuert worden, daß bis zum 10. August in allen Orten, die Brotgetreideunterschuß hätten, die nötigen Mengen eingelagert würden. Bis 20. Mai lägen die Mengen für das kommende Vierteljahr an den Verbraucherplätzen, sodaß transportmäßig die Eisenbahn nicht belastet zu werden brauchte.

Bei den Kartoffeln habe sich gezeigt, daß die Transportschwierigkeiten in diesem Frühjahr durch die Ostbahn überwunden werden konnten und daher die Kartoffelversorgung in den Städten als normal anzusehen ist. Angesichts der starken Wehrmachtsbelegung hätten sich allerdings auch bei der Kartoffel gewisse Knappheitserscheinungen gezeigt; doch sei es zu keiner Katastrophe gekommen. In Ziechenau seien Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium über dort lagernde Kartoffelmengen geführt worden, die nach Warschau transportiert werden sollten. Alles in allem sei zu hoffen, daß man auch hinsichtlich der Kartoffel den Anschluß an die neue Ernte finde.

Was die Fleischversorgung angehe, so hätten die Ablieferungen von Schweinen undKälbern nachgelassen. Man habe aber noch die Verräte aus dem Winter und hoffe, zu einem gewissen Ausgleich zu kommen. Im übrigen werde durch die Einführung der Gaststättenkarte der Fleischkonsum im ganzen zurückgehen. Die Gaststättenkarte könne leider aus technischen Gründen erst am 1. Juni eingeführt werden. Die Karte gelte nur für die Verabreichung von Fleisch und Fett in den Gastwirtschaften. Man habe für diese Karte ein denkbar einfaches System gefunden. Es sei gelungen, die Errichtung einer Umtauschstelle für den Eintausch von normalen Fleischkarten gegen Gaststättenkarten zu vermeiden. Die Fleischration, die in Deutschland ab 1. Juni von 500 auf 400 g herabgesetzt werde, werde im Generalgouvernement von 750 auf 800 g erhöht. Das bedeute aber praktisch eine Kürzung um 300 bis 400 g, weil viele Reichsdeutsche neben der Fleischkartenration noch laufend 300 bis 400 g in der Gastwirtschaft verzehrt hätten. Begründet werde diese Maßnahme damit, daß es im Generalgouvernement nur wenig Fische gebe und nicht die Ausweichmöglichkeit in den Speisen bestehe wie im Reich.

In den Monaten März und April habe man ein hervorragendes Anlaufen der Eierablieferungsaktion beobachtet. Am 1. Mai verfüge man über einen Vorrat von 45 Millionen Eiern, 10 Millionen Stück seien exportiert worden, andere Mengen habe man herausgegeben und dann noch 10 Millionen konserviert. Leider lasse sich das Ei von der Truppe sehr gut wegorganisieren. Man habe festgestellt, daß einzelne Truppeneinheiten an ihren Sammelplätzen ein Schild mit der Aufschrift "Hier Eiersammelstelle" aufgehängt hätten. Die Bauern hätten denn auch Eier an diese Stellen abgeliefert, umso mehr, da ihnen von der Truppe vielfach 1 Kg Zucker für 1 Kg Eier gegeben worden sei. Es sei das möglichste geschehen, um eine Aufklärung über diese Dinge in die Truppe hineinzubringen. Man habe dabei auch die Unterstützung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement gefunden. Es

seien Plakate gedruckt worden, in denen darauf hingewiesen werde, daß gewisse Betriebe in den Ernährungsplan des Generalgouvernements einbezogen seien, der auch für die Wehrmacht seine Bedeutung habe. Erst gestern sei von Spala aus ein Flugblatt mit einem Befehl an die Truppe hinausgegangen, in welchem jeder einzelne Soldat darüber aufgeklärt werde, welche Bestimmungen auf dem Gebiete der Wirtschaft im Generalgouvernement maßgebend seien. Vielfach seien ja auch die Übergriffe der Truppe auf die völlige Unkenntnis der Verhältnisse im Generalgouvernement zurückzuführen. Es sei zu hoffen, daß mit einer schnell erfolgenden klaren Ausrichtung der Truppe die Übergriffe auf das Mindestmaß beschränkt werden können. Im übrigen habe sich aber die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft noch etwas Vorräte angelegt und glaube, die schwierige Situation überwinden und eine Kürzung der vorhandenen Rationen vermeiden zu können.

Große Schwierigkeiten biete nach wie vor die Frage der Gespanngestellung. Von drei verschiedenen Seiten kämen Anforderungen nach Gespannen, die sämtlich gleich notwendig und wichtig seien: nämlich von Seiten des Straßenbaus, von Seiten der Wehrmacht und der Forstwirtschaft, die fast ausschließlich Wehrmachtsleistungen zu erfüllen habe. Er habe gewiß nicht die Aufgabe, die polnischen Bauern in Schutz zu nehmen, müsse aber betonen, daß die polnischen Pferde nicht geeignet seien, auf die Dauer große Gespannleistungen zu vollbringen. Sie seien viel zu feinknochig und auch nicht genügend gefüttert. Zugleich solle nun aber von den Bauern die Frühjahrsbestellung in Angriff genommen werden. Die Frühjahrsbestellung leide ganz besonders unter dem schlechten Wetter, das die Aussaat sehr behindere. Er hoffe aber, daß trotz aller Schwierigkeiten die Frühjahrsaussaat Ende dieser Woche im ganzen Generalgouvernement beendet sein werde. Dazu trete dann noch die Kartoffel- und Rübenbestellung. Trotz des schlechten Wetters würden wahrscheinlich bis zum 15. oder 20. Mai die Frühjahrsarbeiten

erledigt sein.

Die großen Schwierigkeiten bei der Pferdegestellung hätten zu der Anordnung des Generalgouverneurs geführt, daß mit den Kreishauptleuten über die Einteilung der Gespanne Vereinbarungen getroffen werden sollten. Er sei überzeugt, daß die Kreishauptleute ihr möglichstes täten, aber die Anforderungen seien im ganzen zu groß. Jedenfalls müsse aber von den anderen Stellen auf die Notwendigkeit der Frühjahrsbestellung und der Ernte sowie der Herbstbestellung Rücksicht genommen werden.

Der Stand der Herbstsaaten, sei an sich befriedigend und jedenfalls wesentlich besser als im vergangenen Jahre. Man habe festgestellt, daß die Anbaufläche um 4 % bei Brotgetreide erhöht worden sei, und hoffe, auf Grund des Saatenstandes, daß in Brotgetreide ein gutes Ernteergebnis zu verzeichnen sein werde. Daß die Sommersaaten, wenn sie Ende April oder Anfang Mai in die Ernde kämen, keinen vollen Ertrag bringen werden, sei eine allgemeine Erscheinung. Das gelte besonders auch für Hafer. In Ostpreußen sei bis zum 29. April noch nicht ein einziger Acker mit Hafer besät worden. Für die europäische Ernährungslage werde die Ernte nicht übermäßig günstig sein. Deutschlands Getreidevorräte seien sehr zurückgegangen. Am 1. August werde man nur noch 15 % der Vorräte haben, die zu Beginn des Krieges vorhanden gewesen seien, weil verschiedene Länder mit dem deutschen Getreideüberschuß hätten versorgt werden müssen. Die Bestellung in Südosteuropa sei auch nicht so gut gewesen, wie man es erwartet hätte. Die beste Frühjahrbestellung sei in diesem Jahr in der Ukraine gemacht worden, weil der März hervorragendes Wetter gebracht hätte.

Zum Kapitel

Straßenbauwesen

hat Präsident Bauder nichts wesentlich neues zu berichten. Doch führt auch er Klage über die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete der Gespanngestellung. Die klare Verordnung des Generalgouverneurs gebe den Kreishauptleuten die Möglichkeit, über die Gespanngestellung zu verfügen. Die Kreishauptleute seien auch bemüht, nach Möglichkeit sich an die Bestimmungen zu halten. Tatsächlich sei es aber nur so, daß Fahrzeuge oft für einen bestimmten Zweck in Anspruch genommen und auch von den Kreishauptleuten zur Verfügung gestellt, dann aber unterwegs von irgendeiner Truppe angehalten und mitgenommen würden. Die Wehrmacht leide selber unter diesen Zuständen, weise aber darauf hin, daß sie vielfach nicht anders handeln könne. Auch beim Straßenbauwesen handle es sich zumeist um Aufgaben, die für die Kriegsvorbereitung und für die Wehrmacht von größter Bedeutung seien. Einer Desorganisation auf dem Gebiete der Gespanngestellung müsse auf jede Weise entgegengetreten werden; denn schließlich gebiete dies ja auch das Interesse der Wehrmacht selber.

Landesbauernführer Körner bezeichnet es als einen besonders großen Übelstand, daß einzelne Truppenteile die Gespanne mit Geschirr, Wagen und auch dem Kutscher nehmen und dann mit den Pferden abrücken.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob nicht vom Reich Pferde geliefert werden könnten. Vielleicht könnte die Wehrmacht auch aus den anderen Gebieten Pferdematerial nachschieben. In Ländern wie Nordfrankreich, Belgien, Dänemark müßten doch noch Bestände an Pferden vorhanden sein.

Oberlandforstmeister Dr. Lißfeldt berichtet über die

Forstwirtschaft.

Zunächst führt auch er Beschwerde über die Widerstände, die

einer geordneten Gespanngestellung im Wege ständen. Der Einschnitt stehe an sich sehr gut. 75 - bis 80 % des Holzes liege am Boden, sehr viel mehr, als im Reich eingeschlagen worden sei. Die Sägewerke ständen auch mit einer solchen Kapazität zur Verfügung, daß sie in kurzer Zeit große Mengen schneiden könnten. Die Schwierigkeiten aber lägen in der Holzabfuhr. Durch die starke Beanspruchung von Gespannen seitens der Wehrmacht, für die Frühjahrsbestellung und den Straßenbau befinde sich die Holzabfuhr in einem absoluten Engpaß. Falls nicht irgendwelche Sofortmaßnahmen getroffen würden, werde eine völlige Verstopfung eintreten. Um dieser Schwierigkeit Herr zu werden, werde es sich empfehlen, daß man bei der Inanspruchnahme von Gespannleistungen eine ganz scharf Differenzierung eintreten lasse. Bei gutem Wetter könnte für die Frühjahrsbestellung, bei schlechtem Wetter könnten Steine gefahren werden. Nur auf dem Wege einer solchen Differenzierung werde man wirklich zu einer vollen Ausnutzung der Gespanne kommen. Eine zweite Möglichkeit läge darin, daß seitens der Wehrmacht der Forstverwaltung Transportmittel in Gestalt von Zugmaschinen zur Verfügung gestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der bisherigen Besprechung dahin zusammen, daß die Ernährungslage des Generalgouvernements an sich gehalten werden könne, unter der Voraussetzung, daß sich die Wehrmacht an die besprochenen Vereinbarungen halte und für entsprechende Aufklärung auch des letzten Mannes sorge. In der Frage der Gespannleistung müßten sich die beteiligten Instanzen unter Führung des Unterstaatssekretärs miteinander in Verbindung setzen und unmittelbar örtliche Feststellungen treffen.

Präsident Gerteis gibt sodann einen Bericht über die gegenwärtige Lage der

Ostbahn.

Mit der Ausweitung des deutschen Machtbereiches sei die Anspannung der Deutschen Reichsbahn unendlich gewachsen.

Wenn auch im Westen eine namhafte Beute an Lokomotiven gemacht worden sei, so reiche sie doch immer noch nicht aus, um den Osten und Südosten entsprechend versorgen zu können. Die Lokomotivenfrage sei heute für die mögliche Leistung überhaupt maßgebend. Was im letzten Monat geleistet worden sei, stelle die größte Leistung dar, die jemals vollbracht wurde. Von dieser Leistung entfielen 27 % auf den reinen Wehrmachtsverkehr. Das sei mehr, als beispielsweise der gesamte Aufmarsch im Jahre 1939 erfordert habe. Dabei werde diese Leistung vollbracht, während der Regelfahrplan und der Wirtschaftsverkehr noch aufrecht erhalten werden könnten.

Eine Folge der Lokomotivmangellage sei eine Kontingentierung auch der Wagengestellung. So würden beispielsweise Kohlenwagen nur noch 16 000 gestellt gegenüber 25 000 im letzten Sommer und 19-bis 20 000 im letzten Winter. Wenn der eigentliche Großwehrmachtsverkehr eintrete, dann werde der Höchstleistungsfahrplan in Kraft gesetzt, was zur Folge habe, daß die Wagengestellungszahlen noch erheblich weiter zurückgingen. Unter diesen Umständen könne man überhaupt nur noch mit der Hälfte des Kohlenverkehrs rechnen. Ebenso sei auch der Wirtschaftsverkehr sehr stark gedrosselt,vor allem bei der Schwerindustrie. Hier räche sich die Politik vor dem Kriege. Neben einer militärischen Kriegführung sei auch die volle Aufrechterhaltung der Industrie eine Selbstverständlichkeit. Sie könne aber nur leben und arbeiten, wenn ihr mit Hilfe der Eisenbahn die nötigen Transporte sichergestellt würden.

Im Generalgouvernement und für die Ostbahn ergeben sich besondere Schwierigkeiten, weil hier der größte Teil des Verkehrs nach dem Osten gehe und im Generalgouvernement die Güter entladen werden müßten. Eine Verbesserung der Lokomotivenlage sei zur Zeit nicht möglich, so-lange der öffentliche Verkehr in Deutschland nicht weiter eingeschränkt werden könne, was von allen Stellen, auch den militärischen, mit Rücksicht auf die Kriegsindustrie noch abgelehnt werde.

Ernährung und Landwirtschaft 100 000 t Getreide, Zucker und Kartoffeln aus dem Lubliner Gebiet nach dem Versorgungsbezirken Warschau, Krakau und Radom abzufahren. Anfangs sei es auch noch möglich gewesen, Wagenzüge aus dem Reich besonders nach dem Lubliner Bezirk durchzuführen. Angesichts der jetzigen Lage sei das aber nicht mehr möglich. Er nehme jedoch an, daß in einigen Wochen diese Abfuhrbereiten Vorräte abgefahren werden könnten.

Die Holzabfuhr, insbesondere auch die Abfuhr des Grubenholzes gehe einigermaßen befriedigend vor sich. Auch sei die Ostbahn bemüht, die Bedürfnisse der Monopolverwaltung nach Wagengestellung, soweit möglich, zu befriedigen. Darüberhinaus sei für den öffentlichen Verkehr noch eine Minimum an Wagenraum vorhanden.

Am 5. Mai müsse ein Fahrplanwechsel stattfinden, weil die neuen Gebiete erschlossen werden müßten und auch eine Verkehrsverlagerung im Laufe des letzten halben Jahres eingetreten sei. Der Fahrplan bringe neben einer Reihe von theoretischen Verbesserungen auch einige praktische Vergünstigungen. So werde ein Schnellzug nach München mit Schlafwagen bis Dresden gefahren werden, der 0^{09} Uhr von Krakau abfahre und 20^{20} in München eintreffe. Außerdem gebe es einen Zug von Wien-Bodenbach nach Krynica. Die beiden Berliner Züge, die bisher nach 23^{00} Uhr kurz hintereinander von Berlin abgefahren seien, würden jetzt in größeren Abständen fahren: ein Zug verlasse Berlin um 18^{20} Uhr und sei um 6^{20} Uhr in Krakau. Ferner werde es eine Verbindung von Wien über Warschau nach Königsberg geben. Auch im Innern habe man für bessere Anschlüsse zu sorgen versucht. Insgesamt dürfe nicht mehr an Zugkilometern im Reiseverkehr gefahren werden, als in der letzten Zeit überhaupt schon habe gefahren werden können. Selbstverständlich müsse der Reiseverkehr gegenüber dem Wehrmachtsverkehr und dem vordringlichen Güterverkehr zurückstehen. Zum Teil werden jetzt in vielen Gegenden des Reiches, besonders aber im Osten, weniger gefahren, als während des Höchstleistungsfahrplanes.

Man versuche zwar, der Dinge Herr zu werden, und arbeite selbstverständlich mit allen zur Verfügung stehenden Lokomotiven, werde aber nicht darum herum kommen können, eine gewisse Sperrung mancher Dinge eintreten zu lassen. So sei zur Zeit eine ganze Anzahl von Gütern gesperrt. Für die Beförderung von Wehrmachtskohle werde nur noch ein Zug gefahren; die Beförderung von Privatkohle ist fast ganz eingestellt. Auch Otto-Programm, Straßenbau, Askania müßten große Einschränkungen erfahren. Ebenso sei auf dem Dienstkohlensektor die Zufuhr stark eingeschränkt. Selbst die Wehrmacht habe ihren Nachschub in den letzten Tagen um etwa 50 % verringert, nur um den Anforderungen gerecht zu werden, die hinsichtlich der Truppenbewegung schon vorhanden seien. Vor 14 Tagen etwa sei der Verkehr vom Reich nach Rußland vor allem hinsichtlich der Kohle völlig eingestellt gewesen. Er sei jetzt wieder voll angelaufen, weil die Russen Einspruch dagegen erhoben hätten. Andererseits zeigen sich auch die Wirkung des Mantel-Vertrages.

Infolge der Otto-Bauten, die kriegsmäßig am 15. April abgeschlossen seien, habe sich auch eine Leistungssteigerung im Ostbahnnetz ergeben. Seit einigen Wochen seien statt bisher täglich 5 000 Wagen etwa 6 000 und mehr Wagen aus dem Reich gekommen und hätten ohne wesentliche Schwierigkeiten übernommen werden können, so daß daneben sogar noch eine Wagengestellung im Innern des Generalgouvernement von 3 000 Wagen und mehr möglich gewesen sei. Das bedeute insgesamt eine 25 %ige Steigerung gegenüber der Zeit vor Inangriffnahme der Otto-Bauten. Da die Otto-Bauten mit derselben Tatkraft weitergeführt würden, werde von Monat zu Monat eine weitere Leistungssteigerung im Netz der Ostbahn notwendig sein. Es handle sich ja auch hier um reine Wehrmachtstransporte.

Im öffentlichen Verkehr, der andere Bedingungen habe, wirkten sich die Leistungen nicht so aus wie bei der Wehrmacht. Trotz dieser großen Zufuhren aus dem Reich sei es noch möglich gewesen, entsprechend einem Wunsche der Abteilung Er-

Seit einigen Monaten seien im Generalgouvernement die gesamten Empfängerstellen von dem linken auf das rechte Weichselufer verlagert. Nahezu jeder Bahnhof rechts der Weichsel werde gegenwärtig nicht von einer Stelle, sondern von zwei oder drei Stellen als Entladestation in Anspruch genommen. Diese Bahnhöfe, die einem solchen Zwecke niemals gedient hätten, müßten nun behelfsmäßig für diese Entlademöglichkeit hergerichtet werden.

Der aus Deutschland einbrechende Verkehr bleibe zu 66 % im Generalgouvernement. 34% gingen aus dem Generalgouvernement wieder hinaus. Der einbrechende Verkehr setze sich zusammen aus dem Verkehr für Otto-Programm und Eisenbahn zu 4 %, in gleicher Höhe aus dem Verkehr für Straßenbau, Wehrmacht zu 22 %, Eisenbahndienstkohle 12 %, Kohle für öffentlichen Verkehr 14 %. Für den gesamten öffentlichen Verkehr verblieben nur 6 % der eingehenden Sendungen. Auf den Russenverkehr entfielen 12 %, auf den Verkehr nach Ostpreußen 8 %, nach dem Warthegau 8 %, nach Danzig-~~Thorn~~ 3 %. Hier handle es sich in der Hauptsache um Kohlentransporte. Im übrigen mache die gesamte Kohlenbeförderung nur 3 % aus.

Was die Wagengestellung angehe, so betrügen die Forderungen etwas über 4 000 ~~RM~~ Wagen. Hier sei mit einem Ausfall von 22 % zu rechnen. Man könne durchschnittlich mit 3 000 Wagen am Tage rechnen. Die Wehrmacht behalte für den inneren Verkehr 745 Wagen. Für Stückgut, das zum großen Teil aus Wehrmachteinzelsendungen bestehe, seien 104 Wagen in Anspruch genommen, für Kartoffeln 62, für Getreide und Mehl jetzt nur noch 102. Für Grubenholz würden heute noch 146 Wagen gestellt. Otto-Programm -Eisenbahn erhalte 550 Wagen. Der Russenverkehr beanspruche täglich über 300 Wagen.

Was das Personal angehe, so könne in allerletzter Zeit mit einem Zuwachs von 3 000 deutschen Eisenbahnern gerechnet werden. Die Hälfte davon werde die Reichsbahnverwaltung aus ihren geringen Beständen noch stellen. Diese deutschen Reichsbahner seien dazu bestimmt, links der Weichsel die Zahl

der deutschen Eisenbahner zu vermehren, vor allem auf den Bahnhöfen, die militärisch von besonderer Wichtigkeit seien. Weiter würden von der Wehrmacht zur Zeit im Heeresdienst stehende deutsche ~~Arbeiter~~ Eisenbahner der Ostbahn zur freien Verwendung überlassen werden. Sie sollten vornehmlich dazu dienen, gewisse Strecken nach dem Osten mit deutschem Personal zu besetzen, damit es bei Komplikationen eingreifen könne und der Betrieb, falls die polnischen Bediensteten wegliefen, nicht stillgelegt zu werden brauche.

Die Bauten der Ostbahn würden weitergeführt, es werde den ganzen Sommer über gearbeitet werden, damit ein endgültiger winterfester Zustand hergestellt werden könne. Die Errichtung der gesamten Hochbauten, der Werkstättengebäude usw. machedie Zufuhr von 25 Millionen Ziegelsteinen notwendig. Daneben müsse eine große Menge Bettungsmaterial herantransportiert werden.

Die Ernährungslage der Belegschaft der Ostbahn sei jetzt befriedigend, abgesehen davon, daß vielleicht einmal bei einzelnen Stellen ein Mangel eintrete. Er könne mit besonderer Freude feststellen, daß die Zusage der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vollauf eingehalten worden sei. - Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht sei gut. Die Ostbahn habe ihre eigene Wehrmachtdienststelle. Der gesamte Verkehr mit der Wehrmacht vollziehe sich im übrigen über die Transportkommandanturen .

Präsident Lauxmann berichtet über die gegenwärtige Lage bei der

Deutschen Post Osten.

Er teilt mit, daß die Neubauten für die Telefon- und Telegraphenanlagen im großen und ganzen fertiggestellt seien. Leider müsse festgestellt werden, daß von Seiten des Militärs oft zu große Anforderungen in Bezug auf die Benutzung von Telefonanlagen usw. gestellt würden. Im übrigen sei man bestrebt, das Telefonnetz auch weiterhin auszubauen und vor allem auch den Polizeistellen den Anschluß an das Fernsprechnetz zu geben.

Unterstaatssekretär Kundt weist darauf hin, daß unter der Bezeichnung "Militärgespräche" oft lange Unterhaltungen am Fernsprecher geführt würden, die eigentlich keinen militärischen Charakter haben. Militärische Gespräche hätten den Vorrang auch vor Staatsgesprächen.

Präsident Lauxmann sieht ein Mittel zur Beseitigung dieses Übelstandes darin, daß ein Offizier mit der Abhörung solcher Gespräche betraut werde.

Der Herr Generalgouverneur führt Beschwerde darüber, daß er, wenn er mit der Kanzlei des Führers sprechen wolle, oft stundenlang warten müsse. Der Truppe müsse klargemacht werden, daß im Generalgouvernement keine Militärverwaltung bestehe. Der Führer habe bestimmt, daß die Behörden des Generalgouvernements die kriegswichtigsten Angelegenheiten so wie bisher weiter zu führen hätten.

Präsident Lauxmann teilt weiter mit, daß man zur Zeit bemüht sei, Anlagen der Post, an denen Sabotageakte verübt werden könnten, allmählich von Polen zu säubern. Leider seien besonders technische Kräfte aus dem Reich nur noch zu einem ganz geringen Teil zu erhalten. - Die Anforderungen

die zur Zeit an die Postverwaltung im Feldpostverkehr gestellt würden, seien außerordentlich groß. Deshalb habe sich auch die Wehrmacht bereit erklärt, Soldaten für die Bewältigung der Arbeit zur Verfügung zu stellen. Leider sei ihre Zahl aber auch zu gering. So sei es denn oft kaum möglich, auf den Eisenbahnstationen die Feldpostsäcke auszuladen. Er habe sich wegen dieses Mißstandes schon mit Präsident Gerteis in Verbindung gesetzt. Die Reichsbahnbeamten, die von Anfang an im Generalgouvernement tätig gewesen seien, arbeiteten mit den Beamten der Post gut zusammen, was man von den Eisenbahnbeamten, die neuerdings ins Generalgouvernement abgeordnet worden seien, leider nicht sagen könne. Infolgedessen komme es immer noch zu Reibereien. - Sehr zu beklagen sei die auch bei der Deutschen Post Osten herrschende Raumknappheit. Am schwierigsten lägen die Verhältnisse in Radom. Dort habe er vom Stadthauptmann ein Gebäude zugewiesen erhalten, das ihm jedoch eine Wehrmachtsdienststelle wieder weggenommen habe. Man werde zur Beseitigung dieses Raummangels dazu übergehen müssen, in vermehrtem Umfange Baracken zu bauen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet über die Lage der

Wirtschaft des Generalgouvernements.

Die Lage auf dem Gebiet der gewerblichen Mangelware - Textilien, Leder usw. - werde nicht wesentlich durch die Wehrmacht beeinflußt, weil die Wehrmacht keine Möglichkeit habe, solche Waren aufzukaufen. Einmal sei überhaupt nur wenig Ware vorhanden, und zum anderen gäben die Händler an die Wehrmacht ohne Bezugschein nichts ab, weil sie sonst keine neue Ware erhielten. Die Truppenteile seien auch darüber bereits aufgeklärt worden. Soweit es sich um Eisen handle, sei die Abteilung Wirtschaft durchaus bereit, der Wehrmacht in kleinem Umfange zu helfen.

Im Vordergrunde stehe nach wie vor die Kohlenfrage. In den letzten Wochen sei die Kohle noch verhältnismäßig gut hereingekommen, und so habe man an den Stellen, für die sich eine besondere Notwendigkeit ergeben habe, gewisse Lager halten können. Diese Lagerhaltung gehe aber im Durchschnitt nicht über 3 bis 5 Wochen hinaus. Bei der Kohlenversorgung habe man vor allem an die Versorgungsbetriebe, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke zu denken, ferner an den Rüstungssektor und endlich an den Sektor der sonstigen Industrie. Nun seien für den Transport der Kohle Sperren eingetreten. Man versuche deshalb, mit Wehrmachtsfahrzeugen zu helfen. Im allgemeinen sei aber die Lage auf diesem Gebiet recht ungünstig. In Krakau seien die Verhältnisse besser, weil man dort den Wasserweg zur Verfügung habe. In Lublin seien die Schwierigkeiten wesentlich größer. In Warschau hänge die Belieferung von dem Zustand der Strecke Tschenstochau-Warschau ab. Für den Versorgungsverkehr komme es vor allem darauf an, daß man mit den Lagerbeständen für die Zeit durchhalte, in der der Hilfsfahrplan laufe. Wie lange das dauere, sei ungewiß. Man müsse vielleicht damit rechnen, daß die verstärkte Sperre ein Vierteljahr anhalte. Man könne die Vorräte, die man für einen solchen Zeitraum brauche, unter Inganghaltung der Industrie heute nicht aufstapeln, werde also unter Umständen genötigt sein, in dem Maße, wie ernsthafte Transportschwierigkeiten einträten, eine Abschaltung der Industrie vorzunehmen. Selbstverständlich dürfe die Rüstungsindustrie nur im äußersten Falle abgeschaltet werden. Auch schon in der Vergangenheit habe man es so gehandhabt, daß Textilbetriebe stillgelegt worden seien. Das Problem liege jetzt in der Gleichzeitigkeit der Aufmarschleistung und der Rüstungssteigerung. Die Anforderungen, die von der Rüstungsinspektion beispielsweise an die Kraftstromentnahme gestellt würden, würden im Laufe des Sommers und Herbstes noch außerordentlich ansteigen. Man überlege zusammen mit der Rüstungs-

inspektion, wie weit diese zusätzlichen Anforderungen überhaupt noch übernommen werden könnten. Ob und in welchem Maße man diesen Anforderungen nachkommen könne und ob eventuell abgeschaltet werden müsse, sei eine Frage der zukünftigen Entwicklung.

Im übrigen sei die Lage bei der Industrie sehr unausgeglichen in regionaler und fachlicher Hinsicht. Vor allen Dingen seien die Betriebe getroffen, die sehr kohlenintensiv seien. Die Zellstoffwerke in Tomaszow brauchten 5 000 t Kohle im Monat, und es sei vollkommen ausgeschlossen, diese Mengen aufzubringen. Der Betrieb sei auch seit einiger Zeit stillgelegt worden. Andererseits hätten sich kleinere Betriebe mit einem geringeren Kohlenbedarf noch einigermaßen durchhelfen können. Die Tschenstochauer Betriebe hätten sich die Kohle mit dem Kraftwagen geholt und so dafür gesorgt, daß der Betrieb leistungsfähig bleibe. Im übrigen habe man versucht, alle diejenigen Betriebe in Gang zu halten, die eine besondere Dringlichkeit aufwiesen. Das Stickstoffprogramm könne wohl als gesichert angesehen werden. Man habe in dieser Hinsicht jedenfalls das Mögliche getan, könne aber zur Zeit nur von einem Tage zum andern disponieren.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich die Fälle mehrten, in denen Wehrmachtsangehörige für den Einkauf von Stoffen Bezugscheine beantragten. Diese könnten ihnen aber nicht gegeben werden. Es sei schon verschiedentlich zu unliebsamen Auftritten gekommen. So habe z.B. ein Offizier mit einer Anzeige wegen Sabotage der Wehrmacht gedroht. Deshalb sei es zweckmäßig, ein Übereinkommen in dieser Frage zu treffen. Wenn Offiziere etwa genötigt seien, sich im Generalgouvernement zu equipieren, dann müßte eben der Stoff von der Wehrmacht beschafft werden. Im übrigen müßte die Wehrmacht davon in Kenntnis gesetzt werden, daß das Land bereits ausgebeutet worden sei. Es wäre deshalb

notwendig, daß eine entsprechende Vereinbarung zwischen der zuständigen Stelle der Abteilung Wirtschaft und der Wehrmacht getroffen würde.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann den Inhalt eines Briefes des Reichswirtschaftsministeriums, Abteilung Bergbau, bekannt, in dem die Situation auf dem Gebiete der Kohlenlieferung infolge einer vermehrten Wagengestellung für die nächste Zeit ziemlich günstig beurteilt werde. In dem Brief sei u.a. gesagt, daß sich für das Generalgouvernement die Möglichkeit bieten werde, den Erdgasversorgungsgebieten Kohle zuzuteilen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Erdgasfrage unter bergbaulichen Gesichtspunkten zu ernsten Besorgnissen Anlaß gebe. Der Druck des Erdgases sei in wenigen Monaten wesentlich heruntergegangen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bemerkt Ministerialdirigent Dr. Emmerich, daß man die Situation auf dem Gebiete der Kohlenversorgung zunächst als sehr ernst angesehen habe. Gleichwohl sei man bestrebt gewesen, jede Möglichkeit für die Beschaffung von Kohlen auszunutzen. Sobald es gelungen sei, kleinere Mengen Kohle zu erhalten, seien stillgelegte Betriebe wieder angelaufen. Er habe diese Bestrebungen auch von dem Gesichtspunkt aus gefördert, daß eine solche Wiederbeschäftigung der Betriebe dazu beitrage, die Arbeiterschaft an sie zu binden und zu verhindern, daß die Arbeiter ins Reich abtransportiert werden.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer betont, daß die Durchführung der großen Programme ungeheure Anforderungen an die Arbeitergestellung stelle. Dazu träten dann noch die neuen Aufgaben. Man habe deshalb auch 12 000 Mann in Baukompanien zusammengefaßt, die mit der Truppe an die Grenze gehen sollten. Darüberhinaus ständen noch weitere 10 000

Mann zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur ~~xxxxxx~~ gibt zu bedenken, daß es sich weniger um den gegenwärtigen Status handle als vielmehr um die Situation, wie sie etwa in 6 Wochen sein werde. Man müsse unbedingt über eine Arbeiterreserve verfügen und daher bei Abtransporten polnischer Arbeiter ins Reich größte Vorsicht walten lassen.

Zur

Währungs- und Preisfrage

nimmt Bankdirigent Dr. Paersch das Wort. Er führt aus, daß die Währungslage durch einen günstigen Stand des Außenwertes der Währung gekennzeichnet sei. Das Reich sei dem Generalgouvernement gegenüber in starkem Maße verpflichtet. Dieser Tatbestand sei auf die starke Truppenbelegung des Gebietes und die damit zusammenhängende Notwendigkeit zurückzuführen, für die Geldversorgung der Truppe die nötigen Beträge zu überweisen. Mit zunehmender Truppenzahl hätten sich die Überweisungen im sogen. Kapitalverkehr erhöht. Soweit das Generalgouvernement noch in der Lage gewesen sei, über die Transportmittel, insbesondere die Ostbahn, die benötigte Einfuhr an Waren hereinzubringen, seien dafür auch erhebliche Gegenzahlungen an das Reich zu leisten gewesen, die diesem Kapitalverkehr entgegengestanden und ihn bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen hätten. Anfänglich sei es so gewesen, daß die Einzahlungen für die Überweisungen ans Reich zu einem Teil die Auszahlungen für Bedürfnisse der Wehrmacht ausglichen. Mit zunehmender Verschärfung der Transportlage, insbesondere dem zunehmenden Rückgang der Transporte der Eisenbahn angesichts der mangelnden Kohle, habe sich dieses Verhältnis verschlechtert.

Um nun die Geldbedürfnisse der Wehrmacht in vollem Um-

fange befriedigen zu können, habe die Emissionsbank im Wege des Kredits diese Lücke schließen müssen. Das habe zur Folge gehabt, daß sich der Notenumlauf anfänglich langsam, in letzter Zeit im Zusammenhang mit den eben angeführten Tatbeständen stark erhöht habe. Wenn man den 1.Juli 1940, nachdem der Umtausch der alten Noten der Bank Polski praktisch beendet war, als Normalstand annehme, dann betrage die Steigerung seit jenem Zeitpunkt bis zur Gegenwart 62 %.Diese Steigerung sei außerordentlich hoch und bedeute eine ernste Gefährdung für die Währung.

Eine weitere Möglichkeit der Währungsbeeinflussung bestehe theoretisch auf dem Gebiet der Entwicklung der hiesigen Finanzen. Sie sei aber bisher vermieden worden, Die Finanzen seien in Ordnung.-Eine weitere Gefährdung der Währung liege in der Kaufkraft der Preise des Inlandes. Das Verhältnis zwischen Währung und Preisen, wie es Ende 1939 bestanden habe, sei entscheidend dadurch geändert worden, daß die Wehrmacht nach der Eroberung des Gebietes das Interesse hatte, dieses Gebiet im weitmöglichsten Umfange auszubeuten. Monate lang seien Nahrungsmittel und gewerbliche Erzeugnisse aufgekauft und ins Reich geschafft worden. Die Wirkung sei naturgemäß das Verschwinden der Vorräte gewesen, sowie ein starkes Ansteigen der Preise. Durch Einführung der Preiskontrolle gelang es zwar, den ärgsten Auswirkungen dieser Erscheinungen entgegenzutreten, es sei aber doch eine ernste Beunruhigung der Währung geblieben. Unter großen Schwierigkeiten sei es dann gelungen, diese Beunruhigung der Währung im Frühling 1940 aus der Welt zu schaffen und seit dieser Zeit die unerläßlichen Voraussetzungen für die Fortentwicklung der Wirtschaft und die Stabilität der Währung zu sichern. Sie habe bisher angehalten. Für die Zukunft lasse sich nach dieser Richtung hin angesichts der gegenwärtigen Lage naturgemäß eine Prognose nicht geben.

Als günstiger Faktor sei festzustellen, daß das Vertrauen in die Währung bisher unvermindert bestehe. Wenn auch beobachtet werde, daß die Truppenteile sehr viel Geld abheben, daß viel Geld ausgegeben und viel gekauft werde, so könne man doch irgendwelche fühlbare Rückwirkung auf das Vertrauen zur Währung bisher nicht feststellen. Während die Einlagenbewegung bei den Kreditinstituten im August 1940 sofort einen Rückschlag erfahren habe, als die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen an der Ostgrenze auftauchte, sei eine solche Erscheinung jetzt nicht zu beobachten. Die Ursachen dürften einmal in der Tatsache liegen, daß die Aussichten der deutschen Waffen nunmehr über jede Diskussion erhaben seien, zum anderen darin, daß das Kreditgewerbe so flüssig sei, daß irgendwelche Befürchtungen hinsichtlich der Einlagen nicht beständen.

Anders liege es allerdings mit der Auswirkung auf die Preise. Die Wintermonate bis zum Anfall der neuen Ernte und der jeder Ernte zunächst vorausgehende vermehrte Bedarf an Gartenerzeugnissen und Gemüse böten ernährungsmäßig immer die größten Schwierigkeiten. Deshalb zeige auch das Preisniveau um die Zeit des beginnenden Frühjahrs gewisse Steigerungstendenzen. Weiter werde dieser Faktor aber noch dadurch beeindruckt, daß mit der starken Truppenbelegung eine neue Nachfrage aufgetreten sei. Dazu trete noch der Umstand, daß die einheimische Bevölkerung angesichts der unzureichenden Ernährung sehr stark darauf angewiesen sei, sich Nahrungsmittel im Schleichhandel zu kaufen. Seit der Zeit, in der die großen Truppenmengen ins Generalgouvernement gekommen seien, habe sich die Preissteigerungstendenz fortgesetzt verstärkt, und in der letzten Woche sei die Tendenz stürmisch geworden. Die Ursachen für diese Entwicklung lägen erstens in der Nachfrage seitens der zahlreichen Truppen, die besonders um Warschau herum sich befänden, zweitens in dem Umstande, daß seit 12. April auf der Ostbahn eine Reisesperre für Einheimische eingeführt ~~sei~~ und somit die Trans-

portfunktion der Ostbahn weitgehend ausgefallen sei, drittens in der Kontrolle, die auf den örtlichen Bahnstrecken, z.B. den Warschauer Vorortstrecken erfolge. Gouverneur Dr. Fischer habe dankenswerterweise verfügt, daß solche Kontrollen des Zugangsverkehrs nicht mehr erfolgen sollten, weil die Sicherung einer einigermaßen zureichenden Versorgung der Millionenstadt immerhin ein dringendes und sachlich anzuerkennendes Problem sei. Diese Verfügung scheine allerdings praktisch nicht völlig durchgeführt zu werden. Ihm sei berichtet worden, daß wiederum Kontrollen stattgefunden haben sollen. Wenn die Ostbahn ihre Transportfunktionen nur sehr unvollkommen handhaben könne, dann sei eben die Zusatzversorgung auf den einzigen Weg der Zufuhr mit dem Panjewagen angewiesen.

Das infolge dieser Umstände eingetretene Anziehen der Preise habe vom Standpunkt der Währung aus beachtenswerte Auswirkungen. Wenn das Anziehen der Preise eine gewisse Mangellage erkennen lasse, dann werde in einer Stadt wie Warschau leicht eine Panik ausgelöst, weil die Menschen das Bestreben hätten, sich einigermaßen vorsorglich einzudecken. Eine solche Panikstimmung habe ebenfalls zusätzliche Preiserhöhungen zur Folge und sei geeignet, über den örtlichen Bezirk hinaus auch auf das Land überzugreifen. Angesichts der zentralen und beherrschenden Bedeutung von Warschau für das Generalgouvernement bedürfe diese Möglichkeit ernster Beachtung. Zum andern sei ein solches Ansteigen der Preise im Hinblick darauf unerwünscht, daß sich der Blick auf die Gebiete richte, die vor dem Kriege die Versorgung Warschaus vorgenommen hätten. Die Grenzziehung zwischen Reich und Generalgouvernement habe Warschau von seinen alten Versorgungsstätten, Wartheland und Ziechenau, abgeschnitten. Warschau werde jetzt vor allem von Lublin versorgt. Da diese Versorgung nicht ausreiche, versuche man, in Litzmannstadt und Ziechenau Ware zu kaufen. Dort müsse aber in Reichsmark bezahlt werden. Die Folge sei, daß versucht werde, Reichsmark schwarz anzukaufen. Das habe zur

Folge, daß der Kurs der Reichsmark im Schwarzhandel eine Steigerung um etwa 10 Groschen erfahren habe.

Die Frage, wie die Zukunft der Währung des Generalgouvernements zu beurteilen sei, könne dahin beantwortet werden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse noch eine Weile getragen werden könnten, unter der Voraussetzung, daß die starke Belegung des Generalgouvernements mit Truppen nicht mehr allzu lange aufrechterhalten bleibe, wofür allerdings leider keine Gewähr bestehe. Eine zweite Voraussetzung sei, daß die Währungsfrage nicht Gegenstand von Erörterungen oder Diskussionen sei. Er werde sich bemühen, alles zu tun, um diese Erscheinung zu verhindern.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Bankdirigent Dr. Paersch, daß das Vertrauen zur Währung nach wie vor bestehe und daß die Wehrmacht über die im Generalgouvernement geltenden Devisenbestimmungen informiert sei.

SS-Obergruppenführer Krüger hebt hervor, daß die Polizei vor etwa 3/4 Jahren den Auftrag erhalten habe, mehr als bisher eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels durchzuführen. Es sei zutreffend, daß Kontrollen sowohl auf den Zufahrtsstraßen wie auf den Bahnhöfen durchgeführt würden. Er habe seinerzeit im Einvernehmen mit Landesbauernführer Körner dafür gesorgt, daß die Aktion zur Ablieferung der Kontingente auf dem Lande durchgeführt werde. Zum andern habe man versucht, dagegen zu wirken, daß aus Überschußgebieten wie Lublin nicht alle möglichen Waren auf dem Schleichhandelswege nach Warschau gebracht würden. Nach einer Vereinbarung mit der Ostbahn sei den Polizeiorganen die Befugnis gegeben worden, die Bahnhöfe zu kontrollieren, zum Teil auch in den Zügen Kontrollen vorzunehmen, um Schleichhandelswaren zu erfassen. Auf diesem Wege habe man eine große Menge Waren beschlagnahmen können, und er sei bereit, in der nächsten Sitzung einen Überblick

über die Waren zu geben, die im Laufe eines Monats beschlagnahmt wurden. Wenn aber die Auffassung vertreten werde, daß es zur Zeit untunlich sei, den Schleichhandel zu bekämpfen, dann habe er von seinem Standpunkt aus nichts dagegen einzuwenden. Er könne nur dankbar sein für jeden Polizeibeamten, den er für eine andere Aufgabe einsetzen könne. Daß sich der polnische Polizeibeamte u.U. angesichts seiner schlechten Bezahlung am Schleichhandel beteilige, könne er bestätigen, wenn solche Vorkommnisse auch nicht verallgemeinert werden dürften.

Landesbauernführer Körner geht auf die Anordnung der Ostbahn ein, nach welcher keine Schleichhändler mehr die Züge benutzen dürften. Zunächst habe man die Linie von Lublin nach Warschau einer besonderen Regelung unterworfen. Bankdirigent Dr. Paersch habe gebeten, daß mit der Einführung dieses neuen Rechts gleichzeitig eine besonders scharfe Kontrolle an den Eingängen der Städte vorgenommen werden möchte, insbesondere bei Warschau. Er, Landesbauernführer Körner, habe die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft in Warschau angewiesen, das zu beachten, gleichzeitig aber gebeten, den Bogen nicht zu überspannen. Es komme nicht darauf an, schon jetzt den letzten Schleichhändler zu fassen, sondern das müsse im Laufe einer allmählichen Entwicklung geschehen. Er müsse aber die größten Bedenken dagegen erheben, daß etwa generell die Schleichhandelsbekämpfung aufgegeben werden sollte, andererseits müsse man aber in Rücksicht ziehen, daß die Lebensmittelmengen für den polnischen Normalverbraucher nicht ausreichen. Deshalb habe man auch eine bestimmte Zahl von Lebensmittelprodukten aus der Wirtschaft herausgelassen, so Kartoffeln, Gemüse, Geflügel, um den Polen eine zusätzliche Verpflegung zu ermöglichen. Daher müßte es bei diesen Lebensmittelprodukten so gehandhabt werden, daß man die Zufuhren nicht etwa durch eine Kontrolle verringere. Daß die bewirtschafteten Lebensmittel

weiterhin einer scharfen Kontrolle unterliegen und der Schleichhandel in ihnen scharf bekämpft werden müsse, sei im Interesse der Erfassung der Ware auf dem Lande eine Selbstverständlichkeit. .

Präsident Gerteis ist der Auffassung, daß die von der Ostbahn getroffenen Maßnahmen vielleicht etwas falsch verstanden worden seien. Er habe sich, als er erfahren habe, daß zu einem gewissen Zeitpunkt der Höchstleistung eine weitere Einschränkung des Personenverkehrs stattfinden solle, an Unterstaatssekretär Kundt gewendet und ihn gebeten, Vorsorge zu treffen, daß wenigstens diejenigen Polen die Züge benutzen dürften, die im deutschen Interesse führen. Inzwischen sei aber der Höchstleistungsfahrplan nicht eingetreten, sodaß diese Einschränkungsmaßnahme vielleicht etwas verfrüht gekommen sei. Praktisch habe sie sich so ausgewirkt, daß mit Ausnahme eines verhältnismäßig kleinen Kreises um Warschau, Krakau und Radom herum die Personenzüge heute außerordentlich schwach besetzt seien und infolgedessen die Einnahmen der Ostbahn stark zurückgingen. Nach oberflächlicher Schätzung handle es sich um einen täglichen Ausfall von etwa 300 000 Zloty.

Er habe weiter eine Umfrage darüber angestellt, wie sich der Verkehr abwickle, ob und wie die Bevölkerung zu ihrem Zulassungsschein komme. Er habe erfahren, daß es für Leute, die reisen müßten, außerordentlich schwierig sei, diesen Schein zu erhalten, da sie ihn beim Kreishauptmann beantragen müßten. Eine Unzahl von Menschen belagere die Bahnhöfe auf dem Lande und bitte dringend aus irgendeinem mehr oder minder stichhaltigen Grunde um die Zulassung. Es sei teilweise so geholfen worden, daß der Bahnhofsvorsteher selber die Notwendigkeit der Reise geprüft und von sich aus die Zustimmung gegeben habe. Inzwischen habe sich schon ein gewisser Handel mit solchen Scheinen

bemerkbar gemacht. Er gebe zu bedenken, ob es nicht möglich sei, für den Reiseverkehr wieder einige Erleichterungen einzuführen. Selbstverständlich habe er nicht beabsichtigt, mit diesem Reiseverbot die Währung in Gefahr zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß sofort Maßnahmen für eine Änderung dieses Zustandes getroffen werden.

Zur Frage der Unterkunft der Truppen bemerkt Abteilungspräsident Westerkamp, daß im allgemeinen die Verhältnisse besser seien, als man ursprünglich angenommen habe.

Präsident Watzke betont, daß man eigentlich überall ausreichende Ausweichmöglichkeiten für den Schulbetrieb gefunden habe. Das Schuljahr dauere noch 7 - 8 Wochen, und es würde sich empfehlen, jetzt keine grundlegenden Änderungen mehr vorzunehmen, da sonst auch die Lücke bis zum Beginn des neuen Schuljahres zu groß werden würde. Besonders bedrohlich sei die Tatsache, daß die Fachschulen fast sämtlich von deutschen Truppen besetzt seien. Dadurch werde die Heranbildung des Nachwuchses gefährdet.

Abteilungspräsident Ohlenbusch nimmt kurz zur Frage des Verhältnisses von Propaganda zur Truppe Stellung und teilt mit, daß sich, soweit er es übersehen könne, die propagandistische Tätigkeit vor allem auf die kulturpolitische Betreuung der Deutschen und der im Generalgouvernement sich aufhaltenden Angehörigen der Wehrmacht gerichtet habe. Die Deutschen und die Angehörigen der Wehrmacht seien mit Schriften, sowie mit Film-, Theater- und Musikaufführungen bedacht worden. Angesichts der starken Truppenbelegung des Generalgouvernements werde man für die nächsten Monate an eine Ausweitung dieser Veranstaltungen denken müssen, und er sei bemüht, geeignete Kräfte aus dem Reich heranzuziehen. In Krakau sei eine Art Vergnügungspark unter

der Bezeichnung "Zur alten Kasematte" eröffnet worden. An der Eröffnungsfeier hätten Vertreter der Wehrmacht, der Polizei und SS teilgenommen. Es sei beabsichtigt, auch in den kleineren Städten mindestens ein Bierzelt mit einer kleinen Musikkapelle nach bayerischer Art zu errichten.- Eine Beeinflussung der polnischen Beamten werde nur in engster Zusammenarbeit der Abteilung Propaganda mit den anderen Abteilungen möglich sein. Dafür sei nun der Propagandaring gegründet worden. Der zuständige Referent habe bei den Abteilungen festzustellen, was an Planungen vorliege und wie z.B. Gesetze unter der Bevölkerung verbreitet werden könnten. Für sehr geeignet halte er auch die Lautsprecherpropaganda. Mehr als bisher müsse auch der Film in die Propaganda eingeschaltet werden, auch müßten Flugblätter und bebilderte Broschüren an die Schüler verteilt werden, die sie dann ihren Eltern bringen könnten.

Auf eine Anregung des Landesbauernführers Körner, die "Soldatenzeitung" besonders für die Aufklärung über die Ordnung und Regelung der Dinge im Generalgouvernement einzusetzen, bemerkt Abteilungspräsident Ohlenbusch, daß die Soldatenzeitung in eigener Regie von der Wehrmacht herausgegeben werde und er kein Mittel habe, auf ihre Gestaltung einzuwirken, da sie von ~~dr~~ Angehörigen der Propaganda-Kompanie redigiert werde. Pressepolitisch habe er jedenfalls auf diese Zeitung keinen Einfluß und bitte daher Landesbauernführer Körner, sich deshalb direkt mit den maßgebenden militärischen Instanzen in Verbindung zu setzen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß die UK-Stellungen von Beamten und Angestellten reibungslos vor sich gingen, insbesondere da ~~bei~~ ~~den~~ in Krakau für diese Frage ein eigenes Wehrmachtskommando errichtet worden sei. Ein Abzug von Beamten aus dem Reich, der nicht die Billigung der Regierung finden würde, sei schon seit geraumer Zeit nicht mehr erfolgt. Selbstverständlich leide man darunter, daß das zur Verfügung

stehende Material quantitativ nicht hinreiche und auch nicht über die Friedensqualität verfüge.

Gegenüber dem Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß es unbedingt notwendig sei, eine Verwaltungsschule für die Beamten, auch für die polnischen Beamten zu schaffen, bemerkt Staatssekretär Dr. Bühler, daß jetzt schon auch die mit Spezialaufgaben betrauten Einzelabteilungen dazu übergingen, dem Personal eine spezielle Schulung zu geben. Im übrigen seien keine besonderen Umstände zu beobachten, aus denen irgendeine Beunruhigung geschlossen werden könnte. Die Durchführung der Maßnahme zur Zurückführung der Frauen und Kinder ins Reich sei einigermaßen schwierig gewesen und sei noch nicht restlos abgeschlossen; aber auch diese Frage werde wohl in etwa 14 Tagen erledigt sein.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob schon in der nächsten Zeit eine größere Unruhe eintreten werde, wird von Oberstleutnant Fischer verneint. Er habe keine besonderen Nachrichten und Informationen, glaube aber nicht, daß vor 4 Wochen irgendetwas zu gewärtigen sei. Was die Verkehrssperre angehe, so sei der Truppensachverständige der Auffassung, daß eine Lockerung nicht angebracht sei. Dagegen, daß die noch verkehrenden Züge auch von Polen benutzt würden, sei an sich nichts einzuwenden.

Abteilungspräsident Westerkamp hält es für richtig, es hinsichtlich einer Lockerung der Verkehrssperre bei den bestehenden Bestimmungen zu belassen und nur durch interne Anweisungen, vielleicht auf dem Umwege über die Bahnhofsvorsteher, für eine entsprechende Regelung zu sorgen.

Präsident Gerteis will jedoch diese Regelung nach wie vor den Kreishauptleuten überlassen wissen, da sie die Zulassungsscheine ausstellten.

Der Herr Generalgouverneur hält es gleichwohl für angebracht, in dringenden Fällen den Eisenbahndienststellen die Ermächtigung zu geben, unter der Voraussetzung, daß die Genehmigung formell beim Kreishauptmann eingeholt werde.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13^{15} Uhr.

======

3

Gefertigt in 3 Exemplaren:

1 Exempl. für StS. Dr. Bühler
2 " f.d.A. Kanzlei d.GG.

30.5.1941

m

Regierungssitzung

im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes,
Dienstag, 20. Mai 1941.

=====

Beginn der Sitzung: 11^{00} Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler: Herr Generalgouverneur, meine Herren! Die letzte Sitzung der Regierung des Generalgouvernements hat am 25. März d.J. stattgefunden. Sie haben mich beauftragt, für heute eine neue Sitzung anzuberaumen. Anlaß zu dieser Sitzung bietet zunächst einmal die allgemeine Kriegslage mit ihren besonderen Ausstrahlungen auf das Gebiet des Generalgouvernements. Wir stehen heute vor einer ähnlichen Situation wie vor 6 Wochen. Die Ereignisse, die damals vor der Tür standen, haben sich jedoch infolge des jugoslawisch-griechischen Feldzuges um 6 Wochen verschoben.

Vor wenigen Tagen ist innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung ein Ereignis eingetreten, das geeignet war, allen guten Nationalsozialisten das Blut in den Adern erstarren zu lassen. Sie, Herr Generalgouverneur, haben aus berufenstem Munde Erklärungen über den Fall Heß entgegengenommen, und ich darf die Bitte an Sie namens der Regierung übermitteln, eine Ausrichtung in dieser Frage vorzunehmen.

Als dritter Punkt der Tagesordnung steht der Arbeits- und Ernährungsplan der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zur Debatte. Ich hoffe, daß bei Durchführung dieses Planes die endgültigen politischen Linien der Agrarreform im Generalgouvernement festgelegt werden, und daß das Ergebnis dieses Planes uns künftig von allen Ernährungsschwierigkeiten befreien wird.

Generalgouverneur Dr. Frank: Meine Herren! Eine Ausrichtung wird wohl nicht nötig sein. Ich nehme an, daß Sie sich alle das, was zum Fall Heß zu denken ist, selber gedacht haben. Ich möchte Ihr Ersuchen, Herr Staatssekretär, dahin auslegen, daß damit nicht irgendwie beabsichtigt ist, eine Korrektur an der Stimmung vornehmen zu wollen. Ich nehme an, daß Ihre Bitte um Ausrichtung so zu verstehen ist, daß Sie das eine oder andere, was allenfalls von allgemeinem Interesse ist, hören wollen. Es wäre sehr traurig, wenn eine Ausrichtung notwendig wäre.

Ich möchte zu dem so weltbewegend aufgezogenen Fall Heß ganz kurz nur sagen, daß er eigentlich überwunden ist. Ich muß gestehen, daß das Ereignis, dass ein Mann aus irgendwelchen psychologischen Zuständen heraus über Bord geht, ein Mann, der als Idealist vielleicht durch ein persönliches Opfer in den Ablauf des Schicksals eingreifen und die Friedenssituation zwischen Deutschland und England herbeiführen zu können glaubte, - daß dieses Ereignis wohl etwas ungewöhnlich ist, da es sich um den Stellvertreter des Führers in eigenster Person handelt. Aber dieses Ereignis ändert an der Kriegslage nichts. Denn die Kriegslage und die allgemein politische Lage der Welt wird nicht dadurch entschieden, ob ein Mann mehr oder weniger da bleibt, der nicht unbedingt selber die Führung hat. Die Entscheidung hängt lediglich davon ab, ob ein ganzes Volk entschlossen ist, dem ihm vom Schicksal gegebenen Führer bis in den Tod zu folgen und jedes Opfer zu bringen. Durch den Fall Heß im buchstäblichen Sinn des Wortes - er ist gefallen - ist aber diese grundsätzliche und allein weltgeschichtlich entscheidende Situation in keiner Weise tangiert. Ich glaube vielmehr, daß sich angesichts des Schmerzes, den jeder deutsche Volksgenosse über dieses Verhalten eines der prominentesten und bevorzugtesten Mitglieder der NSDAP spürt, das deutsche Volk noch inniger und noch herzlicher und noch bereiter um seinen Führer scharen wird. Ich meine, daß dieser Fall Heß, der einige Tage hindurch in der Welt Aufsehen erregt hat, für die ge-

samten Reichslande in keiner Weise mehr sich irgendwie nennenswert wird auswirken können.

Für die Regierung des Generalgouvernements und für die Lage im Generalgouvernement spielt dieser Fall Heß nur insofern eine Rolle, als allenfalls in der fremdsprachigen Bevölkerung dieses Gebietes unter dem Einfluß der Flüsterpropaganda oder anderen illegalen Einwirkungen eine Stimmung hervorgerufen werden könnte, die etwa dem Wunschbild der englischen Propaganda entspräche, nach welchem das Verlassen des Führers durch seinen Stellvertreter eine Schwächung der nationalsozialistischen Reichsgestaltung und der Kriegspolitik Deutschlands darstellt. Inwieweit dadurch die sogen. Widerstandsbewegung oder andere antideutsche Organisationen der Polacken einen Auftrieb erfahren haben, diese Frage wird von den zuständigen Sicherheitsinstanzen des Generalgouvernements mit Nachdruck geprüft werden. Sie können überzeugt sein, daß aus dieser subversiven Ausbeutungswelle des Falles Heß eine irgendwie geartete Gefahr für die Führung dieses Gebietes im deutschen Sinne nicht im entferntesten entsteht. Im übrigen ist das Flugzeug von Heß leider nicht im Generalgouvernement, sondern in Schottland niedergegangen. Für uns ist es daher aus rein geographischen Gründen gar nicht möglich, uns weiter mit diesem Fall zu beschäftigen. Was der Fall Heß für mich als Parteigenossen bedeutet, habe ich gestern im Rahmen einer Parteibesprechung gesagt. Es ist ein Fall, der im wesentlich uns Parteigenossen angeht und der das Schicksal des Führers eben in so monumentaler Weise herausstellt, weil er immerhin doch zeigt, von welchen gigantischen einmaligen Spannungen ein Schicksal umgeben und durchtost ist, das so wie das Schicksal des Führers bestimmt ist, eine neue Welt zu formen. Neben den gigantischen Siegestriumphen Adolf Hitlers tritt das Empfinden, daß dieser Mann bestimmt zu sein scheint, die schmerzlichsten Enttäuschungen einem Märtyrer gleich in einemkaum jemals in der Weltgeschichte erlebten Ausmaß ertragen zu müssen. Zwischen Beglückung und Triumph einer-

seits und Schmerz und abgrundtiefer Enttäuschung andererseits spielt sich eben jenes Leben ab, das so wie das Leben Adolf Hitlers bestimmt ist, das göttliche Werk der Schöpfung dieser Welt menschlich zu vollenden.

Als ich den Führer am Dienstag letzter Woche auf dem Berghof erlebte, als er mir den Brief von Rudolf Heß zum Lesen gab und mich um meine Meinung fragte, da mußte ich mich an viele schwere Stunden erinnern, die ich persönlich mit diesem Mann schon durchgemacht habe. Das reicht weit zurück in die Jahre 1920 und 1921, als die ersten schweren Kämpfe in der Bewegung schon spürbar waren. Das ging dann über die Fälle Stennes, Gregor Strasser, Röhm bis in diese Zeit. Aus welchen Gründen Heß immer gehandelt, aus welchen Strömungen heraus er immer den Führer verlassen hat, es ist und bleibt ein Übergang zum Feinde gegen den ausdrücklichen Befehl des obersten Kriegsherrn und ist als solcher auch zu werten. Was für den kleinen Soldaten gilt, der auch nicht seinem Idealismus und seinen persönlichen Neigungen huldigen darf, das gilt in besonderer Form für die verantwortlichen Männer des Reiches. Je näher sie dem Führer stehen, desto gewaltiger ist ihre Verantwortung, vor allen Dingen auch die Verantwortung, Vorbild zu sein.

Deshalb ist es für uns im Generalgouvernement eine besonders große Freude, daß wir jedenfalls dem Führer aus vollem Herzen auch von Regierungs- und Staatsseite das Gelöbnis der Treue und der absolut klaren Zielsicherheit unseres Verhaltens ablegen können. Wir können daher zum Fall Heß abschließend sagen: möge es der letzte Fall eines Prominenten des Reiches und der Bewegung gewesen sein. Wir wünschen es dem Führer; denn von seiner Kraft, seiner Energie, seiner Glaubensstärke hängt unser aller Schicksal ab. Was wären wir ohne den Führer!

Es kann nicht jeder sein eigenes Schicksal dem des Führers entgegenstellen, er darf nicht seinen eigenen Neigungen nachgehen und seinem eigenen Ideenflug nachziehen wollen. Im Krieg ist man Soldat und gehorcht, ganz gleich,

wo man steht. Wer das nicht kann, den soll verdientermaßen die Strafe für den Ungehorsam treffen. Heß ist gestraft. Der Führer hat ihn mit Schimpf und Schande aller seiner Ämter enthoben. Die Position des Stellvertreters des Führers ist gestrichen, ein Nachfolger nicht ernannt. Der Name Heß wird in der Geschichte der Partei getilgt. Alles, was nach ihm benannt war, wird umbenannt; alle Stellen, die an ihn erinnern, werden ausgelöscht. Das ist eine ernste Mahnung, daß der Führer entschlossen ist, mit der äußersten Energie die Autorität des Reiches und die Geschlossenheit der Führung sicherzustellen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß der Führer härter und siegessicherer denn je ist, daß er das, was für ihn menschlich ein schrecklicher Fall war, überwunden hat und daß er wieder in vollem frischem Arbeiten steht, um den neuen schweren Aufgaben zu entsprechen, die ihm das Schicksal gestellt hat.

Ich glaube, daß bei uns im Generalgouvernement dieselbe Methode einzuschlagen ist. Auch wir haben alle miteinander einen schweren Schlag erlitten,weniger wegen des Verlustes von Heß als wegen des Mitgefühls mit unserem lieben Führer. Das war ja der eigentliche Schmerz, daß sich jeder sagte: dem Führer bleibt doch, weiß Gott, nichts erspart. In diesem Mitgefühl ist sich heute das große, weite herrliche deutsche Volk einig. Aus diesem Schlag, den wir alle verspürt haben, kehren wir wieder unseren Blick zur Arbeit und setzen diese Arbeit entschlossener und härter denn je fort. Ich bitte Sie sehr, meine Herren, dafür zu sorgen, daß diese Debatten über den Fall nunmehr endgültig abgeschlossen werden. Bis weitere Weisungen des Führers oder weitere Publikationen kommen, wünsche ich nicht, daß auch im kleinsten Kreis über diesen Fall weiter gesprochen wird. Was erledigt ist, ist erledigt. Der Name darf auch nicht einmal mehr im kritischen Sinne weiter gepflegt werden. Ich möchte Sie sehr bitten, ein Beispiel von Disziplin zu geben und nicht immer weiter zu fragen, zu forschen und zu wühlen. Denn wenn man über einen solchen Fall überhaupt

reden kann, dann könnte man bis ans Ende seines Lebens weiter sprechen und würde ihn doch nicht verstehen können. Daher ist es besser, wenn man erst gar nicht damit anfängt.

Ich möchte Sie also sehr bitten, daß Sie in diesem Sinne Ihren untergeordneten Dienststellen gegenüber auftreten und überall durchblicken lassen, daß auch im engsten kleinen Zirkel der Fall Heß nicht mehr erörtert werden soll. Für die Partei habe ich ein ausgeprägtes Verbot in dieser Richtung erlassen. Ich stelle fest, daß der Fall Heß nicht zu einer Schwächung der Partei und der Bewegung, sondern zu einer Stärkung der Position der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei geführt hat.

Die Position des Stellvertreters des Führers, die nunmehr weggefallen ist, war bei uns durch den Pg. Schalk als Beauftragten des Stellvertreters des Führers vertreten. Seine Vollmacht in diesem Hinblick ist selbstverständlich auch erloschen. Aber Parteigenosse Schalk, der mein persönliches vollstes Vertrauen und das Vertrauen des Führers genießt, ist von mir als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP mit meinen Vertretungsvollmachten für die Führung der Partei im Generalgouvernement betraut und wird in dieser Eigenschaft auch einen uns allen wertvollen Verbindungsmann zur Parteikanzlei der NSDAP abgeben.

Die Struktur der Partei hat nach der Erklärung des Führers eine grundsätzliche Änderung erfahren, da nunmehr die Reichs- und Gauleiter unmittelbar unter dem Führer stehen. Der bisherige Stellvertreter des Führers war parteiorganisatorisch der dienstliche Vorgesetzte der Reichs- und Gauleiter. Nunmehr ist die ausschließliche Unterstellung der Reichs- und Gauleiter unter den Führer verfügt worden. Die Parteikanzlei ist nicht die Fortsetzerin des Stabes Heß. Die Aufgabe der Parteikanzlei liegt ausschließlich in der Information des Führers und der Vermittlung des Verkehrs zwischen den einzelnen Dienststellen. In diesem Sinne hat mir auch Reichsleiter Bormann gestern einen Brief

geschrieben, in dem er mich ersucht, das Vertrauen in ihn zu setzen, daß er gewillt sei, die Interessen der Reichs- und Gauleiter zu vertreten, und daß er im übrigen die Arbeit der Reichs- und Gauleiter in vollem Umfange als dem Führer unmittelbar unterstehend ansieht. Welche Auswirkungen das für uns hier hat, ist für die Regierung des Generalgouvernements an sich nicht von unmittelbarer Bedeutung. Eins muß ich aber sagen: die Arbeit der NSDAP im Generalgouvernement zeigt angesichts des Wirkens des Reichsleiters Bormann die Entwicklung einer stetigen Förderung. Die Tendenz zur Einheit der Bewegung, wie sie doch immerhin als einer der Vorteile des Stabes Heß, der der Geschichte angehört, zu verspüren war, hat sich im Generalgouvernement als ein der Einheit der Verwaltung entsprechendes Prinzip durchaus bewährt. Zwischen dem Leiter des Arbeitsbereichs, dem Reichsleiter, und dem Führer steht nunmehr niemand. Wir sind also auch auf dem Gebiete der Partei dem Führer ausschließlich und unmittelbar unterstellt, sodaß eine völlige Gleichstellung der Partei und des Staates hinsichtlich der Stellung zum Führer gegeben ist.

Die Strukturwandlung, die sich weiterhin daraus ergibt, daß nunmehr die Reichsleiter auch selbst wieder die Vertretung der Partei gegenüber den Reichsministerien unmittelbar durchführen, wird für die Regierungsstellen des Generalgouvernements zur Folge haben, daß auch ein direkter Verkehr mit den einzelnen Reichsleiterdienststellen möglich ist. Ich würde trotzdem bitten, meine Herren, daß Sie sich bei solchen unmittelbaren Verhandlungen mit den Reichsleitungsdienststellen des Parteigenossen Schalk auch in der Form bedienen, daß Sie ihn über solche Verhandlungen auf dem laufenden halten. Das liegt auch durchaus in Ihrem eigenen Interesse. Die jeweilige Aufklärung des Pg. Schalk über die einzelnen Vorgänge in der Partei und in der Politik des Generalgouvernements ist unerläßlich notwendig. Sie dient auch meiner Unterrichtung als Reichsleiter der NSDAP über die parteipolitischen Vorgänge im General-

gouvernement. Weisungen im parteipolitischen Sinne können Sie künftig nur durch den Reichsleiter erhalten. Ich selber kann Weisungen nur noch vom Führer bekommen. Ich bitte Sie also, diesem für die Parteigeschichte sehr wichtigen Vorgang Ihre Aufmerksamkeit zu widmen, mir aber auch dabei zu helfen, daß entsprechend dem Ausbau der Einheit der Verwaltung die Einheit der Parteiführung hier im Generalgouvernement mit rücksichtsloser Härte hier durchgehalten wird.

Für die Reichspolitik und für die Reichslage allgemein wird in gleicher Weise verfügt, daß die Funktionen des bisherigen Stabes Heß zunächst einmal daraufhin untersucht werden, ob sie vom Führer selber noch übernommen werden müssen oder an die einzelnen Reichsleiter abgegeben bezw. an die Ministerien geleitet werden können. Hier befinden wir uns im Zeitpunkt der Sichtung dieser verschiedenen Zuständigkeiten. Auch hier wird wohl einähnliches Prinzip Platz greifen. Auch im Reich muß eine möglichst einheitliche Führung der parteipolitischen Willensrichtung gegenüber den Reichsdienststellen stattfinden, ähnlich, wie es bei uns der Fall ist.

Für die Wehrmacht bedeutet der Fall Heß an sich nur die Feststellung, daß eben der Tag des Sieges auch durch solche Ereignisse nicht hinausgerückt wird. Mögen die Gegner triumphieren und allenfalls da und dort noch glauben, mit einem Zerfall des Siegeswillens in der Wehrmacht rechnen zu können, sie werden sich schwer täuschen. Die Wehrmacht des Reiches weiß, welche Aufgaben ihr vom Führer gestellt sind, und wird diese Aufgaben auch in Zukunft in vorbildlicher Weise lösen. Die Wehrmacht gehört zum Führer genau so wie die Partei. Sie sind seine beiden großen Schöpfungen, von seinem Geist durchdrungen. Wie der Führer Soldat, Politiker, Staatsmann, Gestalter, Volksführer und Weltanschauungsgründer in einer Person ist, so sind auch Wehrmacht und Partei vom Führer wiederholt als das Fundament der beiden Säulen unseres Volksaufbaus bezeichnet worden.

Ich möchte für das Generalgouvernement die Feststellung treffen, daß durch alle diese Ereignisse eine irgendwie geartete Hemmung unserer Arbeit nicht eingetreten ist. Ich habe Ihnen in der letzten Regierungssitzung bereits mitgeteilt, daß mir der Führer am 17. März d.J. die gesamten Vollmachten des Generalgouverneurs restlos bestätigt und außerdem ausdrücklich betont hat, daß ohne Rücksicht auf die allenfallsige militärische Entwicklung dieses Gebietes das Generalgouvernement als Führungszentrale aufrechterhalten bleibt. Wir stehen ja in unserem Gebiet vor Schwierigkeiten, die wir alle heraufkommen sahen, die wir auch schon öfter nach allen Richtungen hin erörtert haben, Schwierigkeiten, zu deren Überwindung wir eine Fülle von Maßnahmen eingeleitet haben. Wir stehen ganz zweifellos vor einer Verstärkung des Interesses, welches das Deutsche Reich am Ostraum Europas nimmt. In welcher Weise das geschieht, ob friedlich oder mit andern Mitteln, ob es überhaupt geschieht und wann es geschieht, - alle diese Frggen entscheidet der Führer selber. Aber vorbereitende Maßnahmen insbesondere militärischer Art müssen für jeden Fall der Entwicklung der Ostpolitik getroffen werden. Das bedeutet nun nicht, daß wir schon unmittelbar vor dem Krieg stehen. Es bedeutet aber auf jeden Fall, daß der Führer gewillt ist, dieses Gebiet niemandem auszuliefern.

Wir werden in den nächsten Tagen das großartige Schauspiel einer wesentlichen Verstärkung der im Lande befindlichen Truppe erleben. Was wir bis jetzt im Lande haben, ist etwa ein Zehntel dessen, was noch kommen wird. Wenn Sie sich das vor Augen halten, so werden Sie begreifen, meine Herren, daß nunmehr die ernsteste Entwicklungsstunde des Generalgouvernements unmittelbar bevorsteht. Wenn sich irgendwann einmal die Autorität der Führung dieses Gebietes bewähren muß, dann in den kommenden Wochen. Ich kann nicht oft und nachdrücklich genug, ich muß nunmehr mit aller Schärfe den in diesem allenfallsigen Operationsgebiet verantwortlichen Chefs der Verwaltung heute schon ankündigen,

daß ich vom Führer unmittelbar mit allen Vollmachten des Kriegsrechtes betraut bin, daß ich damit Herr über Leben und Tod in diesem Gebiet zu sein mich anschicke. Und ich werde nicht dulden, daß in diese Vollmacht von irgendjemandem der geringste Zweifel oder irgendeine Spaltung hineingetragen wird. Ich werde jeden Versuch, die klare Führung dieses Gebietes inskünftig zu verwirren, mit der unmittelbaren sofortigen Inhaftnahme des Verantwortlichen, ganz gleich, welchem Arbeitsbereich er angehört, ahnden. Ich erkenne in diesem Gebiet nur eine Autorität an, die des Reiches, die auf dem Gebiet des Militärs von den Wehrmachtbefehlshabern und auf sämtlichen übrigen Gebieten ausschließlich durch den Generalgouverneur dargestellt wird.

Ich werde zur Sicherstellung der Disziplinertheit dieses Gebietes eine außerordentliche Kommission einsetzen. Darüber werden Sie in den nächsten Tagen Anweisungen erhalten. Sie werden diese Richtlinien an Ihre Dienststellen weitergeben. Sie werden von mir mit allen Vollmachten betraut, sodaß die Regierungsmitglieder in ihren Bereichen wie auch die Herren Gouverneure territorial die disziplinarischen Maßnahmen sofort zu ergreifen imstande sind. Durch eine besondere Verordnung wird ein außerordentliches Disziplinarrecht für die im Generalgouvernement beschäftigten Beamten und Angestellten geschaffen werden. Ich werde der Polizei bei einer etwa notwendig werdenden Bekämpfung eines Widerstandes die Weisung erteilen, in engster Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung "Innere Verwaltung" unbedingt dafür zu sorgen, daß die Sicherheit dieses Gebietes unter allen Umständen aufrecht erhalten wird.

In den kommenden drei Monaten wird das Generalgouvernement vielleicht in den Mittelpunkt größter weltgeschichtlicher Auseinandersetzungen gerückt. Hier kann man nicht über dies oder das debattieren, was besser oder schlechter, was friedlicher oder unfriedlicher ist. Jetzt regiert vielleicht Mars die Stunde.

Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht ist das große Problem der Verwaltung dieses Gebietes. Im allgemeinen bin ich zufrieden. Ich kann mir vorstellen, daß die Schwierigkeiten in den nächsten Wochen auf allen Gebieten steigen werden. Ich will Ihnen, meine Herren, darum Gelegenheit geben, uns diese Schwierigkeiten feststellend oder vorausschauend darzustellen. Aber es ist gänzlich belanglos, was nunmehr in den kommenden Monaten im einzelnen geschieht, wenn nur die Gesamtordnung in diesem Bereich aufrechterhalten wird und wenn klar und immer zielsicher der Befehlsapparat auch der politischen und staatlichen Führung dieses Bereiches intakt bleibt. Ich will damit sagen: der einzige Zweck des Generalgouvernements in den kommenden Monaten ist die Sicherstellung der etwa notwendig werdenden kriegerischen Maßnahmen und ihre Durchführung, und zwar so, wie das als eine Notwendigkeit den Wehrmachtplänen entströmt. Das Generalgouvernement ist jetzt eine Einrichtung des Krieges. Ich bitte Sie daher, meine Herren, sich in den nächsten Wochen und Monaten keine überflüssigen Sorgen zu machen. Ich stelle fest, daß bis zum heutigen Tage die Aufbauarbeit des Generalgouvernements in der Regierung, in den Distrikten, in Kreisen und Städten, in den einzelnen Behörden und Bereichen, in der Polizei und all'überall so vorbildlich und hervorragend ist, daß sie höchsten Lobes würdig ist. Sie wissen ja auch, daß der Führer wiederholt dieses Lob ausgesprochen hat. Erst unlängst wurde noch bei einer Besprechung der Ernährungslage das Generalgouvernement als das einzige seit September 1939 deutsch gewordene Gebiet bezeichnet, das dem Deutschen Reich keinerlei Ernährungsschwierigkeiten bereite, ja darüber hinaus noch an die Wehrmacht abliefere,- ein großer Erfolg der Regierungsarbeit, insbesondere auch unsere Parteigenossen Körner. Aber für alle anderen Gebiete gilt das gleiche: neue Einrichtungen werden geschaffen, Straßen und Häuser gebaut und auch in der Verwaltungsorganisation wird der Wille des Reiches machtvoll verwirklicht. Mit Schärfe und Gerechtig-

keit wurde das Schwert des Führers geschwungen. Es wurden somit hier die Grundlagen einer ostpolitischen Entwicklung aufgerichtet, wie sie in dieser Intensität und Klarheit noch niemals in der deutschen Geschichte vorhanden waren.

Was in diesen 1 1/2 Jahren von allen Männern des Generalgouvernements einschließlich Polizei und SS geleistet wurde, ist ein Ruhmesblatt der deutschen kolonisatorischen Geschichte. Wir können alle stolz darauf sein, auch stolz darauf, daß wir untereinander und miteinander eine menschliche Gemeinschaft, eine persönliche deutsche Kameradschaftseinheit geworden sind. Ich glaube jedenfalls: wo immer Sie im Laufe Ihrer weiteren Lebensentwicklung hingestellt werden, Sie werden Ihren Dienst in der ersten Zeit des Generalgouvernements als eine stolze ~~Zeit in der~~ Erinnerung für Ihr künftiges dienstliches und persönliches Leben mitnehmen.

Von diesem Generalgouvernement der ersten Zeit, von dieser Arbeit heißt es jetzt Abschied nehmen. Wir kommen nunmehr in ein Zwischengelände, in welchem erneut nicht die Ordnung, nicht eine über den Tag hinaus gehende Planung, sondern ausschließlich die Beherrschung der Tagesnotwendigkeiten kriegerischer Art unsere Aufgabe ist. Wir werden Tausende von Polen und viele Zehntausende von Juden vielleicht dem Hungertod anheimgestellt sehen. Wir werden die Straßen, die wir gebaut haben, vielleicht wieder zerstört sehen; wir werden die Ernten, die wir uns gesichert haben, wieder vergeudet sehen. Wir werden vieles von dem, was wir aufgebaut haben, nach Ablauf dieser Zwischenperiode nicht mehr wiederfinden. Aber das darf uns nicht daran hindern, unsere Pflicht weiter hart und entschlossen zu tun. Denn wenn diese operativen Maßnahmen auf allen Gebieten sicherungsmäßig vorbereitet werden können, dann ist das mit ein großes Verdienst des Generalgouvernements und Ihrer Arbeit, meine Herren.

Es ist klar, daß dieser Zeitraum, der vor uns liegt, nicht mit normalen Erwägungen behandelt werden kann. Man kann hier nicht nach den Methoden einer ausgerichteten,

sachlichen - ich möchte fast sagen: dem bürgerlichen Zeitalter angehörenden Verwaltungspraktik abwägen. Es wäre eine Möglichkeit gewesen, die Frage der Durchhaltung der Führung dieses Gebietes auch so zu entscheiden, daß man gesagt hätte: wir sperren das Generalgouvernement zu, wir machen draußen ein Siegel hin, Bühler und Krüger machen an ihre Zimmer ein Schild: verreist.

(Heiterkeit)

Und Sie alle machen das auch so. Dann kommen einige wundervolle Lastwagen der Wehrmacht herangefahren, beziehen hier die Räume, und dann wird hier in den nächsten Monaten das Militär verwalten. Der Führer hat das aus begreiflichen Gründen abgelehnt. Wir bleiben also. Daraus dürfen Sie nun nicht den Schluß ziehen, daß man, weil wir in den nächsten Monaten als Verwaltungsbehörde bleiben, von uns die gleiche Verwaltungsverantwortung verlangt. Sie liegt nun nicht mehr im Planen, im Sichten, im Ordnen, im Aufbauen, sondern ausschließlich in der Unterstützung des soldatischen Elements. An sich ist es eine Auszeichnung, daß wir das tun können. Betrachten Sie es als eine solche. Machen Sie jetzt in den kommenden Monaten die Ohren steif, machen Sie vor vielem die Augen zu und reden Sie nicht in großen,weiten Zusammenhängen zuviel von Aufbauplanungen aller Art, es sei denn, daß wir damit wie bei den heutigen drei Punkten der Tagesordnung ein weitschauendes Ziel verfolgen.

Ich bitte Sie, Ihren Kompaß immer auf die Entwicklung der Reichspolitik hier im Ostraum eingestellt zu lassen. Das ist ja auch die Richtung, in der das Generalgouvernement liegt. Bleiben Sie auch geschlossen immer in Verbindung mit der Zentrale hier. Im übrigen müssen Sie mit den örtlichen Schwierigkeiten örtlich fertig werden. Die türmen sich, wie wir das heute noch aus den Berichten hören werden. Aber das ist erst ein kleiner Anfang. Es wird nicht menschenmöglich sein, dieses Gebiet in den kommenden Monaten zu führen und dabei etwa anzunehmen, man könnte Schäden in weitestem Umfange vermeiden. Meine Herren, Sie sind von die-

ser Verantwortung befreit. Wir machen heute gleichsam eine Schlußbilanz der bisherigen Entwicklung. Dann kommt die Zwischenzeit, und dann machen wir - oder sagen wir: diejenigen, die unsere Arbeit hier im Generalgouvernement fortsetzen, die Eröffnungsbilanz einer neuen großen ostpolitischen Form. Ich möchte das so drastisch, ja geradezu kaufmännisch auch aus dem Grunde feststellen, weil es gerecht ist, zu sagen, daß für die jetzt eintretenden Schwierigkeiten die Regierung des Generalgouvernements keine Verantwortung trägt. Sie kommen aus Entwicklungslagen, die über und außerhalb des Verantwortungsbereiches der Regierungsstellen, des Generalgouvernements liegen. Aber wir können doch auch heute schon sagen, daß uns die Verantwortung trotz der Schwierigkeiten, trotz der notvollsten Entwicklung auferlegt ist, klar, sachlich, beherrscht und absolut aktiv am Werke zu bleiben. Soll mir keiner kommen und sagen: jetzt ist die Zeit des friedlichen Beiseitetretens, des Daumendrehens, sondern jetzt kommt gerade die Zeit einer anders gearteten Aktivität. Es ist ein eigenartiger Vorgang, aber was wäre im Generalgouvernement nicht eigenartig gewesen? Was haben wir erlebt, was nicht vollkommen eigenartig war. Es ist sozusagen ein Appell zur Pflicht unter gleichzeitiger Freigabe der Pflichtwidrigkeit, ein Appell zur Geschlossenheit und gleichzeitig zur Ermöglichung einer Sonderlösung im Einzelfall. Sie können sich nur sagen: hier sind wir ein Trupp geschlossener und entschlossener Männer mit Sonderbefehl des Führers, wobei dieser Sonderbefehl wieder auf jeden einzelnen Angehörigen dieser Truppe übertragen wird. Daher wird es auch in den kommendem Wochen und Monaten nicht möglich sein, all' zu sehr dienstliche Versetzungen im Generalgouvernement vorzunehmen. Ich bitte Sie, die Beamten, wenn es irgend möglich ist, dort zu lassen, wo sie sind, und nur in dringendsten Ausnahme- und Notfällen Versetzungen vorzunehmen. Weiter bitte ich Sie, dort, wo es nicht unbedingt erforderlich ist, gerade in den kommenden Wochen und Monaten neue Beamte und Angestellte nicht zu schulen. Nehmen Sie zum mindesten die jetzt aus dem Reich

noch allenfalls hereinströmenden Beamten und Angestellten für die Zwecke des Generalgouvernements in solche Positionenen, in denen sie nicht unmittelbar wirklichkeitsschaffende verantwortliche Aufgaben zu übernehmen haben. Seien Sie auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht außergewöhnlich im - sagen wir einmal - juristischen Sinne empfindlich gegen Höflichkeits- oder sonstige Verstöße. Ich möchte fast sagen: es würde sich in den kommenden Wochen und Monaten schlecht ausnehmen, wenn in dieser Beziehung Briefwechsel, Disziplinarverfahren oder derartiges an Überflüssigem,was mit Zeugenvernehmungen usw. verknüpft wäre, durchgeführt würden. Vertagen Sie das alles ruhig bis auf den September. Wenn heute irgendwo im Generalgouvernement jemand seinen Platz fähig ausfüllt, dann wird erst gewertet, ob er früher etwas pecciert oder sonst einen Verstoß begangen hat, wenn die Ereignisse, vor denen wir stehen, vorüber sind. Es darf nicht sein, daß ein sonst tüchtiger und in seinem Bereich wertvoller Beamter oder Angestellter aus seiner Stellung herausgenommen wird, wenn nicht unbedingt lebensnotwendige Gründe dafür sprechen. Auch diese großen Scherereien mit Verhandlungen und Vernehmungen aller Art sollen unterbleiben. Scharf dagegen wird jetzt natürlich gegen Disziplinverstöße aller Art vorgegangen. Ich habe schon angekündigt, daß wir eine Sonderkammer bilden werden. Außerdem erhält jeder Behördenchef die notwendigen Disziplinarmöglichkeiten an die Hand, um seine Autorität durchzusetzen.

Über alle übrigen Fragen, die uns konkret beschäftigen, werde ich heute im Anschluß an die einzelnen Referate nochmals kurz sprechen. Ich werde, wie ich es immer getan habe, die verantowrtlichen Herren der Regierung bitten, uns kurz über die wesentlichen Punkte, die sie beschäftigen, Aufklärung zu geben. Dann werde ich die Herren Gouverneure, soweit sie hier anwesend sind, bitten, uns ihre Wünsche vorzutragen. Am Schluß der Sitzung werde ich dann meine zusammenfassenden Ausführungen ergänzen, die ich jetzt

nicht abschließe, sondern lediglich unterbreche. Der Aufruf der Herren erfolgt, wie ich besonders hervorheben möchte, nicht nach einer Rangordnung, sondern nach praktischen Gesichtspunkten, so, wie mir die Herren ins Gesichtsfeld kommen. Ich bitte, daraus keine Schlußfolgerungen auf Tischordnungsfragen zu ziehen.

Über die Arbeit der Hauptabteilung
Finanzen

berichtet Finanzpräsident Spindler. Er kann zunächst eine erfreuliche Steigerung der Einnahmen aus den Monopolen und direkten Steuern feststellen. Zur Zeit sei man in der Abteilung mit den Arbeiten für die Aufstellung des Haushaltsplans für das am 1. April 1941 begonnene Rechnungsjahr beschäftigt. Es sei möglich, daß die Entwicklung diese ganze Arbeit hinfällig mache. Man habe aber keine andere Grundlage als die, zunächst im bisherigen Rahmen weiterzuarbeiten, und treffe deshalb auch die Vorbereitungen für den Haushalt 1941. In diesem Zusammenhang richte er an die Hauptabteilungsleiter und Gouverneure die Bitte, die Abteilung Finanzen in dem Bestreben zu unterstützen, daß man mit der Aufstellung des Haushalts in diesem Jahre früher fertig werde als im vergangenen Jahre. Die Anmeldungen für den neuen Haushalt müßten anders als im vergangenen Jahre möglichst bald eingehen, damit im August oder September der fertige Haushaltsplan für 1941 dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt werden könne.

Unter Führung des Unterstaatssekretärs Kundt sei die Arbeit für den neuen Stellenplan in Angriff genommen worden. Dieser Plan berühre naturgemäß die Anmeldungen für den Haushalt sehr stark. Man scheine allgemein von der Annahme auszugehen, daß alle Stellen auch schon für das Haushaltsjahr 1941 angefordert werden müßten. Aber der Stellenplan stelle doch zum großen Teil ein Wunschbild für die Friedenszeit

dar. Bei den Anmeldungen für den Haushalt müsse man jeweils die Frage aufwerfen, ob die Stellen auch in diesem Jahr besetzt werden könnten. Man dürfe auf dem Umwege über den Stellenplan die Personalausgaben nicht zu stark steigern. Sonst wäre man gehindert, andere Ausgaben zu bewilligen, die dringender seien und in diesem Jahre getätigt werden müßten. Also der Stellenplan könne noch nicht die endgültige Grundlage für die Stellenanmeldung zum Haushalt des Rechnungsjahres sein.

Zur Zeit sei die Abteilung Finanzen sehr stark mit der Frage der Besoldung der polnischen Beamten beschäftigt. Der Herr Generalgouverneur habe seine Zustimmung dazu gegeben, daß an eine Aufbesserung der Bezüge der polnischen Beamten herangegangen werde. Die polnische Beamtenschaft einschl. derjenigen der polnischen Polizei sei diejenige Arbeitnehmergruppe, die weit hinter den Vorkriegsbezügen zurückgeblieben sei. In der ersten Verordnung vom November 1939 sei festgestellt worden, daß die polnischen Beamten zwar ihr Grundgehalt weiter bezögen, nicht aber die sehr erheblichen Zulagen erhielten. Das Gehalt der Beamten sei im Laufe der Zeit von 130.- auf 260.- Zl. im Monat gestiegen, aber diese Summe reiche für eine Familie mit 4 oder 5 Kindern nicht aus. Leider sei es nicht gelungen, das Preisniveau auf einer den Vorkriegsverhältnissen auch nur annähernd entsprechenden Höhe zu halten. Man müsse deshalb zu einer mäßigen Erhöhung der Bezüge kommen, schon um den Beamten zu zeigen, daß etwas für sie geschehe, und um ihre loyale Mitarbeit weiterhin zu sichern.

Finanzpräsident Spindler richtet dann die Bitte an die Hauptabteilungsleiter und Gouverneure, bei Durchführung von Maßnahmen, die eine einigermaßen erhebliche finanzielle Auswirkung hätten, sich mit der Abteilung Finanzen möglichst schon dann in Verbindung zu setzen, bevor die betreffende Maßnahme durchgeführt werde.

Die Einnahmesteigerung werde auf 150 Millionen Zloty geschätzt. Diese Einnahmen lägen vor allem bei den Monopolen

und den Steuern. Man müsse allerdings auch mit großen Ausgaben rechnen. So seien z.B. von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Anforderungen gekommen, die das gesamte Mehraufkommen aufzehren würden.

2 Der Herr Generalgouverneur hält es für selbstverständlich, daß auch in den kommenden Wochen und Monaten finanziell genau so sauber gewirtschaftet werden müsse wie bisher. Im übrigen müsse die Tatsache hervorgehoben werden, daß das Generalgouvernement als einziges neuerobertes Gebiet imstande gewesen sei, einen geordneten Haushaltsplan aufzustellen.

In Vertretung des Präsidenten Senkowski nimmt Regierungsrat Schulz zu einigen Fragen der

Monopolverwaltung

Stellung. Die Lage der Monopolverwaltung hänge, so führt er aus, sehr davon ab, ob und wie die Belieferung der Monopolbetriebe mit Kohlen während der kommenden Monate sichergestellt werden könne. Von der Möglichkeit der Kohlenbelieferung hänge auch die Aufrechterhaltung der Hilfsbetriebe der Monopolverwaltung ab. Hier komme z.B. die Flaschenindustrie in Frage. - Für die finanzielle Entwicklung der Monopolverwaltung sei es von Bedeutung, ob eine wesentliche Stockung in den Monopolbetrieben eintrete. Ebenso wichtig sei die Transportfrage. Wenn die Situation hinsichtlich der Waggongestellung so bleiben könnte wie sie zur Zeit sei, dann könnte eine einigermaßen gesicherte Weiterentwicklung gewährleistet werden. Jedoch müsse erwartet werden, daß die demnächst kommenden Ereignisse viele Berechnungen über den Haufen werfen würden. Die Wehrmacht habe kürzlich das Anerbieten gemacht, die Produkte, die für ihren Bedarf geliefert werden sollten, mit eigenen Lastkraftwagen von den Fabriken abzuholen. Zusammenfassend könne er sagen, daß, wenn die Kohlenversorgung einigermaßen glatt von statten gehen würde, mit einer weiteren guten Entwicklung gerechnet werden könne.

Der Präsident der Hauptabteilung
Wirtschaft
kann berichten, daß eine der Tiefbohrungen im Erdölgebiet fündig geworden sei, und zwar überraschenderweise schon in einer Tiefe von 800 m, aus einem geologischen Horizont, der bisher von den Polen nicht als erdöltragend angesehen worden sei. Der Ausbruch der Ölmassen sei mit einem Druck von 100 Atmosphären erfolgt. Das Öl sei von guter Qualität, habe einen Benzingehalt von 35 %. Die Produktion aus dieser Bohrung sei jetzt aufgenommen worden.

Über das Gebiet der Kohlenversorgung sei leider nichts erfreuliches zu berichten. Schon verschiedentlich sei auch in Sitzungen des Wirtschaftsrats darauf hingewiesen worden, daß es sich bei dem Kohlenproblem nicht etwa um ein Mengenproblem handle, sondern, wie auch die Ausführungen des Gauleiters Bracht gezeigt hätten, um ein Transportproblem. Man habe schon früher mit einer fühlbaren Einschränkung der Kohlenzufuhr rechnen müssen. Die Hinausschiebung des Termins für die Hereinnahme weiterer Truppenteile ins Generalgouvernement habe zwar noch eine kurze Frist für die Kohlenversorgung gelassen, die aber leider nur verhältnismäßig wenig habe ausgenutzt werden können. In der Zeit vom 1. bis 21. April habe der tägliche Verladedurchschnitt bei 7 500 t Kohle gelegen. Dann sei eine Verladesperre für 8 Tage eingetreten. Vom 28. bis zum 30. April habe es nur noch eine Verlademöglichkeit für 3 500 t Kohle gegeben. Dann sei vom 1. bis zum 10. Mai wiederum eine tägliche Verlademöglichkeit von etwa 7 000 t vorhanden gewesen. Entscheidend für die Verladeziffer sei die Waggongestellung im oberschlesischen Bezirk. Je nachdem wie die Waggongestellung im oberschlesischen Gebiet zurückgehe, gehe auch die Quote im Generalgouvernement zurück. Überdies würde auch die Ostbahn gar nicht in der Lage sein, eine größere Anzahl von Zügen überhaupt zu übernehmen. Bei normalem Ablauf der Dinge werde man in den nächsten Wochen nicht mehr als 3000 t Kohle täglich erhalten. Schon bei einer Lieferung von 7000 t täglich könne man nur ein eingeschränktes Programm durch-

führen. Damit sich die Wirtschaft des Generalgouvernements frei bewegen könne, brauchte sie mindestens 15 000 t. In diese Menge sei noch nicht das eingerechnet, was für eine normale Lagerhaltung vor allem im Interesse der Landwirtschaft hereingenommen werden müßte. Was man in der Vergangenheit an Kohlenmengen verloren habe, sei auch nicht mehr durch eine besondere Entwicklung der Dinge aufzuholen. Er habe gelegentlich der Anwesenheit des Ministerialdirektors Gramsch an die Vertreter der Ostbahn die Frage gerichtet, ob man einen Termin für die Wiederaufnahme der Kohlenlieferung angeben könne. Ein solcher Termin habe nicht angegeben werden können, und infolgedessen sei überhaupt für jegliche Planung der Wiederingangsetzung des industriellen Apparates eine Grundlage nicht gegeben.

Aus diesen Gründen werde man dazu übergehen müssen, hinsichtlich der Kohlenbelieferung die Versorgungs- und Ernährungsbetriebe voranzustellen und alle anderen Betriebe zurücktreten zu lassen. Die Wehrmacht sei an der Aufrechterhaltung der Versorgungsbetriebe, soweit sie Gas, Wasser und Strom lieferten, genau so interessiert wie die Verwaltung. Daher sei zu erwarten, daß in dem Transportprogramm der Wehrmacht die Aufrechterhaltung einer Tageslieferung von mindestens 3 000 t unter allen Umständen gewährleistet werde. Von diesen 3 000 t wären auch für Ernährungsbetriebe gewisse Mengen abzuzweigen. Insgesamt müßten danach täglich 1 900 t für die Elektrizitätswerke, 550 t für Gas und Wasserwerke und 1 000 t für die Landwirtschaft gestellt werden. Diese Menge gehe aber schon um 500 t über das hinaus, was gegenwärtig geliefert werde.

So sehr das Interesse am fiskalischen Ertrag der Monopolverwaltung von Wichtigkeit sei und auch das Interesse der Wehrmacht daran bestehe, daß Tabak, Branntwein usw. geliefert werden könnten, so sei es doch nicht möglich, die Monopolbetriebe in der Dringlichkeitsskala nach oben zu bringen. Diese Lieferungen an die Monopolverwaltung dürf-

ten schließlich nicht zu Lasten der für die Ernährungsbetriebe vorgesehenen Quote gehen. Ferner sei auch die Versorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffwaren wichtiger als die Versorgung der Bevölkerung und der Wehrmacht mit Branntwein.

Bei der Kohlenbewirtschaftungsstelle sei jetzt ein Ausschuß gebildet worden, der aus Vertretern der beteiligten Ressorts - MIG, Rüstungsinspektion, Ostbahn, Abteilung Wirtschaft, Abteilung Ernährung und Landwirtschaft - bestehe. Dieser Ausschuß werde nun je nach der Entwicklung der Versorgungslage darüber beraten, wo irgendwie eingegriffen werden könne, und die betreffenden Stellen würden dann die Meldungen an ihre Versorgungsbezirke weitergeben.

Der industrielle Sektor sei leider angesichts der Entwicklung in einen großen Notstand gekommen, der bald zur völligen Stillegung der meisten Betriebe führen werde. Mit dieser Einschränkung der Industrie seien auch ernste Rückwirkungen auf den Versorgungssektor verbunden. In den letzten Monaten habe man vor allem dafür gesorgt, daß die Rüstungsbetriebe und sonstige Staatsbetriebe einigermaßen ausreichend mit Spinnstoffwaren für die Arbeiter versorgt würden. Das Ziel könne selbstverständlich nur sein, diejenigen Menschen zu versorgen, die unmittelbar für die Wirtschaft des Generalgouvernements arbeiteten. Mit dem Reichswirtschaftsministerium sei zu Beginn des Jahres ein Textilplan aufgestellt worden, der eine verhältnismäßig gute Versorgung gesichert hätte, wenn er durchgeführt worden wäre. Dieser Textilplan habe eine Versorgung mit insgesamt 12000 t Spinnstoffwaren vorgesehen. Von diesen 12 000 t würden 30 % im Generalgouvernement mit aus dem Reich zur Verfügung gestellten Rohstoffen hergestellt. In den Monaten Februar und März seien je 40 t Rohbaumwolle geliefert worden. Außerdem habe das Reich eine monatliche Lieferung von fertigen Baumwollwaren zugesagt. Von den restlichen 70 % sollte Litzmannstadt 40 % aufbringen. Da die beiden Spinnstoffwarenfabriken des Generalgouvernements zu Beginn des Jahres infolge Kohlenmangels hätten stillgelegt werden müssen, so werde auch

Litzmannstadt die Produktion einzustellen gezwungen sein. Es sei im übrigen seitens des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffwaren alles geschehen, um im Reich noch Gelegenheitskäufe tätigen zu können. So habe man beispielsweise für 2 Millionen Mark für Afrika bestimmte Spinnstoffwaren im Elsaß kaufen können, reine Baumwolle mit einer Materialzusammensetzung, wie sie im Reich nicht mehr zu bekommen sei. Diese Ware werde im Generalgouvernement konfektioniert und wenn die Dessins auch einigermaßen wild seien, so stelle doch diese Lieferung eine große Hilfe dar.

(Redner zeigt einige grotesk gemusterte Hemden und Unterhosen, deren Anblick bei den Sitzungsteilnehmern große Heiterkeit erregt).

Die Preise seien verhältnismäßig niedrig und bewegten sich zwischen 2.50 Zloty und 7.15 Zloty. Diese Spinnstoffwaren würden bei der neuen Ernteerfassungsaktion eine wichtige Rolle spielen.

Über das Gebiet der

Holzversorgung

berichtet Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt. Er führt aus, daß die Holzversorgung verhältnismäßig gut gelaufen sei. Die für kriegswichtige Zwecke angeforderte Ware habe in vollem Umfang und einigermaßen fristgerecht geliefert werden können. In den letzten beiden Wochen seien aber so ungeheure Anforderungen gestellt worden, daß nunmehr über das gesamte bis zum Spätherbst noch anfallende Holz disponiert sei.

Der Einschlag gehe auch weiter gut von statten. Der Umstand, daß in anderthalb Jahren etwa 25 000 polnische Waldarbeiter durch das Forstschutzkommando arbeitstechnisch geschult worden seien, habe eine günstige Wirkung gehabt. Die Arbeiter seien über Instandhaltung von Geräten unterwiesen worden, ebenso über den Arbeitsgang, sie hätten sich durchaus anstellig gezeigt, und die Arbeitsleistung sei infolgedessen bedeutend gestiegen.

Große Sorge bereite immer noch das Problem der Holzabfuhr. Die Situation sei auch um deswillen nicht besser geworden, weil die Frühjahrsbestellung und die Arbeiten für die Durchführung des Straßenbauprogramms sehr viele Gespanne in Anspruch genommen hätten. Jedoch sei zu hoffen, daß auf Grund der vielfachen Maßnahmen, die man eingeleitet habe, die Holzabfuhr besser werde.

Was den Einschnitt angehe, so könne die Kapazität der Sägewerke angesichts der mangelnden Holzabfuhr nicht voll ausgenutzt werden.

Man sei jetzt im Begriff, eine große Zahl von Forstkulturen anzulegen. Man könne annehmen, daß etwa die Hälfte der diesjährigen Kahlschlagfläche wieder bepflanzt worden sei. Für diesen Zweck würden viele Millionen Pflanzen und mehrere tausend Zentner Samen benötigt. Man habe eine Samenprüfungsanstalt eingerichtet, die dafür sorge, daß nur rassisch gute und einwandfreie Sorten geliefert werden.

Auf dem Gebiete des Wegebaues sei nach Aufhören der Schneefälle manches geschehen. Man habe Knüppeldämme angelegt, Brücken und Durchlässe ausgebaut usw.

Die für die Gewinnung von Kolophonium und Terpentin wichtige Harznutzung werde mit gutem Erfolge weiter betrieben. Über die Hälfte des Bedarfs des Reiches an Harz habe man aus dem Generalgouvernement im vorigen Jahre an das Reich liefern können. In diesem Jahre werde die Harznutzung angesichts des starken Holzeinschlages etwas zurückgehen.

Über die Torfnutzung sei eine besondere Verfügung erlassen worden. Die Vorbereitungen für eine möglichst große Ausnutzung des Torfes im kommenden Jahre seien in Zusammenarbeit mit den beteiligten Hauptabteilungen in Angriff genommen. Man hoffe, etwa 200 000 t Torf im Sommer bzw. Herbst zur Verfügung stellen zu können.

Redner berichtet dann weiter über die Tätigkeit der

Forsteinrichtungsanstalt,

deren Aufgabe es sei, Wirtschaftspläne auf lange Sichtaufzustellen. Die verloren gegangenen polnischen Betriebspläne

seien gesammelt und daraus Auszüge in deutscher Sprache gemacht worden, sodaß man eine Grundlage für eine spätere Planung habe.

Mit der Jagd sei es von je her sehr schlecht bestellt gewesen. Unter den beiden letzten strengen Wintern habe das Wild sehr stark gelitten. Von nachteiliger Wirkung sei auch der Umstand gewesen, daß die Truppen ihre Übungen vielfach im Welde abhalten müßten.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen und mit der Wehrmacht als sehr gut bezeichnet werden könne.

Der Präsident der Hauptabteilung

Arbeit

führt aus, daß den Anforderungen des Generalgouvernements und des Reiches nach Arbeitskräften bis jetzt von Seiten der Arbeitsverwaltung in vollem Umfange habe entsprochen werden können. Im einzelnen habe die Zahl der Vermittlungen z.B. im April über 178 000 Arbeitskräfte betragen, dazu seien noch 32 000 gekommen, die ins Reich ~~gekomm~~ gegangen seien. Die Anforderungen von Landarbeitern für den Einsatz im Reich, die bestenfalls mit 120 000 genannt worden seien, seien für diese Saison mit 63 000 Arbeitskräften erfüllt worden. Welche Schwierigkeiten der Werbung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften entgegenständen, sei bekannt.

Die Zahl der Arbeitssuchenden im Generalgouvernement belaufe sich auf rund 66 000, von denen aber nur ein gewisser Teil als einsatzfähig betrachtet werden könne. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrage 10 000.

Im Zusammenarbeiten mit der Rüstungsinspektion sei es möglich gewesen, laufend größere Abteilungen von Facharbeitern an die Rüstungsbetriebe des Reiches abzugeben. Im übrigen sei dafür gesorgt, daß eine ausreichende Arbeiterreserve für alle ~~übrigen~~ etwaigen Fälle im Generalgouvernement verbleibe.

Wo Kollisionen zwischen Anforderungen für die Lieferung ans Reich und hiesigen Anforderungen aufträten, werde auf Grund einer Ermächtigung des Herrn Generalgouverneurs die Vermittlung an das Reich gestoppt.

Das Festhalten an den bisherigen Löhnen bringe zunehmende Schwierigkeiten mit sich. Die Geldbewertung sinke in dem Maße, in dem die Möglichkeit, etwas für das Geld zu kaufen, abnehme und abgenommen habe.

Bankdirigent Dr. Paersch spricht über die

Währungslage im Generalgouvernement.

Die Emissionsbank sei, so führt er aus, in der letzten Zeit für die Zwecke der Geldversorgung der Wehrmacht in sehr starkem Umfange beschäftigt gewesen. Die hereinströmende Truppe habe zumeist die Landeswährung noch nicht bei sich gehabt. Die Geldsorten hätten deshalb ausgetauscht werden und die Truppe mit einer für ihre Bedürfnisse benötigten Stückelung versorgt werden müssen. Diese Tätigkeit habe sich reibungslos abgewickelt. Die Truppe habe sich im übrigen den Wünschen der Emissionsbank angepaßt und es sei in Zusammenarbeit mit dem Verbindungsoffizier, Oberstleutnant von Tschammer und Osten, möglich gewesen, gewisse Schwierigkeiten mit Leichtigkeit zu beheben.

Die Lage der Währung habe sich, was ihren Außenwert angehe, gegenüber der früheren Zeit nicht verändert. Die starke Belegung des Gebiets mit Truppen habe eine starke Vermehrung der Überweisungen zur Folge. Diese Überweisungen bewirkten eine große Aktivität des Verrechnungsverkehrs. Sie stellten die Notenbank vor die Notwendigkeit, im Wege der Bevorschussung, da die Gegenüberweisungen ins Reich in ausreichendem Umfange fehlten, in Vorlage zu treten. Schwierigkeiten hätten sich nicht ergeben. Hinsichtlich der Auswirkungen sei allerdings festzustellen, daß der Notenumlauf der Emissionsbank sich hierdurch langsam erhöht habe.

Soweit möglich, habe man versucht, durch geeignete Maßnahmen dieser Erhöhung des Notenumlaufs entgegenzuwirken. Der Umlauf von Noten im Betrage von 1,5 Milliarde sei an sich bisher in keiner Weise bedrohlich.

Die zweite Auswirkung der Währungsbewertung im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft stehe noch zur Erörterung. Hier verdiene vor allem die Preisbewegung Aufmerksamkeit. Insgesamt seien bisher Schwierigkeiten nicht aufgetreten. Allerdings seien im Zusammenhang mit der sich in letzter Zeit stark zuspitzenden Versorgungslage in den größeren Städten, insbesondere in Warschau, gewisse Anspannungen eingetreten. Die Versorgungslage in Warschau habe sich im Verlaufe der letzten Monate sehr verschlechtert. Die Ursachen seien einmal jahreszeitlich bedingt. Der Mai sei immer der schwierigste Monat. Erst ab Juni pflegten die ersten landwirtschaftlichen Erzeugnisse,insbesondere an Gemüse usw. auf den Markt zu kommen. Eine weitere Ursache liege in der ab 12. April eingeführten Verkehrssperre für die Benutzung der Eisenbahn durch Einheimische. Endlich seien auch gewisse Requisitionen von Bedeutung, die von militärischen Stellen durchgeführt worden seien. Diese Umstände hätten zur Folge gehabt, daß auf dem Gebiet der täglichen Bedarfsgüter vor allem in Warschau eine empfindliche Preissteigerung eingetreten sei. Diese Preissteigerung umfasse im wesentlichen die Grundnahrungsmittel wie Brot und Kartoffeln. Von der Regierung des Generalgouvernements seien bereits entsprechende Maßnahmen getroffen, und auch der Landesbauernführer habe sich bereit erklärt, für Abhilfe zu sorgen. Wenn auch die großen Preissteigerungen selbstverständlich innerhalb der Bevölkerung nicht ohne Rückwirkung geblieben seien, so sei doch die Funktion der Währung als eines Tauschmittels dadurch nicht berührt. Als Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel würde sie allerdings berührt werden, wenn sich die Preissteigerung besonders auf dem Gebiet der Grundnahrungsmittel weiter fortsetze. Erfreulicherweise sei es in den letzten Tagen gelungen, hierin einen Stillstand zu erzielen.

Präsident Gerteis gibt einen Bericht über die Lage der Ostbahn.

Er führt aus, daß in den letzten 2 1/2 Monaten die Hauptaufgabe der Ostbahn darin bestanden habe, die für die Bevorratung der Wehrmacht notwendigen Transporte zu fahren. Daneben hätten die Baustoffe für die großen Bauvorhaben im Generalgouvernement gefahren werden müssen, hauptsächlich also für den Straßenbau, für die Eisenbahn, für das Otto-Programm, für die chemischen Werke Askania usw. Diese Periode sei nun abgeschlossen und die Bevorratung einigermaßen gelungen. Darüberhinaus sei es noch möglich gewesen, kleinere Vorräte für die Rüstungsbetriebe abzufahren. Angesichts dieser außerordentlichen Anforderungen habe naturgemäß der Personenverkehr zurückstehen müssen. Die Leistungen im Güterverkehr seien gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um mehr als das Doppelte angewachsen.

Bevor die Truppenbewegung einsetzte, habe man große Räume von überflüssigen Wagen freimachen müssen. Diese Räume umfaßten nicht nur das Generalgouvernement, sondern sämtliche Ostdirektionen bis nach Stettin, Breslau, Frankfurt/Oder und Oppeln. Neben einer Sperre für die Aufnahme von Wagen habe auch eine Binnensperre im Generalgouvernement eintreten müssen. Zur Zeit würden nur noch Güterwagen für die Aufrechterhaltung des Lebens im Generalgouvernement und im Interesse der Wehrmacht gestellt. Privatgut werde nur unter gewissen Voraussetzungen befördert. Auch unwichtigere Lebensmittel seien von der Beförderung ausgeschlossen. Der Transport von Getreide ~~und~~ sei weiter zugelassen worden, desgleichen derjenige von Speisesalz. Außerdem werde man vielleicht noch kleinere Ausnahmen zulassen. Aufrechterhalten werde der gesamte Verkehr mit Rußland, der in den letzten zwei Monaten einen großen Auftrieb erfahren habe. Auch die ~~klei~~ Kohlenwagengestellung von Oberschlesien sei sehr stark gedrosselt worden.

Das Ziel der Räumung werde demnächst erreicht sein. Es sei zu erwarten, daß die Reste in kürzester Zeit abgefahren würden. Am 22. Mai werde der Höchstleistungsfahrplan in Kraft treten. Naturgemäß werde dann der Personenverkehr stark eingeschränkt werden. Eine Verbindung mit dem Reich werde jedoch in Gestalt von drei Zügen nach Berlin und einem Nachtzug nach Wien bleiben, desgleichen ein Eilzug nach Lublin und ein Schnellzug nach Warschau. Ein direkter Verkehr nach Radom werde nicht mehr bestehen. Auf manchen Strecken werde es auch nicht möglich sein, den Berufsverkehr voll aufrechtzuerhalten. Man müsse mit Stockungen der Betriebe, auch der Rüstungsbetriebe, rechnen. Der Güterverkehr werde mit einer Anzahl von Güterzügen, die über bestimmte Strecken geleitet würden, aufrechterhalten. Allerdings gingen 50 % der Lasten dieser Güterzüge wieder an die Wehrmacht, die ja bis auf weiteres der absolut wichtigste Verkehrsnutzer sein werde.

Die Vorbereitungen für die Durchführung der Transporte seien getroffen. Das Reich habe 160 Güterzuglokomotiven zur Verfügung gestellt, von der Reichsbahnverwaltung seien der Wehrmacht 3 500 Eisenbahner zugeteilt.

Präsident Bauder teilt mit, daß die unmittelbar mit den Kriegsvorbereitungen zusammenhängenden Bauten abgeschlossen seien.

Seit November v.J. seien 1 640 km Straßen mit einem Aufwand von 1,9 Millionen t Baumaterial instandgesetzt worden. Daneben seien 150 km neue Straßen gebaut worden. Ferner habe man 70 Brücken wieder hergestellt. Wenn die Situation so bleibe, wie sie sich heute übersehen lasse, so werde sich das, was im letzten Jahr und zu Beginn dieses Jahres geschaffen worden sei, halten lasse. Auf den Gebieten des Wasser- und Hochbaues werde sich die Tätigkeit in den nächsten Monaten auf die Planung beschränken müssen.

Präsident Lauxmann führt aus, daß die gesamte Planung und der gesamte Aufbau der

Deutschen Post Osten

in den letzten Monaten ausschließlich auf die Bedürfnisse der Wehrmacht ausgerichtet gewesen seien.

Durch Verhandlungen mit den Armeefeldpostmeistern habe man erreicht, daß nunmehr die gesamte Feldpost von den mobilen Feldpostämtern übernommen werde. Immerhin bleibe auch für die Postämter des Generalgouvernements, die die gesamte Beförderung durchzuführen hätten, sehr viel Arbeit übrig. Für die Bewältigung der Arbeiten im Interesse der Feldpost und der Dienstpost würden demnächst 250 Beamte aus dem Reich ins Generalgouvernement kommen.

Besonders groß sei die Beförderung von Paketen nach Warschau gewesen. Sie habe in der Weihnachtszeit 2 800 bis 3 000 Pakete am Tage betragen. In der Hauptsache seien Lebensmittel versendet worden. Außerdem seien von Juden 4 000 Pakete aus allen möglichen Gegenden nach dem Ghetto in Warschau geliefert worden.

Von Wichtigkeit sei die Frage der Trennung der Dienstpost von der gewöhnlichen Briefpost. Er bitte alle Behörden, insbesondere die Geheimsachen mit dem blauen Kreuz versehen zu lassen. Eine Garantie für eine sichere Beförderung solcher Briefsachen könne nur übernommen werden, wenn sie einwandfrei bezeichnet seien.

Für die Inganghaltung des Fernmeldewesens seien 600 km Kabel neu verlegt worden. Außerdem seien 14 Verstärkerämter gebaut worden. Die Fernmeldeämter bedürften dringend eines Schutzes gegen Sabotage. Für diesen Schutz brauche er etwa 150 Soldaten, die er mit Unterstützung des MIG zu erhalten hoffe.- Im letzten Jahre seien 18 000 Telegraphenstangen eingebaut worden, deren Lieferung durch die Abteilung Forsten reibungslos vor sich gegangen sei. Angesichts der Bedürfnisse der Wehrmacht würden sich die Verhältnisse auf dem Gebiet des Fernsprechwesens in den nächsten Wochen etwas

verschlechtern. Mit der Wehrmacht sei aber eine Einigung darüber zustande gekommen, daß der notwendigste Verwaltungsverkehr unter allen Umständen aufrechterhalten bleibe. In Fällen, in denen nur eine Leitung vorhanden sei, werde sie gemeinsam von Wehrmacht und Post betrieben. Er bitte aber gleichwohl, mehr als bisher vom Telegraphen Gebrauch zu machen. Das Telegraphen- und Fernschreibernetz sei wesentlich ausgebaut worden. Während es auf dem Gebiet des Generalgouvernements zur polnischen Zeit nur 17 Fernschreiberverbindungen gegeben habe, ständen jetzt schon 180 solcher Verbindungen zur Verfügung.

Der Präsident der Hauptabteilung

Ernährung und Landwirtschaft

gibt einen eingehenden Bericht über die derzeitige Lage.

Zu Beginn seiner Ausführungen nimmt der Landesbauernführer zur Einführung der Gaststättenkarte Stellung, von der ein Muster mit beigefügter Erläuterung den Sitzungsteilnehmern überreicht wird.

Die Frühjahrsbestellung sei, so führt Landesbauernführer Körner aus, mit Ausnahme der Hackfrucht- und Zuckerrübenbestellung fast beendet. Infolge der Transportsperre werde in einigen Gebieten ein Mangel an Saatkartoffeln eintreten. Im großen und ganzen werde aber Saatgut zur Verfügung gestellt werden können, sodaß eine restlose Bestellung der Fluren möglich sein werde. Angesichts der verspäteten Bestellung werde man wie im Reiche, so auch im Generalgouvernement mit geringeren Ernteaussichten rechnen müssen. Man könne annehmen, daß die Ernte um etwa 14 Tage hinausgeschoben werden müsse. Diesen Faktor habe man in den Ernährungsplan für 1940/41 eingestellt. Im übrigen sei die Versorgungs- und Ernährungslage infolge des Hereinströmens großer Truppenmassen recht ernst geworden, vor allem in den großen Verbrauchergebieten. Die starke Truppenvermehrung wirke auch auf die Stimmung der Bauern ein, die aus Angst

vor einem Kriege begönnen, sich mit Nahrungsmitteln für die nächsten Monate einzudecken, und die deshalb ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkämen.

Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft habe gemeinsam mit den zuständigen Wehrmachtsstellen die bekannten Flugblätter, Plakate und Befehle aushängen lassen. Das Ergebnis der Rundreise des Unterstaatssekretärs Kundt und verschiedener Hauptabteilungsleiter der Regierung sei gewesen, daß sich jetzt alle militärischen Dienststellen bemühten, sich nunmehr eine Aufklärung über die wirklichen Verhältnisse auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft zu verschaffen. Im übrigen bäte er den Höheren SS- und Polizeiführer, dafür Sorge zu tragen, daß mit Hilfe der Polizei, die restlichen Kontingente an Lebensmitteln erfaßt würden. Eine neue Erfassungsaktion werde im Zusammenwirken mit der Abteilung Wirtschaft vorbereitet. Für sie müßten in noch größerem Umfange als bisher Tauschartikel in Gestalt von Textilien, Lederwaren, Monopolerzeugnissen usw. zur Verfügung gestellt werden.

Die besonders schwierige Versorgungslage in Warschau sei auf die Kriegspsychose zurückzuführen. Die Menschen versorgten sich und ihre Familien zu jedem Preis mit Nahrungsmitteln. Die schlechten Verkehrsverhältnisse trügen dazu bei, daß die Versorgung immer schlechter werde. Deshalb solle man nicht unbedingt dagegen einschreiten, wenn Postpakete in die großen Städte geschickt würden. In den nächsten drei Monaten komme es darauf an, daß überhaupt noch etwas an Nahrungsmitteln in die Stadt komme. Mit dem Höheren SS- und Polizeiführer habe man bereits wegen einer Lockerung der Kontrolle von Panjefuhrwerken gesprochen. Auch der Preisüberwachungskommissar werde in dieser Hinsicht in den nächsten Monaten etwas Nachsicht walten lassen müssen.

Man werde in Warschau und in den anderen großen Verbraucherzentren dem Gedanken der Massenspeisung nähertreten

müssen. Für diesen Zweck könnten bestimmte Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden. Mit den Einrichtungen der NSV in Warschau habe man gute Erfahrungen gemacht. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Lebensmittelreserven geschaffen würden. Der Umstand, daß demnächst für die Versorgung der Bevölkerung Gemüse in vermehrtem Umfange zur Verfügung stehe, könne zur Entlastung der Versorgung beitragen, ebenso wie durch die Einführung der Gaststättenkarte für Deutsche und Wehrmachtsangehörige in allen deutschen Lokalen eine Entlastung herbeigeführt werde. Von Seiten der Partei müßten die Deutschen darauf hingewiesen werden, daß sie den Besuch polnischer Restaurants zu vermeiden hätten. In den polnischen Restaurants dürften künftig grundsätzlich nur noch Eintopfgerichte verabreicht werden. Der Deutsche müsse angehalten werden, sich nicht etwa durch Zwang oder Drohungen Fleischspeisen verabreichen zu lassen. Er bitte die zuständigen Dienststellen, insbesondere die Kreis- und Stadthauptleute, ihm gegebenenfalls Vorschläge für die Verbesserung dieser Versorgungsmethoden zu machen. Von den Distriktsverwaltungen, insbesondere der Distriktsverwaltung Lublin, müsse alles getan werden, um von den Bauern noch die restlichen Mengen an Getreide herauszuholen. Von der Erfassung dieser Mengen hänge es ab, daß die Brotgetreideversorgung bis zum 15. August reiche. An Vorrat habe man noch etwa 10 000 t Hafer und etwa 2 000 t Gerste. Von diesem Hafer würden die ersten 2 000 t nach Warschau geliefert werden, weil insbesondere die Verpflegung des Ghettos in letzter Zeit gewisse Mängel aufgewiesen habe. Er habe neben Hafer noch 2 000 t Zucker für das Ghetto zur Verfügung gestellt und werde aus den Reserven von Hafer, Gerste und Zucker der Stadt Warschau und anderen Städten noch bestimmte Rationen geben, weil die normale Beförderung von nichtbewirtschafteten Lebensmitteln durch die Eisenbahn nicht mehr erfolgen könne. Beim Getreide sei jedenfalls die Lage rechnerisch und effektiv so, daß die Getreidemengen bis zum 15. August an alle Verbraucherplätze transportiert würden. Die Getreidetransporte von Lublin seien

auch in das Programm der Ostbahn hineingenommen.

Die Vorräte an Fleisch und Viehprodukten werde man nur in Warschau zum geringen Teil in Anspruch nehmen. Übrigens seien die Viehablieferungen wieder im Anziehen begriffen, und auch die Ablieferung von Milch und Butter, die ebenfalls erheblich nachgelassen hatte, sei seit einigen Tagen wieder im Steigen, was auf die Futterlage und die Möglichkeit, Grünfutter zu geben, zurückzuführen sei. Die Bevorratung sei derart, daß für die Rüstungsbetriebe und für die deutsche Bevölkerung auch während der Spannungszeit die Belieferung werde durchgeführt werden können. Schwierigkeiten bereite allerdings immer noch die Versorgung mit Kartoffeln. Der Wehrmacht seien über das ihr zugestandene Kontingent hinaus 21 000 t im Vorschußwege gegeben worden. Die zuständigen Wehrmachtsstellen seien ersucht worden, für entsprechenden Nachschub zu sorgen, damit die Kartoffelmenge wieder an das Generalgouvernement zurückgegeben werden könne. Er habe alle seine Dienststellen angewiesen, bis auf weiteres keine Kartoffeln im Vorschußwege an die Wehrmacht zu verabfolgen. Wenn die Kartoffellage durch Einfuhr aus dem Reich nicht besser werden sollte, müsse er Reserven an Zucker, Eiern, Hafer und Gerste zur Schließung der Versorgungslücke in Anspruch nehmen.

Für eine ausreichende Versorgung mit gutem Bier sei gesorgt. Angesichts der großen Truppenzahl werde allerdings eine gewisse Knappheit eintreten. Zur Stillegung von Brauereien werde man nicht zu schreiten brauchen. Im übrigen werde für eine entsprechende Beschränkung des Bierkonsums gesorgt werden.

Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft habe ihren Gesamtkohlenbedarf bei der Abteilung Wirtschaft angemeldet, und es werde die Frage erörtert werden, wie dieser Kohlenbedarf gedeckt werden könne. Unbedingt notwendig sei die Bereitstellung von Druschkohle bei Beginn der neuen Ernte. Diese Forderung habe eine umso größere Berechtigung, als

man in diesem Jahre schon während der Ernte noch auf dem Felde werde dreschen müssen, um am 15. August das nötige Mehl zur Verfügung zu haben.

SS-Obergruppenführer Krüger teilt mit, daß er im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen in Lublin angeordnet habe, daß in den nächsten Wochen nochmals eine Erfassungsaktion durchgeführt werde. Für diese Aktion werde ein großer Teil von Polizeikräften zum Einsatz gebracht, und er verspreche sich davon einen guten Erfolg.

- Mittagspause -

Abteilungspräsident Westerkamp führt aus, daß die Schlagfertigkeit der Abteilung

Innere Verwaltung

für die kriegswichtigen Aufgaben als gesichert gelten könne. Die Kreishauptleute seien sich klar, daß unwichtige Dinge jetzt hinter Aufgaben zurückzutreten hätten, die für den Krieg von Bedeutung seien.

Die Kreishauptleute und auch die Distriktsbehörden ständen vor den bekannten Schwierigkeiten, die in der Personallage der Verwaltung begründet seien. Es sei aber zweifellos, daß die Verwaltung diese Schwierigkeiten überwinden werde. Es habe sich auch gezeigt, daß manche Beamte, wenn man sie vor höhere Aufgaben stelle, Leistungen zu vollbringen imstande seien, die man ihnen eigentlich sonst nie zugetraut hätte. Gewisse Besorgnisse beständen allerdings hinsichtlich der nicht reichsdeutschen Mitarbeiter. Die

Verwaltung sei infolge der Entwicklung der Dinge leider auf die Beschäftigung von nichtevakuierten Deutschen angewiesen, während die Regierung angesichts der Stellung der Sicherheitspolizei zu dieser Frage eine Beschäftigung dieser Kreise nicht wünsche. Ein weiteres Problem sei die Fürsorge für die nichtdeutschen Mitarbeiter, hinsichtlich deren zum Teil Zustände eingetreten seien, die im Interesse eines ordentlichen Funktionierens der Verwaltung nicht beibehalten werden könnten. Hier müsse eine zusätzliche Fürsorge für Ernährung und Bekleidung angestrebt werden.

Zum guten Funktionieren der Verwaltung gehöre das Funktionieren des Systems, das der Herr Generalgouverneur seinerzeit durch eine Verordnung festgelegt habe, und zwar unter dem Stichwort: Einheit der Verwaltung. Übereinstimmend werde berichtet, daß diese Verordnung in den Außenstellen reinigend und belebend gewirkt habe. Es sei auch bereits eine Einheit des Arbeitens durch Herstellung eines engen Kontaktes und gegenseitige Ergänzung hergestellt worden. Entscheidend für die gute Arbeit in den Distriktsbehörden sei vor allem, daß die Fäden der Verwaltung wirklich beim Distriktschef zusammenliefen. Leider ~~kömme~~ komme es immer noch vor, daß irgendein Referent einer Abteilung der Distriktsverwaltung sich unmittelbar an die entsprechende Abteilung bei der Regierung wende. So habe er z.B. kürzlich von einem Referenten einer Distriktsverwaltung die Anfrage erhalten, wie es mit dem Ukrainergruß zu halten sei. Solche Fragen könnten nur durch den zuständigen Abteilungsleiter oder den Amtschef beim Distrikt beantwortet werden.

Wenn jetzt wieder eine neue Polizeiaktion im Interesse der Erfassung von Lebensmitteln bevorstehe, dann müsse darauf hingewiesen werden, daß die zuständigen Abteilungsleiter über solche Maßnahmen von der Polizei rechtzeitig verständigt werden müßten. Die Abteilungsleiter hätten dann die Möglichkeit, vor Beginn der Aktion die Kreishauptleute zu informieren. Diese Information könne nicht den Organen der Ordnungspolizei, sondern müsse denjenigen Stellen übertragen

werden, die eine solche Aktion anordneten.

Gewünscht werde auch eine einfachere und zweckmäßigere Regelung auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes. Man schlage vor, daß sich die Bezirke der Arbeitsämter mit denen der Kreishauptleute decken sollten. Nach seinen bisherigen Feststellungen scheine der Grund für dieses langsame Funktionieren auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes im Personalmangel bei der Arbeitseinsatzverwaltung zu liegen.

Die schon längst erwartete Durchführungsverordnung zur Kennkartenverordnung müßte demnächst erlassen werden. Diese Verordnung sehe vor, daß die Durchführung im einzelnen in der Hand der Abteilung Innere Verwaltung liege. Die Kennkarte solle künftig auch die Unterlage für eine Kontrolle des Arbeitseinsatzes darstellen.

In Vorbereitung sei ferner eine Neuordnung des Meldewesens. - Die Frage der Ortsbezeichnung und der Ortsnamen sei für Post- und Eisenbahn von besonderem Interesse. Dieser Fragenkomplex werde ebenfalls bearbeitet. Es bestehe insoweit Klarheit darüber, als solche Ortsnamen nicht geändert werden sollten, die als im Brennpunkt des Verkehrs stehend, häufig genannt würden. Hier sollten ohne weiteres die für die deutsche Zunge nicht aussprechbaren Namen durch Änderung aussprechbar gemacht werden. Andererseits sollten einige schon eingebürgerte und historisch begründete Berichtigungen vorgenommen werden. An einer befriedigenden Lösung dieser Frage habe auch die Wehrmacht ein starkes Interesse.

In letzter Zeit mehrten sich die Anträge auf Gestellung von Sonderdienst, - ein Zeichen, wie unentbehrlich der Sonderdienst überall schon geworden sei. Leider hätten nicht alle Anforderungen erfüllt werden können. Ein Drittel der Sonderdienstmänner müsse nämlich wegen mangelnder Eignung für die allgemeinen Verwaltungsaufgaben ausgeschieden werden. Auch beherrschten viele Angehörige des Sonderdienstes nicht die deutsche Sprache. Eine Ergänzung dieser Kräfte werde mit Beschleunigung in die Wege geleitet.

Der Leiter des
Personalamts

Dr. Gstöttenbauer berichtet, daß zur Zeit ein großer Mangel an Schreibkräften bestehe. Seit ungefähr drei oder vier Wochen seien Schreibkräfte überhaupt nicht mehr zu bekommen. Weiter zeige sich, daß viele der hier beschäftigten Schreibkräfte wieder aus dem Generalgouvernement abwandern wollten. Sie seien bereits in der Ostmark, im Sudetenland usw. beschäftigt worden und wünschten nun, nach Belgien, Frankreich, Griechenland oder anderen besetzten Gebieten versetzt zu werden. Er weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nur das Personalamt bezw. die Distriktschefs berechtigt seien, Kündigungen entgegenzunehmen.

Auch bei den mittleren Beamten stehe man nach wie vor vor einer schwierigen Situation. Die Nachfragen bei den einzelnen Ministerien hätten ergeben, daß die Personalreserve gleich null sei. Man sei nun bemüht, Angestellte für Verwaltungsaufgaben zu schulen. - An Referenten bestehe ebenfalls ein großer Mangel, und man könne nicht mehr darauf rechnen, für ausfallende Kräfte Ersatz zu erhalten. - Von einer Beschäftigung der Ehefrauen von Beamten und Angestellten, die vor einiger Zeit veranlaßt worden seien, ins Reich zurückzukehren, würde er abraten.

Landgerichtsrat Dr. Luxenberg bemerkt, daß er bereits mit Unterstaatssekretär Kundt eine Besprechung über die Frage der Beamtenschulung gehabt habe. Man sei in dieser Besprechung zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen. In dieser Frage liege die größte Schwierigkeit wohl in dem Fehlen geeigneter Unterrichtungsräume und der Möglichkeit, eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften für diese Schulung aus der Verwaltung herauszuziehen. Die Arbeit als solche befände sich erst im Anfangsstadium, und es werde sich jetzt darum handeln, sie entsprechend zu fördern. Ministe-

rialrat Singer vom Reichsinnenministerium habe ihm übrigens seine volle Unterstützung zugesagt. Diese Unterstützung solle sich allerdings nicht auf die Gestellung von Lehrkräften erstrecken. Jedenfalls würde aber, wenn die Raumfrage geklärt sei, in etwa zwei Monaten mit der Schulung begonnen werden können, wenn auch zunächst in geringem Umfang. Ob und inwieweit die Regierung des Generalgouvernements das Recht der Prüfung dieser Angestellten und Ernennung von Beamten haben solle, sei eine zweite Frage, für die aber leicht eine Lösung gefunden werden würde. Die Ausbildung müsse selbstverständlich grundsätzlich derjenigen des Reiches entsprechen. Darüberhinaus müsse man aber den Beamten eine Ausbildung geben, die den Ostproblemen angepaßt sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß zur Zeit eine endgültige Entscheidung über diese Frage noch nicht getroffen werden könne, erkennt aber die Notwendigkeit einer solchen Arbeit an.

Präsident Watzke von der Hauptabteilung
Wissenschaft und Unterricht

führt aus, daß die Abteilung zur Zeit unter den denkbar schwierigsten Umständen zu arbeiten genötigt sei. Von den Volksschulen seien 95 % von der Wehrmacht beschlagnahmt. Von den Fachschulen sei keine einzige mehr ohne Truppenbelegung. Man habe sich nun auch angesichts zahlreicher Ersuchen der Kreishauptleute bemüht, einen Behelfsunterricht einzurichten, damit die Kinder nicht auf der Straße verwahrlosten. Dieser Behelfsunterricht werde auf dem Lande in Bauernhäusern, zum Teil in Scheunen erteilt. In den Städten sei der Unterricht so eingerichtet, daß in einer einzigen Schule von 8^{00} Uhr früh bis 8^{00} Uhr abends abwechselnd Unterricht erteilt werde, und zwar jeweils ein Kurzunterricht zu

etwa 3 Stunden, sodaß also vier Schulen in einer einzigen Schule unterrichten würden.

Ganz unerfreulich seien die Zustände bei den Fachschulen; an den gewerblichen Fachschulen sei die Wirtschaft und die Rüstungsinspektion interessiert, an den landwirtschaftlichen Fachschulen vor allem die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Man versuche nun überall, Ausweichmöglichkeiten zu schaffen, um wenigstens einen theoretischen gewerblichen Fachschulunterricht zu gewährleisten. Auf dem Lande habe man die Berufsschulen überall so aufgestellt, daß um einen örtlichen Mittelpunkt herum, alle diejenigen, die vier oder fünf Kilometer entfernt wohnen, zu Fuß zur Schule gelangen könnten. Darüberhinaus habe man den großen Teil der vorhandenen Einrichtungen gleichzeitig für Ausbildungskurse der Luftwaffe und der Rüstungsinspektion zur Verfügung gestellt, ebenso die Lehrkräfte.

Das deutsche Schulwesen sei vollständig aufrechterhalten, wenn auch nicht mehr die Räume zur Verfügung ständen, die man im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre sichergestellt habe. Auch in den Heimen Rabka und Zakopane sei der Unterricht vollständig aufrechterhalten, ebenso der Unterricht der Oberschule in Tschenstochau. Die Oberschule in Warschau funktioniere ebenso wie die in Tomaschow-Petrikau. Lediglich die Schule in Radom habe nicht voll zur Entfaltung kommen können, weil die Notwendigkeit, bauliche Änderungen vorzunehmen, dies verhindert habe.

In einer besonders schlechten Lage befänden sich die landwirtschaftlichen Schulen. Von den landwirtschaftlichen Fachschulen sei nur eine Schule nicht vom Militär belegt und könne ihre Arbeit vollständig aufrechterhalten. Die Gartenbau- und Molkereischule sei ebenfalls in Betrieb. Die landwirtschaftliche Schule im Distrikt Lublin stehe überhaupt nicht zur Verfügung, ebenso wenig die ukrainischen landwirtschaftlichen Schulen. Hier habe man keine Ausweichmöglichkeit schaffen können, weil alles restlos belegt sei.

Man sei mit der Aufgabe beschäftigt, für den September den Beginn des neuen Schuljahres sicherzustellen. Man werde vielleicht gezwungen sein, den Schluß des Schuljahres, der normalerweise am 30. Juni erfolgen sollte, etwas vorzuverlegen, sodaß vielleicht Mitte Juni der Schulbetrieb geschlossen werden würde. Jedenfalls sei man in Zusammenarbeit mit den Distriktschefs und den Kreishauptleuten bestrebt, den Schulbetrieb so lange wie möglich, wenn auch nur behelfsmäßig aufrechtzuerhalten.

Die anderen Arbeiten der Abteilung seien gemäß den Weisungen des Herrn Generalgouverneurs in voller Vorbereitung.

Über die

Gesundheitslage im Generalgouvernement

berichtet Obermedizinalrat Dr. Walbaum. Bei der Abteilung für Gesundheitswesen sei man sich, so führt Dr. Walbaum aus, im Anfang des Winters darüber klar gewesen, daß die größte Gefahr im Auftreten des Fleckfiebers liegen würde. Bei einer Arbeitstagung mit den Sanitätsoffizieren der Wehrmacht sei von diesen ebenfalls der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß für den Winter die Gefahr am größten sei. Diese Erwartung habe sich glücklicherweise nicht bestätigt. In einer neuerlichen Tagung in Warschau sei dann hervorgehoben worden, daß die Hauptgefahr in die Frühjahrsmonate falle. Sie hätten auch mit einem weiteren Ansteigen der Fleckfieberkurve begonnen. Zur Verbreitung der Seuche trage offenbar auch der Kohlenmangel erheblich bei, da die Entlausungsanstalten nicht richtig betrieben werden könnten. Die Fleckfiebergefahr sei auf dem Lande, wo die Juden nicht in Ghettos zusammengefaßt seien, besonders groß. Das Fleckfieber sei gerade in den Monaten April und Mai stark angestiegen und habe ein weiteres Ansteigen durch das Hinzukommen des Militärs erfahren. So seien auch zum ersten Mal Fleckfieberfälle bei der Wehrmacht aufgetreten. Ein mehr

oder minder enger Kontaktder Wehrmacht mit der Bevölkerung lasse sich eben nicht vermeiden. Gegenüber dem Vorjahr müsse jedenfalls ein Ansteigen des Fleckfiebers festgestellt werden, ohne daß man jedoch von einer ausgesprochenen Epidemie zu sprechen brauche. Zur Zeit betrage der Fleckfieberstand 576 Fälle, während man in den vorangegangenen Monaten 564, 373, 371, 286 und 200 Fälle habe feststellen können. Die letzten Meldungen zeigten allerdings, daß ein erneutes Ansteigen nicht mehr erfolgt sei. Eine große Gefahr für das Entstehen des Fleckfiebers bilde das Bettlerunwesen. Eine Bettlerin allein habe z.B. 20 Leute angesteckt und diese hätten dann wieder das Fleckfieber auf 25 andere Menschen übertragen, sodaß also durch diesen einzigen Fall 45 weitere Fleckfieberfälle entstanden seien. Deshalb müsse gegen das Bettlerunwesen mit den allerschärfsten Mitteln eingegriffen werden. Weiter müßte von Seiten der Wehrmacht aufmerksam darauf gemacht werden, welche Gefahren in dem Verkehr mit der einheimischen Bevölkerung liegen. Pflicht der Wehrmacht sei es daher, jeglichen Verkehr der Soldaten mit der Bevölkerung zu unterbinden.

An Ruhrfällen seien drei zu verzeichnen gewesen. Fälle von Typhus seien hundert gezählt worden. Das entspreche durchaus der normalen Lage. Auch Tollwutfälle seien nur in geringer Anzahl vorgekommen.

Der Präsident der Hauptabteilung

Justiz

Ministerialrat Wille führt aus, daß die Arbeit bei den deutschen Justizbehörden in einem unerwarteten Maße angestiegen sei. Die Personalschwierigkeiten beständen wie überall, so auch in der Justizverwaltung und wirkten sich angesichts der verstärkten Arbeitslast an einzelnen Stellen sehr unangenehm aus. So seien zwei deutsche Justizbehörden tatsächlich nicht mehr imstande gewesen, das ihnen gestellte Arbeitspensum zu erledigen. Diese Mißstände seien weniger

auf den Mangel an Referenten, Richtern und Staatsanwälten, als vielmehr des Büropersonals zurückzuführen.

Seit Bestehen des Generalgouvernements sei erfreulicherweise nur in zwei Strafanstalten eine Seuche zu verzeichnen gewesen, einmal im Mai v.J. in Radom, das andere Mal vor kurzem in einem Warschauer Gefängnis. Es habe sich beide Male um Fleckfieber gehandelt. Die Seuche sei inzwischen erloschen.

Von der Abteilung Justiz sei dem Reich neuerdings ein Transport von arbeitsfähigen Gefangenen zur Verfügung gestellt worden.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth berichtet, daß nach neuerdings getroffenen Feststellungen, die Widerstandsbewegung seit einigen Wochen besonders lebhaft am Werke sei und Sabotageakte und Attentate verübte. Alle diese Attentate ließen eine gewisse Stetigkeit erkennen, die der Sicherheitspolizei Anlaß gebe, nach der Zentralstelle zu fahnden, von der aus diese Handlungen geleitet würden. Man habe auch festgestellt, daß insbesondere in Warschau eine Zentrale bestehe, die den Versuch mache, die im Raum des Generalgouvernements getroffenen Vorbereitungen systematisch zu stören. Auf Grund intensiver Beobachtungen aller dieser Kreise sei es gelungen, verschiedene Zentralstellen zu entdecken und auch zu zerschlagen.

Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß ausschließlich ehemalige Offiziere, Beamte oder Personen, die eine gewisse Bildung genossen hätten, die Träger der Widerstandsbewegung seien. Richtig sei, daß alle diese Menschen selbstverständlich den Kopf der Bewegung darstellten. Aber das Gros der Leute, die die Attentate ausführten, setze sich ausschließlich aus Bauern und Arbeitern zusammen. Des weiteren habe die Leitung der Widerstandsbewegung die Polen angewiesen, nunmehr grundsätzlich von der Waffe Gebrauch zu

machen.Man habe weiter festgestellt, daß die Widerstandsbewegung erstaunlich gut orientiert sei über alles, was in diesem Raum und innerhalb der Verwaltungsstellen vor sich gehe. Man könne das nur darauf zurückführen, daß die Sorglosigkeit der Deutschen allen polnischen Bediensteten gegenüber es ermögliche, daß Dinge an die Widerstandsbewegung herangetragen würden, die der Sicherheitspolizei die Arbeit so außerordentlich erschwerten. Es werde eben leider in Geschäften, Gaststätten usw. mit einer Unachtsamkeit über Dinge gesprochen, die unbedingt geheim gehalten werden müßten. Er bitte deshalb die Abteilungsleiter, ihre Dienststellen anzuweisen, daß sie für gründliche Aufklärung der deutschen Angestellten und Beamten sorgen. Man dürfe ja nicht nur die Leute zur Widerstandsbewegung rechnen, die organisiert wären, sondern die Sicherheitspolizei rechne zur Widerstandsbewegung im weiteren Sinne alle Polen. Es gebe keinen Polen, der sich heute schon umgestellt habe und wirklich zu Gunsten der Regierung des Generalgouvernements arbeite. Die Sicherheitspolizei bediene sich zwar mancher Polen als Mittel zum Zweck, aber nicht als eines Menschen, der im deutschen Interesse arbeite. Die Leitung der Sicherheitspolizei werde mit Rücksicht auf die kommenden Ereignisse nochmals ihren gesamten Apparat überprüfen.

Gouverneur Dr. Wächter gibt einen kurzen Überblick über die Lage im Distrikt Krakau. Auch im Distrikt Krakau bestände ähnliche Schwierigkeiten, wie sie von den Abteilungsleitern hervorgehoben worden seien. Sie gründeten sich vor allem auf die Eigenschaft des Distrikts als eines Zuschußgebiets. Auch die ungünstige Transportlage der letzten Wochen habe zu manchen Mißständen geführt. - Das Verhältnis zur Wehrmacht sei in jeder Beziehung ausgezeichnet. - In der Distriktsverwaltung mache sich das Bedürfnis nach einer endgültigen Regelung des Stellenplans stark bemerkbar. Dem Wegdrängen von Beamten in andere Bereiche müßte durch den Hinweis auf

positive Einbaumöglichkeiten dieser Beamten in den Stellenplan entgegengewirkt werden.- Die vom Herrn Generalgouverneur heute ausgegebene Parole werde gerade in der Mittelverwaltung eine verständnisvolle Aufnahme finden, sei doch die Distriktsverwaltung in erster Linie auf die Tagesarbeit und die praktische Arbeit abgestellt. Wenn man im Herbst 1939, als die gesamte Verwaltung auf die vordringliche Wehrmachtsarbeit eingestellt gewesen sei, der Schwierigkeiten Herr geworden sei, dann werde das jetzt umso mehr der Fall sein, wo man über einen eingespielten Verwaltungsapparat und große in der Praxis gewonnene Erfahrungen verfüge. Auch die neue Situation werde eine in jeder Weise bereite Verwaltung finden.

Gouverneur Zoerner berichtet, daß auch die Konsolidierung der Verwaltung im Distrikt Lublin weitere Fortschritte gemacht habe. Wenn auch der Distrikt Lublin erst später zu arbeiten begonnen und mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe, so seien doch heute schon die Personalverhältnisse einigermaßen normal, wenn selbstverständlich auch gewisse Wünsche noch der Erfüllung harrten.- Die Durchführung der Einheit der Verwaltung sei auch für den Distrikt Lublin von Vorteil gewesen. In diesem Zusammenhang weise er allerdings darauf hin, daß die Arbeitsämter den Kreishauptmannschaften nur angegliedert, nicht aber eingegliedert seien. Diese Eingliederung sei besonders wegen der schwachen Personalbesetzung der Kreishauptmannschaften von großer Wichtigkeit. Daß den Arbeitsämtern daraus ein Schade erwachse, sei kaum anzunehmen.- Die Bewachung der Amtsgebäude, vor allem des Hauptgebäudes der Distriktsverwaltung, lasse sehr zu wünschen übrig. Wenn außer zwei Innenposten die Bewachung lediglich in Händen von Sonderdienstleuten läge, die nur eine ungenügende Kontrolle auszuüben imstande seien, so sei damit die Sicherheit absolut nicht gewährleistet. Er bitte daher die

Ordnungspolizei, für eine Bewachung der einzelnen Dienstgebäude Sorge zu tragen. Auch eine geringe Verstärkung des Sonderdienstes würde er dankbar begrüßen.

Man habe früher immer geglaubt, daß die Kreishauptleute von Polizeiaktionen zu spät Nachricht erhielten. Dieser Mißstand sei mittlerweile beseitigt worden, aber um so bedauerlicher sei es, daß die Aktionen der Truppenpolizei ohne Kenntnis der Kreishauptleute vor sich gingen und die Vorschriften über die Ablieferungspflicht nicht immer befolgt würden. Die Verbindung mit Krakau zur Zentrale und zur Regierung des Generalgouvernements sei zwar etwas besser geworden, aber doch zeitweise immer noch stark gestört. Hier müsse auf die schwierige Lage des Distrikts Lublin Rücksicht genommen und für eine bessere Zugverbindung gesorgt werden.

Angesichts der Kohlenknappheit sei man jetzt im Distrikt Lublin bestrebt, den Torf mehr als bisher auszunutzen. Der neue Leiter der Abteilung Wirtschaft des Distrikts habe die Privatwirtschaft herangezogen, und man hoffe auf dem Wege der Torfgewinnung eine wesentliche Erleichterung zu erreichen.

Im Interesse des Straßenbaues werde die Errichtung einer Anzahl von Klinkerfabriken in Angriff genommen. Man wolle aber lediglich kleinere Unternehmungen schaffen, damit die Investierungskosten nicht zu groß würden. -
Die Holzpreise seien seiner Meinung nach zu hoch. Die Liegenschaftsverwaltung erhalte lediglich den Gegenwert für das Holz, während die holzverarbeitenden Betriebe teilweise große Summen verdienten.

Von Wichtigkeit sei die Frage, ob die geplante Umorganisation der Zentral- bezw. Wirtschaftskammer trotz der kommenden Schwierigkeiten ~~dur~~ fortgesetzt werden solle, oder ob es nicht vielmehr richtiger sei, den gegenwärtigen Zustand für die nächsten Monate zu belassen, zumal in personeller Beziehung diese Organisation im Distrikt noch nicht geschaffen sei.

Auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft wären an und für sich im Distrikt Lublin gar keine Schwierigkeiten aufgetreten, wenn nicht durch die gewaltigen Anforderungen der Wehrmacht alle Pläne der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt über den Haufen geworfen worden wären. Durch die Ankäufe von militärischer Seite werde die Aufrechterhaltung des Ablieferungssolls ganz erheblich gestört. Immerhin sei anzunehmen, daß mit Hilfe der Polizeiaktion aus den Überschußkreisen des Distrikts doch noch ein erhebliches Quantum von Nahrungsmitteln herausgeholt werden könne, da angesichts der Kriegspsychose offenbar noch größere Mengen von den Bauern zurückgehalten würden.

Die Wintersaat stehe im Distrikt Lublin ausgezeichnet. Die Frühjahrsbestellung sei allerdings um vier Wochen zurückgeblieben, sei aber wohl zu drei Viertel durchgeführt, sodaß trotz der Schwierigkeit der Pferdegestellung in Kürze die Bestellung im Distrikt Lublin restlos durchgeführt werden könne.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei trotz der außerordentlich starken Belegung des Distrikts mit Truppen nach wie vor durchaus kameradschaftlich. Kleine Mißverständnisse seien mit beiderseitigem guten Willen leicht aus dem Wege zu räumen. Auf seinen Einspruch gegen die Benutzung der Chelmer Kathedrale als Sanitätsdepot sei sofort von dieser Maßnahme Abstand genommen worden.

Generalleutnant Riege nimmt kurz zu der Frage der Bewachung der Lubliner Dienstgebäude Stellung und glaubt, die Sicherheit des Gouverneurs unbedingt gewährleisten zu können. Abgesehen davon, daß ständig ein Doppelposten dort aufgestellt sei, liege in unmittelbarer Nähe die Regimentswache. Er sei gleichwohl bereit, eine Klingelleitung dorthin legen zu lassen. Eine besondere Wache zur Verfügung zu stellen, sei unmöglich, weil er von den drei Bataillonen des Distrikts Lublin zwei Bataillone habe abgeben müssen, sodaß

für den ganzen Distrikt nur noch ein Bataillon zur Verfügung stehe.

Unterstaatssekretär Kundt nimmt zu der Frage Stellung, wie neben der einheitlichen Führung der Verwaltung auch eine einheitliche Führung auf dem Sektor Wirtschaft allgemein ermöglicht werden könne. Es müsse ein Weg gefunden werden, damit neben der behördlichen Verwaltung die Selbstverwaltung der Wirtschaft, von Deutschen geleitet, nach den Gesichtspunkten der einzelnen Wirtschaftsabteilungen funktionieren könne.

Durch verschiedene Verordnungen sei nunmehr die Einheit der Verwaltung auf allen Gebieten nach den Grundsätzen der Regierung bis zu den untersten Stellen der Verwaltung eingeführt. Staatssekretär Dr. Bühler habe entsprechend seinen Vollmachten zu den einzelnen Verwaltungsanordnungen Richtlinien gegeben, sodaß nunmehr dieser Sektor als abgeschlossen zu betrachten sei. Sofern sich aus der Erfahrung heraus Änderungen als notwendig ergeben sollten, könnten sie erst nach einiger Zeit berücksichtigt werden. Es sei aber wichtig, daß gerade in einem Zeitpunkt, in welchem die gesamte Polizei unter einheitlicher Führung der nach militanten Methoden der militärischen Aufgabe gegenüberstehe, die Entwicklung so weit abgeschlossen sei, daß diese geschlossene Verwaltung nunmehr den Anforderungen der nächsten Monate entsprechen könne. Angesichts der großen Aufgaben, vor denen man zur Zeit stehe, wünschten die im Generalgouvernement tätigen Beamten und Angestellten ihre Arbeitsleistung gesichert zu wissen. Diese Sicherung könne in Form des Stellenplans herbeigeführt werden. Dieser Stellenplan, der für alle Verwaltungsbezirke mit Ausnahme der Polizei gelte, sei im Entwurf fertiggestellt und werde in der übernächsten Woche in Berlin überreicht werden können. Es sei dafür gesorgt, daß für jeden Posten, der im Stellenplan aufgeführt sei, auch die entsprechende Arbeitsleistung nachgewiesen werde. Das habe die weitere Folge, daß bei ausrei-

chendem Personal volle Klarheit darüber bestehe, was jeder zu tun und zu lassen habe, damit kein unnötiger Papierkrieg zwischen zwei Dienststellen entstehe. Er könne in diesem Zusammenhang die verständnisvolle Mitarbeit sämtlicher Hauptabteilungsleiter und der anderen Dienststellen hervorheben, die es ermögliche, im Reiche alles das zu vertreten, was der Stellenplan enthalte.

Was das Verhältnis zwischen der Regierung bezw. der gesamten Verwaltung und der Wehrmacht angehe, so seien die personellen Beziehungen zwischen den Verantwortungsträgern der Verwaltung wie ihren Mitarbeitern und den Verantwortungsträgern der Wehrmacht, vor allem dem Militärbefehlshaber und den Truppenkommandeuren denkbar gut. Hier und da auftretenden Bestrebungen unorientierter Wehrmachtskreise in die Sphäre der Verwaltungsmaßnahmen einzugreifen, habe man mit Hilfe des Militärbefehlshabers und seiner Organe entgegenwirken können.

Wenn man bedenke, welche hohen Anforderungen heute von der Wehrmacht an die Kreishauptmänner und ihre Mitarbeiter gestellt würden, so könne man nur feststellen, daß die Arbeitsleistung dieser Beamten vorbildlich sei, man könne auch das Vertrauen zu ihnen haben, daß sie noch höhere Leistungen vollführen würden. Diese vorbildliche Arbeit zeige sich auch auf dem Gebiet des neu eingerichteten Luftschutzes. Hier hätten Innere Verwaltung, Werkschutz, Hauptabteilung Wirtschaft, die zuständigen Organe des Militärbefehlshabers und auch die Rüstungsinspektion in vollstem Einvernehmen gearbeitet.

Dienstleister Schalk berichtet über die Gründung der Deutschen Gemeinschaft.

Es sei notwendig geworden, so führt er aus, über die Erfassung der Parteigenossen und der Angehörigen aller Parteigliederungen hinaus einen politischen Verband zu errichten, der der Partei die Gewähr gebe, daß alle im Gene-

ralgouvernement lebenden Deutschen organisch erfaßt und partei- und weltanschaulich geführt werden könnten. Nachdem die in der Volksdeutschen Gemeinschaft führend tätig gewesenen Männer und Frauen am 20. April zu einem ganz geringen Prozentsatz in die Partei aufgenommen worden seien, sei die Frage offen geblieben, was mit dem übrigen Teil der Volksdeutschen, die der Volksdeutschen Gemeinschaft angehörten, geschehen solle. Die Partei habe nun vor der Frage gestanden, diesen Menschen entweder den Eintritt in die Gliederungen der Partei zu ermöglichen oder aber einen großen neuen Verband zur Erfassung aller Reichs- und Volksdeutschen, die noch außerhalb der Partei ständen, zu gründen. Der Herr Generalgouverneur habe sich in Verfolgung der bisherigen Linie entschlossen, eine Deutsche Gemeinschaft im Generalgouvernement zu errichten. Diese Deutsche Gemeinschaft führe der Herr Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsleiter und Leiter des Arbeitsbereichs der NSDAP.

Die Deutsche Gemeinschaft verfüge über keinen eigenen Führungsapparat, vielmehr liege die Führung in den Händen der Hoheitsträger der Partei, also der Blockleiter, Zellenleiter, Standortführer und Distriktstandortführer. Die Deutsche Gemeinschaft gliedere sich lediglich in Ortsverbände. In Zusammenarbeit mit dem Reichsschatzmeister sei eine Beitragsordnung ausgearbeitet worden, die in nächster Zeit in Kraft gesetzt werde.

Weiter habe sich mit der Bildung der Deutschen Gemeinschaft die Frage einer besonderen Erziehung der Deutschen Männer in wehrsportlicher Richtung ergeben. Innerhalb der Deutschen Gemeinschaft würden sich sogenannte Wehr- und Schützengemeinschaften aufstellen lassen.

Wenn der nunmehr vollzogene Aufbau der Deutschen Gemeinschaft als endgültig angesehen werden könne, dann sei der Gesamtaufbau der Partei im Generalgouvernement vorläufig abgeschlossen. Die Partei werde dann eine geschlossene Einheit verkörpern, der die Einheit der Verwaltung

gegenüber zu stellen ist. Die Parteigenossen als die Mitglieder und Angehörigen des Führungsorgans des Deutschen Volkes würden disziplinarisch weiterhin in den Standorten geführt. Daneben gebe es nur eine einzige Organisation für alle Nichtparteigenossen, die Deutsche Gemeinschaft.

Der Direktor des Instituts für deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz weist im Hinblick auf die in Angriff zu nehmende Beamtenschulung darauf hin, daß für diese Schulung entsprechende Räume im Institut für deutsche Ostarbeit zur Verfügung gestellt werden könnten. Er habe überdies vor einiger Zeit dem Präsidenten Westerkamp einige Referenten und Mitarbeiter des Ostinstituts benannt, die über den Unterricht in Verwaltungsangelegenheiten hinaus allgemeine Themen vor den Beamten behandeln könnten.

Landesbauernführer Körner legt nunmehr den

Aufbauplan für die Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement

vor.

Im Anschluß an die Ausführungen des Landesbauernführers behandelt Dr. Kuchenbäcker den

Entwurf einer Umlegungsordnung für das Generalgouvernement.

Er erläutert an Hand von Karten und zwei im Saal aufgestellten Modellen Wesen, Zweck und Ziel der Umlegung.

Abteilungspräsident Dr. Emmerich gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß dieser Aufbauplan der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft nunmehr vorgelegt worden sei. Dieser Plan enthalte in seinem ersten Teil auch eine Gesamtplanung für die Wirtschaft des Generalgouvernements. Ein

Aufbauplan auf dem gewerblichen Sektor müsse nun folgen. Einen solchen Plan aufzustellen, sei aber unverhältnismäßig schwieriger. Die Landwirtschaft gehe von dem vorhandenen Boden als einer festen Größe aus, während der gewerbliche Sektor von einer unbestimmten Zahl von Menschen ausgehen müsse, die das Generalgouvernement aufzunehmen habe und die es gegebenenfalls vom Reich zugewiesen erhalte. Es sei nicht gewiß, ob man auf dem gewerblichen Sektor für eine Million Menschen mehr oder weniger Arbeit bereitstellen müsse.

Naturgemäß habe die gewerbliche Wirtschaft das größte Interesse an dem von Landesbauernführer Körner aufgestellten Plan, das gleiche Interesse habe sie daran, daß dieser Plan in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werde. Die Probleme zeigten sich aber erst mit der Abstimmung dieses landwirtschaftlichen Planes auf den Industrieplan bezw. weitere im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu entwerfende Pläne. Das Tempo der Entwicklung ergebe sich für diesen Landwirtschaftsplan aus der gegenseitigen Rücksichtnahme und könne nicht einseitig von der Landwirtschaft bestimmt werden.

Der Aufbauplan der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gehe davon aus, daß die Kosten dieses Planes aus einer laufenden Selbstfinanzierung bestritten werden. Dieses sicher erstrebenswerte Ziel werde aber nur erreicht werden können, wenn der Agrarsektor im Generalgouvernement den gesamten gewerblichen Sektor mittragen könnte. Aus dieser Situation ergebe sich das Problem: welchen Charakter hat das Generalgouvernement-, ist das Generalgouvernement ein Agrarstaat? Er könne diese Frage nicht bejahen. Er stelle sich unter einem Agrarstaat ein einseitig orientiertes agrarische Gebilde vor, daß es ermögliche, allein aus der Agrarwirtschaft die Überschüsse herauszuwirtschaften, die den Außenhandel des Gebietes trügen. Selbst wenn nach Durchführung aller dieser Pläne eine wesentliche Leistungssteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung um etwa 50 % erreicht würde, so würde dieses Plus wahrscheinlich gleich wieder konsumiert werden,

wenn man nicht die unsichtbare Arbeitslosigkeit, die heute gerade im Agrarsektor angesichts der zahlreichen Menschen vorhanden sei, beseitige und nicht im übrigen durch eine Intensivierung des gewerblichen Sektors in viel größerem Maße Menschen in Arbeit und Brot ~~bog~~ gebracht würden. Es laufe auf die Frage hinaus, womit das Generalgouvernement seine Handelsbilanz bestreiten bezw. wie die Zahlungsbilanz des Generalgouvernements aussehen solle.

Nun könnte man auf die Wanderarbeiter und deren Rücküberweisungen verweisen, die es ermöglichen würden, in der Handelsbilanz ein Passivsaldo aufzuwiegen. Dieser Posten der Zahlungsbilanz sei aber immer etwas unzuverlässig. Die Wanderarbeiter schickten nicht stets ihr Geld nach Hause, sondern machten im Reiche alle möglichen Anschaffungen, in Gestalt von Fahrrädern usw. Das habe die Bedeutung einer zusätzlichen Einfuhr.

Daß dieser Aufbauplan dem gewerblichen Sektor starke Betätigungsmöglichkeit gebe, sei ohne weiteres anzuerkennen. Aber auch hier stehe man gleich wieder vor einer Frage, ob nämlich das Generalgouvernement etwa so organisiert werden solle, wie die südöstlichen Nachfolgestaaten ihre Wirtschaftspolitik orientiert hätten, d.h., mehr oder weniger auf eine autarke Marktversorgung abgestellt. Würde man eine solche industrielle Autarkiepolitik für richtig halten, so würde man auf vielen Gebieten zu wesentlich höheren Gestehungskosten kommen als im Reich. Man würde also, wenn man so viel Menschen ins Generalgouvernement hineinbekäme, notgedrungen eine industrielle Veredlungswirtschaft entwickeln. müssen. Dann könne es sehr leicht eintreten, daß das industrielle Stockwerk, welches auf dem agrarischen Erdgeschoß ruhe, in seinem Gesamtproduktionswert über dieses Erdgeschoß hinausrage. Es sei absolut unwahrscheinlich, daß die aus der hiesigen Agrarwirtschaft zu ziehenden Beträge die Industriewirtschaft des Generalgouvernements allein tragen könnten.

Als weiteres Problem trete noch die Preisfrage auf. Nach den Berechnungen des Landesbauernführers solle das hie-

sige Preisniveau bei 90 % der Reichspreise liegen. Wenn das Gefälle der Preise vom Reich zum Generalgouvernement nur 10 % betrage, dann reiche das wohl nicht für die Erreichung des Zieles aus, das dem Generalgouvernement vom Reich gestellt sei, und nach welchem ein wesentlich stärkeres Gefälle von etwa 30 % vorhanden sein müßte. Dieses Gefälle, das ja auch ein Lohngefälle sein würde, solle ja gerade den Anreiz dafür bieten, daß sich die Wanderarbeiter um des höheren Betrages willen vom Generalgouvernement ins Reich begäben.

Es stehe nicht zur Diskussion, ob dem Agrarsektor bei der allgemeinen Reorganisation dieses Raumes ein Vorrang zugestanden werden solle. Bestimmend aber sei das Tempo. Der Plan werde wesentlich leichter durchführbar sein, wenn man an das Wort von der Kolonie anknüpfe. In einer Kolonie entwickelnten sich ja die produktiven Kräfte nicht aus einer Selbstfinanzierung, sondern in aller Regel aus einer Kapitaleinfuhr. Er sehe auch für die großen Reformaufgaben des Agrarsektors durchaus die Möglichkeit eine Finanzierung von außen her heranzuziehen, die es ermögliche, im allgemeinen Preisgefüge nach unten etwas beweglicher zu sein. Molkerei- und Mühlenbetriebe seien durchaus geeignet, Objekte für eine Kapitaleinfuhr, die das Charakteristikum jeder kolonialen Wirtschaft darstelle, zu sein.

Bei dieser ersten Betrachtung des Aufbauplanes ergebe sich für ihn die Frage: kann nicht bei Agrarpreisen, die etwa 25 % unter den Preisen des Reiches liegen, eine Rentabilität und eine gewisse Selbstfinanzierung erwirtschaftet werden? Bei einer Preisgestaltung, wie sie Landesbauernführer Körner im Auge habe, sehe er die Möglichkeit nicht, dem industriellen Sektor die Zielsetzung zu geben, die vom Reich zwangsläufig gestellt werden müsse.

Unterstaatssekretär Kundt wirft die Frage auf, wieviel deutsche Bauern angesiedelt werden müßten, um in fernerer Zeit die Mittel- und Großbauern nicht Polen werden zu lassen. Die Beantwortung dieser Frage habe zur Voraussetzung eine Untersuchung darüber, welche Kräfte man aus dem deutschen Volk herausholen könne, um Zug um Zug und im Zusammenhang mit jeder dieser Aktionen eine Ostsiedlung zu errichten. Man dürfe sich der Befürchtung nicht verschließen, daß unter Umständen die Bodenreform für die polnische Bevölkerung geschaffen werde, über dem dann nur eine kleine Schicht von deutschen Großbauern stände. Wenn auch davon ausgegangen werde, daß nach der Umlegung der Boden Staatseigentum werde, so müsse doch immer bedacht werden, daß der Pole auf diesem Grund und Boden sitze, daß er seine Jahresrente zahle und schließlich im Grunde genommen doch polnischer Mittel- oder Großbauer sei. Weiter sei zu bedenken, daß gerade aus den Kreisen der polnischen Bauern die Aufrührer gegen die bestehende Ordnung gekommen seien, wie z.B. auch ihre Haltung gegen Pilsudski gezeigt habe. Wenn man jetzt den Söhnen polnischer Bauern eine bessere landwirtschaftliche Schulung zuteil werden lasse, so züchte man vielleicht für spätere Zeiten eine Gefahr.

Landesbauernführer Körner wendet sich zunächst gegen die Befürchtung, daß infolge der Umlegungsarbeiten die Erträge zurückgehen und Ausfälle in der landwirtschaftlichen Erzeugung entstehen könnten. Nach den Ausführungen des Dr. Kuchenbäcker werde man sofort wasserwirtschaftliche Arbeiten in Angriff nehmen, man werde Kalkungen vornehmen und dafür sorgen, daß bereits in Gang befindliche Bestellungen von diesem Verfahren nicht erfaßt werden. Man erwarte schon für das erste Jahr nach der Umlegung entsprechend höhere Erträge.

Gegenüber den von Unterstaatssekretär Kundt geltend gemachten Bedenken weist Landesbauernführer Körner nochmals

darauf hin, daß der Boden, der zu Großbetrieben zusammengefaßt werde, Eigentum des Generalgouvernements werde und bleibe, und zwar so lange, bis Deutsche kämen, die diesen Boden zunächst zur Pacht und später als Eigentum erwürben. Insgesamt würden nur etwa 30 000 deutsche Höfe in 20 Jahren nach diesem Verfahren gebildet werden. Es sei durchaus möglich, aus der deutschen Landwirtschaft in den nächsten Jahren 30 000 deutsche Familien herauszuholen, die im Osten begeistert arbeiten wollten. Die weitere Durchdringung des Raumes mit mittleren und kleineren Höfen in einer Größenordnung von etwa 75 ha sei der ferneren Zukunft vorbehalten. Den polnischen Bauern werde heute nicht mehr zu Eigentum gegeben als sie bereits gehabt hätten. Das könne höchstens einmal vorübergehend der Fall sein, bis man die großen Höfe errichtet habe. Bis zu dieser Zeit erhielten sie Parzellen des beschlagnahmten und enteigneten Besitzes noch zur Pacht. Daraus werde kein Erbhofbauernstand entstehen. Gerade durch diese aktive Bodenpolitik im Sinne des Deutschtums werde den Polen die Unterlage für eine Gegnerschaft gegen Deutsche genommen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Regierungssitzung in folgenden Ausführungen zusammen:
Ich kann Ihnen, Parteigenosse Körner, und Ihren Mitarbeitern den Dank der Regierung und meine persönliche Anerkennung für diese wirklich hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen, die Sie hier für eine große Aufbauplanung geleistet haben. Für mich ist es eine besondere große Freude, einem bewährten Parteigenossen wie dem Landesbauernführer Körner diese Anerkennung in einem Augenblick aussprechen zu können, in welchem wir uns darüber klar sind, daß mit dieser Planung ein Vorwärtsstoßen der deutschen Ostpolitik in die Tat umgesetzt werden soll, wie es in dieser schönen, klaren und harmonischen Weise in keinem Bereich der deutschen Ostgebiete zur Zeit auch nur annähernd versucht werden kann. Daß die Schwierigkeiten, die gegen die Durchführung dieses Planes

sprechen, allen Ernstes erwogen werden müssen, ist schon deshalb selbstverständlich, weil das der Methode des Generalgouvernements entspricht, über alle Dinge eine sachliche, ernste, nicht aber nur vorgetäuschte Diskussion zu führen. Es entspricht auch der ungewöhnlichen Verantwortung, die mit der Inkraftsetzung eines solchen Planes nicht nur für das Generalgouvernement, sondern für die gesamte Ostraumpolitik des Deutschen Reiches verbunden ist.

Das Problem, ob Agrar- oder Industriestaat, kann in dieser Form hier nicht in die Debatte gezogen werden. Wie immer sich das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches dem Umfang und der Zusammensetzung der Bevölkerung nach schließlich auch entwickeln wird, das eine steht fest: es ist unmöglich, daß von heute auf morgen dieses als Reservatgebiet des polnischen Volkstums bezeichnete Nebenland in vollem Umfang in die allgemeine Strukturentwicklung des Deutschen Reiches einbezogen wird. Wir können nur dadurch, daß wir durch eigene Zollhoheit, durch eigene Wirtschafts- und Währungshoheit autark gestellt sind, versuchen, unter allen Umständen eine Entlastung für das Reich zu bringen und für diesen Zweck alle Kräfte nutzbar zu machen.

Man fragt vielleicht: wozu braucht man in diesem armseligen Generalgouvernement noch groß Agrarpolitik zu treiben? Unsere Gedanken schweifen doch jetzt wer weiß wohin nach dem Osten, wo es drei Mal im Jahre eine Ernte gibt und wo die schwarze Erde ist. Meine Herren, Täuschen wir uns nicht: wir liegen hier in der Zone der deutschen Expansion, die ganz zweifellos früher oder später einmal die Heimstätte dieses deutschen Volksvorsprungs sein wird. Das Weichseltal, das Weichselland ist zwar zunächst noch staats- und völkerrechtlich Nebenland, wird aber bestimmt eines Tages nicht polnisches sondern deutsches Siedlungsland sein.

Wenn nun gesagt wird, wir müssen Industriestaat oder Agrarstaat nebeneinander stellen, so interessiert mich die Strukturform dieser Entwicklung gar nicht, sondern es handelt

sich darum, ob man schon jetzt dem Reich gegenüber alle Maßnahmen so treffen kann, daß dieser Entwicklung im Weichselraum Vorschub geleistet wird. Und diese Frage möchte ich bejahen, wenn ich den Aufbauplan sehe, trotz aller Bedenken, die vielleicht von der allgemeinen Wirtschaft aus geltend gemacht werden könnten. Ich glaube sicher, daß wir dazu kommen werden, dieses große Aufbauprogramm im wesentlichen Umfang in die Tat umzusetzeh. Ich werde jedenfalls alles tun, um das zu ermöglichen.

Die Erwägungen, die angestellt worden sind, sollen ja die Diskussion nicht abschließen. Es waren ja sozusagen nur Einzelmotive, die im Rahmen der heutigen Sitzung anklingen sollten, man wollte eben ganz allgemein zeigen, daß jedes Argument für und wider geprüft werden muß. Ich beauftrage Sie daher, Herr Staatssekretär Bühler, den von dem Präsidenten der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Plan amtlich zu übernehmen und mit den beteiligten Abteilungen eingehend die Möglichkeiten seiner Verwirklichung zu prüfen. Dann werden Sie mir in absehbarer Zeit eine grundlegende Verordnung vorlegen, mit der ich dann diesen Plan in Kraft setzen werde.

Ich beabsichtige allerdings, im Zusammenhang mit diesem Plan auch den dringenden Erfordernissen der Hauptabteilung Wirtschaft im Generalgouvernement zu entsprechen und alle Möglichkeiten offen zu halten, um im Rahmen der Beziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement wie im Rahmen der gesamtwirtschaftpolitischen Entwicklung in dem von Adolf Hitler beherrschten Raum dem Generalgouvernement auch die wirtschaftliche Autarkie so sicher wie nur möglich aufzubauen. Wenn wir daran gehen, ein Weltreich aufzubauen, dann müssen wir auch den Mut zu unserer Gegenwart und das Vertrauen auf unsere Zukunft haben. Was wir hier aufbauen, ist doch kein polnisches Siedlungs- und Heimstättenwerk, sondern ein grandioses, deutsch gedachtes und deutsch durchdrungenes Erfolgswerk. Wenn wir uns das zum Ziele setzen, dann werden wir die Schwierigkeiten, die mit dieser Aufgabe zusammenhängen, trotz ihrer Größe genau so überwinden, wie

wir die gigantischen Schwierigkeiten, die sich bisher unserer Entwicklung im Deutschen Reich entgegengestellt haben, überwunden haben. Entscheidend wird aber immer sein, wie wir uns darauf einrichten, daß das Generalgouvernement unbedingt zum Reich hin entwickelt werden muß. Seine Lebensform muß dem Reich so weit angepaßt werden, daß das notwendige Gefälle - sei es nun mit 10 oder 30 % anzusetzen - so lange aufrechterhalten bleibt, wie dieser Raum dem Generalgouvernement als Arbeitskraftreservoir bestimmt bleibt. Trotzdem muß die Möglichkeit einer Entwicklung zu einer immer besseren Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Generalgouvernement gegeben sein.

Wir wollen daher auch die Aufgabe der Regierung des Generalgouvernements nicht in der Aufrechterhaltung einer von außen übernommenen Agrarstruktur oder Industriestruktur sehen, sondern lediglich in der Entwicklung der Gesamtverhältnisse des Generalgouvernements auf diese neue Entwicklungszone des Reiches. Als wir 1939 in dieses Land kamen, war es für die reine Ausbeutung als Beuteobjekt bestimmt Man kann ruhig sagen: eine völlige wirtschafts- und agrarpolitische Verwüstung dieses Gebietes sollte beabsichtigt sein. Es hat 1/4 Jahr oder 4 Monate Arbeit gekostet, bis man in Berlin anordnete, daß wir das Steuer herumwarfen. Es war dann die Aufgabe, eine Erzeugungswirtschaft zur möglichsten Entlastung des Reiches aufzubauen. Und nun stehen wir vor der weiteren Aufgabe, einen neuen Wirtschaftsplan des Generalgouvernements aufzubauen.

Wir sprechen hier von einem Zeitraum von zehn oder zwanzig Jahren. Vergessen Sie das nicht, meine Herren. Die ersten Auswirkungen dieses Plans, die überhaupt Probleme hervorrufen würden, werden frühestens in 2, 3, 4 Jahren deutlich spürbar sein. Aber bestimmt wird schon in 2 oder 3 oder 4 Jahren die Entwicklung nach der Richtung gehen, wie ich es skizziert habe, nicht aber wird eine Rückentwicklung zu einer Lebensdomäne der Polen eintreten, an deren Ende dann eine Art polnischen Reststaates stehen würde.

Ich glaube daher, daß wir gut tun, diesen Plan so ernst wie nur möglich zu nehmen. Den Herrn Staatssekretär Dr. Bühler aber bitte ich, ohne Rücksicht auf die Zeitläufte und die Lage, in der sich das Generalgouvernement vorübergehend in den kommenden Wochen und Monaten befinden wird, diese Aufgabe mit aller Energie in Angriff zu nehmen. In diesem Jahre sind uns nun schon drei große Planungen vorgelegt worden, einmal der Haushalt des Generalgouvernements, eine hervorragende Leistung nach Gliederung und zahlenmäßiger Prägnanz, zweitens der Stellenplan des Generalgouvernements und drittens dieser große Aufbauplan der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, der in seiner klaren, sachlichen, nüchternen Form den Idealismus unseres nationalsozialistischen Weltbildes in die Wirklichkeit des Krieges spannt. Ich bin glücklich über diese Vorlage. Ich übergebe sie Ihnen, Herr Staatssekretär. Verhandeln Sie, debattieren Sie darüber, lassen Sie jede Einwendung klar und sachlich prüfen, geben Sie allen Beteiligten jede Möglichkeit, hier mitzuwirken, letzten Endes auch den Reichsinstanzen, die an diesem Plan interessiert sind. Ich hoffe, daß wir etwa am 1. Oktober d.J. imstande sein werden, diesen Zehnjahresplan mit Wirkung vom 1. Januar 1942 in die Tat umzusetzen. Für Sie, Herr Präsident Dr. Emmerich, wird es sich empfehlen, daß Sie im engsten Anschluß an diese Arbeit gleichfalls eine Art Wirtschaftsplanung aufstellen. Auch werden dabei die großen Maßnahmen für den Weichselausbau zu berücksichtigen sein. Auch vom Standpunkt der Raumordnung müssenSie, Herr Oberregierungsrat Dr. Schepers, einen Zusammenhang mit dieser Gesamtplanung finden, ebenso wie die Verkehrsverbindungen der Eisenbahn, der Straßen, ferner die Flughafenanlagen usw. mit in diesen Plan einbezogen werden müssen.

Ich darf am Schluß der Sitzung der Regierung und allen Herren, die heute hier erschienen, für das Interesse, das sie bekundet haben, meinen herzlichen Dank sagen. Ich gedenke nicht, meine Herren, Sie in der nächsten Zeit in diesem großen Gremium wieder zusammenzurufen. behalte mir jedoch vor, die Herren jeweils nach Bedürfnis einzeln zu empfangen.

Ich werde in den kommenden Wochen und Monaten das Generalgouvernement nicht verlassen und bin deshalb jederzeit zu erreichen. Ich würde auch Sie bitten, sich im Generalgouvernement aufzuhalten. Jedenfalls muß es mir möglich sein, mich jederzeit mit einem jeden von Ihnen in Verbindung zu setzen. Ich schließe die Regierungssitzung.

Schluß der Sitzung: 19^{00} Uhr.

======

Abschrift

4

SITZUNG
DER
REGIERUNG
DES GENERALGOUVERNEMENTS

Grosser Sitzungsſaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 5. September 1941

Anweſenheitsliſte

Anwesenheitsliste

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Generalgouverneur	Frank	
Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements	---	krank
Der Höhere SS- und -Polizeiführer	Specht Obersturmbannf.	Vertr.d.Oberg führer Krüger
Der Unterstaatssekretär	---	
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei	Spaetum Oberstleutnant d.Gend.	i.Vertr.v.Ger Winkler
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei	---	
Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP	Schalk	
Der Chef des Distrikts Krakau	Wächter	
Der Chef des Distrikts Lublin	---	
Der Chef des Distrikts Radom	Pauli	i.Vertr.d.An
Der Chef des Distrikts Warschau	Dr. Fischer	
Der Chef des Distrikts Galizien	Dr. Lasch	
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin	Dr. Heuber	
Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung	Westerkamp	
Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen	Walbaum	
Der Leiter der Abteilung Strassenverkehr	Wessel	
Der Leiter der Hauptabteilung Finanzen	Senkowsky u.Dr.v.Streit	i.Vertr.d.Pr Spindler

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Leiter der **Generaldirektion der Monopole**	Senkowsky	
Leiter der **Hauptabteilung Wirtschaft**	E m m e r i c h	
Leiter der **Abteilung Treuhand**	P l o d e c k	
Leiter der **Abteilung Devisen und Aussenwirtschaft**	T e t z n e r	
Leiter der **Hauptabteilung Justiz**	E d e n	Vertr.d.Min.Rat Wille
Leiter der **Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft**	N a u m a n n	
Leiter der **Hauptabteilung Forsten**	E i ß f e l d t	
Leiter der **Hauptabteilung Arbeit**	R h e t z	
Leiter der **Hauptabteilung Propaganda**	unleserlich	in Vertr.
Leiter der **Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht**	W a t z k e	
Leiter der **Hauptabteilung Bauwesen**	S c h m i d t	
Leiter der **Hauptabteilung Eisenbahnen**	F a t k e n	
Leiter der **Hauptabteilung Post**	L a u x m a n n	
Bankdirigent **der Emissionsbank in Polen**	D é j o n Laschkowitzka	in Vertretung
Leiter **des Betriebsamtes**	S ö l l e r	in Vertr.
Leiter **des Amtes für Gesetzgebung**	B r a u n	in Vertr.
Leiter **des Amtes für Preisbildung**	Dr.Schulte-Wisser-mann	
Leiter **des Amtes für Raumordnung**	Dr. Schepers	
Leiter **des Personalamtes**	v. M e d e m	in Vertr.

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs	Dr. M e i d i n g e r	in Vertr.
Der Präsident des Fremdenverkehrsverbandes Generalgouvernement	Dr. Luxenberg	
Der Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht	F i s c h e r	
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers des Heeres und des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement	---	
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe	v. D a z u r	
Der Verbindungsführer des Reichsarbeitsführers	unleserlich	in Vertr.
Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunst- und Kulturschätze	Dr. M e y e r	in Vertr.
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes	W ü h l i s c h	
Der Beauftragte des Reichsjugendführers	---	
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes	Dr. H e l l e r	
Der Leiter des Amtes für Aussenhandel	---	
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements	unleserlich	in Vertr.
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben	---	
Die Baudirektion des Generalgouverneurs	H o f e r	
Der Präsident des Obersten Rechnungsprüfungsamtes		
Beauftragter f.d.Vierjahresplan Berlin	unleserlich	
Pressechef der Regierung	Dr.Herbst , Vertr.	

4

Protokoll gefertigt in 3 Exemplaren

a) für StS. Bühler
b) für Präs. Dr. Emmerich
c) f.d.A. d.Kanzl.d.GG.

13.9.41

Wichmann

Regierungssitzung

am Freitag, dem 5. September 1941

im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

=====

Tagesordnung

1. Ernährungslage,
2. Finanzlage,
3. Angelegenheiten des Distrikts Galizien.

Beginn der Sitzung 10^{40}

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank

Meine Herren! Ich habe diese Regierungssitzung einberufen, weil ich das Bedürfnis habe, mit Ihnen einige wichtige Fragen zu erörtern, vor allem auch, um eine Regierungssitzung an den Beginn der sogenannten Winterarbeit zu stellen.

Seit wir das letzte Mal in einer Regierungssitzung zusammenwaren, hat sich weltpolitisch und dem Kriegsgeschehen nach unendlich viel ereignet. Für uns im Generalgouvernement ist es eine Freude, feststellen zu können, daß die unermüdliche Aufbauarbeit, die in diesem Gebiet in bald 2 Jahren geleistet worden ist, kein unwichtiger Beitrag zur Ermöglichung des Aufmarsches im Osten gewesen ist. Ich kann daher für uns alle nur sagen, daß es auch in dem nunmehr beginnenden Arbeitsabschnitt die vornehmste Aufgabe des Generalgouvernements sein wird, dem Führer bei seinem Siegeszuge mit allerMacht zu helfen. Der Krieg geht weiter. Das heißt; wir im Generalgouvernement müssen uns darüber klar sein, daß an sich die Erhaltung des Bestehenden während eines Krieges schon von größter Erfolgscharakteristik wäre, daß aber das, was wir hier während des Krieges zu tun haben, nämlich politisch, wirtschaftlich und kulturell neben dem Erhalten eines an sich gar nicht Bestehenden die Beseitigung von Zerstörungen im Gefolge des Krieges mit dem Aufbau einer Neuordnung zu verbinden, allerdings ein Übermaß an Leistungsbereitschaft und Kraft darstellt. Ich freue mich, daß Sie, meine Herren, ~~xxxxxx~~ entschlossen sind, in diesem Geist, auf der Grundlage des uns vom Führer vorgezeichneten Weges und der Anwendung der uns vom Führer übergebenen Autorität, diesen Weg fortzusetzen.

Uns beschäftigen heute die im Vordergrunde unseres Interesses stehenden Fragen. Ich habe auf ie Tagesordnung der heutigen Sitzung folgende Punkte setzen lassen:

Ernährungslage
Finanzlage
Angelegenheiten des Distrikts Galizien.

Ich werde in einer vierten großen Gruppe verschiedenen Herren das Wort erteilen.

Es obliegt mir aber vorerst noch, Ihnen zwei Dinge mitzuteilen. Am 26.10.1941 feiert das Generalgouvernement sein zweijähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wird die Postverwaltung des Generalgouvernements eine Adolf-Hitler-Briefmarke herausbringen, zu der der Führer seine Genehmigung erteilt hat. Das Entscheidende bei dieser Briefmarke, geradezu ein politischer Durchbruch unserer Arbeit wird sein, daß die Briefmarke die Aufschrift tragen wird: "Deutsches Reich - Generalgouvernement." Damit wird am 26. Oktober d.J. unsere zweijährige Arbeit eine großartige Bestätigung durch den Führer erhalten. Aus dem chaotisch zerstörten Kriegsgebiet, aus den "besetzten polnischen Gebieten" ist auf dem schwierigen Wege über die Beseitigung des Charakters einer militärischen Besetzung durch Herstellung der Bezeichnung "Generalgouvernement" am 26. Oktober 1939 das Gebiet des Generalgouvernements als Bestandteil des Deutschen Reiches anerkannt.

Daß sich zunächst staats-, finanz-, wirtschafts-, polizeirechtlich an dem gegenwärtigen Zustande nichts ändern wird, ist klar. Diese Eingliederung wird also nicht in der Form vollzogen, daß nunmehr die Regierungsfunktionen des Generalgouvernements auf die deutsche Reichsregierung übergeleitet würden. Es soll nur für alle Zukunft und für jedermann in der Welt deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß das Generalgouvernement genau so wie das Protektorat ein untrennbarer Bestandteil nicht nur des deutschen Machtbereiches sondern des Deutschen Reiches ist. Ich kann diese Feststellung nur mit innerer Genugtuung treffen. Mein Ziel, diese Verbindung zwischen Generalgouvernement und dem Deutschen Reich so innig wie nur möglich zu gestalten, ist damit auf dem Gebiete des Post einen wesentlichen Schritt weitergerückt. Sie werden dieser Tage im Verordnungsblatt meine Verordnung lesen, die ich im engsten Einvernehmen mit dem Reichspostminister erlassen habe. Danach wird schon

für das letzt laufende Rechnungsjahr die Deutsche Post Osten als Nebenvermögen der Deutschen Reichspost verwaltet. Dies ändert nichts am bisherigen Zustand, bedeutet aber für das Generalgouvernement eine unmittelbare und sofort spürbare Entlastung. Denn das Defizit der Deutschen Post Osten hätte in diesem Jahre den Betrag von über 200 Mill. Zl. erreicht, das aus eigener Kraft zu decken dem Generalgouvernement nur unter unsagbarsten Schwierigkeiten möglich wäre. Das Übereinkommen mit dem Reichspostminister tritt nach außen hin in keiner Weise in Erscheinung: Führung, regierungsartige Betreuung, autoritäre Disziplinierung bleiben ebenso wie die Feststellung der Tarife usw. völlig in den Händen des Generalgouverneurs. Im Anschluß an diese Entwicklung wird sich vielleicht auf anderen Gebieten eine ähnliche Entwicklung anbahnen. Das Generalgouvernement wird so immer mehr und mehr in das große Schicksalsgefüge unseres herrlichen Großdeutschen Reiches hineinwachsen.

Wir haben - das ist der zweite Gesichtspunkt, auf den ich hinweisen will, - vor wenigen Wochen hier in Krakau den großen Tag der NSDAP im Zeichen des einjährigen Bestehens des Arbeitsbereiches Generalgouvernement gefeiert, und zwar unter regster Teilnahme der gesamten maßgeblichen Instanzen des Generalgouvernements; unter ausgezeichnetster Teilnahm des Führers und der Parteileitung desReiches haben diese Festtage stattgefunden. Damit ist der Charakter, den ich hier der Partei gegeben habe, auch vom Führer durchaus bestätigt. Wie im Staat gibt es auch hier in der Partei nur eine Autorität. Wir können dem Führer dafür nur danken, daß er in seinem an mich aus Anlaß dieses Parteitages gerichteten Telegramm von dem für uns so wichtigen "Vorplatz" gesprochen hat, an dem wir stehen.

Meine Herren, die Regierungssitzung soll daher für Sie im Zeichen einer sieghaften Beglückung durch die auszeichnende Arbeit stehen, die wir hier zu leisten haben. Wer in dieser Arbeit im Dienste des Führers entschlossen weitermarschiert, ist auf dem rechten Wege, wer sich von ihr aus irgendwelchen unzeitgemäßen persönlichen oder sonstigen Gründen entfernt, wird in diese Arbeit nie mehr zurückkehren und sich des Ehren-

titels berauben, Mitgestalter im deutschen Osten zu sein. Wir stehen hier auf dem festen Grund der absoluten und restlosen Getragenheit unserer Gemeinschaftsarbeit durch den Führer. Wir haben hier die oberste Autorität des Reiches zu gewährleisten. Der Führer hat durch die Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement bestätigt, daß unsere Arbeit auch in diesem Hinblick seinen Beifall findet. Ich möchte Ihnen daher für die kommenden Monate raten, immer wieder zur Größe dieser Zeit aufzublicken,und Sie feierlich ermahnen, in dem vielleicht nunmehr begonnen habenden Schlußabschnitt des größten Krieges aller Zeiten nicht in nervöse kleinliche Auseinandersetzereien persönlicher Art abzusinken, nicht irgendwie diesen lächerlichen Föderalismus von Ressortzuständigkeiten in den Vordergrund treten zu lassen, vor allem aber Ihre Energiequellen bis aufs äußerste strömen zu lassen. Denn wir haben es ja hier in der Hand, diesem Gebiet mit seinen 18 Mill. Einwohnern, mit seiner ungeheuren wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung, diesem Nebenland des Deutschen Reiches in seinem Interesse einen Aufstieg zu ermöglichen, der, wenn er schon im Kriege so gelungen ist, in kommender Friedenszeit ohne Beispiel sein wird. Wir können auch in dieser Regierungssitzung mit einer wahren Genugtuung feststellen, daß unser politisches Wirken in diesem Raum dazu geführt hat, daß alle unsere Anstrengungen auf jenem Gebiete, daß dieses Einspannen der gesamten Millionenbevölkerung dieses Raumes ohne Streik, ohne Sabotage oder Unruhe irgendwelcher Art vor sich gehen konnten. Das zeigt, daß wir auch hier auf dem richtigen Wege sind.

Die kommenden Monate werden schwer sein; sie werden nicht von irgendwelchen leichten Augenblicken durchzogen sein, sondern wir werden nunmehr in den ungeheuren Verantwortungsbereich schwerster Probleme eintreten, Probleme von einer unmittelbaren Bedrohlichkeit, wie wir sie noch nie gespürt haben. Die Lage verdüstert sich wie immer im Fortschreiten eines Krieges wirtschaftlich, versorgungs- und transportmäßig. Wir vernehmen die Stimmen aus dem Reich, die uns von einem wachsenden Bedürfnisanstieg des Reiches auf allen Gebieten in ernstester Sprache reden. Wir vernehmen die Appelle aus den verschiedensten Zentren

des Reiches, die fast Hilferufen gleichen. Die Überschneidung dieser Bedürfnisanmeldungen auf den Gebieten der Ernährung, der Versorgung, der wirtschaftlichen Arbeit, der Beschaffung von Arbeitskräften usw. wird uns als Regierung des Generalgouvernements dazu zwingen, vom Reich klare Informationen zu erbitten. Ich habe daher für nächsten Dienstag eine Gesamtbesprechung dieser Versorgungsbedürfnisse aus dem Generalgouvernement angesetzt. Entweder wünscht man im Reich, daß das Generalgouvernement arbeitet, daß es Rüstungsleistungen, Transport- und Verkehrsleistungen aller Art vollführt, dann darf man nicht gleichzeitig wünschen, daß wir die Rationen für die Bevölkerung noch mehr herabsetzen, dann darf man nicht gleichzeitig verlangen, daß wir außerdem noch von Überschüssen, deren Vorhandensein man offenbar annimmt, die Bedürfnisse der Wehrmacht, der Kriegsgefangenen und der Verwundeten restlos aus dem Lande deckt. Hier wird man zu einem vernünftigen Ausgleich kommen müssen. Da es leider nicht möglich ist, vom Reich nur eine Stimme zu vernehmen, sondern immer mindestens vier, fünf oder sechs Ressorts, untereinander völlig unverbunden, ihre Bedürfnisse in getrennter Aufstellung gleichzeitig anmelden, für jedes dieser Bedürfnisse den gleichen Vorrang und die gleiche Wichtigkeit in Anspruch nehmend, wird es dringend erforderlich sein, daß hier eine Klarheit herbeigeführt wird. Das Generalgouvernement kann und wird sich bis zur äußersten Kraft dem Reich zur Verfügung halten, es muß nur beanspruchen, daß hier kein Wirrwarr und kein chaotisches Durcheinander von Bedürfnisanmeldungen und politischen Einstellungen herrscht, sondern daß diese Bedürfnisse klar angemeldet, besprochen und mit Wirkung für alle Ressorts des Reiches vereinbart werden können.

Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß Herr Ministerialrat K a d g i n vom Vierjahresplan an der heutigen Sitzung teilnimmt und heiße ihn herzlich willkommen.

Wir treten in die Tagesordnung und kommen zum ersten Gegenstand:

<u>Ernährungslage des Generalgouvernements.</u>

Geschäftsführender Abteilungsleiter
N a u m a n n

In meinen Ausführungen bei der Wirtschaftstagung am 22.7.41 hatte ich den Ernährungsplan für das Wirtschaftsjahr 1941/42 näher erläutert und angekündigt, daß genauere Angaben über die Versorgung im Wirtschaftsjahr 1941/42 gemacht würden, nachdem sich der Ausfall der Ernte besser übersehen läßt.

Anläßlich der heutigen Regierungssitzung möchte ich nunmehr auf die wichtigsten Gebiete näher eingehen.

Vorausschicken darf ich, daß die von mir vorgetragenen Rationsmengen nur dann eingehalten werden können, wenn das Generalgouvernement keine Lieferungen an die Wehrmacht oder das Reich zu erstellen hat und wenn auf der anderen Seite die Realisierung der Prämienscheine 100%ig durchgeführt werden kann.

Bei den jetzt folgenden Ausführungen erläutere ich die Lage in den vier Distrikten des alten Generalgouvernements. Am Schluß werde ich kurz auf die Verhältnisse in Galizien, soweit sie sich schon jetzt überblicken lassen, eingehen.

Trotz schwierigen Erntewetters ist es gelungen, den größten Teil der Getreideernte zu bergen. Nur in Teilen von Lublin und den höher gelegenen Gebieten des Distrikts Krakau und Galizien sind noch größere Mengen Getreide einzubringen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hat von einer Gesamtbrotgetreidefläche von 2,3 Mill. ha

560.000 to Roggen und Weizen,
100.000 to Gerste und
110.000 to Hafer

auf die vier Distrikte umgelegt. Bis zum 3.9. sind 24.000 to Brotgetreide erfaßt. Die Ablieferung in den Distrikten Radom

und Warschau ist am stärksten, Lublin kann wegen Verladeschwierigkeiten auf der Ostbahn nicht abliefern. Bis zum 2.9. bestanden in Lublin und Stadt Warschau auf der Ostbahn Waggonsperre für Getreidelieferungen, die erst nach Verhandlungen am 3.9. aufgehoben worden ist.

Bei durchgeführten Probedrüschen hat es sich ergeben, daß mit einer etwa 15% besseren Getreideernte zu rechnen ist. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hat sich deshalb entschlossen, den Rationssatz von 1.400 gr für die nichtdeutschen Normalverbraucher ab 1. Oktober 1941 wieder einzuführen, der bis zum 1.4.1941 in den Großständten Warschau und Krakau bestanden hatte. Zur Deckung dieses Rationssatzes im gesamten GG werden mit Einschluß der weit besseren Versorgung infolge der weit höheren Rationssätze für Deutsche und A- und B-Karteninhaber insgesamt

500.000 to Brotgetreide

gebraucht. Würde man den Rationssatz in der bisherigen Höhe belassen, so würden

335.000 to Brotgetreide

zu erfassen sein.

Für die Nährmittelherstellung ist eine genügende Menge Getreide vorgesehen. Die Belieferung der Brauereien mit Braugerste soll statt mit 15.000 to mit 25.000 to erfolgen. Als Voraussetzung der Einhaltung der Rationssätze von 1.400 gr ist eine restlose Ablieferung des Brotgetreidekontingents erforderlich. Die Prämienrücklieferungen in der vorgesehenen Höhe müssen 100%ig in Ordnung gehen. Eine weitere Voraussetzung ist die ausreichende Gestellung von Waggons zum Abtransport der Getreidemengen an die großen Läger und Mühlen und die Bereitstellung einer genügenden Anzahl von LKWs und Treibstoff zur Beförderung des Getreides von den Erfassungsstellen zu den Eisenbahnstationen.

Durch die gemeinsamen Bemühungen der Hauptabteilung Wirtschaft und meiner Mitarbeiter ist es gelungen, Druschkohle in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Desgleichen muß die Beschaffung von Getreide- und Mehlsäcken zu normalen Preisen möglich sein.

Die nächstwichtige Aufgabe ist die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln.für die kommenden Monate. Hier haben Hier haben die Feststellungen des Statistischen Landesamtes der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine große Enttäuschung bereitet. Nach den statistischen Angaben des Jahres 1940 betrug der Kartoffelanbau im alten Generalgouvernement ca. 900.000 ha. Auf dieser Zahl war auch im Ernährungsplan die voraussichtliche Versorgung der Bevölkerung aufgebaut. Die Bodenbenutzungserhebung des Staitstischen Landesamtes für 1941 hat ergeben, daß nur 602.000 ha Kartoffeln angebaut sind. Dieser gewaltige Unterschied läßt sich nur so erklären, daß im vergangenen Jahr die Anbaustatistiken nicht in Ordnung waren; denn nach Kontrollen des Statistischen Amtes in verschiedenen Kreisen konnten nennenswerte Beanstandungen nicht festgestellt werden. Ein kleiner Teil des Rückgangs ist auf das Fehlen von Saatgut im Frühjahr 1941, hervorgerufen durch die großen Truppenmengen, zurückzuführen. Diese 602.000 ha werden bei einer angenommenen Durchschnittsernte von 100 dz/ha

6 Mill. to Kartoffeln

ergeben.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft will aus dieser Ernte den nichtdeutschen Normalverbrauchern pro Kopf 150 kg Kartoffeln, den Juden 100 kg Kartoffeln und als Zulage für die A- und B-Karteninhaber 200 kg pro Kopf zuteilen. Mit der für die Erzeuger veranschlagten Menge Speisekartoffeln werden insgesamt 3,4 Mill. to Kartoffeln von der gesamten Ernte, d.s. 60% verbraucht. Auf die vier Distrikte sind insgesamt

1.140.000 to Kartoffeln

für die Versorgung der städtischen Bevölkerung umgelegt worden. Wenn die Erfassung dieser gewaltigen Mengen Kartoffeln gelingen soll, ist eine reibungslose Bewältigung des Transportproblems unbedingt notwendig, denn der größte Teil dieser Mengen muß in 6 Wochen im Herbst d.J. erfaßt und transportiert werden.

Für die Herstellung des von der Monopolverwaltung dringend benötigten Sprits sowie für andere technische und industrielle Zwecke sind 320.000 to Fabrikkartoffeln vorgesehen. Vorgesehen ist die Steigerung der Spiritusmenge um 100%. Es sollen insgesamt 22 Mill. Liter Sprit für die Monopolverwaltung hergestellt werden.

Wie allgemein bekannt, ist im Gegensatz zu vielen Gebieten des Altreiches die Versorgung des GGs mit frischem Massengemüse in den letzten Monaten und auch bis in den Winter hinein vollständig gesichert. Mit dem großen Anfall von Gemüse konnten große Mengen an Nährstoffen zusätzlich der gesamten polnischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

An Marmelade zur Versorgung der Bevölkerung mit Brotaufstrich sind insgesamt 23.000 to hergestellt worden, die in den kommenden Wintermonaten an die Bevölkerung der Städte auf Lebensmittelkarten ausgegeben werden sollen.

Die Versorgung mit Bier im GG wird erheblich besser als im vergangenen Jahr, da statt 15.000 to 25.000 to Brauware den Brauereien zur Verfügung gestellt werden soll, aus denen ca. 1,2 Mill. hl Bier hergestellt werden können. Die Hopfenversorgung ist vollständig gesichert. Im Gegenteil könnte noch Hopfen in erheblichem Umfange ausgeführt werden. Schwierigkeiten bestehen hier in der Beschaffung von Bierflaschen und Fässern.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker zu den bisherigen Rationssätzen kann mit den vorhandenen Vorräten voll durchgeführt werden. Auch könnten die für Prämienzwecke gebrauchten ca. 30.000 to Zucker voll zur Verfügung gestellt werden. Sobald der Abschluß der neuen Kampagne Ende November überblikken läßt, welche Mengen Zucker in diesem Jahre produziert werden können, werde ich über evtl. Rationserhöhungen berichten. Auch hier hat sich die Versorgung der Fabriken mit Betriebskohle wesentlich gebessert. 45% des Bedarfs der Zuckerfabriken konnten bis zum 30.8.41 abgeliefert werden. Der Transport der großen Mengen Zuckerrüben auf der Ostbahn wird hoffentlich keine Schwierigkeiten bereiten, damit

möglichst alle erzeugten Zuckerrüben auf Zucker verarbeitet werden können.

Zur Deckung des wöchentlichen Bedarfs der Bevölkerung werden ca. 1.000 to Fleisch gebraucht. Die Erfassung hat annähernd diesen Bedarf decken können, wenn auch in den letzten Wochen ein erheblicher Rückgang der Vieherfassung eingetreten ist und daher auf vorsorglich geschaffenen Reserven zurückgegriffen werden mußte. Der Rückgang der Erfassung läßt sich durch erhebliche Vorgriffe während des Aufmarsches des deutschen Ostheeres erklären. Nach Lage der Dinge kann an eine Erhöhung der Rationssätze nicht herangegangen werden. Sollten in den Monaten Oktober, November und Dezember die Erfassungszahlen wieder anwachsen, so wird

1. die Vorratsbildung wieder energisch betrieben und
2. evtl. den A- und B-Karteninhabern Sonderzuteilungen gewährt.

Erhebliche Schwierigkeiten bei der vollen Einbringung der umgelegten Kontingente bereitet das Fehlen einheitlicher Strafbestimmungen. Die Strafbefugnis muß bis auf die Wojds übertragen werden, und es muß die Möglichkeit einer schnellen Beitreibung der auferlegten Strafen geschaffen werden. Ab 1.8.1941 sind für die Ablieferung von Schlachtvieh Prämienscheine - wie im Ernährungsplan 1941/42 vorgesehen - rückgegeben worden. Leider können diese Prämienscheine noch nicht realisiert werden, weil von den Lederbewirtschaftungsstellen Schuhe und Lederwaren in entsprechendem Maße noch nicht bereitgestellt werden konnten.

Sehr günstig sieht die Versorgungslage in der Eierwirtschaft aus. In einigen Distrikten ist das umgelegte Kontingent bereits restlos erfüllt, und es werden über das Aufbringungssoll hinaus weiter zu denselben Bedingungen Eier erfaßt. Bis 30.8.41 wurden insgesamt

305 Mill. Stück Hühnereier

von den Erfassungsstellen aufgekauft. Davon sind bis zu diesem Zeitpunkt

120 Mill. Eier

für die Vorratsbildung eingelagert worden. Die übrigen sind

an die Verbraucher über Lebensmittelkarten verteilt worden. Für die Winterversorgung vom 1.10.41 bis 28.2.1942 werden pro Monat rund

20 Mill. Stück Eier

vorgesehen, das bedeutet eine

Verdreifachung

der zugeteilten Eier an die Verbraucher gegenüber dem Vorjahr. Im Ernährungsplan war nur eine Erhöhung von 30 bis 40% vorgesehen. Die Zucker-Eier-Prämienaktion hat sich damit glänzend bewährt. Durch Herausgabe von Tauschmitteln Zucker und Zigaretten sollen 500.000 Gänse und 1 Mill. Hühner erfaßt werden, die an Reichsdeutscher und Volksdeutschen einschließlich Gaststätten sowie an nichtdeutsche Normalverbraucher im Laufe des Winters abgegeben werden.

Von dem erfaßten Honig sollen für die notwendige Betreuung der Verwundeten der Wehrmacht 100.000 kg zur Verfügung gestellt werden.

Auch auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Fett sieht die Lage etwas besser aus als im vorigen Jahr. Durch die Erhöhung der Rapsanbaufläche werden

insgesamt 9.500 to Fett

zur Verfügung stehen. Für die A- und B-Karteninhaber ~~xxxx~~ und die Reichsdeutschen werden daraus die vorgesehenen Rationssätze voll gedeckt und darüber hinaus werden in bestimmten Zeitabschnitten Sonderzuteilungn an die nichtdeutschen Normalverbraucher vorgenommen werden.

Im folgenden möchte ich kurz auf die Verhältnisse im neuen Distrikt Galizien eingehen. Genaue Angaben lassen sich hier noch nicht machen, da der Aufbau der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft noch nicht restlos abgeschlossen ist und die Erfassung der Nahrungsmittel bei der noch größeren Zersplitterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche als im Generalgouvernement in Hunderttausende von kleinen Betrieben noch schwieriger wird.

Von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sind die von der Militärverwaltung eingeführten Rationssätze, die viel

höher als im GG liegen, vorläufig beibehalten worden. Ein schrittweiser Abbau dieser hohen Rationssätze wird sich nicht umgehen lassen, wenn es gelingen soll, den Distrikt Galizien ohne Zuschüsse aus dem GG zu ernähren. Insbesondere das Fehlen jeglichen Kartoffelanbaues bereitet der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft große Sorge. Aus dem alten GG werden mindestens 30.000 to Kartoffeln nach Lemberg und Drohobitsch geliefert werden müssen. Auch müssen zur Wiedereinführung des Kartoffelanbaues im Frühjahr 1942 große Mengen Saatkartoffeln für Galizien bereitgestellt werden.

Die Erfassung an Brotgetreide, die vorläufig noch nicht zufriedenstellendist, wobei festgestellt werden muß, daß die ukrainischen Genossenschaften hierbei noch nicht ihre Daseinsberechtigung nachgewiesen haben, wird aller Voraussicht nach den Bedarf des Landes decken und einen kleinen Überschuß zur Vorratsbildung oder zur Verwendung an anderen Stellen im GG ermöglichen.

In den letzten Tagen ist die Wehrmacht mit konkreten Forderunger auf Lieferung von Nahrungsmitteln aller Art an die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft herangetreten. Die Forderungen sind im einzelnen folgende:

Ab 14.9.1941 sollen sämtliche in den5 Distrikten untergebrachten Truppen, Verwundete und Gefangene, mit dem nötigen Fleisch aus dem GG versorgt werden. Im Augenblick werden pro Woche 250 to Fleisch zur Verfügung zu stellen sein. Falls diese Mengen geliefert werden müssen, könnte es nur auf Kosten der Kürzung der Zuteilung der polnischen Verbraucher durchgeführt werden.

Weiter fordert die Wehrmacht die Lieferung von 180.000 to Kartoffeln vom 1.10.41 bis 1.5.42. Da eine Mehrerfassung von Kartoffeln über die vorgesehenen umgelegten Mengen hinaus nicht möglich ist, wäre die Durchführung dieser Kartoffellieferung nur denkbar, wenn entweder die Zuteilungen an die polnische Verbraucherschaft um 25 kg pro Kopfe der Bevölkerung herabgesetzt oder eine entsprechende Menge Fabrikkartoffeln nicht zur Verarbeitung zur Verfügung gestellt würden, was wieder das Fehlen von ausreichenden Spritmengen für die Generaldirektion der Monopole mit sich brächte.

Weiter fordert die Wehrmacht

35.000 to Stroh,
35.000 to Heu und
40.000 to Hafer.

Die Lieferung von Heu ist umso schwieriger, als durch das Fehlen der Kleie, hervorgerufen durch die höhere Ausmahlung des Brotgetreides, Heu das einzigste Futtermittel ist, das als Ausgleich für Kraftfutter im Winter zur Verfügung steht. Der Chef derRüstungsinspektion, Herr General Schindler, hat erhebliche Erhöhungen der Rationssätze für Rü-Arbeiter und deren Familienangehörige bei der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft angemeldet. Falls die Wehrmacht auf Lieferung der angeführten Mengen Nahrungsmittel besteht, ist eine Erfüllung dieser Wünsche unmöglich.

Auch könnte die Versorgung der polnischen Ostbahnarbeiter, die jetzt laufend überdie Zusatzkarten I hinaus zusätzlich erfolgt, nicht mehr durchgeführt werden.

In den nächsten Wochen muß die Herbstbestellung durchgeführt werden, die die Grundlage für die kommende Ernte bildet. Durch die Verhältnisse bedingt, stellen sich einer geordneten Durchführung der Bestellung große Schwierigkeiten entgègen. Insbesondere ist die Versorgung mit Kunstdünger und Kalk aus den schon in meinen Ausführungen am 22.7.41 dargelegten Gründe, insbesondere der geringen Belieferung der Werke mit Kohle ungenügend.

Große Schwierigkeiten bereitet die Versorgung der im GG laufenden 800 Traktoren.mit dem benötigten Treibstoff. Hoffentlich gelingt es, immer genügend Rohöl zur Verfügung zu stellen, damit bei dem Mangel an Pferden ordnungsgemäß bestellt werden kann. Voraussetzung für die Durchführung einer geordneten Bestellung ist nunmehr die sofortige Senkung der Betriebsmittelpreise, da Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte bis auf ganz geringe Getreidepreiserhöhungen nicht durchgeführt werden konnten. Aufgestellte Berechnungen zeigen, in welche schreiendem Mißverhältnis die Produktionsmittelpreise zu den Preisen für landwirtschaftliche Produkte stehen.

Trotz dieser aufgeführten Schwierigkeiten werden alle Mitarbeiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bemüht sein, eine geordnete Herbstbestellung durchzuführen. Die Parole lautet:

Ertragssteigerung auf allen Gebieten!

Der Herr Generalgouverneur hält nach dem bisherigen Ergebnis der Ernte und angesichts der Nahrungsmittellage im Generalgouvernement die Möglichkeit, überschüssige Nahrungsmittel an das Reich abzuliefern, für außerordentlich beschränkt, und zwar nicht infolge schlechten Willens oder einer Überversorgung der einheimischen Bevölkerung, sondern mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Gebietes. Man dürfe auch im Hinblick auf den Distrikt Galizien nicht etwa glauben, daß in diesem Gebiet alles reichlich vorhanden wäre. In diesem Gebiet, das etwa 50.000 qkm umfasse, habe man eine Bevölkerungsdichte von etwa 100/qkm. Wenn Galizien auch zweifellos eine gewisse Entlastung darstelle, so werde doch zum mindesten in der jetzt beginnenden Versorgungsperiode die Entlastung nicht so spürbar werden, daß von den Reichtümern dieses Gebietes allzu viel an andere Versorgungsbereiche abgegeben werden könne. Gleichwohl werde dadurch die Pflicht des Generalgouvernements, in der Ausbeutung dieses Gebietes bis aufs äußerste zu gehen, nicht irgendwie beseitigt. Er mache es daher allen Dienststellen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die im Gebiet des Distrikts Galizien tätig seien, zur Pflicht, der Lage des Gesamtreiches in jedem Fall gerecht zu werden. Es sei jedoch unter Umständen ein Durchhalten sehr schwierig, wenn, wie das Generalleutnant Schindler hervorgehoben habe, die Arbeiter in den für die Deutsche Wehrmacht arbeitenden Betrieben zu Hunderten und Aberhunderten infolge absoluter Unterernährung bei ihrer Arbeit zusammenbrächen. Darüber, was, inwelcher Form, unter welchen Bedingungen und an wen das Generalgouvernement zu liefern habe, um seiner Lieferungspflicht zu entsprechen, scheine man sich vorerst bei den Reichsinstanzen aller Art nicht klar zu sein. Jeder fordere, jeder erwarte, jeder verpflichte, aber keiner habe mit dem anderen so viel Verbindung, daß man sich über ein einheitlichen Programm im Reiche hätte einigen können.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann für die von ihm geleistete hervorragende Arbeit seinen Dank aus und gibt der Erwartung Ausdruck,

daß man trotz aller Schwierigkeiten der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen könne.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung:

Finanz- und Wirtschaftslage des Generalgouvernements.

Präsident Senkowsky kann von einer günstigen Entwicklung der Einnahmen der Finanzverwaltung in den letzten Monaten berichten. Mit Rücksicht auf die militärische Lage der Besetzung des Generalgouvernements habe man eigentlich damit gerechnet, daß insbesondere beim Monopol infolge Verkehrsschwierigkeiten usw. Einnahmeausfälle entstehen würden. Das sei erfreulicherweise nicht in besonderem Ausmaß geschehen.

Bei der Entwicklung der Einnahmen in den letzten Monaten könne man die interessante Feststellung treffen, daß nunmehr auch die Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern eine ganz erheblich steigernde Tendenz aufwiesen. Die Arbeit der Finanzverwaltung habe voraussehen lassen, daß vorerst die Verbrauchssteuern und Monopolerträge steigend seien und die Besitz- und Verkehrssteuern erst später folgen würden. Diese Voraussage habe sich auch erfüllt.

Auf der Ausgabenseite sei durch die erzwungene Einschränkung der Bautätigkeit eine Erleichterung eingetreten, so daß man die Finanzlage als in jeder Hinsicht gesichert bezeichnen könne. Das habe sich bei der Eingliederung Galiziens sehr günstig ausgewirkt; denn die Finanzverwaltung sei in der Lage gewesen, für das erste Anlaufen der Verwaltungsarbeit von heute auf morgen 20.Mill. Zloty zur Verfügung zu stellen, die im Haushalt nicht vorgesehen gewesen seien.

Im Gebiet des eingegliederten Galiziens habe die Finanzverwaltung - Steuer-, Zoll- und Monopolverwaltung - ihre Tätigkeit aufgenommen, und die Einnahmen begönnen, wenn auch vorläufig in ganz bescheidenem Maße zu fließen. Die Monopolverwaltung erblicke in dem neu hinzugekommenen Gebiet einen sehr wertvollen Zuwachs. Diese Beurteilung sei aber erst auf lange Sicht richtig. Der größte Teil der Monopolbetriebe sei

durch die Russen bei ihrem Rückzug, z.T. auch durch die Kriegshandlungen selbst, zerstört worden. Nach überschläglichen Berechnungen werde der notwendige Wiederaufbau einen Betrag von etwa 30. Mill. Zloty erfordern. Infolgedessen sei in der nächsten Zeit im Gebiete Galiziens mit erheblichen Versorgungsschwierigkeiten gerade hinsichtlich der Monopolbetriebe zu rechnen. Bei den Maßnahmen, die von den einzelnen Verwaltungen getroffen würden, müsse dieser Umstand von vornherein entsprechend berücksichtigt werden. Es werde jedoch im Laufe des Winters möglich sein, aus der Produktionssteigerung des Generalgouvernements die Mangellage im Gebiet Galiziens auszugleichen.

Er danke der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft dafür, daß sie alles daran gesetzt habe und setze, um die Spritversorgung sicherzustellen. Er habe bei der letzten Wirtschaftsbesprechung an Ziffern die Wichtigkeit dieses Problems dargetan. Wenn man von einer beabsichtigten Steigerung der Spriterzeugnisse gesprochen habe, so sei doch bereits vor einem Jahre vorgesehen worden, daß diese Spritmenge für das Generalgouvernement erzeugt werde. Die Kohlenlage im vergangenen Herbst und der starke Bedarf der Landwirtschaft an Kartoffeln habe es mit sich gebracht, daß diese Spritmenge nur zu 50% habe erreicht werden können. Diese Tatsache allein habe für das Generalgouvernement einen Einnahmeausfall von 100 Mill. Zl.gebracht. Dieser Einnahmeausfall dürfe im nächsten Brennjahr nicht wieder eintreten. Die Kartoffelersparnis sei im Verhältnis zu diesem Betrag außerordentlich gering. Die volle Menge müsse unbedingt gebrannt werden, weil zunächst nur wenig Sprit aus Galizien herauszuholen sein werde. In diesem Gebiet ständen fast gar keine Kartoffeln für Brennzwecke zur Verfügung. Auf die Einnahmesteigerung müsse man deshalb bedacht sein, weil die Ausgabenminderung nur vorübergehend sei und neue Aufgaben für die Monopolverwaltung entstanden seien, deren Kosten von der Finanzverwaltung gedeckt werden müßten.

Leider sei es noch nicht möglich gewesen, den Haushalt für 1941 zu erstellen, weil von den beteiligten Stellen einzelner Haushalte trotz Ablaufes des Termins noch nicht eingereicht seien. So lägen die Haushalte für die Kreishauptmannschaften und für die Hauptabteilung Bauwesen noch nicht vor.

Abteilungspräsident Westerkamp erklärt, die bisher nicht erfolgte Einreichung des Haushalts der Kreishauptmannschaften mit der Notwendigkeit, die Einzelhaushalte zusammen mit dem Gesamthaushalt der Hauptabteilung Innere Verwaltung aufzustellen, was bisher noch nicht möglich gewesen sei. Er werde bestrebt sein, die Aufstellung dieses Haushaltes möglichst zu beschleunigen.

Oberregierungs- und Baurat Schmid erklärt, daß der Haushalt der Hauptabteilung Bauwesen in der nächsten Woche vorgelegt werde. Die Aufstellung des Haushalts habe sich leider infolge der starken Inanspruchnahme der Hauptabteilung Bauwesen infolge des Russenfeldzuges etwas verzögert.

Präsident Senkowsky führt weiter aus, die Hauptabteilung Finanzen habe die Absicht, dann, wenn sich die Verhältnisse in Galizien restlos übersehen ließen und man von einer Angleichung an das Generalgouvernement sprechen könne, die Monopolpreise zu überprüfen. Beim Tabak scheide diese Prüfung aus. Es werde aber voraussichtlich möglich sein, mit Rücksicht auf den Zuwachs von Salzvorkommen, an Kaliwerken und Siedewerken eine Angleichung an die Reichspreise durchzuführen. Auch die von der Preisbildungsstelle häufig geforderte Überprüfung der Rabattsätze im Salzhandel werde möglich sein. Da bei dieser Neufestsetzung die der Rabattsätze in einzelnen Gebieten bewilligten Zuschläge zum Monopolpreis überflüssig würden, trete eine allgemeine Verbilligung des Salzes ein. Er denke auch daran, eine Preissenkung bei den Erzeugnissen des Spiritusmonopols durchzuführen, könne jedoch in dieser Hinsicht noch keine bindende Erklärung abgeben, weil nicht feststehe, welche Spritmenge die Monopolverwaltung im diesem und im nächsten Rechnungsjahr als Einnahmebasis zur Verfügung haben werde. Wenn aber Galizien vollgiltig als Produktionsland in Frage käme, werde eine Herabsetzung des Monopolpreises um 50 Gr. je Liter möglich sein. - Abschließend könne er erklären, daß die Finanzverwaltung im kommenden Arbeitsjahr bestimmt in der Lage sein werde, allen vernünftigen Anforderungen, die an sie gestellt würden, zu genügen.

Gouverneur Dr. Lasch berichtet über die Tätigkeit der Distriktsverwaltung seit Übernahme der vollziehenden Gewalt durch den Generalgouverneur. Man habe in Galizien mit dem schwierigen politischen Problem der Bevölkerung zu tun, die sich aus Ukrainern, Polen und Juden zusammensetzt. Die Ukrainer, die in dem zum Reichskommissariat Kiew kommenden Gebiet lebten, seien unter der 20jährigen russischen Herrschaft fast restlos ihrer Intelligenzschicht beraubt worden. Was noch an ukrainischer Intelligenz vorhanden sei, sitze ausschließlich in dem zum Generalgouvernement gekommenen Distrikt Galizien. Diese Intelligenzschicht weise zwar blutmäßig nach dem Osten, aber in ihrer ganzen Lebensweise nach dem Westen. Die Polen hätten zurzeit der polnischen Regierung alle Beamten- und auch maßgebenden wirtschaftlichen Stellungen eingenommen. Sie seien nach der Besetzung dieses Gebietes durch die deutschen Truppen aus ihren Stellungen verdrängt und durch Ukrainer ersetzt worden. Man stehe jetzt vielfach vor der großen Schwierigkeit, diese Ukrainer wieder auswechseln zu müssen, weil sie ihrer Art, ihrer Erziehung, ihrem Können und ihren charakterlichen Eigenschaften nach nicht in der Lage seien, die an sie gestellten Forderungen zu erfüllen. Um in politischer Hinsicht den Ukrainern eine gewisse Minderwertigkeit gegenüber den gewandteren, williger en und fleißigeren Polen nicht zum Bewusßtsein kommen zu lassen, habe sich die Distriktsverwaltung entschlossen, eine Reihe von Gewerbe - und Fachschulen zu errichten, in denen Ukrainer für die Verwaltung, die Landwirtschaft und sonstige Tätigkeitsgebiete geschult würden. So denke man insbesondere daran, eine ukrainische Verwaltungsschule zu eröffnen, in der den Schülern unter Mitwirkung des Beauftragten der NSDAP auch eine gewisse politische Ausrichtung gegeben werden solle. Auf dem Sektor der Landwirtschaft wie der Wirtschaft überhaupt stehe man vor der gleichen Situation; kaum ein Ukrainer sei fähig, einem irgendwie gearteten landwirtschaftlichen oder sonstigen wirtschaftlichen Betrieb zu führen. Man sei deshalb gezwungen, auch hier wieder Polen einzustellen.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft stehe man noch vor großen Schwierigkeiten. Das außerordentlich günstige Wetter

habe große Hoffnungen auf eine gute Ernte erweckt. Diese Hoffnungen seien aber zum großen Teil hinfällig geworden. Die allgemeinen Transportschwierigkeiten, ferner der Mangel an Arbeitskräften und geeignetem Arbeitsmaterial fürdie Ernteerfassung, schließlich auch eine ungeheure und nicht vorhergesehene Naturkatastrophe im südlichen Teil des Distrikts würden das Ernteergebnis sehr erheblich herabmindern. Der Herr Generalgouverneur habe sich entschlossen, der Bevölkerung des von dieser Naturkatastrophe heimgesuchten Teils des Distrikts Galizien eine einmalige Spende von 10 Mill. Rubel = 2 Mill. Zloty zur Linderung der ärgsten Not zu geben. Das in den 3 Flüssen dieses Teils von Galizien wütende Hochwasser sei einfach unvorstellbar, es habe aus diesen Flüssen reißende Ströme gemacht, alle Brücken seien weggerissen, die Dörfer überflutet, die Menschen hingen auf Bäumen und Dächern. Unter Führung von SS- und Polizeiführer Katzmann und Generalmajor Winkler habe sich die Polizei ausgezeichnet bewährt und alles getan, um die erste Not zu lindern. Der Oberfelkommandant, Graf Rotkirch, habe deutsche, ungarische und slowakische Truppen eingesetzt. Leider seien zahlreiche Menschenopfer zu beklagen. Wenn die Ernte so erfaßt werden solle, wei es der Herr Generalgouverneur erwarte, dann müsse unverzüglich zahlreiches Personal zu den Kreisbauernführern abkommandiert werden, um die Ernteerfassung durchzuführen; denn es sei fast ausgeschlossen, mit dem vorhandenen Personal auch nur annähernd das aufzubringen, was der Distrikt Galizien selbst geben könne, gescheige denn das zu erfassen, was an Überschüssen herausgeholt werden könne.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt, daß alles verfügbare Personal aus den anderen Distrikten abgegeben worden sei. Man sei laufend bemüht, Personal zu erhalten, aber angesichts des auch im Reiche bestehenden Mangels und der Ansprüche, die ja auch von den neuen Ostgebieten gestellt und bevorzugt berücksichtigt würden, sei es außerordentlich schwierig, neue Mitarbeiter zu bekommen. Landesbauernführer Körner habe nur 16 Mitarbeiter für seine Zwecke in Anspruch

genommen. Da die Ukrainer sich zumeist für solche Arbeit nicht eigneten, werde man vielleicht auf Polen zurückgreifen müssen.

Gouverneur Dr. Lasch geht dann in seinem Bericht auf die Mangellage bei den Kartoffeln ein. Hier werde man auf starke Zuschüsse vom Generalgouvernement angewiesen sein. Andererseits sei man in der Lage, etwas von den Getreideüberschüssen abzugeben. Was die Neubestellung des Bodens angehe, so sei er der Überzeugung, daß bei Aufwendung aller Energie die Bestellung des Bodens für das nächste Jahr gewährleistet sein werde.

Ab Sonnabend, dem 5.September 1941 werde es im Distrikt Galizien 3 Währungen geben: die Reichskassenscheine, die Rubelnoten und die Zlotynoten. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergäben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Distrikts Galizien allmählich denen des Generalgouvernements angeglichen werden sollen, brächten es mit sich, daß jetzt an dem Wirtschaftsgefüge des Distrikts gerüttelt werde. Die Preisentwicklung, die sich in den letzten Tagen angebahnt habe, könne nicht aufgehalten werden. Es sei auch kaum anzunehmen, daß sie aufgehalten werden solle, wenn man zu erreichen suche, daß im Laufe des nächsten Vierteljahres die Lohn- und Preisverhältnisse an diejenigen des Generalgouvernements angeglichen würden. Gehalten werde der Brot- und Mietpreis. Diese beiden Preise sollten ein gewisses stabiles Element für die Wirtschaft abgeben und würden es auch tun.

In kultureller Hinsicht habe der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Universität Lemberg nicht wieder eröffnet werde und die Universitätseinrichtungen dem Reichskommissariat Kiew zur Verfügung gestellt werden. Er würde es nur dankbar begrüßen, wenn über die technische und medizinische Akademie eine Entscheidung getroffen würde.

Wenn schon im alten Generalgouvernement nach dem Einzug der deutschen Verwaltung im Oktober 1939 die Straßenverhältnisse überaus schlecht gewesen seien, so seien sie im Distrikt Galizien geradezu als katastrophal zu bezeichnen. Ein Ausbau des gesamten Straßennetzes sei daher unbedingt notwendig. Man könne die

Schwierigkeiten ermessen, die sich verwaltungsmäßig aus diesem Straßenstand ergäben. Die gesamten Verbindungen vom Westen nach Osten seien als Nachschubstraßen für die Wehrmacht größten Beanspruchungen ausgesetzt. Die Schwierigkeiten lägen auch auf dem Gebiete der Fortsverwaltung. Die Russen hätten das in 6 Jahren eingeschlagene Holz liegen lassen, was zu 30% schon verfault sei. Deshalb müsse die Forstverwaltung unverzüglich sn die Arbeit gehen, um das Holz in die Sägewerke, Fabriken und Werkstätten abzufahren.

Die Verwaltungsorganisation des Distrikts Galizien sei im wesentlichen abgeschlossen. Es seien Kreishauptmannschaften und Stadthauptmannschaften eingerichtet worden, die Hauptabteilung Innere Verwaltung unterstütze ,. soweit möglich, die Distriktsverwaltung Galizien durch Bereitstellung von Personal. Bis jetzt seien 15 Kreishauptmannschaften besetzt, ferner ein Kreiskommissariat und eine Stadthauptmannschaft. Vorläufig werde das genügen. Die Kreishauptmannschaften seien auf dringendes Ersuchen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gebildet worden, damit die Ablieferung des Getreides gewährleistet werden könne. In dem südlichen Teil des Distrikts befänden sich ungarische und im nördlichen Teil slowakische Truppen. Die ungarischen Truppen seien zum großen Teil abgerückt und hätten nicht viel übrig gelassen. Die Überschwemmung bringe deshalb vielleicht einen kleinen Vorteil, weil dadurch auch die 8 Übergänge nach Ungarn abgesperrt worden seien und ein weiteres Überführen von Beutegut dadurch hinfällig werde.

Auf dem Gebiete der Propaganda könne festgestellt werden, daß die Ukrainier das eine mit den Polen gemeinsam hätten: sie seien agitatorischen Dingen genau so zugänglich wie die Polen. Er bitte deshalb die Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda den Distrikt Galizien möglichst mit Material zu unterstützen. Das gleiche gelte für den Aufbau und die Durchhaltung ukrainischer und polnischer Zeitungen wie selbstverständlich auch deutscher Zeitungen. Insbesondere bitte er auch um Unterstützung auf dem Gebiet des Kino- und Theaterwesens. Man müsse die Ukrainer, die besonders auf dem Lande meist durchaus guten Willens seien, etwas mit den Bestrebungen der deutschen Führung bekanntmachen.

Den Leitern der Abteilungen Wirtschaft, Treuhand, Ernährung und Landwirtschaft, Deutsche Post Osten undder Emissionsbank spreche er seinen Dank für die großzügige Unterstützung aus, die sie der Distriktsverwaltung hätten zuteil werden lassen. Die Postverhältnisse seien zurzeit noch sehr schwierig, weil die alten Leitungen nicht benützt werden könnten und die Postverwaltung sich darauf beschränken müsse, sich der vorhandenen Masten zu bedienen. Auch die Personalfrage biete große Schwierigkeiten: polnisches Personal spreche nicht ukrainisch und ukrainisches Personal spreche nicht polnisch, woraus sich dann besonders im Telefonverkehr mancherlei Mißstände ergäben.

Für das Gebiet der Landwirtschaft müßte bestimmt werden, daß die Rationen für die ukrainische Bevölkerung lieber etwas geringer gehalten würden. Es mache psychologisch keinen guten Eindruck, wenn man auf dem Papier die Verabreichung einer bestimmten Ration verspreche und dann angesichts der Transportschwierigkeiten nicht in der Lage sei, dieses Versprechen einzuhalten.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft arbeite die Distriktsverwaltung Galizien in bester Weise mit den Leitern der Abteilungen Wirtschaft und Treuhand zusammen. Die Treuhandstelle habe in kurzer Zeit sämtliche Betriebe im Distrikt Galizien in vorbildlicher Weise erfaßt, so daß es gelungen sei, die Warenbestände, die in Lemberg und anderen Städten vorhanden seien, zu erfassen, so daß nach Einführung der Zlotywährung Aufkäufer keine Möglichkeit zum Erwerb von Waren mehr hätten, es sei denn, daß es sich um Schwarzbestände handele. Die Distriktsverwaltung habe es für ihre Hauptaufgabe gehalten, die Bewirtschaftung dieser Güter in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Bestände dem Generalgouvernement erhalten blieben. Die Bestände seien zwar nicht sehr groß, doch gebe es in einigen Gebieten kleine Überschüsse. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, dessen gewiß zu sein, daß trotz der vorhandenen großen Schwierigkeiten die Mitarbeiter der Distriktsverwaltung mit aller Energie an die Arbeit gingen und auch in Galizien der Schwierigkeiten Herr werden würden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt zu der Wirtschaftslage des Generalgouvernements Stellung. Er geht dabei zunächst auf die Kohlenlage ein, die eine Mengen- und eine Transportseite habe. Mengenmäßig sei zurzeit die Situation so, daß dem Generalgouvernement tägliche Lieferungen von 10.000 to zugesagt und diese Lieferungen im wesentlichen mit Unterschreitungen bis zu 2.000 to auch getätigt seien. Es sei nicht möglich, mit diesen Mengen auch nur entfernt einen Ausgleich für die versäumte Bereitstellung einer Lagerhaltung zu finden, die infolge der militärischen Situation vor dem Aufmarsch im Osten nicht habe geschaffen werden können. In neuerlichen Besprechungen mit Generaldirektor Pleiger habe er die Zusage erhalten, daß die Kohlenmenge von 10.000 auf 12.000 to erhöht werde, allerdings mit der Auflage, daß dafür vom Generalgouvernement 6.000 Arbeiter zur Verfügung gestellt würden. Mit der Organisation der Zuführung dieser Arbeiter sei bereits begonnen. Abgesandte des Reiches seien auch in Lemberg gewesen, nachdem sich herausgestellt habe, daß im alten Generalgouvernement Arbeitskräfte nicht freizustellen seien. Man habe zunächst erwogen, freiwerdende Arbeiter von Steinbrüchen und vom Straßenbau an das Reich abzugeben. Aber die Organisation Todt habe alle diese Arbeitskräfte nach dem Osten abgezogen, so daß hier effektiv Kräfte nicht freizumachen seien und lediglich ukrainische Arbeitskräfte in Betracht gezogen werden könnten, die dann allerdings nach den Zugeständnissen des Generaldirektors Pleiger und des Reichsarbeitsministeriums nicht so behandelt würden wie die Polen, sondern etwa so wie die kroatischen Arbeitskräfte. Diesen Arbeitern sollten hinsichtlich Urlaub und Rückkehr in die Heimat alle Zugeständnisse gemacht werden, wie sie den Kroaten gemacht worden seien.

Die zusätzlichen 2.000 to Kohle sollten nun aber erst geliefert werden, wenn die Arbeitskräfte auf dem Transport seien. Es sei ihm leider nicht möglich gewesen, in Berlin eine Vorlieferung der Kohle durchzusetzen. Über diese mengenmäßige Betrachtung hinaus und angesichts der Tatsache, daß auch in den kommenden Monaten dem Generalgouvernement nur ein kleines

Kontingent zur Verfügung stehe, müsse man starke Zweifel hegen, ob es möglich sein werde, diese Mengen ins General - gouvernement zu bringen. Er habe schon seinerzeit in der letzten Regierungssitzung angedeutet, daß die Hauptabteilung Wirtschaft nach Mitteln und Wegen suche, um in der Transportsituation technische Erleichterungen zu schaffen, die das Generalgouvernement etwas von der Abhängigkeit von den Berliner Zentralstellen lösten, die naturgemäß schwerfällig sein müßte. Man habe im vorigen Winter in dieser Hinsicht reiche Erfahrungen sammeln können. Da damit gerechnet werden müsse, daß in den kommenden Monaten der Nachschubbedarf für die kämpfende Truppe einen großen Umfang annehmen werde, werde man in der Dringlichkeitsstufe der einzelnen Transporte hinsichtlich der Kohle wieder an die Grenze rücken, bei der ständig Ausfälle zu gewärtigen seien. Das einzige Mittel, hier ein Optimum zu erreichen, sei nur gegeben, wenn eine in Kattowitz sitzende Befehlsstelle jede sich bietende Möglichkeit ausnutze, noch einen Kohlenzug einzulegen. Man habe einen Plan ausgearbeitet, nach welchem die Gruben des oberschlesischen Reviers, die ohnehin für Lieferungen nach dem Generalgouvernement bestimmt seien, d.h. in erster Linie das Krakauer Revier, in zweiter Linie die ostwärts gelegenen Grenzgruben des Dombrowaer Gebietes, in eine direkte Bewirtschaftung durch das Generalgouvernement genommen würden.

Die Verhandlungen in Berlin hätten dazu geführt, dass sich Generaldirektor Pleiger einverstanden erklärt habe, für dies Grenzgruben einen besonderen Beauftragten einzusetzen, der innerhalb des oberschlesischen Steinkohlensyndikats als sein Bevollmächtigter tätig sei. Generaldirektor Pleiger habe eingesehen, daß sich aus einer solchen den örtlichen Verhältnissen angepassten Befehlsstelle Erleichterungen ergeben könnten, die einen zusätzlichen Transport von Kohle ermöglichten. Ferner habe man eingehend mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan über die Schaffung von Erleichterungen gesprochen. Ministerialdirektor Lamm habe es übernommen, die Besprechungen mit den zuständigen Reichsressorts zu führen und etwa bestehende ressortmäßige Widerstände nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen.

Die Widerstände lägen in erster Linie beim Reichsverkehrsministerium bzw. bei der Reichsbahn. Es handele sich vor allem um ein mehr prestigemäßiges Empfinden der Reichsbahn, die die im Reichsgebiet liegenden zu den Gruben führenden Strecken nicht der Ostbahn überlassen möchte, weil sie darin einen Einbruch in ihre Zuständigkeit erblicke. Je nach dem, wie weit man den Kreis der Zuständigkeit ziehe, handele es sich auf der Hauptstrecke um eine Länge von etwa 60-80 km. Man habe auch in Aussicht genommen, den Weg von Trzebinia nach Tschenstochau bis Lazy auch der Ostbahn zuzustprechen, damit die Grenzkontrolle, und was sonst hindernd im Wege stehe, wegfalle. Ein Verkehr, der für das Reich von Bedeutung wäre, vollziehe sich auf dieser Strecke nicht. Man habe drei Alternativen mit dem Beauftragten des Vierjahresplans besprochen, einmal die grundsätzliche Lösung, daß dieBahnstrecken der Ostbahn als der betriebführenden überantwortet werden, zweitens, wenn sich das sich durchsetzen lasse, die Vereinbarung eines bestimmten Fahrplans zwischen der Ostbahn und der Reichsbahn für den Pendelzugverkehr von den Gruben ins Generalgouvernement, drittens habe man die Bereitstellung eines eigenen Wagenparkes in begrenztem Umfange für diese Kohlenpendelzüge in Betracht gezogen. Da man die benötigten Waggons im Generalgouvernement nicht herstellen könne, wolle man evtl. mit der Reichsbahn in Verhandlungen darüber eintreten, ob von dem 46.000 reparaturbedürftigen nicht einsatzfähigen Wagen - es handele sich vornehmlich um belgische und französiche Wagen - dem Generalgouvernement ein Kontingent von 1.000 Wagen übereignet werden könne. Die Wiederingangsetzung der Wagen würde das Generalgouvernement selbst übernehmen, und man hätte dann die Möglichkeit, etwa von den Werken des Generalgouvernements aus, die Eigentümer dieser Wagen werden könnten, nach den Regeln eines auch im Reich üblichen Verfahrens außerhalb der Wagenkontingentierung diesen Verkehr durchzuführen. Anfang der kommenden Woche fänden die abschließenden Besprechungen darüber statt.

Würde es gelingen, das heutige Mengenkontingent vielleicht sogar unter Erhöhung auf 12.000 to durchzuhaltn, dann würde immer noch keine Möglichkeit gegeben sein, der polnischen und ukrainischen Zivilbevölkerung Hausbrandkohle zur Verfügung zu stellen. Es könne sich nur darum handeln, die Versorgungsbetriebe des Generalgouvernements in Gang zu halten, Kohle für die Dienststellen, die Rüstungsbetriebe, für die Deutschen und die militärischen Unterkünfte bereitzustellen, soweit nicht Sonderkontingente von der Wehrmacht gefahren würden. Darüber hinaus gelte es, lebenswichtige Betriebe des Generalgouvernements mit Kohle zu versorgen, um den Produktionsprozeß nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Diese Kohlenmenge müsse man auch unter dem Gesichtspunkt zur Verfügung haben, daß reichswichtige Leistungen im Generalgouvernement vollbracht werden. Die Tendenz, Produktionen aus dem Reich ins Generalgouvernement zu verlagern, verstärke sich. Fortdauernd würden Anträge gestellt, daß im Generalgouvernement Fabriken errichtet würden.

Für die Kohlenversorgung des Distrikts Galizien habe man eine Erhöhung des Kontingents nicht erreichen können. Es sei vielmehr gesagt worden, daß aus dem, was transportmäßig hier angelegt werden könne, das nötige für Galizien abgezweigt werden müßte. In Galizien seien zwar noch einige Vorräte aus der russischen Zeit vorhanden, die aber unter keinen Umständen für den Winter reichten. Auf der anderen Seite stehe in Gestalt der Versorgung Lembergs als des Hauptversorgungsgebietes mit Erdgas eine Quelle zur Verfügung, die ein gewisses Ausweichen ermögliche. Er habe mit verschiedenen Sachverständigen, vor allem mit Prof. Benz eine eingehende Besprechung über die Herstellung einer zweiten Erdgasleitung gehabt. Eine solche Leitung sei von den Russen geplant worden, sie sei auch zu einem Drittel verlegt. Die Leitung sei aber besonders hinsichtlich der Verschweißung sehr schlecht. Es sei vorgesehen worden, diese zweite Leitung der Erdgasversorgung im alten Generalgouvernement nutzbar zu machen. Wenn Lemberg in die Lage versetzt werde, über diese 2 Leitungen schon in diesem

Winter zu verfügen, dann werde man die Situation einigermaßen meistern können. Die zusätzliche Energiekapazität, die in der Stadt entstehe, werde auch für die Ingangsetzung der Kriegsindustrie von großer Bedeutung sein. Prof. Benz habe sich diesen Vorstellungen nicht verschlossen, und es werde demnächst mit der Arbeit an der endgültigen Verlegung dieser zweiten Leitung nach Lemberg begonnen.

Das Kernstück der Ernteerfassungsaktion auf dem gewerblichen Sektor, nämlich die Bereitstellung von Textilien sei schon Anfang August so weit vorgeschritten gewesen, daß für ein glattes Anlaufen der Aktion alle Voraussetzungen bestanden hätten. Diese Aktion laufe bis Dezember.

Eine generelle Ausdehnung der Ernteerfassungsaktion hinsichtlich der gewerblichen Gegenleistungen auf Galizien sei zurzeit noch nicht möglich, weil man die benötigten Mengen nicht herbeischaffen könne. Es bestehe auch nicht die Möglichkeit, in alle Orte Galiziens Ware hineinzubringen. Er sei jedoch bereit, aus den noch zur Verfügung stehenden Beständen und aus Beständen, die von einer bescheidenen Produktion im Generalgouvernement kämen, für die ländlichen Bezirke Galiziens geeignete Ware zur Verfügung zu stellen.

Auf einer Tagung der Kreishauptleute in Lemberg habe er interessante Eindrücke darüber gewonnen, wie es im Lande aussehe. Die Durchführung der Eingliederung des Distrikts Galizien in das Generalgouvernement stelle keine leichte Aufgabe dar. Von der Volkswirtschaft des Generalgouvernements aus gesehen ergebe sich einmal die Notwendigkeit, das bisherige Wirtschaftssystem Galiziens allmählich an das Wirtschaftssystem des Generalgouvernement anzugleichen. Zweitens stehe man vor dem Problem, diese Eingliederung durchzuführen, ohne daß stärkste Störungen sowohl in Galizien wie im Generalgouvernement auftreten. Man müsse bedenken, daß die aufnehmende Volkswirtschaft des Generalgouvernements selbst keine stabilen Zustände habe. Diese Volkswirtschaft des Generalgouvernements habe die unerhörte Last der Truppenbelegung von ungefähr 2 Mill. Menschen während eines halben

Jahres auf sich genommen, mit allen Folgen, die sich daraus in Gestalt von Hungersnot, Störung des Arbeitseinsatzes ergäben. Die Preisrelationen im Generalgouvernement seien durch diese Umstände aufs empfindlichste gestört worden. Diese Eingliederung könne nicht so erfolgen, daß man einfach Preise und Löhne des alten Generalgouvernements in Galizien einführe. Es sei im alten Generalgouvernement nicht möglich, mit Warenbeständen , die es hinüberleite, eine entsprechende Ausgleichende Funktion durchzuführen. Gouverneur Dr. Lasch halte es für zweckmäßig, zum mindesten 2 politische Preise festzuhalten, nämlich den Brotpreis und zweitens den Preis für die Miete. Man habe die interessante Feststellung treffen können, daß gerade auf dem Lande in ukrainischen Kreisen eine Skepsis bestehe, das polnische Geld anzunehmen. Die Tatsache, daß auf den Noten immer noch die Emissionsbank und eine polnische Aufschrift sich befinde, tragenicht dazu bei, diese Bedenken aus dem Wege zu räumen.

Im Distrikt Galizien seien nur sehr geringfügige Bestände erfaßt worden. Lediglich auf einzelnen Gebieten lohnten sie überhaupt einer Erwähnung, etwa auf dem Gebiet der Roßhäute, wo 70.000 Stück erfaßt seien. Von Eisenindustriewaren sei nichts zu erwähnen, was irgendwie von Bedeutung wäre. Die Verteilung dieser geringen Bestände sei aber ein Problem, bei dem sich wiederum die Konflikte der Zuständigkeit zeigten. An der Tatsache, daß der Distrikt Galizien unmittelbares Hinterland der kämpfenden Front sei, könne nicht vorbeigegangen werden. Zahlreiche militärische Dienststellen in Galizein glaubten, daß es in ihrer Zuständigkeit liege, nach Belieben zu requirieren und zu beschlagnahmen. In Besprechungen mit dem Rüstungskommando in Lemberg sei ein volles Einverständnis darüber hergestellt worden, daß diesem Verfahren Einhalt geboten werden müsse. Wenn z.B. eine Heeresunterkunftsverwaltung sich sämtlicher Eisenwaren, Schrauben, Nägel usw. bemächtige und im Gebiet von Stanislau von diesen Dingen überhaupt nichts mehr zu

bekommen sei, dann habe das zur Folge, daß wichtige Aufträge etwa für die Erstellung von Unterkünften, von Blockhäusern für die Truppe nicht durchgeführt werden könnten. Es sei deshalb besonders begrüßenswert, daß auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs eine Dienststelle für den Vierjahresplan neu errichtet sei. Diese Dienststelle könne im Distrikt Galizien sehr wichtige ausgleichende Aufgaben übernehmen. Auf Grund des Auftrages, den der Führer dem Reichsmarschall gegeben habe, die Erfassung von Vorräten und die Ingangsetzung kriegswichtiger Produktionen in die Hand zu nehmen, könne die Dienststelle für den Vierjahresplan mit der nötigen Autorität arbeiten. So könne auch auf die Interessen des Reiches Rücksicht genommen werden. Daß Vorräte für die Abfuhr nach dem Reich in Galizien gefunden werden könnten, halte er für ausgeschlossen. Angesichts der überaus starken Anforderungen der Front wäre es auch unpraktisch, bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen diese Vorräte ins Reich zu bringen, um sie dann nach Verarbeitung in Reichsf abriken wieder der Front zuzuleiten. Daß Heereskommandos alle verfügbare Reichsware an sich gezogen hätten, um z.B. Lazarette auszugestalten, sei einzusehen. Hier müßten selbstverständlich die zivilen Bedürfnisse zurückstehen. Mit den militärischen Dienststellen des Rüstungskommandos sei ein Einvernehmen erzielt worden, was als Heeresbeute zu betrachten sei. Es habe die Tendenz bestanden, alles, was russisches Staatseigentum gewesen sei, als Heeresbeute anzusehen und entsprechend zu behandeln. Es sei klargestellt, daß als Beute der Wehrmacht nur das angesprochen werden könne, was Eigentum der russischen Wehrmacht gewesen sei. Alles andere, was an Vorräten gefunden würde, falle in die Verfügungsgewalt des zivilen Sektors, also zunächst einmal der für die Erfassung dieser Dinge eingesetzten Dienststelle für den Vierjahresplan. Die Erleichterung des Verkehrs mit den militärischen Stellen sei dadurch sichergestellt, daß für alle möglichen kleinen Anforderungen von den Truppenteilen der Dienststelle

für den Vierjahresplan ein Kontingent gegeben sei. Für die Anforderungen größeren Ausmaßes sei jeweils ein besonderes Einvernehmen herzustellen.

Oberregierungsrat Reeds berichtet, daß während der Aufmarschzeit an die Abteilung Arbeit seitens der Wehrmacht hohe Anforderungen gestellt worden seien, die besonders auf den Gebieten des Straßenbaus und der Bautrupps weitgehend hätten befriedigt werden können. Der Hauptabteilung Arbeit sei dann weiter in starkem Umfange die Aufgabe der Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich zugefallen. Die Zahl der monatlichen Vermittlungen habe 180.000 überschritten. Besonders stark sei die Anforderung aus dem Reich nach Landarbeitern und Spezialarbeitern gewesen. Trotz des starken Bedarfs an Arbeitskräften auf allen Gebieten sei es möglich gewesen, die vom Reich gestellten Forderungen zu erfüllen und trotz der Transportschwierigkeiten während des Aufmarsches ununterbrochen
18 Landarbeiterzüge ins Reich zu vermitteln. Vom Reich seien Prüfungskommissionen zur Verfügung gestellt worden, die die großen Betriebe des Generalgouvernements auf Grund der Erfahrungen, die die Kommissionen im Reich gemacht hätten, durchkämmen sollten, um geeignete Rüstungsarbeiter ausfindig zu machen. Der Erfolg der Tätigkeit dieser Kommissionen habe etwas enttäuscht, weil die polnischen Arbeiter, gewitzigt durch die bisherigen Erfahrungen, beim Auftauchen dieser Kommissionen nicht mehr zur Arbeit erschienen. Trotzdem sei es möglich gewesen, auch eine Anzahl von Spezialarbeitern ins Reich zu vermitteln.

Aber auch der Einsatz im Generalgouvernement sei stark gewachsen, insbesondere nach der Eingliederung Galiziens. Es seien 62.000 Landarbeiter vom Reich angefordert worden, dazu noch 6.000 Bergarbeiter und Grubenarbeiter. Diesen Bedarf im Generalgouvernement zu decken, werde nicht möglich sein, und man werde versuchen müssen, auf den Distrikt Galizien zurückzugreifen.

Die Arbeitseinsatzdienststelle der Hauptabteilung Arbeit im Distrikt Galizien sei organisatorisch errichtet.

Die Abteilung Arbeit bei der Distriktsverwaltung sei eingerichtet, die Arbeitsämter seien in ihrem Rahmen festgefügt und mit deutschen Beamten besetzt. Darüber hinaus würden bereits Vorbereitungen getroffen für den Einsatz geeigneter Ukrainer. Auch die Vermittlungsarbeit sei im Distrikt Galizien bereits aufgenommen worden. Die Vermittlung von Arbeitern ins Reich stoße allerdings auf gewisse Schwierigkeiten: die Ostbahn sei noch nicht in der Lage, die erforderlichen Sonderzüge zur Verfügung zu stellen, z.a. beständeninsbesondere beim Reichsführer-SS gewisse Bedenken dagegen, Arbeitskräfte aus dem Distrikt Galizien ins Reich zu übernehmen. Man befürchte politische Schwierigkeiten infolge der Vermittlung von Arbeitern, die seit Jahren unter sowjetischem Einfluß gestanden hätten. Da man im Reich diese Bedenken noch nicht habe fallen lassen, werde eine Vermittlung von Arbeitskräften vorläufig noch nicht möglich sein. Man hoffe jedoch, daß der Reichsführer-SS demnächst seine Auffassung ändern werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Reeds, daß bisher insgesamt 1,4 Mill. polnischer Arbeiter ins Reich verschickt worden seien. - Zurzeit werde es nicht möglich sein, für den Straßenbau außerordentliche Arbeitskolonnen nach Galizien zu schikken; jedoch werde man aus den dortigen Beständen Arbeiter zur Verfügung stellen können.

Oberregierungs- und Baurat Schmid teilt mit, daß der Bau der Straßen von Lemberg nach dem Osten in Angriff genommen sei. Von dem im Distrikt Galizien zerstörten Brücken in einer Gesamtlänge von 3.500 m sollten 1.500 m wiederhergestellt werden. Außerdem werde die Übergangsbrücke über den San demnächst hergestellt sein.

Oberregierungsrat Reeds bemerkt, daß es bisher möglich gewesen sei, den Eigenbedarf an Arbeitskräften zu decken. Leider sei eine Reihe von für die Wehrmacht verpflichteten Arbeitern durch die Weiterverlegung der Truppenteile dem Generalgouvernement entzogen worden, weil diese Arbeiter von den Wehrmachtsteilen mitgenommen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage im Zusammenhang mit dem Problem der Beschäftigung der vielen Hunderttausende sowjetischer Kriegsgefangener behandelt wissen. Es sei daran gedacht, daß ein großer Teil dieser Kriegsgefangenen im Generalgouvernement Beschäftigung finden und dafür polnische Arbeitskräfte dann im Reich verwendet werden sollten. Die bereits im Reich für Nichtrüstungszwecke verwendeten französischen und belgischen Kriegsgefangenen würden dann in hochqualifizierte Betriebe des Reiches kommen.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß das abgelaufene Jahr hauptsächlich im Zeichen der Holzversorgung des gewaltigen militärischen Aufmarsches bestanden habe. Das Reichsforstamt habe ihm erklärt, daß man in Berlin nicht erwartet habe, daß das Generalgouvernement diese große Aufgabe restlos erfüllen werde. Allerdings hätten auch außerordnetliche Eingriffe in die ursprüngliche Planung stattfinden müssen. Von dem gesamten Grubenholzeinschlag in einer Menge von 700.000 fm seien 300.000 fm allein der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden. Für das kommende Jahr seien die großen Bedarfsträger vor einigen Wochen aufgefordert worden, ihren Bedarf anzumelden. Er hoffe, mit einem Einschlag auszukommen, der nicht so sehr über dem entsprechenden Einschlag des Reiches liegen werde. - Der Südteil Galiziens sei sehr stark bewaldet, z.T. bis zu 70 und 80%. Die Karpathen

seien seit 1890 stark in Anspruch genommen worden, so daß die alten guten Bestände nicht mehr vorhanden seien. Die Russen hätten in den letzten 2 Jahren sechs Jahreseinschläge getätigt, das Holz aber liegen lassen. Aufgabe der Forstverwaltung werde es in erster Linie sein, das schwierige Transportproblem zu lösen. In den Karpathen sei dieses Problem von besonderer Schwierigkeit, weil die Ungarn zahlreiches Material der Waldbahn mitgenommen hätten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gesandter von Wühlisch, daß zurzeit in Budapest über ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn verhandelt werde. Das Auswärtige Amt sei von ihm über das Verhalten der Ungarn im Distrikt Galizien in Kenntnis gesetzt worden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt beabsichtigt nicht, im Distrikt Galizien sofort mit einem großen Einschlag zu beginnen. Zunächst einmal müsse dafür gesorgt werden, daß das in den Wäldern liegende Holz abtransportiert werde, und zwar nach Gegenden, in denen Holz dringend benötigt werde. Erst dann könne man mit dem Einschlag beginnen. Die Holzwirtschaft Galiziens sei viel besser als diejenige im alten Generalgouvernement. Es gebe in Galizien große und moderne Werke, die den deutschen Werken absolut an die Seite zu stellen seien. Diese Werke seien auch von deutschen Sachverständigen in Betrieb genommen, sie liefen zum großen Teil wieder, so daß die dringendste Holzversorgung für die nächste Zeit gesichert sei Für die Organisation der Forstverwaltung seien 9 Forstinspektionen gebildet. Die Forstabteilung beim Distrikt sei auch besetzt.

Reichsbankrat Dr. Dejong nimmt zur Frage der Einführung der Zlotywährung Stellung. Er teilt mit, daß die Einführung der Zlotywährung bereits am morgigen Tage im Verordnungsblatt veröffentlicht werde. Am 8. September würden die Schalter der Reichskreditkasse in Lemberg, die bisher das dortige Gebiet mit Zahlungsmitteln in Gestalt von Reichskreditkassenscheinen versorgt habe, geschlossen. Am gleichen Tage würden 6 Zweigniederlassungen der Emissionsbank aufgemacht. Am 15. September werde mit dem Umtausch der im Umlauf befindlichen Rubelnoten begonnen werden. Die Umtauschfrist werde verhältnismäßig kurz sein, weil in dem Gebiet, welches von den Rumänen besetzt war, ein starker Umtausch von Rubeln in Lei stattfinden würde, so daß zu befürchten stehe, daß größere Mengen von Rubelnoten aus diesem Gebiet verschoben würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Senkowsky, daß die Zollgrenzen überall besetzt seien. Er teile die Befürchtungen, von denen der Vorredner gesprochen habe, nicht, weil die Verkehrsverhältnisse in diesem Gebiet nur schlecht entwickelt seien.

Reichsbankrat Dr. Dejong führt weiter aus, daß nach dem Umtausch der Rubelnoten daran geschritten werde, die Noten der Bank Polski, die in ziemlich großem Maße in jenem Gebiet vorhanden seien, gleichfalls zur Hinterlegung aufzurufen. Ob und in welchem Umfange eine Entschädigung für diese Noten gezahlt werden könne, werde erst entschieden werden können, wenn eine Übersicht über die vorhandenen Mengen möglich sei. Keineswegs sei aber an eine volle Einlösung dieser Zlotynoten gedacht. Hier ergebe sich die Schwierigkeit, daß gewisse Bevölkerungskreise des Generalgpuvernements, die sich noch im Besitze solcher Noten befänden, sofort das Bestreben haben würden, diese Noten in das Gebiet Galiziens hineinzubringen. Daher sei auch bereits festgelegt worden, daß nur 3 Grenzübergänge zulässig seien. Auch werde eine scharfe Kontrolle durchgeführt. Innerhalb einer Woche soll diese Hinterlegung vorgenommen werden, damit Verschiebungen größeren Umfanges

entgegengewirkt werden könne. Am 2. Oktober werde man dann den Umtausch des im Umlauf befindlichen Münzgeldes in Angriff nehmen. Lediglich die Ein- und Zweikopekenstükke blieben im Verkehr. Hand in Hand damit werde eine allmähliche Zurückziehung der Reichskreditkassenscheine stattfinden . Ein bestimmter Ablieferungstermin sei nicht vorgesehen, wohl aber für die Reichsmark, die dort auch noch umlaufe. Bei der Umtauschaktion gehe man im engsten Einvernehmen mit den Ukrainern vor, die das Netz der Kreditgenossenschaften wieder aufzubauen begännen. Man werde im ganzen Lande 65 und in den Städten ungefähr noch 20 Umtauschstellen einrichten.

Abteilungspräsident Tetzner führt aus, daß durch eine Verordnung die devisenmäßigen Grundlagen für den Umtausch geschaffen worden seien. Eine zweite Devisenverordnung werde am 8. September in Kraft treten. Sie habe den Zweck, die allmähliche Angleichung an das alte Generalgouvernement herbeizuführen. In einer abschließenden Verordnung werde dann eine endgültige Bereinigung des Devisenproblems und damit die Angleichung an das alte Generalgouvernement durchgeführt sein. Bis dahin würden selbstverständlich noch verschiedene ~~Schwierigkeiten~~ Schwierigkeiten entstehen, die in Kauf genommen werden müßten, z.B. hinsichtlich der Teile Ostgaliziens, die an den Distrikt Krakau angeschlossen worden seien. Diese Schwierigkeiten würden aber im Einvernehmen mit den zuständigen Instanzen gelöst werden können.

Abteilungspräsident Fattken von der Ostbahn begrüßt die Ankündigung des Ministerialdirigenten Emmerich, daß das Generalgouvernement besser als bisher mit Kohle versorgt werden solle, muß aber andererseits feststellen, daß die Verkehrslage der Ostbahn noch sehr gespannt sei. Das sei u.a. auf die große Zahl von Nachschubzügen zurückzuführen, die für die Wehrmacht z.T. auf eingleisigen Strecken des Lubliner Bezirks gefahren werden müßten.

Deshalb habe man eine große Reihe von Zügen abstellen und auch zeitweise eine Verkehrssperre eintreten lassen müssen. Auf der Strecke nach Warschau habe man eine Sperre eintreten lassen müssen, weil der Nachschub von Posen außerordentlich groß gewesen sei. An sich sei die Kohlenversorgung von Warschau mit einem Kohlenzug gesichert. Seines Wissens würden jetzt in Warschau Lebensmittelzüge wieder angenommen.

Gouverneur Dr. Fischer stellt demgegenüber fest, daß Lebensmittel per Bahn in letzter Zeit nicht angekommen seien. Von den 21 für Warschau bestimmten Kohlenzügen seien in den letzten Tagen 15 nach Petrikau geleitet und dort ausgeladen worden. Im übrigen genüge 1 Kohlenzug für die Bedürfnisse Warschaus nicht, da das Elektrizitäts - werk und das Gaswerk allein 1.000 to brauchten. Selbstverständlich würden die Züge von Warschau angenommen, sie blieben aber vor Warschau liegen, da die dortigen Bahnhöfe völlig verstopft seien.

Abteilungspräsident Fatzen bittet, die außerordentlich schwierige Situation der Ostbahn zu berücksichtigen. Es seien 230 Züge abgestellt, was einer Strecke von über 100 km entspreche. Die Lage werde sich aber allmählich etwas bessern.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß sich Gouverneur Dr. Fischer auf diese allmähliche Besserung nicht einlassen könne. Es müßte vielmehr der örtlichen Instanz die Möglichkeit gegeben werden, die Züge abfahren zu lassen.

Gouverneur Dr. Fischer beklagt sich darüber, daß ihm von dem Ausbleiben der Lebensmitteltransporte keine Mitteilung gemacht werde. Das Eisenbahnpräsidium sende solche

Telegramme nicht an ihn persönlich, sondern er höre erst einige Zeit später davon. So habe man keine Möglichkeit, sich in anderer Weise zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur hält bei allem Vorrang der militärischen Belange eine Rücksichtnahme auf die Interessen des Generalgouvernements für unbedingt geboten. Gerade das militärische Interesse erfordere es, daß im Generalgouvernement Ordnung herrsche. Wenn Aufruhr, Hungerkatastrophen, Seuchen usw. kämen, dann würde die Möglichkeit entfallen, das Gebiet des Generalgouvernements den Reichsinteressen dienstbar zu machen. Die Eisenbahnverwaltung müsse deshalb im Interesse der Wirtschaft des Generalgouvernements notwendige Maßnahmen auch gegenüber dem Militär vertreten.

Abteilungspräsident Fattgen teilt mit, daß zurzeit bereits Verhandlungen mit den militärischen Stellen über diese Verkehrsfrage in Warschau stattfinden.

Gouverneur Dr. Fischer erklärt, daß ihm auch von diesen Verhandlungen nichts bekannt sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht, die Hauptabteilung Ostbahn, sich fürderhin mit den Distriktsverwaltungen ins Benehmen zu setzen.

Abteilungspräsident Fattgen kommt sodann auf den Wagenmangel zu sprechen. Die Ostbahn habe zunächst einmal auf Anordnung des Hauptwagenamtes täglich eine große Zahl Wagen an Oberschlesien abgeben müssen, die sie kaum zurückerhalten werde. Zum anderen kämen naturgemäß die Wagen, die xxxxxx mit den Wehrmachtszügen nach dem Osten gingen, nur sehr langsam zurück. Seit Beginn des Feldzuges bestände angesichts dieses Übergangs über die Ostgrenze ein Minus von über 24.000 Wagen, das sich

für die Ostbahn außerordentlich bemerkbar mache. - Die Öltransporte liefen zurzeit ganz schwach. Übernommen habe man die Linien, die unmittelbar hinter der Grenze lägen, aber noch nicht die Strecke Przemysl-Lemberg.

Oberstleutnant Fischer glaubt nach seiner Kenntnis der Dinge annehmen zu können, daß das ganze Netz in etwa 14 Tagen frei sein werde.

Abteilungspräsident Fattgen glaubt jedoch, daß die Übernahme der restlichen Linien noch etwa 6 Wochen dauern werde. - Personal sei im Distrikt Galizien in Stärke von etwa 1.000 Mann bereits eingesetzt. Allerdings müsse die Ostbahn von dem an sich von der Reichsbahn für Galizien bestimmten Personal einen Teil behalten. Zum Einsatz seien ferner 4 Brückenbauzüge, 3 weitere Bauzüge für Oberbau und Umnagelung und eine Anzahl sonstiger Bautrupps z.B. für die Wiederherstellung des Fernsprechleitungsnetzes gekommen. Die Eisenbahnverbindung von Przemysl nach Lemberg sei auch für den Personenverkehr mit einem Schnellzugpaar hergestellt worden.

Im Dienste der Ostbahn ständen 55-60.000 Polen, 5.000 Reichsdeutsche und einige Hundert Volksdeutsche. Die polnischen Bediensteten hätten sich gerade während des Aufmarsches sehr gut bewährt. Man habe infolgedessen in den folgenden Monaten eine weitere Besetzung der betriebswichtigern Stellen mit polnischen Kräften vorgesehen. Die Polen hätten sich auch als Fahrdienstleiter durchaus bewährt. Nur die leitenden Stellen auf den Hauptbahnhöfen seien mit deutschen Kräften besetzt. Auf den Hauptstrecken werde man die sog. Leitstellen einrichten. Im übrigen müßten die kleineren Stationen mit polnischem oder ukrainischem Personal besetzt werden. Die galizischen Strecken würden zurzeit auf die Normalspur umgenagelt. Eine große Anzahl von Güterwagen für russische Spur könne nicht abtransportiert werden. Es werde erwogen, sie mit Wagenböcken abzutransportieren.

Präsident Lauxmann gibt einen Überblick über die postalischen Verhältnisse im Generalgouvernement. In den letzten Monaten habe der Durchgangsverkehr und die postalische Versorgung der Truppen im Vordergrunde gestanden. Die Feldpost sei nach dem Osten abgerückt. Die Deutsche Post Osten leite die gesamte Post für die Truppe weiter, die auf die Feldpostämter Lemberg, Jaroslau und Brest Litowsk verteilt werde. Trotzdem werde aber an dem weiteren Ausbau der Post im Generalgouvernement gearbeitet. So sei man bestrebt, ab 1. Oktober die Landpostbestellung durchzuführen mit dem Ziele, in den kleineren Orten mindestens zweimal in der Woche eine Zustellung zu ermöglichen. Der Postverkehr der Zivilbevölkerung zeige noch immer eine steigende Tendenz; im Generalgouvernement würden rund 40.000 Briefe am Tage befördert. - Hinsichtlich des Kraftfahrwesens sei die internationale Linie Wien- Preßburg-Krakau zu erwähnen. Der beste Teil dieser Linie liege auf der Strecke Zakopane-Krakau. Auch habe es die Postverwaltung übernommen, die Arbeiter der Organisation Todt mit Omnibussen zu befördern.

Auf dem Gebiete des Fernsprechwesens hätten die Anforderungen der Wehrmacht bei Beginn des Russenfeldzuges bis zu 90% erfüllt werden können. Die Postverwaltung des Generalgouvernements als Durchgangslandes betreue 100.000 km Wehrmachtsleitung. An weiteren Verbesserungen des Fernsprechnetzes werde gearbeitet. Am 15. September könne in Tarnow ein automatischer Fernsprechverkehr eingerichtet werden. Auch werde das automatische Fernsprechamt im Reichshof im November fertiggestellt werden. Ferner habe man den sog. Fernverkehr zwischen Warschau und Krakau eingerichtet, der es ermögliche, in Krakau den Teilnehmer in Warschau unmittelbar zu wählen. Eine gleiche Einrichtung bestehe im Reich nur zwischen Berlin und München. In den letzten Monaten habe man einen Plan fürdie weitere Erschließung des Landes ausgearbeitet. Die zahlreichen kleinen Vermittlungsstellen auf dem Lande würden in größere Fernsprechämter zusammengefaßt. Dieser Plan sei vom Reichspostministerium gutge-

heißen worden und werde im Laufe von 5 Jahren durchgeführt werden können.

Im Distrikt Galizien habe man für den Postdienst ukrainische Beamte eingesetzt. Diese Ukrainer hätten das Postamt gegen alle möglichen Absichten verteidigt. Am 1. August habe man in 15 Postämtern den Dienst aufnehmen können; ihre Zahl sei inzwischen auf 32 gestiegen, denen im ganzen 300 Postanstalten angegliedert werden würden. Der Dienstpostverkehr in Galizien werde mit 70 Kraftwagen aufrechterhalten, die vom Reichspostministerium zur Verfügung gestellt worden seien. Der Postverkehr für das Privatpublikum habe am 15. August mit Postkarten aufgenommen werden können. Nach der Auskunft der Abwehrstelle sei gegen die Einführung des Briefverkehrs für das Privatpublikum ab 15. ~~Oktober~~ September keine Einwendung zu erheben.

Sowohl Präsident Senkowsky wie Reichsbankrat Dr. Dejong haben vom devisenrechtlichen Standpunkt aus Bedenken gegen die Einführung des Briefverkehrs schon ab 15. September und schlagen vor, den Termin bis zum 10. Oktober hinauszuschieben.

Präsident Lauxmann ist bereit, diesen Bedenken Rechnung zu tragen.- Er schließt seinen Bericht mit der Mitteilung, daß der Ausbau des Fernmeldedienstes im Distrikt Galizien rasch vorwärts gehe. Lemberghabe heute schon 3.000 Fernsprechteilnehmer. Der Verkehr zwischen Krakau und Lemberg leide darunter, daß in den letzten Tagen Telegrafenstangen umgefallen seien. Der Verkehr von Jaroslau nach Lemberg werde in 6-8 Wochen aufgenommen werden können. Allgemein werde der Fernsprechverkehr eine Verbesserung erfahren.

Gouverneur Dr. Fischer gibt einen Bericht über die Lage in Warschau, die, wie er ausführt, mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse zurzeit außerordentlich ernst sei. Die Lebensmittelversorgung sei gegenwärtig fast unmöglich. Man habe wohl noch Getreidevorräte für 14 Tage,

wenn sich aber die Transportverhältnisse nicht grundlegend änderten, werde man nach dieser Frist keine Korn mehr in Warschau haben, Das gelte auch für den Landkreis Warschau, der ja versorgungsmäßig als zur Stadt Warschau gehörig betrachtet werden müsse.

Der Kartoffelbedarf für Stadt und Kreis Warschau belaufe sich zurzeit auf 1.200 to. Für diesen Tagesbedarf müßten 80 Waggons zur Verfügung stehen. Seit vielen Wochen hätten an die Bevölkerung keine Kartoffeln mehr verteilt werden können. Auch die Versorgung mit Vieh sei sehr schlecht; die Polen bekämen in den letzten Wochen pro Kopf und Woche 50 gr. Fleisch. Fett sei überhaupt nicht vorhanden. Entsprechend sei die Lage auf allen übrigen Ernährungsgebieten. Die Versorgung sei noch nicht sichergestellt. Man brauche für den Monat September noch 3,2 Mill. Stück Eier und fürihren Transport 21 Waggons. Das gleiche gelte für die Kohlenversorgung. Warschau erhalte nur noch 5 Züge insgesamt und habe in den letzten Monaten 1/6 des Normalbedarfs gestellt bekommen. Dieses Sechstel sei noch bedeutend geringer als die Menge, die im Vorjahre geliefert worden sei. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, ihn darin zu unterstützen, daß Warschau ein Wagenkontingent von mindestens 60 Güterwagen zur freien Verfügung erhalte. Es sei technisch durchaus möglich, diese Wagen in die Militärtransporte einzuschieben. Mit Hilfe von 3 Zügen, die gebildet werden könnten, könnten die notwendigen Lebensmittel zu einem bestimmten Teil herangeführt werden.

Er habe sich unter den obwaltenden Umständen veranlaßt gesehen, den Schleichhandelbekämpfungsplan für Warschau nicht einzuführen, weil Warschau absolut darauf angewiesen sei, Nahrungsmittel ungehindert in die Stadt hineinkommen zu lassen. Er habe dagegen Maßnahmen getroffen, daß die Bekämpfung der gewerbsmäßigen Schleichhänder schärfer gehandhabt werde, und habe zu diesem Zweck 2 Zwangsarbeitslager errichtet, die in der nächsten Woche in Betrieb genommen werden sollen. Diese Lager würden so verwaltet, daß sie sich für die Zukunft selbst trügen. Er halte die

Errichtung solcher Lager für notwendig, weil die Strafverfolgung der Schleichhändler bisher viel zu milde gewesen sei. Das sei zum großen Teil auf das Versagen der deutschen Justizorganisation zurückzuführen: die deutschen Gerichte seien mit Dingen überlastet, die auch von den polnischen Gerichten erledigt werden könnten.

Oberstaatsanwalt Dr. Eden gibt zu bedenken, daß die Sondergerichte für alle Verordnungen des Generalgouverneurs zuständig seien. Infolgedessen seien sie mit allen möglichen Strafsachen belastet, die vielleicht nicht von besonderer Wichtigkeit seien, ihnen aber nicht abgenommen würden. Leider ständen der Justizverwaltung auch zu wenig Kräfte zur Verfügung.

Gouverneur Dr. Fischer setzt seinen Bericht mit der Feststellung fort, daß sonst die Wirtschaftslage in Warschau an sich günstig wäre. Warschau könnte einen Wirtschaftsaufschwung dadurch erfahren, daß z.B. die Danziger Industriewelt großes Interesse an Warschau habe und in anerkennenswerter Weise helfe, deutsche Firmen in Warschau anzusiedeln und deutsche Fabriken zu errichten. Leider werde man infolge des Kohlenmangels keine großen Erfolge auf diesem Gebiete haben. Man müsse für den Winter mit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit rechnen, sofern nicht die Wehrmacht den für sie arbeitenden Betrieben Kohle zur Verfügung stelle.- Die volksdeutschen Angestellten würden angesichts der Hohen Preise in Warschau völlig unzulänglich bezahlt.

Oberregierungsrat Frhr. von Streit erklärt, daß eine Regelung der Gehaltsfrage für die Volksdeutschen in Vorbereitung sei.

Gouverneur Dr. Fischer bittet, für die baldigstmögliche Einführung einer Disziplinarordnung für die reichsdeutschen Beamten Sorge tragen zu wollen,

Hauptabteilungspräsident Westerkamp erklärt, daß die Vorbereitungen für die Einführung einer solchen Disziplinarordnung getroffen seien. Er habe vor mehreren Monaten einen provisorischen Vorschlag eingereicht, der nicht weiterge-

kommen sei. Zurzeit werde über diese Frage mit Berlin verhandelt. Gleichwohl wäre es durchaus möglich, eine provisorische Lösung zu dieser Frage für das Generalgouvernement vorzunehmen.

Gouverneur Dr. Wächter bemerkt, daß man in der polnischen Bevölkerung eine steigende Bereitwilligkeit zur Mitarbeit feststellen könne. So hätten z.B. die in der deutschen Verwaltung tätigen Polen in Przemysl im feindlichen Feuer ihren Dienst getan. Im Baudienst tätige Polen und Ukrainer seien auch in bester Weise beim Kriegsbrückenbau beschäftigt gewesen. Leider müsse man angesichts der schwierigen Versorgungslage bei diesen Arbeitern in steigendem Umfange Ermüdungserscheinungen beobachten. Es mehrten sich die durchaus begründeten Petitionen auf Besserstellung in diesen Kategorien. Das Generalgouvernement habe ein großes Interesse daran, gerade diese Bevölkerungskreise tatsächlich arbeitsfähig zu erhalten. Es müsse deshalb erwogen werden, ob diese Kategorien nicht besser gestellt werden könnten.

Oberregierungsrat Frhr. von Streit weist darauf hin, daß eine Besserstellung bereits erfolgt sei, indem jetzt 100% des im Jahre 1939 gezahlten Gehaltes gegeben würden. Für eine Verbesserung der Naturalverpflegung werde man angesichts der Knappheit der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel kaum etwas tun können.

Der Herr Generalgouverneur hat schon daran gedacht, daß vielleicht eine Zentralintendantur für die Staatsbeamten und Staatsangestellten geschaffen werde.

Präsident Senkowsky regt die Prüfung der Frage an, ob man nicht bei der Ernährung die polnischen Staatsangestellten hinsichtliche der Lebensmittelzuweisungen herausheben könnte. Es gehe nicht an, die polnischen Staatsbediensteten einfach als Normalverbraucher zu behandeln. Hierfür würden vielleicht mit den Angehörigen 500.000 Menschen

in Betracht kommen.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann bemerkt, daß für die in deutschen Diensten stehenden Staatsangestellten bereits die B-Karten gegeben werden. Einer Regelung bedürfe allerdings noch die Frage der Versorgung der Angehörigen dieser Angestellten und Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, die im Interesse des öffentlichen Verkehrs arbeitenden Polen den Rüstungsarbeitern gleichzustellen.

Geschäftsführender Abteilungsleiter Naumann meint, daß sich dieses Problem werde lösen lassen, wenn die Frage der Lieferung an das Reich bzw. an die Wehrmacht ihre Erledigung gefunden habe.

Hauptabteilungspräsident Westerkamp gibt zu bedenken, daß der Gang der Verwaltung durch die Ernährungslage der polnischen Angestellten ernstlich beeinträchtigt werde. Er habe in der letzten Regierungssitzung schon die Frage aufgeworfen, ob man nicht etwa bei den Behörden, in denen Nichtdeutsche arbeiteten, auch im Interesse ihrer Familie besondere Kantinen oder Verkaufsstellen einrichten könne. Man werde ja darauf angewiesen sein, in vermehrtem Umfange Nichtdeutsche zu beschäftigen. Er befürchte nur, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft größere Lebensmittelzuteilungen nicht für möglich halten werde.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptabteilungspräsident Westerkamp an, zunächst einmal listenmäßig Grundlagen für diese Forderungen zu schaffen. Er wünsche jedenfalls, daß die ernährungsmäßige Fürsorge für die polnischen und fremdvölkischen Beamten und Angestellten bzw. ihre Familien dem Range nach in die erste Wichtigkeitszone aufgenommen werden.

Gouverneur Dr. Wächter betont, daß die Ernährungslage naturgemäß in den letzten Monaten sehr schwierig gewesen sei. Es sei aber doch gelungen, die Ernährung einigermaßen aufrecht zu erhalten, wenn auch unter Zurverfügungstellung sehr geringer Rationen für die polnische Bevölkerung.- Die Viehaufbringung funktioniere im allgemeinen gut, ebenso die Getreideeinbringung, die im Hinblick auf die etwas bessere Ernte zu Hoffnungen berechtige. Was die neue Ernte angehe, so weise er auf den großen Mangel an Kunstdünger hin.

Geschäftsführender Abteilungsleiter Naumann bemerkt, daß die aus den Kaligruben gewonnenen Mengen für Galizien zureichend seien, daß man aber für das alte Generalgouvernement in großem Umfange Kali aus Deutschland beziehen müsse. Was Stickstoff anlange, so sei die Kapazität des Moszice-Werke zu 60% ausgenutzt, nachdem lange Zeit hindurch eine Ausnutzung nur zu 40% stattgefunden habe. Das Reich erkläre, daß das Generalgouvernement auf Lieferung von Stickstoff nicht rechnen dürfe, solange es nicht gelinge, die Erzeugungsstätten des Generalgouvernements 100%ig auszuwerten.

Präsident Senkowsky macht einige Zahlenangaben über die Kali- und Salzwerke in Galizien. Das Werk in Kalusz könne in 14 Tagen in Betrieb gesetzt werden, wenn die Zerstörungen behoben seien. Leider seien die Läger gefüllt und das Material könne nicht abtransportiert werden. Durch die Sprengung des Elektrizitätswerkes in Kolomea sei die Stromversorgung unterbrochen, es müsse eine Freileitung von 40 km Länge hergestellt werden, damit die Stromversorgung ermöglicht werden könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich teilt mit, daß die Werke des Generalgouvernements zurzeit mit der Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau wegen der Übernahme eines in Oberschlesien nicht genutzten Aggregats verhandelten. Im

übrigen spiele auch hier wieder die Frage der Kohlenversorgung eine ausschlaggebende Rolle.

Gouverneur Dr. Wächter führt dann in seinem Bericht weiter aus, daß die Aufstallungsaktion für Vieh unter dem Mangel an Futtermitteln leide, der wieder in Zusammenhang mit der Transportlage stehe. In der Milch- und Fettwirtschaft sei man einigermaßen über den Sommer hinweggekommen. Für deutsche Kleinkinder, stillende Mütter und Kranke werde eine Vorzugsmilch ausgegeben. - An Eiern seien 130 Mill. Stück aufgebracht worden, womit das von der Regierung auferlegte Soll um 20% überschritten werde. Vielleicht könnte Warschau damit etwas geholfen werden. - Sehr schlecht sei leider die Versorgungslage auf dem Gebiet der Kartoffeln, weil in großem Umfange Lieferungen an die Wehrmacht getätigt werden mußten und der Nachschub nicht voll funktioniert habe. Die Lazarette würden aus den örtlichen Kartoffelvorräten versorgt. - Die Geflügelerfassung sei sehr gut, ebenso die von Gemüse und Obst. - In dem gewerblichen Wirtschaftssektor sei die Verknappungssituation allgemein bekannt. Die Treibstofflage sei wieder sehr bedrängt, so daß man bisher dem gewerblichen Sektor fast den gesamten Treibstoff entziehen mußte. Daher werde man in der Ernteerfassungsaktion mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, weil die notwendigen Motoren nicht voll in Betrieb gehalten werden könnten. - Bei dem Aufruf der Bevölkerung zum Gespanndienst seien von der Wehrmacht gewisse Entlohnungssätze zugesagt worden, die nachher z.T. nicht eingehalten würden. In den östlichen Kreisen des Distrikts Krakau sei deshalb eine gewisse Unruhe entstanden. - Für die Kohlenversorgung der Stadt Krakau könnten zwar Galeeren, aber keine neuen Dampfer bereitgestellt werden.- In den Distrikten und Kreisen bestehe schon seit längerer Zeit der Wunsch nach Ausfertigung von Kennkarten. Die Distrikte hätten naturgemäß ein starkes Interesse an einer möglichst baldigen Ausstellung von Distriktskarten. Nach seiner Information seien die Antragsformulare zwar im Druck, man müsse aber damit rechnen, daß wöchentlich nur 50.000 Karten für den Distrikt fertiggestellt

werden könnten. Er rege deshalb an, zum mindesten die Drucklegung und Ausstellung der Antragsformulare den Distrikten zu überlassen.

Hauptabteilungspräsident Westerkamp führt die Verzögerung der Drucklegung auf den Mangel an Druckereien zurück. Im übrigen müsse unter allen Umständen die Gleichmäßigkeit der Karte in Farbe, Druck und Art gewährleistet sein.

.Gouverneur Dr. Wächter berichtet weiter, daß sich die Arbeit des polnischen und ukrainischen Baudienstes sehr bewährt habe. Insbesondere habe auch die Wehrmacht zu wiederholten Malen die vorzüglichen Leistungen dieser Organisationen anerkannt. Bei dem Bau der Straße von Krakau nach Krynica habe man mit der großen Schwierigkeit der Beschaffung von Baumaterial und Straßenwalzen zu kämpfen, die dem Distrikt Krakau von der Hauptabteilung Straßenbau weggenommen seien.

Oberregierungs- und Baurat Schmidt weist darauf hin, daß im Distrikt Galizien bzw. hinter der kämpfenden Front auf Hunderte von Kilometern Sandstraßen herzustellen seien. Mit einer Änderung dieser schwierigen Verhältnisse könne man vor Ende des Jahres nicht rechnen.

Regierungsrat Pauly hat über die Lage im Distrikt Radom nichts Besonderes zu berichten. Die Sorgen, die man im Distrikt Radom habe, seien in allen Distrikten die gleichen. Vor allem mache die Ernährungslage der polnischen Bevölkerung der Distriktsverwaltung große Sorge.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum berichtet über die Gesundheitslage im Generalgouvernement und weist insbesondere darauf hin, daß man für den nächsten Winter mit einem Ansteigen des Fleckfiebers im gesamten Generalgouvernement rechnen müsse. Das sei vor allem auf die überaus schlechte

Ernährungslage zurückzuführen, die bereits Fälle von Hungerödem gezeitigt habe. Die Polen und Juden seien für das Fleckfieber viel anfälliger als in normalen Zeiten. Dazu komme ein katatrophaler Mangel an Kohle für Desinfektionsmaßnahmen. Auch müsse die Wehrmacht darauf hingewiesen werden, daß ein weiteres Abziehen von Nahrungsmitte aus dem Generalgouvernement ein starkes Anwachsen der Seuchen zur Folge haben werde.

Der Herr Generalgouverneur will ganz allgemein bedacht wissen, daß diese Seuchegfahr auch eine Reichsgefahr sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob genügend Ärzte vorhanden seien, erwidert Hauptabteilungspräsident Westerkamp, daß der Bedarf an polnischen Ärzten einigermaßen gedeckt sei. Obermedizinalrat Dr. Walbaum teilt mit, daß 70 deutsche Ärzte im Generalgouvernement tätig seien, naturgemäß eine viel zu geringe Zahl. In Lemberg seien bislang keine deutschen Ärzte tätig. An polnischen Ärzten gebe es 6.000 und 1.000 Feldschere. In Lemberg gebe es etwa 2.000 jüdische Ärzte, die man aber für die Seuchenbekämpfung nicht heranziehen könne. Aus allen diesen Gründen solle die Wehrmacht gebeten werden, Ärzte zur Verfügung zu stellen. Einen besonderen Herd für das Fleckfieber bilde das Warschauer Ghetto.

Gouverneur Dr. Fischer bestreitet, daß die Fleckfieberfälle hauptsächlich im Warschauer Ghetto ihren Ursprung hätten. Es s ei g festgestellt worden, daß manche Fälle auch aus dem Distrikt Radom kämen. Richtig sei, daß sich gerade in den Kreisen, in denen keine Ghettos beständen, sich das Fleckfieber stark verbreite.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Besprechung dieser Frage an.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet von einem Anwachsen der Tuberkulose bei der polnischen Bevölkerung in Warschau,

das besorgniserregend sei, und wirft die Frage auf, ob es nicht möglich sei, grundlegende Maßnahmen für die Bekämpfung dieser Seuche zu treffen.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum führt das Anwachsen der Tuberkulose auf die schlechte Ernährungslage zurück. Im übrigen gehöre die Behandlung dieser Frage zur Zuständigkeit des Tuberkuloseausschusses, zu dem sämtliche interessierten Stellen ihre Vertreter entsenden könnten. Daß etwas für die Bekämpfung der Tuberkulose getan werden müsse, sei selbstverständlich. Auch der Stadtmedizinalrat von Warschau habe die Feststellung getroffen, daß infolge der Ernährungslage die Zahl der Tuberkulosefälle innerhalb 2 Jahren angestiegen sei.

Der Herr Generalgouverneur bittet die Gouverneure zu veranlassen, daß die Kreishauptleute bei ihren Berichten auch die Gesundheitsfrage behandelten. Er habe in dieser Regierungssitzung mit Absicht Fragen erörtert, deren Wichtigkeit offenbar im Reich verkannt werde. Gewiß bringe die Lage des Reiches auf dem Gebiete der Ernährung, der Rohstoffbeschaffung usw. ernste Sorgen für die Reichsinstanzen mit sich. Wenn das Generalgouvernement nunmehr in seiner erneuten Größe völlig in den Dienst des Reiches gestellt werden sollte, dann müsse aber auch im Reiche, soweit irgend möglich, eine Zentrale gebildet werden, in der alle diese Fragen erörtert würden. Auf allen Gebieten, für die es im Generalgouvernement nur eine Stelle gebe, habe man es im Reich mit mehreren Stellen zu tun, die alle in der betr. Angelegenheit für sich eine Zuständigkeit in Anspruch nehmen. Er könne bei dieser Gelegenheit Ministerialrat Kadgihn als dem Vertreter des Vierjahresplans den Dank für die Unterstützung aussprechen, die dem Generalgouvernement gerade von der Dienststelle des Vierjahresplans in vorbildlicher Weise bei Erfüllung dieser schweren Aufgaben immer zuteilgeworden sei.

(Schluß der Sitzung 14^{15})

Regierungssitzung

Mittwoch, den 15. Oktober 1941

im Palais Brühl zu Warschau.

=====

Gefertigt in 3 Exemplaren

1. z.d.A. der Kanzl.d.GG.
2. StS. Dr. Bühler
3. Gouverneur Dr. Fischer
-Warschau -

8.11.41

Sondermeyer Meurer

Teilnehmerliste Warschau

an der Sitzung vom 15.10.41 10 Uhr

Rauke

Dr. Boehmcker

Kundler

Schlotterer

Dr. Bielfeldt

Dr. Schubert

Siegert.

Dr. Stahrenberg

Dr. Schröder

Dr. Leibbrandt

Dr. Bräutigam

Dr. Schlüsselburg

Dr. Stuckart

Dr. Lösener

Dr. Kleist

Dr. Ehrich

Dr. Kucher

Dr. Conti

Dr. Hoffmann

Dr. Klopfer

Dr. Stuckart

Dr. Hummelsheim

Dr. Klemm

Beginn der Sitzung: 10^{15} Uhr.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren vom Distrikt Warschau! Herr Gouverneur!

Die Regierung des Generalgouvernements zusammen mit den Vertretern der Partei und den Verbindungsoffizieren der Wehrmacht zur Regierung des Generalgouvernements ist froh, einmal wieder am Dienstsitz des Distrikts Warschau zu weilen. Wir sind gern Ihrer Einladung, mit der Regierung hierherzukommen, gefolgt. Ich danke Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Herren schon jetzt für die Aufnahme, die Sie uns bereitet haben. Wir wissen, welche ungeheuer schwierigen Aufgaben gerade dieser Distrikt zu erfüllen hat. Wir haben aber auch immer mit klarer Einsicht feststellen können, in welch' großartiger Weise die Distriktverwaltung immer wieder mit ihren Aufgaben fertig geworden ist. Unsere Reise hier her soll ein Zeichen der Anerkennung der bisherigen Arbeit dieses Distrikts, zum andern auch ein Ansporn sein, in diesem Sinne weiter Vertrauen zu haben zur Gemeinschaftsarbeit der Regierung und aller Dienststellen.

Es wird dann in die sachliche Beratung eingetreten.

Es berichten:

1. der Gouverneur des Distrikts Warschau
   SA-Gruppenführer Dr. Fischer über
   die allgemeine Lage im Distrikt Warschau;
2. a) der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk
   Rechtsanwalt Auerswald über
   die Juden im Distrikt Warschau,
   b) der Leiter der ‚Transferstelle Warschau und Beauftragte der Bankaufsichtsstelle für die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Banken Bischoff über
   den Wirtschaftsverkehr mit dem jüdischen Wohnbezirk in Warschau;

3. der Dezernent für die Finanzverwaltung der Stadt Warschau Bürgermeister Dr. Fribolin über
   Schwierigkeiten der Städtischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in Warschau;
4. der Leiter der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft in der Distriktskammer Warschau, Handwerkskammerdirektor i.R. Dr. Krug über
   Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau.

(Die Berichte sind dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Der Herr Generalgouverneur: Ich habe mit großer Aufmerksamkeit Ihnen, Herr Gouverneur, und den Herren Referenten gelauscht. Wir alle können Ihnen und Ihren Herren nur für diesen sehr eindrucksvollen Einblick in die Arbeit und Nöte des Distrikts Warschau danken. Ich ersuche die Herren Regierungsmitglieder, zu den Fragen, die in den Berichten angeschnitten worden sind, die Stellungnahme der Regierung oder ihre persönliche Stellungnahme kund zu tun. Ich unterbreche die Sitzung jetzt, wir werden sie morgen vormittag am gleichen Ort fortsetzen.

Für heute nachmittag setze ich eine Sondersitzung in kleinerem Rahmen an, zu der ich eine Gruppe derjenigen Herren hinzuziehen werde, die die vordringlichsten heute erörterten Probleme zu behandeln haben.

(Schluß der Sitzung: 13^{1o} Uhr).

Fortsetzung der

Regierungssitzung

am Donnerstag, dem 16. Oktober 1941.

Beginn der Sitzung: 10^{15} Uhr.

Zunächst referieren

1) Amtschef Dr. Hummel
2) Kreishauptmann Dr. Zimmermann
3) SS- und Polizeiführer Wigand

über ihre Arbeitsgebiete.

(Die Berichte zu 1) und 3) sind dem Protokoll als Anlage beigefügt)

Der Herr Gouverneur erteilt dann Kreishauptmann Zimmermann das Wort.

Kreishauptmann Zimmermann weist daraufhin, dass er ganz kurzfristig den Auftrag bekommen habe, im Namen sämtlicher Kreishauptmänner zu sprechen, und dass daher sein Bericht nicht erschöpfend sein könne.

Die Lage der Kreise im Distrikt Warschau werde durch die Millionenstadt Warschau bestimmt, die ihr Dasein in sämtliche Kreise ausstrahle. Die kleinen Städte in der Umgebung Warschaus stellten an sich wohl mit das Schlimmste dar, was das Generalgouvernement an schlechten Städte besitze. Jeder, der in diesen Städten geboren werde, ziehe nach Warschau, zurückbleiben würde nur das Proletariat. Aus diesem Grunde habe die deutsche Verwaltung in diesen kleinen Städten einen erschütternden kulturellen Tiefstand vorgefunden. Man habe hier einen grundlegenden Wandel schaffen müssen.

Nunmehr sei hier alles so ziemlich in Ordnung. Er habe in seinem Kreis das grosse Bauprogramm abschliessen können, und heute sei es so, dass jeder in diesen Städten tätige Deutsche in einem Rahmen arbeiten und wohnen könne, der dem deutschen Kulturstand entspreche. Leider seien aber diese deutschen Beamten und Angestellten nicht immer so geartet, dass sie von den ihnen gebotenen kulturellen Möglichkeiten den richtigen Gebrauch machten. Er müsse offen sagen, dass in diesen Städten deutsche Menschen eingesetzt seien, die nicht nur fachlich ungeeignet seien, sondern auch charakterliche Mängel besässen. Diese Tatsache sei in den kleinen Städten stärker zu spüren als in Warschau. Das ganze Leben spiele sich zwischen der Dienststelle, dem Kasino und den Wohnungen ab. Irgendwelche Erholungsmöglichkeiten, wie sie die Grosstadt bietet, habe man nicht. Das Kino sei meistenteils schlecht, die Möglichkeiten, Truppen in den kleinen Städten zu stationieren, seien begrenzt. Die Menschen müssten sich

Die Menschen müssten sich daher schneller zusammenschliessen. Nur ein kleiner Teil bewahre die Haltung, die man von einem Deutschen verlangen müsse. Man müsse daher besonders darauf achten, dass nur die besten im Ostraum eingesetzt würden. Er wolle daher besonders die Ausführungen des Amtsschefs unterstreichen, der vor allen Dingen qualifizierte mittlere Beamte gefordert habe. Ihre Zahl müsse nicht gross sein. Wenn jede Kreishauptmannschaft 2 qualifizierte mittlere Beamte erhalte, dann könnten die Aufgaben leicht gemeistert werden. Momentan sei es so, dass kaum ein Beamter oder Angestellter in der Lage sei, dem Kreishauptmann auf dem Gebiet der inneren Verwaltung und des Finanzwesens die Verantwortung abzunehmen, der Kreishauptmann müsse sich daher um alles kümmern.

Gerade im Distrikt Warschau verbinde die Kreishauptmänner ein besonders gutes Vertrauensverhältnis mit der Distriktverwaltung. Ständig habe man den nötigen Rückhalt gefunden. Die wenigen fachlich geschulten Männer in den Kreisen seien stark überlastet, und es sei bei diesen unentbehrlichen Kräften in der letzten Zeit eine gewisse Übermüdung eingetreten. Die Regierung müsse die Frage prüfen, wie sich diese katastrophalen Verhältnisse, die letzten Endes entscheidend seien für die Arbeit in den Kreisen, abändern liessen. Er sei sich darüber klar, dass das Altreich jedem Wunsche in dieser Richtung ablehnend gegenüber-stehe. Er sei selbst längere Zeit im Reich Landrat gewesen und könne aus eigener Anschauung sagen, dass auch dort zu wenig Personal vorhanden sei. Da aber die Aufgaben des Generalgouvernements ebenso wichtig wie die des Reiches wären, müsste doch ermöglicht werden, dass noch manche gute Kraft aus dem Reich ins Generalgouvernement abgegeben werde. Ausserdem sei nach seiner Anschauung der Versuch angebracht, evtl. Verwundete freizustellen, und in der Verwaltung des G.G. einzusetzen. Dadurch werde nicht nur der Verwaltung genützt, so sondern auch manchem Verwundeten, der mit seelischen

Belastungen zu kämpfen habe, ein neuer Lebenswille gegeben.

Dieses alles sei aber nicht ausreichend; man müsse daher der Prüfung der Frage nähertreten, ob man nicht doch den Polen eine grössere Arbeitslast zu eigenverantwortlicher Bearbeitung übergeben solle. Die deutschen Menschen dürfe man nicht mit zuviel Kleinkram belasten. So lange diese Mangellage auf dem Personalsektor andauere, bitte er den Herrn Gouverneur, möglichst wenig bis ins Einzelne regeln zu lassen, sondern den Kreishauptmännern Leitsätze an die Hand zu geben, nach denen sie sich in der Verwaltungsarbeit ausrichten müssten. Seiner Ansicht könne man den Kreishauptleuten schon ein gewisses Vertrauen nach dieser Richtung hin schenken. In der Praxis sei es so, dass es eine ganze Reihe von genau geregelten Gebieten gäbe, deren Regelung bis ins Kleinste wohl vielleicht vom Standpunkt der Regierung wünschenswert erscheine, bei denen aber von vornherein feststehe, dass die Regelung mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht durchgeführt werden könne. Dieser Zustand zwinge die Kreishauptleute, grundsätzlich nicht jede Verfügung der Regierung bis ins Kleinste als verbindlich anzusehen. Dadurch greife bei der Bevölkerung, die diese Anordnungen kennt, die Meinung Raum, dass es mit diesen Verordnungen doch nicht so ernst gemeint sei. Unter diesem Zustand leidet dann die Autorität der Verwaltung; mit der Autorität der unteren Dienststellen steht und fällt aber der ganze deutsche Herrschaftsanspruch im Lande, denn letzten Endes sähe die Bevölkerung nur die Stellen, mit denen Sie in Berührung kommt. Stellen sie bei diesen Stellen eine Handlungsunfähigkeit fest, so verlieren sie den Glauben an die Macht Deutschlands. Er bitte darum, den Kreishauptleuten durch eine Rahmengesetzgebung die Möglichkeit zu geben, überall dort, wo es nötig sei, einzugreifen, selbst wenn die bestehenden Gesetze ihnen dazu keine Mittel in die Hand gäben. Der Kreishauptmann müsste selbstständig handeln können.

Kreishauptmann Zimmermann streifte dann das Verhältnis der Kreishauptleute zur Exekutive:

Man habe jetzt eine ganze Zeit mit dem Sonderdienst zusammengearbeitet und müsse als Ergebnis feststellen, daß er eine ausreichende Hilfe der Kreishauptleute darstelle, wenn seine Führer in Ordnung seien, dass er aber versage, wenn die Führerschaft den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden könne. Die bisher eingesetzten SS-Führer des Sonderdienstes seien jetzt zur Wehrmacht einberufen worden, und dieser Umstand habe sich in der Arbeit des Sonderdienstes schlagartig gezeigt. Die Kreishauptleute müssten daher die Bitte aussprechen, dass die Freistellung dieser Führer für ihre Zwecke wieder herbeigeführt werde. Der Sonderdienst sei für die Kreishauptleute das einzige Exekutivorgan und geradezu hervorragend geeignet, die Notwendigkeiten des täglichen Lebens der Kreishauptmänner exekutiv zu übernehmen.
Bei der Gendarmerie habe man die Erfahrung gemacht, dass das Leben über sie hinweg gehe, sie habe ihre fest umgrenzten Befehle, auf die sie sich berufe, stets. Wenn nun die Entwicklung weitergegangen und neue Notwendigkeiten eingetreten seien, und diese in den Befehlen der Gendarmerie noch keinen Niederschlag gefunden hätten, könne man mit der Hilfe der Gendarmerie nicht rechnen. Daher sei für die Kreishauptleute der Sonderdienst sehr wichtig. Gleichzeitig bitte er darum, dass das Weisungsrecht der Kreishauptmänner gegenüber der Gendarmerie immer wieder betont werde. Das sachliche Weisungsrecht liege zwar in den Händen der Kreishauptmänner, in der Praxis liefen aber die Dinge anders.

Die Ernährung der Bevölkerung in den Kreisen sei gesichert. Die Menschen könnten sich in den ländlichen Bezirken besser helfen als in den Städten. Die im Vordergrund stehende Aufgabe der Kreishauptmänner sei die Ernteerfassung, und hier könne er mit Stolz berichten, dass

es gelungen sei, einen Satz des Ablieferungssolls zu erreichen, den man nicht erwartet habe. Die Kontingente seien um ~~ein~~ 100 % zu hoch berechnet, er hoffe aber, die umgelegte Menge zu erfassen.

Sehr unangenehm wirke sich die ungeheure Preisschere aus. Die Landwirtschaft, die zur Aufrechterhaltung der Produktion ihre Maschinen in Ordnung halten müsste, könne sich nicht die notwendigen Ersatzteile kaufen. Die Zuweisungen auf diesem Gebiet seien viel zu gering. Er spreche ganz offen aus, dass manchmal aus der Not heraus ein Auge zugedrückt würde, wenn man wisse, dass die Ware wenigstens in die richtigen Hände komme. So habe man z.B. zugelassen, dassRüstungsbetriebe bei Bauern, die die ihnen auferlegten Kontingente abgeliefert hatten, kaufen konnten.

Die Ernährung der industriellen Arbeiterschaft sei ein vordringliches Problem. Man könne die Erfahrung machen, dass die Arbeiter einige Tage den Betrieben fernblieben und im Schleichhandel tätig seien. Die Kreishauptmänner seien nicht in der Lage, diese Tatsache abzustoppen. Sie müssten daraufhinweisen, dass dieses Verlassen des Arbeitsplatzes ohne eine einigermassen ausreichende Ernährung der Arbeiterschaft nicht abgestellt werden könne. Die unter diesen Umständen nötige zusätzliche Beschaffung von Lebensmitteln, sei den Arbeitern bei den jetzt sprunghaft in die Höhe steigenden Preisen nicht mehr möglich, und man müsse daher für den kommenden Winter mit ernsten Schwierigkeiten rechnen.

Gleichzeitig sei die Kohlenversorgung unzureichend. Bis jetzt seien nicht einmal die deutschen Dienststellen versorgt. Die Kreishauptleute wüssten nicht, nach welchen Gesichtspunkten die Kohlen verteilt werden, und er erbitte genaue Richtlinien über die Verteilung der Kohlen.

Sehr grosse Sorgen bereite den Kreishauptleuten das deutsche Schulwesen, da die Qualität der hier angesetzten deutschen Lehrer teilweise unter aller Kritik sei. In diesen Schulen würden die polnischen Kinder viel besser unterrichtet als die deutschen. Aus Mangel an anderen geeigneten Kräften könne man auch Lehrer, die fehl am Platze seien, nicht ersetzen. Man müsse der Erziehung der Jugend eine besondere Fürsorge zu teil werden lassen, da die älteren Volksdeutschen in vielen oder den meisten Fällen nicht mehr erzogen werden könnten. Das Schülerheim in Lowitsch zeige eine erfreuliche Entwicklung. Diese Erfahrung rege zur Prüfung der Frage an, ob man nicht die kleinen Landschulen aufheben und die Kinder in Schülerheimen in der Kreisstadt unterrichten solle.

Der Herr Gouverneur erteilt dann dem Geschäftsführenden Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann das Wort.

Der Geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann nimmt Stellung zu den Wünschen, die in der Sitzung am Vortage von den einzelnen Herren in ihren Referaten vorgebracht wurden:

Sehr schwierig sei die Lage auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe geplant, für die Versorgung der Stadt- und des Landkreises Warschau ca.60.000 To. Kartoffeln zu stellen. Durch Lieferungen, die sie an die Wehrmacht auszuführen habe, sei dieser Plan hinfällig geworden.

Auf die Feststellung des Herrn Generalgouverneurs, dass die im Generalgouvernement liegenden Soldaten aus den Beständen des Generalgouvernements ernährt werden müssten, berichtet der geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann, dass die Wehrmacht

pro Woche ca. 400 ts. Fleisch erhalte, weiter für die Zeit vom 15. Okt. 1941 bis 1. Mai 1942 140.000 ts. Kartoffeln, 40.000 ts. Brotgetreide und 500 ts. Butter, grössere Mengen an Frisch- und Dauergemüse, 8.000 ts. Marmelade, 20 - 25.000 ts. Zucker bekomme. Die schwierige Lage in der Kartoffelversorgung lasse nur zu, dass die nichtdeutsche Normalverbraucherschaft für den Winter 2 ztr. Kartoffeln, die A.- und B.-Karten Inhaber je 5 ztr. zusätzlich zur Verfügung gestellt bekommen. Da nun die 60.000 ts. Kartoffeln - wie vorgesehen - nicht nach Warschau geliefert werden könnten, habe sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entschlossen, für den Distrikt Warschau keine Kartoffeln für die Spriterzeugung zur Verfügung zu stellen. Nur die für den menschlichen Genuss unbrauchbaren Kartoffeln würden dazu verwandt. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft glaube, dass durch diese Massnahme eineBesserung für den Distrikt Warschau eintrete.

Während in Deutschland auf das Hektar ein Ertrag von 7,5 ts. umgelegt sei, habe man im Generalgouvernement diese Zahl auf 2,5 ts. festgesetzt. Daher müsse es möglich sein, die restlose Hereinbringung der Kontingente durchzusetzen. Gelänge dieses nicht, so könnte die Hauptabteilung die eingegangenen Verpflichtungen nicht durchführen. Sie sei sich klar, dass bei auftretenden Schwierigkeiten dem Distrikt Warschau mit Sonderzuteilungen geholfen werden müsste.

Leiter
Der Geschäftsführende der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann geht dann auf die Judenrationen ein. Die verlangte Erhöhung der Brotrationen von 700 gr. auf 1.050 kg wöchentlich, zu deren Durchführung 10.000 ts. Getreide benötigt würden, könne er vorläufig noch nicht zusagen. Dagegen könne er sich mit der geforderten Erhöhung der Zucker- und Marmeladerationen sowie der Eierzuteilung einverstanden erklären. Eine grössere

Versorgung des Ghettos mit Fleisch und Fett sei nicht durchführbar. -

Mit Freuden könne er feststellen, dass der Distrikt Warschau in der Getreideerfassung an der Spitze marschiere. Am 13.Okt. 1941 seien schon 46 % abgeliefert gewesen. Die Hauptabteilung für Ernährung und Landwirtschaft hoffe, die 100 % zu erreichen. Die Wehrmacht habe bei Erfassungsaktionen eine Verfügungstellung von Truppen zugesagt, und er ersuche bei Nichtausreichen der Polizei an die Wehrmacht über die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft heranzutreten. Die Frage der Preisschere in der Landwirtschaft sei eine grosse Sorge. Die Produktionskosten müssten so gestaltet werden, dass die Bauern zu den festgesetzten Preisen gewinnbringend abliefern könnten. Die Erzeugungssteigerung sei das A und O einer besseren Versorgung der polnischen Bevölkerung.

2/Gn/1
3

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt aus, daß die im Distrikt und in der Stadt Warschau bestehenden besonderen Schwierigkeiten der Regierung wohl bekannt seien. Man sei deshalb auch bemüht, bei allen Maßnahmen der besonderen Lage der Stadt und des Distrikts Warschau Rechnung zu tragen. Leider wirkten viele ungünstige Umstände zusammen. Im Vordergrunde stehe das Verkehrsproblem, dann die Tatsache, daß die Versorgungsdecke auf dem gewerblichen Sektor viel knapper sei als im Reich. Darüber hinaus habe das Generalgouvernement die Hauptlast des Aufmarsches zum russischen Feldzug getragen. Als sich die Heere am 22. Juni gegen Osten in Bewegung gesetzt hätten, seien diese Schwierigkeiten nicht behoben worden, sondern das Generalgouvernement sei gewissermaßen in die Phase der Hinterfront eingetreten. Aus dieser Tatsache hätten sich Lasten der verschiedensten Art ergeben. Imkommenden Winter werde man wieder mit starken Einquartierungen zu rechnen haben, ebenso mit besonderen Verkehrsschwierigkeiten, da die großen Nachschubwege durch das Generalgouvernement gingen.

Das Bild, das sich aus dieser Lage für die Wirtschaft des Generalgouvernements ergebe, werde durch eine Doppelgleisigkeit des gesamten Wirtschaftslebens gekennzeichnet. Die Wirtschaft zerfalle in zwei Sektoren: einen offiziellen, kontrollierten Sektor und einen nicht kontrollierten Sektor. Im offiziellen Sektor habe man die kontrollierten Preise, die kontrollierte Warenzuteilung, im inoffiziellen Sektor dagegen eine entsprechende Unordnung. Es sei schon gesagt worden, weshalb es im Generalgouvernement nicht restlos gelingen könne, diesen zweiten Sektor einzufangen. Einmal arbeite die polnische Bevölkerung nicht mit, wie etwa die Bevölkerung des Reiches, sondern sie sei sich einig in dem Bestreben, Schleichhandel zu treiben. Ferner ständen der Verwaltung nicht die Machtmittel zur Verfügung, damit im wünschenswerten Maße der unkontrollierte Sektor der Wirtschaft so eingefangen werde, daß durch Herüberziehen der

entsprechenden Warenbewegung in den kontrollierten Sektor wenigstens das Existenzminimum der Menschen aus dem offiziellen Sektor gedeckt werde, was zunächst das Ziel sein müßte.

Aus dieser Tatsache ergäben sich nun sehr bedenkliche Rückwirkungen. Der Lohn sei vielfach in einen offiziellen Geldsektor und in einen weiteren Sektor der Naturalleistungen aufgespalten. Wenn in einzelnen Betrieben dem Arbeiter eine Verpflegung gegeben werde, deren Kosten man nicht vom Lohn abziehe, so sei das eine Naturalleistung, und wenn darüber hinaus für die Angehörigen Lebensmittelzuweisungen erfolgten, so lägen darin weitere Naturalleistungen. Die Deputate stellten hier ein besonders schwieriges Kapitel dar. Wenn also z.B. die Ostbahn ihren Bediensteten Deputatkohle gebe und die polnischen Eisenbahner diese Kohle, darüber hinaus vielleicht auch noch gestohlene Kohle auf dem Schwarzmarkt verkauften, dann liege darin eine Möglichkeit, den Eisenbahnern zusätzlichen Verdienst zu schaffen. Wo es nicht möglich sei, solche Naturalleistungen zu geben, dann träten Erscheinungen ein, wie sie Kreishauptmann Zimmermann gekennzeichnet habe, daß die Arbeitsdisziplin in den einzelnen Betrieben gestört werde, daß die Arbeiter drei Tage in der Woche dem Betriebe fern blieben, um sich auf dem Lande Lebensmittel zu besorgen oder Schleichhandelsgeschäfte zu betreiben. Die Folge sei naturgemäß ein Zurückgehen der industriellen Leistungen und die Unmöglichkeit, eine geordnete Kalkulation aufzustellen. Wenn es darauf ankomme, öffentliche Aufträge aus dem Reich herein zu holen und dann hinsichtlich der vereinbarten Preise eine gemeinsame Grundlage nicht gefunden werden könne, dann würden diese Schwierigkeiten offenbar.

Dagegen gebe es nun nicht das Mittel, etwa den offiziellen Sektor preiszugeben und die Dinge laufen zu lassen, wie das vielleicht in der liberalistischen Zeit der Fall gewesen wäre. Das Ziel könne nur sein, daß man immer wieder

2/Gn/3
3

versuche, den offiziellen, kontrollierten Sektor der Wirtschaft zu vergrößern und den anderen Sektor mit mehr oder weniger drastischen Maßnahmen einzuschränken. Hier etwa mit Lohnerhöhungen zu beginnen, wäre sinnlos, weil es die Verwaltung gar nicht in der Hand hätte, den neuen höheren Stand der Löhne zu fixieren und die Einhaltung dieses Lohnstandes anzuordnen. Schließlich mündeten ja alle diese Dinge beim Währungsproblem, und hier sei die Abhängigkeit vom Reich gegeben. Maßgebend müsse das Verhältnis von 1:2 zwischen Reichsmark und Złoty bleiben.

Sobald die Warenversorgung besser werde und die Krisenverhältnisse aufhörten, werde es möglich sein, den unkontrollierten Sektor der Wirtschaft einzufangen und durch eine reichere Versorgung den offiziellen Sektor zu den Preisen, die heute kontrolliert seien, wiederherzustellen. Man müsse diese Erscheinung eben als besondere Krisenerscheinung werten, aus der man keine Konsequenzen unmittelbarer Art für eine Veränderung der Grundgesetze der Wirtschaft des Generalgouvernements ziehen könne.

Die Kohlenfrage sei nach wie vor im wesentlichen ein Transportproblem. Die Wirtschaft des Generalgouvernements sei hinsichtlich der Kohlenzuteilung vom Reich, und zwar von Oberschlesien abhängig. In Oberschlesien funktionierten die Dinge so, daß die verfügbare Kohlenmenge vom Reichskohlenkommissar gleichzeitig mit einer Waggonrepartierung aufgeteilt werde. Dem gesamtoberschlesischen Kohlenrevier würden vom Waggonhauptamt der Reichsbahn bestimmte Mengen von Waggons zur Verfügung gestellt, daraus müßten sämtliche Lieferungen bestritten werden, die Oberschlesien zu leisten habe, einschließlich der Lieferungen an Italien. Das Generalgouvernement könne auf diesem Wege nur dann mehr Kohle erhalten, wenn es in der Waggonrepartierung besser abschneide. An ständigen energischen Bemühungen habe es nicht gefehlt. Nach einer Vereinbarung mit dem Leiter der Reichskohlenstelle Generaldirektor Pleiger solle das Generalgouvernement täglich 2 000 t Kohle mehr bekommen, wenn vom

2/Gn/4
3

Generalgouvernement 6 000 Arbeiter für den Kohlenbergbau zur Verfügung gestellt würden. Er habe dieses Geschäft sofort abgeschlossen, ohne zu wissen, ob es ihm gelingen würde, die 6 000 Arbeiter zu beschaffen. Im alten Generalgouvernement seien diese Arbeitskräfte nicht aufzutreiben gewesen, und wenn sie tatsächlich ans Reich abgegeben würden, dann sei es nur durch einen Vorgriff auf den Distrikt Galizien möglich. Immerhin sei die Beschaffung dieser 6 000 Arbeiter sichergestellt. Leider begegnet der Abtransport wieder größten Schwierigkeiten. In Stanislau hätten sich Läger dieser Arbeitswilligen gebildet, die mehrere Tage lang nicht hätten abbefördert werden können. Sobald die Arbeiter im Reich angelangt seien, trete die Vereinbarung in Kraft. Erfreulicherweise habe man auf Grund dieses Abkommens schon entsprechende Vorschüsse erhalten. Er habe jetzt eine Besprechung gehabt, in der die Verdopplung dieses Kompensationsverfahrens in Aussicht genommen worden sei. Wennweitere 6 000 Arbeiter geliefert würden, dann bestehe die Aussicht weitere 2 000 t Kohle täglich zu erhalten.

Die Kohlentransportlage sei während der Dauer des russischen Feldzuges ganz außerordentlich ungünstig gewesen und habe den ganzen Kohlenwirtschaftsplan des Generalgouvernements über den Haufen geworfen. Dieser Kohlenwirtschaftsplan laufe normalerweise so, daß im Frühjahr mit der Schaffung von Vorräten in erster Linie bei der Landwirtschaft begonnen werde. Man habe Vorräte an Druschkohle sowie für die Zuckerfabriken und die Brennereien gelagert. Es sei aber nicht gelungen, diese Vorratsmengen während der Vorbereitungen zu dem Ostfeldzug durchzubringen. Dadurch sei man jetzt auf der ganzen Linie in einen Rückstand gekommen. Erst jetzt habe die Landwirtschaft ganz kurzfristig mit der Kohle beliefert werden können. Man trete in die Wintermonate ein, ohne für die Versorgungsbetriebe einen entsprechenden Vorrat beschafft zu haben.

2/Gn/5
3

Die Kohlensituation sei seit Juli d.J. verhältnismäßig flüssig gewesen: man habe im wesentlichen 10 000 t Kohle hereinbekommen. Bei der Verteilung dieser Kohle gehe man selbstverständlich von einer Dringlichkeitsskala der Kontingentsträger aus. Man dividiere nicht etwa eine bestimmte Zahl durch 4 und teile jedem Distrikt ein Viertel zu; denn das wäre kein Verteilungsmaßstab. Bei der Normalverteilung, wie sie gegenwärtig bei der Lieferung möglich sei, erhielten die Versorgungsbetriebe 260 000 t Kohle, Rüstungsbetriebe 25 000 t, Kriegs- und lebenswichtige Betriebe 37 000 t, die Landwirtschaft 60 000 t. Die Landwirtschaft habe effektiv im September 96 000 t erhalten. Die sonstige Industrie erhalte 5 000 t, die Kleinindustrie, Handwerk, zivile Dienststellen, Hausbrand usw. 37,500 t. Die Zuteilung spalte sich in eine zentrale und eine regionale auf. In jedem Distrikt bestehe eine Kohlenverteilungsstelle als Unterabteilung der Bewirtschaftungsstelle. Aufgabe dieser Stelle ist es, die kleineren Versorger, die nicht unmittelbar von der Regierung durch geschlossene Züge versorgt werden müßten, wie die Elektrizitätswerke und Großverbraucher,regional bei der Zuteilung zu bedenken. Daß diese regionale Verteilung nun sehr leicht einen Restposten lassen werde, für den nicht mehr sehr viel zur Verfügung stehe, ergebe sich aus der ganzen Natur dieses Zuteilungswesens. Man könne aber den Sektor der Kleinversorgung nicht zu Lasten z.B. der Versorgung der Rüstungsbetriebe vergrößern. Der letzte Restposten sei derjenige für die Polen. Jedenfalls müßten die großen Elektrizitätswerke eine zentrale Zuteilung haben, ebenso alle diejenigen Werke, die auf geschlossene Züge angewiesen seien. Rein verkehrsmäßig ergebe sich, daß eine um so größere Kohlenmenge transportiert werden könne, je mehr es gelinge, geschlossene Züge durchzubringen. Es halte naturgemäß den Verkehr sehr auf, wenn bunte Züge aufgestellt würden, rangiert und etwa für fünf verschiedene Empfänger Wagen ausgesondert werden müßten.

Kreishauptmann Zimmermann wünscht für den Restposten von 57 000 t die Aufstellung eines Regulativs. Den Kreishauptmännern müsse eventuell zahlenmäßig bekanntgegeben werden, mit welchen Mengen sie für Hausbrand, Bäckereien und andere Betriebe rechnen können. Vielleicht könnte man erreichen, daß den Kreisen eine bestimmte Menge Kohle zugeteilt und dem Kreishauptmann die Verteilung übertragen werde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß für diese Frage der Kohlenbeauftragte beim Distrikt zuständig sei. Im übrigen würden ja keine Schwierigkeiten auftreten, wenn für diesen Restposten der Kleinverteilung entsprechende Mengen zur Verfügung ständen. Der mit der Verteilung Beauftragte befinde sich jetzt in einem Dilemma: er werde einerseits gedrängt, für Dienstgebäude Kohle zur Verfügung zu stellen, andererseits kämen auch noch alle möglichen anderen Stellen, die Entlausungsanstalten, Krankenhäuser, Hotels usw. mit ihren Anforderungen. Daß da schließlich irgendeine Stelle ausfallen müsse, sei klar.

Die Hauptabteilung Wirtschaft lasse kein Mittel unversucht, um über die offizielle Waggonrepartierung hinaus Kohle ins Generalgouvernement zu bringen. So habe man schwierige Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium geführt, mit dem Ziele, ein Pendelzugsystem von der Kohlengrube an der Grenze zum Generalgouvernement einzurichten. Dabei sei man bestrebt, die geschlossenen Züge aus der allgemeinen Waggonrepartierung in die weiteren Distrikte zu leiten und in einer Nahzone gegebenenfalls die Versorgung auch auf einen Verkehr mit Lastkraftwagen abzustellen. Man könne zwar keine Kraftwagen von den Gruben bis Warschau laufen lassen, aber ein solcher Verkehr sei nach Krakau und ausnahmsweise auch nach Warschau vertretbar. Wenn in dieser Nahzone die Versorgung auf andere Verkehrsmittel übertragen werde - Pendelzüge, Kraftwagen, Panjefuhrwerke -,

dann würden diese Kohlenmengen und auch die entsprechenden Waggons für die Belieferung der Stadt Warschau frei.

Durch eine ganz besonders starke Belastung der Strecken mit Nachschubtransporten sei in den vergangenen Wochen wieder eine Verkehrssperre ausgelöst worden. Sie sei für Warschau Ort und Übergang ausgesprochen. Er habe angeregt, daß bei Wiederholung eines solchen Falles infolge dieser Sperre nicht für Warschau-Stadt bestimmte Kohlenzüge umdisponiert, sondern die Kohlen in Brusko abgeladen würden. Wenn im Winter ganz besondere Notstände aufträten, dann werde man für Hospitäler oder sonstige vordringliche Zwecke von Brusko aus die Kohle schon irgendwie nach Warschau-Stadt hereinzuholen imstande sein. Die Entfernung dieser 30 km müsse überbrückt werden können, vielleicht könnte auch die elektrische Straßenbahn besondere Kohlenzüge erhalten. Jetzt sei auch bei Brusko ein besonderes Kohlenreservelager eingerichtet worden. Nun müßten alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Kohlenreserve für den gedachten Zweck verfügbar sei.

Jede Möglichkeit der Entlastung der Transportwege müsse ausgenutzt werden. Zum Beispiel müsse darauf Bedacht genommen werden, den Strom statt der Kohle zu transportieren. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe die Energielage des Generalgouvernements schon seit langem eingehend untersuchen lassen. Eine erste Autorität des Reiches habe darüber ein Gutachten erstattet. In Verfolg dieses Gutachtens sei als Untergesellschaft der Werke des Generalgouvernements die Ost-Energie-A.-G. gegründet worden. Ihre Aufgabe sei es in erster Linie, beschleunigt eine vernünftige Verbundwirtschaft im Generalgouvernement herzustellen. Im Zuge der Herstellung dieser Verbundwirtschaft sei ein Sofortprogramm aufgestellt worden. Dieses Sofortprogramm sehe im wesentlichen drei Hochspannungsleitungen vor. Man denke daran, dieses Sofortprogramm schon während des Krieges in Angriff zu nehmen. Nur müsse man damit rechnen, daß infolge von Materialschwierigkeiten vor allem auf dem Gebiet der

Beschaffung von Stahl und Aluminium für die Leitungen die Entwicklung nicht so schnell vor sich gehen werde, wie es wünschenswert sei. Jedenfalls solle aber die Fundierung für die Träger der Hochspannungsleitung noch während des Krieges begonnen werden.

Auf die Talsperre in Roschno dürften nicht all zu große Hoffnungen gesetzt werden. Sie liefere 100 Millionen KW-Stunden. In einer Planung für das Dunajec-Becken, die auf Veranlassung der Abteilung Bauwesen durchgeführt worden ist, habe sich gezeigt, daß insgesamt aus dem Dunajec 1,2 Milliarde, also das zwölffache erzielt werden könne. Auch dieses Bauprojekt solle schon während des Krieges in Angriff genommen werden. Diese Arbeit setze ein enges Zusammenwirken mit Reichsminister Dr. Todt voraus. Die Verbindungen seien hergestellt und alle Voraussetzungen für den Beginn der Arbeiten geschaffen.

Die Betriebsstofflage sei im ganzen großdeutschen Machtbereich außerordentlich angespannt. Von Berlin aus seien auch dem Generalgouvernement drastische Auflagen für die Vornahme von Einsparungen gemacht worden. Es sei klar, daß diese Einsparungen irgendwie zu Lasten auch durchaus kriegswichtiger Vorhaben gingen, jeweils auch eine Einschränkung der Produktion des Rüstungssektors zur Folge hätten. An eine Erhöhung der Kontingente könne aber nicht gedacht werden. Die Eisenrepartierung erfolge durchweg in Gestalt von Unterkontingenten, und zwar in der Form, daß der Landwirtschaft, der Ostbahn usw. für ihre Zwecke ein bestimmtes Quantum zur Verfügung gestellt werde. Diese Unterkontingente deckten ungefähr 90 % der Gesamtzuteilung von Eisen. Aus den restlichen 10 % mache man Sonderzuteilungen. In der Zeit vom 1. April bis 30. September d.J. habe der Distrikt Warschau die größte Menge, nämlich 1 700 t, bekommen. In weitem Abstande folgten dann mit 800 t die Gaswerke, mit 500 t die Straßenbahnen, Flußschiffahrt mit 150 t.

2/Gn/9
3

Auf dem Gebiete der Textilien stehe die Zuteilung weitgehend im Zeichen der Ernteerfassungsaktion. Dadurch, daß man die Abrede mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zu treffen habe, könne man hoffen, in den Besitz der Lebensmittel zu gelangen. Der Bezirk Lublin schneide verhältnismäßig günstig ab. Im Distrikt Warschau hätten die öffentlichen Bedarfsträger im Monat August für 600 000 Zloty Textilien erhalten, die kleinen Handwerksbetriebe für 53 000 Zloty. Dazu kämen weiter Sonderzuteilungen an den Einzelhandel mit 750 000 Zloty, Zuteilung für die Ernteerfassung 1,1 Millionen Zloty; ferner seien 30 000 Bedarfsscheine ausgegeben worden, deren Schätzungswert etwa 600 000 Zloty betrage. Es handle sich um eine Monatszuteilung von insgesamt 3,2 Millionen Zloty. Für die Ernteerfassung in Lublin seien im laufenden Monat allein Textilien im Werte von 2,8 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt worden.

Nach den Ausführungen des Rechtsanwalts Auerswald solle die Fleckfiebergefahr in den jüdischen Wohnbezirken des Distrikts größer sein als in der Stadt Warschau. Wenn das richtig sei, dann müßte ja das Fleckfieber in den übrigen Distrikten, in denen es keine geschlossenen Ghettos gebe, viel stärker grassieren als in Warschau. Er halte das nicht für zutreffend. Er könne sich das nur so erklären, daß die Leute, die das Gefühl hätten, daß sie erkrankt seien, am ersten ausbrächen und dann auf dem Lande die Seuche verbreiteten.

Die von dem Leiter der Transferstelle Kr Warschau geleistete Arbeit sei besonders anzuerkennen, wenn auch die Erfolge nur begrenzt sein könnten. Was er, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, schon einmal im Januar gesagt habe, daß sich das Ghetto finanziell nicht tragen, nicht ohne Zuschüsse leben könne, wenn man sich zum Ziel setze, die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten, sei inzwischen bestätigt worden. Die gleiche Erfahrung habe man

auch in Litzmannstadt gemacht. Ein Bericht des Obersten Rechnungshofes des Deutschen Reiches über eine Kontrolle der unverhältnismäßig viel günstigeren ~~liegenden~~ Finanzlage in Litzmannstadt zeige klar, daß sich das Ghetto ohne einen entsprechenden finanziellen Zuschuß nicht halten könne. Damit sei über die Rechtfertigung des Ghettos noch nichts gesagt. Es sei eben ein vorübergehendes Konzentrationslager bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Juden abgeschoben werden könnten.

Insgesamt gesehen habe das Generalgouvernement Aussicht, durch den Hinzutritt des Distrikts Galizien ein wesentlich besseres wirtschaftliches Gleichgewicht zu bekommen. Die Arbeit in Galizien müsse aber zunächst eine Anlaufperiode durchmachen. Auch die Umstellung vom russischen Wirtschaftssystem auf das deutsche erfordere ebenso wie die Regelung der Verkehrsverhältnisse noch Zeit. Für das kommende Jahr bestehe aber die Aussicht, daß Galizien einen wesentlichen Beitrag zur besseren Versorgung des Generalgouvernements leisten werde.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß im Rahmen der Wohnraumbewirtschaftung schon vor längerer Zeit die Miete auf 100 % der Friedensmiete festgelegt worden sei. Diese Maßnahme sei nicht als eine Erhöhung, sondern als eine obere Begrenzung, als ein Mietpreisstop gedacht. Daß er für viele Deutsche praktisch eine Erhöhung der Miete bedeutet habe, sei selbstverständlich. Andererseits habe man dem unerwünschten Zustand ein Ende gemacht, daß sich die Deutschen zum großen Teil überhaupt ohne Bezahlung eine Wohnung angeeignet hatten und z.B. Stenotypistinnen eine 4-Zimmerwohnung bewohnten. Die Erhöhung der Miete auf 100 % müsse grundsätzlich als Richtschnur gelten. Mit dieser Regelung könnten erhöhte Mieten auf das richtige Maß zurückgeschraubt werden.

2/Gn/11
3

Es sei ihm gelungen, für die Deutschen auch auf dem Lande einigermaßen erträgliche Unterkünfte zu schaffen. Man habe zu diesem Zweck immerhin 13 865 Gebäude fertiggebaut und dafür 22 Millionen Zloty aus der Sozialversicherung aufgewendet.

Mit Recht sei festgestellt worden, daß die Neigung der polnischen Arbeiter, den Arbeitsplatz zu verlassen, und sich Lebensmittel und andere Dinge zu verschaffen, nach wie vor in großem Umfange herrsche. Die Gründe dafür seien bekannt, und es gebe auch kein Mittel, dem durch Vorschriften oder sonstige Mittel entgegenzuwirken. Für die Abwanderung der deutschen Angestellten aus den öffentlichen Verwaltungen gebe es allerdings ein Mittel in Gestalt der Verordnung über den Arbeitsplatzwechsel, nach welcher niemand ohne Zustimmung der Arbeitsbehörde seinen Arbeitsplatz wechseln dürfe.

Daß der Einsatz im Generalgouvernement nicht mehr so ideal sei wie am Anfang und man mit Verknappung auf dem Arbeitsmarkt stark rechnen müsse, sei bekannt. Aber man sei im Generalgouvernement immer noch besser daran als im Reich. In Berlin könnten z.B. die gesamten Winterkartoffeln für die Bevölkerung nicht ausgeladen und transportiert werden, wenn nicht 400 Arbeiter aus dem Generalgouvernement nach Berlin gebracht würden. Diese 400 Arbeiter seien von ihm bereitgestellt. Leider könnten sie von Lemberg vorläufig noch nicht nach Berlin transportiert werden.

Die Verfassung der Arbeiterschaft sei, absolut betrachtet, nach wie vor schlecht. Immerhin sei es gelungen, für die Kategorien, die durch seine Abteilung betreut würden - Rüstungsbetriebe und A- und B-Betriebe - in Zusammenarbeit mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und mit ihrer Unterstützung ein gewisses Niveau zu halten. Die Verpflegung der 80 000 Rüstungsarbeiter sei mit den zusätzlich beschafften Mitteln ungefähr ausreichend.

2/Gn/12
3

Mit dem Reich sei ein Abkommen über die Lieferung von Kohlenarbeitern gegen Kohle getroffen worden. Man habe schon über die Hälfte des verlangten ersten Kontingents von 6 000 Mann stellen können. Hier handle es sich in erster Linie um Transportarbeiter und Bergarbeiter für den Westen. Man habe auch schon zusätzliche Kohlenlieferungen erhalten. Zwischen den Löhnen und Preisen bestehe schon seit langer Zeit ein unüberbrückbares Mißverhältnis. Es sei nicht möglich, von der Lohnseite her dieses Mißverhältnis zu korrigieren. Trotz des bestehenden grundsätzlichen Lohnstops sei das System aber doch elastisch gehandhabt worden. Man habe die notwendigen Ausnahmen gemacht, im öffentlichen Sektor dürch Gewährung von Sonderzulagen, und man habe auch auf den privaten Sektor die nötige Rücksicht genommen.

Im Laufe der Tätigkeit der Hauptabteilung habe man dauernd mit zahlreichen Problemen zu kämpfen gehabt. Auch ergäben sich immer wieder neue Schwierigkeiten auf allen Gebieten. Vom Standpunkt der Sozialpolitik könne man die Feststellung treffen, daß es eigentlich schließlich nur ein einziges Grundproblem gebe: die Versorgung, insbesondere die Lebensmittelversorgung. Wenn diese Frage einigermaßen gelöst werden könne und die notwendigsten Mengen dafür zur Verfügung ständen, dann lösten sich damit alle anderen Fragen wie die des Arbeitswechsels, der Arbeitsmoral, der Transportschwierigkeiten usw.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann nimmt zu dem Problem der Preisbildung Stellung und bezieht sich dabei auf die von Bürgermeister Dr. Fribolin gegebene graphische Darstellung, aus der sich ergebe, daß sich die Verhältnisse vom Monat Februar bis zum Monat September d.J. verschlechtert hätten, einmal dadurch, daß die Preise im amtlichen Sektor hauptsächlich für Lebensmittel, dann aber auch die Preise im freien Handel erheblich gestiegen seien.

2/Gn/13
3

Wenn auch die Richtigkeit der von Bürgermeister Dr. Fribolin gegebenen Zahlen nicht angezweifelt werden könnte, so seien aus ihnen doch verschiedene Schlußfolgerungen zu ziehen. Bei dieser Aufstellung stehe dem Lohne des Arbeiters die Menge an Lebensmitteln gegenüber, die er mit seinem Lohne kaufen könne. Hier herrsche eine starke Diskrepanz.Rein theoretisch betrachtet gebe es die Möglichkeit, den Lohn anzuheben und so die Diskrepanz auszugleichen oder die Preise zu senken. Er glaube, daß beide Wege nicht gangbar seien. Es gehe nicht an, die Löhne anzuheben, denn mit dem Anheben der Löhne müßten sich auch wieder die Preise selbst im amtlichen Sektor steigern. Der Lohn sei ja einer der wesentlichsten Faktoren für den Preis. Man würde also mit den Preisen hinter der Höhe der Schleichhandelspreise einherlaufen. Leider sei es auch ausgeschlossen, mit einem Schlag in kurzer Frist die Diskrepanz dadurch zu überwinden, daß die Preise gesenkt würden. Die Preise im amtlichen Sektor hätte man ja noch verhältnismäßig lange in der Hand. Hier lägen ja auch die geringeren Abweichungen. Die Preise im nichtamtlichen Sektor, im sogen.Freihandel, von dem der Schleichhandel einen erheblichen Teil ausmache, hätten gerade das Bild so ungünstig verändert. Wenn man an das Problem des Schleichhandels herangehen wolle, dann dürfe man ihm gegenüber nicht zu Konzessionen bereit sein.Diese Konzessionen würden nämlich in größtem Umfange ganz unmittelbare nachteilige, vorteilige Folgen nur sehr wenige haben. Ein Vorteil würde es vielleicht sein, wenn man gewisse Erleichterungen durchführte, daß damit auch vorübergehende Preissenkungen oder Preisstabilisierungen im Freihandel einträten. Ein ungeheurer Nachteil würde sich aber ganz zweifellos dadurch einstellen, daß dann die Aufgabe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die wesentlichsten Erzeugnisse möglichst 100 %ig, soweit sie nicht in der Landwirtschaft selbst verbraucht würden, zu erfassen, unmöglich gemacht würde. Was im Laufe des Sommers

in den Monaten August und September zur Bekämpfung des Schleichhandels getan worden sei, sei die Ergänzung der der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gestellten Aufgabe, die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu erfassen. In Übereinstimmung mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei er der Auffassung, daß es bei allen Verschiedenheiten im einzelnen, die selbstverständlich in Betracht gezogen werden müßten, grundsätzlich nicht möglich sei, von der Schleichhandelsbekämpfung Abstand zu nehmen, daß vielmehr diese Bekämpfung immer weiter intensiviert und verfeinert werden müsse, um damit den amtlichen Sektor immer weiter zu vergrößern. Gerade die gegenwärtige Zeit stelle diese Aufgabe ganz besonders; denn jedes Versäumnis in diesem Herbst werde sich im Winter und im nächsten Frühjahr nicht wieder aufholen lassen. Man könne damit rechnen, daß die Schleichhandelspreise im nächsten Frühjahr außerordentlich hoch sein würden. Es müsse dann möglich sein, mit den amtlichen Mitteln jenen Teilen der Bevölkerung, die unbedingt für die Zwecke des Generalgouvernements gebraucht würden, zu helfen. Deshalb werde man alle Versuche, die Schleichhandelsbekämpfung wieder einzuschränken, zumindesten mit größter Vorsicht beobachten müssen und darauf prüfen müssen, ob sie nicht geeignet seien, das Erfassungsziel zu beeinträchtigen.

Angesichts der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Kohlenversorgung und der Zuteilung von Arbeitskräften werde es notwendig sein, für alle wesentlichen Wirtschaftsgebiete Dringlichkeitsskalen auch für alle anderen Rohstoffe aufzustellen. Man müsse auch für die Arbeitskräfte eine Übereinstimmung dieser Dringlichkeitsskalen herbeiführen. Es dürfe nicht so sein, daß einem Betriebe alle Hilfsmittel, vielleicht auch alle Rohstoffe zur Verfügung ständen, ihm aber die Kohle fehle, weil ja dann die anderen Hilfsmittel, die Rohstoffe bzw. die Arbeitskräfte brach lägen.

Was das Auseinanderklaffen der Preise auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft und demjenigen der gewerb-

lichen Wirtschaft angehe, so sei es unmöglich, etwa den amtlichen Preis für Kartoffeln mit dem Schleichhandelspreis für Textilien oder den amtlichen Preis des Eisens mit dem nichtamtlichen Preis der Lebensmittel zu vergleichen. Aber selbst wenn man in dieser Weise vergleiche, ergebe sich zumindesten bei den amtlichen Preisen das Vorhandensein der Preisschere in eklatanter Form. Da die nichtamtlichen Preise von Tag zu Tag, auch von Ort zu Ort wechselten, seien absolut einheitliche Feststellungen über die amtlichen Preise kaum möglich.

Man habe sich deshalb schon seit langer Zeit in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen, hauptsächlich mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, bemüht, diesen Schwierigkeiten in etwa abzuhelfen. Wenn die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien, so wegen der ungeheuren Schwierigkeit der Materie, die sich ohne Anwendung von außergewöhnlichen Mitteln überhaupt nicht meistern lasse. Vor einiger Zeit habe der Herr Generalgouverneur den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob dieses so mißliche Problem durch den Einsatz von staatlichen Finanzmitteln gelöst werden könne. Die Vorarbeiten seien soweit gediehen, daß auf einigen besonders wichtigen Gebieten der Landwirtschaft in absehbarer Zeit nicht unbeträchtliche Verbilligungen möglich sein würden. Allerdings ständen noch Prüfungen aus. Vor allem fehle es an einer genauen Übersicht über die Mittel, die für diesen Zweck erforderlich seien. Man hoffe aber, schon in den nächsten Tagen diese Übersicht zu gewinnen, und es werde dann möglich sein, einen Plan für diese Verbilligung im einzelnen vorzulegen.

Die Schwierigkeit des <u>Mietproblems</u> in Warschau sei besonders dadurch gegeben, daß die Verhältnisse in Warschau außerordentlich verschieden lägen. Man habe deshalb versucht, durch statistische Feststellungen ein Bild über diese Unterschiedlichkeit zu gewinnen. Bei der Größe der Stadt Warschau sei das keine einfache Aufgabe gewesen. In Warschau selbst sei nun von der Bewirtschaftungsseite her ein

wesentlicher Schritt insofern getan worden, als man die Deutschen, die ursprünglich weit über das Stadtgebiet verstreut wohnten, immer mehr in Miethäusergruppen zusammenziehe. Mit dieser Zusammenziehung werde die Möglichkeit einer Verbesserung der Lage gegeben. Die kommenden Untersuchungen würden zu konkreten Ergebnissen auf dem Gebiet führen.

Den Preisdienststellen sei ihre Arbeit oft dadurch erschwert, daß die an der Preisbildung beteiligten Dienststellen gegenüber den Problemen der Preisbildung und Preisüberwachung einer Art von Fatalismus begegneten. Sobald sich das Problem des Preises gezeigt habe, hätten manche Dienststellen offenbar das Gefühl, daß man hier doch wohl nicht allzuviel erreichen könne. Man habe sich zu Konzessionen da bereitgefunden, wo es nicht nötig gewesen wäre. Er richte deshalb den dringenden Appell an alle Dienststellen, bei allen Preisfragen nicht von vornherein zu resignieren. Durch geschickte Zusammenarbeit der jeweils beteiligten Stellen werde es sehr oft möglich sein, den Preis auf einer geringeren Höhe zu halten und damit einer weitgehenden Verteuerung der Lebenshaltung wie der Kosten für die Fabrikation zu steuern.

Der Leiter des Amtes für Raumordnung, Oberregierungsrat Dr. Schepers erklärte, dass die Begründung für die vom Distrikt Warschau geforderte Gebietsvergrösserung stichhaltig sei. Die diesbezügliche Eingabe des Distriktes sei vom Amt für Raumordnung bereits geprüft und werde demnächst vom Amt für Raumordnung befürwortend vorgelegt werden.

Hauptabteilungsleiter Präsident Hofrat Watzke äussert sich über die Schulverhältnisse im gesamten Generalgouvernement:

Man habe im Generalgouvernement im Oktober 1939 nur einige wenige deutsche Privatschulen vorgefunden, und es seien in 1 ½ Jahren 300 deutsche Schulen aufgebaut worden. Für diese Schulen habe man Lehrkräfte von überall herholen müssen. Die Folge davon sei, dass die Lehrerschaft im Generalgouvernement heute ein buntes Bild zeige. Aus dem Reich seien nur 46 Lehrer für das Generalgouvernement abgestellt worden. Aus diesem Grunde seien zahlreiche volksdeutsche Lehrer, die zum Teil in polnischen Schulen angestellt waren, aufgenommen worden. Schulhelfer, die in einem Schnellehrgang ausgebildet worden seien, habe man zum grössten Teil als ungeeignet wieder entlassen müssen. Die Hauptabteilung habe sich daher auf das grosse Gebiet der Laienkräfte beschränken müssen. All diese Gründe ergäben ein unsachliches Bild der Lehrerschaft. Dabei dürfe man aber nicht übersehen, dass von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, hier sehr viel guter Wille und sicherlich auch sehr viel begabte Kräfte am Werke seien. Notwendig sei allerdings eine weitere regelmässige Schulung dieser Kräfte. In Zakopane würden Schulhelfer ausgebildet. Ein schwieriges Problem sei die Frage der Laienlehrkräfte. Zu ihrer Schulung stünden die besten Kräfte zur Verfügung. Richtig sei, dass heute Lehrer tätig seien, die selber erst viel lernen müssten. Die Hauptabteilung stehe aber auf dem Standpunkt, dass

es besser sei,

diese Lehrer lieber weiterzubilden als auf sie zu verzichten.

Der grösste Teil der Schulen sei heute mit den nötigen Lehrern versorgt. Das Reich könne hier keine Unterstütung gewähren, man habe das Reichserziehungsministerium unzählige Male auf den vollen Ernst der deutschen Schulverhältnisse im Generalgouvernement aufmerksam gemacht. Zurzeit bereise eine Kommission den Distrikt, um sich selber von den Zuständen zu überzeugen. Im Reich fehlten heute ca. 16.000 Lehrer, 2/3 aller Kräfte dienten bei der Wehrmacht. Weiter habe das Reich zum Aufbau des Schulwesens in Elsass-Lothringen, in den Gauen Ober- und Niederschlesien, Wartheland und Danzig-Westpreussen Hunderte von Lehrkräften abgeben müssen. Er könne mitteilen dass die Schulverhältnisse der deutschen Schulen im Generalgouvernement um 100 % besser seien als die in den neuen Gauen des Reiches.

Ein Nachwuchs an Lehrkräften fehle fast vollständig, das komme daher, dass die Bezahlung schlecht sei. Weiter würden die Lehrerberufe tagtäglich in Presse und Film herabgesetzt. Aufgabe der Partei sei es, hier eine Abänderung herbeizuführen. Auch die vielfach gehegte Hoffnung, ausgediente Unteroffiziere für den Lehrereinsatz heranzuziehen, werde sich nicht erfüllen.

Von den Lehrern, die die Hauptabteilung mit soviel Mühe geworben habe, seien im Verlauf des Herbstes bei der Aussiedlung der Cholmer- und Lubliner Deutschen 92 Lehrer abgerufen worden. Alle Vorstellungen der Hauptabteilung auf Zurückholung dieser Kräfte ins Generalgouvernement seien vergeblich gewesen. Weiter dürfe man nicht übersehen, dass die Lehrer und Lehrinnen draussen in den Distrikten unter fast unwürdigen Verhätlnissen leben müssten. Man schäme sich als Deutscher, ihnen solche Lebens

verhältnisse zuzumuten. In zahlreichen Fällen sei keine anständige Unterkunft vorhanden gewesen. Die Verpflegung sei mangelhaft; während der letzten Winters hätten ~~nicht~~ nicht einmal Heizmaterialien zur Verfügung gestanden.

Die Hauptabteilung Erziehung und Wissenschaft sehe sich vor 2 Möglichkeiten gestellt: Einmal müsse sie die Ausbildung der Lehrer selbst in die Hand nehmen, da es eine Angelegenheit sei, die nicht von heute auf morgen durchzuführen sei, sondern zu deren Verwirklichung man 4 - 5 Jahre benötige. Zum zweiten müssen die Schüler der vielen kleineren deutschen Schulen in Schülerheimen an grösseren Orten untergebracht werden. Seit Monaten arbeite man in dieser Beziehung mit der Partei zusammen.

Er müsse anerkennend hervorheben, dass in Lowitsch eine vorbildliche Arbeit geleistet wòrden sei. In Warschau bestünden zurzeit 2 grosse deutsche Schulen mit 1.200 Kindern und 28 Lehrkräften, 1 Handwerkerschule mit 350, 1 Haushaltungsschule mit 350, 1 gewerbliche Berufsschule mit 300, 1 Oberschule für Jungen mit 220 Schülern, 1 solche für Mädel mit 220 Schülerinnen. Den beiden Letzten seien Schülerheime angefügt.

Aus diesen Angaben sei zu ersehen, dass kleine Mängel, die da und dort aufträten, gegenüber dem Zustand des deutschen Schulwesens im gesamten Distrikt Warschau nicht ins Gewicht fielen. Gerade in diesem Distrikt sei vorbildliche Arbeit geleistet worden. Der Hauptabteilung sei bekannt, dass noch 3 Orte ohne Lehrkräfte vorhanden seien.

Der Leiter des Amtes für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erklärte, dass die Initiative für die zu erlassenden Verordnungen bei den Fachabteilungen liege. Vielleicht müsse man mehr die Stellungnahme der einzelnen Distrikte zu den Verordnungen heranziehen. Das sei schon bei einer ganzen

KO/4
9

Reihe von Vorlagen gemacht worden. Gerade in dieser Sitzung sei wieder eine neue Verordnung Wirklichkeit geworden und zwar die Verordnung hinsichtlich der Strafdrohung bei unbefugtem Verlassen des jüdischen Wohnbezirks. Seiner Ansicht nach, müsse eine Entlastung in der Richtung gehen, dass man eine Reihe von Verwaltungsaufgaben wieder den Polen selbst übertrage, und in dieser Richtung könne auch die gesunde Mittellösung der deutschen Gesetzgebung im Generalgouvernement gefunden werden.

Der Leiter der Hauptabteilung Justiz Ministerialrat Wille äusserte sich zu der vom SS- und Polizeiführer angeregten Verschärfung der Strafgesetze. Er sei von Anfang an dafür gewesen, dass in den Verordnungen scharfe Strafdrohungen enthalten sein müssten. Auf dem gleichen Standpunkt stehe er auch heute noch. Der Verordnung, die die Todesstrafe bei unberechtigtem Verlassen des jüdischen Wohnbezirkes vorsehe, habe er zugestimmt, weil die Begründung durch die Hauptabteilung innere Verwaltung ausserordentlich eindrucksvoll sei. Im Generalgouvernement seien die bestehenden Strafdrohungen sehr scharf. Auf vielen Gebieten seien sie weit höher als im Reich, obwohl dort durch allgemein gehaltene Gesetze dem Richter auf strafrechtlichem Gebiet ein grosser Strafrahmen nach oben zur Verfügung steht. Aus dieser Sachlage könnten sich aber 2 Gefahrenpunkte ergeben, auf die er hinweisen wolle. Die allgemeine Erfahrung lehre, dass

1.) durch Fortsetzung scharfer Strafdrohungen das Empfinden der Bevölkerung abgestumpft werde und

2.) dass von diesen schweren Strafdrohungen beim Urteilsspruch kein Gebrauch gemacht werde.

Im Vordergrund des Interesses stehe die Bekämpfung der Preistreiberei. Auf diesem Gebiet könne man die augenblickliche Lage nicht als schön bezeichnen. Im Januar 1940 sei die Verordung über Preistreiberei, die schon

B/No /5

Strafen vorsehe, geschaffen worden. Im April 1940 sei dann die Preisbildungsverordnung erlassen worden, die nach dem Vorbild des Reiches das Ordnungsstrafverfahren vorsehe. Darüber hinaus sei im Mai dieses Jahres an die Hauptabteilung Justiz der Wunsch herangetragen worden, fliegende Gerichte zur Bekämpfung zur Verfügung zu stellen. Daraufhin habe die Hauptabteilung für besondere Aktionen, die vom Amt für Preisbildung geplant war, vorerst für 2 Distrikte solche Gerichte geschaffen.

Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass in den Stellen, die fachlich für die Preisbildungsfragen zuständig seien, Übereinstimmung darüber nicht bestehe, wie man eigentlich dem Schleichhandel zu Leibe gehen soll. Dr. Krug habe erklärt, dass Betriebe ihre Versorgung durch Schleichhandel sicherstellten. Eine wirksame Bekämpfung sei so lange nicht möglich, als die Übereinstimmung in den einzelnen Stellen nicht erzielt sei. Wenn die deutsche Verwaltung nicht in der Lage sei, den Schleichhandel wirksam zu bekämpfen, dann würden auch weitere Strafdrohungen nichts nützen. Die Hauptabteilung Justiz sei bereit, die endlich festgelegte Politik zur Bekämpfung des Schleichhandels, zu unterstützen.

Zu den Ausführungen des Kreishauptmann Zimmermann, betreffend den Einsatz der Gendarmerie erklärte der SS- und Polizeiführer Wigand, dass die Anordnungen des Kommandeurs der Ordnungspolizei an die Gendarmerie stets auf Weisung der einzelnen Dienststellen des Distriktes erfolgten. Den Kreishauptleuten müssten darüber hinaus die Möglichkeiten gegeben werden, der Gendarmerie unmittelbar Weisungen zu erteilen.

Der Leiter der Abteilung Polizeiwesen in der Hauptabteilung innere Verwaltung Landrat Dr. Schönhals äussert sich über Polizeifragen. Organisatorisch sei die Verwaltung der Polizei im Generalgouvernement in die innere Verwaltung

eingegliedert. Hier liefen alle Fäden auf polizeilichem Gebiet zusammen. Es sei nicht so, dass nur die Abteilungen der inneren Verwaltung mit polizeilichen Arbeitsgebieten zu tun hätten, auch von anderen Abteilungen ergingen Verordnungen, die polizeilichen Einschlag hätten. Zu den Ausführungen des Kreishauptmann Zimmermann über ein Weisungsrecht der Kreishauptleute gegenüber der Gendarmerie, müsse er erklären, dass hier alle offenstehenden Fragen in ein Polizeiverwaltungsgesetz, wie es im Reich bestünde, zusammengefasst werden müssten. Dabei müsse die Dreiteilung: Regierung, Oberste Polizeibehörde, Gouvernoure verankert werden.

Landrat Dr. Schönhals behandelt dann einige vordringliche Fragen aus dem polizeilichen Sektor. Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über das Entweichen aus dem Ghetto, werde es nötig sein, dass die Kreis- und Stadthauptleute ihre bisherigen Anordnungen nochmals genau überprüften und erforderlichenfalls nochmals bekanntmachen würden. - Die Luftschutzmassnahmen blieben weiterhin inkraft. Auf diesem Gebiet würden in den nächsten Tagen noch Anordnungen ergehen. Die Hauptschwierigkeiten lägen hier im Strassenverkehr, z.B. in der Kontrolle der Kraftfahrzeuge und ihrer vorschriftmässigen Verdunklung. -
In Vorbereitung sei eine neue Ordnung des Meldewesens der Ausländer. Die Kennkartenaktion sei gegenwärtig im Gange.

Neben polnischen und ukrainischen Polizeikräften seien im Generalgouvernement viele Kräfte der deutschen Polizei eingesetzt. Der Verwaltung stehe für besondere Aufgaben der Sonderdienst zur Verfügung. Die vorhandenen Polizeikräfte reichten den Kriegsverhältnissen entsprechend aus. Die Sicherheit sei gewährleistet, und es werde auch weiterhin alles getan werden, um diesen Zustand beizubehalten.

Staatssekretär Dr. Boepple machte dann einige zusammenfassende Ausführungen. Vor einigen Wochen habe ihn der Herr Generalgouverneur aus dem ruhigen Bayern in sein arbeitsträchtiges Gebiet geholt, und er müsse sagen, dass sehr viel Interessantes auf ihn eingeströmt sei. Die Warschauer Regierungssitzung bezwecke einen gegenseitigen direkten Meinungsaustausch. Die Regierungsmitglieder hätten ausserordentlich viele Anregungen erhalten.
Die Urlaubsfrage werde von der Regierung in dem angeregten Sinne geregelt. Der Stellenplan für das Generalgouvernement sei so ziemlich fertiggestellt. Der Grundsatz des Generalgouverneurs, die Aufgaben, die ihm der Führer übertragen habe, aus eigener Kraft zu lösen, sei durchgeführt.

Im Verlaufe der Sitzung habe man gehört, dass der Nachwuchs an Beamten,und nicht nur bei den Lehrern,sondern auch bei den Verwaltungsbeamten,sehr mangelhaft sei. Daher sei es selbstverständlich, dass in dieser Richtung etwas geschehen müsste. Die Verwaltungsschulen seien im Aufbau begriffen, ganz besonders werde er sich der Lehrerfrage annehmen. Die Einrichtung von Internaten halte er für absolut richtig. Aus den Schülern dieser Heime lasse sich dann auch der Nachwuchs an Lehrkräften rekrutieren.

Ein wichtiges Problem sei der Wohnungsbau. Wenn der deutsche Beamte hier leben solle, müsste er selbstverständlich Verhältnisse vorfinden, die ähnlich denen des Reiches seien. Hier müsse alles getan werden, besonders nach Beendigung des Krieges, wenn die Rohstoffe in reichlicherem Masse zur Verfügung stünden.

Die Regierungsmitglieder würden alles, was in dieser Sitzung an Anregungen aufgetaucht sei, eingehend beraten und das Versprechen abgeben, alles irgendwie Mögliche zur Ausführung zu bringen.

Der Leiter der Abteilung Bauwesen Präsident Bauder erklärt, dass das Bauen im Generalgouvernement im Gegensatz zu der gegenwärtigen Lage im Reich absolut nur eine Verkehrsfrage sei. Die Baumaterialien und die Menschen seien vorhanden, die Kontingente stünden in einigermassen ausreichenden Mengen zur Verfügung. Nach Lösung der Verkehrsfrage seien die anderen mit dem Bauen zusammenhängenden Fragen keine Probleme mehr. Auf dem Gebiet des Strassenbaues müssten die Arbeiten eingestellt werden, weil keine Waggons zu bekommen seien.

Der Herr Generalgouverneur hält dann folgende Schlussansprache:

Herr Gouverneur, meine Herren!

Ich möchte die Tagung schliessen und allen danken für die Teilnahme an den gestrigen und heutigen Besprechungen. Einen grossen Teil der gestern geäusserten Sorgen und Nöte des Gouverreurs habe ich gestern in einer Besprechung im kleineren Rahmen beseitigt. Ich glaube, dass der Distrikt Warschau mit dem Ergebnis dieser 2 Tage zufrieden sein kann. Es ist für uns alle eine Freude, dass der Herr Gouverneur gütigst zu lächeln geneigt ist. (Heiterkeit)

Es kommt bei uns im Generalgouvernement darauf an, dass wir die eiskalte, klare Linie, die wir nunmehr das 2. Jahr durchgehalten haben, nicht vergessen, und die da lautet, dass über dem sicherlich feststehenden Ergebnis unserer Verwaltungsarbeit die grosse Pflicht lag und liegt, in dem Gesamtgefüge der Kriegsnotwendigkeiten des Reiches unseren Platz ausgefüllt zu haben.

Wenn im Reich die Gauleiter und Landräte einerseits und die Reichsminister andererseits zu einer derartigen Sitzung wie hier zusammenkommen könnten, so würde man als deutscher Verwaltungsmann darauf stolz sein können. Im Reich besteht diese Möglichkeit aber leider nicht. Es ist das erste Mal in der Verwaltungsgeschichte überhaupt, dass der Chef eines Landes mit den Mitgliedern der Regierung in das Land reist, um dort Ergebnisse für eine fruchtbare weitere Zusammenarbeit zu sammeln. Wir im Generalgouvernement sind das Laboratorium für die Möglichkeiten einer Verwaltungsreform. Der ganze Aufbau der Verwaltung, den der Führer selbst zu Beginn der Arbeit mit mir eingehend besprach, der Versuch, die Einheit der Verwaltung in dem einzigen möglichen Sinn, den wir hier durchgeführt haben, in die Tat umzusetzen und diese Einheit der Führung und organischen Wirksamkeit auch in der Partei durzusetzen, hat zukunftweisende Bedeutung für das Reich. Wirmerken das bei allen Verhandlungen. Wenn ein Mitglied der Regierung als einzig massgeblicher Repräsentant des Generalgouvernements bei Verhandlungen in Berlin eine Klärung herbeiführen will, so muss er mit 3, 4 oder 5 Reichsstellen gleichzeitig über die gleiche Materie verhandeln, da die Zuständigkeitsfülle des Reiches durch den Krieg nicht reduziert werden konnte. Diese auch durch die Notwendigkeiten erzwungene Einfachhaltung des Verwaltungsapparates des Generalgouvernements bringt die Möglichkeiten einer klaren Führung mitsich. Des weiteren bringt sie aber auch jene Schwierigkeiten mit sich, deren Zeugen Sie ja selbst sind. Der Mangel an Menschen beginnt sich auch als die grosse Sorge der Reichsorganisation anzukündigen. Man hegt jetzt die grosse Hoffnung, dass sich nach Kriegsende die leeren Plätze wieder füllen würden. Wir Deutschen waren ein Volk ohne Raum,-passen wir auf, dass wir nicht ein Raum ohne Volk werden. Auuh nach dem siegreichen Ende des Krieges wird das deutsche Reich eine grosse Wehrmacht unter-

halten müssen. Das Reich wird sich in seinem Gefüge elementaren Vereinfachungsnotwendigkeiten seiner Verwaltung, wie wir sie hier aus Not und Zwang durchgeführt und erprobt haben, nicht verschliessen können. Jeder von Ihnen arbeitet in diesem Laboratorium. Wenn jetzt Reichsmarschall Hermann Göring feststellen kann, dass das Generalgouvernement das einzige der seit 1939 besetzten Gebiete ist, in dem einigermassen Ordnung, Frieden und Arbeitsmöglichkeiten bestehen, so ist das auch für Sie, meine Herren, eine grosse Anerkennung. Diese Anerkennung hat auch der Führer, als ich 2 Tage vor dem Einmarsch in Russland bei ihm in der Reichskanzlei weilte, in schönsten Worten ausgesprochen.

Wir stehen nunmehr in dem vergrösserten Generalgouvernement vor der Notwendigkeit, mit den jetzt vorhandenen Kräften ebenso wie in Fortsetzung der bisher bewährten Methode, die Arbeit fortzusetzen. Es wird immer besser und nicht schlechter. Die Entwicklung der Ernährung, der Versorgung, der Preispolitik, das schwierige Ineinklangbringen von einzelnen Einstellungen ist alles hinzunehmen als ganz kleiner Schatten, der über unserer Arbeit liegt. Ich wünschte, meine Herren, dass Sie Einblick hätten, in die teilweise doch durch den Krieg sehr erschwerte Gesamtlage unseres Reiches und Volkes. Sie wissen, dass gerade alle Probleme, wie wir Sie hier erörtern, wie Preistreiberei, Schleichhandel, Kriegsschiebertum im deutschen Reich leider in kaum zu verkennendem Umfang im stärksten Anstieg begriffen sind und eine ernste Sorge der Regierung darstellen. Angedeutet sei nur, dass man im Reich die fluktuierende Kaufkraft kaum eindämmen kann, dass es jetzt zu kaum mehr erträglichen Kaufmanieren kommt. Es wird nicht mehr gekauft, was man braucht, sondern alles, was man haben kann. Auch die Haltung des Preisgefüges bereitet der Reichsregierung grosse Sorgen. Sie wissen auch, dass

die ausreichende Lebensmittelversorgung des Reiches besonders mit Fleisch und Fett ernste Sorgen in sich birgt. Hier müssen wir uns als Deutsche immer wieder sagen: Wenn Nöte durch den Krieg kommen, dann soll sie das deutsche Volk, weiss Gott, zuletzt spüren. Wenn jemand hungert, dann das deutsche Volk zuletzt, wenn jemand Not und Elend hat, dann das deutsche Volk zuletzt, und wenn Währungen erschüttert sind, dann die Währung Deutschlands zuletzt. Das muss jetzt eine nützliche und nationalsozialistisch auch notwendige Erkenntnis sein, die uns durchziehen muss. Ich möchte einmal wissen, wenn eine polnische Besatzungsbehörde in Berlin sässe und dann ein Distrikt Mark Brandenburg unter polnischer Besatzungsherrschaft zusammenträte, ob man dann mitderart ruhiger Sachlichkeit objektiv über die Bedürfnisse in dem polnisch besetzten Distrikt Brandenburg verhandeln würde, wie wir das hier tun. Vergessen Sie nie, dass wir hier Todfeinde haben. Wir leben nicht in einer befriedeten Umwelt. Es handelt sich darum, wie lange halten die Energien des deutschen Volkes die Führung dieser Riesenräume so durch, dass sich aus einer natürlichen blutmässigen Quelle der unterworfenen Völker keinerlei Widerstand zu rühren vermag. Es ist klar, dass die deutsche Verwaltung immer wieder diese schwierige Linie des Ausgleichs zu finden hat, die das Gesamtinteresse des deutschen Volkes in erster Linie berücksichtigt aber auch die Bedürfnisse des Nebenlandes. Interessant für mich war, dass einer der Redner offen sagte, die Minderversorgung an Lebensmittel verhindert die Juden, Gewaltakte auszuführen. Es hat aber keinen Wert, wenn wir nur den Grundsatz haben, die Polen müssten verhungern. Das ist schön zu sagen, wenn man aber den Dingen auf den Grund gehe, dann tauchten die Fragen auf, wieweit muss unsere Fürsorge gehen, dass sie für die 70.000 Eisenbahner der Ostbahnen und die Hundertausende von Arbeitern, die unseren Diensten stehen, erträglich ist.

Wir Nationalsozialisten müssen in diesem Raum eine mustergültige Verwaltung mit grosser Elastizität aufbauen. Wir müssen in diesem Raum die restlose Durchsetzung der Führung erreichen und alles darauf vorbereiten, dass dieses Gebiet einmal in absehbaren Jahren ausschliesslich deutsches Siedlungsland wird, und dass dieses Gebiet ab sofort dem Reich möglichst geringe Schwierigkeiten macht. Wir müssen einsehen, dass wir ganz wenig Männer sind, die diese Riesenaufgabe zu erfüllen haben.

Ich habe mich sehr über die Ausführungen des Kreishauptmanns Zimmermann gefreut, wenn er sagte: er brauche Initiative,und müsse schauen, wie er durchkommen könne. Das ist natürlich auch die typisch östlich illegale Art, daß er uns sagt: was ergetan habe, sei ja eigentlich gegen das Gesetz. Ich freue mich in gewissem Sinne darüber - bei mir klingt diese Freude vielleicht etwas eigenartig -, von ihm zu hören, daß ihm die Verordnungen zu sehr Fesseln anlegen. Ich weiß allerdings nicht, ob diese Skepsis vielleicht nicht doch etwas zu weitgehend ist, wenn man bedenkt, was dieser Kreishauptmann doch trotz dieser Erkenntnis alles machen konnte. Würde im Deutschen Reich vielleicht ein Landrat auf den Gedankenkommen, ein ganzes Dorf plötzlich zu evakuieren? - Stellen Sie sich das einmal vor.

(Heiterkeit)

Ich weiß doch nicht, ob diese Maßnahme nicht zumindesten in dem Kreis gewisses Aufsehen erregen würde.

(Erneute Heiterkeit)

Und das erzählen Sie hier nicht irgendwie insgeheim einem interessierten Zuhörerkreis, sondern in Anwesenheit des höchsten Repräsentanten des Reiches und verschiedener Regierungsmitglieder und Ihrer Kameraden. Und dabei ist es nicht nur verwunderlich, daß Sie uns das erzählen, sondern daß wir es glatt hinnehmen. Nun, ich glaube, wir wollen uns beide alles verzeihen. Sie verzeihen uns die Verordnungsfesseln,und ich verzeihe Ihnen die all zu großzügig ausgelegte Freiheitszone, die Sie sich allmählich erarbeitet haben.

Es ist klar, daß das nicht nur für Sie, den Kreishauptmann, sondern eigentlich für alle maßgeblichen Männer des Generalgouvernements gilt. Das wissen wir nachgerade, daß wir nicht nach dem bürokratischen Schema von früher restlos einer Nachprüfung unterzogen werden könnten. Wenn man so wie wir vom Führer ein Stück erobertes Land bekommt und der Führer nur sagt: schau, was Du daraus machen kannst,

4/Gn/2
.3

irgendetwas mußt Du schon tun, damit ich keine Scherereien damit habe,- dann bekommt man die absoluteste Generalvollmacht. Sie müssen sich vorstellen, meine Herren, daß wir im Generalgouvernement heute Vollmachten haben, wie sie außer uns vom Führer derzeit niemand erhalten hat. Allein in dieser Vollmachtenfülle, die wir besitzen, liegt eine ungeheure Einmaligkeit. Ich darf darauf hinweisen, daß die Konstruktion etwa der Verwaltung der übrigen besetzten Gebiete doch völlig anders ist und mit der unsrigen überhaupt nicht verglichen werden kann. Besonders der Vergleich mit den neuen Ostgebieten und ihrer völligen Aufteilung aller Zuständigkeiten in verschiedenste voneinander unabhängige Reichskommissariate sowie der Unterstellung unter den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zeigt, daß hier eine völlig andersartige Verwaltungsordnung im Erstehen ist. Daraus können Sie entnehmen, daß es der Führer, schon was diese Vollmachten angeht, gut gemeint hat.

Meine Herren, ich darf Ihnen zum Schluß sagen, daß ich mit Ihnen sehr zufrieden bin. Ich weiß, aus meinem alten Kampfgefährten, dem Parteigenossen Fischer, ist mittlerweile ein hochachtbarer Gouverneur und stolzer Mann geworden. Auch Sie selber haben ein Recht, auf das stolz zu sein, was Sie geleistet haben. Fast jeder Kreishauptmann hat aus einem dreckigen Kaff, das er übernommen hatte, allmählich eine anständige und ordentliche Dienststelle gemacht. Und ich weiß noch, daß es, als ich zum ersten Mal in diesen Saal hineintrat, hier noch hineinregnete und alles durchlöchert war. Wenn man das Stadtbild von Warschau im Jahre 1939 mit dem heutigen vergleicht, so sieht man den gewaltigen Schritt der Arbeit vorwärts. Daher - das wollte ich eigentlich sagen - müssen wir Optimisten sein. Denn schlimmer, als wir es gehabt haben, kann es bei uns überhaupt nicht kommen. Mit allen Dingen werden wir fertig, wenn wir zusammenstehen. Daher müssen wir uns auch mit diesen persönlichen Dingen gar nicht weiter abgeben. Es ist selbstverständlich, daß sich dort, wo sich Männer ~~von~~ ~~Verwal~~

in außerordentlich schwieriger isolierter Verwaltungsposition befinden, persönliche oder sonstige Reibungen ergeben. Es ist klar, daß auch geredet wird und Unzufriedenheiten aufsteigen. Aber hier möchte ich fast nach dem Rezept des Fanatikers der Betreuung der Juden sagen: je mehr man uns hier zu arbeiten aufgibt und unsere Energien für die Arbeit in Anspruch nimmt, desto weniger Raum haben wir für den Kampf des einen gegen den andern. Das sind Dinge, die unter der westlichen Kultur in Berlin irgendwo in Erscheinung treten mögen, in unserem Bereich, der bekanntlich immer noch als Reichsgebiet zuerst von der Sonne geküßt wird, sind wir - das können wir sagen - wirkliche Kinder und Künder eines besseren Generalgouvernements. Auch die Stimmung, die in der letzten Zeit in den Berichten aus dem Reich da und dort als etwas nervös geschildert wurde, war im Generalgouvernement nie schlecht. Der fanatische Glaube an die uns gestellte Aufgabe, die einen weltgeschichtlich einmaligen Sinn hat, dieses klare Wissen darum, daß das Generalgouvernement, das einmal in einem Winkel lag und als Abstellplatz für Abfallprodukte menschlicher Art aus dem Reich, für Juden und sonstiges lichtscheues Gesindel, bestimmt war, nunmehr die Brücke zwischen Ost und West innerhalb des deutschen Machtbereichs darstellt, - sie müssen uns auch eine große Genugtuung sein, in dieser größten Zeit der Weltgeschichte vom Führer aufgerufen und auf einen der wichtigsten Punkte in der Linie der weltgeschichtlichen Entwicklung dieser Zeit gestellt und worden sein. Das ist der stolzeste Ehrentitel, den wir uns erringen können.

Es ist schwer genug, nicht an der Front zu sein. Wir sind alle nur sozusagen zwangsweise durch Befehl von oben aus dem Soldatenstand gekommen und haben das Beamtenkleid angezogen. Um so mehr ist aber auch hier jene Pflichtauffassung am Platze, die da sagt: der Führer wird schon wissen, warum er uns diese Aufgabe gestellt hat; und warum wir diese Aufgabe als eine große Aufgabe ansehen, wissen wir selber.

4/Gn/4
.3

18 Millionen eines fremden Volkes sind uns hier im Generalgouvernement anvertraut. Das bedeutet für die wenigen - man möchte sagen - nach Hunderten zu zählenden deutschen Beamten einen ungeheuren Aufwand an Arbeit. Aus dem Bericht des SS- und und Polizeiführers konnten Sie z.B. auch entnehmen, daß ihm an einem der wichtigsten Punkte der Sicherheitspolizei plötzlich die Leute ohne Stellung eines Ersatzes abgenommen werden mußten. Wir haben fürderhin im ganzen Generalgouvernement höchstens mit 9 Polizeibataillonen zu rechnen, mit knapp 4 000 Mann Ordnungspolizei im ganzen Generalgouvernement. Schon aus dieser Tatsache können Sie entnehmen, wie notwendig es ist, daß diese Verwaltung so wie bisher in absoluter Geschlossenheit und Einheit nur mit einem Befehlsträger aufgebaut bleibt. Wir sind gleichsam ein Schiff mit einem Kommandanten, ausgeschickt vom Führer,mit einer erlesenen Mannschaft einem neuen Lande entgegenzusteuern. Möge daher unsere Gemeinschaftsarbeit auf diesem Kriegsschiff im Dienste unseres Volkes gesegnet sein!

Meine Herren, wenn Sie bedenken, was in diesem Saal einmal an Haß gegen Deutschland geschürt, was in dem alten polnischen Außenministerium gegen uns gehetzt wurde, wenn Sie daran denken, was durch die wahrhaft einzigartige Gestalt des Führers uns hier in diesem Saal ermöglicht ist, so muß alles Persönliche und alles Ichbezogene schwinden gegenüber der gewaltigen Größe dieser Zeit.

Ich freue mich, feststellen zu können, daß dieses Kriegskind, die Verwaltung des Generalgouvernements,diesen hohen Geist besitzt, wie ich das auch in diesen beiden Tagen erneut sehen konnte. Ich wünsche Ihnen, Parteigenosse Fischer, und allen Ihren Mitarbeitern für die Zukunft das Beste.

Gouverneur Dr. Fischer:

Herr Generalgouverneur! Ich danke Ihnen auch im Namen aller meiner Mitarbeiter des Distrikts Warschau für die aufrichtenden Worte, die Sie unserer Arbeit gewidmet

4/Gn/5
3

haben. Ich kann Ihnen nur die Versicherung abgeben, daß wir unsere Aufgabe in Ihrem Geiste sehen und bewältigen werden. Ich möchte Ihnen, Herr Generalgouverneur, aber auch den Herren der Regierung nochmals dafür danken, daß Sie unseren Nöten, die wir Ihnen so voller Sorgen vorgetragen haben, ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Es ist uns, wie es eigentlich immer geschieht, wiederum geholfen worden. Wir freuen uns, Herr Generalgouverneur, auf die nächste Sitzung und darauf, daß Sie mit der Regierung wieder zu uns kommen werden.

Wir grüßen den Führer. Unserem geliebten Führer ein dreifaches Sieg Heil!

Schluß der Sitzung: 13^{05} Uhr.

Regierungssitzung in Warschau

am 14. 15. und 16. Oktober 1941.

Herr Generalgouverneur !

Es ist das zweite Mal, daß Sie mit den Mitgliedern Ihrer Regierung hier in Warschau eine Regierungssitzung abhalten, um sich mit den besonderen Problemen Warschaus an Ort und Stelle zu beschäftigen. Ich darf Sie, Herr Generalgouverneur, und die Herren Ihrer Regierung zunächst herzlichst im Namen aller Deutschen War= schaus begrüssen, insbesondere auch Sie Herr Staatssekretär Dr. Boepple, der Sie zum ersten Mal in Warschau sind und Ihnen dan = ken, daß Sie uns durch diese Sitzung Gelegenheit geben, einige Fragen, die Warschau im besonderen berühren, mit der Regierung zu besprechen.

Erschien die Lage Warschaus bei der ersten Regierungssitzung am 20.1.1941 als durchaus hoffnungsvoll, so brachten doch die kommenden Monate durch Ereignisse, die ausserhalb unserer Macht= sphäre lagen, Schwierigkeiten für die Stadt Warschau und den Distrikt, die alle bisherigen übertrafen. Warschau wurde ein Hauptpunkt des militärischen Aufmarsches und der Vorbereitung des Ostfeldzuges. Als Folge traten ungeheure Schwierigkeiten in der Versorgungslage der Stadt sowohl mit Lebensmitteln für die Bevölkerung wie auch mit Kohlen und Rohstoffen für die Industrie ein.

Die Verkehrswege waren zu Zeiten ausschliesslich, zu ande = ren überwiegend für die militärischen Notwendigkeiten in Anspruch genommen. Diese Nöte Warschaus sind Ihnen, Herr Generalgouverneur, und der Regierung ja hinreichend bekannt. Ich brauche deshalb nicht mehr darauf einzugehen. Ich darf jedoch, Ihnen Herr Ge = neralgouverneur, ganz besonders danken für das Verständnis und für die Hilfe, die Sie in diesen Monaten dem Distrikt stets

angedeihen liessen. Wir haben diese schwierigen Monate überwunden dank der unermüdlichen Arbeit aller deutschen Stellen, wobei uns allerdings auch die ruhige und besonnene Haltung der Bevölkerung, soweit es sich um Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe handelt, entgegenkam.

Auf einem Gebiet hat jedoch die Bevölkerung völlig versagt - von ihrem Standpunkt aus sogar nicht ganz unbegreiflich - und das war in der Wahrung der Disziplin in allen Fragen der Wirtschaft, des Preisgefüges und der Arbeitsmoral. Wohl durch die allgemeine Not bestimmt haben sich immer mehr Polen auf den Schleichhandel verlegt und handeln bis zum heutigen Tag mit den möglichsten und unmöglichsten Dingen, um ihren Lebensunterhalt zu fristen. Arbeiter verlassen ohne jeglichen Grund ihre Arbeitsstelle um auf das flache Land hinauszufahren und Lebensmittel dort aufzukaufen, um sie in Warschau zu Fantasiepreisen weiter zu verkaufen. Die Geschäfte weigern sich ganz offen, deutsche Bedarfsscheine entgegenzunehmen, bieten aber gleichzeitig den Käufern die gleiche bewirtschaftete Ware zu irrsinnigen Preisen an. Das sind ausserordentlich bedenkliche Zeichen, weil sie zeigen, daß die Autorität der deutschen Verwaltung gelitten hat. Es ist für die deutsche Verwaltung bei dem Mangel an Exekutiv - Organen unmöglich, überall einzuschreiten; zum Teil fehlen auch geeignete Strafdrohungen, die abschreckend wirken. M.E. ist es bei Beginn dieses Winters, der für Warschau nach allen vorliegenden Anzeichen wohl der Schwierigste werden wird, notwendig, zunächst einmal die volle Autorität der Verwaltung wieder herzustellen, durch strengste Anwendung der Machtmittel und durch die Schaffung einer geeigneten Gesetzgebung, die es ermöglicht mit der allergrößten Schärfe gegen diese Wirtschaftssaboteure vorzugehen.

Für den Distrikt Warschau habe ich seit einigen Wochen mit einer wesentlich verschärften Behandlung dieser Elemente be =

gonnen. Bei Beginn der Ernteerfassungsaktion stellte es sich her= aus, daß viele Bauern nicht abliefern wollten. Ich habe deshalb in einigen der Kreise Zwangsarbeitslager errichtet, wofür wir die Einrichtungen der Wasserwirtschaftsstelle der Abtlg. Ernährung u. Landwirtschaft benutzen konnten. In diese Lager wird jeder Bauer, der nicht rechtzeitig dem Ablieferungsbefehl nachkommt, eingelie= fert und muß dort Bodenverbesserungsarbeiten ausführen. Da die Angehörigen dieser Bauern reichlich Lebensmittel senden, erfolgt auch die Verpflegung völlig kostenlos. Die Wirkung dieser Lager war und ist überraschend gut. Die Bauern haben grosse Angst und liefern nunmehr sehr befriedigend ab, sodaß der Distrikt Warschau in der Getreideerfassung an der Spitze aller Distrikte steht. In Warschau selbst habe ich 20 Gaststätten für längere Zeit schlies= sen und die Inhaber dieser Gaststätten schwer bestrafen lassen, weil sie entgegen den bestehenden Vorschriften verbotene Fleisch= gerichte verkauften. Daß darunter die bekanntesten und von den Deutschen gern besuchten Lokale sich befinden, ist zwar bedauer = lich, aber nicht zu umgehen. Von 50 an einem Tage kontrollierten Verkaufsgeschäften wurden 12 geschlossen, weil sie ebenfalls be = wirtschaftete Waren entgegen den bestehenden Vorschriften zu Schleichhandelspreisen verkauften. Alle gewerbsmässigen Schleich= händler, die wir fassen, kommen in ein Zwangsarbeitslager, das in Treblinka im Kreise Sokolow errichtet wurde und das laufend aus = gebaut wird, um die grosse Zahl der Interessenten aufnehmen zu können. Bei vielen dieser Massnahmen ist eine gesetzliche Grund= lage nicht vorhanden, aber sie mussten durchgeführt werden im In= teresse des Ansehens der deutschen Verwaltung.

Meine erste Bitte, Herr Generalgouverneur, an Sie geht da = hin, durch eine Verordnung den einzelnen Distrikten die Rechts = grundlage zu geben, um auf dem eben kurz geschilderten Wege je nach den örtlichen Verhältnissen mit entsprechenden Massnahmen

wieder Ordnung und Zucht schaffen zu können. Der deutsche Ver = waltungsapparat muss schnell und hart zugreifen können. Die Stra= fe muss auf dem Fusse folgen; nur so, glaube, kann die gewünschte Wirkung erzielt werden. Sie wissen, daß ich Herr Generalgouver = neur, mich stets gegen die Verhängung unnötig hoher Strafen ge = wandt habe; aber in diesen Fällen ist die schärfste Strafmassnah = me unbedingt notwendig.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine andere Frage an = schneiden, die eng damit verbunden ist. Die Deutschen Verwaltungs= stellen sind, wie ja allgemein bekannt ist, derartig dünn besetzt, daß sie nur mit der allergrößten Mühe die notwendigsten Aufgaben angreifen und lösen können. Diese Lage hat sich durch den Zuwachs des Distrikts Galizien und die damit bedingte Abgabe von vielen Arbeitskräften dorthin derartig verschlechtert, daß der deutschen Verwaltung im Distrikt wirklich eine ernste Gefahr droht. Not = wendig erscheint mir auf jede Inangriffnahme nicht absolut not = wendiger Aufgaben solange zu verzichten, bis wieder bessere Ver = hältnisse eintreten. Wir können uns in den Distrikten wirklich nur auf das allernotwendigste beschränken. Es nützt uns nichts, wenn täglich neue Verordnungen und Anordnungen erlassen werden, die uns weitere Aufgaben bringen, wenn wir sie einfach nicht durch= führen können. Auch darunter leidet die Autorität der deutschen Verwaltung, daß die Polen merken, die Deutschen nehmen es ja mit der Durchführung ihrer Verordnungen gar nicht so ernst; " wenn wir sie nicht einhalten, geschieht uns ja nichts. Infolgedessen halten wir sie nicht ein. " Hinter jeder Massnahme gegenüber Polen muss die ganze Kraft der deutschen Verwaltung stehen. Lieber etwas überhaupt nicht regeln, als die Durchführung der Regelung nicht erzwingen können.

Ich bitte deshalb auch von der Abstellung des Sonderdienstes zum Jahrestag des Bestehens des Generalgouvernements am 26. Okto= ber Abstand zu nehmen. Es ist beabsichtigt, den Sonderdienst

bereits am 16. Oktober nach Krakau zuziehen, um eine geschlossene Ausbildung durchzuführen. Das bedeutet den Ausfall des Sonder = dienstes inmitten der Ernteerfassungsaktion für mindestens 14 Tage. Ich glaube, daß in den heutigen Zeiten dieser Ausfall des Sonder = dienstes, der ja der Hauptträger der Ernteerfassungsaktion mit polizeilichen Mitteln darstellt, nicht verantwortet werden kann.

Warschau hat in den zwei Jahren der Deutschen Verwaltung sei= ne Existenzberechtigung erwiesen. Es ist die größte Industrie = stadt des Generalgouvernements. Trotz aller Schwierigkeiten und trotz unserer anfänglichen Versuche, Warschau seiner Bedeutung zu entkleiden, hat es seine Stellung als Industriestadt nicht nur nicht gehalten, sondern sogar verstärkt. Das Reich ist infolge des Arbeitsmangels gezwungen, nicht nur erhebliche Aufträge in das Generalgouvernement zu verlegen, sondern sogar Zweigbetriebe zu errichten. Nach meinem Wissen kommt hierfür in allererster Li= nie Warschau in Frage wegen der hier vorhandenen und günstigen Möglichkeiten sowohl in der Ausnützung bereits vorhandener Indu = striewerke als auch im Vorhandensein der notwendigen Arbeiter und Fachkräfte. Warschau beschäftigt heute ca. 33.000 Arbeiter in der Rüstungsindustrie. Daneben mindestens 100.000 Industriearbeiter, die in vielen Hilfsindustrien auf allen möglichen Gebieten unter deutscher Führung und der Beteiligung deutscher Firmen beschäftigt werden. Diese an sich günstige wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich vor allem in dem erhöhten Steueraufkommen Warschaus. Der Distrikt Warschau bringt an Steuern allein ebensoviel auf wie die Distrikte Krakau, Radom und Lublin zusammengenommen. Warschau ist mit 50,78 % beteiligt. Das Steuereinkommen im Monat August betrug 27.625.496,03 Zloty. Ein weiteres Symptom für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Tatsache, daß die Zahl der Sozialversicherten in Warschau laufend weiter angestiegen ist. Sie betrug im Juli 304.695 gegenüber 261 17 im März des gleichen Jahres. Nach

Ansicht aller hier tätigen deutschen Wirtschaftskreise wird die Stadt Warschau auch nach dem Kriege ihre Bedeutung als Industrie- und Handelsstadt behalten, weil sie erstens neben der Wirtschafts= funktion für das Generalgouvernement das natürliche Hinterland von Danzig und der Industrie im Gau Danzig - Westpreussen ist und weil ferner durch die Entwicklung im Osten ihre ganz besonders günstige verkehrspolitische Lage zu erhöhter Entfaltung gelangen wird.

Es tauchen bereits heute schon einige grundsätzliche Fragen auf, die entschieden werden müßten. Die benötigten Energien der ganzen Warschauer Industrie ist z.Zt. auf Kohlen aufgebaut. Das bedeutet, wenn man ganz von den derzeit bestehenden Transport = schwierigkeiten absieht eine gewaltige Verteuerung der Produktion. Notwendig ist, wenn Warschau auch in Friedenszeiten konkurrenz = fähig sein soll, der Anschluss an ein Gross - Kraftwerk. Dieser Anschluss ist umso notwendiger, als die Transportschwierigkeiten wohl auch nach dem Kriege eine wesentliche Rolle spielen werden. In Frage käme hier der Anschluss an das Groß - Kraftwerk am Dunajec im Distrikt Krakau. Die Hochspannungsleitung vom Kraftwerk am Duna= jec nach Starachowice über Moscice ist bereits schon gelegt, sodaß lediglich die Strecke Starachowice - Warschau angelegt werden müßte.

Nachdem das Industrie - Dreieck im Distrikt Radom m.W. durch Erdgas versorgt werden wird, bitte ich die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht bereits jetzt der Anschluss Warschaus an das Groß - Kraft= werk in Angriff genommen werden kann, damit die in Radom freiwer = dende elektrische Kraft nach Warschau weitergeleitet werden kann. Für Warschau würde das eine ganz gewaltige Entlastung bedeuten.

Es entsteht hier in Warschau, ich darf es offen aussprechen, oft der Eindruck, als würde es nicht entsprechend der Bedeutung seiner Industrie mit Werkstoffen bedacht. Z.B. sind allein in War = schau 45 % der Kraftfahrzeuge des Generalgouvernements zugelassen.

Bestimmt bekommt Warschau nicht 45 % des dem Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Treibstoffes. Auch die Versorgung mit Kohlen erscheint nicht den tatsächlichen Bedürfnissen Warschaus entsprechend vorgenommen zu werden. Selbst wenn man die hier be = stehenden Transportschwierigkeiten berücksichtigt sind die Anlie= ferungen an Kohlen viel zu gering. Die Kohlenlage Warschaus hat sich katastrophal verschlechtert. Im Distrikt Warschau werden durchschnittlich im Monat 200.000 Tonnen Kohlen und Koks benötigt. Eingegangen ist in den letzten Monaten nur ein ganz geringer Bruchteil. Im Juni 1941 61,640, im Monat Juli 50.853, im Monat August 44.709 und im Monat September 22.296 to. In vier Monaten ist also noch nicht einmal der Bedarf eines einzigen Monats ge = deckt. Im Oktober setzte die Lieferung etwas verstärkt ein. Nach der letzten Eingangsmeldung vom 10. Oktober sind jedoch an diesem Tage noch nicht einmal 1000 to. Kohlen und Koks eingetroffen. Bei Dieser Lage ist mit der weiteren Stillegung grösserer Betriebe zu rechnen. Die meisten Handwerker werden überhaupt zum Erliegen kommen. Sogar die Versorgung der deutschen Dienststellen ist in Frage gestellt, ebenso die Versorgung natürlich der Privathaus = halte der Reichs- und Volksdeutschen. Bei dieser Sachlage ist es völlig unverständlich, daß die Ostbahn nicht nur den aktiven bei ihr diensttuenden Eisenbahnern sogenannte Deputatkohlen zur Ver = fügung stellt, sondern darüberhinaus allen Pensionisten der frühe= ren polnischen Eisenbahn. Die Leute erhielten 1 to. Kohlen. Die in den gleichen Räumen wohnenden Volks- und Reichsdeutschen müs = sen zuschauen, wie die Kohlen an die Polen verteilt werden. Sie selbst bekommen keine. Überdies verkaufen die polnischen Eisen = bahner, ihre Deputatkohlen zu den tollsten Preisen. Ihren eigenen Kohlenbedarf decken sie durch Diebstahl. Polnische Schleichhänd = ler bieten ganz offen grossen Wirtschafts- und Versicherungsun = ternehmen, die unter deutscher Leitung stehen, Schleichhandels =

kohlen in jeder beliebigen Menge an. Einer Bank wurden 1000 to. Kohlen angeboten, wobei Bezahlung erst nach der Lieferung erfol = gen sollte. Andere Firmen bekamen Angebote über Kohlen, jedoch nur waggonweise. Diese Fälle sind der Polizei übergeben worden zwecks Feststellung, woher die Kohlen kommen. Es besteht der drin= gende Verdacht, daß es sich hierbei um Deputatkohlen nicht allein handeln kann, sondern daß irgendwo eine deutsche Stelle beteiligt sein muss. Es ist in den letzten Wochen wiederholt vorgekommen, daß auf Weisung des Kohlenkommissars grosse für Warschau bestimm= te Transporte unterwegs ausgeladen wurden, zumeist in Tschensto = chau und Petrikau, da für Warschau ein oder zwei Tage Transport = sperre bestand. Ist es denn nicht möglich, daß die Züge für diese kurze Zeit auf ein Abstellgleis gestellt und bei Freiwerden der Strecke nach Warschau weitergeleitet werden? Es müßte hier doch einen Weg geben. Überhaupt besteht nach unserer Ansicht die Mög = lichkeit, durch stärkere Hinzuziehung anderer Strecken, z.B. der Litzmannstädter Strecke, die Transportschwierigkeiten teilweise zu beheben. Selbst die Eisenbahnbetriebsdirektion der Ostbahn be= jaht grundsätzlich diese Möglichkeit. Der Kohlenkommissar hat m. E. die Pflicht, diese bestehenden Möglichkeiten mit Hilfe der Ostbahn bis zum letzten auszunutzen. Der Eindruck, daß dies z.Zt. geschieht, besteht in Warschau nicht.

Eine weitere Frage ist, ob die Firmen im Reich, die Aufträge in das Generalgouvernement verlagern wollen, Zweigbetriebe er = richten oder die Aufträge an bereits bestehende Warschauer deut = sche und polnische Betriebe vergeben sollen. Ich glaube, das Ge: = neralgouvernement hat ein Interesse daran, daß möglich Zweigbe = triebe errichtet werden, denn dann besteht das Interesse der reichsdeutschen Industrie in Warschau auch nach dem Kriege weiter. Z.Zt. muss man natürlich alle Möglichkeiten ausnutzen und beide Wege beschreiten. Die Errichtung von Zweigbetrieben stößt infolge

der Raumnot auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Ausbau halbzer= störter Betriebe ist deshalb notwendig, Leider können die erfor= derlichen Rohmaterialen nur im beschränkten Umfang zur Verfügung gestellt werden. Auch hier sollte man Warschau in der Zuteilung berücksichtigen, denn die rund 2,2 Millionen Menschen, die in Warschau Stadt und Land leben, können nur in der Industrie be = schäftigt und ernährt werden. Der Leiter der Hauptgruppe " Ge = werbliche Wirtschaft " in der Distriktkammer Warschau wird im einzelnen nachher über die Lebensbedingungen und Entwicklungs = möglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau sprechen.

Das zweite Hauptproblem Warschaus ist die Versorgung der Be = völkerung mit den notwendigen Lebensmitteln. Der Distrikt Warschau hat etwa 3 - 3,2 Millionen Einwohner. Hiervon sind 2,2 Millionen Nichtselbstversorger. Diese benötigen, wenn die jetzigen Lebens= quoten zugrunde gelegt werden, 352.000 to. Kartoffeln und 180.000 to. Brotgetreide. Erfasst wurden im Jahre 1940 97.000 to Kartof= feln und 62.620 to. Brotgetreide. Nach einem Erlass der Hauptab= teilung Ernährung u. Landwirtschaft der Regierung muß in diesem Jahr der Distrikt Warschau den Bedarf an Kartoffeln selbst auf = bringen, ohne wie im vorherigen Jahr aus Lublin und Radom zusätz= liche Lieferungen zu erhalten. Im Vorjahre sind bei einer Anbau = fläche von 170.000 ha. rund 200.000 to. auf die Kreise umgelegt worden, davon sind 97.000 to. erfasst worden. In diesem Jahr müs= sen also 4 mal so viel Kartoffeln erfasst werden als im Vorjahre bei einer Verringerung der Anbaufläche um 25 %. - Das ist eine unerfüllbare Auflage. Ich habe trotzdem angeordnet, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, die notwendigen Kartoffeln zu erfas= sen. Dazu ist aber erstens notwendig, daß genügend Transportmit = tel sichergestellt sind. Die Waggongestellungen für die Getreide- und Kartoffeltransporte sind z.Zt. völlig unzureichend. Es werden

täglich für den gesamten Distrikt 200 Waggons für Kartoffeltrans = porte und 100 Waggons für Getreidetransporte benötigt; bei Kartof= feln für die Dauer von 50 Tagen, bei Getreide für die Dauer von 80 Tagen. Ich hatte bei der letzten Regierungssitzung den Antrag gestellt, die Ostbahn möge der Eisenbahnbetriebsdirektion Warschau 60 Waggon neben der normalen Waggongestellung für die Ernteerfas = sung zur Verfügung stellen und zwar für die Einrichtung eines Pen = delverkehrs innerhalb des Distrikts Warschau. Diesen Antrag hat der Herr Präs. Gerteis sowohl dem Abteilungspräsidenten der Eisenbahn = betriebsdirektion Warschau wie auch mir gegenüber telefonisch akzep= tiert und die Zurverfügungstellung dieser 60 Waggons zugesagt. Ich muß hier feststellen, daß dieses Versprechen von der Ostbahn nicht gehalten wurde, daß auf ein Fernschreiben von mir, das ich vor un = gefähr 3 Wochen an den Herrn Präs. Gerteis in dieser Frage gerich = tet habe, bis heute keine Antwort eingegangen ist, daß der Abtei = lungspräs. Herr Säufferer mir bis heute noch nicht mitgeteilt hat, weshalb die zugesagten Güterwagen nicht zu bekommen sind, daß darü= ber hinaus es unmöglich ist, von der Eisenbahnbetriebsdirektion eine Verständigung über angeordnete Transportsperren zu erhalten. Ich bedaure die schlechte Zusammenarbeit mit der Ostbahn auf das tiefste. Ich kann meinerseits nur feststellen, daß von mir alles versucht wurde, eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen. Wenn das nicht möglich ist, muss ich die Schuld hierfür der Ostbahn auferlegen, wo= bei ich den Eindruck habe, daß die Herren hier absolut guten Willens sind, daß die Schwierigkeiten jedoch stets von der Zentrale der Ost= bahn in Krakau gemacht werden. Die Verantwortung für die mit Sicher= heit zu erwartenden schweren Störungen in der Versorgungslage War= schaus muß ich zu einem Grossteil auf die Verwaltung der Ostbahn abwälzen. Ich habe den Eindruck, man ist sich dort über den Ernst der Situation durchaus nicht im klaren.

Neben der Waggongestellung ist es notwendig, daß L.K.W.'s zusätzlich zu den Panjefuhrwerken zur Verfügung gestellt werden,

Es werden benötigt für Kartoffel- und Getreidetransporte in den Kreisen 40 L.K.W.'s, in der Stadt zum Abtransport von dem Bahnhof zu den Lagern ebenfalls 40 L-K.W.'s. Für Zuckerrüben ausserden in den Kreisen 20 L.K.W.'s mit Anhängern. Für die benötigten L.K.W.'s muß die erforderliche Benzinmenge zur Verfügung gestellt werden. Im Monat werden rund 180.000 Lt. Benzin für diese Zwecke benötigt und 3.000 Lt. Öl. Ich weiß die Schwierigkeiten in der Beschaffung der geforderten Mengen wohl zu würdigen, aber ich bitte Sie Herr Ge = neralgouverneur, uns diese Anträge, die ich schriftlich der Regie = rung eingereicht habe, zu genehmigen. Die Wehrmacht, die Organisa = tion Todt und das Otto - Programm haben dem Distrikt 7.500 Pferde und 3.800 Panjewagen aus der Landwirtschaft weggenommen. Die Schwie= rigkeiten bei der Ackerbestellung sind dadurch enorm groß. Trotzdem wird eine ordnungsgemäße Bestellung durchgeführt werden können. Aber der Ausfall dieser Verkehrsmittel beim Transport der abgelieferten Kontingente ist nicht wieder gut zu machen und kann nur durch L.K. W.'s oder durch erhöhte Waggongestellung ausgeglichen werden.

Die übrigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft sind wohl in allen Distrikten die gleichen. Kunstdüngerlieferungen sind bei wei= tem nicht ausreichend. Die Deckung des Bedarfs ist nur bis zu einem Viertel möglich. Die lnadwirtschaftlichen Betriebe leiden unter Eisen- und Ledermangel.

Zur Absicherung der Kartoffelversorgung müssen die Kartoffel= lieferungen an Brennereien und Stärkefabriken im Distrikt, die mit 47.000 to. Kartoffeln zu beliefern wären, eingestellt werden. Die Einsparung von Kartoffelmengen bei den Brennereien und Stärkefa = briken bedeuten, daß der jüdische Wohnbezirk mit rund 450.000 Ein = wohnern mit je 1 Dz. pro Person und Jahr beliefert werden könnte. Anderenfalls ist eine Belieferung des Wohnbezirkes nicht möglich. Ich weiß das finanzielle Interesse an den Betrieben der Brennereien wohl zu würdigen. Allein das kann nicht massgebend sein, wenn es

sich um eine derart lebenswichtige Frage für die Versorgung der Warschauer Bevölkerung, die ja in erster Linie der Erhaltung der Arbeitskraft dieser Menschen für das Reich dient, handelt.

In diesem Zusammenhang darf ich kurz auf eine andere Frage eingehen. Der Distrikt Warschau ist mit 16.000 qkm. um rund 10.000 qkm. kleiner wie die übrigen Distrikte, von Galizien ganz abgese = hen. Das Verhältnis zu den Selbstversorgern ist 2 zu 1, in Distrikt Lublin z.B. 1 zu 5. Warschau hat durch die Grenzziehung fast sein gesantes Hinterland verloren. Nachdem die Stadt eine enorme wich= tige Wirtschaftsfunktion zu erfüllen hat, erscheint es notwendig, ihr ein natürliches Hinterland zu geben. Ich habe deshalb einen Antrag über den Herrn Staatssekretär eingereicht, der die Vergrös= serung des Distrikts um rund 4.000 qkm landwirtschaftliche Gebie= te beeinhaltet. Diese Gebiete gehören zum Teil dem Distrikt Lublin, z.T. dem Distrikt Radom. Es handelt sich um Teile der Kreise Biala Podlaska und Radzyn im Distrikt Lublin und um den Nordteil des Kreises Tomaschow im Distrikt Radom. Verkehrspolitisch gesehen, tendieren diese Gebiete einwandfrei nach Warschau. Die Kreise Bia= la Podlaska und Radzyn sind ausserdem bereits sowieso aufs engste mit Warschau verbunden, weil ihre gesanten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Warschau abgeführt werden. Das Gebiet um Rawa lie= ferte bisher sehr beträchtliche Mengen Kartoffeln nach Warschau. Eine Angliederung dieser Gebietsteile an den Distrikt Warschau wür= de für die Stadt Warschau eine wesentliche Entlastung bedeuten. Mit 20.000 qkm. bleibt Warschau trotzdem der kleinste Distrikt. Es dreht sich bei dieser Frage überhaupt nicht um eine Angleichung der Grössenverhältnisse der einzelnen Distrikte, sondern um natür= liche wirtschaftliche Notwendigkeitenm die für Warschau lebenswich= tig sind.

Ich bitte, Herr Generalgouverneur, in diesem Sinne meinen An = trag einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Eine besondere Stellung nehmen in Warschau die Juden ein, durch die Bildung eines geschlossenen Wohnbezirkes. Es werden nachher zwei Referate über die Frage gehalten werden. Ich möchte hier deshalb nur kurz auf die Lebensmittelversorgung der Juden eingehen. Wenn die Jüdische Arbeitskraft erhalten werden soll, ist es notwendig, daß sie die zur Lebenserhaltung ausreichenden Rationssätze bekommen. Die jetzigen Sätze bedeuten nur eine Grundverpflegung, die ergänzt wird durch die auf illegalen Wege in das Ghetto gelangenden Lebensmittel. Da wir beabsichtigen, ab 5. November die Sperrung des Ghettos noch schärfer durchzuführen - wir sind dazu in Hinblick auf die Fleckfiebergefahr gezwungen - dann müssen neue Rationssätze von der Regierung genehmigt werden. Es werden folgende Rationssätze in Vorschlag gebracht:

1050 gr. Brot pro Woche
300 gr. Zucker mtl.
1 Ei mtl.
100 gr. Marmelade mtl.
50 gr. Fett mtl.
1 Dz. Kartoffeln pro Jahr.
Fische nach Anfall
Gemüse nach Anfall.

Auch diese Lebensmittel sind zur Lebenserhaltung noch zu gering. Notwendig ist, daß je nach Möglichkeit Sonderzuteilungen den Ghetto gemacht werden. - Die Sterblichkeitszahlen werden zweifellos in Winter ansteigen. Aber schliesslich handelt es sich bei diesem Krieg um eine Auseinandersetzung mit dem Judentum in seiner Gesamtheit. Was wir von den Juden im Falle eines Sieges zu erwarten hätten, hat uns die Veröffentlichung des amerikanischen Juden Kaufmann deutlich gezeigt. Ich glaube, es kann verantwortet werden, wenn diese Brutstätte des Judentums, aus der sich das gesamte Weltju =

dentum stets von neuem ergänzt, von uns vernichtend getroffen wird.

Auf eins möchte ich allerdings besonders hinweisen und das ist die Versorgung der Juden im Reich, insbesondere im Ghetto von Litzmannstadt. Die Juden erhalten dort folgende Lebensmittel:

Pro Kopf und Woche:

Brot	2,250 kg.	für arbeitende Juden
"	1,523 kg.	für nichtarbeitende Juden
Nährmittel	0,100 kg.	für arbeitende u. nichtar = beitende Juden
Fleisch	0,250 kg.	für arbeitende Juden
"	0,160 kg.	für nichtarbeitende Juden
Fett	0,100 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Eier	keine	
Kaffeemischung	0,063 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Genüse	3,150 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Kunsthonig	0,052 1/2 kg.	für arbeitende und nicht= arbeitende Juden
Zucker	0,140 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Kartoffel	5,250 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Buttermilch u. entrahmte Frischmilch	2,7 Ltr.	für Kinder von 3 - 6 Jahren
Vollmilch	2,7 Ltr.	für Kinder bis zu 3 Jahren

Für die kranken Juden werden zusätzlich pro Kopf und Woche 100 gr. Marmelade geliefert und für die gleiche Zeit je 1 Ei und 0,011 gr. Puddingpulver.

Wenn auch diese Sätze nicht immer eingehalten werden, so ergibt sich doch daraus, daß die Juden in Litzmannstadt besser verpflegt werden, als die arischen Arbeiter in Rüstungsbetrieben im General= gouvernement. Diese Tatsache muss m.E. den massgebenden Reichsstel= len bei ihren Lebensmittelforderungen an das Generalgouvernement

vor Augen gehalten werden.

Zusammenfassend möchte ich bei der Frage der Lebensmittelver=sorgung noch einmal feststellen, daß es sich auch hier zum grossen Teil um ein Transportproblem handelt. Ich wiederhole noch einmal meinen Antrag auf die Sonderzuteilung von 60 Güterwagen für den Distrikt Warschau.

Die Vorbereitung hier für die Beschaffung von Winterquartiern für unsere im Osten kämpfenden Truppen sind im vollen Gange. Wir haben, wenn diese Truppenteile zurückkommen, wieder mit Sperrungen für längere Dauer zu rechnen. Wenn es uns nicht gelingt, bis dahin den Bedarf für die Wintermonate vis März sicherzustellen, insbeson=dere den Bedarf für Kartoffeln, weil diese ja im Winter nicht trans=portiert werden können, dann ergeben sich Situationen in Warschau, die auch die geduldigste Bevölkerung zu unbedachten Handlungen hin=reissen können. Ich glaube, schon aus politischen Gründen sollte man diese Entwicklungsmöglichkeiten möglichst vermeiden.

Neben diesen beiden Hauptpunkten Wirtschaft und Ernährung tre=ten alle übrigen Probleme in den Hintergrund. Ich möchte deshalb darauf verzichten, sie hier vorzutragen, da zumal die einzelnen Abteilungen dauernd in Verbindung mit der Regierung stehen und die entsprechenden Fragen laufend mit der Regierung besprochen werden.

Trotz aller Schwierigkeiten der vergangenen Monate hat das Aussehen der Stadt Warschau infolge der Tätigkeit der deutschen Behörden wiederum eine Verbesserung erfahren. Viele beschädigte Häuser wurden ausgebessert, Fassaden erneuert, zerstörte Häuser ab=gerissen. Die Sauberkeit hat sich dank der energischen Massnahmen der Stadtverwaltung beträchtlich gehoben. Die Verkehrsdisziplin ist besser geworden und so zeigt Warschau für hiesige Verhältnisse ein ordentliches Gesicht. Die Lebensbedingungen der Deutschen so=wohl der Reichs- und Volksdeutschen, wurden laufend verbessert.

Die Volksdeutschen werden in verstärkten Masse in den Deutschen Wohnbezirk eingesiedelt, um sie von ihren polnischen Beziehungen zu lösen und Ihnen bessere Wohnungsverhältnisse wie bisher zu ge= ben. Dabei taucht ein Problem auf, das leider von der Regierung gegen unseren Antrag entschieden wurde und das ist die Frage der Mietfestsetzung. Die 100 % ige Miete ist einfach bei den jetzigen Lebens- und Einkommensverhältnissen der Reichs- und Volksdeutschen wie auch der Polen nicht zumutbar. Der Hausbesitz kann sich in die= sen Zeiten nicht erholen. Er hat immerhin das eine für sich, dass sein Vermögen durch den Krieg nicht zerstört wurde und auch durch die inflationistischen Erscheinungen nicht beseitigt werden kann. Das Haus steht einfach da und behält seinen Wert. Wir haben im Reich in der Inflation eine ähnliche Erscheinung gehabt; deshalb wurde dem Althausbesitz als Ausgleich für die Erhaltung seines Vermögens eine Steuer auferlegt, die bis heute noch nicht beseitigt ist. Man kann deshalb auch ruhig den Warschauer Hausbesitzern, wenigstens soweit es sich um Reichs- und Volksdeutsche Mieter handelt, eine Herabsetzung des Mietzinses, der an sich im Verhältnis zu anderen Städten des Generalgouvernements und erst recht zu den Städten im Reich weit übersetzt ist, ruhig zumuten. Die Wirtschaft leidet dar= unter zumindesten nicht wesentlich. Wie soll ein deutscher Beamter eine anständige Wohnung beziehen, für die er 700.-- Zl. u. mehr im Monat bezahlen muss. Wie soll man den sowieso schwer ringenden und in ärmlichen Verhältnissen lebenden Volksdeutschen eine bessere Wohnkultur geben, wenn sie derartige Mieten bezahlen müssen? Die Förderung des Deutschtums hier ist m.E. wichtiger als die Förderung des polnischen Hausbesitzers. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, unter diesen Gesichtspunkten noch einmal die Entscheidung der Re = gierung zu überprüfen und eine den besonderen Verhältnissen War = schaus gerechtwerdende Entscheidung zu treffen.

Die kulturellen Einrichtungen für die Deutschen wurden eben = falls ausgebaut. Das Theater der Stadt Warschau verfügt nunmehr über zwei Spielkörper, für das Schauspiel und für die Operette, die bei= de gutes Theater bieten und ein wesentliches Kulturbedürfnis des Deutschtums zu befriedigen imstande sind. Darüberhinaus wurde ein städtisches Orchester geschaffen, das an vergangenen Sonntag vor ausverkauften Haus sein Debut mit den grössten Erfolg gab. Alle die= se Einrichtungen wurden bisher ohne finanzielle Hilfe der Regierung durchgeführt. Es wurden wohl wiederholt Zuschüsse zugesagt, aber, wie mir der Stadthauptmann berichtet, bis heute noch nicht ausge = zahlt. Die Stadt Warschau trägt diese Lasten völlig allein. Im In = teresse der Gerechtigkeit bitte ich auch hier um die Unterstützung der Regierung. Wenn auch Krakau in allen diesen Dingen den selbst= verständlichen Vortritt hat, so haben doch auch die ausserhalb Kra= kaus lebenden Deutschen Anspruch auf Teilnahme an diesen Kultur = gütern.

Ähnliches gilt für den Sport. Dank der Initiative des Distrikts = sportbeauftragten ist in Warschau ein Sportleben entstanden, das sich durchaus erfreulich entwickelt hat. Es herrscht zwischen allen sporttreibenden Stellen, der Wehrmacht, Polizei, SS und der Zivil= verwaltung das denkbar beste kameradschaftliche Verhältnis. Die Er= folge bleiben auch demzufolge nicht aus. Ich darf im Gegensatz zu der Berichterstattung der Krakauer Zeitung, aber gestützt auf die Erfolge des Warschauer Sportes feststellen, daß Warschau heute die führende Sportstadt im Generalgouvernement ist. Ich darf auch ver= sichern, daß ich auch persönlich weiterhin mit größten Nachdruck dafür arbeite, daß Warschau auf diesen Gebiet seine führende Stel= lung behält; denn nichts fördert den Sport mehr- und darauf kommt es ja allein an - als Konkurrenz, und deshalb bitte ich von den wiederholt geäusserten Plänen, den Sport im Generalgouvernement auf eine andere Grundlage zu stellen und anstatt des Wettkampfmäs= sig betriebenen Sportes Breitensport zu betreiben, Abstand zu nehmen.

Die bisherige Sportorganisation des Generalgouvernements hat sich durchaus bewährt. Ich kann den Sportbeauftragten des Generalgouver= nements, Dr. Niffka, nur zu den bisherigen Erfolgen beglückwünschen, wenn ich ihn auch bezüglich seiner einseitigen Förderung des Sportes in Krakau zu Lasten aller übrigen Städte des Generalgouvernements hin und wieder heftig bekämpfen muss.

Der kommende Winter wird uns erneute Schwierigkeiten bringen, die aller Voraussicht nach noch grösser sein werden als die bisheri= gen. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, in Namen aller Mitar = beiter im Distrikt Warschau versichern, daß wir uns dieser Schwierig= keiten vollauf bewusst sind und dass wir mit festen Willen, sie zu bewältigen, in die Winterarbeit eintreten. Wir sind uns bewusst, daß vielfach im Reich das Generalgouvernement nach den Verhältnissen in Warschau beurteilt wird. Es ist unser heisses Streben, den General = gouvernement, das unter Ihrer Führung dem Reich schon so wertvolle Dienste geleistet hat, auch weiterhin Ehre zu bereiten.

Probleme der städtischen Finanz- und Haushalts-Politik

in Warschau.

Referat, gehalten von Bürgermeister Dr. F r i b o l i n

in Warschau am 15.1o.1941.

- - -

Zu allen Zeiten und überall zählt die Betreuung und Verwaltung von Millionenstädten, in denen neben grossen Menschenmassen starke Wirtschaftsenergien auf engem Raum zusammen geballt sind, zu einer der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben die innerhalb eines staatlichen Gesamtorganismus zu bewältigen sind. Dies gilt vor allem in Kriegszeiten und in Gebieten, in denen ehemals feindliche Bevölkerungszentren mit dem ihnen verbliebenen kommunalen Eigenleben besondere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der deutschen Aufsichtsbehörde erfordern; mussten doch gerade diese grossen und volkreichen Wirtschaftskörper, die früher ganz andere politische und kulturelle Ziele verfolgten, völlig auf neue Richtlinien und zur Einordnung in den deutschen Interessenkreis umgestellt werden.

Geradezu ein Musterbeispiel für die hierbei zu leistende Arbeit und die damit in Zusammenhang auftretenden Probleme, insbesondere wirtschaftlicher und finanzieller Art,

ist die Stadt Warschau, diese ehemals so starke und überhebliche Metropole polnischen Nationalstolzes und polnischer Selbstherrlichkeit. Selten wird man in der Geschichte einen Fall finden, dass eine Stadt, die einst Mittelpunkt aller Energien ihres Staates und Volkes war, einen so plötzlichen, tiefen und sinnfälligen Sturz von der Höhe ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Macht in Elend und Not innerhalb kürzester Frist erleben musste mit all den Strukturveränderungen, die sich zwangsläufig daraus ergeben. Neben der rein materiellen Zerstörung vieler Werte, die in die Hunderte von Millionen gehen und der Vernichtung zahlloser wirtschaftlicher Existenzen ist es vor allem der Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes /u.a. Kreis Zichenau/ und die daraus folgernde starke Passivierung seiner Zahlungsbilanz, die Warschau in eine äusserst schwierige und ungünstige Lage versetzt hat. Während diese Stadt vor dem Kriege aufgrund ihrer industriellen und gewerblichen Leistungen, sowie ihres Fremdenverkehrs sich die zum Unterhalt ihrer Bewohner erforderlichen Mittel unschwer erarbeiten konnte, hat diese Möglichkeit nach dem für Polen so unglücklichen Ausgang des Krieges fast völlig aufgehört, da sich zudem auch das Wertverhältnis im Austausch von Lebensmittelgütern mit Fertigwaren stark zum Nachteil der konsumierenden Stadtbevölkerung verschoben hat. Demzufolge ist Warschau gegenwärtig ausserstande, seine Zahlungsbilanz trotz Abdrosselung jeglicher, nicht unumgänglicher Zufuhr durch seine laufenden Warenproduktion auszugleichen und deshalb gezwungen, sich nach und nach in steigendem Masse seiner Reserven zu ent-

äussern. Eine ganz allgemeine Erscheinung ist deshalb der Ausverkauf fast aller sich im Besitze seiner Einwohner befindlichen Vermögenswerte, angefangen von Kunstwerken und Kostbarkeiten bis zu den einfachsten Hausrat- und Kleidungsstücken. Da diese Hilfsquellen mit der Zeit versiegen, wird zwangsweise mehr und mehr eine stark einschneidende Schrumpfung der Zufuhr sowie des Verbrauchs und damit des gesamten Wirtschaftslebens der Stadt Warschau die Folge sein, zumal auch noch der grösste Teil der auf Banken und Sparkassen stehenden Vorkriegseinlagen der Bevölkerung zur Auszahlung gesperrt und deshalb vorläufig nicht einsetzbar ist.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange, dass zudem in Zeiten ungesicherter Lebensverhältnisse Grosstädte wie Warschau gern zum Sammelpunkt von Flüchtlingen, Kranken, Elenden und Krüppeln sowie Fürsorgebedürftigen aller Art, weiterhin auch krimineller Elemente gewählt werden, die hier entweder in den vielen städtischen Anstalten und Asylen oder andererseits in unkontrollierbaren Schlupfwinkeln Unterkunft und Lebensmöglichkeiten zu finden hoffen. Dies erhöht naturgemäss die Zahl der Hilfs- und Unterstützungsbedürftigen, die der allgemeinen Fürsorge zur Last fallen, auf einen viel höheren Prozentsatz als in anderen Gemeinden. So müssen in Warschau infolge dieses unerwünschten Bevölkerungszuwachses, aber auch infolge der fortschreitenden Verarmung der Einwohner z.Zt. rund 100.000 Menschen unmittelbar von der Stadt unterstützt werden, wobei Juden und die vom Polnischen Hilfskomitee mit Sachbezügen unterstützten Personen /etwa weitere 150.000/ nicht einbegriffen sind.

Zu einer ausserordentlichen Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Warschau hat weiterhin die gewaltige fast katastrophal zu nennende Preissteigerung aller Lebensmittel und damit auch aller Artikel des täglichen Bedarfs, insbesondere der Baustoffe, auf dem freien Markt beigetragen. Diese ungünstige Preisentwicklung, die - wie die graphischen Darstellungen zeigen - insbesondere seit Anfang dieses Jahres eine stark steigende Tendenz verfolgt und im Juni ihren Höchststand erreicht hat, um dann für einige Wochen abzusinken, jetzt aber seit Ende August wieder bedenklich hochzuklettern, konnte trotz aller diesbezüglichen Bemühungen leider bis jetzt noch nicht aufgehalten oder gar ausgeschaltet werden. Der Grund hierfür dürfte sein, dass die Zuteilungsmengen an Lebensmitteln nicht ausreichen, um der Millionenbevölkerung der Stadt Warschau das zum Lebensunterhalt unbedingt notwendige Mindestmass zu vermitteln. Es ist festgestellt worden, dass die auf Karten zugeteilten Lebensmittel kaum etwa 1/3 bis 1/2 des Bedarfes eines erwachsenen Menschen decken; der Rest muss auf zusätzlichem Wege, meist im Frei- oder Schleichhandel, zu teueren Preisen beschafft werden. Hierbei entsteht dann das Problem, dass bei dem allgemeinen Lohn- und Gehaltsstop sich ein starkes Missverhältnis zwischen dem für den zusätzlichen Lebensbedarf zur Verfügung stehenden Einkommen zur allgemeinen Preisteuerung ergibt. Der Druck, der von den lohn- und gehaltsempfangenden Arbeitnehmern infolgedessen auf ihre Verwaltungen ausgeübt wird, nimmt dauernd zu; er konnte bis jetzt nur dadurch aufgefangen werden, dass die Angestellten und Arbeiter mit soge-

nannten Suppenaktionen unterstützt wurden, um sie einigermassen in ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit nutzbar zu erhalten. Das Unbefriedigende hierbei aber ist, dass die zur Bereitung dieser - meist nur gegen geringes Entgelt abgegebenen - Suppen erforderlichen Lebensmittel ebenfalls zum grössten Teil nicht aus Zuteilungsmengen, sondern auf dem freien Markt zu erhöhten Preisen gekauft werden müssen; dies führt mittelbar zu weiteren Preissteigerungen, also zu dem gleichen Ergebnis, das ein Abgehen von der bisherigen Lohn- und Gehalts-Politik zeitigen müsste.

Das Mass der Zuteilung auf Lebensmittelkarten, ihr Kalorienwert sowie der Umfang der auf dem freien Markt notwendigerweise zu tätigenden Einkäufe und schliesslich das Verhältnis der Durchschnittsunterstützungen und Einkommen zum realen Wert der Lebensmittel und der Kaufkraft der Konsumenten wolle aus den beigelegten Darstellungen ersehen werden.

Selbstverständlich ist auch der Haushalt der Stadt Warschau durch das starke Ansteigen der Lebenshaltungskosten mit betroffen worden, da im Haushaltsplan grosse Mittel für die soziale Fürsorge und die Krankenhäuser zur Verfügung gestellt werden müssen, die bei Zugrundelegung der im März ds.Js. geltenden Preise im laufenden Jahre rund 5o Millionen Złoty, d.s. etwa 1/3 des Gesamthaushaltsbedarfs der Stadt Warschau, ausmachen. Da das Preisniveau aber in der Zwischenzeit um ein Vielfaches, zum Teil um 2 bis 300%, gestiegen ist, so folgert daraus, dass entweder die Sätze des Haushaltsplans nicht eingehalten werden können oder Ausgaben für anderweite wichtige kommunale Aufgaben unterbleiben müssen. Gerade auf der Lebensmittel-

versorgungslage der Stadt Warschau mit ihren rund 1,4 Millionen Einwohnern lastet die ungesunde Bevölkerungsstruktur des Warschauer Distrikts ganz besonders schwer; denn das Verhältnis der Stadt- zur Landbevölkerung beträgt im Distrikt Warschau rund 1 : 1, während die entsprechenden Verhältniszahlen in den Distrikten Radom und Krakau 1 : 3 und im Distrikt Lublin sogar 1 : 5 zugunsten der landwirtschaft treibenden Bewohner sind. /Vergleiche hierzu die graphische Darstellung der Wirtschaftslage der Stadt Warschau/. Wenn daher, wie leider zu befürchten ist, die so stark wieder in Bewegung geratene Teuerungswelle nicht alsbald und radikal gestoppt werden kann, so wird auf die Dauer der an sich schon schwer erreichte Haushaltsausgleich bei der Stadt Warschau trotz grösster Sparsamkeit und Drosselung aller irgendwie entbehrlicher Ausgaben kaum aufrechterhalten bleiben können, es sei denn, dass man für die Wintermonate grössere Lebensmittelzuteilungen zur Verfügung stellen könnte oder aber für Warschau vorübergehend eine allmähliche Lockerung der Lebensmittelbewirtschaftung und Schleichhandelsbekämpfung - mit Ausnahme von Brot und Brotgetreide - eintreten liesse. Im Ganzen gesehen ist die Preisteuerung auf dem Lebensmittelmarkt und das damit im Gefolge stehende Anziehen aller Preise für Artikel des täglichen Bedarfs, insbesondere auch der Baustoffe, aus dem Rahmen eines rein finanziellen Problems bereits zu einem solchen von allgemeiner Bedeutung herausgewachsen, das gegebenenfalls, zumal im Hinblick auf die für den kommenden Winter in Aussicht stehende Kohlenverknappung, grundsätzliche Entscheidungen sicherheitspolizeilicher und allgemein politischer Art erforderlich macht.

Das wirtschaftlich finanzielle Gebiet der Stadt Warschau berühren zur Zeit vor allem die sehr akuten Fragen der Seuchenbekampfung und der Bildung eines Jüdischen Wohnviertels; denn für diese Zwecke müssen grosse Mittel, die weit über das zu Beginn des Rechnungsjahres voraussehbare Mass hinausgehen, bereitgestellt werden. Die bedrohliche, ursprünglich im Jüdischen Wohnviertel ausgebrochene, seit Monaten aber auch schon auf polnische Stadtteile übergesprungene Fleckfieberseuche, die täglich an Ausdehnung noch zunimmt und bereits seit Anfang Juni insgesamt rund 1.000 Krankheitsfälle bei den Polen und rund 7.500 bei den Juden /darunter rund 100 Todesfälle bei den Polen und rund 500 bei den Juden/ verursacht hat, erfordert eine verstärkte, intensive Bekämpfung mit allen dafür zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Stadt Warschau hat sich deshalb genötigt gesehen, die anfänglich für die allgemeine Seuchenbekämpfung und das Fleckfieber insbesondere vorgesehene Summe von 3.5 Millionen Złoty auf das fast Doppelte zu erhöhen, um durch Schaffung und Ausbau weiterer Quarantäne-Stationen und Reinigungs-Anstalten sowie vermehrter Desinfektionen und ärztlicher Hilfeleistungen der Ausbreitung dieser evtl. auch die deutsche Bevölkerung gefährdenden Seuche, soweit irgend möglich, wirksam entgegenzutreten.

Die Bildung eines Jüdischen Wohnviertels und dessen verwaltungsmässige Abtrennung vom Verwaltungsapparat der Stadt Warschau hat deren Haushalt naturgemäss ebenfalls beeinflusst. Welche Auswirkungen in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht sich daraus ergeben und ob und inwieweit der für die Stadt Warschau

infolge der Ueberlassung eigener Steuern an die Juden zu erwartende Einnahmeausfall durch Einsparungen auf anderen Gebieten ausgeglichen werden kann, lässt sich heute angesichts der erst kurzen Anlaufszeit noch nicht genauer übersehen. Sicher ist nur, dass die finanziell wirtschaftlichen Bindungen zwischen Polnischem und Jüdischem Stadtbezirk unter den gegebenen Verhältnissen auch in Zukunft nicht abreissen werden und viele wichtige Angelegenheiten im jüdischen Sektor, wie insbesondere die Instandhaltung der Strassen, Plätze, Kanalisation und Versorgungsleistungen sowie Bau- und Feuerlösch-Polizei, Meldewesen usw., im Interesse einer geordneten und zweckmässigen Verwaltungsfortführung von der polnischen Stadt weiter betreut bleiben müssen.

Ein weiteres, die Gesamtwirtschaft stark beeinflussendes Problem bildet die Frage der Behebung der grossen Wohnraumnot in der Stadt Warschau. Da diese Stadt durch die Kriegseinwirkungen besonders schwer gelitten und einen hohen Prozentsatz ihres Wohnraums durch Zerstörung und Beschädigung verloren hat, so ist hier die Beschaffung neuer Wohnunterkünfte eine besondere Notwendigkeit. Wenn auch in den letzten 2 Jahren unter tätiger Mithilfe der deutschen Aufsichtsbehörde ein Teil der beschädigten Häuser wieder hergestellt werden konnte, so fehlen heute doch noch in Warschau rund 70.000 Wohnungen! Deswegen müssten, sobald die allgemeine Bausperre wieder aufgehoben ist, grosszügige Förderungsmassnahmen für beschleunigten Wohnungsbau seitens der Stadtverwaltung einsetzen, wozu allerdings die Herabsetzung der zur Zeit stark

überhöhten Baustoffpreise die Voraussetzung wäre. Allgemein darf wohl bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, dass die Ausmerzung der bedeutenden Kriegsschäden, verbunden mit einer wesentlichen Verbesserung des Stadtbildes und seiner Verkehrsverhältnisse, in den letzten 2 Jahren sichtbar und stetig fortgeschritten ist. Wenn diese Bereinigung nicht immer in dem gewünschten Tempo durchgeführt werden konnte, so liegt dies nicht etwa an der deutschen Aufsichtsführung, sondern ausschliesslich in der Beschränkung der für solche Zwecke verfügbaren Haushaltsmittel, die, wie schon hervorgehoben, notwendigerweise für die Erfüllung dringenderer lebenswichtigerer Aufgaben zur Verfügung gestellt und verbraucht werden mussten.

Nach einer Richtung aber müssen finanzielle Rücksichten hinter wichtigeren Belangen, nämlich der künftig in verstärktem Masse fortzusetzenden Betreuung des im Osten eingesetzten deutschen Menschen zurücktreten, dies ist notwendig, damit auch in Warschau sich in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung ein fester Kristallisationskern deutschen Geistes, deutscher Tatkraft und Leistung entwickeln kann. Hierzu ist - rein räumlich gesehen - die bereits in Gang befindliche Schaffung eines deutschen Wohnviertels unbedingte Voraussetzung, die dadurch erforderliche örtliche Umsiedlung und Auswechselung von Polen und Deutschen, sowie die Bereitstellung ausreichenden und geeigneten Wohnraumes für die Deutschen ist ein weiteres wichtiges Problem, das der deutschen Aufsichtsverwaltung gestell

ist. Dass seine Lösung, insbesondere in finanzieller Hinsicht, grosse Opfer erfordert, dürfte bei dem Ausmass der hiervon betroffenen vielen Tausenden von Menschen und ihrer vielseitigen Bedürfnisse einleuchtend sein, allein schon, wenn man die Frage der Mietpreisbildung die gerade hier in Warschau infolge ihrer Höhe besondere Schwierigkeiten bietet, denkt. Ohne staatliche Hilfe und Unterstützung - wobei an allgemeine Zuschüsse oder Steuererleichterungen für den Grundbesitz gedacht werden könnte - wird diese im Interesse der Stärkung des Deutschtums im Generalgouvernement aufgegriffene Sonderaufgabe nicht zu bewältigen sein.

In dem Vorgetragenen konnte nur ein kleiner Ausschnitt über die allerwichtigsten und akutesten Fragen, die die Stadt Warschau gegenwärtig besonders berühren, gegeben werden. Es sollte damit versucht werden, aufzuzeigen, wie ständig, fast täglich neue Probleme auftauchen oder sich ändern und oft alle vorausschauenden Berechnungen und Kalkulationen wieder umstossen. Wenn es bisher angesichts der inzwischen seit seiner Aufstellung eingetretenen ungeheueren Preissteigerung und der damit verbundenen starken Senkung der allgemeinen Kaufkraft sowie der für das laufende Rechnungsjahr wesentlich herabgesetzten Staatssteuerzuwendungen gelungen ist, den Warschauer Haushalt in Ordnung und mit seinem rund 160 Millionen-Złoty-Ausgleich auf der Höhe des Vorjahres zu halten, so mag daraus zu ersehen sein, mit welcher Sparsamkeit und Einschränkung in Warschau gearbeitet worden ist. Dies war nur möglich, weil die Finanzen der Stadt Warschau an sich gesund sind und weil trotz aller Kriegs-

verluste und Störungen des Wirtschaftslebens dieses weiterlebt und teilweise sich auch erholt; ein Zeichen hierfür sind insbesondere die dauernd und wider Erwarten gut fliessenden Steuereingänge aller Art und die steigenden Zahlen des Strom-, Gas- und Wasserverbrauchs in der Stadt; diese wären noch viel höher, wenn nicht aus Kohlenersparnisgründen die Erzeugung und Abgabe dieser Energien gedrosselt werden müsste. Andererseits aber ist eine entsprechende Einnahmeerhöhung damit leider nicht ohne weiteres verbunden, da das starke Ansteigen der allgemeinen Gestehungsunkosten des Mehrertrag der städtischen Versorgungsbetriebe zum grössten Teil wieder aufzehrt.

Im ganzen gesehen sieht die Finanz- und Wirtschafts-Politik der deutschen Aufsichtsbehörde über die Stadt Warschau ihr Ziel darin, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Belange mit der Zeit wieder die Grundlagen zu gesunden Lebens- und Arbeitsverhältnissen zu schaffen; ihr bestreben wird sein, diese Aufgabe möglichst aus eigener Kraft zu lösen und durch tunlichste Ausschöpfung aller Einnahmequellen, grösstmöglichste Sparsamkeit auf allen nicht lebenswichtigen Gebieten und Fortsetzung aller Bemühungen zur Wiederingangbringung der Wirtschaft und Produktion zu einem finanziellen Selbstausgleich zu kommen. Ob dies gelingen wird, hängt von der weiteren Entwicklung der allgemeinen Lage und der damit verknüpften Wirtschafts-, Preis- und Lohnfragen ab. Hält die Teuerung und die Beauftragung der Stadt Warschau mit immer neuer Pflichten und Belastungen /u.a. luft-

schutz, örtliche Umsiedlung, verstärkte Seuchenbekämpfung, nicht rückerstattbare Leistungen für die Wehrmacht, Wiederaufnahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes für die 300 Millionen Złoty betragende Altverschuldung usw./ weiter an, so wird es nicht zu umgehen sein, sich die für derartige, nicht voraussehbar gewesene Aufgabengebiete erforderlichen Mittel durch eine Sonderfinanzierung zu beschaffen; denn Reserven hierfür stehen der Stadt Warschau nicht mehr zur Verfügung. Die Aufnahme von Anleihen aber sollte m.E. tunlichst vermieden, jedenfalls jedoch streng begrenzt bleiben auf die Gewinnung von Mitteln für werbende und ertragbringende Anlagen, z.B. der Städtischen Betriebe.

Selbstverständlich ist sich die deutsche Aufsichtsstelle über die Stadt Warschau bewusst, dass sie sich bei ihrer Finanz- und Wirtschaftsführung immer dem Gesamt-Wirtschaftsorganismus des Generalgouvernements und den dabei zu befolgenden Richtlinien unterzuordnen hat. Das schliesst nicht aus, dass der Stadt Warschau mit ihrer günstigen Verkehrslage am Mittellauf der Weichsel und als Knotenpunkt eines zentralen Strassen- und Eisenbahnnetzes immer ein bedeutender wirtschaftlicher Einfluss im neugewonnenen Ostraum gesichert sein wird und dass sie daneben von sich aus alle Kräfte sammelt und fördert, die zu einer Stärkung der Wirtschaftsenergie des Generalgouvernements beizutragen vermögen.

In der Erfüllung dieser der deutschen Aufsichtsbehörde hierbei zufallenden Aufgaben sieht diese den wertvollsten Lohn für ihre Arbeit, weil sie damit glaubt, zu ihrem be-

scheidenen Teil mithelfen zu können am erfolgreichen Einsatz im Osten und an einem gesunden Weiteraufbau des Generalgouvernements.

gez. Dr. Fribolin.

TVERWALTUNG WARSCHAU
Finanzabteilung

15. Oktober 1941.

Kleinhandelspreise einiger Lebensmittel im Freihandel in Warschau

Durchschnittspreise in Zloty.
Laut Angaben des Städtischen Statistischen Amtes sowie der Städtischen Bezirksbüros.

t der Ware	Menge	Monatsdurchschnittspreise im:				Tagesdurchschnittspreis an 14.X.1941.
		Septemb. 1940	Oktober 1940	Februar x/ 1941	Sept. 1941	
ggenschrottbrot	Kg.	1.49	1.66	2.58	6.55	7.22
izenmehl	"	4.42	4.48	5.33	18.28	18.37
ggenmehl	"	2.93	-	3.74	12.63	13.37
rstengrütze	"	3.13	3.08	3.90	14.66	15.62
hdfleisch	"	6.97	6.66	7.26	19.02	22.12
weinefleisch	"	9.29	8.77	9.43	32.49	32.62
eck	"	16.35	15.83	14.30	56.63	57.62
lch	Liter	1.37	1.49	1.82	3.19	3.79
tter	Kg.	20.07	21.47	20.64	57.35	60.25
arkkäse	"	5.72	5.77	5.95	15.63	16.37
	Stück	0.43	0.54	0.84	1.24	1.54
bsen	Kg.	5.57	5.39	6.01	14.47	16.12
rtoffeln	"	0.35	0.32	0.77	2.11	2.42
berkraut	"	0.89	0.72	1.09	.	.
hrrüben	"	0.40	0.40	0.56	.	1.46
iebel	"	0.61	0.60	1.39	:	4.69
cker	"	6.47	6.28	8.58	21.18	22.87

---

x/ Zeitraum der Aufstellung des Haushaltsplans 1941/42.

Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten
der Gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau.

I. Allgemeines.

Im Jahre 1939 waren im Distrikt Warschau ca. 4000 Industriebetriebe und 24000 Handelsbetriebe vorhanden. Die Zahl der Industriebetriebe dürfte sich unter Abzug der durch Kriegseinwirkung vernichteten 250 Betriebe im wesentlichen auf der alten Stufe erhalten haben, während die Zahl der Handelsbetriebe auf ca. 35000 angewachsen ist.

Die Zahl der Handwerksbetriebe ist für 1938 bisher mit 15000 angenommen worden. Nach den neuerdings vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit angestellten Erhebungen wird diese Ziffer als unzutreffend bezeichnet. Sie dürfte in Wirklichkeit wesentlich darüber liegen; hierüber wird die bevorstehende Betriebszählung den erforderlichen Aufschluss geben.

Einheitlich wird die Feststellung beurteilt, wonach die Handwerksbetriebe durchschnittlich 2,3 Beschäftigte aufweisen. Wird die Zahl der Handwerksbetriebe mit ca. 20000 angenommen, so kann mit einer Beschäftigtenziffer von ca. 45000 gerechnet werden.

Statistisches.

Die 4000 Industriebetriebe im Distrikt Warschau beschäftigten nach statistischen Erhebungen des Jahres 1938 : 170 000 Arbeiter und Angestellte, oder anders ausgedrückt 52% der Gesamtindustrie in den bisherigen 4 Distrikten des Generalgouvernements.

Die Sozialversicherungskasse Warschau, die ihren Bereich auf Stadt und Kreis Warschau, sowie 4 weitere Kreise erstreckt, wie im

Jahre 1938 407 796 Versicherte und am

1.2.1941 224 967 Versicherte auf, die

sich wie folgt verteilten:

1938		am 1.2.1941
51,2 %	Industrie und Handwerk	39,8 %
9,9 %	Handel	12,1 %
4,4 %	Transport u.Schiffahrt	4,4 %
7,7 %	andere Betriebe	14,6 %

Die über den Kreis der Versicherten der bei der Sozialversicherungskasse zum 1.2.41 durchgeführ Auszählung hat eine wesentliche Verlagerung gegü über dem Stande 1938 ergeben und zwar zum Nachte der in der Industrie und Handwerk Beschäftigten zu Gunsten der im Handel und anderen Betrieben T gen.

Zahlen der Erwerbstätigen.

Wenn berücksichtigt wird, dass in der Vorkriegsz im Distrikt Warschau von den Erwerbstätigen 65% Industrie, Handel und Handwerk und 35% auf Land- Forstwirtschaft entfielen, und seitdem eine weit Verstädterung sich vollzogen hat, so kommt vor a der Verlagerung der Beschäftigten aus Industrie Handwerk auf den Handel und andere Betriebe gera für Warschau eine symptomatische Bedeutung zu.

Wir erhalten aus dieser Tatsache den unwiderlegl Beweis des starken Anschwellens derjenigen Kräf die sich ohne Genehmigung und ohne die Erfüllung erforderlichen sachlichen Voraussetzung in Hande funktionen eingemischt und das schmutzige Gesch des Schieber-und Schleichhandels zum Nachteil de Gesamtwirtschaft und der Bevölkerung betrieben. Auf diese Frage wird im Verlauf der weiteren Da legungen noch besonders eingegangen worden.

Diese nachgewiesene Berufsverlagerung ergibt ind sen nur ein Teilbild. Die Wirklichkeit offenbar eine weit grössere Abwanderung.

Die Industrie in Stadt und Distrikt Warschau hat wie bereits dargelegt - in der Vorkriegszeit nic nur den überwiegenden Teil der im GG. in der Ind trie Beschäftigten aufgewiesen, sondern auch die überragende Kapazität einer Reihe von Erzeugungs industrien beherbergt, wie beispielsweise die M industrie, die elektrische Industrie, die chemis Industrie und die Papierindustrie. Ausserdem ist Warschau der überwiegende Teil des Grosshandels des Einzelhandels ansässig gewesen.

Handwerk.

Vom Handwerk lässt sich gleichermassen feststel dass vor allem in der Stadt Warschau ein zahlenm sig erheblicher Bestand an leistungsfähigen, gu gerüsteten Betrieben, die dem deutschen Qualitäts handwerk durchaus gleichzusetzen sind, vorhande waren und verblieben sind.

Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, dass in d Vorkriegszeit Warschau der Sitz aller grossen Ba institute und der Personal-und Sachversicherunge war und dass in dieser Stadt im wesentlichen der Geldausgleich und die Steuerung des Kreditverkeh sich vollzogen hat.

Kriegs-Einwirkungen.

Das industrielle und gewerbliche Leben hat unter den Folgeeinwirkungen des Krieges schwere Einbusse erlitten. Es kann gesagt werden, dass die polnische Unternehmerschaft in Industrie, Handwerk und Handel trotz der erlittenen Rückschläge sich der Beseitigung der Kriegsschäden mit anerkennenswertem Eifer gewidmet und die Betriebe wieder zum Einsatz gebracht hat mit dem Ergebnis, dass bis in die jüngste Zeit hinein das Steueraufkommen im Distrikt Warschau immer noch mehr als die Hälfte des Gesamtsteueraufkommens im GG. ausmacht. Aus dieser Tatsache darf gefolgert werden, dass die polnische Unternehmerschaft aus Industrie, Gewerbe und Handwerk sich Anregungen in Bezug auf Betriebsverbesserungen auch weiterhin zugänglich zeigen wird.

Entstehungsgeschichte.

Entstehungsgeschichtlich kann die Industrie im Distrikt Warschau in 2 Gruppen eingeteilt werden: Die eine Gruppe umfasst die grosse Zahl der Erzeugungsindustrien für den täglichen Bedarf und von Produktionsmitteln. Es handelt sich zum Teil um alteingesessene Betriebe, die aus kleinen Anfängen heraus auf hohen technischen Stand und ansehnliche Gefolgschaftsziffern entwickelt wurden. Bei zahlreichen Betrieben finden wir heute noch deutsche Namen als Bestandteil der Firmierung, worin wir deutsche Gründer-Initiative erkennen können.

Nach Abschluss des Weltkrieges und der Kostituierung des polnischen Staates ist eine weitere Industriegruppe und zwar eine ausschliesslich Rüstungszwecken dienende und aus Auslandskrediten finanzierte Grossindustrie von allerbester betrieblicher Ausgestaltung entstanden. Es handelt sich dabei um solche Betriebe die heute zumeist in der Hand des Rüstungskommandos liegen und für die deutsche Wehrrüstung zum Einsatz gebracht sind. In diesen Betrieben sind z.Zt. 35 000 Beschäftigte tätig.

Meine bisherigen Betrachtungen möchte ich mit folgender Zusammenfassung abrunden: Stadt und Distrikt Warschau verzeichnen eine reiche Vielfalt von technisch gut ausgerüsteten Fachindustrien und von leistungsfähigen Handels-und Handwerksbetrieben, sowie ein dem gewerblich-industriellen Bedürfnis durchaus entsprechendes Bankgewerbe.

Wenn auch deutsche Unternehmerkreise, die sich zum Zwecke der Auftragsverlagerung oder der Pachtung bezw. des Erwerbs von Betrieben auf Grund durchgeführter Besichtigungen immer wieder übereinstimmend dahin äussern, dass der Stand der technischen Betriebseinrichtungen und-ausstattungen rückständig seien und gewohnten deutschen Anforderungen wenig entsprechen, so kann hierin kein unüberwindliches Hindernis zu einer Angleichung an deutsche Betriebe gesehen werden.

Im Wege von Kapital-Investitionen muss es erreibar sein, unwirtschaftliche technische Anlagen vorbessern und unzeitgemässe Fabrikationsmethod zur Seite zu legen, um damit die praktische Durchsetzung deutscher technischer und wirtschaftlicOrganisationsprinzipien sicherzustellen. Im Gangesehen handelt es sich hier um relativ leicht hebbare Mängel.

II. Die Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Mit der Zerschlagung des polnischen Staates und Uebergangs der gesamten staatlichen und politis Machtfülle auf Führer und Reich ist die eigenstliche und damit interessengebundene Ausrichtung gesamten polnischen Wirtschaftsführung zusammenbrochen. An ihre Stelle ist eine neue und grundgend veränderte wirtschaftspolitische Zielsetzu getreten, wie sie aus dem Charakter des GG. als zum Grossdeutschen Interessenbereich gehörigen land mit gewollt autonomem Gebietscharakter und ner Wirtschaftshoheit abgeleitet werden musste.

An Stelle der bislang vorhanden gewesenen und i Wesen nach massgeblich von liberalistischen Ges punkten geführten Wirtschaft mit stärkstem jüdi Führungs-und Kapitalseinschlag musste zwangsläu unter Ausmerzung dieser Einflüsse eine nach stachen Grundsätzen gelenkte Wirtschaft und Betrieführung im einzelnen treten. Deutscher Rechtsse und die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des vaten Eigentums vermittelten die Möglichkeiten Entfaltung der privaten freien Unternehmeriniti und die Tragung der Betriebsverantwortlichkeit.

Grundbegriffe der Produktion.

Auf diesen Grundlagen konnte dem Unternehmertum die veränderte Aufgabe vor Augen geführt werden dass die Betriebsführereigenschaft in Wirklichk nur eine Treuhänderfunktion am Werk zu Gunsten Staates und der Gemeinschaft ist. Dass daneben die private Erzeugung ebensosehr der Grundsatz den Vordergrund gerückt werden musste, dass die Befriedigung notwendigen Bedarfsgüter in ausrei dem Masse gefertigt und dem Markt entsprechend Nachfrage zur Verfügung zu stellen sind, kann a ebenso selbstverständlich bezeichnet werden, wi die Forderung nach Befolgung des ökonomischen P zips : unter geringsten Aufwendungen bestmöglic Leistungen hervorzubringen.

Die gewerbliche Wirtschaft hat in all ihren Teilen ihren Leistungswillen, den Willen zur Ein-und Unterordnung in die ihr gestellten Führungsaufgaben-und Pläne ebensosehr unter Beweis zu stellen, wie sie die Verpflichtung hat, das gesamte fachliche Können für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Die Wirtschaft hat fernerhin gegen sich gelten zu lassen, dass die Währung dieses Landes in einem festen und unabänderlichen Wertverhältnis zur Reichsmark steht, dass die Aufrichtung zollpolitischer und devisenrechtlicher Schranken zum Reich erfolgt ist, und dass an diesen Grundfesten auf lange Zeit hinaus festgehalten bleiben muss.

Nach Massgabe der von der Machtfülle des Führers und des Reiches abgeleiteten und durch die Hoheitsverwaltung dieses Nebenlandes verordneten Wirtschaftsgesetzen und Führungsgrundsätze ist der weitere Wirtschaftsablauf zu gestalten und zu entwickeln.

Öffentliche Aufträge.

Wenn unter diesen Gesichtspunkten die der gewerblichen Wirtschaft gestellten Einsatzaufgaben - vorweg auf dem Gebiet der Durchführung öffentlicher Aufträge, sei es im Rahmen der staatlichen Hoheitsverwaltung, der politischen Selbstverwaltungskörperschaften oder der öffentlichen Verkehrseinrichtungen - näher überprüft werden, so ergibt sich ein im allgemeinen befriedigendes Gesamtbild.

Es standen für die Produktion alle benötigten Roh- und Hilfsstoffe bislang sowohl im Wege der staatlich gelenkten Bewirtschaftung wie auch auf dem freien Markt in noch genügendem Ausmass zur Verfügung.

Rohstoffbezug.

Seit Mitte d.J. sind aber die Bezugsmöglichkeiten auf dem Rohstoffsektor zusehends knapper geworden, sodass aus beteiligten Kreisen der Ruf nach vermehrten Zufuhren immer eindringlicher wurde. Demgegenüber darf eingewendet werden, dass es nicht ungerechtfertigt erscheint, wenn auch der Wirtschaft unter gewissen Voraussetzungen die Hinnahme von Mangellagen als einer unmittelbaren Kriegsfolge zugemutet werden muss.

Rohstoffpreise.

Zum Teil sind aber auch beachtliche, durchaus berechtigte Klagen über Rohstoffbelieferungen geführt worden. Die eisenverarbeitende Industrie im GG. muss z.B. für bewirtschaftetes Universaleisen pro Tonne auf Basis Oberhausen, den Betrag von RM. 240.60 gegenüber einem Tonnenpreis für das gleiche Erzeugnis im Reich von RM. 120.60 aufwenden. Bei so ungewöhnlich überhöhter Preisstellung kann objektiv von einer Gefährdung der Wirtschaftlichkeit der im GG. liegenden Betriebe gesprochen werden. Auch die im Januar 1941 gegründete Eisenhüttengemeinschaft Ost "EGO" liegt mit ihren Verbandspreisen oberhalb 40-100% über Reichspreisen.

Diese Preise, Lieferungsbedingungen und zum Teil auch -fristen sind für die industriellen Beziehu des GG. insgesamt Anlässe zu ernstesten Klagen. ist festgestellt worden, dass das Eisenbahnzentr amt, Berlin, einer grossen Waggonfabrik in Warsc mit besten maschinellen Spezialeinrichtungen wei re Auftragszuweisungen auf Waggons sperren will. weil sich deren Endpreise, vor allem durch die b zeichneten übersetzten Einstandspreise für Eisen auf eine Höhe entwickeln mussten, die diese vorg bende Stelle nicht mehr für vertretbar erachtet.

Der Preis für den Normaltyp eines Kohlentranspor Waggons stellt sich bei jenem Warschauer Werk au RM. 5550.- gegen RM. 3800.- im Reich.

Private Aufträge.

Nicht weniger schwierig ist die Abwicklung von Lieferungsaufträgen auf dem Gebiet des privaten Auftragsmarktes vor allem auch beim Handwerk gew den. Die mehr und mehr angestiegene Verknappung Rohstoffen und Halbfabrikaten auf dem freien Mar hat dazu geführt, dass sich der Schleichhandel a die an sich dezimierten Bestände geworfen und en gegen den bestehenden Verbotsvorschriften wesent liche Teile an sich gerissen hat und immer wieder an sich zu bringen weiss.

Schleichhandel in Rohstoffen.

In Berichten aus allen Schichten der gewerblichen Wirtschaft finden sich deswegen in zunehmendem M so Angaben des Inhalts, dass die Produktion nur durch Zukauf von Rohstoffen, Halbfabrikaten aber auch von Brennstoffen im Schleichhandel und bei Bewilligung exhorbitant hoher Preiszuschläge auf recht erhalten bleiben kann.

Fuhrlöhne.

In ähnlicher Weise werden ernste Klagen gegen di Uebersetzung der Fuhrlöhne und Gespannkosten ins samt erhoben. Ein angesehener Industriebetrieb e klärt, dass für Anfuhr eines cbm Formsandes im W te von zł 7.- - 10.-, ein Fuhlohn von zł 40.: - gefordert werden.

Der Schleichhandel und die wucherische Preisgest tung überhaupt sind darum bereits zu einer ernst Gefahr für die Produktion an sich, wie für die Au rechterhaltung des Preisgefüges überhaupt, gewor

Lohngestaltung und Lebenshaltung.

Diese Entwicklung durch das illegale Treiben schmutziger-und zum Teil dunkler Kräfte wird ver stärkt durch die sich auf dem Gebiet der Lohngestaltung immer mehr abzeichnende ernste Lage. De Betriebsführer des grössten Textilerzeugungsbetr in Warschau hat erklärt, dass ihn seine vielhund köpfige Belegschaft darum gebeten habe, ihr anst des Lohnes Lebensmittel und Hausbrandkohle zu üb geben, um damit allen Beschaffungsorgen - vor al auch gegenüber den Familienangehörigen - enthobe zu sein und um so der Berufsarbeit ungestörter n gehen und nachkommen zu können.

Wenn diese Vorgänge hier verzeichnet werden, so deswegen, weil es sich nicht um eine vereinzelte Erscheinung, sondern weit mehr, um ein deutliches Sympton einer ernsten Wirklichkeit handelt.

In einem Gebiet wie Warschau mit einer grossen Bevölkerungsdichte und einer vorwiegend gewerblich tätigen Bewohnerschaft, ist die Frage der Sicherstellung der zum Lebensunterhalt der Arbeiter-und Angestelltenschaft erforderlichen Lebensmittel wegen der immer mehr zurückgehenden sozialen Kaufkraft des Lohnes mit zum Kernproblem der gewerblichen Produktion überhaupt geworden, zumal im Gegensatz zu anderen Distrikten in der engeren und weiteren Umgebung eine wenig leistungsfähige Landwirtschaft vorhanden ist.

Werksküchen. Ein weiteres Problem von stärkster Eindringlichkeit beginnt die Unterhaltung und Fortführung der sogenannten Werksküchen - die ausschliesslich auf den freien Ankauf angewiesen sind - zu werden. Feststeht, dass alle diese Einrichtungen mit ihrem erheblichen täglichen Einzelbedarfsmengen bereits zur stabilen Kundschaft des illegalen Schleichhandels geworden sind.

Ebensowenig wie es aus öffentlichen Gründen als vertretbar angesehen werden kann, dass der Schleichhandel durch die Belieferung dieser sozialwichtigen Einrichtungen eine Art von Legalisierung erfährt, ist es irgendwie vertretbar, der Abschaffung der Werksküche wegen der von diesen geübten Schleichhandelseinkaufs das Wort zu reden.

Abhilfevorschlag. In der vollen Erkenntnis der Schwierigkeiten auf dem Ernährungsgebiet und der jeder Ausnahmebehandlung im Wege stehenden ernsten Mangellage wird aus Gründen der Erhaltung der physischen Arbeitskraft der Arbeiterschaft und der Aufrechterhaltung der Betriebe überhaupt, sowie im Interesse der breiten Bevölkerung eine bereits anderweitig gemachte Anregung aufgegriffen, die eine ausnahmsweise Aufbesserung der Rationen bewirtschafteter Lebensmittel an die polnische Bevölkerung für den bevorstehenden Winter auf die doppelte Höhe der wichtigsten Grundernährungsmittel mit Ausnahme von Brot, vorsieht.

Würde diese Anregung nach Prüfung der Möglichkeiten verwirklicht werden, dann würde in den gewerblichen und industriellen Betrieben die Verabfolgung von Speisungen in den Werksküchen auf das System der Lebensmittelkarten abgestellt und damit die Lebensmittelbeschaffung im Schleichhandel sofort unterbunden werden können.

Ebenso würde auch für die breitesten Bevölkerungsschichten bei einigermassen ausreichender Ernähr der Anreiz entfallen, Schleichhandelszukäufe von nennenswertem Umfange vorzunehmen. Auf beiden Wegen müsste der Schleichhandel auf das Empfindlichste getroffen werden.

Kohlenfrage.

Eine weitere ernste Sorge für Warschau ist die Kohlenfrage allgemein, sowohl bezüglich der Weiterführung von Industrie, Gewerbe und Handwerk, auch hinsichtlich der Befriedigung des Hausbrandbedarfs.

Zusammen mit der Rohstoff-und Lebensmittelversorgungsfrage ist die Kohlenfrage das Kernproblem nicht nur der Wirtschaft, sondern ein nicht minder ernstes Problem vom Standpunkt der Gesundheitsführung überhaupt. Mit allen Mitteln sollte daher versucht werden, die gewerblichen Betriebe durch Bereitstellung der erforderlichen Koh-und Hilfsstoffe, sowie Kohlen im Gang zu erhalten und den breitesten Massen Beschäftigung zu gewähren, - aber auch durch die Zuweisung der für die Lebenshaltung notwendigen Lebensmittel eine erträgliche Lebensbasis zu bieten; das letztere umsomehr, als dann die immer wieder auftretenden Wünsche nach Lohn-und Gehaltserhöhungen verstummen würden.

Nur so ist es überhaupt möglich eine Gefährdung der Gesundheitsführung im allgemeinen fernzuhalten und ausserdem die Sicherstellung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben zu gewährleisten.

Meine bisherigen Ausführungen haben sich auf die groben Sorgenprobleme des Alltags, von denen alle Teile der gewerblichen Wirtschaft gleichmässig schwer betroffen sind, erstreckt.

Wenn wir darüberhinaus die Gesichtspunkte ins Auge fassen : über die Möglichkeiten einer Festigung, Weiter-Entwicklung und Verbesserung der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau, so muss vorweg die Frage aufgerollt werden, von welcher Art der gewerbliche und industrielle Einsatz in der Zukunft sein muss, damit die wichtigste volkswirtschaftliche Aufgabe einer zweckmässigen und den naturgegebenen Verhältnissen angepassten Gütererzeugung, gelöst werden kann.

Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie und im Handwerk.

Die grosse Zahl von gewerblichen und industriellen Betrieben und leistungsfähigen Handwerksstätten von einer insgesamt hohen Erzeugungskapazität und die vorhandene reichhaltige, branchenmässige Struktur geben von vornherein die Gewissheit, dass in Stadt und Distrikt Warschau eine grosse Fülle von Bedarfsgütern aller Art erzeugt werden und eine nicht minder hohe Zahl von Menschen arbeitsmässig Einsatz finden kann.

Wenn die Vorkriegsbeschäftigtenziffern in diesem Gebiet vergleichsweise herangezogen werden, so ergibt sich, dass die gewerbliche Wirtschaft insgesamt ein grosses Reservoir von Arbeitsplätzen aufweist, das bei einigermassen normalen, friedensmässigen Produktionsverhältnissen Hunderttausenden von Menschen Unterkommen, Brot und Arbeit zu geben vermag.

Die Erzeugungsstätten von lebenswichtigen Verbrauchsgütern aller Art werden dabei in ebenso starkem Umfange Lohn und Unterkommen bieten, wie die Fertigungsindustrie. Auch beim Handwerk insgesamt sind die Aussichten nach reichlicher Beschäftigung und infolgedessen die Möglichkeit der Unterbringung von Fachkräften in bestem Ausmass vorhanden.

Eine weitere Verstärkung dieser zuversichtlichen Lage ergibt sich aus der günstigen geographischen Lage des Warschauer Wirtschaftsgebiets zu den neueroberten Ostgebieten.

Aus all diesen Gründen kann gesagt werden, dass die gewerbliche Wirtschaft bei der Durchführung der notwendigen und grundlegenden Verbesserung im agrarischen Sektor - insbesondere im Bereich der geplanten Bodenordnung - eine starke Hilfe durch Uebernahme freigesetzter ländlicher Arbeitskräfte in Aussicht stellen kann.

Eine Reihe von vorbereitenden Massnahmen wird diese starke Menschenumlagerung einleiten müssen.

Ausbildungsfragen. Wenn die gewerbliche und industrielle Festigung und Förderung auf breitem Fundament entwickelt werden will, so müssen zunächst Möglichkeiten geboten werden, um die breiten ländlichen Arbeitermassen zum den Einsatz in Industrie und Gewerbe einzuschulen, und sie mit den wichtigsten manuellen Fertigkeiten und Handgriffen vertraut zu machen.

Darüberhinaus werden im Wege der Berufsauslese lernfähige junge Leute ermittelt und entweder der ordentlichen Fachlehre oder einer Ausbildung zu Hilfsarbeitern zugeführt werden müssen. Im grossen Umfange können die bedeutsamen Erfahrungen der deutschen Wirtschaft auf dem Gebiet der industriellen Nachwuchserziehung hierher übernommen werden. Auch das Handwerk, das sich vor allem in der Stadt Warschau dieser Erziehungsaufgabe bisher mit besten Ergebnissen gewidmet hat, wird Zusatzaufgaben dieser Art erfüllen können.

Die Durchführung dieser Erziehungs-und Schulungsaufgaben wird freilich nur von einer auf den technischen Fortschritt eingestellten und innerlich gesunden Wirtschaft übernommen werden können.

Deutscher Einfluss auf die Betriebsführungen-und Gestaltung wird erforderlich sein, wobei zu sagen ist, dass der Durchsetzung der Betriebe mit deutschem Geist und deutscher Führerinitiative und Schaffung von industriellen Lehrwerkstätten nach deutschen Vorbildern besondere Schwierigkeiten entgegenstehen kann. Es vermag dabei auf die z.Zt. unter treuhänderischer Verwaltung stehenden, beschlagnahmten herrenlosen und jüdischen Betriebe zurückgegriffen zu werden, die bei einer Gesamtzahl von z.Zt. rund 500, bestimmt genügend entwicklungsfähige Erzeugungsstätten aufweisen, die für die erwähnte Aufgabe in Einsatz gebracht werden können.

Facharbeiter-Nachwuchs.

Wenn auf diese Weise in jahrelanger Arbeit eine ordentlich ausgebildete Facharbeiterschaft nachgezogen worden ist und in den Betrieben zur Verfügung steht, dürfte es nicht schwer fallen, das allgemein festgestellte Leistungsgefälle der polnischen Facharbeiterschaft gegenüber dem Reich auszugleichen und für die gesamte gewerbliche und industrielle Fertigung günstige Erzeugungsvoraussetzungen zu schaffen.

Dieser notwendig anzustrebenden Entwicklung kommt sehr grosse Bedeutung zu und zwar ebensosehr unter dem Gesichtspunkt der Auftragsverlagerung aus dem Reich ins GG., wie der Ansiedlung reichsdeutscher Filialbetriebe innerhalb des GG. und der Verlegung polnischer Facharbeiter ins Reich.

Der hiermit berührten Fragen des zweckmässigen Arbeitseinsatzes und einer wohlverstandenen Wirtschaftslenkung kommt auch in einer weiteren Hinsicht Bedeutung zu.

Uebersetzung im Handel.

Uebervölkerung besteht nicht nur im agrarischen Sektor, auch das Handelsgewerbe ist ganz offensichtlich in erheblichem Masse übersetzt. Es braucht nur darauf verwiesen zu werden, dass die grosse Zahl von Agenten und Maklern, die früher als Vermittler von Aufträgen tätig war, durch Warenverknappung ausser Brot gesetzt wurde. Diese Uebersetzung erstreckt sich zum Teil ferner auf zugelassene Handelsbetriebe, denen im Rahmen der Bewirtschaftungsmassnahmen nur im bescheidenen Masse Zuteilungsware gegeben werden kann und die infolge knapper Umsätze zum Verkauf ihrer Waren zu Schleuderhandelspreisen und ohne Bedarfsscheine einen Anreiz finden.

Es erscheint besser und zweckmässiger, eine Auskämmung dieser leistungs-und lebensunfähig gewordenem Betriebe durchzuführen, und die verknappten Warenmengen künftighin nurmehr einer beschränkten und darum überwachten Zahl von Fachgeschäften zuzuteilen.

Wenn die Entwicklungsfähigkeit von Industrie,Handwerk und Gewerbe vorweg unter dem Gesichtspunkt des Arbeitseinsatzes und der Verfügbarmachung von Fach-und angelernten Arbeitskräften behandelt wurde, so bleibt darüber hinaus eine Summe von Teilproblemen noch übrig.

Verkehrsfragen. Hierunter stehen Verkehrsfragen, wie die Erschliessung der Weichsel als einer frachtbilligen Wasserstrasse für An-und Abtransport,mit an erster Stelle. Bei der frachtungünstigen Lage Warschau's zu den Rohstoffquellen und den Erzeugungsbezirken ist die Verbilligung der Frachten insgesamt eine Lebensfrage.

Elektrische Energie. Nicht minder wichtig ist die Bedeutung der Versorgung des Warschauer Wirtschaftsbereichs mit elektrischer Energie. Die auf Kohlenbasis arbeitenden E-Werke des Warschauer-Bezirks sind auf die Anlieferung von Kohle auf dem Schienenweg angewiesen. Wenn eine Umstellung der Industrie-Erzeugung auf den elektrischen Antrieb aus Bezugsstrom erfolgen soll, ist die Sicherstellung einer ausreichenden und zuverlässigen Energieversorgung unerlässlich. Daher besteht das allergrösste Interesse daran, dass Warschau die Anschlussversorgung an das Roznower-Wasserkraftwerk und seine 150 000 V Leitung findet, indem die Baustufe Starachowice nach Warschau durchgeführt wird.

Wohl ist bekannt, dass die Fertigstellung dieser Oberleitung in der Planung des GG. als vordringlich angesehen wird. In dem Masse, wie durch den Einsatz dieser Energiequelle eine Einsparung an Kohle und Kohlenversand eintritt, ist es möglich, die sich ergebende Entlastung des Schienenwegs für andere Transporte zu benutzen.

Schluss-betrachtung. In Zusammenfassung der vorgetragenen Gesichtspunkte bei der freilich eine erschöpfende Aufzählung unmöglich war, erscheint es aussichtsvoll und wahrscheinlich, dass die gewerbliche Wirtschaft im Distrikt Warschau einer weiteren Aufwärtsentwicklung und Verbreiterung zugeführt zu werden vermag und dass eine Verlagerung der Erzeugung auf eine ausgesprochen industrielle und arbeitsintensive Qualitätsfertigung möglich ist.

Dass bis zur Erreichung dieses Zieles von allen
Schichten der an dieser Aufgabe beteiligten Krei
eine ungewöhnliche Fülle von Arbeit und Fleiss a
zubringen sein wird, ist ebenso feststehend, wie
die Aussicht, dass der schliessliche Erfolg solc
Zusammenwirkens-und Mühens sicher ist.

Mit Bezug hierauf möchte ich mit einem Bismarck's
Zitat schliessen : "Wir sind nicht in der Welt,
glücklich zu sein und zu geniessen, sondern um u
sere Schuldigkeit zu tun."

Allgemeine Fragen der Verwaltung.

Referat des Chefs des Amtes,

Reichshauptstellenleiter Dr. H u m m e l ,

gehalten

auf der Regierungssitzung in Warschau

am 16. Oktober 1941.

Herr Generalgouverneur ! Meine Herren !

Der Herr Generalgouverneur hat mir gestern den Auftrag erteilt, bei der heutigen Fortsetzung der Regierungssitzung noch ein einlei = tendes Referat über allgemeine Fragen der Verwaltung zu halten, die uns hier besonders interessieren.

Angesichts der Kürze der Zeit, die für die Vorbereitung zur Verfügung stand, hoffe ich, Verständnis dafür zu finden, dass ich mich sehr kurz fasse und nur 3 Probleme berühre, die für uns von be= sonderer Bedeutung sind.

I.

Zunächst zur <u>allgemeinen Verweltungslage</u> im Amt des Distrikts und in den Kreishauptmannschaften.

In den gestrigen Referaten sind eine grosse Zahl von Wünschen seitens der einzelnen Vortragenden an die Regierung gerichtet wor = den, so dass ich mich glücklich schätze, auf dem von mir berührten Gebiet nicht mit neuen Wünschen hervortreten zu müssen. Ich darf vielmehr der Regierung unseren Dank sagen für das grosse Verwal = tungswerk, das uns im Laufe dieses Jahres mit der Durchführung der Einheit der Verwaltung beschieden worden ist.

Es ist selbstverständlich, dass, als damals die Verordnung über die Einheit der Verwaltung bekannt gegeben wurde, auch hier, wie bei den anderen Distrikten und auch in Regierungsstellen, nicht alle da= von Betroffenen begeistert gewesen sind, weil durch diese Verord = nung mancher persönliche Wunsch hintan gestellt werden musste. Aber rein sachlich gesehen, haben sich die Grundgedanken der Einheit der Verwaltung und der nun feststehende Aufbau der Verwaltung in jeder Hinsicht bewährt. Die Einheit der Verwaltung ist nach der überein = stimmenden Auffassung aller beteiligten Dienststellen, insbesondere auch sämtlicher Kreishauptleute, die für diesen Raum einzig richti= ge Verwaltungsform, denn nur mit einer straff zusammengefassten

Verwaltung, die die Ausrichtung sämtlicher deutschen Dienststellen nach einheitlichen Verwaltungsprinzipien gewährleistet, können die zahlreichen und schwierigen Probleme, die in diesem Raume gestellt sind, rasch und tatkräftig gemeistert werden.

Es ist selbstverständlich, dass eine derartige grundlegende Änderung der Verwaltungsmethode, wie sie die Ein- und Durchführung der Einheit der Verwaltung darstellt, und wie sie zum 1. Male in dieser kompromisslosen Form im Generalgouvernement in die Praxis umgesetzt wurde, anfangs zu gewissen Reibungen geführt hat. Dem Takt und Fingerspitzengefühl der beteiligten Abteilungsleiter und der Kreis- und Stadthauptleute ist es jedoch in gegenseitigen Aus = sprachen gelungen, diese Schwierigkeiten, die gelegentlich zwischen ihren Dienststellen und insbesondere den angegliederten Dienststel= len auftauchten, in Kürze zu beseitigen. Der Kreishauptmann hat es stets abgelehnt, den seiner Dienststelle angegliederten Fachbehör = den bei fachlichen Dingen " hineinzuregieren "; Er hat sich darauf beschränkt, in gelegentlichen Zusammenkünften mit den Leitern der Fachbehörden die allgemeinen Richtlinien der Verwaltungspolitik zu bestimmen, wie dies auch von der Regierung in ausführlichen Erlas = sen klargestellt ist.

Jede Verwaltung kann auf die Dauer nur dann funktionieren, wenn die notwendige Anzahl fachlicher vorgebildeter Beamter oder Angestellter zur Verfügung steht. Leider fehlt es hier. Insbesondere fehlt es bei den Kreishauptleuten an einer, wenn auch geringen Zahl, fachlich qualifizierter mittlerer und gehobener Beamten, Sekretären oder Inspektoren. Es fehlt weiter an entsprechend ausgebildeten Kassen- und Rechnungsbeamten. Wenn für die Dauer bei den Kreishaupt= mannschaften ein geordnetes Finanzwesen gewährleistet werden soll, muss hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Im allgemeinen ist die Personallage bei den Kreishauptmann = schaften zurzeit so, dass ein Gefolgschaftsmitglied zahlreiche,

zum Teil äusserst wichtige Referate zu bearbeiten hat. Es ist selbstverständlich, dass eine ordnungsgemässe Bewältigung hier un = terbleibt.

Ich glaube aber nicht, dass es möglich sein wird, hier in ab= sehbarer Zeit einen grundlegenden Wandel zu schaffen, denn wir müs= sen damit rechnen, dass, genau wie jetzt für Galizien, im nächsten Jahr für die neuen Ostgebiete weitere Anforderungen erfolgen und dass dann vielleicht sogar besonders bewährte Beamte und Angestell= te von hier nach dem weiteren Osten abgegeben werden müssen.

Bei dieser Sachlage erhebt sich die Frage, ob es nicht zweck = mässig wäre, in weit stärkerem Masse noch in unserem Verwaltungs = system den Aufsichtsgedanken zu betonen.

Die Gesetzgebung des Generalgouvernements ist im Laufe der letzten 1 ½ Jahren dazu übergegangen, in immer grösserem Umfange zahlreiche Verwaltungsgebiete bis ins einzelne zu regeln und die Durchführung, nicht etwa nur die Beaufsichtigung, den deutschen Dienststellen zu übertragen. Damit wurde auch die Verantwortung für die reibungslose und ordnungsgemässe Abwicklung der Verwaltungs = massnahmen den deutschen Behörden auferlegt. Trotz der sich hier = durch immer mehr häufenden Arbeit wurde der Personalstand, wenig= stens bei den unteren Behörden, nicht wesentlich verändert. Die Folge davon ist ganz zwangsläufig, dass die Fülle der Arbeit durch die wenigen Arbeitskräfte nicht hundertprozentig bewältigt werden kann und der Behördenleiter, insbesondere der Stadt- bezs - Kreis = hauptmann durch die Kontrolle der täglichen Verwaltungskleinarbeit Zeit und Übersicht verliert, die an sich notwendig wäre, um wirk = lich richtunggebend die Verwaltung zu führen.

Verlegt sich aber der Stadt- bezw. Kreishauptmann auf sein eigentliches Aufgabengebiet, nämlich nur die Dinge von allgemein wirtschaftlicher und politischer Bedeutung vorwärts zutreiben, so kann er nicht für eine restlose Erfüllung der sonstigen Verwaltungs= massnahmen Sorge tragen.

Wir werden deshalb nicht umhin können, auch bei der Staats = verwaltung- in der Kommunalverwaltung ist dies ja schon im be = schränkten Umfang geschehen - die Polen in erhöhtem Masse zur Mit = arbeit heranzuziehen, um den Mangel an deutschen Beamten und An = gestellten zu steuern.

Ich denke daran, dass für bestimmte Verwaltungsgebiete wieder eine Art " Starost " eingesetzt werden könnte, der gewisse, ihm übertragene Aufgabengebiete in eigener Verantwortung und mit Zeich= nungsbefugnis - selbstverständlich unter Aufsicht des Kreishaupt = manns - zu bearbeiten hätte.

Eine ähnliche Regelung ist im übrigen bereits in § 9 der Ver = ordnung über die Verwaltung der polnischen Gemeinden vom 28.11.39 für die Stadtkreise getroffen. Hiernach kann der Distriktschef den Bürgermeistern Stadthauptleute zur Seite setzen, die in seinem Na = men die Aufsicht führen. Die Stadthauptleute können jede Verfügung des Bürgermeisters aufheben, abändern, ersetzen und hemmen sowie eigene Anordnungen treffen. Der Bürgermeister aber hat grundsätz = lich die Verantwortung für die Verwaltung der Stadt und hat insbe = sondere sämtliche laufenden Verwaltungsgeschäfte zu erledigen. Der Stadthauptmann beaufsichtigt lediglich und zieht nur die ihm wich = tig erscheinenden Dinge an sich.

Diese Regelung ist bei der Verwaltung der Stadt Warschau kom = promisslos durchgeführt und hat sich in der Praxis ausgezeichnet be= währt.

Man könnte deshalb daran denken, die Funktionen des Kreishaupt= manns ähnlich wie dies in § 10 der Verordnung über die Verwaltung der polnischen Gemeinden geschehen ist, festzulegen.

Art und Umfang der dem Starost zu übertragenden Aufgabengebie= te bedürfen selbstverständlich einer genauen Nachprüfung.

Ein Kreishauptmann des Distrikts Warschau hat bereits vor eini= ger Zeit einen ähnlichen Vorschlag gemacht und die Bildung von

sogenannten " Verwaltungsnebenstellen ", die unter der Leitung eines Polen stehen und denen bestimmte Verwaltungsgebiete zu über= tragen sind, vorgeschlagen.

Wie man sich auch entscheiden mag, es ist auf jeden Fall drin= gend notwendig, dass wir insoweit unser jetziges Verwaltungssystem einmal überprüfen, da der immer grösser werdende Personalmangel, der sich im nächsten Jahr mit Rücksicht auf die neuen Ostgebiete erhöhen wird, eine Änderung unseres jetzigen Systems notwendig er= scheinen lässt.

Mit diesen Ausführungen bin ich bereits zu dem zweiten Punkt gekommen, der Gegenstand meiner Ausführungen sein soll: der Erör = terung von Personalfragen, insbesondere der Personalbeschaffung und der Erhaltung des Personalbestandes.

Der gesamte Personalbestand des Distrikts beträgt zur Zeit 1012 Gefolgschaftsmitglieder, und zwar handelt es sich dabei um 547 Reichs- oder Volksdeutsche und 465 Polen. Diese Zahl ist nicht genügend, um sämtlichen Anforderungen einer geordneten Verwaltung gerecht zu werden.

Von Anfang an hat es im Distrikt wie auch in den Kreisen ein starker Mangel an geeigneten Arbeits- und Fachkräften geherrscht. Dazu kam, dass des öfteren Gefolgschaftsmitglieder wieder entlas = sen werden mussten, die den Anforderungen des Osteinsatzes nicht entsprachen. Leider gilt dies nicht nur hinsichtlich der fachlichen Leistungen, sondern auch hinsichtlich der Haltung gegenüber Polen, wobei in mehreren Fällen bedenkliche Entgleisungen zu beklagen wa= ren.

Ein anderer Teil der Gefolgschaft ging durch Einberufungen zur Wehrmacht verloren, womit auch in Zukunft noch gerechnet werden muss.

Nachteilig auf den Personalstand hat sich ferner die Notwen = digkeit der Abordnung von Beamten und Angestellten zwecks Auffül = lung des neu errichteten Distrikts Galizien ausgewirkt. Aus dem Distrikt Warschau mussten bis heute 74 Angestellte und Beamte nach Galizien abgegeben werden, unter ihnen 1 Abteilungsleiter, 1 Amts = leiter und 2 Kreishauptleute.

Die Angebote, die zur Zeit eingehen, sind in keiner Weise genügend, um den Aufgaben einer deutschen Verwaltung in dem augenblicklichen Umfange Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus sind neue Arbeitskräfte im Hinblick auf die Errichtung deutscher Aufsichtsverwaltungen in den in Russland neu besetzten Gebieten nur schwer zu beschaffen.

Weiter darf ich offen darauf hinweisen, dass sich die Durch = führungsvorschrift zur Verordnung vom 8. Mai 1940 über die Be = rufung der Amtsträger und die Diensteinweisung von Beamten, Ange = stellten und Arbeitern im Generalgouvernement vom 10.3.41 sehr hemmend erwiesen hat, soweit es sich um Angestellte des höheren Dienstes (Vergütungsgruppe I - III der TO.A) handelt. Der Weg der Einberufung, wie er durch diese Durchführungsvorschrift bestimmt ist, ist sehr langwierig und hat vielfach dazu geführt, dass der Bewerber sein Angebot wieder zurückgezogen hat. Ich erlaube mir, insoweit eine Änderung dahingehend vorzuschlagen, dass die unmittel= bare Einberufung wieder in die Hand des Distriktschefs zurückgelegt wird, während die endgültige Berufung nach einer gewissen Bewäh: = rungszeit durch den Herrn Staatssekretär vorgenommen werden soll. Dadurch wird dreierlei erreicht:

erstens eine schnellere Personalbeschaffung,

zweitens eine genauere Sichtungsmöglichkeit des Menschenmaterials

und drittens eine Entlastung der Regierung.

Der durch das Rundschreiben der Abteilung Innere Verwaltung vom 16.1.1940 vorgeschlagene Weg, im Reich durch Rückfragen bei den Gemeindeverwaltungen neue Gefolgschaftsmitglieder zu bekommen, hat sich in der Praxis nicht bewährt, denn das Reich hat selbst einen derartigen Mangel an Arbeitskräften, dass auf diese Weise in wesentlichen Umfange keine Erhöhung des Personalbestandes erreicht werden konnte.

Die Möglichkeit, von Reichsbehörden Beamte im Rahmen der Abordnung zu erhalten, muss ebenfalls als endgültig abgeschlossen angesehen werden, da die Behörden des Reiches durch weitere Abordnungen selbst Gefahr laufen würden, ihren Dienstbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten zu können. (Im Amt des Distriktschefs Warschau selbst sind, ohne Berücksichtigung der Kreise, an abgeordneten Beamten nur 57 vorhanden.)

Endlich darf darauf hingewiesen werden, dass sich auf die unbedingt notwendige Personalbeschaffung das Fehlen des Stellenplanes nachteilig ausgewirkt hat, verbunden mit den engen Bestimmungen der TO.A. Insbesondere scheint es auf dem Gebiete des Bauwesens allmählich unmöglich zu werden, geeignete Fachkräfte wie Diplom-Architekten, Regierungsbaumeister usw. zu erhalten, weil selbst die Sätze der Vergütungsgruppe TO.A I nicht ausreichen, um den Forderungen gerecht zu werden, die von geeigneten Bewerbern in dieser Richtung gestellt werden. Es muss deshalb hier immer wieder versucht werden, in Rahmen eines Sondervertrages einen gewissen Ausgleich zu schaffen.

Bei der Durchführung der Tarifordnung hat sich weiter ein Nachteil in der Art und Weise der Besoldung ergeben; denn die Tarifordnung bewertet, worüber aus der Gefolgschaft immer wieder Klagen erhoben werden, weniger die Leistung als vielmehr das Lebensalter. Trotzdem muss festgestellt werden, daß der Angestellte besoldungsmässig immer noch höher bewertet wird als der nach hier abgeordnete

Beamte, denn einem tüchtigen Angestellten steht jederzeit der Weg offen, bei entsprechender Leistung in eine höhere Vergütungsgruppe der TO.A zu gelangen und damit einen gerechten Ausgleich für seine Arbeitsleistung zu erhalten. Den Beamten ist hier der Weg versperrt; denn eine Beförderung kann nur durch die Heimatbehörde erfolgen. Die hiermit verbundene Gehaltserhöhung ist jedoch, selbst wenn eine Beförderung ausnahmsweise einmal ausgesprochen wird, derartig ge = ring, dass sie kaum einen Ausgleich für seine Leistung darstellt.

Um die Arbeitsfreudigkeit der abgeordneten Beamten zu heben, wäre es deshalb dringend erforderlich, Schritte zu unternehmen, die eine finanzielle Besserstellung der Beamten bringen würden.

Es müssten auch die Versuche der Körperschaften des öffentli = chen Rechts unterbunden werden, Distriktsangestellte dadurch für sich zu gewinnen, dass sie höhere Gehaltssätze versprechen, als der an die Sätze der TO.A gebundene Distrikt zu zahlen in der Lage ist. Das Mißverhältnis würde ohne weiteres dadurch beseitigt werden, wenn diese Körperschaften gezwungen würden, ihre Vergütungssätze in deren der TO.A anzugleichen.

Endlich müßte noch in aller Schärfe der Grundsatz durchgeführt werden, dass jetzt während des Krieges niemand, der hier als Di = striktsangestellter tätig ist, in die Wirtschaft oder in freie Be = rufe übergehen darf, selbst wenn noch so verlockende Angebote ge = macht werden oder noch so große Verdienstmöglichkeiten bestehen. Wer hier während des Krieges im Osten eingesetzt ist, hat diese Art von Kriegsdienst auch bis zum Ende des Krieges durchzuführen.

In diesem Zusammenhang muss ich noch kurz bei der Erörterung der Personalverhältnisse die Frage der Dienstvergehen und ihrer Ahn= dung erörtern.

Die Pflichtverletzungen der abgeordneten Beamten werden durch die Heimatdienstbehörde auf Grund der Reichsdisziplinarordnung im

Rahmen eines formellen Dienststrafverfahrens behandelt. Eine sol= che Möglichkeit fehlt immer noch gegenüber den hier tätigen Ange = stellten. Es bleibt bei Dienstvergehen dieser Gefolgschaftsmitglie= der in der Mehrzahl der Fälle nur die fristlose Entlassung aus dem Dienstverhältnis übrig. Die Schaffung einer eigenen Disziplinarord= nung für die Angestellten des Generalgouvernements wäre wie schon wiederholt betont sehr wünschenswert.

Ebenso bitte ich, die Bestimmungen für die Aufenthaltsgehehmigungen der Ehefrauen zu erleichtern. Es hat sich herausgestellt, dass in der mehrmonatigen Abwesenheit der Ehefrauen, wie sie mit Rücksicht auf den Beginn des Ostkrieges notwendig war, die Zahl der verschie= denartigsten moralischen Verfehlungen erheblich zugenommen hat, wo= bei auch Fälle von Rassenschande leider zu verzeichnen waren. Eine längere Anwesenheit der Ehefrauen ist daher zur Sicherung der Moral der Gefolgschaftsangehörigen unbedingt wünschenswert.

In diesen Zusammenhang möchte ich noch kurz die Frage der Ur = laubsregelung streifen.

Die Einbringung des Jahresurlaubs und des sogenannten Regel = urlaubs beeinträchtigt immer wieder die schnelle Erledigung der not= wendigen Dienstgeschäfte, da das vorhandene Personal nicht ausreicht, um alle Urlaubsvertretungen durchführen zu können. Falls in erwei = tertem Masse die Möglichkeit gegeben ist, Ehefrauen besuchsweise in den Dienstort des Gefolgschaftsmitgliedes kommen zu lassen und hier= für sogar die Reisekosten bezahlt werden, würde eine Änderung der Fristen des Regelurlaubs durchaus möglich sein. Ich persönlich hal= te eine Zeitspanne von je 4 Monaten für eine neue Regelurlaubsperio= de als hinreichend.

Gewiss wird diese Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen, die aber in Interesse des Dienstes zumindest jetzt während des Krie= ges erforderlich ist, von manchem Gefolgschaftsmitglied nicht be =

grüßt werden, niemand aber wird in dieser dienstlich notwendigen Maßnahme ein mangelndes Verständnis für die Gefolgschaft erblicken, da gerade hier im ganzen Generalgouvernement für die Gefolgschaft an sich viel getan wird.

Damit komme ich zu dem dritten Teil meiner Ausführungen, den Fragen der Gefolgschaftsbetreuung.

Alle Maßnahmen, die hier auf dem Gebiet der Gefolgschaftsbe = treuung getroffen worden sind, haben das Ziel gehabt, den hier tä= tigen Deutschen die Heimat nach Möglichkeit zu ersetzen und Ihnen den Aufenthalt in dieser zunächst so ungewohnten Umgebung in jeder Hinsicht zu erleichtern. Wir sind stolz auf das, was in dieser Be= ziehung für die Gefolgschaft geleistet werden konnte.

Die überwiegende Mehrheit aller reichs- und volksdeutschen Ge= folgschaftsmitglieder ist nunmehr in Wohnungen untergebracht, die unseren Anforderungen an Wohnkultur in jeder Hinsicht entsprechen. Die beiden neu geschaffenen Beamtenwohnhäuser mit zusammen 158 Zimmern, die kürzlich fertiggestellt worden sind, haben vielen Ge = folgschaftsmitgliedern, die bisher möbliert bei Polen oder in zweit- und drittklassigen Hotels untergebracht waren, endlich Wohnungen im deutschen Wohnstil gebracht. Die Mieten in diesen Gemeinschafts= häusern sind so bemessen, dass jeder sie tragen kann. Sie liegen weit unter den Mieten, die sonst Reichs- und Volksdeutsche in an = deren nicht distrikteigenen Häusern mit 100 % iger Vorkriegsmiete zu zahlen haben.

Neben der Beschaffung von Wohnräumen steht die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen.

So sind in der letzten Zeit 150 Zimmereinrichtungen beschafft worden, wofür allein Zl. 414 000.-- ausgegeben wurden. Insgesamt übersteigt der Betrag, der für Bettwäsche, Gardinen und Einrich = tungsgegenstände aller Art aufgewendet worden ist, die Summe von

3/4 Millionen Zloty. Was mit dieser Gesamtsumme erreicht worden ist, kann mit wenigen Zahlen wiedergegeben werden. An Gefolgschaftsmit = glieder wurden bisher insgesamt ausgegeben:

350 Zimmereinrichtungen,
1 000 Woll- und Steppdecken,
400 Lampen,
100 Teppiche,
600 Federkissen,
8 500 m Vorhangstoff
10 000 m Weiswaren für Bettwäsche.
Deutsches Haus,
Gaststätten,
Gefolgschaftshein,
Krankenstuben,
Nähstuben,
Wäscheannahme,
Schuhannahme,
Friseur im Hause.

Das ist eine gewaltige Leistung, die von der Gefolgschaft auch dank= bar anerkannt wird.

Ebenso wird für ausreichende und billige Verpflegung Sorge ge= tragen. Der Selbstkostenpreis der Gemeinschaftsverpflegung beträgt Zl. 3,30, den einzelnen Gefolgschaftsmitglied wird aber nur ein Be= trag von Zl. 2.--, teilweise sogar nur Zl. 1,40, angerechnet. Diese Maßnahme ist unbedingt erforderlich, weil bei der katastrophalen Teuerung in Warschau kein Reichs- oder Volksdeutscher mit den au = genblicklichen Gehaltssätzen bezw. mit seiner Beschäftigungsvergü= tung sich selbst die nötigen Lebensmittel kaufen könnte.

In deutscher Gemeinschaftsverpflegung über 1000 Personen. Auch den nichtdeutschen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die beim

anten, Angestellten und Arbeitern, die beim Distrikt tätig sind, wird ein Eintopfmittagessen zum Preise von Zl. 0,50 verabfolgt, wo= durch erreicht worden ist, dass diese Angestellten und Arbeiter ar= beitsfähig geblieben sind. Für Polen ca. 950 Eintopfportionen ver = abreicht.

Darüber hinaus ist für die deutsche Gefolgschaft unendlich viel in kultureller Hinsicht Kino, Theater und Konzerte geleistet worden.

Endlich wird den Gefolgschaftsmitgliedern weitgehende Gelegen= heit zur sportlichen Betätigung gegeben, wofür im Sommer insbeson = dere das Klubheim an der Weichsel für den Wassersport und ein gros= ser Sportplatz im Agrikolapark für Leichtathletik zur Verfügung ge= stellt wurde.

Der neugeschaffene Reiterverein Warschau hat ebenfalls bei der Gefolgschaft starken Anklang gefunden.

Mit diesen Maßnahmen, von denen ich nur einige Gebiete heraus= gegriffen habe, wollen wir erreichen, dass den hier tätigen Deut = schen der Aufenthalt außerhalb des Reichsgebietes so angenehm wie möglcih gestaltet wird.

Selbstverständlich ist, dass alle diese Maßnahmen allein nicht ausreichen, um den für den Osteinsatz erforderlichen Menschen zu schaffen, sondern dass es in wesentlichen auf den Einzelnen selbst ankommt.

Der Herr Generalgouverneur hat in dieser Hinsicht einmal den Ausdruck von der " Osttauglichkeit " geprägt. Diese Osttauglich = keit setzt bei jeden Einzelnen voraus, dass er in Treue zum Führer seine Plicht erfüllt und uneigennützig seinen Dienst im Osten als Kriegseinsatz bei der Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben betrach = tet. Ich habe die Überzeugung, dass, wenn wir auch in den zwei

Jahren in personeller Hinsicht manche Enttäuschung erlebt haben, die überwiegende Mehrheit der Reichs- und Volksdeutschen diesen Anforderungen genügt.

Ich glaube deshalb die Versicherung abgeben zu können, dass dies auch weiterhin so bleiben wird und dass wir uns bemühen werden, den rechten Geist in unseren Gefolgschaftsmitgliedern zu pflegen und aufrecht zu erhalten.

Referat des SS- und Polizeiführers im
Distrikt Warschau SS-Oberführer Wigand
in der Regierungssitzung vom 15.u. 16.10.1941.

Wie allgemein bekannt, sind die Großstädte schon seit jeher der Nährboden für kriminalistische und politische Verbrechen und Vergehen gewesen. Je größer die Großstadt, je ungünstiger die sozialen Verhältnisse, desto größer die Kriminalität bezw. die politische Betätigung. Diese Voraussetzung bietet insbesondere Warschau. Als Millionenstadt und ehemalige Metropole des polnischen Staates ist sie ein Sammelbecken der Intelligenz, wie auch des Proletariats, des Judentums und polnischer Militärkreise, und bietet somit der günstige Nährboden für alle diejenigen unterirdischen Kräfte, die ideell, wie durch politische Tat der Aufbauarbeit der deutschen Verwaltung Widerstand leisten.

Ich komme somit als erstes und als Hauptaufgabe der Polizei zur Bekämpfung der Widerstandsbewegung. Soziologisch betrachtet rekrutiert sich die Widerstandsbewegung aus allen Bevölkerungsschichten. Führung sind jedoch Militär- und Intelligenzkreise, sowie ein Teil der Jugend. Getragen wird der Widerstand von einer größeren Anzahl von Organisationen, die z.T. in Verbindung mit dem General Sikorski und Sosnkowski stehen. Es sind zwei Hauptgruppen zu unterscheiden, und zwar:

a) die militärischen Organisationen und
b) die propagandistischen Organisationen.

Hier an dieser Stelle auf die personelle Besetzung bezw. auf die Arbeitsweise im einzelnen einzugehen, würde zu weit führen. Es sei zusammenfassend erwähnt, daß diesen Organisationen jedes Mittel recht ist. Terror, Sabotageakte, die Bildung von Stoßtrupps, die Verwendung von Waffen und Sprengmitteln sind die hauptsächlichsten Kampfmittel der militärischen Organisationen. Die zivilen und propagandistischen Organisationen bedienen sich in der Hauptsache der Propaganda

und Aufputschung der Bevölkerung in jeder Form. Man bedient sich hauptsächlich der Flugblätter, der Plakate, sowie der Flüsterpropaganda, des Boykotts der Kinovorstellungen, der Zeitungsvertriebe, der öffentlichen Rundfunkübertragungen und nicht zuletzt der Beeinflussung der heranwachsenden Jugend im Schulunterricht. Letzteren muß ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die neueste Parole der polnischen Widerstandsbewegung, die sicher bereits Ihnen bekannt sein dürfte, ist: "Arbeite langsam, dann unterstützt Du den Sieg der Engländer!" Als Symbol hierfür wird versucht, in den Betrieben, auf den Straßen und öffentlichen Plätzen, an Fassaden und Häusern das Zeichen der Schildkröte anzubringen.

Die Finanzquellen beider Organisationen sind nicht unbeträchtlich. Die Art der Finanzierung geschieht auf allen möglichem Wegen und durch alle möglichen Kanäle. Trotzdem sich sämtliche Organisationen der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Polizei abzudecken versuchen, ist es der Sicherheitspolizei gelungen, in den letzten 2 Jahren allein in 20 Organisationen nachrichtendienstlich einzudringen und diese zu zerschlagen. Weiterhin gelang es im vergangenen Jahre die bereits sehr verbreitete und gemeingefährliche Organisation K.O.P. (Kommando der Verteidiger Polens) - es handelt sich hier um eine propagandistische Organisation - durch die Aushebung der Zentrale, die hier in Warschau ihren Sitz hatte, und Festnahme aller leitenden Spitzenfunktionäre, aufzurollen. Außerdem war es der Sicherheitspolizei in der letzten Zeit möglich, wiederum größere und kleinere Flugblattdruckereien auszuheben. Im allgemeinen sind alle Funktionäre der Widerstandsbewegung im Besitz von Faustwaffen und z.T. auch von Handgranaten, die sie, wenn sie von deutschen Beamten gestellt werden, rücksichtslos anwenden, da ihnen klar ist, daß sie sowieso ihr Leben verwirkt haben. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nach den gemachten Erfahrungen die polnische Widerstandsbewegung, trotz ihrer inzwischen erfolgten besseren Organisation, dank

der geleisteten Arbeit der Sicherheitspolizei, keine übergroße Gefahr mehr für das gesamte Generalgouvernement bedeutet. Trotz der über zweijährigen Tätigkeit ist es der Widerstandsbewegung nicht gelungen, große Teile des polnischen Volkes zu erfassen und aufzuputschen.

Die deutsche Gegenpropaganda dürfte im übrigen auch einen Teil dazu beitragen, daß ein Großteil der Bevölkerung und selbst national gesinnte Polen, die Tätigkeit der Widerstandsbewegung in Anbetracht der gewaltigen europäischen Umwälzungen als nicht opportun ablehnen. Über gewisse Personenkreise- und -gruppen hinaus kann sich meines Erachtens die Widerstandsbewegung nicht verbreiten.

Nicht unerwähnt dürfte die Arbeit der röm-kath.Kirche bleiben, die jedoch sehr versteckt und geschickt arbeitet. Ihre wesentlichsten Parolen sind:

a) Sicherung der Erhaltung des nationalen Charakters der Bauern durch ihre Annäherung an die poln.kath. Kirche,
b) patriotisch, nationale Aufklärung der Volksmassen auf religiöser Grundlage,
c) größte Vorsicht an der Durchführung der nationalen Pflicht, die Geistlichen sollen niemals den Deutschen eine Veranlassung zur Bekämpfung der Kirche als eine politische Organisation geben.

Wenn auch die Bekämpfung dieser Widerstandskräfte für die Sicherheitspolizei auf Grund der besonders gelagerten Verhältnisse äußerst schwierig ist, so bedeutet dies doch nicht, daß der Bekämpfung unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege ständen. Auch hier kann gesagt werden, daß der politische Gegner insofern keine Gefahr bedeutet, als wir seine Arbeitsweise und seine Methoden, die Bevölkerung zu beeinflussen,genauestens kennen.

Die Juden halten sich besonders in letzter Zeit relativ ruhig. Da man sie in Bezug auf die Ernährung und wirtschaftliche Existenz sehr knapp gehalten hat, sind ihr noch vorhandenen Energien ausschließlich diesen Dingen gewidmet.

Soweit Vergehen sicherheitspolizeilich festgestellt werden konnten, handelt es sich hauptsächlich um solche krimineller Natur, wie Schleichhandel, Diebstähle, Bestechung, Ausweis- und Paßfälschungen usw.

Zur Illustration der Arbeit der Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei, mögen Ihnen noch einige Zahlen dienen.

In den letzten 2 Jahren mußten wegen politischer und krimineller Delikte ca. 7 000 Personen in die Konzentrationslager überführt werden. In den hiesigen Gefängnissen sitzen z.Zt. 2 811 Häftlinge ein, davon wegen politischen Vergehens 1 290 Männer und 268 Frauen. Die in letzter Zeit ansteigende Kriminalität, insbesondere schwerer und leichter Diebstähle, Betrug, Mundraub, Totschlag und Raubüberfälle, ist in gewisser Beziehung eine Richtschnur für die allgemeine Ernährungs- und Wirtschaftslage der hiesigen Bevölkerung.

Trotz energischem Einsatz der Kriminalpolizei sind die genannten Delikte von Monat zu Monat in leichtem Ansteigen begriffen. Allein im letzten Vierteljahr mußten nahezu 11 000 Personen durch die Kriminalpolizei festgenommen werden, darunter allein 4 000 Fälle wegen Diebstahls.

In den letzten Tagen hatte sich die Warschauer Kriminalpolizei mit 2 Kapitalverbrechen, nämlich mit einer Geldfälschung in Höhe von 1,2 Million Zloty und einem Raubüberfall auf eine Sparkasse, bei der die Räuber 220 000 Zloty erbeuteten, zu beschäftigen. Der erste Fall konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit geklärt werden, während der letztere noch der Aufklärung bedarf.

Die vorhandenen Kräfte der Ordnungspolizei sind ebenfalls bis zum letzten Mann restlos eingespannt. Diese ist so das Mädchen für alles! Überall dort, wo Not am Mann ist, wird sie eingesetzt. Sei es nun, es handelt sich um die Bekämpfung des Schleichhandels, Bekämpfung des Bettlerunwesens, Gestellung von Ghettowachen, Gestellung von Gefangenentransportkommandos, Bewachung für Kohlen, Lebens-

mittel- und Geldtransporte, Großeinsatz zur Überwachung des Verkehrs und Verdunkelungsmaßnahmen, Gestellung von Sonderstreifen gegen Sabotageakte an Brücken usw., Sonderkommandos für den SD bei Großeinsatz für Verbrecherbekämpfung usw. usw.

Trotzdem die vorhandenen Polizeikräfte überaus stark in Anspruch genommen sind, ja, in Anbetracht der äußerst schwierigen polizeilichen und kriminellen Verhältnisse kaum ausreichen, ist mit einer weiteren Zuteilung nicht zu rechnen. Wie die Vergangenheit bewiesen hat, war das Gegenteil der Fall, indem man Kräfte für die neuerbberten Gebiete im Osten abzog, davon stellten:

Ordnungspolizei: 1 Bataillon und 70 Gendarme,
Sicherheitspolizei und SD: 143 Mann,

ohne daß hierfür Ersatz gestellt wurde.

Wir sind alle vor die vollendete Tatsache gestellt, mit den hier vorhandenen Polizeikräften auszukommen. Ich kann wohl sagen, daß dies in Anbetracht der Einsatzfreudigkeit von Führer und Mann bisher restlos gelungen ist und dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Ob allerdings für die Zukunft die Ruhe und Ordnung wie bisher gewährleistet ist, hängt davon ab, ob die zuständigen Stellen in der Lage sind, die Ernährung sicherzustellen und den Bedarf an Kohlen zu decken.

Ist dies nicht der Fall, dann ist mit Bestimmtheit mit dem weiteren Anwachsen der politischen und kriminellen Vergehen und darüber hinaus mit dem Ausbruch von Unruhen zu rechnen.

Dieser nicht gerade rosige Ausblick in die Zukunft soll aber kein Grund sein, zu glauben, daß wir nicht Herr der Lage bleiben.

Ein wesentlicher Faktor bezw. Erleichterung der Verbrecherbekämpfung auf politischem wie auf kriminellem Gebiet, wäre eine Gesetzgebung mit schärfsten Strafbestimmungen.

Ich darf hier die Bitte vorbringen, der Frage des Standgerichts näherzutreten.

END OF

VOL # 16

R. 5

END OF
VOL # 16
R. 5

END OF

VOL # 16

R. 5

VOL # 17

R. 5.

Inhalt

1. Regierungssitzung in Lublin am 17.Oktober 1941
2. Regierungssitzung in Radom am 18.Oktober 1941
3. Regierungssitzung in Krakau am 20.Oktober 1941
4. Regierungssitzung in Lemberg am 21.Oktober 1941
5. Regierungssitzung in Krakau am 16.Dezember 1941

6

Regierungssitzung

Freitag, den 17. Oktober 1941

im Dienstgebäude der Distriktsverwaltung

L u b l i n .

====

Gefertigt in 3 Exemplaren

1. f.d.A. d.Kanzl.d.GG.
2. f.d.StS.Dr.Bühler
3. f. Gouverneur Zörner-
Lublin

Sondermeyer Meurer

8.11.41

Beginn der Sitzung: 10^{05} Uhr.

Die Sitzung wird von Gouverneur Zörner mit folgender Ansprache eröffnet:

Herr Generalgouverneur! Es ist mir eine große Freude und Ehre, Sie und die Mitglieder der Regierung zu einer Arbeitssitzung des Distrikts in der Stadt Lublin begrüßen zu können. Das zweite Jahr der Verwaltung dieses Gebietes durch die Regierung des Generalgouvernements geht bald zu Ende. Rückblickend dürfen wir mit stolzem Dank feststellen, daß wir, die Mittelinstanz der Distriktsverwaltung und die Kreishauptmannschaften, unter Ihrer tatkräftigen Führung und mit den Richtlinien, die Sie und die Regierung Ihren Mitarbeitern gegeben haben, haben arbeiten und Erfolge erzielen dürfen. Unter den vollkommen neuen Verhältnissen, die erstmalig an die nationalsozialistische Verwaltung des Dritten Reiches herantraten, war dies nicht immer einfach gewesen. Manches hat gelernt, erprobt, manches hat verworfen werden müssen, manches hat sich im Distrikt Lublin bewährt. Der Distrikt Lublin, den ich dank Ihres Vertrauens vor 1 3/4 Jahren habe übernehmen dürfen, war eines der letzten Gebiete, die die siegreiche deutsche Wehrmacht in Besitz nahm. Er war bis zur diesjährigen russischen Offensive der östlichste Verwaltungsbereich des Generalgouvernements und damit des gesamten deutschen Machtbereiches.

Die Verwaltung hat hier mit einem Nichts begonnen. Ich darf aber feststellen, daß dank der Unterstützung meiner Mitarbeiter die Distriktsverwaltung nunmehr als solche einen festen Bestand hat, wenn auch in personeller Beziehung die Lage infolge des notwendigen Aderlasses, der Abgabe von Personal an den neuen Distrikt Lemberg nochmals verschärft worden ist. Das hat zur Folge, daß der größte Teil aller derer, die in diesem Distrikt arbeiten und ihre Pflicht erfüllen, einzeln arbeitsmäßig sehr stark angestrengt ist.

Für alle aber war es eine Freude und ein Stolz, hier wirken zu dürfen. Neben guten und besteh Kräften findet sich naturnotwendig auch angesichts des Menschenmangels eine große Anzahl durchschnittlicher Kräfte, eine Anzahl von Mitarbeitern, die nicht 100 %ig den normalen Anforderungen entsprechen. Damit müssen wir uns abfinden. Das ist nicht nur im Distrikt und im Generalgouvernement, sondern in einer Zeit, in der der letzte Mann, die letzte Reserve herangeholt wird, auch anderwärts der Fall. Aber es muß in dieser Regierungssitzung festgestellt werden, weil darauf auch die Fehlerquellen, die entstanden sind und immer wieder entstehen müssen, zum Teil zurückzuführen sind. Die Verwaltung steht seit einem Jahr, wenn auch der Personalmangel nach wie vor groß ist und die Lücken mitübernommen werden mußten. Wenn man auch den Umstand, daß beste Kräfte an den Distrikt Galizien abgegeben werden mußten, in Kauf zu nehmen hat, so müssen doch Mittel und Wege gefunden werden, allmählich das Personal durch Zuzug aus dem Reich zu ergänzen. Jedenfalls ist infolge des Personalmangels die Belastung der Mitarbeiter sehr viel stärker als in normalen Zeiten. Um so unerfreulicher ist es, wenn nun trotz dieses Menschenmangels ein starker Personalbedarf neu auftritt, für dessen Deckung auch uns zum Teil Personal entzogen wird. Der Aufbau einer Selbstverwaltung in der Zentralkammer und in den ~~Wirtschaftskammern~~ Distrikts, der die Zusammenfassung der bestehenden Handels- und Handwerkskammern bezweckt, bindet sehr viele Arbeitskräfte, die der Abteilung Wirtschaft fehlen. Hier hat sich leider in der Praxis der schwierige Umstand ergeben, daß diese neuen Mitarbeiter der Selbstverwaltung, die zum größten Teil aus dem Reiche kommen, wesentlich besser bezahlt werden als die Mitarbeiter in der Abteilung Wirtschaft. Das führt natürlich zu einer gewissen Mißstimmung. Ich will nicht verkennen, daß die Handelskammern bezw. die ~~Wirtschaftska~~ Distriktskammern der Abteilung Wirtschaft Aufgaben, die nicht unbedingt zur Hoheitsverwaltung gehören, ablehnen. Das muß sich aber organisch entwickeln

und darf nicht dazu führen, daß die sogen. Selbstverwaltung der polnischen Wirtschaft immer wieder der Verwaltung gegenübergestellt wird.

Eine der größten Sorgen bedeutet zur Zeit insbesondere für die Stadt Lublin, aber auch für die meisten Kreisstädte die Raumfrage. An die Wohnungsämter werden zur Zeit enorme Anforderungen gestellt, die zu dem vorhandenen Raum in keinem Verhältnis stehen. Ich brauche für die Landwirtschaft 60 neue Räume und habe die größten Schwierigkeiten, das Personal unterzubringen, weil die meisten größeren Gebäude, Schulen usw., schon belegt sind. Wir haben in diesem Sommer eine Rekordbelegung von Gebäuden insbesondere durch Wehrmacht und Waffen-SS gehabt. Nach dem 22. Juni leerte sich dieser vollgepfropfte Raum schlagartig, und ich habe darauf die Kreishauptleute veranlaßt, dafür zu sorgen daß der frei gewordene Raum unbedingt in die Verwaltung der Wohnungsämter kommt. Ich habe damit leider nur Teilerfolge erzielt. Die Wehrmacht hat einen Teil ihrer Quartiere frei gegeben, allerdings die Bedingung daran geknüpft, daß wir ihr eine schriftliche Erklärung gäben, die Räume würden ihr wieder zur Verfügung gestellt werden, wenn sie sie gebrauche. Wir werden also unter Umständen die Quartiere wieder zurückgeben müssen. Die Truppenteile, die sozusagen bei uns in Garnison liegen, müssen natürlich die günstigeren Quartiere haben;der Nachschub kann sich mit den Quartieren geringerer Qualität begnügen. Ich habe vor allem den Wunsch, daß die modernste Schule, in der der Selbstschutz untergebracht war, für Zwecke der deutschen Schule freigemacht wird.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß diese Schule frei gegeben und Ersatz gegebenenfalls durch Barackenbau geschaffen wird.

Gouverneur Zörner nimmt dann zur Frage der Einheit der Verwaltung Stellung. Wenn sie auch im Generalgouvernement großzügig durchgeführt werde, so ergäben sich doch immerhin in der Praxis Schwierigkeiten, die sich in der Mittelinstanz und der Unterinstanz der Kreishauptleute besonders deutlich zeigten. So sei z.B,eine Anordnung des Führers als Runderlaß drei Mal zum Distrikt gekommen. Einmal vom Amt für Preisbildung, dann von der Abteilung Justiz und endlich von der allgemeinen Staatsverwaltung Abteilung Innere Verwaltung. Er bitte um eine Änderung dieses Verfahrens, damit der Distrikt in die Lage versetzt werde, seine wichtigsten hoheitsmäßigen Überwachungsaufgaben durchzuführen.

Vor einiger Zeit sei der ukrainische Bischof bei ihm gewesen und habe in einer dreistündigen Besprechung zahlreiche Wünsche vorgebracht. Vor allem habe der Bischof die Rückgabe von Kirchenländereien gewünscht, die von den Polen der Kirche weggenommen worden seien.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Dr. Franke, daß die Kirchen selbst frei gegeben seien. Es handle sich jetzt um die Rückgabe des Landbesitzes, auf den die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft keinen Wert lege.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß es Kirchenpfründe im Großdeutschen Reich nicht mehr geben dürfe. Es genüge, wenn den Pfarrern die Verpflegung garantiert werde.

Dr. Franke teilt mit, daß jeder ukrainische Pfarrer einen monatlichen Zuschuß von 106.-Zloty erhalte.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Entscheidung:

1. Die Kirchen werden endgültig zurückgegeben.
2. Dem Bischof ist zu eröffnen, daß im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

jedem Pfarrer 3 Morgen Land gegeben werden dürfen.

3. Die Pfarrer erhalten einen monatlichen Zuschuß von 110.-Zloty.

Gouverneur Zörner weist sodann auf die Schwierigkeiten hin, die der Ausstellung von Kennkarten für die Polen entgegenstehen. Die Herstellung der Fotographien sei bis auf weiteres mangels des notwendigen Materials so gut wie unmöglich. Die gleichen Schwierigkeiten ergäben sich bei der Herstellung der Fingerabdrücke. Leider gebe es gewissermaßen eine Inflation in Ausweisen, und er habe deshalb angeregt, daß Ausweise nur von ganz bestimmten Stellen, etwa dem Stadthauptmann oder Kreishauptmann ausgestellt würden und man im übrigen auf die Einführung der Kennkarte warten wolle. - Eine baldige Verabschiedung des angekündigten Aktenplanes und der Registraturordnung wäre sehr zu begrüßen. - Angesichts der Tatsache, daß die Städte unter den finanziellen Schwierigkeiten ganz besonders zu leiden hätten, wäre die Einführung der Gewerbesteuer für die Stadt Lublin von größter Wichtigkeit. Die Distriktverwaltung erkläre sich bereit, die Einziehung einer solchen Steuer, die auch im Reich eine Gemeindesteuer sei, den Gemeinden zu übertragen. -

Seines Wissens bestehe bei der Hauptabteilung Finanzen grundsätzlich die Bereitwilligkeit, einen Ausgleichstock für mittlere und kleinere Gemeinden zu schaffen. Man halte jedoch eine zentrale Entscheidung in dieser Frage für notwendig. - Das bisherige Ergebnis der Getreideerfassung sei zufriedenstellend. Dank der Arbeit der Abteilung Wirtschaft laufe die Abgabe besonders von Textilien an die abliefernden Bauern gut an.

Was die Liegenschaftsfrage angehe, so sei die Unterstellung der Wirtschaften unter den Kreishauptmann bezw. den Kreislandwirt von großer Wichtigkeit. Leider stehe dem Kreishauptmann noch nicht der Einfluß auf die Liegenschaften zu, wie er ihn im Interesse der Landwirtschaft haben müßte.

Die Pferderennen, die in diesem Jahre stattgefunden hätten und noch stattfänden, hätten zu einem großen Erfolge geführt. Die Pferdezüchter hätten in diesem Jahre zum ersten Mal, wenn auch in bescheidenem Maße, in Gestalt von Preisen einen Zuschuß für die Kosten der Pferdezucht erhalten können. Veranstalter dieser Rennen sei der ehemalige polnische Rennverein, selbstverständlich unter deutscher Führung. Die Rennen hätten auch ein gutes finanzielles Ergebnis gezeitigt. Die Tatsache, daß Deutsche und Polen an diesen Veranstaltungen teil-genommen hätten und es zu keinerlei Störungen gekommen sei, beweise, daß der Teil der polnischen Bevölkerung, der nicht zur Widerstandbewegung gehöre, dadurch zur loyalen Mitarbeit herangezogen werden könne. Auch von Seiten der Widerstandsbewegung seien keinerlei Sabotageakte gegen diese Rennen unternommen worden.

Wenn auch für die Errichtung von Siedlungen die Abteilung Arbeit federführend sei, so müsse doch andererseits für baupolizeiliche Fragen und Stadtplanungen die Abteilung Bauwesen zuständig sein. Angesichts des großen Mangels an Architekten sei eine Stadt gar nicht in der Lage, für die Ausführung solcher Bauten das erforderliche Personal zu erhalten.

Sodann berichten

1. Landwirtschaftsrat Dr. Claus über
   Landwirtschaftliche Fragen im Distrikt Lublin,
2. Stadthauptmann Saurmann über
   Finanzlage der Stadt Lublin, Raum- und Wohnungsnot, Judenfrage,
3. Leiter der Abteilung Wirtschaft Dr. Becher über
   Allgemeine Wirtschaftsfragen,
4. Regierungsrat Dr. Hamacher über
   Schleichhandelsbekämpfung,
5. Kreishauptmann Regierungsrat Ziegenmeyer über
   Organisation der inneren Verwaltung.

(Die Referate sind dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Im Anschluß an das Referat des Stadthauptmanns Saurmann findet eine Aussprache über die Wohnungsfrage statt.

Stadthauptmann Saurmann ist der Auffassung, es müsse zunächst dafür gesorgt werden, daß größere Verbände der Wehrmacht und Polizei nach Möglichkeit in Baracken untergebracht werden.

Oberstleutnant von Tschammer und Osten hält die Unterbringung in Baracken für möglich, wenn die für den Bau von Baracken erforderlichen Materialien zur Verfügung ständen. Schon aus disziplinären Gründen biete die Unterbringung von Truppenteilen in Baracken Vorteile.

Der Herr Generalgouverneur richtet einen dringenden Appell an die Vertreter von Wehrmacht und Polizei, bei kommenden Einquartierungen auf die bedrängte Wohnungslage von Lublin möglichst Rücksicht zu nehmen. Es werde nicht zu umgehen sein, daß künftig Wehrmachts- und Polizeiverbände in Baracken untergebracht werden. Weiter müsse das für die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft benötigte Gebäude baldigst zur Verfügung gestellt werden. Endlich müsse auch in anderer Weise für eine Vermehrung des Wohnraumes Sorge getragen werden. Er erkläre sich bereit, ein außerordentliches Wohnungversorgungsprogramm für Lublin in Angriff nehmen zu lassen.

Im Anschluß an das Referat des Kreishauptmanns Ziegenmeyer wird vor allem zur Frage des Verhältnisses der Gendarmerie zum Kreishauptmann Stellung genommen.

In diesem Zusammenhang weist Kreishauptmann Ziegenmeyer darauf hin, daß, anders als im Reich, dem Kreishauptmann jegliche polizeiliche Exekutive fehle. Deshalb müsse seiner Ansicht nach eine Kreispolizeiexekutive geschaffen werden, die dem Kreishauptmann unterstellt und ihm verantwortlich sei. Sollte eine Unterstellung der Gendarmerie unter den Kreishauptmann nicht möglich sein, dann müßte

eventuell der Sonderdienst, wenn auch nur für bestimmte Aufgaben, wie etwa auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der Schleichhandelsbekämpfung, polizeiliche Befugnisse erhalten. Zur Zeit sei die Regelung so, daß er zwar ein Weisungsrecht gegenüber dem Gendarmeriekreisführer habe, diesem aber die Entscheidung darüber zustehe, ob er eine Angelegenheit in der vom Kreishauptmann gewünschten Art erledigen wolle. Die Befugnis des Kreishauptmanns gehe also lediglich dahin, den Kreisgendarmerieführer zu ersuchen oder aufzufordern, eine bestimmte Maßnahme durchzuführen.

SS- und Polizeiführer Globocnik stellt fest, daß dem Kreishauptmann gegenüber dem Gendarmerieführer ein Weisungsrecht zustehe. Allerdings müsse dem Gendarmerieführer innerhalb seines Aufgabenbereichs eine gewisse Freiheit bleiben.

Oberregierungsrat Engler bemerkt, daß sich doch auch gewisse Bestrebungen auf eine Verselbständigung der Gendarmerie geltend gemacht hätten. Er habe den Eindruck, als ob diese Selbständigkeitsbestrebungen auch noch jetzt zutage träten.

Kreishauptmann _____ weist darauf hin, daß bei der Gendarmerie die Weisung bestehe, bestimmte Anordnungen nicht an den Kreishauptmann, sondern direkt an ihre vorgesetzte Dienststelle zu geben. So komme es, daß der Kreishauptmann oft erst später von solchen Anordnungen Kenntnis erhalte. Die Gendarmerie unterstehe in disziplinärer Beziehung nur dem SS- und Polizeiführer bzw. ihrer vorgesetzten Dienststelle. Auf dem Wege über die Gendarmerie habe er z.B. von einem Einsatzplan, der zwischen dem SS- und Polizeiführer und der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vereinbart worden sei, Kenntnis erhalten. Seinem Einwand gegenüber, daß er solche Befehle vom Gouverneur entgegenzunehmen habe, habe der Kreisgendarmerieführer geantwortet,

daß er diesen Plan dem Kreishauptmann vorgetragen und ihn durchzuführen habe. Dieser Fall zeige, daß das Weisungsrecht keine Bedeutung habe.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß die Autorität des Kreishauptmanns auch durch die Exekutive gedeckt und geschützt werden müsse. Wenn dem Kreishauptmann ein Weisungsrecht zustehe, dann sei es vollkommen unmöglich, daß die Gendarmerie dieser Weisung nicht augenblicklich folge, sonst hätte ja das Weisungsrecht überhaupt keinen Sinn.

SS- und Polizeiführer Globocnik betont, daß es sich bei dem geschilderten Fall um einen Plan handle, der mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft besprochen worden sei und sich auf die Getreideerfassung bezogen habe. Dafür, daß der Kreislandwirt seinen Kreishauptmann nicht informiere, könne doch die Gendarmerie nicht verantwortlich gemacht werden.

Der Herr Generalgouverneur äußert hiergegen, daß das Weisungsrecht der Kreishauptleute gegenüber den Gendarmeriekreisführern jedenfalls in dieser Form nicht weiter bestehen könne. Der Kreishauptmann müsse auch die erforderlichen Informationen erhalten. Deshalb müsse Gouverneur Zörner gemeinsam mit dem SS- und Polizeiführer eine erneute Weisung an alle Dienststellen herausgehen lassen. Irgendwelche Widersetzlichkeiten von Seiten der Gendarmerie könnten vom disziplinären Standpunkt aus unmöglich geduldet werden. Der Kreishauptmann als Repräsentant des Staates müsse vor allem auch hinsichtlich der Exekutive geachtet werden. Diese Autorität des Kreishauptmanns müsse absolut einwandfrei hergestellt werden. Im übrigen könne er feststellen, daß in dem erwähnten Fall den SS- und Polizeiführer kein Verschulden träfe, da er diese Anordnung ja offenbar auf Ersuchen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft getroffen habe. Andererseits dürfe man nicht vergessen, daß

die Einheit der Verwaltung nicht eine absolute Zentralisation bedeute. Sie habe den Zweck, jeweils führende Persönlichkeiten in den Mittelpunkt zu stellen. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn die Kreishauptleute als die wirklichen Repräsentanten der Staatsverwaltung betrachtet würden. Gouverneur sowohl wie Kreishauptmann seien die Repräsentanten der absolut einheitlich geführten Verwaltung, und es gebe keine anders geartete Autorität, die sich neben ihnen als gleichberechtigt aufspielen könnte. Es sei ja auch selbstverständlich, daß diese Weisungsbefugnis der Kreishauptleute im totalen Umfange bestehe ebenso wie die Pflicht zur Information. Er bitte Gouverneur Zörner, auf Grund des Ergebnisses der Aussprache die Dinge nochmals zu klären.

SS- und Polizeiführer Globocnik berichtet sodann über die Sicherheitslage im Distrikt Lublin. Er stellt dabei fest, daß nach Ausbruch des Krieges mit Rußland die Widerstandsbewegung wieder etwas aktiver geworden sei. Aus diesem Grunde sei man auch bestrebt, gerade die für die Ernteerfassung wichtigen Gebiete zu sichern. Auch das Bandenwesen nehme wieder einen größeren Umfang an. Man habe eine jüdische Bande von 24 Mann, eine rein kommunistische Organisation, festgenommen, die sogar im Besitz von Cholerabazillen gewesen sei. Das sei übrigens der erste Fall, in welchem man Juden in einer politischen Organisation angetroffen habe. - Die Polizei sei auch für die Bekämpfung des Schmuggels und Schleichhandels eingesetzt worden und habe hier große Erfolge erreicht. Solche Aktionen müßten unter allen Umständen zentral geleitet werden. Ferner sei die Polizei auch bei der Ernteerfassung in größerem Ausmaße eingesetzt. Für diese Aktion habe ihm General Daluege für zwei Monate ein für Rußland bestimmtes Polizeibataillon zur Verfügung gestellt.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird nochmals die Frage der Einheit der Verwaltung behandelt.

Oberregierungsrat Engler begrüßt es, daß die Einheit der Verwaltung auch gerade hinsichtlich der Exekutivpolizei nun auch wirklich bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden solle. Bisher könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß vielleicht doch da oder dort der Gedanke der Einheit der Verwaltung bei der einen oder anderen Dienststelle noch nicht voll zur Auswirkung gekommen sei. Es sei eben Sache der Kreishauptleute, sich durchzusetzen und dafür zu sorgen, daß die ihnen gestellten Aufgaben auch tatsächlich erfüllt werden können. - In einem Bericht des Kreishauptmanns von Lowitsch werde die Möglichkeit erwogen, polnischen Angestellten gewisse kleinere Aufgabengebiete zu übertragen.

Gouverneur Zörner warnt vor einer solchen Regelung, wie sie etwa bei der Stadthauptmannschaft bestehe, die eine polnische kontrollierte Stadtverwaltung habe. Wolle man polnische Starosteien einführen, so werde die Kontrolle noch schwieriger werden. Es gehe nicht an, in Gestalt von polnischen Starosten eine unterste selbständige polnische Dienststelle in die Kreishauptmannschaft zu bringen.

Oberregierungsrat Engler wünscht eine Verschärfung der Bestimmungen über die Aufenthaltsbeschränkung der Juden. Im Distrikt Lublin seien schon verschiedene Beschränkungen eingeführt worden. Es wäre aber zu begrüßen, wenn auf Verlassen des Ghettos die Todesstrafe stände. - Die Schaffung des Sonderdienstes habe sehr gute Erfolge gezeitigt. Eine Vermehrung des Sonderdienstes wäre zu begrüßen. Allerdings müßten auch geeignete Führer zur Verfügung gestellt werden. - Aus Kreisen der Beamten und Angestellten werde der Wunsch nach möglichst baldigem Inkrafttreten des Stellenplans geäußert. Dabei werde darauf hingewiesen, daß

die Beamten und Angestellten des Reiches bessere Beförderungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten als diejenigen des Generalgouvernements hätten. Weiter müsse die Frage des Nachwuchses der Beamten unbedingt einer Regelung zugeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur unterbricht um 13^{00} Uhr die Sitzung.

/Mo/l

Fortsetzung der Regierungssitzung 14,45.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft das Wort:
Naumann

Der Distrikt Lublin sei das Rückgrat in der Lebensmittelversorgung des Generalgouvernements. Die restlose Erfassung der Kontingente in diesem Distrikt sei die Voraussetzung für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und der Wehrmacht bis zur neuen Ernte. Daher sei unter keinen Umständen diskutabel, dass die umgelegten Kontingente nur zu 60 oder 70 % erfasst würden. Die Kreishauptmänner erklären, dass die Kontingente nicht zu hoch festgesetzt seien. Ein Beweis dafür sei, dass im Kreis Pulawy ohne polizeiliche Hilfe bereits die Hälfte erfasst sei. Im Distrikt Warschau habe sich die Einrichtung von sog. Arbeitslägern hervorragend bewährt. Die Bauern und Landwirte, die ihre Kontingente nicht ablieferten, würden zwangsweise in Arbeitsläger gesteckt und in der Wasserwirtschaft beschäftigt. Solche Massnahmen könnte man auch hier neben den schärferen Massnahmen der Enteignung ins Auge fassen.

Die Verbesserung der Versorgungslage im allgemeinen stehe im enge Zusammenhang mit den Erfassungsziffern. Gewisse Vorschüsse auf eine bessere Erfassung seien bereits gemacht worden. So sei z.B. die Brotzuteilung auf 1400 gr pro Woche und pro Person erhöht worden. Man müsse daher unbedingt eine 100 %ige Erfassung der Kontingente erreichen. Die Erfahrungen, die man im letzten Jahr gemacht habe, zeigten, dass die Erfassung der Kontingente sofort nach der Ernte beginnen müsse . Besonders bei Getreide müsse die Erfassungsaktion im Januar durchgeführt sein.

In den nächsten Wochen müsse die Kartoffelerfassung das

2/M92
9

Wichtigste sein. Die nächsten 6 Wochen seien entscheidend für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Bei Frosteintritt sei der Transport nicht mehr möglich; er hoffe, dass auch auf anderen Gebieten wie z.B. bei Zucker und Eiern im Laufe des Winters eine erhöhte Zuteilung in gewissem Umfang durchgeführt werden könne. Bei Eiern könne er heute schon sagen, dass in diesem Jahr an die nichtdeutschen Verbraucher eine dreimal so grosse Menge wie im vorigen Jahr ausgegeben werden könne. Eine erhöhte Zuckerzuteilung könne erst ins Auge gefasst werden, wenn die Ergebnisse der Zuckerkampagne feststünden.- Die Liegenschaftsverwaltung sei mit ihren Betrieben der äusserste Vorposten der deutschen Verwaltung im Lande. Jede Dienststelle müsse daher die ihr unterstehenden Liegenschaftsbetriebe als Eigenbetriebe betrachten und besonders pflegen. Von hier ausgehend werden später einmal die Eindeutschung dieses Landes beginnen. Diese Betriebe würden jetzt mit Staatsmitteln schnell aufgebaut, damit nach dem Kriege deutschen Menschen ordentlich geleitete Betriebe in die Hand gegeben werden könnten. Er müsse in diesem Zusammenhang bitten, dass jetzt die Listen der grossen Betriebe noch einmal eingehend durchgeprüft würden. Die Hauptabteilung habe bei der Übernahme von Betrieben feststellen müssen, dass diese erst im letzten Augenblick der Liegenschaftsverwaltung übergeben wurden. Durch solches Verhalten fiele die Erzeugung eines Jahres aus, und grosse Staatsmittel wären zur Instandsetzung nötig. Überall in den Kreisen müsse dem Aufbau der Liegenschaftsbetriebe besondere Bedeutung zukommen. Jeder Kreislandwirt müsse von seinem Betrieb sprechen. Fälle, in denen deutsche Dienststellen in den Kreisen in dieser Angelegenheit gegeneinander stünden, dürften nicht vorkommen.

40/3
3

Ein wichtiges Gebiet sei auch die Bodenordnung. Bis zur Beendigung des Krieges müsse der gesamte Boden fest in der Hand behalten werden. Es dürfe nicht vorkommen, dass Privatleute versuchten, jetzt deutsche Betriebe pachtweise oder durch Kauf zu übernehmen. Wenn Betriebe übernommen werden sollten, müssten sie die Kreishauptmannschaften oder Landwirtschaftskammern pachten. Eine Pachtung durch Privatleute im jetzigen Augenblick mache einen schlechten Eindruck auf die kämpfende Front. Der Herr Gouverneur habe festgelegt, dass landwirtschaftliche Betriebe nicht an private Personen sondern höchstens an die Kreishauptmannschaften oder Landwirtschaftskammern für Versuchszwecke verpachtet werden dürften.

Besonders interessant seien für ihn die Ausführungen des Leiters der Abteilung Wirtschft gewesen, der bestätigte, dass die Preisschere zu gross sei. Eine Produktionsteigerung sei nur möglich, wenn diese Preisschere möglichst schnell geschlossen werde.

Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements, Ministerialdirigent Emmerich führte aus, dass die Lage der Wirtschaft im Distrikt Lublin besonders schwierig sei. Dies sei bedingt durch seine ungünstige Verkehrslage, durch die schlechten Strassen. Der Distrikt habe sich in sehr weitem Masse selbst geholfen, und das sei gut gewesen, aber aus dieser Selbsthilfe habe sich eine Art Selbsthilfetradition herausgebildet, die dazu führe, dass viele Probleme hier schwieriger als nötig betrachtet würden. Man glaube, alle Probleme von Anfang an durch Kämpfe und für alle Probleme selbst Überlegungen anstellen zu müssen. Daher sei vielfach nötig, den Distrikt zu seinem Glück zu zwingen. Das treffe z.B. bei der Einführung einer Textilhandelsgesellschaft zu. Im Distrikt herrsche eine grosse Skepsis

gegenüber den Dingen, die aus Krakau kämen. Durch diese vorangestellten Ausführungen würden einige Ausführungen, die im Verlaufe der Sitzung gemacht worden seien, bis zu einem gewissen Grade eine Erklärung finden. Ein Fernschreiben nach Krakau genüge, um z.B. Beschwerden, wie sie heute über den Kohlenfachschaftsleiter gebracht wurden, aus dem Wege zu räumen.

Präsident Emmerich nimmt dann Stellung zu wichtigen Punkten, die Gouverneur Zörner vorgetragen hat.
1.) Wirtschaftliche Selbstverwaltung:
Bevor eine diesbezügliche Verordnung erlassen worden sei, habe er mit Gouverneur Zörner in Lublin eingehend gesprochen und volles Einverständnis erzielt; wenn nun in Lublin Misstimmigkeiten aufträten, so liege das sicher an Schwierigkeiten personeller Natur.

Zu der Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung wolle er folgendes sagen:

Eine solche Organisation im Generalgouvernement müsse den politischen Erfolgen entsprechen. Bei der Übernahme der Hauptabteilung Wirtschaft durch ihn habe er einen Entwurf vorgefunden, der eine getrennte Organisation für Deutsche und Polen vorgesehen habe, neben den polnischen Organisationen sollten deutsche Kaufmannschaften errichtet werden. Diese Gedanken habe er von vornherein abgelehnt. Sie widersprächen dem Grundsatz der Einheit der Wirtschaft: Es dürfe nur eine Organisation bestehen, in der die Deutschen die Führung hätten. Die Organisation, die im Generalgouvernement zu errichten sei, müsse so klar und so übersichtlich sein, dass Sonderbündelei keinen Platz hätte. Sehr häufig werde von wirtschaftlichen Zielen gesprochen und politische seien dabei gemeint. Dass der Begriff der Selbstverwaltung nicht wörtlich zu nehmen sei, dass

/Mo/5
9

nicht daran gedacht werden könne, den Polen eine Selbstverwaltung wie im Reich zu geben, sei selbstverständlich. Die Konstruktion sei so gewählt worden, dass sie als verlängerter Arm der Verwaltung anzusehen sei. Die Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft sei im Generalgouvernement auf organisatorischem Gebiet einen neuen Weg gegangen. Im Reich habe man ein Nebeneinander der vertikalen fachlichen Organisation und der regionalen Organisation in den Industrie-, Handels-, und Wirtschaftskammern. Für ein solches Nebeneinander gebe es hier im Generalgouvernement keinen Raum. Hier seien die fachlichen und die regionalen Organisationen miteinander verflochten. Dieses sei ein neuer Weg. Im Reich verfolge man die Versuche des Generalgouvernements mit dem allergrössten Interesse, und nach seiner Ansicht müsse im Reich der gleiche Weg beschritten werden. Ein Problem tauche hierbei auf, das der Zuständigkeitsabgrenzung.

Diese Organisation entspreche in ihrer Einheitlichkeit dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung. Parallel zur Einheit der Verwaltung habe das Generalgouvernement auch die Einheit der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geschaffen. Die grundsätzlichen Dinge, die im Generalgouvernement für das Generalgouvernement zentral geregelt werden müssten, lägen bei der Distriktskammer. Um ein Auseinanderklaffen zu vermeiden, sei der Distriktschef gleichzeitig als Regierungskommissar eingesetzt. Das Weisungsrecht gelte zunächst für die Zentralkammer der Hauptabteilung Wirtschaft, liege aber gleichfalls bei der Distriktskammer. Noch vorhandene Missverständnisse würden beseitigt. Was die Gehaltsfrage betreffe, so verfüge die Zentralkammer über einen Haushaltsplan.

2.) Das Kohlenproblem:

Das Zentralproblem für die gesamte gewerbliche Wirtschaft sei die Kohlenfrage. Hier spielten wiederum die grösste Rolle die Transportmöglichkeiten. Dieses gelte vor allem für den Distrikt Lublin, da seine Verkehrsverhältnisse infolge der vorhandenen eingleisigen Strecken sehr ungünstig seien. Wenn der gewerbliche Sektor in den vergangenen Monaten bei den gegebenen Liefermöglichkeiten etwas schlecht weggekommen sei, dann liege das in der notwendigen Bevorzugung der Belieferung der Landwirtschaft. Im Augenblick seien in den Distrikt Lublin 33.000 ts Kohlen geliefert worden, von denen die Landwirtschaft 27.000 ts erhalten habe. Im September hätten diese Zahlen 40.000 ts u. 32.000 ts betragen. Sobald die Bedürfnisse der Landwirtschaft gedeckt seien, erfolge die Belieferung der gewerblichen Wirtschaft. Was den Kohlentransport auf dem Wasserwege betreffe, so sei es bei der notwendigen Lenkung der Kohlenverteilung im Generalgouvernement nach zentralen Gesichtspunkten möglich, viel Kohle über die Grenzen aus dem Reich hereinzubringen. Bei der langsamen Umlaufgeschwindigkeit der Galeeren kämen diese nur für die Beförderung in Nahzonen infrage. Im Sinne der Mengendisposition liege es, die verfügbaren Züge in die grösseren Zonen laufen zu lassen, während die Nahzonen durch Galeeren und Kraftwagen beliefert werden könnten.

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Lublin Dr. Becher und Stadthauptmann Saurmann wollen die Galeeren, die der Distrikt sich zusätzlich beschaffe, für einen zusätzlichen Kohlentransport in den Distrikten zur Verfügung gestellt erhalten. Der Herr Gouverneur will diese Frage gesondert besprochen wissen.

o/7

Präsident Emmerich kommt dann auf die Kosten für bestimmte gewerbliche Erzeugnisse zu sprechen. Das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements klaffe auseinander, es zerfalle in einen kontrollierten und in einen unkontrollierten Sektor. Mittel und Wege, den unkontrollierten Sektor auszuschalten, seien bisher noch nicht aufgezeigt worden. Bekannt sei auch, dass neben dem ausserordentlichen Warenmangel auf der gewerblichen Seite sich noch andere Erscheinungen unangenehm bemerkbar machten, seien z.B. stärkere Truppenbewegungen, so könnten diese die ganze Wirtschaft in stärkster Weise aus dem Gleichgewicht bringen. Weiter hätten das Vorhandensein eines kontrollierten und unkontrollierten Wirtschaftssektor unangenehme Begleiterscheinungen. Das Übergleiten einer Ware von dem einen in den anderen Sektor, könne nicht vermieden werden. Wenn z.B. im Zuge der Ernteerfassungsaktion ein Bauer viel Getreide abliefere und dadurch eine grosse Zahl der dafür ausgesetzten Prämienscheine und damit viel Ware bekommen könne, so sei der Bauer imstande, diese legal erworbene Ware im Schleichhandel weiterzuverkaufen. Dieses Hin- und Herfliessen der Ware in den beiden Sektoren lasse sich einfach nicht vermeiden.

Die Versorgungslage im Distrikt Lublin mit gewerblichen Erzeugnissen sei dank der Verabredung mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Distrikten sehr gut gewesen. Für die Ernteerfassungsaktion seien für das gesamte Generalgouvernement Waren im Werte von 19,3 Millionen Zl. vorgesehen. Davon liege der Distrikt Lublin mit 8,6 Millionen an der Spitze, es folgten dann der Distrikt Warschau mit 4 Mill., Radom mit 3,9 Millionen und Krakau mit 2,8 Millionen. Klage sei geführt worden über eine zu geringe Belieferung mit Eisenwaren. Auch hier sei der Distrikt Lublin mit 1.057 ts. an der Spitze. Die Eisenzuteilung sei ausserordentlich beschränkt. Infolge des verschärften Anlaufs der Panzerwagenprogramms im Reich sei dem Generalgouverne-

ment

ein Abstrich von 20 % seines gesamten Eisenkontingents auferlegt worden. Erst durch energische Hinweise, dass das Generalgouvernement jetzt auch den Distrikt Galizien mit Eisen zu versorgen habe, sei dieser Abstrich wieder fallengelassen worden. Man müsse jetzt mit dem früheren Kontingent auch noch den Distrikt Galizien versorgen. Die Verteilung der Eisenmengen erfolge dergestalt, dass 90 % der verfügbaren Mengen auf die einzelnen Unterkontingentsträger verteilt würden. So erhalte z.B. die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein bestimmtes Unterkontingent und müsse dieses selbst verteilen; diese Unterverteilung sei Angelegenheit der einzelnen Ressorts. Für Sonderzuteilungen blieben die restlichen 10 % übrig. Von diesen 10 % habe der Distrikt Lublin seinen Anteil ebenfalls bekommen.

Die Hälfte des Eisens werde im Generalgouvernement erzeugt und die andere Hälfte aus dem Reich eingeführt. Die Erzeugung im Generalgouvernement erfolge unter ungünstigen Bedingungen. Ein armes Erz müsse verhüttet werden, der Koks müsse von weit her herangeholt werden, die Hochöfen seien unmodern. Die Schrottmengen, die man dem Generalgouvernement zuteilen würde, seien gering und immer weiter im Abnehmen. Je weniger Schrott man aber verwenden könne, desto teurer sei der Preis. Man hoffe, dass in dieser Frage ein Wandel eintrete, wenn dasGeneralgouvernement grössere Schrottmengen aus dem Osten heranziehen könne.

Im Generalgouvernement gebe es 2 Preise für das Eisen. Das im Generalgouvernement erzeugte Eisen kostete doppelt so viel wie das importierte Eisen. Man könnte jaeinen Mittelpreis festsetzen. Die Hauptabteilung wolle aber diese beiden auseinanderklaffenden Preise bestehen lassen, um dadurch einen Druck auf die hiesige Industrie auszuüben. Das billige Eisen würde für die Fabrikation von landwirtschaftlichen Geräten und das teure Eisen für

die Rüstungsproduktion Verwendung finden.

Wie auf dem Gebiet des Eisens, habe die Hauptabteilung Wirtschaft auch auf anderen Gebieten mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auf dem Textilsektor sei man auf eine Zufuhr aus dem Reich angewiesen. Man habe Anstrengungen gemacht, um aus den besetzten Gebieten Beuteware hereinzubekommen. - Die Menschen, die für unsere Zwecke arbeiteten, müssten in einem arbeitsfähigen Zustand gehalten werden. - Wenn sich im Distrikt Lublin Verknappungen bemerkbar machten, so müsse man diese als Auswirkungen des kriegswirtschaftlichen Regimes in Kauf nehmen.

Der Leiter des Amtes für Preisbildung in der Regierung des Generalgouvernements Oberregierungsrat Schulte - Wissermann geht davon aus, dass in der Lubliner Regierungssitzung vielfach von einem deutschen und polnischen Wirtschaftsbereich gesprochen worden sei. Damit sei das gleiche gemeint, was Präsident Emmerich den legalen und illegalen Sektor genannt habe. Er empfehle dringend, die letzte Bezeichnung zu gebrauchen. Diese beiden Sektoren hätten durch ihren kolossalen Unterschied im Preis eine ausserordentlich betrübliche Bedeutung, in diesem Zusammenhang sei vor allem daraufhingewiesen worden, dass sich dabei die schon oft erwähnte Preisschere als zu weit geöffnet erzeigt. Man müsse dabei beachten, dass es gar keinen Zweck habe, bei statistischen Gegenüberstellungen etwa die legalen Preise des Sektors mit den illegalen Preisen des wirtschaftlichen Sektors oder umgekehrt zu vergleichen. Bei einer solchen Gegenüberstellung müssten zwangsweise ganz schiefe Vorstellungen entstehen. Allgemein bekannt sei, dass in der Praxis die Dinge so lägen, dass ein Landwirt zum Verkauf seiner Erzeugnisse zu legalen Preisen gezwungen sei, dass aber nicht die Möglichkeit bestehe, ihn mit allen landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln

auch zu legalen Preisen zu beliefern. Hier sei durch die von der Hauptabteilung Wirtschaft eingeleitete und durchgeführte Prämienscheinaktion bereits eine wesentliche Besserung herbeigeführt. Er glaube, dass die Erfahrungen, die man in den beiden vergangenen Jahren gemacht habe, zu der Hoffnung Anlass gäben, dass dieses System immer weiter verfeinert werde, und auch die Landwirte immer mehr aus dem staatlichen Sektor heraus versorgt werden. Soweit der illegale Sektor infrage komme, müsse selbstverständlich alle Kraft darauf gerichtet werden, ihn zu Gunsten des legalen Sektors zu verkleinern.

Die wichtigsten Aufgaben der Schleichhandelsbekämpfung seien in Angriff genommen worden. Selbstverständlich bestehe die Notwendigkeit, auch im gewerblichen Sektor dem Schleichhandel entgegenzutreten. Das werde im allgemeinen nicht schwierig sein wie im landwirtschaftlichen Sektor. Die gewerbliche Produktion sei auf wenig Ursprungsstädte beschränkt und könne daher leichter erfasst werden. Es sei nicht gut möglich, dass eine einmal staatlich erfasste Ware in den nichtstaatlichen Sektor verschoben werden könne. Das Amt für Preisüberwachung werde in den kommenden Wochen versuchen, den Quellen des Schleichhandels im gewerblichen Sektor vom Einzelhandel her auf die Spur zu kommen und dieselben kennenzulernen und zu verstopfen.

Eine besonders wichtige und bisher noch nicht zum Versiegen gebrachte Quelle sei der Import von Erzeugnissen aus dem Reich. Diese kämen vielfach zu normalen Preisen ins Generalgouvernement, würden aber beim Wandern vom Grosshandel in den Kleinhandel verteuert. Der Verbraucher habe also keinen Nutzen davon. Nun sei es, dank des Entgegenkommens der Abteilung Devisen, möglich geworden, jede eingeführte Ware, die devisenmässig bei der Devisenstelle erfasst werde, auch der Preisüberwachung

/Mo/11
9

mitzuteilen. Selbstverständlich werde das Amt für Preisüberwachung nicht in der Lage sein, jeden einzelnen Fall einer solchen Einfuhr zu kontrollieren, aber sie könne ständig Stichproben machen, welchen Weg die Ware bis zum Verbraucher im Generalgouvernement mache. Auf diese Weise hoffe man, einen wesentlichen Fortschritt in der Preisüberwachung auf dem gewerblichen Sektor ermöglichen zu können.

Leider werde es auch durch diese Massnahme nicht möglich sein, die staatlichen Preise im gewerblichen Sektor vollkommen an die staatlichen Preise im landwirtschaftlichen Sektor anzugleichen, mit anderen Worten, die Preisschere zu schliessen. Dafür lägen die Verhältnisse im gewerblichen Sektor zu schwierig. So sollten z.B. im Laufe des Jahres 1941 die Eisenpreise herabgesetzt werden. Da es aber nicht möglich gewesen ist, habe man auch die Eisenpreise nicht erhöht, obwohl sich im Laufe des Jahres zeigte, dass die Kosten der Eisenindustrie so hoch seien, dass sie bei den festgesetzten Preisen mit Verlusten arbeiten müsse. Um aber dennoch die immer wieder betonte notwendige Schliessung der Preisschere herbeizuführen, seien augenblicklich weitgehende Vorarbeiten im Gange, um mit Hilfe von staatlichen Finanzmitteln auch die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel im Preise weitgehend senken zu können. Dadurch werde zwar die Preisschere nicht vollkommen geschlossen, aber eine spürbare Entlastung herbeigeführt.

Der Leiter der Abteilung Polizeiwesen in der Hauptabteilung Innere Verwaltung Landrat Dr. Schönhals äusserte sich zu den 3 aufgeworfenen Punkten:

Kennkartenaktion
Jüdischer Wohnbezirk und Seuchengefahr
Kreishauptmann und polizeiliche Exekutive

1.) Kennkarten:

Diese Aktion sei im Anlauf begriffen. Das Generalgouvernement

ohne den Distrikt Galizien beherberge 12 Millionen Einwohner. Wenn nun alle Personen über 16 Jahre Kennkarten erhalten sollten, müssten etwa 7-8 Millionen Karten ausgestellt werden. Auf jede Kreis- und Stadthauptmannschaft entfielen durchschnittlich ungefähr 150.000 Kennkarten. Würden nun täglich 5.000 Kennkarten ausgestellt, so bedinge dieses bis zur endgültigen Durchführung einen Zeitraum von einem Jahr. Man müsse sich also endgültig klar sein, dass diese Regelung nur auf lange Sicht durchgeführt werden könne. Einmal aber müsse damit begonnen werden.

Eine grosse Schwierigkeit sei die Beschaffung des dazu benötigten Fotomaterials. Er habe die Kreis- und Stadthauptleute schriftlich angewiesen, wie das Fotomaterial beschafft, und das Fingerabdruckverfahren durchgeführt werden müsste. Er habe auch in Krakau mit Vertretern der Agfa verhandelt. Die Schwierigkeiten lägen weniger in der Beschaffung des Papiermaterials, sondern vielmehr in der Beschaffung des Filmmaterials. Heute würden die Filme in der Hauptsache der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Die JG.-Farben könnten im Augenblick monatlich vielleicht 10.000 m Leica-Film liefern. Damit könnten ungefähr 200.000 Aufnahmen gemacht werden. Auch die Fa. Pertz könnte Material liefern. Er beabsichtige, nochmals an die JG.-Farben heranzutreten, damit das zur Verfügung stehende Kontingent auch geliefert werde. Er bitte die Kreishauptleute dieser Aktion, die gemeindeweise durchgeführt werden könne, ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2.) <u>Jüdischer Wohnbezirk und Seuchengefahr:</u>

Der Erlass der Verordnung, durch die das unbefugte Verlassen des jüdischen Wohnbezirks mit dem Tode bestraft werde, sei bereits bekannt. Nach seiner Meinung würde diese Verordnung eine Handhabung zur weiteren Eindämmung

der Seuchengefahr bieten. Er bitte die Kreis- und Stadthauptleute, dass sie die von ihnen gegebenen Anordnungen nochmals überprüften und notfalls nochmals bekanntgeben würden. Da nur das unbefugte Verlassen mit dem Tode bestraft werden sollte, müsse klar feststehen, ob und wann der Jude den jüdischen Wohnbezirk verlassen könne.

3.) <u>Kreishauptleute und Kreispolizeibehörde:</u>

Der Herr Generalgouverneur habe klare Weisung gegeben, dafür zu sorgen, dass seitens der Abteilung Polizeiliche Angelegenheiten in der Hauptabteilung Innere Verwaltung ein neues Polizeiverwaltungsgesetz für das Generalgouvernement ausgearbeitet werde, in dem diese Weisungen ganz klar und eindeutig festgelegt seien. Wenn in der Sitzung vom Kreishauptmann vorgebracht werde, dass die Kreispolizeibehörde dem Kreishauptmann nicht als Exekutive zur Verfügung stünde, so sei das ein Widerspruch. Alle Polizei habe exekutive Befugnisse. Es sei ganz klar, dass Gendarmerie im Kreise dem Kreishauptmann unterstehe. Der Kreishauptmann sei oberstes Polizeiorgan des Kreises, er könne den Gendarmerieführer und die einzelnen Gendarmerien mit Weisungen versehen. Der Gendarmerie-Kreisführer sei die rechte Hand des Kreishauptmanns, sein Sachbearbeiter in polizeilichen Angelegenheiten. In der Praxis werde es so sein, dass der Kreishauptmann sich dieses Mannes bediene und seine Weisungen an die einzelnen Gendarmeriebeamten durch den Gendarmerie-Kreisführer gibt.

Wenn nun der Kreishauptmann oberstes Polizeiorgan seines Kreises sei, dann sei auch klar, dass er ständig wissen müsse, was auf polizeilichem Gebiet in seinem Kreise vorgehe, d.h. es bestehe die Informationspflicht. Dieses

<u>brauche</u>

gesetzlich nicht festgelegt zu werden. Selbstverständlich könne es vorkommen, dass in den Kreisen Aktionen der Sicherheitspolizei oder einer anderen Stelle sich als notwendig erwiesen, ohne dass die Unterrichtung des Kreishauptmannes sofort möglich wäre. Es sei aber selbstverständlich, dass eine nachherige Unterrichtung des Kreishauptmannes erfolgen müsse. Gerade bei Aktionen zur Bekämpfung des Schleichhandels könne es vorkommen, dass eine Leitung zentral durchgeführt werden müsse, aber auch hier sei eine möglichst baldige Unterrichtung des Kreishauptmannes erforderlich.

Ein Gesetzentwurf zur Neuregelung des Meldewesens sei schon eingehend besprochen, und der Entwurf liege dem Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements vor, ebenso werde auch das Ausländermeldewesen im Generalgouvernement nach den im Reich gültigen Richtlinien geregelt.

Die Aufgabe aller polizeilichen Organisationen sei die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung. Zu diesem Zweck habe die Polizei im Generalgouvernement Kräfte aus dem Reich zur Verfügung, daneben bestünde auch polnische und ukrainische Polizei. Darüber hinaus stehe der Sonderdienst, wenn auch für Aufgaben mehr oder weniger verwaltungstechnischer Art, zur Verfügung. Im Generalgouvernement herrsche im allgemeinen Befriedung. Kleinere Sabotageakte würden immer wieder vorkommen, das seien jedoch nur Einzelerscheinungen. Im allgemeinen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet, und es werde auch in Zukunft seitens der Polizei alles getan werden, um diesen Zustand beizubehalten und weiter zu festigen.

3/Gn/1
3

Präsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß die oberste Baubehörde und Baupolizeibehörde im Generalgouvernement entsprechend der Regelung im Reich die Hauptabteilung Arbeit sei. Außerdem sei die Hauptabteilung Arbeit für die gesamte Wohnraumbewirtschaftung zuständig. Im Reich sei der Auftrag für den sozialen Wohnungsbau nicht einer anderen Stelle gegeben, sondern dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront übertragen worden. Die Arbeitsfront habe ähnliche Aufgaben wie diejenigen, die zu seinem Dienstbereich gehörten. Es handle sich in keiner Weise um eine Überschneidung mit Aufgaben einer anderen Abteilung, etwa derjenigen für das Bauwesen, sondern Aufgabe der Hauptabteilung Arbeit sei die gesetzgeberische und Planungsarbeit. Das schließe nicht aus, daß die Durchführung, wie es auch im Reich der Fall sei, hier bei den Kreis- und Stadthauptleuten liege.

Für den Wohnungsbau, insbesondere im Interesse der Deutschen seien in der letzten Zeit aus Mitteln der Abteilung vom Generalgouvernement 22 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt seien 13 865 Gebäude fertiggestellt, soweit zerstört, wieder aufgebaut worden. In allen anderen Distrikten habe diese Regelung ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. Er bitte die zuständigen Instanzen des Distrikts Lublin, sich diesem Vorbilde bald anzuschließen. In Minsk b. Warschau seien in Zusammenarbeit seiner und der Hauptabteilung Bauwesen ausgezeichnete Beamtenhäuser, ein Arbeitsamt und andere Bauten errichtet worden. Die Rechtslage sei vollkommen eindeutig. Nach einem Erlaß des Staatssekretärs vom 10. Dezember v.J. seien die Zuständigkeiten zwischen den beteiligten Hauptabteilungen der Inneren Verwaltung, des Bauwesens und der Abteilung Arbeit genau festgelegt. Er würde es begrüßen, wenn im Anschluß an dieses bewährte Vorgehen aller anderen Distrikte auch im Distrikt Lublin möglichst bald vorgegangen werden würde.

Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet von einer Besprechung, die bei Staatssekretär Dr. Boepple über die Grenzziehung Süd stattgefunden und an der die Gouverneure Dr. Lasch und Zörner teilgenommen hätten. Die Besprechung habe zu einer Einigung geführt. Die ehemalige galizische Grenze zu österreichischer Zeit sollte als Nordgrenze des Distrikts Galizien und als Südgrenze des Distrikts Lublin wiederhergestellt werden. Auf Wunsch des Gouverneurs Zörner solle diese Regelung vom 1. Februar 1942 ab in Kraft treten. Es wäre aber zu überlegen, ob man nicht mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere den weitverzweigten Verkehr diesen Termin auf den 1. April 1942 verschieben sollte, weil dieser Termin einen besonders günstigen Übergang für eine solche Regelung darstelle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Zustimmung.

Abschließend ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Zum Schluß möchte ich vor allem Ihnen, Herr Gouverneur, und allen Ihren Mitarbeitern in meinem und im Namen der Herren der Regierung des Generalgouvernements für die Aufnahme und die sehr interessante Gestaltung der heutigen Sitzung danken. Zum ersten Male haben wir den Brauch im Generalgouvernement eingeführt, daß sich die Regierung ins Land begibt, um Auge in Auge oder Auge um Auge mit den Herren der Distrikte in Berührung zu treten. Dieses Vorgehen wird sich auch in Zukunft sehr bewähren. Sie dürfen nur daran denken, wie sehr die Verwaltungslage des Deutschen Reiches einer solchen gemeinschaftlichen Aussprache bedürftig wäre, wie sehr im Reich das Bedürfnis besteht, daß nur der Landrat eines Kreises oder der Oberbürgermeister einer Stadt unmittelbar mit der korporativen Regierungsvertretung in Berührung käme. Auch hier leisten wir ein Stück vorbildlicher Arbeit für das Reich.

3/Gn/3
3

Im allgemeinen muß ich als Generalgouverneur der Distriktsverwaltung in Lublin für die treue, aufopfernde Arbeit danken, die alle Herren hier leisten. Von Anfang an war der Distrikt das schwierigste Verwaltungsgebilde, was wir hier hatten, umstürmt und umbraust von ganz besonderen Nöten, die sich aus der Lage des Bereichs, aus der Bevölkerungszusammensetzung und aus dem Hineingestelltsein in die Belange des großdeutschen Machtraumes ergaben.

Eine große Sorge, die alle anderen Distrikte heute haben, haben Sie nicht so sehr. Es ist die Ernährungssorge, die heute in allen Distrikten das Hauptproblem darstellt. Das gibt natürlich diesem Distrikt Lublin die Möglichkeit, sich auf einem ernährungsmäßig einigermaßen festen Fundament Aufgaben zuzuwenden, Energien in Bewegung zu bringen, die in anderen Distrikten ausschließlich der Versorgung der Bevölkerung zugewendet sein müssen.

Sie haben aus den heutigen Berichten ersehen, daß noch einige Grundprobleme auszutragen sind. Vor allem muß ich darauf bestehen, daß die klar gefügte Einheitlichkeit der Verwaltung bis ins letzte durchgeführt wird. Im besonderen muß einwandfrei klargelegt werden, daß der Repräsentant des Kreises, der Kreishauptmann, über seine Exekutive ebenso zu verfügen vermag, wie das der Gouverneur gegenüber dem ihm unterstellten SS- und Polizeiführer tun kann. Die Polizei hat selbstverständlich keine eigene Wirksamkeit neben der staatlichen oder allgemeinen Verwaltung, sondern sie ist ihr eingebaut. Sie kann daher als Exekutive nicht ein Eigenleben oder gar ein eigenes politisches Leben haben, sondern sie steht und fällt mit ihrer Aufgabe, die Exekutive der Regierung zu sein. Wer sich im einzelnen mehr oder weniger von diesem Grundsatz entfernt, der wird an der Autorität des Staates früher oder später scheitern. Sie, meine Herren, haben es in der Hand, von dem Übereinkommen, das heute hier getroffen wurde, den notwendigen Gebrauch zu machen. Ich wünsche jedenfalls, daß ich heute zum letzten

Mal aus dem Distrikt Lublin etwas von Auseinandersetzungen zwischen eigentlichen Verwaltungsbehörden und Polizeiorganen gehört habe. Die Polizeihoheit im Generalgouvernement liegt beim Generalgouverneur. Er hat die totalen Vollmachten vom Führer erhalten und diese Vollmachten sind in ihrer Totalität unlängst vom Führer bestätigt worden. Ich muß daher mit allem Nachdruck darauf sehen, daß diese einheitliche Führung und damit die von mir auch getragene Gesamtverantwortung für das Gebiet von niemandem durchkreuzt wird. Und so möchte ich es allen Funktionären des Staates, der Partei, der Verwaltung und Polizei zur ehernen Pflicht machen, sich dieser notwendigen Eingefügtheit jedes einzelnen Dienstbereiches in die Gesamtaufgaben des Generalgouvernements bewußt zu bleiben. Ich habe in der nächsten Zeit auf Grund eines besonderen Auftrages des Führers sowieso hier noch öfter zu tun und werde daher das Glück haben, öfter in Lublin zu erscheinen. Ich werde dann auch einige Kreishauptmannschaften besuchen und hoffe, daß mir dann in zunehmendem Maße die ordnungsmäßige Erledigung aller dieser Probleme gemeldet werden kann.

Die Autorität der Einheit der Verwaltung ist ja im allgemeinen auch hier gesichert worden. Mit Recht wurde festgestellt, daß es sich bei den heute gerügten Vorgängen um Einzelfälle handelt, die allerdings zu schärfsten Bedenken Anlaß geben. Ganz allgemein muß aber anerkannt werden, daß die Polizei ja auch hier mit den denkbar geringsten Kräften eine der schwierigsten Aufgaben zu erfüllen hat. Daher muß man auch andererseits wieder sagen, daß es oft sehr schwer ist, den vielfachen Aufgaben, die an die Exekutive herantreten, gerecht zu werden. Aber es war organisatorisch falsch und verwaltungstechnisch unglücklich, daß eine Maßnahme wie die der Ernteerfassung statt über den Gouverneur von Ihnen direkt mit dem Polizeiführer vereinbart wurde. Das geht nicht; wenn so etwas geschieht, dann ist es unvermeidlich, daß draußen solche Spannungen eintreten.

3/Gn/5
3

Sonst habe ich den Eindruck, daß hier deutsche Männer ganz allgemein am Werke sind. Hüten wir uns davor, daß etwa im Fortschreiten der Aufgaben, die uns gestellt sind, nun da und dort eine Nervosität einreißt. Der Sinn meiner Reisen ins Land ist der, immer wieder alle deutschen Männer aufzurichten und auf das große Ziel dieser Zeit hinzulenken. Alles, was immer wir planen und richten und denken und handeln, muß heute wie eine Kompaßnadel in eine Richtung ausgerichtet sein, nach dem Ziel, dem Führer und dem deutschen Volke in seinem Schicksalskampf zu helfen.und der deutschen Wehrmacht durch den Aufbau einer klaren Verwaltung Hilfe zu leisten.

Es ist ein Glück, daß wir im Kriege vom Führer in diese ungeheure Aufgabe hineingestellt worden sind. Wir sind hier nicht Heimat, sondern wir sind hier mit unserer Verwaltung in einen typischen Kriegsbereich des 20. Jahrhunders gestellt. Neuartig wie die Aufgaben, die uns gestellt sind, sind die Methoden, die wir zu ergreifen haben, um mit diesen Aufgaben fertig zu werden. Die Anerkennung, die der Führer für dieses Gesamtwerk mir und auch Ihnen hat zuteil werden lassen, liegt darin, daß er die mir gegebenen Vollmachten bestätigt. Und diese Vollmachten sind heute im großdeutschen Machtraum einzigartig. Sie brauchen sich nur die Konstruktionen in den weiten Ostgebieten zu vergegenwärtigen, um zu sehen, wie großartig das Vertrauen des Führers ist. Und dieses Vertrauen ehrt uns. Darum müssen wir uns auch immer wieder auf die Gemeinschaft ausrichten, stolz und sicher und mit Vollmachten aller Art umgeben. Der Einzelne ist nichts, und er soll nicht glauben, daß er gegen alle anderen auftreten oder sich über alle anderen erheben könnte. Es gibt keinen Staat im Staate, keine Polizei in der Polizei und keine Wirtschaft in der Wirtschaft. Es ist alles eins und untersteht der Autorität des heiligen Deutschen Reiches, das nicht dem Einzelnen gehört, sondern dem deutschen Volke, das durch seinen Führer diesem Reich die größte Form gegeben hat.

3/Gn/6
3

Lublin ist ja nun nicht mehr der östlichste Bereich des Generalgouvernements, - den Ehrentitel, Herr Gouverneur, kann ich Ihnen leider nicht mehr zubilligen. Aber es ist wichtig, daß Lublin wie bisher ein stolzer Name auch in der nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft bleibt.

Parteigenosse Globocnik, Ihr Verdienst ist es, daß Sie mit dem Aufbau der Partei eine großartige weltanschauliche Unterstützung dieser Arbeit geleistet haben. Es ist das Verdienst aller, daß sie in dieser Gemeinschaft zusammenstehen.

Jedenfalls gehen wir alle von hier wieder mit der stolzen Zuversicht fort, daß der Distrikt Lublin nicht nur steht, sondern marschiert. Und so wünsche ich Ihnen, Herr Gouverneur, und allen Ihren Mitarbeitern in unser aller Namen das Beste.

Gouverneur Zörner: Wir schließen die Sitzung mit dem Gruß an den Führer und obersten Befehlshaber.

Schluß der Sitzung: 16^{10} Uhr.

Die Tätigkeit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Chef des Distrikts L u b l i n bis O k t o b e r 1 9 4 1.

1.) Organisation und Verwaltung:

Die personelle Besetzung ist in Ordnung. Völlig unzureichend sind die Raumverhältnisse für die Diensträume der Abteilung. Es ist daher der bereits der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zur Verfügung gestellte Rohbau in der Lindenstraße so schnell als möglich fertigzustellen, damit die gesamte Abteilung Ernährung und Landwirtschaft mit den angegliederten und eingegliederten Organisationen ein Verwaltungsgebäude bekommt.

2.) Erzeugung:

Bei einer Gesamtzahl von 276 000 Betrieben ist es notwendig, die Erzeugung schnell in Gang zu bringen bezw. zu steigern. Aus diesem Grunde ist ein organisatorischer Unterbau geschaffen worden als Wirtschaftsberatungsapparat durch Einsatz der Kreisagronome, Gemeindeagronome, Dorfagronome. Kreisagronome sind 100 % vorhanden, Gemeindeagronome 61 %, Dorfagronome58 %. Die rund 950 000 ha große Ackerfläche dient in erster Linie der Schaffung von Saatgut und Sämereien für das gesamte Generalgouvernement. Im Jahre 1938 sind 880 ha anerkanntes Saatgut erzeugt worden, im Jahre 1 9 4 1 32 500 ha. Der Kunstdüngeraufwand konnte erst bei Stickstoffdünger mit 13 % des Bedarfes gedeckt werden, bei Phosphorsäuredünger mit 29 %, bei Kalidünger mit 44 %, bei Kalkdünger mit 50 %.

Im letzten Jahr sind erhebliche Mengen von Landmaschinen im Distrikt Lublin eingeführt worden, insgesamt Maschinen und Geräte: 7 000 Stück.

In jedem Kreis sind 5 Beispielswirtschaften und für den Distrikt 3 Musterbetriebe erstellt worden. Die 10 eingerichteten Tierzuchtämter haben für umfangreiche Einfuhr von hochwertigem Zuchtmaterial gesorgt. Es sind im ganzen

rund 4 000 Zuchttiere aus dem Reich importiert worden. Zur Steigerung der Leistung werden alle Maßnahmen der Leistungskontrolle herbeigeführt, vor allen Dingen die Leistungskontrolle unserer Rindviehbestände, die in 1 Jahr um 100 % gesteigert worden ist.

3.) Marktordnung:

Getreidewirtschaft:

Der Distrikt Lublin ist das Fundament der gesamten Ernährungswirtschaft für das Generalgouvernement. An Getreide sind rund 35 000 t zu erfassen. Dabei ist zu betonen, daß der Distrikt Lublin mengenmäßig an Getreide so viel zu erfassen hat, wie die Distrikte Krakau, Radom und Warschau zusammen.

Kartoffelwirtschaft:

Die Kartoffelerfassung sieht ebenfalls eine Menge von 33 000 t vor.

Viehwirtschaft:

In der Viehwirtschaft sind im letzten Jahre 95 000 Rinder
83 000 Schweine
und 74 000 Kälber

erfaßt worden. Von diesen sind nach Warschau gegangen:

40 000 Rinder
22 000 Schweine
und 23 000 Kälber,

nach Krakau: außer wenigen Rindern

20 000 Schweine
2 500 Kälber.

Es wird auf eine große Vorratshaltung Wert gelegt. Die Eingriffe in die Rinderbestände werden in diesem Jahr sehr stark sein. Es ist geplant, 1/3 = 200 000 - abzuschlachten, um damit die Futtergrundlage für die Restbestände günstiger zu gestalten. Außerdem wird durch die Verminderung der Viehbestände die Brot- und Kartoffelversorgung für die Bevölkerung besser sichergestellt.

Milch- und Fettwirtschaft:

Die Zahl der Molkereien beläuft sich jetzt auf 119 gegen 61 im Jahre 1940. Die Milchanlieferung hat von Monat zu Monat zugenommen, demzufolge auch die Buttererzeugung.

Allerdings sind hier bei weitem Ziele noch nicht erreicht. Der Schwerpunkt wird im planmäßigen Molkereiausbau zu suchen sein mit strafferer Erfassung milchwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Zuckerwirtschaft:

Im Jahre 1941 ist mit einer Zuckerausbeute von rund 50 000 t zu rechnen. Durch Erhöhung der Anbaufläche bedeutet das ebenfalls eine Steigerung von rund 10 000 t.

Eierwirtschaft:

Das Eierkontingent von 122 Mill. Stück ist bereits überschritten. Die Geflügelerfassung geht ebenfalls erfolgreich weiter.

In der Fischwirtschaft ist mit einem Anfall von 800 000 kg zu rechnen.

Gartenbauwirtschaft:

Die Erzeugung und Verarbeitung für gartenwirtschaftliche Erzeugnisse ist ebenfalls erheblich gestiegen. Es ist mit einer Erzeugung von rund 4 Millionen kg Marmelade, Gurken, Sauerkraut usw. zu rechnen.

4.) Bodenordnung und Landarbeit.

Im Distrikt Lublin sind 50 % aller landwirtschaftlich genutzten Fläche im Umlegungsverfahren, und zwar zum Teil beendet und zum Teil kurz vor dem Abschluß. Es ist geplant, im Laufe der nächsten 10 Jahre die Besitzverhältnisse restlos zu ändern, da mit Änderung dieser Besitzverhältnisse eine wesentliche Ertragssteigerung verbunden werden kann.

5.) Liegenschaftsverwaltung.

138 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 80 000 ha befinden sich in Verwaltung des Staates. Dazu kommen noch 28 000 Kleinbetriebe mit 65 000 ha.

Die Liegenschaftsbetriebe werden gut bewirtschaftet. Durch Einführung von entsprechenden Maschinen und Zuchtmaterial sind die Betriebe in kürzester Zeit auf wesentlich höhere Leistungsfähigkeit gebracht worden.

6.) Wasserwirtschaft.

Während im letzten Jahre rund 22 000 Juden für wasserwirtschaftliche Bauobjekte eingesetzt werden konnten, stehen uns in diesem Jahre rund 50 000 Kriegsgefangene zur Verfügung.

Auch hier liegt ein 10-Jahres-Plan vor, der die gesammten Probleme der Wasserwirtschaft in Ordnung bringen läßt.

Bis jetzt sind 62 000 ha melioriert worden, außerdem rund 2 000 Km Bachläufe, Gräben usw.

Die Landwirtschaftliche Zentralstelle,
Distriktsstelle Lublin.

Die Landwirtschaftliche Zentralstelle, Distriktsstelle Lublin, arbeitet planmäßig. Der Gesamtumsatz von Zloty 122 Millionen im vergangenen Jahr zeigt die Bedeutung des

landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und die Arbeit der landwirtschaftlichen Zentralstelle, Distriktsstelle Lublin im Distrikt Lublin.

Die landwirtschaftliche Hauptbuchstelle, Lublin.

Die landwirtschaftliche Hauptbuchstelle, Lublin hat mit 453 Betrieben das gesamte Buchführungswesen in Betrieben über 100 ha in der Hand.

Die Ergebnisse dieser Buchführungsarbeiten bedeuten für die betriebswirtschaftlichen Maßnahmen des Distrikts Lublin eine klare Ausrichtung.

Die Landwirtschaftliche Zentralkasse, Lublin.

Die Zentralkasse der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Revisionsverband der Genossenschaften waren in der Lage, das gesamte Genossenschaftswesen des Distrikts Lublin zu finanzieren und entsprechend zu überwachen.

Im ganzen gesehen sind die Arbeiten der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Chef des Distrikts Lublin bis zum heutigen Tage als recht erfolgreich anzusehen. Der ganze Apparat ist aufgebaut, die Organisation marschiert. Die Zukunftsaufgaben, die der Distrikt Lublin als Fundament der Ernährungswirtschaft für das Generalgouvernement zu erfüllen hat, liegen klar ausgerichtet vor. Es gilt nun, nur noch mit straffer Hand die Zielsetzung so zu erreichen, daß im Interesse der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements alle Maßnahmen der Ernährungswirtschaft des Distrikts Lublin erfüllt werden können. (Ich stelle Ihnen anheim, meine Ausführungen über die Notwendigkeit des Anschlusses Wolhyniens an das Generalgouvernement zu bringen. Ich weiß nicht, ob man pressemäßig etwas davon verwerten kann).

Ich bitte, bei den Ausführungen zu unterstreichen, daß es nicht Aufgabe ist, den gesamten Apparat der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Erfassung einzusetzen, daß nunmehr die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, auf breiter Grundlage auch im Generalgouvernement in eine Erzeugungsschlacht einzutreten, dessen Schrittmacher der Distrikt Lublin sein muß.

Lublin, den 17. Oktober 1941

N i e d e r s c h r i f t

über den Bericht des Stadthauptmannes Saurmann, Lublin, gelegentlich der Regierungssitzung in Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs Dr. Frank in Lublin am 17.10.1941.

J u d e n f r a g e .

Die Stadt Lublin zählte Ende 1939 rund 40 000 Juden. Es sind davon im Laufe der Zeit etwa 12 000 ausgesiedelt worden, aber fast dieselbe Anzahl ist bis heute wieder zugewandert. Zwar sind die Juden alle auf einen alten Stadtteil zusammengepfercht, dessen Grenze sie nicht ohne Genehmigung überschreiten dürfen, ein geschlossenes Ghetto gibt es bis heute jedoch nicht. Eine der wichtigsten Zugangsstraßen von Osten her führt mitten durch diesen Stadtteil, sodaß erst eine Umgehungsstraße gebaut werden mußte, die dieser Tage fertig wird, um dann das Ghetto mit Stacheldraht einzuzäunen und vollkommen abzuschließen. Man hätte von dieser Maßnahme auch noch weiterhin absehen können, nachdem bereits über ein Jahr kein Jude mehr in den übrigen Stadtteilen wohnt und kein jüdisches Geschäft sich mehr außerhalb des Ghettos befindet, wenn nicht die zuwandernden Juden in hohem Maße Flecktyphus und andere Krankheiten eingeschleppt hätten und dauernd Träger dieser Seuchen wären.

So ist die Entwicklung der Flecktyphusseuche augenblicklich auf einem Stand angekommen, der den der großen Fleckfieberseuche der Jahre 1915/16 bereits übertrifft. Die Neuerkrankungen im Monat September betrugen 326 (1915/16 = 309). Die Zahl der Gesamterkrankungen betrug innerhalb der letzten 6 Monate 127 (1915/16 in der gleichen Zeit 1 110). Die Sterblichkeit der arischen Bevölkerung beträgt bei den Flecktyphusfällen heute 12,2 % (1915/16:13, 14 %), die der Juden 4,6 % (1915/16:4,82%). Aus diesem Grunde ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zu treffen, die die unerlaubte Wanderung der Juden unterbinden bezw. ein Umzugs- und Wanderverbot für die Juden in strengster Form zu erlassen.

Eine Klärung der Judenfrage wird natürlich endgültig erst dann zu erreichen sein, wenn der vollkommene Abtransport aller Juden bewerkstelligt werden kann. Das wird auch für die Stadt Lublin erst der Zeitpunkt sein, wo sich eine wesentliche Entspannung der augenblicklichen Wohnungsnot bemerkbar machen könnte.

W o h n u n g s n o t .

Lublin war vor dem Krieg bevölkerungsmäßig sehr rasch gewachsen. Es hatte infolgedessen auch bereits vor dem Kriege eine ziemliche Wohnungsnot. Durch die Kriegshandlungen wurden etwa 1/10 der besseren Wohnräume zerstört oder so stark beschädigt, daß sie für die Weiterbelegung ausfielen.

Der Zuzug zahlreicher deutscher Behörden und Dienststellen, die Belegung mit Militär, Polizei, SS-Verbänden usw. hat diese Not auf ein Maß in die Höhe getrieben, welches augenblicklich bereits zur Katastrophe treibt. Alle Quartiere sind, soweit sie durch die Polen in Anspruch genommen werden können, überbelegt. Die Anmeldungen für Wohnungs- und Raumzuweisungen von deutschen Dienststellen und Privatpersonen betragen zur Zeit noch etwa 2 000 Räume. Eine Entspannung dieser Lage ist aber nicht abzusehen. Auch der Umstand, daß ich sofort begann, die halbfertigen Wohnungsbauten auszubauen und fertigzustellen, hat kaum etwas ändern können, obwohl es seit Oktober 1939 gelungen ist, etwa 40 Häuser auf diese Weise bewohnbar zu machen.

Es muß im Augenblick wenigstens darauf hin gearbeitet werden, geschlossene Formationen (Militär, Polizei usw.) in Baracken unterzubringen; alle übrigen deutschen Behörden, Privatpersonen usw. zur größten Genügsamkeit anzuhalten und im übrigen den Neubau von Wohnräumen als das allernötigste und mit einem großzügigen Bauprogramm anzustreben.

F i n a n z l a g e der Stadt Lublin.

Der Haushaltplan der Stadt Lublin war ab 1. April 1940 ausgeglichen. Inzwischen aber ist durch die steigenden An-

forderungen an die Stadtverwaltung infolge des Krieges, organisatorische Maßnahmen der Regierung usw., eine Mehrbelastung eingetreten, die in diesem Jahre ein Defizit von rd. 12 Millionen Zloty entstehen läßt. In diesem Defizit sind wohl etwa 3,5 Mill. Zloty für den Schuldendienst eingeschlossen, die dann abgesetzt werden könnten, wenn der Schuldendienst nicht wieder aufgenommen wird. Die Einstellung des Schuldendienstes in den Haushaltplan aber ist auf Weisung der Regierung erfolgt. Die Polizeikosten in dem Haushalt betragen heute rd. 2,7 Mill. Zloty, wovon etwa 1,150 000 Zl. ungedeckt bleiben. Es treten dazu etwa 1 500 000 Zl. für Kosten der Stadthauptmannschaft, die durch die Verfügung der Regierung entstanden sind, daß die Kosten der Stadthauptmannschaft von der polnischen Stadtgemeinde zu tragen sind. Weiter sind in dem Defizit enthalten rd. 5 1/2 Millionen Zloty für die Baukosten verschiedener Art, die aus dringlichen Bauvorhaben zusammenkommen. An sich gehört ein großer Teil gerade dieser letztgenannten Ausgaben in einen außerordentlichen Haushalt etatisiert, was aber zur Zeit deshalb nicht möglich ist, weil es keine Gelegenheit gibt, den Bedarf des außerordentlichen Haushaltes auf ähnlichem Wege aufzunehmen und den außerordentlichen Haushalt damit auszugleichen. Die augenblicklichen Bedingungen, Rückzahlung der Anleihe innerhalb einer dreijährigen Frist und dazu etwa 7 % Zinsen, versperren jeden Weg zur Anleiheaufnahme. Eine Möglichkeit aber zur Konvertierung solcher Darlehen gibt es bis jetzt im Generalgouvernement nicht.

Dazu wäre im übrigen noch zu sagen, daß der vorgefundene Verschuldungsstand der Stadt Lublin dergestalt ist, daß eine Aufnahme neuer Anleihen schon aus Gründen einer untragbaren Überschuldung abzulehnen wäre. Es kann auch darauf hingewiesen werden, daß der Stadt Lublin auch vor dem Kriege seitens der polnischen Regierung im Verlaufe der letzten fünf Jahre dauernd jährliche Zuschüsse von etwa zusammen 60 Millionen Zloty gegeben worden sind.

Die Steuerkraft der Stadt ist durch den Krieg schwer geschädigt und weiterhin im Rückgange. Die Zwangsvollstreckungen sind im Zunehmen. Im Augenblick liegen 23 000 Zwangsvollstreckungstitel vor. Erledigt worden sind im

Juni	1 418	Zwangsvollstreckungstitel,		
Juli	2 066	"	"	"
August	2 550	"	"	"
Sept.	3 598.	"	"	" .

Zweifellos wird die Einführung der Gewerbesteuer eine Erleichterung schaffen, in welchem Ausmaß, läßt sich aber heute und so lange nicht voraussagen, als nicht bekannt ist, zu welchen Sätzen sie ausgeschlagen wird. Es erscheint dringend nötig, daß die Regierung der Stadt Lublin einmalig mit einem größeren Betrag zur Hilfe kommt, wenn nicht die wichtigsten Probleme in Zukunft weiterhin verschärft werden sollen und die Stadt die ihr von der Regierung des Generalgouvernements gesetzten Aufgaben weiterhin wirklich lösen soll. Es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, möglichst bald von Seiten der Regierung in eine Prüfung des vorgetragenen Zuschußgesuches einzutreten.

K e n n k a r t e .

Die Stadt Lublin hat bereits im November 1939 für die Gesamtbevölkerung eine Kennkarte ausgegeben, die allerdings recht primitiv und ohne Lichtbild war und nur über die ersten Schwierigkeiten hinweghelfen sollte. Diese Kennkarte ist im März 1940 wieder eingezogen worden und an deren Stelle wurde eine neue Ausweiskarte für die gesamte Bevölkerung ausgegeben, die mit Lichtbild und Fingerabdruck versehen ist. Bei dieser Neuausgabe der Kennkarte wurde ein sehr sorgfältiges Verfahren durchgeführt, sodaß eine ziemlich hohe Gewähr dafür vorhanden ist, daß jeder Einwohner der Stadt Lublin im Besitz eines solchen gültigen Ausweises ist. Das Verfahren dazu hat sich über 8 Monate hingezogen und es mußten sehr hohe Strafen ausgesprochen werden, um die Versehung eines jeden einzelnen Einwohners mit einem solchen Ausweis zu erzwingen. Immerhin ist damit der Ausweiszwang wenigstens für das Stadtgebiet Lublin durchgeführt.

Referat des Leiters der Abteilung Wirtschaft
beim Gouverneur des Distrikts Lublin, Dr. B e c h e r ,
in der Regierungssitzung in Lublin, am 17. Okt. 1941.

Herr Generalgouverneur!

Die Abteilung Wirtschaft tritt im Distrikt Lublin gegenüber der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft an Bedeutung zurück. Ihre Entwicklung ist auch dadurch erschwert, dass Lublin verkehrsungünstig zu Krakau liegt und dadurch ein lebendiges Mitgestalten an der Wirtschaftsentwicklung des Generalgouvernements für uns recht schwierig ist. Schliesslich hat sich die hiesige Abteilung Wirtschaft längere Zeit im Aufbaustadium befunden, als die anderen entsprechenden Abteilungen bei den Gouverneuren der Distrikte.

Die Leiter der Abteilung Wirtschaft hatten bis zu meinem Dienstantritt mehrfach gewechselt, wobei das Ausscheiden häufig aufgrund von Beanstandungen notwendig wurde. Ich musste infolgedessen nicht nur die Distriktsdienststelle sondern auch fast alle Wirtschaftsämter bei den Kreishauptleuten zunächst personell neu aufbauen, ehe die eigentliche Arbeit beginnen konnte. Es ist mir gelungen, sowohl bei meiner Dienststelle hier wie für die Kreishauptleute tüchtige Mitarbeiter zu finden, mit denen ich nach dem Gesetz der kleinen Zahl die Arbeiten nachgeholt habe, die in anderen Distrikten inzwischen geleistet worden waren und darüber hinaus meinerseits Aufbauarbeit zu leisten. Ich bin bei dieser Wirtschaftsgestaltung regelmässig davon ausgegangen, dass nicht die Organisation das Primäre ist, für die dann geeignete Mitarbeiter gesucht werden, sondern dass im Mittelpunkt der Arbeit eine tüchtige Persönlichkeit stehen muss, die von sich aus den Rahmen finden wird, den sie zur Erreichung

<u>der</u>

ihr gestellten Aufgaben benötigt. Dabei ist es selbstverständlich, dass sich dieser Rahmen in die vorgeschriebene Gesamtform einzupassen hat.

Bei dieser Aufbauarbeit sind uns mehrfach gegenüber der Selbstverwaltung der Wirtschaft die Bedenken entgegentreten, auf die Herr Gouverneur bereits hingewiesen hat, wir sind der Meinung, dass, jedenfalls für den Distrikt Lublin, die Organisation der Selbstverwaltung der Wirtschaft in wesentlich engerem Rahmen gehalten werden kann, als er zunächst von der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft aufgezogen worden ist. Wir meinen auch, dass es bei dem derzeitigen Menschenmangel nicht nötig ist, neue Posten, auf die lediglich schon bisher geleistete Arbeit umgelagert werden soll, mit neuen Personen zu besetzen. Ich möchte hierfür ein Beispiel nennen:
Der Leiter der hiesigen Bewirtschaftungsstelle für Kohle hat sich in zäher Arbeit sowohl sein Bewirtschaftungsstelle wie den Kohlenhändlerverband zu einem so schlagkräftigen Instrument ausgebaut, dass er hiermit alle ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen mag. Er beherrscht damit das für die Kohlenversorgung des Distrikts nötige Verwaltungsinstrument. Wenn nun dieser Kohlenhändlerverband den Namen einer Fachgruppe Kohlenhandel erhalten soll und damit in die Organisation der Selbstverwaltung der Wirtschaft eingegliedert wird, so ist es nach unserer Betrachtungsweise richtig und auch möglich, diese Fachgruppe in Personalunion von dem fachkundigen Leiter der Bewirtschaftungsstelle führen zu lassen. Es wird dann auch bei Personalersparnis der höchstmögliche Erfolg erzielt, und es werden die Fehler, die ein sich neu mit der Materie Befassender am Anfang stets machen wird, gerade in der heute besonders angespannten Zeit, vermieden. Wir haben es bedauert, dass unseren Gedanken insoweit nicht Rechnung getragen, sondern, nach unserer

überflüssigerweise, ein weiterer Mann für die Leitung der Fachgruppe Kohlenhandel hier eingesetzt worden ist.

Zu den ähnlichen Bedenken führt die Beitragszahlung zu den Selbstverwaltungsorganisationen. Der hiervon Betroffene sieht zunächst lediglich, dass er einen Beitrag zu leisten und einen Fragebogen auszufüllen hat, ohne dass er demgegenüber für sich verwertbare Arbeit erkennt. Diese Beitragsanforderung, die zudem bis jetzt noch keine gesetzlich geregelte oder behördlich verfügte einheitliche Linie aufweist, belastet ihn auch indeswillen, weil sein Umsatz wegen des Rohstoffmangels oder der Verknappung an gewerblichen Handelsgütern stark zurückgegangen ist; dieses gilt vor allem beim Handwerk, das vielfach aus Rohstoffmangel keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr hat.

Wenn demgegenüber allein schon die Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft in der Zentralkammer einen so umfangreichen Dienstellenplan aufzieht wie er Ihnen, Herr Gouverneur, vorgelegen hat, so läuft das nach unserer Betrachtungsweise auf eine Organisation hinaus, die bei der derzeitigen Menschenknappheit über das notwendige Mass hinausgeht.

Unter sehr grossen Schwierigkeiten ist es uns gelungen, in diesem Jahr 30.000 cbm Torf zu gewinnen.

Wir haben die Schuhwerkstätten Lublin zu einem leistungsfähigen Unternehmen zusammengefasst.

Wir haben den Handel, der hier wegen der Ernteerfassung eine besondere Rolle spielt, überprüft und schlagkräftig gestaltet.

Wir haben trotz aller, vor allem finanzieller Schwierigkeiten die Elektrizitätsversorgung des Distrikts bisher wenigstens etwas gebessert, wenn auch insoweit noch viel zu tun übrig bleibt.

Bei all' unserer Arbeit, insbesondere während des Torfstichs, tritt jedoch immer wieder die Spaltung des Wirtschaftslebens im Generalgouvernement in einem legalen Teil mit dem Zentrum Krakau und einem illegalen Teil mit dem Zentrum Warschau zutage. Wir finden einen Wirtschaftskreis, den die deutschen Behörden mit dem Einsatz ihrer Machtmittel zu beherrschen trachten, den sie auch, soweit ihre unmittelbaren Interessen reichen, durchsetzen. Dem steht jedoch gegenüber ein sehr ausgedehnter illegaler Wirtschaftsbereich der Polen, der ein völliges Eigenleben führt und der sich allenthalben mit den Grundsätzen des legalen Wirtschaftsbereichs hart stößt, sobald er sich damit überschneidet. Die Folge davon ist, daß die Preisschere zwischen den legalen landwirtschaftlichen Preisen und den behördlich statthaften Preisen für gewerbliche Waren nach wie vor stark klafft. Wenn beispielsweise ein Bauer für die Prämienscheine, die er für eine bestimmte Menge Getreide erhält, sich die von ihm benötigte Wolldecke wegen deren hohen Preises nicht kaufen kann, wenn er diesen Preis dagegen zu erlegen vermag, sobald er seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Schleichhandel verkauft, so ist das ein nach vielen Richtungen hin unbefriedigendes Ergebnis. Es ist doch immer wieder festzustellen, daß die Arbeiter aus den Betrieben aus Nahrungsmittelmangel von der Arbeit fern bleiben, auf dem Lande Lebensmittel aufkaufen, nicht nur um sich und ihre Familie zu ernähren, sondern um damit Handel zu treiben, damit sie wiederum mit den Erlösen hieraus sich die gewerblichen Waren erstehen können, die sie sich mit ihrem Arbeitsverdienst allein nicht kaufen können. Die Folge ist ein Absinken der Produktion, eine erhebliche Verteuerung der Herstellungskosten und damit ein hohes Preisniveau bereits beim Fabrikpreis. Dann setzt durch die behördlich genehmigten Handelszuschläge die Schraube ein, die den Verbraucherpreis bis zu der bekannten untragbaren Höhe emporbringt.

Wenn zur Zeit Tarifordnungen für zahlreiche Gebiete ausgearbeitet und hierin Stundenlöhne und Arbeitszeiten festgelegt werden, die allein die Gedankengänge der legalen Wirtschaft berücksichtigen, so muß man, wenn man diese Tarifordnungen für verbindlich erklärt, zugleich auch sich selbst dazu in der Lage erklären, daß man diesen Löhnen auch die preislich entsprechend abgestimmten Nahrungsmittel und gewerblichen Güter gegenüberstellen kann. Solange wir das nicht können, sind auch Tarifordnungen undurchsetzbar.

Aus all' dem erlaube ich mir die Anregung, ob nicht eine geschlossene Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und damit eine totale Ernährungsbewirtschaftung im Generalgouvernement, auch für die polnische Bevölkerung, zweckmäßig und nötig ist."

=====

Referat über Schleichhandelsbekämpfung

von Regierungsrat Dr. Hamacher auf der Sitzung der Regierung des Generalgouvernements am 17.10.41 in Lublin.

Die Aktion zur Bekämpfung des Schleichhandels hat im Distrikt Lublin pünktlich am 1.9.41 eingesetzt. Die einzelnen Massnahmen sind mit allen beteiligten Dienststellen, insbesondere der Ordnungspolizei, in deren Hand die Exekutive lag, durchgesprochen worden, wobei völlige Übereinstimmung aller Beteiligten bestand.

Bei der Planung der Massnahmen war davon auszugehen, dass der Distrikt Lublin landwirtschaftlicher Überschuss-Distrikt ist und dass daher der grösste und gewerbsmässige Schleichhandel aus dem Distrikt Lublin hinausgeht. In zweiter Linie kam es auf die Überwachung des Schleichhandels innerhalb des Distrikts, insbesondere des Schleichhandels zu den Judenstädten, an.

Es war daher vor allem nötig, den Distrikt Lublin nach Nordwesten und Westen abzuschirmen und ausserdem die Zugänge zu den grösseren Städten des Distrikts, insbesondere den Judenstädten, planmässig zu überwachen.

Die Durchführung begann am 1.9.41 unter Einsatz aller verfügbaren Polizei-Exekutivkräfte. Die Überwachung erstreckte sich auf den Verkehr auf Strassen und Wegen sowie auf der Ostbahn und der Deutschen Posten Osten.

Es wurden hierbei, insbesondere in der ersten Zeit, beachtliche Erfolge erzielt und zahlreiche Beschlagnahmungen von Schleichhandelswaren aller Art sowie die Festnahme von gewerbsmässigen Schleichhändlern vorgenommen.

Die scharfen Überwachungsmassnahmen, in Verbindung mit der propaganda- und pressemässigen Auswertung der Aktion, haben einen sehr erheblichen Rückgang des Schleichhandels bewirkt.

Die Richtlinien der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretariat, Amt für Preisbildung, Krakau, haben sich im allgemeinen durchaus bewährt. Es sind lediglich hinsichtlich der Überwachung des Stück- und Expressgutes auf der Ostbahn Lücken in der Überwachung entstanden. Diese Waren unterliegen nicht mehr der polizeilichen Kontrolle und der Beschlagnahme, sobald und solange sie sich in Gewahrsam der Ostbahn befinden. Nach den Richtlinien darf verdächtiges Gepäck nicht angenommen und muss die nächste Polizeidienststelle benachrichtigt werden. Diese Bestimmung wird anscheinend von den polnischen Bahnbeamten nicht beachtet, sodass der dringende Verdacht besteht, dass mittels Express- und Stückgutsendungen auf der Ostbahn noch ein erheblicher Schleichhandel getrieben wird. Insoweit ist eine Erweiterung der Überwachungsmassnahmen notwendig.

Zusammenfassung:

Die Aktion hat sich bewährt, der Schleichhandel ist stark zurückgegangen. Es kann daher angenommen werden, dass die verschärfte Schleichhandelsbekämpfung wesentlich dazu beitragen wird, der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft die ordnungsmässige Erfassung der Ernte zu erleichtern.

Lublin, den 18.Oktober 1941

Referat von Regierungsrat Ziegenmeyer,
Kreishauptmann Lublin-Land.

Herr Generalgouverneur, Herr Gouverneur, meine Herren!

Ich habe den Auftrag erhalten, über die derzeitige Lage im Distrikt Lublin vom Gesichtspunkt des Kreishauptmannes zu referieren. Wegen der kurzen, mir zur Verfügung stehenden Zeit war es leider nicht möglich, mich mit sämtlichen Kreishauptleuten im Distrikt in Verbindung zu setzen, um von ihnen spezielle Wünsche zu hören und mit ihnen besondere Erfahrungen auszutauschen. Im wesentlichen kann ich die Dinge daher nur von der Kreishauptmannschaft Lublin aus schildern. Da die Struktur des Distrikts im großen und ganzen aber einheitlich ist und die Kreishauptleute durch häufige Dienstbesprechungen auch auf eine Linie ausgerichtet sind, trifft das, was ich sage, im allgemeinen auch für die übrigen Kreishauptmannschaften zu.

Um mit dem eigentlichen Verwaltungsbetrieb zu beginnen, so ist Ihnen bekannt, daß die Arbeiten bei den Kreishauptmannschaften mit ganz geringen, zum größten Teil verwaltungsmäßig nicht vorgebildeten und daher nach Altreichsbegriffen völlig unzureichenden Kräften begonnen wurden. Mit der Zeit ist das etwas besser geworden, aber auch heute stehen den einzelnen Kreishauptleuten im Durchschnitt nur 1 bis 2 qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung. Es mußten Leute aus allen Berufen herangezogen und angelernt werden. Daß dadurch die Arbeit erschwert wurde und zum Teil noch heute erschwert wird, ist klar. Um die anfallenden Arbeiten erledigen zu können, mußte weiterhin im hohen Maße auf Polen zurückgegriffen werden.

Die unterste Verwaltungsbehörde, Vögte und Schulzen sind zumeist ja nur mit Polen besetzt. Nur in ganz wenigen Sammelgemeinden konnten Volksdeutsche als Vögte eingesetzt werden, so in der Kreishauptmannschaft Lublin-Land, von 32 Gemeinden nur in 3. Es hat sich gezeigt, daß die Polen ihre ihnen zugewiesenen Aufgaben und Arbeiten nur dann erledigen,

wenn sie durch eine strenge deutsche Verwaltung immer und immer wieder auf ihre Pflichten hingewiesen werden. In diesem Zusammenhang wäre zu beleuchten, ob wegen der ungeheuren Gebiete, die von der Verwaltung in Zukunft zu betreuen sind, ein anderer Behördenaufbau zweckmäßig ist, ob insbesondere die Bezirke der Kreishauptmannschaften vergrößert und ob in noch stärkerem Maße Polen auch an verantwortungsvollen Stellen hingesetzt werden können. Wegen des starken Bedarfs an reichsdeutschen Verwaltungskräften wird es nicht zu umgehen sein, daß eine andere Verwaltungsform als bisher im Altreich üblich, gewählt wird. Für unzweckmäßig halte ich es aber, die alten polnischen Starosten wieder aufleben zu lassen. Bisher hat sich schon gezeigt, daß die eingesetzten Vögte auch politisch sehr streng überwacht werden müssen. In den meisten Gemeinden mußte deshalb aus diesem Grunde ein wiederholter Wechsel eintreten. Diese Gefahr würde sich vergrößern, wenn unter einheitlicher polnischer Leitung größere Gebiete selbständig verwaltet würden. Dagegen könnte m.E. unbedenklich die Anzahl der vorhandenen Kreishauptmannschaften verringert und die einzelnen Verwaltungsbezirke vergrößert werden. Voraussetzung dafür ist aber, daß die Hauptverwaltungen in diesen Bezirken mit mindestens 10 - 12 qualifizierten Fachkräften besetzt und in jeder Kreishauptmannschaft 3 oder 4 von Deutschen geleitete Landkommissariate eingerichtet würden. Aber auch hier dürfte das Gebiet einer Kreishauptmannschaft nicht mehr als 4 bis 5000 qkm umfassen. Erwünscht wäre ferner, daß jedem Kreishauptmann eine Kraft des höheren Verwaltungsdienstes als ständiger Vertreter zur Seite gestellt würde, damit der Kreishauptmann selbst mehr als bisher Zeit für die Bereisung des großen Verwaltungsbezirks zur Verfügung hat.

Der Distrikt Lublin hat landwirtschaftlichen Charakter. Zu den Hauptarbeiten der Kreishauptmannschaften gehört daher zur Zeit die Erfassung des Getreide- und Viehkontingents. Während im letzten Jahre zu diesem Zweck ein Ernteerfassungs-Ausschuß gebildet wurde, der für die Ablieferung

verantwortlich war und sich aus den Bürgermeistern, Gutsbesitzern und sonstigen einflußreichen Persönlichkeiten zusammensetzte, ist in diesem Jahr mit Recht von der Bildung eines derartigen Ausschusses abgesehen worden. Es hatte sich herausgestellt, daß durchgeführte Verhaftungen von Mitgliedern dieses Ausschusses keinen großen Einfluß auf die Ablieferung des Kontingents hatte, sondern im Gegenteil dem kleineren Bauern dadurch nur in die Hand gespielt wurde. Ebenfalls soll eine Enteignung von Betrieben nicht in dem Umfange wie bisher durchgeführt werden, da gar nicht so viel geeignete Personen vorhanden sind, um diese Unmenge kleinster und größerer Landwirtschaften zu übernehmen. Die Enteignung von Betrieben hat auch zu einer Belastung des Kommunaletats geführt, da die neuen Besitzer nur in den seltensten Fällen in der Lage sind, ihren laufenden steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen. Steuerrückstände müssen grundsätzlich niedergeschlagen werden. In diesem Zusammenhang bitte ich zu prüfen, ob die Kommunalverbände für ihre Ausfälle infolge dieser staatlichen Hoheitsakte nicht in gewissem Rahmen entschädigt werden können. Das könnte z.B. geschehen, daß ein Prozentsatz des aus dem Verkauf des Viehs erzielten Erlöses dem Haushalt des Gemeindeverbandes zufließt.

Dadurch, daß ein Teil der Großbetriebe in die Bewirtschaftung der Liegenschaftsverwaltung übergegangen ist, stellen sich wiederholt Schwierigkeiten ein. Sie bestehen in der Hauptsache darin, daß die einzelnen Betriebsleiter weit über ihr Ziel hinausschießen. Ich halte es deshalb für unbedingt erforderlich, daß die Betriebsleiter dieser Liegenschaftsbetriebe ebenfalls dem Kreishauptmann und damit dem Kreislandwirt unterstellt werden. Es liegt im Interesse des Aufbaus, wenn auch hier eine einheitliche und klare Linie gegeben wird. Daß die Liegenschaftsbetriebe einer besonderen Betreuung bedürfen, ist ganz selbstverständlich, weil es sich ja in der Hauptsache bei diesen Betrieben um die ehemals schlechtest bewirtschafteten Betriebe handelt.

Die finanzielle Lage der Kreishauptmannschaften ist zur Zeit als befriedigend zu bezeichnen. Hier wirkte sich besonders aus, daß größere Steuerrückstände eingetrieben werden konnten. Selbst wenn in Zukunft keine rückständigen Steuern mehr eingehen werden, dürfte die finanzielle Lage als gesichert angesehen werden. Allerdings werden sich die erforderlichen Ausgaben der Gemeindeverbände von Jahr zu Jahr vergrößern, je mehr Deutsche dieses Gebiet besiedeln werden. Neue Siedlungen müßten errichtet, Krankenhäuser und Schulen gebaut, die sonstigen Fürsorgemaßnahmen vergrößert werden. Diese außerordentlichen Aufgaben könnten durch die Kreishauptmannschaften wohl nicht mit eigenen Mitteln bewältigt, sondern hier müßten von der Regierung besondere Zuschüsse bewilligt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich anregen, daß die Zweckgebundenheit verschiedener Kreiseinnahmen etwas gelockert wird. Ich denke hier insbesondere an die Bestimmung, daß die den Kreishauptmannschaften verbleibenden Einkünfte aus der Einwohnerabgabe nur für Fürsorgemaßnahmen verwandt werden sollen. Es wäre wünschenswert, daß diese Gelder auch für verwandte Aufgaben Verwendung finden könnten. Dasselbe gilt für die Gelder, die aus den Strafen für Verkehrsüberschreitungen eingehen.

Nachdem nunmehr der auf Grund des Aufmarsches gegen die Sowjetunion erforderliche Ausbau der Gouvernements- und Distriktstraßen vollendet ist und in Zukunft in verstärktem Maße an den Bau und Ausbau der Kreis- und Gemeindestraßen gegangen werden muß, bitte ich zu prüfen, ob nicht die früher vorhandenen Straßenbauämter bei den Kreishauptmannschaften wieder aufleben und den Kreishauptleuten unterstellt werden könnten. Wir würden dadurch in die Lage versetzt, besser als zur Zeit möglich, den erforderlichen Ausbau dieser Straßen zu betreiben. Die fachliche Beaufsichtigung könnte eine entsprechende Stelle im Distrikt führen.

Aus dem staatlichen Sektor möchte ich noch anführen, daß die am 1. April 1941 erfolgte Auflösung der bis zu diesem Zeitpunkt bei den Kreishauptmannschaften bestehenden

Zahlstellen (Kassenhilfsstellen) keine Erleichterung gebracht hat, sondern der Rechnungs- und Prüfstelle große Arbeit erwachsen ist. Nunmehr muß jeder Betrag, auch der kleinste erst durch den feststellenden Beamten, den anweisenden Beamten, der Rechnungsprüfstelle und durch die Haushaltsbücher gehen und sonach durch einen Boten zur Finanzkasse getragen bezw. von ihr abgeholt werden. Außerdem muß Kontrolle geführt werden, ob die hier in der Annahmeliste gebuchten Beträge auch wirklich bei der Finanzkasse eingezahlt worden sind. Zu erwähnen ist hierbei, daß die Finanzkasse in Lublin dem Stadthauptmann angegliedert ist. Im Altreich besteht für diese Zwecke die sogenannte staatliche Kreiskasse, die von der Regierungskasse überwacht wird.

Endlich möchte ich darauf hinweisen, daß sich die durch die Verordnung über die Einheit der Verwaltung erfolgte Regelung im großen und ganzen bewährt hat und somit ein Fortschritt gegenüber des im Altreich durchgeführten Aufbaus darstellt. Nur in einem Punkte ist es im Altreich anders: der Kreispolizeibehörde im Generalgouvernement fehlen jegliche polizeiliche Exekutivorgane. Es müßte angestrebt werden, eine exekutive Kreispolizei einzurichten, die dem Kreishauptmann unterstellt und ihm verantwortlich ist. Sofern eine Unterstellung der Gendarmerie nicht möglich ist, müßte dem Sonderdienst, wenn auch in beschränktem Umfange und für bestimmte Aufgaben, z.B. auf dem Gebiete des Verkehrswesens und bei der Bekämpfung des Schleichhandels, hilfspolizeiliche Befugnisse übertragen werden können.

======

Regierungssitzung

Sonnabend, den 18. Oktober 1941

im Gebäude der Kreishauptmannschaft

R a d o m .

====

Gefertigt in 3 Exemplaren

1.) f.d.A. d.Kanzl.d.GG.

2.) f. StS. Dr. Bühler

3.) f.Gouv.Kundt-Radom.

10.11.1941

Sondermeier Meurer

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung der Regierung mit der Distriktsverwaltung unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft Radom am Sonnabend, den 18.Oktober 1941, 10,oo Uhr.

N a m e :	Dienststellung :
Dr. Frank	
Dr. Boepple	
Buehler	
Dr. Egen	
Wagner	
Leibbrandt	

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung der Regierung mit der Distriktsverwaltung unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft Radom am Sonnabend, den 18.Oktober 1941, 10.oo Uhr.

N a m e :	D i e n s t s t e l l u n g :
W. Frh. v. Brück	O.R.R. Finanzabt. Finanzen
Müller	Leiter Landwirtsch. Abt.
Mauruschat	Referent f. Ern. Fragen.
Dr. Schönfeld	Landwirt. Abt. Vet. Angel. (Tierk.)
Otto	ORR f. d. Direktor d. Forstdirektion.
Dr. Baumann	Forstl. Finanzabt. Rep.
Schneider	OBR. Leiter der VPV.
Ernst	RR. Leiter der Abteilung f. Fremdvölkische Betreuung.
Dr. Zimmer	Finanzabteilung
Dr. Zimmer	Abteilung Finanzwesen
Dr. Zimmer	Abteilung Gesundheit
Dr. Zimmer	Abt. Ernährung
Dr. Zimmer	Abteilung Forsten
Dr. Zimmer	Abteilung Landwirtschaft
Dr. Zimmer	Abteilung Veterinärwesen
Dr. Zimmer	Abteilung Arbeit
Dr. Zimmer	Abteilung Bauwesen
Dr. Zimmer	Abteilung Wirtschaft
Dr. Zimmer	Abteilung Handel und Handwerk
Dr. Zimmer	Abteilung Verkehr
Dr. Zimmer	Abteilung Gewerbe
Dr. Zimmer	Abteilung Bergbau
Dr. Zimmer	Abteilung Energiewirtschaft
Dr. Zimmer	Abteilung Preisüberwachung
Dr. Zimmer	Abteilung Kriegswirtschaft
Dr. Zimmer	Abteilung Kriegsgefangenenwesen
Dr. Zimmer	Abteilung Kriegsschäden
Dr. Zimmer	Abteilung Kriegsschäden
Dr. Zimmer	Abteilung Kriegsschäden

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung der Regierung mit der Distriktsverwaltung unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft Radom am Sonnabend, den 18.Oktober 1941, 10,oo Uhr.

N a m e :	D i e n s t s t e l l u n g :
Dr. Klauke	RKL. Leiter d. Abt. Finanzen
Dr. Fischer	Hauptabt. Leiter d. Abt. f. Land- u. Forstwirtschaft
Dr. Bühler	Stellv. Chef d. Regierung
Dr. Lasch	Leiter d. Hauptabt. Innere Verwaltung
Dr. Schmidt	Leiter d. Abt. Propaganda
Dr. Gassner	Pressechef der Regierung
Dr. Stark	Abt. Prop.
Dr. Walter	" " Warschau
Dr. Fabricius	Abteilungsleiter i. Reichsministerium
Dr. Bühler	Personaldezernent d. Reg.
Dr. Siegert, Reg.-Rat	Fin. Abt.
Hildebrandt	SS-Hauptsturmführer

4

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung der Regierung mit der Distriktsverwaltung unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft Radom am Sonnabend, den 18.Oktober 1941, 10,oo Uhr.

Name:	Dienststellung:
Dauer	V. O. der Luftwaffe
Schumacher	V. O. d. OKH z. M. G.
Fischer	W. V. O. 10 G. G.
Baier	Distriktsarzt
Bücken	Beamter, Abt. Veterinärwesen
Dr. Lauer	Abt. Forstamt Radom

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung der Regierung mit der Distriktsverwaltung unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft Radom am Sonnabend, den 18.Oktober 1941, 10,oo Uhr.

N a m e :	Dienststellung :
Zipser	Präsident.
Ehlers	OKR.
Scherla	Leiter der Gesundheitsabteilung
Berger	Unterabteilungsleiter
Dr. Cerff	〃
Brandt	
Uebel	Abt. Leiter Ges. Wes.
Lucyn II	〃 〃
Bühring	Referent
Dr. Böttcher	"
Dr. Hellmann	Abtlgs. = Leiter
	Justiz

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung der Regierung mit der Distriktsverwaltung unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft Radom am Sonnabend, den 18. Oktober 1941 10.oo Uhr.

N a m e :	D i e n s t s t e l l u n g :
Wandt	Abtlg. Arbeit
F. Mehl	Amt f. Gesetzgebg
F. H. Frauendorfer.	Arbeit
Fischer	"
Regierungsrat	Abtlg. Ges. + Verordnungsbl.

Beginn der Sitzung: 10^{15} Uhr.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich bin glücklich, heute wieder nach langer Zeit in Radom weilen zu können. Der Distrikt Radom hat als erster einen Gouverneurwechsel erlebt: Gouverneur Dr. Lasch wurde in den neuen Distrikt Galizien berufen. Diese Tatsache zeigt, wie sehr ich mit seiner Leistung als Distriktschef einverstanden war. Ich habe den Parteigenossen Kundt zum Gouverneur des Distrikts Radom berufen. Seine Einführung in die Dienstgeschäfte hat bereits stattgefunden. Ich bin zufrieden, Ihnen, meine Herren des Distrikts, den Herren Abteilungsleitern und Kreishauptmännern, mitteilen zu können, daß durch diese Berufung auch ein drohendes Schicksal von dem Distrikt zunächst einmal symbolisch ferngehalten wurde, nämlich die Neigung, diesen Distrikt aufzuteilen. Man hatte viele Ratschläge parat, um einen Teil des Distrikts an das Reich, einen anderen Teil nach Norden und einen weiteren nach Süden abzugeben. Sie sehen, meine Herren, wie begehrt Ihr Gebiet in Mitteleuropa zu sein scheint. Es ergab sich daher für mich die blitzartige Notwendigkeit, sofort wieder einen neuen Chef hierher zu berufen und dieser „Republik" Radom ein neues Haupt zu geben.

Parteigenosse Kundt, Sie haben sich durch Ihre jahrelange Arbeit, die Sie im Dienste des Führers und Reiches an schwerster Stelle geleistet haben, bewährt und haben, vom Führer auf meinen Antrag zum Unterstaatssekretär der Regierung ernannt, durch Ihre hervorragende Arbeitsleistung in der Organisation der Verwaltung des Generalgouvernements und im Ausbau des Stellenplans schon heute Ihren Namen in die Geschichte des Generalgouvernements unverwischbar eingeschrieben. Ich wünsche Ihnen für Ihr Amt das Beste.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Herren des Distrikts, den Abteilungsleitern wie den Kreishauptleuten, den Herren der Polizei, der SS, des gesamten Sicherheitsstabes für ihre hervorragende Bewährung danken. Anstelle des SS- und Polizeiführers Katzmann, der mit Gouverneur Dr. Lasch nach Galizien gegangen ist, begrüßen wir den neuen SS- und Polizeiführer Oberg, dem ich alles Gute wünsche. Ich möchte aber auch Ihnen, Herr Amtschef Dr. Egen, danken, daß Sie in so vornehmer ruhiger und absolut stetig führender Weise, die Distriktsgeschäfte in der Zeit des Interregnums geführt haben. Und ich bin fest überzeugt, daß Ihnen noch manche Berufung im Generalgouvernement ob Ihrer hervorragenden Leistung bevorsteht.

Meine Herren, wir haben eine besondere Note im Generalgouvernement in Gestalt des Arbeitsbereichs der NSDAP. Die Partei hat die große Sendung des deutschen Volkes unter Führung Adolf Hitlers aufgenommen. Es bedeutet für mich und für Sie alle, die wir zur ältesten Garde der Bewegung gehören, dieses Zeiterleben, dieser Zusammenbruch des verbrecherischen Molochs vielleicht die Krönung unseres Lebens. Was wir in kühnsten Träumen in den Jahren 1919/20, als wir noch eine kleine Gruppe waren, uns vorstellten und was ~~in~~ wir in tausenden von Kundgebungen predigten, was wir dann zum siegreichen Ende führen durften, als unserem Parteiführer am 30. Januar 1933 die Stellung des Reichskanzlers zuteil wurde, als dann durch die weitere Entwicklung aus diesem einzigen Mann der Weltgeschichte der Führer des deutschen Volkes, der geniale Feldherr des größten Krieges aller Zeiten, des wahrhaft wirklichen Weltkrieges, für uns wurde, die wir als Deutsche diese Zeit erleben durften, ist die Krönung unseres Lebens. Was jetzt noch kommen wird, wenn der Sieg und Frieden winkt, wird zweifellos den Höhenflug der schöpferischen Kraft deutscher Energien, kultureller und schöpferischer Sendung auf allen Gebieten in sich tragen. Es wird aber sozusagen die Fruchtbarmachung der großartigsten Leistung Adolf Hitlers und seines deutschen Volkes sein.

Die Partei hat in der letzten Rede des Führers, die uns alte Parteigenossen mit tiefster Beglückung erfüllende neue herrliche Bestätigung ihrer Zukunftssendung erfahren. Wenn der Führer in seiner letzten Rede zum Winterhilfswerk davon spricht, daß er aus dem Krieg als noch fanatischerer Nationalsozialist zurückkehren werde, daß für ihn das Parteiprogramm der Inhalt eines größten Teiles seines Wirkens in der Zukunft sein wird, so sehen Sie daraus, daß der Führer selber der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, dieser Schicksalsorganisation unseres Volkes, eine ganz große Zukunft bestimmt hat.

Wir haben im Generalgouvernement den Arbeitsbereich der NSDAP nach dem Prinzip der Verbindung vor allem der führenden Stellen in Partei und Staat errichtet. Infolge des Wegzuges von Pg. Dr. Lasch ist die Distriktstandortführung in Radom neu zu besetzen. Ich habe den Pg. Kundt zum Distriktstandortführer der NSDAP. im Distrikt Radom unter gleichzeitiger Abberufung des Pg. Mehling und seiner Versetzung in den Arbeitsbereich ernannt. Diese Berufungen lauten:

1. Ich berufe den kommissarischen Distriktstandortführer Pg. Mehling in Anerkennung seiner hervorragenden Arbeit, die er im Distrikt Radom geleistet hat, in die Leitung des Arbeitsbereichs"Generalgouvernement" der NSDAP. Seine Funktion wird die eines Generalinspekteurs des Arbeitsbereichs in unmittelbarer Unterstellung unter Dienstleiter Schalk sein.
2. Zum Distriktstandortführer Radom der NSDAP. berufe ich den Pg. Kundt MdR. in Anwendung des Grundsatzes der Einheit von Partei und Staat.
3. Diese Verfügung tritt ab 18. Oktober 1941 in Kraft.

Ich möchte Ihnen, Parteigenosse Mehling, bei dieser Gelegenheit den Dank der NSDAP. dafür aussprechen, daß Sie in so verhältnismäßig kurzer Zeit es verstanden haben, die Parteiarbeit im Distrikt Radom mit Energie, Tatkraft und Umsicht unter persönlichem Einsatz zu leiten. Dadurch, daß ich Sie in die oberste Spitze der Partei berufe und Sie

als Generalinspekteur der ganzen Partei im Generalgouvernement bestätige, will ich Ihnen als einem der ältesten Mitkämpfer des Führers diese Anerkennung zuteil werden lassen.

Gouverneur Kundt: Herr Generalgouverneur!
Ich darf Sie zum ersten Mal als Gouverneur des Distrikts Radom bei uns herzlich begrüßen. Es bedeutet für uns immer eine Freude und besondere Ehre, wenn der Herr Generalgouverneur mit seiner Mitarbeiterschaft den Weg zu den hier arbeitenden Menschen findet. Es ist eine erstmalige Einrichtung in der Praxis der Reichsverwaltung, daß ein Regierungschef mit seiner gesamten Regierung zu der zweiten Instanz geht, um aus unmittelbarer lebendiger Anschauung heraus alle jeweils brennenden Fragen zu besprechen.

Ich habe auf die Tagesordnung nur die wichtigsten Probleme gesetzt, so die Sicherheitslage, da ja die Sicherheit auf allen Gebieten von entscheidender Bedeutung ist, ferner Fragen der Wirtschaft, und vor allem wieder der Ernährung und Landwirtschaft, die ja immer im Vordergrunde stehen. Grundsätzliche Probleme und brennende Fragen aus der Gesamtverwaltung werden später von mir noch besprochen werden.

Nunmehr erstatten Referate

1. der SS- und Polizeiführer SS-Oberführer Oberg,
2. der Leiter der Abteilung Wirtschaft Rechtsanwalt Wetzel,
3. der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Stabsleiter Topf,
4. der Leiter der Abteilung Arbeit beim Distrikt Radom Oberregierungsrat Pepke,
5. der Leiter der Unterabteilung Gesundheitswesen Amtsarzt Dr. Waizenegger.

(Die Referate sind als Anlage dem Protokoll beigefügt).

Gegenüber der von Stabsleiter Topf in seinem Referat ausgesprochenen Befürchtung einer weiteren umfassenden Heranziehung von Pferdematerial durch die Wehrmacht erklärt Oberstleutnant Fischer, daß zwar zur Zeit Pferdemusterungen im Gange seien, die aber lediglich eine Grundlage für die Friedensverhältnisse geben sollten. Es sei nicht beabsichtigt, eine weitere Einziehung von Pferden durchzuführen.

Im Anschluß an die Referate behandelt Gouverneur Kundt einige besonders wichtige Fragen. Er führt aus, daß angesichts der Abgabe einer großen Zahl von Verwaltungsbeamten an den neuen Distrikt Galizien der Personalstand im Distrikt Radom zur Zeit außerordentlich gering sei. Augenblicklich sei die Stelle des Stadthauptmanns von Radom unbesetzt, auch die Stadthauptmannschaft Tschenstochau werde demnächst unbesetzt sein. Vielleicht könne die Zusammenlegung der beiden Kreishauptmannschaften Kielce und Konskie, die ebenfalls unbesetzt seien, aus personellen Gründen in Erwägung gezogen werden. Angesichts des starken Personalmangels werde man überlegen müssen, wie weit es möglich und politisch ratsam sei, noch mehr polnische Kräfte für die Verwaltung einzusetzen.

Die Ernährungslage der polnischen Bediensteten sei sehr schlecht. Man müsse darauf Bedacht nehmen, die Polen, die für die deutsche Verwaltung arbeiteten, in ernährungspolitischer Hinsicht besser zu betreuen.

Zur Zeit seien viele Verwaltungsposten im Distrikt nur kommissarisch besetzt. Man wisse nicht, ob der in den Distrikt Galizien abgeordnete Beamte dort bleibe oder wieder in den Distrikt Radom zurückkehren werde. Hier müsse Klarheit geschaffen werden.

Eine weitere Schwierigkeit stelle der Mangel an Schreibmaschinen und technischen Hilfsmitteln aller Art, wie z.B. Kraftwagen dar.

Die Einheit der Verwaltung sei im wesentlichen als vollkommen durchgeführt zu betrachten. Es wäre jedoch zweckmäßig, das Prinzip der Einheit der Verwaltung auch für den Straßenbau wieder herzustellen, nachdem die strategischen Aufgaben gelöst seien. Das gleiche gelte für die Kohlenbewirtschaftungsstellen, die unmittelbar der Regierung bezw. der zuständigen Abteilung unterstellt seien, während die Distriktverwaltung auf diese Stellen keinen Einfluß habe.

Die Finanzwirtschaft der Gemeindeverbände sei durchaus in Ordnung. Man habe sogar die Haushalte der drei großen Städte ausgleichen können. Lediglich die Stadt Radom beantrage einen Zuschuß von 4,5 Millionen Zloty. Dieser Zuschuß solle vor allem dem Straßenbau, der Kanalisation, der Erweiterung der Wasser- und Gaswerke und vornehmlich auch einer besseren gesundheitlichen und sonstigen Betreuung der deutschen Beamten dienen.

Wie der Kreishauptmann über den Haushalt des Kommunalverbandes ein gewisses selbständiges Verfügungsrecht habe, so müsse es auch eine Gebietskörperschaft geben, mit Hilfe deren der Gouverneur bezw. sein Mitarbeiter über einen Ausgleich zwischen den Kommunalverbänden entscheiden könne. Der von Gouverneur Dr. Wächter gemachte Vorschlag würde lediglich bedeuten, daß die Distriktverwaltung im Grunde genommen dabei zwar formal, praktisch aber nicht zu entscheiden habe. Nach seiner Ansicht dürfe die bei gewissen Hauptabteilungen vorhandene Tendenz nach einer zu starken Zentralisierung nicht unterstützt werden, weil dadurch die Selbständigkeit und schöpferische Arbeitsweise der Distriktverwaltung unterbunden würde. Auch sei die Regierung angesichts der Größe des Generalgouvernements nicht in der Lage, alle einzelnen lokalen Aufgaben zu übersehen.

Wenn man sich die Leistungen der Distriktsverwaltungen bezw. ihrer Abteilungen vor Augen halte, so müsse zugegeben werden, daß sie sehr groß seien. Vor 14 Tagen habe er der Regierung einen Bericht über die Gesamtleistung des Distrikts erstattet. Aus dem Bericht gehe hervor, welche Summe von

Arbeit allein für die Kreishauptmänner und andere Mitarbeiter der Distriktverwaltung darin stecke, daß der Verkehr auf den Straßen im Winter aufrechterhalten werden müsse. Im vergangenen Winter seien an einem Tage bis zu 20 000 Polen von der Verwaltung mit der Reinigung der Straßen beschäftigt worden. Die Herstellung von Schneezäunen in einer Länge von 120 km in einem Jahr stelle ebenfalls eine beträchtliche Leistung dar.

Das Steueraufkommen sei vom 1. Januar 1940 mit 8 Millionen Zloty im Monat auf 50 Millionen Zloty gestiegen. Von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft sei ein schnellerer Strafvollzug gegenüber Personen gefordert worden, die die Vorschriften über die Ablieferung außer acht ließen. Die deutschen Gerichte seien zur Zeit ungeheuer überlastet. So habe das deutsche Gericht in Radom am 20. Januar 1941 354 unerledigte und 856 noch nicht eingetragene Strafbefehle, daneben 180 noch nicht unterzeichnete Eingänge gehabt. Das langsame Arbeiten der Gerichte habe die Folge, daß die Wirkung einer Strafe viel zu spät eintrete. Er bitte deshalb den Herrn Generalgouverneur, die Frage prüfen zu lassen, ob nicht dem Kreishauptmann ein entsprechendes Strafrecht mit der Möglichkeit des schnellen Strafvollzuges sofort eingeräumt werden könne.

Im Interesse einer Steigerung des Ertrages der landwirtschaftlichen Erzeugung müsse dahin gestrebt werden, nach Möglichkeit kleinere Wirtschaften zu größeren Betrieben zusammenzufassen. Auf dem Wege einer generellen Bodenreform und der Reform der Eigentumsfrage überhaupt müsse dem Kreishauptmann die Möglichkeit gegeben werden, leichter einzugreifen, wenn aus wirtschaftspolitischen Gründen eine Beschlagnahme des landwirtschaftlichen Betriebes planmäßig durchgeführt werden könne. Das Bestreben, jede Zelle der Lieferschaft zu erfassen, sei ja die Grundlage des Zehnjahresplans. Mit einer entsprechenden Auslegung der in Betracht kommenden Verordnung müsse der Kreishauptmann instand gesetzt werden, für eine bessere Auswertung des Bodens

im Sinne einer weiteren Ausdehnung des deutschen Einflusses zu sorgen.

Für die Ernteerfassung fehle es an einer ausreichenden Polizeiexekutive. Deshalb habe man in Erwägung gezogen, ob nicht außer dem Sonderdienst noch Männer herangezogen werden könnten, die in landwirtschaftlichen Dingen geschult seien. Er denke da an eine Organisation ähnlich dem Forstschutz.

Der Einsatz des Sonderdienstes bei den einzelnen Kreishauptmännern habe sich bestens bewährt. Leider sei die Zahl der Sonderdienstmannschaften zu gering.

Er sei mit dem Leiter der Abteilung Arbeit der Auffassung, daß die zwangsmäßige Aushebung von Arbeitskräften nicht die gleichen Erfolge wie die freiwillige Werbung zeitige. Der Einsatz an Polizei für diese Aktion stehe in keinem Verhältnis zu den Erfolgen. Die Kreishauptmänner müßten daher moralisch auf die Bevölkerung einwirken, um ihr angesichts der allgemeinen Notlage die Vorteile gewinnbringender Arbeit vor Augen zu führen. Wenn es auch den Anschein habe, als ob noch viele Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement ins Reich gebracht werden könnten, so müsse doch festgestellt werden, daß das Arbeitsreservoir schon sehr erschöpft sei. Es tauche bereits die Frage auf, wie innerhalb des Generalgouvernements notwendige Arbeitsleistungen noch vollführt werden könnten. Eine wesentliche Zahl von Arbeitskräften könne daher nicht mehr abgegeben werden. Die Rüstungsindustrie brauche dauernd Arbeiter, und außerdem gehe es unmöglich an, die geringe Zahl gelernter Facharbeiter abzugeben.

Von besonderer Wichtigkeit sei im Distrikt das Problem der Volksdeutschen, deren Zahl auf etwa 34 600 zu schätzen sei. An Kennkarten seien etwa 15 000 ausgegeben. Der Herr Generalgouverneur habe ihm besonders die Fürsorge für die Volksdeutschen ans Herz gelegt. Es gebe im Distrikt 102 deutsche Volksschulen und 4 Internatsschulen mit 178 Lehrkräften, ferner eine Oberschule und mehrere Fachschulen.

Für Fürsorgezwecke seien besonders im Kreise Tomaschow namhafte Beträge ausgezahlt worden. Dazu seien große Mengen an Lebensmitteln, Textilien usw. verteilt worden. Er bitte, die Frage zu prüfen, ob im Rahmen einer Verordnung nicht festgelegt werden könne, daß die bei Behörden bediensteten Volksdeutschen einen Kinderzuschlag erhielten, um sie auf diesem Gebiet den Reichsdeutschen gleichzustellen. Infolge der Vorgänge im Osten müsse dieses Gebiet des Distrikts doch mehr von Deutschen besiedelt werden, wobei man die Volksdeutschen als Vorposten betrachten müsse. Sie stellten auch die Reserve dar, mit der man auch den vorhandenen Mitarbeitermangel beheben könne. Darum müsse man ihnen eine Erziehung angedeihen lassen, um sie vom Stand der Kleinbauern und Industriearbeiter zu guten niederen Angestellten der Verwaltung herzuziehen. Dieser Aufgabe widme er sein besonderes Augenmerk. Als Distriktstandortführer und Verwaltungschef habe er die Möglichkeit, von der Spitze der Verwaltung und Partei her die Verwaltungsarbeit und Parteiarbeit zu lenken.

Die Wohnverhältnisse der in Radom tätigen Deutschen seien sehr primitiv und entsprächen durchaus nicht deutschen Anforderungen. Auch gebe es keine besonderen Ausweichmöglichkeiten, in Gestalt von geschmackvollen Gaststätten. Weiter mache sich der Mangel eines Theaters sehr unangenehm bemerkbar. Er bitte daher den Herrn Generalgouverneur um seine bewährte Obsorge für die Beseitigung dieser Mißstände. Seiner Ansicht nach sei es wichtig, für die Deutschen, die in diesem fremden Raum leben müssen, anständige Lebensverhältnisse zu schaffen, damit sie auch ihrer ganzen Haltung nach Deutsche bleiben könnten.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich geht davon aus, daß der Distrikt Radom das Zentrum der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements darstellt. Für die Frage, ob es zweckmäßig sei, daß ein Betrieb im Eigentum der Wehrmacht stehe oder nicht, könne der Gesichtspunkt der augenblicklichen Kriegswertung nicht entscheidend sein. Die Regierung des

Generalgouvernements müsse über die derzeitige Konstellation hinaus ihren Blick in die Zukunft richten. Das Eigentum der Wehrmacht könne im Einzelfall gerechtfertigt erscheinen, wenn, wie z.B. im Falle der Pulverfabrik Bionki, die Fabrikation des Betriebes im Frieden weiterlaufen könne. Vom Standpunkt einer Friedensplanung habe die Hauptabteilung Wirtschaft die Befürchtung geäußert, daß die Gewehrfabrikation im Frieden nicht so groß sein werde, daß der Betrieb aufrechterhalten werden könne. Die Regierung habe dafür zu sorgen, daß die Arbeitskräfte einer Stadt bei einer Umstellung auf Friedensproduktion nicht auf der Straße lägen.

Starachowice und Stalowa Wola seien Eigentum der Werke des Generalgouvernements und würden zur Zeit von den Hermann Göring-Werken allerdings noch in einer sehr provisorischen Form betrieben. Von den Reichswerken Hermann Göring würden im Generalgouvernement zwei Unternehmungen gegründet, Starachowice und Ostrowiec. Diese Firmen seien Trägerin eines Pachtvertrages mit den Werken des Generalgouvernements.

Die Kohlenfrage sei das Zentralproblem der gewerblichen Wirtschaft auch im Raum des Distrikts Radom. Es sei infolge der starken Truppenbewegungen und der daraus sich ergebenden Transportbelastung im Frühjahr d.J. nicht möglich gewesen, einen ausreichenden Vorrat an Kohle zu schaffen. Diese Vorratsbildung sei vor allem auf dem Sektor der Landwirtschaft ausgefallen, sodaß in den letzten Wochen für diese Bedürfnisse kurzfristige Dispositionen getroffen werden mußten. Man habe die nötigen Mengen an Druschkohle ebenso für die Zuckerfabrikation und die Brennereien bereitstellen müssen, sodaß sich für die gewerblichen und Versorgungsbetriebe eine Disposition von der Hand in den Mund zwangsweise ergeben habe. Bei Weiterbestehen der gegenwärtigen Lieferungsbedingungen werde es aber möglich sein, auch für den Sektor der gewerblichen Wirtschaft die notwendigen Kohlenmengen heranzuschaffen. Das Generalgouvernement er-

halte täglich 12 000 t Kohle, eine Erhöhung dieses Quantums sei durch ein Kompensationsgeschäft in Aussicht genommen. Die Anweisung auf eine Kohlenhalde in Oberschlesien habe für das Generalgouvernement wenig Wert, wenn die Kohle nicht abgefahren werden könne. Der Distrikt Radom habe im Monat August 52 000 t Kohle erhalten. Diese Zufuhr habe sich im Monat September auf 79 000 t erhöht. Die Glashütten seien verhältnismäßig gut beliefert worden. Infolge einer ausreichenden Kohlebelieferung laufe die Kunstseidenfabrik Tomaschow seit einigen Monaten wieder auf vollen Touren. Gewisse Teile des Distrikts könnten damit rechnen, daß sie bei eintretenden Schwierigkeiten auch aushilfsweise einmal durch Kraftwagen mit Kohle beliefert werden. Die Hauptabteilung Wirtschaft bemühe sich, durch die Einführung eines Pendelzugverkehrs von den Grenzgruben in eine Nahzone die gesamte Kohlenbilanz des Generalgouvernements zu entlasten. Ein Erwerb von eigenen Wagen durch die Werke des Generalgouvernements habe nicht den gewünschten Erfolg gehabt, weil eine ungeheure Anspannung der Waggonsituation eingetreten sei. Wenn es gelänge, die gegenwärtige Tagesquote durchhalten zu können, dann bestehe die Aussicht, daß ein großer Teil des Distrikts Radom weiterlaufe und das eine oder andere Werk in Betrieb genommen werden könne. Bei den Ziegeleien werde das weniger der Fall sein, da die Bauindustrie im Winter ohnehin ruhe.

Was die geringe Zuteilung von Seife betreffe, so hänge hierfür notwendigen
das damit zusammen, daß das Generalgouvernement die ~~für die~~ Rohstoffe fast ganz aus dem Reich einführen müsse. Die Reichsstelle für industrielle Fettversorgung habe im ersten und zweiten Vierteljahr 1 000 t Fettrohstoffe zur Verfügung gestellt, aber die Rohstoffsituation im Reich werde immer angespannter. Neben dem Mangel an Fett trete auch ein Mangel an Füllstoffen ein. Eine größere Zuteilung an bestimmte Angestellte sei aber nur auf Kosten der ohnehin so geringen Zuteilung an Seife für die Bevölkerung möglich; das sei nicht zu verantworten. Man müsse deshalb überlegen, ob hier nicht mit anderen Desinfektionsmitteln eine gewisse Abhilfe geschaf-

fen werden könne. Er wäre dankbar, wenn die Gesundheitsabteilungen der Distrikte Vorschläge machen würden.

Präsident Westerkamp kommt auf die Personallage zu sprechen, die infolge Abgabe von Beamten an den neuen Distrikt Galizien besonders schwierig geworden sei. Diese angespannte Lage werde auch weiterhin anhalten. Es sei daher zu begrüßen, wenn der Distrikt sich bemühe, mit weniger Menschen ein Höchstmaß von Leistungen zu erzielen. Für den Vorschlag, die Kreishauptmannschaften Kielce und Konskie zusammenzulegen, sei er sehr dankbar.

Für die endgültige Berufung der nach Galizien abgeordneten Beamten seien noch gewisse formale Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Frage hänge auch mit der Verabschiedung des Stellenplans zusammen.

Wenn im Rahmen der Einheit der Verwaltungsführung darüber geklagt werde, daß die Kreishauptleute bei der Kontingentablieferung angeblich Schwierigkeiten machten, so müsse eben die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bemüht sein, die Anordnungen des Kreishauptmanns durchzuführen. Bei weiter auftretenden Schwierigkeiten werde der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung jegliche Unterstützung gewähren. Durch Überzeugen, Einwirken und schließlich auch durch Befehl müsse es gelingen, die Anordnungen der vorgesetzten Behörden durch den Kreishauptmann zur Durchführung bringen zu lassen.

Was die Kritik an der Tätigkeit der Kohlenstelle angehe, so scheine ihm hier irgendwie eine Illegalität vorzuliegen. Es leuchte ein, daß bei der zweifellos notwendigen Zentralisierten Führung der Kohlenfrage, doch die Verbindung mit der Distriktverwaltung hergestellt werden müsse.

Was die Dezentralisierung angehe, so erwerbe sich der Distrikt, der von sich aus den Kreishauptleuten und ihrer Verantwortung möglichst viele Aufgaben überlasse, im Interesse des guten Funktionierens der Verwaltung große Ver-

dienste.

Mit der Frage einer den Kreishauptmännern zustehenden Exekutive beschäftige sich die Polizeiabteilung der Hauptabteilung Innere Verwaltung. Die damit zusammenhängenden u. der ~~durch~~ Durchführung dieser Aufgabe dienenden Entwürfe seien in Vorbereitung.

Die Vermehrung und Verbesserung des Sonderdienstes sei das ständige Bemühen des Inspekteurs. Von der angeregten besonderen Einrichtung für die Landwirtschaft müsse man in dieser Form wohl Abstand nehmen. Wenn solche Einrichtungen getroffen werden sollten, dann müßten sie sich im Rahmen des Sonderdienstes bewegen.

Den Vögten könne man auch ein Strafrecht gewähren; denn es sei nicht einzusehen, weshalb das Odium des Strafens nur bei den deutschen Behörden liegen solle. Ob man darüber hinaus den Kreishauptleuten ein verstärktes Strafrecht unter den obwaltenden Umständen geben könne, sei vielleicht doch ernsthaft zu prüfen.

Ein außerordentlich wichtiger Punkt sei die Gesundheitslage. Es sei bekannt, daß die Gesundheitspunkte im alten Polen verhältnismäßig gut gewesen sind. Träger dieser Gesundheitspunkte sei vielfach das polnische Rote Kreuz gewesen. Diese Institution habe keine Existenzberechtigung mehr, weil sie das Bestehen eines Staates voraussetze. Das polnische Rote Kreuz existiere nur dem Namen nach und sei praktisch auf die international gebundenen Aufgaben beschränkt. Wohl müßten die Gesundheitspunkte erhalten bleiben, aber nicht im Rahmen des polnischen Roten Kreuzes, sondern sie müßten auf die Gemeindeverbände übertragen werden.

Die Auswahl der Volksdeutschen sei nach den bisher verteilten Kennkarten etwas fragwürdig. Die Kennkarten seien nach unterschiedlichen Gesichtspunkten je nach der Situation ausgestellt worden. Die Umstellung auf einheitliche Gesichtspunkte und auf die Erfahrungen der deutschen Volksliste im übrigen Machtbereich des Großdeutschen Reiches sei im Gang. Auch bei den Inhabern von Kennkarten

müsse im einzelnen geprüft werden, wer nun wirklich als Volksdeutscher anzusehen sei.

Ministerialrat Wille nimmt zur Geschäftslage der deutschen Gerichte Stellung. Besonders in Radom hätten mehrere Gefolgschaftsmitglieder unter schweren und schwersten Erkrankungen zu leiden gehabt. Diese Erkrankungen seien gerade in der Zeit eingetreten, als die Arbeit bei den deutschen Gerichten mit besonderer Energie hätte einsetzen müssen. Ebenso habe der Personalwechsel ungünstige Auswirkungen gehabt. Wenn auch die gegenwärtige Besetzung des deutschen Gerichts in Radom für normale Zeiten als Überbesetzung anzusehen wäre, so müsse doch für die Bearbeitung der Rückstände der erhöhte Personalstand beibehalten bleiben. Dazu kämen die Schwierigkeiten im Kanzleidienst, vor allem der Mangel an Schreibmaschinen. Die Beschaffung von Unterkunftmöglichkeiten für die Beamten sei auch sehr schwierig. Die Diensträume des deutschen Gerichts in Radom seien die schlechtesten im ganzen Generalgouvernement. Es sei daher klar, daß kein Beamter sich gern nach Radom versetzen lasse.

Man habe eine schnellere Aburteilung gefordert und zu diesem Zweck die Einrichtung eines Strafrechts für die Woits verlangt. Interessant sei gewesen, wie die einzelnen Kreishauptmänner bei der Einbringung der Kontingente verfahren seien. Man habe z.B. gehört, daß ein Kreishauptmann Bauern, die das ihnen auferlegte Kontingent nicht abgeliefert hätten, in Zwangsarbeitslager hätte bringen lassen. Von diesen Maßnahmen sei die Justiz überhaupt nicht berührt worden, denn kein einziger Fall der Nichtablieferung des Kontingents sei an die Staatsanwaltschaft übergeben worden. Man habe nur polizeiliche Maßnahmen zu Hilfe genommen. Diese Maßnahmen seien zwar in einem Polizeiverwaltungsgesetz noch nicht fundiert, ein solches sei aber in der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Vorbereitung. Im übrigen hätten alle Abteilungen die Urteile der deutschen Gerichte als vorbildlich angesehen. Sollten Fälle vorliegen, in denen die Richter

nicht mit Erfolg scharf eingeschritten seien, so bitte er, ihm davon Mitteilung zu machen. - Was die Anregung der öffentlichen Vollstreckung der Todesstrafe angehe, so kenne er keine Strafdrohung, die die Todesstrafe enthalte, wenn jemand ein bestimmtes Kontingent nicht abliefere. Diese Vollstreckungsart könne höchstens ausnahmsweise angewendet werden.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der Einrichtung von Truppenübungsplätzen für Luftwaffe und Heer ergäben. Zwei große Übungsplätze umfaßten allein eine Fläche von 110 000 ha = 8 % der gesamten Anbaufläche des Distrikts Radom. Nun wünsche die Wehrmacht die Einrichtung eines Bombenabwurfplatzes bei Rawa und Ausdehnung des Artillerieschießplatzes im Kreise Radom. Dadurch sei die dringend erforderliche Produktionssteigerung fast unmöglich gemacht. Verhandlungen mit der Wehrmacht über Ablieferung der Kontingente auf den bebauten Flächen der Übungsplätze hätten leider noch keinen großen Erfolg gehabt, es seien nur geringe Mengen abgegeben worden. Hoffentlich gelinge es in Verhandlungen mit der Wehrmacht, eine Anrechnung der von diesen Ländereien erfaßten Kontingente auf die an die Wehrmacht zu liefernden Mengen zu erreichen.

Es sei interessant, festzustellen, daß in den Kreisen, in denen mit der nötigen Schärfe vorgegangen werde, heute schon 60 % der Getreideumlage in der Hand der deutschen Verwaltung seien. Leider seien die Schwierigkeiten in der Transportfrage immer noch sehr groß. Von den angeforderten Waggons würden 20 % im Distrikt Radom gestellt. Innerhalb der nächsten 6 Wochen müßten noch 55 000 t Kartoffeln nach Krakau transportiert werden.

Weiter würde die Sorge geäußert, daß es nicht gelingen werde, die Prämienscheine für die Getreideerfassung restlos zu honorieren. Wenn man das gesamte Getreidekontingent erfassen wolle, würden Textilmengen in einem Werte von 10 Millionen Zloty gebraucht. Bis jetzt seien erst für 5 Millionen Zloty Textilwaren angeliefert.

Wenn die Versorgung der in der Distriktverwaltung tätigen polnischen Beamten nicht ausreichend sei, so könne man in gewissem Umfang dadurch Abhilfe schaffen, daß sie die sogen. Zusatzkarte B zu der allgemeinen Verpflegung erhielten. Er erkläre sich bereit, eine weitere Sonderzuteilung für Zubereitung von Eintopfessen für die polnischen Angestellten und Beamten der Distriktverwaltung in Anlehnung an das Warschauer Muster zur Verfügung zu stellen.

Amtschef Oberregierungsrat Dr. Egen hält die Schwierigkeiten für die Einrichtung von solchen Küchen für zu groß.

Der Herr Generalgouverneur will die Sonderzuteilung, die für diese Eintopfessen benötigt würde, zusätzlich an die einzelnen Polen verteilt wissen.

Amtschef Dr. Egen und Kreisbauernführer Naumann erklären sich mit dieser Regelung einverstanden.

Naumann hält die baldige Einrichtung der Bodenordnung für dringend notwendig. Bei der jetzigen Zersplitterung des landwirtschaftlichen Besitzes seien die polnischen Arbeitskräfte auf dem Lande nur zu 30 bis 40 % ausgenutzt. Durch Schaffung von Großbetrieben würde man Hunderttausende von Arbeitskräften ~~bei~~ frei bekommen. Auch die Erzeugungssteigerung sei leichter durchführbar.

Dem Mangel an Exekutive könne durch Annahme eines Angebots des MiG etwas abgeholfen werden, der Kompanien für die Erfassungsaktion zur Verfügung stellen wolle. Wünsche in dieser Richtung bitte er an die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft heranzutragen. Zu begrüßen sei auch die Anregung des Gouverneurs Kundt, dem Sonderdienst möglichst auch landwirtschaftlich geschulte Kräfte einzuordnen.

Landrat Dr. Schönhals erklärt, daß der Entwurf einer Verordnung über Strafverfügungen und polizeiliche Verfügun-

gen in Vorbereitung sei. In dieser Verordnung würden jedenfalls die nötigen Handhaben für eine erweiterte Strafmöglichkeit bei Übertretungen gegeben werden.

Was die polizeiliche Exekutive anlange, so wäre es zu begrüßen, wenn die Wehrmacht auch Kräfte bereitstellen könnte. Darüber hinaus müsse die Frage geprüft werden, ob es nicht möglich sei, ähnlich wie im Reich für gewisse Gebiete, Polen die Eigenschaft von Hilfspolizeikräften zu verleihen. Man müßte feststellen, um welche Aufgaben es sich im einzelnen handle.

Im übrigen seien alle Fragen polizeilicher Natur von ihm mit den Abteilungsleitern und Referenten des Distrikts eingehend besprochen worden. Nach dem Ergebnis dieser Besprechung und den Ausführungen des SS- und Polizeiführers sei der Schluß berechtigt, daß die Zusammenarbeit aller beteiligten Sparten im Distrikt Radom zufriedenstellend oder gar vorbildlich sei. Das gehe herunter bis zu den Kreishauptleuten. Alle Voraussetzungen seien dafür gegeben, daß diese gute Zusammenarbeit von Verwaltungs-, Ordnungs- und Sicherheitspolizei auch in Zukunft gewährleistet bleibe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob der Stadt Radom ein außerordentlicher Zuschuß für den Bau der vordringlichsten Beamtenwohnungen gegeben werden könne, äußert Oberregierungsrat Frhr. von Streit sich zustimmend mit dem Hinweis, daß natürlich auch hier wieder die Transport- und Materialfrage eine ausschlaggebende Rolle spiele.

Z/IV/1
9

Der Herr Gouverneur richtete zum Abschluss der Sitzung folgende Ansprache an die Tagungsteilnehmer:

Am Abschluss der heutigen Sitzung möchte ich nicht zu sehr das sachliche Ergebnis als vielmehr das methodische in den Vordergrund rücken. Ein sachliches Ergebnis kann bei einem Zusammensein von wenigen Stunden nur in einer Feststellung der Entwicklung der Probleme liegen. Das methodische Ergebnis dieser Sitzung kann als ausreichend angesehen werden. Es bedeutet die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Generalgouvernements und der Distriktverwaltung Radom. Ich selber habe ein stolzes Empfinden, wenn ich sehe, wie hier im Distrikt Radom qualitativ und quantitativ so erfolgreich gearbeitet und grosse Erfolge erzielt werden.

Das Generalgouvernement ist ein Land, das nur Schwierigkeiten kennt. Wir sind 1939 in einem völlig zerstörten Gebiet eingesetzt worden, und zwar in einem Zeitpunkt, in welchem der grösste Krieg aller Zeiten erst begann. Es ist klar, dass die Aufgaben, die uns bis heute gestellt waren, nicht zu dem Erfolge führen konnten, dass wir hier nun ein Paradies, eine Insel des Glückes und des Friedens haben. Wir wissen aber bestimmt, dass wir mit dem Einsatz bester Kräfte, mit rücksichtsloser persönlicher Einsatzbereitschaft erreicht haben, was man billigerweise hat von uns verlangen können. Nun stehen wir an einem Punkt, an welchem, verwöhnt durch diese Ergebnisse, die Reichsinstanzen beginnen, den berühmten roten Alarmstrich, den man an jeder Dampfkesselanlage findet, zu übersehen. Die Forderungen, die das Reich trotz aller Hinweise auf die Schwierigkeiten unserer Lage in ernährungsmässiger Beziehung oder beispielsweise hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Truppenübungsplätzen an uns stellt, gehen bereit an diesen roten Alarmstrich heran. Ich werde einmal diesen Forderungen gegenüber zum Ausdruck bringen, dass unsere Kraft am Ende ist, und wir dem Führer gegenüber eine weitere Verantwortung nicht übernehmen können. Auch irgendwelchen Weisungen, Anordnungen, Drohungen usw., könnten mich nicht veranlassen, diesen auch unter den weitgehendsten Kriegsansichten nicht mehr erträglichen Anforderungen ein scharfes Nein entgegenzusetzen. Ich werde nicht zulassen, dass das, was Sie, Herr Naumann, so nachdrücklich andeuteten, eintritt, dass z.B. etwa die Bereitstellung von grossen Flächen

V/2

für Truppenübungsplätze zu einer vollkommenen Zertrümmerung der Ernährungslage in dieser schon völlig unzureichenden Ernährungssituation führt. Soweit ich das persönlich durchsetzen kann, werde ich auch nicht davor zurückschrecken, mich persönlich an den Führer zu wenden. Ich hoffe aber, dass wir im Übereinkommen mit den Herren der Wehrmacht und den Instanzen des Reiches zu einer Lösung dieser Frage kommen werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Zu allen Anforderungen und Leistungen, die wir für Wehrmachtslazarette usw. hier im Lande schon erfüllt haben, hat man nun noch das Ansinnen gestellt, ich solle wöchentlich 4,500 ts. Fleisch ins Reich liefern. Über eine solche Forderung wird nun nicht etwa, wie Sie es tun, meine Herren, mit einem leichten Lächeln debattiert, weil man ja weiss, dass das eine glatte Unmöglichkeit ist, sondern man muss sich darüber allen Ernstes mit amtlichen Vertretern deutscher Ministerien über einen solchen Unsinn unterhalten. Aber das zeigt nur, dass sich hier dauernd 2 Thesen überschneiden. Die 1. These lautet: Alles, was der Krieg verlangt, muss in diesem Lande an sich von unsselber aufgebracht werden. Die 2. These geht offenbar davon aus, dass dieses Land immer noch Beuteobjekt ist und restlos ausgepresst werden muss. Da der Krieg hoffentlich vor seinem nahen Ende steht, werden wir hoffentlich nicht mehr zu der letzten jenseits des Alarmstriches liegenden Explosionskatastrophe gelangen. Aber der Bericht des SS- und Polizeiführers ist doch ein ernstes Zeichen dafür gewesen, dass der Boden, auf dem wir arbeiten, dass auch der nationale Bereich, in dem wir arbeiten, vom Reich auch als zu befriedet angesehen wird. Wenn man bedenkt, wie ungerecht manchmal das Urteil ausfällt, so müssen wir doch umso mehr darauf sehen, dass die Autorität des Reiches in diesem Gebiet aufrecht erhalten wird, dass aber auch in uns allen, auch bei Ihren Mitarbeitern und Dienststellen, Herr Gouverneur, das Empfinden wach bleibt: Man ist immerhin im Rahmen auch des Kriegsmässigen, Vernünftigen imstande und willens, die Dinge hier richtig zu beurteilen.

Wir stehen daher im Generalgouvernement ununterbrochen in einer Kampfes- und Frontstellung. Ich brauche im Distrikt Radom nicht auseinanderzusetzen, dass Sie von den meisten dieser Zentralen Anforderungen nichts spüren. Aber es bedarf

der ununterbrochenen ungeheuersten Anstrengungen, sich gegen die als teilweise sehr bequem angesehene Methode zu wenden, alles auf den Packesel Generalgouvernement abzuwälzen. Das wirkt sich natürlich in solchen kaum mehr ernst zu nehmenden Ansinnen und Anforderungen aus.

Ich bin mit dem Distrikt Radom sehr zufrieden, ich weiss, dass hier Männer am Werke sind, die unter Ihrer Führung, Herr Gouverneur, in engster Zusammenarbeit aller Dienststellen das Möglichste erreichen werden. Wenn wir auch ein Land der Schwierigkeiten, wenn wir auch ein Bereich sind, in dem wir nur Schwierigkeiten kennen, so haben wir doch das herrliche Gefühl, verwaltungs- und führungsmässig an diesem schwierigsten Platz des Reiches zu stehen und damit unseren bescheidenen Beitrag zu der grossartigen, einmaligen Tat des Führers, zum Freiheitskampf unseres Volkes leisten zu dürfen. In dieses hohe Empfinden soll auch unsere heutige Sitzung ausklingen. Über die sachlichen Dinge hinweg eint uns alle das herrliche Gefühl, in dieser grössten Zeit der Geschichte unseres Volkes an diesem Platze stehen und wirken zu dürfen.

Mit dem durch Gouverneur Kundt ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer wird die Sitzung geschlossen.

Schluss der Sitzung: 13,50 Minuten.

Referat des SS- und Polizeiführers O b e r g
in der Regierungssitzung Radom vom 18. Okt. 1941

Wenn ich über den Einsatz der SS und Polizei im Distrikt Radom berichten soll, so muß ich mich auf einen Zeitraum von 3 bis 4 Wochen beschränken. Die unter dem Kommando des SS- und Polizeiführers zusammengefaßten Kräfte der SS und Polizei, die sich in Ordnungs- und Sicherheitspolizei gliedern, sind auf den verschiedensten Gebieten eingesetzt. Ich möchte zunächst über die Aufgaben auf dem Gebiete der Ordnungspolizei berichten:

Die Haupttätigkeit war in den letzten Wochen die verschärfte Schleichhandelsbekämpfung. Die Ergebnisse der Kontrollen waren zuerst sehr groß. So wurden z.B. bei einer einzigen Kontrolle in Tschenstochau Waren im Werte von 75 000 Zloty beschlagnahmt. Ein weiteres wichtiges Gebiet ist die Bandenbekämpfung. Zu diesem Zweck sind in Opatow und Ilza eine Kompanie und ein Reiterzug eingesetzt worden. Ein drittes sehr wichtiges Gebiet ist der Aufbau des Luftschutzes. Hier wurden durch die Polizei der Luftschutzhilfsdienst und die freiwilligen Feuerwehren aufgebaut. Weitere Aufgaben sind die Überwachung des Straßenverkehrs und Streifen nach flüchtigen kriegsgefangenen Russen.

5 Sicherheitspolizei: Sicherheitsdienst und Kriminalpolizei. Die Aufgaben des Sicherheitsdienstes sind mehr beobachtender Art , während die Kriminalpolizei auch hier im großen gesehen die Aufgaben zu erfüllen hat, die ihr im Reich gestellt sind, nämlich die Bekämpfung und Vorbeugung bei Verbrechen. Hier muß die Tatsache festgestellt werden, daß auf Grund statistischen Materials das Auftreten der Banden im Gegensatz zu den in früheren polnischen Zeiten langsam aber sicher zurückgegangen ist. Besonders in Opatow und Ilza treten noch Banden in Stärke von 3 und 4 oder 10 und mehr Mann auf. Die Verbrecher werden in dieser Gegend durch die Naturverhältnisse sehr begünstigt. Ihre

Ausrüstung besteht aus polnischen Waffen, in der Hauptsache aus Militärkarabinern mit abgeschnittenen Schäften. Im allgemeinen suchen sie entlegene Dörfer auf. Die Mitarbeit der Bevölkerung in der Bekämpfung wird langsam besser. In den letzten 4 Wochen hatten wir 108 gemeldete Überfälle; 67 Bandenmitglieder konnten festgenommen werden und 14 wurden auf der Flucht erschossen. Der polizeiliche Großeinsatz bewirkte in Opatow eine Beruhigung, aber auch eine Verlagerung der Bandentätigkeit in andere Kreishauptmannschaften.

Die Einbrüche und Diebstähle nehmen einen großen Raum ein. In den letzten 4 Wochen wurden 1 218 Einbrüche und Diebstähle gemeldet; 389 Täter wurden festgenommen. Mit Eintreten der kalten Jahreszeit wird besonders der Kohlendiebstahl wieder rapide zunehmen. Die Bahnpolizei geht dagegen sehr kräftig vor. In Petrikau und Tschenstochau blüht der Grenzschmuggel. Sehr zeitraubend ist die Fahndung nach den polnischen Arbeitern, die aus dem Reich geflüchtet sind. Eine weitere Gefahr bilden die zunehmenden Brandstiftungen.

Die Staatspolizei hat die Aufgabe, die politischen Gegner zu bekämpfen. Ihre Gegner sind die polnischen Juden und die Kommunisten.

Widerstandsbewegung: Ende 1939 bildeten sich zum ersten Mal die illegalen Organisationen. Ende 1940 kann man von einem zeitweiligen Abklingen dieser Aufstellung sprechen. Schon damals konnte man feststellen, daß diese Organisation einheitlich gesteuert wurde. Inzwischen ist eindeutig ~~fest~~ erwiesen, daß eine einheitliche Führung seitens der sogen. polnischen Regierung in London vorliegt. Diese polnischen Organisationen arbeiten ganz zweifellos nur auf Befehl von Sikorski in London. Neben diesen rein politischen Organisationen existieren auch rein militärische, die sich nunmehr langsam so zusammengeschlossen haben, daß man von einer einheitlichen Führung sprechen kann, und zwar durch den SSS oder PZP, dem polnischen aufständischen Verband. Sie haben die Aufgabe, sämtliche Offiziere, Unteroffiziere, z.T. auch Reservisten zu erfassen. Bezeichnend für ihren Aufbau

ist, daß sie sich streng an den Aufbau der früheren polnischen Armee halten. Die Arbeiten dieser Organisationen sind sehr weitgehend. Bei den Stäben bestehen verschiedene Abteilungen oder Referate. So ist z.B. das Referat II (Ausbildung im Spionagewesen) sehr aktiv. Die Abteilung hat ein Nachrichtennetz aufgebaut, das sich bis in die kleinsten Dörfer erstreckt. Auch sogen. Sabotagegruppen, die nur auf Befehl arbeiten, existieren. Einzelunternehmungen, die in der letzten Zeit häufig zu verzeichnen waren, müssen zweifellos auf ihr Konto gesetzt werden. Der Schaden, der durch solche Brandstiftungen z.B. angerichtet wurde, ist sehr erheblich.

Aus diesen Ausführungen können Sie ersehen, daß die allgemeine Lage, kriminalistisch gesehen, unruhig ist und daß sich ein illegaler polnischer Staat langsam entwickelt und den Aufstand vorbereitet. Zu welchem Zeitpunkt dieser Aufstand zum Ausbruch kommt, hängt sicher von Herrn Sikorski ab. Ich glaube aber nicht, daß dieser Aufstand von ihm jetzt schon gestartet wird. Auf der anderen Seite können Sie die Gewißheit mitnehmen, daß die illegalen politischen und militärischen Organisationen von der deutschen Polizei gut überwacht werden. Sie wird alle ihre Kräfte einsetzen, um die Sicherheit im Distrikt Radom zu gewährleisten.

=====

Referat des Leiters der Abteilung Wirtschaft Rechtsanwalt W e t z e l auf der Regierungssitzung vom 18. Oktober 1941 in Radom.

Herr Generalgouverneur, meine Herren!

Die Industrie des Radomer Distrikts ist sehr verschiedenartig, da der Distrikt fast sämtliche Industriezweige des GG umfasst mit Ausnahme von:
S a l z-, K o h l e-, und E r d ö l v o r k o m m e n.

An Bodenschätzen finden sich insbesondere:

Eisenerze
Phosphorite
Braunkohle und Torf
feuerfester Ton
Marmor
Gips usw.

In manchen Industriezweigen fällt dem Distrikt die führende Rolle innerhalb des GG.zu, wie z.B.:

im Hüttenwesen
in der Metall-, Textil- und Holzindustrie
in der Industrie der Steine u. Erden
der Lederindustrie
der chemischen Industrie

An erster Stelle steht im Distrikt Radom die Schwerindustrie mit Bergbau und Hüttenwesen und die eisen- und metallverarbeitende Industrie

An zweiter Stelle befinden sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung:

die Textilindustrie
die chemische Industrie und
die Industrie der Steine und Erden.

Man kann bei der Ansiedlung der Industrie des Distriktes zwei Zentren unterscheiden und zwar:

im Westen das Gebiet von Tschenstochau mit den Kreisen Radomsko und Tomaschow und

im Nordosten des Distriktes das Gebiet von Kielce, Radom.

Hervorzuheben ist insbesondere die Rüstungsindustrie.-Das Gebiet zwischen den Flüssen Pilica, Kammiena und Weichsel

wurde

im Jahre 1921 als sog. Sicherheits-Dreieck für die Ansiedlung der polnischen Rüstungsindustrie bestimmt.
Die damals entstandenen Rüstungswerke wurden nach Einmarsch der deutschen Truppen in Polen so schnell wie möglich für die deutsche Rüstung ausgewertet. So umfasst die Rüstungsindustrie im Distrikt Radom folgende Betriebe:

1. Stahlwerke Braunschweig GmbH.
   Starachowice
2. Ostrowiecer Hochofenwerke A.-G.
   Ostrowiec
3. Hugo Schneider, Munitionsfabrik
   Skarzysko,Kamienna
4. Hugo Schneider A.-G., Granat-Werk
   Kielce
5. Steyr-Daimler-Puch A.-G., Waffenfabrik
   Radom
6. Pulverfabrik Pionki
   Pionki bei Radom.

Diese Rüstungsbetriebe haben im Laufe der Zeit nicht unwesentlich zu einer Stärkung des deutschen Kriegspotential beigetragen. Die Betreuung dieser Werke ist jedoch zurzeit nicht Aufgabe der Abteilung Wirtschaft sondern liegt in Händen der Rüstungsinspektion.

Die gesamte übrige Industrie wird von der Abteilung Wirtschaft betreut, soweit es sich um Fragen der Planung, der Beschaffung von Rohstoffen, Halbfabrikaten, der Bewirtschaftung wichtiger Güter des Lebensbedarfs usw. handelt.

Das derzeitige Hauptproblem der Gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Radom ist die Kohlenfrage. Die Versorgung mit Kohle obliegt zwar nicht der Abteilung Wirtschaft des Distrikts, sondern der Kohlenbewirtschaftungsstelle, welche der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung unmittelbar unterstellt ist. Ich benutze daher die heutige Anwesenheit der Regierung als willkommene Gelegenheit, die uns am stärksten drückenden Sorgen und Nöte vorzutragen.

Ich darf zunächst auf einen Umstand hinweisen, der die Schwierigkeiten zur Abhilfe der Kohlennot im Distrikt Radom besonders erheblich erscheinen lässt.- Die ausgedehnte und vielseitige Industrie des Distrikts ist nicht - wie in Krakau und Warschau - räumlich zusammengeballt sondern über

den ganzen Distrikt verstreut. Der Bedarf an Kohle kann nur von den ostoberschlesischen Gruben her gedeckt werden. Es wäre also ein ziemlich weit verzweigtes günstiges Verkehrsnetz erforderlich, um die verstreut liegende Industrie mit den notwendigen Kohlenmengen zu versehen. Es ist nun leider eine unumstössliche Tatsache, dass das Eisenbahnverkehrsnetz nur unzureichend, teilweise sogar recht mangelhaft ist. Ich erinnere an den vergangenen Winter und das vergangene Frühjahr, wo bereits geringste Störungen im Eisenbahnverkehr häufig die Versorgung ganzer Kreise lahmlegen konnten. Bei noch hinzutretendem Waggonmangel musste sich also notwendigerweise eine Stillegung ganzer Industriezweige ergeben. Der Mangel an Lastkraftwagen und Treibstoffen brachte es mit sich, dass auch auf dem Landabsatz keine Entlastung der Kohlenbelieferung erfolgen konnte.

In gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Kohlenbewirtschaftungsstelle ist es nun gelungen, eine ganze Reihe lebensnotwendiger Betriebe wieder in Gang zu setzen. So können wir zurzeit mit Befriedigung feststellen, dass die wesentlichsten Werke der

eisenschaffenden und
eisenverarbeitenden Industrie
der Textilindustrie und der
chemischen Industrie

ihren Betrieb in Gang halten. Indessen bleibt auch hier eine bange Sorge für die Zukunft immer nach wie vor noch bestehen, da häufig die Kohlenversorgung erst in letzter Minute vor einer drohenden Stillegung sichergestellt werden konnte. Eine Verringerung der Kohlenkontingente bei diesen Werken dürfte keinesfalls vorgenommen werden, wenn erhebliche Störungen in der Produktion vermieden werden sollen.-

Recht bedenklich sieht es jedoch in der Industrie der S t e i n e und E r d e n aus. Die etwa 30 Kalkwerke des Distrikts liegen grösstenteils seit dem Winter 1940/41 still. Da Kalk ein notwendiger Rohstoff für eine ganze Reihe von Industriezweigen ist, z.B. bei der: Eisen-Industrie, der chemischen Industrie, der Leder-Industrie, in der Bauwirtschaft und, nicht zu vergessen, als Düngekalk in der Landwirtschaft,

hatten wir bei der Kohlenbewirtschaftungsstelle in Krakau eine Zusage erreicht, dass wenigstens zwei der leistungsfähigsten Kalkwerke des Distrikts 100 %ig mit Kohle beliefert würden. Leider konnte nicht einmal dieser bescheidene Wunsch erfüllt werden. Hier ist dringend Hilfe geboten.-

Nicht anders liegen die Verhältnisse bei den etwa 120 Ziegeleien des Distrikts. Hier ging unser Wunsch dahin, wenigstens die 3 - 4 leistungsfähigsten Ziegeleien laufend mit Kohle zu versorgen. Auch die insoweit zunächst erfolgte Zusage konnte nicht gehalten werden.- Über den Bedarf an Ziegeln brauche ich wohl nichts Näheres auszuführen, aber ich möchte hervorheben, dass es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen unerträglich erscheint, wenn z.B. die Wehrmacht und die Ostbahn Millionen von Ziegelsteinen aus dem Reich mit Waggons einführen, während wir in der Lage gewesen wären, mindestens das 5 - 6fache dieser Ziegelsteinmengen zu produzieren und zur Verfügung zu stellen, wenn sowohl die Wehrmacht wie auch die Ostbahn die für die Einfuhr der Ziegelsteine benötigten Waggons uns für Kohlelieferungen an die Ziegeleien zur Verfügung gestellt hätten. Es ist von uns nicht übersehen worden, die in Frage kommenden Stellen hiervon wiederholt zu unterrichten und um dringende Abhilfe für die Zukunft zu bitten - leider mit kaum sichtbarem Erfolg.-

Weiter ist hervorzuheben: Die Glasindustrie, die ebenfalls infolge Kohlenmangels völlig daniederliegt. Von den 19 Glashütten des Distrikts müssten wenigstens die drei leistungsfähigsten Werke in die Lage versetzt werden, ihre Produktion an Tafelglas (zur Verglasung von Fenstern usw.) an Flaschen für die Generaldirektion der Monopole und für die Ernährung u. Landwirtschaft wieder aufzunehmen. Aus dem Reich ist in absehbarer Zeit keine Einfuhr von Glas zu erwarten. Die im Distrikt vorhanden gewesenen Bestände an Tafelglas sind in der letzten Zeit von der Wehrmacht fast ausnahmslos für die besetzten russischen Gebiete aufgekauft worden. Abgesehen davon, dass der dortige Bedarf bei weitem noch nicht gedeckt ist, ist auch der Bedarf im Distrikt selbst gerade im Hinblick auf den bevorstehenden Winter sehr dringend.-

Radom ist seit langem ein Mittelpunkt der Leder-Industrie. Immer wieder ist zu befürchten, dass durch zu geringe Kohlenzuteilung an die Gerbereien grössere Mengen an Rohhäuten verderben. Abgesehen davon, bedingt die zu knappe Kohlenversorgung eine nicht unbeträchtliche Verzögerung in der Lederproduktion, sowohl für Wehrmachts- als auch für zivile Zwecke, nicht zu vergessen an Treibriemen für die Rüstungsindustrie. Die starken Anforderungen der Rüstungsindustrie können nur beschränkt und mit Lieferfristen bis zu drei Monaten berücksichtigt werden.

Wenn ich in dieser stichwortartigen Aufstellung weitere Industriezweige nicht erwähne, so nur deshalb, weil ich mich bewusst auf die allerdringlichsten Fälle beschränken möchte.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass uns naturgemäss die Kohlenversorgung der deutschen Dienststellen, der Reichsdeutschen und schliesslich auch der polnischen Bevölkerung grosse Sorge bereitet, da eine Vorsorge in den Sommermonaten aus den bekannten Gründen völlig unmöglich gewesen ist. Die Abteilung Wirtschaft hat ihr möglichstes getan, um teilweise eine Kohlenbelieferung auf der Weichsel sicherzustellen. Es sind ferner die Steinkohlen- und Braunkohlenvorkommen in der Nähe von Opatow und Jedrzejow geprüft worden.

Die Ausbeutung des Kohlenvorkommens bei Opatow lehnt sich wegen der inzwischen festgestellten geringen Mächtigkeit nicht. Die Förderung im Kreise Jedrzejow aber ist mit solch hohen Gestehungskosten verbunden, dass die amtlich festgesetzten Preise eine Ausbeute unmöglich machen.

Durch eine von der Abteilung Wirtschaft veranlasste verstärkte Torfgewinnung ist versucht worden, der polnischen Bevölkerung teilweise zu helfen.

Neben diesen Kohlensorgen drückt uns nicht minder die Sorge um Arbeitskleidung und Arbeitsschuhe für die polnischen Industrie-Arbeiter. Die uns zugeteilten Kontingente reichen nicht im entferntesten aus, die wichtigsten Anforderungen zu decken. Insbesondere fehlt es an warmem

Unterzeug. Bei dem bevorstehenden Winter ist die Arbeitsfähigkeit der Belegschaften infolgedessen ernstlich in Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang darf ich auch kurz auf die unzureichende Ernährung der Industriearbeiter hinweisen, die ebenfalls ein ernsthaftes Problem bei der Frage der Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe darstellt. Schon jetzt ist festzustellen, dass den Betrieben erhebliche Prozentsätze der Belegschaft fernbleiben, weil sie auf der Suche nach Lebensmitteln unterwegs sind.

Auch die Frage der Lohngestaltung möchte ich kurz andeuten.

Ein weiteres Problem ist schliesslich noch die Abwanderung von Facharbeitern. Bei manchen stillgelegten Industrien muss festgestellt werden, dass Facharbeiter nach dem Reich abgewandert und nicht wieder zu ersetzen sind.

Herr Generalgouverneur, meine Herren!

Ich habe mich bemüht, die Nöte und Sorgen in der Gewerblichen Wirtschaft des Distrikts so, wie sie die Abteilung Wirtschaft aus ihrer täglichen Arbeit kennt, darzulegen.

Da es sich vorwiegend um Probleme handelt, deren Lösung im Rahmen des Distrikts allein nicht möglich ist, darf ich der Bitte Ausdruck verleihen, dass die zuständigen Hauptabteilungen der Regierung uns die erforderliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Radom, den 18. Oktober 1941

R e f e r a t

des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft

Stabsleiter Topf

Das Gebiet des Distrikts Radom ist gekennzeichnet durch verschiedene Gesichtspunkte, die ich zu Beginn meiner Ausführungen hervorheben möchte. Zunächst ist der Bodenwert und die Bodenbewachsung, und dann der Ertrag des Landes zu beachten. Zum anderen ist die dichte Besiedlung zu berücksichtigen und der hohe Prozentsatz von Industriebezirken. Der Distrikt Radom ist trotzdem von Anbeginn an als Selbstversorgergebiet betrachtet worden und zwar zur Abgabe nur von einzelnen Erzeugnissen angehalten. Die Bevölkerungsdichte beträgt pro Quadratkilometer 131 Einwohner.Sie ist etwa gleich hoch wie im Reich,obwohl der Ertrag des Landes um die Hälfte niedriger ist. Mit diesen Tatsachen ist jederzeit zu rechnen, und es ergeben sich daraus besondere Verpflichtungen. Es ist daher für mich eine dankbare Aufgabe, das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen, indem ich auch die schwierigen Verhältnisse erkenne, und trotz der angespannten Versorgungslage nicht einen Tag von den auftretenden Schwierigkeiten irgendwie berührt werde. Es sollen meine Ausführungen daher nicht ein Leistungsbericht sein, sondern einmal jene Gesichtspunkte besonders hervorheben, die man allgemeinhin mit Hemmungen und Sorgen bezeichnet. Ich bin dabei davon ausgegangen, dass man solche zu unterscheiden hat, die kriegsbedingt sind und solche, die durch gegenseitiges Vertrauen und Verstehen leichter behoben würden.Sie sollen aus diesen Worten keineswegs entnehmen, daß hier vor irgend welchen auftretenden Schwierigkeiten haltgemacht wird. Sie sollen aber zum anderen ein anschauliches Bild erhalten, dass nicht alles so reibungslos verläuft, wie man zu glauben scheint.

Im Vordergrund steht nach wie vor die Erhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, wobei kein Mittel gescheut wird, um mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse auch das Letzte aus dem Boden heraus-zu-wirtschaften. Die Grundlage für die Erzeugung geben folgende Zahlen: Die Grösse des

./.

Distrikts Radom 2.700.000 ha, davon sind 1.430.000 ha Acker, 141.000 ha Wiesen, 130.000 ha Weiden, 6.000 ha Teiche, 570.000 ha Forsten, 210.000 ha sonstige Flächen, wie Strassen, Wege usw. Die Bevölkerung beträgt 2.880.000, die gegenüber einer Zählung von 1939 heute etwa 20% höher ist. Von dieser Bevölkerung gehören etwa 1.700.000 Einwohner der landwirtschaftlichen Bevölkerung an. Wenn im Reich 100 Personen etwa von 55 ha ernährt werden können, so sind bei der mangelnden Produktionsfähigkeit des Landes 100 Personen zurzeit hier nur von 100 ha zu ernähren. Auf Grund dieser Zahlen ergibt sich auch, dass gewisse Produkte nicht in den Mengen vorhanden sind, wie sie zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung manchmal notwendig scheinen. Es stehen also ausgesprochene landwirtschaftlich nutzbare Flächen nur rund 1.700.000 ha zur Verfügung; das bedeutet also, dass ein Einwohner des Landes 1 ha zu bearbeiten hat und ungefähr 1 ½ Einwohner des gesamten Distrikts von einem ha ernährt werden müssen. Gegenüber der Produktionskraft des Landes ist diese Zahl natürlich noch höher, so dass die bekannten Spannungen also solange noch auftreten müssen, solange nicht die Intensivierung dieses Gebietes durchgeführt ist. Hinzu kommt, dass die Besitzverhältnisse denkbar ungünstig sind.

Insgesamt stehen unter Bewirtschaftung der früheren Landbewirtschaftungsstelle 878 Betriebe über 50 ha. Das bedeutet allerding, dass etwa 82% des landwirtschaftlichen nutzbaren Bodens in der Hand von Kleinbetrieben ist. Zu Beginn setzte daher die Steigerung der Erzeugung, besonders bei den Grossbetrieben ein. Grössere Leistungen sind nunmehr praktisch nur durch grössere Aufwendungen denkbar. Da ich mich aber mit diesem Zustand unter Berücksichtigung der angespannten Ernährungslage nicht einverstanden erkläre, bin ich dazu übergegangen, durch erhöhten Einsatz von deutschen Bezirkslandwirten und Oberleitern ein so dichtes Netz von erfahrenen deutschen Landwirten über das ganze Gebiet zu ziehen, dass unter Anwendung der letzten Steigerungsmöglichkeiten im kommenden Jahr doch noch eine weitere Intensivierung möglich wird. Daneben habe ich mit Rücksicht auf den vielen Kleinbesitz einen Plan in Bearbeitung, der zum Ziele hat, auch den polnischen Kleinbauern mehr und mehr mit den neuzeit-

./.

lichen Erfahrungen des Landbaues vertraut zu machen und ihn zu der höchsten Produktionskraft zu erziehen. Das setzt voraus, daß eine bis ins kleinste Dorf gehende Beratung eingesetzt, die wiederum im Kreise von einem deutschen Wirtschaftsberater unter Anleitung des Kreislandwirts kontrolliert und durchgeführt wird. Ich hoffe, Ihnen bei Ihrem nächsten Staatsbesuch darüber von meinen ersten Erfahrungen berichten zu können und auch angebahnte Erfolge aufzuweisen.

Die ganze Erzeugungsreserve des Landes baut sich auf wenigen Säulen auf, einmal die Düngemittelbeschaffung, zum anderen die Zuchtvieheinstellung. Dazu kommen noch andere nicht ganz unbedeutende Betriebsmittel. Aus diesem Grunde werden daher vorwiegend die Betriebsmittel, wie Kunstdünger usw., den Betrieben zugewiesen, die tatsächlich am meisten von uns überwacht werden können, und die anderen Betriebe können nur solche zu Versuchszwecken bekommen.

Die Bodenverhältnisse sind besonders schlecht in den Kreisen Kielce, Konskie, zum Teil Iłża und Radom, ebenfalls in Busko und Jedrzejow. Die besten Gebiete liegen im Weichselbogen, etwa von Radom nach Busko. Die guten Roggen -und Kartoffelböden liegen an der Westgrenze des Distrikts und gehen von Tschenstochau bis Tomaschow. Diese beiden Haupterzeugungsgebiete sollen daher auch immer bevorzugt behandelt werden und ausserdem bei der Erfassung wiederum am meisten leisten. Leider fehlt es in den guten Kreisen an den ausreichenden Bahnverbindungen oder Transportwegen.

Die Entwicklung hat gelehrt, dass die intensive Bewirtschaftung der Betriebe tatsächlich erfolgreich gewesen ist; die dafür aufgebrachte Zeit und Mühe sowie die Betriebsmittel sind daher auch nicht nutzlos ausgegeben worden. Wenn man berücksichtigt, dass hier kaum Betriebe vorhanden waren, die eine geeignete Futtergrundlage hatten und heute jeder Betrieb soviel Grundfutter angebaut hat, dass man in diesem Winter keine Kartoffeln zu füttern hat, so ist das genau so eine Leistung wie die erfolgte Steigerung der Getreide-und Kartoffelerträge, durch den Kunstdüngeraufwand und die durchgeführte Saatgutbeschaffung. Der Kunstdüngeraufwand ist - gemessen an den Reichsverhältnissen - recht gering.

./.

Es sind bisher:

1941	N 19.473 to	Kali 10.900 to	Ph 4.325 to
1941/42	N 3.400 "	Kali 8.770 "	Ph 845 "

eingeführt worden. Das bedeutet eine Anwendung von 2 Kg N pro ha gegenüber 22 kg N im Reich.

Die Düngermitteleinfuhr in diesem Herbst ist zurückgegangen, was besonders die Herbstbestellung stark berührte, weil die Transportsperre eingetreten war. Die Transportmittel sind nicht nur hierbei unzureichend, sondern auch bei der Beschaffung von Kalk. Das Land kann alein durch Anwendung des Kalks als Motor des Bodens wesentlich höhere Erträge bringen als man annimmt. Hier fehlt es aber wiederum an Kohlen, die ja neben der Transportfrage heute schon auf allen Gebieten der Wirtschaft eine lähmende Erscheinung geworden sind.

Die Steigerung des Hackfruchtanbaues und von Raps ist im grossen Umfange erfolgt, da dort die besten Erträge zu erwarten waren. Weiterhin wurde besonders im vergangenen Jahr der Verbesserung der Getreidebestellung grösseres Augenmerk gewidmet. Die Saatgutversorgung muss hier noch viel weiter ausgebaut werden, da schon gutes Saatgut für polnische Begriffe ausreichend ist, um höhere Erträge zu bringen, weil hier jahrelang kein Saatgutwechsel vorgenommen wurde. Besonders trifft das bei den Kartoffeln zu. Die Bauern haben bisweilen hier seit 20 Jahren keinen Saatgutwechsel vorgenommen. Der Erfolg war der, dass im Reich 100 Ztr. pro Morgen und hier nur 30 - 35 Ztr. geerntet wurden.

Besonderes Augenmerk wurde der Einfuhr von Zuchtvieh gewidmet; der Distrikt Radom steht wohl bisher damit an erster Stelle. Es ist schon sehr früh mit der Einfuhr begonnen worden, wodurch heute folgender Abschluss ereicht ist:

1.500 Bullen
100 Kühe
17 Hengste
3.244 Zuchtsauen
7.000 Läuferschweine
336 Eber
5.000 Schafe.

./.

Der Krieg hat auch im Sektor Viehwirtschaft für einen entsprechenden Abbau der Bestände gesorgt, und es war daher nicht unberechtigt, diese grosse Einfuhr vorzunehmen. Die Grundlage zu einer ordnungsgemässen Landestierzucht ist damit geschaffen worden. Mit Hilfe des Tierzuchtgesetzes ist nunmehr auch in allen Kreisen ein Tierzuchtamt eingerichtet worden und weiterhin den Plänen des Gesetzes durch Körungen, Zuchtviebeschaffung weitestgehend Rechnung getragen. Es ist auf diesem Gebiet der grösste Fortschritt erzielt worden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden waren. Die Viehbestände belaufen sich auf:

232.000 Pferde
464.000 Rinder
250.000 Schweine
81.000 Schafe
und entsprechendes Kleinvieh.

Immerhin ist der Rinderbestand noch zu hoch, gemessen an den Leistungen der Viehbestände im Reich. Die Kühe sind daher nur unnötige Fresser und gutes Zuchtvieh wird bei gleichen Futterverhältnissen von sich aus schon mehr Ertrag bringen, als diese Tiere. Es ist aber in diesem Zusammenhang interessant festzustellen, dass dieses Schlachtvieh nur ein Ausschlachtungsergebnis von 18 - 25% aufweist, während dasjenige, das aus dem Reich eingeführt wurde, ein solches von 50 - 60 % hatte.

Besonders gefährdet ist der Pferdebestand. Der polnische Feldzug und die Abgabe von Pferden an die Wehrmacht im vorigen Jahr sowie jetzt zu Beginn des Ostfeldzuges an die Organisation Todt hat recht empfindliche Lücken in den Pferdebestand gebracht. Die guten Pferde sind verständlicherweise weggeholt worden, und die schlechten blieben zurück. Durch die erhöhte Inanspruchnahme zur Holzanfuhr, im Strassenbau und zu sontigen Gespannleistungen sind weitere Pferdeverluste eingetreten, so dass sich heute schon die Bauern in vielen Dörfern auf Kuhhaltung eingestellt haben. So sehr dies auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus zu begrüssen ist, so wenig kann sie aber mit Berücksichtigung der Transportlage ungeachtet hingenommen werden. In diesem Zusammenhang ist es nötig, dass die entsprechenden Behörden Anweisung

./.

geben, daß zur Zeit der Getreide- und Kartoffelerfassung und dann, wenn die Frühjahrs- und Herbstbestellung durchzuführen ist, immer noch die Belange der Landwirtschaft vorgehen ~~zu lassen~~, und daß nicht die Pferde zu Fuhrleistungen geholt werden, die unter Berücksichtigung der Lage zweckmäßiger eingesetzt werden könnten. Leider ist damit zu rechnen, daß noch einmal die Wehrmacht Aushebungen vornimmt, wobei ich schon heute feststellen muß, daß ich weiteres Pferdematerial nur dann abgeben kann, wenn Zugochsen oder Traktoren einschließlich Kraftstoff zur Verfügung gestellt werden. Ich habe mich daher schon in Anbetracht dieser Entwicklung für den vermehrten Ankauf von Zugochsen aus dem Reich eingesetzt, so daß bis heute schon etwa 1 200 Tiere im Arbeitseinsatz stehen und weitere 4 000 noch zu erwarten sind. Traktoren sind 187 vorhanden, es würden aber weitere 400 - 500 gebraucht werden, da im Reich mindestens jeder Großbetrieb 1-2, auch 3 Maschinen hat, und dadurch eben in der Lage ist, derart intensiv zu wirtschaften.

Im Zusammenhang mit der Pferdehaltung ist noch auf die Hengstkörung hinzuweisen, die schon in diesem Jahr recht ansehnliche Erfolge gezeitigt hat. 541 Hengste wurden angekört, gebraucht werden aber noch 60, die aus Ostpreußen eingeführt werden sollen.

Die in den landwirtschaftlichen Betrieben vorhandenen Maschinen und Geräte waren nur in einzelnen Fällen einsatzfähig. Es war daher der Ausbau der Landmaschinenfabriken nicht ungerechtfertigt, und es ist meine Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Fabriken nicht zur Rüstungsproduktion herangezogen werden, denn sonst wird die Entwicklung wieder um Jahre zurückgeworfen, was ja letzten Endes der Kriegsführung auch nicht tunlich ist. Leider können nur Muster bestimmter Maschinen hergestellt werden.

Dem Gemüse- und Obstanbau wurde erhöhte Bedeutung beigemessen, so daß eine ausgezeichnete Gemüseversorgung der Bevölkerung zu verzeichnen ist. Mit dem Ergebnis bin ich aber noch nicht einverstanden und habe eine höhere Anbaufläche

angeordnet, sodass dann soviel bereitsteht, um alle mit Gemüse, Beeren, Obst usw. zu versorgen. Es ist leider durch den strengen Winter 1940 im Obstbau ein grosser Schaden eingetreten.

Ausserdem ist in diesem Zusammenhang auf die Saatguterzeugung hinzuweisen. Es wurden in diesem Jahr an Saatgut eingeführt:

1.430 dz. Eliten
2.200 " Hochzuchten
6.400 " Kartoffeln

Wir werden aber damit nicht ausreichen und werden im nächsten Jahr eine Steigerung um das Doppelte vornehmen. Obwohl das Land an Gütern nicht reich gesegnet ist, bin ich überzeugt, dass durch Einsatz aller Momente die Erträge gesteigert werden können,und es nur eine Frage der Zeit ist, dass auch der Distrikt Radom ohne Lebensmittelkarten seine Bevölkerung ausreichend versorgen kann. Allerdings ist das im Kriege nicht denkbar, da hierzu eben zuviel fehlt, aber dem Ziel kann näher gesteuert werden, wenn man die Arbeiten der Wasserwirtschaft weiter kräftig fortsetzt. Die Wasserwirtschaft leidet auch hier unter kriegsbedingten Erscheinungen und solchen, die nicht vom Krieg beeinflusst sind. Letztere will ich darum auch nur hervorheben. Im Vordergrund stehen Materialbeschaffung und Arbeitervermittlung. Ein Grossteil der Reichsdeutschen sind damit beschäftigt, Arbeiter auszumachen, und das in einem Land, in dem sich die Menschen noch zu Tausenden auf den Strassen aufhalten.

Leider war und ist die Beschaffung von Arbeitskräften durch die Unterstützung der Arbeitsämter nicht immer so erfolgt,als wenn sie der deutsche Inspekteur sich selbst ausgewählt hätte. Die einzelnen Arbeitsämter haben sich hier z. Teil nicht so verhalten, wie es zwischen Deutschen notwendig ist. Bei mir gilt der Grundsatz, dass Deutsche immer vor Polen und Juden recht haben, und dass man auch Polen, die in unseren Dienststellen beschäftigt sind, vor Juden in Schutz nehmen muss. Leider ist es in zwei Fällen anders gewesen und hat naturgemäss Schulbeispiele geschaffen. Dazu

kommt noch, dass einzelne Arbeitsämter die von uns beschäftigten Leute einfach von den Baustellen wegholen, sodass dann auch noch die letzten wenigen Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze fluchtartig verlassen, weil sie fürchten, auch zu derartigen Massnahmen herangezogen zu werden. Es werden zurzeit noch etwa 12.000 Polen und Juden beschäftigt. Allerdings gibt es erhebliche Schwierigkeiten in der Lohngestaltung. Die deutschen Behörden richten sich nach den vorgeschriebenen Tarifen und können deshalb auch nicht mehr zahlen. Demgegenüber werden von Dienststellen der Wehrmacht doppelt so hohe Löhne gezahlt. Das gleiche trifft auch für Fuhrleistungen zu. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Firmen des Strassenbaues. Neben den hohen Löhnen werden auch noch sonstige Vergünstigungen, wie Kleidung, Schnaps und Zigaretten, geboten. Die Lohngestaltung hätte bestimmt beim Einsatz im Sommer dieses Jahres gerechtfertigt werden können, da Leute gebraucht wurden und für die Wehrmacht ja alles recht ist. Heute haben sich aber die Grenzen derart verschoben, dass nun wieder eine rückwärtige Entwicklung Platz greifen kann.

Die Beschaffung von Betriebsmaterial, wie Baugeräte aller Art, Traktoren, Bagger usw., ist nicht so einfach. Demgegenüber steht auch wieder die Organisation Todt, Wehrmacht usw., die einmal Geräte aus dem Reich bekommt und ohne Zoll- und Devisenschwierigkeiten ihre Arbeiten ausführen kann. Es ist leider nicht möglich, Ihnen die einzelnen Leistungen der Wasserwirtschaft aufzuführen, es genügt aber besonders die Versicherung, dass die Verbesserung schon im ersten Jahr dazu beigetragen hat, dass auch die Erträge des Bodens gesteigert werden und auch die Gewinnung von Neuland erfreulichen Umfang annimmt.

Ein ganz besonderes Augenmerk richten wir auf die Betriebe, die früher Domänen oder von Juden besetzt waren und solche, die durch schlechte Bewirtschaftung unter unserer Anweisung stehen. Es ist dank der deutschen Beamten und durch die vorhin

schon aufgeführten Massnahmen der Ertrag der von uns beschlagnahmten Gutsbetriebe zum Teil schon verdreifacht worden; besonders trifft das für Kartoffeln zu. Wenn wir im Vorjahr einzelne Betriebe hatten, die nur 30 - 40 Ztr. pro Morgen ernteten, so sind sie heute schon in der Lage, 90 und mehr zu ernten. Diese Zahlen, umgerechnet auf die Flächen- und Bodenmenge, so ergibt das bei 6.000 ha 20.000 dz. Mehrertrag rund 200.000 Zloty erhöhten Gewinn. Diese Zahlen könnte ich Ihnen für Getreide, Milch, Schlachtvieh usw. beliebig vermehren. Die hierfür aufgewendeten Mittel sind daher keineswegs als verloren anzusprechen.

In eigener Bewirtschaftung stehen zurzeit 207 Güter und 91 Betriebe sind noch verpachtet. Dazu gehören Brennereien, Hefefabriken, Ziegeleien usw. Es ist aber leider so, dass bei der Beschlagnahme und Einziehung der Betriebe noch verhältnismässig wenig Verständnis aufgebracht wird, und es ist daher meine grosse Bitte, die verantwortlichen Männer der Allgemeinen Verwaltung, die hierüber ihre letzte Entscheidung abzugeben haben, anzuweisen, dass sie stets darauf achten, dass diejenigen, die den Boden besitzen, auch über das Land verfügen. Durch Ihre eigenen Anordnungen sind wir gesetzlich in der Lage, auflegalem Wege zu den grossen Betrieben zu gelangen. Wenn daher tatsächlich anderorts Gründe zur Beschlagnahme angeführt werden wegen schlechter Bewirtschaftung, Verschuldung, Vergehens gegen die Staatsgewalt, so soll man schon den Deutschen glauben und nicht lange Feststellungen treffen, ob das nun wirklich so ist. Am Ende steht der Erfolg.

Die Güter sollen Muster werden für die polnischen Betriebe. Ich habe garnicht die Absicht, gut wirtschaftenden Polen zunächst ihren Besitz zu entziehen, aber solche, die gegen die obigen Gesichtspunkte verstossen, sollen auch ihren Besitz hergeben.

Das Gebiet der Erzeugung kann nicht abgeschlossen werden, ohne auch noch kurz auf die Bodenzersplitterung einzugehen. Es ist schon angedeutet worden, dass etwa nur 18 % im Besitz von Betrieben über 50 ha steht, während der Rest von 82 % Klein- und Kleinstbetriebe darstellen. Die Behörden des Landamtes haben daher zunächst die alten polnischen Umlegungsverfahren durchgeführt und sind jetzt dabei, in zwei grosszügigen Zusammenlegungen die notwendigen Voraussetzungen zur Bereinigung der Besitzverhältnisse zu schaffen. Wenn dieses, von Ihnen, Herr Generalgouverneur, gebilligte Verfahren durchgeführt wird, dann werden damit erstmalig wohl so gesunde und gleichzeitig revolutionäre Besitzgrössen und Verhältnisse geschaffen, die eine dauernde Grundlage für eine Erzeugungssteigerung geben. Von den Massnahmen, die zur Produktionssteigerung führen, sind neben den Aufgaben der Kreislandwirte besonders diejenigen der Wasserwirtschaftsinspekteure und der Landinspekteure hervorzuheben.

Es ist erstaunlich, vor welche Probleme dieses Land uns bei der Marktordnung stellt. Vor allen Dingen im Anfang war es immer eine grosse Freude, mit welchem Schneid die einzelnen Referenten diese Merkwürdigkeiten bewältigt und Ordnung geschafft haben.

Wie im Anfang meiner Ausführungen näher dargelegt, ist die Lage des Distrikts Radom bestimmend für die Ernährungssicherung und es ist daher nicht verwunderlich, dass hier manchmal ein Druck auf uns liegt, der eben nur dann auszuhalten ist, wenn man entsprechende Gegenwirkungen einsetzt. Es sind rund 3 Millionen Menschen zu versorgen, davon ein grosser Teil Industriebetriebe und nicht zuletzt die Rüstungswirtschaft. In diesem Gebiet fanden wir bei dem Einsatz vor 2 Jahren keine

Verarbeitungsbetriebe oder Lagerungsmöglichkeiten wie etwa in Krakau oder Warschau vor. Es war im Gegenteil zum Teil sehr witzig, wenn z.B. eine Molkerei festgestellt wurde, die mit dem Schild ausgezeichnet war: "Vorsicht Molkerei verlaust", andere Molkereien waren in Erdlöchern eingebaut. Die Eigenart wollte es, dass eine dieser Molkereien den ersten Preis für beste Butter anlässlich einer polnischen landwirtschaftlichen Ausstellung erhalten hatte. Die Schlachthöfe waren zum Teil vollkommen unhygienisch, ohne Kühlhäuser, ohne Toiletten und ohne sonstige für unsere Begriffe unerlässliche Einrichtungen. Die Mühlen waren in einem Zustande, der uns zur Schliessung von 1.000 Betrieben zwang. Heute befindet sich nur noch ein kleiner Teil, soweit er irgendwie zur Versorgung des Landes notwendig ist, im Betrieb, etwa 400 Mühlen. In diesen 2 Jahren ist auf dem Gebiet der Erfassung so viel geleistet worden, dass heute der Apparat so vollkommen steht, und es nur noch immer eine Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse ist, um immer wieder die Anforderungen, die gestellt werden, zu erfüllen. In einem Land, das keinerlei Voraussetzungen der Versorgungswirtschaft erfüllte, kann ich heute die Versicherung abgeben, dass einmal die Versorgung der deutschen Bevölkerung in tadellosen Geschäften überall ermöglicht wurde. Es wird ausserdem die Versorgung der Rüstungsbetriebe gewährleistet und schliesslich auch der polnischen Bevölkerung das zugeteilt, was nötig ist.

Besonders ist die Ernährungswirtschaft gehemmt durch den Mangel an Transportmitteln, an dem notwendigen Personal oder an der entsprechenden Exekutive, sowie durch den langen Weg bis zur Bestrafung derjenigen Leute, die gegen die Bestimmungen verstossen haben. Diese einzelnen Punkte hervorzuheben, bin ich leider nur stichwortartig in der Lage, da die Zeit mir dazu fehlt. Es ist z.B. nicht denkbar, die Kartoffelversorgung von Krakau in Höhe von 53.000 ts sicherzustellen, wenn die Deutsche Ostbahn

entgegen ihrer Zusage Waggongestellungen vornimmt im Verhältnis 1 : 12, 1 : 6, 1 : 9 usw. Es ist weiterhin sehr schwierig, die Versorgung mit Lastfahrzeugen und Benzin, die Beanspruchung von Bauernfuhrwerken. Bei der Durchführung der Erfassung ist vor allen Dingen das Fehlen der Polizei ein Hemmnis. Die Überwachung des Schwarzhandels ist nicht ausreichend.

Das Flugblatt, das ich hier besitze, gibt so recht deutlich zu erkennen, dass die polnische Widerstandsbewegung ganz genau unsere schwachen Seiten erkannt hat und dort zu weiterem Vorstoss ansetzt. Sie weiss sehr genau, dass in den Fällen, wo in den Kreisen Männer tätig sind, die hart und unerbittlich sind und ihre Aufgaben durchführen, ihr Ziel, die Bauern zum Ablieferungsboykott anzuhalten, nicht erreicht wird. In anderen Kreisen werden mit noch grösserem Nachdruck die Bauern zu schlechter Ablieferung aller Erzeugnisse aufgehetzt, wenn dort mit zuviel Nachsicht vorgegangen wird. Daneben sprechen noch so viel andere Gesichtspunkte mit, die Möglichkeit, die Strafe auf dem Fusse folgen zu lassen, dem Woit höhere Strafbefugnis zu geben und sonst schnellere und schärfere Justiz bei Sabotageakten anzuwenden, gegebenenfalls öffentliche Vollziehung der Todesstrafe gegen Saboteure, Einziehung des gesamten Dorfes, Festnahme von Geiseln usw. Hinderlich ist nach wie vor die Preisschere, die zu Gunsten der allgemeinen Wirtschaft ganz erheblich klafft und nicht zuletzt die Widerstandsbewegung, die durch Abbrennung von Gütern und Getreideschobern, wodurch bereits heute schon 1.000 dz verlustig gegangen sind. Ein ganz bekanntes Gebiet ist auch das Herumreisen der Juden und deren Gerüchteausstreuen.

Trotzdem lassen wir nicht nach, die Erfassung in dem Umfange zu gewährleisten, dass die allgemeine Lebensmittelversorgung sichergestellt und darüber hinaus die neuer-

dings auferlegte Truppenversorgung in erster Linie gesichert wird.

Getreidewirtschaft

Im Wirtschaftsjahr 1940 wurden insgesamt 94.500 ts. Getreide erfasst, im laufenden Jahr bisher 53.000 ts. Demgegenüber steht aber eine 20 % höhere Ernte. Gemessen an dem Ertrag des Landes ist die Umlage von 1,8 - 3,5 dz je ha Fläche so niedrig wie nur irgend möglich. Es kann also keinesfalls die allgemeine Brotversorgung so schlecht sein. Im grossen und ganzen wird das Brotgetreidekontingent mit 125.000 ts. erreicht werden, hingegen das Kontingent für Futtergerste und Hafer nicht ganz. Die Ernteerträge bei dem letzteren sind infolge der ungünstigen Frühjahrsbestellung etwas zurückgegangen.

Viehwirtschaft

Wie schon angedeutet wurde, ist die Versorgung durch die Verluste im Polenfeldzug erschüttert worden. Sie konnte aber im abgelaufenen Jahr ohne weiteres geregelt werden und auch laufend die wöchentlichen Verteilungen an Polen vorgenommen werden. Das neuerdings uns auferlegte erhöhte Kontingent von 2.600 Rindern, 800 Schweinen in der Woche für die Versorgung wird unter schwierigen Umständen erreicht werden. Interessant ist hierbei die Gegenüberstellung bei der Erfassung der Rinderhäute, wenn diese gleich 100 festgesetzt sind, sind die tatsächlich erfassten bisweilen 300. Es würde also bedeuten, dass praktisch die Fleischversorgung bis zum dreifachen manchmal gesteigert werden könnte. Leider fehlt die nötige Exekutive, um diese Schwarzschlachtungen zu verhindern.

Kartoffelwirtschaft

Die Kartoffelertragssteigerung ist im allgemeinen Durchschnitt gesehen in diesem Jahre wesentlich besser. Der Distrikt wird 374.000 ts. aufzubringen haben, wovon allein

die Wehrmacht 52.400 ts bekommt, die Grosstädte 35.000 ts und Krakau, wie bereits genannt, 53.000 ts. Die Anlieferun lässt bis jetzt keine Enttäuschung erwarten, wenngleich die Transportmittel, wie schon angedeutet, jede Hoffnung auf eine Besserung sinken lassen. Der Distrikt Radom ist das grösste Abgabegebiet. Wenn daher die Transportverhältnisse nicht geregelte sind, fällt der Vorwurf nicht auf meine Abteilung, sondern z.B. auf die Ostbahn zurück. Wir werden die Speisekartoffelversorgung, sofern auch der Winter nicht zu früh eintritt, sicherstellen. Es ist nun der Umfang der Hilfsmittel abzuwarten, ob das, was geerntet wird, auch angeliefert werden kann. Dabei muss immer bedacht werden, dass z.B. im Kreise Busko Grossbetriebe und Dörfer 35 km von der nächsten Bahnstation entfernt sind und dann erst noch die Kleinbahn zu benutzen ist.

Milch- und Fettwirtschaft

Die Molkereieinrichtungen sind, wie schon einmal gesagt, unzulänglich gewesen, jedoch im Laufe der 2 Jahre wesentlich verbessert worden. Die Grosstadt Radom mit etwa 130.000 Einwohnern hatte zu polnischer Zeit keine Molkerei. Deshalb musste ein Neubau erfolgen. Trotz vieler Widerstände sind heute die Milchanlieferungen in Radom so hoch gestiegen, dass schon die Zahl von 7.000 Litern recht erfreulich ist. Im ganzen Distrikt Radom ist ein Neubauprogramm von 60 Molkereien vorgesehen, im Augenblick sind nur 120 im Betrieb und davon 9 mit Erhitzungsanlage. Ausserdem ist im ganzen Distrikt ein Netz von Rahmsammelstellen errichtet worden, sodass dem Erzeuger die Anlieferung, soweit wie möglich, vereinfacht wurde. Die Milcherfassung

betrug

die Wehrmacht 52.400 ts bekommt, die Grosstädte 35.000 ts und Krakau, wie bereits genannt, 53.000 ts. Die Anlieferun lässt bis jetzt keine Enttäuschung erwarten, wenngleich die Transportmittel, wie schon angedeutet, jede Hoffnung auf eine Besserung sinken lassen. Der Distrikt Radom ist das grösste Abgabegebiet. Wenn daher die Transportverhältnisse nicht geregelte sind, fällt der Vorwurf nicht auf meine Abteilung, sondern z.B. auf die Ostbahn zurück. Wir werden die Speisekartoffelversorgung, sofern auch der Winter nicht zu früh eintritt, sicherstellen. Es ist nun der Umfang der Hilfsmittel abzuwarten, ob das, was geerntet wird, auch angeliefert werden kann. Dabei muss immer bedacht werden, dass z.B. im Kreise Busko Grossbetriebe und Dörfer 35 km von der nächsten Bahnstation entfernt sind und dann erst noch die Kleinbahn zu benutzen ist.

Milch- und Fettwirtschaft

Die Molkereieinrichtungen sind, wie schon einmal gesagt, unzulänglich gewesen, jedoch im Laufe der 2 Jahre wesentlich verbessert worden. Die Grosstadt Radom mit etwa 130.000 Einwohnern hatte zu polnischer Zeit keine Molkerei. Deshalb musste ein Neubau erfolgen. Trotz vieler Widerstände sind heute die Milchanlieferungen in Radom so hoch gestiegen, dass schon die Zahl von 7.000 Litern recht erfreulich ist. Im ganzen Distrikt Radom ist ein Neubauprogramm von 60 Molkereien vorgesehen, im Augenblick sind nur 120 im Betrieb und davon 9 mit Erhitzungsanlage. Ausserdem ist im ganzen Distrikt ein Netz von Rahmsammelstellen errichtet worden, sodass dem Erzeuger die Anlieferung, soweit wie möglich, vereinfacht wurde. Die Milcherfassung

betrug

im März 1940 = 120.000 Liter und ist im jetzigen Monat auf 4 Millionen Liter gestiegen. Nicht unbeachtet ist hierbei auch der Rapsanbau geblieben. Allein im vergangene Jahre wurden schon über 2½ Mill. kg Raps den Ölmühlen zugewiesen, eine Menge, die in diesem Jahre noch steigen dürfte.

Geflügel- und Eierwirtschaft

Das Gebiet wird oft so wenig bedacht und hat doch eine ganz besondere Bedeutung. Es ist erfreulich, hier sagen zu können, dass die Eierbewirtschaftung dank des Prämiensystems restlos geglückt ist. In diesem Jahre kann mit Recht behauptet werden, mit Ausnahme von Erweiterungen und Neubauten der Eierkennzeichnungs-stellen und Geflügelmastanstalten, auch hier einen Abschluss geschaffen zu haben. Gegenüber einer Eier-erfassung von 34 Mill. im Jahre 1940 sind bisher fast 70 Mill. erfasst worden, wovon 35 Mill. der Vorrats-wirtschaft zugeführt wurden und der übrige Teil zur Versorgung gebraucht wurde. Die Geflügelmästung erreichte im Vorjahre etwa 170.000 Gänse und Hühner und wird in diesem Jahre etwa 200.000 erreichen. Im Jahre 1939 wurden für das Generalgouvernement über 3½ Mill. Zl. Bettfedern ins Reich ausgeführt, im Jahre 1941 werden allein aus dem Distrikt Radom für über 4,6 Mill. Zl. Bettfedern exportiert.

Zuckerwirtschaft

Im Jahre 1939 wurden rund 700.000 dz Rüben verarbeitet und 100.000 dz Zucker gewonnen, im Jahre 1940 rund 1 Mill. dz Rüben verarbeitet und 140.000 dz Zucker gewonnen. In diesem Jahre werden die Zahlen sich noch weiter verbessern, da die Anbaufläche von 4.500 auf 8.200 ha gesteigert wurde. Das hier in den Betrieben

noch

nach alter Wirtschaftsweise gearbeitet wurde, soll nur am Rande bemerkt werden. Die Fabriken entsprechen nach ihrer Leistungsfähigkeit immer noch dem Stand, der 1870 im Reich erreicht war.

Noch ein Wort zu dem Aufbau des Erfassungssystems. Neben dem Ausbau der Kreisgenossenschaften und der Distriktsstelle wurden in diesem Jahre erstmalig Händler zugelassen. Hiermit soll erreicht werden, dass die Erzeuger es einfacher in der Ablieferung des Kontingents haben und ausserdem die Ablieferungsfreudigkeit gehoben wird. Besonders in den Städten am Sitz der allgemeinen Verwaltung sind Neueinrichtungen geschaffen worden. So wurden z.B. in Radom eine Obst- und Gemüsegrossmarkthalle ausgebaut, Gemüse- und Obstspezialgeschäfte errichtet und auch in anderen Städten das gleiche getan. Für die Überwinterung von Obst ist entsprechende Vorsorge getroffen worden. Besonders bei der Verarbeitung der einzelnen Erzeugnisse hat sich die Firma "Spożem" hervorragend bewährt, ausserdem auch die Landwirtschaftliche Zentralstelle. Es sind schon Leistungen, wenn heute einzelne Kreisgenossenschaften Umsätze bis zu 12 Mill. Zl. und mehr aufweisen und Waren bewegt werden, die allein nur in dieser Form gewährleistet sind. Das trifft vor allem bei Getreide und Kartaffeln zu. Es gibt keine Verteilerstelle, die wir mehr übersehen können, als die Genossenschaft. Nachdem nun das zweite Jahr des Aufbaues beendet ist, sind auch diese voll einsatzfähig.

Herr Generalgouverneur, es ist leider die Zeit nicht vorhanden, um ausgiebig und umfassend Ihnen die einzelnen Gebiete darzulegen. Ich hoffe, Ihnen aber mit den Ausführungen einen Einblick gewährt zu haben in die wirklich erfreuliche Entwicklung des Aufbaues in der Landwirtschaft

im Distrikt Radom. Aus einem Nichts heraus wurde die Erzeugung gesteigert und desgleichen der Ernährung gesichert, dazu noch die Voraussetzungen einer entsprechenden Vorratswirtschaft gebildet. Jede Leistung ist aber nur möglich, wenn Schwierigkeiten beseitigt werden und davor nicht halt gemacht wird. Siekönnen die Gewissheit von mir und meinen Mitarbeitern mitnehmen, dass wir in dieser Hinsicht vor nichts zurückschrecken, und wenn es auch manchmal heisst, dass die Landwirtschaft zu ungebunden in ihrer Art ist. Es ist aber nur unser Ziel, dass wir unsere ganze Kraft einsetzen, dass die Aufgaben, die uns durch Ihr Vertrauen übertragen wurden, im Interesse des Deutschen Volkes und aus Dankbarkeit für den Führer gemeistert werden.

Oberregierungsrat Pepke

R e f e r a t

des Leiters der Abteilung Arbeit im Distrikt Radom
auf der Regierungssitzung vom 18. Oktober 1941.

Der Arbeitseinsatz im Generalgouvernement wird von den Arbeitsämtern geregelt. Bisher ist es gelungen, die Löhne auf ihrem ~~bi~~ Niveau zu halten. Preise und Löhne stehen aber in einem großen Mißverhältnis, sodaß die Arbeitsfähigkeit der polnischen Bevölkerung in Frage gestellt ist, wenn man in dieser Beziehung keine Abhilfe herbeiführen kann. Meine Bitte geht daherd dahin, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, wenn irgend möglich, der arbeitenden Bevölkerung helfen solle; das ist keine Gefühlsduselei, sondern eine Naturnotwendigkeit. Die Leute verlassen ihre Arbeitsstätten, um sich auf dem Lande Lebensmittel zu hamstern und einen Teil von ihnen im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu veräußern.

Für den Arbeitseinsatz im Reichsgebiet werden weiterhin landwirtschaftliche Arbeitskräfte und auch Industriearbeiter geworben und bereitgestellt. Bei der Erfassung und dem Abtransport tauchen große Schwierigkeiten auf. Die Arbeitsämter können sich neben der freiwilligen Werbung der Verordnung über die Arbeitspflicht und einer Betriebskartei, die die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft angeregt hat, bedienen. Auf Grund dieser Betriebskartei war die Erfassung am Anfang noch zufriedenstellend. Heute leisten die Polen den Beorderungen keine Folge mehr, von 60 000 sind nur 21 000 erschienen. Ich vertrete den Standpunkt, mit Zwangsmaßnahmen möglichst zurückhaltend zu sein, dann aber in den einzelnen Fällen fest durchzugreifen. In der Hauptsache muß man die Werbung auf freiwilliger Grundlage vorziehen. Die

Polen, die sich zum Arbeitseinsatz im Reich freiwillig zur Verfügung stellen, sind arbeitsfreudiger und leisten mehr, sind also für das Reich viel wertvoller als die zwangsweise verschickten Kräfte.

Der Auftrag, gewerbliche Arbeiter ins Reich zu vermitteln, bereitet keine so großen Schwierigkeiten, da diese Leute infolge der höheren Löhne im Reich sich eher für eine Arbeitsaufnahme bereit erklären als die Landarbeiter. Auch die Behandlung durch die großen Firmen ist besser. Die Lebensverhältnisse der polnischen Arbeiter im Reich müssen besser werden, dann wird auch die Werbung erfolgreicher sein. Der Strom der Freiwilligen ist immer kleiner geworden. Zur Erfassung sämtlicher polnischen Arbeitskräfte ist eine Arbeitskarte in Form des Arbeitsbuches des Reiches vorgesehen. Diese Aktion ist in der Stadt Radom schon im Anlaufen.

Zur Durchführung sämtlicher Neubauten für Reichsdeutsche wurde in Radom eine Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen gegründet. Diese Gesellschaft hat einen Betrag von 2 Millionen Zloty für ihre Zwecke erhalten. Weiter hat sie ein Darlehen von 2,1 Millionen Zloty bereits aufgenommen, während über den Betrag von 1,7 Million noch Verhandlungen schweben.

=====

[redacted]
r der Abt. Innere Verwaltung-Gesundheitswesen

Referat gehalten am 18.10.41 vor dem Generalgouverneur.

Herr Generalgouverneur, Herr Gouverneur, meine Herren!

Ich habe den Auftrag über die Gesundheitsführung im Distrikt Radom zu berichten. Im Vordergrund unserer Sorgen und unserer Arbeit steht die Gesundheitssicherung aller Reichs- und Volksdeutschen. Ich darf deshalb ganz kurz über die Organisation des Gesundheitswesens und deren Arbeit folgendes berichten:

An der U.Abteilung Gesundheitswesen des Distriktes sind 4 deutsche und ein polnischer Arzt tätig. Sämtliche vier Ärzte, einschl. meiner Person sind amtlich, d.h. als Referenten tätig. Darüber hinaus haben alle die Aufgabe, die deutschen Volksgenossen ärztlich zu betreuen. Wie die U.Abteilung organisiert ist, ist bekannt. Weniger bekannt ist die Einteilung der Arbeit, die jeden Tag geleistet werden muss. In der Zeit von 8 - 9 Uhr werden die verschiedenen Röntgenuntersuchungen in zwei Gesundheitspunkten für Reichsdeutsche, die sich in Radom befinden, vorgenommen. Von 9 - 13 Uhr findet der Parteienverkehr im Amt statt. Nach einer Mittagspause von einer Stunde beginnt teils die amtsärztliche Tätigkeit und Betreuung der Reichs- und Volksdeutschen in diesen Gesundheitspunkten, teils die Fortsetzung der Arbeit im Referatenteil. Erstere dauert tägl. bis etwa 18 Uhr, letztere wie vorgeschrieben bis 19 Uhr. In den Gesundheitspunkten finden auch die Schutzimpfungen statt. Beide sind mit Röntgenapparaten, physikalischen Apparaten und den notwendigen Instrumenten für innere Medizin, kleine Chirurgie, Augen, Ohren, Nasen, Hals- und Frauenkrankheiten ausgestattet. Wir sind heute in der Lage, mit Hilfe dieser Einrichtungen diagnostisch und therapeutisch ebenso erfolgreich tätig zu sein, wie jeder gut ausgebildete praktische Arzt im Reich.

Wird eine stationäre Behandlung notwendig, steht hierfür die von mir geschaffene und im Jahre 1940 von mir geleitete und heute von einem deutschen Chirurgen und

Frauenarzt besetzte, deutsche Abteilung des Kasimir Krankenhauses in Radom, zur Verfügung. Sie besitzt 100 Betten mit einer inneren, chirurgischen, geburtshilflichen und Frauenstation.

Die Seuchenstation für Deutsche befindet sich im polnischen Sigismund-Seuchenspital. Sie ist sehr primitiv und entspricht weder fachlich noch hygienisch den Anforderungen, die an eine deutsche Unterkunft im Krankheitsfall gestellt werden muss. Sowohl der Deutsche Chefarzt als auch ich, waren uns von Anfang an darüber im klaren, dass hier durch die Erstellung einer separaten Seuchenbaracke für Deutsche Abhilfe geschaffen werden müsste. Es ist uns aber bis heute nicht gelungen, hierfür die Gelder aufzubringen. Nach einer Mitteilung des Chefarztes hat die Stadt Radom nicht die Möglichkeit zur Erstellung einer Baracke, da die Regierung die finanzielle Bezuschussung abgelehnt habe. Ich möchte deshalb an Sie, Herr Generalgouverneur, die herzliche Bitte richten,uns den Bau dieser Baracke zu ermöglichen. Die zahlreich eingelaufenen Klagen der Reichsdeutschen über ihre dortige Unterbringung sind berechtigt.

Zu der Frage der Zweckmässigkeit des deutschen Krankenhauses in Radom, sei mir gestattet folgendes zu bemerken: Obwohl das deutsche Krankenhaus im Jahre 1941 ein ganz anderes Gesicht bekommen hat, wie es im Jahre 1940 aussah, entspricht es doch nicht den Anforderungen, die jeder Deutsche stellt, wenn er krank wird und nicht in die Heimat fahren kann. Es ist baulich schlecht eingeteilt, weil es früher eine russische Kaserne gewesen sein soll und weist grundsätzliche hygienische Mängel auf. Wir sind deshalb vor einem Jahr darangegangen einen Neubau für 200 Betten zu planen. Die Planung geschah nach modernsten Richtlinien und Gesichtspunkten des Krankenhausbaues und wurde von einem Spezialisten durchgeführt. Leider ist es bis jetzt aus Mangel an Mitteln bei der Planung geblieben, obwohl der Herr Präsident Pauder und der Herr Präsident Spindler nach einer Ausprache, die im Frühjahr dieses Jahres hier in Radom stattgefunden hat, ihre Zustimmung

gegeben

haben. Die Pläne liegen bei der Abt. Gesundheitswesen der Regierung mit der Bitte meinerseits, uns die Ausführung des Distriktskrankenhauses bald zu ermöglichen. Herr Gouverneur Dr. Lasch hat sowohl zur Lage, als auch zum Bau an sich seine begeisterte Zustimmung erteilt. Auch in diesem Fall bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, herzlich uns zu helfen.

In das Gebiet der Gesundheitsführung der Volksdeutschen fällt ausser den periodisch stattfindenden Schutzimpfungen die Mütterberatung in den volksdeutschen Dörfern. Sie findet monatlich mindestens einmal in jedem Dorfe statt und wird von einem deutschen Arzt in Begleitung einer Gesundheitspflegerin der NSV vorgenommen. Sie sind erfreulicherweise von den Müttern mit ihren Säuglingen und Kleinkindern bis zu 3 Jahren rege besucht. Die Notwendigkeit dieser segensreichen Einrichtung liegt auf der Hand, weil die volksdeutsche Mutter weder über eine richtige Ernährung noch über die Pflege der Säuglinge und Kleinkinder orientiert ist. Es ist uns so möglich nicht nur Schäden zu verhüten, sondern auch vorhandene auszumerzen und die früheste Jugend gesundheitlich zu lenken und vor Krankheiten zu bewahren, die unter Umständen bis ins erwachsene Alter hineinreichen und so die Arbeitsfähigkeit, ja selbst den erbbiologischen Wert beeinträchtigen können; dass wir schon nach kurzer Zeit in der Lage sein werden, die wesentliche Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit statistisch unter Beweis zu stellen, sei nur am Rande bermerkt. Es ist heute schon festzustellen, dass eine bedeutende Besserung hinsichtlich der Ernährungsweise und Pflege der Kleinen durch Mutter und Gesundheitspflegerin, eingetreten ist. Letztere steht der Mutter in aufopfernder Weise täglich mit Rat und Tat zur Seite.

Die Gesundheitsführung der Schulkinder liegt in Händen des deutschen Amtsarztes, der zugleich Schularzt ist. Die deutschen Schulen, die zum Teil hygienisch sehr im Argen liegen, sind nach gemeinsamen Besichtigungen des Schulrates mit dem Amtsarzt instand gesetzt worden. Es musste für Licht Luft, Wasser und Abortanlagen gesorgt werden. Die Lehrer

sind auf ihren Gesundheitszustand untersucht worden. Auch auf Bazillen--Dauerausscheider wurde geachtet. Die Untersuchung der Schulkinder hat diesen Herbst begonnen. Erholungsbedürftige Kinder werden durch HJ und NSV ins Reich verschickt. Kranke Kinder der ärztlichen Behandlung und Heilstätte zugeführt.

Die Kreise des Distrikts sind bisher mit 6 deutschen Amtsärzten besetzt worden. In den übrigen Kreisen sind polnische Hauptkreisärzte tätig. Sie üben jedoch keinerlei amtsärztliche Tätigkeit aus. Hierfür sind nur deutsche Amtsärzte zuständig. In diesem Fall der deutsche Amtsarzt des Nachbarkreises. Wie in Radom versieht der deutsche Amtsarzt neben seiner Tätigkeit als solcher die Reichs- und Volksdeutschen im Krankheitsfalle.

Deutsche Krankenhäuser befinden sich in Rawa, Tomaschow, Rodomsko und Jedrzejow. Weitere sind geplant und in Angriff genommen in Petrikau, Tschenstochau, Kielce und Starachowice. In Starachowice ist ein Grossbau mit ca.300 Betten und grossen Ambulatorien sowie wissenschaftlichen Laboratorien in diesem Jahr unter Dach gekommen. Der Zustand der polnischen Krankennäuser steht, wie bekannt, weit unter dem Niveau der im Reich bestehenden.

Die besondere Aufmerksamkeit des Amtsarztes gilt der Seuchenbekämpfung, wie Diphterie, Scharlach, Ruhr, Tuberkulose, Bauchtyphus und Fleckfieber. Die Ruhr ist bei Polen und Juden dieses Jahr erfreulicherweise in mässigen Grenzen aufgetreten. Infolgedessen hatte auch die deutsche Bevölkerung kaum darunter zu leiden. Der Erfolg ist der strengen amtsärztlichen Lebensmittelkontrolle einerseits und der Abortsanierung andererseits zu verdanken. Auch der Bauchtyphus ist zahlenmässig geringer wie in den Vorjahren, was auf die ungeheure Arbeit der deutschen und polnischen Ärzte zurückzuführen ist. Ich habe die Schutzimpfung der gesamten Bevölkerung befohlen. Sie wurde restlos durchgeführt. Man kann sich ein Bild von dieser ungeheueren Arbeit machen, wenn man sich vor Augen hält, dass in manchem Kreis über 200.000 Schutzimpfungen durchgeführt wurden.

Die Erkrankung von Deutschen an Bauchtyphus geschah nur in einzelnen Fällen, d.h. in solchen, in welchen die Schutzimpfung abgelehnt wurde. Ich sah mich daher veranlasst, die Lebensmittelkarte vom Impfschein abhängig zu machen. Wo diese Verfügung von den Behörden befolgt wurde, sind trotz teilweiser schlechter Trinkwasserverhältnisse keine Erkrankungen aufgetreten.

Die Zunahme der Tuberkulose ist im Distrikt wie im ganzen Generalgouvernement eine Tatsache, welche auch den volksdeutschen Bevölkerungsteil betrifft, da er mit dem polnischen in engem Kontakt steht, während die reichsdeutsche Bevölkerung, insbesondere nicht davon betroffen wird. Die reichsdeutsche Bevölkerung, insbesondere die Post und Eisenbahner werden von uns reihen-röntgenuntersucht, um Frühinfarcte zu erfassen und sofort der Heilung zuzuführen. Die Bekämpfung der Tuberkulose geschieht in den in jedem Kreis ausreichenden Gesundheitspunkten, in welchen von Fachärzten geleitet, die kostenlosen Beratungen stattfinden.In diesen Gesundheitspunkten werden auch die Geschlechtskrankheiten und das Trachom bekämpft. Eine Zunahme der Geschlechtskrankheiten ist nicht zu verzeichnen. Auch die wirksame Bekämpfung des Trachoms schreitet vorwärts. Nach Ansicht der Autoren des Generalgouvernements, insbesondere derjeniger der Wehrmacht, ist die Zunahme der Tuberkulose nicht nur auf unzureichende Ernährung, sondern auch auf psychische Insulte zurückzuführen. Diese Ansicht kann insbesondere durch Beobachtung an Juden erhärtet werden.

Am meisten aber beschäftigt uns das Fleckfieber, welches trotz der umfassendsten und intensivsten Massnahmen der Gesundheitsverwaltung in diesem Jahr in konstantem Steigen begriffen ist. Obwohl beinahe nur Juden davon betroffen sind, macht uns diese Seuche grosse Sorgen, weil bei weiterem Umsichgreifen dieser gefährlichen Krankheit das Leben deutscher Volksgenossen bedroht ist. Da nur ganz geringe Mengen Fleckfieberimpfstoff zur Verfügung stehen, fällt die Schutzimpfung weg, wie wir sie beim Bauchtyphus Gott sei Dank haben. Die Übertragung des Fleckfiebers geschieht bekanntlich durch die infizierte Laus. Es läuft also jeder

Deutsche,

der mit verlausten Menschen in Berührung kommt, Gefahr, fleckfieberkrank zu werden. Wir müssen uns infolgedessen mit der Entlausung der einheimischen Bevölkerung intensiv befassen und haben in Voraussicht der Dinge von Anfang unserer Tätigkeit im Generalgouvernement mit dem Bau von Entlausungsanstalten uns befasst. Sie stehen überall, wo Juden in grösserer Anzahl wohnen,und sie haben greifbare Resultate gezeitigt. Die Fleckfieberseuche ist im Sommer des Jahres 1940 beinahe zum Erlöschen gekommen. Sie hat im Frühjahr dieses Jahres an Umfang zugenommen, um im Sommer eine Höhe zu erreichen, die alle Erwartungen übertroffen hat. Wenn wir uns nach den Ursachen dieser Entwicklung fragen, kommen wir zu folgendem Resultat:

1.) stand uns ab Jänner 1941 nicht die notwendige Menge Kohlen und Seife zur Verfügung.
2.) Wurden die Juden vielfach auf zu engem Wohnraum zusammengedrängt. Die Folge davon war eine starke Verlausung.
3.) Ist die Möglichkeit der Ernährung der Juden, insbesondere der Minderbemittelten geringer geworden, damit ist die Abwehrbereitschaft des Individuums gegen Krankheiten in toto gesunken.

Trotzdem wäre aber der zahlenmässige Bestand an Fleckfieber im Distrikt Radom nicht allzu hoch gewesen, wenn nicht die Juden aus dem Warschauer Wohnbezirk in Massen ausgerückt wären und den Distrikt Radom vagabundierend überschwemt hätten. Insbesondere zu leiden hat unter dieser Plage folgerichtig der nördliche Teil des Distrikts Radom, d.h. Radom-Stadt, Radom-Land und Tomaschow. Es sind z.B. im jüdischen Epidemiespital Radom-Stadt ca. 400 Juden, die vagabundierend und krank aus Warschau hier ankamen, eingeliefert worden. Die jüdischen Wohnbezirke der Stadt Radom haben verhältnismässig wenig Fleckfieber aufzuweisen. Aus Tomaschow sind im III. Quartal z.B. 1.159 Fälle gemeldet, aus Petrikau 333 Fälle, aus Radom-Stadt 440 Fälle. Um vergleichende Zahlen anzuführen: Im September 1940 sind im ganzen Distrikt Radom nur 31 Fälle gemeldet, während im selben Monat des Jahres 1941/1.129 Fälle in Erscheinung treten. Diese Zahl ist erschreckend und lässt Schlüsse zu

auf

die weitere Entwicklung in den Winter- und Frühjahrsmonaten, die vor uns stehen. Wir sind dem Herrn Generalgouverneur dankbar für die angekündigte Verfügung, wonach jeder Jude, der nicht im Besitze eines Ausweises ist, versehen mit dem Wohnort, mit dem Tode bestraft wird. Wir hoffen, allein durch die Bekanntmachung dieser Verordnung, die im Kreis Radom-Land, Stadt und Tomaschow herumstreunenden Juden wieder los zu werden. Seit einigen Tagen liegt die Fleckfieberbekämpfung in Händen des Herrn Prof. Kudicke in Warschau, der vom Herrn Präsidenten Walbaum mit weitgehenden Vollmachten für das Generalgouvernement ausgestattet wurde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ich mit meinem gesamten Mitarbeiterstab die Bekämpfung des Fleckfiebers wie bisher, als meine dringendste Aufgabe betrachte und den Herrn Prof.Kudicke mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterstütze. Ich hoffe, dasses ihm durch Ihre Hilfe, Herr Generalgouverneur, bei der Beschaffung von Kohle usw. gelingen wird, die grosse Gefahr von uns abzuwenden.

Was den Gesundheitszustand der Reichsdeutschen anbetrifft, so kann man dazu sagen, dass er trotz vieler Gefahren, die dem Reichsdeutschen hier in einem fremden Milieu drohen, ein guter ist. Ausser den üblichen Sommerdiarrhoen, die wohl manchmal ruhrähnlichen Charakter angenommen haben, ist im grossen und ganzen nichts Ernstliches passiert. Die Ernährungslage der Reichsdeutschen ist sehr gut, für Unterhaltung in der freien Zeit wird noch gesorgt werden, ein Stadion mit Schwimmbad sorgt im Sommer für körperliche Ertüchtigung. Dagegen fehlt im Winter die Badegelegenheit beinahe vollständig. Die hier vorhandene Badeanstalt ist unzureichend und entspricht nicht der Hygiene. Auch das Wohnungsproblem ist ungenügend gelöst, insofern als noch kein deutsches Viertel vorhanden ist und dadurch der Deutsche mancherlei Gefahren auch in gesundheitlicher Hinsicht ausgesetzt ist, denen er nicht ausgesetzt wäre, wenn er nicht mit schmutzigen Polen zusammen wohnen müsste. Ich erinnere nur daran, dass in den meisten Wohnungen die Badegelegenheit fehlt, und die Abortverhältnisse ekelerregende sind.

Ich bin am Schluss meines gedrängten Berichtes, und danke allen hier anwesenden Herren für die tatkräftige Unterstützung, die ich während meiner zweijährigen Tätigkeit im Generalgouvernement für Führer und Volk erfahren durfte.

Radom, den 4.November 1941.

8

Regierungssitzung

Montag, den 20. Oktober 1941

im Dienstgebäude der Distriktsverwaltung

K r a k a u .

=====

Gefertigt in 3 Exemplaren

1. f.d.A. d.Kanzl.d.GG.
2. f. StS. Dr. Bühler
3. f. Gouverneur Dr. Wächter - Krakau.

Meurer

IV/3

Beginn der Sitzung: 10^{30} Uhr.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Herr Gouverneur, meine Herren! Zum ersten Male treffen wir uns hier im Distrikt Krakau. Ich freue mich über diese Tagung. Wir sind Ihrer Einladung, Herr Gouverneur, gern gefolgt. Wir haben in den drei Distrikten Warschau, Lublin und Radom festgestellt, daß die Arbeit des Generalgouvernements in allen Sparten der Verwaltung in großartiger Entwicklung ist, daß sich die gesamte Verwaltung durchaus fähig zeigt, die Schwierigkeiten, die der kommende Winter zweifellos im höchsten Maße für das Generalgouvernement bringen wird, zu meistern.

Über ihre Arbeitsgebiete berichten sodann

1. der Gouverneur des Distrikts Krakau SS-Brigadeführer Dr. Wächter,
2. der SS- und Polizeiführer des Distrikts Krakau Scherner,
3. der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung Rechtsanwalt Bauer,
4. der Leiter der Abteilung Wirtschaft Regierungsrat Dr. Brandl,
5. der Leiter der Abteilung Bauwesen Dipl. Ing. Dr. Pohl,
6. der Leiter der Abteilung Propaganda Studienrat Dr. Kracher,

(Die Referate sind dem Protokoll als Anlage beigefügt).

1) Zum Referat des Gouverneurs Dr. Wächter:

Auf die Frage des Gouverneurs Dr. Wächter, ob die Viehpreise nicht etwas erhöht werden könnten, erwidert geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß die Viehpreise selbstverständlich nur im Rahmen der allgemeinen Preisangleichung erhöht bezw. die Produktionsmittelpreise höher gesetzt werden könnten.

Im Zusammenhang mit der Personalfrage erklärt Regierungsdirektor Dr. Gstöttenbauer, daß nunmehr für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Generalgouvernements, den Distriktverwaltungen und dem Personalamt Sorge getragen sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Wächter, daß die Stadt Krakau zur Zeit ungefähr 24 000 Deutsche zähle. Dazu gehöre die Beamtenschaft auch der Post und der Ostbahn, nicht aber die kasernierte Polizei, SS und die Wehrmacht.

Die Behandlung der Wohnungsfrage im Referat gibt Ministerialrat Wille Veranlassung, auf einen Erlaß der Hauptabteilung Arbeit über die Zuständigkeit des Wohnungsamts bei der Bewirtschaftung der Diensträume hinzuweisen. Durch diesen Erlaß solle es unmöglich gemacht werden, daß das Wohnungsamt über Räume, die schon von deutschen Dienststellen als Dienstgebäude bewohnt würden, irgendwie anderweit verfüge.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß durch Abänderung der ersten Verordnung auch eine Zuständigkeit der einzelnen Verwaltungen im Wohnungswesen geschaffen werde.

Präsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß die Wohnraumbewirtschaftung eigentlich zur Hauptabteilung Arbeit ressortiere. Angesichts der starken Anforderungen von Wohn-

raum stehe allerdings im Städtischen Wohnungsamt eine Kartothek für diese Wohnraumzwecke zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß diese Frage erneut in der Regierung besprochen werde, und gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß das Städtische Wohnungsamt die einzige maßgebende Verteilungsbehörde sei.

Die Bitte des Gouverneurs Dr. Wächter, daß die Fertigstellung aller Wohnbauten zumindesten im Interesse der deutschen Wohnungswirtschaft ermöglicht werde, gibt Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die dafür zur Verfügung gestellten Mittel aufgebraucht seien, weitere Mittel jedenfalls nach Angabe der Finanzabteilung bis jetzt nicht bereitständen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß, wenn genügend Arbeitskräfte und Material zur Verfügung ständen, gebaut werden sollte. Wenn diese Bautätigkeit nicht indirekt zu einer Belastung des Reiches, des Transportwesens und der Bedürfnisse des Krieges führe, dann dürfe man unter keinen Umständen etwa eine Bausperre aussprechen.

Finanzpräsident Dr. Senkowski schlägt eine genaue Regelung vor, in der die Ausnahmen von der Bausperre festgestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Befriedigung über den Bau von Straßen in Krakau Ausdruck. Im übrigen könne er feststellen, daß der Führer großes Interesse an dem baulichen Schicksal der Stadt Krakau nehme. Der Begriff "Nürnberg des Ostens" für die Stadt Krakau müsse unbedingt Allgemeingut werden.

2) Zum Referat des SS- und Polizeiführers Scherner.

SS- und Polizeiführer Scherner legt dem Herrn Generalgouverneur eine Karte über die Einteilung und Gliederung der Widerstandsbewegung im Generalgouvernement vor.

Der Herr Generalgouverneur mahnt im Hinblick auf die Tätigkeit der Widerstandsbewegung zu größter Vorsicht bei der Verwahrung von geheimen Dienstakten und Aktenstücken. Es sei geradezu ein Verbrechen, wie oft mit dienstlichen Schriftstücken von Männern umgegangen werde, die sonst ihre dienstliche Pflicht vorbildlich erfüllten, hier aber größte Sorglosigkeit an den Tag legten. So habe sich im Distrikt Radom ein ungeheuerlicher Fall zugetragen, der zur Verhaftung einer ganzen Gruppe von polnischen Bediensteten aller Art geführt habe. Es habe sich lediglich um Dienstmädchen, Diener und Kutscher polnischer Nationalität gehandelt, die im Dienste des Generals Sikorski hier gearbeitet hätten. Wenn ihm der geringste Fall bekannt werden würde, in welchem eine solche Nachlässigkeit Schriftstücke geheimer Art in den Besitz der Polen spielte, werde er rücksichtslos den deutschen Beamten zur Verantwortung ziehen. Diese seine Anordnung müsse auch den unteren Instanzen bekannt werden.

Weiter gibt der Herr Generalgouverneur die Anweisung, daß die Frage der Besoldung der Polnischen Polizei demnächst einer eingehenden Prüfung unterzogen werde. Die vielfach abgetragenen Uniformen der polnischen Polizisten müßten durch neue ersetzt werden. Auch den polnischen Kriminalbeamten, die ihren Dienst in Zivil täten, müsse eine entsprechende Beihilfe gewährt werden.

Als erfreulich bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Tatsache, daß der Einsatz des Einzeldienstes der Schutzpolizei erweitert worden sei. Diese Feststellung habe er auch in Warschau getroffen. Wenn man z.B. der Stadt Krakau ein deutsches Gepräge geben wolle, so könne das vor allem dadurch geschehen, daß deutsche Polizei auf der Straße zu sehen sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Major von Dazur, daß nach einer Anordnung des Reichsmarschalls die Fahrzeugverdunklung während des Krieges nicht aufgehoben werden dürfe.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß eine der wichtigsten Fragen

1. die Aufbesserung der Bezüge der polnischen Polizei sei;
2. müsse eine disziplinäre Anweisung an alle Dienststellen dahin ergehen, daß bei Kontrollen auch den polnischen Polizeibeamten Auskunft von jedem Reichsdeutschen, gleich welchen Dienstranges, gegeben werde.

3) Zum Referat des Leiters der Abteilung Innere Verwaltung Rechtsanwalt Bauer:

Hier nimmt der Herr Generalgouverneur besonderes Interesse an der von Rechtsanwalt Bauer angeregten Schaffung eines Distriktausgleichsfonds.

4) Zum Referat des Leiters der Abteilung Wirtschaft Regierungsrat Dr. Brandl:

Präsident Dr. Emmerich weist im Zusammenhang mit dem Transportproblem darauf hin, daß auf der Weichsel einige Galeeren zur Verfügung ständen, die derDistrikt Krakau selbst angeschafft habe. Dieser Verkehr solle auch weiterlaufen.

5) Zum Referat des Leiters der Abteilung Bauwesen Dipl.Ing. Dr. Pohl:

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Dr. Pohl, daß die Frage des Ausbaues des Krakauer Bahnhofs im wesentlichen von der Herstellung des Bebauungsplans für Krakau abhängig sei.

Vizepräsident Fatken bemerkt, daß die Generaldirektion der Ostbahn mit Dr. Stahl über die Verlegung der verschie-

denen Bahnhofanlagen verhandelt habe und man im wesentlichen zu einer Einigung gekommen sei. Immerhin sei es noch nicht möglich gewesen, eine endgültige Lösung dieser Frage zu finden, weil auch noch die finanzielle Seite dieses Projekts geklärt werden müsse.

6) Zum Referat des Leiters der Abteilung Propaganda Studienrat Dr. Kracher:

Der Herr Generalgouverneur bemängelt die Qualität der in den deutschen Filmtheatern des Generalgouvernements gezeigten Filme.

Ferner gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß das SS- und Polizeitheater nur einer Organisation zur Verfügung stehen solle. Dieser Raum werde unbedingt für allgemeine kulturelle Zwecke gebraucht. Er weise deshalb Gouverneur Dr. Wächter an, sofort die Verhandlungen mit der zuständigen Instanz der Polizei aufzunehmen. Er sei auch bereit, der Polizei die von ihr für die Instandsetzung dieses Theaters aufgewendeten Kosten zu ersetzen.

Ebenso wendet sich der Herr Generalgouverneur mit Entschiedenheit gegen den von einem Herrn Wortelmann geleiteten Theatergastspieldienst.

Im Anschluß an die Referate nimmt Amtschef Ministerialrat Wolsegger Stellung zu einigen wichtigen Fragen. Angesichts des geringen Personalstandes könne man selbstverständlich hinsichtlich der Urlaubsregelung nicht den Maßstab anlegen, an den man im Frieden gewöhnt sei.

Das Wesen der ersten Instanz bestehe darin, daß der Kreishauptmann persönlich aus eigener Anschauung den Kreis und alle für die Verwaltung des Kreises maßgebenden Faktoren kenne. In dem Augenblick, in dem sich der Kreishauptmann zurückziehe und sich auf untergeordnete Instanzen wie etwa den Land- oder Stadtkommissar stütze, werde er sozusagen Regierungspräsident und büße damit den Charakter der ersten Instanz ein.

Der Geist der Beamtenschaft im Distrikt Krakau sei im allgemeinen ausgezeichnet. Bis zu einem gewissen Grade leide man allerdings darunter, daß die Beamten und Angestellten, aus ihrer Familie herausgerissen worden seien. Nun gebe es bedauerlicherweise Ortschaften, in denen jede Möglichkeit einer kulturellen oder sonstigen Betreuung der Beamten und angestellten fehle. Die Folge sei, daß in einigen Kreishauptmannschafter eine weitgehende Veralkoholisierung der Beamtenschaft eingetreten sei.

Die Verabschiedung des Stellenplans müsse möglichst bald erfolgen. Die Beamtenschaft lebe in steter Sorge um die Aufrechterhaltung ihrer Beförderungsmöglichkeiten. Beamte, die heute in der Heimat tätig seien, würden befördert, ohne Rücksicht darauf, daß ihre Vordermänner hier im Generalgouvernement Dienst täten.

Präsident Dr. Emmerich dankt dem Leiter der Abteilung Wirtschaft Dr. Brandl, daß er auf den Mangel an Beamten hingewiesen habe, der sich gerade in der Wirtschaftsabteilung besonders fühlbar gemacht habe. Die Hauptabteilung Wirtschaft sei erst im Juni 1940 in ihr endgültiges Organisationsstadium eingetreten, also zu einem Zeitpunkt, in welchem für das Hereinholen von Beamten aus dem Reich im wesentlichen der Moment ungünstig war. Wenn daher im vorigen Jahr in der Wirtschaftsverwaltung nicht alles auf allen Sektoren zufriedenstellend gewesen sei, so deshalb, weil er gewissermaßen mit einer Schar von freien Künstlern die Schwierigkeiten zu meistern gezwungen gewesen sei. Inzwischen sei es gelungen, durch intensive Arbeit eine Tradition in die Gemeinschaft der Wirtschaftsverwaltung hineinzutragen. Er danke dem Leiter der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Krakau ganz besonders für die ihm dabei geleistete Unterstützung. Die Zusammenarbeit zwischen Hauptabteilung und Distriktabteilung sei ideal gewesen. Die besonderen Fähigkeiten des Leiters der Wirtschaftsabteilung im Distrikt Krakau seien auch Veranlassung gewesen, ihn für die Reorga-

nisation der Wirtschaftsabteilung im Distrikt Radom sowie für die Beratung bei der Errichtung einer Abteilung Wirtschaft im Distrikt Galizien einzusetzen.

Die persönliche und räumliche Fühlungnahme der Hauptabteilung Wirtschaft mit der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Krakau habe es ermöglicht, über alle Probleme regelmäßig einen Gedankenaustausch stattfinden zu lassen, der die Ausschaltung von Mißverständnissen gewährleiste.

Gerade für den Distrikt Krakau sei es besonders schmerzlich gewesen, auf das Krakauer Kohlenrevier zu verzichten. Man habe sich bemüht, dieses Revier, das beinahe seine gesamte Produktion in das Generalgouvernement liefere, auch weiter in ein enges Verhältnis zum Generalgouvernement zu bringen. Er habe mit dem Oberberghauptmann im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit dem Ziele geführt, dieses Kohlenvorkommen, an dem die Stadt Krakau zu 30 %, die Stadt Lemberg zu 40 % früher beteiligt gewesen seien, dem Generalgouvernement wieder zu Eigentum zu überlassen. Er habe dabei auf die Minderwertigkeit der Kohle und ihren geringen Kaloriengehalt hingewiesen. Man werde sich im Reich keineswegs um diese Kohle reißen, da in Oberschlesien bessere Kohle in größerer Menge zur Verfügung stehe. Leider sei er in Berlin mit dieser seiner Anregung nicht durchgedrungen. Wie man ihm gesagt habe, beabsichtige man gerade mit dieser geringwertigen Kohle eine Energieversorgung zu betreiben. Der Gauleiter von Oberschlesien habe einen Plan ausgearbeitet, nach welchem in der oberschlesischen Verbundswirtschaft das Schwergericht der Energiewirtschaft in ..... liegen solle. Man sei also darauf angewiesen, auf dem Gebiet der Energiewirtschaft eine Zusammenarbeit anzustreben. Übrigens habe ihm der Oberberghauptmann erklärt, daß es nach den vorliegenden geologischen Erkundungen so gut wie sicher sei, daß sich das oberschlesische Steinkohlenvorkommen auch in das Gebiet des Generalgouvernements erstrecke und dieses sich die Kohle selber erarbeiten solle. Nun habe man bisher die Grube Christine gehabt, die unter sehr ungünstigen Förder-

ergebnissen gestanden habe. Das Amt für Bodenforschung sei aber im Begriff, einen Versuchsschacht niederzubringen, um sich die Gewißheit zu verschaffen, ob der Kohlenbergbau in dem Raume westlich der Stadt Krakau bis zur Grenze übernommen werden könnte.

Die Stadt Krakau liege in einer Nahzone zu den Gruben, und diese Lage lasse mit verhältnismäßig großer Ruhe der Kohlenfrage im Distrikt Krakau entgegensehen. Die Gesamtdispositionen der Kohlenbewirtschaftung müßten davon ausgehen, eine größt mögliche Menge von Kohle zunächst an die Grenze zu holen, weil das Generalgouvernement transportmäßig nach der Art der Bewirtschaftung des Reiches von einem System der Waggonrepartierung abhängig sei, dem man sich für Sonderwünsche nicht entziehen könne.

So zerfalle der Kohlenbezug des Generalgouvernements in den Bezug einer Nahzone und einer ferneren Zone, wobei die geschlossenen Kohlenzüge, die verkehrsmäßig besonders erwünscht seien, weil sie die Bahn möglichst wenig belasten, in die Fernzone gelenkt würden, während alle sonstigen Möglichkeiten des Hereinholens von Kohle in anderen Verkehrswegen für die Nahzone gesucht werden müßten. Das sei auch der Grund dafür, weshalb man den verfügbaren Kahnraum der Weichselschiffahrt in erster Linie für die Versorgung der Stadt Krakau einsetze und dadurch in die Lage versetzt werde, entsprechend mehr von dem zur Verfügung stehenden Waggonraum in die ferneren Distrikte zu leiten. Der Bau von Galeeren sei in diesem Sommer günstig fortgeschritten. Allerdings müsse man dabei bedenken, daß es sich bei diesen Galeeren um ein recht rückständiges Transportmittel handle. Die einzelne Galeere könne nur 50 t fassen und werde von Flößern heruntergetrieben. In 7 Tagen sei der Umlauf von der Grube bis zur Stadt vollzogen. Die Bergfahrt erfolge mit Schleppern, die auch nur in beschränkter Zahl zur Verfügung ständen.

Ein ernstes Problem stelle die <u>Treibstoffversorgung</u> dar. Im Reich werde immer wieder der Meinung Ausdruck gege-

ben, daß im Generalgouvernement zu großzügig gewirtschaftet würde. Die Tatsache, daß das Erdöl im Lande gewonnen werde, werde zum Anlaß genommen, um der Wirtschaft in ihrer engen Grundlage nach Möglichkeit zu helfen. Der Einsatz von Dieselöl, aber auch von Benzin könne eigentlich wirtschaftlich nicht vertreten werden. Im Rahmen des möglichen werde überall dort eingegriffen, wo Notstände vorhanden seien. Andererseits müsse aber auch bei den Distrikten ein Verständnis dafür bestehen, daß man hier Aufgaben des Reiches Rechnung zu tragen habe. Was die Zuständigkeitsabgrenzung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, der Kammerorganisation, angehe, so sei eine Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Einrichtung der Zentralkammer und der Distriktskammern für die gesamte Wirtschaft in Vorbereitung. Sobald diese Durchführungsverordnung vorliege, werde er eine zweitägige Besprechung zwischen den Wirtschaftsabteilungen und den Vertretern der Selbstverwaltungsorganisation einberufen, in der dann über die Zusammenarbeit und die Zuständigkeitsbegrenzung endgültig gesprochen werde. Er hoffe, daß die entsprechende Verordnung noch im kommenden Monat vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet werden könne, damit die notwendige Bereinigung erfolgen könne.

Präsident Westerkamp nimmt zu den beiden grundsätzlichen Verwaltungsproblemen Stellung und geht dabei von der These aus, daß die Regierung regiere, daß in der Mittelinstanz die Aufsicht geführt und ein in sich geschlossener Bereich verwaltungsmäßig erfaßt, daß in der unteren Instanz bei den Kreishauptleuten im einzelnen verwaltet und gestaltet werde. Nun sei allerdings in der Zeit der Not manches Gebiet gezwungen, zu einer starken Konzentrierung überzugehen. Er denke da insbesondere an die wirtschaftlichen Probleme, die an die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und die Abteilung Innere Verwaltung heran-

treten. So müsse z.B. auf dem schwierigen Gebiet der Fleischzuteilung das letzte Stück Fleisch gewissermaßen von Krakau aus verteilt werden. Solchen Notwendigkeiten müsse man Rechnung tragen. Aber auch eine andere Problematik müsse klar erkannt werden. Der verantwortliche Leiter eines Sachgebiets müsse sich führungsmäßig mit seinem Sachgebiet durchsetzen. Er glaube jedoch vielfach, seine Führungsbelange auf diesem Gebiet nur dann wirklich durchsetzen zu können, wenn er alles in der Hand behalte. Diese Schlußfolgerung sei aber falsch. Im Prinzip sei es doch wohl richtig, alle diese Dinge in den Distrikt zu verlagern. Die Regierung müsse sich darauf beschränken, den Rahmen zu ziehen, müsse allerdings eisern darauf halten, daß dieser Rahmen innegehalten werde. Damit seien dann auch die unteren Instanzen meist einverstanden. Im Rahmen der allgemeinen Verwaltung werde eine Dezentralisierung möglich sein, weniger schon bei der Wirtschaft. Die schwierigste Kunst der Verwaltung sei wohl in der Zentrale, aber vielleicht auch im Distrikt, die Beschränkung auf das wirklich Notwendige.

Was die Schaffung eines Ausgleichsfonds angehe, so sei eine endgültige Stellungnahme noch nicht möglich, weil gewisse Fragen erst geklärt werden müßten, so vor allem die Frage, ob dieser Ausgleichsfonds groß genug sein würde, um die Aufteilung in fünf Distrikte zu ertragen.

Das zweite Problem sei dasjenige der Einschaltung der Selbstverwaltung. Man stehe im Generalgouvernement vor der Frage, wie man mit der Arbeit fertig werde, womit man sich belasten solle und was man anderen übertragen könne. Jedenfalls werde man der Lösung dieser Frage nicht mehr lange ausweichen können. Dabei müsse man allerdings genau prüfen, ob der Selbstverwaltung nicht etwa zuviel in die Hand gegeben werde. Einige Kreishauptleute hätten sich selber geholfen. Ein Kreishauptmann habe z.B. eine Verwaltungsnebenstelle eingerichtet, habe sie dann allerdings wieder aufgehoben, weil er der Meinung gewesen sei, er sei dazu nicht befugt. Dieser Kreishauptmann habe alle kleineren Dinge der

Verwaltung, mit denen man die deutschen Beamten einfach nicht belasten dürfe, polnischen Bediensteten übertragen. Im übrigen müsse wohl zugegeben werden, daß die Verwaltungstätigkeit praktisch wirklich mehr Aufsicht als Verwaltung sei. Er denke hier nicht an die Regierung oder die Distrikte. Wenn aber ein Kreishauptmann mit seinen wenigen deutschen Mitarbeitern 90 % polnische Angestellte habe, dann bedeute das praktisch eine Aufsicht.

Der Herr Generalgouverneur hält eine eingehende Prüfung dieser Frage für notwendig und meint, daß hier ein System geschaffen werden müsse. Jedenfalls dürfe man die Dinge sich nicht örtlich, sondern von oben her entwickeln lassen angesichts der Gefahr, daß sich sonst der Einfluß der Polen zu stark steigern würde.

Präsident Westerkamp geht dann auf die Frage ein, ob es sich empfehle, große oder kleine Kreishauptmannschaften zu bilden. Bei kleinen Kreishauptmannschaften sei jedenfalls die Einheitlichkeit der Verwaltungsführung sehr erschwert, weil die verschiedenen Fachgebiete nicht auf zu kleinem Gebiete verwaltet werden könnten.

Für die Beurteilung der Frage, welche Abteilung für den Verkehr zuständig sei, sei zweifellos die Tatsache von Bedeutung, daß der Verkehr der Wirtschaft diene. Die Wirtschaft sei aber nicht nur in der Hauptabteilung Wirtschaft zusammengefaßt, sondern zur Wirtschaft in diesem Sinne gehörten auch Ernährung und Landwirtschaft, Eisenbahn, Post, Bauwesen und Forsten. Die Einheit des Verkehrs werde dadurch gewährleistet, daß er in der inneren Verwaltung zusammengefaßt werde.

Der Stellenplan werde in absehbarer Zeit verabschiedet werden können. Seine Veröffentlichung werde vielleicht Veranlassung zu einiger Kritik geben, weil er sicherlich nicht vollkommen sei. Ausgangspunkt für die Schaffung des Stellenplans sei der Gedanke gewesen, für den jetzigen Ist-Bestand

eine Grundlage mit einer genügenden Reserve zu schaffen. Hier werde es natürlich noch einer gewissen Entwicklung bedürfen.-Wenn man das Wohnungswesen in der Stadt Krakau lenken wolle, müsse es unbedingt einheitlich zusammengefaßt werden. Zur Zeit sei die Lage so, daß man sich gewissermaßen selbständig machen müsse, wenn man nicht vor den Schwierigkeiten kapitulieren wolle. Da oft neue Mitarbeiter keine Wohnung mehr finden könnten, bestehe bei jeder Sparte das Bestreben, ein kleines Reservoir zu schaffen. Aus diesem Grunde müsse das Wohnungsamt mit einer maßgebenden Autorität ausgestattet werden. Im übrigen müsse man bedenken, daß Krieg sei und deshalb in der Regel für einen Beamten oder Angestellten ein Zimmer genüge. Jedenfalls müsse hier ein gerechter Maßstab gefunden werden.

Für die Zuteilung von Heizmaterial an die Deutschen sei bisland in erträglichem Maße Sorge getragen. Leider koste aber die Zufuhr des Materials 200 % des Kohlenpreises. Hier müsse unbedingt eine zweckentsprechende Organisation geschaffen werden.

Die Verdunklungsmaßnahmen würden jetzt von der Polizei scharf durchgeführt werden. Allerdings sei es für Benutzer von Kraftfahrzeugen lebensgefährlich, mit dem kleinen Licht zu fahren.

Wenn in einer Übersicht über die Dienststellen des Distrikts Krakau ein Stadthauptmann und 12 Kreishauptleute unter der Abteilung Innere Verwaltung angeführt würden, dann liege hier wohl ein Versehen vor. Die Kreishauptleute seien keineswegs in höherem Maße Organe der Inneren Verwaltung als jeder anderen Abteilung, sondern ständen allen Abteilungen in gleicher Weise zur Verfügung.

Präsident Dr. Frauendorfer weist auf das starke Mißverhältnis zwischen den in der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft gezahlten Löhnen und den Lebenshaltungskosten hin. Hier müsse man durch gewisse Aufbesserung der Löhne im Einzelfall Härten ausgleichen. Von Seiten der Abteilung Arbeit habe man sich auch durch Schaffung von Tarif-

ordnungen einigermaßen den Erfordernissen der Zeit anzupassen gesucht. Im übrigen bedürfe es hier nur eines einfachen Hinweises auf eine nationalsozialistische Erkenntnis, die nicht etwa aus der Wirtschaft, sondern aus der Politik stamme: in einer geordneten Volkswirtschaft ständen sich das vorhandene Geld und die vorhandenen Mengen an Lebensgütern im ausgeglichenen Verhältnis gegenüber. Jetzt aber habe man die Tatsache zu verzeichnen, daß die Geldseite infolge des anfallenden Verdienstes größer geworden sei, aber die gegenüberstehenden Mengen von Gütern auf vielleicht 20 oder 30 Einheiten ausammengeschmolzen sei. Daraus ergebe sich, daß der Wert des Geldes an sich auf ein Fünftel gesunken sei. Alle Überlegungen und organisatorischen Maßnahmen könnten diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Man könne höchstens dafür sorgen, daß für die unbedingt lebensnotwendigen Dinge im Wege einer Preisüberwachung das Mißverhältnis nicht all zu groß werde. Von einer Mehrzuteilung von Geld sei nichts zu erwarten. An dieses Problem könne man nur von der Versorgungsseite her herantreten. Man könne sich höchstens bemühen, diesem Geld so viel wie möglich Einheiten gegenüberzustellen und dadurch das Einkommen in ein erträgliches Verhältnis zu den Preisen der Verbrauchsgüter zu bringen.

Die Sozialversicherung arbeite finanziell mit ausgezeichneten Ergebnissen. Es sei möglich, die an sich sehr niedrig liegenden Renten in der gesamten Rentenversicherung zu erhöhen. Eigenartigerweise hätten sich verschiedene Ressorts dagegen gewendet mit der Begründung, daß eine Erhöhung der Rentenbezüge auch eine Erhöhung aller übrigen Bezüge nach sich ziehen müßte. Diese Befürchtung sei aber angesichts der geringen Höhe der Renten unbegründet.

Die Hauptabteilung Arbeit habe bisher über 400 000 Landarbeiter und 100 000 gewerbliche Arbeiter, und zwar qualifizierte Kräfte, ins Reich vermittelt. Der Reichsarbeitsminister habe ausdrücklich anerkannt, daß damit von Seiten des Generalgouvernements ein entscheidender Beitrag für die Wirtschaft des Deutschen Reiches geleistet worden sei.

Gegenüber der Klage, daß Arbeiter aus den Betrieben weggenommen würden, müsse daran erinnert werden, daß die Arbeitsämter im Generalgouvernement die Arbeit vermittelten. Es würden ungeheure Mengen von Menschen umgesetzt und diese Arbeit sei unvergleichlich viel größer, weil viele Arbeiter aus wirtschaftlichen Erwägungen den Arbeitsplatz wieder verließen. Die Folge sei, daß so und so oft vermittelt werden müsse, bis ein Arbeitsplatz mit einer ständigen Arbeitskraft ausgefüllt sei. Auf diesem Gebiet gebe es Notwendigkeiten, die anderen vorangehen müßten. Hier spielten vor allem die Anforderungen der Wehrmacht und der Organisation Todt eine große Rolle. Es sei selbstverständlich, daß für einen solchen Zweck aus einem Betrieb einige Mann abgezogen werden müßten.

Er begrüße es, daß sich in der Frage der polnischen Arbeiter im Laufe des letzten Jahres dank der Bemühungen der Hauptabteilung Wirtschaft und insbesondere der Unterstützung durch den Herrn Generalgouverneur doch eine Wandlung zu einer im allgemeinen erträglichen Behandlung und Auffassung dieses Problems vollzogen habe. Im Reichsarbeitsministerium sei unter Zustimmung sämtlicher beteiligten Ressorts festgestellt worden, daß diejenigen Polen, die im letzten Jahr auf 9 Monate verpflichtet worden seien, grundsätzlich wieder ins Generalgouvernements entlassen werden sollten, daß aber auch denjenigen, die früher vermittelt worden seien, ein mehrwöchiger Urlaub ins Generalgouvernement gewährt werden solle. Die Lösung dieser Frage sei von der Transportmöglichkeit abhängig gemacht worden. Aus dieser Maßnahme ergebe sich, auch psychologisch gesehen, eine bessere Werbungsmöglichkeit. Als Leiter einer Verwaltung, die zu den volksnahesten gehöre, gehe er auf die Unterscheidung zwischen eigener Arbeit und Aufsicht ein. Die Aufsicht würde zur Voraussetzung haben, daß ein fremdes Gedankengut von einem anderen verwirklicht und von der Hauptabteilung Arbeit nur kontrolliert werde, während die Arbeit der Hauptabteilung in erster Linie dem Zwecke diene,

die eigenen Planungen und Initiativen, wenn auch durch fremde Kräfte, nach einem bestimmten System durchzuführen.

Vielleicht wäre es Aufgabe der Partei, den Deutschen im Generalgouvernement für die weitere Zukunft gewisse Richtlinien der Entwicklung des Generalgouvernements aufzuzeigen. Da über diese Dinge nicht ganz klar gesprochen werden könnte, habe sich jeder entsprechend der Auffassung seines Amts- oder Behördenchefs eine Art Privatmeinung zugelegt.

Trotz der großen Zahl von Arbeitervermittlungen nach dem Reiche werde selbstverständlich dafür gesorgt, daß die Arbeitskräfte, die im Generalgouvernement an Fach- oder ungelernten Arbeitern benötigt würden, jederzeit voll zur Verfügung ständen. So seien 80 000 Rüstungsarbeiter und 55 000 Arbeiter für den Straßenbau zur Verfügung gestellt worden.

Finanzpräsident Senkowski berichtet, daß die Entwicklung der Einnahmen in der letzten Zeit auch weiter günstig gewesen sei. Das gelte sowohl für die Besitz- und Verkehrssteuern, wie auch für die Zölle, die Verbrauchssteuern und die Einnahmen der Monopolverwaltung.

Die Bausperre habe die Anforderungen von Mitteln für das Bauwesen geringer werden lassen. Andererseits zeige sich, daß fast kein Kostenvoranschlag tatsächlich eingehalten werden könne; abgesehen von den Grundbaustoffen, die straff bewirtschaftet seien, bei denen auch eine einheitliche Preispolitik durchgeführt werden könne, seien die Preise für die Innengestaltung derartig gestiegen, daß in jedem einzelnen Fall mit einer nachträglichen Erhöhung der Kosten gerechnet werden müsse. Diese Erscheinung könne den gesamten Finanzaufwand für das Bauwesen grundsätzlich gefährden. Wenn man heute ~~für das~~ beispielsweise nur 300- oder 400 Millionen Zloty für das Bauwesen zur Verfügung stellen könne, sich dann aber während der Durchführung des Baues herausstelle, daß aus Preissteigerungsgründen, für die die Finanzabteilung nicht verantwortlich sei, eine Erhöhung um 150 Millionen

Zloty erforderlich sei, so müsse die Finanzverwaltung doch in dieser oder jener Hinsicht Zurückhaltung üben. Es wäre deshalb vielleicht nicht unzweckmäßig, über die Bewirtschaftung der Baustoffe hinaus die Preisgestaltung auch auch gewisser anderer für das Bauen notwendigen Materialien entsprechend straff in die Hand zu nehmen.

Für die Beurteilung der Frage, ob die volksdeutschen und polnischen Beamten ausreichend besoldet seien, sei die Kaufkraft des Geldes maßgebend. Die Gehälter, die sie bekämen, reichten bestimmt für die Lebensmittelkartenzuteilung aus. Aber sie erhielten ja zumeist nicht einmal das, was sie auf die Karte erhalten sollten. Eine Erhöhung der Gehälter um 30 % würde überhaupt keine praktische Bedeutung haben. Darum entschließe sich die Finanzabteilung auch so schwer, an Gehaltserhöhungen heranzugehen. Wolle man die Währungsstabilität aufrechterhalten, dann könne man höchstens zu dem Naturalversorgungssystem übergehen, das vielfach schon angewendet werde. Die Schaffung von Einheitsküchen habe den großen Nachteil, daß gerade der wertvolle Mitarbeiter aus polnischen Kreisen sich nicht satt esse, wenn seine Frau und seine Kinder nicht zu essen hätten. Deshalb wolle man auch den Versuch machen, die Familienangehörigen in dieser Verpflegung einzubeziehen.

Oberregierungsrat Wessel gibt der Auffassung Ausdruck, daß der Verkehr grundsätzlich nicht in eine einzelne Wirtschaftssparte eingeordnet werden dürfe. Das sei beim Eisenbahnverkehr selbstverständlich. Beim Kraftwagenverkehr komme man auch langsam zu dieser Entwicklung. Gerade im Generalgouvernement sei nicht die Hauptabteilung Wirtschaft, sondern vielmehr die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auf die Transporte auf der Straße angewiesen. Hier würden bei der Ernteerfassung und der Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Verkehr die größten Anforderungen gestellt. Man habe gerade jetzt wieder großen Transportraum aus dem Reich heranziehen müssen, um den An-

forderungen der Ernteerfassung Rechnung zu tragen. Neuerdings sei auch ein Transportbeauftragter in den Distrikten ernannt worden, der in Zusammenarbeit mit sämtlichen Verkehrsträgern den Transportraum so einsetzen solle, wie er im Interesse der Wirtschaft des Generalgouvernements am besten eingesetzt werden könne. Die Voraussetzungen für das Arbeiten der Verkehrsabteilung innerhalb der Inneren Verwaltung seien gegeben. Obwohl man das Transportproblem im Generalgouvernement immer wieder als eines der Kardinalprobleme angesehen habe, so sei doch leider der Straßenverkehr von Anfang an als fünftes Rad am Wagen betrachtet worden. Im August 1940 habe es eine eigentliche Verkehrsverwaltung im Generalgouvernement überhaupt nicht gegeben.

Er habe seiner Zeit darauf hingewiesen, daß der Wirkungsbereich einer Verkehrsverwaltung sehr viel größer werden würde. Aber es habe nicht die Möglichkeit bestanden, den Verkehr in eine Abteilung einzugruppieren, sondern er sei lediglich zum Referent für den Straßenverkehr ernannt worden. Bei der Organisation der Regierung des Generalgouvernements sei die Möglichkeit, den Verkehr selbständig einzugruppieren, nicht erörtert worden. Er habe es für richtig gehalten, den Verkehr der Hauptabteilung Innere Verwaltung einzugliedern, um so mehr, als in dieser Abteilung Berührungspunkte mit der Verkehrspolizei und der Verkehrstechnik beständen. Eine Arbeit im Rahmen der Inneren Verwaltung sei durchaus möglich, wenn auch der Straßenverkehr innerhalb dieses großen Arbeitsbereiches etwas zurücktrete und in seiner eigentlichen Bedeutung nicht erkannt werde. Diese Beobachtung könne man in der gesamten Verwaltung wie auch in der Distriktsverwaltung machen. Ihm sei auch aufgefallen, daß bei den Regierungssitzungen in den Distrikten kein einziger Distrikt den Transportbeauftragten habe zu Wort kommen lassen. Er sei auch bislang zu der Erörterung von grundsätzlichen Fragen nicht herangezogen worden, habe auch an keiner Sitzung des

Wirtschaftsrats teilnehmen können. Der Versuch, ein großes gemischtwirtschaftliches Unternehmen Generalgouvernement zu schaffen, sei an dem Widerspruch der Abteilungen Ostbahn und Wirtschaft gescheitert. Er wolle jetzt aber dazu übergehen, Verkehrsbetriebe aus dem Reich in größerem Umfange hereinzuziehen.

Man könne seiner Ansicht nach nur mit einem motorisierten Verkehr wirtschaften, wenn man den Belangen von Handel und Gewerbe genügen wolle. Ob das den Intentionen der Gesamtwirtschaft entspreche, sei ihm nicht bekannt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt sich Oberregierungsrat Wessel damit einverstanden, daß das Straßenverkehrswesen dem Staatssekretariat zugewiesen werde.

Weiter teilt Oberregierungsrat Wessel mit, daß es in Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium möglich gewesen sei, jetzt erheblichen Transportraum heranzuziehen. Nach Galizien rollten zur Zeit 130 schwere Lastzüge. Sie hätten aber bislang angesichts der Schwierigkeit des Bahntransports ihr Ziel noch nicht erreichen können.

Vizepräsident Fatken weist auf die bei der Ostbahn zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten hin. Vom Distrikt Galizien würden keine Züge angenommen. Auch sei man gezwungen, die von Oppeln hereinkommenden Wagen zurückzuhalten, weil bereits 330 Züge im Bezirk abgestellt seien.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann weist darauf hin, daß über die Hälfte der für den Distrikt Krakau benötigten Kartoffelmenge von 110 000 t aus den beiden Distrikten Radom und Lublin eingeführt werden müßte. Die größte Sorge bereite jetzt der Mangel an geeigneten Transportmitteln. An der Möglichkeit der Erfassung der notwendigen Kartoffelmengen werde es nicht fehlen. Deshalb müsse unbedingt der geforderte Waggonraum zur Verfügung gestellt

werden. Im übrigen sei die Erfassung nicht ganz so gut vor sich gegangen wie in den beiden Distrikten Radom und Warschau. Das sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Ernte erst bis zu 14 Tagen bezw. 3 Wochen später habe eingebracht werden können. Weiter habe auch der Umstand dazu beigetragen, daß viele wertvolle Kräfte nach Galizien hätten abgegeben werden müssen.

Im Gegensatz zu den beiden landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Getreides und der Kartoffel sei der Distrikt Krakau erfreulicherweise hinsichtlich Vieh und Viehprodukten ein Überschußgebiet. Man sei bei der Registrierung und Musterung der Viehbestände vorbildlich vorgegangen. Die auf diese Weise gesammelten Erfahrungen hätten die Distriktverwaltung dazu bewogen, eine Verordnung zu entwerfen, die nach gewissen Vorverhandlungen in den nächsten Tagen vorgelegt werde, auf Grund deren dann dieses System im ganzen Generalgouvernement durchgeführt werden solle. Mit diesem System bezwecke man, die schlechten Viehbestände möglichst schnell abzustoßen und zu erreichen, daß nur noch gutes und leistungsfähiges Vieh in den Ställen gehalten werde. Man werde nun allerdings in die Bestände bis zu 50 % eingreifen müssen, um den Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung des Landes und der Wehrmacht nachkommen zu können. Erst gestern seien wieder seitens der Wehrmacht neue Forderungen erhoben worden. Danach solle die wöchentliche Lieferung von 360 t auf 570 t gesteigert werden, allerdings unter der Aussicht, daß in den Monaten Mai bis Juli nächsten Jahres die Mengen,die jetzt mehr geliefert würden, in Anrechnung kämen.

In der Milcherfassung habe man im Distrikt Krakau große Fortschritte erzielt. Die Erfassung sei von 1940 bis 1941 wesentlich gesteigert worden. Sie wäre noch weiter gesteigert worden, wenn es gelungen wäre, im Laufe dieses Jahres mit dem Bau von 60 Molkereien zu beginnen. Angesichts der bekannten Schwierigkeiten sei es leider nicht möglich gewesen, auch nur den größten Teil dieser geplanten 60 Molkereien zu errichten. Daher werde es eine Aufgabe der kommenden

Zeit sein, so schnell wie möglich mit der Errichtung zu beginnen, damit die erforderliche Butter zur Verfügung gestellt werden könne.

Wenn feststehe, daß der Umfang der Produktion überhaupt erst die Möglichkeit einer straffen Lohngestaltung und einer Stabilisierung der Löhne herbeiführe, dann müßten auch alle Faktoren, die dieser Produktion zugute kämen, möglichst ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Alle Schwierigkeiten, die sich der Steigerung der Urproduktion z.B. in Gestalt der Preisschere entgegenstellten, müßten von allen in Betracht kommenden Stellen nach Möglichkeit aus dem Wege geräumt werden. Wenn es gelinge, die gesamte Landwirtschaft in die Hand zu bekommen, werde auch das Lohnproblem keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Voraussetzung sei weiter, daß die Produktion von der Bewirtschaftung des Bodens bis zur Verteilung restlos in der Hand der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft liege.

Landrat Dr. Schönhals erklärt, daß das Prinzip der absoluten Einheit der Verwaltung auch in der Polizeiverwaltung durchgeführt worden sei. Diesem Umstand sei durch die Errichtung einer besonderen Polizeiabteilung, die in die Abteilung Innere Verwaltung eingebaut und federführend für alle polizeilichen Angelegenheiten sei, Rechnung getragen.

Im Distrikt Krakau herrsche naturgemäß eine besonders enge Zusammenarbeit, da der Distrikt seinen Sitz in Krakau habe, so daß die Regierung über die Wünsche des Distrikts ständig genau im Bilde sei. Bei den Kreishauptleuten des Distrikts Krakau beständen keine Schwierigkeiten. Der Kreishauptmann vereinige in seiner Eigenschaft als Kreispolizeibehörde die Verwaltung und die Exekutive in einer Hand.

Zwei Einzelfragen seien im Verlaufe der Sitzung aufgetaucht: Der SS- und Polizeiführer habe das Verhalten der Deutschen gegenüber der Polizei gestreift. Bei den in Krakau vorhandenen 24 000 Deutschen sei es leicht möglich, daß Deutsche mit der Polizei in Konflikt kämen. Er stehe nicht auf

dem Standpunkt, daß ein Deutscher von einem nichtdeutschen Polizeibeamten nicht kontrolliert werden dürfe. Durch eine solche Einstellung wäre jegliche Kontrolle unmöglich, da jeder deutschsprechende Pole sich dem polnischen Polizeibeamten gegenüber als Deutscher ausgeben würde. Über diesen Punkt hätten schon eingehende Besprechungen stattgefunden und die notwendige Regelung sei bereits in einem Erlaß niedergelegt worden. Auch der Befehlshaber der Sicherheitspolizei habe in Aussicht gestellt, die gleiche Regelung an seine Dienststellen bekanntzugeben und durch genaue Verhaltungsmaßregeln an die Polizeibeamten dafür Sorge zu tragen, daß Kontrollen Deutscher durch nichtdeutsche Polizeiorgane mit dem nötigen Takt erfolgten.

Die vom Distrikt Krakau angeregte Übertragung einer Strafbefugnis auf Vögte und Bürgermeister werde demnächst eingeführt werden. Ein Entwurf liege bereits dem Amt für Gesetzgebung vor, werde aber wahrscheinlich zurückgezogen, weil dieser ganze Fragenkomplex in einer grundlegenden Verordnung über die Verwaltung der Polizei im Generalgouvernement zusammengefaßt werden müsse.

Am Schluß der Tagung richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Teilnehmer der Sitzung:

Herr Gouverneur! Meine Herren des Distrikts Krakau!

Im Namen der Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements danke ich Ihnen für die uns gewordene Aufnahme und vor allem auch für die hervorragende Arbeit, die hier geleistet worden ist. Wenn Herr Dr. Bauer davon gesprochen hat, daß der Distrikt Galizien die besten Verwaltungskräfte aus dem Distrikt Krakau genommen habe, so liegt darin zweifellos die Feststellung der hervorragenden Qualifikation der Leistungen dieses Distrikts.

Die Monate, die vor dem Generalgouvernement liegen, werden zu den schwersten gehören, die wir bis jetzt erlebt haben. Das hängt ebenso sehr mit den ungeheuren Momenten

des kriegsmäßigen wie mit der völligen Erschöpfung des Leistungsreservoirs des deutschen Volkes hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Menschenmaterial usw. eng zusammen. Schon jetzt, da noch gar nicht die richtigen Schnee- und östlichen Winterverhältnisse eingetreten sind, machen sich angesichts der Transportüberlastung große Schwierigkeiten bemerkbar. Darüber hinaus werden wir in diesem Winter ein Übermaß von örtlichen Schwierigkeiten erleben, das zweifellos die allerletzte Kraftenergie aus uns herauspressen wird, damit das Gefüge einer ordnungsgemäßen Führung und Verwaltung aufrecht erhalten werden kann.

Wie schwierig die Dinge in den besetzten Gebieten allgemein liegen, ist Ihnen bekannt. Es bedeutet für uns zwar einen Anerkennungstrost, wenn immer wieder gesagt wird, daß von allen besetzten Gebieten das Generalgouvernement ein wirklich zuverlässiges, tragfähiges und in sich geordnetes Gebilde darstellt; in den anderen Gebieten ergeben sich für die Verwaltungs- und Organisationsformen mit Rücksicht auf die Nationalität so große Schwierigkeiten, daß die deutschen Männer, die dort eingesetzt sind, beinahe mit Sehnsucht und mit neiderfülltem Auge auf uns blikken. Und doch handelt es sich in Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich usw. um deutsche Männer, die die gleichen Fähigkeiten besitzen und die gleichen Energien aufbringen wie wir. Das zeigt eben, daß es im Generalgouvernement doch geglückt ist, im wesentlichen mit den ernstesten Widerstandsfaktoren des Volkes fertig zu werden. Der durchgreifende Erfolg, den die rücksichtslosen Maßnahmen der Beseitigung führender Gestalten des Widerstandes im ersten Jahre nunmehr zeigen, ist ein Beweis dafür.

Immerhin steht das Generalgouvernement im letzten Stadium seiner Leistungsfähigkeit. Unmöglich können noch weitere Anforderungen - ganz gleich, von wem sie außerhalb des Generalgouvernements kommen und unter welcher Begründung sie gestellt werden - erfüllt werden. Das ist ja leider die Kehrseite des Ansehens des Generalgouvernements,

daß man ohne weiteres annimmt: weil hier alles so schön geordnet und der Aufbau im allgemeinen überraschend gut gelaufen ist, wäre unsere Leistungsfähigkeit unbegrenzt. Im Distrikt Krakau wird es darauf ankommen, die letzten Reserven erschöpfend, die letzten Kraftquellen auswertend, den vernünftigen menschlichen Einsatz so anzusetzen, daß dem Reich gegenüber der Beweis erbracht werden kann, daß wir hier tatsächlich mit dem allerletzten Aufwand an Energie durchhalten. Ich selber habe in Radom das Beispiel von dem Dampfkessel gebraucht und darauf hingewiesen, daß die rote Alarmmarke bald erreicht sei. Dieses Gebiet des Generalgouvernements ist im Laufe von zwei Jahren unausgesetzt ausgehöhlt, unausgesetztals Beuteobjekt angesehen worden, man hat alle möglichen Schwierigkeiten auf es gehäuft, ohne ihm je eine Gegenleistung zu gewähren. So ist denn dieses Gebiet jenem Packesel vergleichbar, dem nun endlich einmal die Gefahr droht, daß er durch Überbelastung zusammenbricht. Das stelle ich hier ganz nüchtern und sachlich fest. Wenn Sie daran denken, daß die Juden im Ghetto von Litzmannstadt mehr Lebensmittel erhalten als bei uns die Polen, so können Sie daraus allerdings auch erkennen, daß man offenbar im Reich von der geradezu unvorstellbaren Situation eines Durchschnittsbürgers des Generalgouvernements keinerlei Ahnung hat. Mit dem Wort: die Polen sollen verrecken, sie mögen vor die Hunde gehen, daß einem da und dort in den Zentralen entgegengehalten wird, ist es gewiß nicht getan. Denn diese 90 000 Polen und Ukrainer, die im Dienste der Ostbahn stehen, arbeiten ja nicht für das Generalgouvernement, sondern für das Reich. Und auch einige 100 000 polnische Arbeiter, die in den Industrieunternehmungen arbeiten, arbeiten ja nicht für das Generalgouvernement, sondern für das Reich. Und die Wehrmacht hätte den Aufmarsch nicht vollenden können, wenn nicht Hunderttausende von Polen, die von wenigen Deutschen beaufsichtigt wurden, mit letztem Engrgieaufwand sich im Dienste des Reiches betätigt hätten. Daher ist es klar, daß nunmehr aber auch

das Maß des Erfüllungswillens seine Begrenzung erfahren hat.

Wenn ich hören muß, daß man den anderen besetzten Gebieten von Reichs wegen ohne weiteres die Rationssätze der deutschen Versorgungskarte zuteil werden läßt, so muß ich schon sagen: daß sie diesen Vorzug vor den armen Teufeln genießen sollen, die hier manchmal in den Fabriken verrecken, ist mir unbegreiflich. Was der Höhere SS- und Polizeiführer über die Widerstandsbewegung sagte, sollte uns doch zu denken geben. Stellen Sie sich vor, daß das Generalgouvernement jetzt im Augenblick, da die deutschen Truppen vielleicht in diesem Raum zahlreiche Winterquartiere beziehen werden, dem wirtschaftlichen, finanziellen und ernährungsmäßigen Zusammenbruch entgegengehen würde. Es ist überhaupt nicht vorstellbar, welche Bedeutung das Gebiet des Generalgouvernements in diesem Zusammenhang hat.

Deshalb will ich auch hier einem sehr ernsten Gedanken Ausdruck geben. Sie, meine Herren vom Distrikt, sollen überzeugt sein, daß die Regierung sich nicht von früh bis Abend überlegt, wie man die Distrikte in ihren Rechten beschränken und ihnen die Arbeit möglichst erschweren könnte. Seien Sie vielmehr davon überzeugt, daß es schwerster und ernstester ununterbrochener Arbeit bedarf, Ihnen vor allem durch die Aufrechterhaltung eines irgendwie gearteten Gesamtgefüges in diesem Raum die Arbeit zu ermöglichen. Daher ist auch nicht so sehr das sachliche Ergebnis dieser Sitzung, etwa die Aneinanderreihung der einzelnen hier erörterten Probleme maßgebend, sondern der Geist, die Methode dieser Regierungssitzung ist entscheidend. Es ist doch ein Unikum, daß der Chef einer Landesverwaltung mit seiner Regierung in die Distrikte kommt. Sie brauchen sich nur vorzustellen, wie dringend erwünscht eine solche Methode in Deutschland wäre, um zu ermessen, welche Bedeutung verwaltungs- und führungsmäßig unser Zu-

sammensein hat. Wir sind vom Führer auf dieses Schicksalsschiff gestellt, wir lassen die Stürme des Krieges auch über uns brausen und wehen. Ich bin überzeugt, daß wir zusammen mit dem großen deutschen Volk, der großen Wehrmacht und dem großen Deutschen Reich das andere Ufer der Freiheit und des Glückes erreichen werden. Dann werden im Rahmen dieses Zeitgeschehens auch die Leistungen des Generalgouvernements und die Leistungen aller seiner Männer, darunter auch vor allem derjenigen des Distrikts Krakau ihre gebührende Anerkennung finden. Ich danke Ihnen, Herr Gouverneur, daher nochmals und spreche Ihnen meine Anerkennung aus. Ich darf Sie bitten, diese Anerkennung auch den Kreishauptleuten und allen Dienststellen Ihres Distrikts zu übermitteln.

Mit einem von Gouverneur Dr. Wächter ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer wird die Sitzung geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13^{30} Uhr.

=====

Referat des Gouverneur
SS-Brigadeführer Dr. Wächter
auf der Regierungssitzung am Montag, den 20. Okt.1941

Der Gouverneur Dr. W ä c h t e r spricht dem Generalgouverneur und den Herren der Regierung seinen Dank für das Zustandekommen dieser Tagung, die er ausserordentlich begrüsse, aus. Er freue sich, dass der Distrikt Krakau auf diese Weise Gelegenheit habe, einmal geschlossen vor den Generalgouverneur zu treten. Der Distrikt Krakau, so führt der Gouverneur weiterhin aus, befinde sich im Verhältnis zu den anderen Distrikten der Regierung gegenüber in einer Sonderlage. Der Gouverneur prägt in diesem Zusammenhang für den Distrikt Krakau den Begriff: Hausdistrikt. Diese Eigenschaft als Hausdistrikt der Regierung werfe viel Licht, aber auch manchen harten Schatten auf den Distrikt Krakau. Die Fortschritte des Aufbaues träten hier nicht so jäh und plastisch in Erscheinung, wie in den Bezirken, die nur gelegentlich aufgesucht werden. Ebenso sei der direkte Verkehr zwischen der Regierung und den dem Distrikt nachgeordneten Instanzen hier im Distrikt Krakau aktueller als anderswo. Auf der anderen Seite habe die räumliche Nähe aber dazu geführt, dass gerade hier im Distrikt Krakau viele Dinge zunächst einmal erprobt wurden, die dann später allgemein im Generalgouvernement eingeführt wurden. Der Gouverneur knüpfte an diese Hinweise die Bitte, dass gerade auch der Mittelinstanz die Möglichkeit initiativen Arbeitens gelassen werden möge, das den einzig auf die Dauer wirksamen Schutz gegen etwa drohende Verbürokratisierung darstelle. Soweit Schwierigkeiten aufträten, bittet der Gouverneur, ihm nach wie vor den Vorzug der offenen Aussprache zu geben, zu der er sich jederzeit zur Verfügung halte.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kann der Gouverneur Dr. Wächter darauf hinweisen, dass der Distrikt Krakau mit der Gesamtaufbauarbeit im Generalguuvernement Schritt gehalten habe und dies trotz des Wehrmachtsaufmarsches in diesem Raume und den Ernährungs- und sonstigen

Schwierigkeiten. Die Bevölkerung sei durch intensive Einflussnahme weitgehend zur Mitarbeit gebracht. Der Gouverneur kommt dabei zur folgenden Formulierung:
"Je intensiver die Einflussnahme auf die Bevölkerung, desto geringer die aufzuwendende Gewalt."

Der Gouverneur kommt dann auf die hauptsächlichen Schwierigkeiten zu sprechen, die einmal auf dem Gebiet der Ernährung und dann auf dem Gebiet der Wirtschaft lägen. Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wieviele Menschen es im Distrikt Krakau zu ernähren gälte, nennt der Gouverneur die Zahl 3.800.000. Der Gouverneur weist darauf hin, dass die schwierige Situation hinsichtlich des Getreides auf die landwirtschaftliche Struktur des Distrikts, der agrarpolitisch den übrigen Distrikten gegenüber stark im Nachteil sei, und die schwierige Situation hinsichtlich der Kartoffelwirtschaft auf starke Frühjahrsschäden zurückzuführen seien. Zum Glück könne der Distrikt Krakau diesen Sorgen einen gewissen Überschuss an Vieh gegenüberstellem, wenn auch durch die ausserordentlich hohen Anforderungen bereits stark in die Bestände eingegriffen worden sei. Im vergangenen Jahre habe sich so der Bestand an Rindern um 13 % verringert. Das kommende Jahr werde eine weitere Erhöhung des Ausfalls auf 28 % bringen. Die notwendigen Eingriffe würden jedoch so gesteuert werden, dass damit eine Auslese geschaffen werde, die dann auch zur Zucht wirklich tauglich sei. Der Gouverneur bittet, in diesem Zusammenhang die Viehpreise etwas zu erhöhen. Der Gouverneur kommt weiterhin auf die Eröffnung einer Fleisch- und Wurstwarenfabrik in Krakau zu sprechen, der grosse Aufgaben zufallen würden. Mit Genugtuung kann der Gouverneur auf die erzielten grossen Erfolge im Zuckerrüben- und Rapsanbau, sowie in der Erfassung von Geflügel und Eiern hinweisen; es seien im Distrikt Krakau allein 160 Mill. Eier erfasst worden.

Anschliessend kommt der Gouverneur auf Personalfragen zu sprechen und hebt dabei hervor, dass hier im Distrikt Krakau in weitschauender Weise von Anfang an am Aufbau eines Personalapparates gearbeitet worden sei. Dieser Personalapparat sei gut und sicherlich stärker als in den anderen Distrikten. Der Gouverneur bittet, bei einem evtl. Abzug von Kräften zuvor Fühlung mit dem Distrikt zu nehmen, und betont besonders nachdrücklich, dass gerade der Distrikt Krakau gelegentlich der Schaffung des neuen Distrikts Galizien sein weitgehendstes Verständnis für die Notwendigkeiten des Gesamtbereiches unter Beweis gestellt habe. So seien vom Distrikt Krakau über 200 Mitarbeiter dem Distrikt Galizien zur Verfügung gestellt worden, ausserdem habe er, der Gouverneur, vorübergehend die Leiter seiner Abteilungen Innere Verwaltung, Ernährung- und Landwirtschaft und Wirtschaft dem Distrikt Galizien überlassen.

Mit besonderem Nachdruck beleuchtet der Gouverneur die Frage der Besoldung der Volksdeutschen und der Polen. Hinsichtlich der Volksdeutschen schneidet der Gouverneur auch die Frage der Behandlung der Volksdeutschen aus der Slowakei an.

Der Gouverneur berührt dann besonders die Stadt Krakau betreffende Schwierigkeiten. Der Wohnungssektor, so führt er aus, sei bereits zu polnischer Zeit überlastet gewesen. Es sei mehr als verständlich, wenn duch die nunmehrige Entwicklung in Krakau die Schwierigkeiten noch um ein Vielfaches gesteigert seien. Es gelte 23.800 Deutsche hier unterzubringen. Der Gouverneur richtet in diesem Zusammenhang an die Regierung die Bitte, keine Wohnungen mehr in Dienstgebäude umzuwandeln.

Fortfahrend richtet Gouverneur SS-Brigadeführer Dr. Wächter an die Regierung die Bitte, das herrenlose und jüdische Grundstücksvermögen der Stadt Krakau in die Stadt einzuweisen. Der Gouverneur schildert dann an einigen Beispielen die grossen Leistungen der Stadt Krakau auf dem Gebiete des Strassenwesens. Auch die mannigfachen Bemühungen hinsicht-

lich

städtebaulicher Aufgaben werden vom Gouverneur kurz gestreift. Er gibt bei dieser Gelegenheit bekannt, dass bisher in der Stadt Krakau rund 400 Häuserfronten erneuert worden seien. - Die finanzielle Entwicklung der Stadt zeige ein stetiges Ansteigen.

Hinsichtlich der in Krakau gefundenen Lösung des Judenwohnbezirkes erwähnt der Gouverneur, dass nach der Auffassung, der hier in Krakau gefolgt worden wäre, der Jude gezwungen werden soll, sich selbst zu helfen. Der Gouverneur weist jedoch darauf hin, dass eine letztlich radikale Lösung der Judenfrage unvermeidlich sei und dass dann auch keine Rücksichten irgendwelcher Art - etwa bestimmte handwerkliche Interessen - genommen werden könnten.

Der Gouverneur streift dann noch die Tätigkeit und Entwicklung des Baudienstes. Er bittet, im nächsten Jahre den Eintritt in den Baudienst für einen bestimmten Jahrgang zur unbedingten Pflicht zu machen und keine Ausnahmen zuzulassen, auch dann nicht, wenn die zum Baudienst Vorgesehnen bei einer Dienststelle beschäftigt sind. Im nächsten Jahre werde im übrigen die Arbeitsflucht leichter zu bekämpfen sein, da dann ja die Kennkarte eingeführt sei, was das Auftreiben der Arbeitsflüchtigen ganz wesentlich erleichtern werde. Der Gouverneur hebt dann noch die Erfolge des Baudienstes, der heute 6.500 Mann umfasst, bei den verschiedenen Formen des Katastropheneinsatzes hervor.

Die Finanzlage des Distrikts wird vom Gouverneur als allgemein gut bezeichnet. Das Aufkommen sei um 44 % angestiegen, wenn auch nicht verkannt werden darf, dass sich daran gewisse inflationistische Tendenzen zeigten.

Der Gouverneur kommt sodann auf den Distriktsausgleichfonds zu sprechen und bittet, ihm die damit verknüpfte Möglichkeit, sofort helfen und ausgleichen zu können, in die Hand zu geben.

Abschliessend schildert der Gouverneur das klaglose und störungslose Zusammenarbeiten aller im Distrikt Krakau tätigen Dienststellen untereinander sowie das ebenso gute Zusammenarbeiten dieser Dienststellen mit der Wehrmacht. Für den Distrikt Krakau, so führt Gouverneur SS-Brigadeführer Dr. Wächter schliesslich aus, habe immer das Gesamtinteresse im Vordergrund gestanden. Was der Distrikt im einzelnen geleistet habe, könne ruhig dem Urteil der Regierung überlassen werden. Der Distrikt Krakau sei nicht der reichste und nicht der landwirtschaftlich ertragreichste, man könnte höchstens auf seine besonders landschaftlichen Schönheiten hinweisen. Stolz dürfe der Distrikt Krakau aber in jedem Falle auf die intensive Verwaltungsarbeit sein, die hier geleistet worden sei. Er, der Gouverneur, selbst empfinde mit seinen Mitarbeitern noch vieles als unzulänglich. Dass aber gerade der Hausdistrikt die von der Regierung gestellten Aufgaben bedingungslos anpacken werden, sei selbstverständlich.

Referat des Leiters der Abteilung
Innere Verwaltung, Rechtsanwalt Bauer
auf der Regierungssitzung im Distrikt Krakau
am Montag, den 20. Okt. 1941

Der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung, Rechtsanwalt B a u e r spricht zu Beginn seiner Ausführungen davon, dass die Arbeit der letzten Monate vor allem im Zeichen der Personalabgabe gestanden habe, und nunmehr würden sich naturgemäss gewisse Schwierigkeiten bemerkbar machen. So sei in manchen Fällen die im Distrikt Krakau erreicht gewesene, klare Gliederung gestört. Beispielsweise seien einzelne Finanzinspektionen aufgehoben worden. Die Schwierigkeiten auszugleichen, sei nicht allein eine Frage des zahlenmässigen Nachschubes, sondern vor allen Dingen des qualitätsgleichen Nachschubes. Es sei, so führt Rechtsanwalt Bauer in diesem Zusammenhang aus, kein Zweifel, dass diejenigen Kräfte, die heute noch aus dem Reich gewonnen werden könnten, in den meisten Fällen nicht mehr den früher ins Generalgouvernement gekommenen Deutschen qualitätsgleich wären. Rechtsanwalt Bauer hebt dann noch hervor, dass von allen Distrikten ohne Zweifel der Distrikt Krakau die besten der heute im Distrikt Galizien tätigen Kräfte abgestellt habe.

Rechtsanwalt Bauer befürwortet dann eine gewisse Umstellung der bisherigen Verwaltungspolitik insofern, als er eine weitgehende Übertragung von Aufgaben an die Selbstverwaltungskörper fordert. Er bitte um dringende, stärkere Beachtung des klaren Grundsatzes:

Die Regierung regiert,
Die Mittelinstanz führt die Aufsicht,
Die untere Instanz verwaltet.

Ausführlich spricht Rechtsanwalt Bauer dann noch über den Distriktsausgleichsfonds und fordert dabei die selbständige Verwaltung des Distriktsausgleichsfonds durch den Distrikt selbst. Er erwähnt dabei, dass die frühere polnische Verwaltungspraxis einen Interkommunalverband gekannt habe, hält jedoch das Wiederauflebenlassen einer derartigen Institution nicht für zweckmässig.
Rechtsanwalt Bauer bittet, dem Distrikt die Stärkung, die die selbständige Verwaltung des Distriktsausgleichfonds bedeute, nicht zu versagen. - Abschliessend bittet Rechtsanwalt Bauer noch um eine höhere Besoldung der Vögte. Gegebenenfalls komme eine Vergrösserung der einzelnen Gemeinden und damit eine Erweiterung der Aufgaben der Vögte in Betracht. DieBefugnis, Strafen auszusprechen, die er schon um einer Entlastung der Polizeiabteilungen der Kreishauptleute willen empfohlen habe, wolle er auch zur Stärkung der Autorität der Vögte diesen erteilt sehen.

Referat des Leiters der Abteilung Wirtschaft
beim Gouverneur des Distrikts Krakau,
Regierungsrat Dr. B r an d l auf der Regierungssitzung
im Distrikt Krakau am Montag, den 20. Okt.1941.

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Gouverneur des Distrikts Krakau, Regierungsrat Dr. B r a n d l spricht anknüpfend an die Ausführungen des Leiters der Inneren Verwaltung zunächst über Personalfragen und weist dabei auf den wohl einzig dastehenden Umstand hin, dass er, Regierungsrat Dr. Brandl, der einzige Fachbeamte seiner gesamten Abteilung sei. Er streift sodann den schon früh in Angriff genommenen Ausbau der Wirtschaftsämter bei den Kreishauptleuten, ohne die die glatt gelösten Aufgaben nicht hätten erfüllt werden können. Die hier geschaffene Organisation sei übrigens dann von den anderen Distrikten übernommen worden.

Regierungsrat Dr. Brandl hebt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen und auf die Frage der Kohlenversorgung des Distrikts und des Generalgouvernements übergehend, als wesentlichstes, heute noch schwer nachwirkendes Ereignis, die Wegnahme unserer Kohlenbasis durch die Abschneidung des Krakauer Reviers hervor. In Wahrheit habe diese Wegnahme die vollständige Zerstörung des Preisgefüges nach sich gezogen.-Dr. Brandl weist sodann darauf hin, dass den deutschen Banken, die zu Beginn der Arbeit der deutschen Verwaltung hier eingesprungen seien, ein Grossteil des Überschwunges zu danken sei.

Dr. Brandl. schildert sodann die klare Organisation in der Kohlenwirtschaft, die sehr schnell erreicht gewesen sei, und die auch sehr erfolgversprechend gewesen sei. Die erst nachträglich verfügte Abschneidung des Krakauer (des jetzigen Jaworznoer) Reviers habe die betreffenden

Stellen

dann wieder vor eine völlig neue und unendlich schwierige Situation gestellt.

Dr. Brandl kommt sodann auf Transportfragen im allgemeinen zu sprechen und vertritt die Auffassung, dass das Transportwesen mehr oder weniger mit der Wirtschaft zusammenhänge, und dass deshalb unter Umständen die Hereinnahme des Sektors Transport in die Zuständigkeit der Abteilung Wirtschaft geboten sei.

Regierungsrat Dr. Brandl schildert dann die besonderen Schwierigkeiten in der Mineralölbewirtschaftung und weist darauf hin, dass nunmehr auch die ordnungsgemässe Versorgung der E-Werke gefährdet sei. Mit einem kurzen Hinweis schildert Regierungsrat Dr. Brandl die in Angriff genommenen Vorarbeiten bezüglich der Umstellung von Lastwagen und stationären Anlagen auf Holzgas.

Eingehende Ausführungen galten den neugeschaffenen Selbstverwaltungskörpern der Wirtschaft.

Abschliessend betont Regierungsrat Dr. Brandl, dass heute die Schwierigkeiten, die der militärische Aufmarsch mit sich gebracht habe, als überwunden angesehen werden könnten. Erstaunlich und aller Anerkennung wert sei die Findigkeit der Betriebe, die es immer wieder verstanden hätten, sich Kohlen, Rohstoffe oder sonst dringend benötigte Materialien oder Artikel zu beschaffen. Die enge Verbundenheit des Distrikts Krakau mit Oberschlesien, die kürzlich in einer gemeinsamen Tagung in Oberschlesien ihren Ausdruck gefunden habe, werde auch weiterhin herausgestellt werden. Eine bevorstehende Tagung hier in Krakau, die jener damals in Oberschlesien geführten entspreche, werde zu weiteren Ergebnissen dieser Verbundenheit führen.

Referat des Leiters der Abteilung Bauwesen
im Amt des Gouverneurs des Distrikts Krakau,
Regierungsrat Dr. P o h l auf der Regierungssitzung
im Distrikt Krakau am Montag, den 20. Okt. 1941.

Regierungsrat Dr. P o h l, der Leiter der Abteilung Bauwesen im Amt des Gouverneurs des Distrikts Krakau nimmt zu Beginn seiner Ausführungen Bezug auf einen Erlass der Regierung, der die Bautätigkeit schlechthin einschränke. Er unterteilt sein Aufgabengebiet nach 5 Gruppen:

I). B ü r o b a u t e n. Hier sei viel geleistet worden, insbesondere da der Distrikt u.a. auch den Befehlshaber der Ordnungspolizei zu betreuen habe. Bezüglich der Unterbringung der Kreishauptmannschaften hebt Dr. Pohl hervor, dass nur die Kreishauptmannschaften Miechow und Debica als ausserordentlich schlecht untergebracht bezeichnet werden könnten. Es sei in diesen Fällen an Neubauten gedacht. Herr Dr. Pohl weist auch kurz auf das neue Distriktsgebäude hin, dass im Raume des Weichselsbogens errichtet werden solle.

II). W o h n b a u t e n. Der Wohnbau werde an und für sich von der Abteilung Arbeit betreut. Besonders grosse Mängel zeigen sich an Garagen; hier habe der Hochbau bereits wirksame Abhilfe geschaffen.

III). B a u t e n i m F ü r s o r g e s e k t o r.
Bei der Errichtung von "Deutschen Häusern" werde künftig die NSDAP eingeschaltet werden, der vom Reiche entsprechende Richtlinien zur Verfügung stünden.
Krankenhausbauten. Dringend erforderlich sei der Bau von Krankenhäusern in Krakau und Reichshof. Die schwierigste Frage sei die Beschaffung von Baumaterialien. Die Abteilung Justiz, so führte Dr. Pohl aus, beklage den Mangel an Zellen. Allgemein weist Dr. Pohl darauf hin, dass die für alle zunächst notwendigen Hochbauten aufzuwendenden Beträge ungefähr die Summe von 150 Mill. bis 200 Mill. Zloty - darin sind nicht enthalten Umbauten und Kasernenbauten - ausmachten.

IV). B a u t e n für P r o d u k t i o n s - und
V e r s o r g u n g s b e t r i e b e.
V). P f l e g e, E r h a l t und I n s t a n d s e t z u n g
von K u l t u r d e n k m ä l e r n.

Dipl.Ing. Dr. Pohl richtet seinerseits ebenfalls die Bitte an die Regierung, eine Lohnerhöhung für die polnischen Angestellten zu erwägen.

Referat des Leiters der Abteilung Propaganda
beim Gouverneur des Distrikts Krakau, Dr. K r a c h e r
auf der Regierungssitzung im Distrikt Krakau
am Montag, den 20. Okt.1941.

Der Leiter der Abteilung Propaganda beim Gouverneur des Distrikts Krakau, Dr. K r ac h e r weist zunächst auf die Schwierigkeiten bei der intensiven, allgemeinen Aktivpropaganda in den Kreisen hin, die darauf zurückzuführen seien, dass mit einer einzigen Ausnahme die Kreishauptleute über keine hauptamtlichen Kreispropagandisten verfügten.

Die aktive Propaganda habe dennoch grosse Erfolge aufzuweisen. Folgende Aktionen seien in grosszügiger Weise angepackt worden:

I). Landarbeiterwerbung
II). Flecktyphusbekämpfung
III). Bilderdienst
IV). Landkartenaktion.

Erfreulich seien auch die Fortschritte auf dem Gebiete des Filmtheaters. Heute seien wieder 40 Lichtspieltheater in Betrieb. Mittels Filmwagen würden die Wochenschauen auf freien Plätzen gezeigt werden.

Das Referat Rundfunk lasse Propagandawagen laufen. Überall errichtete Lautsprechanlagen gäben die Möglichkeit, Nachrichten des allgemeinen Nachrichtendienstes, aber auch Meldungen der örtlichen Stellen zu verbreiten.

Besondere Bedeutung habe in den letzten Monaten naturgemäss die Truppenbetreuung und hierbei wiederum besonders die Verwundetenbetreuung erlangt. Eine stehende Einrichtung sei es geworden, dass die aus dem Erholungsheim "Frontkämpferdank" in Zakopane zurückkomenden Verwundeten einen Tag lang Gäste des Gouverneurs in Krakau seien. Bisher seien insgesamt 900 verwundete Frontkämpfer geladen gewesen.

Auf volkskundlichem Gebiet sei nach wie vor der Frage der Walddeutschen starke Beachtung geschenkt worden. Dr.Kracher bittet sodann, und zwar unter ausführlichem Hinweis auf die früher von dem Distrikt bewiesene Leistungsfähigkeit, dass dem Distrikt wieder wie früher Mittel für die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden, über die er selbstständig verfügen könne.

Weiter führt Dr. Kracher aus, dass die SS- und Polizeitheater, die bestünden, nur den Angehörigen dieser Formationen zur Verfügung ständen.

Ferner regt Dr. Kracher an, Opernfragmente usw. auch vor polnischem Publikum aufführen zu lassen.

Regierungssitzung

Dienstag, den 21. Oktober 1941

im Dienstgebäude der Distriktsverwaltung

L e m b e r g .

======

Gefertigt in 3 Exempl.

1. f.d.A. d. Kanzl. d.GG.
2. f. StS. Dr. Bühler
3. r. Gouverneur Dr. Lasch-
   Lemberg

Meurer

Beginn der Sitzung: 10^{00} Uhr.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Herr Gouverneur, meine Herren! Am 1. August d.J. haben wir auf Grund der Verordnungen des Führers vom 17. und 22. Juni d.J. in einem feierlichen Staatsakt den Distrikt Galizien in das Generalgouvernement aufgenommen. Ich habe damals Sie, Herr Gouverneur, an diesen schwersten Platz gestellt, weil die hervorragende Aufbauarbeit, die Sie im Distrikt Radom geleistet haben, mir die Gewähr gab, daß es Ihnen auch an diesem Platz gelingen wird, die gestellte Aufgabe mit der nötigen Sachkunde und Opferbereitschaft zu meistern.

Heute sind wir mit den Herren der Regierung hier zusammengekommen und wollen nun aus Ihrem Munde und dem Ihrer wichtigsten Mitarbeiter die Probleme vernehmen, die Sie glauben, in einer besonderen Sitzung der Regierung vortragen zu sollen. Es ist klar, daß die Schwierigkeiten, die der Distrikt Galizien zu überwinden hat, außerordentlich groß sind; wir werden ja davon genügend vernehmen.

Zu Beginn möchte ich sagen, daß ich in den letzten Tagen bei den Regierungssitzungen in den anderen Distriktshauptstädten des sogen. alten Generalgouvernements von sehr vielen Schwierigkeiten gehört habe. Immer wieder wurde dabei betont, daß infolge der Abgabe von Personal an den Distrikt Galizien gewisse personalpolitische Schwierigkeiten entstanden sind. Auch die Erwartungen, die sich an die landwirtschaftliche, industrielle und auch geopolitische Lage des Distrikts Galizien knüpfen, sind für das ganze Generalgouvernement hoch. Noch größere Hoffnungen hat sich das Reich gemacht; was wir in den letzten Wochen an Anforderungen auf Leistungen des Distrikts Galizien aus dem Reich er-

halten haben, zeigt, gelinde gesagt, eine völlige Unkenntnis der Reichsinstanzen über die Möglichkeiten des Distrikts.

Die heutige Sitzung ist daher angetan, Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern zu zeigen, wie starken Anteil die Regierung des Generalgouvernements an Ihrem Aufbauwerk nimmt, und Ihnen die nötige Unterstützung zu gewähren.

Zuvor aber habe ich noch einen amtlichen Akt zu vollziehen: auch in diesem Distrikt soll die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Heimstätte der weltanschaulichen Führung aller Deutschen sein. So wie Sie, Herr Gouverneur, schon im Distrikt Radom die Partei geführt haben, beruft Sie die Partei durch mich auch für den Distrikt Galizien zum Distriktstandortführer. Ich begrüße Sie, Distriktstandortführer, und möchte Sie bitten, dem bisherigen Sachwalter der Partei meinen Dank zu übermitteln.

Über ihre Arbeitsgebiete berichten sodann

1. der Gouverneur des Distrikts Galizien Dr. Lasch,
2. der Chef des Amtes des Distrikts Galizien Dr. Losacker,
3. der SS- und Polizeiführer des Distrikts Galizien Katzmann,
4. der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung Dr. Bauer,
5. der Leiter der Abteilung Ernährung u. Landwirtschaft Landwirtschaftsdirektor Dr. Gareis,
6. der Leiter der Abteilung Wirtschaft Assessor Gurski,
7. der Kreishauptmann von Sambor Dr. von Harbou,
8. Der Kreishauptmann von Tarnopol Regierungsrat Hager.

(Die Referate sind dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Erörterungen zu den einzelnen Referaten:

Zu 1): Auf die Feststellung des Gouverneurs Dr. Lasch, daß die Übernahme der Bahnen durch die Zivilverwaltung noch nicht erfolgt sei, erklärt Vizepräsident Fatken, daß der 15. Oktober dafür in Aussicht genommen gewesen sei. Er habe aber soeben die Mitteilung erhalten, daß dieser Termin wieder hinausgeschoben worden sei. Vorgesehen sei jetzt der 10. November d.J.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen das Hinausschieben des Übernahmetermins von Seiten der Wehrmacht und ersucht Oberstleutnant Fischer, durch Verhandlungen die Angelegenheit möglichst bald in Ordnung zu bringen.

Die weitere Feststellung von Gouverneur Dr. Lasch, daß die Wehrmacht über sämtliche Kinos verfüge und keines für die Bedürfnisse der zivilen deutschen Dienststellen vorhanden sei, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der Weisung an Oberstleutnant von Tschammer und Osten, dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens ein Kino von der Wehrmacht freigegeben werde. - Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob der Sonderdienst auch im Distrikt Galizien Leute werbe, bejaht Rechtsrat Dr. Hammerle mit der Bemerkung, daß in Lemberg eine Sammelstelle errichtet worden sei.

Zu 2): Bedenken, die Amtschef Dr. Losacker in seinem Referat hinsichtlich Benachteilung der in den Distrikt Galizien abgeordneten deutschen Beamten gegenüber ihren Arbeitskameraden im Reich äußert, entkräftet der Herr Generalgouverneur mit dem Hinweis, daß diese Befürchtungen durch das demnächstige Inkrafttreten des Stellenplans hinfällig würden. -

Das Problem der Bildung eines ukrainischen Zeitungs- und Buchverlages will der Herr Generalgouverneur in der Richtung angepackt wissen, daß man einen ukrainischen Verlag unter der Distriktsaufsicht in politischer und finanzieller Beziehung bestehen lassen solle.

Zu 5): Zu der auch von Landwirtschaftsdirektor Gareis getroffenen Feststellung, daß durch das Nichtverfügenkönnen der Zivilverwaltung über die Bahnstrecken in Galizien die Ernteerfassung kaum Fortschritte aufweise, ordnet der Herr Generalgouverneur eine umgehende Besprechung zwischen Oberstleutnant Fischer, Landwirtschaftsdirektor Gareis und einem Vertreter der Ostbahn an. Eine weitere Hinauszögerung der Übernahme der Bahnen könne nicht mehr verantwortet werden. -

Mit der Anregung von Landwirtschaftsdirektor Gareis, den Bauern ihr Eigentum bis zu einem gewissen Grade wieder zu übergeben, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden. Er ersucht um eine Ausarbeitung von Vorschlägen und regt an, diese Aktion als Belohnung für gute Ablieferung durchzuführen. Auch könne man der loyalen Haltung der Bauern gegenüber der deutschen Verwaltung durch diese Landrückgabe Anerkennung zollen.

Zu 6): Zu der am Schluß des Referats von Assessor Gurski erwähnten Tatsache, daß Lemberg immer ein Handelszentrum war und auch bleiben werde, gibt der Herr Generalgouverneur sein Interesse an der Abhaltung einer Lemberger Messe im nächsten Jahre kund.

Zu 7): Zu der vermögensrechtlichen Frage, die sich aus der Wiederübernahme der vorhandenen Läger und Magazine nach dem Abzug der Bolschewiken durch die Genossenschaften ergibt und für die Kreishauptmann von Harbou Richtlinien erbittet, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß das Generalgouvernement als unmittelbarer Rechtsnachfolger der Sowjetunion auch Eigentümer dieser Läger sei. Man könne die Genossenschaften als Treuhänder einsetzen und ihnen sagen, daß sie nach Bewährung später auch Eigentümer werden könnten.

Im Anschluß an die Referate nimmt Präsident Westerkamp das Wort:

Die erste Aufgabe beim Aufbau der Distriktverwaltung Galizien sei es gewesen, möglichst schnell einen Organisationsrohbau aufzuziehen. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung habe sich dabei weitgehend zurückgehalten, da sich die jeweilige Situation an Ort und Stelle besser habe übersehen lassen. Nunmehr komme es allerdings darauf an, den Zusammenhang mit dem übrigen Generalgouvernement auch verwaltungsmäßig immer enger zu gestalten. Dieser Grundsatz sei dadurch gewährleistet, daß die Grundprinzipien der Verwaltung auch im Distrikt Galizien Geltung hätten.

Das eine Grundprinzip sei die Aufteilung des Verwaltungsganzen, die Zerlegung in die fachlichen Teile, ohne daß dadurch das Ganze zur Auflösung gelange. Diese Teilung müsse aus arbeitstechnischen Gründen stattfinden. Die Wichtigkeit der Fachgebiete sei in den einzelnen Distrikten verschieden groß. Die Gliederung der einzelnen Fachgebiete sei nicht eine Frage der Rangstufe, sondern der Zweckmäßigkeit. Bei all' diesen Überlegungen sei aber das Wichtigste das tägliche Funktionieren der Verwaltung.

Was die Frage der Straßenbauämter betreffe, so müßten die ihnen unterstehenden Kreisstraßenbauämter Bestandteil der Kreishauptmannschaft werden, da man auf die örtliche Initiative nicht verzichten könne.

Zu den personellen Schwierigkeiten wolle er folgendes sagen: der Distrikt Galizien sei ursprünglich als Bestandteil der Verwaltung eines Ostministeriums vorgesehen gewesen. Diesem Ostministerium seien große Kontingente an Verwaltungskräften zur Verfügung gestellt worden; gleichzeitig habe es das Recht erhalten, Beamte uk-stellen zu lassen. Daraus ergebe sich die logische Schlußfolgerung, daß diejenigen Beamten, die für die Verwaltung Galiziens eingesetzt worden wären, der Verwaltung des Generalgouvernements zugeteilt werden müßten. Entsprechende Verhandlungen würden zur Zeit geführt werden.

Weiter müsse man versuchen, einheimische Kräfte zur Mitarbeit in der deutschen Verwaltung heranzuziehen. Die Ukrainer, die am Sieg der deutschen Waffen selbstverständlich ein großes Interesse haben, müßten in verantwortungsvolle Verwaltungsstellen eingesetzt werden.

Eine Verordnung über die Bildung der Gemeinden liege vor. Diese Verordnung, die vom Jahre 1939 stamme, sei ja durch die jetzigen Verhältnisse überholt. Trotzdem habe sich die Hauptabteilung entschlossen, die Unterzeichnung für Galizien vorzuschlagen. Eine Neugestaltung für das ganze Generalgouvernement müsse erfolgen.

Das Hauptaugenmerk sei dem Nachwuchs an geeigneten Kräften auf allen Gebieten zu widmen. Für den Distrikt Galizien sei der ukrainische Hauptausschuß nicht zuständig. - Weiter müsse eine Isolierung der Juden von der übrigen Bevölkerung so schnell und so weit wie möglich durchgeführt werden. Ein Erlaß der Regierung untersage die Neubildung von Ghettos, da die Hoffnung besteht, daß die Juden in naher Zukunft aus dem Generalgouvernement abgeschoben werden könnten.

Zur Besprechung dieser und ähnlicher Fragen der fünf Distriktshauptstädte ordnet der Herr Generalgouverneur eine Zusammenkunft der Stadthauptleute in Krakau an. Bei dieser Sitzung sei dann auch der Fehlbetrag der Stadt Lemberg, den Stadthauptmann Kujath auf monatlich 2 Millionen Zloty beziffert, zu besprechen und ein Ausgleich herbeizuführen.

Landrat Dr. Schönhals geht von der Tatsache aus, das die Arbeit in einem neu besetzten Gebiet sehr wesentlich von der Einstellung der einheimischen Bevölkerung beeinflußt werde. In den Referaten sei mehrfach dargelegt worden, daß die ukrainische Bevölkerung in Galizien sowohl während der polnischen Herrschaft als auch unter der Russenzeit ständig unterdrückt und niedergehalten wurde. Durch die deutsche Besetzung biete sich ihr die Aussicht, ein an-

deres Leben zu führen und ihr Privateigentum wieder zurückzuerhalten. Die Voraussetzungen für die Arbeit der Polizei seien daher als günstig zu bezeichnen.

Während in den anderen Distrikten vor allem die Bekämpfung der polnischen Widerstandsbewegung im Vordergrund stehe, könne der SS- und Polizeiführer des Distrikts Galizien schon davon berichten, daß die Deutsche Polizei für Aufgaben eingesetzt sei, die auch im Reich eine wichtige Tätigkeit für die Polizei darstellen, nämlich bei der Mithilfe bei der Beseitigung von Katastrophenschäden. Seines Erachtens sei diese Tatsache ein günstiges Omen für die weitere polizeiliche Arbeit im Distrikt. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung habe dafür gesorgt, daß der Sonderdienst auch in Galizien eingesetzt werden könne. Neben deutschen Polizeikräften stehe auch er den Kreishauptleuten zur Verfügung.

Mit dem Aufbau habe man in den unteren Verwaltungsstellen begonnen, da diese nicht unter dem Mangel an Kräften leiden dürften. Mit den Kräften der Deutschen Polizei , des Sonderdienstes und der neu aufgestellten ukrainischen Polizei sei die Gewähr gegeben, daß die Kreishauptleute erfolgreich arbeiten könnten. Sie seien als Kreispolizeibehörde das zuständige Polizeiorgan im Kreise, sie vereinigten die Verwaltung und die Exekutive in ihrer Hand.

Im Distrikt Galizien habe die Polizei eine Mehraufgabe durch die Regelung des Passier- und Durchgangswesens nach dem Osten zu leisten. Nicht nur die Dienststellen des Generalgouvernements stellten Durchlaßscheine aus, sondern auch die Kreispolizeibehörden im Reich. Durch Verhandlungen mit den Berliner zuständigen Stellen müßten sämtliche Vorschriften auf diesem Gebiet auf einen Nenner gebracht werden. Man müsse dafür sorgen, daß darin die Bedürfnisse des Generalgouvernements berücksichtigt würden und dann die nötigen Erlasse und Anordnungen an die Reichsstellen ergehen könnten.

Vieles stehe noch am Anfang der Entwicklung. Vor allem sei dafür zu sorgen, daß die im alten Generalgouvernement geltenden Vorschriften auch im Distrikt Galizien eingeführt würden. Er hoffe, daß der Mangel an Personal die Kreishauptleute nicht an der Durchführung der Kennkartenaktion hindern würde.

Im allgemeinen könne man sagen, daß im Distrikt Galizien alle Voraussetzungen für ein gutes Funktionieren des Polizeiapparates gegeben seien. Man werde den jetzigen Zustand, der durch äußere Befriedung und Sicherheit gekennzeichnet sei, auch in Zukunft beibehalten können.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann berichtet, daß auf den Distrikt Galizien ein Getreideaufbringungssoll von 265 000 t Brotgetreide und 150 000 t Futtergetreide umgelegt worden sei. Bei der Festsetzung dieses Kontingents sei man von der Tatsache ausgegangen, daß der Distrikt Galizien die doppelte Größe des Distriktes Lublin habe. Der Distrikt Lublin müsse im Verhältnis noch etwas mehr aufbringen. Unterlagen über die Anbaufläche des Distrikts Galizien seien nicht vorhanden.

Die für die Getreideerfassung eingeschalteten ukrainischen Genossenschaften, die restlosen Einsatz versprochen hätten, hätten diese Versprechungen nicht wahr gemacht. Bisher seien insgesamt nur 28 000 t, das sind nicht ganz 10 % (im übrigen Generalgouvernement bis heute 48 %) der umgelegten Mengen erfaßt. Die Hauptabteilung müsse aber auf der vollständigen Hereinholung der Kontingente bestehen. Für das im Distrikt Galizien benötigte Saatgut, das aus dem alten Generalgouvernement geliefert werden müsse, brauche man als Ersatz Brotgetreide aus Galizien, das sonst die Versorgung der übrigen Distrikte gefährdet sei. Vorläufig sei eine Saatgutmenge von 25 000 t vorgesehen.

In Kreisen, in denen die ukrainischen Genossenschaften nicht 100 %ig eingeschaltet seien, seien die Erfassungsergebnisse viel besser. Man müsse also die Genossenschaften

bis zum Vorhandensein von genügend Menschen für den aufgebauten Erfassungsapparat weiter verwenden und etwas stärker unter Kontrolle nehmen.

Infolge der fast restlosen Zerstörung des Kartoffelanbaus durch die Russen im Distrikt Galizien ergebe sich die Notwendigkeit, für die Frühjahrsbestellung große Mengen Kartoffelsaatgut aus dem alten Generalgouvernement in den Distrikt einzuführen. Vorläufig seien dafür 40 000 t vorgesehen, die aber bei weitem nicht genügten. Ein Mehranbau von Zuckerrüben zur Gewinnung von Zucker und für die Versorgung der Brennereien werde anzustreben sein. Saatgut für Zuckerrüben stehe in größerer Menge zur Verfügung. Dahingestellt bleibe, ob die Ostbahn die 40 000 t Kartoffelsaatgut nach Galizien transportieren könne.

Der Aufbau der Viehzucht im Distrikt Galizien bereite große Schwierigkeiten. Der Distrikt war zur polnischen Zeit ein ausgezeichnetes Pferdezuchtland. Der Bestand habe aber durch die Kriegsverhältnisse und durch die sowjetische Verwaltung schwer gelitten. Um die Pferdezucht neu zu beleben, führe man schon jetzt die Körungen der Hengste durch. Aus dem alten Generalgouvernement würden einige hundert Hengste nach Galizien gebracht werden.

Die großen Betriebe sollten möglichst schnell wieder in Betrieb genommen werden. Zu diesem Zweck habe man alle irgendwie entbehrlichen deutschen Betriebsleiter nach Galizien abzustellen. Von den zur polnischen Zeit 970 vorhandenen Großbetrieben seien 230 im Aufbau begriffen. -

Auf dem Gebiete der Preisgestaltung ersuche die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft um schnellste Angleichung an die im übrigen Generalgouvernement geltenden Preise, vor allem bei Kartoffeln, Getreide und Viehprodukten. Dank der Anregung von Gouverneur Dr. Lasch habe man diese Angleichung bei Getreide bereits durchgeführt und damit einen großen Fortschritt für die Erfassungsaktion erzielt. Bei Kartoffeln werde dies infolge der Mangellage nicht möglich sein.

Genügend Lagerräume, die für eine geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Brot nötig seien, habe man im Distrikt nicht vorgefunden. Die Russen hätten wohl Punkte, kleine Lager, gebaut, aber keine großen Zentrallager. Die Hauptabteilung plane daher den Bau von mehreren großen Getreidesilos. Zu diesem Zweck ständen 4 Millionen Zloty zur Verfügung. Es fehle aber am notwendigen Baumaterial. Diesem Übelstand müsse schnellstens abgeholfen werden.

Rückgabe des Bodens: In der Verordnung sei schon festgelegt, daß der Boden vorläufig von seinem bisherigen Bewirtschafter weiter bearbeitet werde. Werner käme eine Rückgabe des Bodens an diejenigen Bauern in Frage, die sich den Anordnungen der deutschen Behörden loyal fügten, d.h.,den Boden richtig bestellten und ihrer Ablieferungspflicht nachkämen. Man habe infolgedessen die Gewähr, daß eine Änderung der Agrarstruktur durch Schaffung von mittleren und Kleinbetrieben als Eigentum der Bauern im deutschen Sinne durchgeführt werden könne.

Landwirtschaftsdirektor Gareis weist darauf hin, daß der Distrikt das umgelegte Soll an Getreide wohl nicht erfüllen könne. Wenn auch Galizien früher 130 000 t exportiert habe, so dürfe man nicht vergessen, daß damals schon aus Posen Roggenmehl eingeführt worden sei. Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts werde aber alles versuchen, die Saatgutmenge, die eingeführt werden müsse, durch Lieferung von Getreide auszugleichen.-

Die Russen hätten ein System aufgebaut, durch das bis Ende Oktober jeden Jahres die gesamte Ernte erfaßt worden sei. Dieses Ziel müsse auch die deutsche Verwaltung erreichen. Davon hänge z.B. in sehr starkem Maße die Versorgung Lembergs ab, zu der man täglich 10 Waggons Getreide benötige.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann beantwortet eine Frage des Kreishauptmanns von Horodenka, ob die durch den Kreis marschierenden ungarischen Truppen Anspruch auf Lieferung von Getreide aus dem Gebiet des Distrikts Galizien hätten, dahingehend, daß keine Vereinbarungen in dieser Richtung bestünden.

Nach weiteren Ausführungen des Kreishauptmanns von Horodenka über das unzulässige Vorgenen (Beschlagnahmungen von Lebensmitteln, ungedroschenem Weizen usw.) der durchziehenden ungarischen Truppen in seinem Kreis ersucht der Herr Generalgouverneur den Gouverneur Dr. Lasch, ihm einen Sonderbericht darüber vorzulegen. Gleichzeitig beauftragt er Oberstleutnant Fischer mit der Bereinigung dieser Angelegenheit.

Um solchen Übergriffen vorzubeugen, schlägt der Kreishauptmann von Horodenka den sofortigen Abtransport der vorhandenen Lebensmittelvorräte vor.

Präsident Dr. Emmerich geht in seinen Ausführungen von der Tatsache aus, daß noch einige Unklarheiten hinsichtlich der in Galizien anzustrebenden Wirtschaftsverfassung herrschten. Er stehe wie Gouverneur Dr. Lasch auf dem Standpunkt, daß eine Reprivatisierung nur nach bewiesener Leistung und dann zuerst in den Kleinbetrieben begonnen werden dürfe. Obenan stehe der Führungsanspruch der Deutschen auch in der Wirtschaft. Man habe schon im alten Generalgouvernement die Auffassung konsequent verfolgt, daß alle Schlüsselstellungen der Wirtschaft in deutschen Händen sein müßten. Denn die deutsche Verwaltung könne auf die Dauer das Land nicht durchdringen, wenn nicht auch eine deutsche wirtschaftliche Oberschicht dazu tatkräftig mithilft. Auf Grund dieser Erwägungen habe man die Aktion zur Hereinholung deutscher Einsatzfirmen in das Generalgouvernement gestartet, und in jedem Kreis eine solche Firma veranlaßt,eine solche Niederlassung zu errichten. Denn nur eine

deutsche Firma könne bei den heutigen schwierigen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen als Vertrauensfirma Verteidigungsaufgaben übernehmen.

In diesem Zusammenhang wolle er auf eine Frage eingehen, die Kreishauptmann von Harbou in seinem Referat angeschnitten habe. Seiner Ansicht nach sollten die für jeden Kreis des Distrikts Galizien vorgesehenen deutschen Einsatzfirmen ihre Tätigkeit so schnell wie möglich aufnehmen. Es sei unzweckmäßig, eine Konsolidierung des ukrainischen Genossenschaftswesens abzuwarten und die Genossenschaften in Ablösung des russischen Wirtschaftssystems zur tragenden Säule der Wirtschaft in diesem Raume werden zu lassen, zudem eine Leitung dieser ukrainischen Genossenschaften durch Deutsche nicht beabsichtigt sei. Wenn man nun sage, daß durch ein staatliches Dach die Gewähr für ein Arbeiten der Genossenschaften im deutschen Sinne gegeben sei, so scheine ihm doch eine gewisse unternehmerfeindliche Einstellung gegenüber den deutschen Einsatzfirmen vorhanden zu sein. Eine Beibehaltung dieser vorgefundenen Wirtschaftsorganisation scheine ihm nicht zweckmäßig. Die Quintessenz der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung bestehe darin, eine vorübergehende Synthese zwischen der staatlichen Lenkung und der Wahrung der Initiative herbeizuführen.

Wenn festgestellt worden sei, daß die ukrainischen Genossenschaften in der Getreideerfassung den in sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen hätten, dann solle man doch unter völliger Wahrung der Stellung der Landwirtschaftlichen Zentralstelle in einem Augenblick größten Notstandes versuchen, versierte Getreidehandelsfirmen als Kommissionäre der Landwirtschaftlichen Zentralstelle einzusetzen. Er sei überzeugt, daß die zuständigen Organe des Reichsnährstandes Verständnis für eine derartige Organisation hätten. Diese Kommissionäre könnten auch den bayerischen Bergbauern, die hier eine große Verwaltungsaufgabe übertragen bekommen haben, gute kaufmännische Berater sein.

In der Lederwirtschaft seien in den einzelnen Distrikten des alten Generalgouvernements je eine Vertrauensfirma eingesetzt, Fachleute, die vom Häutegeschäft etwas verstehen. Auf diesem Sektor müsse in einer Zeit stärkster Anspannung der Rohstofflage zunächst der Erfolg der Rohstofferfassung im Vordergrund stehen. Wenn dabei ein Unternehmer für seine Leistung ein entsprechendes Entgelt bekomme, dann solle man ihm dies auch gönnen. Im Distrikt Galizien seien auf diesem Gebiet die Dinge leider in ein sehr ungünstiges Fahrwasser gekommen, und zwar infolge des Umstandes, daß die Bewirtschaftungsstelle für Leder und Pelze nicht mit den übrigen Bewirtschaftungsstellen ihre Tätigkeit aufnehmen konnte. Er habe dem Amt für Gesetzgebung einen Verordnungsentwurf zugeleitet, durch den mit sofortiger Wirkung die Bestimmungen über die Bewirtschaftungsstelle von Leder und Pelzen auch im Distrikt Galizien eingeführt werden sollen.

Für umfangreiche Kohlenlieferungen nach Galizien hätten bis heute die notwendigen Transportmöglichkeiten nicht zur Verfügung gestanden. Im Verlaufe der Sitzung sei schon darauf hingewiesen worden, daß vor allem zur Versorgung der Stadt Lemberg mit Brennstoff und zur Beheizung der Truppenunterkünfte im kommenden Winter die Braunkohlenvorkommen nördlich von Galizien beschleunigt entwickelt werden müßten. Auf diesem ~~Gebiet~~ Sektor habe sich die Dienststelle des Vierjahresplans mit ihrem gewichtigen Einfluß eingeschaltet, die das gesamte Gebiet der Erfassung und die Verteilung der Rohstoffe zu bearbeiten habe.

Die zusätzliche Lieferung von Erdgas für Lemberg sei ebenfalls schon zur Sprache gebracht worden. Die Übernahme des Elektrizitätswerkes Lemberg we in staatlichen Besitz werde sich als notwendig erweisen, da seine Bedeutung weit über das Kommunale hinausgehe. Im Austausch von Erdgas und Elektrizität müsse dieses Werk in weite Gebiete Strom liefern.- Abschließend verspricht Präsident Dr. Emmerich, durch Bereitstellung von Rohstoffen und Kohle dem Distrikt Galizien nach Kräften zu helfen.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann äußert sich zu Fragen der Preisbildung im Distrikt Galizien. Ihrer amtlichen Regelung ständen außerordentliche Transportschwierigkeiten sowie auch politische Schwierigkeiten im Distrikt Galizien entgegen. Man könne am Anfang der Arbeit auf diesem Gebiet selbstverständlich nur zu Kompromissen kommen, die häufig sehr viele Nachteile mit sich brächten. Jetzt sei man in dieser Beziehung an einem Punkt angelangt, an dem man unter allen Umständen auch bei der Schließung derartiger Kompromisse festhalten müsse, da sonst die im alten Generalgouvernement eingeführte Preisordnung gestört würde.

Ausgangspunkt der Preisbildung im galizischen Gebiet habe leider das von den Russen geschaffene Preisniveau sein müssen, das der Angleichung außerordentliche Schwierigkeiten bereite, da es zu einem ganz erheblichen Teil politisch aufgebaut sei. Die bestehende Unterschiedlichkeit des Preissystems habe man nicht länger dulden können. Die außerordentlich große Spanne zwischen den in Galizien bestehenden Preisen und den Preisen im alten Generalgouvernement hätte man nur halten können, wenn eine Art Zollgrenze beibehalten worden wäre.

Bei der Preisangleichung habe man eine schrittweise Methode gewählt, da sie trotz zahlreicher Nachteile doch das kleinere von zwei Übeln darstelle. Eine sofortige Angleichung an das erhöhte Preisniveau des alten Generalgouvernements hätte durch die auftretenden starken Preisauftriebstendenzen gewaltige Störungen in der Gesamtwirtschaft ausgelöst. Das Endergebnis wäre dann ein weit höheres Preisniveau, als es zur Zeit in Galizien besteht, gewesen.

Für die zukünftige Arbeit in der Preisbildung müsse man die im alten Generalgouvernement angewandte Arbeitsweise beibehalten, d.h. eine Verstärkung des amtlichen Sektors auf Kosten des nichtamtlichen Sektors.Die Schleichhandelsbekämpfung, die im Distrikt Galizien leichter durchzuführen

sei als im alten Generalgouvernement, müsse mit größtem Nachdruck betrieben werden.

Als besonders wichtig sei die Tatsache anzusehen, daß die deutsche Verwaltung nicht den hemmungslosen Ausverkauf der letzten hier noch vorhandenen Vorräte zugelassen habe. Jetzt aber müsse der geordnete Verkauf dieser Vorräte einsetzen, da sonst der ungeheure Mangel an Erzeugnissen, insbesondere auch des täglichen Lebensunterhaltes, zu neuen starken Preisauftrieben führen würde.

Den Beschluß, den die Distriktsverwaltung in den ersten Oktobertagen über die Einführung der Gleichheit der Preise des Distrikts Galizien und des übrigen Generalgouvernements gefaßt habe, begrüße er. Danach sollen die Preise, nachdem sie in den ersten Wochen der deutschen Verwaltung in diesem Gebiet bewußt auf 60- bis 80 % der Generalgouvernementspreise gehalten worden seien, auf die gleiche Höhe gebracht werden. Trotzdem aber werde eine restlose Gleichheit der Preise nicht durchgeführt werden können, da die Verhältnisse im Distrikt Galizien und im alten Generalgouvernement teilweise doch außerordentlich unterschiedlich lägen. Nur durch einen Einsatz von öffentlichen Mitteln in sehr großem Umfang könne eine restlose Gleichheit aller Preise erreicht werden. Der Beschluß der Distriktsverwaltung Galizien stehe der Bildung von natürlichen und aus der Wirtschaftsstruktur sich ergebenden Preisen nicht entgegen. Daher ist es auch durchaus möglich, die Preise für einzelne besonders wichtige Erzeugnisse wie Getreide, Kartoffeln, Kohle usw. einer genaueren Prüfung im einzelnen zu unterziehen.

Ziel einer vernünftigen Preisbildung müsse eine Wirtschaft sein, in der unberechtigte Übergewinne nicht entstehen könnten.

Landwirtschaftsdirektor Gareis kommt noch einmal auf die Ausführungen des Präsidenten Dr. Emmerich bezüglich der Einschaltung von Kommissionären in die Getreideerfassung zu

sprechen. Die Kreishauptleute wendeten sich dagegen, daß diese Firmen sich des amtlichen Erfassungsapparates bedienten. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß für diese Zwecke die Landwirtschaftliche Zentralstelle besser geeignet sei. -

Die Leitung der Erfassungsstelle für Häute und Felle sei ihm übertragen worden, weil keine geeignete Persönlichkeit dafür greifbar gewesen sei. Mit den vorhandenen Vorräten wolle er zur Versorgung der galizischen Bauern mit Textilien mit der Wehrmacht ein Gegengeschäft durchführen.

Präsident Dr. Emmerich erklärt sich bereit, im Rahmen des Möglichen der Landwirtschaft zu helfen. Die Textilhandelsgesellschaft habe schon für 5 Millionen Zloty Waren nach Galizien transportiert.

In diesem Zusammenhang teilt Oberregierungsrat Dr. Schepers mit, daß er als Aufsichtsratvorsitzender des von Präsident Dr. Emmerich ins Leben gerufenen galizischen Industriekontors eingesetzt worden sei. Aufgabe des Unternehmens werde die Durchführung von Handelsgeschäften zur Verhinderung von Übergewinnen durch Privatfirmen sein. Das galizische Industriekontor sei eine staatliche Gesellschaft des Distrikts, deren Gesellschaftsanteile auf die Hauptabteilung Finanzen übergeführt worden seien .

Präsident Dr. Emmerich stellt dazu fest, daß sich im Distrikt Galizien in der jetzt herrschenden Übergangswirtschaft das Fehlen eines schlagkräftigen Organes, das ausgerüstet mit Staatskredit Sofortmaßnahmen durchführen könne, ungünstig bemerkbar gemacht habe. Das Industriekontor werde diese Lücke ausfüllen.

Oberregierungsrat Dr. Schepers weist darauf hin, daß die von Präsident Westerkamp betonte Organisation der Verwaltung auf allen Gebieten als erste Aufgabe in besonderem Maße für den Wirtschaftssektor zutreffe. Der Umfang der verantwortlichen Aufgaben sei für jeden einzelnen Ressortleiter so groß, daß oft seine volle Tagesarbeit dadurch in Anspruch genommen werde. Weiter müsse er sich notwendigerweise vielen kleinen Tagesfragen widmen. Durch diesen Umstand werde ein großer Teil der Arbeitskraft absorbiert und es sei daher nicht jedem möglich, in der Lösung von Wirtschaftsfragen mit dem Nachbarn gleichen Schritt zu halten. Diese Erkenntnis habe Gouverneur Dr. Lasch veranlaßt, im Distrikt Galizien einen Wirtschaftsrat zu bilden und ihm, Oberregierungsrat Dr. Schepers, in seiner Eigenschaft als besonderer Beauftragter der Regierung die Leitung dieses Wirtschaftsrates zu übertragen. Die Aufgaben dieses Wirtschaftsrates seien die zentrale Anpackung der Wirtschaftsprobleme Galiziens, darüber hinaus die Gewährleistung einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbestrebungen des alten Generalgouvernements und eine besonders enge Verbindung mit der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements.

In diesem Rat seien die Leiter aller Wirtschaftsressorts der Distriktsverwaltung, ebenso die Kreishauptleute, zusammengefaßt. Die Sitzungen fänden wöchentlich statt.

Der Herr Generalgouverneur beendet die Sitzung mit folgender Schlußansprache:

Wir stehen am Schluß dieser Regierungssitzung. Was ich allgemein politisch zu der Zeit an dieser Stelle zu sagen gedachte, kann ich heute nachmittag bei dem vorgesehenen Gefolgschaftsappell ausführen. Im Rahmen dieser Sitzung möchte ich Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern herzlich danken. Es ist ganz selbstverständlich,

daß alle Dienststellen der Regierung in Krakau eine ganz klare Vorstellung von den unendlichen Schwierigkeiten haben, die Sie und Ihre Herren zu bewältigen haben.

Besonders eindrucksvoll war für mich der Bericht des Kreishauptmanns, der gezwungen ist, Bezugscheine auszustellen, sozusagen also die Totalität der amtlichen Funktionen einer Kreishauptmannschaft in persona auszuüben. Wir können uns gar nicht anders helfen, als dafür zu sorgen, daß wir noch weitere Mitarbeiter in den Distrikt Galizien abstellen. Was in meiner Macht steht, werde ich tun, um auch aus dem Reich weitere Kräfte hereinzuholen.

Sehr erfreut war ich über die schon sehr weitgehende Verwurzelung der Distriktverwaltung im Gebiet. Ich bin außerordentlich beeindruckt, wie es doch in kurzer Zeit unter den denkbar schwierigen Umständen, und zwar im buchstäblichen Sinn, denn irgendeine Förderung hat hier niemand gefunden,- geglückt ist, schon eine übersehbare und wohlfunktionierende Struktur einer Verwaltungseinheit aufzurichten. Dafür gebührt Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern, besonderer Dank. Besonderer Dank und Anerkennung gebührt auch der SS und Polizei, die in diesem Gebiet energisch durchgegriffen hat, um gewisse Erscheinungen, die uns Gefahr gebracht hätten, sofort zu beseitigen.

Ich möchte nicht schließen, ohne Ihnen, meine Herren, im Namen der Regierung zu danken und Sie um weiteres Ausharren an Ihrem schwierigen Platz zu bitten. Er ist schwierig, daher auch ehrenvoll. Wenn Sie daran denken, was unsere Kameraden, die dieses Gebiet erobert haben, bei der Wehrmacht zu leisten haben, dann können wir als Verwaltungsausbauorgane mit der uns vom Führer gestellten Aufgabe, die voller Ehre und voll der schwierigsten Verantwortung und deshalb außerordentlich anregend ist, zufrieden sein. Gerade für Sie im Distrikt Galizien muß es eine stolze Genugtuung sein, daß Sie am schwierigsten Punkt des Generalgouvernements eingespannt sind.

Gerade die heutige Regierungssitzung zeigt Ihnen auch, wie sehr wir uns in der Regierung abmühen, um Ihnen zu helfen. Wir wollen Ihnen, wo immer es geht, zum Ausdruck bringen, daß nicht nur unsere besten amtlichen Wünsche, sondern auch unsere persönlichen herzlichen Segnungen Ihre Arbeit begleiten. Ich persönlich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Diese Reise ist zugleich der Abschluß der Regierungsreise durch sämtliche Distrikte. Alle, die sie mitgemacht haben, werden bestätigen, daß es ein Unikum in der Verwaltungsgeschichte darstellt, daß der Chef einer Verwaltung mit seinen Mitarbeitern ins Land hinein reist. Die Anregungen, die hier beiderseits erfolgten, sind ungewöhnliche. Ich möchte nur wünschen, daß in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches nach dem Krieg diese Art Kontaktnahme zwischen den Regierungs- und Distriktsinstanzen eine dauernde Übung wird. Damit würde man über manche Schwierigkeiten hinwegkommen.

Ich danke Ihnen nochmals und wünsche Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern, alles Gute.

Gouverneur Dr. Lasch:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen im Namen meiner Kameraden die Versicherung abgeben, daß wir uns weiterhin zu unserer Arbeit bekennen und stolz die Aufbauarbeit im Distrikt Galizien unter Ihrer Führung leisten werden. Sie können versichert sein, daß jeder an seinem Platz seine ganze Kraft und Energie zur Bewältigung dieser schweren Aufgabe einsetzt. Wir geloben Ihnen, in unverbrüchlicher Treue weiterzuarbeiten!

Wir grüßen den Führer!

Schluß der Sitzung: 14^{15} Uhr.

====

Herr Generalgouverneur, meine Herren der Regierung, Kameraden!

Es ist eine grosse Ehre für uns, Herr Generalgouverneur, unter Ihrem Vorsitz an einer Sitzung des G.G. in Lemberg teilzunehmen und Ihnen, Herr Generalgouverneur, sowie den Herren der Regierung Rechenschaft zu geben über alles, was wir in Ihrem Auftrag an Aufbauarbeit in den vergangenen 2 Monaten in dem Distrikt Galizien leisten durften. Galizien unterscheidet sich von den übrigen Distrikten des G.G. durch seine politische Vergangenheit, durch den krassen Wechsel der die Macht in diesem Lande ausübenden Systeme. Wenn schon nach den für dieses Land beglückenden Jahren deutscher Kulturaufbauarbeit unter österreichischer Herrschaft über 20 Jahre polnischer Macht folgten, so bedeuteten die 2 Jahre russischer Herrschaftsausübung in diesem Raum ein fürchterliches Schicksal für Land und Menschen. Die 2 Jahre sowjetischer Macht haben genügt, um die Kultur dieses Landes restlos zu zerstören, um die Wirtschaft zu verstaatlichen, das Privateigentum wegzunehmen, die Landwirtschaft nach rein politischen Zweckmässigkeitsgründen und nicht nach den vernünftigen Grundsätzen der Sicherung der Ernährung der einheimischen Bevölkerung auszurichten; darüber hinaus die Lebensverhältnisse des Einzelnen wie der gesamten Bewohner Galiziens zu nivellieren und mit Hilfe der stark eingesetzten sowjetischen Propagandamaschine für die politischen Zwecke des Bolschewismus nutzbar zu machen. In dieser Zeit haben die Unternehmungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes ihre Substanz verloren, aber auch der Privatmann, der, soweit er sich zur Intelligenz zählte, aus Angst vor dem

Bolschewismus keinem Beruf nachging, verkaufte sein Hab und Gut, um sein und seiner Familie Leben fristen zu können. Von einer gesunden Verwaltung, einer sich aus der naturgesetzlichen Entwicklung ergebenden Wirtschaftsordnung, geschweige denn von Kultureinflüssen irgendwelcher Art und sei es auch primitivster, Art, kann nicht die Rede sein. Unter Einsetzung aller Macht und hunderter Funktionäre in den kleinsten Orten wurden Stadt und Land unter ständigem Druck gehalten und mit barbarischen Mitteln tyranisiert.

Wir haben am 1. August hier ein Gebiet übernommen, dass unter russischer Herrschaft Industrie und Handelswaren aber auch seine gesamte Produktionskapazität verloren hat, denn unter russischer Herrschaft blieben nur die Produktionsstätten erhalten, die dem russischen Regime unmittelbar nutzten. Andere Erwägungen gab es für die russische Wirtschaftsführung nicht.

Die grossen Aufgaben, die wir von Ihnen übertragen erhalten haben, sind nun von uns vom ersten Tage mit aller Energie angegangen worden, und ich glaube sagen zu können, dass bei den hier vorgefundenen Schwierigkeiten, die Arbeiten auf allen Gebieten eine gesunde und aufsteigende Entwicklung genommen haben.

Zur Durchsetzung der gestellten politischen Ziele und zur Durchsetzung Ihres Willens, Herr Generalgouverneur, der sich in den Verordnungen der Regierung ausdrückt, wurde als erstes die deutsche Verwaltungsorganisation analog dem Beispiel der übrigen Distrikte des G.G. aufgezogen. Es entstanden in kurzer Zeit die Kreishauptmannschaften, die Land- und Stadtkommissariate und die Distriktsverwaltung selbst. Wenngleich der Personalmangel, vor allem in den ersten Wochen uns ganz besonders grosse Sorgen gemacht hat, und dem

Einzelnen oft Aufgaben oblagen, die in gleichgearteten Fällen von einer Vielzahl von Personen zu erledigen sind, haben doch die abgeordneten Männer des G.G. Ihrem Befehl folgend, mit ganzer Hingabe ihre Arbeit geleistet und bewältigt. Auch heute kann von einer ausreichenden Personalversorgung nicht gesprochen werden. Die Distriktsverwaltung, wie alle Kreis- und Stadthauptmannschaften sind etwa zu ⅓ besetzt, wobei zu bemerken ist, dass es notwendig sein wird, eine ganze Reihe, sich nicht als tauglich erwiesener Beamte und Angestellte wieder auszuwechseln, die in dem genannten Drittel jetzt eingeschlossen sind. Es arbeiten seit einigen Wochen sämtliche Abteilungen analog dem Verwaltungsaufbau der Regierung und der übrigen Distriktsverwaltungen. Die Aussenstellen der einzelnen Fachabteilungen sind ebenfalls aufgestellt und im Ausbau begriffen. Die Verwaltungsorganisation des Distrikts Galizien soll so schlagkräftig und so präzise in ihrem Funktionieren sein, wie die Verwaltungen der übrigen Distrikte.

Dass bei der Errichtung der Büros und bei der Regelung der Wohnverhältnisse für unsere Beamten und Angestellten wie für uns selbst, mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, wie vor 2 Jahren, als wir im G.G. mit der Arbeit begannen, darf auch hier erwähnt werden. Neben dem Verwaltungsaufbau richtete sich unser Bestreben auf die mit aller Macht an uns herantretenden Probleme auf den Gebieten der Wirtschaft, insbesondere der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft, sowie auf die von der Regierung des G.G. befohlene Einführung des Zloty und des Austausches der bisher in Galizien vorhandenen Währungen (Rubel und Reichskreditkassenscheine) gegen die Währung des G.G.

Mit den Aufgaben der Wirtschaft und Landwirtschaft sind die politischen Fragen dieses Raumes besonders stark verbunden, weil nach dem Einzug der deutschen Truppen durch einige Deutsche in weitesten Kreisen der ukrainischen Bevölkerung der Eindruck Erhärtung fand, als ob das deutsche Reich den Kampf gegen Rußland um der Befreiung der Ukraine willen geführt habe. Dies hatte zur Folge, dass bei dem an sich leicht zu politischer Phantasterei neigendem slawischen Menschen die Einbildung bestand, dass nunmehr die Zeit der grossen freien Ukraine gekommen wäre. Wir fanden deshalb allenthalben ukrainische Fahnen vor den Reichsfahnen, eine bewaffnete ukrainische Miliz und in allen führenden Stellen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Schulwesens und des sozialen Sektors ukrainische Vertreter vor, die nicht etwa aus fachlichem Können, sondern rein als politische Funktionäre an diese Stellen gesetzt worden waren. Das Ukrainertum ist in Galizien bei-nahe dreimal so stark an Menschen wie das Polentum. In polnischer Zeit waren selbstverständlich die Ukrainer aus allen massgeblichen Stellungen herausgedrängt worden. Sie waren Arbeiter der Polen in den Städten, auf dem Land waren sie, soweit sie nicht selbständige Bauern waren, Knechte und Mägde der polnischen Gutsherren. Eine ukrainische Intelligenzschicht von Bedeutung gab es nicht. Dies drückt sich vor allem in der geringen Zahl der vorhandenen Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, Tierärzte und Hochschullehrer aus. Die Polen hatten sämtliche Beamtenstellungen inne, nur in ganz wenigen Ausnahmefällen wurden Ukrainer im Staatsdienst beschäftigt. In der Wirtschaft, insbesondere Industrie und Handel, waren die Polen und Juden die Führenden, während im Gewerbe die Juden ebenfalls zahlreicher waren, als die Ukrainer. Grossgrundbesitzer ukraini-

scher Nationalität gab es ausser den Kirchenfürsten, die Ukrainer sind, nicht. Der sonstige Grossgrundbesitz war in Händen der Polen.

In sowjetischer Zeit trat hier nur insofern eine Veränderung ein, als zu Gunsten des jüdischen Elementes, das stark bevorzugt wurde, auch die Polen aus ihren Stellungen verschwanden. Alle massgebenden Stellen in den Trusts, wie auch im sowjetischen Verwaltungssystem wurden von Sowjetrussen eingenommen. In russischer Zeit wurde mit Hilfe der Juden und manchmal auch Polen das Ukrainertum schärfstens bekämpft und jedes Anzeichen ukrainischen Nationalitätsgefühls wurde mit bestialischen Mitteln und Martern zugleich für grosse Teile der übrigen Bevölkerung niedergeschlagen. Es ist daher allzu begreiflich, dass der Einzug der deutschen Truppen in diesem Land von der Bevölkerung von ganzem Herzen begrüsst wurde. Es muss aber dem Ukrainertum klar gemacht werden, dass die Tatsache ihrer Befreiung allein ihnen eine unauslöschliche Dankesverpflichtung auferlegt. Es kann allerdings mit gutem Recht gesagt werden, dass in den weitesten Kreisen der ukrainischen Bevölkerung dieses Dankesgefühl vorhanden ist. Lediglich einige jüngere Elemente versuchen hier und da die nun entstandene Lage auszunutzen und glauben, nachdem die Knute Polens und Rußlands von ihnen genommen wurde, sich nun gegen die deutschen Befreier stellen zu können. Ich erwähne diese politischen Gedanken so ausführlich, weil sie mit unserer Arbeit in engster Verbindung stehen. Ebenso wenig, wie die deutsche Post Osten

oder die deutsche Reichsbahn, ebenso wenig wie die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft oder die Abteilung Forsten allein auf ukrainisches Personal zurückgreifen kann, können wir bei der Verwaltungsarbeit inn den Kreisen, wie hier im Distrikt auf die Unterstützung ukrainischer Arbeitskräfte rechnen. Wir sind gezwungen, in zahlreichen Fällen Polen einzusetzen, die nicht nur über bessere Kenntnisse, sondern dazu in den meisten Fällen auch über den grösseren Arbeitswillen verfügen. Dies hat dazu geführt, dass in manchen Fällen die Ukrainer in den getroffenen Massnahmen eine Fortsetzung der Politik zu Gunsten Polens sahen. Um diesen Einwand gleich zu begegnen, habe ich die Errichtung von Fachschulen für Ukrainer auf allen Sektoren in Angriff genommen. So werden zur Heranbildung einiger hundert Betriebsführer für die Landwirtschaft ein Lehrgang für ukrainische Bauern und Bäuerinnen abgehalten, in Lehrgängen auf anderen Fachgebieten Ukrainer für den Einsatz in der Verwaltungsarbeit und auf anderen Dienstposten herangebildet. Diese Massnahme wurde von der gesamten ukrainischen Bevölkerung sehr begrüsst. Durch Entscheidung des Generalgouverneurs öffnen die in Lemberg vorhandenen Hochschulen als medizinische,- veterinär- und landwirtschaftliche Akademie, sowie als technisches Institut in Bälde wieder ihre Pforten, sodass auch der fehlende Personalmangel an Ukrainern auf diesen Gebieten nach Beendigung der ersten Lehrgänge eine wesentliche Erleichterung erfahren wird.

Es war aber unbedingt notwendig, die rein als politische Funktionäre oder als Sachwalter für ukrainische Belange sich bezeichnenden Trustdirektoren, Bürgermeister und weitere Stelleninhaber aus ihren Positionen zu entlassen und durch geeignete, die einzelnen Fachgebiete kraft ihrer Vorbildung und ihres Könnens wirklich beherrschende andere Kräfte zu ersetzen. Auch hierbei musste vielfach auf Polen zurückgegriffen werden, weil in der Tat geeignete andere ukrainische Kräfte zur Bewältigung der ersten grossen und schweren Aufgaben nicht zur Verfügung standen.

:/:

Es gab hier für uns nur einen Entschluss, die nicht funktionierenden fremdstämmigen Mitarbeiter, auch wenn es sich um Ukrainer handelte, unverzüglich durch bessere, unsere Zielsetzungen erfüllende Persönlichkeiten zu ersetzen und hierbei auch, wenn nötig, auf Polen zurückzugreifen. Denn bei den ungeheuer schwierigen Aufgaben, bei der Fülle der täglich auf allen Gebieten an uns herantretenden Schwierigkeiten, vor allem aber auch bei dem nur in so geringer Zahl zur Verfügung stehenden deutschen Personal ist es ganz ausgeschlossen, aus politischen Gründen oder politischer Rücksichtnahme schlechte Arbeitskräfte zu beschäftigen in Fällen, wo die Besten kaum ausreichen, um die vorhandene Arbeit zu erledigen. Wir haben deshalb in der Wirtschaft bei der Liquidation der sowjetischen Wirtschaftsverfassung, in der Industrie, im Handel und im Gewerbe ausschliesslich danach gesehen, ob die betreffende mit einer Aufgabe oder einer Arbeit zu betrauende Persönlichkeit kraft ihres Könnens und ihres Wissens für eine bestimmte Aufgabe geeignet ist oder nicht. Denn wenn wir die 3,2 Millionen Ukrainer, die in Galizien wohnen, zu wirklichen für das deutsche Interesse brauchbaren Mitarbeitern erziehen wollen, dann dürfen wir ihre Qualität nicht nach politischen, sondern ausschliesslich nach Gesichtspunkten messen, die dem Interesse des Reiches am meisten dienen. So standen wir bei Menschen, die diesen Raum bevölkern und die Vielgestaltigkeit des Tages ausmachenden Funktionen des Lebens vor einer völlig neuartigen Aufgabe. Während wir im Alt - G.G. wenigstens vorübergehend aus Zweckmässigkeitsgründen an Bestehendes anknüpfen könnten, gab es bei uns hier im Distrikt Galizien nur eines, ganz von vorn anzufangen.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft war von den Sowjetrussen her das Prinzip der Staatswirtschaft gültig. Privatinitiative, Unternehmer-Risiko, eigenes schöpferisches Wirken war ausgeschaltet. Hier galt es zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse der in Galizien noch befindlichen Wehrmachtsteile, wie der Deutschen, die an verschiedenen Stellen der deutschen Verwaltung arbeiten, darüber hinaus aber auch zur Befriedigung der ärgsten Lebensbedürfnisse der ukrainischen und polnischen Bevölkerung zu Sofortmassnahmen greifen. Es wurden, gemäss dem Auftrag der Regierung, die Warenlager

:/:

erfasst. Es kam uns hierbei zugute, dass die Sowjetrussen die vorhandenen Lagerbestände zur Kontrolle des Grosshandels in Grosslägern zusammengefasst hatten, die in sogenannten Trusts bezw. Basen verwaltet wurden. Während des Nichtvorhandenseins der dettschen Verwaltung vor dem 1.August hatten bereits zahlreiche ukrainische Elemente die Lagerbestände gelichtet und sie für uns unkontrollierbar in Einzellager aufgeteilt. Es war deshlab höchste Zeit , dass die noch vorhandenen Lagerbestände in deutsche Obhut und Verwaltung genommen wurden.
Als zweites sollte dann die Eröffnung aller Geschäfte wieder vorgenommen werden mit der besonders scharfen Konzessionierung derjenigen Firmen, die Produkte verkaufen, die der Bewirtschaftung unterliegen. Die Eröffnung der Geschäfte, des Gewerbes und des Einzelhandels wurde von mir auf die Zeit zwischen 15.Oktober und 1.November vertagt. Es sollte zuerst der Währungsumtausch stattfinden. Denn hätten wir ~~zuerst~~ bereits in den ersten Wochen unserer Tätigkeit die Genehmigung zur Eröffnung der Ladengeschäfte in den Städten und auf dem Land gegeben, dann wäre jeder kleine Gewerbetreibende zu einem eigenen Währungspolitiker geworden, und wenn dann der Tag gekommen wäre, an dem durch Erreichen der Preis-und Lohngrenze des G.G. die Wirtschaftsangleichung Galiziens an das G.G. vollzogen worden wäre, dann hätte keiner dieser aufgrund der in den vergangenen Wochen gemachten Erfahrungen an die Stabilisierung der Verhältnisse im nächsten Jahr geglaubt und wir hätten bei dem geringen Vorhandensein von Waren aller Art in diesem Land einen Umstand, der allein durch die

:/:

sowjetischen Machthaber hier entstanden ist, mit jedem dieser Kleingewerbetreibenden die grössten Schwierigkeiten gehabt. So haben wir geglaubt, richtig zu handeln, wenn wir erst die Währung des G.G., also dnn Zloty nach Umtausch der hier vorhandenen Rubel als einzigste Währung haben und dann unter Einsatz der ganzen Staatsautorität mit Hilfe der uns zur Verfügung stehenden Exekutivkräfte die Stabilität der Wirtschaftsverhältnisse garatieren. Es war auch nicht möglich, Preisstopp$-oder Höchstpreise festzusetzen, mit Ausnahme einiger Preise für Grundprodukte, z.B.Brot-ausserdem Miet-und Strompreis. Nunmehr sind diese Schwierigkeiten überwunden. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, dass die Wirtschaftsverhältnisse des Distrikts Galizien nunmehr an die des G.G. angeglichen sind. Jetzt allerding brauchen wir die ganze Unterstützung aller Stellen des GG., um die Verhältnisse unserer Wirtschaft, die durch diese Entwicklung stark im Schwanken begriffen ist, nunmehr normal zu halten. Es werden in diesen Tagen alle Geschäfte wieder eröffnet. Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft hat uns, das darf ich hervorhebend bemerken, sowie der Bankdirigent der Emissionsbank, bei der Bewältigung dieser ausserordentlich schwierigen Wirtschaftsangleichung hervorragend unterstützt. Selbstverständlich liegen die Produktionsverhältnisse im Distrikt Galizien noch ausserordentlich im Argen. Die Zerstörungen des Krieges lassen nur zu einem Teil die sofortige Wiederingangsetzung von Fabriken und Unternehmen zu, dazu ist die Belieferung der Produktionsstätten des Distrikts Galizien mit Kohle schwieriger,als im übrigen G.G. Wir werden deshalb auf dem Gebiet unserer industriellen Produktion fast ausschliesslich auf die Belieferung durch Erdgas angewiesen sein, soweit nicht die in unserem Gebiet liegenden Kohlengruben den Bedarf etwas decken helfen und uns per Bahn doch noch etwas Kohle aus Oberschlesien erreicht.

Auch die Versorgungsindustrie in Stadt und Land hat weitgehendst durch die Kreigereignisse Schaden genommen. Ganze Elektrizitätswerke sind zerstört. Zu allem Wirken aber

./.

ausserordentlich erschwerend vor allem die Verkehrs-
verhältnisse. Wir können bis zum heutigen Tage noch
frei über die Bahn verfügen.Es ist erst seit weniger
Tagen gelungen, wenigstens einige absolut lebenswich
Transporte für uns zur Durchführung zu bringen. Wir
haben Strassen übernommen, deren Zustand weit schle
ist, als die im Oktober 1939 von uns übernommenen S
des ehemaligen Polens. Dazu kommt, dass der Pferdeb
der Bauern durch den polnischen Krieg von 1939 und
sich daran anschliessende sowjetische Herrschaftspe
in diesem Raum stark gelichtet ist, und wir aus die
Grunde Panje-Fahrzeuge in dem Masse, wie es im übri
G.G. geschieht, nicht zur Verfügung haben. So liege
die Verhältnisse ,die hinsichtlich der Ernährung de
Stadt Lemberg als vorläufig absolut ernst zu bezèic
sind, die in dem Augenblick aber besser werden, wen
die Bahn in vollem Masse auch wieder für die Zwecke
ziviler Belange zur Verfügung steht.

./.

Wir Verwaltungsmänner im G.G., Herr Generalgouverneur, die wir unter Ihrer Führung hier arbeiten dürfen, sind gewohnt, Schwierigkeiten um uns zu sehen. Die Strassen-Situation Galiziens ist z.B. katastrophal. Es ist natürlich ausgeschlossen, dass sich die Strassendecken von vielen hunderten von Kilometern Strasse in der kurzen Zeit wesentlich verbessern lassen, aber was in den vergangenen 2 Monaten an Zuwerfen von Löchern und an dem Fahrbarmachen der Strassen geschehen konnte, das ist wirklich geschehen. Wir haben auch hier Wochen der Strassen veranstaltet, die noch im Gange sind, und die dazu geführt haben, dass nicht nur an allen Strassen erster Ordnung ungeheuere Materialmengen angefahren worden sind, sondern auch schon weite Strecken in einen einigermassen brauchbaren Zustand versetzt wurden. Die Strassenbeschilderung, die Aufstellung der Ortstafeln, der Kreistafeln, wie auch der Grenztafeln des G.G. an den zahlreichen Übergängen auf dem Karpathenrücken nach Ungarn oder nach Rumänien ist überall durchgeführt. Jeder Deutsche, der heute durch den Distrikt Galizien fährt, kann sich bereits schon zurechtfinden.

Auf anderen Gebieten ist dann die Arbeit wieder langsamer vorangegangen. Während die Sowjetrussen in jeder kleinen Dorfgemeinde zahlreiche Funktionäre zur Verfügung hatten, die die Ablieferung der vorhandenen Getreidemengen, darüber hinaus aber die Verteilung der Ernährung an die Bevölkerung gewissenhaftest überwachten und Fehler mit drakonischen Strafen zügten, steht uns nur ein ganz kleiner Teil von Mitarbeitern für dieses so ausserordentlich

wichtige Gebiet zur Verfügung. Denn es geht ja auf dem Gebiet der Landwirtschaft nicht allein um die Ernteerfassung, es geht vor allem darum, diesem fruchtbarsten Boden des G.G. so gutes Saatgut zu geben, und dieses Saatgut nach deutschen Anbauvorschriften in die Erde zu bringen, dass das G.G. bei der kommenden Ernte hieraus reichsten Segen hat. Wir sind mit der Ernteerfassung nicht zufrieden. Es liegt zum Teil an der Ablieferungsunlust der ukrainischen Bauernschaft, zum anderen daran, dass die Bauern nach Wegfall des ständigen politischen Drucks der Sowjetfunktionäre, die nunmehr vermeintlich gewonnene Freiheit ausnutzen wollen, am meisten aber daran, dass uns in der Tat die Mitarbeiter fehlen. Es sind vom G.G. dem Reichskommissariat Kiew eine ganze Reihe hervorragender Kräfte zur Verfügung gestellt worden, die Landesbauernführer Körner s.Zt. mitgenommen hatte. Es waren alles Leute, die Osterfahrung hatten, und die Verhältnisse im G.G. bereits kannten. Die Männer, die uns hier zur Verfügung gestellt wurden, sind bis auf die paar Kreislandwirte fast alle aus Gebieten gekommen, die mit dem Osten nicht verbunden sind. Dazu kommen diese Männer in einer Zeit zu uns, in der sie gleich im vollsten Einsatz von uns gebraucht werden, nämlich kurz vor der Ernte. Es ist daher für unsere Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Galizien ausserordentlich schwierig, den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen. Im einzelnen wird darüber und über die von uns zur Abänderung dieser Schwierigkeiten getroffenen Massnahmen der Leiter der Abteilung Ernährung und

und Landwirtschaft, Landwirtschaftsdirektor Gareis, noch in einem besonderen Referat zu sprechen haben, ich darf aber in diesem Zusammenhang die Bitte an die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft der Regierung zum Ausdruck bringen, uns jetzt in der vordringlichsten Zeit der Landwirtschaft mit geeigneten und guten brauchbaren Arbeitskräften zu versorgen. Das G.G. kann von uns erwarten, dass wir aus dem so fruchtbaren Boden des Distriktes das denkbar beste und grösste an Produkten herausholen.
Wir brauchen aber hierzu Menschen, die die Ernteerfassung, wie auch die Neubestellung des Bodens leiten und lenken.
Es kommt jetzt nicht so sehr auf die Erreichung aller Macht der landwirtschaftlichen Zentralstelle oder auf die Errichtung von Landämtern an, sondern es kommt darauf an, dass die Männer der Landwirtschaft jetzt vor der Ernte praktisch mitarbeiten und den Kreshauptleuten bei der Ernteerfassung, wie bei der Bestellung für die neue Ernte zur Verfügung stehen. Es ist bekannt, dass bei der Erfassung der Ernte die Organe der Landwirtschaftlichen Zentralstelle eine wichtige Rolle spielen, es wäre aber vielleicht kein Fehler, wenn man jetzt noch die alten, bei den Bauern eingeführten Ablieferungsverhältnisse bei den Genossenschaften beliesse und dann unmittelbar nach der Bestellung der neuen Ernte die Bauern an das von der Landwirtschaftlichen Zentralstelle herausgegebene Verwaltungssystem nach vorgeschriebenem Muster erziehen und schulen würde.

Zu diesen 3 grossen Arbeitsgebieten, dem Aufbau einer Verwaltung analog den Verhältnissen in den übrigen Distrikten des G.G., der sofortigen Bewältigung der für die Ernährung der Bevölkerung notwendigen Massnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Ausschaltung des russischen Wirtschaft systems mit der Einführung und Angleichung der Wirtschaftsverhältnisse des G.G. im Distrikt Galizien, kommt eine Reihe von weiteren schwierigen Aufgaben, die die sozialen und und kulturellen Verhältnisse des Distrikts Galizien angehen.

Zuerst wurden, wie auch im übrigen G.G., die Juden aus den Schulen entfernt, zahlreiche Volksschulen wieder in Gang gebracht und die Vorbereitungen für die für Lemberg vorgesehenen Nachwuchs-Institute auf den Gebieten der Medizin, Veterinärwesen, Forsten, Landwirtschaft und Technik getroffen, gleichzeitig hiermit wurde die Errichtung deutscher Schulen vorbereitet, mit deren Eröffnung in Kürze bereits gerechnet werden kann. Darüber hinaus wurde auch das Fachschulwesen, das für die Erziehung eines Handwerkernachwuchses unerlässlich notwendig ist, mit entsprechendem Nachdruck ausgebildet. Auch hier macht sich der überaus starke Personalmangel bemerkbar, dem unbedingt Abhilfe geschaffen werden muss. Unsere Arbeitsverwaltung hat in den wenigen Wochen ihrer Tätigkeit bereits hervorragende Erfolge auf dem Gebiete der Arbeiterverschickung in das Reich erzielt. Zahlreiche Ukrainer haben sich freiwillig bei den Werbestellen gemeldet und versehen bereits als Land- oder gewerbliche Arbeiter an Arbeitsstätten im Reich ihren Dienst. Andererseits wird von zahlreichen Stellen über die Arbeitsunwilligkeit der Ukrainer geklagt. Im Gegensatz zum Polen ist der ukrainische Arbeiter, das muss leider ausgesprochen werden, in vielen Fällen unzuverlässig, arbeitsscheu und arbeitsunlustig. Als Beispiel mag hier angegeben werden, dass bei dem von uns eingerichteten Baudienst von insgesamt 1200 zum Baudienst Einberufenen, die bereits eingekleidet waren, also Kleider und Schuhwaren erhalten hatten, nach Erhalt der Kleider und Schuhe, 300 dieser Einberufenen nicht mehr erschienen sind. Es sind selbstverständlich Massnahmen getroffen, um diese wegen ihrem Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Zustand kann daher als Beispiel gelten. Grosse Schwierigkeiten erwachsen auf dem Sektor Forstwesen. Hier macht sich insbesondere stark bemerkbar, dass eine Reihe von Reichsstellen, sich um die zahlreichen Sägewerke in den Karpathen bemühen. Besonders die Rüstungsinspektion, die Organisation Todt und eine Reihe weiterer Wehrmachtsstellen, insbesondere die Luftwaffe sind an den Sägewerken

des G.G. interessiert. Es ist von uns immer wieder allen Stellen, die an uns herantraten, entschieden gegenüber festgestellt worden, dass die Beschlagnahme von Sägewerken oder Holzverarbeitungswerkstätten ausschliesslich von der Regierung des G.G. erfolgen darf, die ihrerseits die Zuteilung derartiger Werke auf Antrag an die Wehrmacht oder andere Stellen vornimmt. Eine direkte Beschlagnahmung kann hier ebenso wenig, wie bei anderen Produktionsstätten infrage kommen.

Bei unserer Arbeit können wir leider mit den Volksdeutschen, die hier noch vorhanden sind, nicht rechnen. Die Volksdeutschen hier im Distrikt Galizien sind zweimal nach Beendigung des Polenfeldzuges vom Reich aufgerufen worden. Die meisten haben diesem Rufe Folge geleistet; einige sind zurückgeblieben. Es mag sein, dass hier und da wirklich stichhaltige Gründe, Krankheit eines Familienangehörigen oder die Ehe mit einem Ukrainer oder Polen, einen wichtigen Grund für das Bleiben abgaben. Es sind aber leider auch Fälle darunter, in denen Volksdeutsche aus durchsichtigen Gründen es abgelehnt haben, sich an der Umsiedlung zu beteiligen. Diese Leute haben gewöhnlich eine volksdeutsche Grossmutter, einen volksdeutschen Grossvater oder einen volksrussischen Ahnen, der je nach der Machtssphäre hervorgeholt wird. Es darf deshalb empfehlenswert sein, bei der Ausstellung von Kennkarten für diese Volksdeutschen mit besonderer Vorsicht vorzugehen. Es ist der Wunsch eines jeden Reichsdeutschen, den Volksdeutschen zu helfen, wenn aber ein Volksdeutscher es ablehnt, dem Rufe zur Volksgemeinschaft Folge zu leisten, so darf um der gerechten Behandlung aller derer willen, die der Umsiedlung Folge leisteten, diesdr Volksdeutsche von uns nicht mehr als Deutscher behandelt werden. Es können evtl. hierfür Ausgleichsbestimmungen getroffen werden. Derartige Elemente sollen sich den Anspruch zum Deutschtum aber erst verdienen. Im übrigen kann über die Gründe, die den Einzelnen zur Nichtfolgeleistung des Rufes zum Reich bewogen haben, eine besondere Prüfung veranstaltet

werden.

Mit einer gewissen Sorge erfüllt uns die Behandlung der im Distrikt Galizien vorhandenen - beinahe 1 Million - Juden. Infolge des ausserordentlich starken Wohnungsraumbedarfes der Stadt Lemberg kann mit der Errichtung eines jüdischen Wohnviertels nicht mehr gewartet werden. Lemberg ist die letzte mit echter Kultur behaftete Stadt bis weit in den Osten hinein. Sie ist zugleich das grosse Bindestück für die wirtschaftlichen Verpflechtungen Südosteuropas mit dem G.G. und dem östlichen Reichsgebiet, besonders aber auch der grosse Verkehrsknotenpunkt des G.G. nach dem Osten und Südosten Europas. Es kann nicht angehen, dass in dieser Stadt, die Juden anders behandelt werden sollen, als in Krakau und Warschau. Die Juden sollen deshalb in den nächsten Tagen auch in Lemberg, wie in den übrigen Städten des Distrikts Galizien, in jüdischen Wohnvierteln zusammengefasst werden und aus dem Strassenbild der Stadt verschwinden. Hierbei sollen alle Erfahrungen, die mit Ghetto-Einrichtungen und der Bildung jüdischer Wohnviertel in anderen Städten desG.G. gemacht worden sind, Berücksichtigung finden. Das Stadtviertel für die annähernd 100.000 Juden ist bereits ausgesucht, und der Abschluss der Vorarbeiten steht bevor. Hiernach wird auch dieses Problem schnellstens einer Lösung zugeführt.

Noch einiges über die Stadt Lemberg:

Die Stadt Lemberg ist finanziell in einer sehr schwierigen Lage. Die Einnahmequellen der Stadt reichen nicht aus, die grossen Anforderungen auch nur annähernd zu erfüllen. So wird es notwendig, 2 grosse Aufgaben neben der Beseitigungder Kriegsschäden innerhalb des Stadtbildes unverzüglich in Angriff zu nehmen. Das erste ist die Gewährleistung einer ausreichenden Wasserversorgung der Stadt, die bei der jetzigen Entwicklung nicht besteht, und zweitens die sofortige Abstellung der katastrophalen Verhältnisse auf dem Gebiete

der Abwässer- und Kläranlagen. Diese Aufgaben, die der Stadt als erstes jetzt bevorstehen, werden ohne finanzielle Hilfe der Regierung nicht möglich sein. Es werden deshalb entsprechende Anträge an die Regierung gerichtet. Die Stadt Lemberg wird in Bälde ein anderes Gewicht haben. Die Strassen werden bereits, soweit wir möglich verbessert und neu gepflastert. Die Häuser werden von innen und aussen gesäubert und die durch den Krieg eingetretenen Zerstörungen beseitigt.

Wir sind auch sofort daran gegangen, die hier vorhandenen Kulturstätten dem deutschen Soldaten und dem hier eingesetzten Verwaltungsmitarbeiter nutzbar zu machen. So hat unsere Abteilung Propaganda die Theater-Einrichtung des Lemberger Opernhauses verbessert, die technischen Anlagen wieder in Ordnung gebracht, und wir freuen uns alle auf die Gastspiele, die die Theater des G.G., insbesondere das Stadttheater Krakau in Lemberg geben wird. Ausser dem im Wiener Stil (Reimont-Theater) erbauten Theaters, besteht in Lemberg auch ein Schauspielhaus, das mit modernen Bühneneinrichtungen, z.B. einer Drehbühne, und dass nach Abschluss einiger Bauarbeiten, die von dem Stadtbauamt hier durchgeführt hier werden, ebenfalls in Bälde seine Pforten öffnen kann.

Ausgesprochen schlecht liegen die Verhältnisse für die Betreuung der Deutschen mit Lichtspieltheatern, da die besten Lichtspielhäuser z.Zt. noch von der Wehrmacht in Anspruch genommen werden. Es sind aber auch hier Verhandlungen im Gange, um in Kürze wenigstens eines der grossen Lichtspiel-Theater für die Deutschen frei zu machen. Es wäre dankenswert, wenn die Regierung uns bei diesem Bestreben nachdrücklich unterstützen würde. So liegen bei unserer Arbeit die Schwierigkeiten nebeneinander, hier türmen sie sich zu Bergen, dort sind sie wieder kleineren Ausmasses. Wir sind vor keiner Arbeit zurückgeschreckt und haben trotz des grossen Personalmangels die Probleme immer gleich angepackt. Es gibt bei uns noch ausserordentlich viel zu tun, auf allen Gebieten stecken wir

erst in den Anfängen. Aber was uns hier stark macht, ist eine geschlossene Kameradschaft aller hier in Ihrem Auftrag, Herr Generalgouverneur, arbeitenden Mitarbeiter und das vorbildliche Verhältnis aller Dienststellen desReiches und auch der Wehrmacht sowie der Partei untereinander.

Ich glaube deshalb in der heutigen Sitzung der Regierung im Namen der im Distrikt Galizien von Ihnen eingesetzten Mitarbeiter sagen zu können, dass wir die uns von Ihnen gestellten Aufgaben mit derselben Hingabe lösen werden, wie Sie das von den Mitarbeitern in den anderen Distrikten verlangen. Fast alle der nach Galizien abgestellten Mitarbeiter erleben den Aufbau einer Verwaltung im G.G. zum zweiten Male. Sie haben auf den Erfolg zweijähriger Aufbauarbeit, deren Früchte ihnen jetzt zugefallen wären, verzichtet und sind ohne Zaudern, ja gerne, dem neuen Ruf gefolgt und haben wieder von vorne angefangen.

Jetzt ist schon wieder ein Stück Weg zurückgelegt. Die Arbeit geht weiter. Dabei erfüllt alle nur ein Wunsch, zu Ihrer Zufriedenheit, Herr Generalgouverneur, gearbeitet zu haben.

Lemberg, den 21. Okt. 1941

R e f e r a t

des Chefs des Amtes des Distrikts Galizien
Dr. L o s a c k e r anläßlich der Regierungs-
sitzung in Lemberg am 21. Oktober 1941.

Herr Generalgouverneur! Herr Gouverneur! Meine Herren!

Wenn ein fremdes Gebiet von der deutschen Verwaltung übernommen wird, ergibt sich für diese immer ein Tätigkeitsbild nach dem Gesetz der Reihenfolge. Nach der genauen und richtigen Einhaltung dieses Gesetzes wird man die Tüchtigkeit und Schlagkraft der deutschen Verwaltung zu beurteilen haben. Die Verwaltung hat nicht nur das Richtige zu tun, sondern das Richtige im richtigen Zeitpunkt. Sie darf sich nicht durch das Vielerlei und die Fülle der Tagesforderungen vom Wichtigen ablenken lassen, sondern muß gestaltend Neues schaffen.

So betrachtet ergab sich für die deutsche Verwaltung in Galizien als vordringlichste Aufgabe der Aufbau der Verwaltungsorganisation. Aber schon hier stellten sich uns ernste Schwierigkeiten in den Weg. Die personellen Zuweisungen sind nicht nur zahlenmäßig zu gering, sondern es steht leider fest, daß uns einfach die Mißliebigen und die Versager geschickt worden sind. Es sind uns vor allem Leute geschickt worden, die haltungsmäßig nicht die nötigen Voraussetzungen mitbringen. Wir gehen aber vorurteilslos an unsere Arbeit. Der eine oder andere dieser Leute wird auf einem ihm gemäßen Posten eingesetzt, wo er sich vielleicht doch noch bewähren kann. Dies würde uns nur freuen. Eine große Anzahl aber wird den hiesigen Schwierigkeiten nicht gewachsen sein. Der empfindliche Mangel an Personal wird und aber in steigendem Umfang zwingen, auf Leute zurückzugreifen, die nicht in der Lage sind, das deutsche Prestige

und Ansehen zu wahren. Lassen Sie mich, Herr Generalgouverneur, ein Wort einlegen für die nach Galizien abgeordneten deutschen Beamten. Die Arbeitsfreude dieser Männer wird auf die Dauer durch die Tatsache beeinträchtigt, daß sie gegenüber ihren Kameraden im Reich benachteiligt sind. Ich denke hier vor allem an die unteren und mittleren Beamten, die im Distrikt Galizien eine weitaus größere Verantwortung zu tragen haben als im Reich.

Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, daß der Verwaltungsaufbau im Distrikt Galizien durchgeführt ist. Die Kreishauptmannschaften sind gebildet, die Distriktsinstanzen bieten das gewohnte Bild von Abteilungen und Kammern, wenn auch noch personalmäßig wenig besetzt. Zwei Abweichungen ergaben sich für uns: die Treuhandstelle ist hier nicht eine Unterabteilung der Wirtschaft, sondern selbständiges Amt. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der großen Bedeutung, die das Treuhandwesen gerade in unserem Distrikt als das zentrale Erfassungsorgan des gesamten Wirtschaftsvermögens spielt. Die zweite Abweichung wurde bei der Organisation des Bauwesens durchgeführt. Das Distriktsamt hat eine Abteilung Bauwesen, die wie die Hauptabteilung Bauwesen in Hochbau, Straßenbau und Strombau gegliedert ist.

Die Verhältnisse im Distrikt Galizien sind grundverschieden von denen der übrigen Distrikte. Maßnahmen, die in den anderen Distrikten zweckmäßig erscheinen, sind hier nicht oder noch nicht am Platze. Die 1 3/4 Jahre bolschewistischer Herrschaft haben eine große Verelendung gebracht. Die Russen haben in einer unvorstellbaren Weise dieses reiche Gebiet heruntergewirtschaftet.

Zum Neuaufbau müssen vor allem Maschinen eingeführt werden, da sonst die Wirtschaftsangleichung an die Verhältnisse im alten Generalgouvernement überaus schwer, wenn nicht unmöglich ist. ~~Wenn zum Beispiel~~

Diese Wirtschaftsangleichung wird vor allem durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse behindert. Wenn z.B. für die Verfrachtung von Getreide von Tarnopol nach Lemberg keine Transportmöglichkeiten bestehen, dann wirkt sich dieser Mangel in Lemberg nicht nur stimmungsmäßig und politisch aus, sondern auch die Preise klettern infolge dieser Mangelerscheinung gewaltig nach oben. Die Bedeutung eines geordneten Verkehrswesens für die Regulierung der Preise kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Distriktsverwaltung hat sich daher besonders energisch dem Verkehrswesen zugewendet, und zwar dem Straßen-, Brückenbau und der Organisation des Transports überhaupt.

Im Distrikt Galizien sind 170 Brücken mit einer Länge von 7 300 m zerstört worden. 40 % dieses gesamten Brückenbauprogramms sind bereits heute in Arbeit, 5 000 Arbeiter sind angesetzt und 40 000 fm Holz bereitgestellt. Durch Verhandlungen, die in Berlin geführt wurden, ist es gelungen, eine große Anzahl von Lastwagen zu erhalten. Weiter werden Panjefahrzeuge und viele sonstige Verkehrsmittel eingesetzt. Das Transportwesen wurde in einer galizischen Transportorganisation zusammengefaßt, die auf Weisung des Transportbevollmächtigten die zur Verfügung stehenden Pferde und Fahrzeuge nach einheitlichen Richtlinien einsetzt.

Einen günstigen Ansatzpunkt für unsere Arbeit haben wir in der von den Russen eingeführten Verstaatlichung gefunden, die uns in die Lage versetzt, auf die Organisation einen verstärkten Einfluß zu nehmen. Es wird unser Bestreben sein, dafür zu sorgen, daß sich Gewinnlertypen nicht breitmachen können. Ich denke dabei an einen Teil der Treuhänder.

Im Distrikt Galizien leben 64 % Ukrainer, 22 % Polen und 14 % Juden. Wir wollen die Ukrainer verstärkt zur Mitarbeit heranziehen. Dieser Plan wird erleichtert durch die Tatsache, daß ein großer Teil vor allem der Landbevölkerung uns freundlich und loyal gegenübersteht. Von allen von Deutschland beherrschten Völkern haben nur die Ukrainer ein wirkliches Interesse daran, daß Deutschland den Krieg gewinnt. Freilich macht sich bei ihnen der große Mangel an befähigten Personen stark bemerkbar. Die Russen haben allein aus Lemberg 20 000 Ukrainer verschleppt oder umgebracht.

Eine der schwierigsten Aufgaben für die nächsten Wochen wird die Verlagerung von Verwaltungsaufgaben im richtigen Maß auf die Selbstverwaltung durch Ukrainer sein. Hier muß sich die Tüchtigkeit und loyale Haltung der Ukrainer erweisen. In zwei wichtigen Fragen muß schon jetzt einige Klarheit geschaffen werden: das ukrainische Genossenschaftswesen und gewisse Bestrebungen der Ukrainer auf eine kulturelle Selbstverwaltung. Dem ukrainischen Genossenschaftswesen fällt bei der Ernteerfassung eine wichtige Rolle zu. Es muß vor unüberlegten Eingriffen geschützt werden, wenn wir nicht den Ukrainern die Ausrede liefern wollen, daß gewisse Fehlschläge und die Nichterreichung von uns gesteckter Ziele auf solche Eingriffe zurückzuführen sind. Wir haben entsprechende Rundschreiben herausgegeben. Der Einsatz deutscher Kommissare in diesen ukrainischen Genossenschaften ist zurzeit verfrüht, einmal weil ein beachtlicher Teil dieser Kommissare nicht mehr bestens qualifiziert ist und zum anderen, weil dadurch eine Zersplitterung der Verantwortung herbeigeführt würde.

Wir wollen zunächst die ukrainischen Genossenschaften weiterarbeiten lassen mit Unterstützung der Distriktsverwaltung. Das zweite Problem ist die Bildung eines ukrainischen Zeitungs- und Buchverlages. Weder ukrainische Sonderinteressen noch kapitalistische Gründe dürfen dabei eine Rolle spielen, einzig das politische Interesse des Reiches muß im Vordergrund stehen. Man kann hier zwei Wege beschreiten: die eine Möglichkeit, die von der Hauptabteilung Propaganda forciert werde, bestehe darin, im Rahmen des Deutschen Verlages einen polnischen und ukrainischen Verlag zu kopieren, die zweite Lösung sei die formelle Errichtung eines ukrainischen Verlages, der aber in politischer und finanzieller Hinsicht restlos der deutschen Distriktsaufsicht unterstellt sei.

Das sind nur einige Streifpunkte aus unserer Arbeit. Für den Einsatz zu so schweren Aufgaben, wie sie der Distrikt Galizien darbietet, möchte ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, meinen Dank aussprechen. Zu ihrer Lösung werden wir unsere ganze Energie einsetzen.

Referat

des SS- und Polizeiführers Katzmann
anläßlich der Regierungssitzung in Lemberg
am 21. Oktober 1941.

Am 1.8.1941, am Tage der Übergabe des Distriktes an die Zivilverwaltung, rückten auch gleichzeitig deutsche Polizeikräfte ein, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Einheimische ukrainische oder polnische Polizei war nicht vorhanden.

Die durch die Wehrmacht gebildete ukrainische Milziz konnte durchweg nicht in den Polizeidienst übernommen werden; es ergab sich im Gegenteil die Notwendigkeit, diese ukrainische Miliz schnellstens aufzulösen und zu entwaffnen.

Eine der vordringlichsten Aufgaben der Polizei war bei Übernahme des Raumes die Überwachung und Sicherstellung der vorgefundenen Bestände in Warenlagern t.t.c. sowie eine tatkräftige Unterstützung der Abt. Ernährung und Landwirtschaft bei der Ernteeinbringung und die Überwachung des Drusches.

Mitten in dieser Tätigkeit überraschte uns am 2. September eine Hochwasserkatastrophe im südlichen Teil des Gebietes.

Alle verfügbaren Kräfte der Ordnungspolizei mußten außer Einheiten der Wehrmacht zum Katastrophenschutz eingesetzt werden.

Der Einsatz erfolgte insbesondere in der Gegend von Sambor, Drohobycz, Boryslaw und Stanislau zur Bergung gefährdeter Menschen, des Viehbestandes und sonstiger Vermögenswerte.

Plünderer, die sich diese Katastrophe für ihr dunkles Gewerbe zunutze machten, mußten energisch bekämpft werden.

Bis zum 18.9.1941 befanden sich die Polizeikräfte im Katastrophengebiet im Einsatz.

Durch die reibungslose Zusammenarbeit der eingesetzten Wehrmachts- und Polizeieinheiten wurde ein wirksamer Schutz gewährleistet.

Der Umfang dieser Katastrophe ist wohl am besten mit folgenden Zahlen belegt:

40 Personen, Männer, Frauen und Kinder fanden denTod. Zahlreichen Verletzten und Erkrankten mußte Hilfe gewährt werden. Umgekommen sind:

1342 Stück Großvieh und
4178 Stück Kleinvieh.

Beschädigt oder zerstört wurden:

4717 Gebäude.

Landwirtschaftliche und öffentliche Betriebe wurden

780 beschädigt und
267 zerstört.

Im gesamten Katastrophengebiet wurden a l l e Straßen stark beschädigt. Straßenbrücken wurden zerstört 93
beschädigt 62

Eisenbahnanlagen wurden beschädigt 17
zerstört 3

Die Erhebungen über die Schäden an überschwemmten Feldern, vernichteten Erntemengen, Lebensmittel, Obstbäume und zerstörten Brunnen sind noch im Gange.

Nachdem die administrative Einteilung des Distriktes vorgenommen war, wurden die zur Verfügung stehenden Bataillone wie folgt verteilt und stationiert: das Pol. Batl. 310 sowie eine Komp. des Pol. Batl. 83 und 85 in Lemberg; 2 Kompanien des Pol. Batl. in Stanislau; 1 Kompanie des Pol. Batl. in Drohobycz; das Pol. Batl. 315 sowie 2 Reiterzüge in Tarnopol und 1 Reiterzug in Boryslaw.

Außer den mannigfaltigen ordnungspolizeilichen Aufgaben aller Art wurde dem Schleichhandel erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet.

In der kreisfreien Stadt Lemberg wurde außerdem ein Kommando der Schutzpolizei errichtet. Schutzpolizeidienstabteilungen wurden errichtet in Tarnopol und Stanislau. Die Errichtung weiterer Abteilungen ist zur Zeit in Drohobycz, Stryj, Kolomea sowie in Zalesczyki in vollem Gange.

Zur Verkehrsregelung- und Überwachung wurde dem Kommando der Schupo in Lemberg eine NSKK-Verkehrskompanie zugeteilt.

Der Stab des Kommandeurs der Ordnungspolizei mit seinem Kommandeur Oberstleutnant der Schupol. Stach hat seinen Sitz in Lemberg. Ihm unterstellt sind gleichfalls alle im Distrikt eingesetzten Gendarmeriekräfte mit ihrem Kommandeur Major der Gendarmerie Dr. Schertler. Gendarmeriehauptmannschaften wurden errichtet in Lemberg, Tarnopol, Stanislau, Drohobycz, denen die in den einzelnen Kreishauptmannschaften aufgestellten Gendarmeriezüge unterstellt sind. Nachdem weitere Gendarmeriekräfte eingerückt sind, wurde sofort zur weiteren Sicherung des Landes mit der Aufstellung und Einrichtung von Gendarmerieposten begonnen. Die Gendarmeriehauptmannschaftsführer bestimmten im Einvernehmen mit den zuständigen Kreishauptmännern die Standorte der neuen Gend.-Posten. Als Standorte wurden in der Regel die Kreisstädte der ehemals polnischen Kreise vorgezogen. Die Mindeststärke beträgt nach den gegebenen Richtlinien grundsätzlich 1/12. Eine Unterschreitung ist vorläufig nicht statthaft.

Der Ausbau des Nachrichtennetzes der Polizei, insbesondere auch die Errichtung der Gend.-Funkstellen ist im vollen Gange.

Wie bereits zum Ausdruck gebracht wurde, ist eine einheimische Polizei nicht vorgefunden worden. Mit der Bekanntmachung über die Auflösung der ukrainischen Miliz erging gleichzeitig ein Aufruf an die ukrainische Bevölkerung über die Aufstellung einer ukrainischen Hilfspolizei unter der Dienstaufsicht des Kdrs. der Orpo. Zur Ausbildung und polizeilichen Schulung der Anwärter der ukrainischen Hilfspolizei wurde am 1. 10. 41 in Lemberg eine Polizeischule der ukr. Polizei des Generalgouvernements eröffnet. Nach Beendigung

Umbau- und Vorbereitungsarbeiten wird die Beschulung der Anwärter am 1. 11. 41 aufgenommen. Zum Kommandeur der Polizeischule wurde der volksdeutsche Major der ukr. Polizei Walter ernannt. Die Schule untersteht der Dienstaufsicht des Kdrs. der Orpo. Die Ausbildung der Anwärter erfolgt in 3monatigen Lehrgängen nach dem Lehrplan der Polizeischule. Die Einrichtung von besonderen Beförderungslehrgängen ist vorgesehen und wird von Fall zu Fall angeordnet. Nach Beendigung des Kurses findet eine Abschlußprüfung statt, über deren Ergebnis dem Anwärter ein Zeugnis ausgestellt wird. Wird die Abschlußprüfung nicht bestanden, so wird der Anwärter der zuständigen Dienststelle zur Entlassung vorgeschlagen.

Es ist eine Gesamtstärke von 63 Offizieren und 2.900 Mann vorgesehen. Zur Wahrnehmung sicherheitspolizeilicher und SD.-Aufgaben wurden bei Ausbruch des deutsch-russischen Krieges auch für den Distrikt Galizien Einsatzkommandos und Trupps der Sicherheitspolizei mit der vorgehenden Truppe eingesetzt.

Mit Wirkung vom 1.9.41 wurde für den Distrikt Galizien die Dienststelle eines Kommandeurs der Sipo und des SD errichtet. Die bisherigen Einsatzkommandos und Einsatztrupps wurden aufgelöst und dem Kommandeur der Sipo und des SD unterstellt. Als Kommandeur wurde SS -Obersturmbannführer Oberregierungsrat Dr. Tanzmann eingesetzt.

Es wurden 5 Außendienststellen in Drohobycz, Stanislau, Kolomea, Tarnopol und Czortkow errichtet. Die Errichtung zweier weiterer ist geplant. Des weiteren ist die Errichtung einer Kriminaldirektion in jeder Kreishauptmannschaft beabsichtigt. Dieser weitere Ausbau erfolgt Zug um Zug nach der Herbeorderung weiterer SD-Angehöriger.

Es dürfte sich erübrigen, über die Tätigkeit der Sicherheitspolizei im hiesigen Raum Ausführungen zu machen, es kann aber betont werden, daß schon jetzt die Wahrung der sicherheitspolizeilichen Belange im Distrikt Galizien gewährleistet ist. Ich darf Ihnen, Herr Generalgouverneur,

<u>abschließend</u>

melden, daß alle eingesetzten Offiziere, Führer und Männer sowohl der Ordnungs- als auch Sicherheitspolizei ihre Pflicht in dem neuen Distrikt des Generalgouvernements gewissenhaft erfüllen werden.

R e f e r a t

des Leiters der Abteilung Innere Verwaltung
Dr. B a u e r anläßlich der Regierungssitzung
in Lemberg am 21. Oktober 1941.

Als ich auf Grund der Verordnung über die Einrichtung der Zivilverwaltung nach Galizien kam, stießen wir auf das bolschewistische Verwaltungssystem, das von der polnischen Verwaltungsform nichts übrig gelassen hatte als die Erinnerung. Das gesamte Gebiet Galizien war in vier Gebiete eingeteilt, Lemberg, Tarnopol, Stanislau und Drohobycz. Die Wehrmacht hatte zur Erleichterung ihrer Arbeit den Ukrainern gestattet, eine ziemlich weitgehende Selbstverwaltung einzurichten, die sich verschieden auswirkte. In dem nördlichen Teil des Distrikts errichteten sie Bezirkshauptmannschaften aus der österreichischen Zeit, im nördlichen Teil die Rayons, die der russischen Verwaltungseinteilung entsprachen. Aus dieser Tatsache leiteten sich für die Einführung der Verfassung des Generalgouvernements ganz erhebliche Schwierigkeiten ab. Die Tatsache, daß der Distrikt Galizien, den die Ukrainer gern als ihre westliche Brücke bezeichnen, zum Generalgouvernement kam, hat sehr abkühlend gewirkt. Geschickte Propaganda der Widerstandsbewegung half nach dieser Richtung. Sie glaubte,darauf hinweisen zu können, daß der Distrikt Galizien endgültig dem eigentlichen polnischen Bevölkerungsraum zugewiesen worden sei und damit alle ukrainischen Freiheitsträume hinfällig seien.

Es ist deshalb unsere Aufgabe, bei der Einteilung des Distrikts Galizien vorsichtig zu sein und ihn so zu unterbauen, daß die Ukrainer allmählich zu einer positiven Einstellung gelangen. Die Fehler der polnischen Zeit wurden bereits ausgemerzt.

Bei der Bildung der Kreishauptmannschaften mußten die personellen Belange weitgehend berücksichtigt werden. Der Mangel an qualitativem Personal verursachte ganz erhebliche Schwierigkeiten. Wir mußten die Grenzen der Kreise weiter

ziehen, als dies nach den bisherigen Erfahrungen im alten Generalgouvernement vorteilhaft ist. Die Kreise des Distrikts Galizien haben eine Durchschnittsgröße von 2 500 bis 3 000 qkm mit einer Bevölkerungsdichte von etwa 97 Menschen auf den qkm. Der größte Kreis umfaßt 4 500 qkm.

Die bisherigen Erfahrungen in der Bildung der Kreishauptmannschaften sind absolut positiv. Die Bildung der 15 Kreise kann jetzt als abgeschlossen angesehen werden.

Organisatorisch stehen wir bei der Bildung der Sammelgemeinden, die durchschnittlich etwa 10 000 Einwohner umfassen sollen. Dieser Aufgabe wenden wir unser größtes Augenmerk zu. Da diese Gemeinden das Lebenselement für die Ukrainer werden sollen, sind sehr große Vorarbeiten notwendig. Die Ukrainer waren sowohl in der polnischen als auch in der russischen Zeit von jeder Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausgeschaltet und müssen jetzt erst durch Verwaltungskurse, die wir eingerichtet haben, die nötigen Grundkenntnisse erwerben. Am 15. November beginnt je ein Kursus für Vögte und für Gemeindesekretäre. Dadurch wird eine stärkere Hinzuziehung der Ukrainer für die deutsche Verwaltung und eine gewisse Überbrückung von Personalschwierigkeiten in den mittleren Beamtenstellen erreicht.

Auf dem Gebiet der Inneren Verwaltung haben wir im übrigen alle Anordnungen getroffen, die als Sofortmaßnahmen notwendig waren. Wir sind bereits dabei, die Vorbereitungen für die Kennkartenaktion in Angriff zu nehmen. Wir wollen fliegende Kolonnen durch das Land schicken. Alles Filmmaterial wurde beschlagnahmt.

Auf dem Gebiet des Straßenverkehrs wurden alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen. Wir benutzten die Verstaatlichung des Transportwesens dazu, um eine Transportorganisation aufzurichten. Die Verteilung des Betriebsstoffes wurde in unsere Hand genommen.

Auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens und der Fürsorge ist die Erfassung der Volksdeutschen im Gange und im wesentlichen bereits abgeschlossen.

Wir müssen die bestehenden vier russischen Landesgesundheitsämter so lange beibehalten, bis wir mehr Ärzte bekommen. Das gleiche gilt für das Veterinärwesen. Der Sonderdienst wurde sofort auch in Galizien eingeschaltet. Sein Einsatz erfolgt zum Teil für polizeiliche Aufgaben. Der ukrainische Heimatdienst ist in der Entstehung begriffen. Die bisherigen Erfahrungen haben dazu geführt, daß wir von der Zwangsarbeitspflicht Gebrauch machen müssen, um für den Heimatdienst die notwendige disziplinäre Grundlage zu erhalten.

Große Sorge bereitet uns die Finanzwirtschaft der Gemeinden. Hier haben wir die Bitte, daß den besonderen Verhältnissen in Galizien von Seiten der Regierung Rechnung getragen wird. Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung- und -verbände sind fraglos umfangreicher als in den vier anderen Distrikten, denn die bolschewistische Zeit hat nicht sehr viel übrig gelassen. Weiter sind im Laufe von zwei Jahren zwei Kriege über dieses Land hinweggegangen. Auf allen Gebieten wurde wenig getan. Ich kann darauf verzichten, hier noch einmal die Sorgen zu wiederholen, die wir ~~auf~~ in der Frage der Einführung eines Distriktsausgleichsfonds, für den hier das größte Interesse besteht, haben.

Referat (Stichworte)
des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft
Landwirtschaftsdirektor Dr. G a r e i s
anläßlich der Regierungssitzung in Lemberg am 21. Oktober 41

Galizien neben Distrikt Krakau landwirtschaftliche Übervölkerung, trotzdem Überschußgebiet aus den Schwarzerdegebieten Podoliens, das sind die Kreishauptmannschaften Tarnopol, Czortkow und Horodenka.
Annähernd positive Zahlen lassen sich nicht nennen, Statistik der Regierung nennt einen

Brotgetreide-Überschuß: + 290.000 ts.

Statistik R.E.M.

Getreide-Überschuß + 265.000 ts.

Statistik Wi.In.Süd

Futtergetreide-Überschuß + 300.000 ts.

Ukrainische Landwirtschaftskammer

Getreidebedarf - 157.000 ts.

Sowjets fast alle Betriebe über 5 ha, das sind etwa 90.000, auf Landarbeiter und Kleinstlandwirte aufgeteilt. Dadurch bei Einmarsch in Galizien mindestens 10 - 15 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Brachland, alles andere schlecht bestellt. In diesem Jahre deshalb auf den 90.000 zerschlagenen Betrieben mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 2 Millionen ha Produktionsrückgang von mindestens 50 %, der auch im nächsten Jahre noch nicht ausgeglichen werden kann.

Ziel der deutschen Verwaltung, Reaktivierung der großbäuerlichen- und Großbetriebe. Dazu notwendig deutsche Betriebsleiter, Geld, Baumaterial, Maschinen, Saatgut.

Erfassung dem Erfassungsapparat der Russen angepaßt - 4 Gebiet ernährungsämter, bei jedem Kreishauptmann Amt für Ernährung Bezirkslandwirte, Schwierigkeiten, weil die Kreislandwirte unbeweglich sind.

Erfaßt wurden bisher rund

28.000 ts. Getreide
davon 22.000 ts. Brotgetreide.

Dieses Getreide wurde bei den staatlichen Erfassungsstellen der Landwirtschaftlichen Zentralstelle und über die ukrainischen Genossenschaften lediglich auf den allgemeinen Aufruf zur Ablieferung hier angeliefert, bei Preisen, die 40 % unter denen des Generalgouvernements liegen und ohne daß den Anliefern irgendwelche Prämienscheine oder auch Bedarfsartikel ausgefolgt werden konnten.

An die Wehrmacht liefern wir gegenwärtig wöchentlich 2.080 Rinder und 210 Schweine, an die Zivilbevölkerung 1.000 Rinder und 250 Schweine. Wöchentlicher Fleischbedarf in Lemberg 30 ts. Im Kühlhaus haben wir gegenwärtig 200 ts. Vorrat lagern.

Schwierig ist die Versorgung der Lemberger Bevölkerung mit Kartoffeln und Gemüse. Mit der Reichsbahndirektion Süd stehen wir in ständiger Verhandlung. Reichsbahn ist selbst bemüht, unsere Anforderungen zu erfüllen; infolge vordringlicher Wehrmachtstransporte war die Reichsbahndirektion aber nur imstande, etwa 30 % der angeforderten Waggons zu stellen. Durch Vorstellung in Berlin Lastwagen zur Verfügung gestellt, infolge der schlechten Straßen aber schwierig.

Seit 1.10.1941 haben wir auch für die Stadt Lemberg das Lebensmittelkarten-System des Generalgouvernements eingeführt und haben die Lebensmittelsätze, die wir bisher für Ukrainer im Generalgouvernement gegeben haben, für die Zivilbevölkerung herausgegeben. Bei Ausgabe von Fleisch und Fett Schwierigkeiten, vor allem dadurch, daß Verteilerapparat noch nicht klappt.

Ländliche Bevölkerung im allgemeinen willig, aber wenig Lust für die landwirtschaftlichen Produkte Geld anzunehmen. Großer Warenhunger, insbesondere Schuhwaren, Petroleum, landwirtschaftliche Werkzeuge wie Schaufeln, Eimer, Geschirr usw. Wir müssen in Galizien zumindest dieselben Prämien für Ablieferung

von Getreide, Vieh und Milch geben können wie im übrigen Generalgouvernement.

Gemäß der Proklamation des Herrn Generalgouverneurs halte ich Wiedergutmachung in gewissen Grenzen für notwendig in Verbindung mit einer Neuverteilung von Grund und Boden an die Kleinbauern.

==========

1

R e f e r a t

des Leiters der Abteilung Wirtschaft Assessors G u r s k i
anläßlich der Regierungssitzung in Lemberg
am 21. Oktober 1941.

Das Referat behandelt folgende Fragen:

Kurze Darstellung des bolschewistischen Wirtschaftssystems. Auswirkungen auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens und den Lebensstandard der Bevölkerung. Komplizierung der Wirtschaftsverhältnisse durch die Kriegsereignisse und die während der deutschen Militärverwaltung vorgenommenen Maßnahmen der "Autonomen ukrainischen Regierung"

Maßnahmen der deutschen Militärverwaltung, insbesondere Preisstopverordnungen und auf wirtschaftlichem Gebiet Sicherstellung einer Anzahl von Warenlagern und Produktionsstätten sowie wesentliche Vorarbeiten für die Ingangsetzung der Erdölgewinnung und Fertigstellung der Erdölleitung.

Allgemeine Darstellung der Maßnahmen der deutschen Wirtschaftsverwaltung seit dem 1. August, insbesondere Beschlagnahmeanordnungen, Einsetzung von kommissarischen Verwaltern und Treuhändern, Wiederingangsetzung der Industriebetriebe.

Durchführung des Wirtschaftsaufbaues und Angliederung an die Volkswirtschaft des Generalgouvernements. Abschirmungsversuch durch Errichtung der Zoll- und Devisengrenze. Störungen des Wirtschaftsapparates jedoch unvermeidbar durch Preisauftriebstendenzen, hervorgerufen durch unzutreffende Festsetzung des Rubelkurses und zu hohen Zahlungsmittelumlauf an Reichskreditkassenscheinen und Verknappung der Warenvorräte. Preisniveau ist heute als Schleichhandelsniveau zum Teil höher als in Warschau, wesentlich jedoch auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft. -

1.) Wirtschaftsangleichung: Erforderte Währungsumtausch und Ingangsetzung des Wirtschaftslebens überhaupt. Regelung des Geld- und Kapitalmarktes. Schwierigkeiten beim Zlotyumtausch psychologischer Art. Allmähliche Einführung eines Kreditapparates durch Zulassung von 5 Banken. Form der Staatsfinanzierung durch Kredite der Hauptabteilung Finanzen muß grundsätzlich als abgeschlossen gelten. Diese nur als Übergangsregelung möglich, da bei Durchhaltung der Stoppverordnung laufend Betriebskredite gegeben werden mußten, für die bankmässige Sicherung nicht vorhanden war.

2.) Weitere Wirtschaftserschütterungen wesentlich verursacht durch typische Kriegsfolge der Zerrüttung der Transportmöglichkeiten. Galizien heute noch rückwärtiges Operationsgebiet. Überbeanspruchung der Schienen und des rollenden Materials für Wehrmachtstransporte und Unmöglichkeit der Umnagelung sämtlicher Nebenstrecken durch Arbeitermangel. Ebenso Zerstörung des Transportraumes.

3.) Energieversorgung. - Sprengung des Kraftwerkes Boryslaw. Ausbau des Elektrizitätswerkes Lemberg und Fertigstellung der zweiten Erdgasleitung erforderlich. Letztere jedoch in diesem Jahr nur zum Teil möglich.

4.) Konleproblem. - Bedarfsziffern. Angabe der bisher angelieferten Mengen. Diese reichen nicht aus, um auch nur den Weiterbetrieb der lebensnotwendigsten Betriebe während des Winters sicherzustellen. -
Förderung der Braunkohlengruben.

Ingangsetzung der Betriebe. Organisatorisch starker Ausbau des Industriereferates in der Abteilung Wirtschaft erforderlich. Anregung, die Abteilung heute schon unterzugliedern in Unterabteilungen, und zwar Treuhandstelle, gewerbliche Wirtschaft. Wirtschaftsausbau. - Der letzteren Unterabteilung fielen die wesentlichsten Aufgaben des Distrikts Galizien zu: Einsetzung von Bezirksbeauftragten für die Wirtschaft überall durchgeführt. Kein Verstoß gegen Prinzip der Einheit der Verwaltung, nur vorübergehende Maßnahme wegen der Größe und Unübersichtlichkeit des Gebietes und der Unmöglichkeit, sofort sämtliche Wirtschaftsämter zu besetzen. Bewirtschaftungsmaßnahmen zum großen Teil abgeschlossen, mit

Rücksicht auf Abschluß der Übergangsperiode zum 1.11.1941. Gilt für Textilien, Leder, Chemikalien, Eisen und Stahl, Metalle etc.. - Darstellung der Maßnahme in kurzen Zügen.

Handelssektor: Einfuhr der deutschen Firmen als wesentlichste Voraussetzung der Durchführung der Bewirtschaftung. - Auswahl durchgeführt. Einsatz erfolgt in den nächsten Wochen. Daneben Gründung zweier staatlicher Firmen: Galizisches Industriekontor und Lederzentrale Lemberg GmbH.

Handwerk: Engstes Zusammenarbeiten mit der Handwerkskammer. Einsetzung des Leiters der Gruppe Handwerk der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft als kommissarischer Verwalter in die Handwerkergenossenschaft zur Durchführung einer Aufgliederung nach fachlichen Gesichtspunkten. Hier Frage der Reprivatisierung anschneiden, die vom Handwerkssektor am leichtesten durchzuführen ist.

Abschluß der vorläufigen Angleichungsmaßnahmen zum 1.11.1941. Appell an Schulte-Wissermann, die erforderlichen Anordnungen umgehend zu erlassen. - Ungeklärter Anfang der Angleichung bei Mieten, die noch Gegenstand von Verhandlungen sind. - Hinweis auf Schwierigkeiten des Nebeneinanderarbeitens staatlicher und privatwirtschaftlicher Betätigung. - Verpachtung von Treuhandstelle nur in Ausnahmefällen durchgeführt, wo dringendes wirtschaftliches Bedürfnis vorlag (Siemens).

Kurze Darstellung der wirtschaftlichen Gegebenheiten des Distrikts. - Mineralöl, Erdgas, Kohle, Kali. -
Starke Entwicklung von Holzindustrie, gute Entwicklung von Lederindustrie, schwache Entwicklung von eisen- und metallverarbeitender Industrie, Textilindustrie etc. -
Problem der Beschäftigung der Bevölkerung in den südlichen Waldkreisen. Stärkste Heranziehung der Heimarbeiter und entsprechende Schaffung einer Organisation in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer. -

Im übrigen Lemberg immer Zentrum des Handels gewesen. Hier auch seine wesentliche zukünftige Rolle.

R e f e r a t

des Kreishauptmanns von Sambor Dr. von H a r b o u
anläßlich der Regierungssitzung in Lemberg
am 21. Oktober 1941.

Bei meinem Eintreffen in Sambor habe ich es als meine vordringlichste Aufgabe angesehen, mit der Bevölkerung und insbesondere mit den maßgebenden und einflußreichen Ukrainern in engen Konex zu kommen. Abgesehen von der politischen Notwendigkeit war dies auch ein praktisches Erfordernis, da ich über einen äußerst bescheidenen Personalstand verfügte und verfüge und auf weitgehendste Heranziehung nichtdeutscher Arbeitskräfte bedacht sein mußte. Den erstrebten Konex herzustellen, fiel mir nicht schwer. Erleichtert wurde er mir dadurch, daß ich die Rayonleiter und ihre Referenten sowie den Bürgermeister aus der vorausgegangenen Zeit, in der ich in Drohobycz unter Militärverwaltung tätig war, kannte, sowie dadurch, daß ich verschiedene in Sambor früher sehr angesehene Leute aus dem Nachbarkreis Jaroslau, wo ich sie bei meiner dortigen Tätigkeit als stellvertretender Kreishauptmann kennengelernt hatte, heranziehen und die Bevölkerung durch sie beeinflussen konnte.

Gewisse Spannungen waren in der ersten Zeit infolge der Angliederung des Distrikts an das alte Generalgouvernement spürbar, vergingen jedoch bald wieder, ich glaube vorwiegend deshalb, weil die Ukrainer sahen, daß man vorwiegend mit ihnen, nicht mit den Polen arbeitete, und sie weitgehend zur Mitarbeit herangezogen wurden.

Widerstand spürte ich ferner eine Zeit lang bei den jungen politisch interessierten Leuten, aus denen sich im wesentlichen auch die Miliz rekrutierte. Dieser Widerstand verschärfte sich, als die Auflösung der Miliz angeordnet wurde. Hier entstanden kurze Zeit lang dadurch Schwierigkeiten, daß in dem Augenblick, als die Miliz aufgelöst wurde, ein Ersatz für sie noch nicht da war. Die wenigen Gendarmerie- und Sonderdienstmänner reichten nicht aus. Meldungen aus den Reihen der aufgelösten Milizmänner für die neu zu bildende

ukrainische

Polizei gingen zunächst nur in demonstrativ geringer Zahl ein. Es mag auch das nicht ganz geschickte Verhalten des Gendarmeriezugführers mitgesprochen haben, in dessen Händen die Durchführung der Milizauflösung und gleichzeitige Bildung der ukrainischen Polizei lag. Dieser Widerstand war jedoch nur von sehr geringer Dauer. Ich habe durch die älteren und verständigen Elemente unter den Ukrainern auf diese jungen Leute mit gutem Erfolg Einfluß nehmen können. Die Meldungen zur ukrainischen Polizei vervielfachten sich dadurch in kurzer Zeit, und die Beunruhigungen verschwanden.

Die genannten Momente waren die einzigen, durch die sich eine Spannung entwickelte. Im übrigen war die Zusammenarbeit mit den Ukrainern von Anfang an eine ausgezeichnete. Ich stützte mich dabei insbesondere auf die älteren, in österreichischer Zeit erzogenen Beamten, die auch bei meinem Eintreffen die wesentlichen Posten inne hatten. Allerdings handelte es sich dabei nur um wenige Personen. Die meisten sind von den Bolschewisten in irgendeiner Form beseitigt worden. Diese wenigen haben aber ersichtlich grossen Einfluß auf die Bevölkerung und machen diesen Einfluß in einer für die deutschen Gesichtspunkte positiven Weise geltend. Voraussetzung dabei ist allerdings in hohem Maße das persönliche Vertrauen zu den Repräsentanten der deutschen Verwaltung sowie eine schonsame, auf die persönliche und nationale Eigenliebe der Betreffenden rücksichtnehmende Behandlung.

Auch die Priester habe ich in gewissem Rahmen herangezogen, um ihren Einfluß im deutschen Interesse wirken lassen zu können. Sie haben bei der Getreideerfassung und bei verschiedenen örtlichen Differenzen beruhigenden und günstigen Einfluß ausgeübt.

Dieses gute Verhältnis zu den Ukrainern besteht auch jetzt weiter fort.

Auf dem Gebiete der allgemein politischen Verwaltung habe ich mich vordringlich mit der Umgestaltung des Rayonsystems zu dem System der Landgemeinden, verbunden mit der

Einrichtung eines Gemeindeverbandes, beschäftigt. Die Rayonleitungen konnten auf der Grundlage des vorher geschilderten guten Einvernehmens mit den maßgebenden Personen ohne Schwierigkeiten und auf durchaus natürliche Weise aufgelöst werden. Die Brauchbarsten habe ich in die Gemeindeverwaltungen und in den Gemeindeverband übernommen. Die Grenzen der neugebildeten Sammelgemeinden habe ich anders als die der polnischen Sammelgemeinden gezogen, da die alten Grenzen teilweise den wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen und politischen Notwendigkeiten nicht gerecht wurden. Die Polen verbanden mit der Konstruktion ihrer Sammelgemeinden offensichtlich das Ziel, im Rahmen des Möglichen ukrainische Mehrheiten und ukrainischen Einfluß zu verhindern. Die Zahl der Einwohner in den neu gebildeten Sammelgemeinden beläuft sich auf 8- bis 10 000 Köpfe, in den Gebirgsgegenden jedoch bis zu 14- bis 16 000. Letzteres auf Grund verkehrsmäßiger und finanzpolitischer Erwägung. Zum großen Teil sind auch bereits deutschsprechende Gemeindesekretäre eingesetzt worden. Die völlige Ausgestaltung der Gemeindeverwaltungen steht in Kürze bevor. Steuerbücher sind angelegt, Haushaltspläne in Vorbereitung. Die Tätigkeit des Gemeindeverbandes, in dem der frühere Rayonleiter von Sambor unter meiner steten und besonderen Kontrolle geschäftsführend tätig ist, funktioniert gut.

In Turka habe ich wegen der großen Entfernung / Turka - Sambor 65 km / und wegen der besonderen dort herrschenden Verhältnisse ein Landkommissariat errichtet und einen Bezirkslandwirt eingesetzt.

Mein besonderes Augenmerk widme ich den Straßenverhältnissen. Die Ausbesserungsarbeiten sind vorwärts gekommen, die Straßenbeschilderung wurde durchgeführt.

Die Hochwasserkatastrophe brachte Schwierigkeiten und Rückschläge. Nahezu sämtliche Brücken wurden vernichtet und konnten inzwischen nur unter großen Schwierigkeiten wieder instandgesetzt oder durch Notbrücken ersetzt werden. Günstig für die Arbeit an den Straßen ist die leichte Beschaffbarkeit von Schotter aus den Flußbetten und einigen Steinbrüchen.

In organisatorischer Hinsicht hat die Zusammenarbeit mit der Außenstelle des Straßenbauamts, die mir nicht untersteht, Schwierigkeiten und Verzögerungen ergeben. Die Nebenstelle ist mit einem Ukrainer besetzt, dem es an eigener Initiative mangelt, und der naturgemäß vom Straßenbauamt Lemberg aus nicht in dem notwendigen Maße unter Kontrolle und Druck gehalten werden kann. Gegenüber meinen Weisungen berief er sich wiederholt auf andere Weisungen seiner Lemberger Dienststelle. Andererseits bin ich auf den Mann angewiesen, da ich das Personal für ein eigenes Straßenverkehrsamt nicht habe, mich im übrigen auch aus dem Gesamtinteresse heraus vorwiegend nicht mit den Kreisstraßen und Gemeindewegen, sondern mit den verkehrsmäßig notwendigen Durchgangs- und Distriktsstraßen beschäftigen muß. Eine organisatorische Änderung dieser Verhältnisse würde mir fruchtbar erscheinen, zumal es sich auch bei den Distrikts- und Durchgangsstraßen vorerst nur um die lokale Ausbesserung der Straßen, nicht um allgemeine große Neubauprojekte handeln dürfte.

Das gute Einvernehmen mit den Ukrainern und die Beeinflußbarkeit der Bevölkerung auch auf dem Wege über die maßgebenden Ukrainer selbst wirkte sich besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet günstig aus. Außer einem Kreislandwirt und einem Bezirkslandwirt in Turka, einem kleinen bayerischen Bauern, steht mir Personal für das Amt für Ernährung und Landwirtschaft nicht zur Verfügung. Daß trotzdem bisher 35 % des - voll natürlich nicht aufzubringenden - Solls erfaßt worden sind, ist nur diesem eingangs erwähnten Umstande zu danken. Auf die Dauer kann allerdings bei dieser Personalbesetzung eine erfolgreiche Arbeit nicht geleistet werden.

Rückschläge auf landwirtschaftlichem Gebiet brachte naturgemäß die Hochwasserkatastrophe.

Starke Beunruhigung unter der bäuerlichen Bevölkerung wurde durch die Unklarheiten in der Eigentumsfrage hervorgerufen. Die Bauern, denen die Sowjets Land abgenommen hatten und an kleine Bauern bezw. Besitzlose verteilt hatten, forderten ihr Land unter Bezugnahme auf den grundlegenden

Erlaß des Herrn Generalgouverneurs zurück. Die anderen wollten das Land nicht hergeben. Unter diesen Verhältnissen war es natürlich, daß sich häufig niemand bereit fand, das Land ausreichend zu bearbeiten und zu bestellen. Auch die Ablieferung litt unter diesem Zustand erheblich. Ich setzte zunächst eine Schlichtungsstelle ein mit dem Ziel, in diesen und anderen Streitigkeiten, die allgemein nach dem Abzug der Sowjets natürlich einen großen Raum einnahmen, soweit möglich, Ruhe zu schaffen. Diese Maßnahme hatte aber nur sehr geringen Erfolg. Ich hielt es für notwendig, sofort durchgreifendere Maßnahmen zu treffen und gab den Bauern ihr Land unter der Voraussetzung guter Bodenbearbeitung und voller Kontingentsablieferung probeweise - auf Bewährung - zu Gebrauch und Nutzung zurück. Diese Maßnahme wirkte sich beruhigend und für die Landbewirtschaftung gut aus. Die Streitigkeiten hörten im wesentlichen.auf.

Ordnung in die Großbetriebe zu bringen ist wesentlich schwieriger. Der Beamte der Liegenschaftsverwaltung verfügt über kein Personal und kein Verkehrsmittel. Die Exekutivorgane reichen, um hier Ordnung zu schaffen, nicht aus. Es wird m.E. noch lange Zeit dauern, bis auf diesem Gebiet Erfolge erzielt werden können.

Die gewerbliche Bewirtschaftung wurde bei meinem Eintreffen und wird noch heute nahezu ausschließlich von den Genossenschaften diktiert. Die früheren Genossen, denen die Sowjets ihr Vermögen abnahmen, setzten sich nach Abzug derselben sofort in den Besitz der Magazine und führten mit diesen russischen Magazinen ihre frühere Tätigkeit fort. Mangels entgegenstehender Weisungen habe ich diesen Zustand geduldet, da die Arbeit der Genossenschaften zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlaß gab, Ersatz für sie nicht vorhanden war, und die Genossenschaften zweifellos ein politisch mit Vorsicht zu behandelndes Instrument sind. Auf der anderen Seite besteht das Bedenken, daß die Magazine, in deren Besitz sich die Genossenschaften, gleichsam als selbst geschaffenen Ersatz für die ihnen von den Sowjets genommenen Werte, gesetzt haben, rechtlich deutsches Staatseigentum sind. Es wäre sehr erwünscht, wenn diese offenen

Fragen bald einer grundsätzlichen Klärung zugeführt würden. Ich habe Bedenken, ob die Herren der deutschen Einsatzfirma, die sich bei mir vorgestellt haben, in der Lage sind, den sich auf diesem Gebiete ergebenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gerecht zu werden. Es wäre mir zweckdienlicher erschienen, wenn die deutsche Firma erst eingesetzt worden wäre, nachdem die genannten Rechts- und politischen Fragen bezüglich der Genossenschaften geklärt worden wären.

Neben den Genossenschaften habe ich in dem Bestreben, auch den privaten Handel wieder aufleben zu lassen, einige 100 Einzelhandelsgeschäfte mit Konzessionen ausgestattet. Eine allmähliche Belebung der Wirtschaft ist durchaus festzustellen.

Sofort nach meinem Eintreffen habe ich die in dem Genossenschafts- und Trust-Magazin befindlichen - allerdings nicht erheblichen Warenbestände - inventarisieren und vorübergehend sperren lassen. Nach Inventarisierung und Einführung eines behelfsmäßigen Bezugscheinsystems für die im alten Generalgouvernement unter Bewirtschaftung stehenden Warengattungen, habe ich den Verkauf wieder zugelassen.

Die von den Sowjets hinterlassene Armut, aus der sich die Schwierigkeiten und Wiederbelebung des wirtschaftlichen Lebens erklärt, hat sich nach Durchführung der Zlotyumtauschaktion in erschreckendem Maße gezeigt. So sind z.B. in Turka, einem Bezirk mit etwa 85 000 Einwohnern, nicht mehr als 500 000 Rubel zum Umtausch gegeben.

Die Hauptschwierigkeiten auf dem wirtschaftlichen Gebiet liegen jedoch an dem völligen Mangel an Personal. Ich leite das Wirtschaftsamt selbst und bediene mich zweier nichtdeutscher Referenten. Naturgemäß bin ich dadurch gezwungen, mich in einem Maße um die Einzelheiten der Organisation und Führung der Geschäfte des Wirtschaftsamtes zu kümmern - Konzessionserteilung, Bezugsscheinausgabe etc. - dasmit den übrigen mir obliegenden Aufgaben nicht verträglich ist und einen wirklichen Aufbau der Verhältnisse auf diesem Gebiete ausschließt.

Die Preisverhältnisse unterscheiden sich von denjenigen im alten Generalgouvernement nicht. In den ersten Wochen stand ich vor allen Dingen vor der Frage, ob ich durch Preisstopanordnungen in die Entwicklung eingreifen sollte oder nicht. Ich entschied mich für das Letztere, und zwar deshalb, weil zuverlässige Preislisten zentral nicht herauskamen, die Angleichung der Preise an die des alten Generalgouvernements im Ergebnis gewollt war, daher ständige Änderungen der festgesetzten Preise notwendig geworden wären, und weil mir weder ein Bearbeiter zur Leitung der Preisbehörde, noch ausreicherdes Bewachungs- bezw. Exekutivpersonal zur Verfügung stand, um die festgesetzten Preise tatsächlich zu halten. Preisfestsetzungen trotz dieser Verhältnisse hätten zweifellos einen Prestigeverlust und eine Gleichgültigkeit gegenüber behördlichem Anordnungen zur Folge gehabt. Ich nahm daher lieber ein etwas rascheres Steigen der Preise in Kauf. Dieselben Erwägungen führte ich übrigens schon im Juli d.J. zur Militärverwaltungszeit mit dem Feldkommandanten von Drohobycz, dem ich damals als Verwaltungskommissar beigegeben worden war. Damals hatte die Militärverwaltung in Lemberg die Veröffentlichung einer allgemeinen Preisstopverordnung befohlen. Ich war damals mit dem Feldkommandanten in Drohobycz aus denselben Erwägungen heraus darüber einig, daß es richtiger wäre, nichts zu veröffentlichen und die preisüberwachende Tätigkeit auf die Verfolgung krasser Wucher- und Schleichhandelsfälle zu beschränken, die auch ohne genaue Preisrichtlinien eine Strafverfolgung eindeutig rechtfertigten. Entsprechend verfuhr ich nach meinem Eintreffen in Sambor. Erst nachdem die Zlotywährung eingeführt war, und sich die Preise auf natürlichem Wege den des alten Generalgouvernements angeglichen hatten, veröffentlichte ich eine Preisanordnung nach genauer Kalkulierung der örtlichen gerechtfertigten Preise unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes, daß die Preise allgemein etwas unter denen des alten Generalgouvernements liegen müßten.

Auf dem Gebiete der Preisgestaltung ist der Personalmangel nach wie vor störend und verhindert eine wirklich fruchtbare und durchgreifende Tätigkeit.

Auf propagandistischem Gebiet führe ich laufend eine Kontrolle und Lenkung der örtlichen ukrainischen Zeitung durch, die in ihrer Tätigkeit zu Beanstandungen keinen Anlaß gibt. Anschlagtafeln in den Städten und am Sitz der Gemeindeleitungen sind überall angebracht. Nach meinem Eindruck ist die Bevölkerung für jede Art von Propaganda - insbesondere von Bildpropaganda - sehr empfänglich.

Die innere Organisation des Amtes leidet unter dem starken Personalmangel. Außer dem Amt für Ernährung und Landwirtschaft, das durch einen Kreislandwirt ohne Hilfspersonal geführt wird, leite ich alle Ämter und Abteilungen praktisch selbst. Ich verfüge lediglich über einen die Geschäfte des Innendienstes kontrollierenden Sekretär und einen Angestellten, der bisher bei einer Kreishauptmannschaft das Referat für Bevölkerungswesen und Fürsorge führte.

Ebenso starker Mangel besteht an Kraftfahrzeugen und wirkt sich in Verwaltung und Wirtschaftsführung stark hemmend aus.

Wegen Materialmangels war die Einrichtung des Amtsgebäudes und der Gefolgschaftswohnungen langwierig und schwierig; sie ist jedoch jetzt vollendet.

gez. Dr. von Harbou.

R e f e r a t

des Kreishauptmanns von Tarnopol Regierungsrat H a g e r anläßlich der Regierungssitzung in Lemberg am 21. Oktober 1941.

Die Kreishauptmannschaft Tarnopol umfaßt 4 700 qkm mit 470 000 Menschen, von denen 60 % dem ukrainischen, 30 % dem polnischen und 10 % dem jüdischen Volkstum angehören. Sie bildet gleichzeitig die Ostgrenze des Generalgouvernements. Ihre Gegebenheiten sind von der sehr fruchtbaren Podolischen Platte bestimmt; Industrie ist nicht vorhanden.

Bei Übernahme der Amtsgeschäfte stand die deutsche Verwaltung vor schweren Aufgaben, die durch die verschiedene Struktur dieses Gebietes bedingt sind. Wie bereits Gouverneur Dr. Lasch erwähnte, hatten die Russen ein Netz von Funktionären aufgebaut und die Bevölkerung bewußt von jeder Verwaltung ausgeschlossen. Es ist daher notwendig, als erstes diese Abriegelung zu beseitigen und an die Bevölkerung heranzukommen. Diese Aufnahme der Verbindung mit der Bevölkerung hat sich als außerordentlich günstig herausgestellt. Notwendig war der Aufbau eines Gemeindeverbandes. Das mußte in Angriff genommen werden, weil für einen Kreishauptmann eine Arbeit ohne Gemeindeverband nicht möglich ist. Mein Gemeindeverband arbeitet in Anwendung der Grundsätze des alten Generalgouvernements. Durch Einführung der Verordnung soll dazu die gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Die Bekämpfung des Schleichhandels wurde in die Hand genommen, da Elemente aus der Übergangszeit Geschäfte machen wollten. Ich habe zunächst einmal die Juden durch entsprechende Behandlung und Beschränkung auf einige Wohnsitze davon abgehalten, unmittelbar in Verbindung mit den Erzeugnissen zu treten. Auf dem Gebiete der Wirtschaft liegen die Verhältnisse genau so wie geschildert. Die Ernte entspricht in meinem Kreis nicht den in sie gesetzten Erwartungen, sie ist nur 30 bis 40 % einer Durchschnittsernte. Der Grund ist in der schlechten Bewirtschaftung unter der bolschewistischen

Herrschaft, aber auch in der Tatsache zu suchen, daß das Getreide minderwertig ist. Wir brauchen zur Erzielung größerer Erträge genügend Saatgut und neue Kartoffelsorten.

Die Erfassung liegt noch sehr im Argen. Der Grund liegt in der schlechten Witterung, da der Bauer vorerst die Herbstbestellung durchführen will. Früher schon wurde immer erst im November mit dem Ausdrusch begonnen. Wir erwarten in den nächsten Wochen eine erhebliche Anziehung der Ablieferungskontingente.

Die Mitarbeit der ukrainischen Bevölkerung ist zufriedenstellend, wenngleich ich zu der Erkenntnis gekommen bin, daß die eigentliche Bewertung der Ukrainer in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Arbeitsleistung steht. Ich bin aber überzeugt, daß durch eine entsprechende Behandlung es möglich sein wird, daß sie mit der Zeit in ihren Leistungen der deutschen Arbeitsauffassung und dem deutschen Arbeitstempo etwas näher gebracht werden können. Ich möchte hier erwähnen, daß die Bezirkshauptmänner aus Reihen der Ukrainer in der ersten Zeit der militärischen Verwaltung vorbildliche Arbeit geleistet haben. Ihnen ist es zu verdanken, daß im Kreise Tarnopol der größte Teil der Staatsgüter in Schuß ist.

Ungünstig auf die Ernteerfassung wirkt sich die Tatsache aus, daß der Bauer heute nicht in der Lage ist, aus den Erlösen für seine Ernte irgendwelche Gebrauchsartikel zu kaufen. Es ist im ganzen Kreis Tarnopol nicht möglich, Spinnstoffe, Leder- und Eisenwaren zu bekommen. Diese Unmöglichkeit führt dazu, daß der Bauer seine Erzeugnisse zurückhält, bis für ihn die Möglichkeit des Kaufes dieser Sachen gegeben ist.

Trotz aller Schwierigkeiten bin ich der Auffassung, daß im kommenden Erntejahr alle Aufgaben erfüllt werden, insbesondere da dann nicht mehr das Verwaltungsmäßige im Vordergrund steht, sondern die Menschenführung.

Regierungssitzung

am Dienstag, dem 16. 12. 1941 im Regierungsgebäude zu Krakau.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:
1 Exemplar an den Herrn
Staatssekretär Dr. Bühler.

SITZUNG

DER

REGIERUNG
DES GENERALGOUVERNEMENTS

Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 16. Dezember 194 1

Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Generalgouverneur		
Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements		
Der Höhere SS- und Polizeiführer		
~~**Der Unterstaatssekretär**~~		
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei		
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei		
Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP		
Der Chef des Distrikts Krakau		
Der Chef des Distrikts Lublin		
Der Chef des Distrikts Radom		
Der Chef des Distrikts Warschau		
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin		
Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung		
Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen		
" " " " Veterinärwesen		
Der Leiter der Abteilung Strassenverkehr		
Der Leiter der Hauptabteilung Finanzen		
SS- u. Polizeiführer Krakau		
" Lublin		
" Radom		
" Warschau		
" Berlin		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Leiter der Generaldirektion der Monopole		
Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft		
Leiter der Abteilung Treuhand		
Leiter der Abteilung Devisen und Aussenwirtschaft		
Leiter der Hauptabteilung Justiz		
Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft		
Leiter der Hauptabteilung Forsten		
Leiter der Hauptabteilung Arbeit		
Leiter der Hauptabteilung Propaganda		
Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht		
Leiter der Hauptabteilung Bauwesen		
Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen		
Leiter der Hauptabteilung Post		
Bankdirigent der Emissionsbank in Polen		
Leiter des Betriebsamtes		
Leiter des Amtes für Gesetzgebung		
Leiter des Amtes für Preisbildung		
Leiter des Amtes für Raumordnung		
Leiter des Personalamtes		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Fremdenverkehrsverbandes Generalgouvernement		
Der Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht		
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers des Heeres und des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement		
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe		
Der Verbindungsführer des Reichsarbeitsführers		
Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunst- und Kulturschätze		
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes		
Der Beauftragte des Reichsjugendführers		
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes		
Der Leiter des Amtes für Aussenhandel		
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Hauptschriftleiter der Krakauer Zeitung		
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben		
Die Baudirektion des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Obersten Rechnungsprüfungsamtes		
Der Leiter der Abteilung des Generalgouverneurs für Angelegenheiten des Vierjahresplanes		

IV/9

Beginn der Sitzung 10^{35} Minuten.

Generalgouverneur Dr. Frank:

Meine Herren!

Ich habe Sie zum Abschluß unserer diesjährigen Arbeit nochmals zu einer Regierungssitzung nach Krakau gerufen. Ich danke Ihnen, daß Sie doch im allgemeinen meiner Einladung Folge geleistet haben. Einige Herren haben sich entschuldigt, teils mit Krankheit, teils damit, daß sie schon in Urlaub gegangen sind.

Ich möchte den ersten Gegenstand der Tagesordnung, sozusagen das Moment, das wir für unsere Tagung in den Vordergrund gerückt hatten, nämlich meine zusammenfassende Betrachtung der Lage des Generalgouvernements, aus Zweckmäßigkeitsgründen an den Schluß der Sitzung verlegen und bitte daher, daß wir uns sofort den uns zur Zeit beschäftigenden, außerordentlich ernsten Problemen widmen.

Es obliegt uns als der Regierung eines mit dem Großdeutschen Reich verbundenen Nebenlandes eines Toten zu gedenken. Meine Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. -- Einer der ältesten Mitkämpfer des Führers Reichsminister Kerrl ist vorgestern am Herzschlag verstorben. In Reichsminister Kerrl verehrt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einen der ältesten Mitkämpfer des Führers. Für uns, die Rechtswahrer des Reiches, wird er als Schöpfer des bäuerlichen Erbhofrechts unvergessen bleiben, jenes Rechtes, das, aus einer wahrhaft revolutionären Idee geboren, zur Wiedererstehung germanischen Rechtsideals geführt hat. Wir werden des Parteigenossen Kerrl immer in Ehren gedenken. - Sie haben sich zu seiner Ehre von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur, ich habe auf Ihre Weisung zu der heutigen Regierungssitzung eingeladen. Die Bedeutung der Sitzung bitte ich Sie, meine Herren, daraus zu entnehmen, daß ich den sonst gewohnten Kreis der Teilnehmer der Sitzung durch die Amtschefs der Gouverneure und die SS- und Polizeiführer der Distrikte erweitert habe.

Wenn ich auf die Arbeit des vergangenen Jahres zurückblicke, so darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, daß sie im Zeichen der Normalisierung, der Konsolidierung des Apparates und des planmäßigen Fortschreitens auf sämtlichen Gebieten der staatlichen Verwaltung gestanden hat. Sowohl in sämtlichen Abteilungen wie auch in der Polizei, auf dem Gebiet des Vierjahresplans und der sonstigen unmittelbaren Reichsaufträge, die das Generalgouvernement zu erfüllen hat, besteht eine vollkommen normale Lage, eine Lage des Friedens und eine geschlossene kameradschaftliche Zusammenarbeit.

Die heutige Tagung hat zunächst eine Erklärung des Herrn Generalgouverneurs zum Gegenstand. Sodann aber stehen einige aktuelle Probleme im Vordergrund, die uns heute vor allem beschäftigen. Auf Ihre Weisung, Herr Generalgouverneur, habe ich als Programmpunkt ein Bild über die allgemeine Versorgungslage vorangestellt.

Im Vordergrund des Interesses steht im Generalgouvernement immer das Verkehrsproblem, es wird auch während der Dauer des Krieges für uns äußerst wichtig bleiben.

Weiter beschäftigt uns heute allgemein ein Notstand, nämlich das Übergreifen des Fleckfiebers vom Osten nach dem Westen. Hier sind bereits die

ersten Abhilfemaßnahmen getroffen worden. Ich glaube, daß aufgrund der Ergebnisse der heutigen Regierungssitzung endgültig planmäßige, aus allen Gebieten zusammenlaufende weitere Maßnahmen beschlossen werden können, sodaß dann das Generalgouvernement auf diesem Gebiete einen Schutzwall für das Reich darzustellen vermag.

Generalgouverneur Dr. Frank:

Unsere Methode ist dieselbe wie bei allen Regierungssitzungen. Ich werde jedem Einzelnen von Ihnen Gelegenheit geben, sich zu äußern. Jeder soll heute das Bewußtsein haben, daß er alles sagen kann, was er auf dem Herzen hat, und was ihn bedrängt. Deshalb habe ich auch die Herren aus den Distrikten zu dieser Sitzung gebeten.

Ich erteile zunächst das Wort dem geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann zu einem Bericht über die

allgemeine Versorgungelage des Generalgouvernements.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann:

Anläßlich der heutigen Regierungssitzung, der letzten im Jahre 1941, möchte ich Ihnen, meine Herren, die Versorgungslage schildern und zum Schluß einen Ausblick auf die vermutliche Entwicklung im kommenden Jahre geben.

Das Jahr 1941 hat dem Generalgouvernement ungeheure Belastungsproben auf allen Gebieten auferlegt. Ganz besonderen Schwierigkeiten sah sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in ihrer Aufgabenstellung während des ganzen Jahres gegenüber; denn es liegt nahe, daß die aufgetretenen Spannungen in ganz besonderem Maße auf dem hier besonders empfindlichen Gebiete der Ernährungswirtschaft empfunden wurden. Das zu Ende gehende Jahr hat ja nunmehr endgültig den Beweis für unsere schon längst gehegten Vermutungen erbracht, daß Petrus kein guter Nationalsozialist ist, wenn er nicht überhaupt gegen uns steht.- Um den Verlauf des Jahres kurz zu schildern, möchte ich an Folgendes erinnern:
Nach einem strengen Winter, der vielerlei Schäden an den Feldfrüchten verursachte, und durch seine Härte

zusätzliche Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der Verbrauchszentren herbeiführte, kam ein für die Bestellung so ungünstiges Frühjahr, wie es seit Menschengedenken keines gegeben hat. Erst in den ersten Maitagen setzte eine ordentliche Vegetation ein. Abgesehen von einigen für das Wachstum günstigen Wochen im Mai und Juni, ließ dann der Verlauf des Sommers unsere zunächst berechtigten Hoffnungen auf eine gute Ernte bald zu schanden werden. Während der Ernte verdarb durch wochenlange Regenfälle viel von den gewachsenen Feldfrüchten. Wenn trotzdem die Ernte etwas besser als im Vorjahre ausgefallen ist, so ist das als der erste fühlbare Erfolg der im Jahre 1939 und Frühjahr 1940 eingeleiteten Maßnahmen für die Erzeugungssteigerung im Generalgouvernement anzusehen.

Dem ungünstigen Verlauf des Sommers entspricht auch die recht ungünstige Witterung des Herbstes.. Entgegen allen Erwartungen setzte Anfang November, für normale Jahre 20 Tage zu früh, außerordentlich scharfer Frost, ohne jegliche schützende Schneedecke, ein, der nicht nur die noch nicht abgeschlossene Bergung der Hackfruchternte und Herbstbestellung zum Erliegen brachte, sondern insbesondere auf dem Gebiete der Belieferung der Verbrauchszentren mit Kartoffeln und der Zuckerfabriken mit Zuckerrüben erhebliche Verluste und Ausfälle zur Folge hatte.

Zu den angeführten Schwierigkeiten auf der Erzeugungsseite kamen durch den bisher größten militärischen Aufmarsch der Geschichte noch weitere Schwierigkeiten für unsere Arbeit hinzu, die sich in geradezu katastrophaler Weise auswirken mußten. In den Monaten April, Mai und Juni sank die Erfassung der zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen Kontingente an Getreide, Kartoffeln, Eiern usw. Durch die Millionenbelegung des Generalgouvernements mit Soldaten wurde die mühselig aufgebaute und sich allmählich auswirkende Ordnung des ernährungswirtschaftlichen Marktes vollständig über den Haufen geworfen.

Es ist in den genannten Monaten, meine Herren, in der Abteilung Marktordnung nur möglich gewesen, unter Aufbietung aller Kräfte in Tag- und Nachtarbeit, noch das zu retten, was dem Zugriff dieser Millionenarmee entgangen war.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ist durch diese Umstände gezwungen gewesen, die wenn auch kleinen, aber für uns recht bedeutsamen Reserven vorzeitig dem Verbrauch zuzuführen, um die sonst unvermeidbare Hungerkatastrophe in den großen Verbrauchszentren noch zu vermeiden. Wir sind deshalb in das neue Versorgungsjahr unter recht ungünstigen Voraussetzungen, ohne jeden Vorrat, eingetreten. Heute, wo jede Gefahr zunächst gebannt ist, kann ich es ja ruhig aussprechen, daß in den ersten Augusttagen das Generalgouvernement nur deshalb ohne Panne in der Brotversorgung durchgekommen ist, weil der Erfassungsapparat trotz größter Preisschwierigkeiten augenblicklich anlief.

Wir haben das nur dem Einsatz und der hervorragenden Organisation meines gesamten Apparates und, meine Herren, der gesamten Landwirtschaftlichen Zentralstelle zu verdanken. Ich benutze diese Gelegenheit auch insbesondere den Herren Kreishauptleuten für ihre hervorragende und tatkräftige Unterstützung zu danken, die sie meinen Mitarbeitern im ganzen Land so weitgehend gewährt haben und noch gewähren.

Wie sieht es nun im Augenblick mit der Lebensmittelversorgung im Generalgouvernement aus? In meinen Ausführungen auf der Regierungssitzung am 5.9. d. Jrs. hatte ich erklärt, daß falls das Generalgouvernement aufgrund der eben angeführten großen Vorbelastungen keine Lieferungen an Wehrmacht und Reich durchzuführen hätte, für einige wichtige Nahrungsmittel eine Rationserhöhung durchgeführt werden könnte. Am 1. Oktober habe ich die bereits in der Regierungssitzung am 5.9. in Aussicht gestellte Wiederherstellung des alten Rationssatzes von

1.400 gr. Brot pro Kopf der nichtdeutschen Normalverbraucherschaft, unter Zurückstellung schwerster Bedenken angeordnet. Ich bin überzeugt, daß diese Maßnahme in Verbindung mit mancherlei anderen von meiner Hauptabteilung durchgeführten Versorgungsmaßnahmen wesentlich zur Entspannung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und praktisch zu einer Bekämpfung des Schleichhandels beigetragen hat. Ich spüre diese praktische Schleichhandelsbekämpfung in einer erheblichen Verbesserung der Erfassung von Brotgetreide gegenüber dem Vorjahre. Während im vergangenen Jahre am 10. Dez. im damaligen Gebiet des Generalgouvernements

237.900 ts. Brotgetreide

erfaßt wurden, beläuft sich die Erfassung am gleichen Tage dieses Jahres für das gleiche Gebiet auf

364.472 ts.

Im Distrikt Galizien haben wir bisher

51.900 ts. Getreide (Brotgetreide)

erfaßt. Wenn auch dieses Ergebnis nicht befriedigen kann, so muß berücksichtigt werden, daß

1.) keine Prämien waren,
2.) der Erfassungsapparat ausgebaut werden muß und
3.) Transportschwierigkeiten größten Ausmaßes bestehen.

Aufgrund dieser Erfassungszahlen bestehen für die nächste Zeit bei keinem Distrikt im Rahmen der festgesetzten Rationssätze Versorgungsschwierigkeiten an Brot und Mehl.

In der Regierungssitzung am 5.9. hatte ich ausgeführt, daß beabsichtigt sei, 150 kg Kartoffeln pro Kopf der verbrauchenden Bevölkerung als Wintervorrat zu verteilen ~~sind~~. Diese Absicht konnte nicht durchgeführt werden, da in der Abmachung vom 12.9. - entgegen der bisherigen Absicht, keine Lieferung an die Wehrmacht vorzunehmen - folgende Nahrungs- und Futtermittelkontingente im Laufe dieses Wirtschaftsjahres zur Lieferung an die Wehrmacht gelangten:

1.) 41.200 to. Brotgetreide
2.) 139.000 to. Kartoffeln
3.) 17.500 to. Fleisch
4.) 20.000 to. Gemüse
5.) je 35.000 to. Heu und Stroh
6.) 30.000 Stück Gänse
200.000 " Geflügel
7.) 15 Millionen Eier.

Dazu kommt die Belieferung der Lazarette mit Geflügel, Milch, Butter, Eier, Honig für eine im Generalgouvernement vorhandene Zahl von 40.000 Betten.

Mit Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs mußte deshalb die Kartoffelzuteilung auf 100 kg pro Kopf der nichtdeutschen Normalverbraucherschaft herabgesetzt werden. Die für die Versorgung der Rüstungsarbeiter, der polnischen Polizei, der Feuerwehr vorgesehenen 350 kg Kartoffeln pro Kopf sind jedoch ungekürzt durchgeführt oder werden ausgegeben. Insgesamt sind unter Nichtberücksichtigung des Distriktes Galizien

503.000 to. = 95 % Speisekartoffeln

des Herbst-Solles bezw. unter Einrechnung der Fabrikkartoffeln

619.000 to. = 70 %

der gesamten Herbstmenge erfaßt.
Es sind somit versorgt:

1.) die Wehrmacht mit 97.000 to.
2.) Formationen " 4,500 to.
3.) Reichsdeutsche " 17.300 to.
4.) Rüstungsbetriebe
(A- u. B-Betriebe) m. 135.000 to. = 99 %
5.) Großstädte mit 185.000 to.
6.) Kleinstädte " 61.200 to.

Die Versorgungslage im Generalgouvernement ist im Verhältnis zum Reich als befriedigend zu bezeichnen, ist doch das Herbst-Soll an Speisekartoffeln praktisch mit fast 100 % erfüllt.

Ich möchte jedoch hier gleich betonen, daß ich dieses gleiche günstige Bild für die Frühjahrs- und Sommerversorgung nicht erwarte, da wir

1.) mit größeren Frostschäden in den Mieten rechnen,
2.) hinsichtlich der Saatgut-Bedarfsdeckung durch das Reich so gut wie nicht rechnen können,
3.) den Distrikt Galizien mit Saatgut aus dem alten Generalgouvernement weitgehendst versorgen müssen,
4.) in manchen Kreisen an die Grenze der Erfassungsmöglichkeiten bei Kartoffeln schon im Herbst herangegangen sind.

Die Erfassung bei Gemüse hat aufgrund des vorzeitigen Kälteeinbruches zwar abgenommen, reicht jedoch vorläufig für die laufende Versorgung der Städte und Industriezentren aus. Die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse ist in den letzten Monaten zufriedenstellend gewesen. Allerdings müßte bei Kopfkohl und Wurzelgemüse mit Ausfällen und Einschränkungen in der Ausgabe gerechnet werden. Da die Kopfkohlernte im allgemeinen durch die schlechten Witterungsverhältnisse des Sommers ungenügend ausgefallen ist, kann weniger Sauerkraut als vorgesehen erzeugt werden, was sich insbesondere in den Monaten Februar bis April nächsten Jahres auswirken wird.

Die Versorgung der Reichs- und Volksdeutschen mit Obst ist, soweit sich das übersehen läßt, in gewissem Umfange gesichert. Trotz erhöhter Anbaufläche, die von 46.000 ha im Vorjahre auf 54.000 ha in diesem Jahr gesteigert werden konnte, ist in diesem Zuckerwirtschaftsjahr mit einer wesentlich geringeren Zuckererzeugung als im Vorjahr zu rechnen.

Die zum Wachstum der Zuckerrüben besonders ungünstige Witterung dieses Sommers hatte eine wesentlich schlechtere Ernte zur Folge. Durch den vorzeitigen scharfen Frost konnten 10 bis 15 % der Zuckerrüben nicht mehr geerntet und den Zuckerfabriken zur Verarbeitung zugeführt werden. Soweit sich die Campagne übersehen läßt, kann gegenüber den geschätzten 1,3 Millionen Doppelzentnern, mit einer Erzeugung von höchstens

850.000 dz Zucker

gerechnet werden.Die von mir in Aussicht gestellte Erhöhung der Zuckerrationssätze kann somit leider nicht durchgeführt werden, sondern im Gegenteil, nur bei größter Sparsamkeit wird der Anschluß an das neue Zuckerwirtschaftsjahr erreicht werden.

Im Hinblick auf diese verringerte Zuckerrübenernte, werde ich sogar dazu übergehen müssen, statt wie bisher 3/4 kg Zucker für 1 kg Eier im kommenden Zuckerwirtschaftsjahr nunmehr 1/2 kg Zucker als Prämie auszusetzen. Auch die anderen Bedarfsträger werde ich zwangsläufig zu gewissen Abstrichen veranlassen müssen, um der städtischen Bevölkerung die bisherigen Rationssätze dieses überaus wichtigen Nahrungsmittels weiterhin zur Verfügung stellen zu können.

Durch das oben angeführte Wehrmachtskontingent hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch im Rahmen der Rationssätze reibungslos durchführen lassen. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß diese reibungslose Versorgung nur gewährleistet war durch den saisonmäßigen starken Weideabtrieb. Um die laufende Versorgung auch im kommenden Jahr aufrecht zu erhalten, müssen Eingriffe bis 25 und 30 % in die Viehbestände durchgeführt werden, was sich wiederum für das übernächste Wirtschaftsjahr entsprechend auswirken wird. Um eine restlose Erfassung und einen gerechten Eingriff vornehmen zu können, war ich gezwungen, die von mir eingereichte Verordnung über die Vieh-Registricrung schon vor Inkrafttreten in praxi durchzuführen.
Die bei der Registrierung im Distrikt Krakau gemachten Erfahrungen haben meine Erwartungen insofern erfüllt, als durch diese ein Mehrbestand von 15 % festgestellt und eine genaue Klassifizierung durchgeführt wurde.
Ich möchte bitten, daß die Einsprüche, die gegen die Viehregistrierung von anderen Hauptabteilungen gemacht wurden, zurückgestellt werden, damit diese für die Versorgung wichtige Maßnahme nunmehr auch vom Herrn Generalgouverneur rechtswirksam erlassen werden kann.

Bisher konnten für die Versorgungsschwierigkeiten in den kommenden Monaten 2,2 Millionen kg Konserven, Dauerwurst, Dauerfleisch usw. geschaffen werden. Die Vorratsbildung litt unter dem Mangel an Kühlhäusern und Konservendosen erheblich.

Auf dem Gebiete der Eierwirtschaft bietet die Erfassungs- und Versorgungslage weiter das günstige Bild, wie es von mir Anfang September d. Jrs. entwickelt wurde. Damals konnte ich eine Erfassung von 305 Millionen melden. Diese Zahl ist mit Stand vom 30. November auf 384 Mill., d.h. um rund 80 Millionen gestiegen. Eingelagert sind von den erfaßten Eiern insgesamt 140 Millionen, sodaß die vorgesehene Versorgung mit Kalkeiern im Winter bis zum Anschluß an die neue Erfassungsperiode im März 1942 hundertprozentig im Rahmen der Rationssätze gesichert ist. Über den Rahmen der in den Rationssätzen festgelegten Zuteilungen hinaus habe ich mich entschlossen, für die Großstädte Warschau, Krakau, Radom, Tschenstochau, Petrikau und das Industriezentrum in Radom für die vier Wintermonate Dezember, Januar, Februar, März durch einmalige Sonderzuteilungen pro Monat die angespannte Versorgungslage zu verbessern und den Schleichhandel weiter aktiv zu bekämpfen.

Insgesamt erhalten damit 2,3 Millionen Menschen monatlich Sonderzuweisungen an: Mehl, Zucker, Kunsthonig, Ölen und Fetten sowie Eiern. Damit diese Zuteilung gegenüber dem Schleichhandel besonders wirksam in Erscheinung tritt, habe ich die Anweisung erteilt, diese Sonderzuteilungen schlagartig in einer Woche des Monats, so z.B. in dieser Woche herauszugeben. Für Monat Dezember kommen folgende Mengen zur Verteilung:

800.000 kg Mehl
990.000 kg Zucker
575.000 kg Kunsthonig
190.000 kg Öle und Fette
6.280.000 Stück Eier

Im Januar, Februar und März werden diese Sonderzuteilungen in ähnlichem Rahmen wiederholt.

Damit der polnische Hauptausschuß darüber hinaus noch warmes Mittagessen in den Großstädten in großem Umfange ausgeben kann, sind für diese Organisation vorgesehen:

1.000.000 kg Mehl
4.000.000 kg Kartoffeln
200.000 kg Zucker
20.000 kg Öle und Fette
200.000 kg Kunsthonig
200.000 kg Marmelade
400.000 kg Fische
125.000 Stück Eier

Diese einmalige Sonderzuteilung ist für 506.000 Menschen in den Monaten Dezember, Januar, Februar, März vorgesehen. Um der besonderen Lage des Warschauer Ghettos Rechnung zu tragen, habe ich gleichfalls für die 4 Monate Dezember, Januar, Februar, März für 1/2 Millionen Juden einmalig

200.000 kg Zucker
200.000 kg Marmelade
2.000.000 Stück Eier

zur Verfügung gestellt.

Meine Herren, ich habe bereits am Anfang meiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Versorgungslage des Generalgouvernements mit Lebensmitteln in sehr starkem Maße auch davon abhängt, in wieweit die übrigen von mir nicht beeinflußbaren Sektoren der Gesamtwirtschaft bei dieser großen und wichtigen Aufgabe mitwirken.

Ein außerordentlich wichtiger Faktor bei der Erfassun landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist die Bereitstellung von Waren der gewerblichen Wirtschaft, die wir in dem Prämienscheinverfahren zur Verteilung bringen.

Die Hauptabteilung Wirtschaft hat mir kürzlich zu meinem Bedauern mitteilen müssen, daß sie voraussichtlich nicht in der Lage sein würde, bestellte Waren der gewerblichen Wirtschaft in Zukunft in dem vorgesehenen Umfange zu liefern. Ich möchte hier betonen, daß ich ~~für~~ den Schwierigkeiten, unter denen die Hauptabteilung Wirtschaft bei der Beschaffung dieser Waren zu leiden hat,

volles Verständnis entgegenbringe, stelle jedoch ausdrücklich fest, daß die ungünstige Wirkung auf die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine unausbleibliche Folge sein wird.

Ein weiteres für die Ernährungswirtschaft außerordentlich betrübliches Kapitel ist die Kohlenversorgung. Ich möchte dieses garstige Lied hier nicht allzu laut singen, weil es im Augenblick wohl jeder von uns zu seinem Leidwesen singen muß, muß jedoch auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß in Warschau schon wichtige be- und verarbeitende Betriebe zeitweise wegen Kohlenmangels stillgelegt werden mußten. Nach Lage der Dinge besteht Grund für die Befürchtung, daß weitere Stillegungen aus dem gleichen Grund unvermeidbar sind.

Alle Arbeiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft litten im Ablauf des Wirtschaftsjahres immer wieder unter der schwierigen Transportlage des Generalgouvernements. Was nützen mir alle gut gemeinten Versorgungsgrundsätze und darüber hinaus geplanten Sonderzuteilungen, insbesondere der Großstädte und Industriezentren, wenn eintretende Verkehrssperren und Waggonmangel die rechtzeitige Belieferung dieser Verbraucherplätze verhindern!

Ich habe einige dieser Schwierigkeiten, unter denen meine Arbeit genau so leidet wie auch die Ihre, meine Herren, hier herausgestellt, nicht um eine Schuldfrage aufzuwerfen oder Vorwürfe zu erheben, sondern lediglich, um auf die ganz besonders schwierigen Umstände hinzuweisen, unter denen auch meine Mitarbeiter ihre Aufgaben erfüllen müssen.

Wir werden, wie bisher, alles tun, was getan werden kann und erbitten dazu auch weiterhin die Unterstützung, für die ich Ihnen für die vergangene Zeit so außerordentlich dankbar bin. Wir werden in den kommenden Monaten noch mehr zusammenrücken müssen als bisher, umdie immer schwieriger werdende Aufgabe zu meistern.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Generalgouverneur, zur Kenntnis zu nehmen, daß meine sämtlichen Mitarbeiter in der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und ich

vor den Schwierigkeiten nicht kapitulieren werden und trotz aller Sorgen mit gutem Glauben in das neue Jahr hineingehen.

Der Herr Generalgouverneur spricht in seinem und im Namen der Regierungsmitglieder dem geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann und allen seinen Mitarbeitern seinen Dank für die hervorragende und vorbildliche Arbeit aus, die auf dem Gebiete Ernährung und Landwirtschaft von der Hauptabteilung geleistet worden ist.

Auf eine im Anschluß an das Referat von dem Herrn Generalgouverneur gestellte Frage erwidert geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß Katastrophen für das Generalgouvernement nicht zu befürchten seien. Immerhin sei man vor weiteren Zugriffen von seiten des Reiches nicht sicher. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung werde das Reich große Mengen Mehl auszugeben genötigt sein, und es sei zu befürchten, daß eines Tages vom Reich Getreidelieferungen verlangt werden würden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt aufgrund von Besprechungen, die er kürzlich mit Reichsernährungsminister Darré und Staatssekretär Backe gehabt habe, daß eine unmittelbare Gefahr in dieser Richtung nicht vorliege. Es sei wohl auch damit zu rechnen, daß die Versorgungssätze des Generalgouvernements aufrecht erhalten bleiben könnten.

Über die

allgemeine Wirtschaftslage des Generalgouvernements

berichtet Ministerialdirigent Dr. Emmerich. Er führt aus, daß die Kohlenzuführung in den Monaten Oktober und November 1941, gemessen an den schon sehr heruntergesetzten Anforderungen, gut gewesen sei. Im Oktober seien

310.000 to., im November 286.000 to. Kohle ins Generalgouvernement gekommen. Das mit Generaldirektor Pleiger abgeschlossene Kompensationsgeschäft, aufgrund dessen die tägliche Kohlenmenge für das Generalgouvernement um 2.000 to. erhöht werden und dafür Arbeitskräfte für den Ruhrkohlenbergbau zur Verfügung gestellt werden sollten, sei im großen ganzen erfüllt worden. Auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft hätte die erforderliche Waggongestellung rechtzeitig sichergestellt werden können. Die verhältnismäßig guten Leistungen im Oktober und November seien darauf zurückzuführen, daß es gelungen sei, auch während der Hackfruchternte die Waggongestellung durchzuhalten. Die tägliche Gestellung von 21.000 Wagen für das Oberschlesische Revier sei nur an wenigen Tagen unterschritten worden.

Das Ziel der Kohlebewirtschaftung sei eine möglichst elastische Steuerung. Der Apparat der Kohlebewirtschaftungsstellen habe sich aufgrund einer besonders engen Zusammenarbeit mit der Eisenbahn und den Kohlenrevieren darauf eingestellt, daß plötzlich eintretende Verkehrsschwierigkeiten nach Möglichkeit nicht dazu führten, daß von der gesamten Kohlenmenge dem Generalgouvernement etwas verloren gehe. Wenn eine Sperre für irgendein Gebiet eintrete, so versuche man, durch kurzfristige Umdisposition die bereitgestellten Kohlenmengen anderen Distrikten und Bahnstrecken zuzuführen. Diese elastische Steuerung sei allerdings bei den Maßnahmen für den Distrikt Galizien nicht möglich gewesen, weil die Ostbahn in Galizien noch nicht die Regie übernommen hatte, sodaß eine Meldung der Transportleitung in Lemberg an die Reichsbahn gegangen sei, nach welcher die Kohlenmengen nicht zu übernehmen seien. Im Benehmen mit der Generaldirektion der Ostbahn und der Betriebsleitung Kattowitz würden täglich Streckenkontingente festgelegt. Leider sei im Augenblick die Abfuhrlage so verschlechtert, daß die Strecken Kielce - Radom und die Strecke Krakau für Verladungen gesperrt seien.

Die Versorgungslage sei in den einzelnen Teilen des Generalgouvernements unterschiedlich, was auf die wechselnde Transportlage innerhalb der einzelnen Strekken zurückzuführen sei. Über die Strecke Radom nach Warschau - Ort und Übergang müßten täglich 3 - bis 3.500 Tonnen verladen werden, während nach dem Streckenkontingent nur 2 - bis 2.500 to. von der Bahn freigegeben werden konnten. Die Verhältnisse an der Strecke Kielce - Radom seien besonders schwierig. Im westlichen Teil des Distrikts, und zwar bei Tomaschow, sei die Verkehrslage wesentlich günstiger gewesen. In den Monaten Januar und Februar seien jedoch wieder größere Schwierigkeiten zu erwarten, und unter diesen Umständen werde man nur noch die lebenswichtigsten Verbraucher versorgen können, sodaß gegebenenfalls auch Rüstungsbetriebe zurücktreten müßten.

Man habe in enger Zusammenarbeit mit der Ostbahn nach Wegen gesucht, um auch verkehrsmäßig zu einer Regelung zu kommen, die dem Generalgouvernement eine sicherere Grundlage für die Kohlenbelieferung gewährleiste. Die Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium unter Einschaltung der Dienststelle des Vierjahresplans hätten darauf hingezielt, die dem Generalgouvernement zunächst gelegenen Kohlengruben durch einen direkten und nicht zentral gestalteten Verkehr für die Kohlenbelieferung des Generalgouvernements in starkem Umfang heranzuziehen. Man habe verschiedene Variationen, die zu einer Hilfe führen könnten, zur Wahl gestellt, wie z.B. die Übergabe der Bewirtschaftung der Strecken bis zu den Gruben an die Ostbahn. Wenn dieser Vorschlag auch abgelehnt worden sei, werde man den Weg doch konsequent weiter verfolgen. Von seiten des Reiches sei eine Gesamtplanung aufgestellt worden, mit dem Ziele, das Oberschlesische Revier als Ganzes zu einer Verkehrseinheit zu gestalten und so das früher

vorhandene Auseinanderklaffen des Verkehrs in einen deutschen und polnischen Verkehr auszugleichen und eine Verbundstrecke zu bauen. Für diese verkehrsmäßige Verbundwirtschaft Oberschlesiens habe man einige "Schleusenstationen" vorgesehen, und sie lägen zum Teil auf den Strecken, die man für eine direkte Bewirtschaftung durch die Ostbahn gewünscht habe. Es sei im übrigen sehr schwer, mit den Verkehrsstellen zu verhandeln, wenn man nicht über sämtliche technischen Angelegenheiten unterrichtet sei. Selbst die Dienststelle des Vierjahresplanes verzweifele daran, mit dem Reichsverkehrsministerium solche Diskussionen zu führen, weil die andere Seite immer aufgrund von Sachverständigengutachten die Verhandlungen abbreche.

Nachdem Präsident Gerteis direkte Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium aufgenommen habe, sei auch die Frage der Pendelzüge erörtert worden. Ressortschwierigkeiten hätten dazu geführt, daß die ursprüngliche Zusage des Reichsverkehrsministeriums, 500 Waggons zur Verfügung zu stellen, nicht so schnell in Erfüllung gegangen sei. Aber die Ostbahn habe sich selbst geholfen, und die ersten 50 - 100 Waggons ständen nun zur Verfügung. Für den Betrieb dieser Pendelzüge habe man zuerst an die Schaffung einer selbständigen Gesellschaft des Generalgouvernements gedacht, die sich eigene Waggons zulege und so aus der Waggonsbetriebsgemeinschaft Reichsbahn - Ostbahn herauskäme. Jetzt sei eine Regelung vorgesehen, nach welcher in dem Maße, wie Waggons hereinkämen, die außerhalb dieser gemeinsamen Bewirtschaftung ständen, die Werke des Generalgouvernements und die Ostenergie. Gesellschaft als die staatliche Gesellschaft für die Energiewirtschaft diese Züge übernähmen und damit zur Entlastung der gesamten Kohlenversorgung beitrügen. Das Ergebnis der vor kurzem in Gleiwitz geführten Verhandlungen sei noch nicht bekannt, er glaube aber, daß die technischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden könnten. Diese Pendelzüge sollten in erster Linie für den Nahverkehr und den Zubringerdienst für Großverbraucher eingesetzt werden. Vor allem komme hier das

Werk Moscice in Betracht. Unter Ausnutzung der Energie von Moscice gehe die Leitung über Stachanowice herauf bis Warschau. Man hoffe, bald dahinzukommen, daß die jetzt schon in emsiger Planung befindliche Hochspannungsleitung, für die Eisenkontingente zur Verfügung gestellt würden, eine bessere Versorgung Warschaus zur Folge haben werde. Das gleiche gelte für das Eletrizitätswerk Misko, welches der Stützpunkt für Lublin werden wird. ~~Und~~ Alle diese Planungen seien mit großer Tatkraft weiter getrieben worden, und es sei nicht die Schuld der Ostbahn oder der Hauptabteilung Wirtschaft, wenn nicht schneller Ergebnisse erzielt würden.

Es sei durchaus zu verstehen, wenn in einzelnen Distrikten Unzufriedenheit über die Nachteile herrsche, die sich aus der Nichtbelieferung mit Kohle ergäben, Die Unzufriedenheit werde sich leider in den nächsten Wochen noch erheblich steigern. Wenn z.B. die Strecke nach Radom verkehrsmäßig ganz besonders stark durch Wehrmachtstransporte belastet sei, dann bedeute das, daß ein Zug, der dispositionsmäßig Kohlenmengen für die Stadt Radom und für den Hausbrand bringen solle, von der Ostbahn an einem bestimmten Tage nicht abgenommen werde. Man könne selbstverständlich einen solchen Zug nicht auf unbestimmte Zeit unter Dampf halten. Die große Sorge der Bewirtschaftungsstelle sei es dann, daß die Kohlenmengen nicht verlorengingen. Der Zug werde jedenfalls auf eine Strecke geleitet, die ihn aufnehmen könne. Die Kohle werde entweder nach Krakau oder nach Tarnow, wo noch Mangel bestehe, umdisponiert. Allerdings führen auf der Strecke Radom geschlossene Züge durch, die für die Rüstungsbetriebe bestimmt sind.

Ganz besonders schwierig lägen die Dinge in Warschau. Das Elektrizitätswerk in Warschau sei ein großer, dabei aber ein wenig zuverlässiger Kohlenverbraucher. Das berühre nun wieder die Frage der Energiewirtschaft. Die thermischen Kraftwerke des Generalgouvernements seien

überaltert und technisch von den Polen keineswegs so gepflegt worden, wie das deutschen Begriffen entsprechen würde. Nach deutschem Maßstab seien sie auch verhältnismäßig baufällig. Wenn nun aus zwingenden Gründen kontinuierlich nicht die Kohlensorte geliefert werden könne, die das Elektrizitätswerk früher immer verarbeitet habe, dann komme es zu schwersten Störungen technischer Art, die, wenn es nicht gelinge, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die Weiterführung des Betriebes infrage stellten. Kämen Kohlensorten mit verhältnismäßig geringen kalorischen Werten aber hohem Aschgehalt zur Verwendung, dann fehle bald der notwendige Dampfdruck, und das wirke sich dann auf die Energieversorgung aus. Es müsse dazu führen, daß die Spannung nachlasse und bestimmte Verbrauchergruppen abgeschaltet werden müßten, bis es gelinge, die Schwierigkeiten an den Werken zu beheben. Daß vor allem die Rüstungsbetriebe unter Hinweis auf ihre Dringlichkeitsstufe die Schaffung normaler Produktionsvoraussetzungen verlangen, nehme nicht wunder. Die Rüstungsinspektion habe sich immer wieder dafür eingesetzt und auch versucht, der Bewirtschaftungsstelle für Kohle eine besondere Dringlichkeitsstufung aufzuerlegen; das habe eine starrere Schematisierung in der Kohlenzuteilung herbeigeführt, als sie augenblicklich bestehe. Er habe sich stets dagegen gesträubt, weil man mit einer solchen starren Dringlichkeitsscala die Verhältnisse auch nicht besser meistern könne, und eine solche Dringlichkeitsscala höchstens neue Schwierigkeiten herbeiführen würde. Wie man im Reich von einer starren Normierung Abstand genommen habe, so erscheine sie auch für das Generalgouvernement nicht als praktische Maßnahme, nicht als Steuerung für die Kohlenversorgung. Die Anweisung für die Handhabung einer Dringlichkeitsscala müßte auch soweit gehen, daß die Belieferung etwa der Dringlichkeitsstufe vier erst dann einsetze, wenn in der Dringlichkeitsstufe drei ein Vorrat für eine bestimmte Anzahl von Tagen oder Wochen gesichert sei. Angesichts

der im Winter zu erwartenden Schwierigkeiten würde ein solches Schema nur zu einer Belastung für die Verwaltung führen.

Die sich aus der Kohlensituation für die Energieversorgung des Generalgouvernements ergebenden Schwierigkeiten seien kurzfristig nicht zu beheben. Hier müsse mit aller Großzügigkeit vorgegangen werden. Man müsse die Wurzel des Übels beseitigen und überall dort eingreifen, wo wirklich eine dringende Gefahr bestehe, daß Elektrizitätswerke zusammenbrächen, oder die technischen Einrichtungen der Situation nicht mehr gewachsen seien. Hier müßten unter Umständen zusätzlich Eisenmengen zur Verfügung gestellt werden, gegebenenfalls müßten sich auch andere Kontingentsträger für solche Notstands-Maßnahmen einen Abstrich gefallen lassen.

Das Generalgouvernement in seiner alten Gestalt sei mit dem Mineralöl Westgaliziens bisher leidlich ausgekommen. Wenn es auch nicht an Engpässen gefehlt habe, so sei doch die Versorgungslage niemals schlechter gewesen als im Reich. Man habe sich sogar im Generalgouvernement hinsichtlich der Verteilung des Mineralöls etwas großzügiger verhalten können. Nach der Eingliederung Galiziens sei vielleicht die Hoffnung berechtigt gewesen, es könne im Generalgouvernement noch etwas großzügiger gewirtschaftet werden. Leider sei solche Erwartung ungerechtfertigt. Die Mineralölläger des Reiches seien so außergewöhnlich angespannt, daß es darauf angewiesen sei, sich das galizische Mineralöl weitgehend selbst vorzubehalten. Man habe die Disposition so getroffen, daß alles, was nicht in Galizien unter Anlegung schärfster Maßstäbe selbst gebraucht werde, an die Westukrainische Landwirtschaft abzugeben sei. Die Mengen, die die Ukrainer forderten, stünden in garkeinem Verhältnis zu dem, was Galizien zur Verfügung stellen könne. Vom Generalgouvernement würden 12.000 to. Mineralölprodukte gefordert. Dabei stehe im Mittelpunkt ein besonderer Transporttreibstoff, ein Gemisch von Petroleum und Benzin. Dieser besondere Treibstoff sei erst jetzt in seiner prozentualen Zusammen-

setzung

ausprobiert worden. Man habe erst vor kurzer Zeit die Disposition erhalten. Bisher habe allerdings, das, was man der Ukraine zur Verfügung gestellt habe, nicht abtransportiert werden können. Man sei also mit den Lieferungen, die man vom Generalgouvernement verlange, keinesfalls in Verzug, sondern halte das, was transportiert werden könne, für die nächste Zeit noch auf Lager. Weiter habe sich die Notwendigkeit ergeben, den Drusch der vorhandenen Getreidebestände möglichst schnell vorzunehmen, weil sonst eine weitgehende Beraubung auf den Feldern eintreten würde. Alles in allem gesehen, werde man dem Generalgouvernement dieselben Beschränkungen auferlegen müssen, wie sie auch im Reich bestünden.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man einem Kreishauptmann nicht dieselben Beschränkungen auferlegen könne, wie etwa einem Landrat des Reiches, weil im Generalgouvernement völlig andere Verkehrsverhältnisse herrschten als im Reich.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist dann auf die Schwierigkeiten bei der Verwendung von Diesel-Öl hin. Leider bestehe die Tendenz, daß sich Dienststellen des Generalgouvernements in ihrem Bestreben, sich möglichst auch Kraftfahrzeuge zu sichern, vom Reich in erster Linie stillgelegte Diesel-Kraftfahrzeuge anbieten ließen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang daraufhin, daß nach einem Wort des Führers die Verkehrslage im Osten noch vor den U-Booten stehe. Wenn diese Diesel-Kraftwagen dazu dienen könnten, der schwerleidenden Ostfront den Nachschub zu sichern, dann könne eigentlich gegen die Benutzung solcher Wagen nichts eingewendet werden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich geht dann auf die Schwierigkeiten ein, die der Eisenerzeugung im Generalgouvernement entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten seien im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß nur die eigenen Erze verhüttet werden könnten, die sehr geringprozentig seien. Für die Verhüttung sei ein hoher Kokseinsatz erforderlich. Diese Tatsache habe eine wesentliche Erhöhung des Eisenpreises zur Folge. Erfreulicherweise habe man endlich vom Reichswirtschaftsministerium die Zusage erhalten, daß Schwedenerze in einer Menge von 3.000 to. zur Verfügung gestellt werden. Man habe um diesen Einsatz des Schwedenerzes zwei Jahre gekämpft, ohne daß sich die zuständigen Stellen in Berlin einsichtig gezeigt hätten.

Der Frage der Erdgassituation habe man verstärkte Aufmerksamkeit zugewendet. In den westgalizischen Erdölfeldern sei ein so starker Abfall des Druckes eingetreten, daß mit einer Erschöpfung der Vorräte zu rechnen sei, wenn in der bisherigen Entnahme fortgefahren würde. Eine Entlastung könne durch Heranholung des Erdgases ~~durch~~ aus Ostgalizien herbeigeführt werden. Hierfür bedürfe es der Anlegung einer 100 km langen Erdgasleitung, deren Anlage viel Material verschlinge und auch erhebliche Kosten verursachen werde. Vor kurzem sei die Vorbesprechung abgeschlossen worden, und zwar mit dem Ergebnis, daß diese Erdgasleitung nach Westgalizien, für deren Herstellung man etwa 14.000 to. Eisen gebrauche, direkt nach Stalowa-Wola gebaut werde. Die Wehrmacht werde das Eisen zur Verfügung stellen. Die Tendenz gehe dahin, unbeschadet der Zurverfügungstellung des Eisens durch die Wehrmacht in Staatsregie zu bauen. Dabei werde es zweckmäßig sein, die Ostenergie-A.-G. auch für die Bewirtschaftung des Erdgases einzusetzen. Voraussetzung sei eine Prüfung der bisherigen Verhältnisse. Das Erdgas sei ein höchst kostbarer Roh-

stoff

und könne nur da eingesetzt werden, wo vordringliche Produktionszwecke es erheischten. Das Erdgas koste nur den vierten Teil dessen, was die Kohle koste. Deshalb müsse Vorsorge getroffen werden, daß diese kostbare Substanz dem Generalgouvernement möglichst lange erhalten bleibe.

Der Herr Generalgouverneur wirft im Anschluß an die Ausführungen des Ministerialdirigenten Dr. Emmerich die Frage auf, ob die Kohlenversorgung nicht in den Distrikten dezentralisiert werden könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich hält diese Möglichkeit nicht für gegeben, glaubt vielmehr, daß die Zuweisung der Kohlenversorgung an die Distrikte für diese ein Danaergeschenk sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Ministerialdirigent Dr. Emmerich und seinen Mitarbeitern seinen Dank für die hervorragenden Leistungen der Hauptabteilung Wirtschaft aus.

IX/9
2/1

Präsident Gerteis geht bei der Darlegung der Transportlage von den Auflagen aus, die der Ostbahn seit Monaten gestellt sind und weiter gestellt werden. Da er dabei zum Teil geheime Reichssachen streifen muß, bittet er um strengste Geheimhaltung.

In diesem Zusammenhang wendet sich der Herr Generalgouverneur scharf gegen die Übung, in der Regierungssitzung besprochene Themen in Form von Tischgesprächen weiterzuführen. Er werde die schärfsten Maßnahmen ergreifen, wenn Dinge, die in der Regierungssitzung besprochen würden, an die Öffentlichkeit gelangten.

Präsident Gerteis führt dann aus, daß es, seit die Front sich von der Ostgrenze des Generalgouvernements entferne, Aufgabe der Ostbahn sei, Züge zu speichern, mit denen die an der Front benötigten Güter nachgefahren werden könnten. Das Netz der Ostbahn sei in stark zerstörtem Zustand übernommen worden, die Betriebsmittel fehlten; die Aufgabe sei personell und maschinell fast unlösbar gewesen. In den Ostgebieten seien die Bahnen kaum hergestellt, das Personal reiche nicht aus, um die Hauptlinien in Betrieb zu nehmen. Eine Speicherung von für die Wehrmacht notwendigen Gütern sei dort nicht möglich. Diese Aufgabe falle daher der Ostbahn zu, die 2/3 aller Transporte und Lieferungen der Ostfront durchführe. Als Hauptstrecken kämen dabei infrage die Strecke Radom - Warschau und die Südstrecke Krakau - Przemysl - Lemberg.

Die Folge müßte sein, daß im Generalgouvernement eine ungeheure Zahl von Zügen sich ansammelte, die auf Abruf warteten. Diese Abnahme würde aber andauernd gestört, da in den eroberten russischen Gebieten ständig Sprengungen der Gleisanlagen, Fliegerangriffe, Unmöglichkeiten der Ausladung, Mangel an Betriebsstoff für die Lastwagen nach der Front eine solche verhinderten. Das Bild der Abnahme der Züge wechsele daher täglich. Man habe Tage,

wo man nur 12 - 14 Züge ablassen könne, während aus dem Reich täglich 40 Züge hereinkämen; dadurch würden sich die abgestellten Züge in Grenznähe und rückstauend sehr vermehren, und der Betrieb komme dadurch in starke Bedrängnis. Auch die Lokgestellung werde dadurch stark beeinträchtigt.

Mit diesen Verhältnissen müsse man auf lange Zeit, zumindesten das ganze Jahr 1942 noch rechnen. Der Ausbau des Schienennetzes jenseits der Ostgrenze des Generalgouvernements erfordere mindestens 1-2 Jahre. Die Lage an der Front sei in allen Dingen katastrophal. Gerade in den letzten Tagen seien ganz neue Maßnahmen ergriffen worden, um die Front auf eine andere Basis zu stellen. Der Nachschub, wie er bisher vom Osten abgenommen worden sei, sei für die Front unzureichend. Jetzt habe man jenseits der Grenze Lager errichtet, um von dort aus die Front zu versorgen. Das Funktionieren hinge davon ab, ob die Entladungen mit dem Tempo der Zufuhren Schritt halten könnten. Die Zahl der Nachschubzüge würde am 1. Jan. 42 auf täglich 84 erhöht werden. Zuvor müsse aber noch ein großes Kohlenprogramm anlaufen für den Bahnbetrieb, sodaß statt bisher 150.000 To. von jetzt ab monatlich 350.000 To. nach dem Osten geliefert werden.

Aufgrund dieser Tatsachen müßten für den gesamten Osten - auch in den Direktionen Königsberg u. Danzig - sehr lange Sperren eintreten. Von jetzt ab sei im Verkehr vom Reich zum Generalgouvernement und innerhalb des Generalgouvernements alles mit Ausnahme von lebenden Tieren, Kühlwaren, beladenen und leeren Kesselwagen und sonstigen vordringlichen Gütern bis auf weiteres gesperrt. Die Ostbahn habe aus eigener Machtvollkommenheit für ihren Bezirk noch Lebensmittel A und B, leere Verpackungsmittel und einige für die Rüstung wichtige Güter freigegeben. Aus dem Generalgouvernement nach dem Reich gebe es keine Sperrungen. Auch für die Beförderung dienstlicher

2/3

Gegenstände aus dem Reich würden Einzelgenehmigungen erteilt. So habe man im Tagesdurchschnitt ungefähr 80 solcher Einzelgenehmigungen durchgeführt.

Eine zweite Sperre sei notwendig und zwar zwischen dem alten Generalgouvernement und Galizien, da die dortigen Bahnen von der Ostbahn erst am 1.Dezember 1941 übernommen worden seien und sich als sehr leistungsschwach herausgestellt hätten. Ausgenommen davon seien aber Kesselwagen, Wagenladungen und Expressgutsendungen. Weiter würde die Beförderung von dringenden Sendungen einzeln genehmigt. Nach den russischen Gebieten sei praktisch alles gesperrt, außer den Dingen, an denen die Wehrmacht ein Interesse habe. Hier habe man zum ersten Mal auch erreicht, daß die Wehrmacht sich einschränke, die bisher 25 % aller im Generalgouvernement gestellten Waggons in Anspruch genommen habe. Dadurch würde eine sehr wesentliche Erleichterung erreicht. Diese Sperren liefen seit dem 15. Dezember 1941.

Trotz der Sperren und großen Schwierigkeiten habe man der Landwirtschaft die benötigten Waggons für die Beförderung von Kartoffeln, Getreide usw. zur Verfügung stellen können. Die Erfassung der Ernte sei transportmäßig gelungen.

Über den Kohlentransport habe Präsident Dr. Emmerich bereits die nötigen Ausführungen gemacht. Erst in den letzten zwei Tagen habe man wegen des ungeheuren Kohlennachschubs und weiterer Transporte nach dem Osten das Soll von 10.000 t täglich nicht befördern können. Die Versorgung Warschaus habe sich sehr schwierig gestaltet, da sich dort eine Reihe von militärischen Großbetrieben nach und nach ohne Ankündigung niedergelassen hätten, so besonders die riesige Umfüllstation von Kesselwagen in Faßwagen und am Danziger Bahnhof eine Reihe von Betrieben der Luftwaffe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er von dieser Verpflanzung neuer Großbetriebe wohl wisse und sie auch billige. Die Wehrmacht bilde das Rückgrat der Kolonisierung, und Betriebe, die aus dem Reich nach dem Generalgouvernement verlegt würden, seien für die deutsche Besiedlung

2/4

dieses Raumes ungeheuer wichtig. Die Wehrmacht sei aber bereit, in einzelnen Fällen, Betriebe in die Umgebung von Warschau zu verlegen.

Nach den Worten des Präsidenten Gerteis ist man diesen Schwierigkeiten dadurch entgegengetreten, daß für die Wehrmachtstransporte die Strecke Kielce - Radom stark in Anspruch genommen werde. Damit sei Warschau in der nächsten Zeit etwas entlastet, aber Radom werde in Mitleidenschaft gezogen werden müssen.

Besonders stark in Anspruch genommen sei auch die Strecke von Krakau nach Przemysl. Große Schwierigkeiten seien auf dieser Strecke besonders durch den Mangel an Personal und Betriebsmitteln entstanden. Die Ostbahn habe vom Reich eine erhöhte Aushilfe gefordert, die bisher zur Hälfte gewährt sei. Die ersten Lokomotiven seien angekommen und bereits in Dienst gestellt.

Bei dieser Situation habe der Personenverkehr selbstverständlich in den Hintergrund treten müssen, den Fernverkehr habe man aber aufrecht erhalten; er sei aber außerordentlich überlastet. Bei der Wehrmacht bestehe zwar noch eine Urlaubssperre, es kämen jedoch täglich ca. 1.200 Mann aus dem Osten, da bei der bestehenden Mangellage an der Front die einzelnen Bataillone Leute zum Einkauf in die rückwärtigen Gebiete schickten. In wenigen Tagen würden von der Front täglich 4 Urlauberzüge ankommen, während aus dem Generalgouvernement noch 11 Züge zusätzlich eingesetzt würden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberstleutnant Fischer, die von Präsident Gerteis angeregte Verlegung der Wehrmachtsentlausungsanstalt in Przemysl weiter nach dem Osten evtl. nach Krasny im Benehmen mit dem OKW zu erreichen. Die Regierung des Generalgouvernements sei bereit, die finanziellen Lasten zu tragen, wenn die Wehrmacht das Material zur Verfügung stelle.

Präsident Gerteis wendet sich gegen unberechtigte Angriffe besonders von seiten der Wehrmacht, daß die Ostbahn einen üppigen Personenverkehr zulasse. Rechne man die Fernzüge ab, so komme man zu der Feststellung, daß der

215

Binnenverkehr kaum nennenswert sei. Die Ostbahn habe auf ihren Strecken niemals eine übermäßige Besetzung mit Personenzügen gehabt, sondern nur die für die Aufrechterhaltung des Verkehrs in diesem Land unbedingt notwendigen Züge fahren lassen. Die Folge davon sei eine Überfüllung der Züge mit Nichtdeutschen, die nicht mehr länger ratsam sei.

Ab 1. Januar 1942 gebe die Ostbahn keine Teilmonatskarten, die besonders bei Schleichhändlern in Gebrauch seien, mehr aus. Es gäbe von diesem Termin ab nur mehr Monatskarten, Arbeiterfahrkarten und einzelne Fahrkarten. Für letztere seien Zulassungskarten vorgesehen. Durch diese Maßnahme könne man der Überfüllung der Züge steuern und zugleich den Schleichhandel wirksam bekämpfen.

Am 1. Dezember 1941 habe die Ostbahn den Betrieb im gesamten Distrikt Galizien übernommen; vor diesem Zeitpunkt habe die Ostbahn nur Strecken, die die Wehrmacht nicht benötigt habe, mit einer Gesamtlänge von 1. 500 km befahren. Die Werkstätten seien schon vor 2 Monaten übernommen worden, da die Wehrmacht keine Ersatzteile zur Verfügung hatte. Die Leistungen in diesen Werkstätten seien in der Zwischenzeit bereits verdoppelt worden. Daraus ziehe vor allem die Front großen Nutzen, da weiter ostwärts so gut wie keine Ausbesserungsanstalt vorhanden sei. Die einzige Breitspurausbesserungsstätte bestehe in Lemberg. Im ganzen seien 50 Personenwagen von vielleicht 1.200 benötigten und 15o Lokomotiven, davon 57 in betriebsfähigem Zustand, vorhanden, die gerade zur Aufrechterhaltung des Ostwest-Verkehrs nach der Front genügten. Kohle, Schmieröle usw. hätten ganz gefehlt. Bis heute habe man in ganz Galizien 59o Lokomotiven, davon 2o7 betriebsfähig aufgefunden. Die Ostbahn habe sofort versucht, die deutsch-rumänische Verbindung zunächst mit zwei Personenzügen und mindestens einem Güterzug zu befahren. Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller habe ihm am Vortage in Lemberg bescheinigt, daß in den letzten

2/6

14 Tagen ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen sei. Man versuche ständig den Verkehr in Galizien zu beleben. Die Lokhilfe des Reiches habe man auch auf Galizien ausgedehnt.

Seit dem 12. Dezember 1941 ginge der Schnellzug Berlin - Lemberg - Bukarest, der auch für den Binnenverkehr freigegeben sei. In letzter Stunde hätten sich aber Schwierigkeiten wegen der Paß-Angelegenheiten ergeben. Der Plan, einen Verschlußwagen durch das Generalgouvernement fahren zu lassen, habe sich nicht verwirklichen lassen; denn der Verkehr nach Rumänien sei noch nicht sehr stark. Seinen Informationen nach seien diese Schwierigkeiten aber behoben.

In kurzer Zeit hoffe man zu einem erträglichen Zustand in Galizien zu kommen. Die Sperre zwischen dem alten Generalgouvernement und Galizien müsse bald aufgehoben werden. Da die Linie Krakau - Przemysl - Lemberg von ungeheurer Bedeutung für die Front sei, müsse mit dem Ausbau der Linien fortgefahren werden. Er habe am Tage vorher in Besprechungen mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller und den zuständigen Wehrmachtsstellen erreicht, daß diese Strecke unverzüglich ausgebaut werde. Das Bauprogramm laufe bereits und, wenn die Materialschwierigkeiten nicht unüberwindlich seien, könnte im Herbst des nächsten Jahres die Arbeit fertiggestellt sein. Vorgesehen sei der Ausbau der Strecke und der Bahnhöfe; in Krakau und in Lemberg würden neue Bahnhofsteile errichtet. In Krakau sei weiter eine Umgehungsbahn nördlich der Stadt geplant. Sache des Reiches und der Wehrmacht sei es, einen entsprechenden Zuschuß zu gewähren. Parallel dazu laufe der Ausbau in Warschau, um die Leistungfähigkeit der Warschauer Bahnhöfe zu erhöhen. Auch in Lublin seien Bauten zur Vergrößerung der dortigen Bahnhöfe und Anlagen vorgesehen. Zur Frage der Kohlentransport

2/7

müsse er noch erwähnen, daß die Verhandlungen zur Einsetzung von Pendelzügen liefen. Die Ostbahn habe zu diesem Zweck alte russische Waggons umgebaut, und 60 stünden bereits zur Verfügung. Das Reichsverkehrsministerium habe endlich seine Zustimmung erteilt, daß für diese Pendelzüge bis zu 5oo Waggons freigestellt werden könnten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach den bahnbetrieblichen Verhältnissen östlich des Generalgouvernements erklärt Präsident Gerteis, daß der ganze Betrieb noch in den Händen der Wehrmacht ruhe, die eine Transportleitung mit vier Wehrmachtshauptdirektionen eingerichtet habe. Ganz vorn an der Front befänden sich Feldeisenbahndirektionen. Die Hauptdirektionen unterstünden in betrieblicher Hinsicht der Betriebsleitung im Osten mit dem Sitz in Warschau.

Präsident Gerteis kommt zum Schluß seiner Ausführungen auf die Frage der Ernährung und Bekleidung der nichtdeutschen Gefolgschaft der Ostbahn zu sprechen. Er habe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine kleine Denkschrift übermittelt, da die Verhältnisse größte Befürchtungen für den Winter aufkommen ließen. Eine Abschrift habe er dem Herrn Generalgouverneur zugeleitet. Der Ernährungszustand der Eisenbahner sei katastrophal. Man könne nicht vermeiden, daß das Zugpersonal 10, 12 und mehr Stunden arbeiten müsse. Ebenso katastrophal sei die Bekleidung, die gerade im Winter eine große Voraussetzung für ordnungsgemäße Dienstverrichtung sei. Die Krankheitsfälle nähmen in starkem Maße zu, so betrügen sie bei den Lokführern bereits 14,3 %, beim Werkstattpersonal 14 %.

Diese Probleme habe man auch im letzten Winter gelöst, und sie seien auch in diesem Winter von besonderer Vordringlichkeit, da gerade jetzt bei den großen Anforderungen der Ostfront auf die Arbeitskraft der nichtdeutschen Eisenbahner nicht verzichtet werden könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht den geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann, unbedingt für eine Befriedigung derAnforderungen der Ostbahn zu sorgen.

2/8

Auch müsse man an geeigneten Nachwuchs für die Ostbahn denken.

Präsident Gerteis äußert dazu, daß Lehrwerkstätten im Aufbau begriffen seien. Er wolle sich vor allem vom polnischen Baudienst die besten jungen Leute heranholen.

Aufgrund einer Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob Sabotagefälle bei der Ostbahn vorgekommen seien, berichtet er von auffälligen Vorkommnissen. In der letzten Zeit seien mehrere Unfälle, z.B. Aufeinanderfahren von zwei Zügen passiert. Die Wehrmacht vermute darin Sabotage. Er glaube, daß dies aber nicht der Fall sei; denn meistens käme dabei der Lokführer zu Tode. Die Ostbahn forsche nach den Ursachen dieser Zugunfälle, von denen einige folgenschwer gewesen seien. In zwei Fällen habe man als Grund ungenügende Bremsberechnung festgestellt, in einem Fall sei unsichtiges Wetter schuld gewesen. Leute, die 24 Stunden auf der Lokomotive stünden und nachweislich während dieser ganzen Zeit nur zwei Stücke Brot und eine Zwiebel zu sich genommen hätten, wären zu einer betriebssicheren Verrichtung ihres Dienstes nicht fähig. Auf diesen Mängeln basiere auch das tageweise Wegbleiben vom Dienst. Dagegen mit Entlassungen einzuschreiten oder Geldstrafen auszusprechen, sei wirkungslos. Die Ostbahn plane, für diese Elemente ein Erziehungslager zu errichten; ob aber mit dieser Einrichtung eine Besserung erreicht werde, sei fraglich. In manchen Fällen hätten bis zu lo % der Belegschaft gefehlt.

Sabotage sei nur in einem Falle nachweisbar, wo bei Kielce eine Sprengladung auf die Schienen gelegt worden sei. Gestohlen werde natürlich überall; die Bremsschläuche seien nie sicher. Die zur Verfügung gestellten Bahnschutzkräfte seien für eine ausreichende Bewachung unzureichend.

Präsident Gerteis meldet dem Herrn Generalgouverneur die Inbetriebnahme der Eingangshalle des Warschauer Bahnhofs, die nach einjähriger Bauzeit mit der Bausumme

2/9

von 7 Millionen Zloty fertiggestellt worden sei. Der Ausbau des Warschauer Bahnhofs gehe weiter.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Gerteis Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit der Ostbahn im abgelaufenen Jahr aus und erklärt, daß über die Transportlage eingehende Besprechungen mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller anläßlich dessen derzeitigen Krakauer Aufenthalts stattfinden würden.

Als nächster Redner berichtet Präsident Walbaum über den derzeitigen Stand des Fleckfiebers. Der Höhepunkt des Fleckfiebers liege nicht in den Wintermonaten, sondern im April. Ein Rückgang des Fleckfiebers habe in diesem Winter nicht eingesetzt. Im Juni sei ein gewisser Höchststand erreicht worden. Damals habe an der Grenze im Osten der große Aufmarsch stattgefunden; ein Zusammendrängen der Bevölkerung sei die Folge gewesen, und die Ernährungslage habe sich sehr ungünstig gestaltet. In den nachfolgenden Monaten sei das Fleckfieber nicht zurückgegangen, habe sich aber dank der ergriffenen Maßnahmen auch nicht weiter ausgebreitet. Bis zum November dieses Jahres habe es sich auf der damaligen Höhe gehalten.

Der Redner erläutert an Hand von Fleckfiebertabellen der vergangenen Monate den Stand des Fleckfiebers. Im November aber wäre die Seuche sprunghaft angestiegen. Zu diesem Zeitpunkt sei die Krankheit in den Kriegsgefangenenlagern aufgetreten. Aufgrund der in den Lagern herrschenden hygienischen Verhältnisse müsse eine einmal eingetretene Verseuchung rapide Fortschritte machen. Das Generalgouvernement grenze im Osten an die russischen Gebiete, in denen schon immer Fleckfieber geherrscht habe. Durch die in dieses Land vormarschierenden deutschen Soldaten, die ganz unvermeidlich mit der einheimischen Bevölkerung in Berührung kämen, und durch ihre Verbindungen nach rückwärts sei ebenfalls Fleckfieber im Generalgouvernement verbreitet worden. Dieselbe Erfahrung habe auch der Reichskommissar in Riga gemacht, der in einem

2/10

Telegramm darauf hingewiesen habe, daß in seinem Gebiet das Fleckfieber von Nordosten nach dem Westen im Vordringen sei. Weiter seien in der russischen Ukraine eine Anzahl ukrainischer Kriegsgefangener entlassen worden. Fast genau der Rückzugsstraße dieser Kriegsgefangenen entsprechend habe sich das Fleckfieber in Galizien verbreitet. Untersuchungen hätten ergeben, daß das Fleckfieber sogar in den Häusern aufgetreten sei, in denen diese Gefangenen übernachtet hätten. Diese Entwicklung habe die Militärverwaltung trotz angestrengtester Gegenmaßnahmen nicht verhindern können, sie sei durch die Kriegsverhältnisse bedingt.

Er, Präsident Walbaum, habe schon am Beginn eines stärkeren Fleckfieberauftretens Professor Kudicke vom Warschauer Forschungsinstitut zum Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Fleckfiebers bestellt. Grund zu einer Panik bestehe nicht. Erfolge in der Bekämpfung könnten nicht von heute auf morgen erzielt werden. Die Auswirkungen der eingeleiteten Maßnahmen würden sich erst in einigen Monaten zeigen. Man könne aber heute schon sagen, daß sie von Erfolg gekrönt seien. Die Bevölkerung habe größtes Verständnis für die angeordneten Maßnahmen. Öffentliche Waschtage, die in einzelnen Städten angeordnet seien, könne man vielleicht im ganzen Generalgouvernement einrichten. Vor allem müsse man darauf hinwirken, daß die Bevölkerung ein öfteres Wechseln der Leibwäsche vornehme.

In der letzten Sitzung sei von Seiten des Generalgouvernements die größte Unterstützung in der Bekämpfung des Fleckfiebers zugesagt worden. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen habe ein Programm aufgestellt, wonach in jeder größeren Ortschaft des Generalgouvernements eine Entlausungsanstalt errichtet werde. Die Errichtung dieser Anstalten müsse mit allen Mittel gefördert werden,

2/11
f. 3

da sie eine Hauptvoraussetzung im Kampf gegen das Fleckfieber seien. Er habe sich einen Kostenvoranschlag aufstellen lassen, aufgrund dessen ein Betrag von 30 Millionen Zloty dafür nötig wäre.

Der Herr Generalgouverneur sagt diese 30 Millionen Zloty für diese Zwecke zu, gibt aber zu bedenken, daß es mit Geld allein nicht getan sei.

Präsident Walbaum erklärt dazu, daß er vom Reich größte Hilfe zugesagt erhalten habe, da ja diese Maßnahmen vor allem auch zum Schutze des Reiches ergriffen werden müßten. Auch die Wehrmacht müsse solche Entlausungsanstalten zur Verfügung haben. Von der deutschen Bevölkerung sei besonders die kasernierte SS und Polizei vom Fleckfieber bedroht. So habe ihm der SS- und Polizeiführer von Lublin zwei Telegramme zugeleitet, in denen er ihm Meldungen von Erkrankungen innerhalb der Polizei in Lublin erstatte.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß die ganze Bevölkerung vom Fleckfieber bedroht sei, und fragt Präsident Walbaum, ob die Herstellung von Lymphe in ausreichender Menge möglich sei.

Präsident Walbaum führt dazu aus:

IV/9
3/1

Die Fabrikation von Fleckfieberimpfstoff stelle eine äußerst komplizierte Methode dar, und es sei daher immer nur möglich, einige tausend Portionen von Impfstoff in Bereitschaft zu halten.

(Redner schildert in längeren Ausführungen die Herstellung der Lymphe).

Es bestehe ein Fleckfieberforschungsinstitut in Krakau, das der Wehrmacht unterstehe, und in welchem nach dem Verfahren von Professor Weigl gearbeitet werde. Nachdem Professor Weigl hauptsächlich im Dienst der Wehrmacht eingesetzt sei, stellten sich der Fortentwicklung der Impfstoffabrikation Schwierigkeiten in den Weg. Deshalb habe man sich an das Reichsinnenministerium mit der Bitte gewendet, Professor Weigl auch für das Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen. Es bestehe auch Aussicht, daß die Wehrmacht diesem Verlangen Rechnung tragen werde. Darüber hinaus habe er, Präsident Wallbaum, mehrere Industriefirmen ersucht, in Lemberg, Lublin und Krakau Seucheninstitute zu errichten; die Industrie habe sich diesem Wunsche auch willfährig gezeigt. Für die Firmen stelle die Fabrikation des Impfstoffes kein Risiko dar, sie werde sogar für die Firmen große Gewinne abwerfen, da ja der Impfstoff überhaupt nur von solchen Firmen fabriziert werden könne. Er werde nunmehr sofort an die Einrichtung der Institute gehen. Der Impfstoff werde nur an die Kreise abgegeben, die am meisten gefährdet seien. Wenn man auch einige tausend Portionen Impfstoff zur Verfügung habe, dann sei das doch für das ganze Generalgouvernement ein Tropfen auf den heißen Stein. Vor allem müsse man bestrebt sein, die Angehörigen der SS, der Polizei und vor allem diejenigen Beamten und Angestellten, die mit Juden viel zu tun hätten, zu impfen. Das gelte natürlich in erster Linie für die Ärzte und das Pflegepersonal.

3/2

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt dann Präsident Wallbaum auf ein Schreiben des Distriktsarztes Warschau zu sprechen, in welchem einige Forderungen enthalten seien, die man wohl aufnehmen könne. Den in diesem Schreiben enthaltenen Vorwürfen, es seien nicht rechtzeitig Gelder bewilligt worden, nachzugehen, habe wenig Zweck, wenn auch zugegeben werden müsse, daß den Kreishauptleuten tatsächlich keine Geldmittel zur Verfügung ständen. Er könne es nur begrüßen, wenn für die gesamte Fleckfieberbekämpfung von der Hauptabteilung Finanzen eine Summe von 30 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt werde, müsse allerdings Wert darauf legen, daß die entsprechenden Anweisungen möglichst bald gegeben würden.

Der Herr Generalgouverneur stellt noch fest, daß auf Antrag der Hauptabteilung Gesundheitswesen eine Summe von 30 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt wird. Zweitens müßten sofort die Maßnahmen zur Herstellung von Lymphe ergriffen werden. Ferner seien die einzelnen Maßnahmen mit den zuständigen Abteilungen zu besprechen. Eine der Hauptgefahren sei in dem Herumvagabundieren der Bevölkerung zu erblicken. Gegen das Verlassen des Ghettos durch Juden müsse und werde mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die aus diesem Grunde gegen Juden verhängte Todesstrafe müsse fürderhin schnellstens vollstreckt werden. Seine Verordnung, nach welcher jeder Jude, der außerhalb des Ghettos angetroffen werde, hinzurichten sei, müsse unbedingt durchgeführt werden. Notfalls müsse eben eine Vereinfachung des Verfahrens vor dem Sondergericht eintreten.

Präsident Wallbaum weist noch daraufhin, daß die Arbeitertransporte nach dem Reich bis jetzt immer noch vor sich gegangen seien, weil nach Ansicht der Dienststelle des Vierjahresplans der Einsatz polnischer

3/3

Arbeiter nach wie vor dringend notwendig sei. Man habe es in Kauf nehmen müssen, daß sich vereinzelte Fleckfieber-Erkrankte in den Transporten befanden. Er habe nunmehr das Reichsarbeitsministerium und das Reichsinnenministerium um eine schriftliche Bestätigung gebeten, dem zuzustimmen, daß, wenn im Reich ein Fleckfieber-Infizierter auftauche, die Verantwortung dafür vom Reich getragen werden müsse. Er habe übrigens seinerzeit Bedenken dagegen geäußert, daß die Soldaten in Przemysl entlaust wurden. Ihm sei aber gesagt worden, daß eine andere Möglichkeit nicht bestehe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabteilungspräsident Frauendorfer, daß sämtliche ins Reich abzutransportierenden Arbeiter an den Durchgangsstellen entlaust würden.

Präsident Wallbaum gibt abschließend dem Wunsch Ausdruck, daß die Maßnahmen der Gesundheitsverwaltung nach Möglichkeit durch die Kreishauptleute unterstützt werden möchten. Vor allem müsse auch für Reinigungsmittel gesorgt werden. Ferner müsse in jedem Ort, in dem Fleckfieber ausgebrochen sei, eine Tafel mit entsprechender Aufschrift aufgestellt werden. Im übrigen könne er aber feststellen, daß die Lage angesichts der Kriegsereignisse zwar ernst, aber nicht verzweifelt sei. Einer etwa entstehenden Panikstimmung müsse unter allen Umständen entgegentreten werden. Die von der Gesundheitsabteilung eingeleiteten Maßnahmen müßten sich selbstverständlich noch erst auswirken, doch könne man heute schon feststellen, daß die Bevölkerung allgemein Verständnis für diese Maßnahmen habe. Und so werde es auch gelingen, im kommenden Winter dieser schweren Gefahr zu begegnen. In früheren Jahren seien in Polen mindestens 200.000 Menschen von der Seuche des Fleckfiebers befallen worden. Heute sei man in der Lage, dank des Verfahrens von Professor Kudicke innerhalb 10 Minuten die Diagnose auf

3/4
f.4

Fleckfieber zu stellen, für die man früher 24 bis 48 Stunden gebraucht habe.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß das Fleckfieber kein Merkmal des Generalgouvernements sei, sondern heute sowohl im Altreich wie in den gesamten Ostgebieten ein außerordentlich ernstes Problem darstelle. Angesichts des Wechselverkehrs von Soldaten, Truppenteilen, Arbeitern, Kriegsgefangenen usw., könne man die Dinge nicht mehr territorial ansehen, sondern nur noch im gesamten Rahmen. Vor allem müsse für eine durchgreifende Entlausung Sorge getragen werden.

IX/9
4/1

Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten Walbaum gibt Gouverneur Kundt einen Überblick über den Fleckfieberstand und die ergriffenen Bekämpfungsmaßnahmen im Distrikt Radom. Der niedrigste Stand der Erkrankungen sei im Mai erreicht worden. Im Oktober habe ein Anstieg auf die doppelte Zahl der Krankheitsfälle des Mai stattgefunden. Momentan seien im ganzen Distrik 3.082 Fleckfieberfälle festgestellt, Verdachtsfälle mit eingerechnet. Die Fleckfieberlage im Distrikt Radom könne also in keiner Weise als bedrohlich angesehen werden. Nur in Tomaschow seien die Fälle von Fleckfieber sehr zahlreich, dessen Verbreitung durch die Läger der Organisation Todt und der Askania begünstigt worden sei. Dank der ergriffenen Maßnahmen könne man aber auch hier einen Rückgang feststellen.

In den lo Kreishauptmannschaften des Distrikts seien 32 stabile und lo fahrbare Entlausungsanstalten vorhanden. In seinem Distrikt habe er den Judenverkehr auf den geringsten Umfang herabgedrückt und die Anweisung gegeben, Bescheinigungen zur Benutzung der Eisenbahn durch die Juden nur in dringenden Fällen zu erteilen. Weiter habe er beantragt, die Farbe der Ausweisscheine zu ändern, da durch eine Fälscherzentrale Ausweisscheine nachgeahmt würden.

Zu einer energischen Bekämpfung des Fleckfiebers gehöre ein rücksichtsloses Vorgehen gegen jene Juden, die die ihnen zugewiesen/en Wohnviertel ohne Erlaubnis verließen, und eine verstärkte Disziplin der Deutschen in ihrem privaten Geschäftsverkehr mit den Juden. Gerade in letzter Beziehung könne man am Verhalten vieler Deutschen sehr starke Kritik üben. Jeder Deutsche, der in seinem Distrikt mit Juden Geschäfte machen wolle, werde von der Partei ihm gemeldet und von ihm bestraft. In Tomaschow habe man z.B. festgestellt, daß das Fleckfieber in ein volksdeutsches Dorf durch einen jüdischen Maler verschleppt worden sei, der mit dem Ausmalen eines

4/2

Hauses beauftragt war.

Der andere wichtige Punkt sei die Verkürzung des Verfahrens gegen Juden, die ohne Erlaubnis ihre Wohnbezirke verließen. Die Todesstrafe, die heute bei unbefugtem Verlassen der jüdischen Wohnbezirke verhängt werde, sei zwar schnell ausgesprochen, jedoch bestehe ein langer Dienstweg bis zur Genehmigung der Durchführung. Er mache daher den Vorschlag, das Verfahren dadurch zu verkürzen, daß man den Gouverneuren die Ermächtigung zur Vollstreckung der Todesurteile übergebe. Die Juden sähen dann, daß es der deutschen Verwaltung mit ihren Maßnahmen ernst sei, und daß von der Ergreifung bis zur Vollstreckung des Todesurteils nur kurze Zeit vergehe. Die Richter hätten in seinem Distrikt Bedenken geäußert mit dem Hinweis, daß die Verordnung ungenau sei, daß in ihr nur vom "Jüdischen Wohnbezirk" die Rede sei. Er habe daraufhin eine Verwaltungsanordnung erlassen, in der er zur Erläuterung dieses Begriffes jeden erlaubten Aufenthaltsort der Juden festgelegt habe. Wenn z.B. ein Jude aus seinem Dorf auf die Landstraße gehe, habe er damit praktisch seinen Wohnbezirk verlassen. Ohne Erlaubnisschein dürfe sich demnach kein Jude auf die Landstraße begeben. Auf diese Weise könne das weitere Verbreiten des Fleckfiebers durch die Juden verhindert werden. Da die Durchführung einer Massenentlausung nicht möglich sei, habe er die Entlausung wenigstens der Polen, die in deutschen Dienststellen arbeiteten, verfügt.

In diesem Zusammenhang erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er das ihm vom Führer übertragene Begnadigungsrecht in Fällen, wo Juden von den Sondergerichten und Standgerichten zum Tode verurteilt würden, auf die Gouverneure übertragen werde.

Gouverneur Kundt wendet sich dann der Ernährungslage zu. Bei dem Auseinanderklaffen der Löhne und Preise sei es volksdeutschen Arbeitern mit mehreren Kindern nicht möglich,

4/3

alle ihnen aufgrund ihrer Lebensmittelkarten zukommenden Lebensmittel zu den amtlichen Preisen einzukaufen. Die Hauptabteilung Arbeit müsse daher die Frage der Lohnverbesserungen für die Volksdeutschen prüfen.

Präsident Frauendorfer erklärt dazu, daß dieses Problem von der Lohnseite nicht zu lösen sei, sondern nur durch eine Unterstützung von der Wirtschaft im Umlageverfahren. Es sei bereits veranlaßt, daß eine vorläufige Zahlung von 300 Zloty und 150 Zloty für die einzelnen volksdeutschen Arbeiter ausgegeben werde.

Eine zweite Frage sei von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zu prüfen: die Volksdeutschen Bauern müßten ihre Erzeugnisse zu einem bestimmten amtlichen Preis abliefern, und diese Waren kämen wieder zurück, und der volksdeutsche Arbeiter müsse sie zu einem vielfachen Preis des früheren Ablieferungspreises erstehen. Hier erhebe sich die Frage, ob nicht ein Verfahren eingeschaltet werden könne, daß die Volksdeutschen die Nahrungsmittel zu einem nicht viel höheren Preis als dem Ablieferungspreis kaufen könnten.

Zum Thema Kohle müsse er feststellen, daß die von Präsident Emmerich erwähnte zufriedenstellende Versorgung im September und Oktober sich für Radom und speziell für das Gebiet hinter der Eisenbahnstation Kielce nicht ausgewirkt habe. Radom habe für seine sämtlichen Dienststellen im Monat September 850 t Kohle erhalten. Vorratsbildung sei unmöglich gewesen. Der Deutsche erhalte monatlich nur 100 kg. Er habe schon ernsthafte Überlegungen anstellen müssen, den Behördenbetrieb wegen Kohlenmangels zu sperren. In Radom habe man keine Hausbrandkohle ausgeben können, das Elektrizitätswerk habe nur noch für 7 Tage Vorräte und die Bäcker könne man bereits jetzt nicht mehr beliefern. Diese schwierige Lage bestehe schon zu einer Zeit, wo kein Schnee liege. Leider habe er feststellen müssen, daß diese Lage in absehbarer Zeit nicht

4/4
f.5

besser werde. In Radom gebe es nur Ofenheizungen, sodaß man mit Koks nicht aushelfen könne. Alle Anstrengungen müßten daher auf die Kohlenversorgung gerichtet sein, da er sonst den gesamten Behördenbetrieb einstellen müsse.

IV/9
5/1

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß kohlenmäßig gesehen, der Westen des Distrikts Radom sich in verhältnismäßig günstiger Lage befinde. Von seiten der Hauptabteilung Wirtschaft sei alles geschehen, was transportmäßig habe geschehen können. Daß die Stadt Radom jetzt etwas zu kurz gekommen sei, sei auf die Umstellung der Wehrmachtstransporte zurückzuführen. Die Strecke nach Radom sei eben ungeheuer überlastet. Hier habe man es immer mit einem Engpaß zu tun gehabt, und man werde die Frage ernstlich prüfen müssen, ob es bei der einseitigen Belastung dieser Strecke endgültig bleiben könne. Er habe deshalb auch die Heranziehung von Lastzügen vorgeschlagen. Da der Hausbrandbedarf für die Reichs- und Volksdeutschen in Radom nicht sehr stark zu Buche schlage, müsse eben mit Lastwagen geholfen werden.

Oberregierungsrat Wessel bemerkt, daß schon fortgesetzt 10 Lastzüge eingesetzt seien. Er hoffe, daß noch 5 weitere gestellt werden könnten.

Präsident Gerteis gibt zu, daß zur Zeit die Situation auf dem Gebiete der Eisenbahntransporte im Distrikt Radom sehr ungünstig sei, glaubt aber, daß sie sich zum Ende der nächsten Woche bessern werde, wenn die Mehrzahl der deutschen Lokomotiven auf dieser Strecke stationiert werde. Da es sich um durchfahrende Züge handele, diekeiner Behandlung im Gebiete der Ostbahn bedürften, werde sich eine Verbesserung der Kohlenversorgung von Radom ermöglichen lassen.

Gouverneur Kundt teilt sodann mit, daß Bannführer der Hitlerjugend in den Distrikt Radom mit dem Auftrag entsandt worden seien, sämtliche Volksdeutschen Kinder von 10 - 14 Jahren zu registrieren und die Eltern ein

5/2

Formular unterschreiben zu lassen, inhalts dessen sie sich verpflichteten, für mindestens 6 Monate ihre Kinder vom Generalgouvernement ins Deutsche Reich zu schicken. Zwei Hitlerjugendführer hätten ihm gesagt, daß diese Maßnahme auf einen Beschluß der Arbeitsgemeinschaft zur Hebung volksdeutschen Notstands zurückzuführen sei. Er sei jedoch der Auffassung, daß die Maßnahme in dieser Form nicht durchgeführt werden könne, und habe deshalb den Befehl gegeben, diese Werbeaktion sofort einzustellen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu, daß es sich hier offenbar um ein Versehen der Partei handele. Diese Schwierigkeiten seien aber beseitigt, und er habe der Parteileitung den Befehl gegeben, sich bei solchen Aktionen mit den staatlichen Stellen in Verbindung zu setzen. Im übrigen stehe er aber auf dem Standpunkt, daß es eine der edelsten Aufgaben des Generalgouvernements sei, diese junge Menschen einem neuen Leben zuzuführen. Das könne nur dadurch geschehen, daß man den Kindern das Großdeutsche Reich zeige. Er bitte daher den Gouverneur Kundt, in dieser Beziehung keine weiteren Schwierigkeiten zu machen, sondern den geplanten Maßnahmen seine Zustimmung zu geben. Es werde dafür gesorgt, daß diese Verschickung der Kinder ins Reich im engsten Benehmen mit den staatlichen Stellen vor sich gehe. Für die jungen Volksdeutschen werde es ein großes Erlebnis sein, im Deutschen Reich die hervorragenden Jugendherbergen der Partei kennenzulernen. Das sei von der gleichen Wichtigkeit, wie der Dienst der Volksdeutschen in der Wehrmacht. Die volksdeutschen Menschen lebten vielfach noch in den Vorstellungen der früheren Zeit. Man habe ja leider die Volksdeutschen

5/3

mit der polnischen Mißwirtschaft von früher auf das Niveau der Polen herabgedrückt.

Wichtig sei, daß die jungen Volksdeutschen nach dem Reich kämen, dort ihre Beobachtungen machen könnten, um dann gestärkt und gehoben wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer gibt einen Bericht über die Tätigkeit seiner Abteilung. Er führt aus: zur Zeit bestehe die Gefahr, daß infolge der vielen materiellen Sorgen um irgendwelche Güter des täglichen Lebens der Mensch an sich in den Hintergrund trete. Wenn es bisher möglich gewesen sei, die ungeheuren Anforderungen an Arbeitskräften für die Wirtschaft, die Rüstungsindustrie und viele andere Belange des Generalgouvernements zu befriedigen, darüber hinaus noch ungezählte Arbeitermassen an das Reich abzugeben, so könne das nun nicht auf unabsehbare Zeit so bleiben. Er habe dem Reichsarbeitsminister mitgeteilt, daß sich das Reich jetzt darauf einrichten müsse, daß das als unerschöpflich angesehene Reservoir an Arbeitskräften im Laufe der Zeit ausgeschöpft sein werde. Die Grenze liege eben da, wo der eigene Bedarf des Generalgouvernements nicht mehr gedeckt werden könne. Von sämtlichen fremdvölkischen im gesamten Großdeutschen Reich befindlichen Arbeitskräften seien 47 % Polen. Darüber hinaus hätten die Arbeitsämter des Generalgouvernements noch 230.000 Menschen monatlich, etwa 8.000 pro Tag vermittelt. Diese Zahl werde noch durch die in Galizien gewonnenen Arbeitskräfte erhöht, von denen auch wieder 35.000 ins Reich gegangen seien. Auch sei es gelungen, die angeforderte Zahl von Bergarbeitern in kurzer Frist zu stellen, und zwar 11.000 Mann für den

Ruhrbergbau, weitere 5.000 für den Kohlentransport und Kohlenhandel.

Der Grund, weshalb eine Erfassung der Arbeitskräfte im Lande immer schwieriger werde, liege in dem Mißverhältnis zwischen den Löhnen einerseits und den Preisen und Lebenshaltungskosten andererseits. Diese Frage könne niemals von der Lohnseite her gelöst werden. Es handele sich immer nur um das Problem, wieviel Lebensgüter dem Geld, als Ganzes gesehen, gegenüber ständen und wieviel davon auf den einzelnen Geldwert entfalle. Solange aber der Krieg das Schwergewicht der Produktion nicht auf der Konsumseite, sondern auf der Seite der Herstellung von Waffen usw. liegen lasse, könne eine grundsätzliche Änderung nicht erreicht werden. Darum lasse es sich auch nicht vermeiden, daß die Menschen stunden- oder auch tageweise aus den Betrieben fortliefen, daß sie zum Teil die Betriebe wechselten und in Betriebe gingen, in denen etwas in Naturallohn abgegolten werde. Dadurch entstehe seiner Abteilung eine große Mehrarbeit. Wollte man diesem Problem mit einer Erhöhung der Löhne beikommen, so müsse man sie um 400 oder 500 % steigern, was natürlich völlig ausgeschlossen sei.

Angesichts der Verbreitung des Fleckfiebers habe sich die Notwendigkeit ergeben, die Arbeitertransporte nach dem Reich abzustoppen. Andererseits stiegen die Anforderungen seitens des Reiches dauernd. Die Hoffnung des Präsidenten Syrup, daß etwa 2 Millionen Mann von der Wehrmacht entlassen werden könnten, habe sich nicht erfüllt, vielmehr fänden jetzt wieder Neueinziehungen für die Wehrmacht statt. Wie der Fehlbedarf gedeckt werden solle, sei noch nicht klar. Man habe zwar versucht, russische Gefangene in erhöhtem Maße heranzuziehen, doch

5/5

habe hier wieder festgestellt werden müssen, daß die Dinge von Berlin aus vielfach anders beurteilt würden, als sie in Wahrheit seien. Kommissionen der zuständigen Arbeitsstellen des Vierjahresplans hätten die Absicht gehabt, die russischen Läger zu diesem Zweck zu besichtigen und dann die Gefangenen unter Berücksichtigung ihres Gesundheitszustandes, ihrer fachlichen Eignung, usw auszusortieren und abzutransportieren. Die Wehrmacht habe diesen Kommissionen aber verboten, die Läger zu betreten, schon im Hinblick auf die Tatsache, daß sie vielfach fleckfieberverseucht seien. Aber auch aus anderen Gründen, wie z.B. demjenigen völliger Arbeitsunfähigkeit, sei der Einsatz dieser Menschen auf absehbare Zeit unmöglich.

Über die übrigen Gebiete seiner Hauptabteilung habe er nichts Neues zu berichten. Aus den A-Betrieben und Rüstungsbetrieben kämen jetzt keine wesentlichen Beschwerden über die Verpflegung mehr, wohl aber werde von den Gefolgschaften vieler Betriebe der Wunsch nach Naturalentlohnung geäußert. Er könne grundsätzlich eine solche Genehmigung nicht erteilen, da ein zusätzliches Lebensmittelkontingent nicht zu erreichen sei. Seit einem Jahr seien fünf große Umschulungswerkstätten in Betrieb genommen worden, die entweder Ungelernte oder Angelernte oder aus anderen Berufen Kommende auf die Berufe z.B. des Flugzeugsmechanikers schulten. Diese Arbeiter würden dann zum größten Teil an das Reich abgegeben. Bisher sei es noch möglich gewesen, die Anforderung des Reiches nach solchen Arbeitern zu befriedigen, aber die Quellen würden bald, insbesondere auch hinsichtlich der gewerblichen Arbeiter, ausgeschöpft sein.

Bekanntlich läge die Zuständigkeit für die Planung und Gesetzgebung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues bei der Hauptabteilung Arbeit. Die Bauten selbst sollten der zentralen Führung des Leiters der Hauptabteilung

5/6
f.6

Bauwesen unterstehn. Wenn auch im Winter die Bautätigkeit begrenzt sei, so sei doch von Präsident Bauder und ihm, Dr. Frauendorfer, ein Programm aufgestellt worden, das geeignet erscheine, dem dringendsten Bedarf abzuhelfen. Dabei werde es vor allem notwendig sein, die zahlreichen, von Dienststellen benutzten Wohnungen wieder ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen und irgendwelche Aushilfsgebäude zu errichten. Allein in Krakau betrage zur Zeit noch die Zahl der von Dienststellen benutzten Wohnungen über 1.700 - im Vergleich zu der Gesamtkapazität ein ganz ungeheuerer Prozentsatz. Die seiner Abteilung obliegenden Planungsarbeiten seien für sämtliche Gebiete des Generalgouvernements weit fortgeschritten, sodaß in soweit die Durchführung ohne weiteres anlaufen könne. Daß es trotz der beschränkten Baumaterialien seinen Dienststellen immerhin schon gelungen sei, rund 14.000 Häuser im Generalgouvernement zu erbauen bzw. fertigzustellen, sei gewiß ein Erfolg. Daß diese Bautätigkeit für die deutschen Menschen im Generalgouvernement weitaus nicht genüge, dessen sei man sich bewußt. Nachdem aber die Finanzierung zunächst durch die vorläufige Gewährung einer Summe von 30 Millionen Zloty gesichert sei, könne unter der Voraussetzung, daß die Baumaterialien von der Eisenbahn transportiert würden, die Bautätigkeit in nicht allzu ferner Zeit in größerem Maßstab aufgenommen werden.

IX/9
6/1

Präsident Spindler nimmt Stellung zur Finanzlage des Generalgouvernements. Die Hoffnungen, daß die Einnahmensteigerungen in dem schon Ende des vorletzten Rechnungsjahres angelaufenen Tempo weiter gehen würden, hätten sich im vollen Umfang erfüllt. Diese erfreuliche Entwicklung zeige sich vor allem in der Zunahme der direkten Steuern auf 500 Millionen Zloty. Aus den Monopolen könne man in diesem Jahr mit Einnahmen rechnen, die zwischen 550 und 600 Millionen Zloty lägen.

Andererseits seien aber die Haushaltsanforderungen sehr gewachsen. Ein Grund zur Besorgnis sei nicht vorhanden, vor allem deswegen nicht, weil die Schuldenlast gering sei. Wohl stehe noch nicht fest, ob der Haushalt des Generalgouvernements ganz ausbalanciert werden könne.

Auf der Ausgabenseite würden zu den gestiegenen Anforderungen der einzelnen Hauptabteilungen durch die Forderung des Reiches nach einem Beitrag zur Reichsverteidigung noch eine Mehrbelastung hinzu kommen. Das Reichsfinanzministerium habe ursprünglich die Forderung zur Leistung eines Reichsverteidigungsbeitrags für das Jahr 1940 gestellt, sie aber in Anerkennung der Leistungen, durch die das Generalgouvernement schon 1939 und 1940 beigetragen habe, fallen lassen. Für das Jahr 1941 dagegen werde ein stärkerer Beitrag gefordert. Über die Höhe der Forderung müsse in Besprechungen mit dem Herrn Generalgouverneur und dem Staatssekretär befunden werden. Seiner Ansicht nach müsse das Generalgouvernement für das Jahr 1941 zu den Kosten der Landesverteidigung mehr beitragen, als man in Aussicht genommen habe, besonders da das Generalgouvernement auch dazu in der Lage sei. Durch die Einführung des erhöhten Kriegszuschlags für Tabakwaren und Branntwein könne man auch mit erheblichen Mehreinnahmen rechnen, wenn auch die Situation auf dem Gebiete der Monopoleinnahmen infolge mangelnder Kohlenversorgung momentan unerfreulich sei. Die Finanzlage des Generalgouvernements gebe also zu keiner Besorgnis Anlaß; die Gelder für die notwendigen Ausgaben, wie z.B. für die Seuchenbekämpfung oder das Wohnungsbauprogramm seien vorhanden. Trotzdem dürfe aber nicht der Eindruck

6/2

entstehen, daß das Generalgouvernement im Vollen schwimme.

Der Herr Generalgouverneur ist mit einer Leistung des Generalgouvernements zur Reichsverteidigung für das Jahr 1941 einverstanden, wenn sie auf erträglicher Höhe festgesetzt würde. Der in Berlin versierenden These, daß alles, was das Schwert erobert habe, Eigentum des Reiches sei, daß also das Generalgouvernement das gesamte Staatseigentum in Galizien dem Reich bezahlen müsse, stellt der Herr Generalgouverneur die Auffassung entgegen, daß ja das gesamte Generalgouvernement Eigentum des Reiches sei. Er werde in persönlichen Unterredungen diesen Standpunkt vertreten.

Landrat Dr. Schönhals äußert sich zunächst über die Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich des Paßverkehrs in der neuen direkten Bahnverbindung Berlin - Bukarest ergeben hätten. Es handele sich hier um den sogenannten großen Reiseverkehr, also den Verkehr vom Reich nach dem Auslande. Sache des Reiches sei es, hier klare Bestimmungen zu erlassen. Bereits anfangs September habe der Reichsführer SS einen Erlaß herausgegeben, demzufolge ein Zivilreiseverkehr vom Generalgouvernement nach Ungarn und Rumänien nicht gestattet sei. Anfang November sei nun im Generalgouvernement bekannt geworden, daß die Ostbahn die Absicht habe, diesen neuen Zug einzulegen. Man habe sofort alle nötigen Schritte eingeleitet, damit die nötigen Anordnungen von Berlin aus ergingen. Vor allem sei festzulegen gewesen, welcher Bahnhof Grenzbahnhof werden solle, und welche Stelle die Durchlaßscheine ausgeben müsse. Dafür kämen im Generalgouvernement die Paßbehörden und in Rumänien die Deutsche Botschaft in Bukarest und die Konsulate infrage. Diese ganzen Fragen seien aber an das Generalgouvernement zu einem so späten Zeitpunkt herangetragen worden, daß es nicht möglich gewesen sei, in Berlin vor dem Beginn dieses Reiseverkehrs

nach Rumänien eine Regelung durchzusetzen. So ergebe sich die Tatsache, daß der Zug zwar verkehre, aber von Zivilpersonen nicht benutzt werden könne. Das Reichsverkehrsministerium Berlin habe eben die nötigen Verhandlungen zu spät in die Wege geleitet, eine hiesige Dienststelle treffe keine Schuld. Wichtig sei auch, daß Reisende aus Rumänien diesen Zug nicht zu einer ~~ein~~ gesetzlichen Reise ins Generalgouvernement benutzen könnten. Bis heute könne man aber diese Möglichkeit schwer verhindern, da nicht genügend Polizeikräfte vorhanden seien, und man auch keine plombierten Züge fahren könne. Daher sei es sehr wichtig, daß von Berlin die Bestimmungen baldigst so getroffen würden, wie sie nötig seien.

Über die Arbeiten auf seinem Gebiet könne er berichten, daß die Meldeordnung so weit gediehen sei, daß sie dem Herrn Generalgouverneur in den nächsten Tagen zur Unterzeichnung vorgelegt werden könne. Weiter plane man eine Verordnung über die Ausweispflicht, die jeden verpflichte, sich auf polizeiliche Anforderung auszuweisen. Sie betreffe vor allem das Verhalten der Zivilbevölkerung gegenüber der polnischen Polizei. Er habe dem Herrn Staatssekretär den Erlaß bereits vorgelegt und zugesagt, daß seitens des höheren SS- und Polizeiführers Weisung an die Polizeistellen ergehe. Für die an und für sich sehr notwendige Polizeiverordnung hätten sich die Verhandlungen mit Berlin so in die Länge gezogen, daß ihre Herausgabe nicht mehr möglich gewesen sei. Die Verhandlungen habe man jetzt aber abschließen können.

Als nächster Redner berichtet der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Oberst der Polizei Dr. Schöngarth über sein Gebiet. Als die deutsche Wehrmacht mit ihrem Aufmarsch an der Ostgrenze des Reiches begonnen habe, sei man in großer Sorge gewesen, ob dieser sich ohne ernsthafte Störungen vollziehen ließe. Abschließend könne er zu diesem Thema sagen, daß dies

6/4

vollauf gelungen sei. Wenn auch kleinere Zwischenfälle passiert seien, habe doch nichts den Aufmarsch beeinträchtigen können. Bei Kriegsausbruch habe die Aktivität der Widerstandsbewegung abgenommen, was man auf die großen Waffenerfolge der deutschen Wehrmacht zurückgeführt habe. Diese Annahme sei aber falsch gewesen. Nach wenigen Wochen sei die Widerstandsbewegung wieder aktiver geworden. Im September sei es geglückt, an einer Versammlung der führenden Männer der Widerstandsbewegung teilzunehmen, und da habe man erfahren, daß die englische Regierung vor Beginn des russischen Krieges den Befehl durchgegeben habe, erst das Eindringen des deutschen Heeres in das russische Gebiet abzuwarten und alsdann loszuschlagen. Auf dieser Tagung sei auch eine allgemeine Führung beschlossen worden, die in den Händen eines bis jetzt unbekannten höheren polnischen Offiziers liege. Weiter beschloß man die Aufstellung polnischer Regimenter.

Die Propagandatätigkeit habe einen Umfang erreicht, wie man in den letzten zwei Jahren noch nicht erleben konnte. Allein in Warschau bestünden 113 illegale Zeitungen, und 12 periodisch erscheinende Flugblätter. Im September habe man 9, im Oktober 5 und im November 13 ausgezeichnet getarnte Druckereien ausheben können. In Krakau konnte man deutsch geschriebene Zeitschriften und Flugblätter sicherstellen, die hauptsächlich an Soldaten verteilt würden und diese zur Fahnenflucht aufforderten. Das Bekleben von Häusern habe an Umfang ebenfalls zugenommen. Durch rechtzeitige Streifen seien diese Plakate jeweils vor Tagesanbruch beseitigt worden.

Nachdem die berühmte V-Aktion in ihr Gegenteil verkehrt worden sei, habe die Widerstandsbewegung unterstützt durch Rundfunksendungen verschiedener ausländischer Sender eine neue Aktion, die sogenannte"Schildkrötenaktion" gestartet. Ihr Zweck sei die Erreichung eines möglichst langsamen und schlechten Arbeitens der polnischen Arbeiter

6/5

in deutschen Diensten. In den letzten Monaten hätten in Krakau die Sammlungen für polnische Hinterbliebene und Häftlinge in starkem Maße zugenommen. In den Kreisen der polnischen Intelligenz werde Silber gesammelt. Die daraus gearbeiteten Anhänger und Ringe würden an Polen verteilt, die gewillt seien, am Widerstand gegen die Deutschen teilzunehmen.

Man habe herausgefunden, daß hauptsächlich Frauen sich als Kuriere betätigten, da sie außerordentlich geschickt getarnt reisen könnten. Aus dem Auslande ströme ein sehr starker Verkehr ins Generalgouvernement; Kuriere seien gefaßt worden, die sehr viel USA-Dollar bei sich trugen. Die deutsche Polizei habe auch laufend polnische Widerstandsgruppen verhaftet, z.B. in Lublin 176, in Bilgoraj 46, im Kreise Zamosc 13, in Warschau 18 und in Neu-Sandez ebenfalls 18 vereidigte Funktionäre. Die Widerstandsbewegung habe leider auch ihre Leute in den Behörden sitzen.

Die Sabotagefälle hätten sich in den letzten Monaten auf mindestens der gleichen Höhe gehalten wie vor der Zeit des Aufmarsches gegen Rußland. Verschiede Schadenfeuer, denen Werke und Gehöfte von Volksdeutschen zum Opfer fielen, müsse man auf die Tätigkeit der Widerstandsbewegung zurückführen. Desgleichen seien verschiedene Wehrmachtsbetriebe abgebrannt; als Ursache habe man Brandstiftung festgestellt. Brandsätze habe man aufgefunden. In Krakau habe man sogar polnische Polizeibeamte wegen Teilnahme an der Widerstandsbewegung festnehmen müssen.

Ob die Fälle, die man als Eisenbahnsabotage ansehe, tatsächlich solche wären, sei oft sehr zweifelhaft, da die Beteiligten dabei meistens ums Leben kämen. Aber die Häufigkeit der Eisenbahnunfälle lasse vermuten, daß auch hier fanatische Polen selbst unter Aufopferung ihres Lebens der deutschen Wehrkraft Schaden zufügen wollten. Es lasse sich außerordentlich schwer feststellen, ob Sabotage oder

6/6

Ermüdungserscheinungen des Personals die Ursache seien. Die deutsche Sicherheitspolizei werde ihre Aufmerksamkeit im besonderen Maße diesem Sektor zuwenden.

Schwer zu beweisen sei auch, inwieweit Jugendliche auf Anstiftung ihrer Angehörigen Sabotageunfälle verursachen. Vor Beginn des russischen Feldzuges habe man auf alle Fälle die Erziehungsberechtigten dieser jungen Leute festgesetzt, um zu vermeiden, daß durch Kinder Unfälle hervorgerufen würden.

In Kinos seien Tränengas- und Stinkbomben geworfen und Flugblätter verteilt worden, wie überhaupt die Versuche zunähmen, die Bevölkerung vom Besuch der Kinos abzuhalten. Auch Deutsche versuche man zu überfallen. So sei am 28. August ein BDM-Mädchen, durch dessen Angaben eine Widerstandsgruppe von 70 Personen habe ausgehoben werden können, überfallen worden. Die Landbevölkerung verfüge heute noch über ganz erhebliche Waffenvorräte. Erst in jüngster Zeit habe die deutsche Polizei ein Waffenlager mit Maschinengewehren, Karabinern und Handgranaten aufgedeckt. Auch auf einem Friedhof sei ein solches Lager sichergestellt worden. Ein weiteres habe man im Distrikt Krakau ausgehoben. Sämtliche Waffen seien außerordentlich gut verpackt, eingefettet und in gebrauchsfertigem Zustand. Die Zahl der augenblicklich in den Gefängnissen befindlichen Personen wegen Teilnahme an der Widerstandsbewegung sei außerordentlich hoch. Wegen Vergehens gegen die Gewalttatverordnung befänden sich zur Zeit über 7.000 Polen in Haft.

Die Sicherheitspolizei habe bis jetzt schon 9 Tote, die an Fleckfieber gestorben seien. Er habe durch die Heeresinspektion Berlin für die einzelnen Bereiche Ampullen verschreiben lassen; ein sehr großer Teil davon sei bereits geliefert; trotzdem sei es ausgeschlossen, daß alle Polizeimänner damit versorgt werden könnten, da das OKW die Abgabe von weiteren Fleckfieberampullen gesperrt habe.

6/7
f.7

Er wäre daher sehr dankbar, wenn die Gesundheitsbehörde eingreifen könnte.

Die Sicherheit des Generalgouvernements sei gewährleistet, wenn man auch damit rechnen müsse, daß die Widerstandsbewegung alles tun werde, um die Nachschubwege nach dem Osten zu stören.

IV/9
7/1

Staatssekretär Dr. Bühler weist entgegen der von Landrat Dr. Schönhals gegebenen Information daraufhin, daß Deutsche oder auch Ausländer, die vom Generalgouvernement aus nach Ungarn oder Rumänien reisen wollten, nicht der Genehmigung der Polizeistellen im Reich bedürften. Denn ebenso, wie die Polizeihoheit beim Generalgouverneur liege, sei auch die Paß- und Devisenhoheit beim Generalgouverneur.verankert. Sofern für die Einreise in die ausländischen Staaten ein ausländisches Visum erforderlich sei, werde es im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt von der Regierung des Generalgouvernements beschafft. Daß diese Reisegenehmigung nur ausnahmsweise, nach Prüfung des Zweckes der Reise und mit den nötigen Kautelen gegeben werde, sei selbstverständlich.

Gouverneur Dr. Wächter nimmt zunächst zur Ernährungslage im Distrikt Krakau Stellung. Er führt aus, daß die Distriktverwaltung sich in den vergangenen Wochen und Monaten sehr bemüht habe, das ihr von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auferlegte Soll zu erfüllen. Hinsichtlich des Brotgetreides werde das auch zum großen Teil gelingen; denn bisher seien schon 80 % erfaßt. Schwieriger werde es mit der Aufbringung des Futtergetreides sein. Im übrigen werde das, was dem Distrikt auch nach Auffassung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zugemutet werden könne, aufgebracht werden. Nach wie vor bedürfe der Distrikt Krakau eines Zuschusses aus den Distrikten Lublin und Radom. Trotzdem könnten ansehnliche Teile der Bevölkerung, die im Interesse des Reiches und des Generalgouvernements tätig seien, aufgrund der ihnen zugebilligten Richtsätze nicht entsprechend versorgt werden. Er habe schon bei der letzten Regierungssitzung auf dieses Problem hingewiesen und damals gesagt, daß auf dem Lohnsektor ein Ausgleich nicht gefunden werden könne. Deshalb seien nun in der Zwischenzeit Verhandlungen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

7/2

geführt worden zu dem Zweck, für diesen Sektor der polnischen Bevölkerung, insbesondere die in der Verwaltung und in der polnischen Polizei tätigen Menschen, einen Ausgleich durch Zuschüsse zu finden. Die Hauptabteilung habe aber ihren Standpunkt nicht verlassen, daß solche Zuschüsse im allgemeinen nicht gegeben werden sollten. Er habe deshalb den Kreishauptleuten des Distrikts Krakau die Weisung gegeben, dort, wo das Kontingent erfüllt sei, nach Maßgabe der Möglichkeit an Ort und Stelle durch Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen eine allgemeine Verpflegung der dort bestehenden Behörden, der Polizei usw., einzuleiten.

Er bitte die Hauptabteilung Wirtschaft, dafür zu sorgen, daß den Anträgen für eine bessere Stromversorgung des Distriktes nach Möglichkeit entsprochen werde. Der Distrikt Krakau befindet sich deshalb in besonders schwieriger Lage, weil ein großer Teil der Elektrizitätswerke auf Ölversorgung eingestellt war. Weiter bitte er, die Stadt Krakau bei dem ohnehin im großen geplanten Ausbau der Stromleitung Jaworschno, Krakau, Moscice, zu unterstützen. In Krakau sei der Stromkonsum um 50 % gestiegen, trotzdem der Konsum der polnischen Bevölkerung erheblich gedrosselt worden sei. Man werde jetzt dazu übergehen müssen, auch den Konsum der deutschen Bevölkerung zu drosseln. Der Antrag der Stadt sei dahin gegangen, die bereits in Schwebe befindlichen Verhandlungen zwischen der Stadt Krakau und Jaworschno auf Lieferung von Strom zu fördern. Diese Verhandlungen seien vor einiger Zeit abgebrochen worden, und zwar im Hinblick auf die großen Stromversorgungspläne des Generalgouvernements.

Hinsichtlich des Fleckfiebers sei die Situation in Krakau im allgemeinen ~~noch~~ erträglich. Eine erhebliche Gefährdung sei noch nicht zu erkennen. Eine Massierung von Fleckfieberfällen sei nur an zwei Stellen eingetreten, einmal dort, wo Kriegsgefangenenlager

7/3

errichtet worden waren, zum anderen dort, wo Juden in erheblichem Maße verwendet werden. Das sei an der Ostgrenze des Distriktes der Fall. Ein gewißes illegales Hineindrängen von Juden in andere Bezirke könne ja nicht ganz hintangehalten werden. Jede Maßnahme, die einer weitgehenden Ausschaltung des Judentums förderlich sei, müsse unbedingt getroffen werden. Er habe im Rahmen des Distrikts und in Zusammenarbeit mit dem SS- und Polizeiführer entsprechende Maßnahmen getroffen, sie könnten aber nur örtlich helfen, jedoch das Problem nicht entscheidend lösen.

Bei Errichtung von Kriegsgefangenen-Lagern müsse von Anfang an seitens der Wehrmacht mit den örtlichen Stellen der Verwaltung zusammengearbeitet werden. So sei z.B. ohne dieses Einvernehmen in höchst unzuläßiger Weise in einer Ortschaft ein solches Lager links der Hauptstraße errichtet worden, während sich rechts der Straße ein Begräbnisplatz der Entlausungsanstalt befinde.

Weiter bitte er, daß bei einzelnen Maßnahmen, die die Interessen verschiedener Ressorts betreffen, bei denen sich die Belange des Distriktes ganz erheblich berührten, schon bei den anfänglichen Verhandlungen die Distriktsverwaltung eingeschaltet werde. Das gelte z.B. für den Katastrophendienst oder die Straßenfreihaltung im Winter. Bekanntlich habe der Distrikt Krakau auf diesem Gebiete eine nützliche Vorarbeit geleistet; über 600 Schneepflüge hätten eingesetzt werden können. Weiter sei es den Kreishauptleuten gelungen, in Zusammenarbeit mit den Führern des polnischen Baudienstes eine Organisation zu schaffen, die in diesem Jahr noch weiter ausgebaut worden sei. Nach einem Erlaß der Abteilung für das Straßenwesen seien nun die Kreishauptleute im wesentlichen ausgeschaltet, und damit ergebe sich eine gewiße Erschwerung der bisher gut eingespielten Organisation.

7/4

Für die grundsätzliche Frage, ob die Rekrutierung des polnischen Baudienstes jahrgangsweise oder im Wege der Zuweisung seitens derAbteilung Arbeit erfolgen solle, müßten nach Möglichkeit die Erfahrungen der Verwaltung nutzbar gemacht werden. Er sei überhaupt in größter Sorge um die Exzistenz des polnischen Baudienstes für das nächste Jahr. Aufgrund der mit dem polnischen Baudienst in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen, sei er der festen Überzeugung, daß der polnische Baudienst, wenn er nicht jahrgangsweise eingezogen werde, überhaupt zusammenbreche. Man dürfe sich dabei nicht so sehr auf die Mithilfe der Arbeitsämter verlassen, sondern müßte das System der Einberufung über die Kreishauptleute unter Einschaltung der Bürgermeister und der Pfarrmartrikel durchführen. Das nunmehr vorbereitete System einer Zuweisung polnischer Baudienstpflichtiger verschiedenster Jahrgänge durch die Arbeitsämter werde nicht zum Ziel führen, da kaum anzunehmen sei, daß der einzelne Arbeitspflichtige, wenn er zwischen einer gutbezahlten Stellung und der nichtbezahlten, mehr oder weniger kasernierten Tätigkeit im polnischen Baudienst wählen könne, die erste Tätigkeit vorziehen werde. Nach den mit dem polnischen Baudienst bisher gemachten Erfahrungen, könne ein Verzicht auf diese Einrichtung nicht verantwortet werden.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer weist daraufhin, daß nach einer Vereinbarung der polnische Baudienst für das kommende Jahr 23.000 Mann erhalten solle. Man glaube auch, diese Zahl aufbringen zu können. Die jahrgangsweise Einziehung habe sich nicht bewährt. Gerade im Distrikt Krakau sei damit ein Versuch gemacht worden. Von 14.000, die sich ursprünglich gemeldet hätten, seien aber nur 8.000 erschienen, die anderen hätten, weil sie in Rüstungsbetrieben tätig waren, gewußt, daß sie nicht eingezogen würden.

7/5

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist darauf hin, daß für die Elektrizitätswerke, die mit Dieselöl arbeiteten, eine Umstellungsmöglichkeit nicht gegeben sei. So sei dann auch für diesen Monat schon eine Zuteilung von 50 to. erfolgt. - Was den Bau der Hochspannungsleitung von Jaworschno nach Moscice betreffe, so werde selbstverständlich zunächst das Stück von der Kohlengrube bis Krakau gebaut werden.

Gouverneur Zörner berichtet, daß der Distrikt Lublin von der Fleckfieberseuche besonders stark in Mitleidenschaft gezogen sei. Die Zahl der Erkrankungen sei ebenso wie die Zahl der Todesfälle seit Anfang des Jahres erheblich gestiegen. Im ersten Vierteljahr habe man 700 Erkrankungen mit 7 Todesfällen, im zweiten Vierteljahr 2.150 Erkrankungen mit 50 Todesfällen, im dritten Vierteljahr über 3.000 Erkrankungen feststellen können. Der Oktober zeige bereits 1.640 Erkrankungen mit 80 Todesfällen, der November 3.656 Erkrankungen mit 157 Todesfällen. Die Ursache liege in der steigenden Verlausung der unteren Volksschichten, nicht nur der Juden, sondern auch der Polen, ferner in dem Mangel an Wohnraum und Reinigungsmitteln. Träger des Fleckfiebers seien auch die herumvagabundierenden Juden und entwichenen Kriegsgefangenen. Weiter kämen als Ursache für die Seuche der Handel mit nichtdesinfizierten Lumpen, der Handel mit Kleidungsstücken von an Fleckfieber gestorbenen Kriegsgefangenen und schließlich die Überfüllung der Eisenbahn in Betracht.

Die Maßnahmen, die die Gesundheitsabteilung des Distrikts getroffen habe, bewegten sich im Rahmen dessen was von Präsident Walzbaum bereits vorgeschlagen worden sei. Wenn auch eine verhältnismäßig große Anzahl von Entlausungsanstalten vorhanden sei, so reiche sie doch nicht aus. Deshalb habe man mit der Errichtung neuer Entlausungsanlagen z.B. in Pulawy und Deblin begonnen. Darüber hinaus würden gegebenenfalls Schulen

7/6

geschlossen, ganze Dörfer gesperrt, allgemeine Waschtage in der Bevölkerung angeordnet. Auch würden Ärzte und Medizinstudenten in erhöhter Zahl eingesetzt. Alle Bade- und Entlausungsanstalten seien in vollem Betrieb. Weiter würden Desinfektionen durchgeführt. Besonders die Dienstellen, die starken Publikumsverkehr hätten, würden bei den Maßnahmen berücksichtigt, wobei Kreosol zur Anwendung komme. Einer bei der Gefolgschaft sich zeigenden Panikstimmung sei man mit entsprechenden Maßnahmen entgegengetreten. Die Fürsorge gelte weiter den Angehörigen der Kriminalpolizei und des Sicherheitsdienstes, die ja besonders gefährdet seien. Dem Kommandeur der Sicherheitspolizei seien 140 Impfungen zur Verfügung gestellt worden, und er habe nochmals die gleiche Anzahl angefordert. Die Polizei gehe offenbar in der Bekämpfung des Fleckfiebers selbständig vor. Um der Fleckfiebergefahr zu begegnen, habe er, Gouverneur Zörner, die Einrichtung eines zweiten Ghettos in Angriff nehmen lassen, in welchem alle diejenigen Juden untergebracht werden sollten, die vornehmlich im deutschen Interesse arbeiteten, in erster Linie Handwerker. Jedenfalls werde im Distrikt Lublin unter der maßgebenden Mitwirkung des neuen Abteilungsleiters für das Gesundheitswesen alles getan, was im Interesse einer wirksamen Bekämpfung des Fleckfiebers möglich sei. Erfreulicherweise habe man in der letzten Zeit ein leichtes Nachlassen dieser Seuche feststellen können. Auch sei der Prozentsatz der Todesfälle bei den Deutschen nicht mehr so hoch wie früher.

Auf dem Gebiet der Kohlenbeschaffung lägen die Verhältnisse in Lublin ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm wie in Radom. Immerhin sei auch in Lublin die Frage der Einschränkung der Heizung in den Dienstgebäuden akut geworden. Leider habe der Kohlenbeauftragte

T/7
H. 8

mit gewißen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sei auch im Distrikt Lublin als dem Hauptlieferanten für das Generalgouvernement wesentlich besser als im vorigen Jahre. Als erster werde der Kreis Pulawy demnächst eine 100 %ige Ablieferung des Brotgetreides melden können. Die gesamte Ablieferung sei ohne Einsatz von Polizei oder Truppenteilen allein mit Hilfe der Gendarmerie und des Sonderdienstes unter Führung der Kreis- und Bezirkslandwirte sowie des Kreishauptmanns selber vor sich gegangen. Dagegen seien aber gerade in Pulawy die Überfälle zahlreicher geworden, und im Gefolge eines Überfalles auf die Kreiskasse sei sogar ein Todesfall zu verzeichnen. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn die vorhandenen Polizeikräfte zwischendurch in kleinen Streifen eingesetzt würden. Dieser Streifendienst sei umso notwendiger, als jetzt die Bauern mit der Ablieferung ihres Getreides in den Besitz größerer Geldsummen kämen. - Die Tatsache, daß z.B. im Kreise Rubieschow Strohmieten mit Hilfe von Zünd- oder Feuersätzen in Brand gesteckt worden seien, lasse einen möglichst beschleunigten Ausdrusch des Getreides als notwendig erscheinen.

IX/9
8/1

Der Gouverneur des Distrikts Galizien Dr. Lasch berichtet, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Distrikt Galizien sehr unbefriedigend seien. Im Gegensatz zum alten Generalgouvernement habe man die Ernteerfassung ohne Austeilung von Prämienscheinen durchführen müssen. Darüber hinaus habe eine Organisation für die Ernteerfassung gänzlich gefehlt. Die Tatsache, daß bisher 60.000 t erfaßt worden seien, müsse man bei den herrschenden Transportschwierigkeiten als erfreuliches Ergebnis bezeichnen. Zahlreiches Schlachtvieh sei bereits an die anderen Distrikte und an die Wehrmacht geliefert worden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob inden Schlachtviehhöfen des Generalgouvernements aus dem Osten zugeführtes Vieh verarbeitet würde, beantwortet der Geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann dahin, daß die Kapazität der vorhandenen Schlachthöfe nur für die Bedürfnisse der Bevölkerung und der im Generalgouvernement stationierten Wehrmachtsangehörigen ausreiche. Trotzdem sei Vieh herangeschafft worden, das man notgedrungen hätte abschlachten müssen. Man habe sich aber dagegen energisch verwahrt und vor allem auf die Schäden hingewiesen, die durch das Verenden von Schlachtvieh einträten, da eine rechtzeitige Abschlachtung infolge der Überfüllung der Schlachthöfe nicht möglich sei.

Gouverneur Dr. Lasch spricht die Überzeugung aus, daß nach einem vollendeten Ausbau der Erfassungsorganisation, nach Behebung der Transportschwierigkeiten und nach Besserung der Straßenverhältnisse im Distrikt Galizien dieselben Ablieferungszahlen wie in den übrigen Distrikten erreicht werden könnten.

8/2

Auch auf dem Gebiete der Wirtschaft bestünden große Schwierigkeiten. Nach wie vor leide man unter der Unmöglichkeit, neue Geschäfte zu eröffnen. Er bitte daher die Treuhandstelle, die das gesamte russische Staatsvermögen in Galizien erfaßt habe, sich jetzt von einzelnen Objekten zu trennen. Vor allem müsse den Polen und Ukrainern die Möglichkeit zur Eröffnung von Geschäften gegeben werden. Hinzu komme, daß aus politischen Gründen Polen und Ukrainer als Unternehmer Risiken nur schwer auf sich nähmen. Das sei daraus zu erkennen, daß die Creditheragabe sehr langsam vor sich gehe, obwohl sich eine ganze Reihe von Bankinstituten in Galizien niedergelassen hätten. Die Wirtschaftslage habe noch keinen Zusammenhang. Es sei notwendig durch die Eröffnung von Geschäften, also durch den Kleinhandel den Großhandel zu aktivieren.

Über die Kohlensituation in Galizien wolle er nicht viel sagen. Die Situation habe sich seit der Übernahme der Bahnen durch die Ostbahn erheblich gebessert, und er bitte Präsident Gerteis, Transportmittel zur Versorgung mit Kohle im gleichen Maße wie für die übrigen Distrikte zur Verfügung zu stellen.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens liege ein starkes Ansteigen des Fleckfiebers vor, verursacht durch die Kriegsgefangenen. Ihr Marschweg sei klar zu verfolgen; in Häusern, in denen sie sich aufgehalten hätten, sei Fleckfieber aufgetreten. Die Bekämpfungsmaßnahmen hätten eingesetzt, und die Krankheitskurven seien im Absinken begriffen. In einzelnen Städten habe bei dem Mangel an Ärzten zum Einsatz der jüdischen Ärzte gegriffen werden müssen. In Lemberg seien 80 % aller Ärzte Juden gewesen. Zu begrüßen sei, wenn die in Lemberg bestehende Hochschule und das Medizinische Institut eröffnet werden könnten, um den Medizinstudenten den Abschluß ihres Studiums zu ermöglichen.

8/3

Große Erfolge habe die Aktion der Arbeiterverschikkung ins Reich gezeitigt, da wider Erwarten vieleFreiwillige Meldungen erfolgt seien.

Der Verwaltungsaufbau entwickle sich planmäßig; die Kreishauptleute seien mit der Aufstellung der Sammelgemeinden beschäftigt. Zur Behebung des Personalmangels sei eine Reihe von Verwaltungsschulen für die Heranbildung von Bürgermeistern und Gemeindesekretären aus der einheimischen Bevölkerung errichtet worden.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei ausgezeichnet und in den guten Beziehungen zur SS und Polizei hätte keine Veränderung stattgefunden.

Eine ausreichende Betreuung durch die Hauptabteilungen Propaganda und Finanzen der Lemberger Theater, um die Gouverneur Dr. Lasch zum Schluß ersucht, wird vom Herrn Generalgouverneur zugesichert.

Anschließend äußert sich Amtschef Dr. Hummel anstelle des erkrankten Gouverneurs Dr. Fischer über die Lage im Distrikt Warschau. In der Ernteerfassung habe man im Distrikt Warschau sehr gute Ergebnisse erzielt; es sei gelungen bis Ende November 72.000 t Brot- und 17.000 t Futtergetreide zu erfassen. Mit diesen Leistungen stehe Warschau an der Spitze aller Distrikte.Bei Brotgetreide seien bereits 65,4 % des Solls erreicht.

Dementsprechend sei man auch in der Lage gewesen, der Bevölkerung gegenüber die festgesetzten Rationen einzuhalten; lediglich auf dem Gebiete der Kartoffeln sei man infolge der schlechten Ernte und infolge der Notwendigkeit, daß der Distrikt keine Zufuhren aus den anderen Distrikten erhalten habe, etwas ins Hintertreffen geraten. Statt 80 kg pro Kopf im gleichen Zeitraum des Vorjahrs hätten nur 60 kg verteilt werden können. Er müsse aber darauf hinweisen, daß die allgemeine Ernährungslage der Bevölkerung sich stetig verschlechtere, Damit im Zusammenhang stehe ein Absinken der Arbeitsleistung, die klar auf

3/4

dem Sektor der Rüstungsindustrie zutage trete. Selbstverständlich dürfte bei diesen Erscheinungen auch die sogenannte Schildkrötenaktion eine Rolle spielen. Damit habe sich auch ein Nachlassen im Arbeitstempo bemerkbar gemacht. Weiter hätten sich die Preise so erhöht, daß die Arbeiter in immer größeren Scharen einige Tage ihre Arbeitsstätten verließen und auf dem Lande für sich und ihre Familien Nahrungsmittel besorgten. Hand in Hand mit diesen Vorkommnissen gehe die Tendenz, daß man eine Arbeitsleistung nur gegen Erbringen von Waren vollführe. Ähnliche Erscheinungen hätten sich auch im Reich während der Inflation gezeigt.

Die Kohlenversorgung Warschaus habe sich in der Durchschnittsanlieferung etwas gebessert. Natürlich müßte man damit rechnen, wie schon Präsident Gerteis ausgeführt habe, daß infolge Störungen in der Zufuhr immer wieder größere Sorgen aufträten, die vor allem für das E-Werk in Warschau sehr prekär werden könnten. Deswegen sei man dazu übergegangen, dafür eine eigene Kohlenreserve zu bilden; diese sei aber nur durch täglich wiederholte Abschaltungen zu erreichen. Diese Sparmaßnahme erbringe täglich eine Einsparung von 400 t. Selbstverständlich müsse das bisher geübte Abschaltungssystem noch verfeinert werden, damit die lebenswichtigen Betriebe darunter nicht zu sehr zu leiden hätten. Ein Ingenieur als Energieverteiler sei nach Berlin gefahren, um dort alle Erfahrungen auf diesem Gebiet zu studieren.

Was die Kohlenverteilung in den Distrikten betreffe, so liege sie praktisch bereits in der Hand des Gouverneurs. In Warschau habe sich ein enges Zusammenarbeiten mit dem Kohlenkommissar herausgeschält.

Die Gefahren des Fleckfiebers hätten sich infolge Nachlassens der Widerstandskraft der Bevölkerung und insbesondere der der Juden vergrößert. Die Ernährung der Ghettobewohner sei unzureichend. Hinzu komme der Mangel

B/5

an Reinigungsmitteln und das enge Zusammenwohnen.
Der gemeldete Fleckfieberstand im Ghetto betrage heute 2.405 Fälle, der tatsächliche Stand sei aber viel höher. In Warschau habe man 503, in den Kreishauptmannschaften 589 an Fleckfieber erkrankte Polen feststellen können. An sich sei der Zusammenschluß der Juden im Ghetto ein Segen. Wichtig sei jetzt die vollkommene Abschließung des Ghettos. Dankbar habe man einen Schießbefehl des BdO, aufgrund dessen auf Juden auf den Landstraßen geschossen werden dürfe, begrüßt.

Dr. Hummel berichtet dann über die praktische Auswirkung der Verhängung der Todesstrafe bei widerrechtlichem Verlassen der Ghettos. In Warschau habe man bis jetzt trotz Hinzunahme einer dritten Kammer erst 45 Todesurteile fällen können und von diesen wären erst 8 vollstreckt worden, da über jeden einzelnen Fall die Gnadenkommission in Krakau die letzte Entscheidung treffen müsse. Weitere 600 Anträge auf Verurteilung lägen vor. Im Wege des Sondergerichtsverfahrens sei eine wirksame Absperrung des Ghettos unmöglich. Das Verfahren bis zur Liquidierung sei zu langwierig, es sei mit zuviel Formalitäten belastet und müsse vereinfacht werden.

Im allgemeinen lasse sich sagen, daß Warschau auch über diesen Winter mit allen seinen Schwierigkeiten hinwegkommen werde.

Oberstleutnant Fischer spricht im Namen der 3 Verbindungsoffiziere der Wehrmacht dem Herrn Generalgouverneur den Dank dafür aus, daß ihnen Gelegenheit gegeben sei, an den Regierungssitzungen teilzunehmen. Sie könnten dadurch die Sorgen des Landes kennenlernen und auf diese Weise einen tieferen Einblick in Land und Leute gewinnen. Er werde an den zuständigen Stellen die Verlegung der Heeresentlausungsanstalt an die Ostgrenze des Landes zur Sprache bringen und dafür sorgen, daß die Anlage von Kriegsgefangenenlagern vorher mit den Distriktschefs besprochen werde.

8/5

Im Namen aller Wehrmachtsteile dankt Oberstleutnant Fischer dem Herrn Generalgouverneur und sämtlichen Verwaltungsstellen für die hervorragende Hilfestellung, die das Generalgouvernement vor, während und nach dem Aufmarsch im Osten der Wehrmacht geleistet habe. Auch die ausgezeichnete Verwundetenbetreuung, die im Generalgouvernement auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs durchgeführt werde, verdiene hervorgehoben zu werden. Die Verbindungsoffiziere würden auch in Zukunft im Bewußtsein, daß sie im Sinne ihrer Oberbefehlshaber handelten, sich jederzeit zur Lösung der vorhandenen Probleme und zur Hilfeleistung allen Verwaltungsstellen zur Verfügung stellen.

8/7

Der Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Vertreter im Amt Stahl:

Herr Generalgouverneur! Der Auftrag, der Ihnen vom Führer gegeben ist, ist neuartig. Genau so neuartig sind auch die Formen, die die Partei hier zu geben hat. Die NSDAP im Generalgouvernement, organisiert als Arbeitsbereich, ist ein Hilfsmittel für den Auftrag, den Ihnen der Führer einmalig und neuartig gegeben hat. Das ist verpflichtend für uns, und ich darf Ihnen versichern, daß antistaatliche Komplexe in der Parteiorganisation nicht Platz greifen werden.

Auf dem Weg, den wir hier zu gehen haben, unterstützt uns auch die Parteikanzlei und die Reichsleitung der NSDAP. Sowohl Reichsleiter Bormann als auch Dr. Ley sind mit dem, was wir hier machen, einverstanden. Ich möchte Sie als die Vertreter des Staates, die hier zu einer Arbeitstagung zusammengetreten sind, ~~und~~ an der ich als Gast teilzunehmen die Ehre habe, bitten, daß Sie mir evtl. auftretende Sorgen und Schwierigkeiten direkt mitteilen, und ich versichere, daß diese Schwierigkeiten von der obersten Stelle der Partei schnellstens beseitigt werden. Diese enge Fühlungnahme muß sich auch nach unten ausstrahlen. Ich hege diese berechtigte Hoffnung umso mehr, da ein größerer Teil auch höherer Beamter sich für eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Partei in ihren Freistunden zur Verfügung gestellt hat, sodaß sich eine engste Fühlung ohne weiteres ergibt.

Mein Vorgänger im Amt Parteigenosse Schalk hat den Grundstock der Organisation der NSDAP unter Ihrer Führung gelegt. Ich habe während der Militärdienstzeit des Pg. Schalk die Partei in die Führungsaufgabe des Werkes, das Ihnen der Führer übertragen und anvertraut hat, voll und ganz einzuspannen.

8/8
f.9

Als selbstverständliche Voraussetzung wird von mir die engste Zusammenarbeit mit den amtlichen Stellen betrachtet. Sie wird mit aller Energie durchgeführt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Amtsvertretung im Arbeitsbereich Generalgouvernement angenommen.

8/5

Im Namen aller Wehrmachtsteile dankt Oberstleutnant Fischer dem Herrn Generalgouverneur und sämtlichen Verwaltungsstellen für die hervorragende Hilfestellung, die das Generalgouvernement vor, während und nach dem Aufmarsch im Osten der Wehrmacht geleistet habe. Auch die ausgezeichnete Verwundetenbetreuung, die im Generalgouvernement auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs durchgeführt werde, verdiene hervorgehoben zu werden. Die Verbindungsoffiziere würden auch in Zukunft im Bewußtsein, daß sie im Sinne ihrer Oberbefehlshaber handelten, sich jederzeit zur Lösung der vorhandenen Probleme und zur Hilfeleistung allen Verwaltungsstellen zur Verfügung stellen.

8/7

Der Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Vertreter im Amt Stahl:

Herr Generalgouverneur! Der Auftrag, der Ihnen vom Führer gegeben ist, ist neuartig. Genau so neuartig sind auch die Formen, die die Partei hier zu geben hat. Die NSDAP im Generalgouvernement, organisiert als Arbeitsbereich, ist ein Hilfsmittel für den Auftrag, den Ihnen der Führer einmalig und neuartig gegeben hat. Das ist verpflichtend für uns, und ich darf Ihnen versichern, daß antistaatliche Komplexe in der Parteiorganisation nicht Platz greifen werden.

Auf dem Weg, den wir hier zu gehen haben, unterstützt uns auch die Parteikanzlei und die Reichsleitung der NSDAP. Sowohl Reichsleiter Bormann als auch Dr. Ley sind mit dem, was wir hier machen, einverstanden. Ich möchte Sie als die Vertreter des Staates, die hier zu einer Arbeitstagung zusammengetreten sind, ~~und~~ an der ich als Gast teilzunehmen die Ehre habe, bitten, daß Sie mir evtl. auftretende Sorgen und Schwierigkeiten direkt mitteilen, und ich versichere, daß diese Schwierigkeiten von der obersten Stelle der Partei schnellstens beseitigt werden. Diese enge Fühlungnahme muß sich auch nach unten ausstrahlen. Ich hege diese berechtigte Hoffnung umso mehr, da ein größerer Teil auch höherer Beamter sich für eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Partei in ihren Freistunden zur Verfügung gestellt hat, sodaß sich eine engste Fühlung ohne weiteres ergibt.

Mein Vorgänger im Amt Parteigenosse Schalk hat den Grundstock der Organisation der NSDAP unter Ihrer Führung gelegt. Ich habe während der Militärdienstzeit des Pg. Schalk die Partei in die Führungsaufgabe des Werkes, das Ihnen der Führer übertragen und anvertraut hat, voll und ganz einzuspannen.

8/8
f.9

Als selbstverständliche Voraussetzung wird von mir die engste Zusammenarbeit mit den amtlichen Stellen betrachtet. Sie wird mit aller Energie durchgeführt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Amtsvertretung im Arbeitsbereich Generalgouvernement angenommen.

IV/3
9/ 1

Der Herr Generalgouverneur beschließt die Regierungssitzung mit folgender Rede:

Wie immer bei unseren Regierungssitzungen ist es natürlich nur möglich, daß wir sozusagen ganz besonders prominente Spitzenprobleme erörtern und jeder der Herren sowohl der Regierung wie der Distrikte aus der Fülle der täglichen Sorgen und Aufgaben, die er zu bewältigen hat, ein Bündel zur gemeinschaftlichen Aussprache bringt. Freilich ist es wichtig, daß auch innerhalb der Regierungssitzung ganz konkrete Sonderaufgaben und Sonderthemen erörtert und gelöst werden. Entscheidend aber bei dieser Gemeinschaftstagung der prominenten Verwaltungsführer des Generalgouvernements ist der Geist, in dem sie stattfindet. Ich lege großes Gewicht auf diesen Geist, der uns immer wieder zusammenführt, damit wir in gemeinschaftlicher Erörterung der Sorgen und Nöte betonen, daß wir ein Gemeinschaftswerk vom Führer übertragen erhalten haben. Dieses Gemeinschaftswerk "Generalgouvernement" haben wir nun im dritten Jahre zu betreuen. Dieser Geist, von dem aus wir die Arbeit begonnen haben, ist daher auch das von uns höchst zu haltende Gut.

Die Gemeinschaftsarbeit, die Rücksichtnahme auf die Dienstbelange des anderen müssen, wenn irgendwo, hier im Generalgouvernement ganz besonders gepflegt und geübt werden. Die Hervorhebung des Einzelwerks, losgelöst oder gar entgegengesetzt anderen dienstlichen Belangen, ist in diesem Gemeinschaftsraum Generalgouvernement abwegig, störend und dem Reichsinteresse schädlich. Wir befinden uns sozusagen auf einem Schicksalsschiff der Reichsgeschichte und haben uns daher dieser Gemeinschaftshaltung zu fügen.

Für mich ist dieser Geist, dieses Zusammengeschworensein zu einer gemeinsamen Aufgabe das tragende Element, und von ihm aus beurteile und wäge ich. An der Struktur dieser Aufgabe hat sich nichts geändert. Nach wie vor liegt die totale Vollmacht, dieses Gebiet staatlich und parteiamtlich zu führen, in der Hand des Generalgouverneurs

9/2

Keinerlei Reichsinstanzen, die uns im Befehlswege vorgesetzt wären, sind eingeschaltet, - ausschließlich und - ich möchte fast sagen - schicksalhaft unterstehe ich nur dem Führer. Ich werde daher wie bisher so auch künftig allen Versuchen, diese Einheitlichkeit der Verantwortung und der Befehlsführung in diesem Raum zu sprengen, im Interesse des Reiches Widerstand entgegensetzen, und zwar mit dem gleichen Erfolge wie bisher.

Bei der Zentrale des Reiches und allen Dienststellen hat sich die Notwendigkeit der Eigenbehandlung des Generalgouvernements um so mehr durchsetzen können und müssen, als ja mit steigender Wucht das Ergebnis unserer Gemeinschaftsarbeit für das Generalgouvernement spricht.

Ich habe nicht nur die Mitglieder der Regierung, nicht nur die Herren Gouverneure, sondern auch die Amtschefs und die SS- und Polizeiführer der Distrikte zu dieser Sitzung gebeten. Auch Vertreter der Wehrmacht und der Partei sind anwesend. Ihnen allen, meine Herren, möchte ich sagen: Ich fühle die Verpflichtung in mir, allen Dienststellen des Generalgouvernements, allen Behördenträgern, allen Beamten und Angestellten, allen Polizei- und SS-Angehörigen, allen Parteigenossen und auch allen Wehrmachtsstellen, mit denen wir zu tun haben, am Ende dieses für unser Generalgouvernement so schicksalhaften Jahres im Namen des Führers und des Reiches für treueste Aufopferung und Diensterfüllung zu danken.

Das Ergebnis, so sagte ich eben, spricht für uns. Ich weiß, daß man an uns genau so Kritik zu üben vermöchte wie an allem Menschlichen, weiß auch, daß diese Kritik da und dort vielleicht zu üben versucht wird. Aber die Tatsache ist unbestreitbar, daß von allen seit 1939 nunmehr in den großdeutschen Führungszusammenhang gekommenen Ländern und Gebieten das Generalgouvernement eine besondere Note der Leistungsfähigkeit, einer inneren überschaubaren Ordnung und einer gewissen stabilen Zukunftssicherheit in sich trägt. Wir können heute feststellen, daß, wenn nicht ganz außerordentliche Verhältnisse über uns zerstörend hinweg-

9/3

wogen, die Entwicklung des Generalgouvernements als eines selbständig geführten Nebenlandes des Großdeutschen Reiches in jeder Form gesichert ist. Wenn Sie z.B. auf die anderen Gebiete schauen, so werden Sie ermessen, daß es auch selbstverständlich im Reich auffallen muß, wenn unsere Leistungen diese Erfolge ermöglichten. Wir kosten das Deutsche Reich nichts, wir bringen ihm etwas, - und dies im dritten Jahre unseres Bestehens. Wir haben hier eine Verwaltung aufgebaut, einen Staatsmechanismus, eine Maschine, eine Apparatur von aufeinander bezogenen Verantwortlichkeiten, in denen nicht etwa nur der Schematismus der Befehlsübung gesichert ist, sondern auch die Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit und damit das Hervortreten des aristokratischen Elements des Nationalsozialismus, der persönlichen Wirksamkeit dargestellt, geübt und gewährt werden kann.

Und so glaube ich denn, daß das Generalgouvernement wirklich befugt ist, sich "Brücke zum Osten" zu nennen. Und hier komme ich nunmehr auf etwas außerordentlich Ernstes. Die Entscheidung, die der Führer durch seinen Entschluß gefällt hat, dem von der Sowjetunion dem Großdeutschen Reich drohenden Angriff zuvorzukommen, die am 22. Juni d.J. eintretenden Kriegshandlungen haben für unser Generalgouvernement eine Fülle von Problemen gebracht. Mit ihnen will ich mich des einzelnen nicht mehr beschäftigen, sind sie doch schon zur Genüge erörtert und festgestellt worden. Das Generalgouvernement hat beim Vormarsch, bei der Besetzung und den Vorbereitungen militärischer Art das Beste geleistet. Ich habe Ihnen schon mitgeteilt, in welch' großartiger Weise der Führer mir persönlich gegenüber diese Leistungen des Generalgouvernements anerkannt hat.

Aber die Entwicklung dieses Krieges im Osten hat für das Generalgouvernement in doppeltem Hinblick eine entscheidende Bedeutung erlangt. Die Schaffung der Reichskommissariate Ostland und Ukraine unter dem Reichsminister für die besetzten russischen Gebiete, Parteigenossen Rosenberg, bedeutet für das Generalgouvernement eine völlige

9/4

Strukturänderung. Während wir bis dahin im toten Winkel lagen, sind wir nunmehr ein in die Mitte des gesamten großdeutschen Verwaltungsmachtgefüges gesetzter Punkt geworden. Zum andern aber: der Ostkrieg ist in diesem Jahre, wie auch wohl zu erwarten war und erwartet wurde, nicht zu Ende gegangen. Die Kriegshandlungen sind vielleicht für die Wintermonate etwas abgeflaut; zweifellos aber wird die Fortsetzung des Krieges für das Generalgouvernement eine Fülle weiterer Aufgaben mit sich bringen, die uns eine immer stärker werdende Belastung angesichts der Kriegsnotwendigkeiten auferlegen werden.

Die Beziehungen zum Reichsministerium für die besetzten russischen Gebiete sind durch den Erlaß des Führers derart geregelt, daß Galizien als Bestandteil des Generalgouvernements aus dem eigentlichen Bereich der besetzten russischen Gebiete schon am 1. August ausgeschieden ist. Seither besteht aber mit der Bildung der Reichskommissariate für uns als Zentralstelle des Generalgouvernements die Notwendigkeit, mit dem Reichsministerium Rosenberg, wie ich es kurz nennen will, über die Ostprobleme zu verhandeln. Das hat gewisse Schwierigkeiten an unserer Ostgrenze zur Folge. Ich habe mit dem Parteigenossen Rosenberg erst vor wenigen Tagen vereinbart, daß wir beide die Möglichkeit untersuchen wollen, eine direktere Verwaltungspraxis zwischen unseren Ostdistrikten, insbesondere den Distrikten Lublin und Galizien, und den jeweils drüben entsprechenden Verwaltungsinstanzen herbeizuführen. Es ist unmöglich, daß alle nun in zunehmendem Maße anfallenden örtlichen Angelegenheiten an unserer Ostgrenze nur über die Instanzen von Krakau und Berlin behandelt werden.-Das wird zweifellos gelingen; denn die Notwendigkeit zwingt dazu.

Im übrigen aber hat die Einrichtung dieser Ostkommissariate für uns eine eminent politische Bedeutung. Denn nunmehr ist ganz klar geworden, daß dieses Gebiet Generalgouvernement bestimmt ist, im Zuge des Fortschreitens der deutschen Volkstümer nach dem Osten schon in absehbarer Zeit in das Siedlungsprogramm unseres Volkes stärkstens

9/5

einbezogen zu werden. Und das wird auch seine Auswirkungen haben: die Polen in diesem Raum sind - das geht deutlich aus allen Berichten hervor - von uns im allgemeinen zur Raison gebracht. Wenn heute der verantwortliche Leiter der Sicherheitspolizei sagen konnte, daß er für die nächste Zeit mit irgendeiner größeren Aktion nicht rechne, so soll das zweifellos nicht bedeuten, daß wir etwa den Eindruck hätten, die Polen seien brav geworden, sie würden nichts weiter unternehmen; - im Gegenteil, sie werden versuchen, da und dort zu wühlen. Aber es bedeutet auf jeden Fall, daß alle diese Organisationen der Widerstandsbewegung pseudo-militärischen Charakters von uns kontrollierbar und vernichtbar sind, daß also die unmittelbare Gefahr eines Aufstandes oder eines das Gesamtgefüge des Ostens störenden Verhaltens der Polen wenigstens nach unseren gegenwärtig vorliegenden Ergebnissen der Nachforschung und Überwachung nicht gegeben ist.

Dabei muß ich aber doch eins sagen: nehmen Sie, meine Herren, aber an, diese Möglichkeit wäre zu bejahen, in Krakau, Lemberg, Warschau oder wo immer würde ein Aufstand oder eine massierte Gewaltbewegung der Polen sich ereignen, so wäre der Schaden für das Generalgouvernement an sich vielleicht überwindbar, für die Weltbedeutung der Ostlage unseres Reiches aber wäre jeglicher derartiger Versuch von vielleicht allgemeinen schwerst überwindlichen Folgen begleitet. Sie dürfen sich nicht wundern, meine Herren, wenn ich in nächster Zeit die Zügel gegenüber dem Polentum etwas schärfer anziehe, als es bis jetzt der Fall war. Ich werde jedem Versuch dieser Art mit äußerster Schärfe entgegentreten. Ich habe gestern den Vertreter der Polen, den früheren Gesandten Wisocki, der mir vom Führer als ein auch von ihm aus früheren Jahren her anerkannter anständiger Mensch empfohlen war, empfangen. Ich habe ihm ganz offen erklärt, daß ich gezwungen bin, dem bewußt provozierenden Radikalismus der Polen gegenüber zu immer schärferen Maßnahmen zu greifen, daß es überhaupt nur ein Inter-

9/6

esse des Polentums gibt: sich zu fügen, gehorsam zu sein und zu versuchen, im Rahmen der Notwendigkeiten unseres Großdeutschen Reiches mit den Dingen fertig zu werden. Er hat mir versprochen, tun zu wollen, was er könne, um hier entsprechend zu wirken. - Herr Gesandter von Wühlisch, Sie waren ja Zeuge dieser Unterredung. - Jedenfalls aber werde ich, bevor auch nur die geringste Gefahr hier ersteht, so blitzartig zuschlagen lassen, daß diese Gefahr mit übersteigerten Mitteln im Keime erstickt wird.

Ich muß mich oft sehr ärgern, wenn ich als Harun al Raschid und unerkannter Kalif etwa in Krakau durch die Straßen gehe und dort das geradezu unverschämte Verhalten mancher Polacken etwa gegenüber Soldaten und Offizieren beobachte. Unsere Landser sind zu nett, unsere Offiziere sind zu gebildet. Unsere bürgerlichen Deutschen sind leider so etwas von Mitleid oder auch von Gleichgültigkeit gegenüber den Dingen erfüllt. Ich muß gestehen, daß ich mir manchmal Gedanken darüber mache, ob ich nicht eine besondere Aktion einleiten soll, mit der den Polacken, die deutschen Offizieren nicht ausweichen oder sie bewußt anrempeln, mit einem besonderen Strafkodex entgegengetreten wird. Der polnische Übermut darf nicht etwa glauben, auf unsere Schwäche und Gutmütigkeit rechnen zu können. In unseren eigenen Reihen darf nicht etwa die Meinung aufkommen: weil Ordnung im Lande ist, weil wir im Besitz der Staatsmacht und sonstiger Verfügungseinrichtungen sind, wäre das Polentum für uns schon gewonnen. Diesen Fehler hat man anderenorts teuer bezahlen müssen. Ich kann daher nur immer wieder meine warnende Stimme erheben und Sie bitten: sorgen Sie in Ihrem eigenen dienstlichen und persönlichen Bereich dafür, daß keinerlei Zusammenwachsung oder Zusammenschmelzung oder irgendwie geartete persönliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschen über das absolut notwendige Maß hinaus sich entwickeln. Das können wir nur als unsere oberste Pflicht als Deutsche immer wieder voranstellen. Ich weiß, daß es im einzelnen schwierig

9/7

ist; ich weiß auch, daß es Tausende und Abertausende von Polen gibt, die loyal ihre Pflicht erfüllen. Insofern - das sage ich Ihnen ganz offen - bin ich auch nicht beunruhigt, wenn Sie mir sagen, daß die Polen mit der Sorge um ihre Lebensmittel beschäftigt sind. Solange die Energie und Kraft des Menschen vor allem mit der Herbeischaffung der Lebensmittel beschäftigt ist, so lange werden diese Energien nicht in größerem Umfange für andere Dinge zur Verfügung stehen.

Mit den Juden - das will ich Ihnen auch ganz offen sagen - muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird - das geht aus den Stimmungsberichten hervor - immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer

9/8

Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man sie wird im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? V Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5,vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.>

Die Ukrainer sind nach wie vor ein Problem. In Berlin beschäftigt man sich mit dieser Frage sehr. Bekanntlich ist auch die ukrainische Frage nicht einfach. Wie sich nunmehr im Reichskommissariat Ukraine herausstellt, ist sie auch

9/8

Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man sie wird im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? V Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5,vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.>

Die Ukrainer sind nach wie vor ein Problem. In Berlin beschäftigt man sich mit dieser Frage sehr. Bekanntlich ist auch die ukrainische Frage nicht einfach. Wie sich nunmehr im Reichskommissariat Ukraine herausstellt, ist sie auch

nicht mit den Mitteln zu lösen, mit denen man etwa früher an die Lösung solcher Probleme herangehen zu können glaubte. Vor allem darf bei den Ukrainern unseres Distriktes Galizien nicht der Eindruck entstehen, als ob wir innerhalb des Großdeutschen Reiches eine Art ukrainischer Eigenstaatlichkeit anerkennen könnten. Im übrigen sehe ich eine Lösung der Ukrainerfrage ebenso wie bei den Polen grundsätzlich darin, daß sie uns in aller Zukunft als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und daraus die Möglichkeit in diesem Bereich geschaffen wird für eine Entwicklung aus eigener Kraft gemäß den Bedürfnissen dieses arbeitenden Volkes, das in den Gesamtzusammenhang des großdeutschen Reichsgefüges einzubauen ist. Im übrigen sind die Ukrainer sehr geeignet, ein Gegengewicht gegen die Polen darzustellen. Trotz alledem muß darauf hingewiesen werden, daß es sich insbesondere bei dem Distrikt Galizien um einen Bestandteil des Großdeutschen Reiches, nicht aber um einen Bestandteil eines irgendwie gearteten, wenn auch nur geistigen Großukrainertums handelt. Der Versuch also, aus Lemberg bezw. den dortigen Instituten im Laufe der Zeit eine Art Ersatz-Kiew zu machen, muß von vornherein völlig unterbunden werden. Das Bestreben aller Dienststellen muß es sein, in gemeinschaftlichem Zusammenwirken auch mit der Wehrmacht zu erreichen, daß derartige Strömungen allmählich verschwinden. Ich würde Sie auch bitten, meine Herren, dafür Sorge zu tragen, daß das Hissen der Ukrainerflagge allmählich auf ein absolutes Minimum reduziert wird. Auch jene eigenen Organisationen der Ukrainer, soweit sie noch bestehen und nicht in ihren das Land erfassenden Nebenerscheinungen notwendig sein sollten, müssen allmählich zum Abklingen gebracht werden, und zwar so, daß man in dieser Beziehung mit einem endgültigen Ergebnis rechnen kann.

Bei den Maßnahmen gegen die Juden bewegen wir uns im Gesamtzusammenhang des Reiches. Hier wird das, was im Reich geschieht, bei uns zum mindesten auch zu geschehen haben. Im Fall der Polen bewegen wir uns auch im Gesamt-

zusammenhang mit dem Reich; denn die Polenbehandlung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches muß auf die Behandlung, die wir hier haben, abgestimmt werden. Bei der Ukrainerbehandlung müssen wir uns in Gemeinschaftsarbeit mit dem neuen Reichskommissariat Ukraine befinden. Hierbei muß naturgemäß auch eine örtliche Zusammenarbeit zwischen dem Reichskommissariat Ukraine und dem Distrikt Galizien stattfinden.

Über allem muß aber folgender Gedanke stehen: dieses Gebiet des Generalgouvernements wird unmittelbar nach dem durchgeführten Rückdeutschungsprozeß der Ostgebiete des Reiches der nächste Bestandteil Europas sein, der der absoluten Deutschdurchdringung unterstellt werden wird. Wir werden die großen Reichsautobahnen bauen, die quer durch unser Land gehen. An diesen Reichsautobahnen werden große Siedlungsdörfer mit Deutschen entstehen. An wohl gewählten strategischen Punkten werden große militärische Zentralen geschaffen werden, um die herum sich in einem weiten Gürtel allmählich das deutsche Leben entwickeln wird. Da wir dann auch die Möglichkeit haben, allenfalls hier nicht mehr benötigtes Fremdvolkstum nach dem Osten abzugeben, wird es nicht zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen, das deutsche Volkselement mehr und mehr verwurzeln zu lassen und das fremdvölkische Element immer mehr abzudrängen.

Daher müssen Sie sich auch jene 5 Thesen, die ich aufgestellt habe, die, von der germanischen Besiedlung dieses Raumes beginnend, bis zum Kriege 1941 eine Aufeinanderfolge von Rechtsansprüchen des Deutschtums auf diesen Raum geben, durchaus zu eigen machen. Denn der Führer hat mir die Befugnisse erteilt, in dieser Richtung Vorbereitungen zu treffen. Weiter im Osten wird einmal der Gotengau entstehen, und das Generalgouvernement wird dann einmal der Vandalengau werden können. Die Vandalen sind bekanntlich der meist-verleumdete germanische Stamm gewesen. Hier waren ihre Wohnsitze, hier haben sie die erste germa-

nische Kultur eingebaut. Dieser Vandalengau soll dann auch dazu beitragen, vor der ganzen Welt jene furchtbare Schuld zu tilgen, daß man einen der edelsten germanischen Stämme dauernd so verunglimpft hat, daß seine Bezeichnung geradezu zu einem Schimpfwort wurde, - übrigens ein Meisterstück antideutscher Propaganda durch zwei Jahrtausende hindurch.

Aus alledem wird klar, daß die Aufgabe des Generalgouvernements in dem Gesamtgefüge des Aufbruches nach dem Osten hin weltgeschichtlicher Art ist. Wir sind das Tor, durch das man aus dem Osten wieder nach Deutschland kommt. Auf unserem Gebiet steht die Waage mit den beiden Gewichtsschalen. Daher ist dieser Standplatz "Generalgouvernement" auch vom Führer ausersehen worden in der klaren Erkenntnis, daß der Dienst im Generalgouvernement eine Bewährung hohen Ranges darstellt. Selbstverständlich muß dabei auch in jeder Weise alles berücksichtigt werden, was im Osten an Schwierigkeiten kommen wird. Ich habe vor wenigen Tagen auch mit Reichskommissar Koch über die Lage in seinem Reichskommissariat gesprochen. Meine Herren, ich kann Ihnen sagen: was wir hier 1939 übernommen haben, das war überhaupt ein Kinderspiel im Vergleich zu dem, was man den Männern jetzt da drüben übergibt. Denn dort gibt es überhaupt keine Ansatzpunkte. Zur Zeit ist auch angesichts der Kriegslage und der Notwendigkeit des absoluten Vorranges der kriegerischen Handlungen dort keine Möglichkeit gegeben, eine Ordnung aufzubauen, eine Verwaltungshierarchie zu errichten, einen gewissen Entwicklungsstatus aus eigener Kraft in Gang zu setzen.

Trotzdem leuchtet über diesem Osten das große Wort des Führers, das er in seinem Buch "Mein Kampf" prophetisch gesprochen hat. Jetzt ist der Führer im Begriff, diese in seinem Buch ausgesprochenen Gedanken, diese große Aufgabe, die er dem deutschen Volk gestellt hat, zu verwirklichen. Und daher bedeutet es auch schon etwas, sich im Generalgouvernement betätigen zu können; diese Betätigung ist jetzt schon ein hoher Dienst, herausgehoben aus der Alltagsmaschinerie

9/12

der Heimat. Ich komme damit wieder auf den Geist, in dem das alles hier zu geschehen hat, und sage: wir können stolz darauf sein, daß wir diesen Geist auf dieser Linie gehalten haben. Was wir hier an Schwierigkeiten finden und was heute wieder zum Ausdruck kam, das zeigt doch zu meiner großen Genugtuung, daß das, was einmal 1939 eine Katastrophe war, sich jetzt zu einer, - man kann ruhig sagen - normalen Notlage, die aus dem Kriege und aus der ganzen Zeit aufsteigt, entwickelt hat. Darüber hinaus aber können wir sogar in manchen Punkten ohne weiteres eine gewisse Besserstellung gegenüber dem Reich feststellen. Die Ernteeinbringung ist z.B. bei uns wesentlich besser als im Reich, und das gleiche können wir von der Felderbestellung und von vielen anderen Dingen sagen. Das ist vor allem das Verdienst der deutschen Männer hier im Raum. Gerade das, was die Kreishauptleute draußen leisten, was die einfachen Dienststellen an Aufgaben erfüllen, was jeder kleine Gendarmeriewachtmeister, jeder Förster, jeder isolierte Eisenbahnbeamte vollbringt, zeugt von einer großartigen Einsatzbereitschaft, die eine der Bedingungen des Sieges Adolf Hitlers ist. Ich kann auch im allgemeinen sagen, daß wir so, wie heute die Situation im Generalgouvernement ist, dieser Aufgabenstellung gewachsen sind. Wir haben die Möglichkeit, die Aufgaben fortzuführen, die positive Linie zu entwickeln, soweit das die Kriegslage erlaubt, aber die negative Entwicklung immer mehr auszuschalten.

Wir werden in Galizien wahrscheinlich einen kleinen schmalen, nirgendwo mehr als 5 km betragenden Grenzstreifen im Süden an Ungarn abtreten. Die Abtretungskommission wird im Frühling des nächsten Jahres in Galizien eintreffen und an Ort und Stelle die Absteckungen vornehmen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß das Generalgouvernement als Ersatz dafür einige Streifen im Norden und Osten bekommt. Die Verhandlungen mit dem Reichskommissar Koch habe ich bereits aufgenommen.

Sehr schwierig ist es immer noch, die Anschauung zu überwinden, daß das Lohngefälle zwischen Reich und General-

gouvernement gegeben wäre. Aus meiner in Berlin gemachten Erfahrung heraus wäre ich unseren Wirtschaftsinstanzen sehr dankbar, wenn sie einmal ganz nüchtern die wirkliche Situation der Preis-, Lohn-, Wert- und Produktionsgestaltung des Generalgouvernements etwas mehr in den Vordergrund rücken wollten als das uns zwar ehrende und häufig von uns gebrauchte Wort von dem allgemeinen Fortschritt des Aufbaues im Generalgouvernement. Zweifellos können wir auf den Aufbau hier im Generalgouvernement stolz sein, wir unterlassen es auch nicht, immer wieder darauf hinzuweisen. Aber es ist klar, daß daraus dann bei den Instanzen des Reiches die Meinung entsteht, daß wir so eine Art Paradies, ein in voller Fahrt befindliches Unternehmen darstellten, auf das man alle Lasten bequem abwälzen kann, kaum spürbar für uns, die auch jederzeit von uns übernommen werden könnten. Wie gesagt, ich wäre dankbar, wenn diese wirkliche Lage den Herren im Reich geschildert würde. Wir haben kein Lohngefälle. Was wir an Lohn dem Polen weniger geben, müssen wir mit einer Minderung der Arbeitskraft im Vergleich zu derjenigen der deutschen Arbeiter, mit einer längeren Dauer der Arbeit oder mit Heranziehung mehrerer Polen zu einer Leistung, für die ein deutscher Arbeiter ausreicht, ausgleichen. Es hat gar keinen Wert, wenn da und dort immer noch von dem Lohngefälle die Rede ist. Wir produzieren hier teurer als das Reich; eine Arbeit bei uns kostet das Doppelte oder Dreifache dessen, was sie im Reich kostet. Deshalb muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß sich hier nicht eine Irrmeinung bildet.

Die Ernährungslage des Generalgouvernements gibt, allgemein gesehen, zu keinen Besorgnissen Anlaß. Immerhin muß bei den Deutschen im Lande in zunehmendem Maße darauf hingewirkt werden, daß sich nicht so etwas wie eine Etappenbetrieb herausbildet. Ich möchte Sie sehr bitten, meine Herren, daß Sie bei jeder Gelegenheit auch in der eigenen Lebensführung ein Vorbild angesichts der ernsten Zeit und der Schicksalslage unseres Volkes sind. Da und dort ist der Hinweis nicht ganz unberechtigt, daß diesem Ernst der Gesamtlage unseres Volkes und der Ernährungssituation des

9/14
f. 10

deutschen Reiches gerade hier im Generalgouvernement nicht mit dem genügenden Takt entsprochen wird. Gewiß sind wir sehr gastfreundlich und bemühen uns, Besuchern unsere Gastfreundschaft zu zeigen. Aber es geht doch wohl nicht an, nun gerade den Besuchern aus dem Reich unter Umständen in Gestalt all'zu reichlicher Gastmähler einen Eindruck zu vermitteln, der mit dem wirklichen Leben in diesem Gebiet, insbesondere mit der wirtschaftlichen Lebenssituation auch der Deutschen im Lande nicht vereinbar ist. Heute wird jeder Verständnis dafür haben, wenn die Einfachheit des Küchenzettels bei uns zur allgemeinen Übung werden sollte. Vergessen Sie auch nicht, in welcher drükkenden und oft furchtbaren Notlage sich unsere Soldaten an der Front befinden und wie mit dem Nachschubmangel häufig schwierigste Versorgungssituationen bei der Truppe eintreten. Denken Sie daran, wie der Eindruck bei den Soldaten sein muß, wenn sie,aus diesen Notbereichen der Front kommend, etwa durch das Generalgouvernement reisen und von irgendwelchen Tafeleien hören, die da und dort stattgefunden haben sollen.

Ich weiß allerdings, daß darüber mehr geredet wird, als was dahinter steckt, daß da die Vorstellung "besetztes Gebiet = Etappengebiet", die noch aus alten Erfahrungen in den Gehirnen vorhanden ist, an die Stelle der Wirklichkeit tritt. Dazu tragen auch die sogenannten Stimmungsberichte und kritischen Lebensschilderungen bei, die von mehr oder weniger berufenen Stellen, auch von Dienststellen des Generalgouvernements ins Reich geschickt werden. Diese Art von Berichterstattung, die vielfach dadurch zustande kommt, daß ein V-Mann am Tisch sitzt und in Unterhaltungen Material sammelt, ist völlig unzweckmäßig. Sie kann zwar charakteristisch sein für diese Art von Berichten, ist aber nicht charakteristisch für das Leben im Generalgouvernement.

Gottlob hat die allgemeine Betätigung, die uns Deutsche hier in diesem Gebiet zusammengefaßt hat, doch selten zu persönlichen Schwierigkeiten untereinander geführt

IX/9

10/1

Ich nehme die einzelnen Vorgänge in dieser Richtung nicht sehr tragisch. Wenn sich diese oder jene Dienststellen nicht verstehen, und es zu Zerwürfnissen kommt, so muß man sehr wohl das dienstliche Benehmen der Einzelnen untereinander und die Notwendigkeit, dienstliche Interessen zu wahren, scheiden von der Absicht, dem anderen persönlich eines auszuwischen. Die Eifersucht im dienstlichen Gefüge ist eine der größten Beamten-Krankheiten. Ebenso lächerlich ist der Neid, wenn der andere etwas geworden ist. Die Schlußfolgerungen aus beiden sind meist persönlicher Art und führen dazu, daß unter dem Vorwand dienstlicher Auseinandersetzungen ein persönlicher Kleinkrieg geführt wird. Das kann kein Behördenchef der Welt verhindern, deswegen schon nicht, weil an diesen persönlichen Reibungen meist kein Schaden ist; wenn sich beide gelegentlich auseinander-gerieben haben, reiben sie sich auch wieder zusammen, und alles ist wieder gut. Wenn aber dadurch die Autorität der Staatsführung leidet, dann schreite ich ein. Ich habe vom Führer, in dessen Diensten ich nunmehr seit 22 Jahren stehe, die Anschauung übernommen, daß der allzu häufige oder geradezu gepflegte Personalwechsel vom Übel ist, ganz besonders dann, wenn etwa die Übung einreißen sollte, daß man durch gemeinschaftliches intrigantes Vorgehen, durch gruppenweises Entwurzelnwollen die Möglichkeit hätte, jemand von seiner Stellung abzubringen.

Wer im Generalgouvernement in einer dienstlichen Stellung steht, kann sich darauf verlassen, daß er von mir, soweit es überhaupt nur möglich ist, gehalten wird. Ich bin ein Todfeind aller Intrige, ein Todfeind aller Geheimnistuerei. Ich habe aus der Parteigeschichte zuviel erfahren, wohin das alles führt, und ich bin deswegen dem Führer in dieser Beziehung strikte gefolgt. Ich freue

10/2

mich feststellen zu können, daß im wesentlichen zu einem Einschreiten in dieser Richtung kein Anlaß besteht. Soweit er besteht, wird ganz plötzlich die Entscheidung fallen. Dann gibt es kein Zurück mehr, und dann ist das Urteil gefällt. Es ist möglich, daß in der nächsten Zeit ein, zwei oder drei dieser Fälle ihre Entscheidung finden; denn auch meine Geduld erschöpft sich einmal.

Ganz allgemein möchte ich Ihnen raten, in Ihren Bereichen dafür zu sorgen, daß dieser Grundsatz durchgeführt wird. Wir befinden uns beamten- und angestelltenmäßig in einer schwierigen Situation; denn der Bedarf an Kräften übersteigt weit das Maß des Vorhandenen. Es ist auch klar, daß diese Bedürfnisse sich durch das Hereinnehmen weiterer besetzter Gebiete in die Verwaltung steigern, und daß dadurch die Besetzung von Behörden- und Amtsstellen immer kritischer werden wird. Wir stehen daher vor der Notwendigkeit, gerade im Kriege nicht den letzten und schärfsten Maßstab der Auswahl in den Vordergrund zu rücken, sondern in dieser Notzeit jeden, der einigermaßen erträglich ist, zu halten, ihn nicht abzusetzen und an seine Stelle das Nichts treten zu lassen.

Aus allen diesen Schwierigkeiten heraus habe ich auch mit dem Stellenplan des Generalgouvernements alle Voraussetzungen verbunden, die denkbar sind. Wir sind nun zu einer Art Ergebnis des Stellenplans gekommen, sodaß wir im allgemeinen sagen können: die Berufung der Beamten in das Generalgouvernement wird nunmehr entsprechend den befestigten Stellungen im Generalgouvernement im Rahmen allgemeiner Reichsgrundsätze vor sich gehen. Für uns ergibt sich aber auch die schwierige Frage, welche der uns während des Krieges zur Verfügung gestellten, manchmal von uns gar nicht hereingerufenen, vorgefundenen Beamten und sonstigen öffentlichen Dienstverpflichteten wir endgültig in die Reichsbeamtenschaft zu übernehmen gedenken. Das wird uns im kommenden Jahr sehr beschäftigen, und wir

0/3

werden bei der Besetzung unserer Beamtenstellen dieses sehr überlegen müssen. Immerhin ist durch die Durchführung dieses Stellenplanes ganz allgemein für das Generalgouvernement eine weitere Stabilität eingetreten; hauptsächlich dieses Gesichtspunktes wegen habe ich mich mit dem Stellenplan einverstanden erklärt.

Mit dem Stellenplan tritt auch das Wohnungsbauprogramm in den Vordergrund. Ich glaube, daß alle Reichsstellen absolut davon überzeugt sind, daß auf diesem Gebiet für das Generalgouvernement eine besondere Notwendigkeit gegeben ist. Es ist ja nicht so,meine Herren, daß das Generalgouvernement bei dem Wohnungsbauprogramm nur an sich denkt, es denkt hauptsächlich an das Reich. Wenn wir nunmehr Beamte endgültig hierher berufen, dann müssen wir ihnen Wohnungen schaffen. Dies führt aber zur Entlastung der Wohnungslage im Reich. Unser Wohnungsbauprogramm ist also kein Wohnungsbauprogramm des Generalgouvernements für das Generalgouvernement, sondern des Generalgouvernements für das Reich.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß nirgends der Eindruck erweckt werden darf, als ob das Generalgouvernement so eine Art Satrapenstaat wäre. Wenn wir hier diese eigenen Formen wählen, so nur, weil sie uns als Verpflichtung auferlegt sind. Sie wissen, daß wir auf unseren Briefmarken die Aufschrift haben: "Deutsches Reich - Generalgouvernement";trotzdem hat der Führer gebeten, dieses Gebiet nicht schon jetzt zum Gebiet des Reiches zu erklären. Unsere Hoheit soll dazu beitragen, später einen Verbindungsschritt nach dem Osten zu ermöglichen. Diese Einstellung ist ganz logisch: denn ein Reichsgau Generalgouvernement mit 200.000 Deutschen und 19 Millionen Fremdvölkischen würde keine Freude unserer Gesamtstruktur sein. Aber die Beziehung des Generalgouvernements zum Reich wird auch im kommenden Jahr da, wo sie unabläßig notwendig ist, ihre Auswirkung in einer steten Verengung finden können. Da die Autorität des

10/4

Generalgouvernements eindeutig festgestellt ist, bedeutet ja auch diese Verengung der Beziehungen zum Reich keine Strukturgefährdung mehr, wie das vielleicht bis vor einem halben Jahr der Fall gewesen wäre. Es ist ja anerkannt, daß der Generalgouverneur alle Hoheiten für das Reich ausübt. Da wir hier ein eigenes Gebilde darstellen, können wir auch mit allen Reichsinstanzen in bester Freundschaft zusammenarbeiten. Ich bin sogar vom Reichsinnenministerium ersucht worden, an dieser Struktur nichts zu ändern. Das Generalgouvernement gilt nämlich als eine Schule für den Verwaltungsdienst in weiteren neuen Bereichen.

Die Fragen, die im einzelnen hier angeschnitten wurden, werden pflichtgemäß von den zuständigen Abteilungen erledigt werden. Für uns im Generalgouvernement ist es ein schönes Gefühl, bei Beendigung der dienstlichen Obliegenheiten des Jahres 1941 sagen zu können, daß die Ergebnisse auch dieses Jahr eingereiht werden in den großen Zusammenhang unserer Zeit. Ich habe aus Ihren heutigen Reden da und dort in verwaltungsväterlicher Fürsorge feststellen können, daß der Wunsch und auch das Bedürfnis nach einem gewißen Ruhepunkt in der weiteren Entwicklung vorhanden sind. Ich habe auch den Wunsch gehört, daß über Weihnachten und Neujahr die Urlaubsmöglichkeiten ausgenutzt werden könnten. Als Generalgouverneur habe ich da nichts dagegen; ich mache nur darauf aufmerksam, daß es vielleicht im Interesse des schwierigen Transportproblems und der großen Ernährungsschwierigkeiten des Reiches liegt, wenn sich nun diese Urlaubssehnsucht der Deutschen des Generalgouvernements nicht ausnahmslos im Reich erfüllt. Man soll ruhig auch im Generalgouvernement bleiben, man soll die Beamten dazu bringen, den Urlaub in einem unserer Kurorte zu verbringen. Für das Reich bedeutet das schon eine Entlastung, auch stellt es ein Vorbild dar; denn, meine Herren, allmählich müssen wir im Generalgouvernement eine deutsche Heimat sehen, die genauso als Heimat betrachtet werden muß wie ein anderes Land in Deutschland. Wir müssen psychologisch auch

10/5

die Menschen dazu bringen, daß sie das Generalgouvernement nicht als außerhalb des Reiches liegend behandeln, sondern, daß sie das Empfinden haben, hier eine Heimat zu besitzen. Im Grunde ist das ja bereits geglückt.

Ich freue mich, wenn ich höre, daß in Krakau bereits 30.000 Deutsche wohnen und arbeiten. Das ist schon ein schönes Zentrum, eine wiedererstehende deutsche Stadt. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt dadurch erreicht, weil wir durch eine gewiße Großzügigkeit eine Art behaglichen Daseinsgefühls geschaffen haben. Ich werde nicht den Fehler machen, daß ich nun gerade hier ein besonders scharfes Lebensreglement einführe; denn ich muß weiterrechnen: jeder Deutsche, den ich hier verwurzele, wird eines der Steinchen sein, auf denen die Straße des deutschen Volkes nach Osten sich weiterentwickeln wird.

Wir müssen vor allem an Galizien denken. Ich war sehr überrascht, als mir gesagt wurde:„nach Krynica kann man jeder Zeit hinfahren aber nach Lemberg ..... das ist so weit drüben." Natürlich kann man dahinfahren! Es wäre daher zweckmäßig, wenn Sie dazu beitragen, dieses neue Land zu betreuen, und die dortigen Kurorte ins Leben zu rufen. Ich wäre dankbar, wenn sich gerade das deutsche Element in den östlichen Teilen des Generalgouvernements stark entwickeln würde, weil die Schwierigkeiten mit den Ukrainern groß sind; man muß ihnen beibringen, daß sie im Generalgouvernement unter deutscher Führung leben.

Ich wollte Ihnen, meine Herren, diese Ausführungen in kurzer Zusammenfassung noch machen, Ihnen danken und Ihnen sagen, daß ich mich freue und stolz bin auf Sie. Jeden Einzelnen von Ihnen habe ich nun im Laufe der Zeit kennengelernt, und ich weiß, welche Elite von Fachleuten und Nationalsozialisten wir im Generalgouvernement haben. Diesen wenigen Männern, die über eine Millionenbevölkerung eines fremden Volkes unter den denkbar schwierigsten Umständen eine deutsche Ordnung aufgebaut haben, meinen Dank auszusprechen, ist mir eine Ehrenpflicht. Ich

10/6
f.11

wünsche Ihnen, sowie uns allen für das kommende Jahr, daß es dem Führer weiter gelingen möge, die Siegesbahn einzuhalten.

IV/3
11/1

Ich war vor einigen Tagen beim Führer gewesen. Er ist von einer Frische, von einer Siegeszuversicht, von einer so sonnenstrahlenden Zielklarheit, daß er für jeden von uns nur ein leuchtendes Vorbild sein kann. Für diesen Mann gibt es auch nichts anderes als die Sorge für das ganze Volk. An sich selber denkt er überhaupt nicht; er schont sich nicht, er arbeitet die Nächte hindurch, und in seinem Gehirn bäumen sich weltumstürzende Gedanken und Sorgen von einer Monumentalität, denen gegenüber unsere größte Sorge ein Knirps ist. An diesen Mann müssen Sie auch immer wieder denken. Ich habe einmal als großes und einzig nationalsozialistisches ethisches Prinzip den Satz aufgestellt: handle so, daß, wenn der Führer von Deinem Handeln Kenntnis hätte, er dieses Handeln billigen würde. Wenn Sie diesen kategorischen Imperativ Ihrem persönlichen Handeln immer wieder voranstellen, dann sind Sie auf dem richtigen Wege. Sie handeln richtig, wenn Sie sagen können: ja, der Führer würde mein Handeln billigen. Dieser Grundsatz soll nun auch wirklich in jeder Form in Erscheinung treten, wo sich Schwierigkeiten zeigen, wo sich Ihnen irgendetwas in den Weg stellt. Wo aber fremde Elemente hineinkommen, wo etwas Undeutsches entscheidend wird, wo die Selbstsucht an die Stelle der Gemeinschaft, wo die Eigenbrötelei an die Stelle des Gemeinschaftsdienstes, wo die selbstherrliche Betrachtung an die Stelle der Rücksicht auf die Gemeinschaftsinteressen tritt, wird man nicht lange im Generalgouvernement glücklich sein. Der Führer hat einmal gesagt: Parteigenossen, kehren Sie immer wieder zur schlichten alten Partei zurück, dann sind Sie auf dem richtigen Wege; je mehr Sie sich in Ihren eigenen Bereichen verlieren, desto verlorener werden Sie eines Tages sein. Das gleiche könnte ich hier zu den Beamten und Angestellten des Generalgouvernements sagen: bleiben Sie immer im Rahmen des von uns errichteten Generalgouvernements; je mehr Sie sich von ihm entfernen, desto verlassener werden Sie eines Tages selber sein. Aufzwingen lassen wir uns von niemandem etwas. Wir sind

11/2

zu einer Schicksalsaufgabe berufen. Wir haben eine monumentale Sendung zu vertreten und zu vollbringen. Wir sind die Vollstrecker eines schicksalhaften Urteilsspruches. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Opfer dieses Krieges in diesem Raum, daß auch die 62 000 von den Polen ermordeten Volksdeutschen nicht umsonst gefallen sind. Unsere Sorge muß es vor allem auch sein, daß das deutsche Leben in diesem Raum nicht in Zersetzung, Parteiung und lächerlicher Ichsüchtelei entartet, wo dann eine Gruppe immer mehr sein will als die andere. Es gibt nur ein Reich, es gibt nur ein Recht für uns alle, wie es nur eine Bewegung und eine Weltanschauung gibt.

Lassen Sie mich ganz kurz zur Weltanschauung etwas sagen. Ich habe mich mit dem kirchlichen Problem hier nie beschäftigt. Ich habe mich, getreu den Maximen des Führers Folge leistend, um diese Dinge nie gekümmert. Es ist uns gleichgültig, welche Anschauung kirchlicher oder religiöser Art Sie in sich tragen. Was ich nur nicht wünsche, ist - und das muß auch so sein -, daß irgendein Beamter in Uniform an gottesdienstlichen Handlungen in fremden Kirchen teilnimmt. Das können wir auf keinen Fall dulden. Ich möchte es zum letzten Mal gehört haben, daß in den Kirchen oder bei Gottesdiensten solche Erscheinungen beobachtet werden. Man weiß nicht recht, welche Uniform diese Menschen tragen. Aber man soll wissen, daß die Wehrmacht ihre deutschen Kirchen hat. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich für die Deutschen besondere deutsche Kirchen eröffne. Die Bedürfnisse kirchlicher Art lassen sich, glaube ich, in Wehrmachtskirchen ebenso gut befriedigen. Es muß auch klar gelegt werden, daß das Deutsche Reich Adolf Hitlers kein katholisches oder protestantisches, sondern ein nationalsozialistisches Reich ist. Ich würde Sie sehr bitten, auch bei Ihrer Gefolgschaft darauf zu sehen und dafür zu sorgen, daß an diesem Grundsatz nicht gerüttelt werden kann. Wir haben keine Reichskirche, wir Nationalsozialisten huldigen dem Grundsatz, daß jeder nach seiner Fasson selig werden kann. Meine persönliche Meinung ist aber, daß aus

11/3

dem Geschehen unserer Zeit und dem Werke Adolf Hitlers einmal eine ganz große deutsche Nationalreligion aufsteigen wird. Das wird noch eine Zeit dauern, wie es bei allen Religionen gewesen ist, aber sie wird kommen.

Ich wollte Ihnen das nur sagen, meine Herren, weil aus manchen Berichten hervorgeht, daß solche unliebsamen Erscheinungen beobachtet werden können. Ich bitte Sie sehr, meine Herren, bei den Ihnen unterstehenden Beamten und Angestellten darauf zu dringen, daß sie kirchliche Bedürfnisse, wo sie vorhanden sind, nicht in polnischen Gottesdiensten befriedigen. Wo ich das erfahren sollte, würde ich fest zugreifen und den Betreffenden unter sofortiger Meldung wegen nationaler Würdelosigkeit unverzüglich aus dem Dienst entlassen. Ganz gleichgültig, ob in derselben lateinischen Sprache gepredigt wird, ob der Priester dieselben Handlungen vornimmt, - es ist eine nationale Würdelosigkeit, an einem polnischen Gottesdienst teilzunehmen. Es darf nicht sein, daß wir auf diesem Gebiete das Bedürfnis aufsteigen ließen, daß sich ein Deutscher bei einem polnischen Priester kirchlichen Rat oder kirchliche Sündenbefreiung holt. Es ist ja auch, gottlob, nur in so wenigen Ausnahmefällen in Erscheinung getreten, daß man davon nicht als von einer allgemeinen Übung sprechen kann. Ich würde Sie trotzdem bitten, in übersteigerter Vorsicht dafür zu sorgen, daß das unterbleibt. Wo die deutsche Wehrmacht Gottesdienste halten läßt, dahin können Sie Ihre Beamten auch gehen lassen; aber in die allgemeinen polnischen kirchlichen Einrichtungen, mit denen wir uns sowieso aus politischen Gründen in zunehmendem Maße haben beschäftigen müssen, einzudringen, muß als schärfster Verstoß gebrandmarkt werden.

Die größeren Regierungssitzungen, an denen auch die Amtschefs und die SS- und Polizeiführer der Distrikte teilnehmen, sollen nunmehr von Zeit zu Zeit gehalten werden. Im kommenden Jahr werden sie jeweils auch auf einen ganzen Tag erstreckt werden, und wir wollen sie dann mit Gemeinschaftsbesichtigungen von Ausstellungen, von Leistungsschauen, von uns alle angehenden Einrichtungen usw. ver-

11/4

binden. Ich gebe Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Lasch, schon jetzt den Auftrag, in diesem Hinblick entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Sie müssen dafür sorgen, daß wir vielleicht schon zu Beginn des nächsten Sommers die Lemberger Messe eröffnen können. Herr Ministerialdirigent Dr. Emmerich wird sich ebenfalls dieser Aufgabe widmen. Ich möchte nämlich die Lemberger Messe zu dem großen Zwischenstück zwischen der Königsberger und Wiener Messe machen, glaube ich doch, daß ein solches Unternehmen für den wirtschaftlichen Aufbau in unserem Gebiet und im ganzen Osten von größter Bedeutung sein wird.

Der Wehrmacht möchte ich im Namen der Regierung und aller Dienststellen danken. Die schönen Worte, die Sie, Herr Oberstleutnant Fischer, gefunden haben, klingen in unseren Herzen wieder. Wir alle, soweit wir Jahrgängen angehören, die an sich die Dienstpflicht gerufen hätte, sind traurig gewesen, daß man uns so bald u.k.-gestellt und hierher berufen hat. Es bedurfte wirklich dieser grossen Aufgabe, damit wir damals im September 1939 vom aktiven Heeresdienst, dem wir uns alle unterstellt hatten, abberufen werden konnten.

Mit der Wehrmacht verbinden uns große gemeinsame Aufgaben in diesem Gebiet. Ich kann es eigentlich nur mit dem Wort ausdrücken: das ganze Generalgouvernement ist ja ein Geschenk des Deutschen Reiches und der deutschen Wehrmacht an uns. Und so können Sie mit Fug und Recht sagen, daß Sie sich hier wohl fühlen. Ich würde aufs schärfste eingreifen, wenn ich einen anderen Geist auch nur verspüren würde. Es darf nicht sein, daß man künstlich Widersprüche und Gegensätze pflegt, aufrichtet oder behauptet. Der Schicksalskampf, den wir heute führen, ist eine große gemeinschaftliche Aufgabe des ganzen deutschen Volkes. Die deutsche Wehrmacht kann überzeugt sein, daß wir im Generalgouvernement alles tun werden, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

11/5

Für die Partei brauche ich nichts zu sagen. Ich weiß, daß sie im Generalgouvernement geborgen ist. Wir als Träger der Weltanschauung des Nationalsozialismus wollen in dieser großen Zeit alle uns gestellten Aufgaben erfüllen, und als großdenkende deutsche Menschen sind wir hier einig. Möge der Himmel und damit der Führer unser Werk weiter segnen!

Ihnen allen, meine Herren, wünsche ich gute Erholung und frische Kraft zu neuem Werk im neuen Jahr.

Wir grüßen den Führer. Unser Führer Adolf Hitler
Sieg Heil - Sieg Heil - Sieg Heil!

Schluß der Sitzung: 17^{40} Uhr.

======

END OF

VOL # 17

R.5.